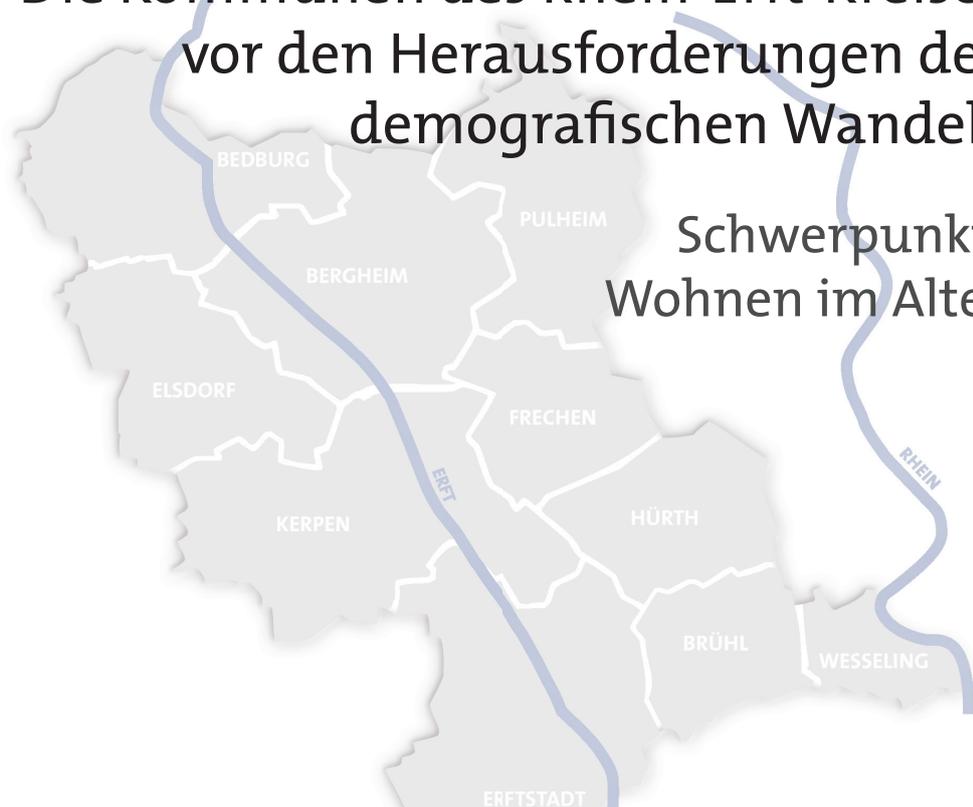




Sozial
Netz

Rhein-Erft

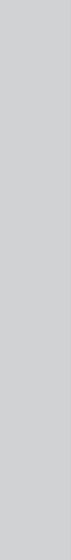
Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels



Schwerpunkt:
Wohnen im Alter

- Projektarbeit des Rhein-Erft-Kreises in Zusammenarbeit mit der FHÖV NRW, Abt. Köln, und in Kooperation mit der Kreisstadt Bergheim

• www.rhein-erft-kreis.de



Impressum

Rhein-Erft-Kreis – Der Landrat
Amt für Familien, Senioren und Soziales
Kordinierungsstelle Familienangelegenheiten

Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW, Abt. Köln

Gestaltung: Christian Gellhaus (Deckblatt), Susanne Seegebrecht-Keitel (Innenteil)

Vorwort (Frau Köhr)

„Wie möchte ich im Alter wohnen?“ – eine Frage, die weitaus mehr umfasst, als die Entscheidung, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu leben, oder doch lieber ins Seniorenheim zu gehen.

14 Studierende der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW, Abt. Köln, haben sich in der Zeit vom 27. Oktober 2009 bis zum 04. Januar 2010 mit dem Thema „Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, Schwerpunkt: Wohnen im Alter“ befasst und ein weites Spektrum von Themen für das „Wohnen“ oder besser „Leben im Alter“ erarbeitet. Dabei werden nicht nur alternative Wohnformen zur klassischen Betreuungseinrichtung und Möglichkeiten der Wohnraumanpassung der eigenen vier Wände vorgestellt, sondern unter anderem auch die Bereiche Gestaltung des Wohnumfelds, Umgang mit Demenz, Ehrenamtliches Engagement sowie die Bildung von Netzwerken bis hin zur Erarbeitung konkreter Handlungsansätze für das Wohnen im Alter in der Kreisstadt Bergheim und gegebenenfalls in den übrigen kreisangehörigen Kommunen abgedeckt.

Im Rahmen einer Bürgerbefragung haben die Studierenden Wünsche und Vorstellungen ausgewählter Bergheimer Bürgerinnen und Bürger zum Thema „Wohnen im Alter“ ermittelt. Die Auswertung des Fragebogens sowie darauf basierende mögliche Handlungsansätze sind in unserer Arbeit zu finden.

Doch was wäre diese Projektarbeit ohne die Hilfe und Unterstützung derer, die die Umsetzung des Projektes erst möglich gemacht haben? Danken möchten wir deshalb all denen, die zum Gelingen des Projektes beigetragen haben. Allen voran dem Landrat des Rhein-Erft-Kreises, der dieses Projekt initiierte und unter anderem mit Unterstützung der Bürgermeisterin der Kreisstadt Bergheim durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit ein Wesentliches zum Gelingen unserer Projektarbeit beigetragen hat. Besonderer Dank gilt außerdem dem Lenkungsteam, bestehend aus Herrn Dr. Krüger, der die Projektleitung seitens der FHöV übernahm, Frau Könen, Projektbetreuerin seitens des Rhein-Erft-Kreises und Frau Fuchs von der Fachstelle „Älterwerden“ der Kreisstadt Bergheim, die uns zu jeder Zeit tatkräftig unterstützt haben, sowie Herrn

Schneider, Mitglied im Planungsausschuss im Rat der Kreisstadt Bergheim und Leiter der Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD Rhein-Erft-Kreis, der uns stets als qualifizierter Ansprechpartner zur Verfügung stand.

Außerdem danken wir Herrn Burbach, der uns auf humorvolle Weise mit der Technik der Fragebogenauswertung vertraut gemacht hat und in vielen weiteren Dingen unterstützte. Weiterer Dank gilt Herrn Krienke für die Erstellung des Access-Formulars und die Einrichtung der MS-SQL-Datenbank, die ein reibungsloses Auswerten des Fragebogens erst ermöglichte, sowie dem Zentralen Schreibdienst des Rhein-Erft-Kreises, welcher die Eingabe der ausgefüllten Fragebogen übernahm. Auch danken wir den zuständigen Kollegen des Kataster- und Vermessungsamtes des Rhein-Erft-Kreises, die unsere Präsentation durch Digitalisieren der Übersichtspläne der Kreisstadt Bergheim u.v.m. optimierten. Weitere Kolleginnen und Kollegen anderer Dienststellen, die wir nicht alle namentlich benennen können, haben zum guten Gelingen der Projektarbeit beigetragen, wofür wir uns auf diesem Wege recht herzlich bedanken.

Bedanken möchten wir uns auch bei all jenen Stellen, die uns die notwendigen Informationen zur Verfügung stellten. Dies sind die kreisangehörigen Kommunen und unsere zahlreichen Interviewpartnerinnen und Interviewpartner. Dazu gehören u.a. die Wohlfahrtsverbände und die Fraktionen im Rat der Kreisstadt Bergheim.

Schließlich gilt unser Dank auch all jenen Bürgern, die so zahlreich an der Fragebogenaktion teilgenommen und dadurch einen wesentlichen Teil hinsichtlich der Ergebnisse der vorliegenden Projektarbeit beigetragen haben.

Die Studierenden



Abbildung 1: Foto des Lenkungsteams und der Studierenden vor dem Kreishaus

v.l.n.r. – oberste Reihe: Herr Lepperhoff, Herr Malek, Frau Ommerborn, Frau Buzzi, Frau Günther

v.l.n.r. – zweite Reihe: Herr Schneider, Frau Könen, Frau Kaminski, Frau Mischker, Frau Felkel und Frau Westphal

v.l.n.r. – dritte Reihe: Frau Fuchs und Frau Krings-Leufgen

v.l.n.r. – vorderste Reihe: Frau Ulhaas, Frau Köhr, Frau Skupch und Frau Oziemkiewicz

Inhaltsverzeichnis

1.	Projektskizze (Frau Westphal).....	1
1.1.	Hintergrund.....	1
1.1.1.	Einordnung in die Ausbildung/den Ausbildungsverlauf	1
1.1.2.	Vorstellung des Projekts	2
1.2.	Ziele/Fragestellungen	3
1.3.	Projektstrukturierung/Ablauf- und Meilensteinplanung.....	4
2.	Demografische Entwicklung (Herr Malek)	7
2.1.	Einleitung.....	7
2.1.1.	Vorwort	7
2.1.2.	Definition und Bedeutung	8
2.2.	Entwicklung (Bevölkerung, Alterstruktur, Lebenserwartung).....	8
2.2.1.	Entwicklung im Rhein-Erft-Kreis	10
2.2.2.	Entwicklung in den kreisangehörigen Kommunen	16
2.3.	Ursachen und Auswirkungen auf den Rhein-Erft-Kreis.....	43
2.3.1.	Ursachen	43
2.3.2.	Auswirkungen.....	45
2.4.	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Seniorenpolitik.....	47
2.5.	Resümee.....	50
3.	Methodische Basis (Frau Westphal).....	53
3.1.	Stakeholderanalyse	53

3.2.	Bürger- und Expertenbefragung	54
3.2.1.	Bürgerbefragung	54
3.2.2.	Expertenbefragung	106
3.3.	Erfassung des Ist-Zustandes im Rhein-Erft-Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen	107
3.4.	Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim	107
3.5.	Chancen und Grenzen der Untersuchung	111
4.	Themenspezifische Ausarbeitungen und Darstellungen	115
4.1.	Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte	115
4.1.1.	Einleitung (Frau Buzzi)	115
4.1.2.	Betreutes Wohnen	116
4.1.3.	Bielefelder Modell	128
4.1.4.	Wohn-/Haushaltsgemeinschaft	135
4.1.5.	Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)	148
4.1.6.	Senioren- und Pflegeheime	162
4.1.7.	Wohnen im Quartier	176
4.1.8.	Seniorenresidenzen/Wohnstifte (Frau Ulhaas)	187
4.1.9.	Bei Kindern und Angehörigen im Haushalt	197
4.1.10.	Private Wohnung mit Pflege	203
4.1.11.	WohnQuartier ⁴	208
4.1.12.	Denkbare Realisierung in der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)	221
4.1.13.	Fazit (Frau Krings-Leufgen und Frau Ulhaas)	230
4.2.	Demenz (Frau Oziemkiewicz)	231
4.2.1.	Einleitung	231
4.2.2.	Diagnose Demenz	233
4.2.3.	Die Demenz bewältigen	238

4.2.4.	Das Leben weiter leben	244
4.2.5.	Angehörige und Demenz	253
4.2.6.	Hilfen und Unterstützung durch die Pflegeversicherung	260
4.2.7.	Demenzkrankheit im Rhein-Erft-Kreis	265
4.2.8.	Neue Handlungsansätze im Umgang mit Demenz	271
4.2.9.	Nützliche Adressen.....	278
4.2.10.	Tipps: Vergesslichkeit vorbeugen und fit im Kopf bleiben	279
4.3.	Wohnraumanpassung.....	282
4.3.1.	Künftige Anforderung an den Wohnungsbau im Rhein-Erft-Kreis – Wohnraumanpassung (Frau Günther)	282
4.3.2.	Barrierefreies Wohnen (Herr Lepperhoff).....	285
4.3.3.	Merkmale barrierefreien Wohnraumes – Notwendigkeit & Möglichkeit	292
4.3.4.	Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther).....	313
4.3.5.	Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte und kommunale Handlungsweise im Rhein-Erft-Kreis.....	333
4.4.	Wohnumfeld	341
4.4.1.	Einleitung und Definition (Frau Kaminski).....	341
4.4.2.	Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)..	349
4.4.3.	Wünsche und Bedarf der Seniorinnen und Senioren in der Kreisstadt Bergheim im Hinblick auf ihr Wohnumfeld (Frau Kaminski).....	360
4.4.4.	Ausstattung des Wohnumfeldes der kreisangehörigen Kommunen.....	367
4.4.5.	Seniorenfreundliche Städte (Frau Köhr).....	387
4.5.	Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)	390
4.5.1.	Einleitung.....	390
4.5.2.	Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis	396
4.5.3.	Ziele und Maßnahmen	413

4.5.4. Praktische Erfahrungen – Modellprojekte.....	417
4.5.5. Zusammenwirken von hauptamtlichem Personal und ehrenamtlichem Engagement	421
4.6. Netzwerke (Frau Ommerborn)	424
4.6.1. Einleitung	424
4.6.2. Definition.....	426
4.6.3. Modeerscheinung oder zeitgemäße Kooperation	427
4.6.4. Bedeutung und Ziel eines Netzwerks	428
4.6.5. Strukturmerkmale von Netzwerken.....	430
4.6.6. Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit	433
4.6.7. Netzwerktypen.....	434
4.6.8. Situation im Rhein-Erft-Kreis	436
5. Handlungsansätze	451
5.1. Einleitung (Frau Skupch)	451
5.2. Allgemeine Handlungsansätze für öffentliche Stellen	451
5.2.1. Sicherstellung der Nahversorgung – DORV im Dorf	451
5.2.2. Ehrenamtliches Beratungsnetzwerk mit Unterstützung durch Kreis und Kommunen.....	454
5.2.3. Anpassung der Gebührenordnung für Ärzte und des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM).....	454
5.2.4. Nutzung des Altbestands	459
5.2.5. Bewegungsparcour für Seniorinnen und Senioren (Frau Felkel).....	461
5.2.6. Kontaktstelle für alternative Wohnformen.....	463
5.2.7. Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis	465
5.2.8. Multifunktionshäuser.....	467
5.2.9. Schaffung und Erweiterung von Bildungsangeboten	469
5.2.10. Wohnberatung	472

5.3.	Allgemeine Handlungsansätze für gesellschaftliche Akteure	476
5.3.1.	Ehrenamtpunkte sammeln und bei Bedarf einsetzen.....	476
5.3.2.	Kompetenzen des Alters nutzen	477
5.3.3.	Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität	479
5.3.4.	Ein Internetportal für den Rhein-Erft-Kreis (Frau Skupch)	480
5.3.5.	Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement	484
5.3.6.	Der Einkaufsclub – Eine Form der Nachbarschaftshilfe	486
5.3.7.	Beratungs- und Krisentelefon für Seniorinnen und Senioren.....	486
5.3.8.	Verbesserung des ÖPNV	488
5.4.	Konkrete Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim für öffentliche Stellen	490
5.4.1.	Verbesserung der medizinischen Nahversorgung	490
5.4.2.	Stärkung des Sicherheitsgefühls.....	492
5.4.3.	Fit im Alter durch Bewegungsparcour (Frau Felkel)	494
5.4.4.	Multifunktionshäuser für verschiedene Bergheimer Stadtteile	494
5.4.5.	Verdichtung des ÖPNV-Netzes.....	496
5.4.6.	Seniorenbeirat.....	496
5.5.	Konkrete Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim für gesellschaftliche Akteure	498
5.5.1.	Öffentlichkeitsarbeit verstärken	498
5.5.2.	Beratungsangebote in den einzelnen Stadtteilen (Frau Skupch)	499
5.6.	Realisierung alternativer Wohnformen in Bergheim.....	499
5.7.	Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim im Umgang mit Demenz.....	499
5.8.	Handlungsansätze im Rahmen der Wohnraumanpassung für die Kreisstadt Bergheim	499
6.	Fazit	501

7.	Quellenverzeichnis (Frau Skupch)	503
7.1.	Bücher	503
7.2.	Internetquellen.....	505
7.3.	Broschüren, Magazine & Zeitungen.....	516
7.4.	Bildquellen	520
8.	Anlagen	525
8.1.	Zielvereinbarung – Projektauftrag.....	525
8.2.	Projektstrukturplan	529
8.3.	Projektlaufplanung Vorlaufphase (27.03.2009 bis 26.10.2009).....	530
8.4.	Projektlaufplanung Durchführungsphase (27.10.2009 bis 04.01.2010).....	531
8.5.	Meilensteinplanung	532
8.5.1.	Zeitplan Bürgerbefragung	532
8.5.2.	Zeitplan Stakeholderanalyse und Experteninterviews	533
8.6.	Fragebogen	534
8.7.	Stakeholderanalyse (Frau Kaminski, Frau Mischker, Frau Ommerborn, Frau Westphal).....	541
8.8.	Experteninterviews	556
8.8.1.	Frau Fielitz, FDP-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi)	556
8.8.2.	Herr Jütte, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Kreisstadt Bergheim (Frau Köhr).....	561
8.8.3.	Frau Schreyer, AG 60 plus der SPD Rhein-Erft-Kreis (Frau Günther)	566
8.8.4.	Herr Stilz, Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V. (Frau Westphal)...	572
8.8.5.	Herr Keimer, DPWV, Kreisgruppe Rhein-Erft-Kreis (Frau Kaminski).....	579
8.8.6.	Frau Wolf, Kreisstadt Bergheim, Abteilung 5.3 (Frau Krings-Leufgen).....	584
8.8.7.	Herr Renner, Senioren-Union Kreisvereinigung Rhein-Erft (Frau Mischker)	591
8.8.8.	Herr Schilling, Arbeiterwohlfahrt (Frau Felkel)	599

8.8.9. Frau Vosen, Rhein-Erft-Kreis, Sachgebiet 50/32 (Frau Ulhaas).....	606
8.8.10. Herr Möcker, DRK Bergheim (Frau Oziemkiewicz).....	613
8.8.11. Frau Hülsewig, CDU-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Herr Lepperhoff)	617
8.8.12. Frau Wilbertz, SPD-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Herr Malek).....	621
8.8.13. Herr Binder, Herr Berkel, Verein ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V. (Frau Günther).....	625
8.9. Erfassung Ist-Zustand	633
8.9.1. Stadt Bedburg (Frau Krings-Leugfgen, Frau Ulhaas)	633
8.9.2. Kreisstadt Bergheim (Frau Felkel, Frau Oziemkiewicz).....	639
8.9.3. Stadt Brühl (Frau Kaminski)	650
8.9.4. Gemeinde Elsdorf (Frau Buzzi, Frau Köhr, Frau Skupch).....	656
8.9.5. Stadt Erftstadt (Herr Lepperhoff, Herr Malek).....	673
8.9.6. Stadt Frechen (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal).....	677
8.9.7. Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)	691
8.9.8. Stadt Kerpen (Frau Buzzi, Frau Köhr, Frau Skupch).....	704
8.9.9. Stadt Pulheim (Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas).....	719
8.9.10. Stadt Wesseling (Frau Mischker)	727
8.10. Ansprechpartner/-innen für Seniorenfragen, Behindertenbeauftragte sowie Integrationsbeauftragte im Überblick.....	736
8.10.1. Ansprechpartner/-innen für Seniorenfragen im Rhein-Erft-Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen.....	736
8.10.2. Behindertenbeauftragte und -koordinatoren des Rhein-Erft-Kreises und der kreisangehörigen Kommunen	737
8.10.3. Integrationsbeauftragte des Rhein-Erft-Kreises und der kreisangehörigen Kommunen.....	738
8.11. Muster-Kooperationsvertrag nebst Anlagen zum Bielefelder Modell (Frau Buzzi)	739

8.12.	Technische Mindestanforderungen für Altersgerechtes Umbauen (155) der KfW (Frau Günther).....	744
8.13.	Konditionenübersicht für Endkreditnehmer für KfW-Förderprogramme (Frau Günther).....	752
8.14.	Auszüge Zielvereinbarung gem. §5 BGG für den Oberbergischen Kreis (Frau Skupch)	753
8.15.	Protokolle	755
8.15.1.	Protokoll der Projektstartsitzung vom 27.03.2009 (Herr Dr. Krüger)	755
8.15.2.	Protokoll der 2. Projektgruppensitzung vom 12.05.2009 (Frau Ulhaas).....	758
8.15.3.	Protokoll der 3. Projektgruppensitzung vom 25.06.2009 (Frau Buzzi)	760
8.15.4.	Protokoll der 4. Projektgruppensitzung vom 29.10.2009 (Frau Felkel).....	765
8.15.5.	Protokoll der 5. Projektgruppensitzung vom 11.11.2009 (Frau Günther).....	769
8.15.6.	Protokoll der 6. Projektgruppensitzung vom 17.11.2009 (Frau Kaminski) ...	779
8.15.7.	Protokoll der 7. Projektgruppensitzung vom 24.11.2009 (Frau Krings-Leufgen)	781
8.15.8.	Protokoll der 8. Projektgruppensitzung vom 01.12.2009 (Frau Köhr).....	784
8.15.9.	Protokoll der 9. Projektgruppensitzung vom 08.12.2009 (Herr Lepperhoff).	786
9.	Erklärung der Studierenden.....	789
10.	Stichwortverzeichnis	791

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Foto des Lenkungsteams und der Studierenden vor dem Kreishaus.....	V
Abbildung 2: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland	9
Abbildung 3: Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises	10
Abbildung 4: Bevölkerungsstand des Rhein-Erft-Kreises	11
Abbildung 5: Bevölkerungsstand der Altersgruppen	
< 5 Jahre und 65 bis < 70 Jahre	12
Abbildung 6: Prozentualer Anteil der	
Bevölkerung in den Stadtteilen im Alter über 75 Jahre	15
Abbildung 7: Bevölkerungsstand der Stadt Bedburg	17
Abbildung 8: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Bedburg	19
Abbildung 9: Bevölkerungsstand der Kreisstadt Bergheim	20
Abbildung 10: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Kreisstadt Bergheim	22
Abbildung 11: Bevölkerungsstand der Stadt Brühl.....	23
Abbildung 12: Bevölkerungsstand der Gemeinde Elsdorf.....	25
Abbildung 13: Bevölkerungsstand der Stadt Erftstadt	27
Abbildung 14: Bevölkerungsstand der Stadt Frechen	30
Abbildung 15: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Frechen	32
Abbildung 16: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Hürth...	33
Abbildung 17: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Hürth...	35
Abbildung 18: Bevölkerungsstand der Stadt Kerpen	36
Abbildung 19: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Kerpen	38
Abbildung 20: Bevölkerungsstand der Stadt Pulheim	39

Abbildung 21: Bevölkerungsstand der Stadt Wesseling	41
Abbildung 22: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Wesseling	42
Abbildung 23: Geburtenraten in Deutschland.....	44
Abbildung 24: Bevölkerungsvorausberechnung für NRW	48
Abbildung 25: Haben Sie sich bereits mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt?	56
Abbildung 26: Wie bedeutend ist das Thema „Wohnen im Alter“ für Ihre Lebensplanung?	57
Abbildung 27: Wie und/oder wo informieren Sie sich zum Thema „Wohnen im Alter“?	58
Abbildung 28: Wie gut gelangen Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu Ihnen?.....	59
Abbildung 29: Wie wohnen Sie heute?.....	60
Abbildung 30: Eigentumsverhältnisse	60
Abbildung 31: Bitte beschreiben Sie Ihre derzeitige Wohnsituation.....	61
Abbildung 32: Eignet sich Ihre derzeitige Wohnung für ein „Wohnen im Alter“?.....	62
Abbildung 33: Über wie viel Wohnraum verfügen Sie heute?	63
Abbildung 34: Welche Wohnform könnten Sie sich als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen?.....	64
Abbildung 35: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter sehr wichtig?	65
Abbildung 36: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?.....	66
Abbildung 37: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter weniger wichtig?	67
Abbildung 38: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter unwichtig?.....	68
Abbildung 39: Nehmen Sie derzeit Hilfestellungen in Anspruch?	73
Abbildung 40: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – immer/so oft wie möglich – zu nutzen?.....	74
Abbildung 41: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – nur manchmal – zu nutzen?	75

Abbildung 42: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – eigentlich nie – zu nutzen?	76
Abbildung 43: Sind sie mit den vorhandenen sozialen Angeboten zufrieden?.....	79
Abbildung 44: Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld wohl?.....	80
Abbildung 45: Können Sie sich vorstellen, im Alter in Ihrem derzeitigen Umfeld zu wohnen?	81
Abbildung 46: Käme für Sie ein Umzug in eine andere Umgebung in Betracht?	81
Abbildung 47: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Hausarzt?.....	83
Abbildung 48: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Facharzt?.....	83
Abbildung 49: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Lebensmittelgeschäfte?	84
Abbildung 50: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Freizeitaktivitäten?	84
Abbildung 51: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Freunde?	85
Abbildung 52: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: zu Fuß?	85
Abbildung 53: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: eigener PKW?..	86
Abbildung 54: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Bus/Bahn?.....	86
Abbildung 55: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Fahrrad?.....	87
Abbildung 56: Benötigen Sie bei der Benutzung der Verkehrsmittel fremde Hilfe?...	87
Abbildung 57: Halten Sie die Verkehrsanbindungen für ausreichend?	88
Abbildung 58: Leiden Sie an gesundheitlichen Einschränkungen, z.B. chronischen Erkrankungen, die regelmäßig Medikation erfordern?.....	89
Abbildung 59: Leiden Sie an gesundheitlichen Einschränkungen, z.B. chronischen Erkrankungen, die regelmäßige Arztbesuche/Klinikaufenthalte erfordern?	89
Abbildung 60: Mein anerkannter Grad der Behinderung beträgt.....	90
Abbildung 61: Wurden Sie in eine Pflegestufe eingestuft?.....	90
Abbildung 62: Einstufung in Pflegestufen	91
Abbildung 63: Welchen notwendigen Facharzt finden Sie nicht in Ihrer erreichbaren Nähe?	92

Abbildung 64: Haben Sie hiervon etwas an sich selbst in letzter Zeit beobachtet?.....	93
Abbildung 65: Wie gut Ihre Versorgung mit Ärzten/Apotheken?.....	93
Abbildung 66: Wie gut Ihre Versorgung mit Pflegediensten?.....	94
Abbildung 67: Wie gut Ihre Versorgung mit Massage/Krankengymnastik?.....	95
Abbildung 68: Wie gut Ihre Versorgung mit medizinischer Fußpflege?.....	95
Abbildung 69: Geschlechterverteilung.....	96
Abbildung 70: Wie alt sind Sie?	97
Abbildung 71: Altersverteilung.....	97
Abbildung 72: Familienstand der Befragten	98
Abbildung 73: Haben Sie Kinder?	99
Abbildung 74: Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?	99
Abbildung 75: Sind Sie oder mindestens ein Elternteil aus dem Ausland eingereist, d.h. besitzen Sie einen Migrationshintergrund?	100
Abbildung 76: In welchem Stadtteil leben Sie?	100
Abbildung 77: Wie hoch ist Ihr aktuelles Nettohaushaltseinkommen monatlich?	101
Abbildung 78: Wie hoch sind Ihre derzeitigen Wohnkosten inklusive Nebenkosten je Monat?	102
Abbildung 79: Haben Sie einen Wohnberechtigungsschein?	102
Abbildung 80: Engagieren Sie sich ehrenamtlich?	103
Abbildung 81: Würden Sie sich gerne ehrenamtlich engagieren?	104
Abbildung 82: Wenn Sie könnten, was würden Sie zuerst verbessern?	105
Abbildung 83: Lageplan mit Altenzentrum, Betreutes Wohnen, Gebäude mit	
Gruppenwohnungen	120
Abbildung 84: Einkommensgrenzen NRW.BANK, Stand 2009	122
Abbildung 85: Wohnraumförderung Mietwohnungen, NRW.BANK, Stand 2009...	123
Abbildung 86: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Betreutes Wohnen.....	127
Abbildung 87: „Bielefelder Modell“, Grundriss Heinrichstraße	132

Abbildung 88: Grundriss Hausgemeinschaft Juri-Gerus-Weg.....	139
Abbildung 89: Appartement und Gemeinschaftsraum Villa Hittorf.....	141
Abbildung 90: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Wohngemeinschaften.....	145
Abbildung 91: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Hausgemeinschaften.....	147
Abbildung 92: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, S. 32 & 33.....	154
Abbildung 93: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, S. 32 & 33.....	154
Abbildung 94: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf das Mehrgenerationenwohnen.....	161
Abbildung 95: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Senioren- und Pflegeheime.....	175
Abbildung 96: Grafische Auswertung der Frage 7 in Bezug auf das Wohnen im Quartier.....	186
Abbildung 97: 28m ² -Appartement.....	192
Abbildung 98: 44m ² -Appartement.....	192
Abbildung 99: 57m ² -Appartement.....	192
Abbildung 100: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Seniorenresidenzen/Wohnstifte.....	196
Abbildung 101: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt“.....	202
Abbildung 102: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Private Wohnung mit Pflege“.....	207
Abbildung 103: Aufnahmen eines Gehirns; links: Gehirn eines Alzheimererkrankten, rechts: gesundes Gehirn.....	237
Abbildung 104: Telefon mit Bildanzeige.....	250
Abbildung 105: Beobachtete Symptome.....	266
Abbildung 106: Ein Licht geht auf.....	279
Abbildung 107: Nüsse.....	279

Abbildung 108: Obst und Gemüse	280
Abbildung 109: Gingko biloba.....	280
Abbildung 110: Artischocke	281
Abbildung 111: Ein Zugang ohne Treppe zur Wohnung erschreckt keinen Rollstuhlfahrer.....	297
Abbildung 112: Treppe mit beidseitigen Handläufen, sie geben Halt und Sicherheit	302
Abbildung 113: Schwellenloser Einstieg auf den Balkon – hilfreich für jeden Menschen.....	304
Abbildung 114: Eine unterfahrbare Arbeitsfläche – sie erleichtert Arbeiten in der Küche um einiges	306
Abbildung 115: Eine bodengleiche Dusche spart viel Platz	309
Abbildung 116: Ein leichtzugängliches Bett hilft der Pflegerin bei der täglichen Pflege	311
Abbildung 117: Kreise und Kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen mit Wohnungsdefizit/-überhang.....	335
Abbildung 118: Kreise und Kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen mit einem Mangel an seniorenrechtlichen Wohnungen im Jahr 2025	336
Abbildung 119: Grafische Auswertung der Frage: „Wie gut ist die Versorgung mit...?“ (ab 61 Jahren).....	365
Abbildung 120: Grafische Auswertung der Frage: „Wie gelangen Sie in der Regel zu Lebensmittelgeschäften?“ (ab 61 Jahren)	367
Abbildung 121: Selbstverständnis der freiwilligen Tätigkeiten (2004) – Angaben in %	392
Abbildung 122: Motive für das freiwillige Engagement in 2 Altersgruppen (2004)	395
Abbildung 123: Ehrenamtliches Engagement von Männern und Frauen in der Kreisstadt Bergheim	407
Abbildung 124: Beispielhafter Bewegungsparcour aus Hemer	463

Abbildung 125: Projektstrukturplan nach DIN 69901	529
Abbildung 126: Projektablaufplanung Vorlaufphase	530
Abbildung 127: Projektablaufplanung Durchführungsphase	531
Abbildung 128: Fragebogen	534
Tabelle 1: Alterstruktur im Ertftkreis/Rhein-Erft-Kreis; verschiedene Altersklassen in %	13
Tabelle 2: Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim; verschiedene Altersklassen in %	13
Tabelle 3: Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim 75 Jahre & älter in den Jahren 2004, 2008	14
Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung in den kreisangehörigen Kommunen.....	16
Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bedburg.....	18
Tabelle 6: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Bergheim.....	21
Tabelle 7: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brühl	24
Tabelle 8: Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Elsdorf	26
Tabelle 9: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Erftstadt.....	28
Tabelle 10: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frechen.....	31
Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Hürth	34
Tabelle 12: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kerpen.....	37
Tabelle 13: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Pulheim	40
Tabelle 14: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Wesseling.....	42
Tabelle 15: Strukturierungsgrad/Kommunikationsart der Bürger- und Expertenbefragung	54
Tabelle 16: Befragung – Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?	72
Tabelle 17: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?	78
Tabelle 18: Stärke-Schwäche- Analyse als „Stärke-/Schwäche-Analyse der Stadt Bergheim“	111

Tabelle 19: Anzahl der Betreuten Wohnanlagen in den kreisangehörigen Kommunen.....	126
Tabelle 20: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Betreutes Wohnen.....	127
Tabelle 21: Anzahl der Betreuten Wohnanlagen in den kreisangehörigen Kommunen.....	144
Tabelle 22: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Wohngemeinschaften.....	145
Tabelle 23: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Hausgemeinschaften	146
Tabelle 24: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf das Mehrgenerationenwohnen	160
Tabelle 25: Beteiligung der Pflegekassen an den Kosten für vollstationäre Pflege...	166
Tabelle 26: Kurzübersicht Senioren- und Pflegeheime im Rhein-Erft-Kreis	173
Tabelle 27: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Senioren- und Pflegeheime	174
Tabelle 28: Tabellarische Auswertung der Frage 7 in Bezug auf das Wohnen im Quartier	186
Tabelle 29: Kostenübersicht in Bezug auf unterschiedliche Appartementgrößen	192
Tabelle 30: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Seniorenresidenzen/Wohnstifte.....	195
Tabelle 31: Monatliches Pflegegeld nach Pflegestufen	198
Tabelle 32: Monatliche Kostenerstattung für Tages- und Nachtpflege nach Pflegestufen.....	199
Tabelle 33: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt“	202
Tabelle 34: Monatliche Kostenerstattung für Pflegesachleistungen nach Pflegestufen.....	204
Tabelle 35: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Private Wohnung mit Pflege“	207

Tabelle 36: Wohlbefinden-Profil (Demenz).....	247
Tabelle 37: Stresstest – Wie belastet sind Sie?	258
Tabelle 38: Gewöhnliche und wiederkehrende Verrichtungen	261
Tabelle 39: Stufen der Pflegebedürftigkeit.....	262
Tabelle 40: Leistungen der Pflegeversicherung im Überblick.....	265
Tabelle 41: Tabellarische Darstellung der Frage: „Halten sie die Verkehrsanbindungen für ausreichend?“ (alle Altersgruppen nach Stadtteilen)	362
Tabelle 42: Bergheimer Buslinien und Anrufsammeltaxi.....	370
Tabelle 43: Ehrenamtliches Engagement von Männern und Frauen im Vergleich....	407
Tabelle 44: Ehrenamtliches Engagement verschiedener Altersklassen im Vergleich	408
Tabelle 45: Engagementbereitschaft in den verschiedenen Altersklassen.....	411
Tabelle 46: Tabellarische Auswertung Fragebogen – Sicherheitsgefühl in den Stadtteilen	493
Tabelle 47: Macht-/Interessen-Matrix (Teil der Stakeholderanalyse).....	541
Tabelle 48: Stakeholderanalyse.....	555

1. Projektskizze (Frau Westphal)

1.1. Hintergrund

1.1.1. Einordnung in die Ausbildung/den Ausbildungsverlauf

Im Rahmen des Studiums als Verwaltungswirt/-in bzw. Verwaltungsbetriebswirt/-in an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV), Abteilung Köln, befinden sich alle Mitglieder der Projektgruppe (Einstellungsjahrgang 2007) im dritten Jahr der Ausbildung.

Inhaltlich ist ein solches Projekt darauf ausgerichtet, aus der Praxis stammende Sachverhalte und Aufgaben auf der Basis wissenschaftlicher Einblicke und nach wissenschaftlichen Arbeitsweisen zu untersuchen und Lösungswege zu entwickeln. Es zeichnet sich in der Regel durch komplexe, interdisziplinäre, praxisbezogene und innovative Fragestellungen aus. Je nach Projektorientierung steht stärker ein sozialwissenschaftliches, betriebswirtschaftliches oder juristisches Methodenwissen im Vordergrund.¹

Die Projektarbeit vollzieht sich im Rahmen einer Projektorganisation, bei der in Kleingruppen die Lösungswege und Problemlösungen erarbeitet werden. Die Studierenden arbeiten selbstständig, eigenverantwortlich und empirisch, gleichzeitig wird durch die gemeinsame Arbeit die Teamfähigkeit gefördert.

Am Projekt beteiligt sind neben den Mitgliedern der Projektgruppe ein Dozent der FHöV, der die Projektleitung übernimmt und ein Betreuer aus der Fachpraxis, der die Projektbehörde vertritt. In einem gesonderten, nur dem Projekt gewidmetem Studienabschnitt, in einem Zeitraum von zehn Wochen, werden sich die Projektgruppen mit Unterstützung aus den jeweiligen Behörden um die jeweilige Problemstellung bemühen und Lösungen bzw. Lösungsansätze erarbeiten.

¹ „Richtlinien zur Durchführung von Projekten“ der FHöV

Die Projektgruppen bestehen üblicherweise aus 6-8 Studierenden. Die Anzahl der Studierenden kann jedoch auch höher oder niedriger sein.

Die Projektarbeit besteht aus der schriftlichen Ausarbeitung, dem Kolloquium und der Präsentation der Ergebnisse und ist so zu strukturieren, dass die jeweiligen Einzelleistungen erkennbar und bewertbar sind.

Nach Abschluss des Projektes erstellt die FHöV den Leistungsnachweis im Rahmen eines Projektscheines.

1.1.2. Vorstellung des Projekts

Für das Studienjahr 2009/2010 unterbreitete der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Herr Werner Stump, der FHöV das Thema „Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demographischen Wandels, Schwerpunkt: Wohnen im Alter“. Vierzehn Studierende aus dem Rhein-Erft-Kreis, den kreisangehörigen Städten Brühl, Frechen, Kerpen und Wesseling, aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis, aus Gummersbach, Leverkusen und Nümbrecht haben sich für diesen Projektvorschlag entschieden.

Unter der Leitung von Dr. Coerw Krüger, Sozialwissenschaftler und Dozent an der FHöV, der Betreuerin aus der Fachpraxis, Frau Könen, Rhein-Erft-Kreis, Koordinierungsstelle Familienangelegenheiten und in Kooperation mit der Kreisstadt Bergheim, hatten die Studierenden Gelegenheit, die Situation älterer Menschen im Rhein-Erft-Kreis zu erfassen, auszuwerten und Lösungsansätze zu unterbreiten.

Basisangaben sind aus dem Demografiebericht „Weniger – Älter – Bunter; Der Rhein-Erft-Kreis im demographischen Wandel“ für das Kreisgebiet und die kreisangehörigen Kommunen zu entnehmen. Weiterhin wird seitens des Kreises und der Kreisstadt Bergheim umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt.

1.2. Ziele/Fragestellungen

Ziel des Projektes ist die Erarbeitung von Handlungsansätzen als Diskussions- und Arbeitsgrundlage für verschiedene Akteure.

Zur Erreichung dieses Ziels erarbeitete das Lenkungsteam für die Projektgruppe den in der Anlage 8.1 Zielvereinbarung – Projektauftrag vorliegenden Projektauftrag. Der Auftrag sieht

- die Ermittlung des Bedarfes an seniorengerechten Wohnmöglichkeiten mittels Seniorenbefragungen und Experteninterviews,
- die Durchführung einer Stärke- Schwächeanalyse und
- die Erarbeitung von Handlungsansätzen vor.

Auch die Erfassung des gesamten Ist-Zustandes an verschiedenen bereits vorhandenen bzw. im Aufbau befindlichen Wohnformen mit den jeweiligen Möglichkeiten der Pflege und vorhandenen Vernetzungsstrukturen sowohl auf professioneller Basis als auch auf Basis privater Initiativen in allen kreisangehörigen Kommunen ist angestrebt.

Auf Grund der Komplexität wurden alle weiter durchzuführenden Arbeiten in Zusammenarbeit mit der Kreisstadt Bergheim, Fachstelle „Älterwerden“, am Beispiel des Stadtgebietes Bergheim durchgeführt. Hierzu zählt die Erstellung eines Fragebogens inklusive Plausibilitätsprüfung hinsichtlich der Wohnwünsche der alternden Bergheimer Bevölkerung. Anhand von 1.000 per Zufallsgenerator ausgewählten Probanden verschiedener Altersklassen, der Beteiligung interessierter Seniorentreffs auf dem Stadtgebiet Bergheim und der AG der Selbsthilfegruppen – insgesamt 1.650 versandte bzw. verteilte Fragebögen – wurde die Bürgerbefragung durchgeführt und im Anschluss daran statistisch ausgewertet. Die weit überdurchschnittliche Rücklaufquote von rund 34%, was 563 Fragebögen entspricht, macht deutlich, wie sehr das Thema die Bergheimer Bevölkerung bewegt.

Darüber hinaus war die Durchführung von Experteninterviews, wie beispielsweise mit Verwaltungsmitarbeiter/-innen, Trägervertreter/-innen, Ratsvertreter/-innen, Kirchen, Vereinen, Architekten, Handwerkern, Handwerkskammer, Bürgerinnen und Bürgern

vorgesehen. Im Rahmen einer Ideensammlung wurden potenzielle Institutionen und konkrete Interviewpartner zusammengestellt. Anhand eines anschließenden Rankings entschied die Projektgruppe, Vertreterinnen und Vertreter der großen Wohlfahrtsverbände, einer Wohnungsbaugesellschaft, der zum damaligen Zeitpunkt im Rat der Kreisstadt Bergheim vertretenen Fraktionen, Verwaltungsmitarbeiter, Ehrenamtler usw. um ein Interview zu bitten. Insgesamt wurden 14 Interviews, jeweils in Zweier-teams, geführt.

Anhand der vorliegenden Ergebnisse soll eine Stärke-/Schwächeanalyse erstellt werden.

Zur besseren Strukturierung erarbeitete der Projektleiter einen Projektstrukturplan, zugeschnitten auf das konkrete Projekt.

1.3. Projektstrukturierung/Ablauf- und Meilensteinplanung

Für die große Anzahl von 14 Projektteilnehmerinnen und -teilnehmern wurde im Rahmen des Projektmanagements nach dem seitens des Projektleiters erarbeiteten Projektstrukturplan (vergleiche Anlage 8.2 Projektstrukturplan) gearbeitet. Der Projektstrukturplan nach DIN 69901 gliedert das Projekt in die Projektvorlaufphase (27.03. bis 26.10.2009), die Projektdurchführungsphase (27.10.2009 bis 04.01.2010) und die Projektnachlaufphase (ab 05.01.2010). Die einzelnen Phasen des Projektes untergliedern sich in Teilaufgaben (TA) und Arbeitspakete (AP).

Vorlaufphase (27.03. bis 26.10.2009)

Die Vorlaufphase sieht als TA 1 zunächst die Einarbeitung in das Projektthema, Demographischer Wandel (AP 1) und Wohnen im Alter (AP 2) vor. Auf Grund der Komplexität des Themas sieht die Vorlaufphase ebenfalls die Erhebungen (TA 2) vor. Hier ist vorgesehen, die Experteninterviews (TA 4) mit den AP 9-13 (Stakeholder-Analyse, Entwurf des Leitfadens, Expertenauswahl, Durchführung und Auswertung) und die standardisierte Befragung mittels Fragebogen (TA 3) mit den AP 3-8 (Entwurf des Fragebogens, Prüfung durch die Kreisstadt Bergheim, Plausibilität, Versand, Durchführung, Dateneingabe und Auswertung) sowie die Planung der Erfassung des

IST-Zustandes in allen kreisangehörigen Kommunen (AP 14) durchzuführen. In der praktischen Arbeit entschied die Projektgruppe, die Bürger- und Expertenbefragung vorzuziehen, mit dem Ziel, dass die Auswertungsergebnisse vor Beginn der Durchführungsphase bereits vorliegen. Wie sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellte, konnte dieses Ziel nicht erreicht werden.

Die Erarbeitung der jeweiligen Arbeitspakete erfolgte durch die Projektgruppe in regelmäßig stattfindenden Projekttreffen in der Vorlaufphase auf freiwilliger Basis.

Außerdem wurde seitens einer Studierenden ein Internet-Forum zur Verbesserung der Kommunikation eingerichtet, das lediglich den Studierenden, Projektleitung und -betreuung zugänglich ist.

Durchführungsphase (27.10.2009 bis 04.01.2010):

Die Durchführungsphase, in der die Studierenden vom Dienst freigestellt sind, beginnt mit der Erfassung des IST-Zustandes in den kreisangehörigen Kommunen (TA 5) mit den AP 15-24 (Bedburg, Bergheim, Brühl, Elsdorf, Erftstadt, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim und Wesseling). Es folgt TA 25, die einheitliche Darstellung, sowie der Abgleich mit den Auswertungsergebnissen der Bürger- und Expertenbefragung bezogen auf das Stadtgebiet Bergheim (Stärke-/Schwächeanalyse). Im Rahmen des AP 26 wurden erste Handlungsansätze erarbeitet.

Die Erstellung der Projektarbeit (TA 6) stellt für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Projektes eine große Herausforderung dar. Ziel ist die Erstellung einer Gesamtarbeit, wobei jedoch jede Projektteilnehmerin/jeder Projektteilnehmer eine bewertbare Einzelleistung zu erbringen hat. Bei der Erstellung der verschiedenen Arbeiten werden die in der Vorlaufphase erlangten Daten und Informationen im jeweiligen Untersuchungsbereich analysiert und ausgewertet. Die TA 6 (Erstellung der Projektarbeit) sieht folgende Arbeitspakete vor: Kapitel schreiben und bündeln (AP 27), drucken und binden (AP 28) und Abgabe bei der FHöV. Die Projektdurchführungsphase wurde dokumentiert in Form von Protokollen, vergleiche Anlage 8.15 Protokolle.

Nachlaufphase (ab 05.01.2010):

Im Rahmen der Nachlaufphase erfolgt die Präsentation der Projektarbeit und deren Ergebnisse (TA 7) mit den AP 29-32 (Vorbereitung, Probepräsentation, Überarbeitung, Endpräsentation). Dem schließt sich ein Kolloquium (AP 33) und ein Rückblick (AP 34) auf das Projekt an. Aufgrund der Größe der Projektgruppe wurde entschieden, das Kolloquium bereits im Dezember 2009 durchzuführen. Die Probepräsentation erfolgt am 02.02.2010.

In der der Zeit vom 03.02. bis 08.02.2010 besteht Gelegenheit der Überarbeitung. Die Präsentation mit Benotung ist terminiert für den 09.02.2010.

Zwecks weiterer Strukturierung des Projektes wurden Projektablaufpläne für die Vorlauf- und Durchführungsphase, vergleiche Anlagen „8.3 Projektablaufplanung Vorlaufphase (27.03.2009 bis 26.10.2009)“ und „8.4 Projektablaufplanung Durchführungsphase (27.10.2009 bis 04.01.2010)“, erstellt. Die konkrete Meilensteinplanung, vergleiche Anlage „8.5 Meilensteinplanung“, rundet das Bild ab.

Die Erarbeitung der jeweiligen Arbeitspakete erfolgte durch die Projektgruppe in regelmäßig stattfindenden Projekttreffen, in der Vorlaufphase auf freiwilliger Basis. Von diesen Treffen wurden Protokolle erstellt, die ebenfalls dieser Arbeit anhängen.

2. Demografische Entwicklung (Herr Malek)

2.1. Einleitung

2.1.1. Vorwort

„Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft und unser Miteinander verändern. Welche vielfältigen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche das mit sich bringt, beginnen wir in Deutschland erst gerade richtig zu erfassen“²

Dieses Zitat unseres Bundespräsidenten Horst Köhler zeigt, dass die demografische Entwicklung in der öffentlichen und politischen Diskussion seit einigen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Es wird unter den heutigen Voraussetzungen in Deutschland zu einem erheblichen Bevölkerungsrückgang und in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises zumindest zu einer weiteren deutlichen Erhöhung des Durchschnittsalters der Gesellschaft kommen. Die daraus entstehenden Auswirkungen, wie der Zusammenbruch des umlagefinanzierten Rentensystems stellen unsere Gesellschaft vor umfangreiche Probleme. Diese Entwicklung, die von Wissenschaftlern Jahre lang prognostiziert, von Politik und Medien aber bis vor wenigen Jahren unterschätzt wurde, wird mittlerweile von einem Großteil der Bevölkerung auch bei der Lebensplanung berücksichtigt. Von den Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme, die Familien und den Arbeitsmarkt, sind wir alle betroffen.

In der Folge wird die Lage im Rhein-Erft-Kreis geschildert, die Entwicklung beschrieben und auf Ursachen und Auswirkungen eingegangen.

² Zitat des Bundespräsidenten Horst Köhler auf der Homepage (<http://www.forum-demographie.de>) des Forums demographischer Wandel des Bundespräsidenten

2.1.2. Definition und Bedeutung

Demografie ist die beschreibende Bevölkerungskunde, die Lehre von Struktur und Entwicklung einer Bevölkerung.³ Demografische Erhebungen und Statistiken beziehen sich meist auf die Bevölkerung eines Landes, können allerdings auch die Bevölkerung eines Kontinents oder sogar die gesamte Weltbevölkerung betrachten. Aus demografischer Sicht sind vor allem die Faktoren interessant, die zu einer Veränderung der Bevölkerungszahl führen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Geburten- und Sterberaten, Zu- und Abwanderungen und Migrationsbewegungen. Darüber hinaus spielt allerdings auch die Bevölkerungsstruktur, also ihre Zusammensetzung, eine wichtige Rolle. Untersuchungsansätze sind hier die Altersstruktur, das Geschlechterverhältnis, die Herkunftsländer von Personen mit Migrationsgeschichte und die Zugehörigkeit zu Berufsfeldern oder sozialen Gruppen.

2.2. Entwicklung (Bevölkerung, Alterstruktur, Lebenserwartung)

Die Bevölkerungsentwicklung ergibt sich aus der Differenz der Geburten- und Sterberate, sowie des Migrationsaldos, also der Differenz zwischen Zu- und Abwanderung. In der folgenden Abbildung wird deutlich, welche Veränderungen es in den vergangenen 100 Jahren gegeben hat und wie die Prognosen bis ins Jahr 2050 aussehen.

³ Artikeleintrag „Demographie“ in: „Der große Brockhaus“, Band 3, Wiesbaden, 1953, S. 100

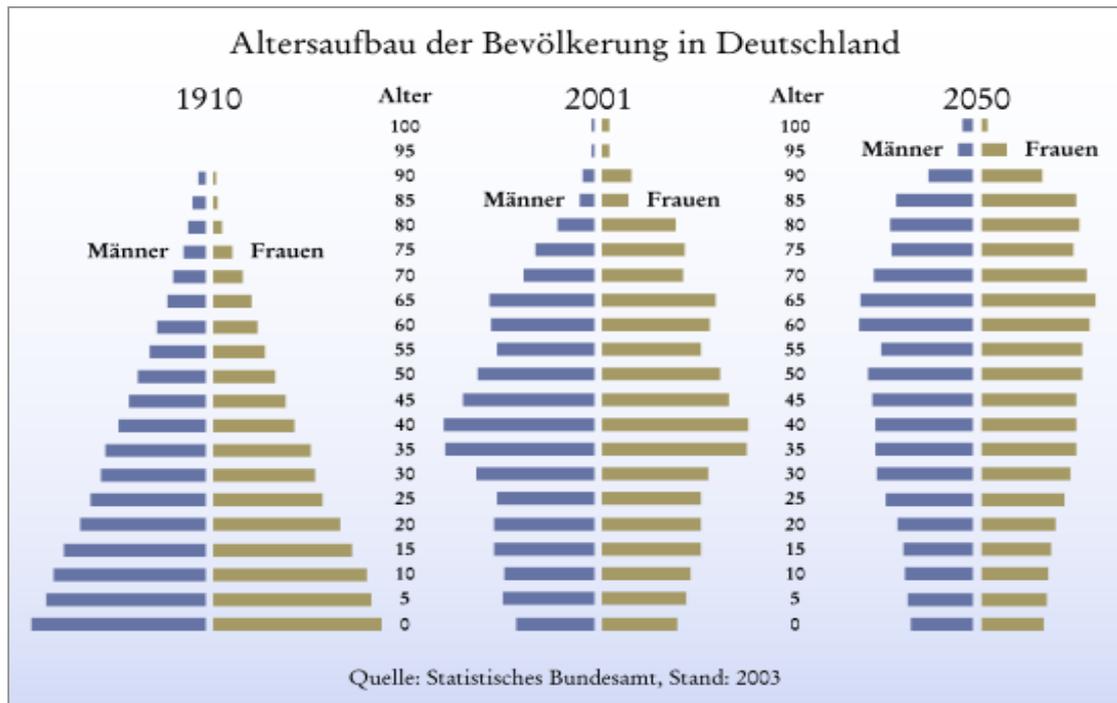


Abbildung 2: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland

In der Bevölkerungswissenschaft wird zwischen 3 Typen des Altersaufbaus unterschieden. Man spricht von der Pyramiden-, Glocken- und Urnenform, die sich unterschiedlich charakterisieren lassen. Die Pyramide stellt eine noch wachsende, die Glocke eine stagnierende und die Urne eine schrumpfende Bevölkerung dar.⁴

⁴ <http://www.wissenschaft-online.de/abo/lexikon/bio/2511>

2.2.1. Entwicklung im Rhein-Erft-Kreis



Abbildung 3: Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises

Der Rhein-Erft-Kreis setzt sich aus insgesamt 10 kreisangehörigen Kommunen (Bedburg, Bergheim, Brühl, Elsdorf, Erftstadt, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim, Wesseling) zusammen und liegt westlich von Köln. Die Gesamtbevölkerung im Kreisgebiet ist in den letzten 50 Jahren stetig gewachsen (vergleiche Abbildung 4) und betrug Ende des Jahres 2007 464.209 Personen (amtliche Angabe des LDS, Düsseldorf). Bis ins Jahr 2025 soll laut Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS), die Bevölkerung um weitere 12.000 Personen wachsen, wobei von einem Wanderungsgewinn von 3.000 Personen jährlich ausgegangen wird. Damit könnte der Rhein-Erft-Kreis laut Prognose des LDS eine deutliche Nettozuwanderung in

den kommenden Jahren verbuchen können. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Prognosen zufolge bis 2015 die Bevölkerung in den kreisfreien Städten um ca. 6,3% abnehmen wird, in den Kreisen dagegen im selben Zeitraum Zunahmen von 2,5% verbucht werden können, im Rhein-Erft-Kreis sogar von 3,8%.

Jedoch ist nicht zu vermuten, dass sich das Wachstum proportional auf alle Kommunen gleichmäßig verteilt. Bereits jetzt ist erkennbar, dass einige kreisangehörige Kommunen aufgrund von ungünstigen strukturellen Rahmenbedingungen Einwohner verlieren. Hier gilt es, die Ursachen auszumachen und gegebenenfalls gegenzusteuern.

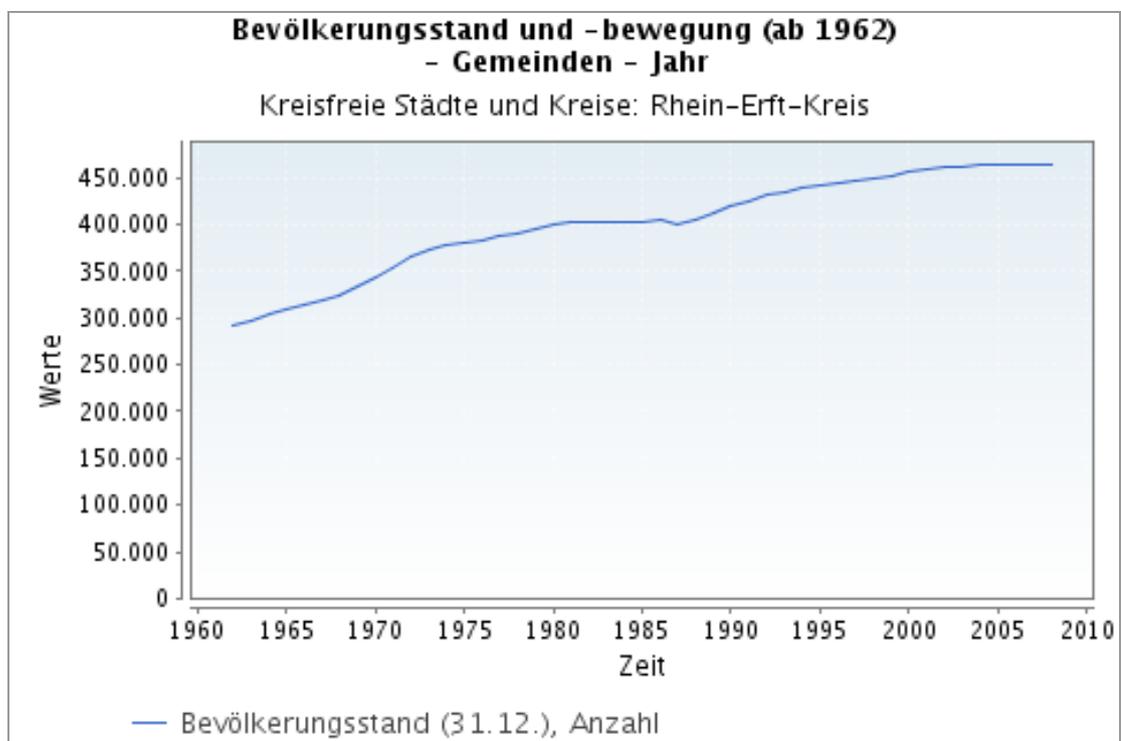


Abbildung 4: Bevölkerungsstand des Rhein-Erft-Kreises

Ein demografischer Faktor, der auch den Kreisen nicht vorenthalten bleibt, ist, dass der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vergleich zu den Älteren geringer wird. Somit wird sich auch der Rhein-Erft-Kreis mit den Problemen der alternden Gesellschaft auseinandersetzen und strukturelle Veränderungen vornehmen müssen. Ein Beispiel dafür zeigt folgendes Säulendiagramm, indem die Gruppe der unter 5-jährigen mit der Altersstufe der 65- bis 70-jährigen verglichen wird. Während Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Anzahl der unter 5-jährigen

noch deutlich höher war als die der Vergleichsgruppe, werden diese 10 Jahre später von den 65- bis 70-jährigen zahlenmäßig deutlich übertroffen. Die numerische Überlegenheit der älteren Personen setzt sich bis zu den unter 80-jährigen fort.

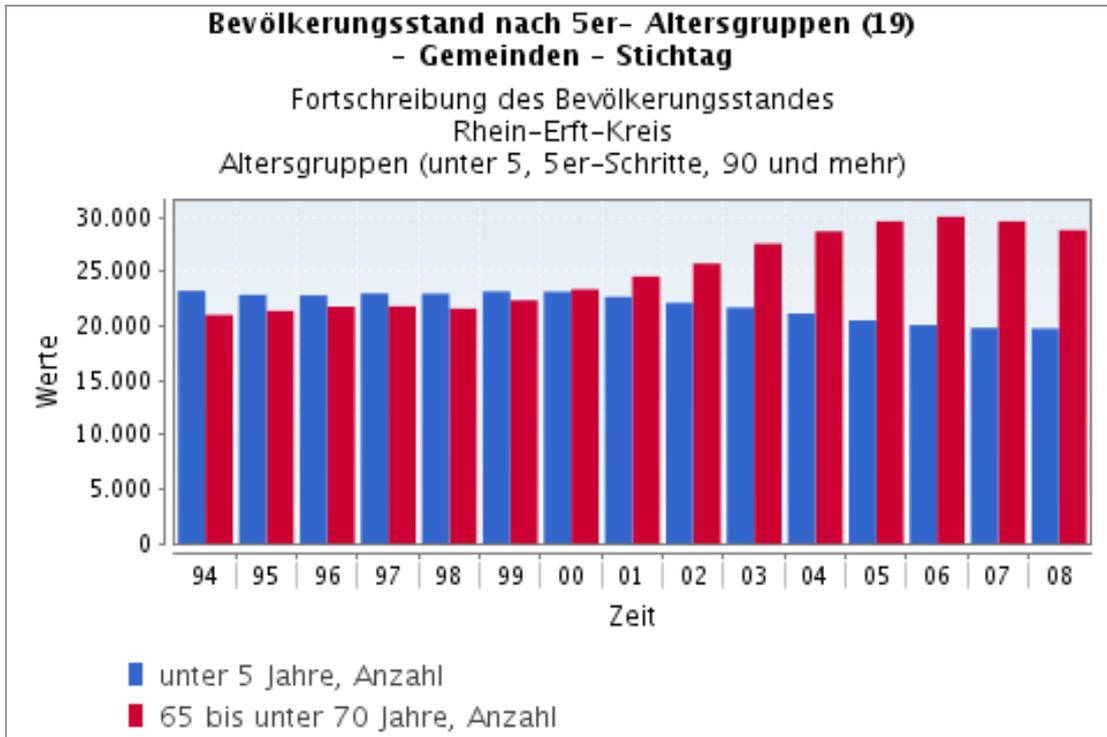


Abbildung 5: Bevölkerungsstand der Altersgruppen < 5 Jahre und 65 bis < 70 Jahre

Bevölkerung im Alter im Rhein-Erft-Kreis, Altersstruktur am 31.12.⁵

Bevölkerung im Alter von . . . bis . . . Jahren; Anteil der Gesamtbevölkerung in %		< 6	6-18	18-25	25-30	30-50	50-65	> 65
Erftkreis	1990	6,4	12,44	10,7	8,4	29,4	20,0	12,7
	1995	6,3	12,8	7,9	39,4		19,8	13,8
	2000	6,1	12,9	7,5	5,7	32,6	19,8	15,4
Rhein- Erft- Kreis	2005	5,4	13,0	7,6	36,6		19,2	18,2
	2006	5,3	12,9	7,6	5,3	31	19,2	18,7
	2007	5,2	12,7	7,7	35,9		19,4	19,1
	2008	5,2	12,5	7,8	5,3	30,2	19,6	19,5

Tabelle 1: Altersstruktur im Erftkreis/Rhein-Erft-Kreis; verschiedene Altersklassen in %

Bevölkerung im Alter in der Kreisstadt Bergheim, Altersstruktur am 31.12.⁵

Bevölkerung im Alter von . . . bis . . . Jahren; Anteil der Gesamtbevölkerung in%		< 6	6-18	18-25	25-30	30-50	50-65	> 65
Bergheim	2000	6,3	14,2	8,2	5,9	32,7	19,3	13,4
	2005	5,5	13,8	8,3	5,6	30,7	19,9	16,3
	2006	5,3	13,5	8,3	5,6	30,4	19,9	17,0
	2007	5,2	13,1	8,5	5,6	30,0	20,2	17,5
	2008	5,1	13,0	8,6	5,6	29,4	20,5	17,9

Tabelle 2: Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim; verschiedene Altersklassen in %

⁵ Angaben des LDS, jeweils zum 31.12. eines Jahres

Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim 75 Jahre und älter⁶

Stadtteil	2004 in %	2008 in %	EW 75+	EW gesamt
Ahe	3,3	3,6	108	3.004
Auenheim	4,8	5,6	36	639
Bergheim	8,5	8,6	582	6.733
Büsdorf	5,1	5,5	74	1.349
Fliesteden	7,1	8,4	146	1.738
Glesch	8,3	8,0	153	1.913
Glessen	3,9	5,5	292	5.292
Kenten	7,9	8,9	602	6.793
Niederaußem	5,5	6,3	351	5.575
Oberaßem	8,1	9,1	482	5.301
Paffendorf	7,1	7,8	95	1.224
Quadrat-Ichendorf	5,6	6,5	930	14.227
Rheidt-Hüchehoven	7,0	7,2	138	1.910
Thorr	4,5	4,4	98	2.233
Zieverich	3,9	4,3	175	4.055
Stadt Bergheim	6,1	6,9	4.262	61.986

Tabelle 3: Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim 75 Jahre & älter in den Jahren 2004, 2008

⁶ Angaben der Kreisstadt Bergheim

Grafische Darstellung der Altersstruktur in der Kreisstadt Bergheim⁶

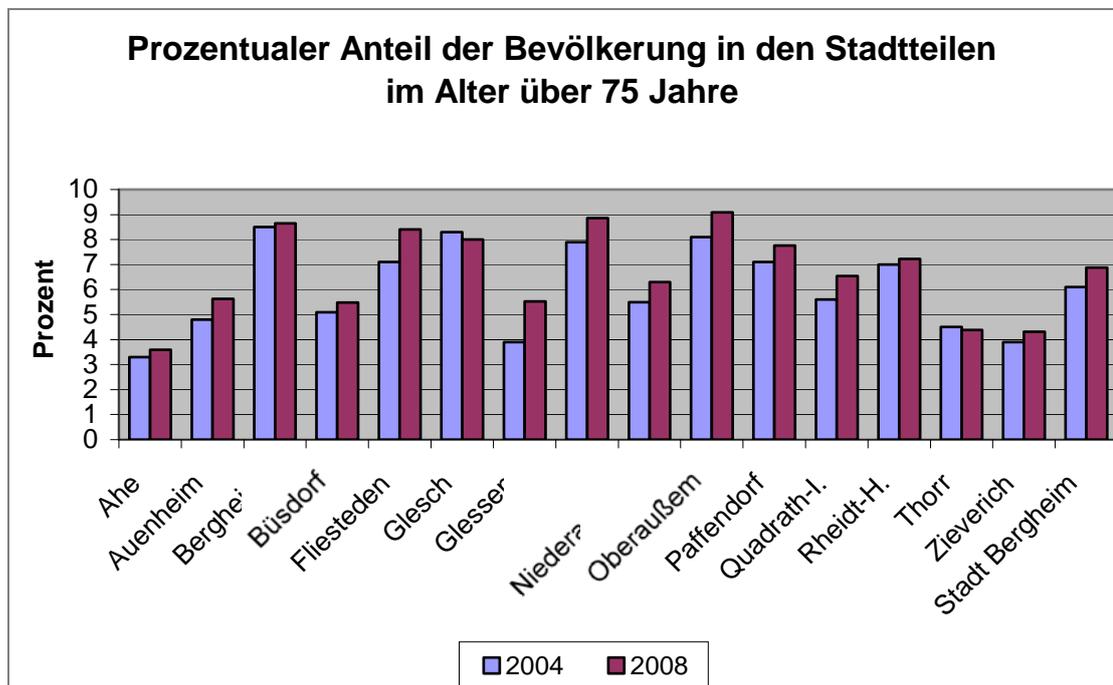


Abbildung 6: Prozentualer Anteil der Bevölkerung in den Stadtteilen im Alter über 75 Jahre

Mit Ausnahme von Elsdorf und Bergheim, wo die Einwohnerzahlen leicht gesunken bzw. in etwa gleich geblieben sind, konnten alle Kommunen im Kreisgebiet in den letzten 9 Jahren Wachstumsraten verzeichnen. Die sowohl nominal als auch prozentual höchsten Zuwachsraten konnten Frechen und Hürth verbuchen, die in diesem Zeitraum jeweils über 3.000 Bürgerinnen und Bürger hinzugewinnen konnten, was in etwa einem Anstieg von 7% entspricht (vergleiche Tabelle 4). Auffällig ist jedoch, dass die Zugewinne größtenteils zu Beginn des dargestellten Zeitraums verzeichnet werden konnten. In den vergangenen drei Jahren mussten, wie in der Tabelle zu sehen, die Hälfte der Kommunen bereits Einwohnerverluste hinnehmen.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den Kommunen anhand deren an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Kommune	1999	2002	2005	2008	Veränderung zw. 1999 und 2008 in %
Bedburg	23.472	24.007	24.334	24.269	3,4
Bergheim	62.274	63.436	63.044	62.255	0
Brühl	43.846	44.291	44.717	44.911	2,4
Elsdorf	21.464	21.559	21.570	21.270	-0,9
Erftstadt	49.053	49.986	50.007	49.717	1,4
Frechen	46.447	47.419	48.896	49.782	7,0
Hürth	52.894	54.063	54.829	56.590	7,2
Kerpen	61.553	63.209	63.848	64.429	4,7
Pulheim	52.106	53.160	53.309	53.459	2,6
Wesseling	34.814	35.866	36.043	35.655	2,4
Rhein-Erft-Kreis	447.923	456.996	460.597	462.337	3,2

Tabelle 4: Bevölkerungsentwicklung in den kreisangehörigen Kommunen

2.2.2. Entwicklung in den kreisangehörigen Kommunen

Stadt Bedburg

In Bedburg lebten Ende des Jahres 2008 24.879 Personen. Die Stadt setzt sich aus insgesamt 14 Stadtteilen (Bedburg, Broich, Rath, Blerichen, Kirdorf, Lipp, Oppendorf, Kaster, Kirchherten, Grottenherten, Kirchtroisdorf, Kleintroisdorf, Pütz, Königshoven) zusammen, wovon in den meisten weniger als 1.000 Einwohner leben. Seit Anfang der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts kann die Stadt Zuwachsraten verzeichnen und ist in diesem Zeitraum um über 5.000 Bürgerinnen und Bürger gewachsen. Laut Prognosen des LDS wird die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2015 stagnieren und in den darauffolgenden Jahren leicht zurückgehen.

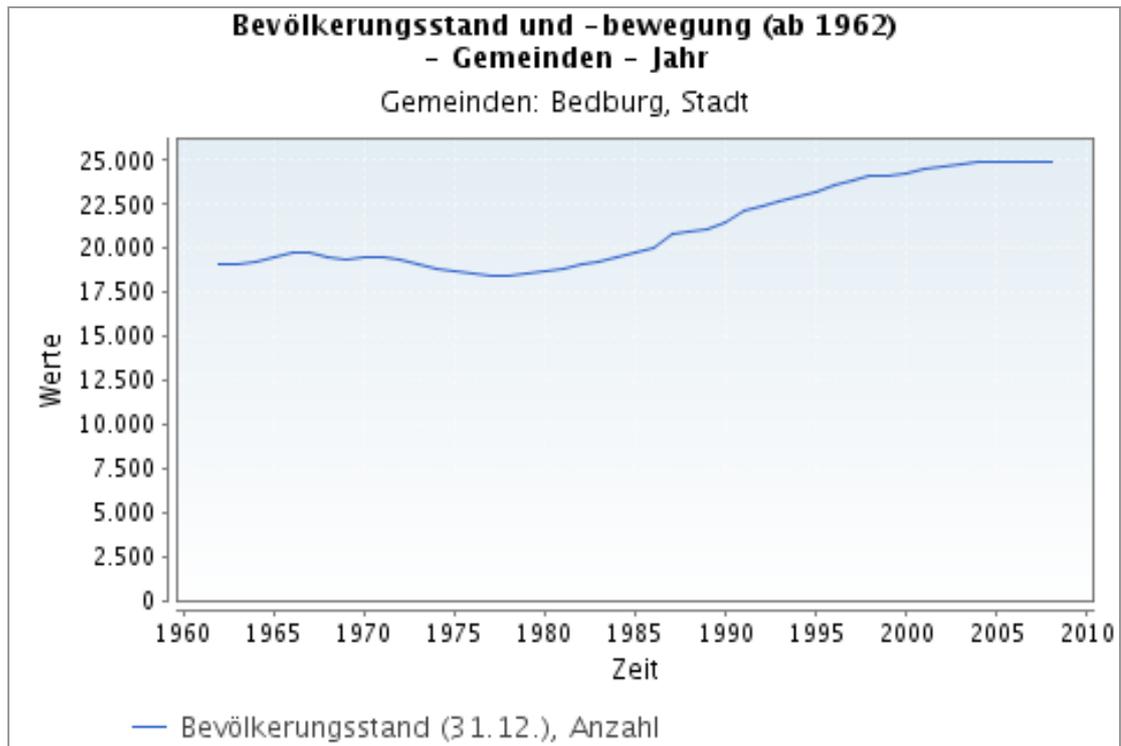


Abbildung 7: Bevölkerungsstand der Stadt Bedburg

Die Entwicklung der einzelnen Stadtteile weist im vergangenen Jahrzehnt deutliche Unterschiede auf. Während in der Bedburger Innenstadt und Broich zweistellige Zuwachsraten verbucht werden konnten, mussten Grottenherten, Kleintroisdorf, Rath Oppendorf und Pütz deutliche Bevölkerungsverluste hinnehmen, letztere beiden sogar von jeweils über 17%. Die Gesamtentwicklung bleibt in diesem Zeitraum jedoch positiv und liegt bei 3,4% (vergleiche Tabelle 5).

**Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen
anhand der von der Stadt Bedburg an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten
Angaben**

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Bedburg	4.207	4.458	4.655	4.714	12,1
Blerichen	2.440	2.460	2.432	2.452	0,5
Broich	884	1.000	1.051	1.048	18,6
Grottenherten	369	368	376	353	-4,5
Kaster	5.677	5.642	5.704	5.798	2,1
Kirchherten	1.909	1.986	2.091	2.038	6,8
Kirchtroisdorf	954	1.018	1.040	1.008	5,7
Kirdorf	1.278	1.278	1.254	1.222	4,6
Kleintroisdorf	181	177	173	166	-9,0
Königshoven	1.849	1.854	1.902	1.890	2,2
Lipp	2.241	2.334	2.288	2.246	0,2
Oppendorf	121	112	105	102	-18,6
Pütz	350	353	316	297	-17,8
Rath	1.012	967	947	935	-8,2
Gesamt	23.472	24.007	24.334	24.269	3,4

Tabelle 5: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bedburg

⁷ Einwohner

Seit dem Jahr 2001 liegt in Bedburg ein negativer Saldo zwischen Geburten- und Sterberate vor, den die Stadt aber mit einer prozentual gesehen hohen Nettozuwanderung kompensieren kann (vergleiche Abbildung 8). Der Migrantenanteil ist zwischen 1999 und 2008 von 8,74% auf 7,88% gesunken.

Die Zahl der Haushalte ist von 7.824 auf 8.090 angestiegen, was 3,4% und damit dem Bevölkerungsanstieg entspricht.

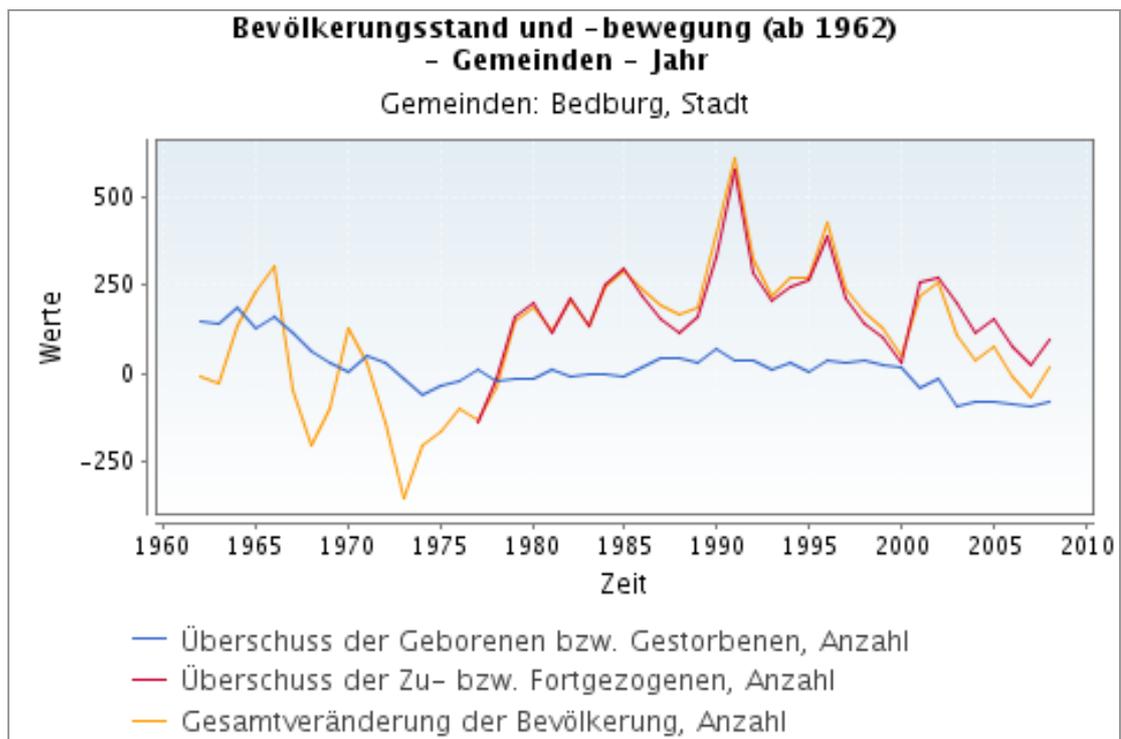


Abbildung 8: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Bedburg

Kreisstadt Bergheim

In Bergheim, der Kreisstadt des Rhein-Erft-Kreises, lebten Ende 2008 etwa 62.255 Einwohnerinnen und Einwohner. Zwischen 1960 und 2000 konnte die Stadt hohe Bevölkerungszuwächse verbuchen. Die Einwohnerzahl stieg in diesem Zeitraum von etwa 35.000 auf über 60.000 an. Seit 2000 stagniert die Bevölkerungszahl und Bergheim musste in den letzten Jahren sogar leichte Bevölkerungsverluste hinnehmen.

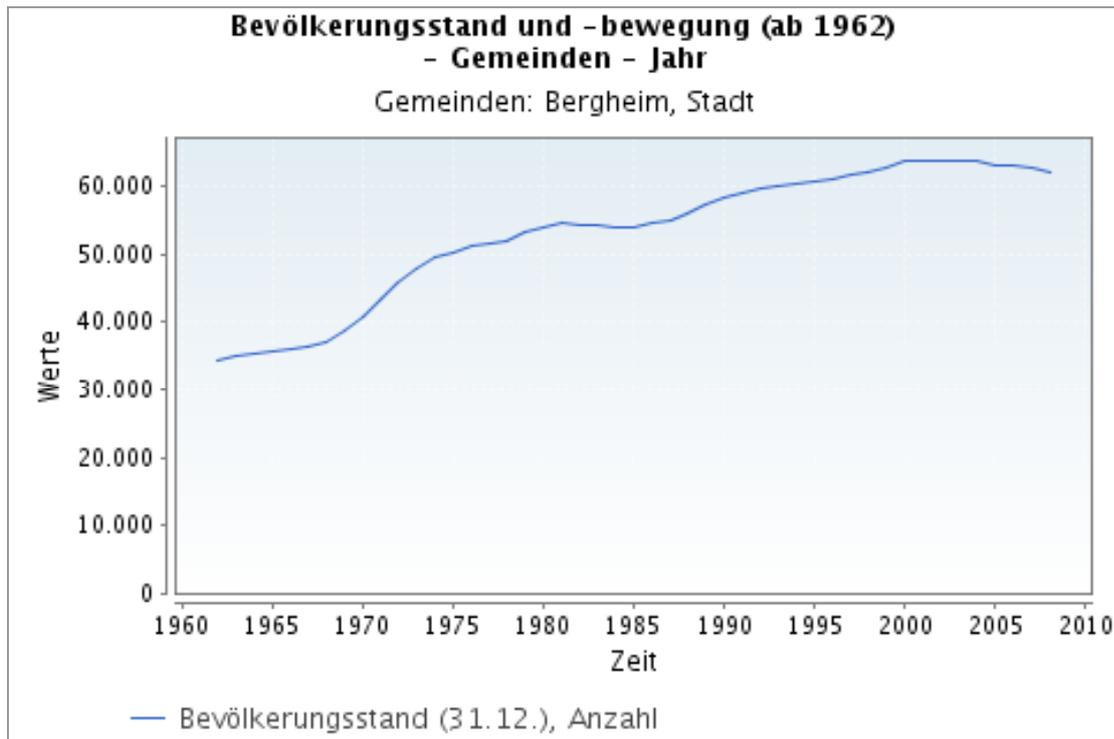


Abbildung 9: Bevölkerungsstand der Kreisstadt Bergheim

Während Bergheim zu Beginn des Jahrhunderts noch in fast allen Stadtteilen Bevölkerungsgewinne verbuchen konnte und insgesamt um über 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wuchs, ging die Bevölkerungszahl in den vergangenen Jahren deutlich zurück und hat Ende des Jahres 2008 in etwa das Niveau von 1999 erreicht. Die größten Zuwachsraten konnten in diesem Zeitraum die Bergheimer Innenstadt mit 9,7% und Zieverich mit 7,6% verbuchen. Eine negative Bevölkerungsentwicklung im zweistelligen Bereich mussten dagegen Paffendorf und Rheidt-Hüchelhoven hinnehmen. Nominal gesehen verlor Quadrath-Ichendorf die meisten Bürgerinnen und Bürger.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Bergheim an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Ahe	2.932	2.998	2.914	3.003	2,4
Auenheim	671	704	672	641	-4,7
Bergheim	6.272	6.305	5.713	6.879	9,7
Büsdorf	1.308	1.364	1.384	1.350	3,2
Fliestedten	1.893	1.865	1.816	1.747	-8,4
Glessen	5.117	5.503	5.444	5.304	3,7
Kenten	6.795	7.184	7.688	6.803	0,1
Niederaußem	5.844	5.760	5.746	5.583	-4,7
Oberaßem	5.210	5.383	5.286	5.287	1,5
Paffendorf	1.357	1.287	1.308	1.227	-10,6
Quadrat-Ichendorf	14.835	15.067	14.777	14.315	-3,6
Rheidt-Hüchelhoven	2.136	2.165	2.006	1.917	-11,4
Thorr	2.185	2.183	2.253	2.231	2,1
Zieverich	3.774	3.712	4.127	4.061	7,6
Gesamt	62.274	63.436	63.044	62.255	0,0

Tabelle 6: Bevölkerungsentwicklung in der Kreisstadt Bergheim

Der Migrantenanteil ist in dem zu untersuchenden Zeitraum von knapp 14% auf 13,2% gesunken, liegt aber weiterhin auf einem vergleichbar hohen Niveau. Die Anzahl der Haushalte ist zwischen 2005 und 2008 von 35.482 auf 36.829 um 3,8% gestiegen, obwohl in diesem Zeitraum die Bevölkerungszahl zurückgegangen ist. Dies

spricht für den allgemein zu beobachtenden Trend, dass die Anzahl der sogenannten „Single-Haushalte“ zunehmend steigt.

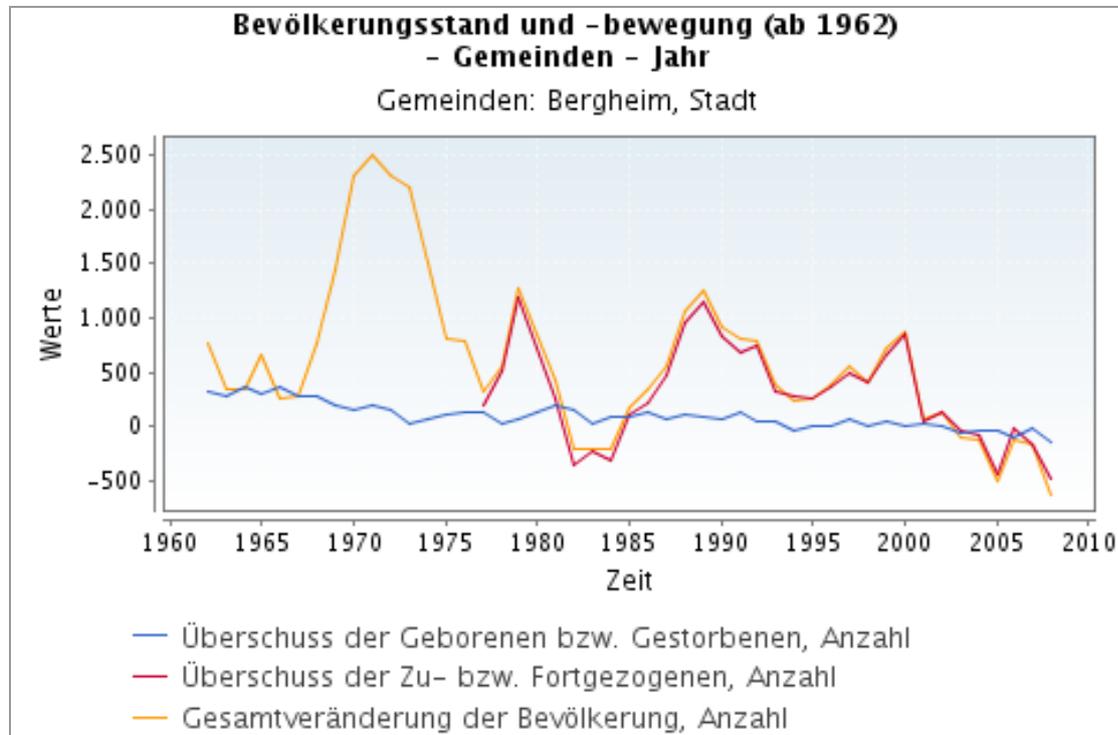


Abbildung 10: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Kreisstadt Bergheim

Stadt Brühl

In Brühl lebten Ende 2008 44.491 Einwohnerinnen und Einwohner. Diese Zahl bewegt sich seit vielen Jahren auf einem konstanten Niveau. Nachdem die Stadt Ende der 70er Jahre bis Ende der 80er Jahre kontinuierlich Bürgerinnen und Bürger verlor, konnte dieser Trend zu Beginn der 90er Jahre gestoppt werden. Die Einwohnerzahl ist fortan wieder gewachsen, wenn auch nur in sehr geringem Maße.

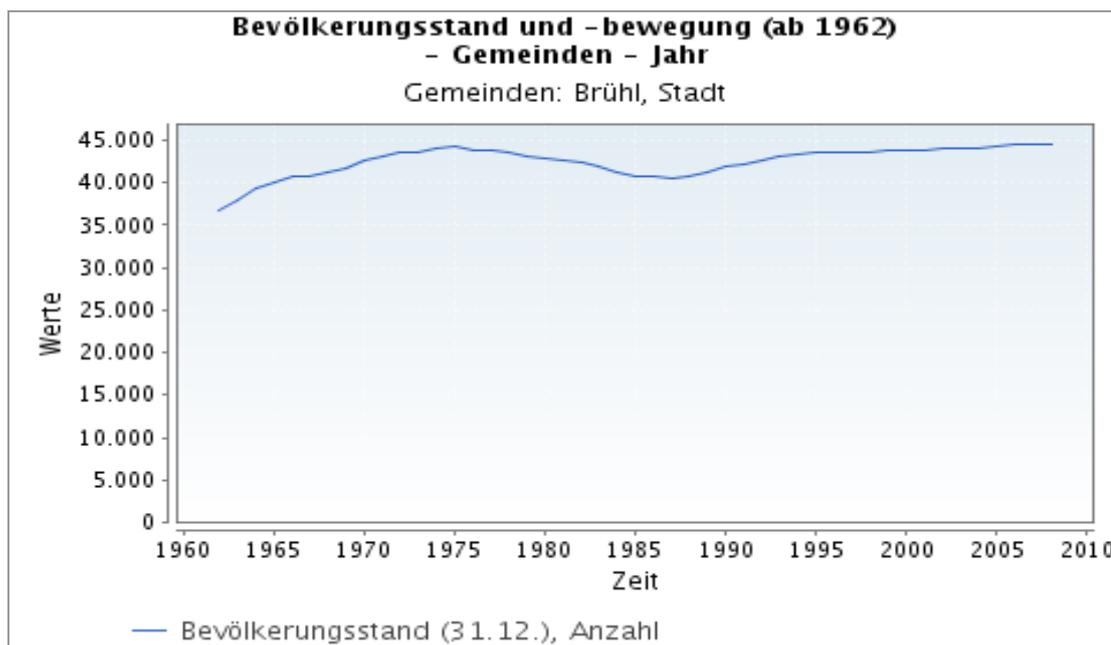


Abbildung 11: Bevölkerungsstand der Stadt Brühl

Brühl ist im vergangenen Jahrzehnt um 2,4% gewachsen. Auffallend ist das enorme Bevölkerungswachstum in Badorf, welches in diesem Zeitraum um über ein Drittel gewachsen ist und sogar nominal mehr Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnen konnte, als die Stadt insgesamt. Dies liegt an den Verlusten in der Brühler Innenstadt, Heide und Vochem. In den übrigen Stadtteilen ist die Einwohnerzahl leicht angestiegen.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Brühl an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Badorf	4.214	4.611	5.202	5.654	34,2
Innenstadt	22.644	22.696	22.621	22.345	-1,3
Heide	1.489	1.490	1.447	1.402	-6,2
Kierberg	4.257	4.258	4.274	4.282	0,6
Pingsdorf	4.483	4.453	4.438	4.587	2,3

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Schwadorf	1.586	1.625	1.654	1.626	2,5
Vochem	5.173	5.158	5.081	5.015	-3,2
Gesamt	43.846	44.291	44.717	44.911	2,4

Tabelle 7: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brühl

Der Migrantenanteil lag in Brühl 1999 bei etwa 12,7% und ist bis ins Jahr 2008 auf unter 11,6% gesunken und liegt damit leicht über dem Durchschnitt des Rhein-Erft-Kreises. Die Anzahl der Haushalte ist von 16.239 auf 16.634 in etwa demselben Verhältnis gestiegen, wie die Einwohnerzahl (da bei der Bevölkerungsbewegung keine Besonderheiten festzustellen sind, wird auf eine zweite Abbildung bewusst verzichtet).

Gemeinde Elsdorf

Die Gemeinde Elsdorf ist mit Abstand die kleinste Kommune im Rhein-Erft-Kreis. Sie setzt sich aus insgesamt 14 Stadtteilen (Angelsdorf, Berrendorf, Elsdorf, Esch, Etzweiler, Frankeshoven, Giesendorf, Grouven, Heppendorf, Neu-Etzweiler, Niederrembt, Oberrembt, Tollhausen, Widdendorf) zusammen, in welchen zwischen 16 und 5.801 Einwohnerinnen und Einwohner leben. Elsdorf ist zwischen 1960 und 2000 von einst 14.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf über 21.000 angewachsen, was einer Zuwachsrate von 50% entspricht. Seit der Jahrhundertwende stagniert das Wachstum der Gemeinde. Zuletzt musste sie sogar leichte Bevölkerungsverluste hinnehmen und droht einzelne Ortsteile zu verlieren, wobei Ursache hierfür nicht der demografische Wandel, sondern der Tagebau ist.

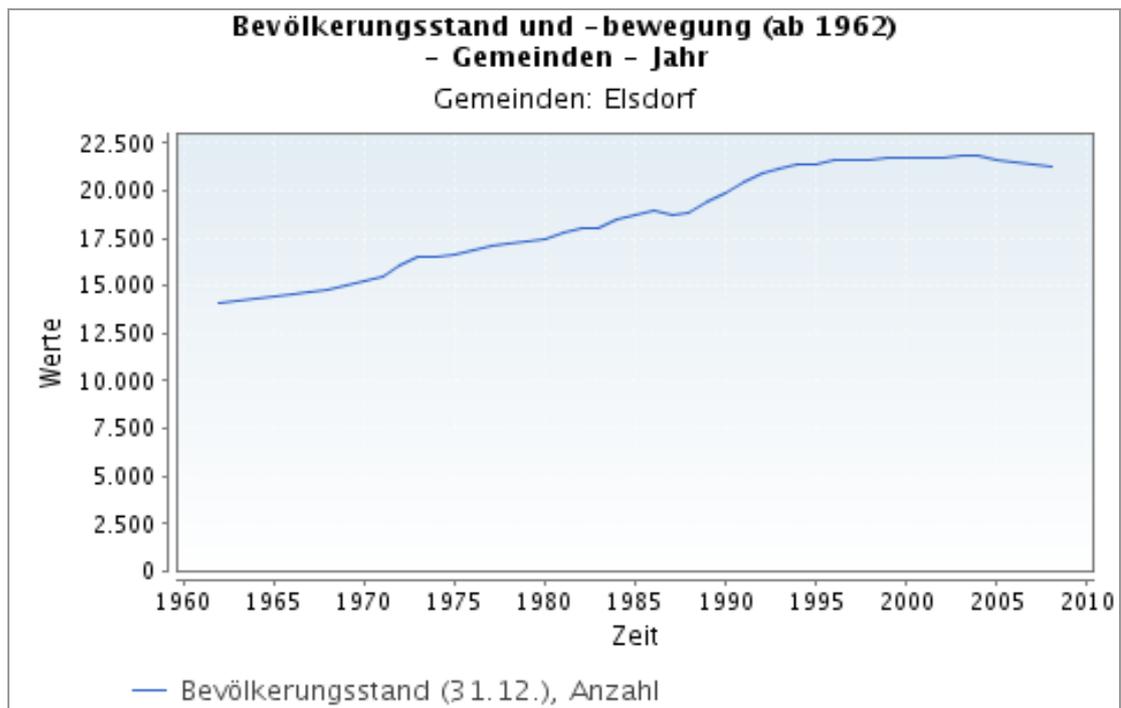


Abbildung 12: Bevölkerungsstand der Gemeinde Elsdorf

Elsdorf gehört zu den wenigen Kommunen im Kreisgebiet, die in den vergangenen zehn Jahren geschrumpft sind, wobei vor allem in den vergangenen drei Jahren deutliche Bevölkerungsverluste hinzunehmen waren, da insgesamt 300 Bürgerinnen und Bürger die Gemeinde verlassen haben. Auffallend ist, dass der Ortsteil Etzweiler sich fast komplett aufgelöst hat, was mit dem nahegelegenen Tagebaugelände der RWE Power AG zu erklären ist. Dafür stieg in Neu-Etzweiler die Bevölkerung im selben Zeitraum um über 60% und konnte die entstandenen Verluste damit kompensieren. Die meisten von der RWE Power AG Verdrängten aus Etzweiler sind hierher verzogen. In den übrigen Ortsteilen gab es in etwa gleich viele Gewinner und Verlierer, sodass die Einwohnerzahl insgesamt im vergangenen Jahrzehnt nur leicht zurückgegangen ist.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Ortsteilen anhand der von der Gemeinde Elsdorf an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Ortsteil	Einw.⁷ 31.12.99	Einw.⁷ 31.12.02	Einw.⁷ 31.12.05	Einw.⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Angelsdorf	2.083	2.077	2.029	1.983	-5,0
Berrendorf	3.681	3.709	3.659	3.579	-2,8
Elsdorf	5.927	5.809	5.874	5.801	-2,2
Esch	2.534	2.688	2.697	2.707	6,8
Etzweiler	174	77	41	16	-88,0
Frankeshoven	49	40	36	40	-22,5
Giesendorf	1.285	1.308	1.286	1.248	-3,0
Grouven	663	639	658	645	-2,8
Heppendorf	1.913	1.899	1.949	1.925	0,6
Neu-Etzweiler	375	471	573	611	62,9
Niederembt	1.458	1.452	1.371	1.357	-7,4
Oberembt	1.035	1.091	1.091	1.056	2,0
Tollhausen	206	213	227	219	6,3
Widdendorf	81	81	79	83	2,5
Gesamt	21.464	21.559	21.570	21.270	-0,9

Tabelle 8: Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Elsdorf

Der Migrantenanteil ist in dem zu untersuchenden Zeitraum in Elsdorf von 8,5% auf 7,2% gesunken und hat kreisweit das zweitniedrigste Niveau. Die Anzahl der Haushalte ist von 7.985 im Jahr 2002 auf 7.878 im Jahr 2008 leicht zurückgegangen (da bei der Bevölkerungsbewegung keine Besonderheiten festzustellen sind, wird auf eine zweite Abbildung bewusst verzichtet).

Stadt Erftstadt

Die Stadt Erftstadt ist die Kommune im Kreisgebiet, die den größten Bevölkerungszuwachs seit Anfang der 60er Jahre verbuchen konnte. In diesem Zeitraum verdoppelte sich die Einwohnerzahl von einst 25.000 auf heute etwa 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt liegt im Süden des Rhein-Erft-Kreises und setzt sich aus insgesamt 15 Stadtteilen (Ahrem, Blessem/Frauenthal, Bliesheim, Borr/Scheuren, Dirmerzheim, Erp, Friesheim, Gymnich, Herrig, Kierdorf, Köttingen, Lechenich, Liblar, Niederberg) zusammen, wovon Lechenich und Liblar mit Abstand die größten sind und zusammen etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Stadt ausmachen.

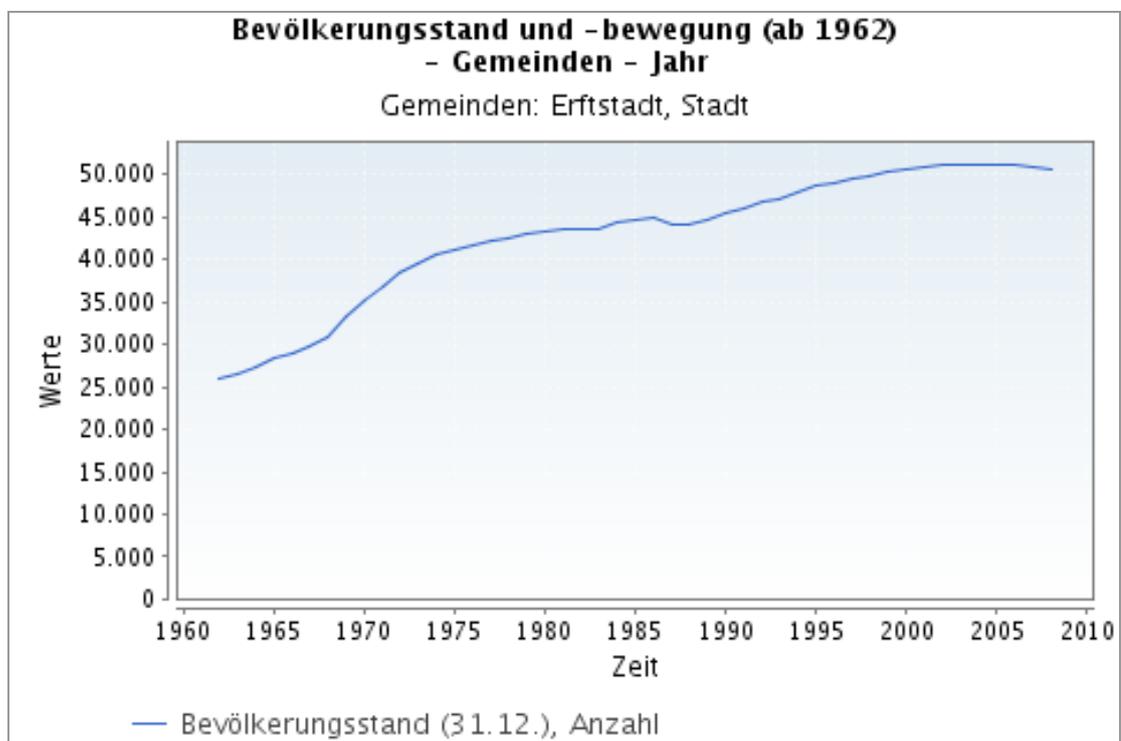


Abbildung 13: Bevölkerungsstand der Stadt Erftstadt

Erftstadt ist zwischen den Jahren 1999 und 2008 um insgesamt 1,4% gewachsen und konnte zwischenzeitlich mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner vorweisen. Diese prestigeträchtige Hürde wurde 2005 überschritten, zuletzt fiel die Einwohnerzahl jedoch wieder unter diese Grenze, was nicht zuletzt daran liegt, dass in den beiden größten Stadtteilen Lechenich und Liblar in den vergangenen drei Jahren nominale Verluste von zusammen mehr als 700 Bürgerinnen und Bürgern hingenommen

werden musste, auch wenn zumindest Lechenich seit 1999 dennoch eine positive Wachstumsrate vorweisen kann. Hohe Zuwachsraten können zudem Ahrem und Friesheim verbuchen, während in Niederberg die Einwohnerzahl prozentual am stärksten zurückging.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Erftstadt an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Ahrem	1.018	1.067	1.091	1.087	6,8
Blessem/Frauent.	1.691	1.684	1.699	1.671	-1,2
Bliesheim	3.314	3.310	3.283	3.289	-0,8
Borr/Scheuren	368	361	378	386	4,9
Dirmerzheim	2.110	2.120	2.108	2.052	-2,8
Erp	2.486	2.585	2.561	2.535	2,0
Friesheim	2.717	2.888	2.878	2.897	6,6
Gymnich	4.090	4.080	4.071	4.241	3,7
Herrig	549	536	506	573	4,4
Kierdorf	3.042	3.163	3.113	3.153	3,6
Köttingen	3.778	3.823	3.830	3.743	0,9
Konradsheim	/	/	/	323	
Lechenich	10.656	10.887	11.180	10.850	1,8
Liblar	12.632	12.865	12.713	12.353	-2,3
Niederberg	602	617	596	564	-6,7
Gesamt	49.053	49.986	50.007	49.717	1,4

Tabelle 9: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Erftstadt

Erftstadt ist die Kommune im Kreisgebiet mit dem geringsten Migrantenanteil, der sich seit Jahren bei etwa 5% eingependelt hat (da bei der Bevölkerungsbewegung keine Besonderheiten festzustellen sind, wird auf eine zweite Abbildung bewusst verzichtet).

Stadt Frechen

Die Stadt Frechen setzt sich, die Innenstadt mit einbezogen, aus 9 Stadtteilen (Bachem, Benzelrath, Grube Carl, Buschbell, Hüheln, Grefrath, Habelrath, Innenstadt, Königsdorf) zusammen, wovon in der Innenstadt mit 45% die meisten und in Benzelrath mit 2,2% die wenigsten der insgesamt 49.782 Einwohner leben. Seit dem Jahr 2001 liegt die Sterberate oberhalb der Geburtenrate. Da der Saldo aber nur sehr gering ist und Frechen zu den Kommunen im Kreisgebiet gehört, die seit Jahren eine hohe Nettozuwanderung verbuchen können, wächst die Stadt kontinuierlich und wird bald als sechste Kommune im Rhein-Erft-Kreis mehr als 50.0000 Einwohner vorweisen können. Neben der günstigen Lage und guten Verbindung zu Köln ist die Schaffung des Stadtteils Grube Carl der wohl wichtigste Faktor für den vergleichsweise hohen Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren.

Frechen ist in jedem Fall ein attraktiver Standort und wird laut Prognosen auch in den kommenden Jahren weiterhin hohe Wachstumsraten verzeichnen können.

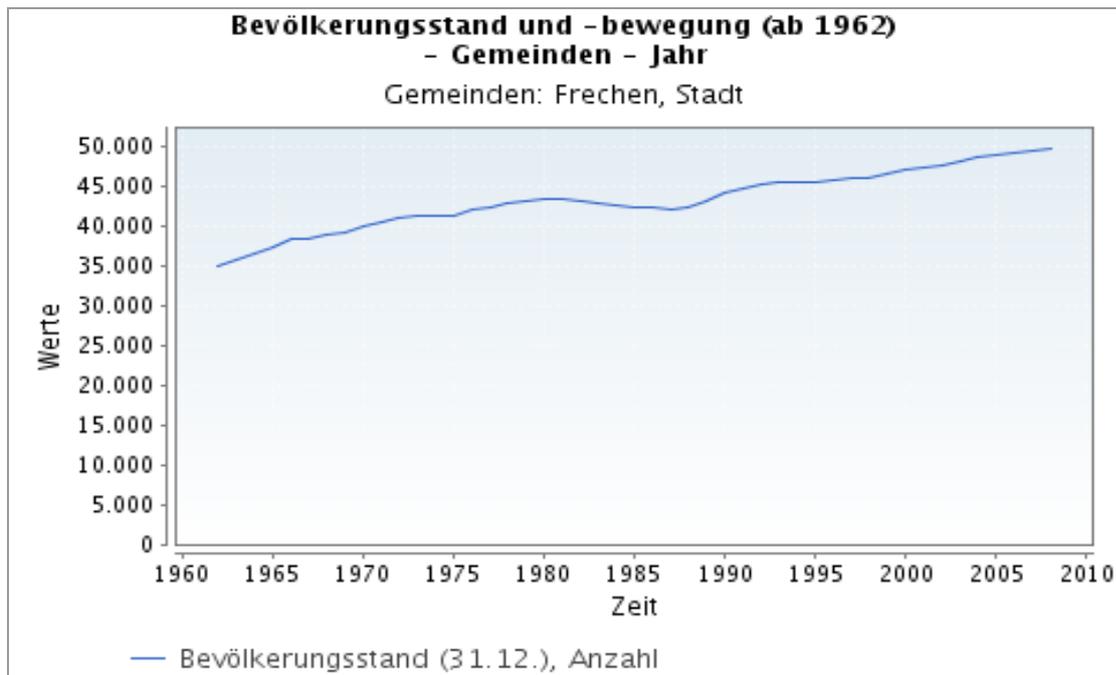


Abbildung 14: Bevölkerungsstand der Stadt Frechen

Frechen ist die Kommune im Rhein-Erft-Kreis, die in den vergangenen 10 Jahren mit 7,2% am stärksten gewachsen ist. Auffallend bei der Betrachtung der einzelnen Stadtteile ist, dass Benzlath seine Einwohnerzahl seit 1999 mehr als verdreifachen konnte. Dies liegt nicht zuletzt an der Ausweitung neuer Wohngebiete, die auch zur Entstehung von Grube Carl geführt haben, wo es allein in den letzten drei Jahren eine Zuwachsrate von über 30% gab. Auch die Innenstadt wächst weiter und Königsdorf profitiert vom Ausbau seines Randgebietes, wo zusätzliche Wohnflächen geschaffen werden, die in Zukunft möglicherweise zu eigenen Stadtteilen heranwachsen. Eine besonders negative Bevölkerungsentwicklung muss dagegen Buschbell hinnehmen. Auch in Bachem, Hückeln und Grefrath ist die Einwohnerzahl rückläufig.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Frechen an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Bachem	5.543	5.546	5.553	5.460	-1,5
Benzelrath	308	784	1.104	1.077	349,7
Grube Carl	/	/	1.309	1.703	30,1
Buschbell	3.121	3.019	3.044	2.978	-4,8
Hücheln	1.482	1.465	1.441	1.440	-2,9
Grefrath	1.408	1.431	1.406	1.357	-3,7
Habbelrath	3.553	3.666	3.637	3.581	0,8
Innenstadt	21.622	22.006	21.893	22.265	3,0
Königsdorf	9.410	9.502	9.509	9.921	5,4
Gesamt	46.447	47.419	48.896	49.782	7,2

Tabelle 10: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Frechen

Der Migrantenanteil in Frechen bewegt sich in den letzten Jahren konstant zwischen 10% und 11%, was in etwa dem kreisweiten Durchschnitt entspricht. Die Anzahl der Haushalte ist mit 7,2% im selben Umfang gestiegen, wie die Einwohnerzahl. Besonders auffällig neben der hohen Zuwanderung in den vergangenen Jahren ist, dass Frechen Ende der 80er Jahre bzw. Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts extrem viele Zuzüge verbuchen konnte, was darauf zurückzuführen ist, dass viele Aussiedler aus Osteuropa in der Stadt aufgenommen wurden (vergleiche Abbildung 14).

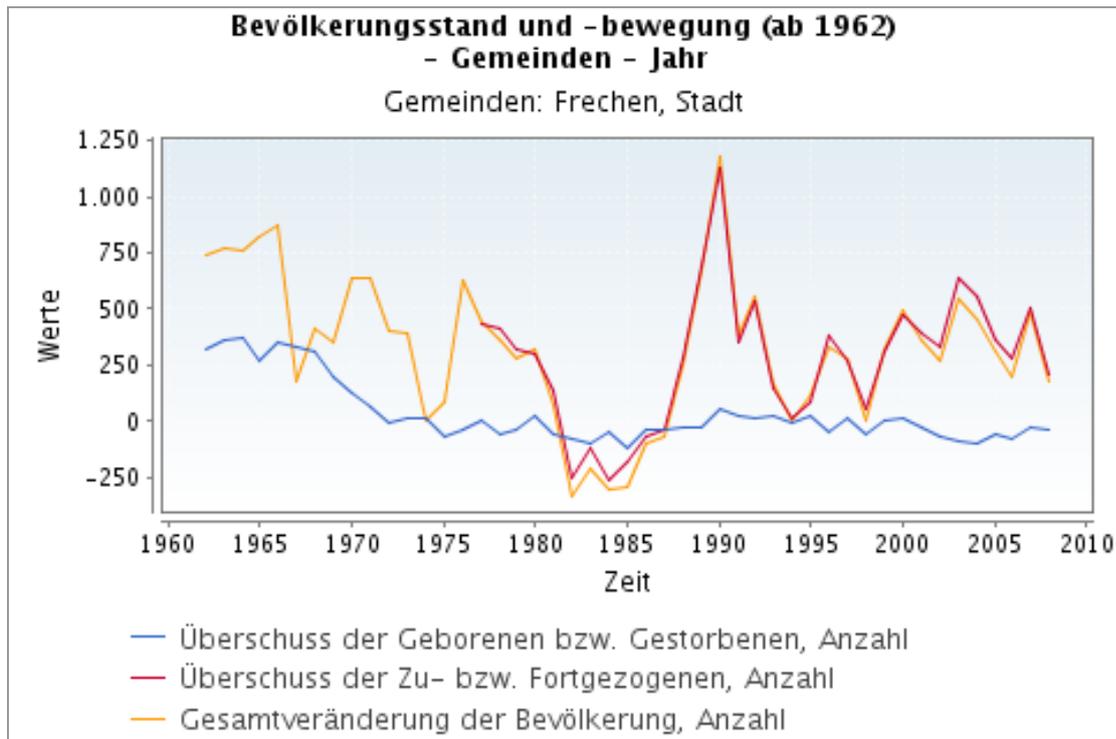


Abbildung 15: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Frechen

Stadt Hürth

Die Stadt Hürth gehört genau wie Frechen zu den Gewinner-Kommunen der vergangenen Jahre. Während die Einwohnerzahl zwischen 1960 und 1990 abwechselnd gestiegen und gesunken ist und sich in etwa bei 50.000 bewegte, ist die Stadt in den folgenden Jahren konstant gewachsen und hat mittlerweile mehr als 56.500 Einwohner, was seit 1999 einer Zuwachsrate von 7% entspricht. Die Stadt Hürth setzt sich aus insgesamt 12 Stadtteilen (Altstädten-Burbach, Alt-Hürth, Berrenrath, Efferen, Fischelnich, Gleuel, Hermülheim, Kalscheuren, Kendenich, Knapsack, Sielsdorf, Stotzheim) zusammen.

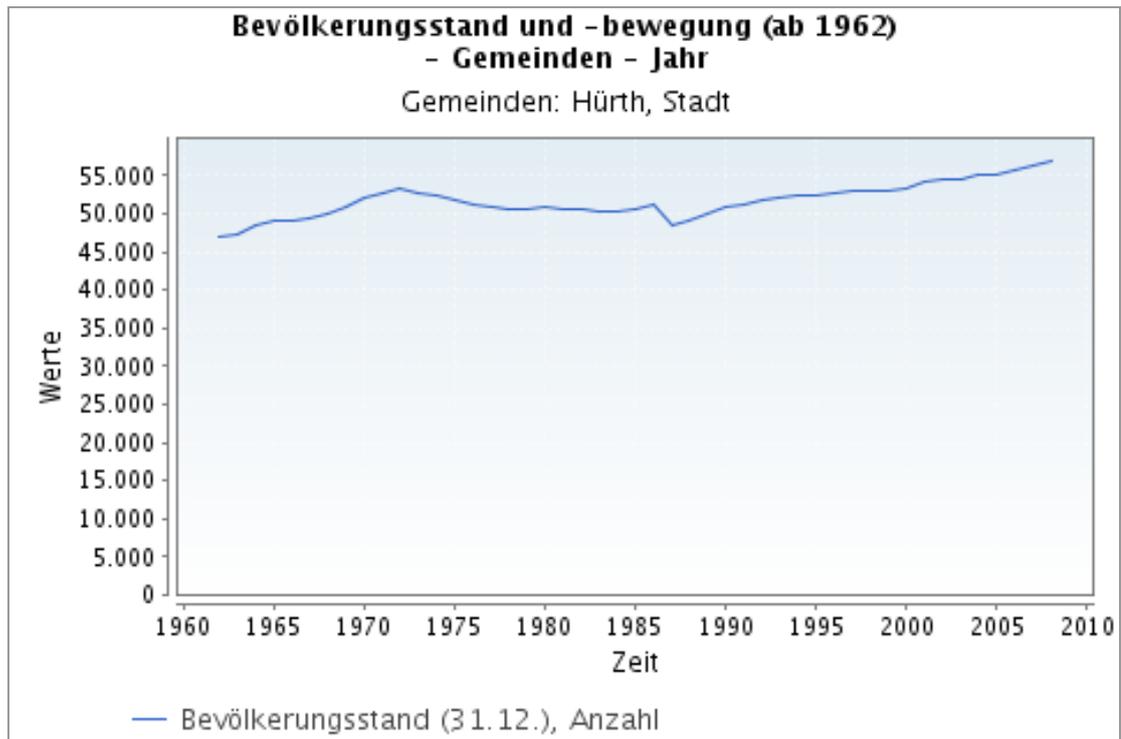


Abbildung 16: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Hürth

Bei der Betrachtung der einzelnen Stadtteile fallen die hohen zweistelligen Zuwachsraten in Altstädten-Burbach, Berrenrath und Efferen auf. Am stärksten rückläufig ist dagegen die Einwohnerzahl in Stotzheim und in Gleuel.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Hürth an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Altstädten-Burbach	3.263	3.239	3.324	3.677	12,4
Alt-Hürth	6.411	6.403	6.559	6.879	7,3
Berrenrath	2.661	2.680	3.093	3.151	18,4
Efferen	9.758	10.720	11.069	11.663	19,5
Fischenich	5.023	5.078	4.971	4.908	-2,3

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Gleuel	6.537	6.538	6.435	6.335	-3,2
Hermülheim	13.487	13.660	13.637	14.282	5,9
Kalscheuren	582	554	547	571	-1,9
Kendenich	2.895	2.906	2.981	2.946	1,8
Knapsack	132	112	107	131	0,8
Sielsdorf	390	448	440	380	-2,6
Stotzheim	1.755	1.725	1.666	1.667	-5,3
Gesamt	52.894	54.063	54.829	56.590	7,0

Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Hürth

Der Migrantenanteil bewegt sich ähnlich wie in Frechen zwischen 10 und 11% und liegt damit ebenfalls im Durchschnitt.

Wie sehr Hürth von der Zuwanderung profitiert, wird anhand der folgenden Grafik deutlich. Während der Saldo aus Geburten- und Sterberate bereits seit Mitte der 70er Jahre negativ ausfällt, sorgen die vielen Zuzüge dafür, dass die Stadt hohe Zuwachsraten verzeichnen kann, auch wenn diese nicht Jahr für Jahr gleichmäßig stark ausfallen.

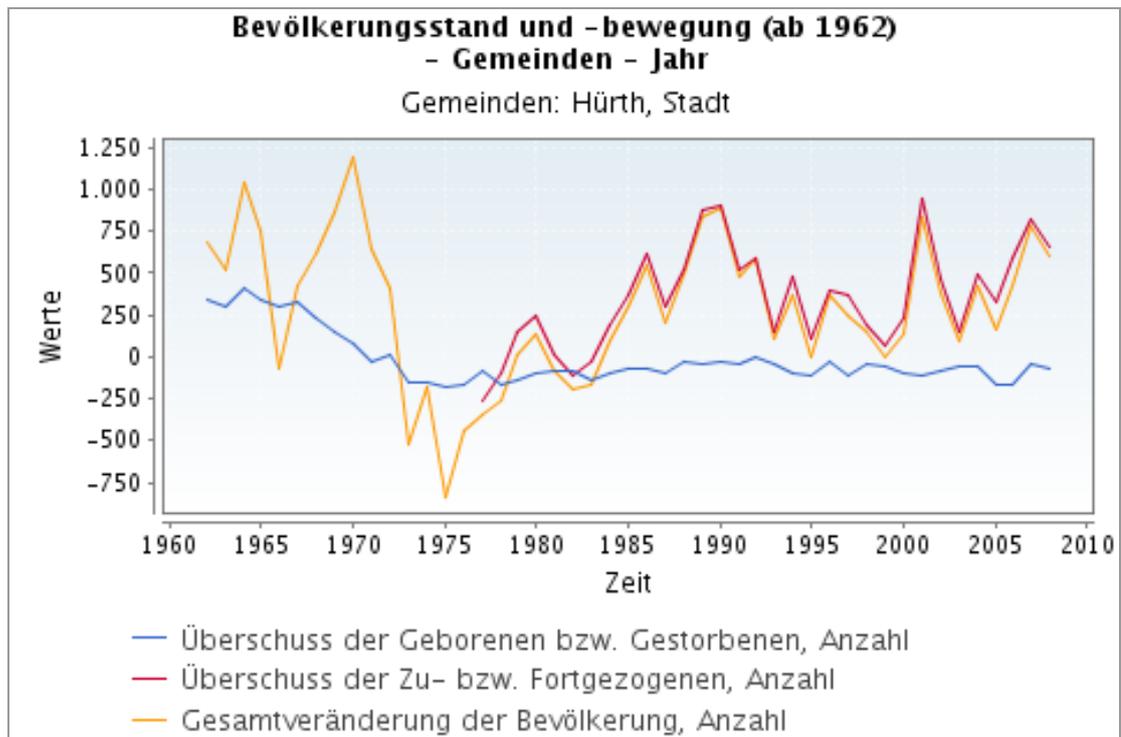


Abbildung 17: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Hürth

Stadt Kerpen

Kerpen konnte seine Einwohnerzahl in den vergangenen 50 Jahren fast verdoppeln. Ende 2008 lebten 64.483 Einwohnerinnen und Einwohner in Kerpen, womit die Stadt die bevölkerungsstärkste im Rhein-Erft-Kreis ist.

Kerpen setzt sich aus insgesamt 12 Stadtteilen (Buir, Manheim, Blatzheim, Kerpen, Mödrath, Türnich, Brüggel, Balkhausen, Sindorf, Horrem, Neubottenbroich) zusammen.

Während Neubottenbroich mit 945 Bürgerinnen und Bürgern der bevölkerungsärmste Stadtteil ist, leben in Sindorf mit 16.381 etwa ein Viertel aller Einwohnerinnen und Einwohner.

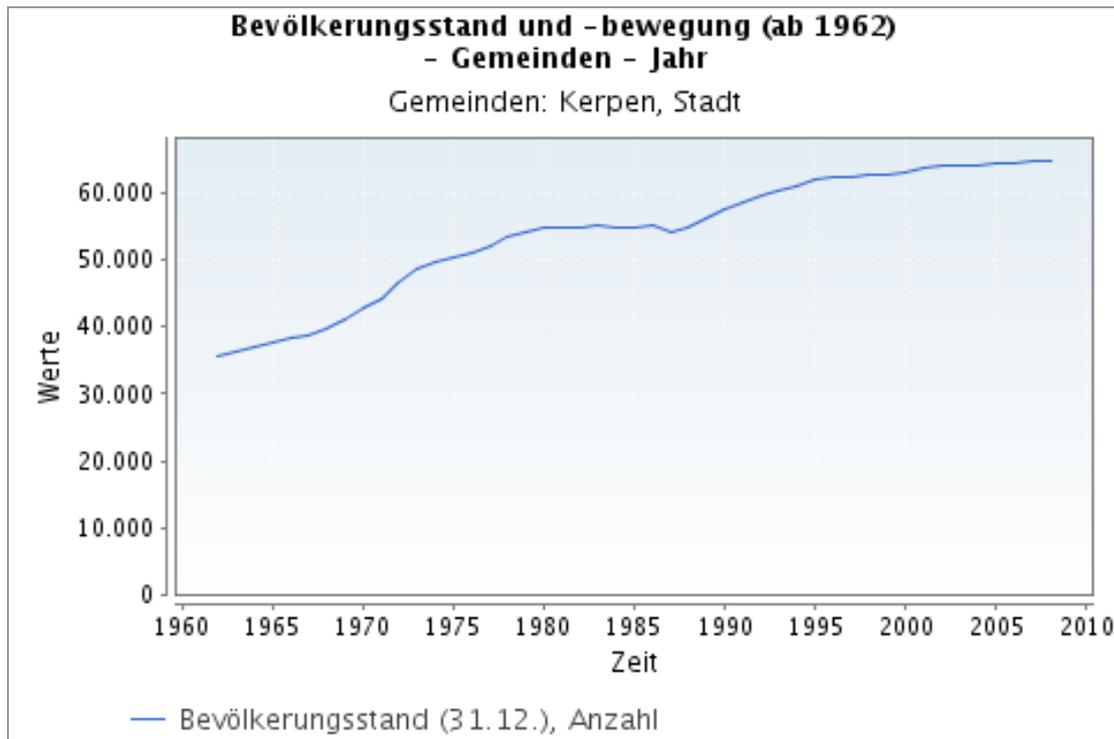


Abbildung 18: Bevölkerungsstand der Stadt Kerpen

Bei der Betrachtung der einzelnen Stadtteile fällt auf, dass allein in Sindorf seit 1999 mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger zugezogen sind, was einer Zuwachsrate von 16,2% entspricht. Auch Horrem und Buir konnten in diesem Zeitraum ihre Einwohnerzahl deutlich vergrößern. Eine negative Bevölkerungsentwicklung gab es in Balkhausen und Mannheim, während in den übrigen Stadtteilen größtenteils eine Stagnation zu beobachten war. Mannheim wird in den kommenden Jahren aufgrund des Tagebaus komplett umgesiedelt.

**Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen
anhand der von der Stadt Kerpen an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten
Angaben**

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Buir	3.801	3.970	4.045	3.978	4,7
Manheim	1.732	1.727	1.647	1.600	-8,3
Blatzheim	3.328	3.407	3.468	3.396	2,0
Kerpen	14.417	14.614	14.343	14.344	-0,5
Mödrath	1.214	1.196	1.213	1.213	-0,1
Türnich	3.352	3.414	3.457	3.388	1,1
Brüggen	4.571	4.623	4.602	4.655	1,8
Balkhausen	2.561	2.589	2.522	2.457	-4,2
Sindorf	14.088	14.874	15.714	16.366	16,2
Horrem	11.504	11.815	11.850	12.086	5,1
Neubottenbroich	965	980	987	946	-2,0
Gesamt	61.533	63.209	63.848	64.429	4,7

Tabelle 12: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kerpen

Der Migrantenanteil ist in Kerpen von 11,4% im Jahre 1999 auf 10,1% in 2008 gesunken und bewegt sich damit im kreisweiten Durchschnitt. Auffallend ist, dass in Kerpen die Geburtenrate bis heute oberhalb der Sterberate liegt (vergleiche Abbildung 18), was dafür spricht, dass in den letzten Jahren vor allem junge Familien nach Kerpen gezogen sind.

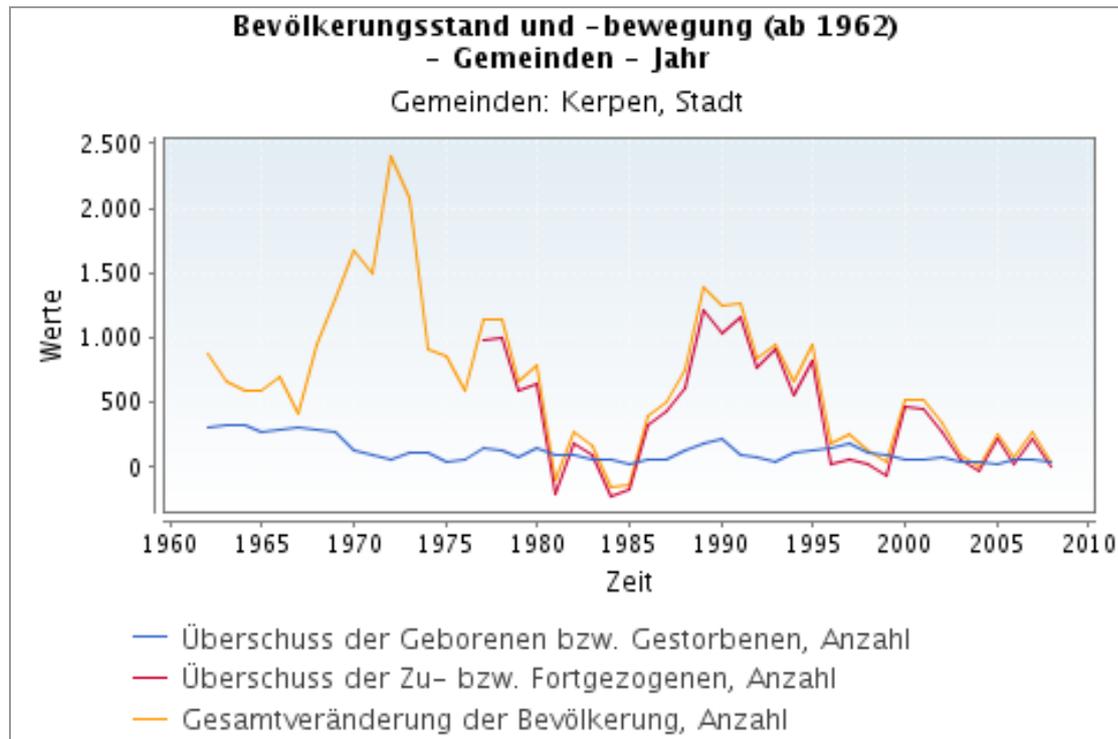


Abbildung 19: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Kerpen

Stadt Pulheim

Pulheim setzt sich aus 12 Stadtteilen (Brauweiler, Dansweiler, Freimersdorf, Geyen, Ingendorf, Manstedten, Orr, Pulheim, Sinnersdorf, Sinthern, Stommeln, Stommlebusch) zusammen und ist die Kommune im Kreisgebiet, die seit 1960 am stärksten gewachsen ist und sich allein zwischen 1960 und 1980 mehr als verdoppeln konnte. In den vergangenen Jahren waren die Zuwachsraten jedoch nur noch gering und die Einwohnerzahl, die Ende des Jahres 2008 bei 53.459 lag, hat sich auf diesem Niveau eingependelt.

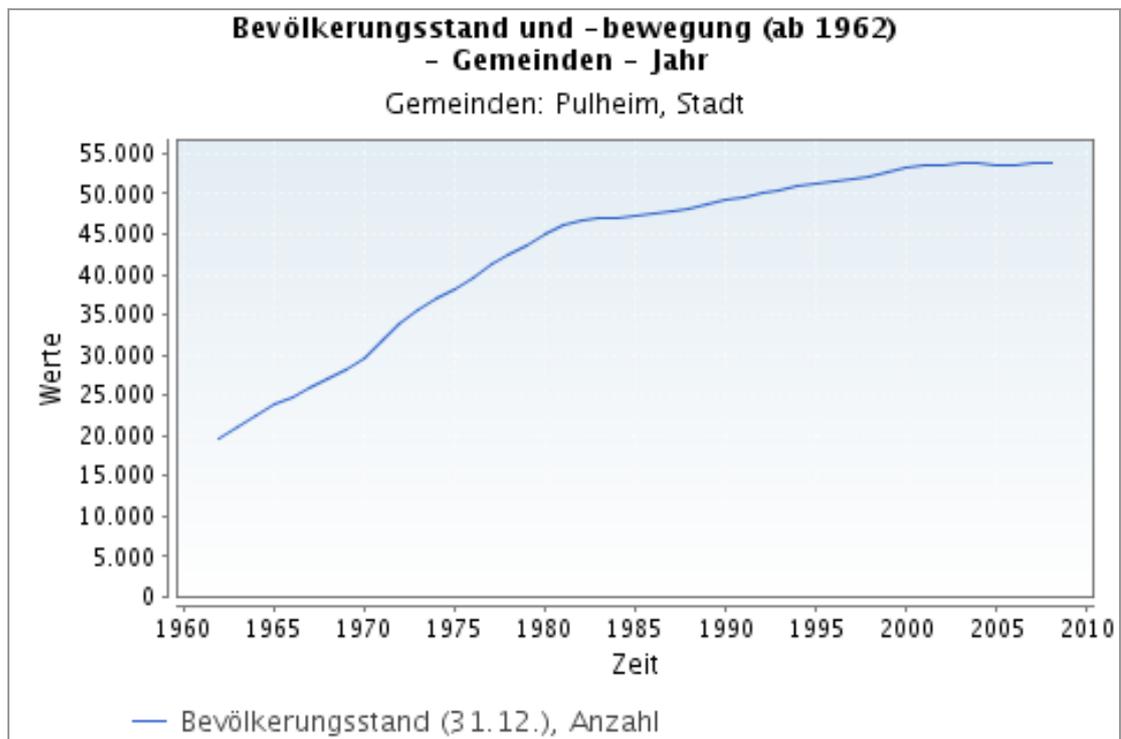


Abbildung 20: Bevölkerungsstand der Stadt Pulheim

Neben der Verdopplung des allerdings von der Einwohnerzahl kleinen Ortsteils Freimersdorf, fällt vor allem das Bevölkerungswachstum in der Pulheimer Innenstadt auf, welche um 8,5% bzw. um 1.700 Bürgerinnen und Bürger seit 1999 gewachsen ist. Die größten Verluste in diesem Zeitraum mussten Brauweiler, Geyen und Stommeln hinnehmen. Die Veränderungen in den ganz kleinen Stadtteilen wie Orr oder Manstedten können vernachlässigt werden.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Pulheim an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Brauweiler	8.269	8.299	8.171	8.067	-2,5
Dansweiler	2.930	3.035	3.022	2.979	1,7
Freimersdorf	75	102	141	153	104,0

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Geyen	2.580	2.534	2.464	2.435	-6,0
Ingendorf	103	98	99	102	-1,0
Manstedten	132	127	130	142	7,8
Orr	8	7	9	9	12,5
Innenstadt	19.846	20.625	21.166	21.530	8,5
Sinnersdorf	5.653	5.899	5.772	5.589	-1,1
Sinthern	3.237	3.254	3.270	3.361	3,8
Stommeln	8.408	8.291	8.151	8.182	-2,8
Stommelerbusch	865	889	914	910	5,2
Gesamt	52.106	53.160	53.309	53.459	2,6

Tabelle 13: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Pulheim

Pulheim gehört zu den Kommunen mit einem sehr geringen Migrantenanteil. Zwischen 1999 und 2008 ist der Wert von 7,1% auf 6,5% gefallen (da bei der Bevölkerungsbewegung keine Besonderheiten festzustellen sind, wird auf eine zweite Abbildung bewusst verzichtet).

Stadt Wesseling

In Wesseling lebten Ende 2008 35.655 Einwohnerinnen und Einwohner und damit nach Elsdorf und Bedburg die wenigsten im Rhein-Erft-Kreis. Während die Stadt bis 2005 fast ausnahmslos gewachsen ist, musste sie zuletzt Bevölkerungsverluste hinnehmen. Wesseling setzt sich aus nur vier und damit mit Abstand den wenigsten Stadtteilen zusammen (Berzdorf, Innenstadt, Keldenich, Urfeld).



Abbildung 21: Bevölkerungsstand der Stadt Wesseling

Wesseling ist wie die meisten Kommunen im Kreis im vergangenen Jahrzehnt gewachsen, musste aber in den letzten drei Jahren einen deutlichen Bevölkerungsrückgang hinnehmen. Mit Ausnahme der Wesselingener Innenstadt sind alle anderen Stadtteile gewachsen, wobei Urfeld hervorzuheben ist, wo eine Wachstumsrate von 16,5% verbucht werden konnte. Urfeld ist auch der einzige Stadtteil, der in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich Wachstumsraten verzeichnen konnte, wobei die Verluste in Berzdorf minimal waren und die Entwicklung dort ebenfalls als positiv zu bewerten ist.

Eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen anhand der von der Stadt Wesseling an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Berzdorf	4.542	4.807	4.762	4.755	4,7
Innenstadt	12.149	12.462	12.294	12.088	-0,5

Stadtteil	Einw. ⁷ 31.12.99	Einw. ⁷ 31.12.02	Einw. ⁷ 31.12.05	Einw. ⁷ 31.12.08	Veränderung in %
Keldenich	14.701	14.985	15.113	14.825	0,8
Urfeld	3.422	3.612	3.874	3.987	16,5
Gesamt	34.814	35.866	36.043	35.655	2,4

Tabelle 14: Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Wesseling

Wesseling weist im Rhein-Erft-Kreis den höchsten Migrantenanteil auf, auch wenn die Quote zwischen 1999 und 2008 von 14,8% um einen Prozentpunkt auf 13,8% gesunken ist. Auffällig ist weiterhin, dass die Anzahl der Fortgezogenen in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen hat, was Ursache für die negative Bevölkerungsentwicklung ist. Die Geburten- und Sterberate liegt dagegen seit Jahren auf etwa einem Niveau und beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung nur unwesentlich.

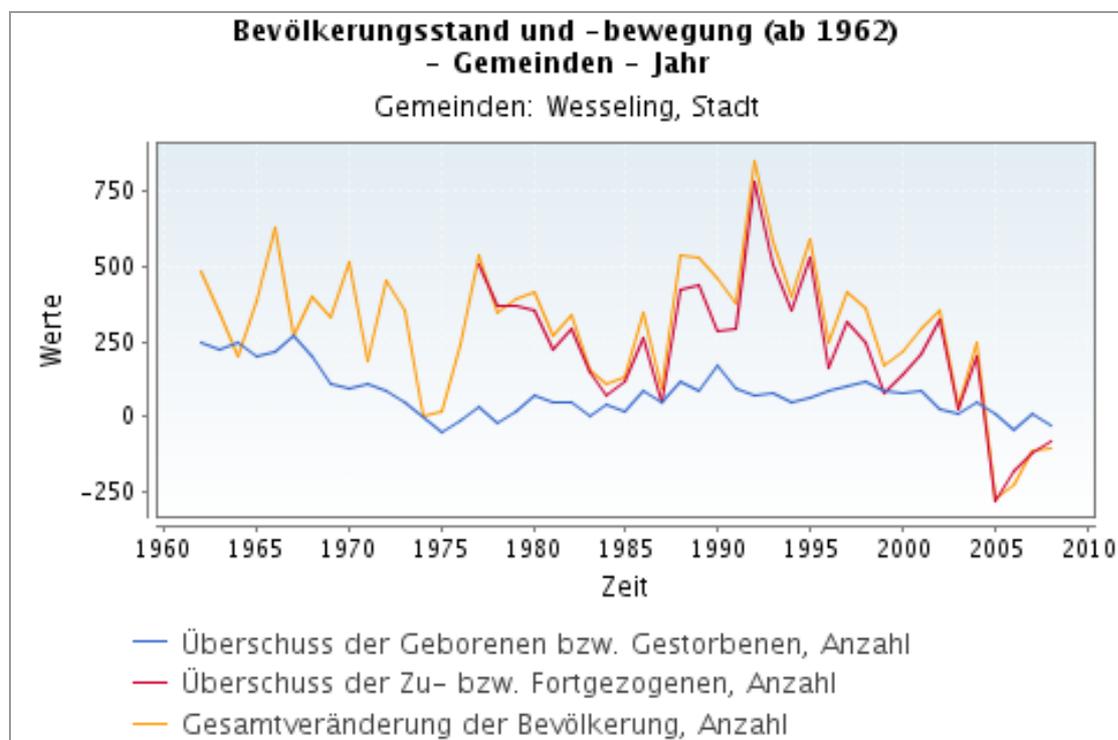


Abbildung 22: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung in der Stadt Wesseling

2.3. Ursachen und Auswirkungen auf den Rhein-Erft-Kreis

2.3.1. Ursachen

Bei der Ursachenforschung kann man zwischen den Faktoren, die zu einem Bevölkerungsrückgang führen und denen, die für die Vergreisung verantwortlich sind, unterscheiden. Eine der Hauptursachen für den negativen Saldo aus Geburten- und Sterberate ist die Kinderlosigkeit. Die Zahl der Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter, die Fertilitätsrate, liegt bei 1,4. Eine Zahl, die unter dem Ersatzniveau von 2,13⁸ liegt. Da das Ersatzniveau nicht erreicht wird, das die Elterngeneration komplett ersetzen und so zu einer Stagnation der Bevölkerungszahlen führen würde, schrumpft die Bevölkerung. Die Fertilitätsrate wird besonders von folgenden Faktoren beeinflusst: Selbstbestimmungsrecht der Frau in einer Gesellschaft, Heiratsalter, Verfügbarkeit von Mitteln zur Geburtenkontrolle, Legalität und Zahl der Abtreibungen. Ein weiterer Aspekt ist, dass sich die Anzahl der Scheidungen in den vergangenen Jahren drastisch erhöht hat und demgegenüber Eheschließungen tendenziell rückläufig sind. Doch auch bei Verheirateten steht die Familienplanung oft hinten an, was darauf zurückzuführen ist, dass häufig die eigene Karriere in den Vordergrund gestellt wird oder die Bereitschaft fehlt, den hohen Lebensstandard aufzugeben. Inzwischen ist belegt, dass Männer weniger Kinderwunsch haben als Frauen. Begründet wird der fehlende Wunsch zur Familiengründung z.B. mit ungünstigen Rahmenbedingungen wie weitere und längere Wege zur Arbeit beider Partner, Zeitverträge, unsichere Zukunft etc. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der kinderlosen Paare wohl weiter ansteigen wird, womit der Geburtenrückgang zu erklären wäre (vergleiche Abbildung 23). Während beispielsweise nur 10% der 1940 geborenen Frauen kinderlos blieben, stieg die Zahl auf über 25% der Frauen, die 1960 zur Welt kamen. Bei der nachfolgenden Generation wird der Wert auf etwa 1/3 prognostiziert. Dies führt auf Dauer dazu, dass die Zahl der privaten Haushalte zunehmend sinken wird. Allein in NRW sinkt die Anzahl der privaten Haushalte von

⁸ Jürgen Bauer, Wolfgang Englert, Uwe Meier, Frank Morgeneyer, Winfried Waldeck: Entwicklungsländer – Materialien für den Sekundarbereich 2 Geographie, Schroedel, Braunschweig 2003, S. 21

derzeit etwa 8,58 Millionen bis ins Jahr 2050 um 5,4% auf 8,12 Millionen.⁹ Weitere Daten zum Bevölkerungsrückgang sind dem Demografiebericht des Rhein-Erft-Kreises im Kapitel „Bevölkerungsentwicklung im Erftkreis/Rhein-Erft-Kreis seit 1975 mit Prognosedaten“ zu entnehmen.¹⁰

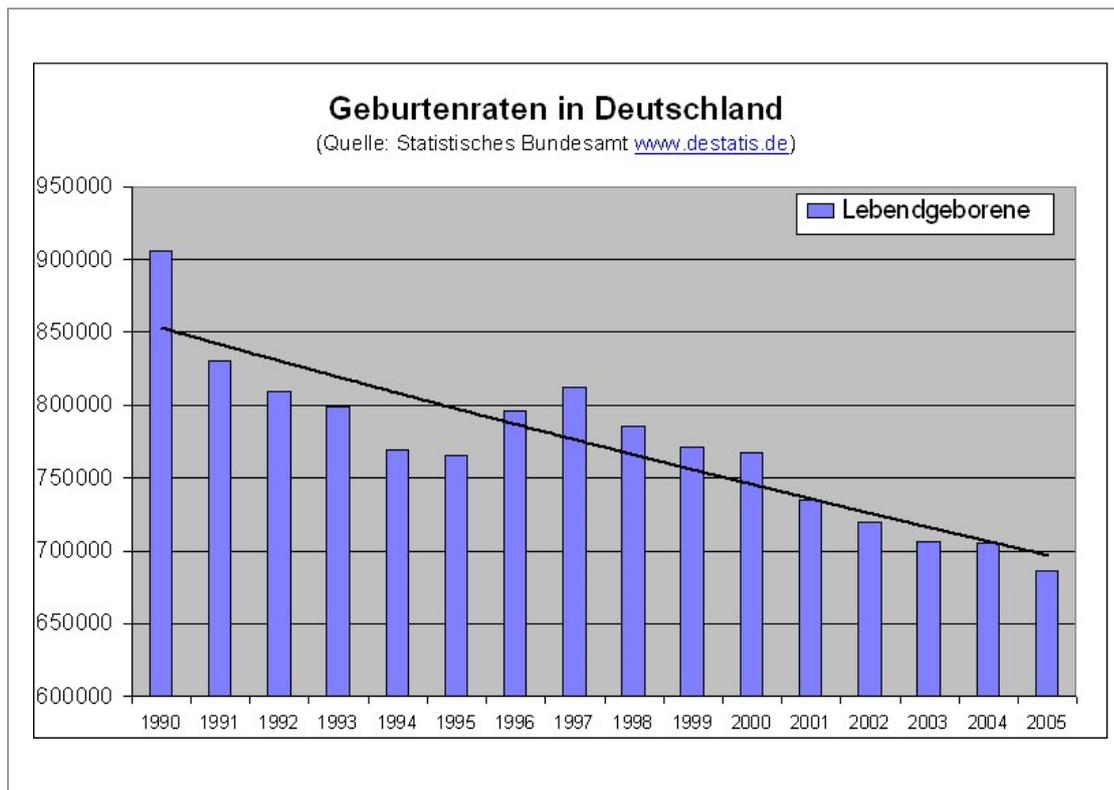


Abbildung 23: Geburtenraten in Deutschland

Den Rhein-Erft-Kreis betreffen die daraus resultierenden Probleme nur bedingt, da durch die positiven Wanderungssalden insgesamt weiterhin Zuwachsraten verbucht werden können. Jedoch wird auch hier die prozentuale Anzahl an Kindern, Jugendlichen und jungen Familien in nächsten Jahren so weit zurückgehen, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels auch den Rhein-Erft-Kreis vor Probleme stellen werden.

⁹ http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2009/pres_192_09.html

¹⁰ http://www.rhein-erft-kreis.de/stepone/data/downloads/82/84/00/demographiebericht_internet.pdf

Innerhalb des Kreises gibt es aber bereits jetzt lokale Unterschiede. In vielen kreisangehörigen Kommunen schrumpfen Stadteile, in denen beispielsweise die Rahmenbedingungen ungünstig sind. Wichtige Maßnahmen, diesem Prozess mittel- bis langfristig entgegenzuwirken, sind beispielsweise die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und Senioren. Auf Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien wird ausführlich im Demografiebericht des Kreises im Kapitel „5 Handlungsansätze“ eingegangen.¹⁰ Im Rahmen der Projektarbeit wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Seniorinnen und Senioren im Rhein-Erft-Kreis, insbesondere in der Kreisstadt Bergheim, im Hinblick auf das „Wohnen im Alter“ in den Fokus genommen.

Gerade für Senioren ist es wichtig, dass sie keine weiten Wege auf sich nehmen müssen um Einkäufe zu erledigen oder Arztbesuche zu tätigen, was nicht allerorts gewährleistet ist.

Die Hauptursache dafür, dass wir in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft leben, ist der medizinisch-technische Fortschritt. Durch neue, bessere Medikamente, Therapien und Heilverfahren können Krankheiten besser behandelt werden.¹¹

Sicherlich hat auch der steigende Wohlstand dazu beigetragen, dass ein Leben bis ins hohe Alter selbstverständlich geworden ist. Nicht zu vernachlässigen ist, dass in Westeuropa seit dem Ende des zweiten Weltkriegs Frieden herrscht und wir uns nicht tagtäglich mit Überlebensängsten beschäftigen müssen.

2.3.2. Auswirkungen

„Die Bevölkerungsentwicklung gehört zu den bedeutendsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen in Deutschland und Europa. Die Auswirkungen dieser demografischen Veränderung werden in nahezu jedem Lebensbereich zu beobachten sein.“

¹¹ http://www.diw.de/deutsch/wb_24/00_demographischer_wandel_medizinischer_fortschritt_und_der_anstieg_der_gesundheitsausgaben/30674.html

*Die Bildungssysteme, die Wirtschaft wie auch die Systeme der sozialen Sicherung müssen dem gerecht werden.*¹²

Dieses Zitat des Wirtschaftsweisen Professor Rürüp zeigt, dass die Folgen des demografischen Wandels weitreichend sind und sich in den kommenden Jahren spürbar bemerkbar machen werden. Unser soziales Sicherungssystem ist nicht mehr finanzierbar, da die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu den Leistungsempfängern kontinuierlich sinkt. Politische Entscheidungen wie die Anhebung des Rentenalters von zuletzt 65 auf 67 Jahre sind notwendig, können das Problem aber nur kurzfristig verschieben. Mehr und mehr vertritt der Verfasser die Auffassung, dass das gegenwärtige Umlageverfahren in der heutigen Form nicht mehr finanzierbar ist und der von Konrad Adenauer entwickelte Generationenvertrag die damals sicher geglaubte Stabilität aufgrund der oben genannten Gründe verloren hat und sein berühmtes Zitat „*Kinder kriegen die Leute sowieso*“¹³ nicht mehr aktuell ist.

Die Abnahme der Bevölkerung wird in einigen Ortsteilen des Kreises dazu führen, dass Überkapazitäten entstehen werden, da es keine ausreichende Nachfrage mehr geben wird. Davon betroffen sind insbesondere Kindergärten und Schulen, aber auch bei Wohnimmobilien wird es teilweise zu einem Angebotsüberschuss kommen. Auf der anderen Seite ist der Kreis dazu verpflichtet, in eine seniorengerechte Infrastruktur zu investieren. Der Mehrbedarf an klassischen Betreuungseinrichtungen oder alternativen Wohnformen wird sich unaufhaltsam fortsetzen. Dazu führen wird insbesondere, dass viele Hochbetagte, die kinderlos geblieben sind, auf die familiäre Betreuung verzichten müssen. Hier gilt es neue Möglichkeiten zu eröffnen, auf die in den folgenden Kapiteln umfangreich eingegangen wird.

Die Tatsache, dass ältere Menschen von schweren Erkrankungen häufiger betroffen sind und einen immer höheren Anteil der Bevölkerung ausmachen, führt weiterhin dazu, dass die meisten Krankenhäuser heute schon vollkommen ausgelastet sind. Des Weiteren sind die Gesundheitsausgaben für einen über 60-jährigen etwa 3-mal so

¹² Zitat des Wirtschaftsweisen Prof. Bert Rürüp auf der Homepage „Der Demograf“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

¹³ Zitat des ersten Bundeskanzlers der BRD Konrad Adenauer

hoch, wie die eines 30-jährigen.¹⁴ Die Gesundheits- und Pflegeversicherungen stehen demnach vor kaum überwindbaren Problemen, denn die Zahl der Beitragszahler wird aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren kontinuierlich abnehmen, sodass den stetig steigenden Ausgaben sinkende Einnahmen gegenüberstehen. Auch den Rhein-Erft-Kreis wird dieses Problem betreffen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zunehmend abnimmt und bereits heute ein Fachkräftemangel in vielen Branchen entstanden ist. Dem Arbeitsmarkt werden in Zukunft nicht mehr genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Ein Fachkräftemangel ist heute schon branchenübergreifend auszumachen. Die Unternehmen reißen sich um die besten Hochschulabsolventen. Weiterhin haben viele Kommunen das Problem, dass finanzielle Mittel für freiwillige Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Da zu erwarten ist, dass die Ausgaben im sozialen Bereich in Zukunft steigen werden, sind Politik und Verwaltung gefordert, kreative Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

2.4. Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Seniorenpolitik

Die Relation von alt und jung wird sich in den kommenden Jahren stark verändern. Der sogenannte Altenquotient, welcher den Anteil der über 65-jährigen widerspiegelt, wird sich bis 2050 von zurzeit 20% auf 33% erhöhen. Der Jugendquotient, welcher den Anteil der unter 15-jährigen darstellt, wird dagegen von 20% auf 15% fallen.¹⁵ Ein hieraus resultierendes schwerwiegendes Problem ist, dass der Anteil der jungen Menschen gegenüber dem der älteren drastisch sinkt. Es kommt zur Überalterung der Gesellschaft und zu einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen den Generationen. Auf einen Leistungsempfänger kommen immer weniger Erwerbstätige, die durch ihre Beiträge diese Leistungen finanzieren.

¹⁴ http://www.bpb.de/publikationen/KN8WS2,2,0,Soziale_Auswirkungen_der_demographischen_Entwicklung.html

¹⁵ http://www.bib-demographie.de/cln_099/nn_750730/DE/DatenundBefunde/Alterung/verlauf__der__alterung.html

Die daraus entstehenden weitreichenden Veränderungen in der Bevölkerungs- und Familienstruktur stellen die Kommunen vor eine große Herausforderung, die nur zu bewältigen ist, indem kommunale Politikfelder umfassend verzahnt werden. Die sogenannte Alterspyramide wird sich weiter in einen „Alterspilz“ wandeln. Die Anzahl der über 60-jährigen wird in den kommenden Jahren drastisch steigen und die sogenannten Hochbetagten, also die über 80-jährigen, werden sich verdoppeln (vergleiche Abbildung 24).

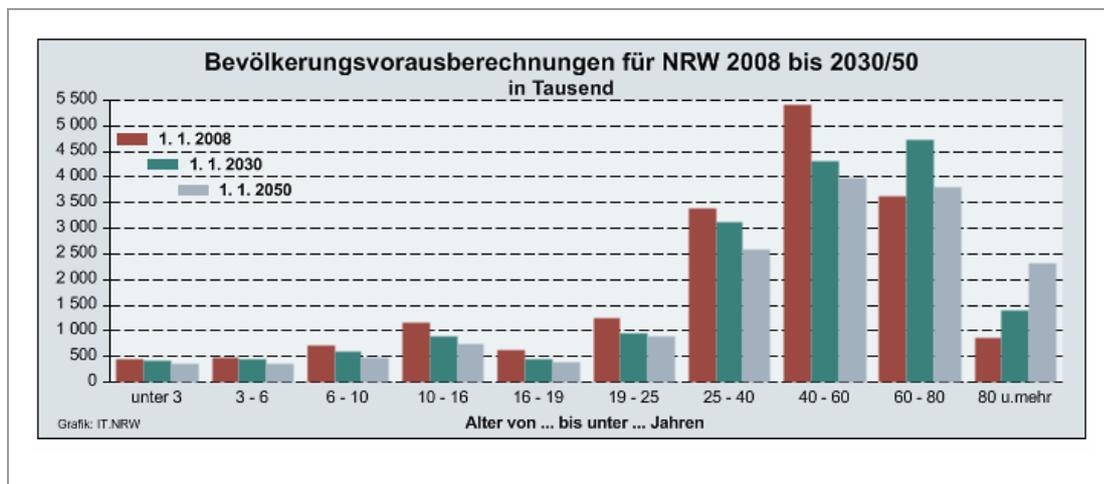


Abbildung 24: Bevölkerungsvorausberechnung für NRW

Auch die Lebenserwartung hat in Deutschland eine enorme Entwicklung im Laufe des letzten Jahrhunderts durchlaufen und konnte sich auf Werte steigern, die noch vor einigen Jahrzehnten nicht denkbar waren. Um 1900 hatte ein 60-jähriger Mann noch etwa 13 Jahre zu leben, eine Frau noch etwa 14 Jahre. 50 Jahre später betrug die Lebenserwartung eines Mannes 76, die einer Frau schon 77,5 Jahre. Zum Jahrtausendwechsel gingen die männliche und weibliche Lebenserwartung weiter auseinander. Ein Mann wurde im Durchschnitt 79 und eine Frau 83,5 Jahre alt. Prognosen bis zum Jahr 2050 sagen einen weiteren Anstieg der Lebenserwartung voraus.¹⁶ Bemerkenswert ist auch der Frauenüberschuss bei den über 60-jährigen. Auf 131 Frauen entfallen 100 Männer. Bei Hochbetagten, den über 80-jährigen, ist das Verhältnis noch gravie-

¹⁶ <http://www.bpb.de/wissen/YDGMRC>

render (244:100).¹⁷ Die Auswirkungen der längeren Lebenserwartung sind jedoch nicht nur mit Risiken behaftet, sondern bergen auch große Chancen und Potentiale. Diese Chancen und Potentiale gilt es zu erkennen und verfügbar bzw. nutzbar zu machen. Das Land NRW hat die Problematik erkannt und inzwischen unter Beteiligung der unterschiedlichsten Akteure „Seniorenpolitische Leitlinien“ benannt.¹⁸

Vor diesem Hintergrund wird die Seniorenpolitik im Rhein-Erft-Kreis und allen anderen Regionen des Bundes in den nächsten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen, was dazu führen wird, dass die einzelnen Kommunen sich nicht nur mit lokalen Aspekten der Umstrukturierung beschäftigen müssen, sondern das interkommunales Denken erforderlich sein wird, damit durch Kooperationen eine höhere Effektivität in allen Vorhaben und Umsetzungen erreicht werden kann.

Wichtig wird es sein, die Würde der Menschen im Alter zu erhalten und den Senioren Perspektiven zu bieten und ihnen zu zeigen, ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft zu sein. In der heutigen Zeit sind die älteren Menschen nicht nur länger bei guter Gesundheit, sondern auch aktiver und kreativer, sodass sie über genügend Potentiale und Ressourcen verfügen, um die nachberufliche Lebensphase zu gestalten. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, diese auch einzusetzen, sollte ein erster Schritt sein, dass von der Politik Rahmenbedingungen geschaffen werden, die älteren Menschen die Chance geben, Eigenverantwortung und Selbstständigkeit bis ins hohe Alter beibehalten zu können. Das „Know-how“ der Älteren muss genutzt werden, damit das große Wissen nicht verloren geht, sondern auf sinnvolle Weise an nachkommende Generationen weitergegeben werden kann.

Des Weiteren ist es nicht mehr möglich, vom „Alter“ in dem Sinne zu sprechen, wie es früher war. Es macht einen großen Unterschied, ob man über eine aktive 60-jährige Person spricht, die im Berufsleben steht oder eine 75-jährige Person, die ihren Ruhestand genießt und dabei am öffentlichen und sozialen Leben teilnimmt oder eine 90-jährige Person, die pflegebedürftig ist und in einem Altenheim lebt. Um dem gerecht

¹⁷ http://www.bib-demographie.de/cln_099/mn_750728/DE/DatenundBefunde/Altersaufbau/aufbau__der__bevoelkerung.html

¹⁸ <http://www.nrw.de/presse/landesregierung-stellt-seniorenpolitische-leitlinien-vor-7514/>

zu werden wird die Altersphase heute in junge Alte, mittlere Alte und Hochaltrige unterteilt. Nach heutigem Stand gehören zu der Personengruppe der jungen Alten diejenigen, die sich in der Endphase des Berufslebens befinden, in etwa die 55- bis 65-jährigen. Zu den mittleren Alten zählt man alle weiteren Personen bis zum 80. Lebensjahr. Zu den Hochaltrigen oder Hochbetagten die über 80-jährigen. Wie bereits erwähnt, wird der Anteil dieser Personengruppen in den kommenden Jahren massiv steigen.

Nicht nur aus diesem Grund sollte die Politik dafür sorgen, dass das Bildungsangebot für Senioren weiter ausgebaut wird, denn nicht nur junge Menschen sollten ein Recht auf Bildung haben, sondern auch ältere Menschen. So sollte es in Zukunft kein Seltenheitsbild sein, wenn junge und alte Menschen zusammen im Hörsaal sitzen und beispielsweise gemeinsam an Vorlesungen teilnehmen, was zum Teil bereits an vielen Universitäten gängige Praxis ist.

Ein Schwerpunktthema, worauf in den kommenden Kapiteln noch umfangreich eingegangen wird, ist die Verbesserung der Wohnsituation (vergleiche Kapitel „4.1 Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte“). Neue Wohnformen sollten in den Kommunen umgesetzt werden und auch die Wohnraumanpassung vorangetrieben werden. Wichtig ist auch, die Senioren mit in die Planung einzubeziehen und nicht über deren Köpfe hinweg zu entscheiden. So sollte ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, an dem gesamten Prozess stärker mitzuwirken und Entscheidungen mitzutragen.

2.5. Resümee

Die demografische Entwicklung wird uns alle, insbesondere die Entscheidungsträger, in den kommenden Jahren zunehmend beschäftigen. Noch sind die Folgen des demografischen Wandels im Alltag nicht sichtbar und es bleibt abzuwarten, wie sich die Entwicklung in den kommenden Jahren fortsetzen wird, allerdings bleibt nicht viel Zeit, um uns auf die Veränderungen vorzubereiten. Durch Maßnahmen und Reformen im Bereich der Familienpolitik kann der Prozess der alternden Gesellschaft abgemil-

dert, aber nicht mehr aufgehalten werden. Unser Sozialversicherungssystem wird sich grundlegend ändern und die Eigenvorsorge zunehmend in den Fokus rücken.

Es ist zu vermuten, dass der medizinische Fortschritt zu einer noch höheren Lebenserwartung führen wird, als bereits seitens der Wissenschaft prognostiziert wird.

Politischen Entscheidungsträgern wird empfohlen zügig zu handeln, um sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Eine seniorenrechtliche Infrastruktur ist nur ein Segment, das nicht länger aufgeschoben werden darf.

Die Frage wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen wird, lässt sich zwar heute nicht beantworten, doch ist absehbar, dass die Deutschen schon bald zu den „ältesten Völkern“ gehören werden.

Der Rhein-Erft-Kreis wird in Zukunft nicht mehr in dem Maße von Zuwanderungen profitieren, wie in den vergangenen Jahren. Zumindest wird der negative Saldo von Geburten- und Sterberate stetig wachsen, sodass die Bevölkerung auf Dauer stagnieren und ohne gezieltes Gegensteuern möglicherweise sogar schrumpfen wird.

In den nachfolgenden Kapiteln wird versucht, das Thema „Wohnen im Alter“ unter verschiedenen Gesichtspunkten zu beleuchten und konkrete Handlungsansätze zu unterbreiten.



Notizen:

A series of horizontal dotted lines provided for taking notes.

3. Methodische Basis (Frau Westphal)

3.1. Stakeholderanalyse

Als Stakeholder werden Projektbeteiligte, Interessengruppen und interessierte Parteien bezeichnet, welche aktiv am Projekt beteiligt sind oder durch den Projektverlauf oder das Projektergebnis beeinflusst werden, bzw. die den Projektverlauf oder das Projektergebnis beeinflussen können.¹⁹

Zweck der Analyse ist es, die Stakeholder hinsichtlich der Tragweite ihres Einflusses auf das Projekt zu priorisieren und die Grundlage für die Maßnahmenplanung zu liefern.²⁰

Auf dieser Grundlage entschied die Projektgruppe, die Stakeholder und deren Interessen im Vorfeld zu prüfen. Zu diesem Zweck nahmen die Studierenden folgende Gruppierungen vor: Auftraggeber, Projektbeteiligte, Nutznießer, Bausektor, Gesellschaft, Politik und Gesundheitssektor. Die Stakeholder wurden der jeweiligen Gruppierung im Anschluss daran zugeordnet. Daraufhin wurde versucht, Interesse und Erwartungshaltung, welche die Stakeholder am Projekt haben, zu formulieren und deren Einfluss auf das Projekt und seine Umsetzung zu benennen. Hierdurch erfolgte eine systematische Erfassung der Einflussgrößen, welche nun im weiteren Projektverlauf berücksichtigt werden können. Auch Beziehungen zwischen den einzelnen Stakeholdern werden erkannt. Weiterhin erfolgt eine Einschätzung der Studierenden, ob die Stakeholder als „hemmend“ oder „unterstützend“ tätig werden könnten. Darüber hinaus wurde herausgearbeitet, welche(n) Macht/Einfluss die Stakeholder auf das Projekt haben.

Eine Besonderheit der Darstellung der Stakeholderanalyse dieses Projektes ist die Macht-/Interessen-Matrix. Hier wurden jeweils das Interesse der Stakeholder und deren Macht/Einfluss auf die Projektarbeit als gering, mittel oder groß eingestuft, wodurch eine weitere Einordnung möglich war. Die Stakeholderanalyse nebst Macht-/

¹⁹ <http://www.projektmagazin.de/glossar/gl-0114.html?pmSession=1aea0bd4c2de0c8497bc2f8b635490fb&pmSession=5c903049ce497aa6650b088a149e7a5d>, abgerufen am 01.12.2009

²⁰ <http://www.projektmagazin.de/glossar/gl-0529.html?pmSession=40c131a92f6b72a0b6c2ffab9742f689&pmSession=47c74d1f192df790ae7d517d2493aa3f>, abgerufen am 01.12.2009

Interessen-Matrix ist im Anhang als Anlage „8.7 Stakeholderanalyse (Frau Kaminski, Frau Mischker, Frau Ommerborn, Frau Westphal)“ beigefügt.

3.2. Bürger- und Expertenbefragung

Strukturierungsgrad			
Kommunikationsart	teilstandardisiert	standardisiert	hochstandardisiert
persönliches Interview		Experten- interviews	
telefonisch			
postalisch			Fragebogen

Tabelle 15: Strukturierungsgrad/Kommunikationsart der Bürger- und Expertenbefragung

3.2.1. Bürgerbefragung

Allgemeines

„Ihre Meinung ist uns wichtig – Machen Sie mit!“ wurde der Fragebogen überschrieben, um künftige Wohnwünsche und Vorstellungen der Bergheimer Bevölkerung zu erfragen. Im Rahmen einer Ideensammlung wurden Themenbereiche für den zu erstellenden Fragebogen erarbeitet. Nach Festlegung der Themenschwerpunkte erfolgte die Erarbeitung der jeweiligen Einzelfragen. Die besondere Problematik bestand darin, den Fragebogen möglichst kurz, verständlich und lesbar auch für ältere Menschen (Schriftgröße) zu gestalten und dennoch alle relevanten Informationen erhalten zu können. Zudem mussten verschiedene Fragen der Systematik im Plenum geklärt und mögliche Schwierigkeiten bei der Auswertung beachtet werden. Insgesamt 12 Entwürfe sind mit Unterstützung der Kreisstadt Bergheim und der zuständigen Kollegen des Rhein-Erft-Kreises notwendig, bis beispielsweise Inhalt, Deckblatt, Format, Schriftgröße und Layout in der als Anlage „8.6 Fragebogen“ beigefügten Form abschließend erarbeitet sind.

Hinsichtlich der Auswertung folgen die Studierenden der Empfehlung des Rhein-Erft-Kreises. Die Auswertung erfolgte unter Verwendung des Programms Excel in Verbindung mit Pivottabellen. Vorteilhaft war, dass aufgrund der räumlichen Entfernung jedes Projektmitglied am eigenen Rechner Auswertungen vornehmen konnte. Im Rahmen eines mehrstündigen Frontalunterrichts und eines eintägigen Workshops wurden die Studierenden auf die bevorstehenden Auswertungsarbeiten vorbereitet.

1.000 zufällig ausgewählte Personen aus dem Stadtgebiet Bergheim im Alter von 45 und mehr Jahren erhielten in den ersten Septembertagen Post. Das zuständige Fachamt der Kreisstadt Bergheim stellte die erforderlichen Daten auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Quotenauswahl, die sich an der Bergheimer Bevölkerung in den jeweiligen Altersgruppen (Stand 31.12.2008) orientierte, zusammen und führte den Versand aus datenschutzrechtlichen Gründen durch. Der Anteil der Probanden mit Migrationsgeschichte betrug 10%.

Mehrere Dutzend Besucherinnen und Besucher des Fachtages „Wohnen im Alter“, der im März diesen Jahres im Bergheimer MEDIO stattfand, nutzten die Chance, die Umfrage durch Interessensbekundung zu unterstützen. Auch die interessierten Seniorentreffs im Bergheimer Stadtgebiet, die AG der Selbsthilfegruppen und das Projekt Pflegebegleiter wurden beteiligt.

Insgesamt wurden 1.650 Fragebogen versandt bzw. verteilt, unter anderem an Seniorentreffs, AG der Selbsthilfegruppen. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit der Online-Beteiligung, die jedoch in nur sehr geringem Maße genutzt wurde. 566 Personen beteiligten sich an der Bürgerbefragung. 563 Fragebogen wurden zur Auswertung zugelassen. Die Auswertung der Fragebogen erfolgt mit Excel in Verbindung mit Pivottabellen. Zur besseren Darstellung der Ergebnisse wurden überwiegend Diagramme genutzt. In den dargestellten Diagrammen wurde jeweils die Anzahl der zur Auswertung zugelassenen Fragebogen (N=563) sowie die Anzahl der Personen, die zur entsprechenden Frage Auskunft gaben (n=x), Mehrfachnennungen waren teilweise zulässig, angegeben.

Auswertung der Bürgerbefragung

Allgemeine Fragen zum Thema „Wohnen im Alter“

In der ersten Frage interessiert die Projektgruppe, ob sich die Befragten bereits mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt haben.

Die Mehrheit der Befragten gibt an, sich schon einmal mit diesem Thema beschäftigt zu haben. Nur 143 Personen verneinen dies.

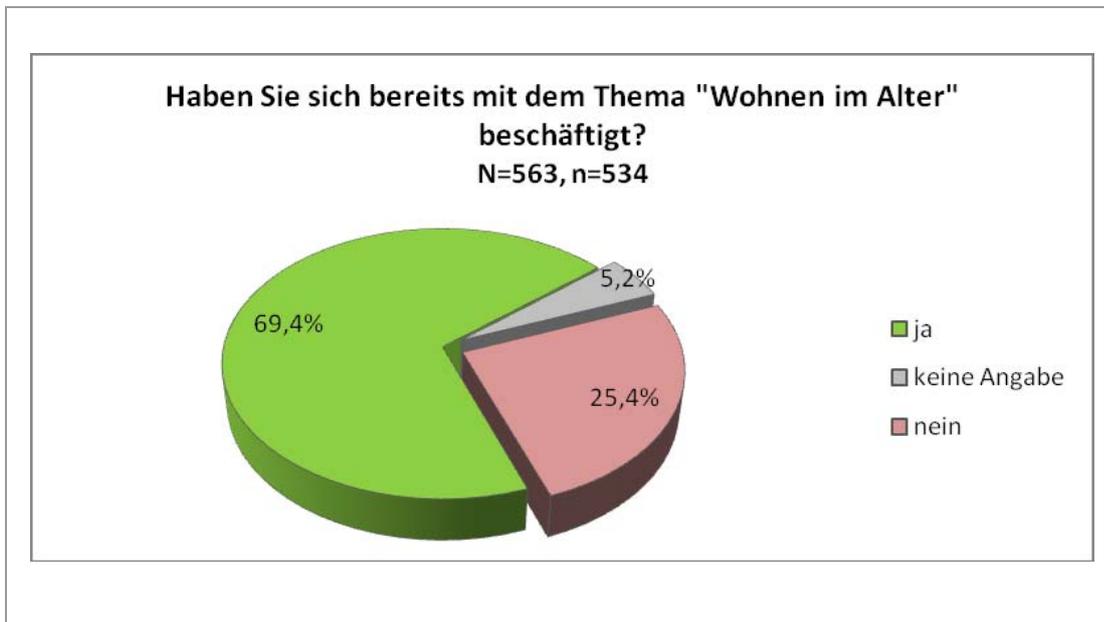


Abbildung 25: Haben Sie sich bereits mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt?

Weiterhin fragen die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer nach der Bedeutung des Themas „Wohnen im Alter“ für die Lebensplanung der Befragten. Hier ergibt sich, dass für ca. 53% diesem Thema eine hohe Bedeutung zufällt, 15% erachten die Bedeutung als niedrig, wobei für 23,8% der Befragten die Bedeutung sehr hoch liegt. 8% geben hier keine Antwort.

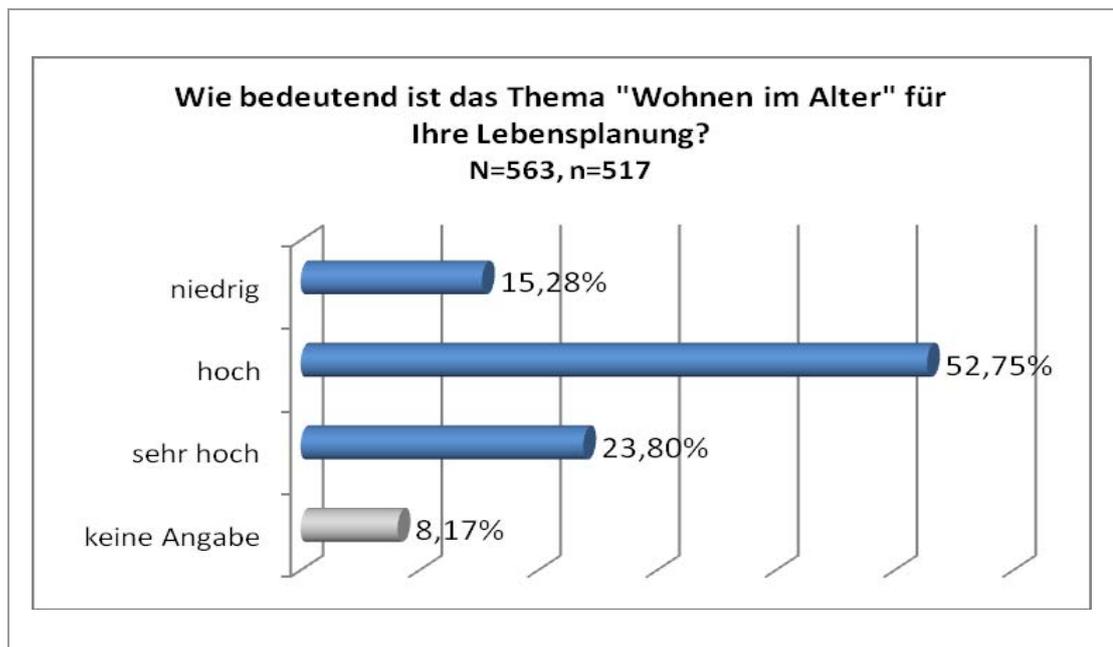


Abbildung 26: Wie bedeutend ist das Thema „Wohnen im Alter“ für Ihre Lebensplanung?

Als nächsten Punkt interessiert, wie und/oder wo sich die Probanden zum Thema „Wohnen im Alter“ informieren. Hier waren Mehrfachantworten möglich.

Die deutliche Mehrheit der Menschen mit jeweils über 50% der Befragten informiert sich durch die Zeitung oder Fernsehen. 49,7% informieren sich über ihre Bekannten, Freunde und Familie über dieses Thema. Fachbroschüren nutzen 14% als Informationsquelle. 13% der Befragten erhalten die gewünschten Informationen über „Wohnen im Alter“ bei Seniorentreffs, 11,4% besuchen hierzu Seniorenveranstaltungen. Im Zuge eines Arztbesuches oder durch den Pflegedienst werden 9% informiert. 7% der Befragten wenden sich an Beratungsangebote, welche von der Kreisstadt Bergheim oder dem Rhein-Erft-Kreis angeboten werden. Beim Einkaufen werden 4,3% der Befragten informiert.

Unter „Sonstiges“ bestand die Möglichkeit, den vorgegebenen Katalog zu ergänzen. Hier wurden berufliche Aspekte, wie die Arbeit in einem Pflegeheim oder die Ausübung des Berufes der Altenpflegerin, sowie private Quellen, z.B. Besuche im Seniorenheim, ehrenamtliche Tätigkeit oder sonstige eigene Unternehmungen, wie die eigene Entwicklung eines Konzeptes, genannt. Auch der Verein ALTERnatives Wohnen in Erftstadt, die AWO, der Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, Fach-

tage des Rhein-Erft-Kreises oder die Institution Reha Care in Düsseldorf wurden aufgeführt.

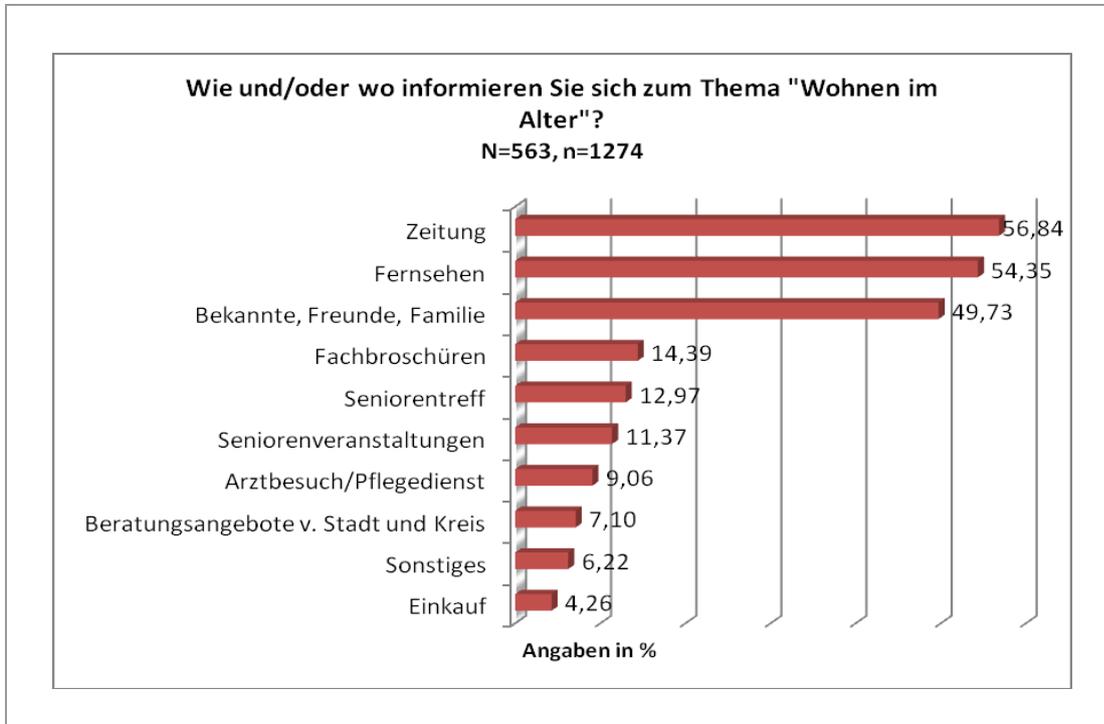


Abbildung 27: Wie und/oder wo informieren Sie sich zum Thema „Wohnen im Alter“?

Die folgende Frage bezieht sich darauf, wie gut Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu den Menschen im Stadtgebiet Bergheim gelangen. Als Antwortmöglichkeiten stehen „sehr gut“, „gut“, „eher schlecht“ oder „gar nicht“ zur Auswahl.

Die Mehrzahl der Befragten mit 40,7% fühlt sich „gut“ informiert, 7,3% gaben an, Informationen gelangen „sehr gut“ zu Ihnen. Auffallend ist jedoch auch, dass 34,5% der Befragten sich für die Antwort „eher schlecht“ entscheiden und ebenfalls 10,3% das Gefühl haben, solche Informationen gelangten „gar nicht“ zu ihnen.

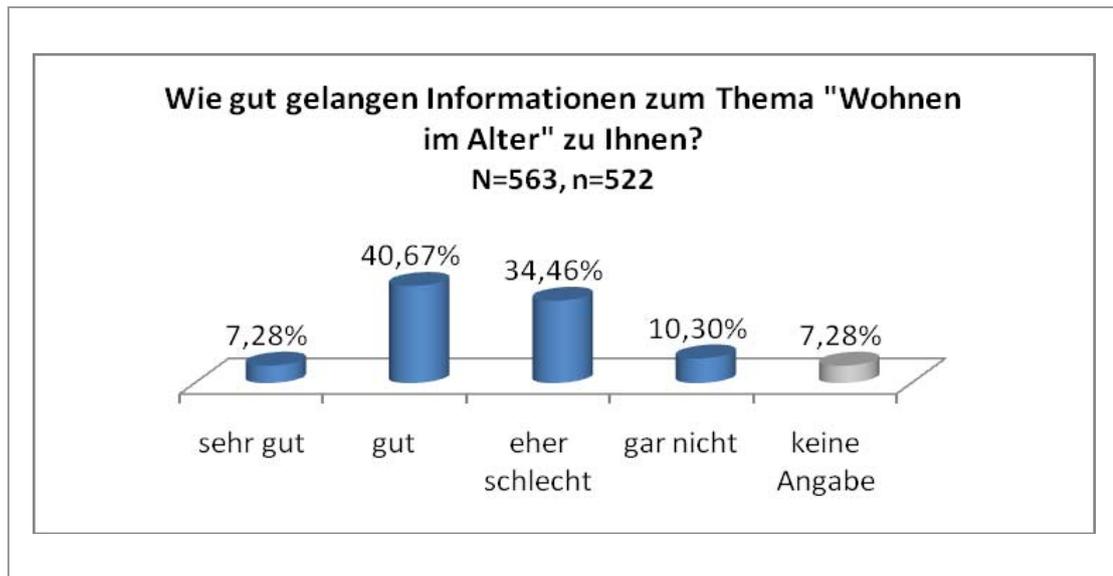


Abbildung 28: Wie gut gelangen Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu Ihnen?

Wohnsituation der Befragten

Wichtig ist zu erfahren, wie die Befragten heute wohnen. Hier wurde einerseits zwischen Wohnung und Haus, andererseits zwischen Miete und Eigentum unterschieden. Da zwei Nennungen erwünscht sind, ergeben sich folgende Antwortmöglichkeiten: Haus, Miete, Eigentum, Wohnung, Wohnung-Miete, Haus-Miete, Haus-Eigentum, Wohnung-Eigentum, keine Angabe.

Die Mehrzahl der Befragten mit knapp 45% gibt an, ein Eigentumshaus zu besitzen. Eine Eigentumswohnung besitzen 7% der Probanden. Der zweitgrößte Teil mit 13% gibt an, in einer Wohnung zur Miete zu leben, 3% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohnen in einem Haus zur Miete. Teilweise wurde nur eine Antwortmöglichkeit angekreuzt. 11% dieser Probanden leben in einem Haus und 3% in einer Wohnung, ohne Angabe der Eigentumsverhältnisse. Von denjenigen, die die Wohnform nicht angaben, wohnen 11% in ihrem Eigentum, 7% zur Miete.

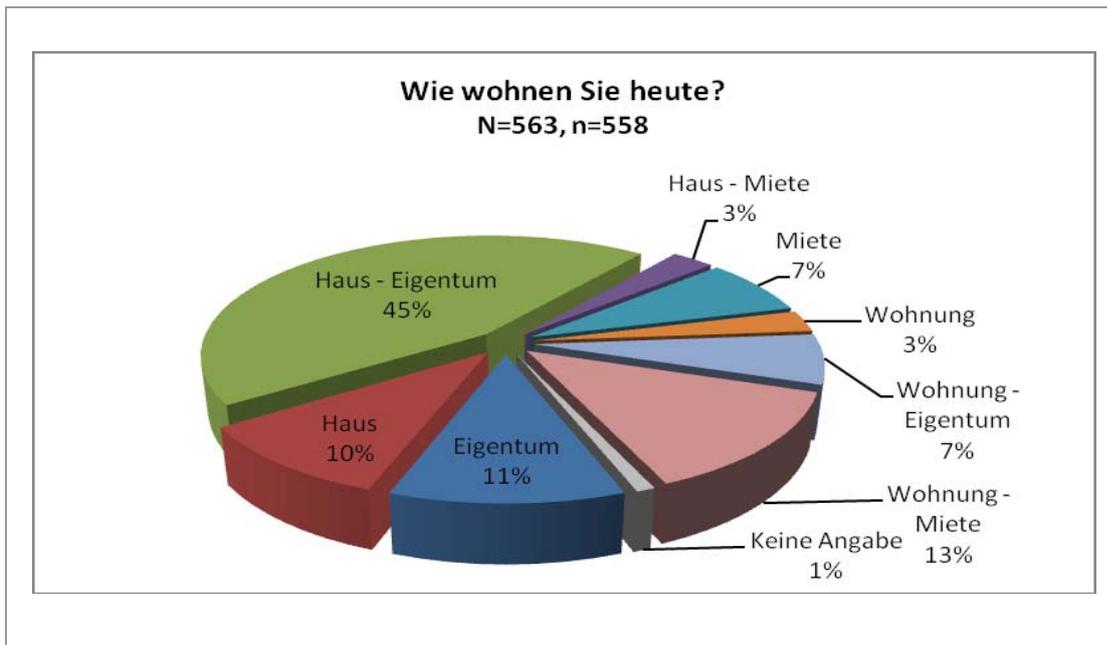


Abbildung 29: Wie wohnen Sie heute?

Reduziert auf die Eigentumsverhältnisse ergibt sich folgendes Bild:

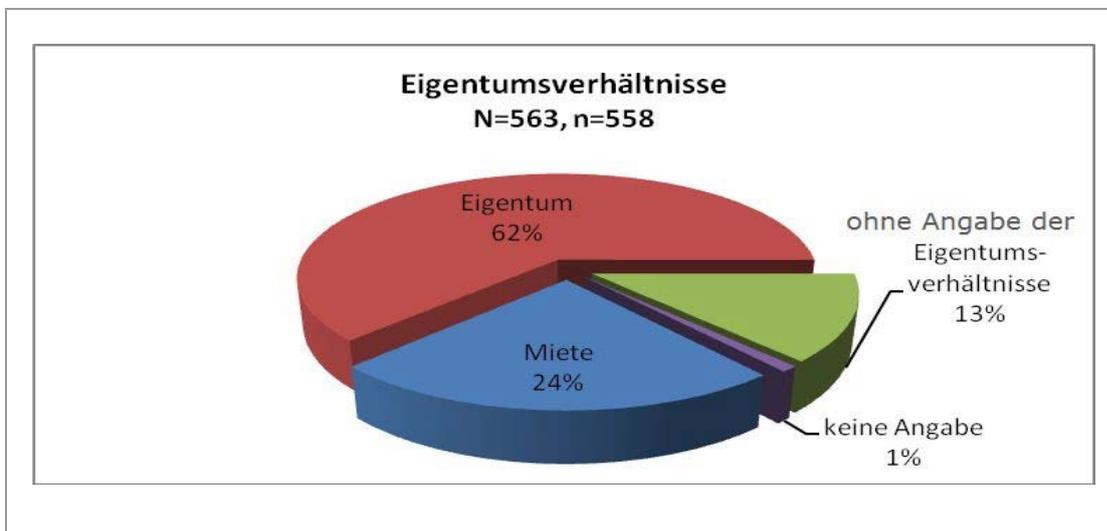


Abbildung 30: Eigentumsverhältnisse

Eigentum besitzen demnach 62% der Befragten, zur Miete leben 24%. 13% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben zwar die Wohnform, jedoch nicht deren Eigentumsverhältnisse an.

Auf die Frage nach der derzeitigen Wohnsituation der Probanden antwortet die Vielzahl mit 75,13%, dass sie bisher noch ohne Unterstützung oder Pflege leben. Im Vergleich geben nur 2,1% an, Unterstützung oder Pflege zu benötigen. Bei (den) Kindern oder Angehörigen wohnen 6,2%, das Leben in einer Wohngemeinschaft führen 2,3% der Befragten. Ein geringer Teil von 0,53%, welcher 3 von 563 Teilnehmerinnen oder Teilnehmern des Fragebogens entspricht, nehmen Betreutes Wohnen in Anspruch.

Unter „Sonstiges“ werden mehrfach der eigene Haushalt, bzw. das Eigenheim genannt. Eine Person gab an, Mehrgenerationenwohnen zu leben.

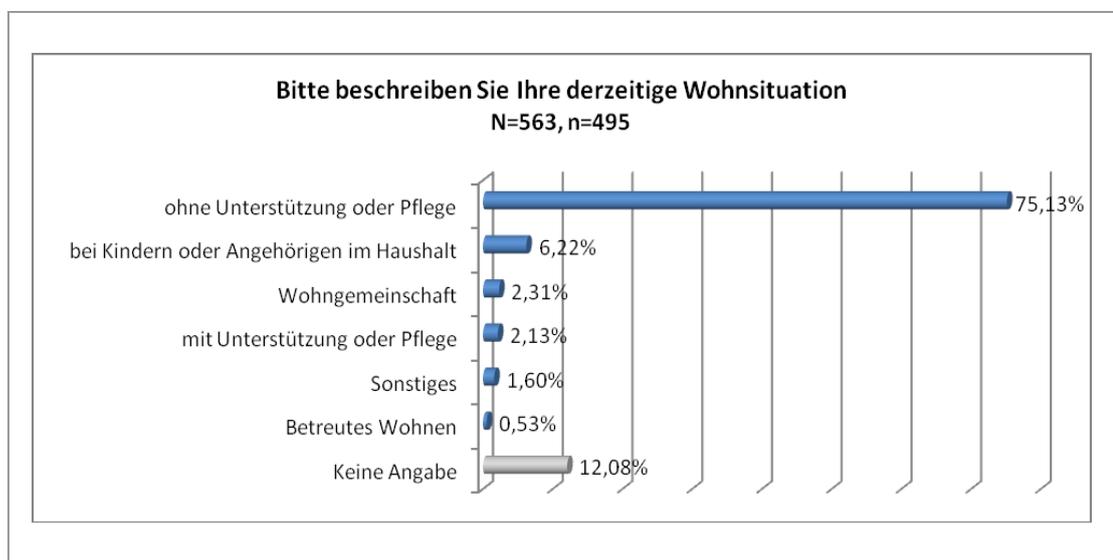


Abbildung 31: Bitte beschreiben Sie Ihre derzeitige Wohnsituation

Es schließt sich die Frage an, ob sich die derzeitige Wohnung der Befragten für ein „Wohnen im Alter“, z.B. im Hinblick auf Barrierefreiheit eignet. 32% der Wohnungen sind nach vorliegenden Angaben barrierefrei bzw. barrierearm umbaubar, 54% der Wohnungen eignen sich nicht für ein „Wohnen im Alter“. 11% der Befragten sind sich bezüglich der Barrierefreiheit ihrer Wohnung nicht sicher.



Abbildung 32: Eignet sich Ihre derzeitige Wohnung für ein „Wohnen im Alter“?

Die Frage hinsichtlich des derzeit verfügbaren Wohnraumes beantworten insgesamt 97,5% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fragebogenaktion. Hier gab die Mehrheit mit 40,3% an, zwischen 81 und 120m² zur Verfügung zu haben, dem folgt mit knapp 30% die Antwort von über 120m². 61-80m² Wohnraum beanspruchen 15,8%, 45-60m² haben 9,4% der Probanden, wohingegen die Minderheit mit 2,3% über weniger als 45m² verfügen.

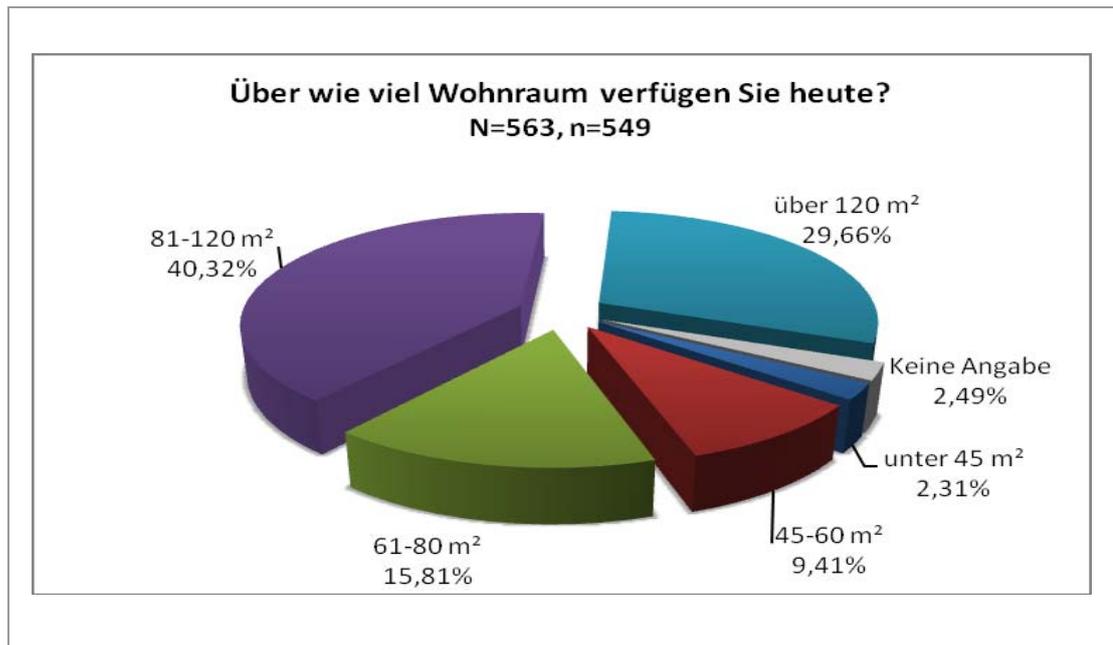


Abbildung 33: Über wie viel Wohnraum verfügen Sie heute?

Um die künftigen Wohnwünsche zu erfahren wurde gefragt, welche Wohnformen sich die Befragten als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen können. Hier waren Mehrfachantworten möglich.

In der privaten Wohnung möchten 62% der Befragten auch in Zukunft leben. Die Möglichkeit des Betreuten Wohnen können sich ca. 41% der Befragten vorstellen. Auf Platz 3 der zukünftigen Wohnwünsche liegt mit 22% das Mehrgenerationenwohnen, gefolgt von der Seniorenresidenz mit 18,5%. Knapp 18% der Personen halten für denkbar, in einer Hausgemeinschaft zu leben. Jeweils 16% der Befragten können sich vorstellen, bei ihren Angehörigen oder Kindern sowie in einer Wohngemeinschaft zu leben. Lediglich 8,4% der befragten Personen ziehen die Möglichkeit des Pflegeheimes in Betracht.



Abbildung 34: Welche Wohnform könnten Sie sich als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen?

Antworten bei Sonstigen waren unter anderem das „Bielefelder Modell“, „Wohnen im Viertel“ oder die Inanspruchnahme eines Pflegedienstes.

Die zukünftige Gestaltung von Wohnumfeld und Wohnraum für ältere Menschen setzt voraus zu wissen, was den Menschen beim Wohnen im Alter wichtig ist. Hier wurden verschiedene Faktoren aufgezählt. Die Probanden wurden gebeten anzukreuzen, ob dieser Faktor „sehr wichtig“, „wichtig“, „weniger wichtig“ oder „unwichtig“ ist. Mehrfachantworten waren möglich.

Die Erreichbarkeit von Geschäften und Ärzten hat für die Menschen hohe Priorität, da fast 60% der Befragten dies als „sehr wichtig“ nannten. Auch ein Garten, Barrierefreiheit und ein guter öffentlicher Nahverkehr haben für fast 50% der befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger sehr große Bedeutung.

„Sonstige“ sehr wichtige Aspekte sind für die Befragten Gesundheit, Betreuung z.B. bei Behördengängen, bezahlbare Mieten, Telefon, saubere Umgebung, gemeinsame Aktivitäten auch zwischen Jung und Alt und die Ausübung von Freizeitaktivitäten.

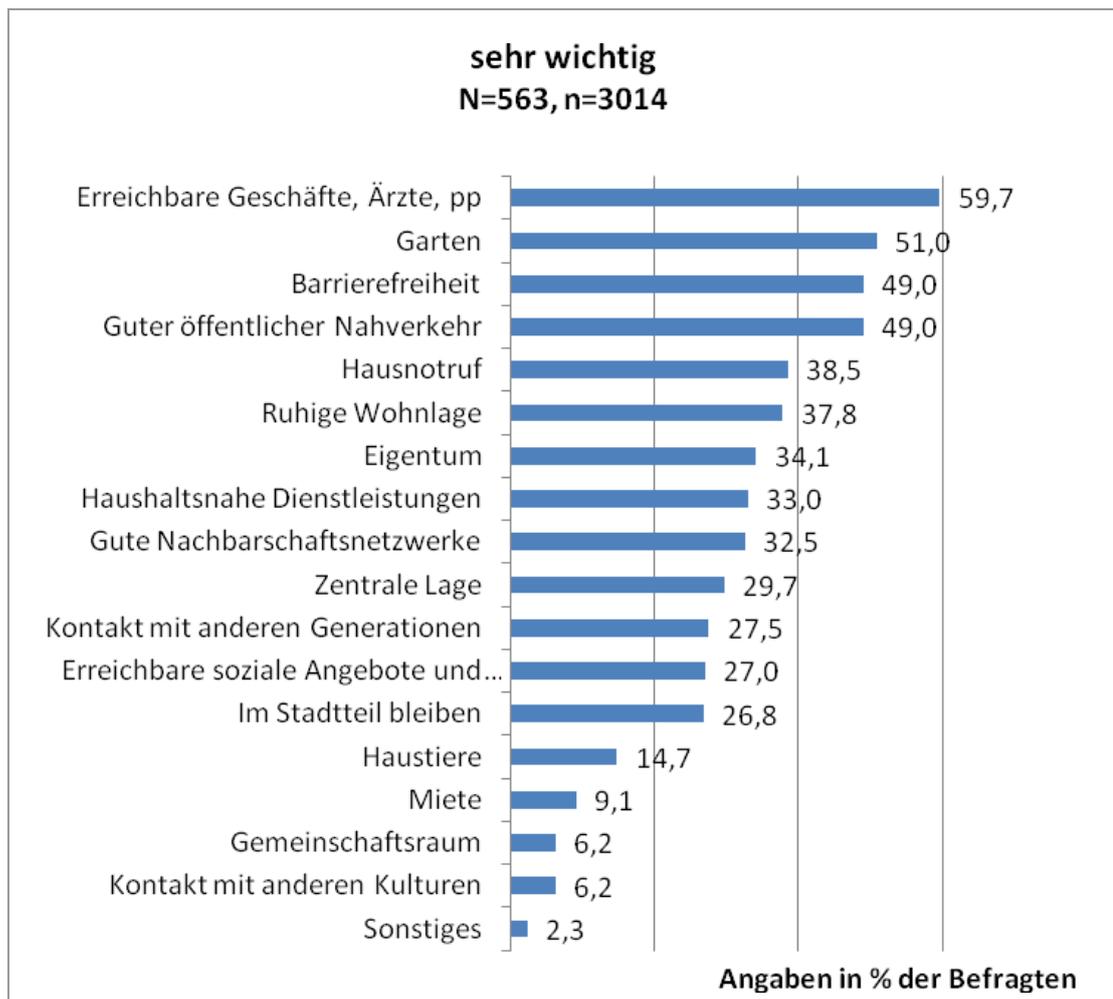


Abbildung 35: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter sehr wichtig?

Wichtig ist über 50% bzw. 45% der Befragten vor allem die Erreichbarkeit sozialer Angebote und Freizeitangebote und der Kontakt mit anderen Generationen. Auch eine zentrale Lage der Wohnung, die Verfügbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen und eine ruhige Wohnlage erachten über 40% als wichtig.

Als „Sonstige“ Ergänzung wurde hier die Bus-/Bahnverbindung genannt.

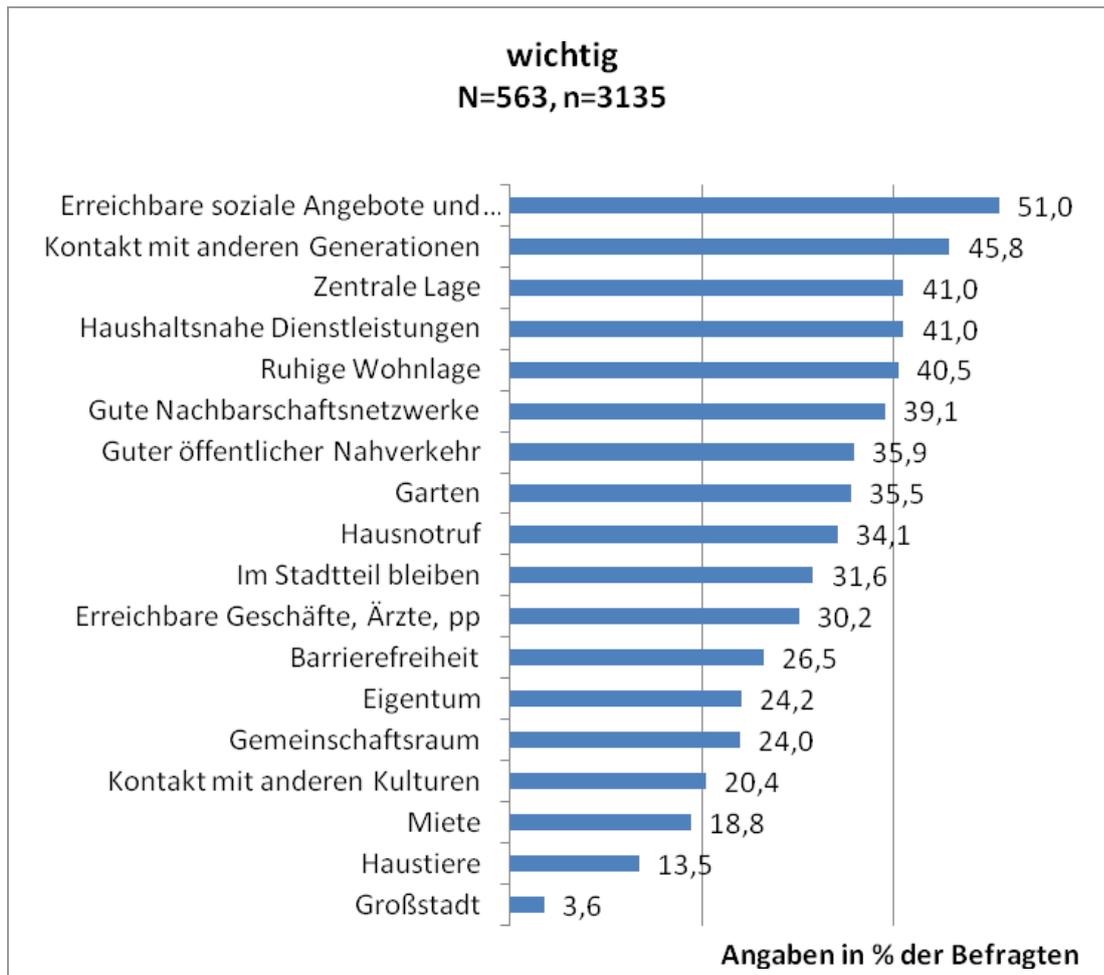


Abbildung 36: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?

Sieht man die beiden Kategorien zusammen, lässt sich erkennen, dass für insgesamt fast 90% der Befragten die Erreichbarkeit von Geschäften und Ärzten eine hohe Priorität beim Wohnen im Alter hat. Auch ein Garten (86,5%) und guter öffentlicher Nahverkehr (84,9%) spielen hier eine große Rolle.

Kontakt mit anderen Kulturen ist fast 37% der Befragten weniger wichtig, auch das Leben in der Großstadt hat mit 30% der befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger eine geringere Bedeutung für das Wohnen im Alter. Die Verfügbarkeit eines Gemeinschaftsraumes ist mit 22,6% auch von minderer Priorität für die Antwortenden.

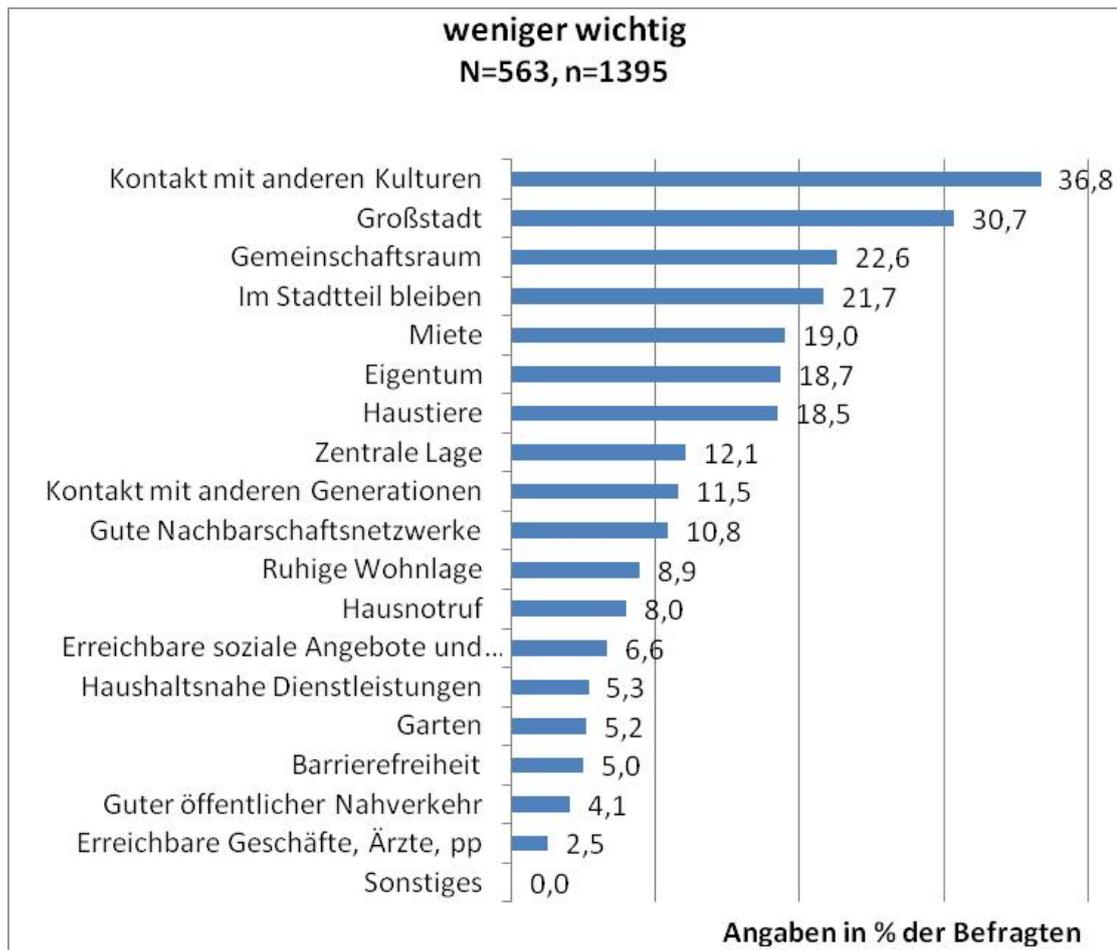


Abbildung 37: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter weniger wichtig?

Unwichtig ist für fast 40% der Menschen in Bergheim, die diesen Fragebogen beantworteten, das Leben in der Großstadt. Auch die Haltung von Haustieren hat für fast 30% der Befragten keine Priorität.

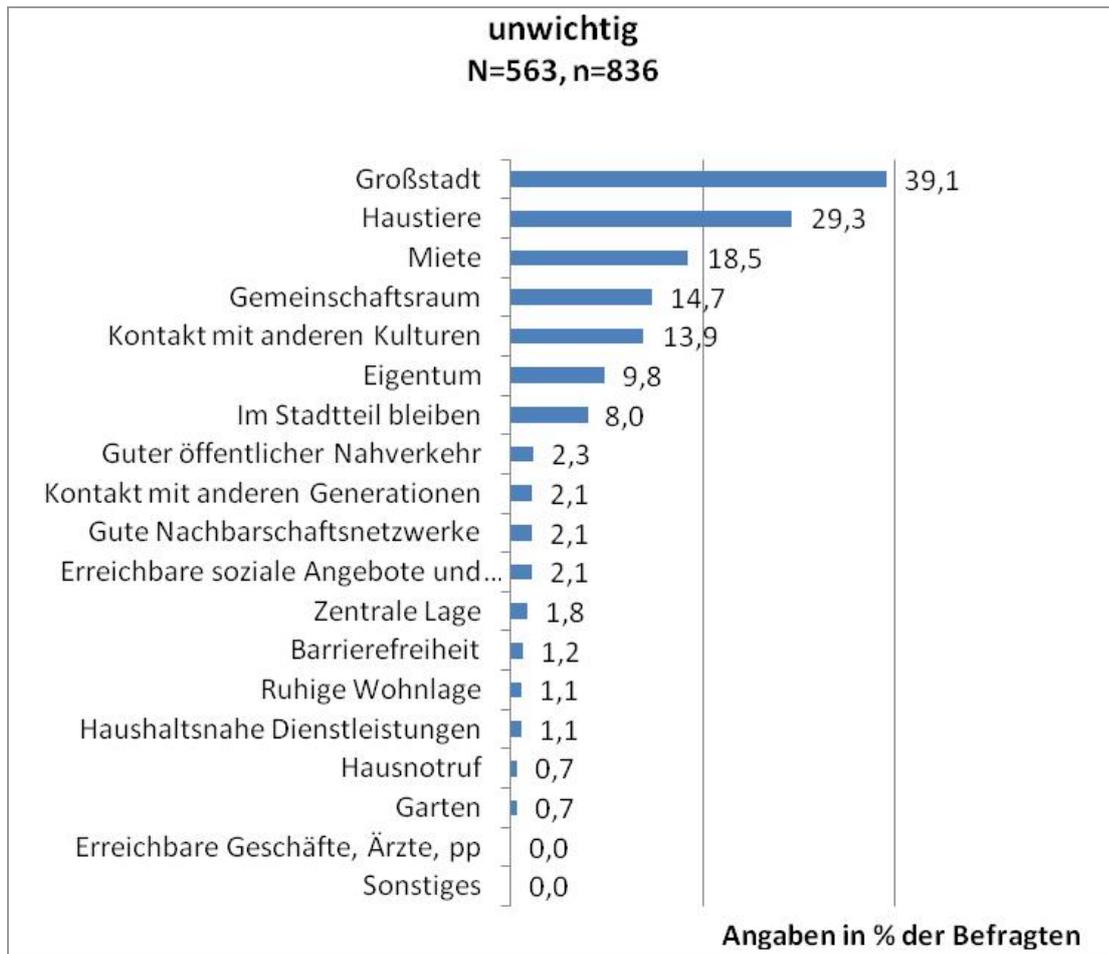


Abbildung 38: Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter unwichtig?

Zur Verdeutlichung und besseren Übersicht sind nachstehend die einzelnen Kategorien nach Einschätzung der Befragten gesondert zusammengestellt:

Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Eigentum	34,1	sehr wichtig, N=563, n=3014
	24,2	wichtig, N=563, n=3135
	18,7	weniger wichtig, N=563, n=1395
	9,8	unwichtig, N=563, n=836

Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Miete	9,1	sehr wichtig
	18,8	wichtig
	19,0	weniger wichtig
	18,5	unwichtig
Barrierefreiheit (Aufzug/Lift etc.)	49,0	sehr wichtig
	26,5	wichtig
	5,0	weniger wichtig
	1,2	unwichtig
Garten/Terrasse/Balkon	51,0	sehr wichtig
	35,5	wichtig
	5,2	weniger wichtig
	0,7	unwichtig
Gemeinschaftsraum	6,2	sehr wichtig
	24,0	wichtig
	22,6	weniger wichtig
	14,7	unwichtig
Haushaltsnahe Dienstleistungen	33,0	sehr wichtig
	41,0	wichtig
	5,3	weniger wichtig
	1,1	unwichtig

Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Hausnotruf	38,5	sehr wichtig
	34,1	wichtig
	8,0	weniger wichtig
	0,7	unwichtig
Haustiere, sofern erlaubt	14,7	sehr wichtig
	13,5	wichtig
	18,5	weniger wichtig
	29,3	unwichtig
Erreichbare Geschäft, Ärzte etc.	59,7	sehr wichtig
	30,2	wichtig
	2,5	weniger wichtig
	0,0	unwichtig
Guter öffentlicher Nahverkehr	49,0	sehr wichtig
	35,9	wichtig
	4,1	weniger wichtig
	2,3	unwichtig
Gute Nachbarschafts- netzwerke	32,5	sehr wichtig
	39,1	wichtig
	10,8	weniger wichtig
	2,1	unwichtig

Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Kontakt mit anderen Generationen	27,5	sehr wichtig
	45,8	wichtig
	11,5	weniger wichtig
	2,1	unwichtig
Kontakt mit anderen Kulturen	6,2	sehr wichtig
	20,4	wichtig
	36,8	weniger wichtig
	13,9	unwichtig
Ruhige Wohnlage	37,8	sehr wichtig
	40,5	wichtig
	8,9	weniger wichtig
	1,1	unwichtig
Zentrale Lage	29,7	sehr wichtig
	41,0	wichtig
	12,1	weniger wichtig
	1,8	unwichtig
Großstadt	0,0	sehr wichtig
	3,6	wichtig
	30,7	weniger wichtig
	39,1	unwichtig

Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Im Stadtteil bleiben	26,8	sehr wichtig
	31,6	wichtig
	21,7	weniger wichtig
	8,0	unwichtig
Erreichbare soziale Angebote und Freizeitangebote	27,0	sehr wichtig
	51,0	wichtig
	6,6	weniger wichtig
	2,1	unwichtig
Sonstiges	2,3	sehr wichtig
	0,0	wichtig
	0,0	weniger wichtig
	0,0	unwichtig

Tabelle 16: Befragung – Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?

Die letzte Frage bezüglich der aktuellen Inanspruchnahme von Hilfestellungen rundet das Thema „Wohnsituation“ ab. Die Mehrheit der Probanden mit 77,26% gibt an, derzeit keinerlei Hilfestellungen zu beanspruchen. Nachbarschaftshilfe nehmen insgesamt 11,7% in Anspruch. Für die Mobilität benötigen 9,2% einen Gehstock, 6,6% einen Rollator oder Rollstuhl, einen Fahrdienst beanspruchen knapp 2% der Befragten.

Als Hilfe im Haushalt nehmen ca. 5% der Befragten so genannte haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch, 3,2% einen Einkaufsdienst und mit 0,18% ein Proband einen Menüservice. Der Pflegedienst wird von 1,24% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verpflichtet.

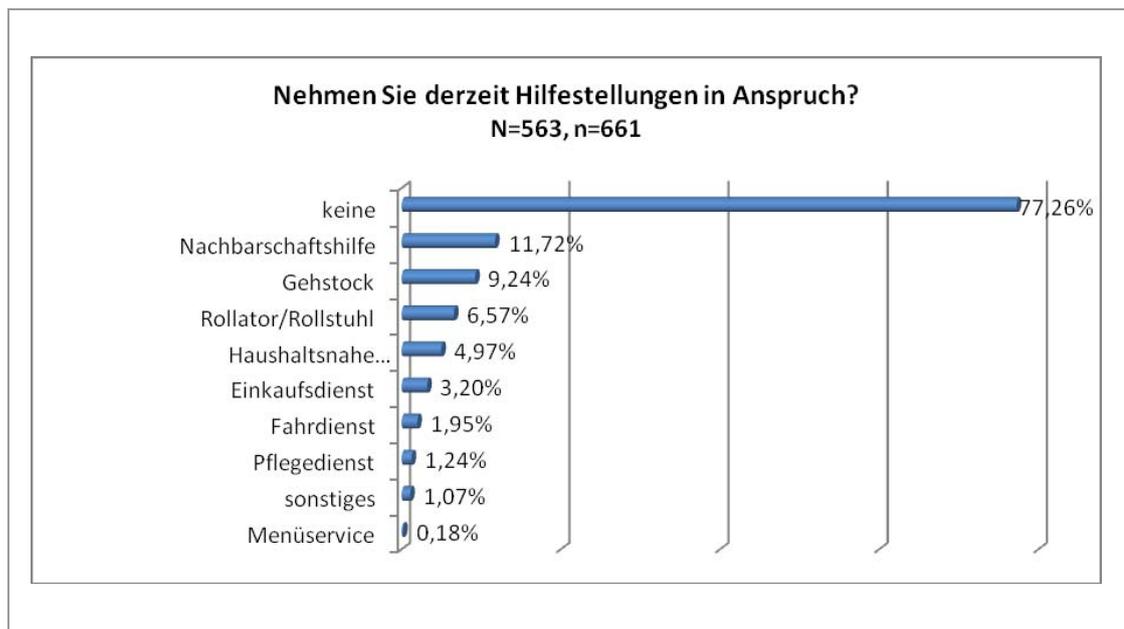


Abbildung 39: Nehmen Sie derzeit Hilfestellungen in Anspruch?

Unter „Sonstiges“ geben die Befragten an, ambulantes Betreutes Wohnen zu beanspruchen, Hilfe seitens der Kinder oder einer Reinigungskraft zu erhalten sowie eine Gehstütze zu benötigen.

Wohnumfeld

Als wichtig erachtete die Projektgruppe, die Wünsche über die Gestaltung des zukünftigen Wohnumfeldes für ältere Menschen zu erfahren. Deshalb wird gefragt, welche Angebote die Probanden nutzen oder in Zukunft beabsichtigen zu nutzen.

Besonders kulturelle Unternehmungen und Seniorenangebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness erfreuen sich bei der Bergheimer Bevölkerung besonderer Beliebtheit. Circa ein Viertel der Befragten gibt an, Angebote eines Sportvereins zu nutzen oder dessen Nutzung zu beabsichtigen. Seniorentreffs sind für 24,5% der Befragten ein sehr attraktives Angebot. Theater und Bildungsangebote halten 20,4% für einen Vorschlag, welchen sie sehr häufig zu nutzen beabsichtigen. Wohingegen Tanz- oder Singkreise bei den befragten Bürgern mit unter 10% auf wenig Interesse stoßen.

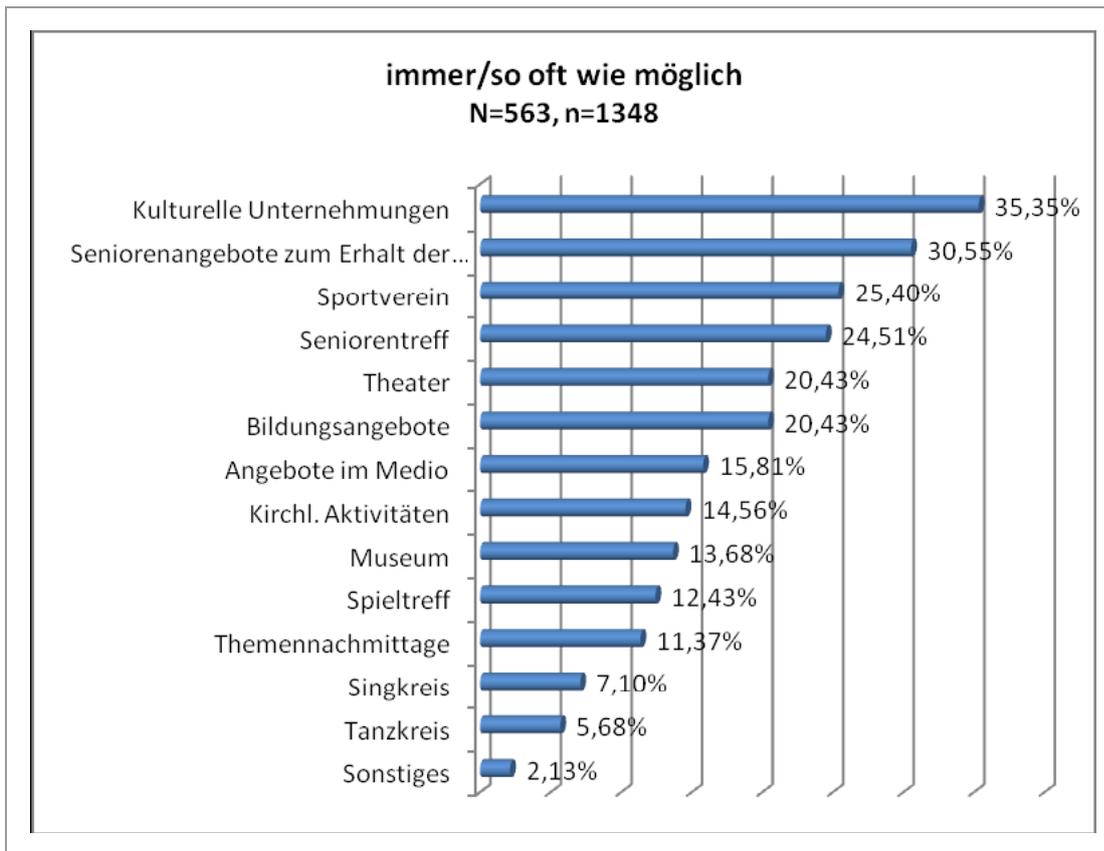


Abbildung 40: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – immer/so oft wie möglich – zu nutzen?

Angebote, die manchmal genutzt werden, sind mit über 40% vor allem Angebote im Medio und Theaterbesuche. Über 30% halten den Besuch eines Museums, kulturelle Unternehmungen oder Bildungsangebote für ihre private Freizeitgestaltung für interessant. Auch in dieser Spalte, welche Angebote nur manchmal genutzt werden oder würden, sind der Tanz- und Singkreis das Schlusslicht.

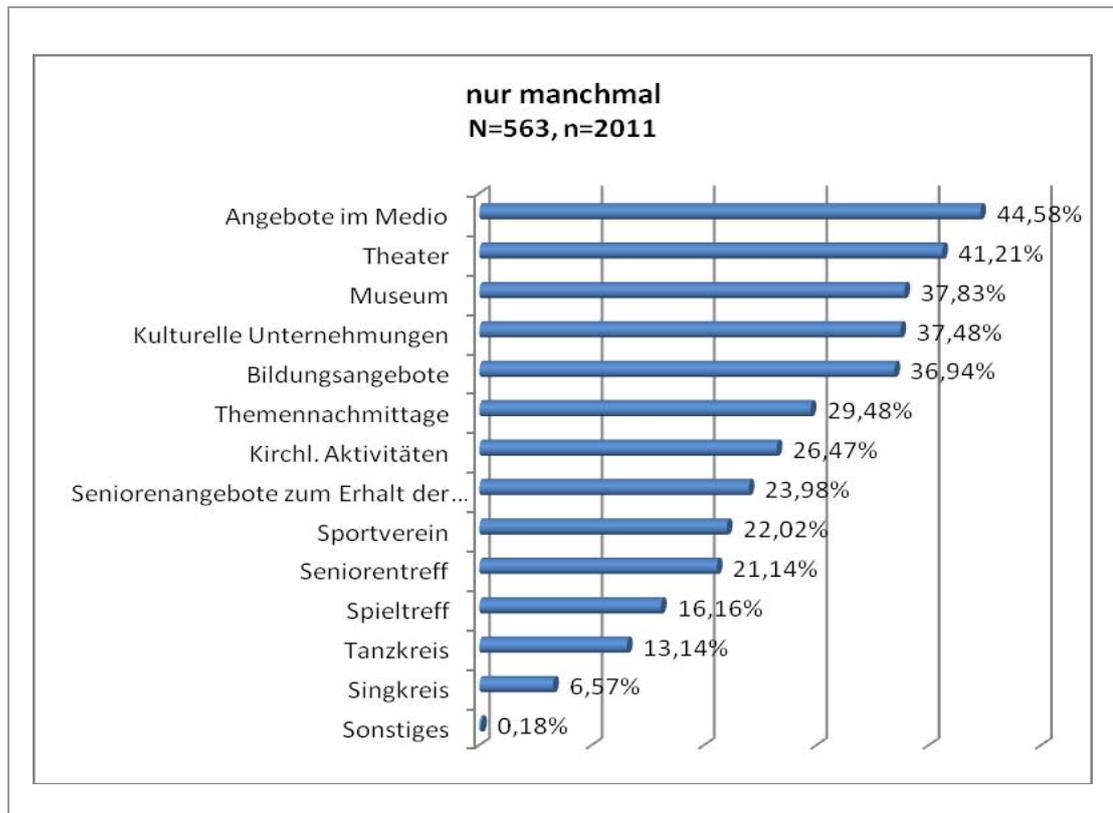


Abbildung 41: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – nur manchmal – zu nutzen?

Angebote, welche die Befragten ablehnen, indem sie angeben, diese nicht zu nutzen bzw. in Zukunft nicht zu nutzen beabsichtigen, sind mit über 40% der Antworten der Sing- und Tanzkreis und der Spieltreff. Außerdem sind für ca. 35% der Seniorentreff, sowie Themennachmittage keine Möglichkeit der Freizeitgestaltung.

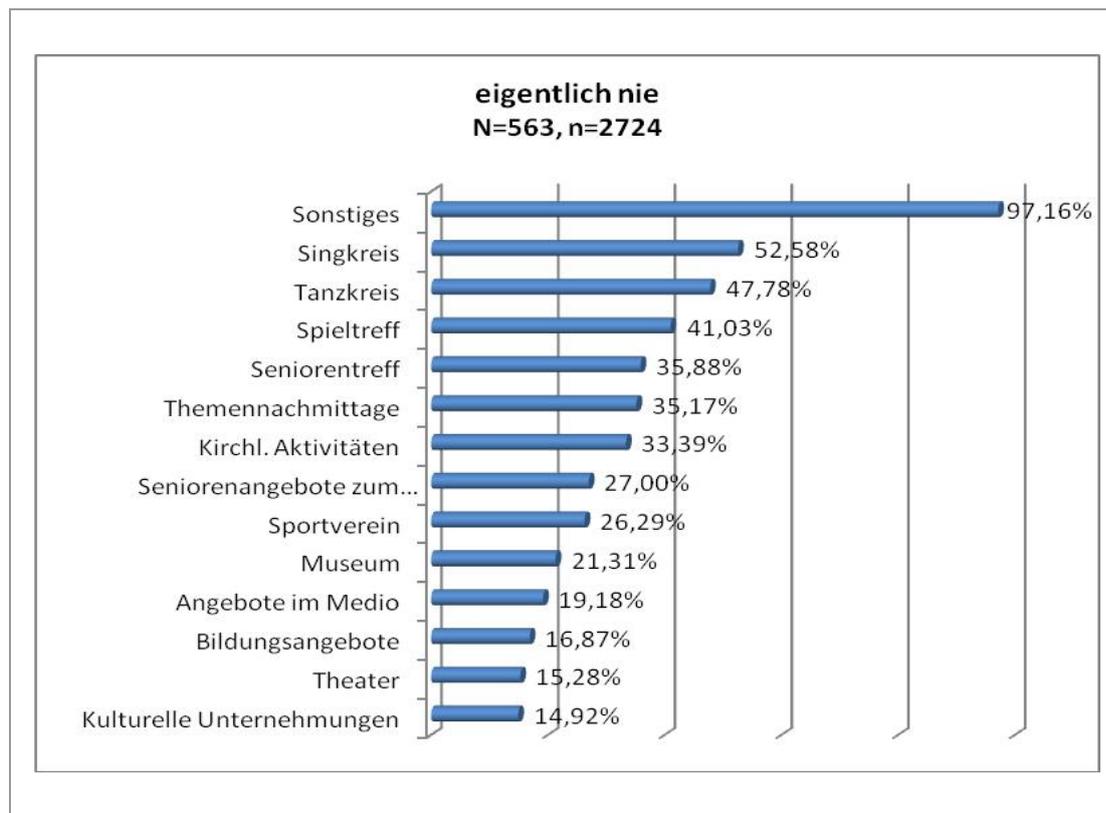


Abbildung 42: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft – eigentlich nie – zu nutzen?

Zur Verdeutlichung und besseren Übersicht sind nachstehend die einzelnen Kategorien nach Einschätzung der Befragten gesondert zusammengestellt:

Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Seniorentreff	24,51	immer/so oft wie möglich, N=563, n=1348
	21,14	nur manchmal, N=563, n=2011
	35,88	eigentlich nie, N=563, n=2724
Kulturelle Unternehmungen	35,35	immer/so oft wie möglich
	37,48	nur manchmal
	14,92	eigentlich nie

Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Themennachmittage	11,37	immer/so oft wie möglich
	29,48	nur manchmal
	35,17	eigentlich nie
Spieltreff	12,43	immer/so oft wie möglich
	21,14	nur manchmal
	41,03	eigentlich nie
Tanzkreis	5,68	immer/so oft wie möglich
	13,14	nur manchmal
	47,78	eigentlich nie
Singkreis	7,10	immer/so oft wie möglich
	6,57	nur manchmal
	52,58	eigentlich nie
Sportverein	25,40	immer/so oft wie möglich
	22,02	nur manchmal
	26,29	eigentlich nie
Theater	20,43	immer/so oft wie möglich
	41,21	nur manchmal
	15,28	eigentlich nie
Museum	13,68	immer/so oft wie möglich
	37,83	nur manchmal
	21,31	eigentlich nie

Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?		
Kategorie	Angaben in %	Einschätzung der Befragten
Kirchliche Aktivitäten	14,56	immer/so oft wie möglich
	26,47	nur manchmal
	33,39	eigentlich nie
Bildungsangebote	20,43	immer/so oft wie möglich
	36,94	nur manchmal
	16,87	eigentlich nie
Angebote im MEDIO	15,81	immer/so oft wie möglich
	44,58	nur manchmal
	19,18	eigentlich nie
Seniorenangebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness	30,55	immer/so oft wie möglich
	23,98	nur manchmal
	27,00	eigentlich nie
Sonstige	2,13	immer/so oft wie möglich
	0,18	nur manchmal
	97,16	eigentlich nie

Tabelle 17: Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?

Auffällig ist hier, dass insbesondere der Seniorentreff von fast 36% abgelehnt, von jedoch fast 25% der Befragten als regelmäßig genutztes Angebot angegeben wird.

„Sonstige“ Antworten sind hier insbesondere private Freizeitaktivitäten wie Ausflüge in die Natur, sportliche Aktivitäten, Wandern, Musik-Gruppe, Kino, der Besuch der Volkshochschule oder Kurz-, Rund- und Städtereisen. Auch ehrenamtliche Tätigkeiten und Veranstaltungen der AWO werden genannt.

Zielführend ist ebenfalls zu erfahren, wie die aktuelle Zufriedenheit mit den vorhandenen Angeboten ist. Hier zeigt sich, dass 57% der befragten Bürgerinnen und Bürger mit den vorhandenen sozialen Angeboten zufrieden sind. Fast 24% der Befragten sind mit den vorhandenen Angeboten nicht zufrieden. Knapp 19% machten hier keine Angabe.

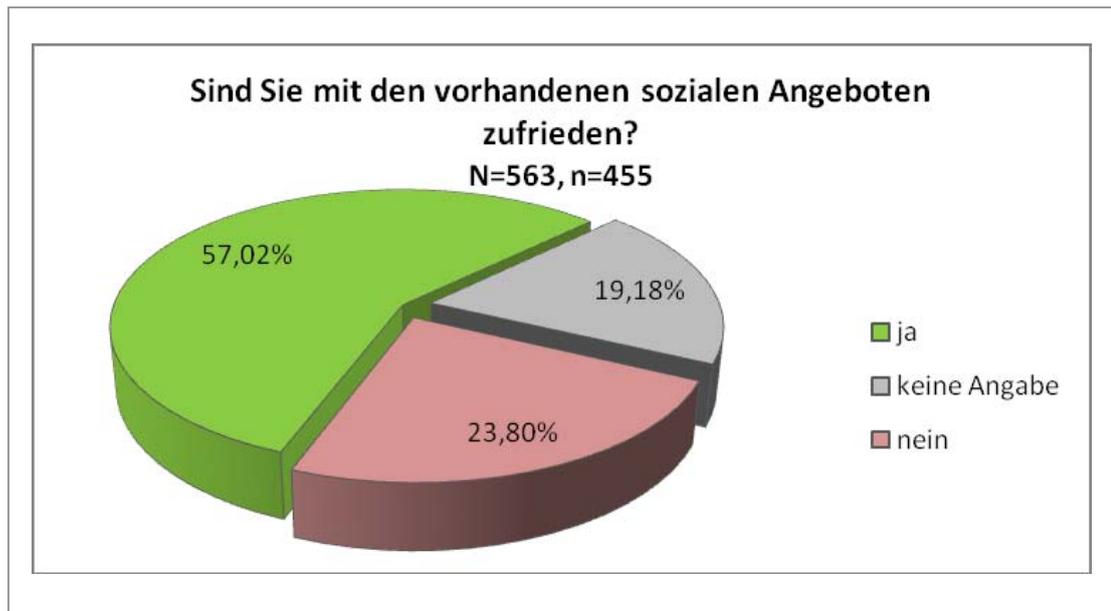


Abbildung 43: Sind sie mit den vorhandenen sozialen Angeboten zufrieden?

Es folgt die Frage, ob es soziale Angebote gibt, die vermisst werden. Hier gab es viele verschiedene Antworten, je nach Interesse der Befragten.

Es werden insbesondere Kommunikationsmöglichkeiten wie Cafés, ein Kino, (barrierefreie) Gaststätten und Sport-, sowie kulturelle Angebote, Thementreffs und Möglichkeiten der interkulturellen Kommunikation vermisst. Häufig genannt werden fehlende Seniorenangebote. Auch Hilfen im Alltag in Form von Betreuungsangeboten oder Beratungsstellen sind aufgeführt. Des Weiteren werden fehlende Mobilitätsstrukturen, wie mangelnde Bus- und Bahnverbindungen und Fahrdienst beanstandet. Die Befragten vermissen ebenfalls Einkaufsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe, wie beispielsweise Apotheken, Post oder Bekleidungsgeschäfte.

Auf die Frage, ob sich die befragten Menschen in ihrem Wohnumfeld wohl fühlen, bejahen 88% dies. 2% enthalten sich und knapp 10% der Bürger fühlen sich nicht

wohl. Diejenigen, die sich in ihrem Wohnumfeld nicht wohl fühlen, erhielten im Rahmen eines Freitextes Gelegenheit, ihre Meinung zu äußern.

Sehr häufig mit 16 von 48 Antworten wurde Kritik an dem sozialen Umfeld, beispielsweise in Form von Nachbarschaftskomplikationen geübt. Eine weiterer Grund sind laut Angabe von 13 Befragten interkulturelle Differenzen. Jeweils 8 Stimmen geben an, Gründe für ihr Empfinden sei Ruhestörung, z.B. durch Verkehrs-/Lärmbe­lästigung, und die Verschlechterung der umliegenden Natur und Umwelt. Des Weiteren werden erhöhte Kriminalitätsaufkommen, mangelnde Anbindung an den ÖPNV und eine dezentrale Lage der Wohnung, inklusive fehlender Einkaufsmöglichkeiten vor Ort, genannt.

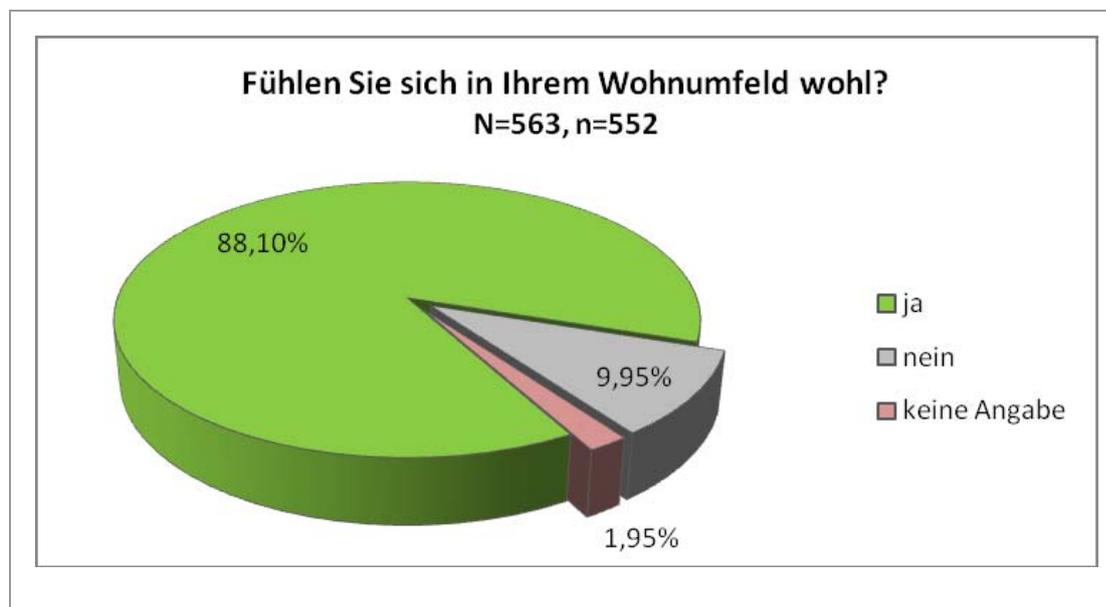


Abbildung 44: Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld wohl?

Ob die Befragten sich vorstellen können, im Alter weiter in ihrem derzeitigen Umfeld wohnen zu bleiben, ist besonders im Hinblick auf die demographische Entwicklung des Rhein-Erft-Kreises, sowie die Gestaltung der neuen Wohnlandschaft für ältere Menschen in diesem Gebiet, interessant. Nur knapp 12,5% der Befragten zieht eine Änderung des Wohnumfeldes im Alter vor. Für knapp 85% ist die Gestaltung des Wohnens im Alter im Rhein-Erft-Kreis von großer Bedeutung, denn sie möchten gern im derzeitigen Wohnumfeld bleiben.

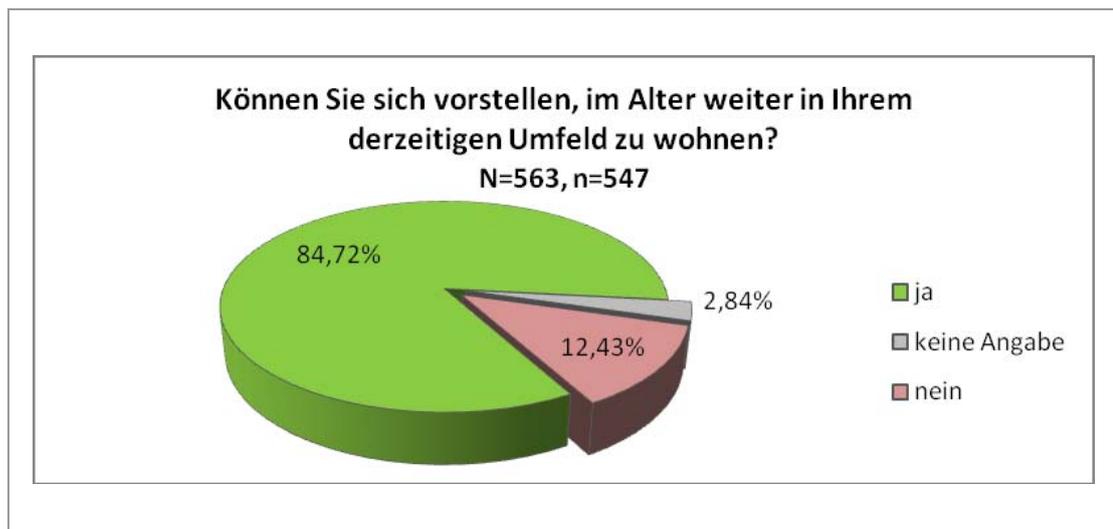


Abbildung 45: Können Sie sich vorstellen, im Alter in Ihrem derzeitigen Umfeld zu wohnen?

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, ob die Menschen einen Umzug in eine andere Umgebung in Betracht ziehen.

22,2% halten dies für möglich, 59% der Befragten würden nur umziehen, wenn es notwendig ist. Für 18% der Antwortenden kommt ein Umzug in eine andere Umgebung nicht in Betracht.

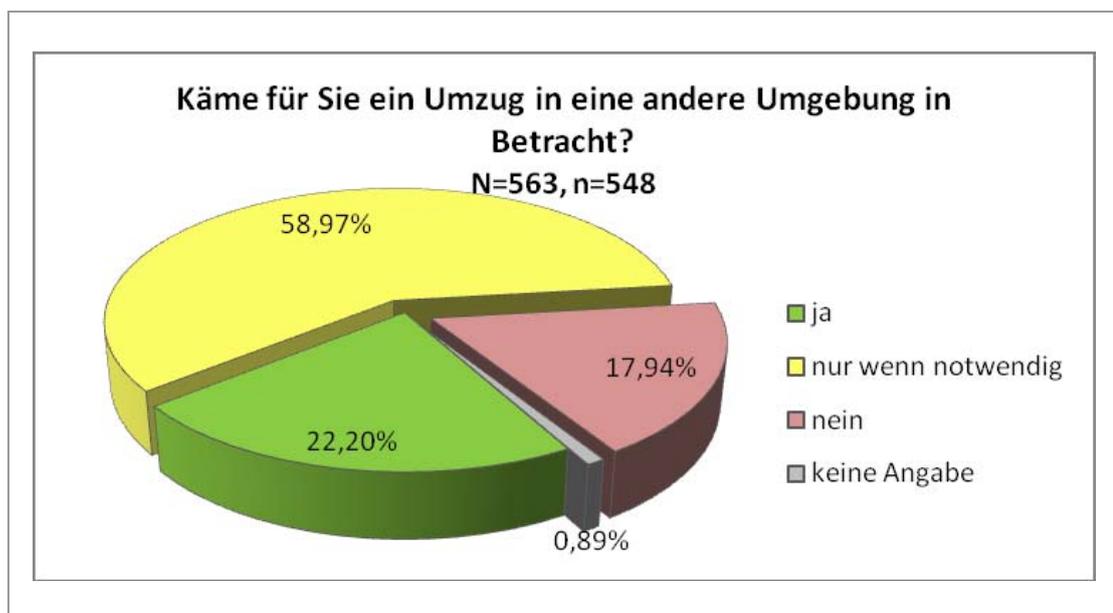


Abbildung 46: Käme für Sie ein Umzug in eine andere Umgebung in Betracht?

Auch bei der Frage nach dem Sicherheitsgefühl der Menschen in Bergheim interessieren die Gründe für eine Verneinung. Den Antworten zufolge fühlen sich 85% der Befragten sicher, nur 1,5% machten keine Angabe. Von fast 13,5% der Befragten, die sich in ihrem Wohnumfeld unsicher fühlen, werden die Antworten folgendermaßen gruppiert.

Sehr häufig mit 34 von 63 Antworten wurde als Grund die hohe Kriminalitätsrate durch Überfälle, Einbrüche, u.a. genannt. 17 Personen begründen ihre Entscheidung durch Kritik an dem sozialen Umfeld und interkulturellen Differenzen. Des Weiteren werden Angst und mangelndes Sicherheitsgefühl von 6 Befragten angeführt. Auch Unruhe, beispielsweise durch LKW-Nachtparkplätze oder Lärm- und Verkehrsbelästigung und mangelnde Polizeipräsenz werden hier als Gründe benannt.

Mobilität

Zunächst wird die Frage danach gestellt, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fragebogensaktion zu folgenden Aktivitäten gelangen: Hausarzt, Facharzt, Lebensmittelgeschäfte, Freizeitaktivitäten und Freunde. Zudem gab es die Möglichkeit, eine weitere „sonstige“ Aktivität anzugeben. Zur Auswahl standen folgende Antworten: zu Fuß, eigener PKW, Mitfahrgelegenheit im PKW, Bus/Bahn, Taxi und Fahrrad. Auch hier konnten die Befragten eine weitere Fortbewegungsmöglichkeit angeben. Mehrfachnennungen wurden akzeptiert.

Zum Hausarzt gelangt die Mehrzahl der Befragten mit dem eigenen PKW (61%), zu Fuß oder durch eine Mitfahrgelegenheit im PKW (jeweils 37%). 20% der Befragten sind fit genug, um mit dem Fahrrad zu ihrem Hausarzt zu gelangen.

Jeweils ein Proband bewegt sich mit einem Moped oder zu Fuß mit einem Rollator dorthin.

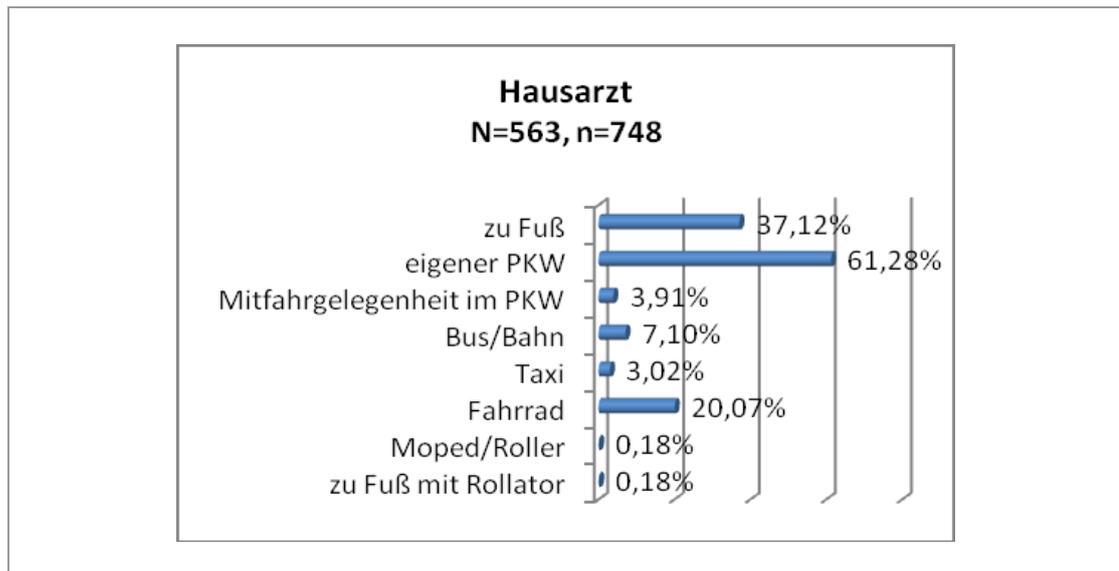


Abbildung 47: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Hausarzt?

Zum Facharzt wiederum gelangen über 70% der Befragten mit dem eigenen PKW. Mit Bus und Bahn oder zu Fuß bewegen sich jeweils knapp 15% dahin. Das Fahrrad benutzen hier nur noch 8,7% der befragten Bürger. Zusätzliche Antworten waren hier seitens 2 Befragter das Moped, einmal der Rollstuhl und einmal die Verbindung von Bus und Bahn mit dem Fahrrad.

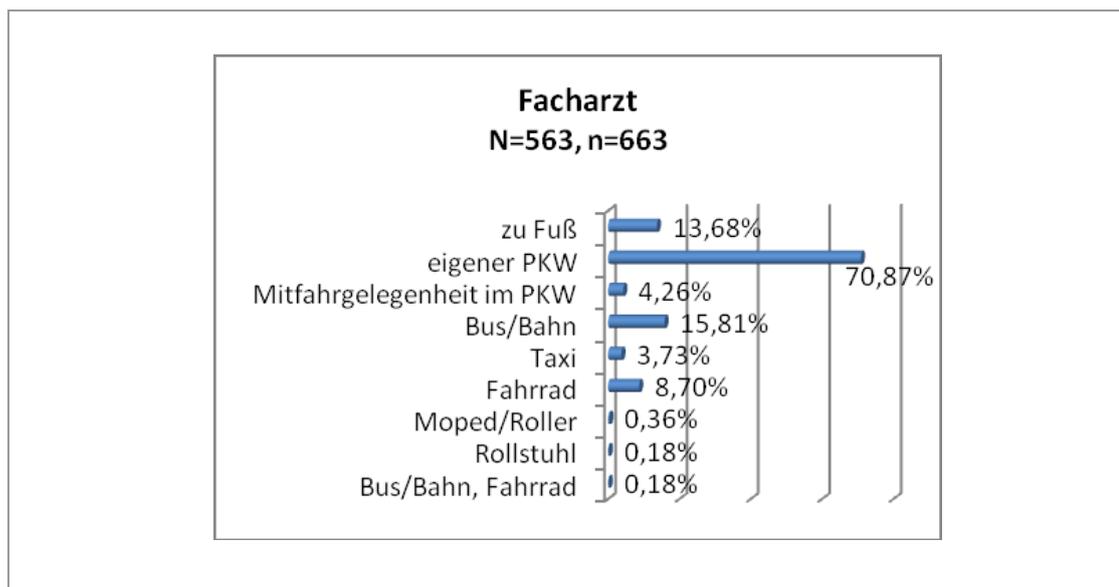


Abbildung 48: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Facharzt?

Einkäufe in Lebensmittelgeschäften erledigen fast 70% der befragten Bürgerinnen und Bürger mit dem eigenen PKW. Hier sind die Wege mit Bus und Bahn und zu Fuß mit über 30% wiederum stärker vertreten. Auch hier entschieden sich Probanden für die Ergänzung der Fortbewegungsmittel mit dem Moped, dem Rollstuhl, dem Rollator und der Verbindung von Bus und Bahn und dem Fahrrad.

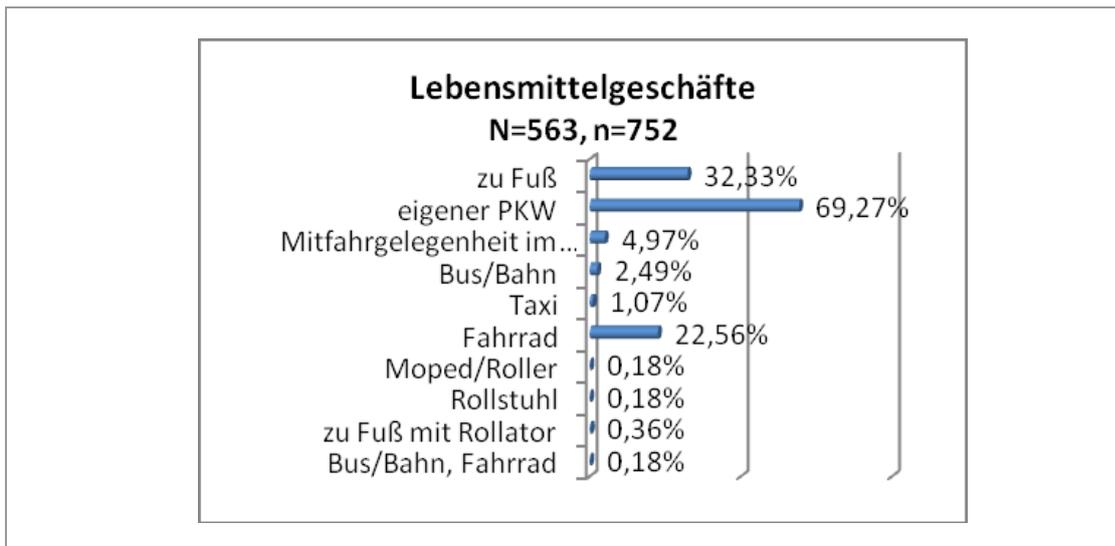


Abbildung 49: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Lebensmittelgeschäfte?

Für den Weg zu den Freizeitaktivitäten entscheiden sich deutlich mehr Menschen für Alternativen zum eigenen PKW, welcher hier nur von 60% in Anspruch genommen wird. Zu Fuß gehen hier ca. 26%, das Fahrrad nutzen knapp 24% der Befragten.

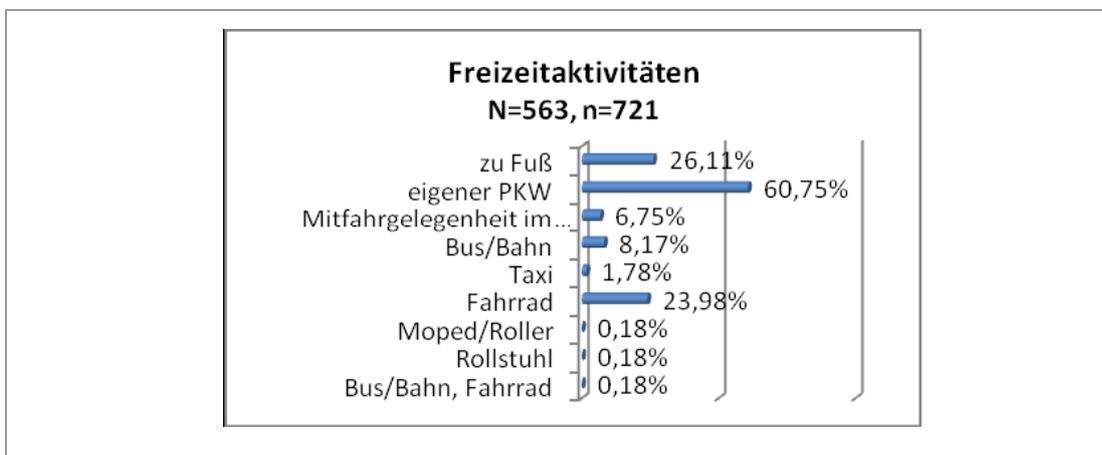


Abbildung 50: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Freizeitaktivitäten?

Auch der Weg zu Freunden wird von 72,5% der Befragten mit dem eigenen PKW zurück gelegt. Zu Fuß gehen hier 27%, 13,7% nutzen das Fahrrad, 10,7% nehmen Bus und Bahn in Anspruch.

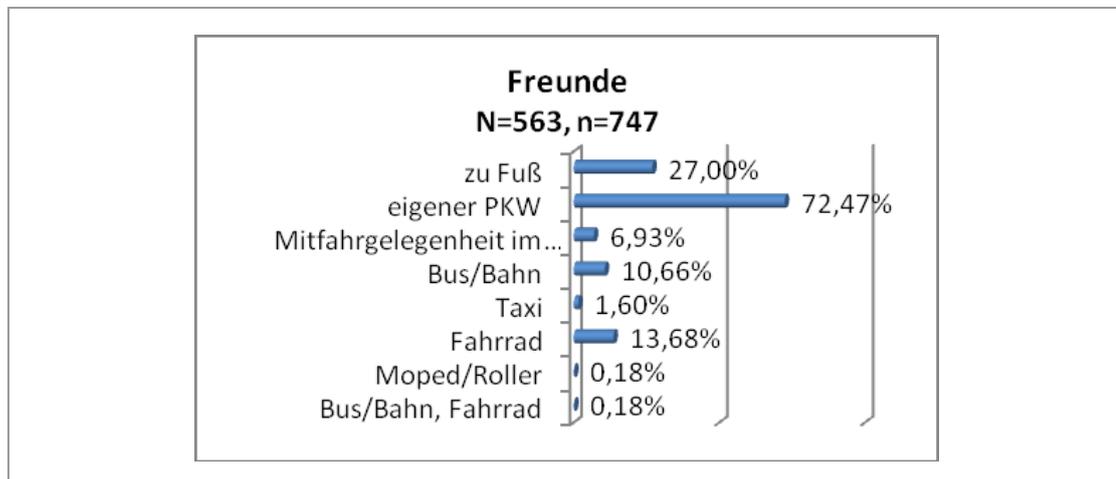


Abbildung 51: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Freunde?

Sonstige Ziele sind hier die Arbeit, kulturelle Aktivitäten und sonstige Einkaufsmöglichkeiten. Aufgeteilt in bestimmte Fortbewegungsmöglichkeiten ergibt sich folgendes Bild:

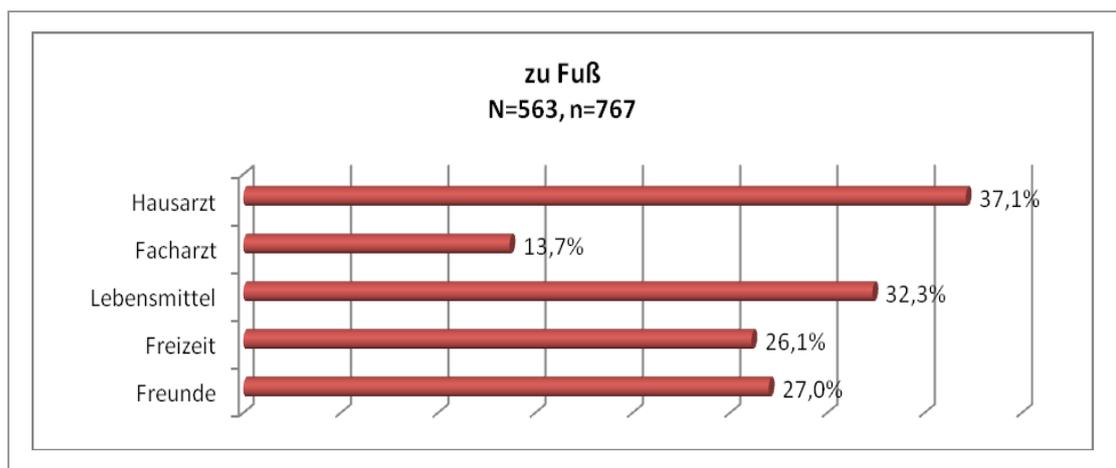


Abbildung 52: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: zu Fuß?

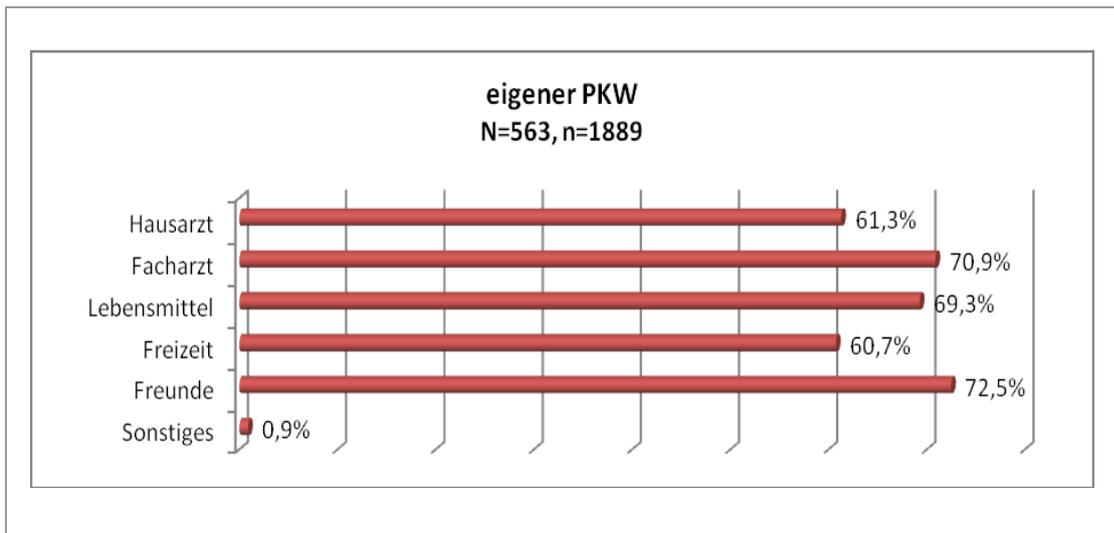


Abbildung 53: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: eigener PKW?

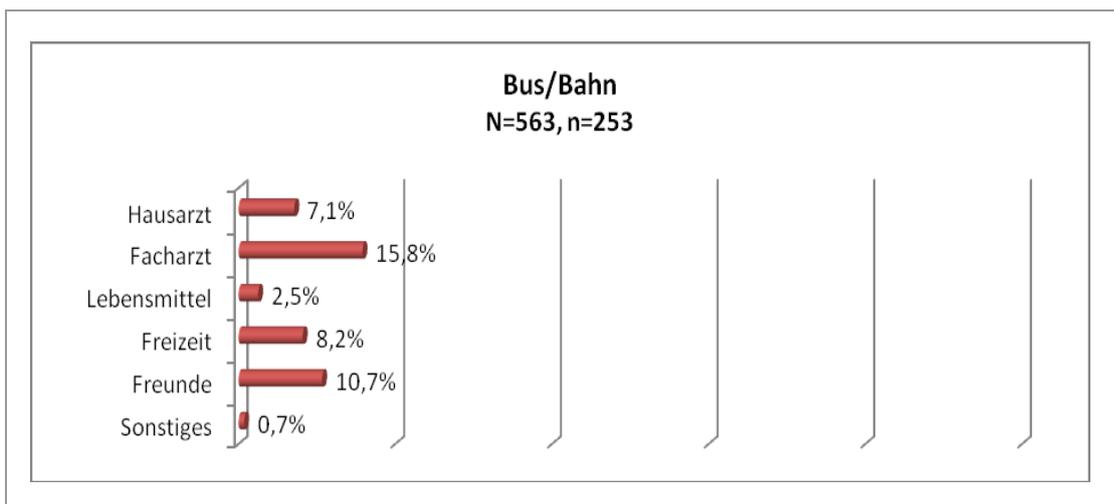


Abbildung 54: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Bus/Bahn?

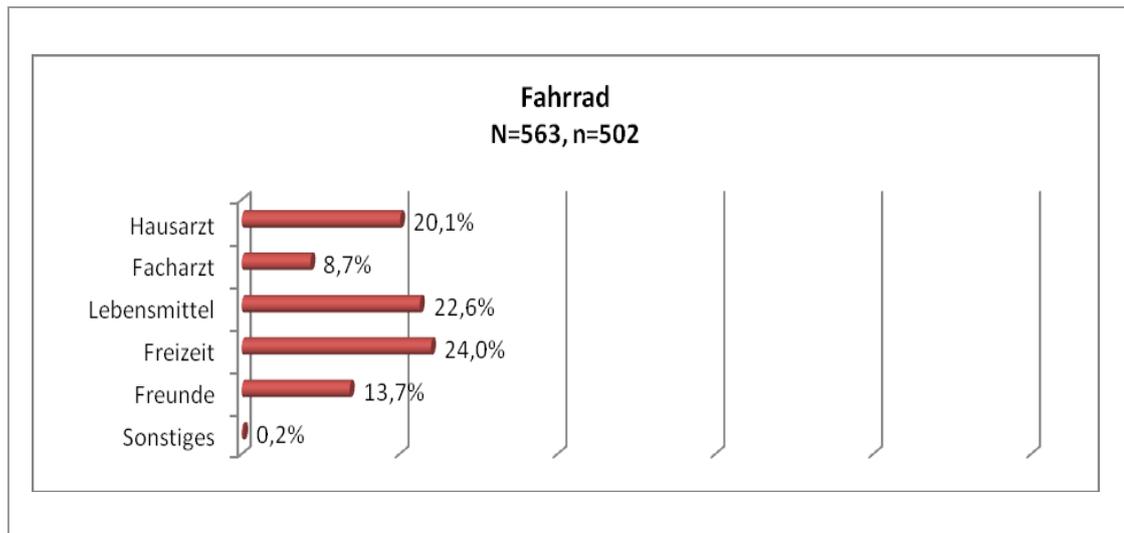


Abbildung 55: Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen: Fahrrad?

Das Auswertungsergebnis macht deutlich, dass die Bevölkerung im ländlichen Raum weitestgehend auf ein Kraftfahrzeug angewiesen ist.

Um die Mobilität der Menschen besser einschätzen zu können, ist es wichtig zu erfahren, ob die befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger fremde Hilfe bei der Benutzung von Verkehrsmitteln benötigen. Ganze 7% der Befragten sind auf diese Hilfe angewiesen.

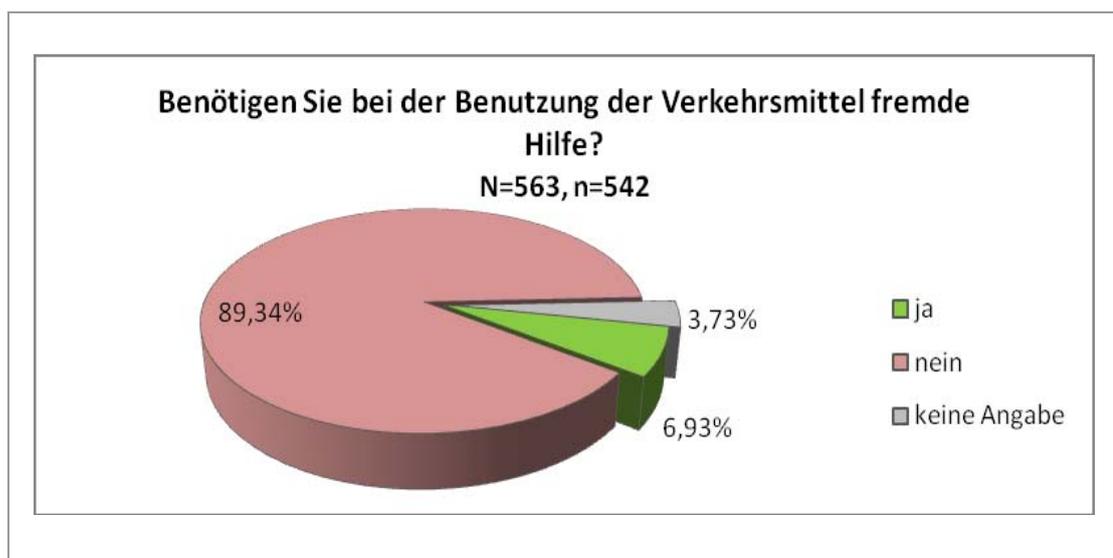


Abbildung 56: Benötigen Sie bei der Benutzung der Verkehrsmittel fremde Hilfe?

Ein weiterer Aspekt ist die Verkehrsanbindung. Gefragt wird, ob die Befragten mit der Anbindung an das Verkehrsnetz zufrieden sind.

51% bejahen die ausreichende Anbindung, 39% jedoch halten die Verkehrsanbindung ihres Wohnortes für ungenügend.

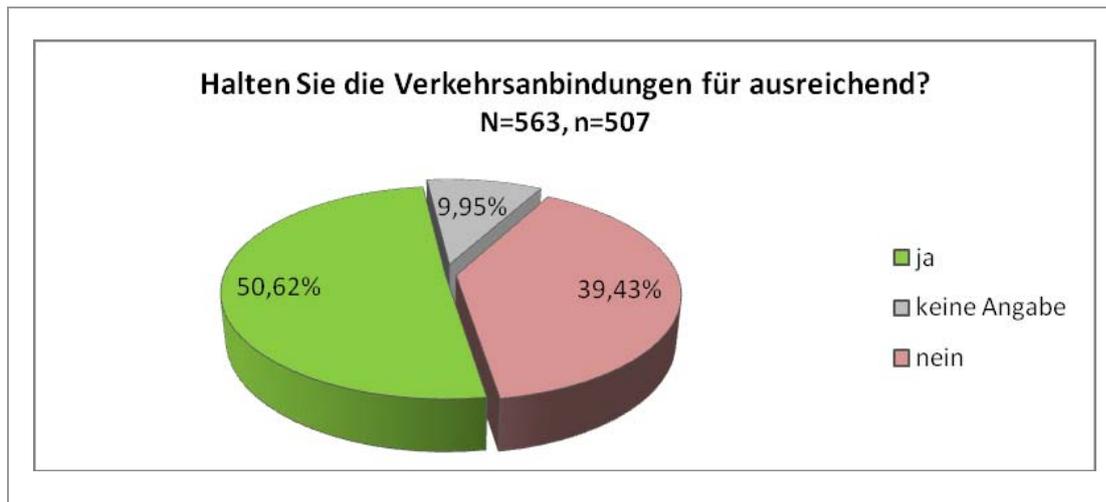


Abbildung 57: Halten Sie die Verkehrsanbindungen für ausreichend?

Gesundheit

Die folgenden Fragen beziehen sich insbesondere auf gesundheitliche Aspekte, die mit dem „Wohnen im Alter“ zusammen hängen.

Zunächst ist interessant, ob die Befragten gesundheitlich eingeschränkt sind, genauer, ob sie an chronischen Erkrankungen leiden, die regelmäßige Medikation oder regelmäßige Arztbesuche bzw. Klinikaufenthalte erfordern und ob ein anerkannter Grad der Behinderung vorliegt.

50% der befragten Bürgerinnen und Bürger gaben an, an chronischen Erkrankungen zu leiden, welche regelmäßig medikamentös behandelt werden müssen.

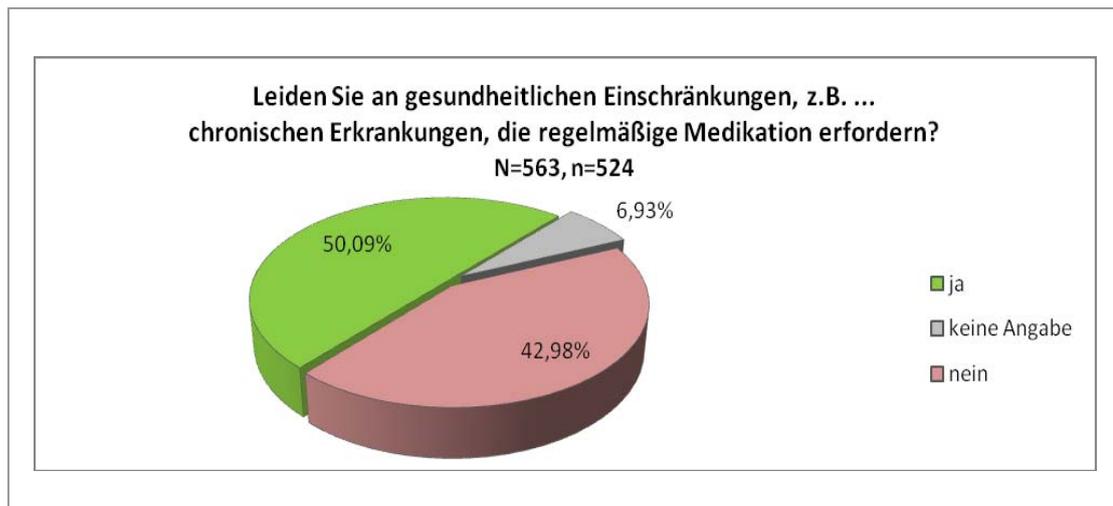


Abbildung 58: Leiden Sie an gesundheitlichen Einschränkungen, z.B. chronischen Erkrankungen, die regelmäßig Medikation erfordern?

An chronischen Erkrankungen, welche Arztbesuche oder Klinikaufenthalte in regelmäßigen Abständen bedürfen, leiden laut Angabe 36,4%.

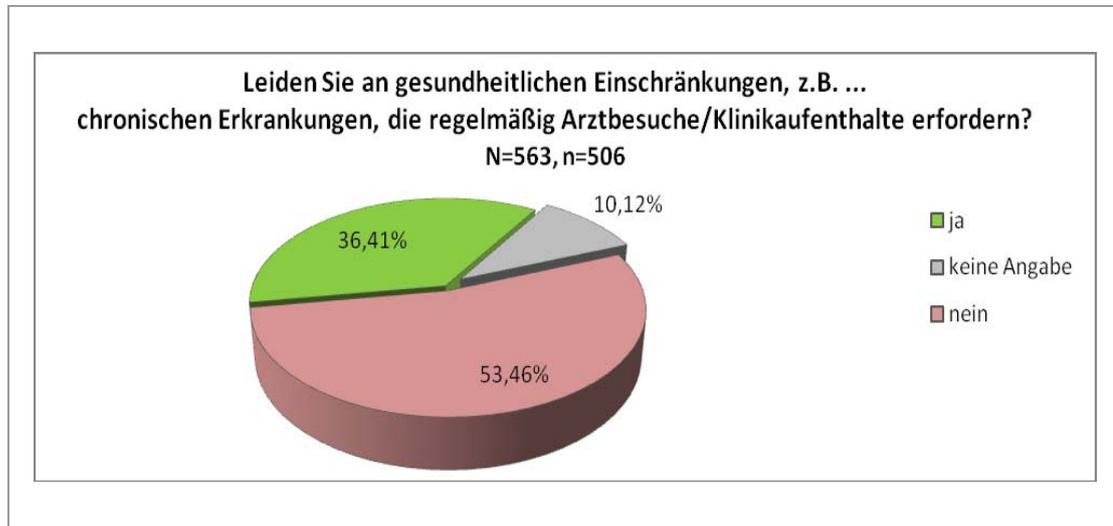


Abbildung 59: Leiden Sie an gesundheitlichen Einschränkungen, z.B. chronischen Erkrankungen, die regelmäßige Arztbesuche/Klinikaufenthalte erfordern?

Patienten mit anerkanntem Grad der Behinderung machen folgende Angaben:

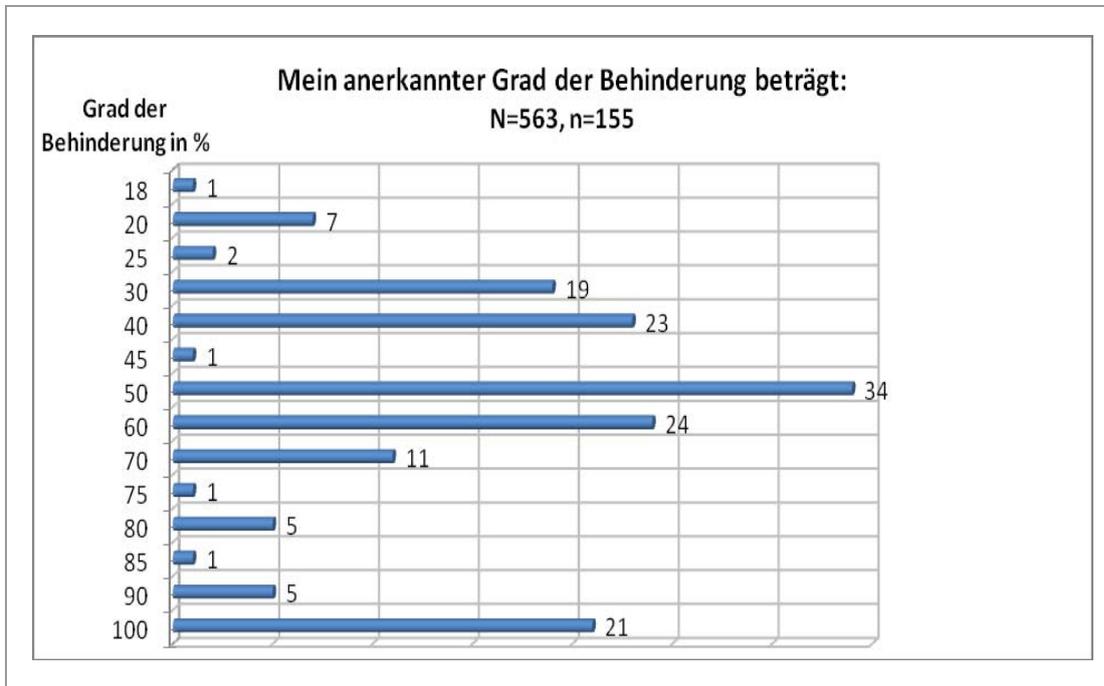


Abbildung 60: Mein anerkannter Grad der Behinderung beträgt

Die folgende Frage beschäftigt sich mit der Pflegebedürftigkeit der Befragten. 4% der befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger wurde in eine Pflegestufe eingestuft.

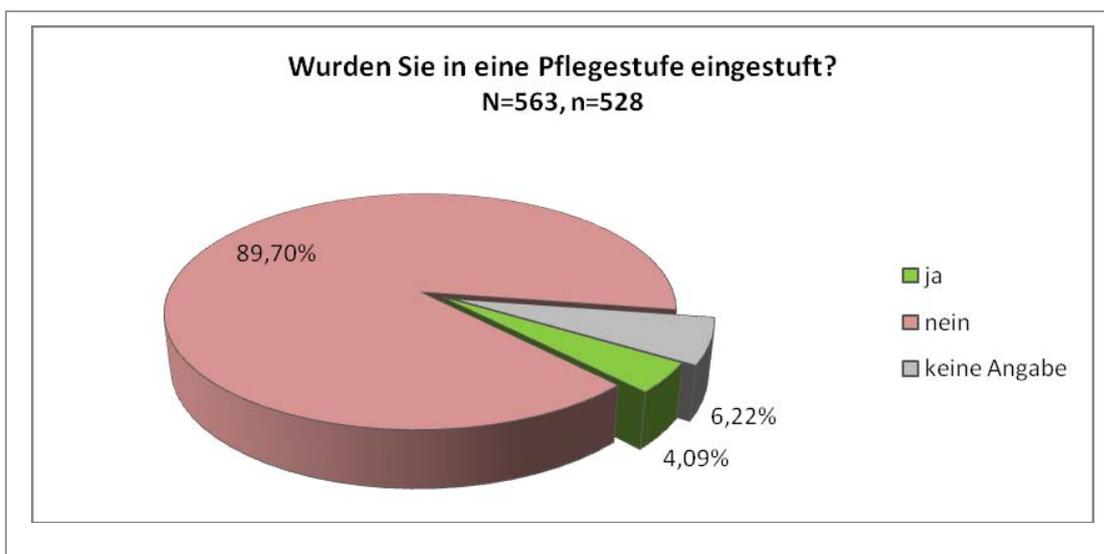


Abbildung 61: Wurden Sie in eine Pflegestufe eingestuft?

Hiervon erhielten über 40% die Pflegestufe I, fast 25% Pflegestufe II und nahezu 6% Pflegestufe III. 15% der Befragten gaben Pflegestufe 0 an.

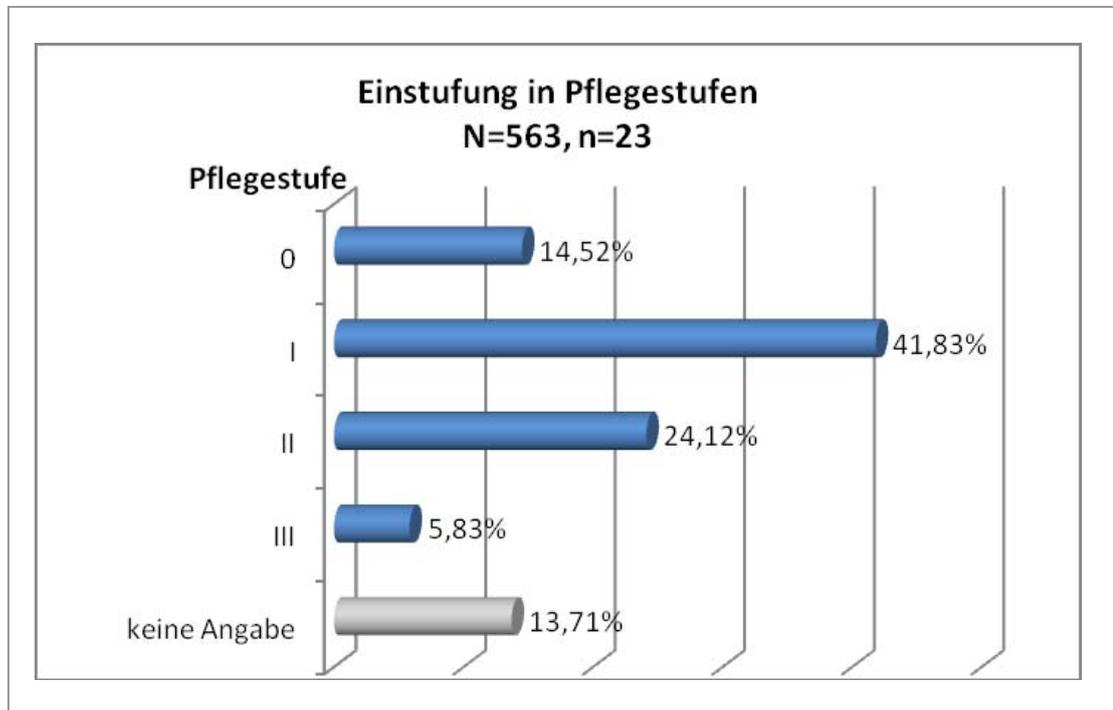


Abbildung 62: Einstufung in Pflegestufen

Es schließt sich die Frage nach der Erreichbarkeit ärztlicher Versorgung der Befragten an, bzw. nach notwendigen Fachärzten, welche nicht in erreichbarer Nähe der Befragten zu finden sind.

Hier gaben mehr als 28% der Befragten an, Ihnen fehle eine Angiologie, annähernd 27% nannten die Endokrinologie. Des Weiteren vermissen über 20% einen Spezialisten für Gastroenterologie in ihrem Umkreis. Das Fehlen eines Kardiologen führen fast 16% der befragten Bergheimer an. Seltener wurden hier die schlechte Erreichbarkeit eines Allgemeinmediziners, Zahnarztes und Gynäkologen mit unter 5% der Befragten genannt.

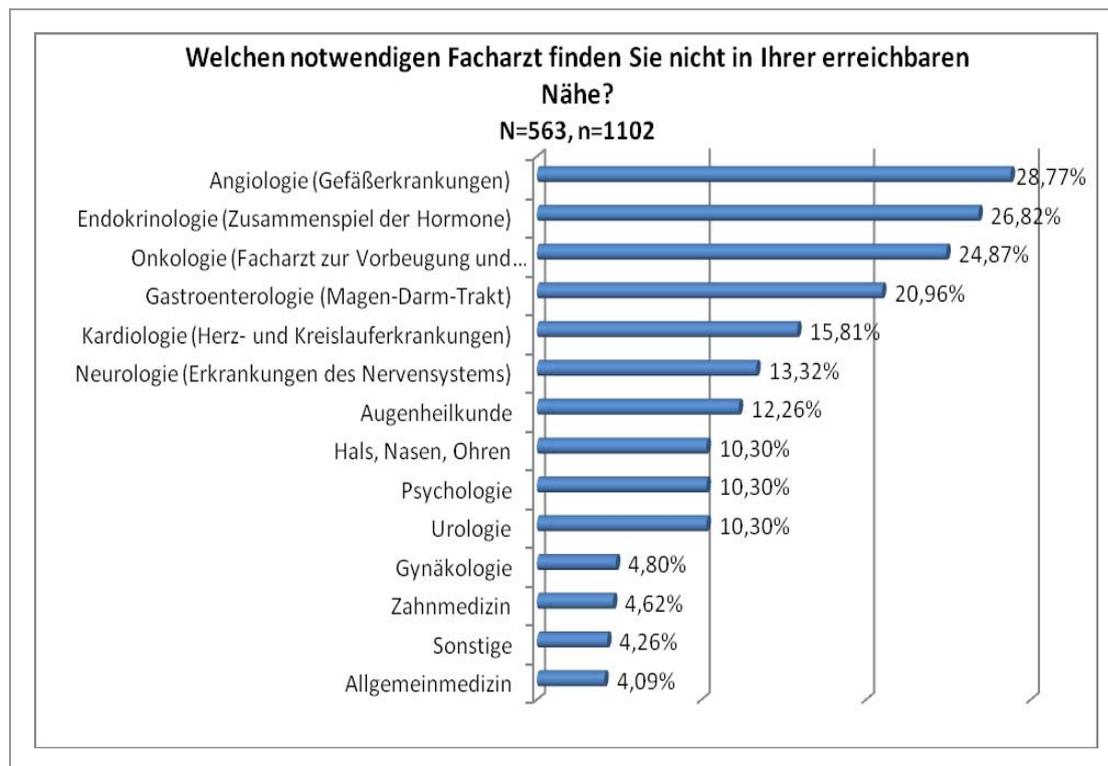


Abbildung 63: Welchen notwendigen Facharzt finden Sie nicht in Ihrer erreichbaren Nähe?

Auch hier bestand die Möglichkeit, den vorgegebenen Katalog zu ergänzen. Unter „Sonstiges“ werden von jeweils 8 Befragten ein Rheumatologe und Orthopäde vermisst. Eine Dermatologie in der Nähe wünschen sich 3 Personen. Einzelnennungen sind hier Gereontologie, Nuklearmedizin, Proktologie, Schmerztherapie und Diabetologie.

Zum derzeitigen Gesundheitszustand, welcher eine Aufstellung verschiedener Symptome enthielt, geben mehr als 24% der befragten Personen an, ein Nachlassen des Erinnerungsvermögens beobachtet zu haben. Erhöhte Antriebslosigkeit bemerken 20%, eine Verschlechterung der Stimmung sehen 18% der befragten Menschen an sich selbst. Auch zunehmende Ruhelosigkeit wird von 15% der Probanden beobachtet. Anhaltspunkte verschlechterten Orientierungssinnes bemerken fast 6% der Befragten. Hier waren Mehrfachnennungen möglich.

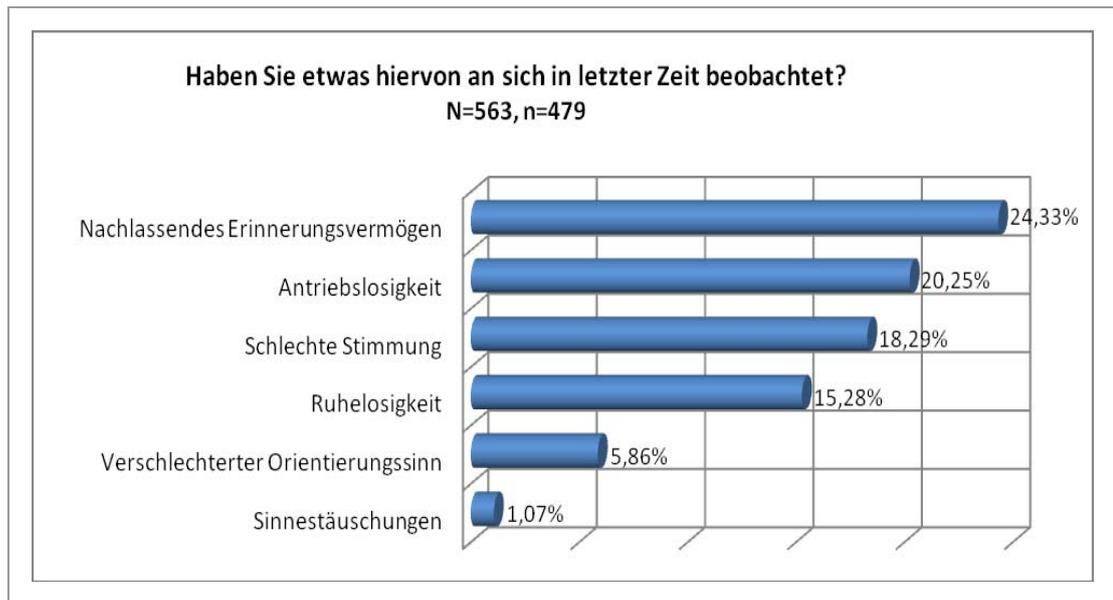


Abbildung 64: Haben Sie hiervon etwas an sich selbst in letzter Zeit beobachtet?

Im Zuge der Frage nach der Versorgung mit Ärzten/Apotheken, Pflegediensten, Massage/Krankengymnastik oder medizinischer Fußpflege ergibt sich eine positive Bilanz.

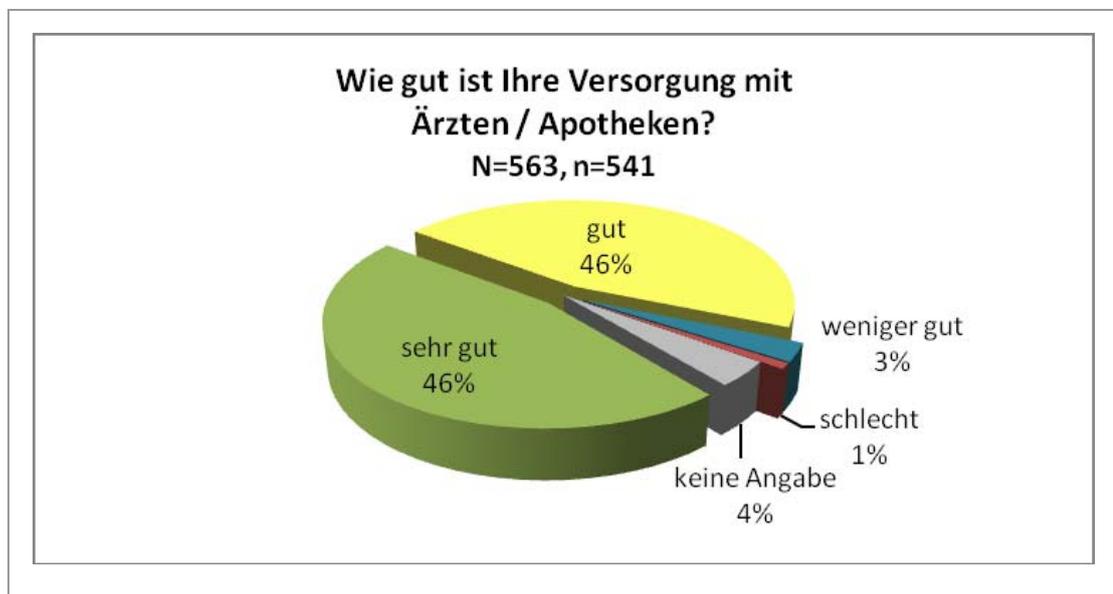


Abbildung 65: Wie gut Ihre Versorgung mit Ärzten/Apotheken?

Die Versorgung mit Ärzten wird von insgesamt 92% der Befragten mit sehr gut oder gut bewertet, nur insgesamt 4% schätzen diese weniger gut oder schlecht ein.

Auch die Pflegedienste schnitten mit 47% positiven Stimmen gut ab, auch hier bestehen nur 6% negative Stimmen der Befragten.

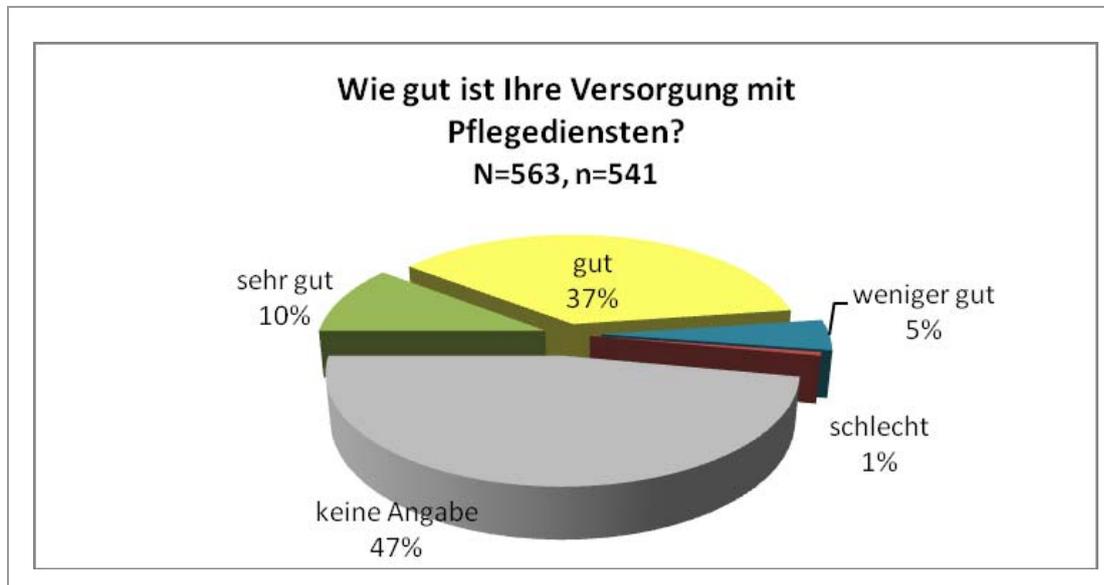


Abbildung 66: Wie gut Ihre Versorgung mit Pflegediensten?

Massage/Krankengymnastik und die medizinische Fußpflege ergeben ein ähnlich positives Bild der Versorgung. Hier entfielen jeweils 67% und 65% Stimmen auf die Antworten „gut“ oder „sehr gut“, nur 9% bzw. 10% auf „weniger gut“ oder „schlecht“, 24% bzw. 25% machten keine Angabe.

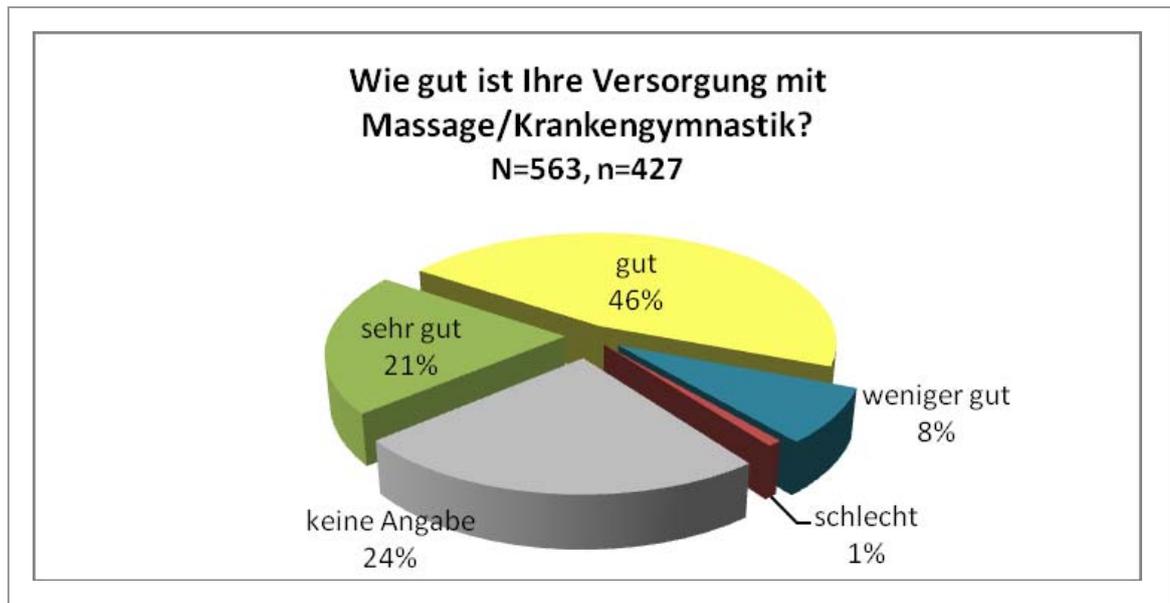


Abbildung 67: Wie gut Ihre Versorgung mit Massage/Krankengymnastik?

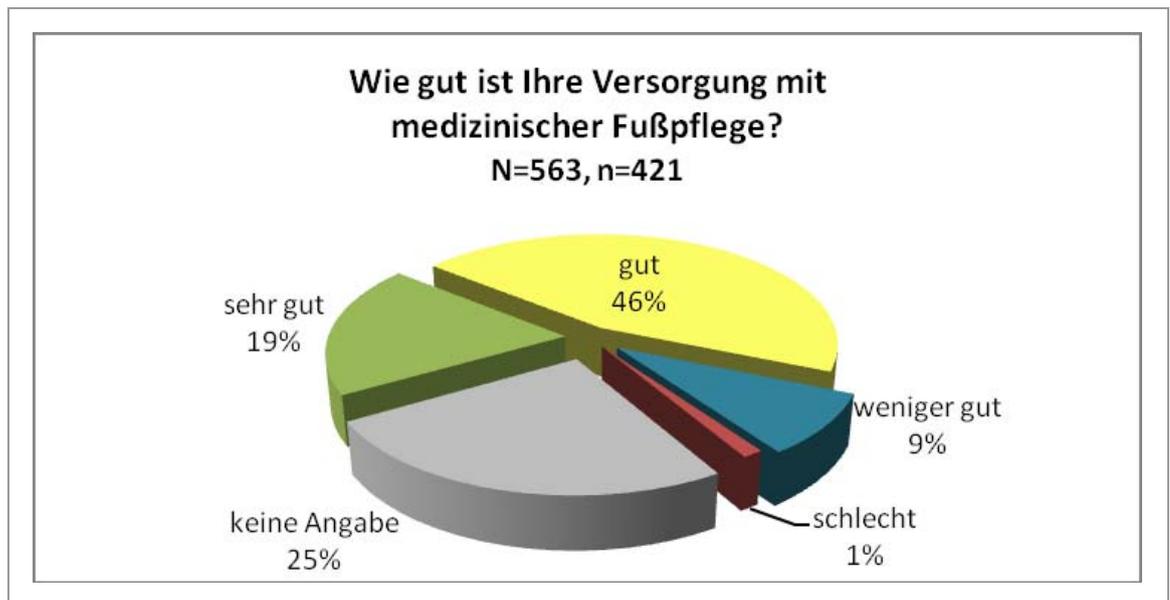


Abbildung 68: Wie gut Ihre Versorgung mit medizinischer Fußpflege?

Unter „Sonstiges“ teilt ein Proband mit, dass er die Versorgung mit Osteopathen für gut hält, ein anderer gibt an, die Versorgung mit Oberbekleidung sei schlecht.

Persönliche Angaben

Mit der Verteilung von 56% weiblicher und 41% männlicher Teilnehmer/-innen der Fragebogenaktion ergibt sich ein relativ ausgeglichenes Bild. 3% der Befragten machten keine Angaben zu ihrem Geschlecht.

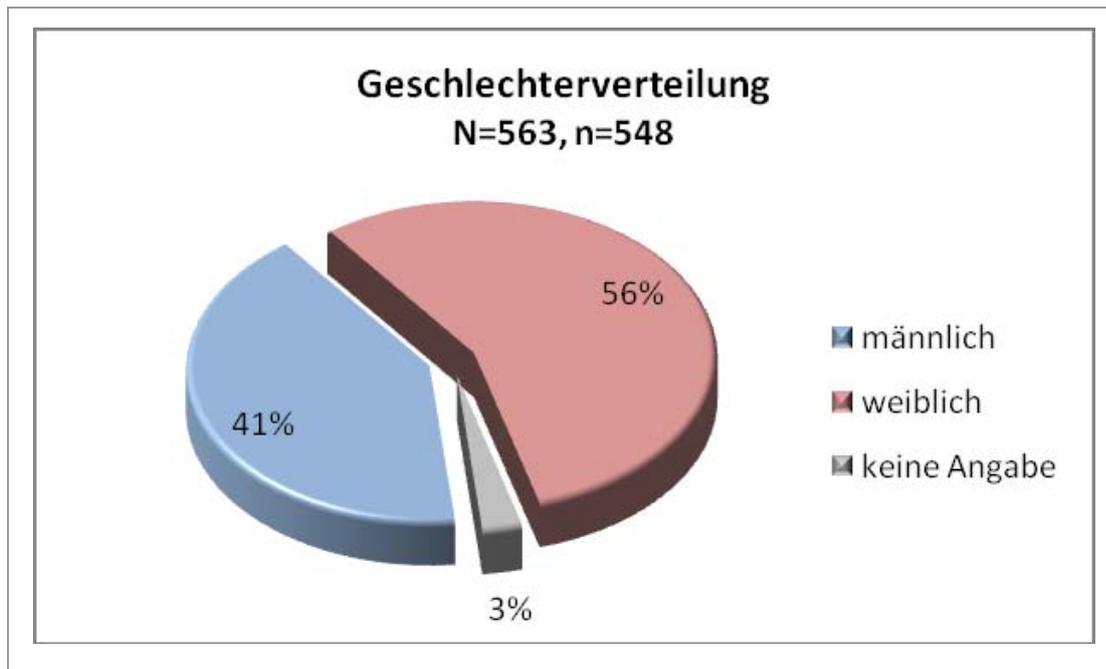


Abbildung 69: Geschlechterverteilung

Die Altersangabe erfolgt anhand von vier vorgegebenen Altersklassen. Hier entfällt mit mehr als 36% der größte Teil auf die 45- bis 60-jährigen, 15% gehören zu den 61- bis 65-jährigen. 29% geben an, zwischen 66-75 Jahre alt zu sein und 15,8% älter als 75, wobei 3% der Befragten zum Alter keine Angabe machten.

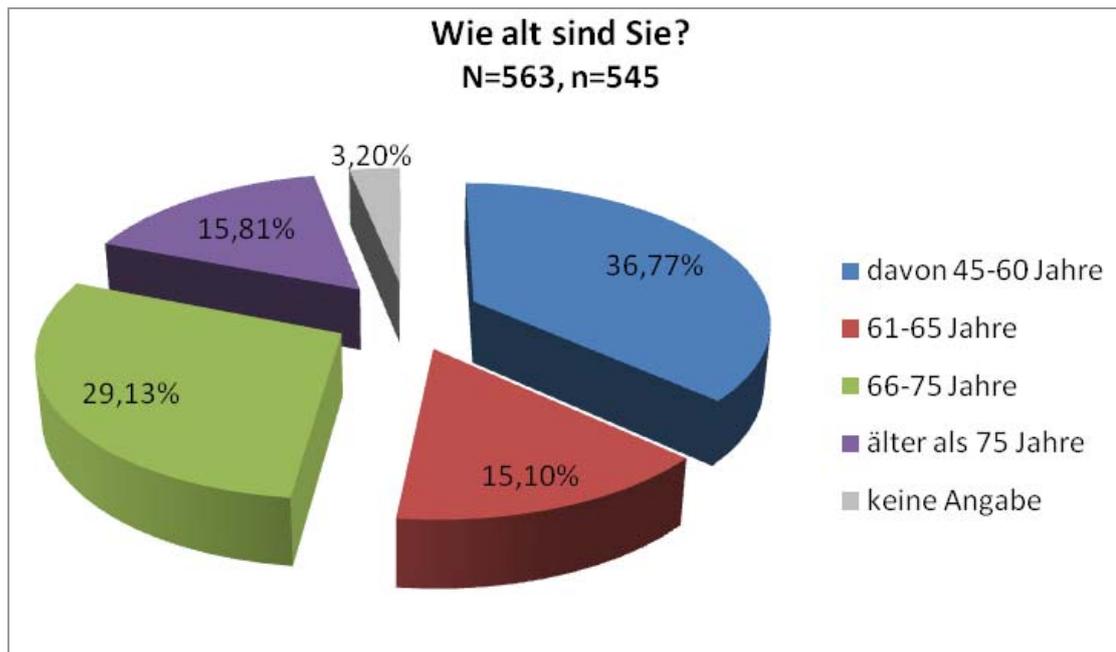


Abbildung 70: Wie alt sind Sie?

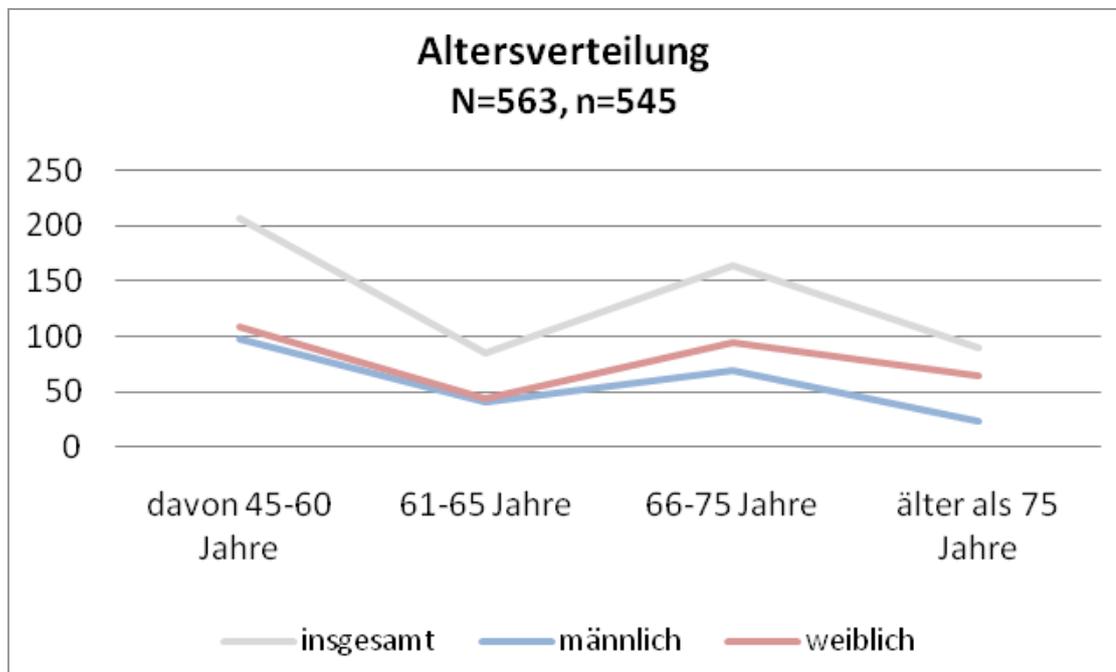


Abbildung 71: Altersverteilung

Bei Begutachtung der Frage nach dem Familienstand der Befragten, fällt mit 64% der Anteil der Verheirateten auffallend hoch aus, 5% der Befragten leben in einer Partnerschaft, ledig sind 4%, geschieden/getrennt lebend 8% und 17% sind verwitwet. 2% machten keine Angaben.

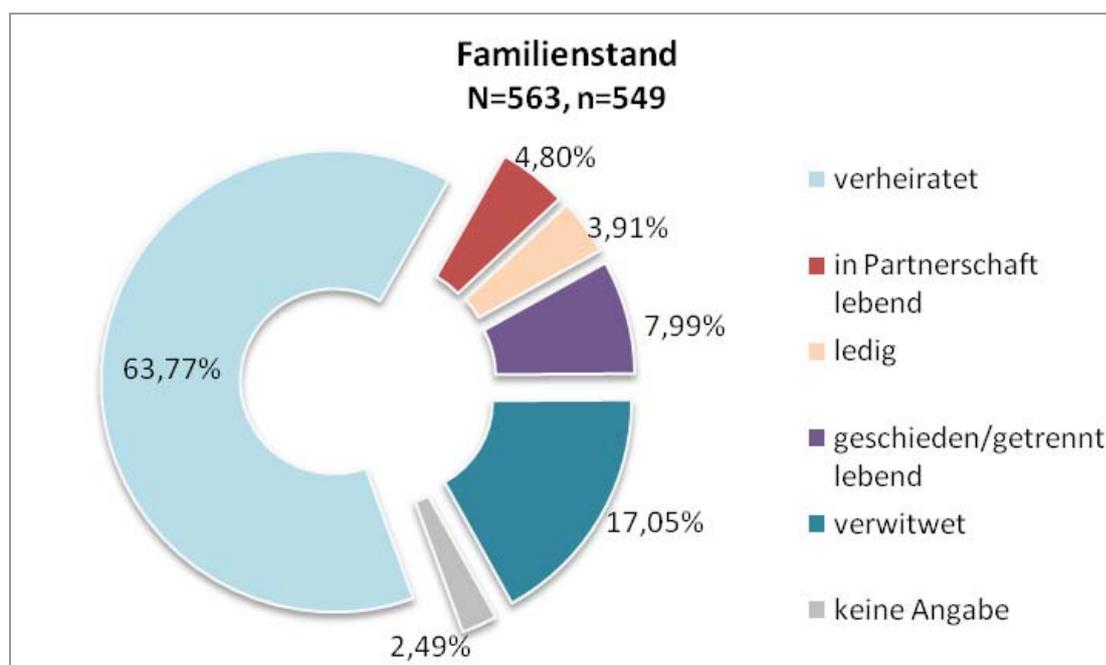


Abbildung 72: Familienstand der Befragten

Auf die Frage nach Kindern geben 12% der Befragten an, keine Kinder zu haben. 24% der Befragten haben ein Kind, 53% haben 2-3 Kinder und 5% teilen mit, 4 und mehr Kinder zu haben. Enthalten haben sich bei dieser Frage 4% der Befragten.

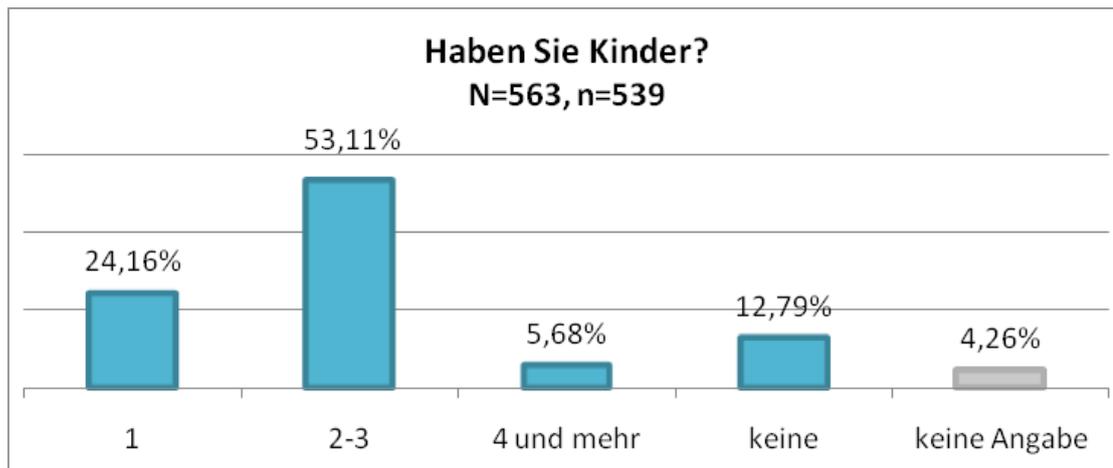


Abbildung 73: Haben Sie Kinder?

Daraufhin fragt die Projektgruppe, wie viele Personen in dem Haushalt der Befragten leben, sie selbst eingeschlossen.

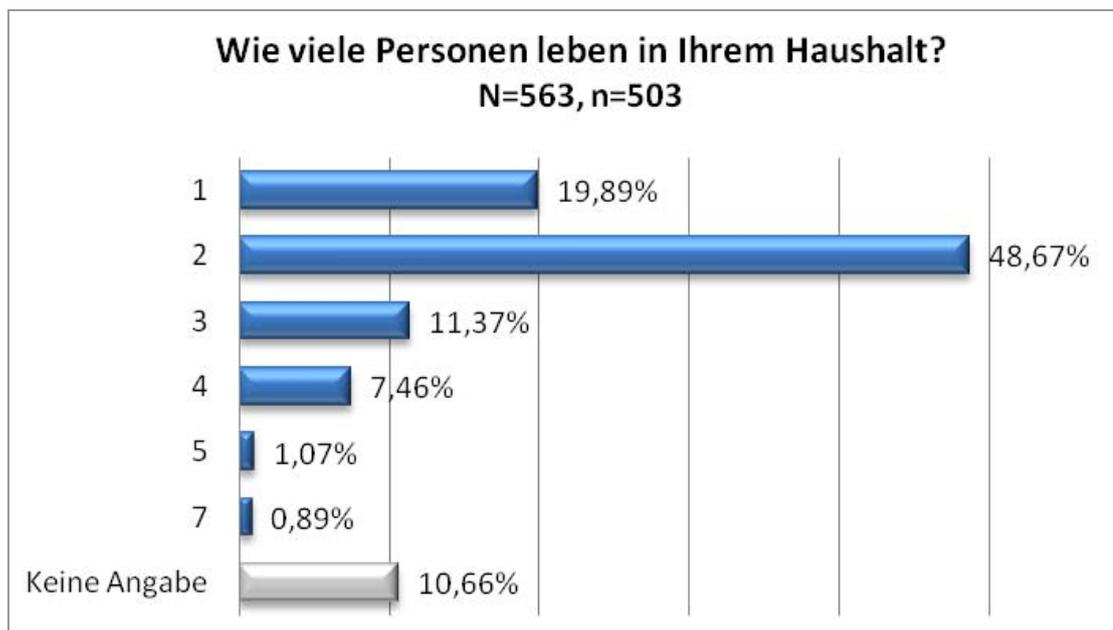


Abbildung 74: Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?

Auf die Frage, ob die Probandinnen und Probanden oder mindestens ein Elternteil aus dem Ausland eingereist ist, antworteten fast 90% mit „Nein“, mit ca. 3% gab die Minderheit an, eine Migrationsgeschichte zu haben.

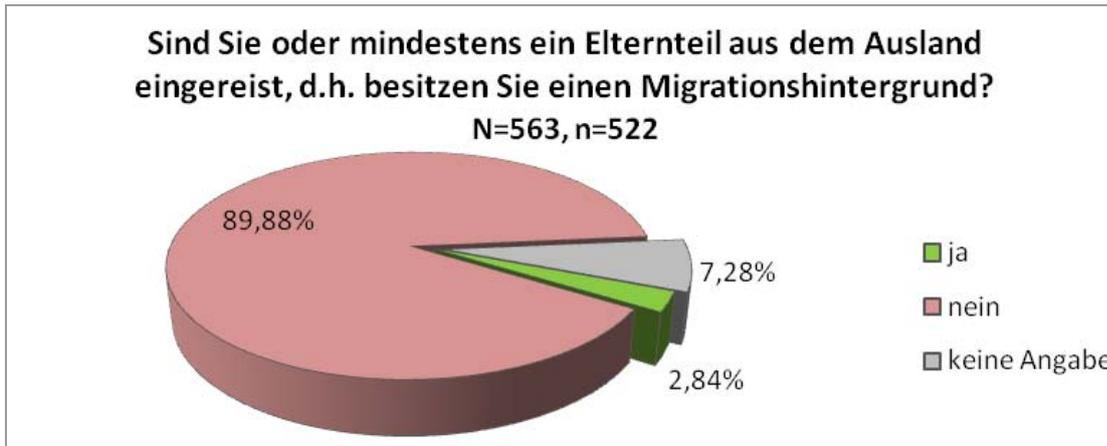


Abbildung 75: Sind Sie oder mindestens ein Elternteil aus dem Ausland eingereist, d.h. besitzen Sie einen Migrationshintergrund?

Im Rahmen des Projektes ist wichtig zu erfahren, in welchem Stadtteil die Befragten leben. Hier ergibt sich ein buntes Bild.

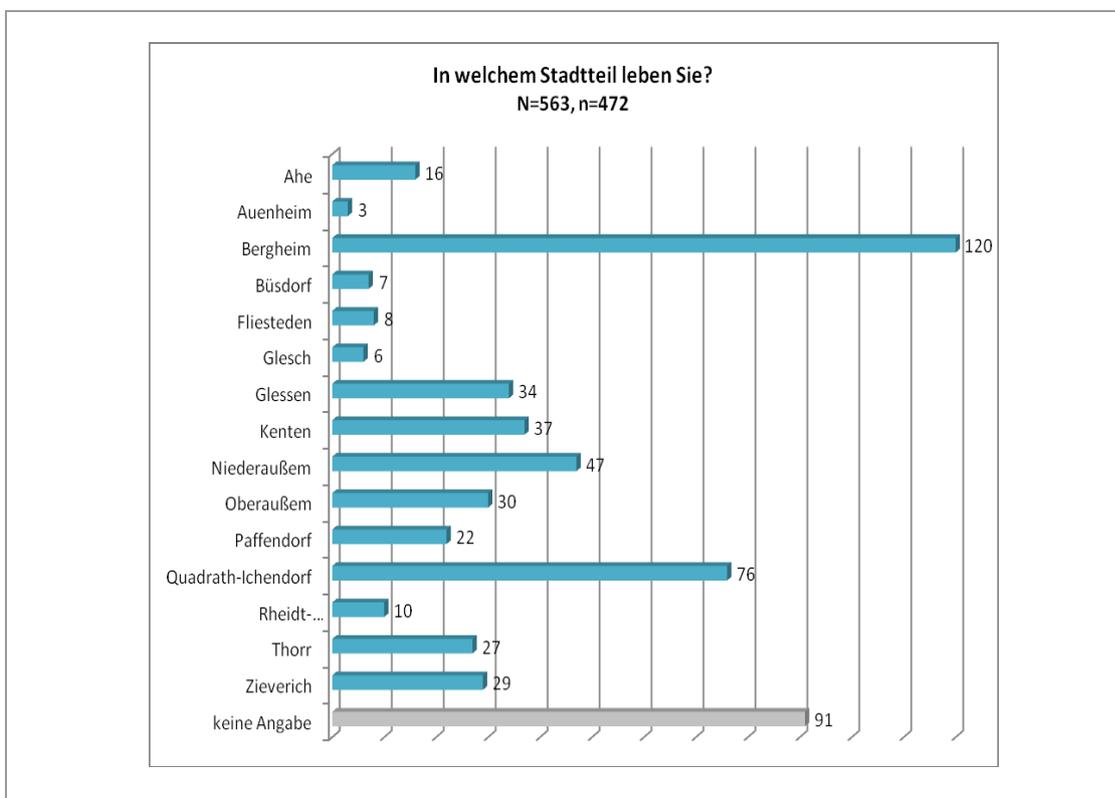


Abbildung 76: In welchem Stadtteil leben Sie?

Auf die Fragestellung, wie hoch das aktuelle Nettohaushaltseinkommen monatlich ist, entscheiden sich 11% der Befragten, nicht zu antworten. Die Angabe erfolgt anhand von fünf vorgegebenen Gruppierungen.

Hiernach ergibt sich, dass die Mehrheit mit 24,7% über 2.500 Euro monatlich zur Verfügung hat, jeweils 17% der befragten Bürgerinnen und Bürger geben die Spanne von 2001-2500 Euro, bzw. 1501-2000 Euro an. Nahezu 19% teilen mit, über ein Nettohaushaltseinkommen von 1000-1500 Euro zu verfügen. 11,2% der Befragten leben monatlich von unter 1.000 Euro.

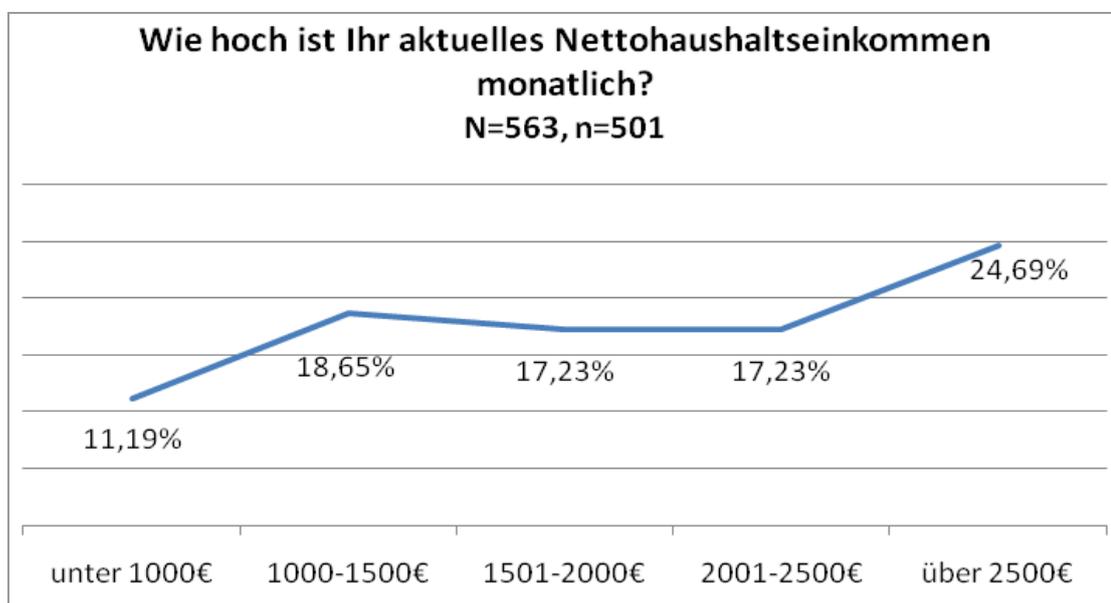


Abbildung 77: Wie hoch ist Ihr aktuelles Nettohaushaltseinkommen monatlich?

Es folgt die Frage nach derzeitigen Wohnkosten inklusive der Nebenkosten pro Monat. Auch die Antworten auf diese Frage wurden im Vorhinein in 6 Gruppen eingeteilt. In die erste Gruppe mit unter 350 Euro entfallen 11,4% der Befragten, 30,7% zahlen monatlich 351-550 Euro an Wohnkosten und für die Möglichkeit von 551-750 Euro entscheiden sich 20,8%. 11,4% der Befragten gaben an, Wohnkosten in Höhe von 751-1000 Euro monatlich zu haben. Die Minderheit mit ca. 4% zahlt monatlich über 1250 Euro an Wohnkosten. Hier machten 16,7% der Befragten keine Angabe.

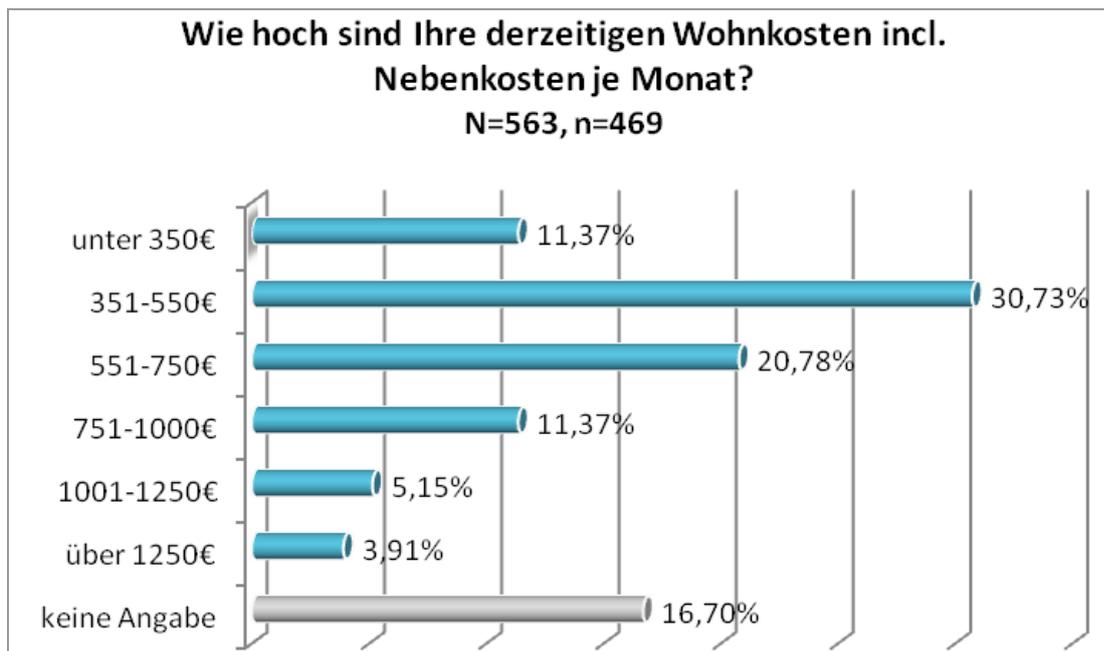


Abbildung 78: Wie hoch sind Ihre derzeitigen Wohnkosten inklusive Nebenkosten je Monat?

Auf die Frage, ob die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fragebogenaktion einen Wohnberechtigungsschein haben, machen 22% keine Angabe. Die Mehrheit mit 75% der Antwortenden gibt an, keinen Wohnberechtigungsschein zu haben, nur 3% der Befragten verfügen über einen solchen.

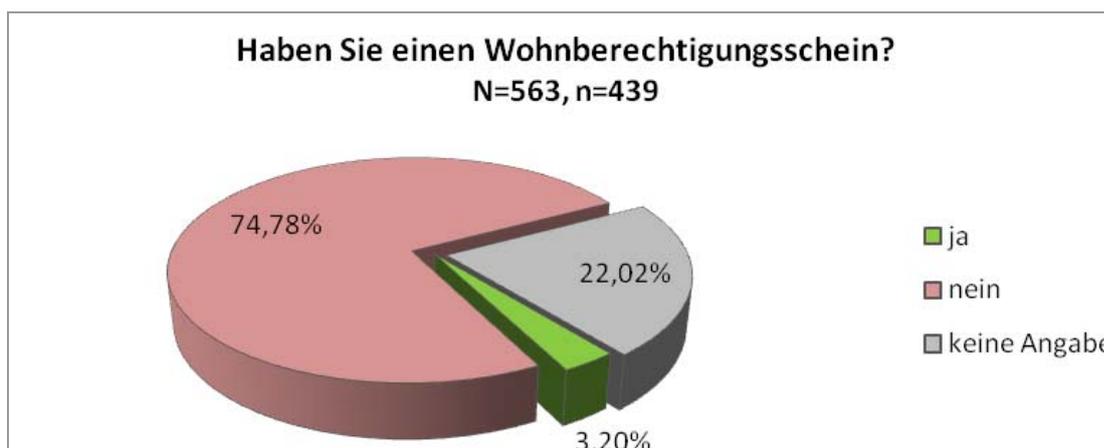


Abbildung 79: Haben Sie einen Wohnberechtigungsschein?

Ein Thema, welches im Rahmen der Projektarbeit für besonders wichtig gehalten wird, ist ehrenamtliches Engagement.

Hier werden die Probandinnen und Probanden befragt, ob sie sich ehrenamtlich engagieren und wenn ja, in welchem Bereich. Hier gaben 32% an, ehrenamtlich tätig zu sein.

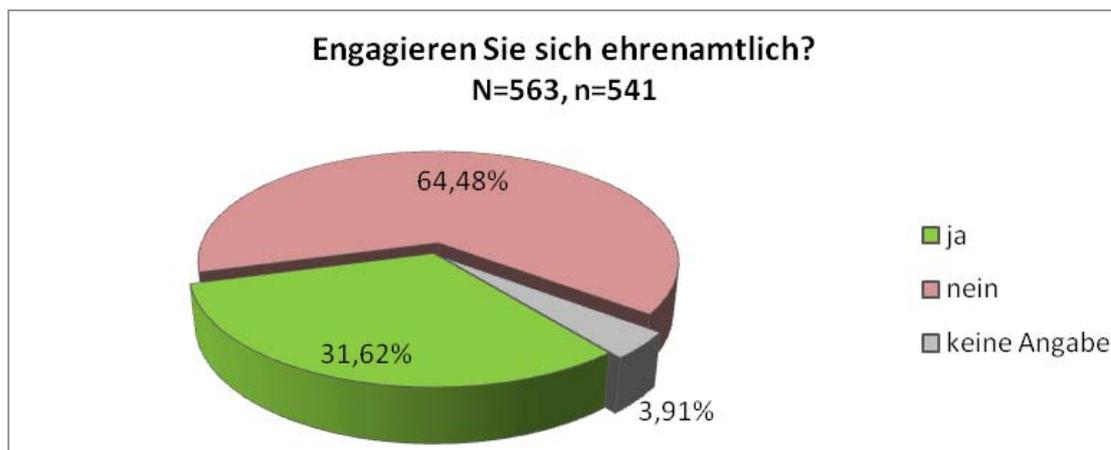


Abbildung 80: Engagieren Sie sich ehrenamtlich?

Die Tätigkeitsfelder, in denen sich die Befragten ehrenamtlich engagieren, konnten in folgende Bereiche eingeteilt werden: Soziale Bereiche, AWO, Vereine, Sport, kirchliche Aktivitäten, Politik/Interessenvertretung/Kultur und Sonstiges.

Im Bereich „Soziales“ werden wiederholt Patenschaften, Besuche im Altenheim, häufig Seniorenbetreuung oder die Betreuung von Demenzerkrankten, Jugendarbeit, Seelsorge, Nachbarschaftshilfe und verschiedene Tafeln genannt. Auch eine ehrenamtliche RichterIn und Mitglieder der Feuerwehr sind unter den Befragten. Mehrfach wird an dieser Stelle die „Arbeiterwohlfahrt“ mit ihren verschiedenen Bereichen wie Seniorenbetreuung benannt. Ehrenamtliches Engagement in verschiedenen Vereinen wie dem BdV Bergheim, Schützen- sowie Karnevalsvereinen, dem „Sparkästchen“, dem Verein Alternatives Wohnen eG, der WEG, IHK oder IGBCE werden aufgezählt. Auch Sportliches Engagement findet unter anderem in Vereinen statt. Unter „kirchliche Aktivitäten“ fallen neben expliziten Angaben „Kirche“, Nennungen wie der Kirchenchor, Junge Christen, Kfd, neuapostolische Kirche und Gemeindegarbeit. Auch in

der Politik, Interessenvertretungen und Kultur engagieren sich viele Befragte, Nennungen waren hier unter anderem Bürgerinitiativen, Stadtteilforen, Kommunalpolitik und die Mitgliedschaft im Seniorenbeirat oder der lokalen Agenda.

„Sonstige“ ehrenamtliche Aktivitäten der befragten Bürgerinnen und Bürger sind Brauchtumpflege, pädagogische Tätigkeiten, Aktivitäten in einer Grundschule, Tierschutz, Deutschunterricht für ausländische Frauen, Vorlesen und Beetbepflanzung und -pflege.

Dann wurde erfragt, ob sich die Befragten gerne ehrenamtlich engagieren würden und wenn ja, in welchem Bereich.

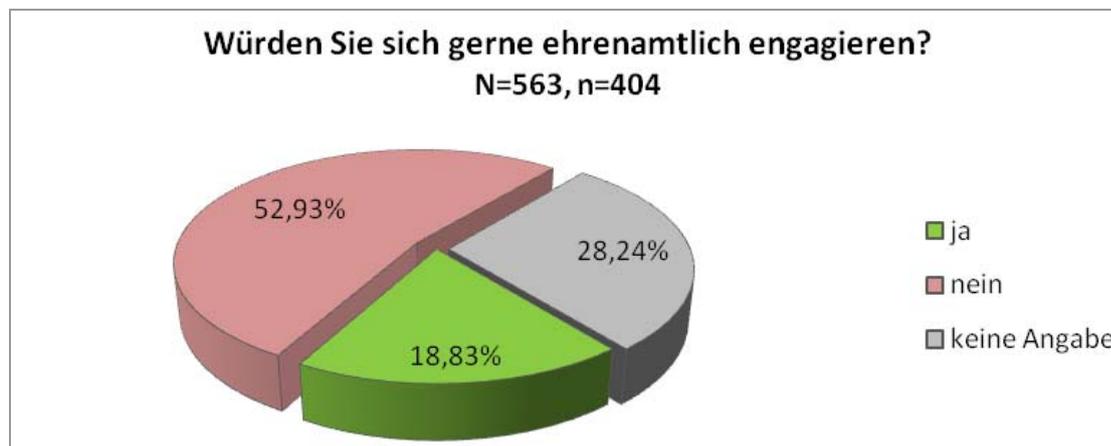


Abbildung 81: Würden Sie sich gerne ehrenamtlich engagieren?

Dies verneinten 53%, 28% machten keine Angabe. 19% der Befragten bejahten dies, sie würden sich gerne ehrenamtlich engagieren, und gaben Folgendes an:

Bereiche, in denen sich die Befragten gerne engagieren würden, sind den oben genannten ähnlich. Im sozialen Bereich werden beispielsweise Beratung und Betreuung, Arbeit im Hospiz oder Krankenhaus und Aktivitäten mit Senioren genannt. Auch einige Angaben, sich gerne im sportlichen Bereich zu engagieren, sind zu finden. Die Bereitschaft, sich im Bereich der Kirche zu engagieren, ist auch in Zukunft vorhanden. Die AWO, Politik und Kultur werden jeweils einmal genannt. Auffällig ist hier, dass vermehrt Bereitschaft zur Kinder- und Jugendarbeit sowie im Bereich der

Bildung besteht. Auch Tier- und Umweltschutz sind Bereiche, in denen sich die Befragten gerne engagieren würden.

Verbesserungsvorschläge



Abbildung 82: Wenn Sie könnten, was würden Sie zuerst verbessern?

Weitere Antworten sind hier Themen wie die Verbesserung des Wohnumfeldes, beispielsweise in Bezug auf Barrierefreiheit, Verschönerung des Stadtbildes, die Errichtung eines Kinos, Versorgung mit Apotheken, einem Bürgerbus und einem Herrenausstatter, Sauberkeit sowie Sicherheit im öffentlichen Raum. Auch die Errichtung von Ein-Euro-Shops und großer Einkaufsketten wird bemängelt. Des Weiteren wird eine Erhöhung der Präsenz der Ordnungskräfte und bessere Überwachung genannt. Kulturelle Differenzen und die Integration von einsamen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind Themen, die einige Befragte gerne verbessern würden.

Vermeehrt kommt der Wunsch auf, Beratungsstellen im alltäglichen Leben für Senioren, bei Problemen mit Behörden/Pflegeeinstufung oder über zustehende Mittel einzurichten. Auch Seniorinnen und Senioren in Senioreneinrichtungen und Betreutem Wohnen wünschen sich mehr Beratung. Sonstige Antworten sind die Verbesserung

der Versorgung Demenzkranker, mehr kulturelle Angebote, die Schaffung eines Angebotes wie dem „Bielefelder Modell“ und die Beendigung der Wohnraumspekulation.

3.2.2. Expertenbefragung

Über den Fragebogen hinaus wurden Experteninterviews in Form einer persönlichen Befragung mit standardisiertem Fragenkatalog geführt.

Auch der Fragenkatalog für die Interviews wurde im Plenum im Rahmen einer Projektsitzung und weiterer Entwicklung zuhause gefertigt. In dem Zeitraum bis zum 28.09.2009 wurden die Interviews von den Studierenden terminiert, geführt und bis zum 23.10.2009 verschriftlicht und ausgewertet.

Der Fragenkatalog enthielt sowohl persönliche Fragen an die Interviewten, inwieweit er/sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt und welchen Nutzen aus der erarbeiteten Projektarbeit gezogen werden kann, als auch themenspezifische Fragen bezüglich bevorzugter (alternativer) Wohnformen und -modelle, Bildung von Netzwerken, den Einsatz freiwilligen Engagements und dem Beitrag, den er/sie in seiner/ihrer Funktion leistet, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt. Der ausführliche Fragenkatalog findet sich im Anhang „8.8 Experteninterviews“.

Es wurden Gespräche mit Vertreter/-innen der Fraktionen im Rat der Kreisstadt Bergheim, der im Rhein-Erft-Kreis tätigen Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, DPWV und DRK) und der Wohnungsbaugesellschaft „Erftland“ geführt. Außerdem wurden Vertreter des Vereins „ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V.“, der Arbeitsgemeinschaft (AG) 60plus der SPD Rhein-Erft-Kreis und der Senioren-Union Kreisvereinigung Rhein-Erft interviewt. Auch Frau Wolf, Kreisstadt Bergheim, Fachbereich 5 Jugend, Bildung und Soziales, Leiterin der Abteilung 5.3 Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen und Frau Vosen, Rhein-Erft-Kreis, Amt für Familien, Senioren und Soziales, Abteilung 50/3 Seniorenarbeit, Unterhaltssicherung und Familienangelegenheiten, Bereich Pflege, waren für ein Interview bereit. Bei der Auswahl

der Experten erschien der Projektgruppe wichtig, sowohl lokal als auch kreisweit tätige Expertinnen und Experten zu berücksichtigen.

Die Interviews sollten sich in einem Zeitrahmen von 45-60 Minuten bewegen und wurden jeweils in Teams von zwei Studierenden geführt.

Die Auswertung der verschiedenen Experteninterviews findet in den jeweiligen Teilthemen dieser Arbeit statt.

3.3. Erfassung des Ist-Zustandes im Rhein-Erft-Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen

In der Zeit vom 27.10.-05.11.2009 erfolgte die Erfassung der Ist-Zustände in den allen kreisangehörigen Kommunen. Die Auflistungen enthalten die jeweilige Erfassung der verschiedenen bereits vorhandenen bzw. im Aufbau befindlichen Wohnformen mit den jeweiligen Möglichkeiten der Pflege und vorhandenen Vernetzungsstrukturen. Die Wohnformen wurden tabellarisch erfasst, Netzwerke und ehrenamtliches Engagement in aufzählender Reihenfolge.

Die Darstellung der gesammelten Daten befindet sich im Anhang „8.9 Erfassung Ist-Zustand“. Die dortige Auflistung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

3.4. Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim

Der Rat der Kreisstadt Bergheim hat bereits 2007 auf der Grundlage eines Gutachtens über „Umfang und Auswirkungen des demografischen Wandels in der Kreisstadt Bergheim“ strategische Ziele zur Bewältigung der damit einhergehenden Herausforderungen beschlossen. Mit der Koordinierung des Prozesses wurde die Abteilung „Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen“ beauftragt. Hier sind auch die weiteren gesellschaftspolitischen Querschnittsaufgaben wie „Älter werden“, Nachhaltigkeit, Integration, freiwilliges Engagement mit eigenen Fachstellen angesiedelt. Zudem ist dieser Abteilung die Jugendhilfe- und Sozialplanung und das Bündnis für Familie zugeordnet. Alle diese Themen zählen zu den zentralen Handlungsfeldern der

Kreisstadt Bergheim. Ausgehend von den Erkenntnissen, dass in der Kreisstadt Bergheim in zunehmendem Maße auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte älter bzw. alt werden, dass immer mehr ältere Menschen sich in der nachberuflichen Phase freiwillig für andere engagieren, aber auch, dass die ältere Generation in immer stärkerem Maße die jüngere unterstützt, bedeutet dies, dass die Fachstelle „Älter werden“ eng mit den anderen Fachstellen kooperieren muss. Ihre Zuordnung zu dieser Abteilung bietet damit die Gelegenheit, direkt und unmittelbar Einfluss auf Planungen und Entscheidungen in diesen Bereichen zu nehmen. Die Projektgruppe hält diesen Ansatz für innovativ und bisher noch selten anzutreffen.

Die Analyse und Bewertung der regionalen Stärken und Schwächen basiert auf der Auswertung des Fragebogens, der Ist-Erfassung in der Kreisstadt Bergheim, sowie den Experteninterviews.

	Stärke	Schwäche
Beratung	Abteilung für freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen	Keine Wohnberatung (11% wissen nicht, ob ihre Wohnung barrierefrei ist; 49% ist Barrierefreiheit wichtig)
	Fachstelle Älterwerden	Keine Umsetzung alternativer Wohnformen
	Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe	
	„Mitten im Leben“ (alle sozialen Angebote im Stadtgebiet im Überblick)	
	Stadtteilforen	Bergheim ist nicht barrierefrei
	Ausbildung von seniorTrainern	
		Weiterer Ausbau des Informationsnetzwerkes nötig (Frage 1.4, 45% fühlen sich eher schlecht oder gar nicht informiert.)

	Stärke	Schwäche
	Gutes Informationsnetzwerk (Frage 1.4, 48% fühlen sich gut oder sehr gut informiert)	Fehlende Netzwerke (Interviews)
		Sinnvoll, den Familienbereich zu stärken und finanziell zu unterstützen (Interview DRK)
Allgemeines	Partizipationsmöglichkeiten, z.B. Bürgerbefragungen, Arbeitskreise, Stadtteilforen, Experteninterviews etc.	
Alternative Wohnformen	AK „Intergeneratives Wohnen“	Bisher keine Umsetzung alternativer Wohnformen
	Bisher 7 Einrichtungen mit dem Angebot „Betreutes Wohnen“ vorhanden; zudem großes Interesse an „Betreutem Wohnen“ (Frage 2.5, 41% der Befragten können sich dies vorstellen)	Quartiersentwicklung sollten vorangetrieben werden (Interview FDP)
		Notwendige Unterstützung bei der Suche nach (privaten) Investoren
Wohnumfeld	Engagement des Behindertenbeauftragten der Kreisstadt Bergheim bezüglich Bordsteinabsenkung u.a.	Kreisstadt Bergheim ist nicht barrierefrei
	Großes Angebot an ambulanten Pflegediensten und Mahlzeitendiensten	
Infrastruktur	Versorgung mit Ärzten (für 90% wichtig) im Zentralort	Einzelne Stadtteile unter- bis unversorgt!
	Einkaufsmöglichkeiten im Zentralort	Einkaufsmöglichkeiten in abgelegeneren Stadtteilen
	Einzelhandelskonzept	

	Stärke	Schwäche
		Viele einzelne Stadtteile, die nicht miteinander verbunden sind.
		Für 40% der Befragten sind die Verkehrsanbindungen nicht ausreichend, aber für 49% ist gute Verkehrsanbindung wichtig; 28% würden ÖPNV zuerst verbessern
Freizeitangebote	„Medio“ wird gern genutzt (Frage 3)	
	Hohe Dichte an Seniorenangeboten, insbesondere Seniorensport und -cafés (Ist-Erfassung)	Ausbau sozialer Angebote nötig (23,8% sind unzufrieden mit sozialen Angeboten, Frage 3.2), insbesondere im Zuge der offenen Frage 3.3. Aufführung von Cafés, kulturellen Angeboten, Fahrdiensten, Seniorenangeboten
		Soziale Angebote teilweise schlecht erreichbar
Wohnklima	Wohnklima (88% fühlen sich im Wohnumfeld wohl, Frage 3.4)	Arbeit an interkultureller Verständigung nötig (Frage 3.4)
Freiwilliges Engagement	Vorhandene Institutionen wie: Hausbesuchs- bzw. Begleitdienst, Aktion „55 Plus“ (Interview AWO), Projekt „Fit für 100“ (Interview Frau Vosen), Netzwerke Bergheim Süd-West und „Gemeinsam gegen einsam“	
	Kontaktstelle „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ der Kreisstadt Bergheim (Interview Frau Wolf)	Intensivere Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements (Interview AWO)

	Stärke	Schwäche
	Förderung und Anerkennung vom ehrenamtlichem Engagement	
	Einführung der „Ehrenamtskarte“ für Anerkennung des Engagements als Modell des Landes NRW (Interview CDU)	
Politik/ Mitbestimmung/ Engagement	Bürgerforen, die ein politisches Gewicht haben	Fehlender Seniorenbeirat in der Kreisstadt Bergheim (Interview FDP)
	Informationsnetzwerk	
	Öffentlichkeitsarbeit	

Tabelle 18: Stärke-Schwäche-Analyse als „Stärke-/Schwäche-Analyse der Stadt Bergheim“

3.5. Chancen und Grenzen der Untersuchung

Im Folgenden werden kurz die Chancen und Grenzen der Bürgerbefragung, an der sich 57,5% Frauen und 42,5% Männer beteiligten, sowie der Experteninterviews beleuchtet.

Der Fragebogen, als schriftliche, postalisch versandte Form der Befragung, und die Experteninterviews, als persönliche Befragung mit einheitlichem Fragenkatalog, zählen zu den standardisierten Methoden der Befragung. Hierdurch können die Befragungen den Anspruch eines hohen Grades der Objektivität erheben, da die Antworten unabhängig vom Interviewer sind und alle Befragten die gleichen Voraussetzungen bei der Beantwortung der Fragen hatten.

Im Fall der postalischen Befragung sollte kritisch gesehen werden, dass nicht feststellbar ist, ob die Adressaten tatsächlich den Fragebogen selbst ausgefüllt haben. Ein deutlicher Vorteil dieser Befragungsform ist jedoch, dass Einfluss seitens des Interviewers vollständig ausgeschlossen werden kann.

Um größere Offenheit und Flexibilität zu ermöglichen, wurde der Fragebogen durch eine offene und mehrere teiloffene Fragen ergänzt. In Form von Freitext konnten individuelle Meinungen und Eindrücke wiedergegeben und vorgegebene Antwortmöglichkeiten ergänzt werden. Ziel ist, neue, bisher nicht erkannte, bzw. nicht berücksichtigte Aspekte zu entdecken. Grenzen sollten gesehen werden, da subjektive Einzelmeinungen nicht die mehrheitliche Meinung der Befragten repräsentieren.

Die hohe Rücklaufquote macht deutlich, wie sehr das Thema „Wohnen im Alter“ die Menschen in der Kreisstadt Bergheim bewegt. Mit einer Beteiligung in Höhe von 34% ist die Rücklaufquote als überdurchschnittlich hoch zu bezeichnen. So hatte die Projektgruppe im Rahmen der Auswertung die Möglichkeit, viele Stimmen der Bergheimer Bevölkerung zu repräsentieren. Es konnten Kenntnisse über die Interessen, Bedürfnisse und Ressourcen der Befragten erlangt und formuliert werden. Die Studierenden erhielten in den themenspezifischen Ausarbeitungen (vergleiche Kapitel „4 Themenspezifische Ausarbeitungen und Darstellungen“) die Chance, Wünsche und Vorstellungen zu berücksichtigen und konkrete Handlungsansätze (vergleiche Kapitel „4 Themenspezifische Ausarbeitungen und Darstellungen“ und Kapitel „5 Handlungsansätze“) zu erarbeiten, die künftig eventuell zukunftsweisend sein könnten. Möglicherweise können die Auswertungsergebnisse auch auf die Planungsprozesse, insbesondere in der Kreisstadt Bergheim, Einfluss nehmen.

Auch private Anbieter und Dienstleister für die Zielgruppe haben die Möglichkeit zu bedarfsorientierter Weiterentwicklung auf Grundlage der Befragung.

Da die Lokalpresse auf das Projekt aufmerksam wurde, wird die Öffentlichkeit in dieses wichtige Thema eingebunden, indem Themen und Sichtweisen der Befragten identifiziert und ins Gespräch gebracht werden.

Obwohl die Befragung möglicherweise nicht dem Anspruch der Sozialwissenschaft in Bezug auf die Repräsentativität gerecht wird, sind die Daten, die erhoben wurden, handfeste Bürgerwünsche. Hieraus erwächst die Chance, diese in künftigen Planungen zu berücksichtigen.

Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer stießen im Rahmen der Ist-Erfassung an Grenzen der Informationsbeschaffung und Datenerfassung. Nicht selten wurden Daten in den vielen abgefragten Bereichen selbstständig ermittelt und zusammengetragen. Auf Grund dessen und vor dem Hintergrund der auf der Weiterentwicklung im Bereich „Wohnen im Alter“ beruhenden schwankenden Aktualität vieler Daten erhebt die Projektgruppe keinen Anspruch auf Vollständigkeit der erfassten Daten.

Eine weitere Chance der Untersuchungen bieten die erarbeiteten Handlungsansätze. Hierbei handelt es sich um vorhandene Projekte/Unternehmungen, die sich in anderen Regionen bereits bewährt haben.

Voraussetzung für den gewünschten Erfolg der Untersuchungen – die Weiterentwicklung und nachfrageorientierte Gestaltung der Bergheimer Wohnlandschaft – stellt letztlich die Ergebnisoffenheit der Verantwortlichen und deren offenes Interesse an dieser Arbeit dar.

Im folgenden Kapitel schließen sich themenspezifische Ausarbeitungen und Darstellungen, beginnend mit der ausführlichen Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte, an.

Notizen:

A series of horizontal dotted lines provided for taking notes.

4. Themenspezifische Ausarbeitungen und Darstellungen

4.1. Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte

4.1.1. Einleitung (Frau Buzzi)

Wohnen hat eine zentrale Bedeutung im Leben aller Menschen.²¹ Es dient neben dem Schutz in der vertrauten Umgebung auch der Identifikation, der Kommunikation und der Erholung und trägt damit zum Wohlbefinden und zur Lebensqualität jedes Einzelnen bei. Sicherheit und Selbstständigkeit gehören zu den Grundbedürfnissen des Wohnens ebenso wie der Wunsch, soziale Kontakte zu erhalten bzw. zu fördern. Besonders für ältere Menschen werden bei nachlassender Mobilität die eigene Wohnung und das nähere Wohnumfeld zum Mittelpunkt des alltäglichen Lebens.

Aufgrund der zunehmenden Alterung unserer Gesellschaft ist insbesondere auch die Bau- und Wohnungswirtschaft gefordert, auf die Bedürfnisse älterer Menschen mit maßgeschneiderten Wohnkonzepten zu reagieren. Notwendig ist, bestehende Wohnquartiere umzustrukturieren und aufzuwerten und neue Wohnangebote zu schaffen. Aus diesem Grund werden nachfolgend neben eher traditionellen Wohnformen für ältere Menschen, wie Pflege- und Seniorenheim, Seniorenresidenz, dem Wohnen bei Kindern/Angehörigen und der privaten Wohnung mit Pflege auch neuere Wohnformen, wie das Wohnen im Quartier, die Wohn-/Hausgemeinschaft, das Betreute Wohnen und das Mehrgenerationenwohnen beschrieben. Ebenfalls werden das „Bielefelder Modell“ und das „WohnQuartier⁴“ vorgestellt. Den Studierenden ist bewusst, dass es sich um sogenannte „best practice Beispiele“ handelt, die im Kapitel „5 Handlungsansätze“ anzusiedeln sind, jedoch vertrat die Projektgruppe die Auffassung, aufgrund der Komplexität beide Modelle im Kapitel „Wohnformen“ zu behandeln.

²¹ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 8

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es keine gesetzlichen Richtlinien bzw. einheitliche Regelungen bezüglich der verschiedenen Wohnformen gibt. Daher kann ein jeder Träger/Initiator sein Wohnprojekt nennen, wie er möchte. Die Abgrenzung der einzelnen Wohnformen ist daher nicht immer eindeutig.

4.1.2. Betreutes Wohnen

Begriffserläuterung

Beim „Betreuten Wohnen“ wird versucht, die Vorteile des Lebens im eigenen Haushalt, wie Unabhängigkeit, selbst bestimmte Lebensführung, die Wahrung der Privatsphäre oder auch die Erhaltung der Kontakte und Freizeitgestaltungen mit den Vorteilen des Lebens in einem gut ausgestatteten Heim, mit den Angeboten Versorgungs-, Betreuungs- und Pflegeleistungen zu kombinieren. Es gilt der Grundsatz: So viel Selbstständigkeit wie möglich, so viel Hilfe wie nötig.²²

Allgemeine Ausführungen

„Betreutes Wohnen“ ist ein Sammelbegriff für unterschiedlich organisierte Kombinationen von „Wohnen“ und „Betreuung“. Für diese Wohnform werden unterschiedliche Begriffe verwendet, so wird vom „Betreuten Wohnen“, „Service-Wohnen“, „WohnenPlus“, „Wohnen mit Service“ und „unterstütztem oder begleitenden Wohnen“ gesprochen, da es bislang weder verbindliche Standards gibt, noch ist der Begriff rechtlich geschützt. Betreutes Wohnen kann somit auch in der eigenen Wohnung vorliegen, wenn Dienstleistungen wie Hausnotruf, haushaltsnahe Dienstleistungen oder Pflege selbst organisiert werden. Vornehmlich findet man Betreutes Wohnen jedoch in einer Wohnanlage, welche die Privatheit, Autonomie und Selbstständigkeit des Einzelnen erhalten soll und gleichzeitig ein hohes Maß an Sicherheit und Verfügbarkeit von Hilfe- und Betreuungsangeboten gewährleisten soll.²³ Im Idealfall bietet Betreutes Woh-

²² vgl. Stadtverwaltung Bergheim: Informationsbroschüre Mitten im Leben, S. 28

²³ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 16

nen eine zentral gelegene, barrierefreie und altersgerechte Wohnung. Darüber hinaus sollte die Kommunikation und das Zusammenleben der Mieterinnen und Mieter durch das Vorhandensein eines Gemeinschaftsraumes gefördert werden. Je nach Grad des Betreuungsangebotes bzw. der Organisation der Betreuung kann man von verschiedenen Typen von Betreuten Wohnanlagen sprechen:²⁴

„Hausmeister-Modell“

Hierbei handelt es sich um eine „normale“ Wohnung in einer Seniorenwohnanlage, bei der ein Hausmeister vorhanden ist, der die Wartung der Gemeinschaftsflächen und kleinere Reparaturen in der Wohnung übernimmt. Weitere Betreuungsleistungen müssen von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst organisiert werden. Das „Hausmeister-Modell“ war in Elsdorf-Angelsdorf geplant, konnte jedoch aufgrund Insolvenz des Eigners nicht aufrecht erhalten werden, vergleiche Anlage „8.9.4 Gemeinde Elsdorf (Frau Buzzi, Frau Köhr, Frau Skupch)“.

„Betreutes Wohnen mit Ansprechpartner, aber ohne eigene sozialen Dienste“

Neben dem Hausmeister gibt es einen Ansprechpartner, der bei sozialen Fragen berät und notwendige Hilfe vermittelt, welche dann über einen externen Dienstleister erbracht wird. Ein Beispiel aus dem Rhein-Erft-Kreis ist das Haus Baden²⁵ in Hürth. Hier sind jedoch nicht zwei Personen vorhanden, sondern die Hausmeisterin fungiert ebenfalls als Ansprechpartnerin für soziale Fragen der Bewohnerinnen und Bewohner, vergleiche Anlage „8.9.7 Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)“.

„Betreutes Wohnen mit Ansprechpartner und eigenem sozialen Dienst“

Ein sozialer Dienst ist zusätzlich zum Ansprechpartner für die soziale Betreuung mit in der Anlage angesiedelt. Es besteht die Möglichkeit einer pflegerischen Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Dieses Modell wird unter anderem in der Kranzmaar-Residenz in

²⁴ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 18 ff

²⁵ <http://www.hausbaden-koeln.de/index.php?id=7>, abgerufen am 09.12.2009

Hürth angeboten, vergleiche Anlage „8.9.7 Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)“.

„Betreutes Wohnen in einer an ein Pflegeheim gekoppelten Wohnanlage“

Hier können in der Regel alle Dienstleistungen in Anspruch genommen werden, die auch den Pflegeheimbewohnern angeboten werden. Allerdings bleibt hier das Gefühl des selbstbestimmten Wohnens in der eigenen Wohnung erhalten. Im Rhein-Erft-Kreis wird diese Wohnform unter anderem von der Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft (CBT) im Wohnhaus St. Lucia in Wesseling angeboten, vergleiche Anlage „8.9.10 Stadt Wesseling (Frau Mischker)“.

„Betreutes Wohnen im Hotelverband“

Die Betreuten Wohnanlagen befinden sich in räumlicher und organisatorischer Nähe zu einem Hotel. Serviceleistungen werden durch das Hotel erbracht, pflegerische Dienstleistungen müssen allerdings selbst durch externe Anbieter organisiert werden. Das „Betreute Wohnen im Hotelverband“ wird im Rhein-Erft-Kreis nicht angeboten. Beispielhaft für diese Wohnform wird daher die Albaretto Hotelresidenz 50plus in Augsburg²⁶ genannt.

Neben der regulären Miete und den Nebenkosten für die eigene Wohnung fallen in Betreuten Wohnanlagen zusätzliche Kosten für die Betreuungsleistungen, sogenannte Betreuungspauschale, an. Diese liegen durchschnittlich zwischen 89 und 138 Euro/Monat.²⁷ Es werden daher immer *zwei Verträge* – Mietvertrag und Betreuungsvertrag – mit den Betreibern solcher Anlagen abgeschlossen. Die Betreuungspauschale muss von allen Mieterinnen und Mietern gezahlt werden, *unabhängig* von der Inanspruchnahme. Der Umfang und die Ausgestaltung der Betreuungsleistungen variieren jedoch erheblich. Zu den Grundleistungen sollte die individuelle Beratung bei Fragen zur Wohnsituation und der täglichen Lebensführung gehören. Zusätzlich sollten Hilfen bei der Antragstellung für Leistungen zur Pflege, Betreuung und ärztlichen Versorgung gegeben sein und über die Möglichkeiten zur Notrufsicherung sowie über

²⁶ <http://www.albaretto.de/index.html>, abgerufen am 08.12.2009

²⁷ vgl. Schöffler, Mona, Wohnformen im Alter, S. 29

Dienstleistungs- und Freizeitangebote für Ältere vor Ort informiert werden. Teilweise werden in den Wohnanlagen zusätzliche Wahlleistungen wie haushaltsnahe Dienstleistungen – Essensdienste, Reinigungs- und Wäscheservice – oder pflegerische Hilfe und Fahrdienste vom Betreiber selbst oder durch externe Dienstleister angeboten. Die Kosten hierfür werden individuell abgerechnet und sind nicht in der Betreuungspauschale enthalten. Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Definition, was genau unter Betreutem Wohnen zu verstehen ist, kann jeder Anbieter seine Wohnanlage „Betreutes Wohnen“ nennen, auch wenn diese nicht dem Bedarf des Seniorenwohnens entsprechen. Zum Schutz der Verbraucher und um einheitliche Qualitätsstandards zu gewährleisten, wird seit 2004 das „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für ältere Menschen NRW“ vom gleichnamigen Kuratorium an Betreute Wohngruppen vergeben, wenn sie die notwendigen Anforderungen im Bauwerk, Umfeld, Grundsorge, Wahlservice und in der Vertragsgestaltung erfüllen.²⁸ Weiterhin können Betreute Wohnanlagen mit Hilfe der DIN-Norm 77800 „Betreutes Wohnen“²⁹ auf Qualität hin überprüft werden. Diese Norm definiert Betreutes Wohnen als ein „Leistungsprofil für ältere Menschen, die in einer nach Lage, Zuschnitt und Ausstattung barrierefreien Wohnung entsprechend DIN 18030 leben, bei dem das Dienstleistungsangebot aus Grundleistungen und Wahlleistungen besteht“. Problematisch bei Qualitätssiegel und DIN-Norm ist allerdings, dass die Zertifizierungsverfahren zum einen freiwilliger Natur sind und zum anderen mit zusätzlichen Kosten für den Betreiber verbunden sind, so dass der Markt des Betreuten Wohnens dadurch nicht unbedingt transparenter wird.

Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Das Altenzentrum St. Augustinus im Zentrum von Nordwalde³⁰ (nahe Münster) ist eine Einrichtung der örtlichen katholischen Kirchengemeinde St. Dionysus. Das Angebot des Altenzentrums umfasst Wohnen mit Pflege im St. Augustinus Haus (Kurz-

²⁸ <http://www.kuratorium-betreutes-wohnen.de/index.html>, abgerufen am 16.11.2009

²⁹ http://www.lsv-nrw.de/fileadmin/Dokumentenablage/lsv-nrw/Veroeffentlichungen/INFO_AKTUELL/INFO_LSV_AKTUELL_Nr._31__Betreutes_Wohnen.pdf, abgerufen am 17.11.2009

³⁰ <http://www.altenzentrum-nordwalde.de/betreutes-wohnen-senioren-wg-altenpflege-muenstersteinfurt.htm>, abgerufen am 16.11.2009

zeit-, Urlaubs-, Verhinderungspflege und Pflege von Menschen mit appallischem Syndrom), einen ambulanten Pflegedienst (Hilfe zu Hause), zwei Gruppenwohnungen für Menschen mit Demenz sowie Betreutes Wohnen in 37 barrierefreien Wohnungen für Einzelpersonen und Ehepaare in sechs zweigeschossigen Neubauten und einem umgebauten Schwesternwohnheim.

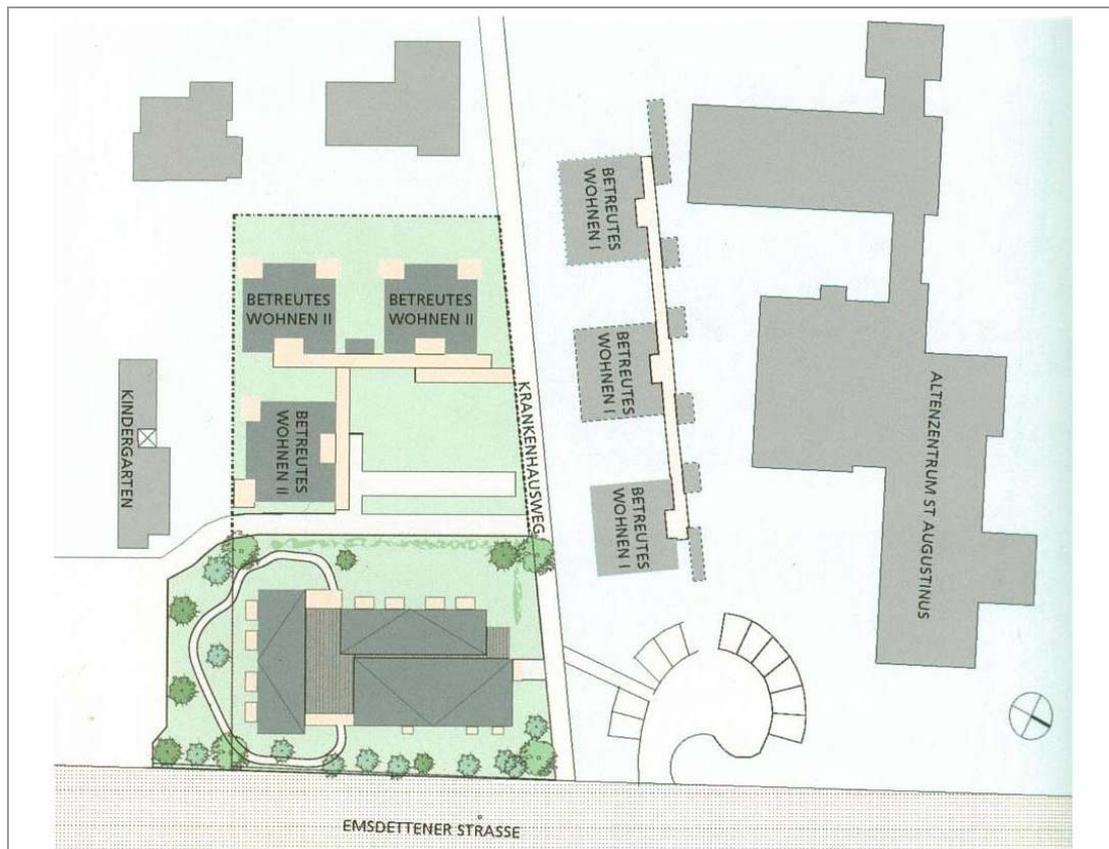


Abbildung 83: Lageplan mit Altenzentrum, Betreutes Wohnen, Gebäude mit Gruppenwohnungen

Alle Wohnungen des Betreuten Wohnens sind barrierefrei und altersgerecht gebaut und lassen den Bewohnerinnen und Bewohnern Freiraum für die persönliche Möblierung und Gestaltung. Darüber hinaus verfügt jede Wohneinheit über eine eigene Terrasse bzw. einen Balkon. Durch die direkte Anbindung an das Altenzentrum wird den Bewohnerinnen und Bewohnern jederzeit die Möglichkeit der Teilnahme am dortigen Tagesgeschehen geboten. Ebenso stehen ihnen Gemeinschaftseinrichtungen und Funktionsräume des Altenzentrums zur Verfügung. Zusätzlich können jederzeit auch kurz-

zeitige Dienst- und Hilfeleistungen in Anspruch genommen werden. Im Grundmietvertrag sind bereits Betreuungsleistungen – wie Hausnotruf und Rufbereitschaft – enthalten. Ebenfalls zum Grundangebot und damit in den Betreuungsleistungen enthalten ist die Vermittlung von bedarfsgerechten Dienstleistungen – wie Essens- und Wäscheservice – durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des St. Augustinus Hauses, zudem wird über Möglichkeiten der aktiven Teilhabe am Leben in der Gemeinschaftseinrichtung informiert. Über die Basisversorgung hinaus besteht die Möglichkeit, zusätzlichen Wahlservice – wie hauswirtschaftliche und/oder pflegerische Unterstützung – in Anspruch zu nehmen. Diese müssen allerdings separat vertraglich vereinbart werden und sind mit weiteren Kosten für die Bewohnerinnen und Bewohner verbunden.

Vor- und Nachteile

Der größte Vorteil des Betreuten Wohnens liegt im selbstständigen Wohnen in der eigenen seniorengerechten Wohnung. Privatsphäre und Autonomie des Einzelnen bleiben erhalten. Das vertraute Wohnumfeld bleibt bestehen, ein Umzug bei auftretenden körperlichen Einschränkungen kann durch eine Betreute Wohnanlage meist umgangen werden. Durch Gemeinschaftsräume bleiben alte soziale Kontakte erhalten und neue können gefördert werden. Durch das Vorhandensein eines Hausmeisters, Beratung durch einen Ansprechpartner in der Wohnanlage sowie der Vermittlung von anderen Dienstleistungsangeboten wird Versorgungssicherheit gewährleistet. Sofern vorhanden, bietet der Hausnotruf die Sicherheit, im Notfall schnell Hilfe herbeizuholen. Bei Bedarf können weitere Leistungen wie haushaltsnahe Dienstleistungen oder Pflegedienstleistungen hinzu gewählt werden.

Nachteilig beim Betreuten Wohnen ist vordergründig die Betreuungspauschale, welche gezahlt werden muss, auch wenn vorhandene Dienstleistungen nicht in Anspruch genommen werden. Zudem wird in Betreuten Wohnanlagen keine Vollversorgung geboten. Zusätzliche Dienstleistungen müssen hinzugekauft werden, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. Es besteht die Gefahr bei eintretender schwerer Pflegebedürftigkeit, dass ein Umzug erforderlich wird, da in Betreuten Wohnanlagen der eigene Haushalt weitgehend selbstständig geführt wird. Zudem kann die fehlende

Transparenz und die Variationsbreite der Leistungsangebote bereits bei der Auswahl einer Betreuten Wohnanlage Probleme bereiten.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) legt jährlich ein Wohnraumförderungsprogramm (WoFP) auf, welches bezahlbaren Wohnraum für alle Haushalte innerhalb der entsprechenden Einkommensgrenzen der sozialen Wohnraumförderungen zum Ziel hat.

Einkommensgrenze 100% Gültig für: Eigentumsförderung Modell A Mietwohnungsbauförderung Einkommensgruppe A			
Personenanzahl	Grenze 100% in EUR	mögl. Jahres-Bruttoeinkommen	
1	16.860	25.006	
2	22.480	33.034	
3 (1 Kind)	25.420	37.234	
4 (2 Kinder)	30.610	44.649	
5 (3 Kinder)	35.800	52.063	
6 (4 Kinder)	40.990	59.477	

Einkommensgrenze +40% Gültig für: Eigentumsförderung Modell B Mietwohnungsbauförderung Einkommensgruppe B Förderung von Wohnheimen für Menschen mit Behinderung Förderung von Pflegewohnplätzen (Neubau und Bestand)			
Personenanzahl	Grenze in EUR	Überschreitung +40%	mögl. Jahres-Bruttoeinkommen
1	16.860	23.604	34.640
2	22.480	31.472	45.880
3 (1 Kind)	25.420	35.588	51.760
4 (2 Kinder)	30.610	42.854	62.140
5 (3 Kinder)	35.800	50.120	72.520
6 (4 Kinder)	40.990	57.386	82.900

Abbildung 84: Einkommensgrenzen NRW.BANK, Stand 2009

Gefördert werden insbesondere auch barrierefreie Mietwohnungsneubauten, Gruppenwohnungen, Wohnheime für Menschen mit Behinderung, die Modernisierung von

Altenwohn- und Pflegeheimen sowie der Abbau von Barrieren (vergleiche Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“). Speziell für das Wohnen im Alter soll die selbstständige Lebensführung bei hoher Wohnqualität in den eigenen vier Wänden unterstützt werden. Die Höhe der Wohnraumförderung richtet sich dabei nach der Größe der Wohnung, dem Bauort (Mietniveau der Gemeinde) und dem Einkommen des Mieterhaushaltes (Einkommensgruppe A/B). Die Mietobergrenzen für öffentlich geförderten Wohnraum richten sich ebenfalls nach diesen Kriterien. Alle öffentlich geförderten Wohnungen haben zudem je nach Wahl des Antragstellers eine Miet- und Belegungsbindung von 15 bzw. 20 Jahren.

Darlehenshöhe je Quadratmeter Wohnfläche (Neubau)			
Mietniveau	Einkommensgruppe A	Einkommensgruppe B	
M1	800 €	365 €	
M2	1.000 €	520 €	
M3	1.250 €	755 €	
M4	1.400 €	885 €	

Mietobergrenzen je Quadratmeter Wohnfläche			
Mietniveau	Einkommensgruppe A	Einkommensgruppe B	
M1	4,05 €	5,15 €	
M2	4,45 €	5,55 €	
M3	4,85 €	5,95 €	
M4	5,10 €	6,20 €	

Wohnflächenobergrenzen			
Wohnungen bestehend aus:	Wohnflächenobergrenze		
	barrierefrei	barrierefrei mit zusätzlicher Badewanne	Rollstuhlfahrer
1 Zimmer, Küche, Nebenräume	47 qm	52 qm	55 qm
2 Zimmer, Küche, Nebenräume	62 qm	67 qm	70 qm
3 Zimmer, Küche, Nebenräume	77 qm	82 qm	87 qm
4 Zimmer, Küche, Nebenräume	92 qm	97 qm	102 qm
5 Zimmer, Küche, Nebenräume	107 qm	112 qm	117 qm

Abbildung 85: Wohnraumförderung Mietwohnungen, NRW.BANK, Stand 2009

Im Rhein-Erft-Kreis liegt das Mietniveau für die Kommunen Bedburg, Bergheim und Elsdorf bei 3, für die übrigen Kommunen bei 4.

Antragsteller für den geförderten Wohnungsbau kann jede natürliche oder juristische Person sein, welche über eine ausreichende Bonität verfügt. Der Antrag auf Fördermittel ist bei der Stadt- oder Kreisverwaltung zu stellen, in deren Bereich das zu fördernde Objekt liegt. Für den Rhein-Erft-Kreis ist dies das Amt für Wohnungswesen, Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim. Die Fördermittel werden auf der Grundlage des Wohnraumförderungsprogramms, der Verordnung über die Abweichung von den Einkommensgrenzen nach §9 Absatz 2 des Wohnraumförderungsgesetzes (VO WoFG NRW) und den Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) bewilligt, vergleiche Ziffer 1 WFB. Mit den Bauarbeiten darf erst *nach* Genehmigung des Antrages begonnen werden. Planung, Grunderwerb und Bodenuntersuchung gelten hierbei noch nicht als Beginn des Bauvorhabens, der Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen, welche der Ausführung anzurechnen sind, jedoch schon. Ein nachträglicher Antrag auf Fördermittel ist nicht möglich, zudem besteht kein Rechtsanspruch auf die Bewilligung der Fördermittel. Die Auszahlung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und übernommenen Bürgschaften erfolgt durch die Wohnungsbauförderungsanstalt (WfA), einem Bereich der NRW.BANK. Es handelt sich hierbei um zweckgebundene Fördermittel für die soziale Wohnraumförderung, die vom Land NRW bereitgestellt werden. Daneben bearbeitet die NRW.BANK auch die wohnwirtschaftlichen Förderprodukte der KfW Förderbank. Diese Bundesprogramme werden, anders als die Landesprogramme, im Hausbankenverfahren abgewickelt (vergleiche Ausführungen im Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ – Abschnitt „Wohnraum modernisieren – Altersgerecht bauen: Das Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)“).

Aufgrund der Föderalismusreform im Wohnungswesen, welche den Ländern die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz in wesentlichen Teilen des Wohnungswesens, vor allem für das Recht der Wohnraumförderung und für das Wohnbindungsrecht, übertragen hat, erfolgt zum 01.01.2010 eine Gesetzesreform. Mit dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) wird von den neu übertragenen Kompetenzen Gebrauch gemacht und

zudem ein einheitlicher gesetzlicher Rahmen für eine moderne soziale Wohnraumförderung des Landes und für die Sicherung der Zweckbestimmung von gefördertem Wohnraum geschaffen. Parallelregelungen aus Bundes- und Landesrecht werden damit abgebaut und das bindungsrechtliche Instrumentarium für bisher geförderte und künftig zu fördernde Wohnungsbestände vereinheitlicht. Ebenfalls leistet dieses Gesetz einen Beitrag zur Normenklarheit und Entbürokratisierung im Bereich der Wohnraumförderung.³¹

Ziele der sozialen Wohnraumförderung sind gemäß §2 Absatz 1 WFNG NRW Wohnraum für Haushalte zu schaffen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind, bestehenden Wohnraum an die Erfordernisse des demographischen Wandels anzupassen und energetisch nachzurüsten, die städtebauliche Funktion von Wohnquartieren zu erhalten und zu stärken.

Bei der sozialen Wohnraumförderung und der Sicherung der Zweckbestimmungen des geförderten Wohnungsbestandes werden insbesondere Familien und andere Haushalte mit Kindern, Alleinerziehende, Schwangere, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung unterstützt.

Die Wohnungsbauförderungsanstalt (WfA) wird für diese Zwecke vollständig in die Strukturen der NRW.BANK integriert. Das Landeswohnungsbauvermögen WfA verbleibt wie bisher bei der NRW.BANK, ist künftig jedoch nicht mehr ausschließlich für die soziale Wohnraumförderung zweckgebunden. Dadurch werden die Fördermöglichkeiten des Landes mit NRW.BANK-Mitteln insgesamt ausgeweitet.

Verteilung im Kreisgebiet

Im Rhein-Erft-Kreis sind bereits zahlreiche Betreute Wohnanlagen in unterschiedlichen Variationen vorhanden. Nachfolgender Tabelle ist die Anzahl in den einzelnen Kommunen zu entnehmen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht nur um Betreute Wohnanlagen für ältere Menschen, sondern auch um solche für Menschen mit Behin-

³¹ <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-9394.pdf>, abgerufen am 19.11.2009

derung. Da die Abgrenzung des Betreuten Wohnens zu anderen Wohnformen nicht immer eindeutig ist, sind hier nur die Wohnanlagen beziffert, welche sich eindeutig dem Betreuten Wohnen zuordnen lassen.

Kommune	Anzahl der Betreuten Wohnanlagen
Stadt Bedburg	-
Kreisstadt Bergheim	7
Stadt Brühl	1
Gemeinde Elsdorf	3
Stadt Erftstadt	2
Stadt Frechen	2
Stadt Hürth	4
Stadt Kerpen	1
Stadt Pulheim	5
Stadt Wesseling	2 (im Bau:1)

Tabelle 19: Anzahl der Betreuten Wohnanlagen in den kreisangehörigen Kommunen

Die detaillierte Auflistung der einzelnen Wohnanlagen ist der Anlage „8.9 Erfassung Ist-Zustand“ zu entnehmen.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Unter der Frage 2.5 wurde gefragt, welche Wohnform sich die Probanden als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen können. Nachfolgender Tabelle sind die Stimmabgaben zur Wohnform des Betreuten Wohnens zu entnehmen.

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	über 75 J.	Keine Angabe	Gesamt
Keine Angabe	0	0	1	1	5	7

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	über 75 J.	Keine Angabe	Gesamt
Männlich	42	18	27	13	0	100
Weiblich	44	15	43	21	0	123
Gesamt	86	33	71	35	5	230

Tabelle 20: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Betreutes Wohnen

In den 563 rückläufigen Fragebögen wurde insgesamt 230 mal die Wohnform des Betreuten Wohnens gewählt. Dies macht 40,85% der Stimmabgaben aus. Allerdings ist zu beachten, dass bei dieser Frage Mehrfachnennungen möglich waren und zudem auch teilweise keine Antworten gegeben wurden. Die Tabelle zeigt jedoch deutlich, dass sich besonders die 45- bis 60-jährigen und die 66- bis 75-jährigen ihre Zukunft in Betreuten Wohnanlagen vorstellen können.

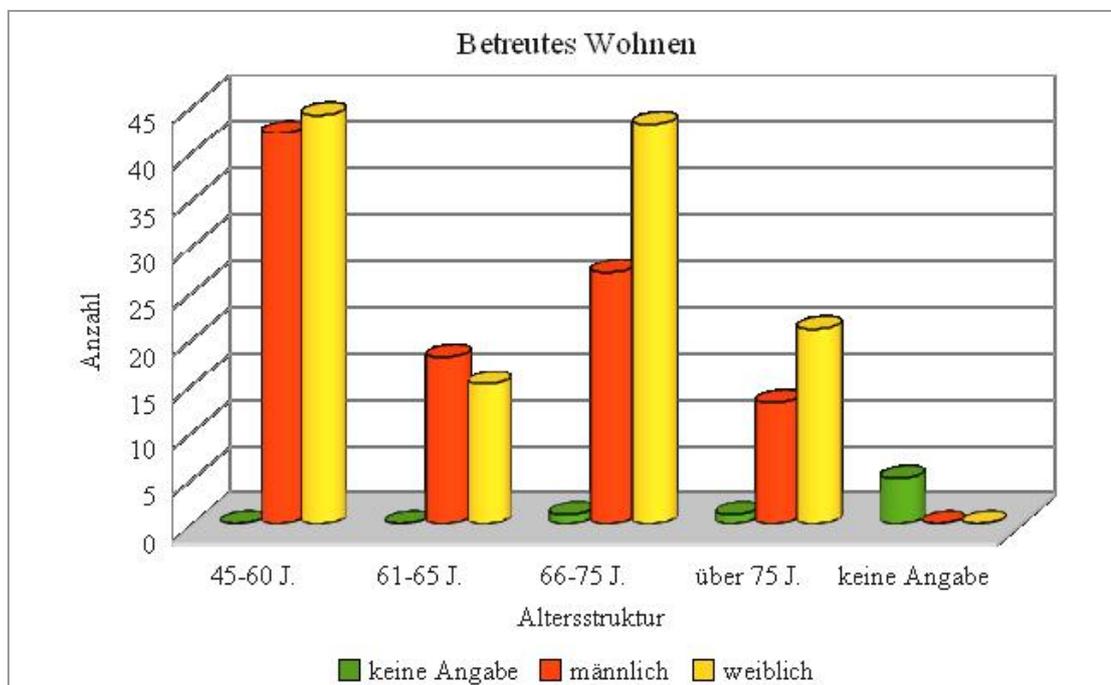


Abbildung 86: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Betreutes Wohnen

Die Wohnform des Betreuten Wohnens wurde nur von wenigen Experten in den Interviews genannt. Die meisten Experten sind allerdings der Meinung, dass Selbstständigkeit und Unabhängigkeit älterer Menschen gefördert bzw. erhalten werden muss, dabei aber Versorgungssicherheit für den Notfall vor Ort gewährleistet werden soll. Der hohe Kostenfaktor für Versorgungssicherheit wurde allerdings von einem Experten negativ bewertet. Der Caritasverband bietet im Rhein-Erft-Kreis bereits für Wohnungen im nahen Umfeld von Betreuungseinrichtungen des Caritasverbandes Versorgungsverträge an. Diese Wohnungen können auf Wunsch der Seniorinnen und Senioren mit dem Hausnotruf ausgestattet werden, was allerdings mit einer monatlichen Betreuungspauschale verbunden ist. Die ausführlichen Experteninterviews sind der Anlage „8.8 Experteninterviews“ zu entnehmen.

4.1.3. Bielefelder Modell

Begriffserläuterung

Bei dem von der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft mbH (BGW) entwickelten Konzept handelt es sich um barrierefreie Seniorenwohnanlagen in guter Lage mit Versorgungssicherheit im Raum Bielefeld. Die Besonderheit des „Bielefelder Modells“ besteht darin, dass keine Betreuungspauschale zu entrichten ist, aber dennoch Versorgungssicherheit rund um die Uhr gewährleistet wird.

Allgemeine Ausführungen

Die BGW, das größte Dienstleistungsunternehmen in Bielefeld und in ganz Ostwestfalen-Lippe, hatte bereits vor Entwicklung des „Bielefelder Modells“ zahlreiche Wohnungsangebote, die speziell in technischer und baulicher Hinsicht auf die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind, geschaffen. Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts kamen bei der BWG erste Überlegungen auf, die bereits bestehenden Wohnungsangebote für ältere Menschen durch ein weiteres Konzept zu ergänzen. Von den Seniorinnen und Senioren wurden neben der bereits vorhandenen seniorenrechtlichen, technisch ausgestatteten Wohnung zusätzliche Serviceangebote, wie Unterstützung im Alltagsleben oder Angebote der Freizeitgestaltung und Versor-

gungssicherheit bei möglicher Hilfebedürftigkeit gewünscht. Viele Seniorinnen und Senioren empfanden allerdings eine Betreuungspauschale neben dem regulären Mietpreis als ungerechtfertigt, wenn Betreuungsleistungen nicht benötigt wurden. Um diesen Wünschen zu entsprechen, entwickelte die BWG im Jahre 1996 gemeinsam mit dem Verein Freie Altenhilfe Alt und Jung e.V. und unter Mitwirkung der Stadt Bielefeld das „Bielefelder Modell“ in einer Seniorenwohnanlage in der Dahlemer Straße in Bielefeld. Hier wurde bundesweit erstmals *selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale* umgesetzt.

Grundlage für die Entwicklung dieses Konzeptes waren drei allgemeingültige Aussagen:³²

- Ältere Menschen haben grundsätzlich keine anderen Wohnbedürfnisse als Jüngere.
- Ältere Menschen verbringen bis zu 82% ihrer Zeit in ihrer Wohnung, woraus folgt, dass Alltag im Alter vor allem Wohnalltag bedeutet.
- Die Anforderungen an Wohnqualität, bauliche Gestaltung und technische Ausstattung gestiegen sind.

Die Voraussetzungen für die Seniorenwohnanlagen formulierte die BGW aufbauend aus diesen Aussagen. Den Mieterinnen und Mietern sollte auch bei steigender Hilfebedürftigkeit das Wohnen in der eigenen Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld ermöglicht werden. Zusätzlich sollte auch das integrative Wohnen für ältere Menschen, für Behinderte, für Menschen mit geringem und hohem Hilfebedarf sowie Demenzerkrankten in den Wohnanlagen ermöglicht werden. Eine 24-stündige Versorgungssicherheit für die Mieterinnen und Mieter und das Wohnumfeld sollte garantiert werden, ohne dass eine Betreuungspauschale zu zahlen ist. Zudem sollten die Möglichkeiten der Prävention durch frühzeitige Unterstützung verbessert werden.

Da es sich bei der BGW jedoch um eine Wohnungsbaugesellschaft handelt und diese sich auch weiterhin auf ihr Kerngeschäft der Immobilienwirtschaft konzentriert, wur-

³² http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/Seniorenbrochure_BGW.pdf, S. 6, abgerufen am 12.11.2009

den Kooperationen mit Dienstleistern aus dem Bereich der ambulanten Pflege eingegangen. Diese Kooperationspartner sind in allen Seniorenwohnanlagen mit einem Servicestützpunkt vertreten, der täglich 24 Stunden besetzt ist. Im Bedarfsfall können sich die Mieterinnen und Mieter an diesen im Hause präsenten Pflegedienst wenden. Es steht ihnen aber auch frei, sich für einen anderen Anbieter zu entscheiden. Ebenfalls möglich ist, dass Pflege- und/oder Hilfeleistungen von Angehörigen oder Nachbarn übernommen wird.

In jeder Seniorenwohnanlage werden auch Wohnungen an Menschen mit Hilfebedarf vermietet. Der jeweilige Kooperationspartner hat hierbei ein Belegungsrecht für eine bestimmte Anzahl von Wohnungen. Durch Betreuung und Pflege der hilfebedürftigen Personen finanziert sich der jeweilige Kooperationspartner. Nur so ist es möglich, für die übrigen Bewohnerinnen und Bewohner Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale zu gewährleisten. Zudem garantiert die ständige Präsenz des ambulanten Pflegedienstes in den jeweiligen Häusern Versorgungssicherheit für das gesamte Wohnumfeld in einem vertraglich vereinbarten Radius und führt damit zu einer besseren Auslastung des Dienstleisters. Ein Mustervertrag ist als Anlage „8.11 Muster-Kooperationsvertrag nebst Anlagen zum Bielefelder Modell (Frau Buzzi)“ beigefügt.³³

Das Gemeinschaftsleben in den Seniorenwohnanlagen wird durch ein großzügiges Wohncafé mit einer offen gestalteten Küche, das ausschließlich von den Bewohnerinnen und Bewohnern betrieben wird, gefördert. Das Wohncafé steht zum einen allen Mieterinnen und Mietern zum gemeinsamen Kochen und für sonstige Veranstaltungen zur Verfügung, ist aber zudem auch für die Nachbarinnen und Nachbarn des Wohnumfeldes geöffnet. Die vorhandenen Funktionsräume wie Nachtbereitschaftsraum, Beratungsbüro, Hilfsmitteldepot, Pflegebad und Gästewohnungen werden von der BGW an den jeweiligen ambulanten Pflegedienst vermietet.³⁴ Ein Hausmeisterservice wird ebenfalls von der BGW sichergestellt. Zur Sicherung und Weiterentwicklung des Konzepts findet von Seiten der BGW ein regelmäßiger Austausch mit dem jeweiligen Kooperationspartner statt. Zur Zeit bestehen bereits 10 Seniorenwohnanlagen der

³³ <http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/VWmV.pdf>, abgerufen am 13.11.2009

³⁴ http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/Vertrag_ueber_Funktionsraeume.pdf, abgerufen am 14.11.2009

BGW im Raum Bielefeld, vier weitere sind zur Zeit in Planung bzw. im Bau und sollen bis 2010 fertig gestellt werden. Ziel der BGW ist, bis spätestens 2012 in allen Bielefelder Stadtteilen mit dem Angebot des „Bielefelder Modells“ vertreten zu sein. Zur Realisierung werden Neubaumaßnahmen angestrebt, aber auch Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen im Bestand der BGW.

Im Jahr 2005 wurde die BGW für das Angebot „Wohnen mit Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale“ mit dem „1. Sonderpreis für Wohnen und personenbezogene Dienstleistungen“ vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW ausgezeichnet.

Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Das Projekt an der „Heinrichstraße“ liegt am Rande der Bielefelder Innenstadt auf dem Gelände eines ehemaligen Obst- und Gemüsegroßhandels. Die BGW errichtete hier in den Jahren 2004/2005 in fünf Neubauten insgesamt 42 Wohnungen, davon je 21 öffentlich gefördert und frei finanziert mit einer Wohnfläche zwischen 45 und 70m². Es handelt sich hierbei um 2 bis 3 Zimmerwohnungen, jeweils mit eigener Küche, Bad und Balkon. Die Erschließung der fünf Gebäude erfolgt über Laubengänge, die die Häuser auf allen Ebenen barrierefrei verbinden. Im Erdgeschoss befinden sich drei Gewerbeeinheiten auf einer Fläche von ca. 120m² mit zusätzlichen Dienstleistungsangeboten wie eine Praxis für Physiotherapie, eine Heilpraxis für Psychotherapie, eine Logopädin und ein Büro des Kooperationspartners Alt und Jung e.V.

Die Baukosten für dieses Projekt beliefen sich auf 3,2 Millionen Euro bezogen auf die Kostengruppen 300 (Bauwerk – Baukonstruktion) und 400 (Bauwerk – technische Anlagen) nach DIN 276³⁵ inklusive Aufzügen und anderer Sonderbauteile und zudem etwa 1.150 Euro je m² Wohn- und Gewerbenutzfläche. Die Mietkosten (Kaltmiete) orientieren sich an den ortsüblichen Mieten und betragen 4,50 Euro/m² für die öffentlich geförderten und 8,50 Euro/m² für die frei finanzierten Wohnungen (Stand November 2009). Die Pflegekosten werden individuell bei Bedarf mit dem jeweiligen

³⁵ http://www.din276.info/index_grundlagen.html, abgerufen am 16.11.2009

Pflegedienst abgerechnet. Als Kooperationspartner für dieses Projekt konnte der Evangelische Johanneswerk e.V. verpflichtet werden. Dem Verein wurde ein Belegungsrecht für sechs Wohnungen eingeräumt. In diesen Wohnungen werden Menschen mit hohem Pflegebedarf 24 Stunden von dem ambulanten Dienstleister betreut. Durch diese Vereinbarung ist es dem Verein möglich, in den Funktionsräumen einen Servicestützpunkt für Beratungs- und Serviceangebote mit einem Nachtbereitschaftsraum zu betreiben (aktuell ist Kooperationspartner Alt und Jung e.V.). Zwei Gästewohnungen, angemietet und bewirtschaftet durch den Verein, stehen Angehörigen zur Verfügung, die bei einem Besuch in der Seniorenwohnanlage übernachten wollen. „Probewohnen“ ist in diesen Wohnungen ebenso möglich wie die vorübergehende Unterbringung von Menschen mit Hilfe- und/oder Pflegebedarf. Ein im Erdgeschoss befindliches und von den Bewohnerinnen und Bewohnern betriebenes Wohncafé mit Küche steht für alle Mieterinnen und Mieter und das nahe Wohnumfeld kostenfrei zur Verfügung. In der Küche werden täglich frische Mahlzeiten gemeinsam vom Hauswirtschaftsteam, den Bewohnerinnen und Bewohnern und Nachbarn zubereitet.

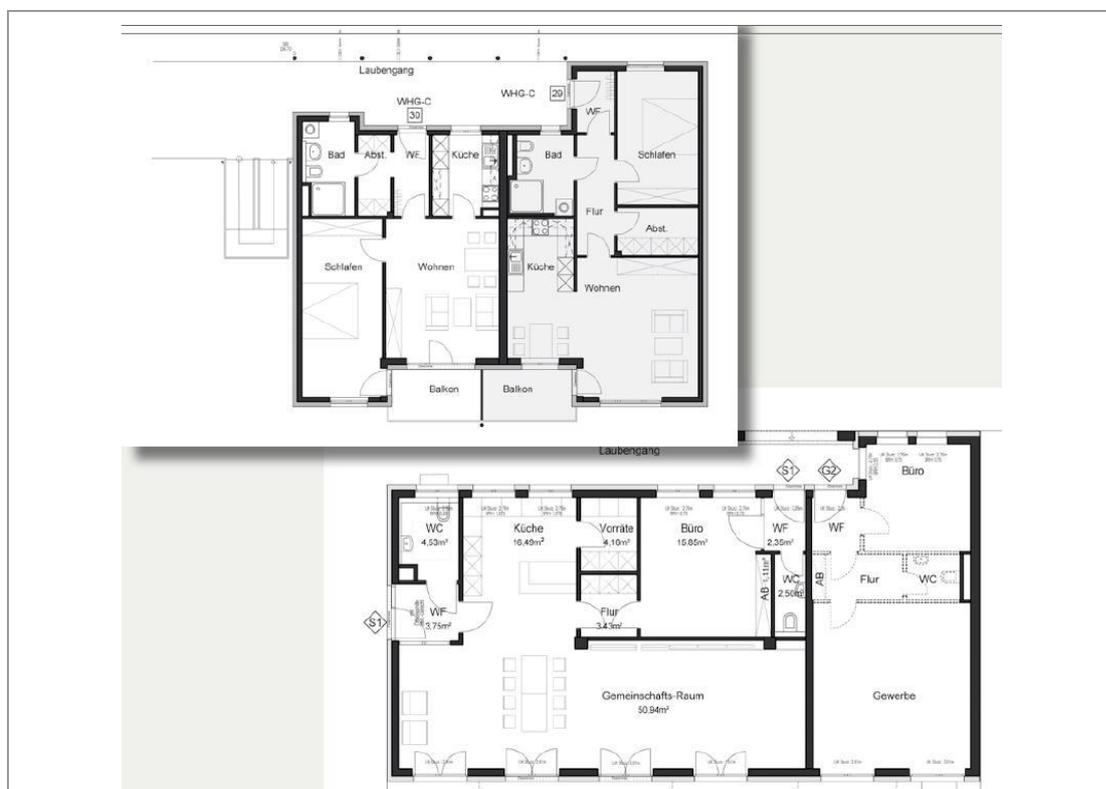


Abbildung 87: „Bielefelder Modell“, Grundriss Heinrichstraße

Für die Seniorenwohnanlage „Heinrichstraße“ wurde die BGW im Jahr 2008 mit dem Deutschen Bauherrenpreis in der Sparte Neubau ausgezeichnet. *„Der für diese Wohnanlage gefundene bauliche und organisatorische Lösungsansatz ist beispielhaft und sollte vielfach kopiert werden“* lautete die Begründung der Jury für die Preisverleihung in Essen. *„Die Bauherren dieser beispielhaften Wohnanlage für das Wohnen mit Versorgungssicherheit sind Wiederholungstäter und fallen bundesweit immer wieder durch innovative Lösungsansätze für neue wohnungswirtschaftliche Aufgaben auf“* erklärte Lutz Freitag, Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GWD).³⁶

Vor- und Nachteile

Zu den Vor- und Nachteilen wird auf Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Vor- und Nachteile“ verwiesen, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, dass bei dem „Bielefelder Modell“ keine Betreuungspauschale anfällt. Aufgrund des am 10.12.2008 in Kraft getretenen Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG NRW) wird empfohlen, bereits zu Beginn der Planungsphase die Heimaufsicht des Rhein-Erft-Kreises, Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim, zu beteiligen.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus wird auf Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“ verwiesen. Die BGW ist ein mehrheitliches kommunales Wirtschaftsunternehmen. Die kommunale Beteiligung beträgt 75%. Weitere Gesellschafter sind die Ravensberger Heimstätten-gesellschaft mbH, Bielefeld, mit 15% und die Baugenossenschaft „Freie Scholle“ eG, Bielefeld, mit 10%. Finanziert wird der Bau einer Wohnanlage nach dem „Bielefelder Modell“ durch öffentliche Fördermittel und dem Vermögen der BGW. Der jeweilige Kooperationspartner finanziert sich in einem solchen Projekt in erster Linie durch das Belegungsrecht der vertraglich vereinbarten Wohneinheiten. Durch diese ist der Ko-

³⁶ http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/Seniorenbrochure_BGW.pdf, S. 17, abgerufen am 13.11.2009

operationspartner in der Lage, Versorgungssicherheit für alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten und selbst finanziell abgesichert zu sein. Bei der Auswahl des Kooperationspartners sollte darauf geachtet werden, dass genug Eigenkapital vorhanden ist, da die Belegung der Wohneinheiten mit Interessenten mit erhöhtem Pflegebedarf erfahrungsgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Verteilung im Kreisgebiet

Bisher ist das „Bielefelder Modell“ noch nicht im Rhein-Erft-Kreis vorhanden. Allerdings finden in Kerpen bereits Gespräche zwischen Verwaltung und Investoren statt, eine solche Wohnanlage im Stadtteil Sindorf zu errichten.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Das „Bielefelder Modell“ wurde nicht explizit im Fragebogen abgefragt, da es sich aber um die Wohnform des Betreuten Wohnens handelt, kann auf die Ergebnisse unter Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews“ verwiesen werden. Vereinzelt wurde allerdings unter Frage 7 „Wenn Sie es könnten, was würden Sie zuerst verbessern?“ als „Sonstiges“ das „Bielefelder Modell“ gewünscht.

Die befragten Experten sind überwiegend der Meinung, dass es sich bei dem „Bielefelder Modell“ um eine gute Wohnform für ältere Menschen handelt. Die Eigenständigkeit Älterer bleibt bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit erhalten. Probleme bei der Errichtung einer solchen Anlage im Rhein-Erft-Kreis sehen allerdings einige bei der Umsetzung und insbesondere der Finanzierung. Um eine 24-stündige Versorgungssicherheit zu gewährleisten sind die Kosten für den Kooperationspartner sehr hoch. *„Das Rad müsse in Bergheim nicht neu erfunden werden“*, so eine Expertin. *„Es müsse jedoch zunächst geprüft werden, ob dieses Modell auch für Bergheim erfolgversprechend ist. Zudem müsse auf die Wünsche der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner eingegangen werden“*. Nach Auffassung eines Experten ist zu prüfen, ob die Umsetzung des „Bielefelder Modells“ in der bisherigen Form aufgrund des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW noch möglich ist. Angesichts des Auswertungsergebnisses der Bürgerbefragung und der Aussage einiger Experten, müsse zunächst mehr Aufklä-

rungs- und Informationsarbeit geleistet werden, da viele ältere Menschen nicht wissen, was sich hinter dem „Bielefelder Modell“ und weiteren alternativen Wohnmodellen verbirgt. Die ausführlichen Experteninterviews sind der Anlage „8.8 Experteninterviews“ zu entnehmen.

4.1.4. Wohn-/Haushaltsgemeinschaft

Begriffserläuterung

In einer Wohngemeinschaft leben unterschiedliche, meist gleichgesinnte Menschen zusammen in einer größeren Wohnung oder einem Einfamilienhaus. Jeder hat hier sein eigenes Zimmer. Bad, Küche und Wohnzimmer werden als Gemeinschaftsräume genutzt. Der Gemeinschaftsgedanke steht hier im Vordergrund bei gleichzeitiger Rückzugsmöglichkeit in das eigene Zimmer. Bei der Hausgemeinschaft wohnen mehrere Personen in einem Haus zusammen. Jeder hat hier seine eigene Wohnung mit Küche und eigenem Bad. Im Haus ist zudem ein Gemeinschaftsraum vorhanden, der von allen Bewohnerinnen und Bewohnern gemeinsam genutzt werden kann. Die Autonomie und das selbstbestimmte Leben des einzelnen steht bei dieser Wohnform stärker im Vordergrund als bei der Wohngemeinschaft. Der Gemeinschaftsgedanke wird jedoch durch den Gemeinschaftsraum und, sofern vorhanden, durch gemeinschaftlich genutzten Garten, gefördert und soziale Kontakte bleiben erhalten. Gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Alltag untereinander ist das Ziel beider Wohnformen.

Allgemeine Ausführungen

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von Wohn- und Hausgemeinschaften, jedoch leben nur in relativ wenigen ausschließlich ältere Menschen, wie in einem Wohnprojekt in Herne, vergleiche Kapitel „4.1.4 Wohn-/Haushaltsgemeinschaft“ – Abschnitt „Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises“. Meist handelt es sich um Wohnprojekte, die eine Mischung unterschiedlicher Altersgruppen, Einkommensgruppen und Haushaltstypen, wie Alleinerziehende, Behinderte, Paare, Familien (vergleiche Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“) unter einem Dach vereinen. Selbstverwaltete Haus- bzw. Häusergemeinschaften mit jeweils abgeschlossenen und

barrierefrei erschlossenen Wohneinheiten haben sich dabei als Trendmodell durchgesetzt. Die klassischen Wohngemeinschaften mit jeweils nur einem eigenen Zimmer und der gemeinschaftlichen Nutzung der übrigen Räume etablieren sich zunehmend als betreute Wohnformen, wie die sogenannte „KDA-Hausgemeinschaft“ im stationären Bereich oder die ambulant betreuten Pflegegruppen, wie eine Villa für Demenzerkrankte in Münster, siehe Kapitel „4.1.4 Wohn-/Haushaltsgemeinschaft“ – Abschnitt „Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises“.³⁷ Da sämtliche Begriffe jedoch nicht rechtlich festgelegt sind, kann jeder Initiator sein Wohnprojekt als „Wohngemeinschaft“ bezeichnen. Die einzelnen Projekte unterscheiden sich nach Art der Projektinitiative, dem Ausmaß der Selbstverwaltung und der Organisation professioneller Hilfe. Hauptziel eines gemeinschaftlichen Wohnprojektes ist allerdings immer das *gemeinschaftliche Zusammenleben der Bewohnerinnen und Bewohner bei gleichzeitiger Wahrung der Selbstständigkeit des Einzelnen*. Bei der Projektentwicklung für gemeinschaftliches Wohnen werden zwei Modelle unterschieden; entweder geht die Initiative von der künftigen Bewohnergruppe aus (Modell „bottom-up“) oder die Initiative liegt in der Hand eines Trägers (Modell „top-down“). Bei dem Modell „bottom-up“ steht zu Beginn die Idee einer Gruppe, die Vorstellungen über das Zusammenleben entwickelt. In der zweiten Phase werden dann ein Grundstück oder ein Bestandsgebäude sowie Partner für die Realisierung (Bauträger, Architekt, Investor) gesucht. Möglich ist hier auch die Variante, dass die Gruppe selbst als Bauherr auftritt und selbstständig Berater, Architekten und Wohnungsbaugesellschaften beauftragt. Die Angliederung an eine bestehende Genossenschaft oder die Neugründung einer Projektgenossenschaft durch die späteren Bewohnerinnen und Bewohner bietet sich wegen der sozialen Ausrichtung und der lebenslangen Wohnmöglichkeit bei Genossenschaften besonders an. Der Erfolg von solchen Kooperationsprojekten hängt aber im wesentlichen davon ab, ob die professionellen Partner dem Konzept gegenüber aufgeschlossen sind und ob die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner ihre Interessen als verlässlicher Kooperationspartner vertreten können. Nachteilig ist hier häufig das fehlende Fachwissen der Initiatoren sowie die fehlende Erfahrung von Wohnungs-

³⁷ http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, abgerufen am 18.11.2009

baugesellschaften bei der Zusammenarbeit mit Wohnprojektgruppen. Sinnvoll ist hier in jedem Fall, erfahrene Wohnprojektberater, wie z.B. den Verein „Neues Wohnen im Alter e.V.“³⁸, Köln, hinzuzuziehen. Gehen Konzept und Initiative von einem Träger, einer Institution bzw. einer Kommune aus spricht man vom Modell „top-down“. Erst bei der Umsetzung werden die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner in die Konzeptidee eingebunden. Sie sind in diesem Modell nur Mitwirkende, wobei der Träger über das Ausmaß ihrer Beteiligung entscheidet. Von Vorteil ist hier, dass die Bewohnerinnen und Bewohner durch die professionelle Hand entlastet werden und der gesamte Planungsprozess zügiger durchgeführt werden kann. Allerdings können sie in diesem Fall nicht alle Entwicklungen und Entscheidungen mitbestimmen. Spezielle Projekte für demenziell erkrankte, betagte oder pflegebedürftige Menschen werden oft durch engagierte Personen und Vereine aus dem Bereich der Alten- und Krankenpflege initiiert.

Das Gemeinschaftsleben wird durch die Bewohnerinnen und Bewohner in Selbstverwaltung organisiert. Häufig wird hierfür ein Bewohnerverein gegründet, welcher das „Rückgrat“ sowohl bei selbst- als auch bei trägerinitiierten Projekten bildet. Meist ist der Vereinsbeitritt freiwillig, kann aber auch Voraussetzung für den Einzug in ein Wohnprojekt sein. Der Bewohnerverein regt verschiedene Bewohneraktivitäten an, moderiert bei Schwierigkeiten und Krisen und übernimmt die Organisation des Gemeinschaftsalltags. Zudem werden die Gemeinschaftsräume von ihm verwaltet. Der Bewohnerverein wirkt zudem bei der Wohnungsbelegung – sowohl beim Erstbezug, als auch bei der Nachbelegung – mit. Dies ist ein wichtiger Aspekt für die Bildung und Stabilisierung der Wohngemeinschaft, damit die Wohnungsbelegungen auch den Kriterien des Projektziels entsprechen. Bei der Projektentwicklung durch einen professionellen Bauträger ist es daher für den Bewohnerverein wichtig, bereits in der Entwicklungsphase Kooperationsvereinbarungen über das Mitspracherecht bezüglich der Belegungen zu schließen.

³⁸ <http://www.nwia.de/>, abgerufen am 09.11.2009

In Pflegewohngruppen liegt die Gemeinschaftsorganisation in der Hand des Betreuungsteams. Die Belegung findet in Absprache mit dem Pflegeträger, teilweise auch unter Beteiligung der Mieterinnen und Mieter, statt.

Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Hausgemeinschaft in Kooperation mit einem Wohnungsunternehmen:

Eine von der Wohnberatungsstelle der Diakonie in Herne initiierte Gruppe beschäftigte sich seit 1992 mit der Frage: „Wie möchten wir wohnen, wenn wir noch älter werden?“.³⁹ Nach zahlreichen Diskussionen entschied man sich für das Modell der Hausgemeinschaft mit gleichgesinnten älteren Menschen, die zwar zusammen in einem Haus wohnen, aber jeweils eine eigene Wohnung haben sollten. Die Projektgruppe entwickelte ein Wohnmodell mit detailliertem Raumprogramm – die Wohnungen sollten seniorengerecht ausgestattet sein, zudem sollte das Haus in der Nähe des Stadtzentrums liegen – und organisierte Informationsveranstaltungen, anlässlich derer sie das Wohnkonzept verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften, Bauherren und Architekten vorstellte. Die Herner Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (HGW) gab der Projektgruppe im Jahr 1996 die Anregung zur Vereinsgründung, woraufhin der Verein „WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand e.V.“, Herne, gegründet wurde und die HGW als Kooperationspartner für das Wohnprojekt gewonnen werden konnte.

Im Jahr 1998 wurde mit dem Bau im Juri-Gerus-Weg in Herne begonnen. Aufgrund der idealen Lage des Grundstücks – Zentrumsnähe, gute Infrastruktur und Nähe zum Stadtpark – machte der Verein Abstriche bei der Anzahl der Wohnungen. So wurden nur 14 statt der ursprünglich geplanten 20 bis 25 Wohnungen – zwischen 48 und 62m², öffentlich gefördert und freifinanziert – gebaut. Allerdings wurden die Wünsche des Vereins bei der Gestaltung der Baupläne berücksichtigt. Die HGW ermöglichte dem Verein zudem den Bau eines Gemeinschaftsraums (rund 40m²), sowie die Wohnungsvergabe an Vereinsmitglieder und Mietverträge auf Lebenszeit. Wichtig war dem Verein ebenfalls der Einbau einer barrierefreien Dusche, was zunächst aus Kostengründen

³⁹ http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, S. 40, abgerufen am 10.11.2009

von der HGW abgelehnt wurde, allerdings konnte der Verein durch Eigeninitiative – eigenständige Einholung von Preisen – Überzeugungsarbeit leisten. Während der Bau-phase überprüfte eine Arbeitsgruppe des Vereins täglich, ob die Planungen in den einzelnen Wohnungen auch richtig umgesetzt wurden. 1999 konnten acht Alleinstehende – darunter eine Rollstuhlfahrerin – und sechs Ehepaare in ihre Wohnungen einziehen. Die gegenseitige Unterstützung im Alltag begann ganz selbstverständlich, da die Bewohner sich auch bereits vor dem Einzug gut kannten, so dass dieses Projekt sein Ziel erreichte. Professionelle Hilfe bei erhöhtem Pflegebedarf wird von externen Anbietern erbracht. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben eine Bewohnervertretung – zwei Frauen und einen Mann – gewählt, die dafür verantwortlich ist, dass das Zusammenleben auch weiterhin funktioniert. Der Mann ist gleichzeitig Hauswart, kümmert sich um den Gemeinschaftsraum und erhält dafür eine kleine Aufwandsentschädigung. Die Bewohnerversammlung tagt einmal im Monat zur Geselligkeit und auch um Probleme zu besprechen.

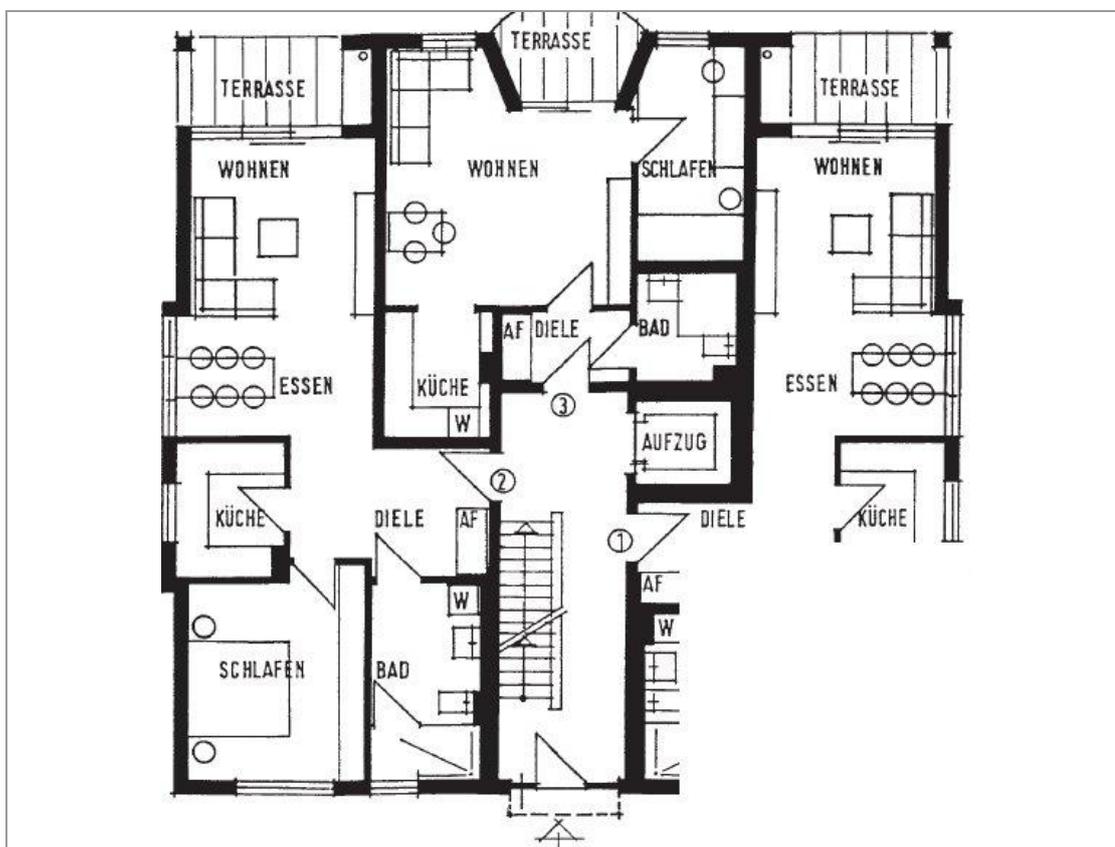


Abbildung 88: Grundriss Hausgemeinschaft Juri-Gerus-Weg

Der Verein „WIR – Wohnen im (Un-)Ruhestand e.V.“ ist nicht mehr nur allein Projekt-Verein für die Bewohnerinnen und Bewohner des Juri-Gerus-Weges, sondern hat sich mittlerweile zu einem Freizeit-Club mit über 100 aktiven Mitgliedern entwickelt. Zudem ist ein weiteres „WIR-Projekt“ in Herne entstanden.

Wohn-/Hausgemeinschaft für ältere Menschen mit Demenz

Die „Villa Hittorfstraße“,⁴⁰ eine großbürgerliche Villa in Münster, wurde im Jahr 1995 von der Alexianer-Krankenhaus GmbH Münster (Alexianer) mit Hilfe öffentlicher Fördermittel des Bundesministeriums für Gesundheit, als Bundesmodellprojekt zu einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt für 10 Menschen mit demenziellen Erkrankungen umgebaut. Ziel war, den Bewohnerinnen und Bewohnern solange wie möglich ihre Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zu bewahren sowie die Entlastung und gleichzeitige Integration der Angehörigen. Spezielle therapeutische oder rehabilitative Maßnahmen werden nicht angeboten, die Bewohnerinnen und Bewohner beteiligen sich jedoch aktiv nach ihren Fähigkeiten und Vorlieben bei den täglichen Hausarbeiten, was von den Alexianern als beste Therapie angesehen wird. Die 24-Stunden-Betreuung wird durch die pia-causa Krankenpflege GmbH (pia-causa), ein Tochterunternehmen der Alexianer sichergestellt. Tagsüber steht den Bewohnerinnen und Bewohnern eine examinierte Altenpflegerin zur Seite und unterstützt sie bei alltäglichen Dingen, wie Aufstehen, Kochen, Tagesorganisation und ist zudem Ansprechpartnerin für den Hausarzt und Angehörige. Nachts ist ebenfalls eine Kraft von pia-causa im Haus. Die Bewohnerinnen und Bewohner schließen neben dem regulären Mietvertrag einen separaten Vertrag mit der pia-causa ab. Die Betreuungspauschale beträgt hierfür 930 Euro/Monat. Da diese Kosten weder durch die Krankenkasse noch durch die Pflegeversicherung übernommen werden, gilt für Sozialhilfeberechtigte eine Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Pflegedienst, diese Kosten im Rahmen der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ bzw. „Hilfe zur Pflege“ nach dem SGB XII zu übernehmen. Weitere Kosten können durch zusätzliche ambulante Dienstleistungen, wie Pflegeleistungen oder Wohnungsreinigung anfallen. Hier entscheiden die Bewohnerinnen und

⁴⁰ http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, S. 56 ff, abgerufen am 12.11.2009

Bewohner und ihre Angehörigen jedoch selbst, welche zusätzlichen Leistungen benötigt werden und ob diese nicht eventuell auch durch Angehörige selbst erbracht werden können. Zudem fallen monatlich 200 Euro für die gemeinschaftliche Haushaltskasse an.

Die Mieterinnen und Mieter werden in diesem Projekt als Dienstleistungskunde und nicht als Patient gesehen. So haben sie auch bei Neuelegungen ein Mitspracherecht.

Das Gebäude besteht aus fünf Etagen, von denen vier über einen Fahrstuhl zugänglich sind. 7 Apartments mit eigenem Bad und 3 Zimmer mit gemeinsamem Bad stehen den 10 Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung. Darüber hinaus gehört zur Wohnfläche eine ca. 100m² große Wohnküche, Pflegebad, Garten, Diele und Hauswirtschaftsraum, die gemeinschaftlich genutzt werden. Ein Büro für den Hausverwalter ist ebenfalls vorhanden. Die Einrichtungsgegenstände in den privaten und gemeinschaftlichen Räumen stammen von den Mieterinnen und Mietern. Dadurch fällt es auch schwer verwirrten Menschen leichter, sich zu orientieren.⁴¹



Abbildung 89: Appartement und Gemeinschaftsraum Villa Hittorf

In Münster sind bereits zwei weitere Wohn-/Hausgemeinschaften (Villa Mauritz und Taubenstraße) für ältere Menschen mit Demenz entstanden. Ebenso hat sich das Konzept mit dem „Haus Rafael“ in Köln durchgesetzt.

⁴¹ <http://www.alexianer.de/muenster/heidhorn/hausgemeinschaften.php>, abgerufen am 24.11.2009

Vor- und Nachteile

Vorteil einer Wohn-/Hausgemeinschaft ist insbesondere das Wohnen in der selbstgewählten Gemeinschaft. Individualität und Privatsphäre werden durch die Einzelzimmer gewahrt, allerdings sind Hilfestellungen in familienartigen Strukturen durch Vorhandensein und Nutzung der Gemeinschaftsräume bei alltäglichen Verrichtungen möglich. Die zwischenmenschliche Kommunikation wird gefördert, was der Vereinsamung entgegenwirkt. Durch die Gemeinschaft werden gegenseitige Anregungen bei Freizeitaktivitäten und die Toleranz untereinander gefördert. Die Wohn-/Hausgemeinschaft kann eine preisgünstige Wohnalternative sein, da die Miet- und Nebenkosten auf mehrere Personen umgelegt werden und zudem für kleinere Dienstleistungen, wie beispielsweise Fahrten zum Arzt oder Einkäufe nicht ein externer Dienstleister beauftragt werden muss, sondern dies durch die mobileren Bewohnerinnen und Bewohner übernommen werden kann.

Zu den Nachteilen gehört unter anderem die eingeschränkte Autonomie durch den Gruppendruck. Es können Interessenkonflikte durch rücksichtslose Mitbewohnerinnen und Mitbewohner aufkommen. Bei gemeinsamen Entscheidungen, z.B. über die Neuvermietung an einen Interessenten wird in der Gruppe diskutiert, was in Streitereien untereinander enden kann. Eventuell wäre hier dann der Einsatz eines Mediators notwendig. Auch die Frage der Haftung bei Schäden kann zu Konflikten in der Gruppe führen. Problematisch ist ebenfalls, dass bei hoher Pflegebedürftigkeit ein Auszug aus der Wohn-/Hausgemeinschaft unausweichlich wird, da umfangreiche Pflege von den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern nicht gewährleistet werden kann. Zudem hat eine selbst initiierte Wohn-/Hausgemeinschaft meist eine lange Entwicklungs- und Bauphase. Bei „klassischen“ Wohngemeinschaften, vergleichbar mit Studenten-WGs, kann darüber hinaus der Abschluss des Mietvertrages Probleme bereiten, da es entweder einen Hauptmieter gibt, der an die anderen Bewohnerinnen und Bewohner untervermietet oder mehrere Hauptmieter, was zu Problemen bei der Wohnungskündigung durch Einzelne führen kann.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Realisierung selbstorganisierter Projekte hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) im Jahr 1997 ein Modellprogramm zur „Förderung neuer Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen“ aufgelegt.

Dieses Programm fördert finanziell

- die zusätzlichen Beratungs- und Planungskosten bei der Projektentwicklung sowie
- die Arbeit von zwei überregionalen Beratungsstellen in NRW.⁴²

Seit 1998 gilt zudem, dass für die gesamte öffentliche Wohnraumförderung alle Wohnungen barrierefrei sein müssen, damit diese Wohnungen auch für ältere Menschen geeignet sind. Gruppenwohnungen mit separaten Appartements inklusive eigenem Küchenbereich, Bad/WC und Gemeinschaftsräumen oder mit einzelnen Zimmern ohne Küchenbereich, Nasszelle und Gemeinschaftsräumen sind seit 2003 ebenfalls förderfähig im Sinne des sozialen Wohnungsbaus. Näheres zur sozialen Wohnraumförderung siehe Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“. Die Wohnflächenobergrenze für Gruppenwohnungen liegt bei 50m² pro Person einschließlich der anteiligen Gemeinschaftsflächen und dem Flächenmehrbedarf für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer. Die Gruppenwohnungen sind so auszugestalten, dass mindestens zwei Rollstuhlfahrerinnen oder Rollstuhlfahrer diese bewohnen können. Zudem dürfen nicht mehr als 8 Personen in einer Wohngruppe leben.

Die Finanzierung und Förderung von selbst initiierten Wohn-/Hausgemeinschaften gleicht der des Mehrgenerationenwohnens, diese sind in Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“ dargestellt. Des Weiteren ist es auch möglich, Wohn-/Hausgemeinschaften durch Eigenkapital der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner zu finanzieren, was allerdings selten vorkommt. Zudem sind neben

⁴² http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, S. 89, abgerufen am 18.11.2009

den öffentlichen Fördermitteln und den Eigenmitteln auch Forschungs- oder Stiftungsgelder für besonders innovative Vorhaben denkbar.

Verteilung im Kreisgebiet

Wohn-/Hausgemeinschaften sind im Rhein-Erft-Kreis nicht sehr zahlreich vorhanden. Nachfolgender Tabelle ist die Anzahl in den einzelnen Kommunen zu entnehmen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht nur speziell um Wohn-/Hausgemeinschaften für ältere Menschen, sondern auch um solche für Menschen mit Behinderung.

Kommunen	Anzahl der Wohn-/Hausgemeinschaften
Stadt Bedburg	-
Kreisstadt Bergheim	- (in Planung: 1)
Stadt Brühl	-
Gemeinde Elsdorf	1
Stadt Erftstadt	-
Stadt Frechen	-
Stadt Hürth	-
Stadt Kerpen	2
Stadt Pulheim	-
Stadt Wesseling	1

Tabelle 21: Anzahl der Betreuten Wohnanlagen in den kreisangehörigen Kommunen

Die detaillierte Auflistung der einzelnen Wohn-/Hausgemeinschaften ist der Anlage „8.9 Erfassung Ist-Zustand“ zu entnehmen.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

In der Frage 2.5 des Fragebogens wurden die Wohnformen Wohngemeinschaft und Hausgemeinschaft getrennt voneinander genannt. Mehrfachnennungen waren hierbei möglich. Die Darstellung erfolgt daher in zwei separaten Tabellen und grafischen Darstellungen.

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	über 75 J.	keine Angabe	Gesamt
Keine Angabe	0	0	0	0	3	3
Männlich	18	6	3	0	1	28
Weiblich	40	7	12	1	0	60
Gesamt	58	13	15	1	4	91

Tabelle 22: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Wohngemeinschaften

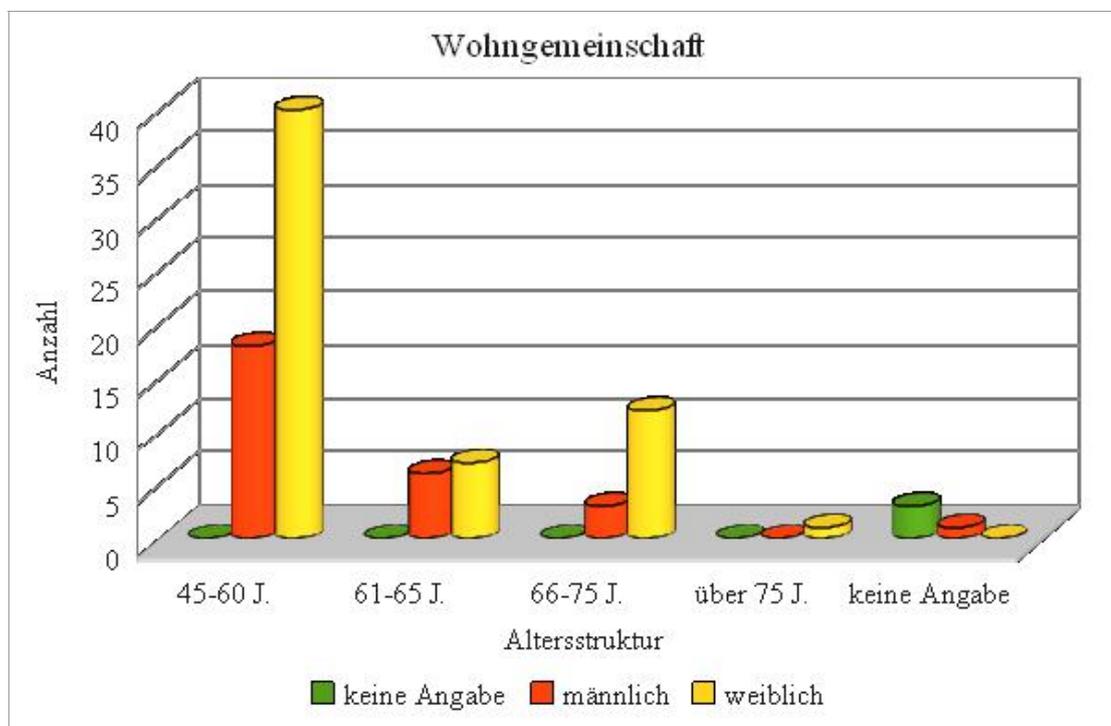


Abbildung 90: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Wohngemeinschaften

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass sich eher jüngere Menschen, die 45- bis 60-jährigen vorstellen können, im Alter in einer Wohngemeinschaft zu leben. Auffällig ist auch, dass es sich größtenteils um Frauen handelt, die dieser Wohnform offen gegenüber stehen. Mögliche Ursache hierfür ist, dass Frauen statistisch gesehen eine höhere Lebenserwartung als Männer haben und durch den Umzug in eine Wohngemeinschaft der Vereinsamung im Alter entgegen wirken wollen.

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	über 75 J.	keine Angabe	Gesamt
Keine Angabe	0	0	0	0	1	1
Männlich	23	7	14	1	0	45
Weiblich	38	5	7	5	0	55
Gesamt	61	12	21	6	1	101

Tabelle 23: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Hausgemeinschaften

Auch die Wohnform „Hausgemeinschaft“ wird deutlich von den 45- bis 60-jährigen bevorzugt. Allerdings ist hier zu beobachten, dass dieser Wohnform die 66- bis 75-jährigen Männer im Vergleich zu den gleichaltrigen Frauen aufgeschlossener sind.

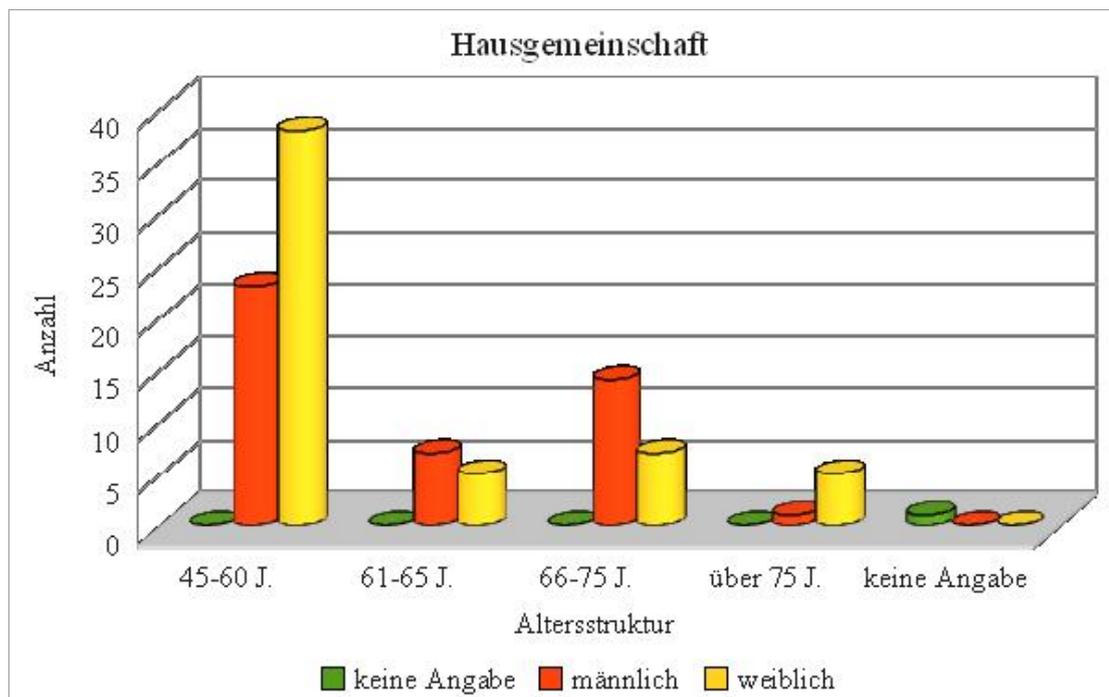


Abbildung 91: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Hausgemeinschaften

Insgesamt wurde die Wohngemeinschaft 91 Mal ausgewählt, dies macht 16,16% der Antwortwiedergaben aus. Bei der Hausgemeinschaft sind es 17,94%. Ein gravierender Unterschied ist zwischen diesen beiden Wohnformen somit nicht ersichtlich. Mögliche Ursache für die leicht erhöhte Tendenz zur Hausgemeinschaft kann darin liegen, dass hier die Autonomie durch die eigene Wohnung mit Bad und Küche noch mehr gewahrt wird, als durch die Wohngemeinschaft.

Die Experten sind überwiegend der Meinung, dass Wohn-/Hausgemeinschaften gute alternative Wohnformen für ältere Menschen sind. Autonomie des Einzelnen und die Verbundenheit in der Gruppe werden hier ebenso genannt, wie der Erhalt der Eigenständigkeit und gleichzeitig die direkte Hilfe vor Ort im Bedarfsfall. Ein Experte gibt an, „dass der Wunsch, die eigene Regie über ihr Leben bis ins hohe Alter zu bewahren und nicht zu vereinsamen auch im Rhein-Erft-Kreis vorhanden ist“. Zu bedenken sei allerdings, so ein weiterer Experte, „dass stets interessierte „Nachrücker“ bei Versterben einer Bewohnerin oder eines Bewohners gefunden werden müssen, damit ein dauerhaftes Bestehen der Wohn-/Hausgemeinschaft gesichert ist“. Die ausführlichen Experteninterviews sind der Anlage „8.8 Experteninterviews“ zu entnehmen.

4.1.5. Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)

Begriffserläuterung

„Mehrgenerationenwohnen ist ein selbst gewähltes Zusammenleben von Bewohnern verschiedener Altersklassen, als Basis für gemeinsame Freizeitgestaltung und Nachbarschaftshilfe. Gleichzeitig ist die Bewahrung der Eigenständigkeit im Alter ein wichtiges Element. Die Wohnprojekte verfügen daher neben einzelnen abgeschlossenen Wohneinheiten über Begegnungsräume und -areale, in denen die Menschen die Möglichkeit haben, miteinander in Kontakt zu treten.“⁴³

Allgemeine Ausführungen

Mehrgenerationenwohnen basiert auf einem freiwilligen Zusammenleben von Jung und Alt in einer sehr großen Wohnung oder einem Haus, mit mindestens zwei separaten Wohneinheiten. Jeder Bewohner hat mindestens einen Raum zur eigenen Verfügung. Darüber hinaus werden Gemeinschaftsräume wie Garten, Dachterrasse, Gemeinschaftsküche, Hobbyraum oder Fahrradkeller je nach Einrichtung und Bedürfnis gemeinsam genutzt. Die Bewohnerinnen und Bewohner verbindet der Wunsch, sich in einer lebendigen Nachbarschaft gegenseitig zu unterstützen und Gemeinschaftsflächen des Hauses oder der Wohnung zu teilen.⁴⁴ Zudem werden durch nachbarschaftliche Hilfen bzw. dem Austausch von Unterstützungsmaßnahmen die Handicaps der Bewohnerschaft erleichtert. Die Idee besteht darin, dass aus dem bewussten Miteinander gegenseitige Hilfeleistungen entstehen.⁴⁵ So helfen z.B. Jüngere den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern beim Einkaufen oder im Haushalt, was häufig den Schritt ins Heim hinauszögert. Ziel des Mehrgenerationenwohnens ist, durch ein gemeinschaftliches Zusammenleben die Selbstständigkeit zu erhalten und der Vereinsamungstendenz entgegenzuwirken. Im Gegenzug werden die jüngeren Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Familien unterstützt, indem die Älteren einen Teil der Kinderbetreuung über-

⁴³ Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S. 42

⁴⁴ <http://de.wikipedia.org/wiki/Mehrgenerationenhaus>, abgerufen am 12.11.2009

⁴⁵ vgl. Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger: Wohnen und Leben im Alter, S.18

nehmen oder den Kindern bei den Hausaufgaben helfen. Zu beachten ist jedoch, dass der Service der gegenseitigen Dienstleistungen freiwillig und unverbindlich ist. Häufig bietet das Mehrgenerationenwohnen kleinere Unterstützungsleistungen. Eine komplette Altenpflege oder Kinderbetreuung wird üblicherweise nicht zwischen den Bewohnern vereinbart.⁴⁴ Im Falle des Pflegebedarfs müssen in der Regel ambulante Pflegedienste beauftragt werden. Die Nachbarschaft kann der betroffenen Person durch kleinere Hilfeleistungen jedoch weiterhin ein Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit vermitteln.⁴⁶

Damit sich das Projekt des Mehrgenerationenwohnens von Beginn an durch gegenseitige Unterstützung und Zusammenhalt auszeichnet, ist es wichtig, dass sich die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner frühzeitig kennen lernen, um Vorstellungen über das Zusammenleben auszutauschen und zu entwickeln. Denn nur, wenn sich die Zusammensetzung der Bewohnerschaft einigermaßen homogen darstellt, sind diese Projekte erfolversprechend.⁴⁷

Bei der Auswahl eines geeigneten Grundstücks für das Mehrgenerationenwohnen wird viel Wert auf zentrale Lage und gute Infrastruktur gelegt, damit alle benötigten Einrichtungen (Geschäfte, Ärzte etc.) zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können. Zudem bemühen sich die Bewohner von Projekten des Mehrgenerationenwohnens um einen guten Kontakt zur Nachbarschaft, z.B. in Form von Nachbarschaftscafés, die in den Gemeinschaftsräumen stattfinden.⁴⁸

In Hinblick auf das Mehrgenerationenwohnen werden zwei Entstehungsmodelle unterschieden.

⁴⁶ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S.43

⁴⁷ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 58

⁴⁸ vgl. Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger: Wohnen und Leben im Alter, S. 76

Die Bewohnerinnen und Bewohner als Initiatoren

Das Modell ist die Idee einer Gruppe, die quasi als Bauherrin agiert. Diese sucht sich selbstständig Partner für die Realisierung des Projekts (Bauträger, Architekten etc.). Nachteil dieses Entstehungsmodells ist, dass die Projektgruppe die finanziellen Mittel aufbringen muss und das nötige Planungswissen fehlt. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Gruppe dem beauftragten Architekten vertrauen kann, um nicht übervorteilt zu werden. Sinnvoll wäre zudem, aus Erfahrungswerten zu schöpfen, die andere Gruppen bereits gemacht haben. Des Weiteren ist es möglich, dass ein Verein selbst Investor ist. Der Bauträger und die Eigentümer stimmen dann mit der Bewohnerschaft überein. Der Erfolg des Projekts hängt davon ab, ob die Projektgruppe ihre Interessen vertreten kann und verlässliche Partner zur Realisierung des Projekts findet. Oft scheitern diese Projekte aufgrund des langen Prozesses von Planung und Umsetzung oder weil die Bewohnerschaft keine ausreichende Unterstützung und Begleitung findet.

Die Bewohnerinnen und Bewohner als Mitwirkende

Bei dieser Form geht die Initiative zur Realisierung eines Bauprojekts von einem Träger bzw. einer Institution aus. Die Bewohnerschaft wird erst bei der Umsetzung des Projekts entsprechend der Konzeptidee ausgewählt und eingebunden. Es kann von Vorteil sein, wenn die Realisierung von professionellen Kräften ausgeht, da sich Wohngruppen den gesamten Prozess des Planens und Bauens alleine oft nicht zutrauen.

Bei beiden Entstehungsmodellen haben die Bewohnerinnen und Bewohner Formen der Selbstorganisation und der aktiven Mitwirkung entwickelt. Hierzu wird in den meisten Fällen ein Bewohnerverein gegründet, dem häufig viele Bewohner angehören. Dieser übernimmt die Organisation des Gemeinschaftsalltags und verwaltet die Gemeinschaftsräume. Zudem besitzt der Bewohnerverein ein Mitspracherecht bei der Belegung der Wohnungen.⁴⁹ Die Kosten dieser Wohnform stimmen überwiegend mit den üblichen Preisen des Wohnungsmarktes überein. Wurden die Wohnungen mit

⁴⁹ vgl. Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger: Wohnen und Leben im Alter, S. 81-86, 89

öffentlichen Mitteln gebaut, sind die örtlichen Sozialmieten ausschlaggebend.⁵⁰ Bei Eigentumswohnungen liegen die Kosten im unteren bis mittleren Segment. Es muss jedoch beachtet werden, dass zusätzlich Kosten für die Gemeinschaftsräume anfallen, soweit diese nicht öffentlich gefördert oder subventioniert werden. Des Weiteren können Kosten für zusätzlichen Planungsaufwand, Moderation des Gruppenprozesses oder die Begleitung und Beratung der Bewohner nach Einzug durch professionelle Kräfte entstehen.⁴⁹

Abzugrenzen ist das Mehrgenerationenwohnen von dem Mehrgenerationenhaus im Sinne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser wurde von der damals niedersächsischen Familienministerin Ursula van der Leyen ins Leben gerufen. Bei diesem Projekt werden Mehrgenerationenhäuser als offene Nachbarschaftstreffpunkte bzw. Tagestreffpunkte verstanden. Nachdem Ursula van der Leyen das Amt der Bundesfamilienministerin übernommen hatte, führte sie das Projekt auf Bundesebene fort mit dem Ziel, bundesweit in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Mehrgenerationenhäuser zu schaffen. Seit Beginn des Jahres 2008 haben alle 500 ausgewählten Häuser ihre Arbeit aufgenommen. Sie werden vom Bund jeweils für die Dauer von fünf Jahren mit jährlich 40.000 Euro gefördert. 200 der 500 Häuser profitieren zudem aus dem Europäischen Sozialfonds.

Ziel des Programms Mehrgenerationenhäuser ist die Bildung eines generationenübergreifenden Netzwerks, in dem sich Jung und Alt gegenseitig unterstützen. In Mehrgenerationenhäusern können beispielsweise neben offenen Cafés und Angeboten zur Kinderbetreuung gute und qualifizierte Beratung sowie Essensservice, Haushaltshilfen oder Fahrdienste angeboten werden. Ein Schwerpunkt der Mehrgenerationenhäuser liegt somit in der Vermittlung von Dienstleistungen. Es können sowohl Dienstleistungen angeboten als auch nachgefragt werden. Bis zum heutigen Tage engagieren sich rund 15.000 Freiwillige in den offenen Tagestreffpunkten, z.B. als Leihgroßeltern, Hausaufgaben- oder Computerhilfe. Eine wichtige Herausforderung für das Projekt

⁵⁰ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 75

stellt zudem die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte dar. Nach Meinung von Ursula von der Leyen ist es im Hinblick auf die Zukunft unausweichlich, Orte zu schaffen, an denen sich Menschen aller Generationen ganz selbstverständlich im Alltag begegnen, voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen.⁵¹

Auch der Rhein-Erft-Kreis hat ein Mehrgenerationenhaus vorzuweisen. Nähere Informationen zum Mehrgenerationenhaus in Frechen können dem Kapitel „5.2.7 Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“ entnommen werden.

Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Das Projekt „Stadthaus statt Haus“ ist ein Mehrgenerationenprojekt in Aachen, das durch den Kauf eines geeigneten Grundstücks im Jahr 2000 realisiert wurde.

Lage

Das Haus liegt im Stadtzentrum Aachen. Sowohl Hauptbahnhof als auch die Innenstadt sind in wenigen Minuten zu erreichen. Eine optimale ÖPNV-Anbindung macht ein Auto nicht unbedingt nötig.

Idee

Im Mittelpunkt des Projekts stand der Wunsch, mit anderen Menschen gemeinsam ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu verwirklichen. Die Bewohner/-innen verschiedener Altersklassen waren bereit, ihre großen Wohnungen und Häuser für einen Umzug in das Mehrgenerationenwohnen aufzugeben.

Bau

Der Kaufvertrag für das Grundstück wurde im April 2000 unterschrieben. Zuvor hat die Gruppe ein erstes bauliches Konzept entwickelt und bei weiteren Treffen die Planung konkretisiert. Die individuellen Grundrisse und Sonderwünsche (z.B. Ganzglastüren oder Holzdielenfußböden) wurden in persönlichen Gesprächen festgehalten. Der Bezug der Anlage folgte im Jahr 2002.

⁵¹ <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=110314.html>, abgerufen am 12.11.2009

Finanzierung

Die Bewohner/Erwerber der Wohnungen haben deren Finanzierung individuell geregelt. Um jedem Projektmitglied den Einzug zu ermöglichen, wurden gegenseitige Darlehn gewährt. Während neun Eigentümer ihre Wohnungen selbst nutzen, werden sechs Wohnungen zurzeit vermietet. Der Verein „Stadthaus statt Haus“, dem alle Bewohner/-innen des Hauses angehören, ist Eigentümer des Gemeinschaftsraums, der aus dem Sonderfonds „Neue Wohnformen für alte und pflegebedürftige Menschen in NRW“ mit 80% der Investitionskosten gefördert wurde.

Gestaltung des Stadthauses

Das Stadthaus ist ein 5-geschossiges Gebäude. Die Fassade besteht aus Glas und dient zugleich als Lärmschutz. Das Treppenhaus verfügt über eine Galerie und eine kommunikationsfördernde Eingangshalle, die die individuellen Einheiten verbindet. Neben den Gemeinschaftsräumen (Gemeinschaftswohnung, Dachterrasse, Eingangshalle, Garten, Fahrradraum, Werkstatt, Tiefgarage) verfügt das Stadthaus über 15 Wohnungen, die zwischen 37m² und 120m² groß sind.⁵²

Altersstruktur

Im Stadthaus leben zwei Jugendliche im Alter zwischen 13 und 19 Jahren, drei Personen im Alter von 20 bis 45 Jahren, fünf Personen zwischen 46 und 59 Jahren, sechs Personen von 60 bis 69 Jahren, drei Ältere von 70 bis 79 Jahren sowie ein Hochbetagter ab 80 Jahre. Auch bei Fortzügen wird versucht, die Altersstruktur zu erhalten.

Entscheidungsfindung

Entscheidungen werden im Stadthaus stets gemeinschaftlich getroffen. Hierzu finden Eigentümerversammlungen, einmal jährlich Mitgliederversammlungen und Treffen der Hausgemeinschaft statt. Gemeinschaftliche Aufgaben werden von den Bewohnerinnen und Bewohnern organisiert, so gibt es z.B. eine Gartengruppe, eine Innenhofgruppe und eine Gemeinschaftsraumgruppe.

⁵² http://www.aachener-stiftung.de/uploads/media/Leitfaden_Wohnen50plus.pdf, S. 29-33, abgerufen am 12.11.2009

Gemeinschaftsaktivitäten

Neben einer Meditationsgruppe, einer Fitnessgruppe und einer Schreibwerkstatt wird am ersten Samstag im Monat gemeinsam gefrühstückt. Zudem finden regelmäßig Tee-stunden und ein gemeinsamer Singkreis statt. Die Gemeinschaft ist seit dem Einzug so stark zusammengewachsen, dass Theater-, Kinobesuche oder gemeinsame Urlaubsrei-sen keine Seltenheit sind.

Besonderheiten

Aufgrund von Unstimmigkeiten und Konflikten wurde eine Mediatorin hinzugezogen, die das Projekt eine zeitlang begleitet hat. Als Ergebnis wurde von allen Parteien ein Wohnbündnis unterzeichnet. Obwohl die Wohngruppe nur unterstützende Nachbar-schaftshilfe leistet, konnte ein erster Pflegefall, der im angesprochenen Beispiel aufge-treten ist, positiv bewältigt werden. Alle Bewohnerinnen und Bewohner nahmen am Rehabilitationsprozess teil und übernahmen verschiedene Aufgaben, um die betroffene Person zu unterstützen.

Rückansicht des Hauses: Alle Bal-kons haben Zugang zum Gemein-schaftsgarten

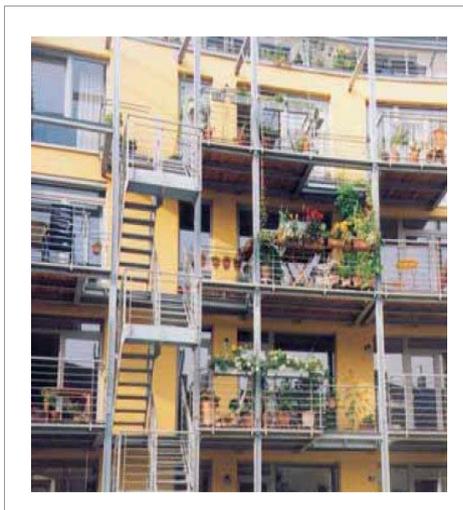


Abbildung 92: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, S. 32 & 33

Verwirklichung des Grundrisses des Erdge-schosses, Leitgedanke „Individualität in der Gemeinschaft“

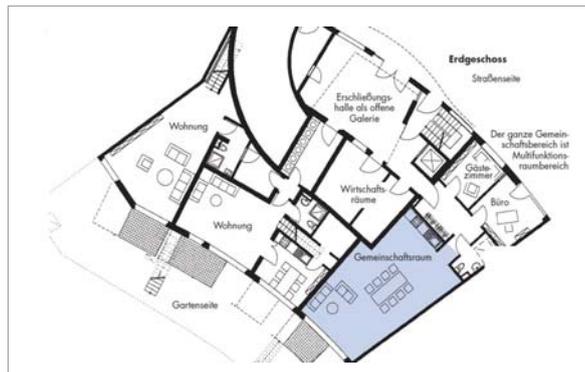


Abbildung 93: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, S. 32 & 33

Vor- und Nachteile

Die Gesellschaft ist im Wandel und die Auflösung traditioneller Familienformen stellt die Versorgung des Einzelnen im Familienverband immer mehr in Frage. In der heutigen Zeit entstehen zunehmend verkleinerte Haushaltstypen, wie Singlehaushalte oder Alleinerziehende, die auf vernetztes Wohnen angewiesen sind. Zudem ist es Kindern, die erwerbstätig sind, nicht mehr möglich ihre Eltern ständig aktiv zu unterstützen.⁵³

In der Vergangenheit war es vor allem im Bereich der Landwirtschaft völlig normal, dass mehrere Generationen in einem Haus zusammen leben und sich gegenseitig unterstützen. Dabei waren alle Familienmitglieder in den Arbeitsablauf integriert. Dieses Lebenskonzept förderte ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit und gilt auch als Vorbild für das heutige Mehrgenerationenwohnen.⁵⁴ Der Schwerpunkt dieser Wohnform liegt auf dem Zusammenleben mehrerer Generationen in einer gemeinsamen Wohnung bzw. einem gemeinsamen Haus. In solch einem generationsübergreifenden Netzwerk kann jede Person ihre Fähigkeiten und Stärken einbringen. Die Idee besteht somit darin, dass aus dem Miteinander von Jung und Alt viele Vorteile und gegenseitige, nachbarschaftliche Hilfeleistungen entstehen.⁵⁵ Zu nennen sind hier z.B. der Einkaufsdienst, die Hilfe im Haushalt oder kleinere Entlastungen von alltäglichen Arbeiten im haushaltsnahen Bereich. Auf diese Weise wird es den älteren Bewohnerinnen und Bewohnern ermöglicht, ihr Leben so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu gestalten und den Schritt ins Heim hinauszuschieben, was wiederum zu einer Entlastung der sozialen Sicherungssysteme führt. Im Gegenzug gibt die ältere Generation Erziehungswissen und Alltagskompetenzen an die jüngere Generation weiter. Gerade Familien, in denen die Eltern berufstätig sind, können von älteren Mitbewohnern profitieren, die sich eventuell für die Kinderbetreuung zur Verfügung stellen, das Kind vom Kindergarten abholen oder einfach nur die Hausaufgabenbetreuung übernehmen. Schließlich sind Betreuungsplätze noch nicht im ausreichenden Maße vorhanden und eine Ganztagsbetreuung führt zu immensen Kosten, die sich „Normal-

⁵³ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S. 42

⁵⁴ <http://www.wohnen.de/Mehrgenerationen.html>, abgerufen am 12.11.2009

⁵⁵ <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf56/konzept-mehrgenerationenwohnen.pdf>, S. 2, abgerufen am 12.11.2009

verdiener“ oft nicht leisten können. Auf diese Weise können die älteren Menschen weiterhin aktiv am Leben teilnehmen und haben das Gefühl, nützlich zu sein, indem sie ihre Lebenserfahrung und ihr Wissen weitergeben. Schließlich verfügen ältere Menschen in der heutigen Zeit über höhere Qualifikationen und sind meist in guter körperlicher und geistiger Verfassung.⁵⁶

Kinder und Jugendliche lernen im Gegenzug durch den Kontakt der Generationen Tugenden wie Toleranz, Rücksicht, Respekt und Verantwortung, die kein Schulbuch vermitteln kann.⁵⁷ Mehrgenerationenwohnen kann diese Leistungen anbieten, weil die Bewohnerinnen und Bewohner eine Gemeinschaft darstellen, die zum Teil so weit geht, dass sich Mitbewohnerinnen und Mitbewohner kennen und lieben lernen wie ihre eigene Familie. Dies funktioniert jedoch nur, wenn die Menschen erkennen, dass sie voneinander abhängig sind und Verantwortung füreinander entwickeln.⁵⁸

In Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis hat die Ansiedlung von Mehrgenerationenwohnen auch einige Vorteile zu bieten. So könnte diese Wohnform zu einer Entlastung der kommunalen Hilfesysteme führen, da sich die Bewohnerinnen und Bewohner durch nachbarschaftliche Selbsthilfe-Netzwerke gegenseitig unterstützen. Zudem könnten die Gemeinschaftsräume von der Nachbarschaft oder anderen Vereinen mit genutzt werden.

Natürlich darf nicht aus den Augen gelassen werden, dass Mehrgenerationenwohnen auch einige Risiken aufweist. Die gegenseitigen Hilfeleistungen und das Zusammenleben basieren auf Freiwilligkeit, so dass es keine verpflichtenden Regeln für einen Leistungsaustausch gibt. Auf diese Weise können falsche Vorstellungen über den Umfang der gegenseitigen Unterstützung entstehen. Im Pflegefall eines älteren Menschen kann die Versorgung meist nicht mehr von den Bewohnern getragen werden. Stattdessen ist man auf eine fachkundige Versorgung professioneller Pflegedienste angewie-

⁵⁶ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S. 41-54

⁵⁷ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/02__Alle_20Generationen_20einbinden.html, abgerufen am 12.11.2009

⁵⁸ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S. 49f.

sen. Und auch eine ständige Kinderbetreuung ist nicht Bestandteil der Vereinbarung zwischen der Bewohnerschaft. Zudem birgt das Mehrgenerationenwohnen die Gefahr einer ungleichen Arbeitsaufteilung. So kann es Bewohner geben, die von den Leistungen anderer profitieren, jedoch selbst keine Unterstützung und Hilfe anbieten. Für eine Vielzahl von Menschen mag diese Wohnform auch deshalb abschreckend wirken, weil die freiwilligen Leistungen kein Einkommen bieten und somit keine Rentenanwartschaften begründet werden. Es handelt sich beim Mehrgenerationenwohnen nicht um eine Alternative zur Erwerbsarbeit, sondern um freiwilliges Engagement. Eines der größten Probleme scheint jedoch das Risiko von Konflikten zwischen den Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern. Sie leben eng beieinander und teilen sich die Gemeinschaftsräume. Wie in einer Familie treffen unterschiedliche Bedürfnisse und Vorstellungen aufeinander: *„Je mehr Privates mit der Nachbarschaft geteilt wird, desto wichtiger wird eine große Übereinstimmung in vielen Bereichen des täglichen Leben.“* Dies ist jedoch gerade bei Menschen verschiedener Altersklassen oft nicht der Fall. Daher ist es zweifelhaft, ob Mehrgenerationenwohnen eine soziale, kulturelle oder religiöse Durchmischung zu leisten im Stande ist.⁵⁹

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Eine generelle Förderung des Mehrgenerationenwohnens durch den Bund oder das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) gibt es nicht. Es kann jedoch auf Förderangebote des Landes NRW im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung zurückgegriffen werden. So stehen z.B. Zuschüsse für die Moderation und Entwicklung von Wohnprojekten zur Verfügung. Dass heißt, Baugruppen und Wohngruppen im Investorenmodell können Zuschüsse für die Kosten von Wirtschaftlichkeitsberechnungen, bauliche Gutachten, Moderation der Gruppe, Rechtsberatung oder für die Vermittlung zwischen Wohngruppe und Investor beantragen. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein Nachweis der Ernsthaftigkeit. So muss zur Förderung eines Wohnprojekts eine feste Gruppe bestehen, die zumindest schon ein bestimmtes Grundstück durch Vorarbeit und Vorverträge ausgewählt hat und mit einem Investor in Kontakt getreten ist. Des Weiter-

⁵⁹ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S. 63-66

ren sind nur diejenigen Projekte förderfähig, die auch sozial geförderte Mietwohnungen oder preiswerte Eigentumswohnungen (für Menschen, die Wohnraumförderung in Anspruch nehmen) anbieten und sozialen Ansprüchen (Integration Älterer oder Organisation der Kinderbetreuung) gerecht werden. Der Antrag auf Zuschussförderung ist formlos beim Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW, Referat für den experimentellen Wohnungsbau, 40190 Düsseldorf, einzureichen. Ein Kostenvoranschlag für die externe Beratungsleistung ist dem Antrag beizulegen.

Neben der Förderung von Moderation und Entwicklung von Wohnprojekten werden zudem zinsgünstige Darlehen im Rahmen der Wohnraumförderung gewährt, wie z.B. für Bau, Modernisierung oder Eigentumserwerb im Neubau oder im Bestand. Des Weiteren ist es Baugruppen und Genossenschaften möglich, spezielle Förderungen der Wohnraumförderungsbestimmungen in Anspruch zu nehmen. Hierunter fallen z.B. die Gewährung öffentlicher Mittel für Gemeinschaftsräume sowie Förderung des Neubaus von Miet- und Eigentumswohnungen.

Die Förderung erfolgt über die zuständigen Bewilligungsbehörden (bei kreisfreien Städten sind dies die Wohnungsämter und bei kreisangehörigen Städten/Gemeinden die Ämter für Wohnungswesen der Kreisverwaltung).

Zudem bietet das Land NRW Darlehen für die Gründung von Bewohnergenossenschaften an. Hierbei werden Darlehen bis zur Höhe der von den Genossenschaftsmitgliedern gezahlten Genossenschaftsanteilen gewährt. Dies setzt jedoch voraus, dass mindestens 50% der Haushalte, die in der Genossenschaft wohnen, unterhalb der Einkommensgrenze der sozialen Wohnraumförderung liegen. Die Förderhöhe bestimmt letztendlich das Ministerium.

Das Genossenschaftsgründungsdarlehen ist bei der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW zu beantragen.⁶⁰

⁶⁰ vgl. Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Neues Wohnen mit Nachbarschaft, S. 87

Zudem legt das Land NRW jährlich ein Wohnraumförderungsprogramm (WoFP) auf, welches bezahlbaren Wohnraum für alle Haushalte innerhalb der entsprechenden Einkommensgrenzen der sozialen Wohnraumförderungen zum Ziel hat. Gefördert werden z.B. Gruppenwohnungen, Wohnheime für Menschen mit Behinderung oder Maßnahmen, die speziell das Wohnen im Alter in den eigenen vier Wänden ermöglichen. Ausführliche Informationen hierzu können den Kapiteln „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“ und 4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ entnommen werden.

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Mehrgenerationenwohnen ist im Rhein-Erft-Kreis bisher nur in Wesseling möglich. Nähere Informationen hierzu können dem Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand“ entnommen werden.

Auch die Kreisstadt Bergheim ist bemüht, die Ansiedlung neuer Wohnformen zu fördern. Aus diesem Grund fanden bereits zwei Planungstreffen zum Thema „Intergeneratives Wohnen – Eine Idee für Bergheim?“ statt. *„Ziel ist, Engagement in der Form zu wecken, dass sich Menschen mit anderen Menschen auf den Weg machen, die Idee des Zusammenwohnens von Jung und Alt in der Kreisstadt weiter zu entwickeln“.*⁶¹ Bei den ersten beiden Treffen standen das Kennenlernen der Gruppe und die Herausarbeitung gemeinsamer Wünsche im Vordergrund. Aber auch allgemeine Themen, wie die Frage nach einem geeigneten Grundstück, der Rechtsform oder dem Investor waren Bestandteil der Diskussionen. Inwieweit die Treffen der Gruppe zur Umsetzung eines Mehrgenerationenwohnens oder einer anderen Wohnform führen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingeschätzt werden. Dennoch ist es ein erster Schritt, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels, vergleiche Kapitel „2 Demografische Entwicklung (Herr Malek)“, zu stellen.

⁶¹ <http://www.bergheim.de/intergeneratives-wohnen.aspx>, abgerufen am 16.11.2009

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Unter der Frage 2.5 wurden ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim befragt, welche Wohnform sie sich als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen könnten. Die Bürgerbefragung kommt in Bezug auf das Mehrgenerationenwohnen zu folgendem Ergebnis (die Auswertung der gesamten Frage bzw. des kompletten Fragebogens kann dem Gliederungspunkt „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ entnommen werden).

Von 563 ausgewerteten Fragebogen wurde 123-mal die Wohnform des Mehrgenerationenwohnens gewählt (Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich). Dies macht 21,85% der Stimmabgaben aus.

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	0	0	3	3
männlich	32	11	12	0	0	55
weiblich	42	12	8	3	0	65
Gesamt	74	23	20	3	3	123

Tabelle 24: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf das Mehrgenerationenwohnen

Auffällig erscheint, dass sich gerade die Befragten der Altersklasse ab 45-60 Jahre vermehrt für ein Mehrgenerationenwohnen aussprechen. Mit steigendem Alter nehmen die Stimmabgaben für diese Wohnform deutlich ab. Bei einem Vergleich der Geschlechter kann festgestellt werden, dass das Interesse der Frauen an einem Mehrgenerationenwohnen geringfügig größer ist.

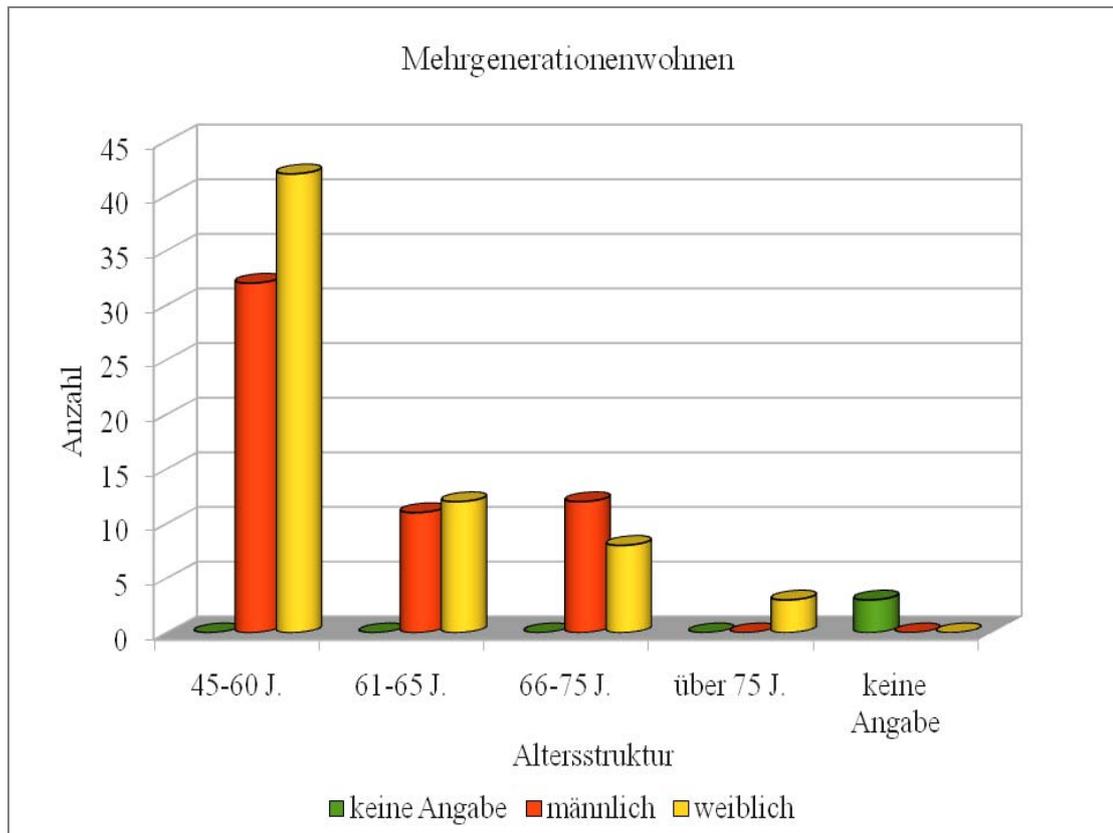


Abbildung 94: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf das Mehrgenerationenwohnen

Sechs der 14 befragten Experten sehen im Mehrgenerationenwohnen eine neue Wohnform, die für die Gesellschaft viele Vorteile bietet. Schließlich begegnen sich die Generationen wie in damaligen Großfamilien, wodurch die Isolation einiger Altersgruppen überwunden und die Toleranz füreinander entfaltet werden kann. Dabei sei es unerheblich, ob Mehrgenerationenwohnen im familiären Bereich oder gemeinsam mit Fremden gelebt wird. Wichtig sei lediglich, dass eine Gemeinschaft entsteht, in der sich Jung und Alt aktiv einbringen können und gegenseitige Unterstützungsleistungen in Form von Nachbarschaftshilfe angeboten werden. Zielführend sei außerdem nur ein Mehrgenerationenwohnen, das in einer breiten Volksschicht realisiert werden kann. Nach Angaben von Frau Hülsewig hat die Fraktion der CDU im Rat der Kreisstadt Bergheim bereits beantragt, diese Wohnform in Bergheim zu etablieren.

Für ein gutes Beispiel halten einige Experten zudem das Projekt der Stadt Köln „Wohnen für Hilfe“, bei dem Wohnungspartnerschaften zwischen Jung und Alt ge-

geschlossen werden. Während Studierende Hilfe im Alltag bieten, stellen die älteren Bürgerinnen und Bürger Wohnraum zur Verfügung. Gerade in Nachbarkommunen der Stadt Köln wäre dies eine Maßnahme, die nach Meinung der Experten großen Zuspruch finden könnte.

Jedoch gibt es auch kritische Stimmen zum Mehrgenerationenwohnen. Zwei Experten äußern z.B., dass diese Wohnform nur für eine bestimmte Bürgerschicht geeignet und zudem mit hohen Investitionskosten verbunden sei. Des Weiteren sei es problematisch, mit fremden Personen unter einem Dach zu wohnen, wenn dies oftmals schon nicht mit Familienmitgliedern ohne Komplikationen ablaufe. Die vollständigen Experteninterviews können unter Kapitel „8.8 Experteninterviews“ nachgelesen werden.

4.1.6. Senioren- und Pflegeheime

Begriffserläuterung

„Ein Altenheim, auch Altersheim oder Seniorenheim genannt, ist eine Wohneinrichtung für ältere Menschen. Gemeint ist damit eine Heimeinrichtung zur Unterbringung, Betreuung und Pflege alter Menschen. Das Altenheim hat heute immer mehr die Aufgabe, pflegebedürftige Menschen aufzunehmen. Damit wandelt sich das Altenheim immer mehr zu einem Pflegeheim. Das reine Wohnen tritt in den Hintergrund.“⁶²

„Ein Pflegeheim ist eine Stätte, in der alte Menschen, schwer chronisch kranke Menschen, geistig und körperlich schwerstbehinderte Menschen leben. Sie werden 24 Stunden lang versorgt und gepflegt. Ein Pflegeheim kennzeichnet sich also dadurch, dass in ihm pflegebedürftige Personen wohnen. Das Merkmal Pflege bzw. Pflegebedürftigkeit der Bewohner grenzt das Pflegeheim von einem Altenheim oder Seniorenheim ab.“⁶³

⁶² <http://www.pflege-deutschland.de/altenheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁶³ <http://www.pflege-deutschland.de/pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

Trotz der Differenzierung zwischen Senioren- und Pflegeheimen gibt es heutzutage keine strikte Trennung zwischen diesen beiden Einrichtungen mehr. Es gilt der Leitsatz: „Es wird gepflegt, wo gewohnt wird“. Aus diesem Grund findet man in der Regel eine Kombination aus den traditionellen Heimtypen Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim vor. Einrichtungen nehmen dann sowohl pflegebedürftige Personen als auch ältere Menschen, die nur Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens benötigen, auf.⁶⁴ Zudem sind Pflegeheime von Wohnheimen zu unterscheiden. Die in Wohnheimen untergebrachten Menschen können zwar auch behindert, krank oder pflegebedürftig sein, jedoch steht dort die Integration in das soziale Umfeld im Vordergrund. Des Weiteren handelt es sich überwiegend um jüngere Personen, die dort leben.⁶³

Allgemeine Ausführungen

Der Begriff Seniorenheim/Altenheim gilt als Oberbegriff für jede Form der Fremdversorgung im hohen Alter. Jedoch unterscheidet man in Deutschland die drei traditionellen Heimformen Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim.

Im Altenwohnheim steht der Bereich Wohnen im Vordergrund. Die Menschen können ihr tägliches Leben noch selbstständig bewältigen und führen ihren eigenen Haushalt. Andere Leistungen, wie die Verpflegung oder Betreuung und Pflege im Krankheitsfall, werden von dem Heim jedoch angeboten.

In einem Altenheim sind die Bewohnerinnen und Bewohner zur Führung eines eigenen Haushalts nicht mehr in der Lage. Neben der Unterkunft sind auch die Verpflegung, Betreuung und gegebenenfalls Pflege im Leistungspaket enthalten. Dienstleistungen wie Grundpflege, Hilfe beim Ankleiden oder Essen können in Anspruch genommen werden. Die Heimbewohnerinnen und Bewohner sind in Ein- oder Mehrbettzimmern mit Bad und WC untergebracht. Eine Pflegebedürftigkeit liegt in der Regel nicht oder nur im geringen Maße vor.

⁶⁴ <http://www.geroweb.de/altenheim/altenheime.html>, abgerufen am 16.11.2009

In einem Altenpflegeheim werden die Menschen rund um die Uhr betreut. Die Abhängigkeit und die Versorgung durch Dritte sind aufgrund von Krankheit, Alter oder Behinderung sehr hoch.⁶⁵

Sowohl beim Altenwohnheim als auch beim Altenheim ist die Pflegebedürftigkeit oder künftige Pflegebedürftigkeit kein Aufnahmekriterium. Jedoch ist dies meist der Grund, über den Umzug in ein entsprechendes Heim nachzudenken. Schließlich wird eine vollstationäre Pflege notwendig, wenn diese nicht mehr von Angehörigen oder Freunden geleistet oder der Umfang der Pflege im häuslichen Bereich nicht sichergestellt werden kann, weil die häuslichen Gegebenheiten keine häusliche Pflege ermöglichen.⁶⁶ Senioren- und Pflegeheime sind dann oft die einzige Lösung, da sie alle Leistungen in Bezug auf die Unterkunft, Verpflegung, Betreuung und Pflege anbieten, die nötig sind. So verfügen Heime über Zimmer mit der erforderlichen Vollausstattung, sanitäre Anlagen und Gruppenräume. Die Bewohner werden mit mehreren Mahlzeiten am Tag gepflegt (auch Diät- und Schonkost). Zudem übernehmen die Pflegerinnen und Pfleger allgemeine Pflegeleistungen sowie eine 24-Stunden-Betreuung. Therapeutische Angebote oder eine Sterbebegleitung werden je nach Bedarf zur Verfügung gestellt.⁶⁷

Alle drei Heimformen (Altenwohnheim, Altenheim und Altenpflegeheim) unterliegen den Bestimmungen des Heimgesetzes und des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (WTG NRW). Das Heimgesetz enthält zivilrechtlichen Regelungen über die zwischen Heimträger und Heimbewohnerin und Heimbewohner zu schließenden Verträge.⁶⁸

Nachdem die Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht mit der Föderalismusreform im Jahr 2006 an die Länder übergegangen ist, hat das Land NRW am 12. November 2008 das neue Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG NRW) verabschiedet, um die Situation in Heimen nachhaltig zu verbessern. Nach den Bestimmungen des

⁶⁵ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales: Fachbroschüre „Mitte im Leben“, S. 33

⁶⁶ http://www.aok.de/rh/rd/media/pflegebroschuere_neu.pdf, S. 17, abgerufen am 16.11.2009

⁶⁷ <http://www.kreis-coesfeld.de/menschen-und-pflege/Aup/kosten.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁶⁸ <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/gesetze,did=3270.html>, abgerufen am 17.11.2009

WTG NRW soll sich das Leben in Betreuungseinrichtungen an den Maßstäben eines Lebens wie zu Hause orientieren, da eine Vielzahl von älteren und pflegebedürftigen Menschen ihren Lebensabend im Heim verbringen. So soll die Anzahl der Einzelzimmer steigen und das Mitbestimmungsrecht der Bewohnerinnen und Bewohner in Bezug auf die Speiseplanung, die Freizeitgestaltung und die Hausordnung zunehmen. Des Weiteren hat jeder der Betroffenen das Recht auf eine auf ihn zugeschnittene, gesundheitsfördernde und qualifizierte Betreuung. Zudem sollen Heimbewohnerinnen und Heimbewohner mit Hilfe des Gesetzes besser über Angebote der Beratung, der Pflege und der Behandlung informiert werden. In Bezug auf die neuen Anforderungen an die Wohnqualität gilt der Grundsatz der Barrierefreiheit. Die jährlichen Kontrollen durch die Heimaufsicht werden grundsätzlich unangemeldet durchgeführt und die Prüfberichte veröffentlicht, um die Transparenz zu erhöhen.⁶⁹ Zusätzlich wurde mit der Pflegereform zum 01.07.2008 festgelegt, dass ab dem Jahr 2011 jede Einrichtung jährlich und unangemeldet geprüft wird. Bis zum Jahr 2010 soll jede Einrichtung in Deutschland mindestens einmal vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen überprüft werden. Die Kontrollen erfolgen nach neuen Qualitätsstandards und stellen das körperliche Befinden und die Zufriedenheit der Pflegebedürftigen, sowie die Wirksamkeit der Pflege- und Betreuungsmaßnahmen in den Vordergrund.⁷⁰ Erste Kontrollen in 1.057 Pflegeheimen kamen zu folgendem Ergebnis: Über 700 Einrichtungen schnitten mit „sehr guten“ oder „guten“ Noten ab, 73 Heime erhielten ein „ausreichend“ und zwölf sogar die Gesamtnote „mangelhaft“.⁷¹

In Deutschland ist das Altenpflegeheim sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch nach der Platzzahl die weit verbreitetste Wohnform für ältere Menschen. Im Jahr 2006 gab es in Deutschland ca. 11.000 Pflegeheime, in denen 675.000 Menschen (32% der 2 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland) untergebracht waren.⁶³ In Nordrhein-

⁶⁹ http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/Wohn-_und_Teilhabegesetz_-_die_wichtigsten_Neuerungen.pdf, abgerufen am 17.11.2009

⁷⁰ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales: Fachbroschüre „Mitten im Leben“, S. 34

⁷¹ vgl. Brüche, Roland: Der Pflegebrief, S. 2

Westfalen sind aktuell rund 2.000 Pflegeheime und 1.000 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Betrieb.

Derzeit sind rund 460.000 Menschen in NRW pflegebedürftig. Diese Zahl wird bereits im Jahr 2020 auf ca. 650.000 Pflegebedürftige ansteigen. Senioren- und Pflegeheime werden sowohl von staatlichen Trägern als auch von freigemeinnützigen und privaten Betreibern unterhalten. Derzeit werden mehr als 1.300 freigemeinnützig, ca. 560 privat und knapp 100 von der öffentlichen Hand geführt.⁷² Die Kosten von Senioren- und Pflegeheimen setzen sich aus den Pflegekosten, Unterkunftskosten und den Investitionskosten zusammen. Bei den Unterkunftskosten handelt es sich um die Kosten, die auch beim Verbleib in der eigenen Wohnung anfallen würden (Miete, Essen etc.). Investitionskosten berechnet ein Heim, um die anfallenden Kosten für die Herstellung, Anschaffung und Instandhaltung von Gebäuden zu finanzieren. Die Pflegekosten hängen von der Pflegebedürftigkeit der jeweiligen Person (Erklärung der Pflegestufen siehe Gliederungspunkt „4.1.10 Private Wohnung mit Pflege“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“) und dem vom Heim gewählten Pflegesatz ab.⁶⁷

An den Pflegekosten für vollstationäre Pflege beteiligen sich zudem die Pflegekassen monatlich in folgender Höhe:

Gilt ab:	Pflegestufe I erh. Pflegebe- dürftige	Pflegestufe II Schwer- pflegebedürftige	Pflegestufe III Schwerst- pflegebedürftige	Besondere Härtefälle
01.07.2008	1023,00 €	1279,00 €	1470,00 €	1750,00 €
01.07.2010	1023,00 €	1279,00 €	1510,00 €	1825,00 €
01.07.2012	1023,00 €	1279,00 €	1550,00 €	1918,00 €

Tabelle 25: Beteiligung der Pflegekassen an den Kosten für vollstationäre Pflege⁷³

⁷² http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/Wohn-_und_Teilhabegesetz_-_die_wichtigsten_Neuerungen.pdf, S. 5, abgerufen am 17.11.2009

⁷³ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales: Fachbroschüre „Mit-ten im Leben“, S. 84

Insgesamt belaufen sich die Kosten (Pflegekosten + Unterkunftskosten + Investitionskosten) für die Unterbringung in einem Senioren- bzw. Pflegeheim in der Kreisstadt Bergheim auf durchschnittlich 2.616,43 Euro für Pflegestufe I, 3.159,37 Euro für Pflegestufe II und 3.722,78 Euro, für Personen, die der Pflegestufe III angehören. In Härtefällen belaufen sich die Kosten durchschnittlich auf 4.002,46 Euro.⁷⁴ Obwohl die Pflegekassen ein Pflegegeld für den Heimaufenthalt zahlen, reichen die Einkünfte der Pflegebedürftigen (Rente, Kriegs- bzw. Witwenrente etc.) oft nicht aus, um die noch ungedeckten Kosten zu begleichen. Die Familien oder die Betroffenen können dann einen Antrag auf Pflegewohngeld (als Beihilfe zu den Investitionskosten) sowie einen Antrag auf zusätzliche Leistungen aus der Sozialhilfe (Grundsicherung) stellen. Ergibt die Überprüfung der Vermögensverhältnisse jedoch, dass die Familie des Betroffenen über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, so wird sie zur Deckung der monatlichen Kosten des Heimes herangezogen.⁷⁵

Tipps für die Auswahl eines geeigneten Senioren- und Pflegeheims

Es wird empfohlen darauf zu achten,

- dass der Umgang des Personals mit den Bewohnerinnen und Bewohnern freundlich, respektvoll und fachlich kompetent ist. Des Weiteren sollte das Pflegepersonal zügig reagieren, wenn es von den Patientinnen und Patienten gerufen wird bzw. diese Hilfe benötigen.
- dass die Einrichtung auf Hygiene und Sauberkeit achtet.⁷⁶
- dass die Einrichtung die Funktionsabläufe sowie das Pflegekonzept schriftlich und verständlich darstellt.
- dass ein verständlicher Heimvertrag und leistungsgerechte Vergütungssätze vorliegen.

⁷⁴ http://www.der-pflegekompass.de/lang_de/nn_156096/DE/1__navi/Pflegepartnersuche/formular,templateId=processForm.html#suchergebnisse, abgerufen am 26.11.2009

⁷⁵ <http://www.ratgeber.org/126-kosten-pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁷⁶ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales: Broschüre „Mitten im Leben“, S. 33f

- dass das Heim eine Pflegedokumentation führt. Diese enthält Angaben bezüglich der Pflegeplanung, der erbrachten Pflegeleistungen und der Entwicklung des Gesundheitszustandes der jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohner. Auf diese Weise wird auch beim Wechsel des Pflegepersonals eine reibungslose Versorgung gewährleistet.
- dass flexible Essens- und Ruhezeiten angeboten werden. Die Ernährung muss ausgewogen sein. Diätkost sollte ebenfalls angeboten werden.
- dass die Pflegeleistungen individuell auf die jeweilige Person und deren Betreuungssituation zugeschnitten ist.
- dass die ärztliche Betreuung sichergestellt ist.
- dass die Angehörigen der betroffenen Personen in allen Situationen mit einbezogen werden.
- dass zur leichteren Eingewöhnung im Heim es von Vorteil ist, wenn die Mitnahme der eigenen Möbel sowie ein Probewohnen möglich ist.

Um die Bürgerinnen und Bürger bei der Suche eines geeigneten Pflegeheims zu unterstützen, hat die AOK im Jahr 2007 ein Portal eingerichtet, in dem alle Einrichtungen zusammengestellt sind.

Dies kann im Internet unter www.aok-pflegeheimnavigator.de aufgerufen werden.⁷⁷

Bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis können Informationen zu Senioren- und Pflegeheimen im Kreisgebiet auf den Seiten des Pflege.net unter folgendem Link eingesehen werden:

http://erftkreis.pflege.net/pflege_ort/erftkreis_pflege_net/heime_0_17_20/gesamt.⁷⁸

⁷⁷ http://www.aok.de/rh/rd/media/pflegebroschuere_neu.pdf, S.14f., abgerufen am 18.11.2009

⁷⁸ http://erftkreis.pflege.net/pflege_ort/erftkreis_pflege_net/heime_0_17_20/gesamt, abgerufen am 26.11.2009

Vor- und Nachteile

Senioren- und Pflegeheime sind die weit verbreitetsten Wohnformen in Deutschland. Häufig sind solche Einrichtungen die einzige Lösung, wenn ältere Menschen nicht mehr alleine in ihren Wohnungen leben können. Dies hängt zum einen mit dem Mangel an alternativen Wohnformen zusammen, aber zum anderen sicherlich auch mit den Vorteilen, die Senioren- und Pflegeheime bieten. Schließlich findet in diesen Einrichtungen eine rund um die Uhr Betreuung statt. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind zu keiner Zeit allein und können immer auf die Hilfe von Fachpersonal zurückgreifen. In Notfällen kann somit medizinische Versorgung vom Pflegepersonal angefordert werden. Des Weiteren gibt es besonders im Bereich dieser Wohnform eine große Auswahl an den unterschiedlichsten Einrichtungen, so dass in der Regel für jeden Menschen ein geeignetes Heim gefunden werden kann.⁷⁹ Zudem ist positiv zu bewerten, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen in einer großen Gemeinschaft leben und somit immer in Gesellschaft sind. Schließlich treffen sie dort auf Gleichaltrige, die sich als Gesprächspartner anbieten und vielleicht sogar die gleichen Interessen teilen. Trotzdem ist es möglich, sich auf sein Zimmer zurückzuziehen und seine Privatsphäre zu genießen.⁸⁰ Eine besondere Bedeutung in Bezug auf die Verbesserung von Senioren- und Pflegeheimen stellen die Pflegereform zum 01.07.2008 und das neue Wohn- und Teilhabegesetz NRW dar. Der Bund und das Land NRW haben erkannt, dass die Qualität in den Heimen noch weiter verbessert werden kann und die Bewohnerinnen und Bewohner vor gesundheitlichen und finanziellen Schädigungen geschützt werden müssen. Des Weiteren sollen die Modernisierung der bestehenden Einrichtungen (mehr Einzelzimmer, Barrierefreiheit) und die neuen Mitbestimmungsrechte der älteren Menschen die Lebensqualität in Heimen nachhaltig verbessern.⁸¹

In Bezug auf den Rhein-Erft-Kreis ist positiv zu erwähnen, dass sich ein Großteil der Einrichtungen zum Ziel gesetzt hat, sich bei ihrer Arbeit an den jeweiligen Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner zu orientieren. Zudem versucht das Pflegeper-

⁷⁹ <http://www.pflege-deutschland.de/pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁸⁰ <http://www.immonet.de/service/pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁸¹ http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/Wohn-_und_Teilhabegesetz_-_die_wichtigsten_Neuerungen.pdf, abgerufen am 17.11.2009

sonal, den Alltag durch ein reichhaltiges Angebot von Freizeitaktivitäten aufzulockern (vergleiche Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand“).

Nichts desto trotz sollte auch Kritik an Senioren- und Pflegeheimen nicht unerwähnt bleiben. Zuerst einmal sind hier die hohen Kosten zu nennen, die ein Aufenthalt in solch einer Einrichtung mit sich bringt. Eine Vielzahl der Bevölkerung ist nicht mehr in der Lage, die Kosten für die Unterbringung in einem Heim „aus der eigenen Tasche zu bezahlen“, wodurch neben den Familien auch der Staat finanziell belastet wird.⁸² Des Weiteren wirken Senioren- und Pflegeheime abschreckend, da sie von der äußeren und inneren Gestaltung oft an Krankenhäuser bzw. düstere Gebäude mit unglücklichen Menschen erinnern. Nicht selten verbindet die Familie deshalb den Umzug in ein Heim mit einem „Abschieben“ in eine Einrichtung, in der der Angehörige ganz allein und einsam seinen Lebensabend verbringen muss.⁸³ Schließlich fehlt den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern oft eine feste Ansprechpartnerin bzw. ein fester Ansprechpartner. Obwohl das Pflegepersonal theoretisch für jeweils drei bis acht Personen eine feste Bezugsperson darstellen soll, ist dies praktisch nicht umsetzbar. Aufgrund des Rotationsschemas in Heimen wechselt das Pflegepersonal von Tag zu Tag und von Früh- zu Spät- und Nachtdienst.⁶³ Ein weiterer Punkt, der dem Ansehen von Senioren- und Pflegeheimen in der Vergangenheit geschadet hat, sind die zahlreichen Pflegeskandale, die in den letzten Jahren der Öffentlichkeit vermehrt bekannt wurden. So liegen eine Vielzahl von dokumentierten Berichten der Heimaufsicht, des medizinischen Dienstes der Krankenkassen sowie von Aussagen von Angehörigen vor, die bezeugen, dass es in Deutschland zahlreiche Fälle von Pflegefehlern, Vernachlässigungen und Misshandlungen gibt. Nicht zu vergessen sind hierbei auch die seelischen Schmerzen der Betroffenen. Schließlich sind ältere und pflegebedürftige Menschen in der Regel nicht mehr in der Lage sich zu wehren. Neben dem menschlichen Versagen des Pflegepersonals basieren die schlechten Zustände in einigen Heimen sicherlich auf einer dünnen Personaldecke und schlechter Bezahlung.⁸⁴ Oft bleibt den Pflegerinnen

⁸² <http://www.ratgeber.org/126-kosten-pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

⁸³ vgl. Schulte, Elke: Mehrgenerationenwohnen, S.44

⁸⁴ <http://www.familienratgeber-nrw.de/index.php?id=813>, zugriff am 16.11.2009

und Pflegern nur noch Zeit für eine passive Pflege, da diese kostengünstiger und schneller durchzuführen ist. Im Gegensatz zu einer rehabilitativen Pflege, bei der die Patientin bzw. der Patient nach Anleitung der Pflegekraft sich vieles selbstständig erarbeiten soll, was natürlich viel Zeit und Geduld in Anspruch nimmt, fördert die passive Pflege die Unselbstständigkeit der Betroffenen.⁸⁵ Trotz der vielen negativen Zustände in Senioren- und speziell Pflegeheimen, darf nicht vergessen werden, dass sich die Situation gerade in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. In Folge des neuen Wohn- und Teilhabegesetzes NRW wurde die Situation der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner nachhaltig verbessert. Zudem müssen sich die Heime auf häufigere und strengere Kontrollen einstellen.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert die bauliche Anpassung und Modernisierung von Altenwohn- und Pflegeheimen, um die Wohn- und Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig zu verbessern. Die Höhe des Förderdarlehens liegt bei 60.000 Euro pro Platz, jedoch maximal in Höhe der förderfähigen Kosten. Förderfähig sind ausschließlich die Baukosten abzüglich 20 von Hundert für Instandsetzungsmaßnahmen. Ausstattung und Einrichtung werden nicht gefördert. In Heimen mit nicht mehr als 24 Plätzen beträgt die Fördersumme maximal 67.100 Euro pro Platz. Zudem werden unter speziellen Voraussetzungen Zusatzdarlehen ausgezahlt. So erhält jedes Heim 200 Euro/m² gestalteter Fläche (maximal 75 von Hundert der Kosten) für die Herstellung von Außenanlagen, die den Anforderungen von demenziell erkrankten Personen entsprechen. Zusätzlich werden 20.000 Euro (pro Bad) für den Einbau von Pflegebädern und 3.000 Euro pro erschlossenem Pflegewohnplatz, für den Einbau von Aufzügen, die für den Liegendtransport geeignet sind (maximal 60.000 Euro pro Aufzug), zur Verfügung gestellt. 50 von Hundert des Darlehens werden bei Maßnahmenbeginn und der Rest nach Fertigstellung ausgezahlt. Restvaluten aus früheren Förderungen aus Wohnungsförderungsmitteln werden auf die neue Förderung angerechnet. Des Weiteren muss beachtet werden, dass nur bestimmte Maß-

⁸⁵ <http://www.medizinfo.de/pflege/einrichtungen/pflegeheim.shtml>, abgerufen am 16.11.2009

nahmen förderfähig sind. Hierzu zählen z.B. die Reduzierung des Anteils von Doppelzimmern, die Herstellung von barrierefreien Bädern durch Einbau, Umbau oder Modernisierung, die Schaffung von dezentralen Gemeinschaftsräumen oder die Grundrissänderung zur Abschaffung von langen Fluren und zur Gliederung des Heims in kleinteilige Wohngruppen. Keine Förderung erfolgt hingegen, wenn die Altenwohn- und Pflegeheime z.B. weniger als 25 Jahre fertig gestellt sind, über mehr als 120 Plätze verfügen, bauliche Missstände aufweisen, nicht in Wohngebiete integriert sind oder mit deren Umbau schon begonnen wurde. Ebenfalls sind Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze von der Förderung ausgeschlossen. Jedes Heim, welches die Förderung in Anspruch nimmt, stimmt zudem einer Belegungsbindung zu. Diese besagt, dass die geförderten Pflegewohnplätze für die Dauer von 20 Jahren nur an Personen vergeben werden dürfen, deren Einkommen die Einkommensgrenze nicht um mehr als 40 von Hundert übersteigt.⁸⁶

Neben der baulichen Anpassung und Modernisierung von Altenwohn- und Pflegeheimen fördert das Land Nordrhein-Westfalen den Bau von Wohn- und Gemeinschaftsräumen, die für besondere Bedarfsgruppen von Pflegebedürftigen in stationären Einrichtungen oder für Formen des gemeinschaftlichen Wohnens von Pflegebedürftigen geeignet sind. Voraussetzung ist, dass der geförderte Wohnraum hohen Wohnstandards entspricht und die Einrichtung in kleine Wohngruppen (8-12 Personen) unterteilbar ist, um den Ausbau von sozialen Kontakten zu erleichtern. Gewährt werden Baudarlehen in Höhe von 65.000 Euro pro Pflegeplatz bzw. 72.800 Euro pro Platz in Heimen mit nicht mehr als 24 Plätzen. Die Förderung von Zusatzdarlehen stimmt mit derjenigen für die Anpassung und Modernisierung von Altenwohn- und Pflegeheimen überein. Im Gegensatz dazu beschränkt sich die Belegungsbindung für die geförderten Pflegewohnplätze nur auf die Dauer von 15 Jahre. Die Voraussetzung, dass nur Perso-

⁸⁶ <http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/Wohnheime/Pflegewohnbestand/index.html>, abgerufen am 27.11.2009

nen, deren Einkommen die Einkommensgrenze nicht um mehr als 40 von Hundert übersteigt, berücksichtigt werden dürfen, bleibt bestehen.⁸⁷

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Kommunen	Anzahl der Senioren- und Pflegeheime
Bedburg	5 (davon ist ein Pflegeheim speziell für Demenzkranke)
Bergheim	8 (davon ist eine Einrichtung nur auf Kurzzeitpflege spezialisiert)
Brühl	5 (davon ist eine Einrichtung nur auf Kurzzeitpflege spezialisiert)
Elsdorf	3
Erfstadt	3
Frechen	5
Hürth	4 (davon ist eine Einrichtung nur auf Kurzzeitpflege spezialisiert)
Kerpen	4
Pulheim	5 (davon ist eine Einrichtung ein Tagespflegecenter)
Wesseling	3 (davon befindet sich eine Einrichtung noch in der Bauphase)

Tabelle 26: Kurzübersicht Senioren- und Pflegeheime im Rhein-Erft-Kreis

Ausführlichere Angaben zu den Senioren- und Pflegeheimen können dem Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand“ entnommen werden.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Die Bürgerbefragung kommt in Bezug auf das Senioren- und Pflegeheim zu folgendem Ergebnis (die Auswertung der gesamten Frage bzw. des kompletten Fragebogens kann dem Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ entnommen werden):

⁸⁷ <http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/Wohnheime/Pflegewohnneubau/index.html>, abgerufen am 27.11.2009

Von 563 zur Auswertung zugelassenen Fragebogen wurde nur 47-mal die Wohnform des Senioren- und Pflegeheims gewählt. Dies macht lediglich 8,35% der Stimmabgaben aus (Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich).

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	1	0	1	2
männlich	6	8	10	4	0	28
weiblich	5	0	8	3	1	17
Gesamt	11	8	19	7	2	47

Tabelle 27: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Senioren- und Pflegeheime

Ein Großteil der Stimmen stammt aus den Altersklassen 61-65 Jahre und 66-75 Jahre. Auffällig ist hierbei, dass die Anzahl der Männer, die sich ein Leben in solch einer Einrichtung vorstellen können, durchgehend höher ist als die der Frauen. Besonders deutlich wird der Unterschied bei der Altersklasse 61-65 Jahre. Während 8 der 61- bis 65-jährigen Männer eine Heimunterbringung bevorzugen, möchte keine einzige Frau in einem Senioren- oder Pflegeheim ihren Lebensabend verbringen.

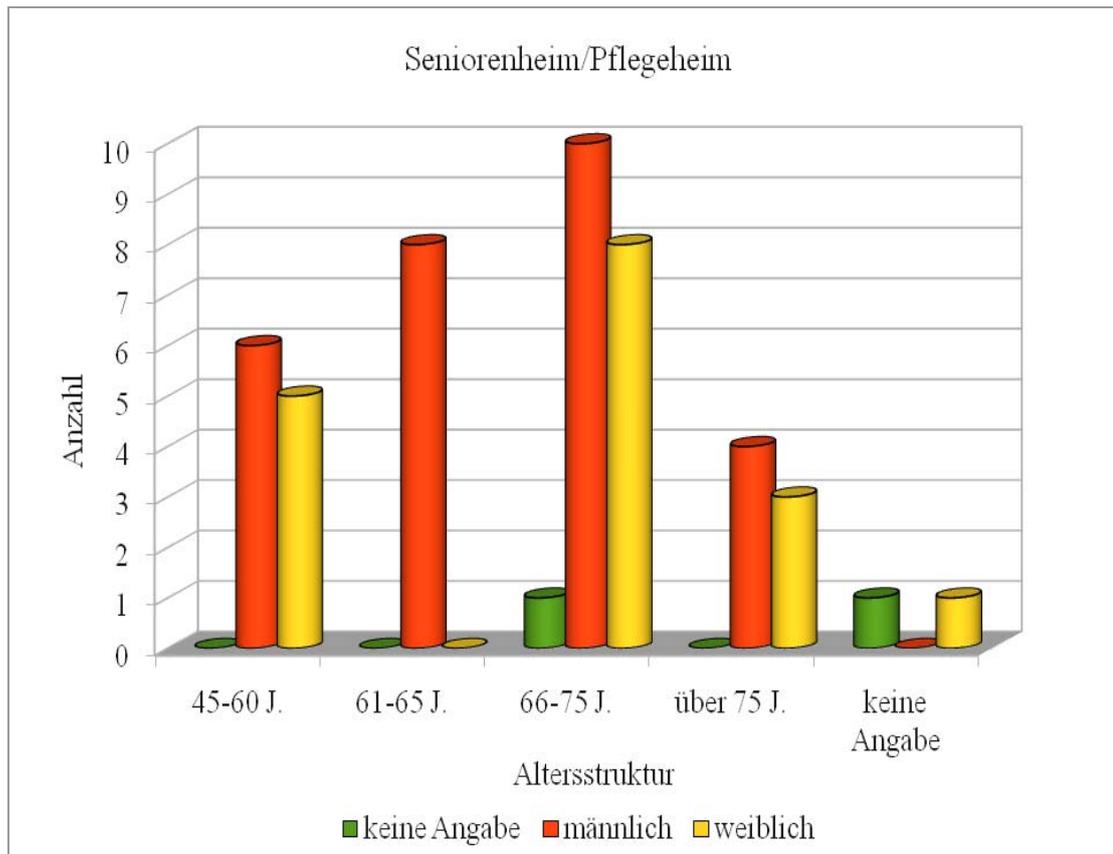


Abbildung 95: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Senioren- und Pflegeheime

Die Bürgerbefragung zeigt, dass sich der Trend weg vom Senioren- und Pflegeheim hin zu neuen Wohnformen bzw. altersgerechten Wohnungen entwickelt hat. Die Meinung der Experten ist dazu unterschiedlich. Für verschiedene Experten ist die klassische Betreuungseinrichtung als Wohnform für ältere Menschen nicht relevant. Dagegen hält Frau Vosen, Rhein-Erft-Kreis, Bereich Pflege, Pflegeheime nach wie vor für unverzichtbar, da es Formen der Pflegebedürftigkeit gibt, die von zu Hause nicht versorgt werden können. Allerdings müssen die Senioren- und Pflegeheime modernisiert werden, um einer Krankenhausatmosphäre entgegenzuwirken. Zudem wird von einigen Experten die Größe der vorhandenen Einrichtungen bemängelt. Im Gegensatz zu den bestehenden Heimen, die oft über 80-122 Betten verfügen, sollen in Zukunft kleingliedrigere Einrichtungen (20-Betten-Häuser) angeboten werden. Denn nur auf diese Weise könne der Mensch und sein Rhythmus im Fokus stehen. Als besonders positiv für ein Wohnen im Alter werden von einigen Experten das Alten- und Pflegeheim St. Lazarus in Bergheim und das Seniorenwohnheim in Brühl hervorgehoben. In

diesen Einrichtungen könnten sowohl eine eigenständige Lebensführung beibehalten als auch Pflegeleistungen in Anspruch genommen werden. Kritisch betrachtet werden jedoch die hohen Kosten, die die Unterbringung in Heimen mit sich bringt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass nach Meinung der Experten Senioren- und Pflegeheime als Wohnform beibehalten werden sollen, jedoch primär der Ausbau von neuen Wohnformen (betreutes Wohnen, Wohn- und Hausgemeinschaft etc.) im Vordergrund stehen muss, da im Rhein-Erft-Kreis zur Zeit genügend Senioren- und Pflegeheime vorhanden sind. Alle Experteninterviews können unter Kapitel „8.8 Experteninterviews“ eingesehen werden.

4.1.7. Wohnen im Quartier

Begriffserläuterung

„Beim Wohnen im Quartier werden Gemeinschafts- und Hilfeangebote für die Bewohner einer bestehenden Siedlung organisiert. Ausgehend von der Erfahrung, dass ganze Siedlungen altern und zunehmend mit Problemen alter Menschen konfrontiert sind, werden in bestehenden Siedlungen zum Teil von Wohnungsbaugesellschaften oder Selbsthilfe-Initiativgruppen Unterstützungsleistungen für ältere Menschen angeboten und ein Netz von Gemeinschaftsaktivitäten unter allen Bewohnern organisiert. Im Mittelpunkt steht die Förderung des gemeinschaftsübergreifenden Zusammenlebens und der Nachbarschaftshilfe.“⁸⁸

Die Menschen sollen bei steigender Hilfebedürftigkeit in ihrem Wohnumfeld leben können. Seniorengerechte Stadtteile zeichnen sich durch barrierefreie Umgebung, kommunikative und ruhige Orte zum Verweilen, Bäcker und Bushaltestelle „um die Ecke“ sowie soziale und kulturelle Infrastruktur aus. Selbsthilfe und Hilfe durch Angehörige und Nachbarn gehen hier vor Fremdhilfe durch professionelle Dienstleister.⁸⁹

⁸⁸ Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger: Wohnen und Leben im Alter, S. 18

⁸⁹ http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_890_1.PDF, S. 3f., abgerufen am 30.11.2009

Allgemeine Ausführungen

In Bezug auf die quartiersbezogene Altenhilfeplanung gibt es drei strategische Grundprinzipien, die beachtet werden müssen: Kleinräumig denken, Partizipation ermöglichen und Kooperation schaffen. Um den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht zu werden, ist es zunächst einmal wichtig, kleinteilige und kleinräumige Strukturen zu entwickeln. Dafür müssen bedarfsgerechte Wohn- und Versorgungsangebote vor Ort geschaffen werden. Des Weiteren verhindern dezentrale Strukturen Umzüge von älteren und pflegebedürftigen Menschen und fördern den Verbleib in vertrauter Häuslichkeit, der für ältere Menschen von großer Bedeutung ist. Zudem sichert eine kleinräumige Organisationsstruktur die gegenseitige Unterstützung und stärkt die Eigeninitiative der Bewohnerschaft. Im Gegensatz zu anonymen Großstädten kennt man sich in überschaubaren Sozialräumen, in denen Beziehungen über Jahre wachsen und Alt und Jung in einem Wohnquartier zusammen leben. Zur Sicherung der kleinteiligen und dezentralen Strukturen legt das Wohnen im Quartier Wert darauf, Planungsgebiete kleinräumig zu definieren sowie Bedarfe für die einzelnen Versorgungsgebiete zu identifizieren. Ein weiteres Grundprinzip der quartiersbezogenen Altenhilfeplanung ist die Ermöglichung von Partizipation, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger bei der Entwicklung und Umsetzung einzubeziehen. Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Mitwirkung der Älteren und Jüngeren fördert und zudem sichert. Denn nur, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner am Gestaltungsprozess beteiligt werden, können sie sich mit Veränderungen oder Problemlösungen identifizieren und werden diese akzeptieren. Das Engagement der Bewohnerschaft im Quartier wird z.B. durch die Beteiligung in Arbeitskreisen, Bürgerversammlungen oder die Gründung von Ehrenamtsbörsen berücksichtigt (vergleiche Kapitel „4.5.3 Ziele und Maßnahmen“ – Abschnitt „Förderung ehrenamtlichen Engagements“). Des Weiteren ist es wichtig, dass die Altenhilfeplanung generations-, ressort- und trägerübergreifend agiert und die Kooperation der einzelnen Akteure sichert. Schließlich ist nur ein Zusammenleben von Generationen, Dienstleistern vor Ort und quartiersübergreifender Institutionen zielführend. Mit Hilfe von Quartierskonferenzen oder Arbeitsgemeinschaften kann der Austausch über die Wohn- und Versorgungslage im Quartier sowie die Vernetzung der einzelnen Akteure gelingen.

Neben den Grundprinzipien stellt das Wohnen im Quartier fünf Bausteine für kommunales Handeln in den Vordergrund. Einen ersten Baustein bildet das Thema Wohnen. Erforderlich ist, dass die Kommunen das Wohnumfeld und das Wohnangebot altersgerecht gestalten, um den Bedürfnissen von älteren Menschen gerecht zu werden. Ziel ist ein barrierefreies Bauen im Bestand oder im Neubau (vergleiche Kapitel „4.3.2 Barrierefreies Wohnen (Herr Lepperhoff)“ – Abschnitt „Definition: Barrierefreiheit“).⁹⁰ Im Vordergrund steht hierbei die Modernisierung von Wohnungen bzw. die altersgerechte Anpassung von Wohnungen, so dass diese für alle Lebensabschnitte geeignet sind. Neben der Barrierefreiheit ist es von Vorteil, wenn die Möglichkeit einer nachträglichen Wohnungsanpassung besteht (vergleiche Kapitel „4.3.3 Merkmale barrierefreien Wohnraumes – Notwendigkeit & Möglichkeit“). Zudem bietet das Wohnen im Quartier bedarfsgerechte Sonderwohnformen für Pflegebedürftige, ein vernetztes Angebot von häuslicher Pflege und bindet selbstständige Wohnformen mit Gemeinschaft und Betreuung in das Quartier ein. Dabei handelt es sich z.B. um das betreute Wohnen (vergleiche Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“) oder die Wohn-/Hausgemeinschaft (vergleiche Kapitel „4.1.4 Wohn-/Haushaltsgemeinschaft“). Ziel der Kommunen sollte sein, in Zukunft ein Angebot an unterschiedlichsten Wohn- und Pflegeformen bereit zu stellen, um den verschiedenen Lebensumständen, Einkommen sowie sozialen und kulturellen Gegebenheiten gerecht zu werden.⁸⁹ Der Aspekt Wohnen spielt für ältere Menschen nämlich eine sehr wichtige Rolle. Schließlich wird die Wohnung im Alter zum Mittelpunkt des Lebens, da sich die Aktivitäten und der soziale Aktionsradius von älteren Bürgerinnen und Bürgern verringert, diese aber dennoch so lange wie möglich in ihrer vertrauten Häuslichkeit verbleiben möchten.⁹¹ Neben dem Wohnangebot wird beim Wohnen im Quartier auch das Wohnumfeld umstrukturiert. Einkaufs- und Dienstleistungsangebote wie Arztpraxen, Bäcker oder Lebensmittelgeschäfte sollen fußläufig erreichbar sein. Des Weiteren ist eine gute Verkehrsanbindung von Vorteil. Daher ist es empfehlenswert, öffentliche Verkehrsmittel sowohl in unmittelbarer Nähe anzusiedeln als auch seniorenrecht zu gestalten. Besonders wichtig für ältere Menschen erscheint auch die Sicherheit und Sauberkeit der Umge-

⁹⁰ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 7-10

⁹¹ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 12

bung (vergleiche Kapitel „4.4 Wohnumfeld“).⁹² Ein sehr bedeutender Baustein, von dem der Erfolg von quartiersbezogener Altenhilfe abhängt, ist der Aufbau von sozialen Netzwerken (vergleiche Kapitel „4.6 Netzwerke (Frau Ommerborn)“). Gerade im Alter, wenn das familiäre Zusammenleben und der Beruf entfallen, ist es für Menschen schwer, ein festes Netzwerk aus Angehörigen oder Freunden aufrecht zu erhalten. Daher kommt den nachbarschaftlichen Netzwerken und der Kommunikation im Haus bzw. im Quartier eine große Bedeutung zu. Förderlich sind zudem die Einrichtung eines Nachbarschaftszentrums mit Gemeinschaftsräumen, in denen Jung und Alt aufeinander treffen und sich kennen lernen können.⁹³ Schließlich fördert gerade die Integration in die Gemeinschaft eine selbstständige und aktive Lebensführung, die die geistige und körperliche Gesundheit der Menschen fördert. Des Weiteren legt das Wohnen im Quartier großen Wert auf ortsnahe Beratungsangebote. Diese sollten für ältere Bürgerinnen und Bürger gut erreichbar sein und zudem umfassend und neutral beraten.⁹⁴ Zurzeit erfolgt die Vermittlung zu den Beratungsstellen über die Pflegekassen, ambulante Dienste, dem medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK) und Pflegeberatungsstellen bei den Kommunen. Es fehlen jedoch Beratungsmöglichkeiten in den einzelnen Quartieren. Diese könnten z.B. durch den Aufbau von ehrenamtlichen Beratungsnetzen geschehen. Als positives Beispiel stellt sich hier die Zusammenarbeit der Stadt und der Wohnungswirtschaft in Kassel dar. Dort werden zwei Nachbarschaftshilfevereine in Quartieren aufgebaut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen nun, nachdem sie sich eigenständig das erforderliche Fachwissen zum Thema Wohnberatung angeeignet haben, einfache Beratungen und Umsetzungsmaßnahmen im Quartier selbst vor. Komplexere Fälle werden an eine zentrale Anlaufstelle verwiesen.⁹⁵ Weiterhin stellt Wohnen im Quartier den Ausbau von niederschweligen Unterstützungsstrukturen in den Vordergrund. Während Kommunen in

⁹² vgl. Kremer-Preiß, Ursula/ Stolarz, Holger: Leben und Wohnen im Alter: Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte, S. 37f.

⁹³ http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_890_1.PDF, S. 4, abgerufen am 30.11.2009

⁹⁴ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 12f.

⁹⁵ vgl. Kremer-Preiß, Ursula/ Stolarz, Holger: Leben und Wohnen im Alter: Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte, S. 33f.

der Regel über ein reichhaltiges ambulantes Versorgungsangebot zur Sicherung der Pflege verfügen, fehlt oftmals ein Hilfenetz an kleineren Dienstleistungsangeboten. Hierzu zählen z.B. der Einkaufs-, Fahr-, Begleit-, Reinigungs- oder Mahlzeitendienst. Um dies zu ermöglichen, ist es empfehlenswert, die nachbarschaftliche Hilfe zu stärken und vermehrt auf den Einsatz von ehrenamtlichem Engagement (vergleiche Kapitel „4.5.3 Ziele und Maßnahmen“ – Abschnitt „Förderung ehrenamtlichen Engagements“) zu setzen. Ziel des Wohnens im Quartier ist die Installation eines umfangreichen Hilfemixes von Profis und Leihenhelfern vor Ort.⁹⁶ Denn nur wenn unterstützende Sozialräume geschaffen werden, kann die zunehmende Anzahl von älteren und pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich in ihren Wohnungen leben.

„Es bedarf der Entwicklung einer neuen Kultur des Helfens und eines Wechsels von der Versorgungsgesellschaft zur Mitwirkungsgesellschaft.“⁹⁷

Ein zentraler Punkt beim Thema Wohnen im Quartier stellt zudem der Ausbau von einer kleinräumigen Organisation von Hilfe- und Pflegediensten bzw. die Schaffung eines dezentralen Versorgungsnetzes dar. Die große Mehrheit von älteren Menschen möchte so lange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld verbleiben und lehnt eine Heimunterbringung kategorisch ab.⁹⁸ Aus diesem Grund soll das Leistungsangebot in Bezug auf Wohnangebote und Pflegeleistungen im Quartier ausgeweitet werden. Hierzu zählen z.B. die Förderung des betreuten Wohnens, betreuter Wohngruppen oder der Ausbau von ambulanten Pflegediensten oder teilstationären Einrichtungen.⁹⁹

Zur erfolgreichen Umsetzung des Wohnens im Quartier sind vier Maßnahmen zu beachten. In einem ersten Schritt steht die Identifizierung von Sozialräumen an, das heißt

⁹⁶ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 13

⁹⁷ Dr. Becher, Berthold; Kunstmann, Frank; Sobottke, Markus; Bank für Sozialwirtschaft: Zukunft Quartier-Lebensräume zum Älterwerden, S. 12

⁹⁸ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 14

⁹⁹ http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_890_1.PDF, S. 2, abgerufen am 30.11.2009

die Auswahl von möglichst kleinräumigen Quartieren. Obwohl keine verbindlichen Empfehlungen in Bezug auf die Größe von Quartieren vorliegen, sollen diese für die Bürgerinnen und Bürger überschaubar sein und aufgrund von praktischen Erfahrungen nicht mehr als 10.000-15.000 Einwohnerinnen und Einwohner umfassen. Nachdem die Quartiere räumlich eingegrenzt wurden, folgt die Erfassung des Bestands und Bedarfs. Hierzu werden die demografische Entwicklung und die soziodemografische Situation der Wohnbevölkerung berücksichtigt. Zudem ist es empfehlenswert, das Angebot und den Bedarf von Wohn- und Versorgungsangeboten, Netzwerken, Dienstleistern und niederschwelligen Unterstützungsstrukturen zu erfassen. Bei der Erfassung sind die professionellen Akteure (Bau-, Sozialplanung, Pflegedienste etc.) sowie die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Auf diese Weise sollen alle Bedarfslücken des Quartiers festgestellt werden. In einem dritten Schritt stellt man für die bestehenden Versorgungslücken im Quartier Maßnahmen zusammen. Diese beziehen sich auf die zuvor erwähnten fünf Bausteine: Wohnen, soziale Netzwerke stärken, ortsnahe Beratung schaffen, niederschwellige Dienste durch Hilfmix sichern und Hilfe und Pflege kleinteilig und kleinräumig organisieren. Nach der Zusammenstellung des Maßnahmenkatalogs kann dieser schrittweise umgesetzt werden. Bei der inhaltlichen Bestimmung der anzugehenden Maßnahmen ist festzulegen, in welchem Ausmaß Bürgerinnen und Bürger und Akteure zur Realisierung beteiligt werden können. Des Weiteren sollte eine Prioritätensetzung, Zuständigkeiten und zeitliche Vorgaben definiert sowie die finanziellen Belastungen und Finanzierungsquellen ausgemacht werden. Zielführend ist zudem eine Quartierskonferenz, an der alle Beteiligten (Bürgerschaft, Verwaltung, politische Vertreter, Experten etc.) teilnehmen und der Austausch in Bezug auf die Umsetzung der angestrebten Maßnahmen und Ziele im Vordergrund steht. Schließlich kann ein Wohnen im Quartier nur erfolgreich realisiert werden, wenn alle Akteure zusammen arbeiten und ein Quartier schaffen, das den Erfordernissen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern entspricht.¹⁰⁰

¹⁰⁰ vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 15-24

Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Das Projekt des Wohnparks Junkersdorf in Köln startete im Jahr 1975 mit dem Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner. In den Anfängen des Wohnprojekts musste sich die bunt zusammengestellte Bewohnerschaft aus verschiedenen Religionen, Nationalitäten, Alters- und Berufsgruppen mit vielen Vorurteilen der Junkersdorfer Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen. Die Situation verbesserte sich erst, als sich ein Teil der Bewohnerschaft aktiv als Mitglied in der Bürgerinteressengemeinschaft Junkersdorf beteiligte. Der Wohnpark umfasst elf Gebäude mit 440 Wohneinheiten unterschiedlicher Größe und Gestaltung. Die Wohnungen, Keller-, Wasch- und Trockenräume sind überwiegend barrierefrei bzw. barrierefrei mit einem Aufzug zu erreichen. Innerhalb der Wohnanlage befinden sich ein Supermarkt und andere Angebote. Die Anbindung an die Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln stellt sich als gut dar. Eine Erdgeschosswohnung (PC-Raum, Küche, Bad, Gemeinschaftsraum und Besprechungsraum) mit 74m² dient als Gemeinschaftsfläche für die Bewohnerschaft. Zudem bietet die große Außenanlage viel Platz für gemeinschaftliche Aktivitäten. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben zu ca. 60% im Eigentum und zu 40% zur Miete. Während früher überwiegend junge Familien dominierten, machen heute die Berufstätigen zwischen 40 und 50 Jahren sowie die Rentnerinnen und Rentner die Mehrheit der Bewohnerschaft aus. Um der Gefahr einer Isolation hochaltriger Anlagenbewohnerinnen und Anlagenbewohner entgegenzuwirken, gründete ein Teil der Bewohnerschaft den Verein „Aktives Leben e.V.“. Dieser soll die Integration im gesellschaftlichen Leben erhalten und die Gemeinschaft und gegenseitige Unterstützung fördern. Das Aufgabenspektrum des Vereins ist gewaltig. Neben Gesundheits-, Ernährungs- und Lebensberatung, beschäftigt man sich mit der Betreuung und Pflege älterer und kranker Menschen sowie der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte. In den Vereinsräumen treffen Jung und Alt bei den verschiedensten Aktivitäten aufeinander. So gibt es z.B. einen Tanzkurs für Jugendliche und Senioren, Kaffeerunden, Schach- und Skatrunden, einmal wöchentlich ein gemeinsames Mahl oder Gymnastikstunden. Des Weiteren wurde von einer privaten Elterninitiative eine Kleinkindgruppe ins Leben gerufen, die von einer Miteigentümerin versorgt wird. Höhepunkt ist das jährliche Sommerfest, zu dem nicht nur die Bewohnerschaft, sondern auch die Nachbarschaft um den Wohnpark herum, eingeladen ist. Zusätzlich zu den Freizeitangeboten küm-

mert sich der Verein auch um die Versorgung von Erkrankten mit Mahlzeiten oder Besuchen im Krankenhaus. Zudem werden häusliche Pflegedienste vermittelt und Hausärzte über die Erkrankungen der Mitbewohnerinnen und Mitbewohner informiert. Neben Einkäufen, Fahrdiensten und Tiersitting organisiert der Verein regelmäßige Besuche der älteren und pflegebedürftigen Menschen bis hin zur Sterbebegleitung.¹⁰¹

Vor- und Nachteile

Wohnen im Quartier bietet eine Reihe von Vorteilen und wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Besonders hervorzuheben ist der Facettenreichtum, den Quartierskonzepte mit sich bringen. So fördert Wohnen im Quartier den altersgerechten Umbau von Wohnungen, die Entstehung eines flächendeckenden Netzes an Versorgungsangeboten und bietet Alternativen zur häuslichen Pflege (vergleiche Kapitel „4.1.10 Private Wohnung mit Pflege“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“ und Kapitel „4.1.11 WohnQuartier⁴“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“).⁹⁹ Somit wird es älteren oder pflegebedürftigen Menschen ermöglicht, so lange es geht in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu verweilen. Zudem legen Quartierskonzepte viel Wert auf die Mitgestaltung und Mitwirkung aller Generationen, um die Identifikation mit dem Quartier zu fördern. Schließlich sind die meisten Menschen nur bereit, ehrenamtlich aktiv zu werden, wenn sie ein Mitspracherecht bei der Gestaltung ihres eigenen Wohnumfeldes besitzen. Des Weiteren bezieht ein Wohnen im Quartier sämtliche Akteure mit ein. Zu nennen sind hier beispielsweise Dienstleister vor Ort, professionelle Kräfte von außerhalb, Verwaltung oder Politik.¹⁰² Ein Hauptaugenmerk der Quartierskonzepte stellt zudem die Stärkung der nachbarschaftlichen Netzwerke dar. So sollen durch den Kontakt der Generationen in einem Quartier gegenseitige Unterstützungsleistungen (Einkaufsdienst, Putzhilfe, Begleithilfe etc.) entstehen, die den Bedarf an umfassender Versorgung verringern und das Gemeinschaftsgefühl stärken. Ein weiterer Vorteil des Wohnens im Quartier ist die zentrale Lage von Lebensmittelgeschäften, Bäckern, Cafés oder Arztpraxen sowie eine altengerechte Gestaltung und gute Er-

¹⁰¹ vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen, S. 60-64

¹⁰² vgl. Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale Altenhilfeplanung, S. 8-10

reichbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln.¹⁰³ In Bezug auf die Umsetzung von Quartierskonzepten kann zudem auf eine Reihe von leer stehenden Gebäuden in den Siedlungen zurückgegriffen werden, die dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwandel zum Opfer gefallen sind. Das Spektrum reicht von Klöstern, Kirchen und Schulen bis hin zu Gebäuden mit gewerblichen, handwerklichen oder landwirtschaftlicher Nutzung (Gewerbegebäude, Gutshöfe etc.). Diese Gebäude zeichnen sich durch eine zentrale Lage und eine gute Infrastruktur aus. Gelingt es, diese Gebäude barrierefrei und zeitgemäß umzugestalten, können Wohnanlagen von hohem Stellenwert geschaffen werden.¹⁰⁴

Trotz der vielen positiven Eigenschaften, die das Wohnen im Quartier mit sich bringt, dürfen auch einige negative Aspekte nicht aus den Augen gelassen werden. So fordert gerade die Umsetzung von Quartierskonzepten eine gute Zusammenarbeit von Akteuren aus verschiedensten Bereichen (z.B. Dienstleister, Bürgerschaft, quartiersübergreifende Institutionen, Verwaltung, Wohnungsbaugesellschaften etc.). Aber auch nach der Realisierung ist die Kommunikation und Absprache zwischen den Akteuren von großer Bedeutung. Gelingt dies nicht, kann auch ein Wohnen im Quartier nicht erfolgreich sein.¹⁰² Besonders wichtig erscheint diesbezüglich die Zusammenarbeit von Akteuren aus dem sozialen Bereich, Bürgerinnen und Bürgern und Wohnungsbaugesellschaften. Es wird empfohlen, Wohnungsunternehmen z.B. bei der seniorengerechten Modernisierung von Wohnungen und der Gestaltung des Wohnumfeldes zu unterstützen. Schließlich wird es gerade in der Zukunft: „weniger darum gehen, einfach nur Wohnungen anzubieten, sondern: Wohnung plus Wohlbefinden, plus soziales Umfeld“.¹⁰⁵ Neben der Zusammenarbeit von Akteuren steht und fällt der Erfolg des Wohnens im Quartier mit dem Engagement der nachbarschaftlichen Netzwerke. Schließlich nützen altersgerechte Wohnungen oder die beste Infrastruktur nichts, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner keine Unterstützung aus ihrem unmittelbaren Umfeld

¹⁰³ http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_890_1.PDF, S. 4, abgerufen am 30.11.2009

¹⁰⁴ vgl. Ministerium für Bauen und Verkehr Nordrhein-Westfalen: Umnutzung von alten Gebäuden zu Wohnzwecken, S. 6-8

¹⁰⁵ vgl. Kremer-Preiß/ Stolarz: Leben und Wohnen im Alter: Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte, S. 35

erfahren. Letztendlich ist das Wohnen im Quartier von zahlreichen Akteuren abhängig, die zusammenwirken und sich ergänzen müssen.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Eine generelle Förderung des Wohnens im Quartier durch den Bund oder das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) gibt es nicht. Es kann jedoch auf Förderangebote des Landes NRW im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung zurückgegriffen werden (vergleiche Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“ – Abschnitt „Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises“). Weitere Informationen zum Thema Finanzierungsmöglichkeiten und Förderrichtlinien können den Kapiteln „4.1.2 Betreutes Wohnen“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“ und „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ entnommen werden.

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Wohnen im Quartier ist bis jetzt noch nicht im Rhein-Erft-Kreis vorhanden.

Auswertung der Frage 7 des Fragebogens und der Experteninterviews

Unter der Frage 7 wurden ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim befragt, was sie zuerst verbessern würden, wenn sie es könnten. Die Bürgerbefragung kommt in Bezug auf das Wohnen im Quartier zu folgendem Ergebnis (die Auswertung der gesamten Frage bzw. des kompletten Fragebogens kann dem Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ entnommen werden).

Von 563 zur Auswertung zugelassenen Fragebogen wurde 51-mal der Wunsch geäußert, ein Wohnen im Quartier einzuführen. Dies macht 9,06% der Stimmabgaben aus (Mehrfachnennungen waren bei dieser Frage möglich).

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	0	0	0	0
männlich	10	3	5	2	0	20
weiblich	13	5	11	2	0	31
Gesamt	23	8	16	4	0	51

Tabelle 28: Tabellarische Auswertung der Frage 7 in Bezug auf das Wohnen im Quartier

Besonders die Altersklassen 45-60 Jahre und 66-75 Jahre zeigen Interesse an dieser Wohnform. Auffällig ist hierbei, dass die Anzahl der Frauen, die sich ein Leben im Quartier vorstellen können, durchgehend höher ist als die der Männer.

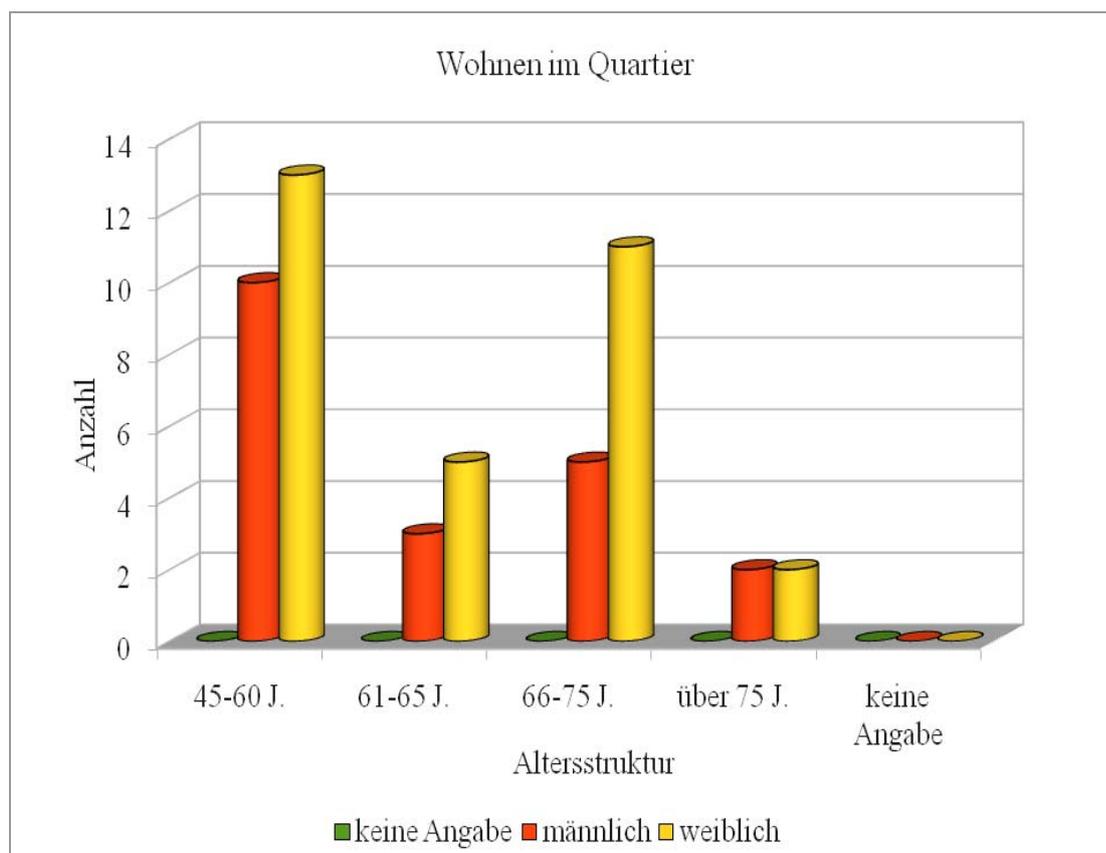


Abbildung 96: Grafische Auswertung der Frage 7 in Bezug auf das Wohnen im Quartier

Aussagen zum Thema Wohnen im Quartier werden lediglich von zwei der befragten Experten gemacht. Diese halten die Quartiersentwicklung jedoch für zielführend. Schließlich wolle eine Vielzahl der Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld bzw. in ihren eigenen Häusern verweilen. Dies kann jedoch nur realisiert werden, wenn das Quartier seniorengerecht aus- und umgebaut sowie eine Mischung an unterschiedlichen Wohnformen angeboten wird und genügend Hilfeleistungen (z.B. Pflegedienste etc.) vor Ort vorhanden sind. Zudem könne Wohnen im Quartier nur erfolgreich sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger mobilisiert werden und bereit sind, Engagement zu zeigen bzw. Hilfe zu leisten.

Die gesamten Experteninterviews können unter Kapitel „8.8 Experteninterviews“ eingesehen werden.

4.1.8. Seniorenresidenzen/Wohnstifte (Frau Ulhaas)

Begriffserläuterung

Seniorenresidenzen bzw. Wohnstifte sind die klassischen Vorläufer des Betreuten Wohnens (vergleiche Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“). Sie blicken auf eine lange Tradition zurück und verbinden das selbstständige Wohnen mit Hilfe- und Betreuungsleistungen sowie mit anspruchsvollen Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsangeboten. Seniorenresidenzen/Wohnstifte bestehen aus verschiedenen in sich abgeschlossenen seniorengerechten Wohnungen, die sich zu einem hotelähnlichen Gesamtkomplex zusammenfügen. Heute gibt es in Deutschland rund 600 Seniorenresidenzen und Wohnstifte, allerdings ist weder der Name „Residenz“ noch „Stift“ geschützt und das bedeutet, dass damit keine klar definierten Leistungsstandards einhergehen. In der Regel verfügen diese Einrichtungen aber über einen gehobenen Wohnstandard und großzügig bemessene Nebenflächen für Dienstleistungen wie z.B. Restaurant, Schwimmbad, Gymnastikraum, Friseur, SB-Laden. Dies ist natürlich mit einem höheren Preis verbunden. In manchen Fällen kann es sich aber auch um preisgünstige Wohnmodelle oder eine betreute Wohnanlage mit durchschnittlichem Service handeln. Die Träger sind meist private Investoren (Residenz) oder Stiftungen bzw. eingetragene

Vereine (Wohnstift). Im Unterschied zum Betreuten Wohnen werden alle Dienstleistungen von den Trägern erbracht.¹⁰⁶

Allgemeine Ausführungen

Oberstes Prinzip der Seniorenresidenzen/Wohnstifte ist es, ein unabhängiges, selbstständiges Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, mit der Garantie, im Bedarfsfall dort auch versorgt zu werden. Einige Anbieter haben auch einen separaten Pflegebereich vorgesehen. Bis zu 300 Bewohnern stehen barrierefreie Wohnungen bzw. Appartements in gehobenem Ambiente zur Verfügung, die bis auf eine integrierte Küche unmöbliert sind. Diese gewährleisten eine selbstständige Haushaltsführung und enthalten für den Bedarfsfall ein Notrufsystem, ebenso wie die gesamte Wohnanlage. Jedem Bewohner wird Zugang zur großzügigen Infrastruktur der Residenz gewährt (Schwimmbad, Bibliothek, Clubraum, Garten etc.). Videoüberwachte Hauseingänge und eine durchgehend besetzte Rezeption dienen der allgemeinen Sicherheit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Rezeption organisieren Dienstleistungen wie Apothekerservice, Einkaufsservice, Post- oder Schreibarbeiten und sind Ansprechpartner für Fragen oder Bedürfnisse jeglicher Art. Darüber hinaus profitieren die Bewohner von zahlreichen Grundleistungen. Dazu gehören die wöchentliche Wohnungsreinigung, die Fensterreinigung, Telefongespräche innerhalb des Hauses, die hauswirtschaftliche Grundversorgung mit Mittagessen (selten auch Frühstück und Abendessen), kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen sowie allgemeine Betreuungsleistungen durch eine Hausdame. Letztere umfassen z.B. die Organisation von Freizeitaktivitäten oder die Beratung bei Behördenangelegenheiten. Diese Grundleistungen sowie die Miete inklusive Nebenkosten und die Versicherungen sind in dem monatlich zu zahlenden Wohnentgelt, auch Pensionspreis genannt, inbegriffen. Die Tatsache, dass das umfangreiche Dienstleistungspaket nicht frei wählbar und immer zu bezahlen ist, auch wenn z.B. die Hausdame oder das Kulturprogramm nicht in Anspruch genommen werden, stellt einen wesentlichen Unterschied zum Betreuten Wohnen dar.

¹⁰⁶ vgl. Schöffler, Mona: Wohnformen im Alter, S. 42-52

Diejenigen, die sich für die Teilnahme am Kultur- und Unterhaltungsprogramm entscheiden, erwarten Lesungen und Konzertabende, regelmäßige Theaterbesuche, Gesundheitsangebote wie Gymnastik- oder Yogakurse, gemeinsame Ausflüge, Reisen u.v.m. Die vielen gemeinsamen Aktivitäten sollen die Kommunikation der Bewohner untereinander fördern. Sprach-, Kreativ- und Gesundheitskurse, die jeden Tag angeboten werden, sind meist kostenfrei. Zwei- bis dreimal im Monat stehen größere kulturelle oder gastronomische Veranstaltungen und Ausflüge zu Sehenswürdigkeiten auf dem Programm, die eine gesonderte Bezahlung erfordern, insbesondere dann, wenn Eintrittsgelder oder andere externe Kosten anfallen. Mehrkosten für Frühstücksbuffet, Abendessen, Essen mit Appartement-Service, Handwerkerleistungen, zusätzliche Reinigungsarbeiten, Stromverbrauch, Pflegeleistungen sowie ärztliche oder therapeutische Leistungen des Hauses gehören zu den individuellen Wahl- bzw. Sonderleistungen.

Im Zuge der vom Bund übernommenen Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht hat das Land Nordrhein-Westfalen das Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG NRW) beschlossen, das am 10.12.2008 in Kraft getreten ist. Das WTG NRW ersetzt damit in NRW das zuvor geltende Bundesheimgesetz und hat den Zweck, „die Würde, die Interessen und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in Betreuungseinrichtungen vor Beeinträchtigungen zu schützen und die Einhaltung der dem Betreiber ihnen gegenüber obliegenden Pflichten und ihre Rechte zu sichern“.¹⁰⁷ Folglich erfasst das WTG NRW auch Seniorenresidenzen/Wohnstifte. Die Bewohner schließen einen Heimvertrag ab, auch „Residenz- oder Wohnstiftsvertrag“ genannt. Dies erfolgt seit dem 01.10.2009 nach den Bestimmungen des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes (WVBVG). Mögliche Beschwerden seitens der Bewohner können an die Heimaufsicht gerichtet werden.

Der Heimvertrag sieht vor, dass ein Pauschalpreis zu zahlen ist, mit dem das Wohnen, die Nutzung der Gemeinschaftsflächen und der zahlreichen Dienstleistungen sowie die Versicherungen abgegolten sind. Das Wohnentgelt ist meist deutlich höher als beim

¹⁰⁷ http://www.maerkischer-kreis.de/bauen_planen_wohnen/bauen/Wohn-_und_Teilhabegesetz.pdf, abgerufen am 10.12.2009

herkömmlichen Betreuten Wohnen und variiert je nach Größe und Lage der Wohnung. Für eine zweite Person in der Wohnung wird ein Aufpreis berechnet.

In manchen Fällen müssen die Bewohner dem Anbieter neben den monatlichen Kosten einmalig bei Vertragsabschluss ein Wohndarlehen gewähren, das zur Instandhaltung, zur Ausstattung oder zum Betrieb der Einrichtung verwendet wird. Dieses orientiert sich in seiner Höhe an der Größe der Wohnung. Solche Darlehen sind mit 4% zu verzinsen und zurückzuzahlen oder monatlich mit der Miete zu verrechnen. Bei Auszug wird das Wohndarlehen ausgezahlt; im Sterbefall erhalten es die Erben.

Einige Seniorenresidenzen/Wohnstifte erheben darüber hinaus Bearbeitungsgebühren für die Anmeldung bei Vertragsabschluss, die sich auf ca. 250 Euro belaufen.

Unabhängig von der Schwere einer eintretenden Pflegebedürftigkeit können sich die Bewohner der Gewissheit erfreuen, in ihrer Wohnung bzw. im näheren Umfeld gepflegt und betreut zu werden. Die meisten Einrichtungen garantieren die 24-stündige Verfügbarkeit einer Pflegekraft und somit eine schnelle Notfallversorgung. Üblicherweise werden die Bewohner 21 Tage im Jahr kostenlos gepflegt (z.B. bei einer leichteren Grippe). In einem solchen Fall wird zugleich die hauswirtschaftliche Versorgung sichergestellt. In Anbetracht der Tatsache, dass es unter den älteren Bewohnern immer mehr Demenzkranke gibt, entschließen sich die Seniorenresidenzen/Wohnstifte zunehmend, auch Tagespflege anzubieten.

Wenn die Einrichtung einen Versorgungsvertrag mit der Pflegekasse hat, werden die Leistungen direkt mit der Pflegekasse abgerechnet. Deren Höhe wird in Verhandlungen mit den Pflegekassen festgelegt. Im Gegensatz dazu bestimmen Einrichtungen ohne Versorgungsverträge die Kosten für Pflegeleistungen selbst. Je nach Pflegeaufwand können diese ein beträchtliches Ausmaß annehmen. In einigen Seniorenresidenzen/Wohnstiften zahlen die Bewohner zusätzlich zum monatlichen Entgelt eine Pauschale von ca. 20 Euro in die sogenannte „Solidarkasse“ der Einrichtung. Das Ganze geschieht auf freiwilliger Basis und dient dazu, das Risiko persönlicher zusätzlicher Kostenbelastung im Falle der Pflegebedürftigkeit einzugrenzen. Nach einem Jahr Wartezeit übernimmt die Solidarkasse alle Kosten dauerhafter Pflegesachleistungen, die nicht durch die gesetzliche Pflegeversicherung gedeckt sind. Das hat zur Folge, dass

die Betroffenen nur noch eine geringe monatliche Selbstbeteiligung entrichten müssen.¹⁰⁶

Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Die Augustinum-Gruppe betreibt in Deutschland 22 Wohnstifte. Beispielhaft wird im Folgenden das Augustinum Bonn, Römerstraße 118, vorgestellt. Auf der Internetseite der Augustinum-Gruppe wird der Standort Bonn u.a. mit diesen Überschriften umworben: „Logenplatz am Rhein mit internationalem Flair“, „Die Innenstadt vor der Tür, herrliche Naturlandschaft in Reichweite“, „Urban leben mitten im Grünen“, „Wohnqualität in rheinisch heiterer Atmosphäre“.¹⁰⁸ Das Augustinum liegt in einer 24.000m² großen Parkanlage, nur einen kurzen Spaziergang vom „bunten Innentadt-treiben“ entfernt. Eine Seitentür bietet direkten Zugang zum Rhein und der Uferpromenade. Dank einer guten Verkehrsanbindung sind die Möglichkeiten für Tagesausflüge nahezu unbegrenzt. Siebengebirge, Rheintal, Eifel, Ahr und Mosel stellen nur eine kleine Auswahl derer dar.

Die Einrichtung ist geprägt durch eine wohnliche und gepflegte Atmosphäre und verfügt über diverse Angebote, die alle schnell und bequem zu erreichen und teilweise auch der Öffentlichkeit zugänglich sind: Bibliothek, Kegelbahn, Weinstube, Stiftstheater, Bocciabahn, Supermarkt, Friseur, Kosmetikstudio, Arztpraxis, Apotheke, Physikalische Therapie usw. Der Speiseplan des Augustinums beinhaltet neben regionalen Spezialitäten auch Gerichte aus der italienischen und französischen Küche. Die künftigen Bewohner können zwischen unterschiedlichen Wohnungsgrundrissen und -größen wählen. Die folgenden drei Beispiele sollen eine Vorstellung von der Gestaltung der Appartements vermitteln. Im Einzelnen handelt es sich um ein 28m² großes Appartement mit Loggia und großzügigem Badezimmer, ein 44m² großes Appartement mit hochwertigem Einbauschränk im Flur sowie ein 57m² großes 2-Zimmer-Appartement mit großzügigem Wohnraum und zwei Balkonen:

¹⁰⁸ http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bon_lage.htm, http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_unser_haus.htm, abgerufen am 19.11.2009

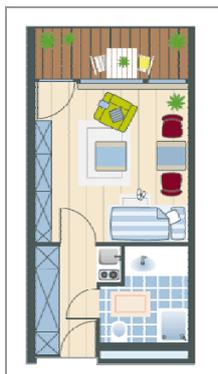


Abbildung 97:
28m²-Appartement

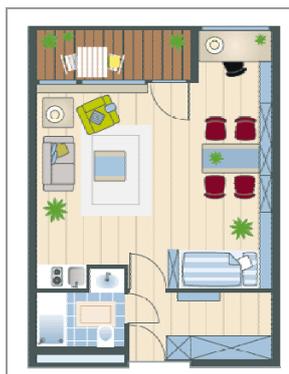


Abbildung 98:
44m²-Appartement



Abbildung 99: 57m²-Appartement

Charakteristisch für alle Apartments ist deren praktische, den Alltag vereinfachende Ausstattung mit platzsparenden Einbauschränken, einem Kühlschrank auf Augenhöhe etc. Individuelle Gestaltungswünsche werden im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt. Die nachstehende Tabelle zeigt die Preise für jedes genannte Wohnbeispiel auf (Stand 01.10.2009):¹⁰⁹

	28m²	44m²	57m²
Pensionspreis	ab 1.216,38 Euro	ab 1.609,25 Euro	ab 2.407,58 Euro
Wohndarlehen	9.000,00 Euro	15.000,00 Euro	20.000,00 Euro
Zinsen (monatlich)	-30,00 Euro	-50,00 Euro	-66,67 Euro
monatliche Belastung	1.186,38 Euro	1.559,25 Euro	2.340,91 Euro
Zuschlag für 2. Person	-	-	517,86 Euro

Tabelle 29: Kostenübersicht in Bezug auf unterschiedliche Apartmentgrößen

¹⁰⁹ http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_preise.htm, abgerufen am 21.11.2009

Die Preise enthalten jeweils:

- Miete einschließlich Nebenkosten,
- Kabelanschluss, Hausteleson mit Notrufanlage,
- tägliches Mittagmenü,
- wöchentliche Appartement-Reinigung, Fensterreinigung einmal im Quartal,
- Pflege bei vorübergehender Erkrankung,
- 24 Stunden besetzter Empfang, Bereitschaftsdienst Haustechnik und
- umfangreiches Kulturprogramm.¹⁰⁹

Das breit gefächerte Kulturprogramm fördert das gemeinschaftliche Leben und bietet zahlreiche Gelegenheiten, um neue Kontakte zu knüpfen. Während die einen in englischen und französischen Konversationskursen ihre Sprachkenntnisse auffrischen oder neue Kenntnisse erwerben, treffen sich die anderen in geselliger Runde zum Karten- oder Schachspiel.

Des Weiteren zeichnet sich das Augustinum dadurch aus, dass es bis zur höchsten Pflegestufe und selbst in Härtefällen eine fachlich und menschlich optimale Betreuung in der eigenen Wohnung garantiert. Demenzerkrankte Personen werden im Rahmen der Tagesbetreuung individuell vom Frühstück bis zum Abendessen begleitet.

Alle Interessierten haben die Möglichkeit, jeden Mittwoch und jeden 1. Samstag im Monat um 14.00 Uhr ohne Voranmeldung an einer Hausführung teilzunehmen.¹¹⁰

Vor- und Nachteile

Das Leben in Seniorenresidenzen/Wohnstiften bringt zweifellos viele Vorteile mit sich: Die Bewohner wohnen selbstständig in seniorengerechten Appartements, die über eine gehobene Ausstattung verfügen und ausreichend Spielraum für den persönlichen Wohnstil lassen. So kann jeder seinem individuellen Lebensrhythmus folgen und

¹¹⁰ <http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn.htm>, abgerufen am 23.11.2009

ist gleichzeitig Angehöriger einer großen Gemeinschaft. Darüber hinaus stellen die Einrichtungen zahlreiche weitere Räumlichkeiten zur Nutzung bereit: Bibliothek, Café, Restaurant, Schwimmbad, Sauna, Clubraum etc. Im Wohngeld ist ein umfangreiches Grundleistungspaket enthalten, das bei Bedarf durch Wahlleistungen ergänzt werden kann. Ein Hausnotruf gewährleistet schnelle Notfallhilfe; in der Regel steht rund um die Uhr eine Pflegekraft zur Verfügung. Auch bei Pflegebedürftigkeit können die Betroffenen in ihrer Wohnung bzw. in der Wohnanlage verbleiben. Das bunte Kultur- und Unterhaltungsprogramm bringt Abwechslung in den Tagesablauf und ermöglicht den Bewohnern, soziale Kontakte zu pflegen.

Doch jede Münze hat bekanntlich zwei Seiten: Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Entscheidung für diese Wohnform grundsätzlich mit hohen Kosten verbunden ist. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem das Wohndarlehen, das einige Anbieter bei Eintritt in die Seniorenresidenz/das Wohnstift erheben sowie das umfangreiche Grundleistungspaket, das in voller Höhe in Rechnung gestellt wird, unabhängig davon, ob alle Leistungen in Anspruch genommen werden oder nicht.

Des Weiteren findet das gesellschaftliche Leben hauptsächlich in der Wohnanlage statt. Die Tatsache, dass „Supermarkt, Apotheke, Arzt & Co.“ in die Anlage integriert sind, führt möglicherweise dazu, dass die Bewohner automatisch den „bequemen Weg“ wählen anstatt am Quartier- bzw. Stadtleben teilzunehmen – selbst bei (noch) guter gesundheitlicher Verfassung. Diejenigen, die darauf verzichten, ihre Besorgungen etc. außerhalb der Einrichtung zu erledigen, weichen gleichzeitig – wenn auch unfreiwillig – der Gelegenheit aus, im Quartier oder in der Stadt auf Bekannte zu treffen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Folge ist eine Art Isolation. Hinzu kommt, dass in der Wohnanlage nur ältere Menschen zusammenleben. Insofern gibt es keine generationenübergreifenden Begegnungen.

Für alle Unschlüssigen bieten immer mehr Anbieter ein Probe-Wohnen an. Die Betroffenen können für 3-4 Tage in eine Gästewohnung einziehen und das Leben in der Einrichtung kennenlernen.¹⁰⁶

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Da Seniorenresidenzen/Wohnstifte in vielerlei Hinsicht Aspekte von Pflegeheimen/Seniorenheimen aufgreifen und umgekehrt, wird in diesem Zusammenhang auf das Kapitel „4.1.6 Senioren- und Pflegeheime“ – Abschnitt „Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien“ verwiesen.

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Wie eingangs erwähnt, ist weder der Name „Residenz“ noch „Stift“ geschützt. Dies bedeutet, dass es keine klar definierten Leistungsstandards gibt. Aus diesem Grund gestaltet es sich an dieser Stelle problematisch, eine präzise Auskunft darüber zu geben, wie viele Seniorenresidenzen/Wohnstifte es im Rhein-Erft-Kreis gibt, die dem vorgestellten Profil entsprechen. Viele als „Residenz“ oder als „Stift“ bezeichnete Einrichtungen werden gleichzeitig unter der Kategorie „Pflegeheim/Seniorenheim“ aufgeführt. Um dennoch einen Eindruck von der Verteilung der vermeintlichen Seniorenresidenzen/Wohnstifte im Kreisgebiet zu gewinnen, wird auf die Erfassung des IST-Zustandes in der jeweiligen Kommune verwiesen (vergleiche Anhang „8.9 Erfassung Ist-Zustand“). Es ist aber zu vermuten, dass eine Einrichtung nach dem Vorbild der Augustinum-Gruppe noch nicht im Rhein-Erft-Kreis existiert.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Die folgende Tabelle zeigt, wie viele der 563 befragten Personen sich vorstellen können, im Alter in einer Seniorenresidenz/einem Wohnstift zu leben:

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	0	0	1	1
männlich	23	11	11	6	1	52
weiblich	19	8	19	4	1	51
Gesamt	42	19	30	10	3	104

Tabelle 30: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Seniorenresidenzen/Wohnstifte

Die Bereitschaft, in eine Seniorenresidenz/ein Wohnstift zu ziehen, ist bei den 45- bis 60-jährigen am stärksten ausgeprägt. Bei den Männern nimmt sie mit fortschreitendem Alter ab, während sich die 66- bis 75-jährigen Frauen wieder deutlich mehr von dieser Wohnform angesprochen fühlen, als ihre 61- bis 65-jährigen Mitbürgerinnen. Insgesamt kommt das Leben in einer Seniorenresidenz/einem Wohnstift für 104 Personen, dies entspricht einem prozentualen Anteil von 18,47%, in Betracht. Mehrfachnennungen waren möglich.

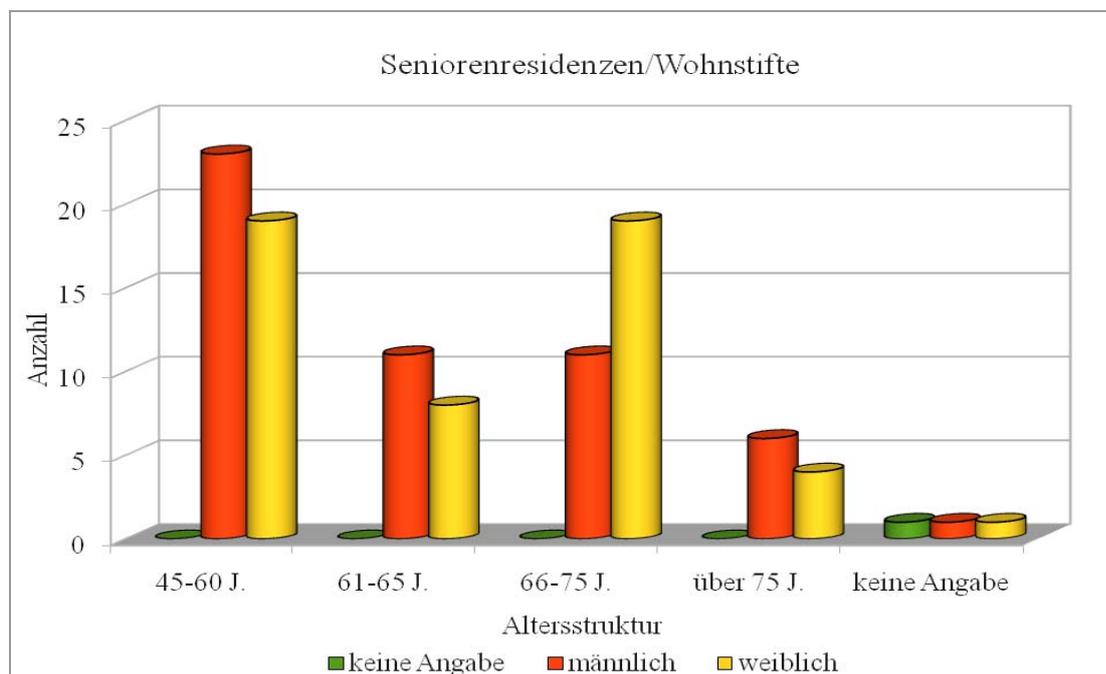


Abbildung 100: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf Seniorenresidenzen/Wohnstifte

In den Experteninterviews werden die Seniorenresidenzen/Wohnstifte äußerst selten erwähnt. Lediglich die Vertreter des Vereins ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V. bemerken, dass in Erftstadt keine Seniorenresidenzen/Wohnstifte vorhanden sind. Folglich würden ältere Menschen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, eher in entsprechend teure Einrichtungen nach Brühl, Bonn oder Köln ziehen, als auf die Angebote in Erftstadt zurückzugreifen und sich mit einem niedrigeren Standard zufrieden zu geben. Ein weiterer Interviewpartner gibt zu bedenken, dass sich nicht jeder einen „luxuriösen Alterswohnsitz 1. Klasse“ leisten könne. Dies müsse bei künf-

tigen Überlegungen berücksichtigt werden. Somit liegt die Vermutung nahe, dass die Experten dieser Wohnform für die Zukunft keine gesteigerte Priorität beimessen.

4.1.9. Bei Kindern und Angehörigen im Haushalt

Begriffserläuterung

Bei dieser Wohnform werden die Betroffenen von ihren Kindern oder Angehörigen in deren Haushalt gepflegt. Wenn es darum geht, Pflegeleistungen für ältere Menschen zu erbringen, die den Alltag nicht mehr alleine bewältigen können, sind die nahen Angehörigen oft die „erste Anlaufstelle“. In erster Linie ist es jedoch das fehlende Zeitfenster, das viele Angehörige daran hindert, in die Rolle des privaten Pflegers zu schlüpfen. Ein nicht vorhandener Wille ist hierfür weniger der Grund. Im Regelfall nimmt die Berufsausübung einen Großteil des Tages in Anspruch. Umso bemerkenswerter, dass es trotzdem Angehörige gibt, die sich dieser mitunter physisch wie psychisch anstrengenden Herausforderung stellen.

Allgemeine Ausführungen

Für die pflegerischen Tätigkeiten der Angehörigen zahlt die Pflegekasse ein Pflegegeld, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Pflegebedürftigkeit vorher durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) bestätigt und von der Pflegekasse anerkannt wurde. Um wie viel Pflegegeld es sich dabei im Einzelnen handelt, hängt von der Intensität der Pflegebedürftigkeit ab. Pflegebedürftigkeit kann drei unterschiedlich starke Ausprägungen annehmen. Der MDK legt fest, welcher Pflegestufe der Betroffene zuzuordnen ist:

- *„Pflegebedürftige der **Pflegestufe I** (erheblich Pflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der*

Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.“¹¹¹

- *„Pflegerbedürftige der **Pflegestufe II** (Schwerpflegerbedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.“¹¹¹*
- *„Pflegerbedürftige der **Pflegestufe III** (Schwerstpflegerbedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.“¹¹¹*

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Höhe des monatlichen Pflegegeldes:¹¹²

	ab 1. Juli 2008	ab 1. Januar 2010	ab 1. Januar 2012
Pflegestufe I	215 Euro	225 Euro	235 Euro
Pflegestufe II	420 Euro	430 Euro	440 Euro
Pflegestufe III	675 Euro	685 Euro	700 Euro

Tabelle 31: Monatliches Pflegegeld nach Pflegestufen

Diejenigen, die andere Menschen pflegen und dafür Pflegegeld bekommen, werden regelmäßig von einem Pflegedienst besucht und beraten. Bei Pflegestufe I und II erfolgt die Beratung einmal pro Halbjahr; Pflegestufe III erfordert eine vierteljährliche Beratung.¹¹³ Grundsätzlich sind die Besuche einer Pflegefachkraft kostenlos. Jedoch kann es bei Verweigerung zu einer Kürzung des Pflegegeldes kommen. Die Beratungsbesuche sollten nicht als Kontrolle, sondern vielmehr als Chance verstanden

¹¹¹ §15 Absatz 1, S. 1, Nr. 1-3, SGB XI

¹¹² vgl. §37 Absatz 1, S. 3, SGB XI

¹¹³ vgl. §37 Absatz 3, S. 1, SGB XI

werden, aufgetretene Pflegeprobleme zur Sprache zu bringen und die Pflege zu optimieren.

Um die pflegenden Angehörigen zu entlasten, kann es sinnvoll sein, eine *Tages- bzw. Nachtpflege* einzurichten. In diesen Fällen werden die Pflegebedürftigen entweder tagsüber oder nachts in einer teilstationären Einrichtung gepflegt und betreut und verbringen die restliche Zeit bei ihren Angehörigen. Einen Teil der Kosten übernimmt auch hier die Pflegekasse. Dabei handelt es sich monatlich höchstens um folgende Beträge:¹¹⁴

	ab 1. Juli 2008	ab 1. Januar 2010	ab 1. Januar 2012
Pflegestufe I	420 Euro	440 Euro	450 Euro
Pflegestufe II	980 Euro	1.040 Euro	1.100 Euro
Pflegestufe III	1.470 Euro	1.510 Euro	1.550 Euro

Tabelle 32: Monatliche Kostenerstattung für Tages- und Nachtpflege nach Pflegestufen

Die Leistungen für Tages- bzw. Nachtpflege sind mit dem Pflegegeld und den Pflegesachleistungen (vergleiche Kapitel „4.1.10 Private Wohnung mit Pflege“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“) kombinierbar.¹¹⁵

Des Weiteren besteht die Möglichkeit der *Kurzzeitpflege*. Diese ist für solche Fälle konzipiert, in denen die Angehörigen krankheits- oder urlaubsbedingt ausfallen oder sich bei der zu pflegenden Person kurzfristig eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes einstellt. Kurzzeitpflege ist auf längstens 4 Wochen im Jahr beschränkt. Unabhängig von der Pflegestufe zahlt die Pflegekasse einen Höchstbetrag von 1.470 Euro ab 01. Juli 2008, 1.510 Euro ab 01. Januar 2010 und 1.550 Euro ab 01. Januar 2012 pro Kalenderjahr.¹¹⁶ Wenn die pflegenden Angehörigen verhindert

¹¹⁴ vgl. §41 Absatz 2, S. 2, SGB XI

¹¹⁵ vgl. §41 Absatz 3, SGB XI

¹¹⁶ vgl. §42 Absatz 2, S. 2, SGB XI

sind, kann ferner *Ersatzpflege* in Anspruch genommen werden. Auch dies ist nur für längstens vier Wochen im Jahr möglich. Hinzu kommt, dass die Angehörigen den Pflegebedürftigen zuvor mindestens sechs Monate gepflegt haben müssen. Wird die Ersatzpflege durch Personen sichergestellt, „die mit dem Pflegebedürftigen nicht bis zum zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind und nicht mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben“¹¹⁷, gelten im Hinblick auf die Kostenübernahme durch die Pflegekasse die gleichen Höchstbeträge wie bei der Kurzzeitpflege. Kurzzeit- und Ersatzpflege können unabhängig voneinander beansprucht werden.

Damit die Bereitschaft zur Pflege zu Hause gefördert wird, haben pflegende Angehörige, die nicht erwerbstätig sind, unter Umständen Anspruch auf eine soziale Absicherung in den Bereichen Renten-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.¹¹⁸

Ein gutes Beispiel außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Zweifellos werden auch über die Grenzen des Rhein-Erft-Kreises hinaus zahlreiche Pflegebedürftige im Haushalt ihrer Kinder oder Angehörigen gepflegt. Um die Privatsphäre und Anonymität aller Beteiligten zu wahren, wird an dieser Stelle auf die Darstellung eines konkreten „Beispiels“ verzichtet.

Vor- und Nachteile

Diese Art der Versorgung hat den Vorteil, dass im Notfall schnelle Hilfe geleistet werden kann, weil die pflegende und die zu pflegende Person „unter einem Dach“ leben. In Anbetracht der Tatsache, dass der Angehörige dem Pflegebedürftigen bereits seit vielen Jahren vertraut ist und umgekehrt, bedarf es keiner Eingewöhnungsphase. Beide kennen die individuellen Eigenarten des jeweils anderen und das erleichtert die gegenseitige Verständigung und damit die Zusammenarbeit. Allerdings birgt diese Wohnform oftmals eine große physische wie psychische Belastung für die Angehörigen. Da diese in der Regel rund um die Uhr verfügbar sein müssen, ist die Gefahr

¹¹⁷ §39, S. 3, SGB XI

¹¹⁸ vgl. Stadtverwaltung Bergheim: Mitten im Leben, S. 57ff.

groß, dass ihr eigenes Privatleben zu kurz kommt bzw. überhaupt nicht mehr stattfindet. Es ist ihnen nur eingeschränkt möglich, auf „Distanz“ zu gehen und neue Kräfte zu schöpfen. Darüber hinaus können die Angehörigen nicht mehr nach Belieben ihren sozialen Bedürfnissen nachgehen. Auch die sozialen Kontakte der Pflegebedürftigen erstrecken sich hauptsächlich auf den familiären Kreis. Des Weiteren ist fraglich, ob die private Pflege trotz regelmäßiger Beratung qualitativ eine professionelle Pflege ersetzen kann.

Angehörige sollten sich in jedem Fall darüber im Klaren sein, dass die Versorgung eines Familienmitglieds teils erhebliche Einschränkungen ihres eigenen Lebens zur Folge hat. Wenn sie bereit sind, dies in Kauf zu nehmen, spricht nichts gegen eine Pflege im privaten Haushalt. Bei Bedarf können die Angehörigen z.B. auf das Angebot der Kurzzeitpflege zurückgreifen.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Entsprechende Informationen können dem Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ entnommen werden.

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Es ist nahezu unmöglich, eine verlässliche Aussage darüber zu treffen, in wie vielen Haushalten im Rhein-Erft-Kreis Pflegebedürftige von ihren Kindern oder Angehörigen versorgt werden. Fest steht lediglich, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Dieser Tabelle ist zu entnehmen, wie oft in den 563 Fragebögen die Wohnform „Bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt“ gewählt wurde:

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	0	0	1	1
männlich	19	7	10	4	1	41

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
weiblich	14	5	14	16	0	49
Gesamt	33	12	24	20	2	91

Tabelle 33: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt“

Der Wunsch, von Personen aus dem Familienkreis gepflegt zu werden, kommt bei den 45- bis 60-jährigen am stärksten zum Ausdruck. Auffallend ist ferner die vergleichsweise hohe Zahl der Frauen über 75, die an dieser Wohnform Interesse zeigen. Von allen Befragten können sich insgesamt 91 Personen, somit 16,16%, für ein Leben bei ihren Angehörigen begeistern.

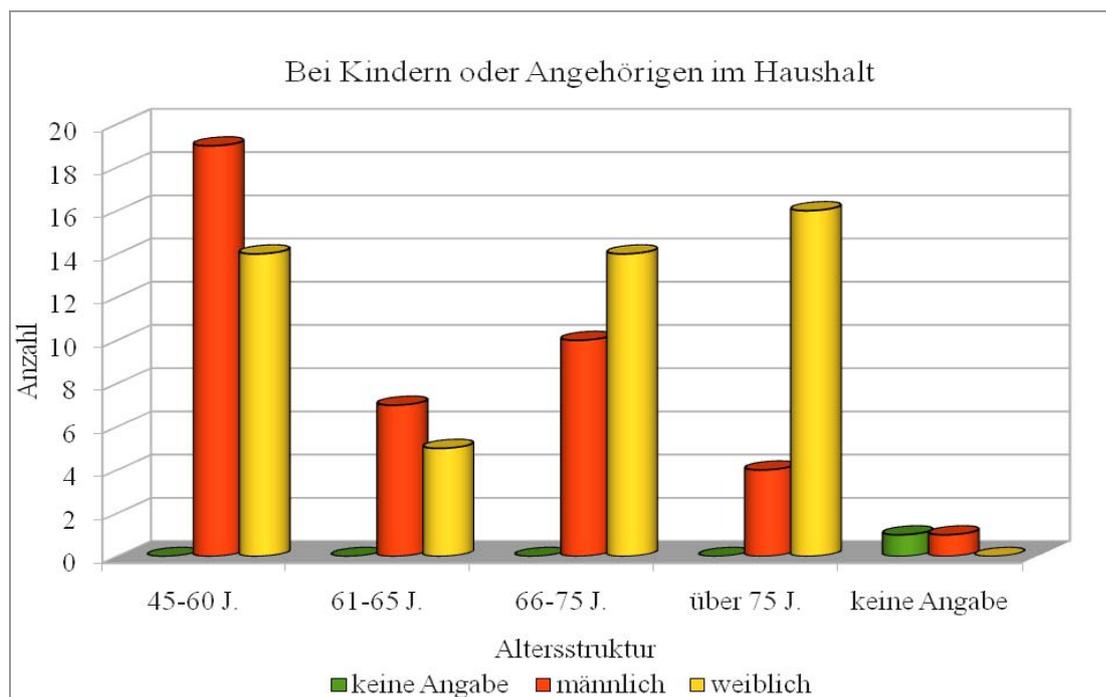


Abbildung 101: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt“

Aus den Experteninterviews geht im Hinblick auf diese Wohnform lediglich hervor, dass sich die Familienstrukturen über die Jahre verändert haben und der Zusammen-

halt heutzutage nicht mehr derselbe ist wie früher. Die Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen, ist nicht mehr in dem Maße vorhanden, wie es vor vielen Jahren in der Großfamilie der Fall war. Eine Befragte äußert, dass sie selbst zu dem Personenkreis gehöre, für den eine Versorgung durch die eigenen Kinder nicht in Betracht kommt und sie sich daher andere Wege suchen müsse, um ihre spätere Pflege sicherzustellen. Folglich scheinen die Experten der Pflege durch Angehörige gegenwärtig keine größeren Zukunftschancen zu geben.

4.1.10. Private Wohnung mit Pflege

Begriffserläuterung

Diese Wohnform zeichnet sich dadurch aus, dass die Betroffenen in ihrer Wohnung verbleiben und dort auch gepflegt werden. Wenn eine Unterstützung durch Kinder oder Angehörige nicht in Frage kommt, kann ein professioneller pflegerischer Dienst in Anspruch genommen werden, der die Betroffenen in ihrer Wohnung aufsucht. Je nach familiärer Situation ist auch ein Wechsel von privaten zu beruflichen Pflegern denkbar oder umgekehrt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die private und die berufliche Versorgungsform miteinander zu kombinieren.

Professionelle häusliche Pflege wird durch Sozialstationen oder andere ambulante Dienste erbracht. Letztere werden von Wohlfahrtsverbänden oder privaten Anbietern initiiert. Neben den Pflegeleistungen zählt das ausgebildete Personal auch hauswirtschaftliche und soziale Betreuung zu seinen Aufgaben.¹¹⁸

Allgemeine Ausführungen

Der pflegerische Dienst stellt zunächst nur eine Grundversorgung sicher, die z.B. Hilfestellungen beim Anziehen, beim Essen oder bei der Körperpflege beinhaltet. Hierbei spricht man von sogenannten Pflegesachleistungen. Wenn der MDK die Pflegebedürftigkeit bestätigt und die Pflegekasse diese anerkannt hat, werden die Kosten bis zu einer bestimmten Höhe von der Pflegekasse übernommen. Wie viel Geld die Pflege-

kasse monatlich für die Sachleistungen zahlt, richtet sich auch hier nach der jeweiligen Pflegestufe. Die folgende Tabelle enthält die maximalen Beträge:¹¹⁹

	ab 1. Juli 2008	ab 1. Januar 2010	ab 1. Januar 2012
Pflegestufe I	420 Euro	440 Euro	450 Euro
Pflegestufe II	980 Euro	1.040 Euro	1.100 Euro
Pflegestufe III	1.470 Euro	1.510 Euro	1.550 Euro

Tabelle 34: Monatliche Kostenerstattung für Pflegesachleistungen nach Pflegestufen

Für besondere Härtefälle der Pflegestufe III kann die Pflegekasse monatlich einen weiteren Betrag von maximal 1.918 Euro gewähren.¹²⁰ Pflegebedürftige mit eingeschränkter Alltagskompetenz (Demenzkranken, geistig Behinderte oder psychisch Kranke) haben auf Antrag einen Anspruch auf zusätzliche Betreuungsleistungen.¹²¹ Alle Kosten, die nicht durch die Pflegekasse gedeckt sind, müssen privat finanziert werden. Sieht sich der Pflegebedürftige dazu nicht in der Lage, kann er sich an das Sozialamt wenden. Selbstverständlich können der Pflegebedürftige und seine Angehörigen nach Wunsch eigenfinanzierte zusätzliche Leistungen von den professionellen Diensten erwerben. Es ist möglich, die Pflegesachleistungen mit dem Pflegegeld zu kombinieren.¹²² Dies geschieht z.B. dann, wenn ein pflegender Angehöriger nicht den ganzen Tag Hilfe leisten kann und er für die Zeit, in der er nicht zur Verfügung steht, einen pflegerischen Dienst beauftragt. In solchen Fällen wird das Pflegegeld anteilig gezahlt, d.h. es wird um das gleiche Ausmaß vermindert, in dem Sachleistungen durch den Pflegedienst erbracht werden.

Um mit den Pflegekassen abrechnen zu können, schließen die ambulanten Pflegedienste mit diesen Versorgungsverträge ab, die die Pflegesachleistungen und die damit

¹¹⁹ vgl. §36 Absatz 3 SGB XI

¹²⁰ vgl. §36 Absatz 4, S. 1, SGB XI

¹²¹ vgl. §45b SGB XI

¹²² vgl. §38 SGB XI; <http://nullbarriere.de/kombinationspflege.htm>, abgerufen am 26.11.2009

verbundenen Kosten enthalten. Die Vergütungssätze sind deutschlandweit unterschiedlich. Ferner haben die Pflegedienste die gesetzliche Pflicht, einen schriftlichen Pflegevertrag mit den Pflegebedürftigen oder ihren gesetzlichen Betreuern abzuschließen, in dem die vereinbarten Leistungen, die Pflegezeiten und die Kosten aufgeführt werden. Von den Pflegesachleistungen sind die Leistungen der sogenannten medizinischen Behandlungspflege abzugrenzen, wie z.B. das Setzen von Insulinspritzen oder die Versorgung von Wunden. Ihre medizinische Notwendigkeit wird durch ein ärztliches Rezept bescheinigt. Diese Leistungen übernimmt nicht die Pflegekasse, sondern die Krankenkasse.¹¹⁸

Merkmale eines guten Pflegedienstes

Ein guter Pflegedienst zeichnet sich z.B. durch folgende Merkmale aus:

- Vor Vertragsabschluss gibt es die Möglichkeit einer kostenlosen Beratung.
- Im Beratungsgespräch wird nach den persönlichen Wünschen der Pflegebedürftigen und ihrer Bezugspersonen gefragt.
- Fragen werden ausführlich beantwortet und Unklarheiten geduldig erklärt.
- Die individuelle Situation und die zu erbringenden Leistungen werden ausführlich besprochen.
- Der Pflegedienst verpflichtet sich, nach einer Pflegeplanung zu arbeiten und eine Pflegedokumentation zu führen.
- Der Pflegedienst ist stets erreichbar, pünktlich und verlässlich in Bezug auf alle Absprachen.
- Der Pflegedienst beschäftigt eine hohe Anzahl examinierter Altenpflegerinnen und Altenpfleger, die regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen.¹²³

¹²³ vgl. Stadtverwaltung Bergheim: Mitten im Leben, S. 61f.

Vor- und Nachteile

Bei dieser Wohnform profitieren die Betroffenen von einer professionellen Pflege durch ausgebildete Pflegefachkräfte. Da die Pflegebedürftigen in ihrer vertrauten Umgebung versorgt werden, bleiben ihnen die Strapazen eines Wohnungswechsels erspart. Der Pflegedienst passt sich der individuellen Lebenssituation des Pflegebedürftigen an und bietet ein offenes Ohr für Sorgen und Anliegen jeglicher Art. Des Weiteren stellt die Möglichkeit, einen Pflegedienst zu beauftragen, eine Entlastung für pflegende Angehörige dar.

Auf der anderen Seite ist die Pflege grundsätzlich an feste Zeiten gebunden, die im Voraus vertraglich festgelegt werden. Demzufolge sind Pflegedienste – im Vergleich zu Einrichtungen, in denen permanent Pflegepersonal zur Verfügung steht – nur bedingt in der Lage, eine unmittelbare Notfallversorgung zu gewährleisten.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

Diesbezüglich wird auf das Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ verwiesen.

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

Viele Pflegebedürftige greifen im Rhein-Erft-Kreis auf die Angebote eines professionellen pflegerischen Dienstes zurück. Eine genaue Zahl kann an dieser Stelle nicht genannt werden.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie viele der 563 Befragten es in Erwägung ziehen, im Alter von einem professionellen Pflegedienst in ihrer privaten Wohnung versorgt zu werden:

Geschlecht	45-60 J.	61-65 J.	66-75 J.	älter als 75 J.	keine Angabe	Gesamt
keine Angabe	0	0	1	0	5	6
männlich	67	28	46	11	1	153
weiblich	72	29	53	37	1	192
Gesamt	139	57	100	48	7	351

Tabelle 35: Tabellarische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Private Wohnung mit Pflege“

Abgesehen von den Personen über 75 Jahren sind sich die Frauen und Männer in den einzelnen Altersklassen annähernd einig. Die 45- bis 60-jährigen können sich am stärksten mit dieser Wohnform identifizieren, gefolgt von den 66- bis 75-jährigen, den Frauen über 75 Jahren und den 61- bis 65-jährigen. Insgesamt kann die Wohnform „Private Wohnung mit Pflege“ eine beachtliche Zahl von 351 Nennungen, dies entspricht einem prozentualen Anteil in Höhe von 62,34%, verzeichnen. Dies spiegelt auch den Wunsch der Bergheimer Bevölkerung wieder, so lange wie möglich selbstbestimmt zu leben.

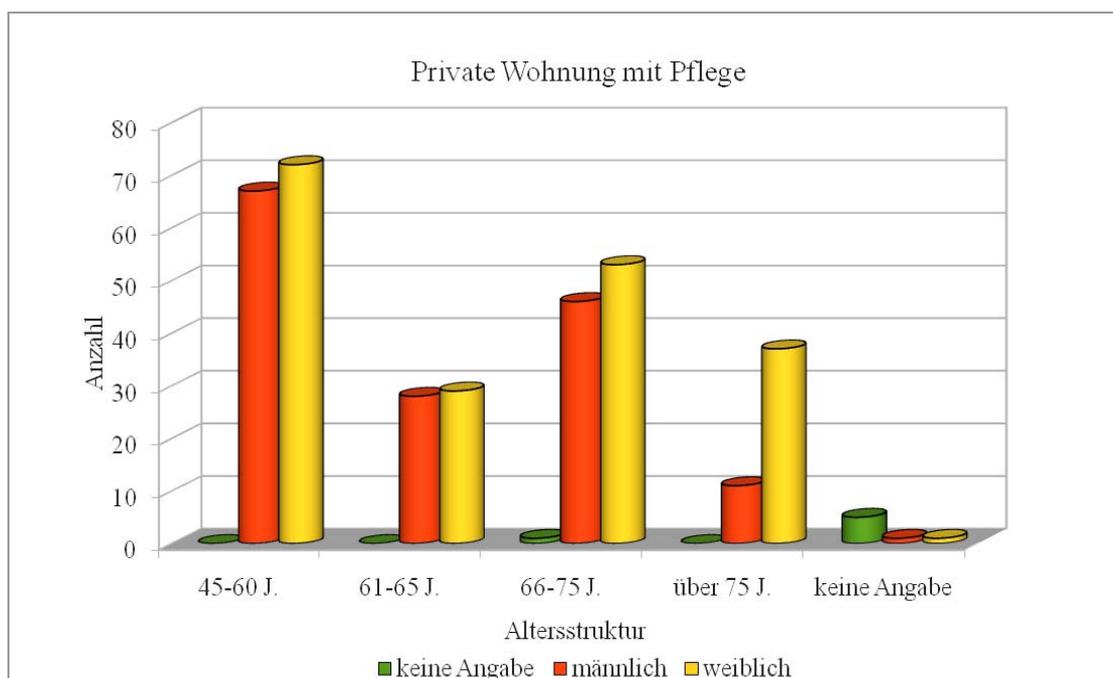


Abbildung 102: Grafische Auswertung der Frage 2.5 in Bezug auf „Private Wohnung mit Pflege“

Die Experten kommen auf diese Wohnform nur am Rande zu sprechen. Einer der Befragten legt Wert darauf, nicht auf Dritte angewiesen zu sein und möchte stattdessen zu gegebener Zeit einen Pflegedienst mit den notwendigen Dienstleistungen (Service und/oder Pflege) beauftragen. Eine andere Expertin bevorzugt es, von vorneherein in einem barrierefreien Wohnraum zu leben, in dem sie später auch gepflegt werden kann.

Auch wenn nicht jeder Experte explizit auf diese Wohnform zu sprechen kommt, liegt die Vermutung nahe, dass die Mehrheit mit den befragten Bürgerinnen und Bürgern übereinstimmt und einer privaten Wohnung mit Pflege nicht abgeneigt ist.

4.1.11. WohnQuartier⁴

Begriffserläuterung

Die Zukunft altersgerechter Quartiere im demografischen Wandel gestalten (kurz: WohnQuartier⁴) ist ein Kooperationsprojekt des Diakonischen Werkes Rheinland, der Essener HOCHTIEF Construction AG und des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks Nordrhein. Es ist das Ergebnis eines im Zeitraum zwischen Frühjahr 2005 und Anfang 2006 angesiedelten Arbeitsprozesses, an dem Expertinnen und Experten aus der sozialen Arbeit, der Bauwirtschaft, der Erwachsenenbildung, der Wissenschaft, der kommunalen Verwaltung, der Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, der Industrie- und Handelskammer sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Ehrenamt, Kunst und Design mitgewirkt haben. Im April 2008 ist das Projekt in eine dreijährige Umsetzungsphase gestartet. Gefördert wird es durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW, mit Unterstützung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

In mehreren kreativen Workshops, Expertenrunden und Arbeitskreisen fand ein umfassender Meinungs- und Erfahrungsaustausch aller beteiligten Akteure statt. Im Mittelpunkt standen die Erkenntnis, dass die deutsche Bevölkerung einen fortschreitenden Alterungsprozess durchläuft sowie die sich daran anschließende Frage, wie das Wohnen und Leben in den Quartieren gestaltet werden muss, um dieser Entwicklung ge-

recht zu werden und die Lebensqualität generationenübergreifend sicherzustellen. Das erarbeitete Konzept WohnQuartier⁴ ist als eine Formel zu verstehen. Es beinhaltet wesentliche Bestandteile zur zukunftsfähigen Gestaltung altersgerechter Quartiere und basiert auf den folgenden vier Faktoren (daher die hochgestellte Ziffer 4), die im späteren Verlauf genauer erläutert werden:

- Faktor 1: Wohnen & Wohnumfeld
- Faktor 2: Gesundheit & Service und Pflege
- Faktor 3: Partizipation & Kommunikation
- Faktor 4: Bildung & Kunst und Kultur¹²⁴

Allgemeine Ausführungen

Im Rahmen der durchgeführten Meinungsumfrage favorisierten die Bergheimer Bürgerinnen und Bürger mit großem Abstand (351 Nennungen=62,34% – Mehrfachnennungen waren möglich) die private Wohnung mit Pflege (vergleiche Kapitel „4.1.10 Private Wohnung mit Pflege“). Um den Wünschen und Vorstellungen der Bergheimer Bevölkerung nachzukommen, wird daher angeregt, die Quartiersentwicklung (vergleiche Kapitel „4.1.7 Wohnen im Quartier“) nachhaltig zu verbessern. Eine aus Sicht der Projektgruppe exzellente Möglichkeit hierfür bietet WohnQuartier⁴.

WohnQuartier⁴ gibt Empfehlungen für eine aktive und planvolle Stadtentwicklung und für eine Entwicklung der Wohnquartiere. Es ist kein statisches Konzept, das eine „Idealvorstellung“ von altersgerechtem Wohnen anpreisen will, sondern bietet die Grundlage für die Entwicklung altersgerechter Wohnangebote, die es zum Vorteil aller Beteiligten in das Quartier einzufügen gilt. Je nach Nachfrage und den räumlichen Möglichkeiten im Quartier ist eine Vielzahl an unterschiedlichen Wohnangeboten denkbar. Die Spannweite reicht von Wohnanlagen mit Betreutem Wohnen über Mehrgenerationenwohnen bis hin zu Wohn-/Hausgemeinschaften Älterer. Um die

¹²⁴ <http://www.wohnquartier-4.de/files/wohnquartier4.pdf>; <http://www.wohnquartier4.de>, abgerufen am 04.11.2009

Wohnangebote für Ältere optimal in das Quartier zu integrieren, ist es wichtig, sie genau auf das Umfeld abzustimmen. Dafür bedarf es einer umfassenden Planung. So muss z.B. untersucht werden, wie angrenzende Infrastrukturen seniorengerecht mit dem jeweiligen Wohnangebot zu verbinden sind. Im Zentrum aller Überlegungen sollte insbesondere der Nutzen stehen, den man sich von dem neuen Wohnangebot für das Quartier verspricht. Neue und bereits vorhandene Angebote sollen voneinander profitieren und dürfen nicht in Konkurrenz treten.

WohnQuartier⁴ lebt von einer gesunden Mischung aus hauptamtlicher Professionalität und freiwilligem Engagement seitens der Bürger. Viele praktische Erfahrungen tragen dazu bei, dass es kontinuierlich weiterentwickelt wird. Die Überzeugung, dass aus der Not, die der Alterungsprozess mit sich bringt, eine Chance werden kann, wenn man gestaltend auf ihn Einfluss nimmt, stellt eine wichtige Motivationsquelle für alle Beteiligten dar. Es gilt, Vernetzungs-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsstrukturen aufzubauen. Vorhandene Chancen und Potentiale sollen unter Einbeziehung des Erfahrungswissens aller Generationen und Kulturen genutzt werden, damit die vielfach noch unbeanspruchten Ressourcen älterer Menschen nicht „auf der Strecke bleiben“.

Barrierefreiheit ist ein Stichwort, das das gesamte Konzept wie ein roter Faden durchzieht. Es spielt deshalb so eine entscheidende Rolle, weil es einen wichtigen Garanten für Lebensqualität darstellt – nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für Menschen mit Behinderungen und Familien mit kleinen Kindern. Ein weiterer wichtiger Grundsatz lautet „ambulante vor stationärer Versorgung älterer Menschen“. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das 1999 in der Absicht gestartet wurde, der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzuwirken, kann als Orientierung dienen. Das Programm konzentriert sich auf benachteiligte Stadtteile und sieht die Einrichtung eines Quartiermanagements mit entsprechenden Fachkräften vor. Da sich die demografische Entwicklung aber nicht nur auf bestimmte Quartiere erstreckt, ist WohnQuartier⁴ darauf ausgerichtet, die Entwicklung *aller* Wohn- und Stadtquartiere zu beeinflussen. Das hat zur Folge, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten und unterschiedliche Akteure auf mindestens drei Ebenen geben muss:

Ebene Bewohnerschaft (Mikro-Ebene)

Professionelle Akteure haben die Aufgabe, die Bewohnerschaft für Aktivitäten im Prozess der altersgerechten Quartiergestaltung zu gewinnen und ihnen vor Augen zu führen, dass nicht das Schicksal über ihre Zukunft bestimmt, sondern sie selbst. Um speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingehen zu können, ist es ratsam, hierfür Fachkräfte der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit einzusetzen, auch unter Beteiligung der Interessenvertretungen Älterer (Seniorenbeiräte). Begegnungsstätten, Kirchengemeinden sowie Einrichtungen der Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege können als Anlaufstellen dienen. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich z.B. in Senioren-Netzwerken engagieren, stellen eine wichtige Unterstützung dar (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“).

Ebene Quartier/Stadtteil (Meso-Ebene)

Hier beschäftigen sich die Akteure vorwiegend mit der Entwicklung von komplexen Einzelprojekten. Es sollte sichergestellt werden, dass allen Interessen, Anliegen und Vorschlägen Gehör verschafft wird. Die Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen ist dabei ebenso wichtig wie die der erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil. Es handelt sich um eine intermediäre (=vermittelnde) Ebene, auf der sogenannte Stadtteilmoderatoren versuchen, eine Brücke zwischen den Akteuren im Quartier, der Kommunalverwaltung und der Wirtschaft zu bauen. Die Moderation sollte weitestgehend unabhängig erfolgen und könnte beispielsweise von einer Fachhochschule oder Universität, aber auch von freien Planungs- oder Moderationsbüros getragen werden.

Ebene Gesamtstadt (Makro-Ebene)

Auf dieser Ebene werden im politischen Raum Entscheidungen über die Entwicklung von Wohnquartieren getroffen. Es empfiehlt sich, verschiedene Arbeitskreise zu gründen, in denen über die kommunale Seniorenplanung diskutiert und abgestimmt wird. An diesen Arbeitskreisen sollten alle Behörden mitwirken, die zu einer seniorengerechten Stadtteilentwicklung beitragen (Bau-, Sozial-, Kulturämter usw.). Durch die Verknüpfung von Quartiergestaltung und Stadt-/Gemeindeentwicklung kann unterstützend auf die Entwicklungen im Quartier Einfluss genommen werden. Zudem kön-

nen stadtweite Ressourcen genutzt und Synergien erzeugt werden. Ein Gebietsbeauftragter sollte als kompetenter Ansprechpartner die Koordination der erforderlichen Abstimmungen übernehmen sowie die Kommunikation mit relevanten Gremien pflegen. Der- oder diejenige stellt das „Gelenk“ zwischen den Ämtern und den „Pfadfinder“ innerhalb der Verwaltung dar.

Im Folgenden werden die eingangs erwähnten vier Faktoren des Konzepts WohnQuartier⁴ genauer vorgestellt, die es systematisch miteinander zu verknüpfen gilt. In Abhängigkeit davon, welche sozialen und räumlichen Bedingungen in dem jeweiligen Quartier anzutreffen sind, müssen sie in ihrer Ausprägung variieren.

Faktor 1: Wohnen & Wohnumfeld

Da es dem Wunsch der älteren Menschen entspricht, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung oder zumindest im vertrauten Quartier zu leben, sollte diesem Faktor besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Um diesem Wunsch gerecht zu werden und auch denjenigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, flexible Lösungen anbieten zu können, ist es wichtig, das Verständnis von „Wohnen“ auf Elemente wie Wohnumfeld, Nachbarschaft, Versorgung und Pflege zu erweitern und nicht auf die Wohnung als solche zu beschränken. Im Hinblick auf die Wohnung und auf das direkte Wohnumfeld rückt zunächst einmal die Barrierefreiheit des Wohnungszugangs und der Wohnung selbst in den Vordergrund. Die Bereiche Wohnberatung und Wohnraumanpassung (vergleiche Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“) halten hierfür wertvolle Angebote bereit. Bei künftigen Neubauprojekten sollten die Grundrisse bereits so flexibel gestaltet werden, dass bei späterem Bedarfseintritt eine veränderte Raumaufteilung möglich wäre. Zweckmäßig ist, die verschiedenen Lebensphasen der Bewohner und die damit einhergehenden wechselnden Bedürfnisse von Anfang an in die Planungen einzubeziehen. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob bestehende Wohnformen in neue, altersgerechte Wohnformen umgebaut werden können. Die Einrichtung von Unterstützungssystemen zur Durchführung eines organisierten Wohnungswechsels hilft, den Betroffenen die Angst vor einem Umzug zu nehmen.

Notwendig ist darüber hinaus, dass weitere Bereiche des Quartiers das Stichwort der Barrierefreiheit aufgreifen. Älteren Menschen sollte ein ungehinderter Zugang zu Ge-

schäften, Ämtern und sonstigen Einrichtungen sowie öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet sein. Die Förderung von Sicherheitsmaßnahmen spielt ebenfalls eine wichtige Rolle und sollte u.a. Aspekte wie die Schaffung von Orientierungsmöglichkeiten im Quartier, eine helle und überschaubare Gestaltung von Straßen und Plätzen sowie die Organisation und Installation von Unterstützungssystemen für Menschen mit Beeinträchtigungen unterschiedlichster Art (z.B. Demenz, vergleiche Kapitel „4.2 Demenz (Frau Oziemkiewicz)“) umfassen. Des Weiteren nimmt die Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und des öffentlichen Lebens einen zentralen Stellenwert in der seniorengerechten Quartiergestaltung ein. Oftmals stellen ausländische Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen eine kulturelle Bereicherung für das Quartier und seine Bewohner dar. Mögliche Hemmschwellen älterer Menschen können durch begleitete Besuche abgebaut werden. Auch sollte verhindert werden, dass die kleinen Gemischtwarenläden, sogenannte „Tante-Emma-Läden“, aussterben. Diese bieten auf kleinem Raum alles, was der Kunde braucht. Gerade den älteren Menschen fehlt oft die notwendige Mobilität, die zumeist weit entfernten Supermärkte zu erreichen.

Faktor 1 beinhaltet z.B. folgende Elemente: Seniorenzentrum, Wohnprojekte, Bänke/Aufenthaltszonen, Polizei, Apotheke, Supermarkt, Bäckerei, Friseur, Post, Internet-café 50 plus, Reisebüro, Leitsystem/Hinweistafeln.

Faktor 2: Gesundheit & Service und Pflege

Den Kernpunkt dieses Themenkomplexes bilden solche Dienstleistungsangebote, die einen Verbleib im bisherigen Wohnumfeld fördern, wie beispielsweise Hausnotruf-Systeme, Menüservice, Einkaufs- und Reinigungsservice, Besuchsdienste, Transportfahrten zu Fitness-Angeboten. Um positiv auf die körperliche Verfassung Älterer Einfluss zu nehmen, bedarf es der Weiterentwicklung von Sportangeboten. Die Angebote im Quartier sollten ermittelt und aufeinander abgestimmt werden. Darüber hinaus wird empfohlen, diese Angebote auch finanziell eingeschränkten Menschen zugänglich zu machen. Nach Unterrichtschluss würde sich hierfür beispielsweise die Nutzung von Schulsporthallen anbieten. Neben sportlichen Aktivitäten jeglicher Art trägt aber auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entscheidend zur Gesundheitsförderung bei. Dies kann z.B. durch die Wahrnehmung kultureller Angebote geschehen.

Von großer Relevanz ist der Bereich „Pflege“. Damit auch hier die Mobilität und das eigenständige Wohnen der Pflegebedürftigen gewahrt werden können, sind Service- und Beratungszentren notwendig, die die Vermittlung der Betroffenen zu den erforderlichen Hilfsangeboten übernehmen und den Erfahrungsaustausch pflegender Angehöriger ermöglichen. Die Alterung der Gesellschaft bringt Prognosen zufolge auch eine steigende Zahl an individuellen Orientierungsbeeinträchtigungen mit sich. Diesem Trend könnte mit einem umfassenden Unterstützungssystem begegnet werden, das von der ambulanten ärztlichen Beratung bis zur stationären Pflege reicht. Somit wäre es auch diesen Betroffenen möglich, Bewegungsfreiheit im Quartier zu genießen. Nachbarschaft und Geschäftsleute im Quartier können einen wichtigen Beitrag zur optimalen Versorgung der älteren Menschen leisten. Das oftmals persönliche Verhältnis zwischen dem Inhaber eines kleinen Ladenlokals und der Kundschaft käme einer desorientierten Person insofern zugute, als ihre Angehörigen oder Nachbarn sofort informiert werden können. Gute Ausschilderungen im ganzen Quartier geben dem Beeinträchtigten darüber Auskunft, an welchen Stellen Unterstützung und Hilfe geboten wird. Zielführend ist ebenfalls, eine angemessene Betreuung von Demenzkranken und ihren Angehörigen sicherzustellen. Letztere sollen die Möglichkeit erhalten, miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Kräfte zu sammeln.

Faktor 2 umfasst z.B. diese Elemente: Gesundheitszentrum, Sporthalle, Fitness 50 plus, haushaltsnahe Dienstleistungen, Fußpflege, Praxis für Physiotherapie, Sanitätshaus, Schwimmbad, Menüservice, Bus, Taxi.

Faktor 3: Partizipation & Kommunikation

Dieser Faktor beinhaltet die Absicht, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Bewohnerinnen und Bewohner zu fördern. Sie sollen an der Entwicklung ihres Quartiers aktiv teilhaben können. Aus diesem Grund ist es notwendig, Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse transparent zu machen und Einflussnahme zuzulassen.

Der Frage, wie das Leben im Quartier für alle Altersklassen optimiert werden kann, kann durch verschiedene Methoden auf den Grund gegangen werden – z.B. durch gemeinsame Sozialraum-Erkundungen, um fehlende Angebote im Quartier zu ermitteln, die Teilnahme am sogenannten „Runden Tisch“, die Übernahme von Aufträgen durch

Arbeitsgruppen, Hausflurgespräche oder Versammlungen in Wohnhäusern. Um den Interessen der Bürger die gewünschte Beachtung zu schenken und sie in politisch-administrative Entscheidungen einfließen zu lassen, sollten die drei vorgestellten Ebenen der altersgerechten Quartiergestaltung ineinandergreifen und kooperieren. Des Weiteren könnte ermittelt werden, inwieweit Elemente wie eine Quartier-Zeitung oder das Medium Internet zum Auf- und Ausbau von Kommunikationsstrukturen im Quartier nützlich sind. Da in der heutigen Zeit insbesondere das Internet einen nahezu unverzichtbaren Bestandteil des alltäglichen Lebens darstellt, ist es umso wichtiger, auch Ältere an dieses Thema heranzuführen und ihnen den Umgang mit dem „neuen Medium“ nahezubringen.

Partizipationsprozesse im Quartier sind auf die Unterstützung möglichst vieler Kooperationspartner angewiesen. Dies können Akteure aus dem Seniorenbeirat, vereinsaktive Personen oder Mitwirkende in Senioren-Netzwerken sein. Allerdings knüpfen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“) lediglich ergänzend an professionelle Arbeit an und ersetzen diese nicht. Hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern obliegt die Aufgabe, die Freiwilligen bei der Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten zu unterstützen. Festzuhalten bleibt, dass Partizipation und Kommunikation im Quartier für ein soziales Miteinander sorgen und einen erheblichen Beitrag zur Lebensqualität aller Generationen leisten.

Zu Faktor 3 zählen z.B. folgende Elemente: Marktplatz, Versammlungs-/Gruppenraum, Café, Begegnungsstätte, Reisegruppe, Literaturcafé, Boule im Park, Bewegungsparcours (vergleiche Kapitel „5.2.5 Bewegungsparcour für Seniorinnen und Senioren (Frau Felkel)“), Info-Tafeln/Litfasssäule.

Faktor 4: Bildung & Kunst und Kultur

Lernen sollte als lebenslanger Prozess betrachtet werden. Dieser Faktor macht deutlich, dass die Menschen auch in der nachberuflichen Phase Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten erhalten müssen. Im Rahmen der Partizipation an Entscheidungsprozessen können Ältere ihr Erfahrungswissen an andere weitergeben und im Gegenzug von den kreativen Ideen der Jüngeren profitieren. Lernen spiegelt sich aber auch in der

notwendigen Auseinandersetzung mit dem Thema „Wohnen im Alter“ wieder. Viele ältere Menschen sind nicht bzw. nicht ausreichend über die verschiedenen Wohnmöglichkeiten informiert und sollten durch sinnvolle Maßnahmen (öffentliche Informationsveranstaltungen etc.) umfassend Kenntnis auf diesem Gebiet erlangen.

Des Weiteren könnte über den Einsatz von sogenannten „Keyworkern“ nachgedacht werden. Dabei handelt es sich um freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Erfahrungen im sozialen und kulturellen Bereich, die u.a. folgende Tätigkeiten übernehmen: Vermittlung zwischen interessierten Bürgern und hauptamtlich Beschäftigten in Einrichtungen, Organisation und Begleitung einzelner Veranstaltungen, Transport von Kulturangeboten in die unterschiedlichen Lebensräume der Menschen (Theater im Wohnzimmer, Museum auf Rädern, Vorlese-Service oder Ähnliches), Förderung des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen. Öffentliche Plätze im Quartier lassen sich als Veranstaltungsort für Trödelmärkte, Sommer- oder Straßenfeste sowie Kunst-, Sport- und Spielaktionen nutzen. Kirchen sind als Orte von Spiritualität und Gemeinschaft anzusehen. Vorstellbar ist auch die Einrichtung eines Bildungs- und Kultur-Shuttles zur Vernetzung der Angebote im Quartier mit den zentralen Kulturangeboten im städtischen Raum und den Fach- oder Hochschulen. Ferner sollte Wert auf die Förderung eines multikulturellen Zusammenlebens gelegt werden, um den Austausch unterschiedlicher kultureller Erfahrungen und Wertvorstellungen zu ermöglichen. Angebote aus dem Bereich Bildung, Kunst und Kultur bieten ebenfalls Lebensqualität für die Quartierbewohner und sind auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Stadtgebiete, die als sozial oder strukturell benachteiligt einzustufen sind, benötigen besondere Unterstützung.

Faktor 4 gehören z.B. diese Elemente an: Kulturzentrum, Gemeindezentrum, (Sprach-)Schule, Ausstellung/Museum, Bürgerhaus, Bildungsshuttle, Konzertsaal, Bibliothek.¹²⁴

Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

Das Konzept WohnQuartier⁴ wird noch bis 2011 an den zwei Pilotstandorten Essen-Altenessen-Süd und Remscheid-Hohenhagen erprobt. Mit Unterstützung der Kommu-

nen und der Bevölkerung werden im Verbund mit den örtlichen Trägern – den jeweiligen Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen und Diensten – innovative Strategien und Projekte auf den Weg gebracht, die die vier Faktoren des Konzepts aufgreifen.

Essen-Altenessen-Süd hat als Stadtteil einer Ruhrgebietsgroßstadt vielfältige Bau- und Nutzungsstrukturen und erhebliche soziale Schieflagen zu verzeichnen. Im westlichen Bereich sind Gewerbeflächen vorherrschend, während der Südosten und Norden von größeren Grünflächen dominiert wird und der restliche Stadtteil aus Wohnflächen besteht. In Altenessen-Süd leben mehr Familien als kinderlose Paare; der Anteil der Ein-Personen-Haushalte beläuft sich auf ca. 45%. Prognosen zufolge wird die Anzahl hochaltriger Menschen bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerung zunehmen. Gleiches gilt für die ausländische Bevölkerung: 26,3% der Bewohner haben eine Migrationsgeschichte, die Tendenz ist steigend. Diese Ausgangssituation war Grund genug für die Ansiedlung eines Projekts wie WohnQuartier⁴. Es hat seinen Standort im Familienzentrum „Vogelnest“, das neben 63 Betreuungsplätzen umfangreiche Beratungs- und Bildungsangebote für Eltern zur Verfügung stellt und Familien in schwierigen Lebenssituationen unterstützt. Darüber hinaus gibt es eine Kinderbekleidungs-börse, die den Grundsatz „Ware gegen Leistung“ verfolgt. Je nach persönlicher Neigung können die Kunden einen Kuchen backen, eine Stunde vorlesen u.v.m. Um sich ein Bild von den Bedürfnissen und vorhandenen Potentialen zu machen, wurde zu Projektbeginn im Frühjahr 2008 eine aktivierende Bürgerbefragung in der Nachbarschaft des Familienzentrums durchgeführt. Eine erste Auswertung ergab, dass die Partizipation der Bewohner an Veränderungs- und Verbesserungsprozessen gefördert werden muss. Vier- bis sechsmal im Jahr werden anlässlich von Stadtteilkonferenzen die sozialen Themen im Stadtteil besprochen; regelmäßig stattfindende Lokale Runden dienen dazu, die Vorgaben und Handlungsfelder der Stadt- und Stadtteilentwicklung mit dem Konzept von WohnQuartier⁴ zu vereinbaren.¹²⁵

¹²⁵ http://www.wohnquartier-4.de/index.php?article_id=27, abgerufen am 12.11.2009

In Remscheid-Hohenhagen ist eine Mischung aus Neu- und Altbauten zu finden. Seit einigen Jahren ist durch spezielle Baumaßnahmen für jüngere Familien ein schnelles Wachstum des Stadtteils zu beobachten. Außer einem großen Lebensmitteldiscounter, einem Kiosk und einer Drogeriemarktfiliale gibt es jedoch keine Einkaufsmöglichkeiten. Darüber hinaus sind nur zwei Ärzte vor Ort; nach einer Apotheke sucht man vergeblich. Die Nahversorgung weist somit enorme Defizite auf. Im Gegensatz dazu ist der Bildungsbereich in ausreichendem Maß gewährleistet. Die Menschen mit Migrationsgeschichte machen ca. 29% der Einwohnerzahl aus, überdurchschnittlich viele davon sind Russlanddeutsche. Der Anteil der älteren Bevölkerung (65 plus) liegt bei rund 20%. Aufgrund der Tatsache, dass die Landschaft in Hohenhagen sehr bergig ist, wird eine barrierefreie Gestaltung des Stadtteils im Sinne von WohnQuartier⁴ zusätzlich erschwert. Trotzdem bzw. gerade deshalb sieht man es als unbedingt erforderlich an, sich dieser Herausforderung bestmöglich zu stellen. Stadtteilkonferenzen werden in Hohenhagen bereits abgehalten; eine Stadtteilzeitung befindet sich in Planung. Der Seniorenbeirat und der „Runde Tisch 50 plus“ versuchen Lösungen zu finden, wie älteren Menschen der Alltag erleichtert werden kann. Die Remscheider Verwaltung ist ebenfalls eng in die Umsetzung von WohnQuartier⁴ eingebunden.¹²⁶

Vor- und Nachteile

Nach 1 ½ Jahren Laufzeit des Projekts WohnQuartier⁴ wurde am 22.09.2009 im Stadtmuseum Düsseldorf „Halbzeit-Bilanz“ gezogen. Die Verantwortlichen brachten ihre Bemühungen wie folgt auf den Punkt: Man versuche, „die Bedürfnisse aller im Quartier lebenden Generationen und Kulturen zu berücksichtigen, passgenaue Lösungen für ein möglichst lange selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld zu entwickeln und neue Akzente in der Gemeinwesen- und Altenarbeit zu setzen“.¹²⁷ Tatsächlich ist es zwischenzeitlich an beiden Standorten gelungen, ein neues Gefühl für nachbarschaftliches Miteinander im Quartier zu wecken. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistete in Remscheid das Kulturprogramm „Treppenhaus und Gartenzaun“, das

¹²⁶ http://www.wohnquartier-4.de/index.php?article_id=28, abgerufen am 12.11.2009

¹²⁷ http://www.wohnquartier-4.de/files/dokumentation_halfzeit-tagung_22_9_09.pdf, abgerufen am 12.11.2009

sich an all diejenigen richtet, denen das Thema „gute Nachbarschaft“ am Herzen liegt. In Essen wurde im Rahmen des Herbstfestivals „Zu Hause in den 50er Jahren“ das vor zwei Jahren geschlossene Gemeindezentrum als „Kulturhaus der Generationen“ neu eröffnet. Die Koordinatoren der jeweiligen Standorte berichteten einvernehmlich von einem erfolgreichen Aktivieren alter und junger, einheimischer und zugewanderter Bewohner. Mittlerweile seien sowohl in Remscheid als auch in Essen funktionierende Planungs- und Abstimmungsstrukturen sowie eine allseits akzeptierte „Nachbarschaftskultur“ geschaffen worden. Gelobt wurde an dem Projekt auch die Bereitschaft, „auf neue, unkonventionelle Lösungen zuzugehen“ und dabei auch bereit zu sein, „Widerstand in den eigenen Reihen zu überwinden“. ¹²⁷ Vor diesem Hintergrund ist es nahezu unmöglich, WohnQuartier⁴ negative Aspekte abzugewinnen.

Der Künstler Joseph Beuys hat einmal gesagt:

„Die Zukunft, die wir wollen, muss erfunden werden, sonst kriegen wir eine, die wir nicht wollen!“¹²⁴

WohnQuartier⁴ stellt einen wichtigen Schritt in solch eine selbstbestimmte Zukunft dar. Die Umsetzung erfolgt nicht „von oben nach unten“, d.h. durch Anweisungen der Verwaltungsebene an die Quartierebene. Im Gegenteil – es ist ein Projekt „von unten nach oben“, das auf die Unterstützung und die Ideen der Bewohner angewiesen ist, um sich weiterentwickeln zu können. Politik und Verwaltung nehmen die Anregungen der Menschen auf und schaffen gegebenenfalls entsprechende Rahmenbedingungen zur Realisierung. WohnQuartier⁴ vollzieht den Perspektivwechsel „von der *altengerechten* zur *altersgerechten* Stadt“. Von einer barrierefreien Ausstattung des Quartiers und seiner Wohnangebote profitieren nicht nur ältere Menschen, sondern auch Menschen mit Behinderungen und junge Familien. Die gemeinsame Durchführung von Projekten und Veranstaltungen im Quartier fördert den „Dialog der Generationen“ gleichermaßen wie die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte. Eigene Erfahrungen weitergeben und etwas bewegen zu können, gibt Senioren das Gefühl, auch nach der Pensionierung „gebraucht zu werden“.

Dem vielfach erwähnten Stichwort „Barrierefreiheit“ lässt WohnQuartier⁴ somit nicht nur seine herkömmliche, sondern auch eine übertragene Bedeutung zukommen. Kon-

kret heißt das: Es geht um viel mehr als nur um eine seniorengerechte Bauweise – und zwar um den Wegbruch sozialer Barrieren.

In Anbetracht all dessen spricht nichts dagegen, ein Konzept wie WohnQuartier⁴ auch im Rhein-Erft-Kreis umzusetzen. Eine wichtige Erfolgsbedingung wäre auch hier die Mobilisierung von Ehrenamtlichen (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“) sowie eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung, öffentlichen und privaten Trägern. Auch die Zusammenarbeit der hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen trägt wesentlich zum Erfolg eines derartigen Projektes bei. Um die Personen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, später an den richtigen Stellen einsetzen zu können, würde es sich empfehlen, in der jeweiligen Kommune – ähnlich wie in Essen-Altenessen-Süd – mit einer Umfrage zu starten, die die Stimmung innerhalb der Bevölkerung einfängt und deren Wünsche ermittelt.

Finanzierungsmöglichkeiten, Förderrichtlinien

WohnQuartier⁴ wird in seiner dreijährigen Umsetzungsphase von der Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen mit insgesamt 700.000 Euro finanziell gefördert. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert die wissenschaftliche Begleitforschung und die Evaluation des Projektes nach Angaben von Minister Armin Laschet mit insgesamt rund 100.000 Euro.¹²⁸

Die Expertengruppe, die an der Entwicklung von WohnQuartier⁴ beteiligt war, schlägt vor, in Zukunft bei jeder neuen baulichen Investition eine zweiprozentige Abgabe für soziale und kulturelle Aktivitäten einzurechnen. Als Vorbild hierfür dient das Modell „Kunst am Bau“, hinter dem sich der Beschluss aus der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vom 25.01.1959 verbirgt, einen Teil der Bausumme öffentlicher Bauten für Kunst aufzuwenden. In der Absicht, die bildende Kunst zu fördern,

¹²⁸ http://www.wohnquartier-4.de/index.php?article_id=50: EPD-West – Diakonie will Wohnviertel altengerechter gestalten, Westdeutsche Zeitung – NRW sucht das Wohnquartier der Zukunft, abgerufen am 16.11.2009

wurde beschlossen, bei allen Bauaufträgen des Bundes grundsätzlich einen Betrag von mindestens einem Prozent der Bausumme (später erhöht auf zwei Prozent) für Werke bildender Künstler zu berücksichtigen.¹²⁴

Verteilung der Wohnform im Kreisgebiet

WohnQuartier⁴ wird bislang nur an den beiden besagten Standorten erprobt und ist folglich noch nicht im Rhein-Erft-Kreis zu finden. Kapitel „4.1.12 Denkbare Realisierung in der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)“ gibt Anregungen, wie das Konzept im Stadtgebiet Bergheim ansatzweise umgesetzt werden könnte.

Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens und der Experteninterviews

WohnQuartier⁴ ist kein separater Bestandteil des Fragebogens. Stattdessen wird auf die Wohnform „Wohnen im Quartier“ verwiesen (vergleiche Kapitel „4.1.7 Wohnen im Quartier“) sowie auf die dazugehörige Auswertung im Rahmen des gleichen Kapitels – Abschnitt „Auswertung der Frage 7 des Fragebogens und der Experteninterviews“.

In den Experteninterviews wird WohnQuartier⁴ als solches nicht thematisiert. Dies ist sicherlich auf die Neuartigkeit des Konzepts zurückzuführen. Frau Vosen (Rhein-Erft-Kreis) bekundet jedoch Interesse am „Wohnen im Quartier“, das ihrer Meinung nach im Alter eine ganz wichtige Rolle spielt.

4.1.12. Denkbare Realisierung in der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)

Auf die Frage „Welche Wohnform könnten Sie sich als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen?“ (Mehrfachnennungen waren zulässig) wurden insgesamt 1.149 Nennungen abgegeben. Das bedeutet, dass im Durchschnitt etwa zwei Nennungen je Person erfolgten. Die Bergheimer Bevölkerung favorisiert mit großem Abstand (351 Nennungen=62,34%) die private Wohnung mit Pflege als künftige Wohnform. Auch das Betreute Wohnen kann sich ein Großteil der Bergheimerinnen und Berghei-

mer (230 Nennungen=40,85%) vorstellen. Mehrgenerationenwohnen liegt beim angesprochenen Personenkreis ebenfalls im Trend (123 Nennungen=21,85%); ebenso die Seniorenresidenz (104 Nennungen=18,47%) und die Hausgemeinschaft (101 Nennungen=17,94%), gefolgt von der Wohngemeinschaft und bei Kindern oder Angehörigen, jeweils mit 91 Nennungen=16,16%. Das Pflegeheim erfuhr bei der Bergheimer Bevölkerung mit lediglich 47 Nennungen=8,35%, den geringsten Zuspruch. Insgesamt elfmal = 1,95% wählten Probanden die Möglichkeit „Sonstiges“. Die Auswertung erbrachte, dass beispielsweise folgende Wünsche geäußert wurden: „Bielefelder Modell“, „Wohnen im Viertel“, Pflegedienst, Pflegeheim nur bei Krankheit.

Die Kreisstadt Bergheim verfügt derzeit über 7 Senioren- und Pflegeheime, 7 Einrichtungen für Betreutes Wohnen und 7 Einrichtungen für Kurzzeitpflege; teilweise sind in einer Wohnanlage mehrere Wohnformen vorhanden (vergleiche Kapitel „8.9.2 Kreisstadt Bergheim (Frau Felkel, Frau Oziemkiewicz)²¹⁰“). Neben den bereits (notwendigen) vorhandenen Einrichtungen und ambulanten Pflegediensten ist es jedoch empfehlenswert, um den Folgen des demografischen Wandels gerecht zu werden (vergleiche Kapitel „2 Demografische Entwicklung (Herr Malek)“), auch im Stadtgebiet Bergheim alternative Wohnmöglichkeiten für ältere Menschen aller Einkommensgruppen an attraktiven Standorten zu etablieren bzw. vorhandene Wohnanlagen zu modernisieren und barrierefrei umzugestalten. Das Projektteam regt in diesem Zusammenhang an, dass neue und bereits vorhandene Angebote nach Möglichkeit voneinander profitieren und nicht miteinander in Konkurrenz treten. Ambulante Pflegedienste werden auch in Zukunft ebenso ihren Platz im Stadtgebiet Bergheim haben wie etablierte stationäre Einrichtungen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass der „moderne“ Grundsatz „ambulant vor stationär“ bei den unterschiedlichsten Krankheitsbildern ab einem bestimmten Zeitpunkt unökonomisch wird.

Dieser Abschnitt hat das Ziel, konkrete Alternativen in Form alternativer Wohnformen zum derzeitigen Ist-Zustand (Verbleib im derzeitigen Lebensumfeld – Wohnung/Haus- oder Wechsel in eine Einrichtung) aufzuzeigen.

Unter Berücksichtigung der künftigen Wohnwünsche der Bergheimer Bevölkerung erscheint der Projektgruppe die Umsetzung des WohnQuartiers⁴ (vergleiche Kapitel „4.1.11 WohnQuartier⁴“) als besonders geeignet, da die großflächige Quartiersentwicklung nicht nur die Realisierung der am häufigsten gewünschten Wohnform – die private Wohnung mit Pflege – ermöglicht, sondern auch die Möglichkeit bietet, neben der Einbindung bereits vorhandener Angebote die unterschiedlichsten Wohnformen, z.B. Mehrgenerationenwohnen (vergleiche Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“), Betreutes Wohnen im Rahmen des „Bielefelder Modells“ (vergleiche Kapitel „4.1.3 Bielefelder Modell“) bis hin zu Wohn-/Hausgemeinschaften (vergleiche Kapitel „4.1.4 Wohn-/Haushaltsgemeinschaft“), zu etablieren. Bei der Umsetzung des WohnQuartier⁴ gilt es, die vier Faktoren „Wohnen & Wohnumfeld“, „Gesundheit, Service & Pflege“, „Partizipation & Kommunikation“ sowie „Bildung, Kunst & Kultur“ zu beachten und sie aufeinander abzustimmen (vergleiche Kapitel „4.1.11 WohnQuartier⁴“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“). So sollten neben einer barrierefreien Wohnung und einem barrierefreien Wohnumfeld auch Angebote zur Gesundheitsförderung, zur Partizipation an der Quartiersgestaltung sowie zur kulturellen Weiterbildung im Quartier vorhanden und darüber hinaus auch für körperlich beeinträchtigte Personen zugänglich sein.

Um mögliche Defizite in der Versorgung der Bergheimer Bürgerinnen und Bürger zu erkennen und diese im Rahmen der Quartiergestaltung zu beseitigen, bedarf es einer genauen Bestandsaufnahme aller vorhandenen Angebote, die jedoch aufgrund der sehr kurzen Laufzeit des Projektes nicht erbracht werden konnte.

„Am Schönsten ist es doch zu Hause.“ Diese Ansicht teilen nach Auswertung der Bürgerbefragung die meisten Bergheimerinnen und Bergheimer. Damit im fortgeschrittenen Lebensalter und/oder nach Erkrankungen mit Mobilitätsverlust so lange wie möglich der Verbleib im bisherigen Wohnumfeld sichergestellt ist, bedarf es oft nur geringer Veränderungen. Eine *Wohnberatung* kann in solchen Fällen hilfreich sein, Wohnraum barrierefrei und unfallsicher umzugestalten. Durch gezielte Anpassung von Häusern und Wohnungen können Eigentümer einen erheblichen Beitrag zu einer aktiven Quartiersentwicklung leisten. Mehr zum Thema Wohnberatung vergleiche-

che Kapitel „5.2.10 Wohnberatung“; zum Thema Wohnraumanpassung siehe Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“.

Um das kostenintensive Thema „Wohnraumanpassung“ langfristig weitgehend zu relativieren regt das Team „Wohnformen“ an, Baugesellschaften, Bauherrn und sonstige Investoren zu motivieren, künftig „Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“, vergleiche Kapitel „5.3.3 Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“, zu realisieren. Zwar sind die Baukosten um etwa 2% der Bausumme höher als bei sogenannter „konventioneller Bauweise“, jedoch handelt es sich um eine Investition, die sich in späteren Jahren rechnet. Sind die Kinder erwachsen und „aus dem Haus“, eventuell der/die Partner/-in verstorben, ist die Haushaltsgröße erheblich geschrumpft. Zu viel Wohnraum, nicht selten auf mehreren Etagen, werden mit zunehmendem Alter und möglichen Mobilitätseinschränkungen häufig zum Problem. „Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“ bieten zu gegebener Zeit bei geschickter Planung die Möglichkeit, mit geringem baulichen Aufwand aus dem bisherigen „großen Einfamilienhaus“ ein Zweifamilienhaus mit gutem Zuschnitt, nutzbar für mehrere Generationen, zu gestalten.

Auch könnte das Etablieren von „Multifunktionshäusern“, sogenannten Dienstleistungshäusern, vergleiche Kapitel „5.4.4 Multifunktionshäuser für verschiedene Bergheimer Stadtteile“, in verschiedenen Stadtteilen Bergheims zur besseren Quartiersentwicklung beitragen.

Auf dem Weg zur „Generationenstadt“ setzt die Kreisstadt Bergheim durch die Teilnahme am Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Partizipation im Alter in den Kommunen NRW's (PiA)“ bereits einen deutlichen Akzent. Der im Rahmen des Projektes gebildete Arbeitskreis (AK) „Intergeneratives Wohnen – Eine Idee für Bergheim?“ hat nach Auffassung der Studierenden die Möglichkeit, die Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Bergheimer Bevölkerung aufzunehmen und unter Beteiligung von Politik und Verwaltung gegebenenfalls entsprechende Rahmenbedingungen zur Realisierung alternativer Wohnmöglichkeiten zu schaffen. Hierbei könnten Informationen und Ergebnisse der jeweiligen Themenbereiche der Projektarbeit „Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels/Schwerpunkt: Wohnen im Alter“, beispielsweise die Ergebnisse der Auswer-

tung der Bürgerbefragung und der Experteninterviews, hilfreich sein. Wichtig schien dem Team „Wohnformen“ darüber hinaus, konkrete Möglichkeiten für die Umsetzung alternativer Wohnmöglichkeiten auf dem Gebiet des Stadtgebietes Bergheim zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang bestand Einvernehmen im Team, hinsichtlich konkreter potenzieller Standorte das Fachwissen der zuständigen Mitarbeiter des Planungsamtes der Kreisstadt Bergheim in Anspruch zu nehmen. Anlässlich eines Termins im Rathaus der Stadt bezeichneten die zuständigen Mitarbeiter konkrete Flächen, die sich als Möglichkeiten zur Umsetzung verschiedener Wohnformen eignen könnten. Bei den angegebenen Standorten/Grundstücken handelt es sich beispielsweise um das Gebiet an der Heerstraße/Neusser Straße in Bergheim sowie im weiteren Verlauf der Heerstraße, das Grundstück Gemarkung Bergheim, Flur 10, Flurstück 91 (am Wiedenfelder Weg/Waldweg), Grundstücksflächen in Ahe im Anschluss an die vorhandene Bebauung der Straßen „Am Kapellenkreuz“ und „Wiedenaustraße“, das Gebiet angrenzend an die Weststraße in Thorr, das Gebiet zwischen Verlängerung „Grüngürtel“ und „In Langen Benden“ in Thorr, das Gebiet zwischen Niederaußem und Oberaßem an der L 91 (Nähe REWE Markt), die Fläche in Quadrath-Ichendorf, Domackerstraße, Ecke Graf-Otto-Straße sowie in Glessen an der Dansweilerstraße.

Laut Auskunft des Planungsamtes der Kreisstadt Bergheim handelt es sich ausschließlich um private Grundstücke. Ein entsprechender Bebauungsplan müsste gegebenenfalls noch aufgestellt werden.

Grundsätzlich würden sich die Grundstücke aufgrund ihrer Größe für die Umsetzung verschiedener Wohnformen, wie das Mehrgenerationenwohnen, das „Bielefelder Modell“ oder das Wohnen im Quartier, anbieten. Fraglich ist jedoch, ob die Flächen den Wünschen und Vorstellungen der Bergheimer Bevölkerung entsprechen. Im Rahmen der Bürgerbefragung hatten die Probanden Gelegenheit zu äußern, „was ihnen beim Wohnen im Alter wichtig ist“. Die Auswertung der Bürgerbefragung ergab, dass beispielsweise weit über 50% der befragten Bürgerinnen und Bürger gute Erreichbarkeit von Geschäften, Ärzten und weiteren „alltäglichen Einrichtungen“ als „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ einstufen. Des Weiteren ist für die Mehrheit der Befragten eine zentrale Wohnlage und gute Erreichbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs von gro-

ßer Bedeutung, vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“.

Das Team „Wohnformen“ hat die Auswertungsergebnisse der Bürgerbefragung mit den konkreten Möglichkeiten, die die Mitarbeiter des Planungsamtes der Kreisstadt Bergheim vorgeschlagen haben, abgeglichen. Ausnahmslos handelt es sich um *Ortsrandflächen*. Lediglich das Gebiet zwischen Niederaußem und Oberaßem an der L 91 – Nähe REWE Markt – bietet je nach Auswahl der *konkreten Fläche* eine befriedigende Lösung. Einkaufsmöglichkeiten bieten der nahe gelegene REWE-Markt sowie die Discounter ALDI und Lidl. In mittelbarer Nähe befindet sich eine Apotheke; die medizinische Grundversorgung ist ebenfalls sichergestellt. Das Stadtzentrum von Bergheim ist jedoch einige Kilometer entfernt – könnte also nur mit einem PKW oder unter Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel erreicht werden. Wird beispielsweise an exponierter Stelle ein kleinteiliges Wohnprojekt nach dem „Bielefelder Modell“, vergleiche Kapitel „4.1.3 Bielefelder Modell“, realisiert, könnte durch den zu etablierenden Servicestützpunkt auch für die Stadtteile Hüchelhoven, Rheidt, Büsdorf, Fliesteden, Niederaußem, Oberaßem und Glessen eine optimale Versorgung sichergestellt werden. Ob für das geplante Baugebiet bereits ein Investor oder Bauträger gefunden wurde, ist den Studierenden derzeit nicht bekannt. Das Baugebiet erscheint dem Team „Wohnformen“ jedoch geeignet, hier die „Quartiersentwicklung von Morgen“ zu erproben. „Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“ (vergleiche Kapitel „5.3.3 Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“), die im Erdgeschoss barrierefrei sind, könnten eine denkbare Alternative darstellen. Der längere Aufenthalt im gewohnten Lebensumfeld ist hier auch bei mobilitätseingeschränkten Personen durchaus realistisch. Das Projektteam regt daher an, zu gegebener Zeit Gespräche entsprechenden Inhalts mit dem künftigen Bauträger, Investoren bzw. Bauwilligen zu führen.

Die Flächen Heerstraße/Neusser Straße und Wiedenfelder Weg/Waldweg bieten nahe gelegene Möglichkeiten der körperlichen Fitness in Form der Parksauna, Sportmöglichkeiten des MediVital und der Praxis für Physiotherapie und Osteopathie Gross. Gute Erreichbarkeit von Geschäften, Ärzten, Apotheken und des Stadtzentrums ist an diesen potenziellen Standorten jedoch nicht gegeben.

Um den Wünschen und Vorstellungen der Befragten entgegen zu kommen, wurde im Rahmen von Ortsbegehungen weiter nach geeigneten Grundstücken für die Realisierung neuer Wohnformen gesucht. Zielführend erscheint den Studierenden im Hinblick auf die Kriterien von WohnQuartier⁴ eine zentral gelegene Fläche in der Nähe der Bergheimer Fußgängerzone. Es handelt sich um die Grundstücke Gemarkung Bergheim, Flur 22, Flurstück 333, 334, 335 und 278. Zur Zeit wird die Fläche als provisorisch angelegter öffentlicher Parkplatz „Am Jobberath“ genutzt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Grundstücke im Eigentum der Kreisstadt Bergheim befinden (im Bedarfsfall ist eine nähere Prüfung hilfreich). Die Fläche, „im Herzen des Bergheimer Zentrums“ gelegen, würde sich optimal für ein Wohnprojekt nach dem „Bielefelder Modell“ anbieten. Von hier sind Ärzte, Apotheken, Lebensmittelgeschäfte (Kaufland, HIT), Bäckereien, Metzgereien, Restaurants, das Medio (Stadtbibliothek, kulturelle Veranstaltungen), Stadtverwaltung, Krankenhaus, zwei Bushaltestellen (Am Knüchelsdamm und Rathaus), Amtsgericht, Finanzamt, Polizei u.v.m. in kurzen Wegen fußläufig erreichbar. Selbst der etwas weiter entfernte Bahnhof könnte durch die Fußgängerzone bequem erreicht werden.

Nach Einschätzung der Studierenden eignet sich dieser Standort für die Errichtung eines etwa zwei- bis dreigeschossigen Wohnprojektes mit separaten Wohneinheiten unterschiedlicher Größe, die im Wege der Vermietung an Interessierte vergeben werden könnten. Um alle Bevölkerungsschichten berücksichtigen zu können, wäre ein Mix aus frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen hilfreich. Die Besonderheit des „Bielefelder Modells“ ist die Versorgungssicherheit *ohne* Betreuungspauschale. Das „Bielefelder Modell“ bzw. die Wohnanlage verfügt über einen Servicestützpunkt, der rund um die Uhr mit einer Pflegefachkraft besetzt ist. Alle Mieter haben die Möglichkeit, auf die Hilfs- und Betreuungsangebote zurückzugreifen, müssen diese aber nur dann vergüten, wenn sie tatsächlich von ihnen Gebrauch machen. Da Wahlfreiheit gewährt wird, können selbstverständlich auch andere Dienstleister in Anspruch genommen werden (vergleiche Kapitel „4.1.3 Bielefelder Modell“). Der Anbieter des Servicestützpunktes könnte darüber hinaus durch den Betreiber/Eigentümer vertraglich verpflichtet werden, seine Dienstleistungen in einem zu

vereinbarenden Radius, z.B. auf die umliegenden Stadtteile (Glesch, Paffendorf, Thorr, Ahe, Quadrath-Ichendorf) im Umkreis von etwa 5 bis 6km auszuweiten.

Das Team „Wohnformen“ hat sich darüber hinaus für ein „Bielefelder Modell“ an diesem Standort entschieden, da jede dieser Einrichtungen nicht nur über einen Servicestützpunkt sondern darüber hinaus über ein „Wohncafé“ verfügt, das nicht nur den Bewohner/-innen zur Verfügung steht sondern auch für die Nachbarschaft geöffnet ist (vergleiche Kapitel „4.1.3 Bielefelder Modell“). Die Wohncafés werden von den Bewohner/-innen in eigener Regie betrieben. Sie dienen der Kommunikation und begegnen der Vereinsamung älterer und behinderter Menschen.

Entfallen würde im Falle der Umsetzung einer alternativen Wohnform an diesem Standort die derzeitige Nutzung als Parkplatz. Eine geschickte Planung könnte jedoch vorsehen, ausreichenden, gebührenpflichtigen Parkraum in mehreren Untergeschossen zu realisieren. Sicher sind künftige Besucherinnen und Besucher kultureller Veranstaltungen im Medio und/oder Kundinnen und Kunden der in der Fußgängerzone ansässigen Geschäfte bereit, für nahen Parkraum zu zahlen. Ein einheitlicher (kostengünstiger) „Medio-Tarif“ könnte hier beispielsweise einen Anreiz für optimale Auslastung bieten. Planungsrechtlich ist in jedem Fall zu berücksichtigen, dass die Erschließung der Grundstücke „Beisselstraße“ auch weiterhin gewährleistet ist. Vorteilhaft ist, dass der Verkauf der Grundstücke in exponierter Lage einen lukrativen Betrag „in die Stadtkasse spülen“ könnte.

Eine weitere denkbare Möglichkeit im „Herzen von Bergheim“ ist eine Freifläche in der Kennedystraße, in mittelbarer Nähe des Amtsgerichtes und der Fußgängerzone. Es handelt sich um die Grundstücke Gemarkung Bergheim, Flur 1, Flurstücke 1823, 1824, 1833, 1819 und 1820. Diese Fläche zeichnet sich ebenfalls durch eine ideale Lage und gute Infrastruktur aus, so dass sich auch hier die Umsetzung einer der vorgestellten Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenwohnen, vergleiche Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“ oder Betreutes Wohnen, vergleiche Kapitel „4.1.2 Betreutes Wohnen“ etc.) anbieten würde. Es ist davon auszugehen, dass sich die Parzellen ebenfalls im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, da sich an dieser Stelle bis vor einiger Zeit „das alte Schwimmbad“ der Kreisstadt

Bergheim befand. Aus datenschutzrechtlichen Gründen war eine nähere Prüfung der Eigentumsverhältnisse jedoch nicht möglich. Durch geschickte Architektur könnte sich ein Projekt harmonisch in die Wohngegend eingliedern. Ein Mix aus Eigentums- bzw. Mietwohnungen, frei finanzierten und öffentlich geförderten Wohnungen wäre hilfreich, um auch an diesem Standort alle Bevölkerungsschichten berücksichtigen zu können.

Für eine weitere alternative Wohnform in geeigneter Lage, z.B. das „Mehrgenerationenwohnen“ oder „Betreutes Wohnen“ würde sich bedingt die seitens des Planungsamtes der Stadt ins Gespräch gebrachte Möglichkeit in Glessen an der Dansweiler Straße eignen. Für dieses Grundstück ist bereits ein Bauträger vorhanden. Geplant ist, hier die künftige Nahversorgung für den Raum Glessen anzusiedeln, da im Glessener Ortskern (Hohe Straße) bereits Geschäfte geschlossen wurden bzw. kurzfristig wegen mangelndem Umsatz schließen werden.¹²⁹ Das Team „Wohnformen“ regt an, auch hier, wie überall im Bergheimer Stadtgebiet, die Quartiersentwicklung voranzutreiben. Eventuell ist es noch nicht zu spät, den bekannten Bauträger auf die Möglichkeit der „Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“ (vergleiche Kapitel „5.3.3 Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität“), im Erdgeschoss selbstverständlich barrierefrei, aufmerksam zu machen. Gelingt es langfristig, die Wünsche und Vorstellungen *aller Generationen* realisieren zu können, wird auch der Nordkreis wieder an Attraktivität gewinnen.

Weiter regt das Team „Wohnformen“ an, dass die einzelnen Anbieter vorhandener Einrichtungen und ambulanter Pflegedienste ihr Augenmerk auf Einsparpotenzial von Zeit und Kosten richten. Zeit – in Form personeller Ressourcen – ist Geld und Treibstoff in der heutigen Zeit ein kostspieliges Gut. Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Zusammenhang die notwendigen Fahrzeuge und die hiermit weiter verbundenen Nebenkosten (Abschreibung, Versicherung, Steuer etc.). Einvernehmen hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeiten beispielsweise könnte Vorteile für alle Beteiligten bringen. Hierdurch sollte selbstverständlich die Wahlfreiheit der Kunden in keinem Fall

¹²⁹ http://www.glessen-gazette.de/2009_07_08_ksta.htm, <http://www.glessen-2020.de/docs/Ergebnisprotokoll022009.pdf>, abgerufen am 14.12.2009

beeinträchtigt werden. Erfahrungsgemäß ist jedoch in den meisten Fällen im Falle bestehender Disharmonie zwischen Pfleger/-in und zu pflegender Person bereits ein Wechsel des/der Pfleger/-in hilfreich.

Wie alle Handlungsansätze sind auch die Ausführungen dieses Abschnittes lediglich als Anregungen zu betrachten. Letztendlich entscheidet die Kreisstadt Bergheim, inwieweit die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um alternative Wohnprojekte zum Thema „Wohnen im Alter“ zu realisieren. Wichtig bei der Entwicklung von Standorten für neue Wohnformen im Alter ist jedoch die Kooperation von Politik, Verwaltung, Wohnungsunternehmen, Investoren, Dienstleistern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

4.1.13. Fazit (Frau Krings-Leufgen und Frau Ulhaas)

„Jede individuelle Ansicht eröffnet eine einzigartige Perspektive auf eine größere Realität. Wenn ich die Welt „mit Ihren Augen“ sehe, und Sie die Welt „mit meinen Augen“ sehen, werden wir beide etwas erkennen, was wir allein niemals entdeckt hätten.“¹³⁰

Es ist zu beobachten, dass die immer „weniger, älter und bunter“ werdende Bevölkerung auch in der Kreisstadt Bergheim verstärkt alternative Wohnmöglichkeiten im Alter wünscht. In der heutigen Zeit ist es nicht mehr notwendig, dass Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend ausschließlich in einem Senioren- oder Pflegeheim verbringen müssen, wenn ein Wohnen in den „eigenen vier Wänden“ nicht mehr möglich ist. Die Angebote für ein Wohnen im Alter sind zwischenzeitlich nahezu unerschöpflich. Vorgestellt wurden das Betreute Wohnen, das Bielefelder Modell, Wohn-/Hausgemeinschaften, das Mehrgenerationenwohnen, Senioren- und Pflegeheime, das Wohnen im Quartier, Seniorenresidenzen/Wohnstifte, das Wohnen bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt, die private Wohnung mit Pflege sowie das Konzept WohnQuartier⁴. Viele dieser Wohnformen sind im Kreisgebiet noch nicht vorhanden

¹³⁰ Peter Senge, Die fünfte Disziplin 1996

und daher den Bürgerinnen und Bürgern nur aus den Medien bekannt. Ziel der Kommunen sollte sein, zum einen den „Horizont“ der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Vielfalt der Wohnformen zu erweitern und zum anderen die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure (Politik, Verwaltung, Wohnungsbaugesellschaften, Bürgerschaft etc.) zu fördern, damit es langfristig gelingt, ein breites Spektrum unterschiedlicher Wohnformen im Rhein-Erft-Kreis anzusiedeln. Es gilt, aus dem „Nebeneinander“ ein „Miteinander“ aller Beteiligten zu machen. Nur auf diese Weise können die Kommunen der demografischen Entwicklung gerecht werden. Die Menschen sind ihrerseits aufgefordert, Interesse zu zeigen und selbstbestimmt auf ihre Zukunft einzuwirken, indem sie die Wohnform wählen, die am besten auf ihre individuellen Bedürfnissen zugeschnitten ist. Im folgenden Kapitel „Demenz“ werden nicht nur Unterbringungsmöglichkeiten für Demenzerkrankte vorgestellt, sondern u.a. auch das Krankheitsbild u.v.m. ausführlich beschrieben.

4.2. Demenz (Frau Oziemkiewicz)

4.2.1. Einleitung

„Erinnerungen wecken wie Vögel im Winter, damit sie noch einmal singen.“¹³¹

In Nordrhein-Westfalen leben zurzeit ca. 300.000 Menschen, die an Demenz leiden. In Deutschland sind es rund 1,2 Millionen Demenzkranke und im Jahr 2040 wird es in Deutschland Prognosen zufolge mehr als 2.000.000 Menschen mit Demenzerkrankung geben.¹³² Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Demenzkranken im Rhein-Erft-Kreis 6.065 und für das Jahr 2025 prognostiziert man, dass es 7.632 Menschen

¹³¹ Ulla Hahn

¹³² vgl. Ein kleiner Ratgeber für Angehörige von Demenz-Patienten, S. 3; vgl. Focus 32/2009, S. 50ff.

geben wird, die an Demenz erkranken. Dies entspricht einer Steigerung von ca. 26%.¹³³

Trotz dieser Fakten und Aussichten ist Demenz immer noch ein Tabu-Thema.

Demenz ist keine normale Alterserscheinung, sondern eine Krankheit, die mit zunehmendem Alter auftritt, die, wie jede andere Krankheit auch, ernst zu nehmen ist und nicht bagatellisiert oder verschwiegen werden darf. Sie verändert nicht nur das Leben der/des Betroffenen, sondern auch das Leben der Angehörigen. Mehr als 80% der Demenzkranken werden von ihren Angehörigen zu Hause betreut.¹³⁴ Somit bedürfen auch die pflegenden Angehörigen der Unterstützung bei der schwierigen Aufgabe. Das Verschweigen dieser Krankheit verschlimmert jedoch die Lebenssituation der Erkrankten und ihrer Familien.

„Unsere Gesellschaft wird immer älter, seit 1840 ist in Mitteleuropa die Lebenserwartung um durchschnittlich 40 Jahre gestiegen.“¹³⁵ Der demografische Wandel macht deutlich, dass der Anteil der Älteren zunimmt und aufgrund dessen werden sich zukünftig immer mehr Menschen mit dem Thema „Demenz“ auseinandersetzen müssen.

Ziel dieses Kapitels ist, für Interessierte und betroffene Angehörige Aufklärung zu bieten, Verständnis für Demenz zu wecken und intergenerative Begegnung mit Demenzerkrankten zu fördern, denn die Auswertung der Befragung in der Kreisstadt Bergheim hat ergeben, dass die mit Abstand meisten Personen, 62,34% – dies entspricht 351 Nennungen – als künftige Wohnform die private Wohnung mit Pflege wünschen. Da die meisten Erkrankten von ihren Angehörigen so lange wie möglich zu Hause versorgt und gepflegt werden beschäftigt sich dieses Kapitel mit der Erkrankung, ihren Ursachen, Erkennungsmerkmalen und Stadien, der medizinischen und therapeutischen Behandlung, der Erkennung von Symptomen, dem Umgang mit Erkrankten, der Gestaltung des Alltags und des Wohn- und Lebensraumes. Zur Unter-

¹³³ Rhein-Erft-Kreis, Amt für Familien, Senioren und Soziales, 50/3, Bereich Pflege

¹³⁴ vgl. Focus 32/2009, S. 50-60

¹³⁵ http://www.hronline.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=2, abgerufen am 10.11.2009

stützung pflegender Angehöriger beschreiben zusätzliche Abschnitte die Auswirkungen der Krankheit auf Angehörige und Möglichkeiten der Entlastung pflegender Angehöriger. Angebote für Demenzerkrankte und Angehörige runden das Bild ab. Ist eine Pflege im vertrauten Wohnumfeld nicht mehr möglich, unterbreitet der Abschnitt „Neue Handlungsansätze im Umgang mit Demenz“ alternative Wohn- und Unterbringungsmöglichkeiten für Demenzerkrankte. Abschließend sind nützliche Adressen und Tipps, wie beispielsweise richtige Ernährung als Präventivmaßnahme, sicher hilfreich.

Das Thema „Demenz“ sollte als Herausforderung für unsere Gesellschaft gesehen werden, der es sich zu stellen gilt. Pflege und Betreuung Betroffener sollte zur gemeinschaftlichen Aufgabe werden.

4.2.2. Diagnose Demenz

Um eine Demenz genauer zuordnen zu können, ist eine Untersuchung der geistigen Leistungsfähigkeit, des körperlichen Gesundheitszustandes und der psychischen Befindlichkeit der betroffenen Person notwendig.

„Die Diagnose Morbus Alzheimer wird gestellt, wenn Gedächtnisstörungen vorliegen, andere Erkrankungen ausgeschlossen werden können und mindestens eines der folgenden Symptome zutrifft:

- Aphasie: Sprachstörungen aufgrund fehlerhafter Hirnfunktion.
- Apraxie: Unfähigkeit, erlernte Handlungen auszuführen.
- Agnosie: Erkennungsstörung trotz intakter Sinne (z.B. Prosopagnosie).
- Störungen der Exekutivfunktionen, also der Selbstregulation.“¹³⁶

Steht die Diagnose fest, bedeutet dies grundlegende Veränderung des Lebens und der Bedürfnisse für die Betroffenen sowie ihre Angehörigen. Es stellt sich die Frage, wie das weitere Leben geplant und gestaltet werden kann.

¹³⁶ <http://www.onmeda.de/krankheiten/alzheimer-diagnose-1474-6.html>, abgerufen am 09.11.2009

Die Demenzerkrankten reagieren oft mit Unruhe und Angst; die Familienmitglieder mit Unsicherheit. Betroffene und Angehörige sind sehr belastet, drohen zu vereinsamen und sich von Freunden und Bekannten zu distanzieren und im schlimmsten Fall zu isolieren. Es ist jedoch sehr wichtig, dass sie weiterhin am sozialen und gesellschaftlichen Leben partizipieren können und von den Mitmenschen respektiert werden.

Definition der Erkrankung

Demenz (lat. de = weg + mens = Verstand, Denkvermögen, Geist) bedeutet aus dem Lateinischen übersetzt: „Weg vom Denkvermögen/ohne Denken/ohne Geist“.

Demenz ist die Bezeichnung für einen Prozess, der sich normalerweise über Monate und Jahre erstreckt. Diejenigen, die an Demenz erkrankt sind, verlieren spürbar ihr Gedächtnis, ihre geistige Leistungsfähigkeit und ihr Gehirn hat zunehmende Schwierigkeiten bei der Aufnahme, Speicherung und dem Abruf von Informationen. Die kognitiven Funktionen wie Denken, Erinnerung, Wahrnehmung, Erkennen und Verstand schwinden nach und nach.¹³⁷

Ursachen der Erkrankung

Es gibt bis zu 100 verschiedene Ursachen für die dementielle Zerstörung des Gehirns. Man unterscheidet zwischen primären und sekundären Formen der Demenz.¹³⁸

Die sekundären Formen der Demenz sind Folgeerscheinungen anderer Erkrankungen, die sich außerhalb des Gehirns angesiedelt haben, z.B. Vitaminmangel, Vergiftung durch Alkohol oder Medikamente und Stoffwechselerkrankungen. Diese Formen sind also behandelbar und teilweise auch heilbar. Sekundäre Demenzerkrankungen bilden ca. 10% aller Krankheitsfälle.¹³⁸ 90% machen die primären Formen, die irreversiblen und unheilbaren Demenzen, aus. Darunter fallen als Ursache die vaskuläre (gefäßbe-

¹³⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Demenz>, abgerufen am 09.11.2009

¹³⁸ <http://www.deutsche-alzheimer.de/index.php?id=26>, abgerufen am 11.11.2009

dingte) Demenz durch Schlaganfälle, die Lewy-Körperchen-Krankheit und die Frontotemporale Demenz.¹³⁹

Den größten Anteil mit 60-70% macht die Alzheimer-Krankheit aus.¹⁴⁰ Alzheimer-Krankheit tritt in ihrer häufigsten Form bei Personen über dem 65. Lebensjahr auf und ist für ca. 60% der weltweit etwa 24 Millionen Demenzerkrankungen verantwortlich.¹⁴¹

Genetische Faktoren spielen bei der Entstehung von Alzheimer eine untergeordnete Rolle. Der Hauptrisikofaktor für das Auftreten der Demenzformen ist das Alter. In der Altersgruppe der 65- bis 70-jährigen erkranken weniger als 3%. Im Alter von 80 Jahren ist jedoch ca. jeder Fünfte und mit 90 Jahren jeder Dritte von der Alzheimer-Demenz betroffen.¹⁴²

Wer geistig aktiv ist, erkrankt seltener als Personen, die intellektuellen Tätigkeiten kaum nachgehen. In der Demenzforschung gelten geistige Aktivität, Bewegung, gesunde Ernährung und soziale Kontakte als vorbeugende Maßnahme gegen das Erkrankungs-Risiko.¹⁴³

Erkennungszeichen Gedächtnisstörungen

Demenz macht sich zum einen durch die Störung des Gedächtnisses und des geistigen Leistungsvermögens bemerkbar. Diese zeigt sich beispielsweise dadurch, dass die dementiell erkrankten Menschen in der Kindheit erlernte Fertigkeiten verlernen, sich schon nach kurzer Zeit nicht mehr an Gesehenes oder Gehörtes erinnern können, Schwierigkeiten bei der Verarbeitung von Informationen haben, nur schwer rechnen

¹³⁹ vgl. Demenz, Hilfe für Angehörige und Betroffene, Stiftung Warentest, Verbraucherzentrale NRW, S. 41ff.

¹⁴⁰ vgl. Handbuch der Betreuung und Pflege von Alzheimer-Patienten, Alzheimer Europe, 2. Auflage, S. 1

¹⁴¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Alzheimer-Krankheit>, abgerufen am 11.11.2009

¹⁴² vgl. Demenz, Hilfe für Angehörige und Betroffene, Stiftung Warentest, Verbraucherzentrale NRW, S. 12ff.

¹⁴³ vgl. Apothekenzeitschrift Linda Rätsel, Ausgabe 11/2009, S. 6-9

oder schreiben können, Bewegungsabläufe durcheinander bringen, ihre Namen und die der Angehörigen vergessen, gestörtes Zeit- und Ortsgefühl sowie gestörte Orientierung haben, Schwierigkeiten beim Sprechen haben oder schnell ermüden.

Erkennungszeichen Verhaltensstörungen

Zu weiteren typischen Erscheinungen der Demenz gehören Verhaltens- und Wesensstörungen. Diese können sich z.B. in Form von Ängstlichkeit, Reizbarkeit, Misstrauen und Unruhe äußern. Weiterhin durch Aggression, Depression, Apathie, Stimmungsschwankungen, Halluzinationen, Wandern, Nach- und Weglaufen. Beide Erkennungszeichen führen zur Einschränkung der Selbstständigkeit und zur Pflegebedürftigkeit. Das Bewusstsein des Erkrankten ist jedoch nicht getrübt, sondern immer intakt.

Stadien der Demenz

Ein menschliches Gehirn besteht aus ca. 100 Milliarden Nervenzellen, die bis zu 10.000 Synapsen (Informationsverbindungen) zu anderen Hirnzellen aufrecht halten. Das gesunde Denkorgan besitzt eine verhältnismäßig glatte Hirnrinde. Es gibt keine Hohlräume oder tiefe Furchen. Die Alzheimer-Demenz beginnt mit der Bildung von Plaque, die aus fehlerhaft gefalteten Beta-Amyloid-(A β -)Peptiden besteht und das erkrankte Gehirn nicht mehr abbauen kann. Die Ansammlung dieses toxischen Stoffes unterbricht die Verbindungen zwischen den Hirnzellen und lässt diese absterben.¹⁴⁴

Die Demenz verläuft meistens in drei Stadien:

Frühstadium (leichte Demenz)

Frühsymptom der Demenz vom Alzheimer-Typ sind Gedächtnislücken und Stimmungsschwankungen sowie beginnende Unfähigkeit, Neuinformationen aufzunehmen und zu speichern. Die Personen verfügen über eine in der Regel ausreichende Einsicht der Krankheit.

¹⁴⁴ vgl. Focus 32/2009, S. 50-60

Mittelstadium (mittlere Demenz)

Das Kurzzeitgedächtnis ist am stärksten beeinträchtigt, wobei das Langzeitgedächtnis noch intakt ist. Nach und nach kommen andere Schwierigkeiten hinzu: erste Unsicherheiten zeigen sich in der Feinmotorik, z.B. beim Schreiben oder Ankleiden. Die Patienten benötigen zunehmend Hilfe bei der Durchführung von alltäglichen Tätigkeiten wie essen, trinken, anziehen, zur Toilette gehen.

Spätes Stadium (schwere Demenz)

Die angeborenen Reflexe wie greifen und schlucken gehen zurück, erlernte Fertigkeiten werden verlernt, die Sprache wird undeutlich, Zeit- und Ortsgefühl geht verloren, der Gang wird unsicher. Die Betroffenen erkennen Angehörige, ihnen bekannte Personen sowie Gegenstände nicht wieder, das Sprechen fällt schwerer, von abnehmender Mobilität führt es zur Bettlägerigkeit. Organische Funktionen werden beeinträchtigt, so dass die Kontrolle über Darm- und Blasentätigkeit versagt. Das Kauen, Schlucken und sich bewegen fällt den Erkrankten sehr schwer bis die Reflexe vollständig ausbleiben. Deshalb benötigen die Betroffenen Pflege und Betreuung rund um die Uhr. Die Bettlägerigkeit erhöht die Gefahr von Infektionen und die Kranken sterben häufig an einer Lungenentzündung.

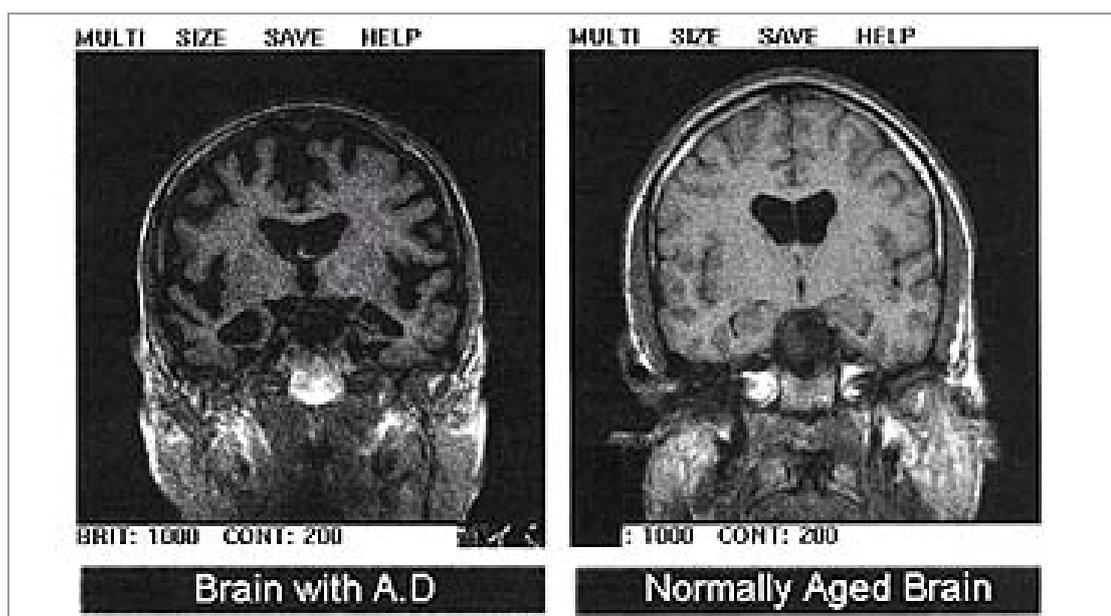


Abbildung 103: Aufnahmen eines Gehirns; links: Gehirn eines Alzheimererkrankten, rechts: gesundes Gehirn

Medizinische und therapeutische Behandlung

Die Heilung der Mehrzahl der Demenzerkrankungen ist zurzeit nicht möglich. Bei der Früherkennung lässt sich der Verlauf der Krankheit jedoch positiv beeinflussen. Medikamente werden zur Linderung der Erkrankung und zur Verzögerung des Krankheitsverlaufs eingesetzt, aber nur so lange wie es unbedingt nötig ist. Derartige Medikamente mindern Begleitsymptome wie Angst, Schlafstörungen, Unruhe und Sinnestäuschungen und fördern die Konzentrationsfähigkeit.

Hauptziel einer erfolgreichen Demenz-Behandlung muss sein, die Lebensqualität des Erkrankten möglichst lange zu erhalten. Neben der medikamentösen Behandlung ist eine psychosoziale Therapie sinnvoll. Dabei sollen die Betroffenen ihre verbliebenen Fähigkeiten trainieren, das Gedächtnis stärken, ihr Empfinden durch Sinnesübungen spüren. Die erkrankten Seniorinnen und Senioren sollten möglichst aktiv und mobil gehalten werden. Dies gelingt gut mit Musik und Tanz, so dass sich ihr Selbstgefühl und begleitende Symptome bessern. Genauso wichtig ist eine gute und liebevolle Betreuung der betroffenen Person. Neben der psychosozialen Betreuung kann ebenfalls eine sogenannte „Milieutherapie“ hilfreich sein. Hierbei geht es um die Einbindung der erkrankten Person in das Familienleben so weit es möglich ist, Aktivitäten im Alltag und in der Freizeit zu fördern und eine würdevolle sowie einfühlsame Beziehung zwischen den Pflegenden und der/dem Kranken aufzubauen. Zurzeit wird zu solcher Therapie ein Modellprojekt „Betreutes Wohnen in Familien“ (BWF) in Bayern mit Erfolg erprobt (vergleiche Kapitel „4.2.8 Neue Handlungsansätze im Umgang mit Demenz“).

Als „Therapeut“ kann auch ein Tier dienen, z.B. Hund oder Katze. Tiere haben häufig eine sehr positive Wirkung auf Menschen: sie bringen Freude, hören geduldig zu, reagieren auf Berührungen, beruhigen, bringen Aktivität ins Leben der Kranken.

4.2.3. Die Demenz bewältigen

Mit der Feststellung der Demenz kommen auf die erkrankte Person und ihre Angehörigen große Belastungen zu. Die gesamte Familie ist gefordert hinsichtlich des Einfühlungsvermögens, des Verständnisses und der pflegerischen Zuständigkeit. Die Famili-

enmitglieder müssen das Wissen bewältigen, dass ihr geliebter Mensch eine schwere und unheilbare Krankheit hat. Des Weiteren müssen sie Entscheidungen zur zukünftigen Pflege und Betreuung des erkrankten Familienmitglieds treffen.

Den Kranken verstehen

Vergessene Erinnerungen führen oft zu unverständlichem Verhalten der erkrankten Person. Der Schlüssel zum Verstehen des erkrankten Familienmitglieds liegt in der Biografie dieser Person sowie im Einfühlen des Angehörigen. Demenz beeinflusst nicht nur die geistigen Fähigkeiten, sie beeinträchtigt auch das Erleben, die Wahrnehmungen und das Verhalten der kranken Person – das ganze Sein des Menschen. Damit die Angehörigen die/den Betroffene/-n verstehen können, müssen sie wissen, dass „die Welt der Dementen verschoben zur Realität der Gesunden liegt.“¹⁴⁵ Ereignisse und Dinge haben eine andere Bedeutung für die/den Demenzkranke/-n als für die Gesunden.

Im Anfangsstadium der Krankheit kann die kranke Person sich selbst mitteilen. In späterer Phase müssen die Familienmitglieder erfühlen, wie es dem geliebten Familienmitglied geht, was er braucht, was er mag, was ihm gut tut. Es ist wichtig, dass die pflegenden Angehörigen immer in Kontakt mit der/dem Kranken bleiben und sich in deren/dessen Lage hineinversetzen, um zu verstehen. Wenn der Demente abends noch nicht schlafen gehen will, könnte es z.B. zweierlei signalisieren: sie/er vermisst z.B. ihren/seinen Schlaftrunk, den sie/er für gewöhnlich vor dem Schlafengehen immer zu sich genommen hatte oder sie/er vermisst ihren/seine Ehefrau/-mann beim Schlafengehen. Durch Biografiearbeit (Charaktereigenschaften, Gewohnheiten, Stärken, Ängste, Erlebnisse der kranken Person) können die Pflegenden die Verhaltensweisen des Kranken noch besser verstehen.

¹⁴⁵ vgl. Demenz, Hilfe für Angehörige und Betroffene, Stiftung Warentest, Verbraucherzentrale NRW, S. 140ff.

Symptome erkennen und richtig reagieren

Ruhelosigkeit

Rastlosigkeit, Unruhe und Wandern sind ein typisches Phänomen bei Demenz-Kranken. Sie haben das Bedürfnis, ununterbrochen etwas zu tun oder erledigen zu müssen. Ein Grund für dieses Verhalten kann z.B. Unbequemlichkeit, das Gefühl an einem falschen Ort zu sein oder Langeweile sein. Mit Wandern drückt der Kranke oft aus, dass er auf der Suche nach dem Verlorenen ist, z.B. nach Menschen aus seiner Vergangenheit, nach einem Gegenstand. Um dem entgegen zu wirken, sollten die Angehörigen versuchen, den Kranken sinnvoll zu beschäftigen. Spaziergänge mit dem Familienmitglied sowie eine entsprechende Gestaltung des Gartens erlauben dem Kranken gefahrlos zu wandern.

Schlaflosigkeit

Viele Demenz-Kranke leiden unter Schlafstörungen. Da das Gefühl für die Zeit schwindet, wird auch der Schlaf-Wach-Rhythmus des Kranken gestört, so dass er zwischen Tag und Nacht nicht mehr unterscheiden kann. Nächtliches Wandern im Dunkeln kann zu Unfällen und Verletzungen führen, und für die Angehörigen kann der gestörte Schlafrhythmus zu einer gesundheitlichen Belastung werden. Die Angehörigen sollten versuchen, eine sichere Umgebung zu schaffen und dafür zu sorgen, dass nachts alle Türen nach draußen verschlossen sind. Weiterhin ist wichtig, dass die Kranken tagsüber aktiv und in Bewegung gehalten werden, z.B. in Form von Spaziergängen, Teilnahme am Familienleben oder Besuch von Beschäftigungsgruppen. Der Schlaf am Tag sollte begrenzt bzw. nicht zugelassen werden. Aufputschende Getränke wie Tee oder Kaffee ab Nachmittag und aufregende Fernsehsendungen am Abend sollte der Kranke vermeiden.

Orientierungsstörungen

Verwirrtheit, Orientierungslosigkeit und Vergesslichkeit belasten den Kranken und seine Familie. Es kommt häufig vor, dass Betroffene den Bezug zur Realität, Zeit und zum Ort verlieren, nahe stehende Personen nicht mehr erkennen und den Weg nach Hause nicht mehr finden. Hierbei sollten die Angehörigen dafür sorgen, dass die Kranken nicht allein das Haus verlassen können. Feste Regeln für den Tagesablauf

und ein fester Zeitplan für alltägliche Tätigkeiten helfen den Kranken, sich zu gewöhnen und besser zu orientieren.

Misstrauen

Die Erkrankung kann dazu führen, dass die Kranken den Angehörigen nicht mehr vertrauen, sie beschuldigen, ihnen etwas weggenommen zu haben. Die Angehörigen sollten dem Kranken Geborgenheit und Zärtlichkeit vermitteln, ihn in den Arm nehmen, Körperkontakt halten, damit das erkrankte Familienmitglied das Gefühl hat, dass jemand für ihn da ist, dem er vertrauen kann und sich um ihn kümmert.

Ängste, Wahnvorstellungen und Halluzinationen

Betroffene merken, dass aufgrund der Demenz-Erkrankung „irgend etwas“ mit ihnen nicht stimmt. Ihre Umwelt und Umgebung verändern sich, was Angst auslöst. Sie erkennen ihr Spiegelbild nicht wieder. Manche entwickeln Wahnvorstellungen aufgrund von Verwirrung. Sie fürchten bestohlen zu werden, arm zu sein, für ihren Lebensunterhalt nicht mehr sorgen zu können. Hinzu kommt, dass die Betroffenen Dinge sehen und/oder Geräusche hören, die in Wirklichkeit nicht da sind. Bei diesen Symptomen sollten die Angehörigen dem Demenzkranken ruhig erklären, dass alles in Ordnung ist. Geborgenheit und Berührung wirken beruhigend auf den Kranken. Weiterhin kann eine gute Raumbeleuchtung und Vermeidung von „dunklen Ecken“ die Situation mildern.

Aggressionen

Das aggressive Verhalten wird durch die Krankheit, nicht durch den Kranken selbst verursacht. Gründe dafür sind Ängste oder frustrierende Erlebnisse. Auch ein Mensch, der für gewöhnlich ruhig und zurückhaltend gewesen ist, kann plötzlich aggressive Verhaltensweisen zeigen. Möglicherweise wird der Betroffene wütend, dass er um etwas bitten muss, was er früher selbstständig erledigen konnte. In solchen Situationen ist es hilfreich, wenn die Angehörigen solche Attacken nicht persönlich nehmen und gelassen bleiben. Man sollte den Kranken mit etwas Positivem ablenken, damit er wieder zu guter Stimmung zurückfindet.

Depression

Depressive Verstimmungen treten häufig auf, weil der geistige Abbau zunimmt. Die Kranken nehmen wahr, dass sie anders sind als früher, dass sich ihr Verhalten und ihre Umwelt ändern und sie nichts dagegen unternehmen können. Es ist ein Gefühl von Ohnmacht, denn sie sind auf die Hilfe von Anderen angewiesen. Die Kranken fühlen sich deshalb traurig und niedergeschlagen. Ein gewisses Maß an Traurigkeit ist in dem Zustand verständlich, doch sollten die Angehörigen die Häufigkeit der depressiven Stimmungen beobachten und Warnsignale für eine ernsthafte Depression ernst nehmen und einen Arzt konsultieren. Um der Depression entgegen zu wirken sollten die Angehörigen den Kranken auf positive Gedanken bringen, ihm lustige und nette Erlebnisse ins Gedächtnis rufen, ihn mit Dingen beschäftigen, die er mag, Erinnerungen wecken beim Anschauen von Fotos und persönlichen „Schätzen“.

Umgang mit dem Kranken

Das Wichtigste im Umgang mit der dementiell erkrankten Person ist Geduld und Respekt. Der kranke Mensch bleibt Mensch und seine Gefühle gehen nicht verloren, deshalb ist die Verbindung zwischen der/dem Kranken und ihrem/seinem Pflegenden sehr wichtig. Der betroffenen Person Geborgenheit schenken, sie wertschätzen, ihr das Gefühl geben, angenommen zu sein und geliebt zu werden, mit der Person sanft sprechen und sie berühren vermittelt, dass sie trotz der Krankheit weiterhin auf Hilfe ihrer Familie zählen kann.

Kommunikation

Die Angehörigen sollten viel mit dem erkrankten Familienmitglied sprechen. Die Kommunikation sollte in einfacher Sprache stattfinden. Da das Denkvermögen des Betroffenen beeinträchtigt ist, ist das Verständnis langer Sätze nicht mehr bzw. nicht immer gegeben. Deshalb sollten die Sätze kurz, prägnant sein und deutlich ausgesprochen werden, wobei das Gesagte mit Mimik, Gesten und Berührungen unterstrichen werden kann. Diskussionen und unnötige Streitereien sollte die/der Pflegende vermeiden, denn ein Streit würde nur das Gefühl der Unzufriedenheit und Verwirrtheit bei der/dem Kranken verstärken. Weiterhin sollten die Angehörigen darauf verzichten, Fehlleistungen zu korrigieren, da dies die/den Pflegebedürftige/-n beschämt. Die An-

gehörigen müssen ferner akzeptieren, dass die Dementen aufgrund ihrer zunehmenden Gedächtnisstörungen nur bedingt lernfähig sind und sie das Gesagte kurze Zeit später wieder vergessen.

Körperpflege

Demenzkranke benötigen mit der Zeit bei der Körperpflege immer mehr Hilfe. Es kann vorkommen, dass sie vergessen sich zu waschen oder denken, sie hätten es bereits getan. Im fortgeschrittenen Stadium der Krankheit können sie die Fähigkeit verlieren, Gegenstände der Hygiene, wie z.B. Zahnbürste oder Rasierer zu benutzen, weil sie ihren Verwendungszweck vergessen. Weil die Kranken auf die Hilfe von Dritten angewiesen sind, heißt es jedoch nicht zwangsläufig, dass sie die Hilfe gerne annehmen. Es kommt vor, dass Demente aggressiv werden, da sie sich schämen und das Gefühl haben, dass die pflegenden Angehörigen ihre Intimsphäre verletzen. Deshalb ist es ratsam, eine professionelle Pflegekraft zu engagieren, da zu ihr Distanz besteht. Hilfeleistungen sollten immer unter Berücksichtigung der Würde der kranken Person besonders taktvoll und vorsichtig angeboten werden. Bei der Körperpflege sollten die Pflegenden folgendes beachten: Rücksicht auf Intimsphäre des Kranken nehmen, für Sicherheit im Bad sorgen, Badetemperatur kontrollieren, Selbstbewusstsein der kranken Person z.B. durch neue Frisur oder Maniküre stärken, gleich bleibenden Ablauf der Pflege beibehalten.

Ankleiden

Auch beim An- und Ausziehen ist es wichtig, dass die Pflegenden Rücksicht auf die Intimsphäre des Kranken nehmen und die Hilfestellungen sich deshalb auf das Notwendigste beschränken. Solange der Betroffene kann, sollte er sich selbstständig an- und ausziehen dürfen, damit seine Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Der Angehörige sollte weiterhin den Kranken bei der Auswahl der Bekleidung involvieren und diese zusammen mit ihm heraussuchen. Mit dem Verlauf der Krankheit wird es für den Kranken jedoch schwieriger, diese alltägliche Tätigkeit auszuführen. Häufige Schwierigkeiten liegen beim Zuknöpfen, Reißverschluss schließen, Schnürsenkel binden oder der Kranke verwechselt die Reihenfolge der Kleidung. Der Angehörige kann insofern Unterstützung leisten, indem die Bekleidung in der richtigen Reihenfolge zurechtge-

legt und der Kranke ermutigt wird, sich selbst anzuziehen. Es ist ratsam, als Pflegende/-r auf folgendes zu achten: Man sollte der kranken Person Zeit beim An- und Ausziehen geben. Bequeme Kleidung mit großen Reiß- oder Klettverschlüssen, locker sitzende Kleidung mit weiten Ärmeln, Schuhe zum Hineinschlüpfen (ohne Schnürsenkel) mit rutschfester Sohle und elastische Bünde an Hosen und Röcken sind sinnvoll.

Essen und Trinken

Mahlzeiten bedeuten für Demenzkranke bekannte Abläufe, mit denen sie den Tag strukturieren können. Weiterhin ist das Essen in Gesellschaft der Angehörigen ein wichtiges und gemeinschaftsbildendes Ritual. Trotz auftauchender Schwierigkeiten, wie z.B. nicht richtige Handhabung von Besteck oder „kleckern“, sollte das gemeinsame Essen so angenehm wie möglich gestaltet werden. Dazu gehört, dass der Kranke bei der Nahrungsaufnahme unterstützt wird, z.B. durch mundgerechte Darreichung der Mahlzeiten. Kritik sollte in jedem Fall unterlassen werden, da dies den betroffenen Menschen beschämt. Im Verlauf der Krankheit kann es zu Appetitlosigkeit oder Gewichtsverlust kommen. Ursächlich könnten z.B. Zahnschmerzen, Kau- und Schluckbeschwerden sein. Bei anhaltender Nahrungsverweigerung sollte der Arzt konsultiert werden. Folgende Punkte sollten die Pflegenden beachten: Gesunde und ausgewogene Nahrung dem Kranken bieten; dafür sorgen, dass der Kranke genügend Flüssigkeit zu sich nimmt (mindestens 1,5 l pro Tag), um Austrocknung und Verstopfung zu vermeiden, mit dem Kranken zu festgelegten Zeiten zusammen speisen, auch in Gesellschaft, Temperatur der Mahlzeit überprüfen, auf ausreichende Bewegung achten, da dies den Appetit steigert.

4.2.4. Das Leben weiter leben

Trotz der schwierigen Lebenssituation für den an Demenz Erkrankten und seine Angehörigen, ist es wichtig, die Dinge zu akzeptieren und das Beste daraus zu machen. Deshalb ist es ratsam, den Alltag und das Leben trotz schwieriger Umstände nach Bedürfnissen der erkrankten Person zu gestalten und Zufriedenheit als Ziel zu setzen.

Auf Wohlbefinden des Demenzkranken achten

Die Demenzerkrankung nimmt den Betroffenen nach und nach die Möglichkeit, alltäglichen und gemochten Tätigkeiten nachzugehen und ihre Freizeit nach ihren Vorlieben zu gestalten. Aus Angst vor Ungeschicktheit und Versagen, ziehen sich die Betroffenen immer mehr zurück, um nicht im Weg zu stehen. Gegen diese Passivität können die Angehörigen jedoch etwas unternehmen. Sie sollten dem Familienmitglied weiterhin ermöglichen, sich aktiv am Leben zu beteiligen. Dies trägt zum Wohlbefinden der kranken Person bei. Die Tätigkeiten sollten den Kranken nicht unter- und nicht überfordern und der Person zeigen, dass sie gebraucht wird, z.B. beim Staub wischen, bei der Gartenarbeit, beim Tischdecken. Monotonie in den Abläufen schreckt die Kranken nicht ab. Mit Fortschreiten der Erkrankung können viele Aufgaben von den Betroffenen nicht mehr fehlerfrei ausgeführt werden. Wichtiger als Perfektion sollte für die Angehörigen immer sein, dass die kranke Person „Spaß beim Tun“ hat. Lob und Ermunterung tut dem Kranken sehr gut und motiviert, aktiv zu bleiben. Die „Fehler“ können heimlich und zum späteren Zeitpunkt korrigiert werden.

„Nichts ruft die Erinnerungen an die Vergangenheit so lebhaft wach, wie die Musik.“¹⁴⁶

Tätigkeiten, die die Erinnerungen an Menschen, Ereignisse und/oder Beziehungen aus der Vergangenheit wiederbeleben, sind sehr gut zur Steigerung des Wohlbefindens und zur Stärkung des Selbstbewusstseins der kranken Person. Dabei können alle Sinne der Person stimuliert werden.

- **Riechen:** Der erkrankten Person ihr Lieblingsparfüm auftragen oder den bevorzugten Duft einer vertrauten Person, z.B. des Ehemannes/der Ehefrau auf das Bettkissen sprühen;
- **Schmecken:** Lieblingsspeise oder Lieblingseis servieren und ein besonderes Ereignis, das man mit der Speise verbindet, erzählen (lassen).

¹⁴⁶ Germaine Baronin von Stael-Holstein, (1766-1817)

- **Sehen:** Das Anschauen von Fotos, Erinnerungsstücken und/oder persönlichen „Schätzen“ aus der Vergangenheit und dabei miteinander lachen, dient der Wiederbelebung der Biografie.
- **Tasten:** Lieblingssachen, Schmuck etc. der erkrankten Person zum Anfassen geben und schildern (lassen), wo sie die Dinge erworben hat.
- **Hören:** Lieblingslieder, Lieder aus der Jugend und aus den gesunden Lebenszeiten des kranken Menschen wecken die Erinnerungen wieder, denn „Nichts ruft die Erinnerungen an die Vergangenheit so lebhaft wach, wie die Musik.“¹⁴⁶

Wohlbefinden-Profil

Um herauszufinden, ob sich die an Demenz erkrankten Personen wohl fühlen, wurde ein Profil entwickelt und in der Broschüre der Landesinitiative Demenz-Service NRW „Wie geht es Ihnen? Konzepte und Materialien zur Einschätzung des Wohlbefindens von Menschen mit Demenz“, veröffentlicht. Die Einschätzung beruht auf regelmäßiger Beobachtung des Erkrankten und das Profil sollte möglichst regelmäßig (vergleiche nachfolgendes Beispiel) ausgefüllt werden (z.B. wöchentlich).

Individuelles Profil für Wohlbefinden¹⁴⁷

Wohlbefinden-Profil für

Datum

Erstellt durch

¹⁴⁷ vgl. „Wie geht es Ihnen?“, Broschüre der Landesinitiative Demenz-Service NRW, S. 25-26

Indikatoren für Wohlbefinden:¹⁴⁸

0 = Fehlende Anzeichen, 1 = Gelegentliche Anzeichen, 2 = Eindeutige Anzeichen

INDIKATOR	0	1	2
Kommuniziert Wünsche, Bedürfnisse und Vorlieben			
Nimmt Kontakte zu anderen auf			
Zeigt Herzlichkeit und Zuneigung			
Zeigt Freude und Vergnügen			
Zeigt Wachsamkeit und Aktivitätsbereitschaft			
Nutzt verbliebene Fähigkeiten			
Findet kreative Ausdrucksmöglichkeiten			
Ist kooperativ und hilfsbereit			
Reagiert angemessen auf Menschen/Situationen			
Drückt der Situation entsprechende Gefühle aus			
Entspannte Körperhaltung und Körpersprache			
Hat Sinn für Humor			
Zeigt Handlungsfähigkeit			
Hat Selbstrespekt			
Summen der Profilpunkte			
Profilpunktzahl			

Tabelle 36: Wohlbefinden-Profil (Demenz)

¹⁴⁸ Erklärungen der Indikatoren und Auswertungsverfahren vergleiche „Wie geht es Ihnen?“, Broschüre der Landesinitiative Demenz-Service NRW, S. 27ff.

Indikatoren für Unwohlsein sind:¹⁴⁸

- anhaltende depressive Phasen (im Gegensatz zu zeitweiligen Tiefpunkten)
- anhaltende Verzweiflung
- anhaltende Wut
- anhaltende Aggressionen
- Ängste
- Erregung und Unruhe
- Rückzug oder Teilnahmslosigkeit
- körperliches Unwohlsein oder Schmerzen
- Trauer und Verlustgefühl
- körperliche Anspannung
- Passivität (von anderen leicht übergangen werden)
- Außenseiterrolle (sich psychisch, sozial oder kulturell als „anders“ empfinden/behandelt werden)

Gestaltung des Alltags

Demenzranke erfahren Geborgenheit und Sicherheit durch bekannte und immer gleich bleibende Strukturen. Maßnahmen, die den Tag regeln, können Unruhe, Aggressionen und Angst abbauen und soziale Einbindung fördern. Demente können sich durch gleichmäßige Tagesstruktur besser orientieren und sich in ihrer Welt besser zurechtzufinden.

Die Tagesplanung sollte sich immer an den Vorlieben und Gewohnheiten der kranken Person orientieren und könnte für einen leicht bis mittel dementen Menschen in Anwesenheit der pflegenden Person beispielsweise wie folgt aussehen:

Tagesablauf

- 07.00 Uhr: Aufstehen
- 07.15 Uhr: Körperpflege, Ankleiden
- 08.00 Uhr: Frühstück
- 09.00 Uhr: Arztbesuch
- 10.00 Uhr: Besuch eines Demenzcafés, Gruppe, etc.
- 11.00 Uhr: Spaziergang mit vertrauter Person
- 12.00 Uhr: Freizeit, z.B. ausruhen, bei Mittagessenvorbereitung helfen
- 13.00 Uhr: Mittagessen
- 14.00 Uhr: Mittagsruhe, Besuch der Angehörigen
- 15.00 Uhr: „Klatschrunde“ bei Kaffee und Kuchen
- 16.00 Uhr: Biografiearbeit: Geschichten erzählen (lassen), in Erinnerungen schwelgen, Fotos und persönliche „Schätze“ anschauen, Musik hören, etc.
- 18.00 Uhr: Abendessen
- 19.00 Uhr: Fernsehen, Zeitung lesen, mit Angehörigen telefonieren, etc.
- 20.30 Uhr:Schlafengehen

Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes

„Demenzkrankungen stellen ganz besondere Anforderung an eine Wohnraumanpassung (vergleiche Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“) [...]. Da jede Veränderung einen Menschen mit Demenz stärker verwirren kann, sollten sich Wohnraumanpassungen allerdings auf das erforderliche Mindestmaß beschränken.“¹⁴⁹

Da mehr als 80% der Demenzkranken von ihren Angehörigen zu Hause betreut werden, sollte sich die Wohnungsanpassung auch an den Bedürfnissen der pflegenden Angehörigen orientieren, denn sie bewerkstelligen ohne jede Vorbildung eine Rund-um-die-Uhr-Pflege, die kräftezehrend ist.

¹⁴⁹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW, Broschüre: „Demenz-Service 10, Wohnungsanpassung bei Demenz“, S. 14

Vertrautheit und Orientierung

Egal, ob in den eigenen vier Wänden oder in einem Pflegeheim, der Wohn- und Lebensraum einer demenzkranken Person sollte immer gewohnt und vertraut gestaltet sein. Zwei Aspekte spielen bei der Gestaltung eine wichtige Rolle. Zum einen sollte die Wohnung bzw. das Zimmer im Pflegeheim einfach und übersichtlich eingerichtet sein. Man kann dazu auf alle Hilfsmittel zurückgreifen, die die Sinne der kranken Person ansprechen. Kontrastreiche Markierungen, helle Raumbeleuchtung, verschiedene Farben zum Kennzeichnen von Dingen, Piktogramme an Zimmertüren und Schränken, die den Inhalt darstellen, z.B. eine Abbildung von Obst und Gemüse an der Küchentür als Symbol für Küche; Zahnbürste und Kamm als Symbol für das Badezimmer; ein Foto der Lieblingshose am Kleiderschrank oder des Lieblingsschmucks auf der Kommode. Weiterhin wird die Orientierung der Kranken unterstützt, wenn man die vertrauten Dinge und persönliche „Schätze“, die einen emotionalen Wiedererkennungswert haben, an einem Ort belässt. Auch Raumdekorationen, wie z.B. Weihnachtsschmuck, Osterdekoration oder Herbstverzierungen helfen der kranken Person, einen Bezug zur jeweiligen Jahreszeit und zu einzelnen Festtagen herzustellen. Daneben helfen auch ein Kalender mit großen Zahlen und eine Wanduhr mit großen Ziffern und Zeigern das Zeitgefühl zu erhalten bzw. zu verbessern. Telefone mit großen Tasten, die Rufnummern speichern und mit Bildanzeige sind hilfreich für die Demenzen, wichtige Telefonate problemlos durchführen zu können.



Abbildung 104: Telefon mit Bildanzeige

Wenn die demenzkranke Person im Seniorenheim wohnt, sollte das eigene Foto der Person an der Zimmertür aufgehängt werden, damit sie leichter ihr Zimmer findet. Auch die Architektur eines Heimes kann demenzkranken Menschen helfen, sich zu orientieren. Dies zeigt sich am Beispiel des Gerontopsychiatrischen Pflegezentrums in Schmiedeberg bei Dresden, das in vielem den Erkenntnissen aus der Forschungsarbeit der Architektin, Frau Dr. Gesine Marquardt von der Technischen Universität Dresden, entspricht.¹⁵⁰ „Demenzkranken brauchen klare, durchschaubare Räumlichkeiten“¹⁵⁰, so die Architektin. Offene Aufenthaltsräume, aus denen die Patienten erkennen können, ob noch jemand im Wohnzimmer ist, sich auf dem Flur aufhält oder in der Küche am Tisch sitzt. Die meisten Zimmertüren liegen im Blickfeld. Das ist sinnvoll, denn was die Kranken nicht sehen, existiert für sie nicht. „Gute Architektur kann dazu beitragen, die Landkarte im Kopf über einen längeren Zeitraum intakt zu halten“, sagt Frau Dr. Marquardt und begann zu forschen, wie sich Architektur auf das Wohlbefinden von Demenzkranken auswirkt. Nach Befragung von Pflegepersonal, Patienten und Angehörigen in 30 Häusern in Deutschland, erarbeitete sie eine Richtschnur für die Planung von Pflegeeinrichtungen. Die Architektin erklärt, bisherige Denkweise sei, mit einem runden Endlos-Flur sei den Patienten geholfen, da Bewegung wichtig sei und irgendwann jeder Kranke an seiner Zimmertür vorbeikomme. Doch in Wirklichkeit verstärke ein um Ecken geführter Flur die Orientierungslosigkeit der Kranken. Deshalb hat man einen geraden Flur, der sich zu Wohnzimmer und Küche hin öffnet, gebaut.¹⁵⁰ Weiterhin gibt ein großer Mauerdurchbruch vom Gang den Blick auf die Aufenthaltsräume frei. „An den Zimmertüren sollen große Bilder kleben, die auch etwas mit dem Bewohner zu tun haben, vielleicht ein Foto aus der Jugend oder ein Symbolbild, mit dem man sich identifizieren kann“, so Marquardt, „Die durchschaubaren und unverwechselbaren Räume erleichtern den desorientierten Menschen das Leben. [...] Und zwischen den Räumen gibt es Blickbeziehungen.“ Die Schichtaufnahmen des Gehirns eines Dementen zeigen, dass mit dem Fortschreiten der Krankheit nur noch Fragmente aus der Zeit als junger Erwachsener im Gedächtnis bleiben. Für die Einrichtung und Dekoration der Wohnräume bieten sich deshalb Gegenstände an, die die Erkrankten „an die Zeit ihres Lebens, als sie 20 bis 30 Jahre alt waren“¹⁵⁰ erin-

¹⁵⁰ Apothekenzeitschrift: „Senioren Ratgeber“, Ausgabe 9/2009, S. 56-59

nern. Das könnten z.B. bestickte Küchentücher auf Wäscheleinen sein, eine uralte Nähmaschine, ein alter Kachelofen, eine Anrichte aus den 50er-Jahren, ein Puppenwagen, der die erkrankten Frauen an das Erziehen des eigenen Kindes erinnert, etc. „Schon ein vertrautes Stück aus der früheren Zeit wirkt wie ein Anker in der Gegenwart, der den Menschen ein wenig Identität zurückgibt.“¹⁵⁰

Sicherheit

Auch spielt die Sicherheit im Haushalt eine Rolle. Um Unfälle zu vermeiden, sollten Teppiche entfernt und glatte Böden mit rutschfesten Belägen nachgebessert, freiliegende Kabel und andere mögliche Stolperfallen beseitigt werden. Da die Kranken häufig die Konsequenzen ihres Handelns nicht vorhersehen können, müssen gefährliche Dinge im Voraus „präpariert“ werden. Heißwasserhähne sollten mit auffälligem roten und Kaltwasserhähne mit blauem Aufkleber markiert und die Temperatur des Heißwasserboilers auf eine angemessene Höhe eingestellt werden, damit sich die Betroffenen nicht verbrennen. Zeitschaltuhren können dabei helfen, nicht abgeschaltete Geräte wie Wasserkocher, Kaffeemaschine, Fernseher oder Radio automatisch auszuschalten, Kochherde, die sich eigenständig ausschalten, wenn die Kochplatte zu lange an gewesen ist, sind von Vorteil; Rauch-, Gas- und Wassermelder warnen frühzeitig und verhindern größeren Schaden. „Grundsätzlich sollten für Demenzkranke dieselben Sicherheitsmaßnahmen in Erwägung gezogen werden wie für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen.“¹⁵¹

Auswahl der Farben

„Farben sind das Lächeln der Natur.“¹⁵² und machen unser Leben vitaler und freundlicher. Um ein Lächeln auf die Gesichter der Erkrankten zu „zaubern“, sollten Erkenntnisse aus der Farbenlehre bei der Gestaltung der Wohnbereiche hinzugezogen werden, denn bestimmte Farben wirken sich positiv auf die Psyche und das Empfinden des Menschen aus. Assoziationen und Erinnerungen werden geweckt. Auf dunkle Farben sollte verzichtet werden, da diese eine negative Beeinflussung begünstigen können

¹⁵¹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW, Broschüre: „Sicher und bequem zuhause wohnen.“, S. 28

¹⁵² J. Hunt

und „dunkle Bodenbeläge oder einzelne dunkle Fußbodenelemente von demenziell erkrankten Menschen oft als Abgründe aufgefasst und daher nicht betreten werden.“¹⁵³

Helle Farben haben meistens einen positiven Charakter. Die Farbe Gelb ist die Farbe der Sonne. Dies könnte den Kranken an seine gesunden Zeiten erinnern, in denen er Urlaub mit seiner Familie am Meer machte. Gelb vermittelt Freude, Heiterkeit und Licht, was sich positiv auf das Verhalten des Menschen auswirkt; grün ist eine beruhigende Farbe. Sie weckt Assoziationen an Natur und Wälder und symbolisiert Hoffnung; blau ist die Farbe des Himmels und vermittelt Ruhe.

Lichtgestaltung

„Die Wohnbereiche sollten überall mit hellem, blendfreiem Licht versorgt sein. Eine Ausleuchtung von 500 Lux mit Leuchten in einer Höhe von ca. 85cm sorgt für eine schattenfreie Umgebung.“¹⁵⁴

Bewegung

Bewegung tut gut. Deshalb sollte der erkrankten Person ermöglicht werden, ihren Bewegungsdrang auszuleben. Ein geschützter Garten, der Innenhof oder gemeinsame Spaziergänge sind dafür ideal (vergleiche Kapitel „4.2.3 Die Demenz bewältigen“ – Abschnitt „Symptome erkennen und richtig reagieren“).

4.2.5. Angehörige und Demenz

Für viele Menschen kommt die Verantwortung für die Pflege eines Demenzkranken plötzlich und überraschend. Die Pflege von dem eigenen demenzkranken Familienmitglied ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe, physisch und emotional. Viele Pflegenden fühlen sich in der neuen Rolle unsicher und benötigen Hilfe. Auf den Schultern der Angehörigen liegt eine schwere Last, die sie bewältigen müssen. Doch

¹⁵³ Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Ratgeber: „Gut versorgt im Alter.“, S. 15

¹⁵⁴ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW, Broschüre: „Demenz-Service 10, Wohnungsanpassung bei Demenz“, S. 23

während der Pflege, die häufig einen langen Zeitraum ausmacht, müssen sie auch an sich denken und für ihr Wohl sorgen.

Auswirkungen der Krankheit auf Angehörige

Die Versorgung und Betreuung eines Demenzkranken kann sowohl körperlich als auch seelisch zerstörend sein. Im fortgeschrittenen Stadium der Krankheit kann die/der Kranke nicht mehr allein gelassen werden. Das kranke Familienmitglied benötigt Hilfe, Aufmerksamkeit, Kommunikation und Pflege rund um die Uhr. Es kann passieren, dass die Pflegenden nicht genug Schlaf bekommen, da die/der Kranke oft nachts herumwandert. Auf Dauer ist es eine starke Beeinträchtigung der Gesundheit des gesunden Pflegenden. Weil die Pflege eine anstrengende Tätigkeit ist und manchmal auch aus Scham, vernachlässigen die Pflegenden ihre eigenen Interessen, Hobbies und Freunde. Wenn sich zusätzlich die Familie zurückzieht und der Hauptpflegeperson Vorwürfe macht oder „besserwisserisch“ berät, gerät sie in eine zunehmende Isolation. Deshalb ist es bedeutend, dass die pflegende Person schon zu Beginn Familie und Freunde über die Situation informiert und die Krankheit nicht verheimlicht. Die Dauerbelastung kann die Abwehrkräfte gegenüber Krankheiten schwächen, stressbedingte Krankheiten oder auch Depressionen können auftreten. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass die/der Pflegende darauf achtet, auch für sich selbst zu sorgen. Ein paar Augenblicke am Tag für sich, können der Person wie ein Luxus vorkommen. Deshalb ist es nicht egoistisch, sondern im Gegenteil, notwendig, dass sich pflegende Angehörige täglich eine kleine „Auszeit“ gönnen. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass sich die Qualität der Pflegeleistungen, die eigene Gesundheit, das Wohlbefinden und soziale Kontakte nicht verschlechtern.

Die folgenden Punkte¹⁵⁵ zeigen auf, wie die Zufriedenheit pflegender Angehöriger, aber auch des kranken Familienmitgliedes sichergestellt werden kann.

¹⁵⁵ vgl. Handbuch der Betreuung und Pflege von Alzheimer-Patienten, Alzheimer Europe, 2. Auflage, S. 72

Eigene Grenzen erkennen und sich realistische Ziele setzen

Soll dem erkrankten Familienmitglied die bestmögliche Pflege zuteil werden, muss die/der Pflegende herausfinden, was sie/er zu leisten vermag. Die eigenen Kräfte und die Gesundheit müssen realistisch eingeschätzt werden, ggf. mit professioneller Beratung. Es sollte vermieden werden, unrealistische Ziele zu verfolgen. Die Belastung kann vermindert werden, wenn Dinge mit einem gewissen Abstand betrachtet werden. Die Worte des Gelassenheitsgebets¹⁵⁶ des Theologen Dr. Reinhold Niebuhr können helfen gelassener zu werden:

„Gott, gib mir die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; den Mut, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann; und die Weisheit, das eine von dem anderen zu unterscheiden.“

Auf Warnzeichen achten

Sollte es häufiger vorkommen, dass Pflegende auf das Verhalten oder Fragen des demenzkranken Menschen mit Wut reagieren, die Person anschreien oder sogar körperliche Gewalt anwenden, so handelt es sich um Warnzeichen, die andeuten, dass die/der Pflegende unter hohem Druck steht und mit der Pflege nicht mehr zu recht kommt. Ehrenamtliche oder professionelle Unterstützung für pflegende Angehörige kann in diesen Fällen hilfreich sein.

Information und Rat holen

Es ist ratsam, sich bei entsprechenden Stellen über die Demenz und mögliche Hilfen zu informieren und falls nötig, Rat einzuholen, damit der pflegebedürftigen Person bestmögliche Betreuung zugute kommt (vergleiche Kapitel „4.2.5 Angehörige und Demenz“ – Abschnitt „Entlastung für die pflegenden Angehörigen“ und Kapitel „4.2.9 Nützliche Adressen“).

Zeit für sich selbst nehmen

Unbedingt nötig ist, dass der Pflegende sich Zeit für sich selbst nimmt, in der er sich von Belastung, die die Pflege mit sich bringt, erholt und neue Kräfte sammelt. In die-

¹⁵⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gelassenheitsgebet>, abgerufen am 08.12.2009

ser Zeit könnten sich andere Familienmitglieder oder Bekannte um die/den Kranke/-n kümmern. Alternativ könnte die Möglichkeit von institutionellen Hilfen, wie z.B. Kurzzeitpflege, Tagespflege, Betreuungsgruppen, etc. in Anspruch genommen werden.

Kritik nicht zu Herzen nehmen

Sollten sich Familienglieder oder Bekannte, die zu Besuch kommen, über die Art und Weise der Pflege beschweren oder „besserwisserische“ Tipps geben, so sollte sich die/der Pflegende nicht irritieren lassen. Derartige Kritik ist weder hilfreich noch ziel führend, wenn die „Ratgebenden“ nicht stark in die Pflege involviert sind. Wichtig ist, dass die demenzkranke und die pflegende Person mit der Vorgehensweise der Pflege und Betreuung zu recht kommen und sich dabei wohl fühlen.

Kontakt zu anderen Menschen halten

Die/Der Pflegende sollte sich mit der kranken Person nicht absondern. Das gesunde Familienmitglied braucht sich für das nicht immer adäquate Verhalten der/des Kranken nicht zu schämen. Wird Bekannten und Freunden das Benehmen der demenzkranke Person erklärt, so werden diese grundsätzlich verständnisvoll reagieren. Auch sollte darauf geachtet werden, dass weiterhin Kontakt zu anderen Menschen gepflegt wird. Aktivitäten aufgreifen und/oder Besucher empfangen, stellt eine nette Abwechslung für die/den Demente/-n dar, da sie/er die Möglichkeit hat, sich mit anderen Personen zu unterhalten.

Lernen, mit Stress umzugehen

Den Umgang mit Stress zu lernen und diesen zu bewältigen, kann in der Lage der/des Pflegenden sehr nützlich sein. Verschiedene Methoden wie z.B. autogenes Training, Musik, Entspannungstechniken oder Sportarten wie Yoga, Gymnastik, etc. helfen Stress abzubauen und sich für die/den Pflegebedürftige/-n zu regenerieren. Auch Humor ist wichtig, da er Leichtigkeit vermittelt, Freude bereitet, schwierige Situationen entspannt und gesund hält.

Stresstest – Wie belastet sind Sie?¹⁵⁷

	Immer	Oft	Manchmal	Selten	Nie
Ich mache mir Sorgen.					
Ich fühle mich schon beim Aufstehen müde und erschöpft.					
Ich würde meine Freunde gern häufiger sehen.					
Ich schäme mich für das Verhalten der/des Kranken.					
Ich weiß nicht mehr, wie es weiter gehen soll.					
Das Verhalten der/des Kranken macht mir Angst.					
Ich habe finanzielle Probleme.					
Ich würde gern öfter unter Leute gehen.					
Meine Angehörige/mein Angehöriger verlangt mehr von mir, als ich geben kann.					
Meine Familie kritisiert mich häufig.					
Niemand hat Verständnis für das, was ich erlebe.					
Ich fühle mich von meinen Angehörigen im Stich gelassen.					
Ich fühle mich von Ärzten und Pflegediensten im Stich gelassen.					
Ich habe gesundheitliche Probleme.					

¹⁵⁷ vgl. Bundesministerium für Gesundheit, Broschüre: „Wenn das Gedächtnis nachlässt“, S. 72 f.

	Immer	Oft	Manchmal	Selten	Nie
Ich habe keine Zeit für mich selbst.					
Ich fühle mich allein und isoliert.					
Ich ärgere mich schnell über das Verhalten der/des Kranken.					
Ich breche oft in Tränen aus.					
Es fällt mir schwer, Entscheidungen zu treffen.					

Tabelle 37: Stresstest – Wie belastet sind Sie?

Sofern mehr als 7 Fragen mit „oft“ oder sogar mit „immer“ beantwortet wurden, ist das persönliche Stressniveau bereits um einiges zu hoch. Es wird empfohlen, sich möglichst schnell um Hilfe zu bemühen. Empfehlenswert ist, sich an Verwandte zu wenden oder sich um professionelle Pflegekräfte zu bemühen.

Sollten mehr als 14 aller Fragen mit „oft“ oder „immer“ beantwortet worden sein, ist das Stressniveau alarmierend hoch angestiegen. Empfehlenswert ist, sich sofort in ärztliche Behandlung zu begeben, denn die depressive Stimmung der Seele strahlt auch auf den Körper aus – die Gesundheit der pflegenden Person ist in ernsthafter Gefahr. Die Situation kann und muss sich ändern: Kontakt nach „draußen“ ist zwingend notwendig. Die Inanspruchnahme entsprechender Hilfsangebote wird dringend empfohlen.

Entlastung für die pflegenden Angehörigen

Oft wissen die pflegenden Angehörigen nicht, welche Hilfen ihnen zustehen und welche finanziellen Unterstützungen sie in Anspruch nehmen können. Es existieren viele Entlastungsmöglichkeiten.

Information und Rat holen

Den Pflegenden können folgende Stellen zur Seite stehen (vergleiche auch Kapitel „4.2.9 Nützliche Adressen“):

- Träger der freien Wohlfahrtspflege, Selbsthilfeverbände, Selbsthilfegruppen
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft, Pfarrgemeinden
- Professionelle Helfer (Ärzte, Psychiater, Sozialarbeiter)
- Pflegestützpunkte, Senioren- und Angehörigenberatungsstellen
- Sozialamt, Gesundheitsamt
- Wohlfahrtsverbände (z.B. Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Arbeiterwohlfahrt)
- Krankenkassen, Pflegekassen
- Gerontopsychiatrische Zentren, Psychiatrische Krankenhäuser

Ambulante Pflegedienste und (teil-)stationäre Einrichtungen, die häusliche Pflege unterstützen

- Essen auf Rädern
- Nachbarschaftshilfe
- Sozialstationen
- Pflegedienste und Pflegevereine
- Betreuungsgruppen
- Tagespflegeeinrichtungen
- Kurzzeitpflege, etc.

Betreuungskraft aus Osteuropa

Zur Unterstützung können die Angehörigen eine Betreuungskraft aus Osteuropa einstellen (nähere Informationen bei der Agentur für Arbeit), die mit im Haus wohnt und hauswirtschaftliche Arbeiten erledigt, der pflegebedürftigen Person zuhört, mit ihr

spricht, sie aufmuntert, mit ihr Spaziergänge macht, etc. Sehr häufig ist es der Betreuerin und Haushälterin aus Osteuropa zu verdanken, dass die kranke Person wieder zu Kräften kommt, Lebensfreude empfindet, vital und aktiv wird.

4.2.6. Hilfen und Unterstützung durch die Pflegeversicherung

„Die Pflegeversicherung hat die Aufgabe, Pflegebedürftigen Hilfe zu leisten, die wegen der Schwere der Pflegebedürftigkeit auf solidarische Unterstützung angewiesen sind.“¹⁵⁸

Die Demenzerkrankung eines Familienmitglieds bringt meistens eine hohe finanzielle Belastung mit sich. Wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, kann man nach dem Pflege-Versicherungsgesetz Hilfe finanzieller Art erhalten. Pflegeversicherung ist eine Grundsicherung, was bedeutet, dass ihre Leistungen nicht in jedem Fall ausreichen, um den Hilfe- und Pflegebedarf zu decken. Oft sind dann Eigenleistungen erforderlich. Wenn man sich diese nicht leisten kann und bestimmte Voraussetzungen vorliegen, werden Leistungen nach dem Sozialhilferecht (SGB XII) sowie nach dem Schwerbehindertengesetz gewährt.

Antrag auf Leistungen bei der Pflegekasse (Träger der Pflegeversicherung)

Antragsformulare für Leistungen der Pflegeversicherung sind bei der Pflegekasse (Krankenkasse) erhältlich. Die Pflegekasse beauftragt den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) mit der Begutachtung zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit der betroffenen Person. Der MDK verschafft sich nach Terminvereinbarung einen Überblick vor Ort (Arzt oder Pflegekraft). Es wird ein gesundheitliches Gutachten erstellt und der Pflegebedarf abgeschätzt. Daraus resultiert die Zuordnung der/des Kranken in eine Pflegestufe: 0, I, II oder III.

¹⁵⁸ §1 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB) XI

Wer gilt als pflegebedürftig?

Leistungen der Pflegeversicherung kann nur erhalten, wer als pflegebedürftig im Sinne des Gesetzes gilt:

„Pflegebedürftig sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer oder für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen.“¹⁵⁹

Bereich	Gewöhnliche und wiederkehrende Verrichtungen
Körperpflege	Waschen, Duschen, Baden, Zahnpflege, Kämmen, Rasieren, Darm- oder Blasenentleerung
Ernährung	mundgerechtes Zubereiten und Aufnahme der Nahrung
Mobilität	selbstständiges Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen, Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung
Hauswirtschaftliche Versorgung	Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung, Beheizen

Tabelle 38: Gewöhnliche und wiederkehrende Verrichtungen¹⁶⁰

¹⁵⁹ §14 Absatz 1 SGB XI

¹⁶⁰ §14 Absatz 4, Nr. 1-4, SGB XI

Stufen der Pflegebedürftigkeit¹⁶¹

Pflegestufe	Täglicher Mindestzeitaufwand ¹⁶²	Zeitaufwand für Grundpflege ¹⁶³	Pflegebedürftige Person benötigt Hilfe
Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige)	mindestens 90 Minuten	mehr als 45 Minuten	Bei min. zwei Verrichtungen bei Körperpflege, Ernährung o. Mobilität mind. 1x tägl. u. zusätzl. mehrfach wöchentl. bei hauswirtschaftlicher Versorgung
Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)	mindestens 3 Stunden	mindestens 2 Stunden	Bei Körperpflege, Ernährung o. Mobilität 3x tägl. zu verschied. Tageszeiten u. zusätzlich mehrfach wöchentl. bei hauswirtschaftlicher Versorgung
Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)	mindestens 5 Stunden	mindestens 4 Stunden	Bei Körperpflege, Ernährung o. Mobilität tägl. rund um die Uhr, auch nachts, u. zusätzl. mehrfach wöchentl. bei hauswirtschaftlicher Versorgung

Tabelle 39: Stufen der Pflegebedürftigkeit

Pflegestufe 0

Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz (auch Demenzkranke), die ausschließlich Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen, aber noch nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung in die Pflegestufe I erfüllen, haben Anspruch auf einen Betreuungsbetrag. Bei Demenz-Patienten besteht die Möglichkeit, 100 bis 200 Euro monatlich für erhöhte Betreuungsleistungen geltend zu machen.

¹⁶¹ §15 Absatz 1, Nr. 1-3, i.V.m. Absatz 3, Nr. 1-3, SGB XI

¹⁶² für erforderliche Leistungen der Grundpflege und hauswirtschaftlicher Versorgung

¹⁶³ Körperpflege, Ernährung, Mobilität

Härtefall der Pflegestufe III

Schwerstbedürftige, die einen außergewöhnlich hohen Pflegebedarf haben, der das übliche Maß der Pflegestufe III weit übersteigt. Bei der Grundpflege müssen auch nachts zwei Pflegekräfte benötigt werden oder täglich 7 Stunden Pflege nötig sein, wovon mindestens 2 Stunden auf die Nacht entfallen müssen.¹⁶⁴

Leistungen der Pflegeversicherung im Überblick (Stand Juli 2008)¹⁶⁵

Leistungsart	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III
Häusliche Pflege			
Pflegesachleistung monatlich bis zu	440 Euro	1.040 Euro	1.510 Euro
Härtefall Stufe III (Euro gilt ab 01.01.2010)			1.918 Euro
Pflegegeld monatlich (Euro gilt ab 01.01.2010)	225 Euro	430 Euro	685 Euro
Pflegevertretung			
Pflegeaufwendungen für bis zu 4 Wochen im Kalenderjahr			
durch nahe Angehörige bis zu	225 Euro	430 Euro	685 Euro
durch sonstige Personen bis zu (Euro gilt ab 01.01.2010)	1.510 Euro	1.510 Euro	1.510 Euro
Kurzzeitpflege			
Pflegeaufwendungen im Jahr bis zu (Euro gilt ab 01.01.2010)	1.510 Euro	1.510 Euro	1.510 Euro
Teilstationäre Tages- und Nachtpflege			
Pflegeaufwendungen monatlich bis zu (Euro gilt ab 01.01.2010)	440 Euro	1.040 Euro	1.510 Euro

¹⁶⁴ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, FB Jugend, Bildung, Soziales, Ratgeber „Mitten im Leben“, S. 90

¹⁶⁵ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, FB Jugend, Bildung, Soziales, Ratgeber „Mitten im Leben“, S. 93 und Bundesministerium für Gesundheit, Broschüre: „Wenn das Gedächtnis nachlässt“, S. 90ff.

Leistungsart	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III
Vollstationäre Pflege			
Pflegeaufwendungen monatlich bis zu	1.023 Euro	1.279 Euro	1.510 Euro
Härtefall Pflegestufe III (Euro gilt ab 01.01.2010)			1.825 Euro
<i>Leistungen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz (Pflegestufe 0)</i>			
jährlich			
Grundbetrag (bis zu 1.200Euro) monatlich bis zu	100 Euro		
erhöhter Betrag (bis zu 2.400Euro) monatlich bis zu (Euro gilt ab 01.07.2008)	200 Euro		
Pflege in vollstationären Einrichtungen für behinderte Menschen			
Pflegeaufwendungen in Höhe von	10% des Heimentgelts, höchstens 256 Euro monatlich		
Hilfsmittel, die zum Verbrauch bestimmt sind			
Aufwendungen monatlich bis zu	31 Euro		
Technische Hilfsmittel			
Aufwendungen in Höhe von	90% der Kosten, unter Berücksichtigung von höchstens 25 Euro Eigenbeteiligung je Hilfsmittel		
Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes			
Aufwendungen in Höhe von bis zu	2.557 Euro je Maßnahme, unter Berücksichtigung einer angemessenen Eigenbeteiligung		
Zahlung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen			
Je nach Umfang der Pfllegetätigkeit monatlich bis zu	131,87 Euro	263,74 Euro	395,61 Euro

Leistungsart	Pflegestufe I	Pflegestufe II	Pflegestufe III
Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für Pflegepersonen bei Pflegezeit			
(Euro gilt ab 01.07.2008), monatlich	8,20 Euro		
Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung für Pflegepersonen bei Pflegezeit			
monatlich (Euro gilt ab 01.07.2008)	durchschnittlich ca. 140 Euro		

Tabelle 40: Leistungen der Pflegeversicherung im Überblick

4.2.7. Demenzkrankheit im Rhein-Erft-Kreis¹⁶⁶

Im Jahr 2006 betrug die Einwohnerzahl im Rhein-Erft-Kreis 462.862 (die Zahl hat sich auf 464.209 erhöht, Stand 01.01.2008)¹⁶⁷. Davon waren 86.642 Menschen über 65 Jahre und 17.362 über 80 Jahre.

Die folgenden Zahlen basieren auf Schätzungen, da es keine Datenbank gibt, in der Demenzkranke erfasst werden.

Rhein-Erft-Kreis

Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Demenzkranken im Kreisgebiet 6.065 und für das Jahr 2025 wird prognostiziert, dass es 7.632 Menschen geben wird, die an Demenz erkranken. Dies entspricht einer Steigerung von 25,84%.

Kreisstadt Bergheim

In der Kreisstadt Bergheim waren im Jahr 2006 ca. 717 Einwohner/-innen demenzkrank und für das Jahr 2025 werden Prognosen zufolge ca. 1.035 Menschen an Demenz erkranken. Dies entspricht einer Steigerung von 44,35%.

¹⁶⁶ Rhein-Erft-Kreis, Amt für Familien, Senioren und Soziales, 50/3, Bereich Pflege

¹⁶⁷ <http://www.rhein-erft-kreis.de/Internet/Themen/wirtschaft-und-region/zahlen-daten-fakten/>, abgerufen am 08.12.2009

Pflege dementiell Erkrankter

- 70% aller Erkrankten sind Frauen
- 72% aller Erkrankten werden zu Hause gepflegt
- 28% aller Erkrankten werden in stationären Einrichtungen gepflegt

Auswertung der Frage 5.4 des Fragebogens

„Haben Sie etwas hiervon an sich in letzter Zeit beobachtet?“

1.650 Bergheimer/-innen wurden im Rahmen der Meinungsumfrage befragt, ob sie in letzter Zeit bestimmte Erscheinungen an sich festgestellt haben. Von 563 zur Auswertung zugelassenen Fragebogen gaben 103 Personen an, dass sie „schlechte Stimmung“ an sich beobachtet haben, 86 Bürgerinnen und Bürger haben „Ruhelosigkeit“ bejaht, „verschlechterten Orientierungssinn“ bemerkten 33 Befragte, 114 Personen fiel „Antriebslosigkeit“ auf, „Sinnestäuschungen“ bestätigten 6 Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim und „nachlassendes Erinnerungsvermögen“ beobachteten 137 Bergheimerinnen und Bergheimer an sich.

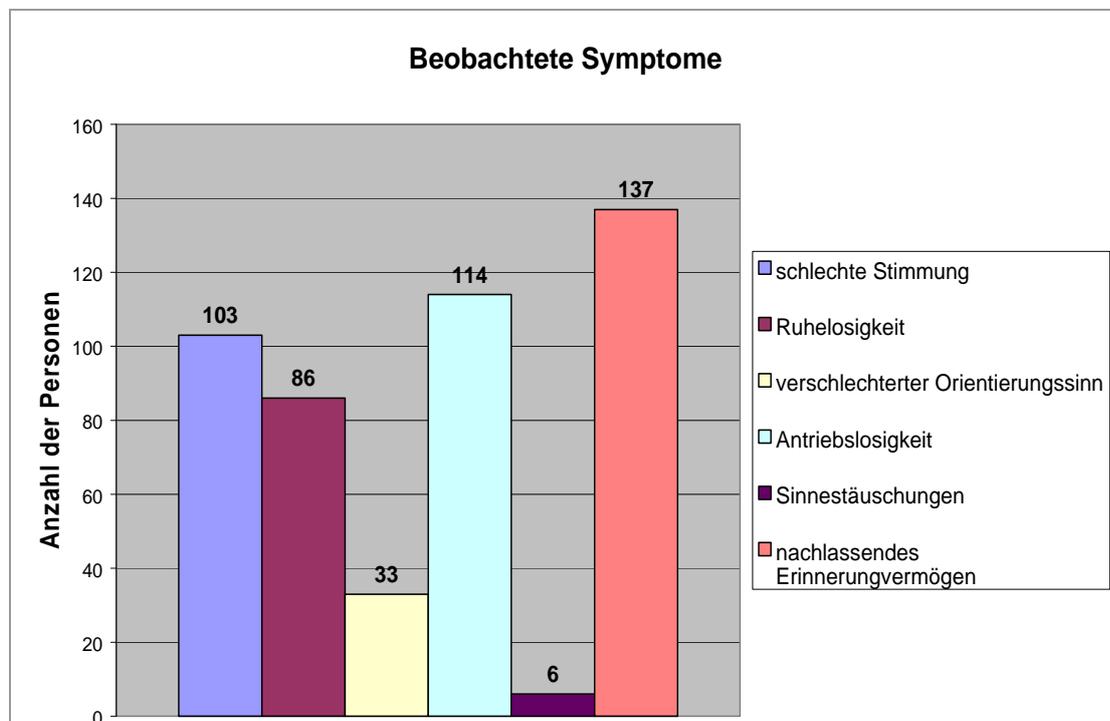


Abbildung 105: Beobachtete Symptome

Angebote für Demenzkranke und Angehörige im Rhein-Erft-Kreis

(keine Gewähr für Vollständigkeit)

Wohnformen

s. Anlage

Weitere Angebote

Stadt Bedburg:

- Cafékränzchen, Seniorenheim Eleonore Weber
Eifelstraße 9, 50126 Bergheim
- Senioren Service Nicole Weitz
Feldstraße 15, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 8 06 46 71
www.seniorenservice-weitz.de, e-mail@nicole-weitz.de

Kreisstadt Bergheim:

- Selbsthilfegruppe Alzheimer und Demenz im Kreishaus Bergheim (KT 1.27)
Willy-Brandt- Platz 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 83-4046
www.selbsthilfegruppen-rhein-erftkreis.de
- Demenz-Café Nostalgie, Alten- und Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes
Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 60 60
- Demenz-Café, Häusliche Pflege im Erftkreis AWO gGmbH
Zeissstraße 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 6 03 00
- Demenz-Café „Am Vogelwäldchen“, AWO Seniorenheim Kenten
Am Vogelwäldchen 2, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 46 10 oder Tel.: (0 22 71) 42 45

- Besuchs- & Begleitdienst, Entlastung für Angehörige von Demenzerkrankten
Schützenstraße 10, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 42 45
- Füreinander, Betreuungsangebot für Angehörigengruppe für Alzheimer Erkrankte
Fischbachstraße 25 (Pfarrheim Heiligkreuz), 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 4 76 50
- Gesprächskreis für pflegende Angehörige, Pflegeberatung der Kreisstadt Bergheim in Kooperation mit Anton-Heinen-Haus
Kirchstraße 1b, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 8 95 25
- Café „Zeit“, AWO-Seniorenheim Quadrath in Kooperation mit Besuchs- & Begleitdienst
Auf der Helle 38, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 79 30
- Bistro „Augenblick“, Seniorenheim Haus Sandberg
Sandberg 6, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 8 37 55 00
- PflegeBegleiter im Rhein-Erft-Kreis
Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 83 40 46
- Alltagsbegleiter für Senioren, Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Tel.: (0 22 71) 56 91 19
- „Zeit verschenken“, Leitung: Frau Hermine Rennecke (Seniortrainerin)
Tel.: (0 22 71) 6 57 66

Stadt Brühl:

- Alzheimer Selbsthilfegruppe „AUFWIND“, Seniorenwohnheim Brühl
Kölnstraße 74-84, 50321 Brühl
Tel.: (01 63) 3 36 36 90 (Ansprechpartner: Frau Christa Dirks-Isselmann)
www.aufwind-bruehl.de

Gemeinde Elsdorf:

- Freizeit- und Betreuungsprogramm, Ensemble Pflegezentrum Elsdorf
Zum Ostbahnhof 1, 50189 Elsdorf
Tel.: (0 22 74) 70 47 80
www.ensemble-gruppe.de
- Weitere Auskünfte bei Caritas und AWO

Stadt Erftstadt:

- Seecafé, Stella Vitalis, Seniorenzentrum für Menschen mit Demenz
Seestraße 28, 50374 Erftstadt
Tel.: (0 22 35) 92 94 40
www.stellavitalis-erftstadt.de

Stadt Frechen:

- Demenz-„Café Pause“, Caritas Altenzentrum Sebastianusstift
Hauptstraße 124-126, 50226 Frechen
Tel.: (0 22 34) 27 47 76 (Ansprechpartner: Herr M. Wolter)
- Vergiss mein nicht-Treff, Elisa Seniorenstift
Arnikastraße 4, 50226 Frechen
Tel.: (0 22 34) 6 03 80
- Café für Demenzkranke, Hospiz in Frechen e.V.
Johann-Schmitz-Platz 2, 50226 Frechen
Tel.: (0 22 34) 2 28 54 oder (0 22 34) 92 27 65
- Demenzwoche März 2010, Stadt Frechen, Der Bürgermeister
Johann-Schmitz-Platz 1-3, 50226 Frechen
Tel.: (0 22 34) 50 13 31 (Ansprechpartner: Frau Sobetzko)

Stadt Hürth:

Einrichtung: „Füreinander“, Angehörigengruppe für Erkrankte an Alzheimer im Rhein-Erft-Kreis

- Informations- und Kommunikationsnachmittage, Kontakt- und Tanzcafé
Tel.: (0 22 33) 7 72 71 (Ansprechpartner: Dr. Sibylle Schreckling)
Tel.: (0 22 33) 94 30 31 (Ansprechpartner: Kerstin Wolff-Möhlenbein)
info@schreckling.eu
- Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen, Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde Hürth-Gleuel; Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen, Sozialpsychiatrisches Zentrum
Tel.: (0 22 34) 20 79 69 (Ansprechpartner: Elisabeth Garz)
- Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen, Appartementhaus des Betreuten Wohnens, Hürth-Hermülheim unter fachärztlicher Begleitung
Tel.: (01 72) 7 71 70 68 (Ansprechpartner: Hans Haensch)

Stadt Kerpen:

- „Zick für uns“, Kerpener Pflegedienst Feist GmbH
Hahnenstraße 45-47, 50171 Kerpen
Tel.: (0 22 37) 9 74 77 99
www.kerpener-pflegedienst.de
- Mittendrin-Treffpunkt, Mittendrin e.V. – Helfen bereichert unser Leben
Beisselstraße 9-11, 50169 Kerpen
Tel.: (0 22 73) 4 06 19 47
www.mittendrin-rheinerft.de
- Veranstaltungen des Seniorenbeirates der Stadt Kerpen
Tel.: (0 22 37) 5 83 24 oder Tel.: (0 22 37) 5 81 45
- Tanzcafé im „Maximilians“
Maximilianstraße 21, 50169 Kerpen

- Tanzcafé im „Landhauscafé Schlösser“
Zum Parrig 1, 50171 Kerpen

Stadt Pulheim:

- „Café Atempause“, ev. Gemeindehaus Brauweiler
Friedhofsweg 4, 50259 Pulheim
Tel.: (0 22 34) 8 36 16 oder Tel.: (0 22 34) 96 72 76
- „Eine Stunde Zeit schenken“
Angebot der kath. Kirche St. Martinus Stommeln, Pulheim
Tel.: (0 22 38) 1 34 26 oder Tel.: (0 22 38) 21 42

Stadt Wesseling:

- Demenz Marktcafé, CBT-Wohnhaus St. Lucia
Pontivystraße 10, 50389 Wesseling

4.2.8. Neue Handlungsansätze im Umgang mit Demenz

Damit die Demenzkranken neben derzeitigen guten Angeboten auch weiterhin ihr Leben so gut wie möglich leben können und ihre Angehörigen entlastet werden, könnten folgende realisierbare Ideen helfen, dieses Ziel zu erreichen:

Modellprojekt „Betreutes Wohnen in Familien (BWF)“, Kaufbeuren, Bayern¹⁶⁸

Der sozialpädagogische Fachdienst des Bezirkskrankenhauses Kaufbeuren vermittelte bisher 10 Senioren mit Demenz, Depressionen, kognitiven Beeinträchtigungen oder chronisch psychisch kranke ältere Personen in Gastfamilien.

Ziel

Familien und ähnliche Bezugssysteme nehmen einen älteren Menschen bei sich auf und integrieren ihn im Familiensystem, stellen ihm Wohnraum zur Verfügung und sorgen für einen geordneten Tagesablauf. Kommt es, nach erstem Kennenlernen und

¹⁶⁸ vgl. Sozialarbeiterbrief/September 2009

einem evtl. Probewohnen, zum Einzug bei der Gastfamilie, so wird diese durch regelmäßige Hausbesuche des Fachdienstes unterstützt. Gastfamilie und Bewohner haben bei Unstimmigkeiten und Problemen immer einen Ansprechpartner.

Vergütung

Die Gastfamilie erhält eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von ca. 800 Euro monatlich (bei einer vorhandenen Pflegestufe erhöht sich die Aufwandsentschädigung um das Pflegegeld).

Förderer

Das Projekt wird von dem Bayerischen Sozialministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände gefördert.

Beispiel

Am Beispiel von Frau S., die in eine Gastfamilie kam, zeigt sich, wie erfolgreich die Idee ist. Frau S. lebte in der Gastfamilie auf, besucht regelmäßig die Kirche, nimmt an verschiedenen Veranstaltungen der Gemeinde teil, hat Kontakt zu anderen Nachbarn; auch im häuslichen Bereich kommt sie mit Unterstützung der Familie wieder gut zurecht.

Fazit

Kleine Gruppen und familiäres Umfeld tun den alten Menschen gut, die Angehörigen sind entlastet, die Senioren erfahren Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft von Menschen, die sie mit ihnen teilen. Das Modell ist finanzierbar.

Informationen

Dipl. Sozialpädagogin Frau Starkmann

Tel.: (0 83 41) 72 22 00 oder Tel.: (0 83 41) 72 21 90

Modellprojekt aus Schottland und dem Main-Kinzig-Kreis:

Geschulte Haushalte nehmen Demenzkranke gegen Honorar als Gäste auf¹⁶⁹

Die Dementia Initiative in Falkirk arbeitet seit 1992 erfolgreich mit dem Konzept „Gastfreundschaft“. Geschulte Haushalte nehmen vier bis fünf pflegebedürftige, aber mobile Senioren gegen Honorar als Gäste auf. Vertreter der deutschen Pflegekassen sahen sich das Projekt an und starteten 2007 ein Modellprojekt im Main-Kinzig-Kreis: „Sowie DAheim“.

Ziel

Interessierte und hilfsbereite Personen werden zu Gastgebern ausgebildet, die (nicht nur) demenzkranke Senioren bei sich ein paar mal in der Woche für einen Tag aufnehmen, um ihnen Gastfreundschaft anzubieten, Zuwendung zu schenken, mit ihnen den Alltag zu teilen und gemeinsame Beschäftigungen, Spaziergänge, Reden bei Kaffee und Kuchen zu ermöglichen.

Vergütung

Das Projekt zahlt 50 Euro pro Tag plus Verpflegungsgeld.

Förderer

Spitzenverbände der deutschen Pflegekassen.

Fazit

Kleine Gruppen und familiäres Umfeld tun den alten Menschen gut, die Angehörigen sind entlastet und das Modell ist bezahlbar.

Informationen

Sowie DAheim Main-Kinzig-Kreis
Barbarossastraße 24, 63571 Gelnhausen
Tel.: (0 60 51) 8 51 61 60
barbara.gregor@mkk.de

¹⁶⁹ vgl. Apothekenzeitschrift „Senioren Ratgeber“, Ausgabe 1/2008, S. 66-69

Berliner Modell¹⁷⁰

Das Berliner Modell wurde ausdrücklich für Menschen entwickelt, die eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung benötigen und die demenzkrank sind.

Voraussetzung

Eine Gruppe, die aus mindestens 6 Personen besteht, in der jede Person mindestens der Pflegestufe II zuzuordnen ist. Notwendig ist, dass tagsüber zwei Personen in der Wohngruppe anwesend sind. In der Nacht reicht die Anwesenheit einer Person.

Ziel

Normalität des Wohnens aufrechterhalten, noch vorhandene Fähigkeiten stärken, indem die Betroffenen die alltäglichen Tätigkeiten selbst ausführen und sich am Gruppengeschehen beteiligen. „Nicht der optimale Ablauf der Pflege bestimmt den Tagesablauf, sondern pflegerische Leistungen werden an die Gewohnheiten der einzelnen Bewohner angepasst und in den Tagesablauf integriert.“¹⁷⁰

Kosten

Die Wohngruppen des Berliner Modells werden hauptsächlich aus den individuellen Pflegeleistungen, die der betreuende ambulante Pflegedienst den einzelnen Bewohnern in Rechnung stellt, finanziert.

Ausbau der Tagespflegeangebote für Demenzkranke auch an Wochenenden und Feiertagen

Die Tagespflege ist sinnvoll, um pflegende Angehörige zu entlasten und um den Demenzkranken eine adäquate Betreuung und Pflege tagsüber zu geben, z.B. auch wenn Angehörige berufstätig sind.

Ausbau der Kurzzeitpflegeangebote für Demenzkranke

In der Kreisstadt Bergheim stehen in acht Einrichtungen insgesamt 27 Kurzzeitpflegeplätze¹⁷¹ zur Verfügung. Aufgrund des geringen Angebots, würde es sich anbieten, die

¹⁷⁰ http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/1001.php#2., abgerufen am 08.12.2009

¹⁷¹ vgl. Stadtverwaltung Bergheim, FB Jugend, Bildung, Soziales, Ratgeber „Mitten im Leben“, S. 79

Kapazitäten zu erweitern und weitere Plätze für Kurzzeitpflege einzurichten, so dass die pflegenden Angehörigen sich erholen und neue Kräfte für weitere Pflege schöpfen können.

Schulungskurse für pflegende Angehörige

So lange wie möglich in den eigenen vier Wänden und vertrauter Umgebung wohnen zu bleiben, ist der Wunsch vieler Menschen. Um diesen Wunsch zu erfüllen, wäre es sinnvoll, Schulungen für pflegende Angehörige anzubieten, wo ihnen näher gebracht wird, wie sie ihr erkranktes Familienmitglied in der Wohnung/im Haus pflegen können, welche Dinge zu beachten sind, wie sie die Pflege bewältigen, welche Hilfen genutzt werden können, etc.

Urlaubsangebote/Ausflüge nur für Demenzkranke und Angehörige von Demenzkranken

(Kurz-)Urlaube oder Ausflüge ausschließlich für Demenzkranke und Angehörige von Demenzkranken, die beispielsweise von der Kreisstadt und den übrigen kreisangehörigen Kommunen organisiert/angeboten werden könnten, würden der Zielgruppe zeigen, dass sie mit der Krankheit nicht alleine sind, sie trotz Krankheit zusammen Urlaub machen können, sich über das Leben mit der Krankheit und über die Pflege mit anderen Teilnehmerinnen/Teilnehmern austauschen können, sie die sozialen Kontakte stärken können, Freude verspüren, etc.

Flächendeckendes Gesamtnetzwerk „Demenz“ im Rhein-Erft-Kreis

Ein flächendeckendes Gesamtnetzwerk „Demenz“ ist im Rhein-Erft-Kreis noch nicht etabliert. Verschiedene Institutionen, Ärzte, Unternehmen, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, etc. könnten ein Netzwerk bilden, wodurch die Krankheit Demenz populärer gemacht und gleichzeitig als „normale Krankheit“ empfunden wird. Vorteilhaft wäre die Erleichterung des Zugangs zu Informationen über Demenz, wie z.B. mögliche Wohnformen, Hilfen und Unterstützungen, Angebote, Einrichtungen und Stellen etc., die mit Demenz zu tun haben. Als wichtigstes Kriterium ist zu nennen, dass die Kranken und ihre Angehörigen mit der schweren Last nicht allein gelassen werden.

Den Familienbereich stärken

In anderen Ländern ist es selbstverständlich, dass sich die Kinder um die kranken Eltern oder Großeltern kümmern und sie im eigenen Haus oder in dem der kranken Person betreuen, pflegen, im Haushalt helfen, Einkäufe erledigen, etc. Das Leben mit mehreren Generationen unter einem Dach ist von Solidarität zwischen Jung und Alt und Respekt gegenüber den Älteren geprägt. Um diese traditionelle Lebensform aufrecht zu erhalten bzw. wieder aufzubauen und die pflegebedürftigen Menschen in ihren eigenen vertrauten Wänden weiter leben lassen zu können, ist es notwendig, dass der Familienbereich gestärkt und unterstützt wird.

Hausgemeinschaft für Demenzkranke am Beispiel der Alexianer

vergleiche Kapitel „4.1.4 Wohn-/Haushaltsgemeinschaft“ – Abschnitt „Gute Beispiele außerhalb des Rhein-Erft-Kreises“

Ausgewählte Architektur, Ausstattung und Gestaltung der Pflegeheime für Demenzkranke

Wie unter Kapitel „4.2.4 Das Leben weiter leben“ – Abschnitt „Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes“ am Beispiel des Gerontopsychiatrischen Pflegezentrums in Schmiedeberg bei Dresden bereits dargestellt, spielt Architektur, Ausstattung und Gestaltung der Betreuungseinrichtungen, in denen die Demenzkranken untergebracht sind, eine große Rolle für ihr Wohlbefinden und Verhalten. Einheitliche Standards, die bei Planung und Realisierung von neuen Einrichtungen, Wohnhäusern, etc. zu beachten sind, könnten hilfreich sein.

Silviahemmet – ein Projekt am Malteser Krankenhaus St. Hildegardis in Köln

Königin Silvia von Schweden engagiert sich für Demenzpatienten und gründete 1996 eine Stiftung, die der Öffentlichkeit einen Zugang zur Thematik Demenz ermöglichen und den Angehörigen den Umgang mit den Erkrankten erleichtern soll. Am 17.10.2009 eröffnete sie im Malteser Krankenhaus St. Hildegardis in Köln die erste Demenzstation, welche das Konzept der Silviahemmet-Stiftung (übersetzt: Silvia-Heim) umsetzt.

*Silviahemmet ist ein Projekt für...*¹⁷²

... dementiell erkrankte Patienten

In den besten Händen – zu Hause und im Krankenhaus

- durch Schulungen für Angehörige
- mit speziell ausgebildetem Personal
- in bedarfsgerecht gestalteten Räumlichkeiten

... Angehörige dementiell erkrankter Patienten

In den Silviahemmet-Schulungen wird vermittelt:

- Sicherheit im Umgang mit dem dementiell erkrankten Familienmitglied
- welche Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden können
- wie die häusliche Umgebung angepasst werden kann

... Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Schulungen für unterschiedliche Berufsgruppen, die mit dementiell erkrankten Patienten arbeiten

- Umsetzung des Silviahemmet-Konzeptes im Krankenhaus
- Beratung von Angehörigen
- Silviahemmet-Touch

Popularisation der Demenz

Aufklärung und Verständnis für Demenz schaffen durch Werbung, weitere Angebote, weitere Ideen, etc.; die Demenz publik machen, damit sie als „normale“ Krankheit gesehen wird und Betroffene und Angehörige sich nicht schämen und „verstecken“ brauchen; Demenz populär machen.

¹⁷² http://195.227.11.236/Malteser_Krankenhaus_St_Hildegardis/01.Patienten/01.02.Kliniken_Zentren/Altersmedizin/Plakat_Silviahemmet_9-2009.pdf, abgerufen am 10.12.2009

4.2.9. Nützliche Adressen

Alzheimer Gesellschaft Rhein-Erft-Kreis

Bonnstraße 195a, 50354 Hürth

Mittwoch: 10.00-12.00 Uhr

Tel.: (01 71) 9 38 88 00

Koordinierungsstelle der Landesinitiative Demenz-Service NRW

An der Pauluskirche 3, 50677 Köln

Tel.: (02 21) 93 18 47 27

www.demenz-service-nrw.de

Demenz-Servicezentrum für die Region Köln und das südliche Rheinland

Kölner Straße 64, 51149 Köln

Tel.: (0 22 03) 3 69 11 11 70

demenz-servicezentrum@alexianer-koeln.de

Das Alzheimer-Telefon der Deutschen Alzheimer Gesellschaft

Montag-Donnerstag: 9.00-18.00 Uhr, Freitag: 9.00-15.00 Uhr,

Tel.: (0 18 03) 17 10 17 (0,09 Euro/Minute aus dem dt. Festnetz)¹⁷³

¹⁷³ http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=7, abgerufen am 10.12.2009

4.2.10. Tipps: Vergesslichkeit vorbeugen und fit im Kopf bleiben



Abbildung 106: Ein Licht geht auf

„Wer rastet, der rostet“, sagt das Sprichwort und meint, dass man stets in Bewegung bleiben sollte, sowohl körperlich als auch mental, damit die geistige Leistungsfähigkeit lange Zeit erhalten bleibt. Eine günstige Lebensweise kann das Erkrankungsrisiko an Demenz verringern. Den Schutz vor dem Vergessen bietet gesunde Ernährung, Sport, Denk- und Gedächtnistraining.

Nüsse

Nüsse sind reichhaltig an Vitamin B, was für bessere Konzentration sorgt und enthalten Cholin, einen Baustoff für den Neurotransmitter Acetylcholin. Durch diesen Botenstoff wird der Informationsfluss zwischen den Zellen begünstigt.¹⁷⁴



Abbildung 107: Nüsse

¹⁷⁴ <http://www.machmit-5amtag.de/cms/www.machmit.de/index.php?StoryID=1274>, abgerufen am 09.12.2009



Abbildung 108: Obst und Gemüse

Obst und Gemüse

Paprika, Trauben, Rosinen, Brombeeren, Erdbeeren, Himbeeren, Spinat, Brokkoli, Kiwi, Knoblauch, wirken als Radikalfänger zum Schutz der Gehirnzellen vor schädlichen freien Radikalen.¹⁷⁴

Ginkgo biloba

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) belegt die Wirksamkeit von Ginkgo-Präparaten. Entscheidend ist jedoch die Dosierung. „Ginkgo wirkt selbst bei Menschen, die an Alzheimer erkrankt sind.“¹⁷⁵ Die Einnahme der chinesischen Heilpflanze verbessert das Gedächtnis und wirkt sich „besonders positiv auf die Faktoren „kognitive Leistungsfähigkeit“ und „Aktivitäten des täglichen Lebens“ aus.“¹⁷⁵



Abbildung 109: Ginkgo biloba

Omega 3

Fischöl z.B. enthält wertvolle Omega-3-Fettsäuren, die das Herz-Kreislaufsystem vor Ablagerungen schützen. Lebensmittelchemiker und Pharmakologe Dr. Gunter Eckert

¹⁷⁵ http://www.focus.de/gesundheit/gesundleben/gehirnleistung-ginkgo-verbessert-das-denkvermoegen_aid_347281.html, abgerufen am 09.12.2009

von der Universität Frankfurt fand heraus, „dass mit einem größeren Angebot an „Omega-3-Fettsäuren die Hirnzellen besser arbeiten, mehr Energie haben.“¹⁷⁶

Artischocke und Thymian

Im Rahmen eines EU-Projekts fanden Dr. Gunter Eckert und sein Team Hinweise darauf, dass mediterrane Kost vor Alzheimer und anderen Demenzformen schützen kann.¹⁷⁶ Von vielen Nutzpflanzen aus dem Mittelmeerraum schnitten Artischocke und Thymian am besten ab. Andere Studien haben ebenfalls gezeigt, „dass ältere Menschen, die fünf Jahre lang Mittelmeerkost essen, ein um 40% reduziertes Demenz-Risiko haben.“¹⁷⁶



Abbildung 110: Artischocke

Gehirnjogging und Bewegung

Man kann das Gehirn als einen Muskel sehen, der schrumpft, wenn er nicht trainiert wird. Das Gedächtnis wird gestärkt z.B. durch Zahlen, Namen, Telefonnummern merken, Kopfrechnen, „Eselsbrücken“ bauen, verschiedene Gedächtnisspiele wie Sudoku, Kreuzworträtsel, etc. Auch Bewegung, Sport und Tanzen beugen Vergesslichkeit vor, weil durch bessere Durchblutung mehr Nährstoffe und Sauerstoff zu den „hungrigen“ Gehirnzellen gelangen und sie mit Energie versorgen. Mehr Botenstoffe und Hormone werden gebildet, die das Absterben von Nervenzellen verhindern und neue Verbindungen zwischen den Neuronen ermöglichen. Folge: Nervenzellen können besser und schneller miteinander kommunizieren und Informationen werden schneller aufgenommen.¹⁷⁷

¹⁷⁶ http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=5, abgerufen am 10.12.2009

¹⁷⁷ http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=7, abgerufen am 10.12.2009

Gifte vermeiden

Alkohol, Nikotin, Drogen, etc. schädigen das Gehirn. Wie bereits unter Kapitel „4.2.4 Das Leben weiter leben“ – Abschnitt „Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes“ beschrieben, ist die Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes von Demenzpatienten von enormer Bedeutung. Zahlreiche weitere Informationen zur Wohnraumanpassung nicht nur für Demenzpatienten werden ausführlich im anschließenden Kapitel dargestellt.

4.3. Wohnraumanpassung

4.3.1. Künftige Anforderung an den Wohnungsbau im Rhein-Erft-Kreis – Wohnraumanpassung (Frau Günther)

Das Wohnen ist ein zentraler Baustein für die Lebensqualität. Gerade ältere Menschen halten sich durch steigende Mobilitätseinschränkungen länger in ihren Wohnungen auf.¹⁷⁸ Die meisten älteren Menschen wollen so lange wie möglich selbstständig in einer eigenen Wohnung, möglichst in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben.¹⁷⁹ Diese Aussage bestätigte sich durch die im Rahmen des Projektes durchgeführte Bürgerbefragung am Beispiel der Kreisstadt Bergheim (vergleiche Ausführungen in Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“). Wohnung und unmittelbares Wohnumfeld werden folglich die wichtigsten Lebensräume für den älteren Menschen. Viele Wohnungen sind jedoch baulich nicht seniorengerecht und machen den oftmals gewünschten Verbleib in der eigenen Wohnung unmöglich. So schätzen auch in der Kreisstadt Bergheim rund 54% aller Befragten die eigene Wohnung im Hinblick auf Barrierefreiheit als nicht geeignet ein.

¹⁷⁸ http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/foerderung/Wohnen_im_Alter/index.php abgerufen am 02.12.2009

¹⁷⁹ http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/1_Pflege/wohnen-im-alter/informationen-fuer-planer/planungshinweise/index.php abgerufen am 02.12.2009

Die Wohnraumanpassung begegnet dem meist verbreiteten Wunsch, im Alter einer selbstständigen und unabhängigen Lebensführung in der bisherigen Wohnung nachkommen zu können, da Maßnahmen der Wohnraumanpassung der Verbesserung, des Erhalts und der Wiederherstellung der Selbstständigkeit und Mobilität in der eigenen Wohnung dienen und eine gegebenenfalls nötige, häusliche Pflegesituation erleichtern, indem Hilfe- und Pflegebedarf verringert werden und menschliche Bindungen erhalten bleiben. Der Begriff Wohnraumanpassung kann als „Anpassung der Wohnung an die spezielle Situation des Ratsuchenden unter Berücksichtigung von baulichen, rehabilitativen, therapeutischen und sozialen Aspekten“ definiert werden.¹⁸⁰ Schon aus wirtschaftlichen Gründen sollte jede Wohnungsanpassung ganz individuell auf die jeweilige Einschränkung der Bewohnerin/des Bewohners zugeschnitten sein.¹⁸¹

Bei den Anpassungsmaßnahmen handelt es sich überwiegend um kleine bis mittlere technische und bauliche Maßnahmen, die dazu dienen, die vorhandene Wohnung den veränderten Bedürfnissen eines Menschen anzupassen. Die Wohnraumanpassung führt einerseits zu mehr Komfort, liefert andererseits aber auch mehr Sicherheit. So steht zunächst immer die Beseitigung möglicher Gefahrenquellen, wie beispielsweise rutschiger Böden oder unnötiger Stolperschwellen im Mittelpunkt. Das Spektrum möglicher Anpassungsmaßnahmen, das in Kapitel „4.3.3 Merkmale barrierefreien Wohnraumes – Notwendigkeit & Möglichkeit“ noch näher beleuchtet werden soll, reicht von einfachsten Eingriffen wie z.B. dem Anbringen von Haltegriffen oder rutschsicherer Matten im Bad bis hin zu umfangreicheren Umbauten wie der Verbreiterung von Türen oder dem Einbau eines Treppenlifts.¹⁸² Eine gut angepasste Wohnung bringt letztlich mehr Lebensqualität für alle Beteiligten und kann einen Umzug ins Pflegeheim hinausschieben, oder gar verhindern.¹⁸⁰

Die in Kapitel „2.2.1 Entwicklung im Rhein-Erft-Kreis“ dieser Projektarbeit thematisierte demografische Entwicklung im Rhein-Erft-Kreis wird die Bedeutung der Wohn-

¹⁸⁰ <http://www.wohnraumanpassung.info/> abgerufen am 02.12.2009

¹⁸¹ <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/wissenspool/11planenUNDbauen/11BaulicheAnforderungen/> abgerufen am 02.12.2009

¹⁸² http://www.wohnforumplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=75&Itemid=199 abgerufen am 02.12.2009

raumanpassung und des barrierefreien Bauens weiter steigen lassen. Die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft wird zu einer künftigen Erhöhung der Nachfrage nach barrierefreien Wohnungen beitragen.¹⁸¹ Nicht nur die ältere Generation, sondern Menschen in allen Lebenssituationen und Lebensphasen werden in Zukunft barrierefreien Wohnraum nachfragen, da nicht nur alte Menschen eingeschränkt mobil sind. Über dreißig Prozent aller Menschen haben laut Schätzungen in bestimmten Lebensphasen Mobilitätseinschränkungen, so zum Beispiel Rückenranke, Verletzte, aber auch Familien mit Kleinkindern. Barrierefreies Wohnen bietet allen Haushalten einen höheren Wohnkomfort und kann somit auch als „altengerechtes Wohnen“ bezeichnet werden. Ein Zitat des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen bringt es auf den Punkt:

„Ein in den normalen Bestand integriertes Angebot an barrierefreien Wohnungen ist die Voraussetzung für das Zusammenleben von Jung und Alt, Behinderten und Nicht-behinderten.“¹⁸¹

Barrierefreies bzw. barrierearmes Bauen sollte daher im Wohnungsbau ganz allgemein zum Standard werden. Aus wohnungswirtschaftlicher Sicht sollte Barrierearmut ein Gebot der Zukunft sein – nicht nur bei Neubauvorhaben sondern soweit wie möglich auch bei Sanierungsprojekten.

Das Erfordernis, das Thema Wohnraumanpassung in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen zu rücken und wohnungspolitisch als Herausforderung aktiv anzugehen, verdeutlicht eine aktuelle, repräsentative Befragung von 1.000 Seniorenhaushalten, die das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) im Auftrag des Bundesbauministeriums durchgeführt hat. Die Umfrage ergab, dass in knapp 23% dieser Haushalte Menschen mit Bewegungseinschränkungen leben. Hochgerechnet auf die insgesamt elf Millionen Seniorenhaushalte in Deutschland müssten somit rund zweieinhalb Millionen Wohneinheiten altersgerecht ausgestattet sein. Da aber nur etwa 175.000 dieser Haushalte in Wohnungen leben, die keine Barrieren aufweisen, besteht aktuell eine erhebliche Ver-

sorgungslücke.¹⁸³ Um dieser Versorgungslücke entgegen zu wirken, stellen Bund und Länder Fördermittel für den Neu- und Umbau barrierefreien Wohnraumes bereit. Von den 950 Millionen Euro Fördermitteln des Landes NRW wurden 2009 barrierefreie Mietwohnungen und Wohnheime mit einem Kreditvolumen in Höhe von 350 Millionen Euro zinsgünstig unterstützt.¹⁸⁴

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels werden der Begriff und die konkreten Maßnahmen des Barrierefreien Wohnens sowie die angesprochenen Fördermöglichkeiten näher behandelt, um abschließend Handlungsanregungen für kommunale Entscheidungsträger im Bereich der Wohnraumanpassung zu unterbreiten.

4.3.2. Barrierefreies Wohnen (Herr Lepperhoff)

Das barrierefreie Wohnen rückt immer näher in den Fokus des öffentlichen Bewusstseins. Auch die Mehrheit der Bergheimer Bevölkerung möchte so lange es geht zu Hause in den vertrauten vier Wänden leben, auch wenn z.B. die Mobilität im Alter nachlässt. Allerdings stehen vor allem ältere Menschen dann häufig vor dem Problem, dass die eigene Wohnung nicht mehr den veränderten Bedürfnissen entspricht. Aus diesem Grund entsteht die Notwendigkeit einer entsprechenden altersgerechten baulichen Nachrüstung sowie die Nutzung von technischen Alltagshilfen und gegebenenfalls ambulanten Versorgungsdiensten, um ein Leben im Heim, falls gewünscht, zu vermeiden und der Angst vor Immobilität und Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken. Demnach müsste die Wohnung überwiegend barrierefrei/-arm ausgebaut werden, um den betroffenen Menschen ein aktives Leben in einer bekannten selbstbestimmten Umgebung zu ermöglichen. Hier wäre es natürlich ein enormer Vorteil, wenn die Realisierung von Barrierearmut nicht erst ab der Notwendigkeit realisiert, sondern rechtzeitig als bauliche Prävention in Betracht gezogen wird. Denn nicht nur für ältere Menschen sind Maßnahmen, wie z.B. schwellenlose Wohnungen von Vorteil, auch für

¹⁸³ <http://pflegen-online.de/nachrichten/aktuelles/erhebliche-versorgungsluecken-bei-altersgerechten-wohnangeboten.htm?nlp=pb20091007> abgerufen am 02.12.2009

¹⁸⁴ http://www.mbv.nrw.de/Presse/Pressemitteilungen/Archiv_2009/Wohnungsbau-15-07-2009/index.php abgerufen am 02.12.2009

kleine Kinder und/oder Behinderte bieten sie Schutz vor Verletzungen. Aber auch der Bau einer Rampe zum Eingangsbereich hilft dem älteren Menschen, der in seiner Mobilität eingeschränkt ist, genauso wie dem Rollstuhlfahrer oder einer Frau mit Kinderwagen. Daher bleibt festzuhalten, dass der Abbau von Barrieren von vielen Personengruppen erwünscht und hilfreich für den Alltag ist.

Definition: Barrierefreiheit

Unter barrierefreiem Wohnen ist zu verstehen, dass Wohnflächen so ausgestattet werden, dass sie den besonderen Bedürfnissen von älteren Menschen oder auch von Menschen mit Behinderung angepasst sind. Man unterscheidet zwischen fünf verschiedenen Barrierearten. Dabei handelt es sich um räumliche, horizontale, vertikale, ergonomische und sensorische Barrieren.¹⁸⁵ Es ist z.B. erforderlich, genügend Freiraum in der eigenen Wohnung zu schaffen, damit sich auch jemand mit einer Gehhilfe oder einem Rollstuhl ausreichend bewegen kann. Bei dieser „räumlichen Barriere“ ist zu beachten, dass der Betroffene beim Gehen, Wenden, Drehen und Arbeiten genügend Bewegungsfläche zur Verfügung hat. Daher gehört zur Barrierefreiheit u.a. die Abschaffung von zu kleinen Räumen und Fluren und die Beseitigung von sperrenden Möbeln. Neben den räumlichen gibt es auch die „horizontalen Barrieren“. Diese beeinträchtigen die räumliche Fortbewegung, da sie zu schmale Türen und zu enge Zugangswege aufweisen. Für ältere Menschen, Gehbehinderte und Rollstuhlnutzer sind die „vertikalen Barrieren“ die größten Herausforderungen im Alltag. Diese sind besonders im Zugangsbereich, Raumübergängen oder an Treppen zu finden. Dabei handelt es sich um Höhenunterschiede im Fußbodenbereich, die nur mit großen Mühen oder fremder Hilfe gemeistert werden können. Die „ergonomischen Barrieren“ stehen der uneingeschränkten Nutzung, Bedienbarkeit und Erreichbarkeit von Gegenständen des Alltags entgegen. Beispiele hierfür sind Schalter, Haltegriffe oder Bedienelemente an Türen. Zuletzt folgen die „sensorischen Barrieren“. Diese bieten besonders eine große Gefahr für Blinde oder Sehingeschränkte, Gehörlose oder Höreingeschränkte. Für Personen, die in ihrer Gehfähigkeit eingeschränkt oder erblin-

¹⁸⁵ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 16-17

det sind, ist es wichtig, Stolperfallen, wie Teppichkanten zu vermeiden, da sie auf ihren Tast- und Hörsinn vertrauen. Personen, die in ihrem Hören beeinträchtigt sind, orientieren sich hauptsächlich über das Sehen. Deswegen ist in diesem Fall eine kontrastreiche Gestaltung der Wohnung sowie eine gute Beleuchtung für die Barrierefreiheit unabdingbar. Bei diesen verschiedenen Barrierearten ist es wichtig zu wissen, welcher Personengruppe man angehört. Wenn man z.B. in einem Rollstuhl sitzt, hat die Behebung der vertikalen Barrieren sicherlich Vorrang vor den sensorischen Barrieren.

Das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz (BGG) hat im §4 den Begriff „Barrierefreiheit“ definiert. Demnach sind barrierefrei bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind¹⁸⁶. Diese Definition ist unverbindlich. Das bedeutet, dass die Umsetzung der Gestaltung der Gegenstände oder Lebensräume nicht rechtsfähig ist. Inwieweit diese Definition in der Praxis Anwendung finden muss, richtet sich ausschließlich über die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes zu den verschiedenen Regelungsbereichen sowie über weitere Gesetze und Verordnungen zum Thema. Bei diesen Gesetzen und Verordnungen kann es sich um Gleichstellungsgesetze der Länder oder um Landesbauordnungen mit den dazugehörigen technischen Baubestimmungen handeln. Nur so kann der Begriff „Barrierefreiheit“ materiell- rechtlich sein.

Für das Land Nordrhein-Westfalen beziehen sich der §39 und §49 BauO NRW auf die Verpflichtung zum barrierefreien Bauen. §39 hat die Rechtsfolge des Aufzugs zur Rechtsfolge. Demnach müssen Gebäude mit mehr als fünf obererdischen Geschossen Aufzüge in ausreichender Zahl haben (das oberste Geschoss ist nicht zu berücksichtigen, wenn seine Nutzung keinen Aufzug erfordert bzw. durch den nachträglichen Ausbau des Dachgeschosses Wohnungen geschaffen werden). Mindestens ein Aufzug muss zur Aufnahme von Kinderwagen, Rollstühlen, Krankentragen und Lasten geeig-

¹⁸⁶ vgl.: §4 BGG (Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz)

net (110 x 210cm, ausreichende Bewegungsfläche vor den Fahrschachttüren) und stufenlos erreichbar sein¹⁸⁷.

Gemäß §49 müssen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei zu erreichen sein, wenn ein Gebäude mehr als zwei Wohnungen aufweist. In diesen Fällen müssen die Wohn- und Schlafräume, die Toilette, die Küche bzw. Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Allerdings sind hier Ausnahmen möglich, wenn die Anforderungen aufgrund schwieriger Geländeverhältnisse, wegen Einbaus eines sonst nicht erforderlichen Aufzugs, oder wegen ungünstiger vorhandener Bebauung nur mit einem unverhältnismäßigen Mehraufwand erfüllt werden können¹⁸⁸. Soweit zu den Vorschriften der Landesbauordnungen, die verbindlich angewendet werden müssen.

In einem anderen, schwächeren Licht stehen die DIN-Normen. Hierbei handelt es sich um technische Richtlinien, die vom Deutschen Institut für Normung e.V. festgelegt werden und sind demnach nicht rechtskräftig¹⁸⁹. Diesen Status erreichen sie erst, wenn sie rechtsverbindlich in die jeweilige Landesbauordnung mit einfließen oder zwischen Architekt und Bauherr Vertragsvereinbarungen bezüglich der DIN-Normen bestehen. Für das Land Nordrhein-Westfalen gibt es diese technischen Baubestimmungen jedoch nicht. DIN 18025 beschäftigt sich mit dem barrierefreien Wohnen. Teil 1 der DIN 18025 zeigt Empfehlungen für den rollstuhlgerechten Umgang im privaten Wohnbereich auf. Dabei geht es um die Anforderungen an die Gestaltung von Wohnungen speziell für schwerbehinderte Menschen¹⁸⁹. Der zweite Teil handelt über die baulichen Anforderungen für das *barrierefreie* Wohnen für *behinderte* und *ältere Menschen*.

Die Hauptanforderungen der DIN 18025, Teil 2, bestehen darin, u.a. Stufen und Schwellen in der eigenen Wohnung zu vermeiden. Das heißt, dass ein stufenloser Hauseingang, ein stufenloser Zugang zur Wohnebene, eine bodengleiche Dusche sowie keine Türschwellen für die optimale Wohnraumanpassung gewährleistet werden

¹⁸⁷ vgl.: BauO NRW §39

¹⁸⁸ vgl.: BauO NRW §49

¹⁸⁹ <http://www.wohnen.de/Barrierefreies-Wohnen.html/>, abgerufen am 15.11.2009

müssen. Des Weiteren sollen ausreichende Bewegungsflächen sichergestellt werden. Vor Möbeln oder neben dem Waschbecken müssen Mindest-Bewegungsflächen in der Wohnung von mindestens 90cm gegeben sein. Vor dem Bett und zwischen den Wänden müssen Standard-Bewegungsflächen in der Wohnung mit mindestens 1,20 x 1,20m realisiert werden. Die Standard-Bewegungsflächen außerhalb der Wohnung (z.B. vor Treppen oder Aufzügen) werden mit 1,50 x 1,50m bemessen. Die Türbreite muss ausreichend Platz geben, damit diese z.B. auch mit Hilfe einer Gehhilfe problemlos durchquert werden kann. Deshalb spricht die DIN 18025, Teil 2, von einer Mindesttürenbreite innerhalb der Wohnung von 80cm und außerhalb von 90cm. Die Höhenbegrenzung ist ebenfalls festgeschrieben. Demnach müssen Bedienungselemente, wie z.B. Lichtschalter, Türgriffe oder Handläufe in einer Höhe von 85cm angebracht werden und Balkonbrüstungen die Höhe von maximal 60cm nicht übersteigen. Teil 1 der DIN 18025 handelt, wie schon erwähnt, über die Anforderungen an rollstuhlgerechtes Wohnen. Daher gehen die Empfehlungen in Teilen noch über die oben genannten Empfehlungen hinaus. Einige Unterschiede sind u.a., dass die Türenbreite auch innerhalb der Wohnung 90cm aufweisen muss. Auch die Bewegungsfläche in der Wohnung muss für das rollstuhlgerechte Wohnen von 1,20 x 1,20m auf 1,50 x 1,50m angehoben werden. In der Küche muss der Herd, die Arbeitsplatte und die Spüle uneingeschränkt unterfahrbar sein, damit man hier selbstständig arbeiten kann. Allerdings sollte nochmals erwähnt werden, dass diese Anforderungen nicht rechtskräftig, jedoch für eine barrierefreie Umgestaltung der Wohnung notwendig sind. Zusammen mit der DIN 18024 (barrierefreies Bauen) sollte die DIN 18025 zur DIN 18030 zusammengefasst werden. Hierdurch sollte eine höhere Akzeptanz bei der Bauplanung erzielt werden. Allerdings wurde diese Idee nach fast 10 Jahren aufgrund der Unüberschaubarkeit und der großen Anzahl von Anforderungen, die auf ungesicherten Annahmen beruhen, durch zahlreiche Einsprüche wie z.B. vom Deutschen Städtetag oder der Bundesarchitektenkammer, abgelehnt.

Menschen mit sensorischen Einschränkungen wie Sehen, Hören und Fühlen werden in diesen beiden DIN-Vorschriften weniger berücksichtigt, hierfür gibt es spezielle Nor-

men, die hier nur kurz aufgezählt werden sollen.¹⁹⁰ DIN 18041 beschäftigt sich mit der Hörsamkeit, DIN 1450 mit der Leserlichkeit, DIN 32975 mit den optischen Kontrasten und EN 81-70 befasst sich mit dem barrierefreien Bauen eines Aufzugs.

Allerdings verlieren die Gesetze und Normen kein Wort über die psychischen Barrieren. Dabei handelt es sich um Blockaden, Ängste, die sich im Kopf eines Menschen abspielen. Daher ist es notwendig, Vorurteile gegen Seniorinnen und Senioren sowie gegen behinderte Menschen abzubauen und Sicherheit und Toleranz in der Gesellschaft aufzubauen. Die Persönlichkeit der Betroffenen müssen respektiert und die Fähigkeiten anerkannt werden, damit auch in diesem Punkt eine bessere Lebensqualität gewährleistet und dadurch ein längeres und selbstbestimmtes Leben in der gewünschten Wohnumgebung sichergestellt ist. Wichtig ist, soziale Beziehungen so lange wie möglich zu erhalten. Insgesamt beschreibt Barrierefreiheit das Ziel, Produkte und Wohnbereiche so herzurichten, dass sie von jedem Menschen – unabhängig seines Alters oder körperlichen Verfassung – ohne Hindernisse, also universell, nutzbar sind.

Begriffsabgrenzung zu Barrierearmut und Behindertengerechtigkeit

Auch das „barrierearme Wohnen“ sieht u.a. mehr Platz in Küche und Bad, die Vermeidung von Türschwellen und Stufen oder besser zugängliche Steckdosen vor, damit man sich weiterhin ganz sicher und ohne Hindernisse in der eigenen Wohnung bewegen kann. Der Begriff des „barrierearmen Wohnens“ lässt sich definieren als Bündel an Maßnahmen zur Barrierereduzierung im Bestand zur Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit von Wohnungen. Im Gegensatz zum „barrierefreien Wohnen“ verlangt das „barrierearme Wohnen“ keine vollständige Beseitigung aller Barrieren in der Wohnung nach der DIN 18025. Ziel ist eine mögliche Reduzierung von Nutzungs- und Teilhabebarrieren mit Hilfe kleiner, kostengünstiger Maßnahmen. Ein Zusammenhang besteht darin, dass die Reduzierung von Barrieren nicht zwingend nur auf ältere Menschen fokussiert werden soll, sondern die Wohnraumanpassung auch für andere Personengruppen hilfreich sein könnte. So haben kleinere Kinder genauso viel

¹⁹⁰ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 13

Sicherheit in ihrer Mobilität wie Gehbehinderte, wenn Türschwellen und andere Stolperfallen vermieden werden. Des Weiteren ist ein „barrierefreies Wohnen“ kaum realisierbar, wenn ältere Menschen, verständlicherweise, in ihrer vertrauten Wohnung bzw. ihrem angestammten Wohnviertel bleiben möchten. Wird situationsbedingt barrierearmer Umbau realisiert, bleibt den Seniorinnen und Senioren ein Umzug erspart und sie müssen ihre sozialen Kontakte und ihr gewohntes Umfeld nicht verlassen. Außerdem besteht oft ein finanzielles und/oder architektonisches Problem die eigene Wohnung barrierefrei zu gestalten, so dass eine „barrierearme Umgestaltung“ meist die einzige Lösung für die Seniorinnen und Senioren ist, um deren Alltag erheblich zu erleichtern. Bezüglich einer denkbaren Förderung wird auf Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ – Abschnitt „Wohnungsbauförderung bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand“ verwiesen.

Ein weiterer Verwandter der „Barrierefreiheit“ ist die „Behindertengerechtigkeit“. Menschen mit Behinderung können häufig nur dann ein selbstbestimmtes Leben führen und am Leben in der Gemeinschaft und am Arbeitsleben teilhaben, wenn sie über eine behindertengerechte Wohnung verfügen. In diesen Fällen spricht man von „Spezialwohnungen“. Grund dafür ist die von Beginn an kompromisslos und konsequent verfolgte Zuschneidung der Wohnung auf die besonderen Bedürfnisse ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Die Umgestaltung von Wohnraum für Menschen mit einer Behinderung bedarf der sorgfältigen Planung.¹⁹¹ Die Art der Behinderung oder der Einschränkung muss dabei besondere Berücksichtigung finden. Bauliche Gegebenheiten können dabei für Hör-/Sehbehinderte, geistige Behinderte und für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen unterschiedliche Barrierearten darstellen. Daher ist es wichtig, dass sich der Abbau der Barrieren in der eigenen Wohnung auf die individuellen Bedürfnisse bezieht. Wenn jemand z.B. in seiner Motorik eingeschränkt ist, sollten vertikale, horizontale und räumliche Barrieren vermieden werden. Vor einer Umbauplanung zur behindertengerechten Wohnung ist gezielt darauf zu achten, dass durch

¹⁹¹ <http://www.familienratgeber.de/jugendliche-erwachsene/wohnen/behindertengerechte-umgestaltung.php/> abgerufen am 18.11.2009

Hilfsmaßnahmen nicht gleichzeitig Barrieren für andere entstehen. Beispiel: Bodenerhebungen dienen sehbehinderten Menschen bei der Orientierung, jedoch für Gehbehinderte können sie eine zusätzliche Barriere darstellen. Auch die im Kapitel „4.3.2 Barrierefreies Wohnen (Herr Lepperhoff)“ – Abschnitt „Definition: Barrierefreiheit“ genannten DIN-Normen sollten beim behindertengerechten Wohnen in Betracht gezogen werden.

4.3.3. Merkmale barrierefreien Wohnraumes – Notwendigkeit & Möglichkeit

Im nachfolgenden sollen die Notwendigkeiten und Möglichkeiten für die einzelnen Wohnbereiche aufgezählt werden. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass es sich um Umbaumaßnahmen im Bestand und nicht um Neubauten handelt. Im Falle eines „barrierefreien Neubaus“ entstehen Mehrkosten von nur ungefähren 2% der Bausumme, wohingegen das vollständige „barrierefreie Umbauen“ baulich und finanziell kaum zu realisieren ist. Die finanzielle Situation kann also kaum den Ausschlag für einen „barrierefreien Neubau“ geben, sondern vielmehr der geistige Aufwand in Planung, Entscheidung und Umsetzung. Was man früher vielleicht beim Neubau verpasst hat, wird nun aufgrund von Behinderung oder zunehmenden Alters unabdingbar und leider erheblich teurer. Deshalb macht sich ein vorausschauendes Planen und Bauen mittel- und langfristig bezahlt.¹⁹²

Aus dieser verpassten Chance bleibt nur noch die Möglichkeit, die eigene Wohnung möglichst „barrierearm“ umzubauen, um den Verbleib in der geliebten Umgebung zu sichern, denn jeder einzelne Abbau einer Barriere steigert die Sicherheit und den Komfort in der Wohnung für jedermann.

Einleitung – Wie kann ich auch im Alter sicher und bequem zu Hause wohnen?

Um ein weitreichendes Leben im gewohnten Wohnumfeld selbstständig und sicher, auch bei Auftreten von Hilfe- und Pflegebedarf oder bei Vorliegen einer Behinderung,

¹⁹² vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen: Bauen. Wohnen. Leben. Barrierefrei! Du bist das Maß aller Dinge!, S. 21

zu führen, sind Umbaumaßnahmen notwendig. Die Art und Weise des Umbaus hängen dabei von den individuellen Einschränkungen des/der Betroffenen ab. Je nach Bedarf können kleine Veränderungsmaßnahmen bis hin zu umfangreichen baulichen Änderungen notwendig werden. Nun sollen die einzelnen Wohnbereiche genauer betrachtet werden.

Eingangsbereich

Der Eingangsbereich signalisiert die Ankunft zum vertrauten Heim. Daher ist es notwendig, dass sich Bewohner und Besucher hier sicher und geborgen fühlen und den Zugang zum Gebäude ohne fremde Hilfe problemlos überwältigen können, egal ob sie gehbehindert, Kinderwagen schiebend oder selbst noch ein Kind sind. Für viele Seniorinnen und Senioren ist der Eingangsbereich auch der Ort, wo Gespräche mit Bekannten und Verwandten ausklingen und das Leben in der Wohnung wieder beginnt. Deshalb ist es wichtig, einen möglichst stufenlosen Zugang ohne wesentlichen Mehraufwand herzustellen. Dies vermittelt einen freundlichen, einladenden Eindruck vom Wohnbereich. Von einem schwerüberwindbaren Nebeneingang ist abzuraten, da dies ein Gefühl von Ausgrenzung, Isolation und Unerwünschtheit vermittelt.¹⁹³ Wenn der Eingangsbereich nicht ebenerdig erreichbar ist, also Treppenstufen vorhanden sind, sollte eine Rampe den Zugang sichern, sofern der Höhenunterschied 1,20m nicht überschreitet, da die Rampe sonst zu lang und sperrig sein könnte. Bei der Anbringung einer Rampe muss jedoch auf einiges geachtet werden. So darf das Gefälle nicht mehr als 6% überschreiten und es darf kein Quergefälle entstehen. Auch hinsichtlich der Wahl der Oberfläche muss Klarheit bestehen. Die Rampe muss bei jeden Witterungsbedingungen rutschsicher und befahrbar sein. Nicht nur für Rollstuhlfahrer erzeugt die Rampe ein Gefühl von Sicherheit, sondern auch für Menschen mit Gehhilfe oder Personen mit einem Kinderwagen. Daher müssen beidseitig Handläufe angebracht werden. Auch bei den Handläufen ist das Format zu beachten. Es bietet sich ein rutschsicheres Material mit einem guten Zugriff an, wo die Stangen am besten eine rundliche oder ovale Form mit einem Durchmesser von 30 bis 40mm aufzeigen. Diese Form

¹⁹³ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen: Wohnen ohne Barriere- Komfort für alle, S. 13

erscheint am vernünftigsten, da sie einen guten und sicheren Halt geben. Die Handläufe sollten nach der DIN 18025, Teil 1, in einer Höhe von 85cm angebracht werden, damit möglichst alle Personengruppen diese ohne große Mühe benutzen können. Um für einen sicheren Stand nach dem Überqueren der Rampe zu sorgen, müssen die Handläufe jeweils 30cm über An- und Austritt weitergeführt werden. Damit eine Kollision auf der Rampe ausgeschlossen ist, sollte der eine Handlauf zum anderen eine Breite von mindestens 130cm aufweisen. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass für längere Rampen nach mindestens 6m ein Zwischenpodest vorgesehen wird. Denn auch wenn eine Rampe einen leichteren und sichereren Zugang als eine Treppe darstellt, ist das Überqueren für mobilitätseingeschränkte Personen ein unfassbarer Kraftaufwand. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sind dankbar, wenn die Rampe eine Gelegenheit bietet sich zu erholen und auszuruhen. Die Fläche für das Zwischenpodest sollte 2,25m² betragen. Falls ein Podest vor einer Eingangstür liegt, die nach außen zu öffnen ist, sollte diese Fläche auf 300 x 150cm erweitert werden. Wenn aus baulichen oder finanziellen Gründen die Anbringung einer Rampe nicht möglich ist, gibt es hierfür weitere Alternativen. Bei größeren Höhenunterschieden kann ein Plattformlift in Erwägung gezogen werden, bei dem der Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer sich auf ein Podest begibt und so sicher bis zur Eingangstür hoch geliftet wird und die Stufen vermeidet.¹⁹⁴ Bei dieser Anschaffung müssen natürlich auch die Sicherheitsvorkehrungen erfüllt sein, wie z.B. Haltestangen, Gitter und rutschfester Bodenbelag. Wenn es sich um wenige Treppenstufen vor der Eingangstür handelt, kommt auch eine transportable Rampe in Betracht. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass das Holen, Aufstellen und Befahren/Begehen der Rampe kaum allein bewältigt werden kann. Deshalb erfordert diese Lösung meist eine Hilfsperson.

Die Eingangstür sollte eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 90cm, besser noch breiter, und eine Höhe von 210 bis 220cm aufweisen. Bodenschwellen sollten möglichst beseitigt werden, um die erste gefährliche Stolpergefahr auszuschließen. Es wird empfohlen, die Farbe der Türrahmen kontrastreich zur Wand zu wählen. Dadurch

¹⁹⁴ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 47

wird ein besseres Orientierungsgefühl geschaffen. Zur besseren Orientierung dient Sehbehinderten/-eingeschränkten ebenfalls die Hervorhebung des Türrahmens. Alle schwergängigen Türen sollten vermieden werden. Um es einem Rollstuhlfahrer oder einer Person mit einer Gehbehinderung zu erleichtern, ist eine automatisch öffnende Tür von großem Vorteil. Entsprechende Schalter sollten kontrastreich 2,5m vor der aufschlagenden Tür zum Öffnen und auf der Gegenseite 1,5m vor der Tür installiert werden. Zur Sicherheit, damit nicht jeder von außen die Tür öffnen kann, ist der Schalter in Verbindung mit dem Schlüssel zu betätigen. Ein weiterer wichtiger Punkt für die Automatiktüren ist das Zeitintervall in Verbindung mit der Lichtschranke. Insbesondere für gehbehinderte Menschen und Rollstuhlfahrer ist ein längeres Zeitintervall notwendig. Um einen Unfall zu vermeiden, bietet die erforderliche Lichtschranke den letzten Schutz, damit die Tür nicht unerwartet und plötzlich zugeschlagen wird. Die Türgriffe sind in einer Höhe von 85cm und in einer Kontrastfarbe zum Hintergrund anzubringen.¹⁹⁵ Fußmatten vor der Haustür sollten berollbar, rutschfest und gehhilfengerecht sein. Wenn sich Abstreifrost vor dem Eingang befinden, ist darauf zu achten, dass die Gitter möglichst wenig Freiraum für Stolperfallen bieten, damit sich z.B. kein Gehstock im Gitter verfangen kann.

Neben einer leichtgängigen macht auch eine wettergeschützte Haustür den Zutritt mit Gehhilfe oder Gepäck einfacher. Ein überdachter Zugangsbereich ist daher hilfreich. Für Einfamilienhäuser bietet sich eine windgeschützte Überdachung an. Hier können auch Sitzbänke und Tische aufgestellt werden, die zum Verweilen vor dem Haus mit Freunden einladen oder als Abstellmöglichkeiten der Einkaufstaschen genutzt werden können. Bei größeren Wohnungseinheiten bietet sich eine Laubengangerschließung an. Dabei kann eine größere Anzahl von Wohnungen barrierefrei miteinander verbunden werden. Witterungsschutz und eine erhöhte Aufenthaltsqualität gewährleistet eine Verglasung über dem obersten Laubengang. Um die Belichtung der unteren Laubengänge nicht zu sehr einzuschränken, können Teile der Böden durchsichtig, z.B. in Form eines Gitterroststreifens zwischen Laubengang und Fassade gestaltet werden. Zu den Sicherheitsvorkehrungen sind die Maßnahmen für den Rampenbau zu vergleichen.

¹⁹⁵ vgl.: Kreisstadt Bergheim: Bauen für Alle barrierefrei, S. 16

Allerdings empfiehlt sich eine breitere Erschließung, da so auch Bänke ihren Platz finden, um „ein Mittagsschwätzchen“ mit den Nachbarn zu halten und auch gegebenenfalls zwei Rollstühle nebeneinander sicher fahren können. Der Wohnkomfort steigt mit dem Aufstellen schöner Pflanzen und einer freundlichen Farbgebung, so dass wertvoller Aufenthalts-/Freizeitraum, in einer Art von Wintergartenatmosphäre, erzeugt werden kann.¹⁹⁶

Der Zugang zur Wohnung sollte gut beleuchtet sein. Im Idealfall durch einen Bewegungsmelder, der den gesamten Bereich, wie Rampe, Handläufe, Treppe, Eingangstür, Briefkasten, Klingel, Namensschild und Hausnummer von allen Seiten ausreichend beleuchtet. Das Zeitintervall des Bewegungsmelders sollte großzügig eingestellt werden.

Die Hausnummer gibt Orientierung, nicht nur für den Wohnungsinhaber, sondern auch für Fremde oder den Notarzt, der bei Bedarf schnell das richtige Haus finden muss. Daher sollte die Hausnummer direkt ins Auge fallen. Realisierbar ist dies mit einer großen, gut beleuchteten Hausnummer, die von der Ferne schon gut erkennbar sein sollte.

Hörgeschädigte haben verständlicherweise Schwierigkeiten im Falle herkömmlicher Tonklingeln. Sie können sich auf diese Signale nicht berufen. Erforderlich sind sichtbare Signale, um den Besuchern das Eintreten zu ermöglichen. Eine Lichtsignalanlage bietet diese Notwendigkeit. Sie besteht aus einem Sender und einer Blitzlampe. Der Sender benötigt Stromkontakt über eine Steckdose in Nähe der Klingel. Wird die Klingel betätigt, blitzt die Signallampe in der Wohnung gut sichtbar auf, sodass dem Höreingeschränkten die Information zu Teil wird. Alternativ kann das Klingeln mit Hilfe von Vibrationen weitergeleitet werden. Zur Orientierung muss jedoch das Zwei-Sinne-Prinzip bei Menschen mit einer Beeinträchtigung der Sinnesorgane sichergestellt werden. Hierbei werden zwei einander ergänzende Sinne berührt. Für einen Sehbehinderten müssen daher zusätzliche Signale akustisch oder taktil übermittelt werden.

¹⁹⁶ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen: Wohnen ohne Barriere- Komfort für alle, S. 15

Bei Mehrfamilienhäusern oder großen Geschosswohnungsbauten können Barrieren im Eingangsbereich, speziell für Sehbehinderte, entfernt werden. Randbereiche von Rampen-/austritten sollten mit guter Beleuchtung und erkennbaren taktilen Unterschieden, wie kontrastreichen Farbwechseln, gekennzeichnet werden. Die Oberfläche der Wege zur Wohnung muss eben und zu jeder Witterungszeit sicher zu begehen sein. Eine erleichterte Orientierungshilfe für Menschen mit Seheinschränkungen bieten die baulich geplanten Richtungsänderungen von Wegeführungen, die einen bestimmten Winkel aufweisen, um zur Wohnung zu gelangen. Mit Hilfe des Blindenstocks wird ertastet, ob man sich noch auf dem gewünschten Weg befindet. Es werden Winkel mit den Gradzahlen 45°, 60°, 90°, 120° und 135° bevorzugt, um die Richtungsänderung durchzuführen.¹⁹⁷



Abbildung 111: Ein Zugang ohne Treppe zur Wohnung erschreckt keinen Rollstuhlfahrer

¹⁹⁷ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 48-49

Hausflur/Treppenhaus

Treppenstufen sind besonders für ältere und gehbehinderte Menschen ein echtes Hindernis. Perfekt wäre, wenn nach Überqueren der Eingangstür der direkte Wohnbereich beginnen würde. Bei dieser Wunschkonstellation stellt sich die Frage nach der „sicheren Treppe“ gar nicht. Hier liegt das Augenmerk eher auf dem Übergang zwischen Eingangstür und Wohnbereich. Eine Faustregel der „Barrierefreiheit“ ist die Vermeidung von Stolperfallen. Daher sind Türschwellen grundsätzlich zu vermeiden. Wenn aus technischen Gründen die Behebung nicht erfolgen kann, sollte die Höhe höchstens 2cm aufweisen und das Hindernis gut zu überrollen sein. Eine Orientierungshilfe bietet hierfür auch ein Wechsel der Bodenoberfläche.

Allerdings finden die meisten Menschen in ihrem Wohnumfeld Treppenhäuser oder Hausflure vor. Speziell hierfür vorgesehene Abstellflächen für Rollstühle, Gehhilfen oder Kinderwagen sollten im Hausflur von Mehrfamilienhäusern vor den Wohnungseingängen vorhanden sein. Grundsätzlich ist von einer gewendelten Treppe abzuraten. Unterschneidungen an den Stufen sollten ebenfalls vermieden bzw. beseitigt werden, da aufgrund des Herausragens der oberen Stufe das Stolperrisiko groß ist. Deswegen sind Treppen mit geraden Läufen und mit möglichst kurzen Lauflängen zu bevorzugen. Da die Treppen im Innenbereich der Wohnungsbauten, im Gegensatz zur Eingangsrampe, länger sind, müssen die oben genannten Sicherheitsvorkehrungen natürlich auch hier in ähnlicher Form Anwendung finden. Die einzelne Stufenbreite muss mindestens 135cm betragen. Die Treppenstufen müssen kontrastreich markiert und mit einem rutschfesten und straffen Bodenbelag ausgestattet sein. Ebenso wie bei der Rampe ist ein Zwischenpodest von mindestens 135cm Tiefe nach höchstens 15 Stufen notwendig. Eine Sitzgelegenheit zur Erholung auf diesem Podest wäre zu begrüßen. Für die beidseitigen Handläufe im Treppenhaus werden die Maße der Rampe herangezogen. Allerdings sollte darauf geachtet werden, die Handlaufstangen nach unten hin zu befestigen, damit ein Umgreifen während des Aufstiegs der Treppe vermieden werden kann. Zusätzliche taktile Hinweise an den Handlaufstangen helfen sehbehinderten Menschen bei der Orientierung, wann z.B. eine Treppe beginnt oder endet oder in welchem Stockwerk sich die betreffende Person befindet. So können z.B. drei Kerben

den dritten Stock signalisieren.¹⁹⁸ Ausreichend belichtete Treppenhäuser heben die Stufen klar voneinander ab und geben seheingeschränkten Menschen ausreichend Sicherheit, die Treppe zu benutzen. Die Zeitschaltung für das Treppenlichtintervall sollte so eingestellt sein, das ältere Menschen sicher auch in oberste Geschosse gelangen können. Insgesamt sollte das gesamte Treppenhaus über viele kontrasthervorgehobene Lichtschalter verfügen, insbesondere neben den Wohnungstüren, denn eine gute Beleuchtung und Beleuchtung des Treppenhauses sorgt für mehr Sicherheit. Sofern die Beleuchtung nachts ausfällt, aber auch schon in der Dämmerung, sind Treppen ein besonders gefährlicher Verkehrsweg. Heutzutage gibt es Treppenprofile, die durch eine strapazierfähige, nachleuchtende Sicherheitseinlage auch im Dunkeln die Stufen sichtbar machen und so die Überwindung erleichtern.¹⁹⁹

Zur besseren Orientierung sollten Treppenhäuser von mehrgeschossigen Wohnbauten Objekte durch Kontrast, Farbe, Helligkeit und Form sichtbar machen. Schlagschatten sollten durch ein gutes Lichtbündel vermieden werden. Eine kontrastreiche Farb-/Materialgestaltung unterstützt die visuelle Wahrnehmung von räumlichen Gegebenheiten. Stufenkanten sollten durch breite rutschfeste Markierungen unterstrichen werden. Allerdings soll die Kontrastgestaltung dabei nicht vergessen werden. Sind z.B. rote Teppichböden verlegt, wäre eine Farbwahl, die sich vom roten Teppichboden gut unterscheidet, für die Stufenmarkierungen angebracht. Farben wie gelb, weiß oder schwarz kämen hier in Betracht.²⁰⁰ Diese leichten, kostengünstigen Umbauten, wie die Kontrastgestaltung, sind für Menschen mit Sehbehinderung für ein selbstständiges Leben unerlässlich. Objekte werden durch Kontrast, Helligkeit, Farbe und Form besonders hervorgehoben und dienen so der Orientierung dieser Personengruppe. Kontraste dienen der Unterscheidung von visuellen Objekten. Daher ist es wichtig, Farben zu verwenden, die sich im Vorder- und Hintergrund nicht nur in der Farbe, sondern auch in der Leuchtdichte voneinander unterscheiden. In vielen Gebäuden wird die

¹⁹⁸ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 44-45

¹⁹⁹ http://www.wohnformplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=195&limit=1&limitstart=1/, abgerufen am 28.11.2009

²⁰⁰ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 43

Übermittlung wichtiger Information durch eine bestimmte Farbkombination hervorgehoben. Dies gilt z.B. für Notausgangsschilder, wo weiß auf grün verwendet wird. Um Barrieren im Bestand abzubauen, sollten alle Elemente, die für Informationen, Entscheidungen und Wegeleitung dienlich sind, mit möglichst hohen Kontrasten ausgeführt werden.²⁰¹ Nur so kann ein Treppenhaus sicher und bequem gestaltet werden und trägt so zur Erhaltung der Selbstständigkeit bei.

Manchmal bleibt die Treppe aber dennoch der größte Gegner und die jeweilige Person ist gezwungen, einen anderen sicheren Weg nach oben/unten zu nehmen. Für kurze, enge oder Wendeltreppen würde ein Treppensteiger eine Alternative bieten. Allerdings ist man hierbei auf eine Hilfsperson angewiesen, die einen in Schräglage mit Hilfe der Rückengriffe auf die nächste Stufe heben kann. Eine weitere Option besteht im Einbau eines Treppenlifts. Diesen gibt es in verschiedenen Modellen und ist für jede Treppenart anwendbar. Grundvoraussetzung ist jedoch eine ausreichend breite Treppe, damit der zum Teil umfangreiche Bau des Liftes an der Wand oder an der Innenseite der Treppe gewährleistet werden kann.

Sollte ein Wohnungsbau mehrere Geschosse aufweisen, wäre eine Investition in einen Aufzug vorteilhaft. Ab einer Geschosshöhe von 5 Etagen wird für das Land Nordrhein-Westfalen ein Aufzug gefordert. Nicht nur für gehbehinderte Menschen ist dies eine Komfortsteigerung sondern auch für jeden, der schweres Gepäck zu tragen oder eine Verletzung auszukurieren hat, ist ein Aufzug ein großer Vorteil. Es sollte ausreichende Bewegungsfläche vor dem Aufzug vorhanden sein, denn so wird das Ein- und Aussteigen erleichtert. Die Fläche sollte mindestens 1,5 x 1,5m und bei gegenüberliegenden Treppen 1,5 x 2,5m betragen. Die Bedienungselemente außerhalb des Aufzugs müssen beleuchtet und auch für Sehbehinderte kenntlich gemacht werden. Die Breite der Aufzugstür beträgt mindestens 90cm. Die konstruktiv notwendige Fuge zwischen der Aufzugskabine und der Geschossdecke stellt, besonders für ältere Menschen mit einer Gehhilfe, ein Hindernis dar. Deshalb gilt es, die Aufzugsausmaße so gering wie

²⁰¹ vgl.: Kreisstadt Bergheim: Bauen für Alle barrierefrei, S. 52

möglich zu halten.²⁰² Eine Lichtschanke sorgt für zusätzliche Sicherheit beim Ein- und Aussteigen. Dabei kommt der Höhe der Lichtschanke ein besonderer Stellenwert zu. Die Speichen eines Rollstuhls werden von manchen Lichtschanken nicht erfasst und so sind Unfälle vorprogrammiert. Um diesem Problem vorzubeugen eignet sich die Höhe der Anbringung von 50cm. Die Aufzugskabine sollte so groß wie baulich möglich sein, damit auch Liegendtransporte bei Bedarf möglich sind. Die Fläche von 110 x 140cm sollte jedoch nicht unterschritten werden. Ein sicherer Gang in die Kabine und die Fahrt wird durch einen Handlauf in 85cm Höhe gewährleistet. Älteren Menschen wird eine kurze Pause durch einen Klappsitz in der Kabine ermöglicht, welcher den Komfort steigert. Ein Spiegel gegenüber der Aufzugstür ermöglicht einem Rollstuhlfahrer, der mit dem Rücken zum Ausgang zeigt, ein leichteres Aussteigen. Der Spiegel sollte die ganze Wandbreite ausfüllen, um die größtmögliche Orientierung sicherzustellen. Die Aufzugstastatur sollte in 85cm Höhe und die Tasten taktil, kontrastreich und leichtgängig gestaltet sein. Die Schriftgröße der 5 x 5cm großen Tasten sollte großzügig mit 25mm bemessen sein. Auch hier sollte auf Vorkehrungen für Sehbehinderte großen Wert gelegt werden, indem die Tasten etwas von der Wandfläche hervorgehoben und mit der Blindenschrift kenntlich gemacht sind. Die Stockwerkangabe sollte optisch gut zu lesen sein und bei größeren Wohnbauten zusätzlich mit einer akustischen Stockwerkansage ergänzt werden, damit auch hier Sehbehinderte Berücksichtigung finden. Jeder Aufzug sollte über ein Alarmsystem mit Kamera verfügen. Der Meldeknopf muss taktil und visuell gut auffindbar sein. Die Notrufgegensprechanlage sollte mit einer Leuchtanzeige ausgestattet sein, damit die Hörbereitschaft sichtbar angezeigt werden kann. Falls keine Gegensprechanlage vorhanden ist, sollte ein akustisches Signal den Sehbehinderten Aufschluss über die gegenwärtige Situation geben.

²⁰² vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 46

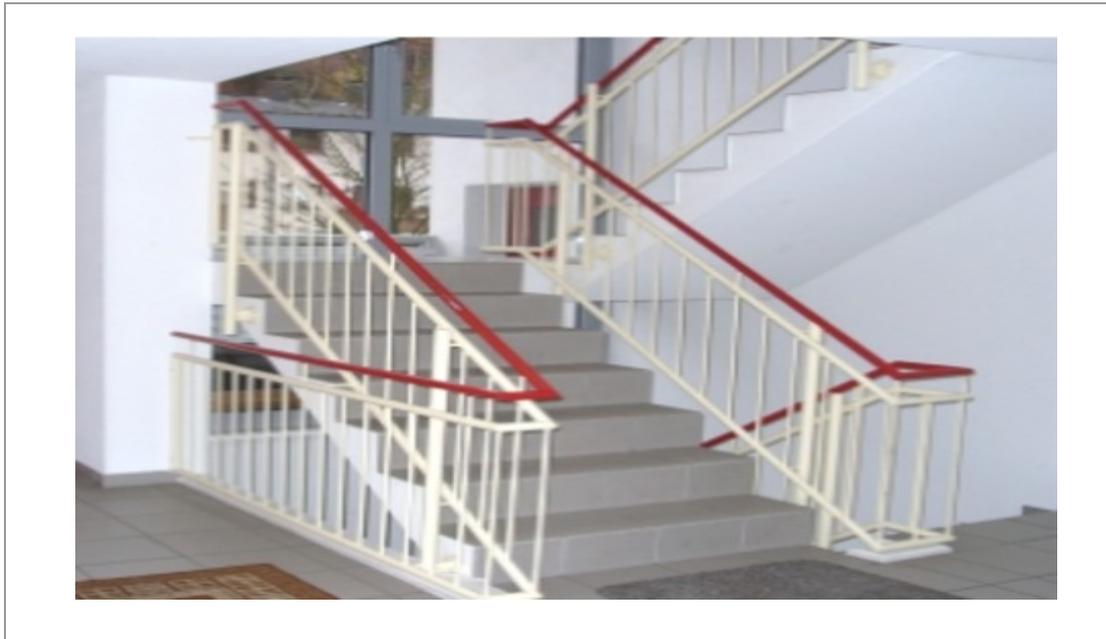


Abbildung 112: Treppe mit beidseitigen Handläufen, sie geben Halt und Sicherheit

Keller

Der Keller stellt in vielen Wohnungen eine Art große Abstellkammer dar. Platz für Aufenthalt findet man dort eher selten. Aus diesem Grunde sollten möglichst alle Dinge des täglichen Lebens an Orten verstaut werden, die sich im ebenerdigen Wohnbereich befinden. Falls der Weg in den Keller jedoch unbedingt stattfinden muss, sollten einige Vorkehrungen getroffen werden. Der Keller ist der dunkelste Bereich einer Wohnung. Tageslicht dringt kaum durch die tiefgelegten Fenster durch. Eine gute Beleuchtung in alle Ecken ist daher unvermeidbar. Der Lichtschalter sollte dabei unmittelbar neben der Kellertür angebracht sein.

Der Zugang in den Keller ist meist nur durch eine Treppe zu überwinden. Es muss sichergestellt werden, dass die Treppe die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen aufweist. Ein beidseitiger, fester Handlauf ist für den sicheren Gang in den Keller notwendig. Die Handläufe sollten sich gut von der Kellerwand unterscheiden. Der Treppenboden muss rutschsicher sein und Stolperfallen vergessen lassen. Die Kellertreppen sind meist schmaler ausgebaut, als die übrigen Treppen des Wohn- und Außenbereichs. Daher sollte der Durchgang der Treppe frei von herumliegenden Gegenständen sein.

Falls das Überwinden der Treppe aufgrund körperlicher Einschränkungen nicht geschafft werden kann, zieht die Option der Installation eines Treppenliftes. Hier gelten dann die gleichen Voraussetzungen wie für den Einbau eines Liftes im Treppenhaus. Allerdings sollten hier die realistische Notwendigkeit des Kellers mit der Finanzierung des Liftes ins Verhältnis gesetzt werden.

Balkon/Terrasse

Wer grillt im Hochsommer nicht gerne auf dem Balkon oder der Terrasse? Um diese Wohn-/Freizeitbereiche jedoch sicher nutzen und begehen zu können, müssen Barrieren im Bestand abgebaut werden, denn der schönste Balkon erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn er ohne Schwierigkeiten zu erreichen ist. Höhenunterschiede können zwischen drinnen und draußen reduziert werden. Eine alternative Lösung ist die Beschaffung eines Lattenrosts, um die Höhendifferenz auszugleichen.²⁰³ Eine kleine, stabile Rampe, die an die Schwelle gelegt wird, ist eine sinnvolle Alternative. Die Rampe ist ein geringer Aufwand, allerdings muss sie wieder entfernt werden, um die Tür schließen zu können. Der Wohnbereich müsste auch einen geeigneten Platz für das Verstauen der Rampe bieten und in manchen Fällen ist man bei der Aufstellung auf Hilfe angewiesen. Die einfachste Lösung für einen schwellenlosen Übergang ist der Einbau einer Schiebetür. Der Boden des Balkons kann auch durch einen neuen Belagsaufbau angehoben werden, sodass die Unebenheiten zwischen drinnen und draußen beseitigt sind. Hierbei ist darauf zu achten, dass das Balkongeländer den neuen Gegebenheiten angepasst wird. Über einen schwellenlosen Übergang sollte für die Zukunft nachgedacht werden. Hier ist die Problematik des möglicherweise eindringenden Niederschlagswasser zu beachten. Das bedeutet, dass bei der Behebung der Höhenunterschiede darauf zu achten ist, dass Flüssigkeit abfließen kann. Die beste Möglichkeit bietet ein Gitterrost vor dem Innenbereich des Balkons. Dieses fängt das Wasser auf und leitet es in eine Flächendrainage ab (bei einer Flächendrainage handelt es sich um eine spezielle Matte, die unter dem Bodenbelag verlegt wird, das Wasser wird dann über Kanäle in der Matte nach außen geleitet und staut sich nicht mehr an

²⁰³ vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein- Westfalen: Sicher und bequem zu Hause wohnen., S. 26

der Türschwelle).²⁰⁴ Der Balkon wird gerne von älteren Menschen genutzt. Man kann sich mit den Nachbarn unterhalten, die Welt bewundern oder einfach nur ausruhen. Deshalb ist es wichtig, den Blickwinkel, auch im Sitzen, nicht einzuschränken. Eine geschlossene und durchsichtige Brüstung stellt ausreichende Sicht nach Außen sicher und sorgt trotzdem für die erforderliche Sicherheit sowie Schutz vor Witterungseinflüssen und Einblicken ins Private.

Die Bewegungsfläche auf dem Balkon oder der Terrasse sollte mindestens 2,25m² betragen. Stolperfallen, wie Besen, Schläuche etc. sollten vermieden werden. Das Aufstellen von Gartenmöbeln hebt den Komfort der Terrasse/des Balkons. So entstehen Kommunikationszonen und gewünschte Ruheplätze, die von allen gerne genutzt werden. Die Mobilität darf jedoch hierdurch nicht eingeschränkt werden. Die Anschaffung eines ausrollbaren Dachs oder zumindest eines Gartenschirms schützt die Bewohner vor Wind, Regen, Sonne und Einsicht. Mit diesen Vorkehrungen ist ein sicherer Aufenthalt auf dem Balkon/der Terrasse gewährleistet.



Abbildung 113: Schwellenloser Einstieg auf den Balkon – hilfreich für jeden Menschen

²⁰⁴ http://www.wohnformplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=195/, abgerufen am 28.11.2009

Küche

Für viele ältere Menschen ist die Küche der am häufigsten genutzte Raum. Neben dem Zubereiten der Mahlzeiten hat die Küche sich zu einem Kommunikationsort integriert. Hier wird diskutiert, gelacht, gegessen und natürlich gekocht. Daher müssen einige Vorkehrungen getroffen werden, insbesondere für den Arbeitsablauf in der Küche. Überflüssige Wege und Handgriffe können durch das richtige Platzieren der Küchenutensilien reduziert werden. Mit ausreichenden Abstellarbeitsflächen werden die kurzen Wege unterstützt. Mit der individuellen, optimalen Arbeitshöhe wird Kraft gespart und die Wirbelsäule entlastet. Eine abgesenkte Kochplatte könnte einem eine bequemere Haltung ermöglichen. Besonders für Rollstuhlfahrer sollten Herd, Spüle und Arbeitsplatte auf die individuelle Arbeitshöhe montiert werden und unterfahrbar sein, damit die Beine des Rollstuhlfahrers sicher untergebracht sind und ein frontales Arbeiten sichergestellt ist. Die Bewegungsfläche in der Küche, vor allem vor dem Hauptarbeitsbereich, sollte 120 x 120cm aufweisen. Einen Vorteil bietet auch der Einbau einer Schiebetür. Auf diese Weise ist das sichere Bewegen vor dem Zugangsbereich möglich. Wenn es die Küchenfläche zulässt, sollte unbedingt ein Sitzplatz in der Küche die Möglichkeit bieten, auch im Sitzen arbeiten zu können. Ein integrierter Essplatz vermeidet weitere unnötige Wege. Als Alternative kommt auch eine Stehhilfe in Betracht. Auch bei einem Besuch während der Zubereitungszeiten bieten vorhandene Stühle die Möglichkeit, besser und bequem zu kommunizieren.

Für viele ältere Menschen ist langes häufiges Bücken meist eine Qual. Niedrige, tiefe Eckschränke sollten deshalb abgeschafft werden, denn deren Inhalt ist nur schwer zu erreichen. Erleichterungen bieten Auszieh- und Drehelemente. Für Rollstuhlfahrer sind höhenverstellbare Oberschränke ein großer Vorteil für die leichtere Erreichbarkeit in der Küche. Die Schränke können nach den individuellen Bedürfnissen heruntergefahren werden. Bei dieser Lösung sollte jedoch darauf geachtet werden, dass sich keine schweren Gegenstände unter den höhenverstellbaren Oberschränken befinden.

Eine nachträglich montierte, elektronische Überwachung des Herdes mittels automatischer Stromabschaltung bietet eine wichtige Sicherheitsmaßnahme für ältere Men-

schen und Kinder.²⁰⁵ Eine ausreichende Anzahl von Steckdosen und Stromanschlüssen hilft jedem Menschen bei der Anpassung der persönlichen Bedürfnisse in der Küche. Lange Kabelverbindungen sowie Stolperfallen werden hierdurch vermieden. Eine gute Beleuchtung ist für ein optimales Arbeiten in der Küche wichtig. Neben einem großen Fenster, welches das nötige Tageslicht in die Küche einfallen lässt, sollten ausreichend künstliche Lichtquellen, besonders im Arbeitsbereich, installiert werden.



Abbildung 114: Eine unterfahrbare Arbeitsfläche – sie erleichtert Arbeiten in der Küche um einiges

Bad

Das Badezimmer ist der Ort, wo man sich morgens auf den Tag vorbereitet. Wer sich sicher und selbstständig im Bad bewegen kann, wird die notwendige Körperpflege leichter ohne notwendige Hilfe durchführen können. Daher ist bei Bedarf eine Barrierenreduzierung notwendig. Gerade im Bad passieren viele Unfälle. Eine nach außen

²⁰⁵ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 40-41

aufschlagende Tür sorgt für mehr Sicherheit im Alter. Einer am Boden liegenden Person kann im Bedarfsfall leichter geholfen werden, da eine Türblockade ausgeschlossen ist. Der Türdrücker im Bad sollte mit einer Notentriegelung versehen werden, damit Pflegende oder Helfer bei schwerwiegenden Problemen des Bewohners mit Hilfe einer Münze das Schloss von außen öffnen können. Ein ebengleicher Eingang ins Bad wäre für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen wünschenswert. Einen großen Vorteil bietet ein Waschmaschinenplatz, der das ständige transportieren von Wäschekörben in einen anderen Raum vermeidet. Eine hoch gesetzte Waschmaschine schont dabei auch noch den Rücken und erspart das mühselige Bücken beim Ein- und Aussortieren der Wäsche. Gerade für die Sanitärbereiche ist ein sicherer und rutschhemmender Bodenbelag von großer Bedeutung. Kleinteilige Fliesen bieten da eine gute Vorkehrung. Eine Fußbodenheizung erspart das Anbringen von Stolperfallen, wie Fußmatten und sorgt für eine angenehme Raumtemperatur. Durch Einsparen von sperrigen Heizkörpern wird zusätzliche Bewegungsfreiheit gewonnen. Bewegungsfreiheit in einer Fläche von mindestens 120 x 120cm muss gewährleistet sein.²⁰⁶

Der Waschtisch im Bad sollte für Rollstuhlfahrer unterfahrbar ohne Unterbauten sein und genügend Ablagemöglichkeiten in einer Höhe von 85cm bieten. Stabile und rutschfeste Haltegriffe rechts und links neben dem Waschtisch geben schwachen Menschen einen sichereren Halt bei der täglichen Pflege. Einhändig bedienbare Utensilien, wie Seifenspender oder Handtrockner erleichtern das Leben im Bad für alle Personengruppen. Der eingeschränkte Greifradius vom Rollstuhl aus, sollte beim Anbringen der oben genannten Utensilien berücksichtigt werden. Ein sensorischer Wasserlauf erspart das aufwändige Betätigen des Wasserhahns. Ein schwenkbarer, beleuchtender Spiegel ermöglicht es Rollstuhlfahrern, Körperpflege auch im Sitzen durchzuführen.

Übliche Toiletten sind für viele Menschen zu niedrig. Eine Erhöhung des WCs ist für das Umsteigen vom Rollstuhl auf den WC-Sitz erforderlich. Der Kauf einer neuen Toilette kann durch eine kostengünstigere Toilettensitzerhöhung vermieden werden. Die Höhe des Sitzes kann nach den Bedürfnissen des Benutzers eingestellt werden.

²⁰⁶ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen: Wohnen ohne Barriere- Komfort für alle, S. 22-24

Haltegriffe auf beiden Seiten erleichtern das Aufstehen und Hinsetzen ungemein. Eine weitere Alternative bietet eine höhenverstellbare Vorwandinstallation. Sie ermöglicht eine nachträgliche Anpassung der einzelnen sanitären Objekte wie dem WC. Hierbei wird das Wand-WC auf die jeweils optimale Höhe eingestellt, sodass eine hohe Benutzerfreundlichkeit und ein hoher Grad an Flexibilität sichergestellt ist.²⁰⁷

Eine bodengleiche Dusche ist absolut zu empfehlen. Hierbei muss sichergestellt werden, dass sich das Wasser nicht staut und sicher abgeführt werden kann. Eine seitliche oder senkrechte Wasserabführung kommt hier in Betracht. Besonders für Menschen mit einer Gehbehinderung ist die bodengleiche Dusche die optimale Lösung. Ablage- und Sitzflächen in der Dusche steigern den Komfort und dienen älteren Menschen bei der selbstständigen Nutzung. Ein kostengünstiger Duschvorhang, der ungefähr 10cm im Innenbereich der Dusche montiert wird, ermöglicht das Vermeiden von Spritzwasser außerhalb des Duschbereiches. Ein weiterer Vorteil ist der zusätzliche Bewegungsfreiraum. Wenn duschen das Baden nicht immer ersetzen kann, ist eine Kombifunktion möglich, die allerdings bei der Modernisierung des Bads sehr kostenintensiv sein kann. Hier ist ein Duschbereich in der Badewanne integriert. Das Einsteigen in die leere Wanne ist durch eine Wannentür gegeben. Die Einstiegshöhen sind bereits unter 10cm realisierbar. Eine kostengünstigere Alternative für das Betreten einer Wanne ist die Montage von zusätzlichen Halte- und Einstiegshilfen an der Badewanne. Auch der Anbau einer Treppe mit beidseitigen Haltestangen erleichtert vielen älteren Menschen den sicheren Eintritt ins Badewasser.²⁰⁷ Kontrastreiche, rutschhemmende Haltegriffe dienen der sichereren und schnelleren Orientierung. Auch an der Wand neben der Wanne sollten waagerechte Haltegriffe befestigt werden, damit man sich ohne auszurutschen abstützen kann. Auch senkrechte oder schräg verlaufende Haltegriffe sind vorteilhaft, um das Hochziehen oder Hinsetzen zu erleichtern.

²⁰⁷ vgl.: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren Erhöhte Wohnqualität für Alle, S. 36-39



Abbildung 115: Eine bodengleiche Dusche spart viel Platz

Schlafzimmer

Das Schlafzimmer ist der Raum, den man täglich zuerst und zuletzt betrachtet. Für pflegebedürftige Menschen kommt dem Schlafzimmer noch eine höhere Priorität zu. Man ist dann auf das Bett und zugleich auf das Zimmer angewiesen. Aus diesem Grund sollte der Bereich nicht an ein Krankenhaus erinnern, sondern lebendig gestaltet werden.

Auch Pflegebedürftige sollten so weit wie möglich am „normalen Leben“ teilhaben können. Aus diesem Grund wird empfohlen, sofern ausreichend Platz vorhanden ist, Pflegebetten im Wohnbereich zu platzieren.

Das Bett soll von 3 Seiten gut zu erreichen sein und eine Bewegungsfläche von mindestens 150cm Tiefe zulassen. Der sperrige Schlafzimmerschrank, wo die Kleidung gelagert wird, sollte die Mobilität eines älteren Menschen nicht einschränken. Eine Möglichkeit viel Stauraum und eine gute Erreichbarkeit des Schrankinhaltes zu kombinieren bieten Schränke mit Auszügen. So ist einem Rollstuhlfahrer die sichere Durchquerung des Zimmers zwischen Bett und Schrank möglich. Das Bett ist sicherlich eine, wenn nicht die wichtigste Investition für eine pflegebedürftige Person. Die Höhe spielt dabei eine entscheidende Rolle. Niedrig liegende Betten erschweren älteren Menschen z.B. das Aufstehen. Ein höhenverstellbarer Lattenrost beugt diesem Problem vor. Die optimale Höhe für den Schlaf, die Pflege und das Aufstehen kann mit Hilfe einer Fernbedienung realisiert werden. Eine ergonomisch geformte Matratze ist für einen erholsamen Schlaf unerlässlich. Sie sollte morgens auch beim Ankleiden auf der Bettkante nicht zu sehr nachgeben. Seitliche Gitterstäbe verhindern, dass Pflegebedürftige aus dem Bett fallen. Gitterstäbe dürfen nicht fest montiert werden, um den Aus- und Einstieg nicht zu erschweren. Verstellbare Kopf- und Fußteile bieten für jeden Menschen einen besonderen Komfort. Gerade für pflegebedürftige Menschen ist dies ein enormer Vorteil, weil so das Essen leichter eingenommen und ein Buch leichter gelesen werden kann. Eine angebrachte Stütze über dem Bett in Form eines „Galgens“ hilft dem Betroffenen beim Hochziehen in die Sitzposition. Um einen Gang zur Toilette im Dunkeln und somit Unfälle/Stürze zu vermeiden ist ein Lichtschalter, der vom Bett aus bedienbar ist, von großem Vorteil.²⁰⁸

Ein Nachttisch neben dem Bett ist zu befürworten. Er bietet eine große Ablagefläche und kann daher weite Wege ersparen. Medizin, Getränke, Bücher und eine Leselampe befinden sich so in einer bequemen Reichweite. Ein Telefon in Verbindung mit einem Hausnotruf auf dem Nachttisch gibt der Bewohnerin/dem Bewohner ein Gefühl von Sicherheit und sollte daher ebenfalls bedacht werden.

²⁰⁸ vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein- Westfalen: Sicher und bequem zu Hause wohnen., S. 24



Abbildung 116: Ein leichtzugängliches Bett hilft der Pflegerin bei der täglichen Pflege

Allgemeine Tipps

Nachdem die einzelnen Wohnbereiche genauer behandelt wurden, folgen allgemeine Hinweise zur Barrierenreduzierung. Es handelt sich hierbei speziell um Tipps für den Innen-/Außenbereich, die Möbel und die technischen Hilfen.

Im Innenbereich hat der Sichtkontakt nach außen für viele ältere Menschen einen besonders hohen Stellenwert. Große Fenster und durchsichtige Brüstungen bieten auch sitzenden Menschen den freien Blick in die Welt und spenden ausreichend Tageslicht. Ein tiefgesetzter Fenstergriff oder eine Fenstergriffverlängerung ermöglicht auch Rollstuhlfahrern ein problemloses Öffnen der Fenster.

Im Außenbereich können durch den Bau einer Mauer Hochbeete aufgelegt werden. So haben Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, die Möglichkeit sich auf die Mauer zu setzen und dort der geliebten Gartenarbeit nachzugehen. Man sollte diesen Aspekt für die Wohnraumqualität nicht unterschätzen, da es sich bei der Garten-

pflege um eine Freizeitaktivität handelt, die besonders bei älteren Menschen Beachtung findet. Der Müllplatz vor der Wohnung sollte auch von Rollstuhlfahrern selbstständig benutzt werden können. Der Müllsammler sollte daher stufenlos, frei zugänglich sein und ausreichend Bewegungsfläche vorsehen. Das Einfüllen von Abfällen wird durch einen erhöhten Zugang ermöglicht. Im näheren Eingangsbereich sollten sich barrierefreie Parkplätze befinden. Die Abstandsbreite zum nächsten Auto sollte 1,50m betragen, damit das Ein- und Aussteigen gefahrlos erfolgen kann. Diese Fläche kann von 2 PKWs gleichzeitig genutzt werden, wenn ein Auto vorwärts und das andere rückwärts einparkt. Eine weitere Hilfe für Rollstuhlfahrer bietet ein abgesenkter Bordstein, der am Besten noch optisch kenntlich gemacht wird.

Bei Sitzmöbeln ist die Qualität von hoher Bedeutung. Nicht alles, was einem bequem vorkommt, ist auch bequem. Oft sind die Möbel zu niedrig, sodass das Aufstehen schwer fällt. Festverbundene Holzklötze vom Schreiner in Verbindung mit dem Möbelstück lösen kostengünstig das Problem. Auf ein optimales Sitzen ist zu achten, damit die Wirbelsäule unterstützt wird. Hierfür bestehen 5 Voraussetzungen. Die richtige Sitzhöhe/-tiefe, Armlehnenhöhe, Lendenunterstützung und der richtige Sitzwinkel müssen hergestellt werden. Wenn die Beine in einem Winkel von 90° auf dem Boden stehen ist die optimale Sitzhöhe gegeben. Die richtige Sitztiefe ist erreicht, wenn der Körper gut an der Unterseite der Rückenlehne anliegt. Verkrampfungen im Hals- und Nackenbereich werden vermieden, solange die Schultern gerade und die Arme in einem 90° Winkel auf den Armlehnen aufliegen. Der Lendenbereich wird unterstützt, wenn die Lendenstütze auf die richtige Höhe eingestellt wird. Der erwünschte Sitzwinkel liegt zwischen 95° und 105°. ²⁰⁹ Bei einem Neukauf von Sitzmöbeln sollte auf diese gesundheitlichen Vorkehrungen eingegangen werden.

Die Verwendung von technischen Hilfsmitteln erhöht die Sicherheit und den Komfort der eigenen Wohnung. Ausreichend viele Lichtschalter und Steckdosen in der Wohnung erhöhen den Wohnkomfort und dienen zugleich der besseren Orientierung. Das tägliche Hochziehen der Rollläden kann durch einen Rollladenmotor erspart bleiben.

²⁰⁹ http://www.wohnformplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=20&Itemid=197&limit=1&limitstart=1/ abgerufen am 02.12.2009

Eine Gegensprechanlage bietet mobilitätseingeschränkten Menschen enorme Vorteile in Hinblick auf Sicherheit und Komfort. Die Installation einer Brandmeldeanlage warnt die Bewohner vor einem entstehenden Feuer und sollte daher unbedingt angebracht werden. Eine dazugehörige Blitzleuchte macht auch den hörbehinderten Menschen auf den Brand aufmerksam. Für ältere, pflegebedürftige Menschen wäre eine Investition in ein Notrufsystem vorteilhaft. Wer allein in einer Wohnung lebt und nach einem Sturz bewegungsunfähig ist, kann den Notruf nicht selbstständig betätigen. Ein Notrufsystem, dass per Knopfdruck über das Telefon ausgelöst wird, ist daher von großem Vorteil. Der Sender, der in Verbindung mit dem Telefonanschluss steht, sollte ständig am Körper getragen werden. Nach Betätigen des Knopfes wird Alarm über das Telefon ausgelöst und die Daten des Hilfesuchenden, wie z.B. Name, Adresse, Krankheiten, Hausarzt auf den Computerbildschirm der Notrufzentrale übermittelt. Sollte sich bei einem sofortigen Rückruf niemand melden, werden Krankenwagen und Verwandte benachrichtigt. Ein solches Notrufsystem ermöglicht das weitere selbstständige und sichere Leben in den eigenen vier Wänden.

Wie man auch mit Demenz in der eigenen Wohnung leben kann, wird im Kapitel „4.2.4 Das Leben weiter leben“ – Abschnitt „Gestaltung des Wohn- und Lebensraumes“ genauer erklärt.

4.3.4. Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)²¹⁰

Bei gravierenden Behinderungen und Mobilitätseinschränkungen ist es oft mit kleineren Änderungen in der Wohnung nicht getan. Gerade in älteren Häusern unterliegen die Wohnungen oft baulichen Mängeln.²¹¹ Wenn in solchen Fällen für Mieter und Eigentümer die Kosten zu hoch sind und andere, unter Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ – Abschnitt „Finanzielle Förderung im Einzelfall durch andere Kostenträger“ aufgeführte Kostenträger nicht dafür aufkommen, ist es sinnvoll, möglichst früh mit der Wohnungsbauförderungsstelle Kon-

²¹⁰ Stand November 2009

²¹¹ http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/1_Pflege/wohnen-im-alter/finanzielle-foerderung/index.php, abgerufen am 02.12.2009

takt aufzunehmen. Für den Rhein-Erft-Kreis ist dies das Amt für Wohnungswesen, Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim.

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert vor dem Hintergrund, Menschen auch bei körperlichen Einschränkungen ein Wohnen in ihrer gewohnten Umgebung und der angestammten Wohnung zu ermöglichen, insgesamt vier Ansätze:

- Barrierefreie Wohnungen als verbindlicher Standard im geförderten Mietwohnungsbau
- Unterstützung bei individueller Anpassung von Wohnraum durch Wohnberatungsstellen (vergleiche Ausführungen unter Kapitel „5.2.10 Wohnberatung“)
- Strukturelle Wohnungsanpassung über die Modernisierungsförderungen
- Sicherung einer Mobilität im Alter durch die Förderung des Mietwohnungsbaus an integrierten Standorten²¹²

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die Wohnungsbauförderung barrierefreier Neubauten sowie die Modernisierungsförderungen aus Landes- und Bundesmitteln.

Wohnungsbauförderung bei der Neuschaffung barrierefreien Wohnraumes

Die Festlegung im Jahre 1998, dass grundsätzlich alle öffentlich geförderten Neubauwohnungen barrierefrei geplant und gebaut werden müssen, bedeutete einen Einstieg in die Verbesserung der Wohnungen für alle Menschen.²¹²

„Das Land Nordrhein-Westfalen verfolgt seit Jahren eine konsequente Wohnungsbau- politik für einen demografiefesten Wohnungsbau, der sich im Neubau und im Bestand durch eine weitgehende Barrierefreiheit auszeichnet. Dabei wird die Barrierefreiheit als Komfortstandard für alle Bevölkerungskreise angesehen.“²¹³

²¹² vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr NRW: Wohnen im Alter, S.9-10

²¹³ Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen, S. 42f

Im Fall des rechtzeitigen Einbeziehens der zukünftigen Nutzer sowie der Berücksichtigung der unter Kapitel „5.2.4 Nutzung des Altbestands“ beschriebenen Standards bezüglich der Barrierefreiheit und besonderer Bedarfe entstehen bei Neubauprojekten kaum Mehrkosten, abgesehen vom Einbau eines Aufzuges. Der langfristige Nutzwert des Gebäudes erhöht sich jedoch erheblich. Soll hingegen ein vergleichbarer Standard im Bestand realisiert werden, werden die Kosten in der Regel höher liegen als bei konventioneller Sanierung.²¹⁴

In Nordrhein-Westfalen gelten im öffentlich geförderten Wohnungsbau die Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB). Die weitgehende Barrierefreiheit ist eine der grundlegenden Fördervoraussetzungen für den geförderten Mietwohnungsneubau. Als Orientierung dient die DIN 18025-2 „Barrierefreie Wohnungen“, die die Ausgestaltung von Wohnbereichen für Menschen mit Behinderungen, die nicht auf einen Rollstuhl angewiesen sind, definiert.²¹³ Im Vergleich zur DIN 18025-1 „Barrierefreie Wohnungen – Wohnungen für Rollstuhlbenutzer – Planungsgrundlagen“, die sich speziell mit den Anforderungen an Wohnungen, die von Rollstuhlnutzern bewohnt werden, beschäftigt, ergeben sich hier u.a. Unterschiede in der Definition der Bewegungsflächen, da diese nicht dem Platzbedarf eines Rollstuhles gerecht sein müssen. Dafür nimmt die DIN 18025-2 Bezug auf taktile Markierungen, die vor allem Blinden und Sehbehinderten zur eigenständigen Orientierung dienen.²¹⁵

Gemäß den WFB ist der Neubau von Miet- und Genossenschaftswohnungen nur förderfähig, wenn der Zugang zum Haus ohne Stufen und Schwellen erreichbar ist; innerhalb der Wohnungen keine Stufen, Schwellen oder untere Türanschlüge vorhanden sind; der Sanitärbereich mit einem bodengleichen Duschplatz ausgestattet ist; die lichten Türbreiten innerhalb der Wohnungen und von Aufzügen, Haus- und Wohnungseingängen sowie alle Bewegungsflächen und gegebenenfalls Rampen der DIN 18025, Teil 2, entsprechen.

²¹⁴ <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/wissenspool/11planenUNDbauen/11BaulicheAnforderungen/>, abgerufen am 02.12.2009

²¹⁵ http://www.aknw.de/mitglieder/profilbildung-taetigkeitsfelder/barrierefreies_bauen/index.htm, abgerufen am 02.12.2009

Die Förderung erfolgt als zinsgünstiges Darlehen gegen Mietpreis- und Belegungsbindung, wahlweise für 15 oder 20 Jahre.

Die Obergrenzen der förderfähigen Wohnflächen sind den Erfordernissen der Barrierefreiheit angemessen. Ziel ist die Schaffung zusätzlicher Bewegungsflächen vor allem in Bad und Küche, ohne dafür Abstriche bei den Wohnräumen zu machen.

Erleichterung gibt es beim Einbau eines Aufzugs durch zusätzliche Förderdarlehen. Pro geförderte Wohnung wird bei der Errichtung eines oder mehrerer Aufzüge ein Zusatzdarlehen von 2.100 Euro gewährt. Das Zusatzdarlehen beträgt jedoch maximal 46.200 Euro pro Aufzug. Der Höchstbetrag ist den geförderten Wohnungen zu gleichen Teilen zuzuordnen. Sozialwohnungen, die für Senioren oder Menschen mit Behinderungen bestimmt sind, müssen mit einem Aufzug erreichbar sein.

Unter Punkt 6 der WFB sind weitere Fördermöglichkeiten für Schwerbehinderte aufgeführt. Danach kann bei der Neuschaffung, dem Erwerb oder der Nachrüstung von Wohnungen für Schwerbehinderte ein Förderdarlehen von bis zu 20.000 Euro vergeben werden.²¹⁶

In der Landesbauordnung NRW 2000 (BauO NW) sind die Mindestvoraussetzungen zur Erreichung barrierefreien Wohnraumes in zahlreichen Bestimmungen gesetzlich verankert. §39 Absatz 6 BauO NW gibt vor, dass in Gebäuden mit mehr als fünf Geschossen über der Geländeoberfläche Aufzüge in ausreichender Zahl eingebaut werden müssen, von denen einer auch zur Aufnahme von Kinderwagen, Rollstühlen, Krankentragen und Lasten geeignet sein muss. Verbindliche Angaben von Grundflächen und Durchgangsbreiten der Aufzüge sollen hier die Aufnahme von Rollstühlen sicherstellen. Gemäß §39 Absatz 7 BauO NW müssen Aufzüge generell zur Aufnahme von Rollstühlen geeignet sein. Von mehreren Aufzügen muss mindestens einer zur Aufnahme von Rollstühlen geeignet sein. §49 BauO NW schreibt darüber hinaus vor, dass in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Auf dem Grundstück müssen also entsprechende

²¹⁶ vgl.: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen, S.42f.

bauliche Vorkehrungen getroffen werden, wie z.B. Rampen, erforderliche Bewegungsflächen oder gegebenenfalls Aufzüge. Da die wesentlichen Räume dieser Wohnungen mit dem Rollstuhl zugänglich sein müssen, ist die Einhaltung der erforderlichen Mindesttürbreiten und gegebenenfalls dafür notwendiger Bewegungsflächen zwingend. In diesen Wohnungen müssen gemäß §49 Absatz 2 BauO NW, soweit nicht mit unverhältnismäßigem Mehraufwand verbunden, die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad und die Küche oder Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Gemäß der Verwaltungsvorschrift zur BauO NW ist ein unverhältnismäßiger Mehraufwand nicht bereits dann anzunehmen, wenn wegen der Anforderungen gemäß §49 Absatz 2 BauO NW zusätzliche Kosten entstehen. Vielmehr muss es wegen der beabsichtigten Nutzung des Gebäudes entweder unmöglich sein, die Wohnungen im Erdgeschoss zu errichten, oder, wegen der Grundstücksverhältnisse, die im Erdgeschoss liegenden Wohnungen (auch über eine Rampe) zu erreichen, so dass ein Aufzug gebaut oder auf vergleichbar aufwendige technische Lösungen zurückgegriffen werden müsste.²¹⁵

Wohnungsbauförderung bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand

„Mit der Barrierefreiheit als Fördervoraussetzung für Mietwohnungen ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung zeitgemäßen und vielseitig nutzbaren Wohnraumes mit hohem Komfort unternommen worden, der aber nur im sehr begrenzten Teilsegment des geförderten Mietwohnungsneubaus greift. Wesentlich größere Bedeutung erhalten in Zukunft die umfassenden Wohnungsbestände in NRW. [...] Zunehmend muss sich die Wohnungswirtschaft mit der Frage befassen, wie sie mit ihrem Bestand, der im Wesentlichen vor 1980 errichtet wurde, umgehen soll.“²¹⁷

Der Stellenwert der Modernisierung von Wohnungsbeständen ist deutlich gestiegen. Daher bildet die investive Bestandsförderung inzwischen das dritte Standbein der öffentlichen Wohnraumförderung. Angesichts der immer älter werdenden Gesellschaft legt das Land einen Schwerpunkt auf die Schaffung barrierefreien bzw. barrierearmen

²¹⁷ Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW: Wohnen ohne Barrieren, S. 9

Wohnraums.²¹⁸ Das wohnungspolitische Anliegen besteht darin, den Wohnungsbestand baulich so umzugestalten, dass er weitestgehend barrierefrei bzw. barrierearm von allen Altersgruppen und insbesondere von älteren Menschen genutzt werden kann. Mit der Auflegung eines investiven Bestandsförderprogrammes im Jahr 2006 leistet die Landesregierung nicht nur einen wichtigen wohnungspolitischen Beitrag zur Lösung der aktuellen demografischen und siedlungsstrukturellen Probleme im Wohnungsbestand, sondern auch zur dringend gebotenen Qualitätsverbesserung in den Wohnquartieren des Landes Nordrhein-Westfalen.²¹⁹ In diesem Sinne werden bauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand in Mietwohnungen ebenso wie in Eigenheimen und Eigentumswohnungen gefördert.²²⁰

Für ältere Menschen mit körperlichen Behinderungen ist vielfach ein aufwändiger Wohnungsumbau nötig. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich zum Ziel gesetzt, auch für Menschen mit schwerer Behinderung Wohnformen von guter Wohnqualität an integrierten Standorten zu schaffen und bestehende stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe an den demographischen Wandel anzupassen. In den Wohnungsbauförderungsrichtlinien werden Darlehen zur Verfügung gestellt, mit denen nachträglich zusätzliche Maßnahmen bei vorhandenem Wohnraum gefördert werden, wenn die zusätzliche Baumaßnahme wegen der Art der Behinderung erforderlich ist, das Darlehen zur Deckung der Mehrkosten der behindertengerechten Baumaßnahmen notwendig ist und das Haushaltseinkommen bestimmte Grenzen nicht überschreitet. Gefördert werden beispielsweise der Einbau von behindertengerechten Küchen, Bädern und WCs, von Rampen und Hebeanlagen, aber auch zusätzliche Baumaßnahmen bei Neubau oder Ersterwerb.²²¹ Die Bestimmungen zur Förderung von Wohnheimen für Menschen mit Behinderungen (BWB) regeln Fördergegenstand, Umfang und Verfahren.

²¹⁸ <http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/datenUndFakten/index.php>, abgerufen am 02.12.2009

²¹⁹ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW: Wohnen ohne Barrieren, S. 33

²²⁰ <http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/datenUndFakten/index.php>, abgerufen am 02.12.2009

²²¹ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW: Wohnraumförderbestimmungen, S. 15

Im Folgenden steht das Förderprogramm des Landes NRW „Bauliche Maßnahmen zur Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand“ nach den Richtlinien zur Förderung von investiven Maßnahmen im Bestand in Nordrhein-Westfalen im Mittelpunkt der Betrachtung. Unter Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ – Abschnitt „Wohnungsbauförderung bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand, Wohnraum modernisieren – Altersgerecht bauen: Das Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)“ wird das Bundesförderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ vorgestellt.

Rechtsgrundlagen und Förderzweck

Zur Reduzierung von Barrieren in bestehenden Mietwohnungen und Eigenheimen sowie Eigentumswohnungen in Nordrhein-Westfalen gewährt das Land Darlehen aus Mitteln des Landeswohnungsbauvermögens nach Maßgabe von Nr. 1 der Richtlinien zur Förderung von investiven Maßnahmen im Bestand in Nordrhein-Westfalen (RL BestandsInvest) in Verbindung mit §44 Landeshaushaltsordnung (LHO NRW), dem Wohnungsbauförderungsgesetz (WBFNG NRW) und der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Wohnraumförderung und anderer Maßnahmen des Wohnungswesens (SGV NRW) in der jeweils geltenden Fassung.

Förderzweck ist die Anpassung des Wohnraumangebots an die Erfordernisse des demografischen Wandels. Ziel des Impulsförderprogrammes ist die Schaffung differenzierter Wohnangebote im Bestand insbesondere für ältere und auch pflegebedürftige Menschen, damit diese langfristig in ihren Wohnungen und ihrem Wohnquartier wohnen bleiben und bei Bedarf auch ambulant gepflegt werden können.²²⁰ Der Wohnungsbestand soll baulich so umgestaltet werden, dass er möglichst barrierefrei von allen Altersgruppen und insbesondere auch von älteren Menschen genutzt werden kann.²²²

²²² RdErl. des Ministeriums für Bauen und Verkehr: Richtlinien zur Förderung von investiven Maßnahmen im Bestand in Nordrhein-Westfalen (RL BestandsInvest), S. 4

Förderfähige Maßnahmen und Fördervoraussetzungen

Förderfähig sind bauliche Maßnahmen in und an bestehenden Wohngebäuden und auf dem zugehörigen Grundstück, die dazu beitragen, die Barrierefreiheit im Sinne der DIN 18025 Teil 2, herzustellen. Bei Bedarf können auch Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit nach DIN 18025 Teil 1, gefördert werden. Im Vordergrund steht die nachhaltige und bewohnerorientierte Reduzierung von Barrieren.

Dazu zählen z.B. folgende bauliche Maßnahmen:

- barrierefreie Umgestaltung des Bades durch den Einbau einer bodengleichen Dusche (ein Duschplatz gilt auch als bodengleich, wenn er Wasserschutzkanten von bis zu 2cm Höhe hat), Grundrissveränderungen zur Schaffung der notwendigen Bewegungsflächen sowie weitere Ausstattungsverbesserungen (z.B. unterfahrbarer Waschtisch, erhöhte Toilette, Verlegung von Schaltern, Steckdosen und Haltegriffen),
- barrierefreie Umgestaltung der Küchen (z.B. Schaffung der notwendigen Bewegungsflächen),
- Einbau neuer, verbreiteter Türen (Innentüren und Wohnungsabschlusstür) sowie von Balkontüren zum Abbau von Türschwellen,
- Grundrissänderungen zur Schaffung von notwendigen Bewegungsflächen in Wohn- und Schlafräumen sowie Fluren,
- Schaffung stufenfrei erreichbarer Abstellflächen,
- Nachrüstung mit elektrischen Türöffnern,
- Überwindung von Differenzstufen zwischen Eingang und Erdgeschoss (sowie innerhalb einer Wohnung) durch Rampen, Aufzug, Treppenlift oder Umgestaltung eines Nebeneingangs,
- barrierefreier Umbau eines vorhandenen oder Anbau eines neuen barrierefreien Balkons oder einer barrierefreien Terrasse,
- Modernisierung eines vorhandenen Aufzugs, sofern dabei Barrieren abgebaut werden,

- Herstellung der Barrierefreiheit auf Wegen, Freiflächen und Stellplätzen des Grundstücks
- Bau eines neuen Erschließungssystems zur barrierefreien Erreichbarkeit der Wohnungen (zum Beispiel Aufzugturm, Laubengänge, Erschließungsstege),
- erstmaliger Einbau/Anbau eines Aufzuges.

Maßnahmen innerhalb von Wohnungen werden gefördert, wenn gewährleistet ist, dass nach ihrer Durchführung mindestens ein Wohn- und Schlafraum, die Küche oder Kochnische sowie ein Bad ohne Stufen, Schwellen oder untere Türanschläge zu erreichen sind. Das Bad muss mit Waschtisch, Toilette und bodengleichem Duschplatz mit rutschhemmender Oberfläche ausgestattet sein. Sofern Toilette und Dusche in getrennten Räumen untergebracht sind, müssen beide ohne Stufen, Schwellen oder untere Türanschläge zu erreichen sein.²²³

Gefördert werden auch Maßnahmen und Maßnahmebündel, die nur einzelne Elemente der DIN 18025 Teil 1 oder Teil 2 umsetzen. Kann eine DIN-gerechte Ausführung nicht komplett und in allen Teilbereichen umgesetzt werden, so ist sicherzustellen, dass bei den geförderten Maßnahmen eine weitgehende Reduzierung der Barrieren, Stufen und Schwellen erfolgt und nur von solchen Vorgaben der Norm abgewichen wird, deren Einhaltung technisch nicht möglich oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zu erreichen ist. Über die begründete Zulässigkeit von Abweichungen entscheidet die Bewilligungsbehörde.

Förderfähig sind Maßnahmen in Wohngebäuden mit nicht mehr als vier Vollgeschossen. In Innenstädten und Innenstadtrandlagen sind auch Wohngebäude mit bis zu sechs Vollgeschossen förderfähig, wenn sich deren Geschossigkeit aus der umgebenden Bebauung ergibt bzw. sich in diese städtebaulich vertretbar einfügt. Voraussetzung für eine Förderung ist zudem, dass die Wohnfläche größer ist als 34m².²²⁴

²²³ <http://www.nrw-bank.de/de/wohnraumportal/selbst-genutztes-Wohneigentum/Barrierefreiheit/index.html> abgerufen am 02.12.2009

²²⁴ vgl.: RdErl. des Ministeriums für Bauen und Verkehr: RL BestandsInvest, S. 9

Es werden keine Maßnahmen gefördert, mit denen schon begonnen worden ist. Hierzu zählt bereits der Abschluss eines Leistungs- oder Lieferungsvertrags. Ebenfalls ausgeschlossen ist eine Förderung, wenn planungs- und baurechtliche Belange entgegenstehen oder das Wohngebäude bauliche Mängel aufweist. Zu den nicht förderfähigen Maßnahmen zählen auch solche, die an Wohngebäuden durchgeführt werden sollen, für die eine Förderzusage innerhalb der letzten 5 Jahre erteilt, dann aber zurückgegeben worden ist.²²³

Mietpreis- und Belegungsbindungen werden durch eine Förderung nicht begründet. Förderfähig sind auch Wohnungen, die im Zeitpunkt der Förderzusage noch mindestens für fünf Jahre öffentlich rechtlichen Bindungen unterliegen.²²⁵

Art und Höhe der Förderung – die Förderkonditionen

Die Förderung erfolgt als Darlehen ohne Mietpreis- und Belegungsbindung. Förderfähig sind bis zu 50% der Kosten, maximal 15.000 Euro pro Wohneinheit. Barrierefreie Erschließungssysteme können mit Zusatzdarlehen bis zu 3.000 Euro pro erschlossene Wohnung, der erstmalige Einbau eines Aufzuges mit Zusatzdarlehen bis zu 2.100 Euro pro erschlossene Wohnung (maximal 46.200 Euro pro Aufzug) gefördert werden.²¹⁵ Bei Wohnungen, die zum Zeitpunkt der Förderzusage noch mindestens fünf Jahre öffentlich-rechtlichen Bindungen unterliegen, beträgt das Darlehen höchstens 60% der Bau- und Baunebenkosten. Wird eine Wohnung für Wohngruppen mit älteren und pflegebedürftigen oder behinderten Menschen mit Betreuungsbedarf barrierefrei umgebaut, beträgt dieser Höchstbetrag 30.000 Euro pro Wohnung. Darlehensbeträge unter einer Bagatellgrenze von 1.500 Euro pro Wohnung werden nicht bewilligt.

Der Zins für das gewährte Darlehen beträgt für einen Zeitraum von 10 Jahren nach der von der Bewilligungsbehörde zu bestätigenden Fertigstellung der Maßnahmen jährlich 0,5%. Danach ist das Darlehen jährlich mit 6% zu verzinsen. Das Darlehen ist unter Zuwachs der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen jährlich mit 2% zu

²²⁵ http://www.nrw-bank.de/de/wohnraumportal/Mietwohnraum_09/Barrierefreiheit/index.html abgerufen am 02.12.2009

tilgen.²²⁶ In den Förderrichtlinien behält sich das Land nach bestimmten Fristen eine Zinsanhebung der Förderdarlehen vor. Innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen ist die Erteilung einer Zinssenkungsbescheinigung möglich. Bei der Verzinsung wird stets die individuelle Leistungsfähigkeit eines jeden Darlehensnehmers berücksichtigt.²²³

Zusätzlich zu den Gebühren für die Verwaltungstätigkeit der Bewilligungsbehörde sind ein einmaliger Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 0,4% des bewilligten Darlehens und ein laufender Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von jährlich 0,5% des bewilligten Darlehens zu zahlen. Nach Tilgung der Hälfte der Darlehenssumme wird der Verwaltungskostenbeitrag von den übrigen 50% erhoben. Zinsen, Tilgungen und Verwaltungskostenbeiträge sind halbjährlich an die Wohnungsbauförderungsanstalt Nordrhein-Westfalen (Wfa) zu entrichten. Die weiteren Darlehensbedingungen werden in dem zwischen der Wfa und dem Darlehensnehmer nach vorgeschriebenem Muster abzuschließenden Vertrag festgelegt.²²⁶

Förderverfahren

Fördermittel werden bei der Stadt- oder Kreisverwaltung beantragt, in deren Bereich das zu fördernde Objekt liegt. Zuständig im Rhein-Erft-Kreis ist das Amt für Wohnungswesen, Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim. Diese Stelle wird im folgenden Text auch „Bewilligungsbehörde“ genannt. Antragsberechtigt sind natürliche und juristische Personen als Eigentümerin/Eigentümer, als Erbbauberechtigte oder als sonstige dinglich Verfügungsberechtigte. Förderanträge sind unter Verwendung des vorgeschriebenen Antragsmusters und Beifügung der darin verlangten Unterlagen bei der Bewilligungsbehörde einzureichen, die sodann nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Mittel über den Förderantrag entscheidet. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Förderung besteht nicht.²²⁷ Vor Antragstellung wird ein Beratungsgespräch bei der Bewilligungsbehörde empfohlen.²²³

²²⁶ vgl.: RdErl. des Ministeriums für Bauen und Verkehr: RL BestandsInvest, S. 6

²²⁷ vgl.: RdErl. des Ministeriums für Bauen und Verkehr: RL BestandsInvest, S. 20

Die voraussichtlichen Kosten der beantragten Fördermaßnahmen sind durch Kostenvoranschläge oder in Form einer qualifizierten Kostenaufstellung anzugeben. Liegen die Fördervoraussetzungen vor, übersendet die Bewilligungsbehörde der Wfa die Entscheidung mit Begründung, die daraufhin die Förderzusage im Namen der Bewilligungsbehörde erstellt. Die Förderzusage wird unwirksam, wenn die Maßnahmen nicht spätestens 36 Monate nach Erteilung der Förderzusage abgeschlossen sind. Die Fördernehmerin bzw. der Fördernehmer hat bis zum Ablauf einer von der Bewilligungsbehörde gesetzten Frist, (maximal zwei Jahre nach Erteilung der Förderzusage) dieser die Fertigstellung nach dem vorgeschriebenen Muster anzuzeigen und in diesem Zuge einen Kostennachweis in Form einer summarischen Kostenaufstellung vorzulegen. Die Bewilligungsbehörde prüft, ob die Maßnahmen wie bewilligt durchgeführt worden sind und ob die Gesamtkosten den Kostenangaben entsprechen, die der Förderzusage zugrunde liegen.²²⁷ Werden Maßnahmen nicht wie beantragt durchgeführt oder entstehen tatsächlich geringere Kosten, bleibt eine Darlehenskürzung oder Kündigung vorbehalten.²²³

Sicherung, Auszahlung und Verwaltung der bewilligten Darlehen bis zur Rückzahlung sind Aufgaben der Wfa. Die Auszahlung des Darlehens erfolgt in einer ersten Rate in Höhe von 50% bei Maßnahmebeginn und in einer zweiten Rate in Höhe von 50% nach Fertigstellung der Maßnahme.²²⁷

Wohnraum modernisieren – Altersgerecht bauen: Das Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die KfW bietet als Förderbank des Bundes seit dem 01. April 2009 mit ihrem Programm „Wohnraum modernisieren – Altersgerecht Umbauen“ eine besondere Finanzierung von Umbaumaßnahmen an. Durch Bundesmittel besonders zinsgünstig gestaltete Kredite soll unabhängig vom Alter und jeglicher Einschränkung ein möglichst selbstbestimmtes Leben gefördert werden. Ziel ist die Barrierereduzierung in der Wohnung, im Wohngebäude und in dessen Umfeld, damit möglichst viele Menschen so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung weitgehend barrierefrei bzw. barrierearm leben können. Den Kredit können Privatpersonen (Eigentümer) beantragen. Mieter benötigen die Zustimmung ihres Vermieters. Außerdem sind Wohnungsunter-

nehmen, -genossenschaften, Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise sowie sonstige Anstalten und Körperschaften öffentlichen Rechts antragsberechtigt.

Damit die geförderten Umbaumaßnahmen einer bestimmten Gesamtqualität entsprechen, müssen Mindestanforderungen erfüllt und nachgewiesen werden. Die förderfähigen Maßnahmen zum altersgerechten Umbauen orientieren sich an der DIN E 18040 Teil 2 (Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 2: Wohnungen). Sie legt die Anforderungen an den Neubau fest. Da Maßnahmen im Gebäudebestand aufgrund der baulichen Gegebenheiten häufig nicht vollständig umgesetzt werden können, werden für Bestandsanpassungen Förderbausteine definiert. Die in der Anlage „8.12 Technische Mindestanforderungen für Altersgerechtes Umbauen (155) der KfW (Frau Günther)“ beschriebenen 21 Förderbausteine sind einzeln oder in Kombination mit anderen Bausteinen förderfähig. Darüber hinaus sind Umbaumaßnahmen für Rollstuhlbenutzer, die gemäß den Anforderungen der DIN 18040 (Normentwurf) ausgeführt werden, förderfähig.²²⁸

Die förderfähigen Maßnahmen reichen von der Überbrückung vorhandener Stufen zur Eingangstür, der Anbringung beidseitiger Handläufe, dem Einbau von Aufzügen, über die Herstellung ausreichend breiter Türöffnungen zum Wohnungszugang und Anpassungen des Wohnungsgrundrisses bis hin zur Überbrückung bzw. dem Abbau von Schwellen, dem Umbau von Sanitärräumen, sowie der Einrichtung von Stellplätzen und Gruppenräumen oder Gemeinschaftseinrichtungen als Teil des Wohngebäudes im Gebäudeinneren bei Mehrfamilienhäusern.

Die geplanten Maßnahmen sind zu gegebener Zeit von Fachunternehmen auszuführen. Dem Darlehensantrag ist neben einem Kostenvoranschlag eine formlose Bestätigung eines Architekten oder Handwerkers beizulegen, die bescheinigt, dass die technischen Mindestanforderungen der Baumaßnahme entsprechend den Förderbausteinen erfüllt werden und in der aufgeführt ist, welche Förderbausteine konkret relevant sind.

²²⁸ vgl.: Vortrag der KfW-Bankengruppe vom 11.11.2009 in Sankt Augustin zur Vorstellung des Programmes „Altersgerecht Umbauen“, Folie 8

Die Kosten für alle diesen Richtlinien entsprechenden seniorengerechten Umbaumaßnahmen werden zu 100% durch den Kredit finanziert, allerdings nur bis zu einer Gesamtsumme von 50.000 Euro pro Wohneinheit. Der durch das Programm vergünstigte Effektiv-Zins liegt je nach Laufzeit (zwischen zehn und 30 Jahren) und in Abhängigkeit von der tilgungsfreien Anlaufzeit zwischen 1,51 und 2,52%. Der Zinssatz des Darlehens wird wahlweise für einen Zeitraum von 5 oder 10 Jahren festgeschrieben. Vor Ende der Zinsbindungsfrist unterbreitet die KfW der durchleitenden Bank ein Prolongationsangebot auf Basis der dann aktuellen Marktzinsen. Die ab dem 21.10.2009 geltenden Nominal- und Effektivzinssätze (gemäß Preisangabenverordnung (PAngV)) sind der Anlage „8.13 Konditionenübersicht für Endkreditnehmer für KfW-Förderprogramme (Frau Günther)“ zu entnehmen. Während der Tilgungsfreijahre sind lediglich die Zinsen auf die ausgezahlten Kreditbeträge zu leisten. Nach Ablauf der tilgungsfreien Anlaufjahre ist in vierteljährlichen Annuitäten zu tilgen.

Beim Kredit ist zu beachten, dass die jeweils abgerufenen Beträge innerhalb von drei Monaten vollständig dem festgelegten Verwendungszweck zugeführt werden müssen. Im Falle der Überschreitung dieser Frist ist vom Kreditnehmer ein Zinszuschlag zu zahlen. Eine vorzeitige Rückzahlung des gesamten Darlehens oder in Teilbeträgen ist während der ersten Zinsbindungsfrist jederzeit ohne Kosten für den Endkreditnehmer möglich.

Grundsätzlich ist auch eine Kombination dieses Darlehens mit anderen Fördermitteln (zum Beispiel Krediten oder Zuschüssen) möglich, sofern die Gesamtsumme nicht den Betrag der tatsächlichen Kosten übersteigt. Beispielsweise lässt sich der Anbau eines neuen Balkons mit der Standardvariante des Programms „Wohnraum Modernisieren“ der KfW finanzieren, im Programm „Altersgerecht Umbauen“ wäre nur ein seniorengerechter Umbau eines bereits vorhandenen Balkons möglich. Darüber hinaus ist es möglich, über das Standardprogramm „Wohnraum Modernisieren“ Umbaukosten zu finanzieren, die das Höchstvolumen von 50.000 Euro pro Wohneinheit überschreiten. Auch die Fördermittel für barrierefreies Bauen anderer Institutionen wie Pflegekassen oder Landesförderbanken sind mit dem KfW-Kredit kombinierbar.

Der Antrag auf das Förderdarlehen der KfW kann bei allen Banken und Sparkassen mit dem dort vorrätigen Formular (Formular-Nr. 141660) gestellt werden. Die Hausbank reicht das Darlehen aus, übernimmt dessen Abwicklung und Haftung. Daher sind bankübliche Sicherheiten erforderlich, deren Form und Umfang im Rahmen der Kreditverhandlungen zwischen dem Antragsteller und seiner Hausbank vereinbart werden. Wichtig ist, dass der Antrag vor Beginn des Bauvorhabens eingereicht wird.

Alle zur Feststellung der Förderfähigkeit des Vorhabens notwendigen Unterlagen (z.B. Kostenvoranschlag, formlose Bestätigung des Architekten oder Handwerksunternehmens, welche Förderbausteine umgesetzt werden sollen und Bestätigung über die Einhaltung der Mindestanforderungen des Merkblatts sowie der Technischen Mindestanforderungen für „Altersgerechtes Umbauen“ in der jeweils gültigen Fassung) verbleiben bei der Hausbank. Diese hat der KfW im Antrag zu bestätigen, dass alle für die Förderfähigkeit des Vorhabens erforderlichen Unterlagen vorliegen. Innerhalb von neun Monaten nach Vollauszahlung des Kredits muss gegenüber der Hausbank anhand der Rechnung des Handwerksbetriebes nachgewiesen werden, dass der Umbau entsprechend den Mindestanforderungen abgeschlossen wurde.²²⁹

Finanzielle Förderung im Einzelfall durch andere Kostenträger

Wenn Umbau und Einrichtungsgegenstände die eigenen finanziellen Möglichkeiten übersteigen, können neben der Wohnungsbauförderung zusätzliche finanzielle Unterstützungen helfen. Der Staat, die Kranken- und Pflegekassen, die Rehaträger und die Unfall- und Rentenversicherungen stellen in vielen Fällen finanzielle Mittel zur Verfügung. Eventuell ist auch der Hauseigentümer bereit, sich am senioren- bzw. behindertengerechten Umbau von Haus und Wohnung zu beteiligen. Die Finanzierungsmöglichkeiten hängen immer von der individuellen Situation ab und müssen im Einzelfall geprüft werden.²³⁰ Die wichtigsten Kostenträger und ihre Leistungen sind im Folgenden zusammengefasst.

²²⁹ <http://nullbarriere.de/wohnungsanpassung-massnahmen.htm>, abgerufen am 02.12.2009

²³⁰ http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/1_Pflege/wohnen-im-alter/finanzielle-foerderung/index.php, abgerufen am 02.12.2009

Krankenkasse

Die Krankenkassen erstatten Kosten für zahlreiche Hilfsmittel, um körperliche Einschränkungen auszugleichen. Anspruchsberechtigt sind kranke und behinderte Versicherte. Zu den Leistungen gehören Beschaffung, Anpassung, Einweisung in den Gebrauch und Reparatur des Hilfsmittels. Zu den Hilfsmitteln zählen Seh- und Hörhilfen, Hörgeräte, Rollstuhl, Körperersatzstücke sowie orthopädische Hilfsmittel. Voraussetzung ist die Verordnung des Hilfsmittels durch einen Arzt. Diese sollte die medizinische Diagnose und die Begründung der medizinischen Notwendigkeit des Hilfsmittels enthalten und bei der Krankenkasse eingereicht werden. Sie dient als Grundlage für die Genehmigung. Jeder Antrag wird individuell auf die Person der Antragstellerin/des Antragstellers hin geprüft. Ein wichtiges Kriterium ist, in wie weit das Hilfsmittel zur Erhaltung der Mobilität erforderlich ist.²³⁰

In einem Hilfsmittelkatalog haben die Krankenkassen aufgelistet, für welches Hilfsmittel sie die Kosten übernehmen. Hilfsmittel, die als Gebrauchsgegenstände im Alltag bewertet werden, zählen hierzu nicht. Hilfsmittel werden sowohl leihweise, als auch dauerhaft zur Verfügung gestellt. Als Eigenleistung werden zehn Prozent Zuzahlung für jedes Hilfsmittel, jedoch mindestens 5 und maximal 10 Euro fällig. Bei Abgabepreisen unter 5 Euro ist die Zuzahlung auf den tatsächlichen Preis begrenzt.²³¹ Ist das Hilfsmittel von der Krankenkasse bewilligt, beauftragt diese ein Sanitätshaus mit der Lieferung an den Patienten.²³¹

Pflegekasse

Die Pflegekassen gewähren Zuschüsse für ihre Mitglieder, wenn diese anerkannt pflegebedürftig sind. In einem Pflegehilfsmittelkatalog ist verzeichnet, welche technischen oder zum Verbrauch bestimmten Hilfsmittel die Pflegekassen bewilligen können. Technische Pflegehilfsmittel wie beispielsweise ein Pflegebett oder ein Hausnotruf werden vorzugsweise leihweise überlassen. Der Pflegehilfsmittelkatalog ist unter www.rehadat.de online abrufbar.

²³¹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW:
Sicher und bequem zu Hause wohnen, S. 31

In den Zuständigkeitsbereich der Pflegekassen fallen auch Maßnahmen der Wohnungsanpassung. Sie werden gewährt, wenn dadurch im Einzelfall die häusliche Pflege ermöglicht, erheblich erleichtert oder die möglichst selbstständige Lebensführung der pflegebedürftigen Menschen wiederhergestellt wird. Dabei kann es sich zum Beispiel um bauliche Maßnahmen handeln, wie Türverbreiterungen, fest installierte Rampen und Treppenlifter oder Installationen im Badbereich. Aber auch der Ein- und Umbau von Mobiliar, das entsprechend den Erfordernissen der Pflegesituation individuell hergestellt oder umgestaltet wird, kann als Maßnahme gefördert werden.

Die Kosten einer Maßnahme zur Wohnungsanpassung können nach §40 Absatz 4 SGB XI (Pflegeversicherungsgesetz) bis zur Höhe von 2.557 Euro bezuschusst werden. Voraussetzung ist jedoch das Vorliegen einer Pflegestufe, die Ermöglichung der häuslichen Pflege durch die Umbaumaßnahmen oder die Wiederherstellung der selbstständigen Lebensführung.²³² Bei der Bemessung des Zuschusses sind als Kosten der Maßnahme die Aufwendungen für die Vorbereitung, u.a. auch vorbereitende Maßnahmen der Wohnberatungsstelle, Materialkosten, Arbeitslohn und gegebenenfalls Gebühren (Bauanträge, Genehmigungen) zu berücksichtigen. Wird die Maßnahme von Angehörigen, Nachbarn oder Bekannten ausgeführt, werden auch Aufwendungen wie Fahrtkosten und Verdienstaussfall berücksichtigt. Der Pflegebedürftige trägt als Eigenanteil 10% der Kosten der Maßnahme, jedoch höchstens 50% seiner monatlichen Bruttoeinnahmen, wobei hier alle Einkünfte, u.a. auch Sozialhilfe, Zinseinnahmen, Mieteinnahmen etc. berücksichtigt werden.²³³

Als eine Maßnahme gilt die Gesamtheit aller zum Zeitpunkt der Antragstellung notwendigen Veränderungen. Ändert sich die Pflegesituation und werden darauf hin weitere Verbesserungen des Wohnumfeldes erforderlich, handelt es sich erneut um eine Maßnahme, so dass ein weiterer Zuschuss bis zu einem Betrag von 2.557 Euro gewährt werden kann. Nähere Informationen hinsichtlich möglicher Zuschüsse zu Wohnungsanpassungen geben die Pflegekassen. Der Zuschuss wird auf Antrag des Versi-

²³² <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/wissenspool/11planenUNDbauen/11BaulicheAnforderungen/> abgerufen am 02.12.2009

²³³ vgl.: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen, S. 45

cherten bei der zuständigen Pflegekasse gewährt, wenn die notwendigen Voraussetzungen vorliegen. Eine ärztliche Verordnung ist für die Antragstellung nicht erforderlich.

Rehaträger

Rehaträger gewähren Leistungen, um die Selbstbestimmung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen und ihre gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Leistungen zur Umbau- oder Wohnhilfe werden im Rahmen der beruflichen Rehabilitation gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit erheblich gemindert oder gefährdet ist und die Erwerbsfähigkeit durch die Wohnungshilfe wiederhergestellt wird. Ziel ist, dass der Arbeitsplatz möglichst selbstständig und barrierefrei erreicht werden kann. Die Maßnahme muss notwendig und wirtschaftlich sein. Die Förderung ist nicht auf einen bestimmten Betrag begrenzt und wird einkommensunabhängig gewährt. Die Leistungen werden vor Beginn der Maßnahme beantragt.²³⁴

Rehaträger für alle Personen, die bis zu 15 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, ist die Agentur für Arbeit. Für Personen, die mehr als 15 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, ist der Rentenversicherungsträger zuständig; für alle Selbstständigen, Freiberufler und Beamte die Fürsorgestelle. Ist keiner der oben genannten Rehaträger zuständig, ist das Sozialamt der richtige Ansprechpartner.²³⁴

Für die Koordinierung der verschiedenen Kostenträger gibt es die Servicestellen der Rehaträger. Sie bieten behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen, ihren Vertrauenspersonen und Sorgeberechtigten Beratung und Unterstützung an. Die gemeinsamen Servicestellen informieren u.a. über die Leistungsvoraussetzung und Leistungen der Rehabilitationsträger und klären den persönlichen Bedarf an Rehabilitationsleistungen. Die Servicestellen sind in allen Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichtet worden. Für den Rhein-Erft Kreis befindet sich die Servicestelle für Re-

²³⁴ vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW: Sicher und bequem zu Hause wohnen, S. 33

habilitation der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in 50126 Bergheim, Albrecht-Dürer-Allee 8.

Sozialhilfe

Seit dem 01. Januar 2005 ist das Sozialhilferecht in das Sozialgesetzbuch (SGB) übergegangen. Leistungen aus der Eingliederungshilfe (nach SGB XII) werden auch zur Verbesserung der Wohnsituation älterer und behinderter Menschen gewährt. Bei diesen Leistungen wird zunächst geprüft, ob der/die Antragsteller/-in über ausreichende finanzielle Mittel verfügt, um sich selbst zu helfen. Da Eingliederungshilfe nachrangig zu gewähren ist, wird auch geprüft, ob die Hilfen nicht von anderen Kostenträgern ganz oder teilweise zu erbringen sind. Ist dies nicht der Fall, werden die Leistungen gegebenenfalls aus der Eingliederungshilfe finanziert. Hilfsmittel können gewährt und u.a. Umbaumaßnahmen unterstützt werden.²³⁵

Für die Anpassung von Wohnungen kommt zum Einen die Eingliederungshilfe (§§53 ff. SGB XII) in Betracht, um eine Behinderung oder eine drohende Behinderung auszugleichen. Die Hilfe zur Pflege (§§61 ff. SGB XII) kommt für Personen in Frage, die geistig, körperlich oder seelisch erkrankt oder behindert sind und regelmäßig der Hilfe bedürfen. Der Antrag sollte bei den gemeinsamen Servicestellen oder auf direktem Wege beim Sozialamt eingereicht werden.²³⁶

Bausparmittel

Ist die Gewährung öffentlicher Mittel für die geplanten Wohnungsveränderungen nicht möglich, müssen Eigenleistungen erbracht werden. Eigentümer können Bausparmittel einsetzen, um Umbaumaßnahmen durchzuführen, die zudem den Wohnwert des Objektes steigern. Auch Bausparmittel des Mieters können zum Einsatz kommen. Voraussetzung ist, dass die Eigentümer schriftlich zustimmen, dass es sich um eine wert erhöhende Maßnahme, wie um eine Türverbreiterung oder den Einbau einer

²³⁵ vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW: Sicher und bequem zu Hause wohnen, S. 34

²³⁶ vgl.: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen, S. 45f.

Heizungsanlage handelt, und die Werterhöhung der Mieterin oder dem Mieter durch eine vertragliche Regelung im Mietvertrag angerechnet wird. Musterverträge sind bei den Bausparkassen oder beim Bundesbauministerium erhältlich; Auskunft geben auch die Mietervereine.²³⁷

Kommunale Sonderprogramme

In einigen Gemeinden und Kreisen wurden spezielle kommunale Finanzierungsprogramme für die Wohnungsanpassung eingerichtet. Staatliche und kommunale Programme haben unterschiedliche Förderkonditionen. Bei einigen wird die Vergabe der Mittel durch dafür eingerichtete Beratungsstellen unterstützt. In anderen Kommunen gibt es zwar Beratungsstellen für die seniorengerechte Wohnungsanpassung, aber keine zusätzlichen finanziellen Mittel.²³⁷

Für Umbaumaßnahmen muss die schriftliche Zustimmung der Eigentümer eingeholt werden. Art und Höhe der Zuwendungen reichen vom Darlehen bis zur vollständigen Übernahme der Kosten. Zum Teil werden neben den Förderhöchstgrenzen auch die Mindestkosten und -standards für den Umbau festgeschrieben. Des Weiteres kann die Vergabe der Fördermittel an eine langfristige Belegungsbindung gekoppelt werden.²³⁸

Die kreisangehörigen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises bieten neben den oben beschriebenen Möglichkeiten der Wohnungsbauförderungen des Landes und des Bundes derzeit keine Sonderprogramme zur Finanzierung von Maßnahmen zur Wohnungsanpassung an.

Andere Kostenträger

Für Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) sind alle Beschäftigten anspruchsberechtigt, die entweder einen Wegeunfall oder einen Arbeitsunfall erlitten haben. Es werden Zuschüsse in Höhe der im gesamten Wohnungs-

²³⁷ vgl.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW: Sicher und bequem zu Hause wohnen, S. 37

²³⁸ vgl.: Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen, S. 46

bereich zum Ausgleich der eingetretenen Behinderung anfallenden Kosten bewilligt. Auch wiederholte Förderung – etwa bei Änderung der persönlichen Lebenssituation – ist möglich. Die Leistungen werden einkommensunabhängig gewährt. Leistungen Dritter werden nicht angerechnet. Versicherte mit einer privaten Unfallversicherung sollten Ihre Ansprüche mit den jeweiligen Versicherungsunternehmen klären.²³⁷

4.3.5. Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte und kommunale Handlungsweise im Rhein-Erft-Kreis

Trends von Bedarfs- und Angebotsstrukturen im Wohnungsbau/-bestand

„Die Wohnungsmärkte in Nordrhein-Westfalen unterliegen permanenten Veränderungen, die regional sehr unterschiedlich sein können.“²³⁹

Nach dem Ministerium für Bauen und Verkehr (MBV) NRW ist es Aufgabe der Wohnungspolitik, auf diese Veränderungen zu reagieren und gemeinwohlschädlichen Entwicklungen entgegenzuwirken.²³⁹

Laut Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) steigt der Wohnungsbestand in NRW insgesamt kontinuierlich an, da der Neubau den Wegfall veralteter Wohnungsbestände immer noch übersteigt, jedoch werden die Wohnungsbestände in NRW älter. So wurde etwa ein Viertel des nordrhein-westfälischen Wohnungsbestandes vor 1948 gebaut, deutlich mehr als die Hälfte stammen aus der Zeit vor 1969.²³⁹ Der größte Teil der über 8,4 Millionen Wohnungen in NRW wurde folglich in Zeiten erstellt, als das Thema barrierefreier Wohnraum für die meisten Wohnungsunternehmen und Eigentümer ein Fremdwort war oder als Spezialwohnform für Behinderte galt.²⁴⁰ Viele der älteren Wohnungen entsprechen, auch wenn sie an gut erschlossenen Standorten mit überdurchschnittlicher Infrastruktur liegen, weder den Nutzungsvorstellungen der Menschen noch den Qualitätsstandards der heutigen Zeit. Um sie heutigen Standards anzupassen, müssen sie entsprechend modernisiert werden.

²³⁹ <http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/datenUndFakten/index.php>, abgerufen am 02.12.2009

²⁴⁰ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW: Wohnen ohne Barrieren, S. 32

So ist der Stellenwert der Modernisierung von Wohnungsbeständen deutlich gestiegen.²¹⁸ Auch Wohnungsunternehmen erkennen zunehmend die Nachfrage und Marktchancen, die in der nachträglichen Schaffung von barrierefreien Wohnangeboten in den Wohnungsbeständen liegen.²⁴⁰

Das aktuelle Wohnungsmarktgutachten des Eduard Pestel Instituts für Sozialforschung, das im Auftrag des MBV NRW die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte bis zum Jahr 2025 untersucht hat, stellt einen Zuwachs des Bedarfs an seniorengerechten Wohnungen fest. Als sektoraler Trend, auf den sich die Akteure einstellen müssen, wurde prognostiziert, dass seniorengerechtes Wohnen in allen Regionen des Landes weiter an Bedeutung gewinnen wird, weil bis 2025 die höheren Altersgruppen erheblich zunehmen.²⁴¹ Dadurch entstehe kein zusätzlicher Bedarf, aber es beschreibe eine wichtige qualitative Komponente des Gesamtbedarfs. „Sowohl im Bestandsumbau als auch im Neubau müssen die Weichen entsprechend gestellt werden“, so das Gutachten.²⁴¹

In 25 Regionen Nordrhein-Westfalens übersteigt bis 2025 der Wohnungsbedarf das Neubauangebot. Dabei wird der Rhein-Erft Kreis im Jahr 2025 unter den sogenannten Defizitregionen sein. So baut sich im Rhein-Erft-Kreis angesichts der steigenden Haushaltszahlen und der zu erwartenden Wohnungsabgänge – insgesamt ein über die Prognosezeit bis 2025 zunehmendes Gesamtdefizit von 3.136 Wohneinheiten auf.²⁴²

²⁴¹ vgl.: Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S. 53

²⁴² vgl.: Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S. 44ff.



Abbildung 117: Kreise und Kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen mit Wohnungsdefizit/-überhang

Laut dem Wohnungsmarktgutachten des Eduard Pestel Instituts ist davon auszugehen, dass in Regionen mit einem hohen Anteil an Geschosswohnungen der durch die Zunahme der über 75-jährigen ausgelöste qualitative Bedarf an Seniorenwohnungen leichter gedeckt werden kann. Probleme mit der Versorgung könnte es aber in den Regionen mit hohem Anteil an Einfamilienhäusern geben.²⁴³ Bei einer Kombination von hohen Anteilen an Ein- und Zweifamilienhäusern mit hohen Zuwachsraten bei

²⁴³ vgl.: Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S. 49

den 75-jährigen und Älteren wurde der Trend festgestellt, dass Kreise mit einem Geschosswohnungsanteil von unter 50% und gleichzeitig einer Zunahme der Älteren von bis zu 70% in Zukunft erheblichen Problemen gegenüberstehen werden.²⁴⁴ Für den Rhein-Erft-Kreis wurde in der Gegenüberstellung aller Kreise und Kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen ein Mangel an seniorengerechten Wohnungen im Jahr 2025 prognostiziert, wie die folgende Abbildung veranschaulicht.

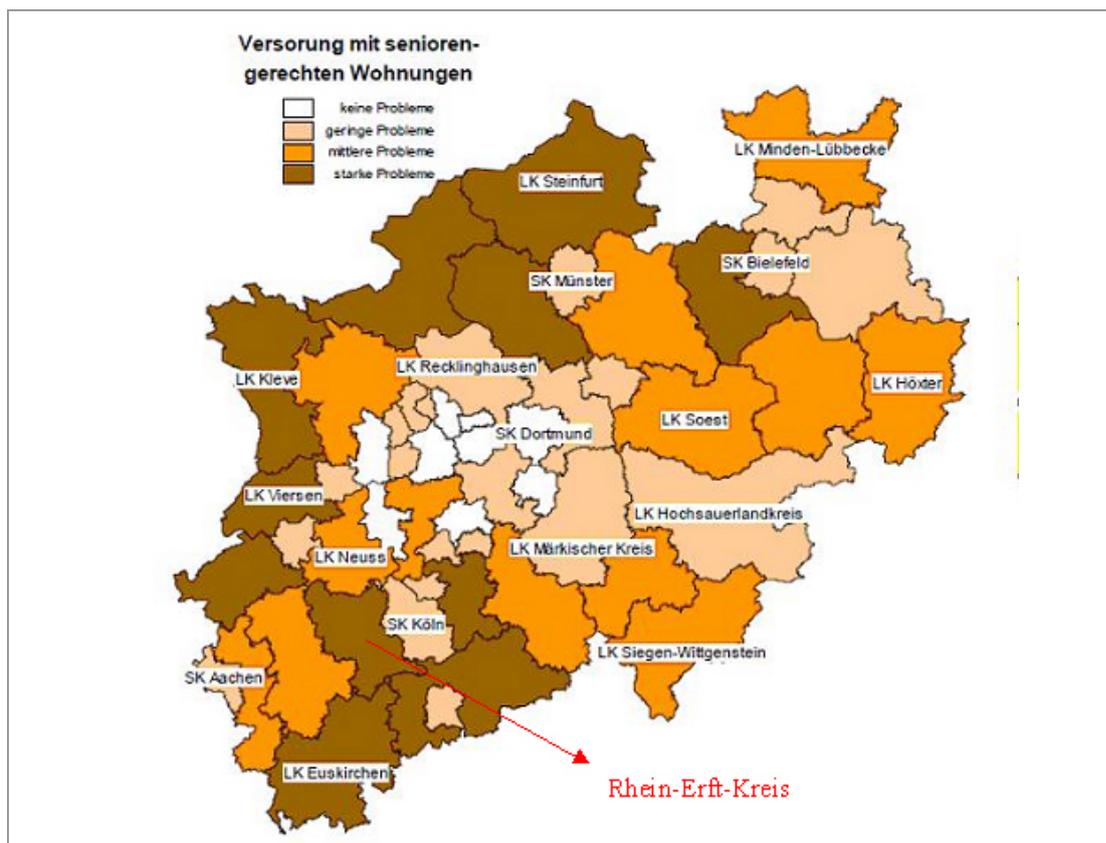


Abbildung 118: Kreise und Kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen mit einem Mangel an seniorengerechten Wohnungen im Jahr 2025

Die Modellrechnungen zur lokalen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung zeigen weiterhin, dass die Bevölkerung in den Altersgruppen über 75 Jahre auf dem Lande

²⁴⁴ vgl.: Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S. 50

schneller wächst als in den Städten. Auf dem Lande gebe es aber bisher noch kein größeres Angebot an seniorengerechten Wohnungen.

Laut Aussage des Geschäftsführers des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, Dr. Peter Michell-Auli, leben rund 93% der über 65-jährigen mit und ohne Pflegebedarf zu Hause und wollen dort auch weitgehend selbstständig und selbstbestimmt wohnen bleiben.²⁴⁵ Insgesamt wollen nur 15% der älteren Haushalte in NRW in eine neue Wohnung wechseln. Daraus resultiert ein hoher Bedarf an senioren- bzw. generationengerechtem Bestandsumbau.²⁴⁶ Die aktuelle Struktur des Wohnungsbestandes genügt den Anforderungen, die der demographische Wandel zukünftig mit sich bringt, vielfach nicht. Das wohnungspolitische Problem entsteht durch die zukünftige Diskrepanz von regionalen Alterungsprozessen und dem zu erwartenden Angebot an Seniorenwohnungen.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr des Landes NRW, macht sich für eine bedarfsgerechte und moderne Wohnraumförderung neuen Stils stark. In zahlreichen Kommunen werde künftig weniger der Neubau als vielmehr der Umbau von bestehendem Wohnraum in den Vordergrund rücken, so Lienenkämper.²⁴⁷ „Wo die Nachfrage stagniert, wird die Qualität des vorhandenen Wohnraums entscheidend für das Quartier. [...] Er setzt auf die Kooperation zwischen Kommunen und Immobilienbesitzern.“²⁴⁷ Die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen sieht das barrierefreie Bauen bzw. den barrierearmen Umbau des Bestandes als ein immer wichtiger werdendes Segment des Bau- und Planungssektors.²¹⁵

Künftig sind in den meisten Wohnungsmarktregionen Strategien erforderlich, die in einer Kombination von Bestandsentwicklung und ergänzendem Neubau durch qualitätsvolle Angebote ein attraktives Wohnumfeld gewährleisten. Sinnvolle Strategien

²⁴⁵ <http://pflegen-online.de/nachrichten/aktuelles/erhebliche-versorgungsluecken-bei-altersgerechten-wohnangeboten.htm?nlp=pb20091007>, abgerufen am 02.12.2009

²⁴⁶ Eduard Pestel Institut für Systemforschung e. V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S. 53

²⁴⁷ http://www.mbv.nrw.de/Presse/Pressemitteilungen/Archiv_2009/Kongress_Trendwende_Sozialer_Wohnungsbau-7_9_09/index.php, abgerufen am 02.12.2009

sind auch hinsichtlich der Entwicklung von regionalen Bestandskonzepten, die nicht nur auf eine Modernisierung und Anpassung des Bestandes an zeitgemäße Wohnvorstellungen hinzielen, sondern die ein Angebot für die sich ausdifferenzierenden Lebensstile schaffen, von Nöten.²⁴⁸ Eine sukzessive aber dennoch grundlegende Neustrukturierung des Gebäudebestandes, die eine selbstständige Lebensführung bei hoher Wohnqualität in den eigenen vier Wänden gewährleistet, ist daher zwingend notwendig.²⁴⁹

Anregungen für kommunale Handlungsweisen (Herr Lepperhoff)

Um den Traum vieler Menschen, selbständig in dem vertrauten Wohnumfeld leben zu können, zu erfüllen, liegt es auch an den einzelnen Kommunen seniorenrechtliche Wohnungen anzubieten. Aus dem vorherigen Kapitel „4.3.5 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte und kommunale Handlungsweise im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Trends von Bedarfs- und Angebotsstrukturen im Wohnungsbau/-bestand“ kommt hervor, dass lediglich 15% der älteren Haushalte in NRW in eine neue Wohnung wechseln würden. Aus diesem Grund sollte erkannt werden, dass ein hoher Bedarf an senioren- bzw. behindertengerechtem Wohnbestandsumbau entstehen wird. Ob diese alternative Möglichkeit von den Bürgern finanziell zu schaffen ist bleibt abzuwarten. Eine nahe, beratende Stelle für bautechnische und finanzielle Fragen wäre diesbezüglich sicherlich zu begrüßen. Kapitel „5.2.10 Wohnberatung“ gibt Anregungen für eine solche Stelleneingliederung in die Kommune und zeigt weitere alternative Anbieter sowie Verbesserungsmöglichkeiten auf. Der Neubau barrierefreien Wohnraumes findet bei der Bevölkerung weniger Beachtung, sollte jedoch unbedingt fortgesetzt werden. Deshalb sollte eine Wohnraumförderung auch auf eine Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Immobilienbesitzer abzielen. Eine nachfragengerechte Kombination aus Bestandsumbau und ergänzendem Neubau sichert ein attraktives Wohnumfeld und steuert einem Abwandern der Seniorinnen und Senioren entgegen. Aus siedlungspolitischer Sicht ist diese Anregung auch sehr genehm, da

²⁴⁸ vgl.: Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW: Wohnen ohne Barrieren, S. 9

²⁴⁹ http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/foerderung/Wohnen_im_Alter/index.php, abgerufen am 02.12.2009

eine hohe Nachfrage an barrierearmen/-freien Wohnungen zu erwarten ist und deswegen genügend Angebote bereit stehen sollten.

Auch die Kreisstadt Bergheim hat die Notwendigkeit der Schaffung neuer Handlungsansätze bezüglich des demografischen Wandels erkannt. Sie hat sich im Demografiebeschluss 2007 das Ziel gesetzt, eine gleich bleibende Bevölkerungszahl zu halten.

*„Eine gleich bleibende Bevölkerungszahl bedeutet gleichzeitig eine alternde Gesellschaft“.*²⁵⁰

Das Ziel der Kreisstadt Bergheim beinhaltet also fast zwangsläufig, dass weitere Bedarfe bei einer alternden Gesellschaft entstehen werden. Die Pflegebedürftigkeit wird sich nach selbigem Gutachten in den nächsten zehn Jahren um ca. 50% erhöhen. Bei dieser Entwicklung erscheint die Schaffung neuen seniorengerechten, bezahlbaren Wohnraums unerlässlich. Gleichzeitig können seniorengerechte Wohnungen oder auch Modellprojekte fürs „Wohnen im Alter“ Anreize für die Stadt Bergheim schaffen.²⁵¹

Durch Schaffung eines behindertengerechten sozialen Wohnbaus in infrastrukturell interessanten Lagen wird diesem Ziel Rechnung getragen. Wenn eine individuelle notwendige Modernisierung des Wohnraumes nicht selbstständig gewährleistet werden kann, muss jede Kommune ein attraktives Angebot zur Lebensqualität und Selbstständigkeit anbieten, damit sich ältere Menschen dort wohlfühlen können. Insbesondere Beachtung bei den Seniorinnen und Senioren erhält die Wohnung, weil dort die tägliche Aufenthaltszeit am längsten ist. Der Bau von barrierefreien Wohnungen ist daher für eine Kommune unerlässlich. Da diese Angebote meistens von ein- bzw. zweiköpfigen Seniorenhaushalten nachgefragt werden, sollte sich die angepasste Wohnfläche auf diese Anzahl beziehen. Dadurch können mehr Wohnungen angeboten und die Mietpreise begrenzt werden. Gerade der finanzielle Mietaspekt sollte bei der Planung beachtet werden, da die Nachfrager meistens diejenigen sind, die den selbst-

²⁵⁰ „Demografisches Gutachten für die Stadt Bergheim, Planungsbüro Dr. Jansen GmbH

²⁵¹ Kreisstadt Bergheim: Sozialer Wohnungsbau in Bergheim speziell für Seniorenwohnungen und alternative Wohnformen, S. 4

ständigen Umbau nicht tragen können und preiswerte, barrierefreie Wohnungen suchen. Bergheim verzeichnet ein überdurchschnittliches Kosten- und Bedarfsniveau im Vergleich zu den anderen nordrhein-westfälischen Kommunen. Für Haushalte mit geringem Einkommen ist der Zugang zur neuen Wohnung umso schwieriger, je höher die Bestandsmieten sind. Auf mietpreisgebundene Angebote ist deshalb zu achten. Insbesondere unter Berücksichtigung der kleiner werdenden Rentenbeiträge wird der Bedarf bei den älteren Menschen steigen, da der Kauf einer zentralen Wohnung finanziell kaum aufzubringen sein wird.

Spezielle Bestimmungen zur Förderung von Altenwohnungen sind dem Land vorbehalten. Nach dessen Förderrichtlinien müssen Sozial-/Altenwohnungen barrierefrei/behindertengerecht zugänglich sein, damit die Kommunen öffentliche Fördermittel erhalten. Mit Hilfe eines Bewilligungsbescheids können geförderte Wohnungen nur an Personen, die über 60 Jahre alt oder schwerbehindert sind, angeboten werden. Des Weiteren kann die Kommune ein Belegungsrecht für die jeweilige Wohnung eintragen lassen, somit ist gewährleistet, dass der vorgesehene Personenkreis bei der Vermietung an erster Stelle berücksichtigt wird.²⁵² Diese Handlungsansätze müssen bei der Umsetzung genau geplant und organisiert werden.

Da die wohnungswirtschaftlichen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten von Kommune zu Kommune unterschiedlich verlaufen, sollten die auseinander laufenden Bedarfs- und Angebotsstrukturen durch regional angepasste Ziel- und Maßnahmenkonzepte wieder aneinander herangeführt werden. Die Akteure des Rhein-Erft-Kreises sollten sich dabei auf die im vorangehenden Abschnitt genannten Trends einstellen.

Das unter Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ – Abschnitt „Wohnungsbauförderung bei der Reduzierung von Barrieren im Wohnungsbestand“ beschriebene Bestandsförderprogramm des Landes NRW soll als wohnungspolitischer Beitrag zur Lösung der aktuellen demografischen und siedlungsstrukturellen Probleme im Wohnungsbestand dazu beitragen, differenzierte Wohnan-

²⁵² vgl.: Kreisstadt Bergheim: Sozialer Wohnungsbau in Bergheim speziell für Seniorenwohnungen und alternative Wohnformen, S. 4, 5, 7, 12-13

gebote im Bestand insbesondere für ältere und auch pflegebedürftige Menschen zu schaffen.

Weitere Angebote, die dem Bedarf an seniorenrechtlichen Wohnungen im Kreisgebiet begegnen, und gegebenenfalls die Schaffung kommunaler Förderprogramme für altersgerechte Bauten und Umbauten wären zielführend. Auch öffentliche Veranstaltungen und das Verteilen von Broschüren zum Thema „barrierefreien Wohnens“ unterstützen den Bürger und die Bürgerin bei der notwendigen Umgestaltung des Wohnraums.

Barrierearme und barrierefreie Wohnungen sind für mobilitätseingeschränkte und behinderte Menschen notwendig. Um für diesen Personenkreis eine höhere Mobilität zu gewährleisten, ist die Anpassung des Wohnumfeldes, die im folgenden Kapitel näher beleuchtet wird, hilfreich.

4.4. Wohnumfeld

4.4.1. Einleitung und Definition (Frau Kaminski)

Die Integration in die Gesellschaft sowie die freie Entfaltung der Persönlichkeit sind unentbehrliche Rechte eines jeden Menschen. Diese Rechte sind jedoch von den mobilen Fähigkeiten des Menschen abhängig.²⁵³ Anders als in jüngeren Jahren ist der ältere Mensch oft in seinem Bewegungs- und Handlungsspielraum eingeschränkt.²⁵⁴ Es fällt ihm deshalb schwer, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und seine Lebensqualität wird dadurch gemindert.

„Mit zunehmendem Alter wird der räumliche Aktionsradius geringer; die Umweltbezüge älterer Menschen ‚schrumpfen‘ auf die Wohnung oder das Haus sowie das angrenzende Wohnumfeld zusammen.“²⁵⁴

²⁵³ <http://www.gesundheitberlin.de/download/Arndt-Mobilitaetsbarrieren-Kongressbeitrag2005.pdf>, Stand 01.12.2009

²⁵⁴ vgl. Mette, Inge; Narten, Renate: Selbstbestimmt Wohnen im Alter, S. 190

Das Wohnumfeld des älteren Menschen spielt somit eine wichtige Rolle.

Unter dem Begriff Wohnumfeld versteht man laut Duden „*das auf die Art und Weise des Wohnens unmittelbar einwirkende Umfeld*“²⁵⁵ eines Menschen. Der Ausdruck umfasst demnach sowohl Aspekte des Städtebaus und der Infrastruktur als auch der Kultur und der Lebensqualität eines Menschen.²⁵⁶

Aufgrund der eingeschränkten Mobilität älterer Menschen ist es wichtig, ihr Wohnumfeld so angenehm wie möglich zu gestalten. Die Beachtung ihrer Bedürfnisse ist dabei ein wichtiger Anhaltspunkt, um den einzelnen Teilbereichen des Themas „Wohnen im Alter“ gerecht zu werden.

Laut Auswertung der durchgeführten Bürgerbefragung in der Kreisstadt Bergheim wollen ältere Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrem bisherigen Wohnumfeld leben (vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“). Dies würde der gesellschaftspolitischen Zielsetzung „*ambulant vor stationär*“ entsprechen und damit gleichzeitig den Bedarf an Alten- und Pflegeheimplätzen reduzieren.²⁵⁷ Allerdings ist für ein Verbleiben in der eigenen Wohnung im Alter fast immer eine autonome Lebensführung sowie selbstständiges Haushalten Voraussetzung. Um diesem Wunsch älterer Menschen gerecht zu werden und einen weitestgehend eigenständigen Lebenswandel zu unterstützen, sollte das Wohnumfeld sowohl in städtebaulicher als auch in sozialer Hinsicht an deren Belange angepasst sein. Nur so könnten sich die Seniorinnen und Senioren nahezu ungehindert und ohne größere Schwierigkeiten in der Umgebung außerhalb der Wohnung zurechtfinden und weiterhin aktives Mitglied der sozialen Gesellschaft bleiben.

²⁵⁵ Duden

²⁵⁶ <http://www.isg-institut.de/download/WS-LahnDoku.pdf>, Stand 01.12.2009

²⁵⁷ [http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/\\$file/seniorengerechtestadt.pdf](http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/$file/seniorengerechtestadt.pdf), Stand 01.12.2009

Anpassung des öffentlichen Raumes innerhalb und außerhalb öffentlicher Gebäude

Angesichts der demografischen Entwicklung steigt der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft immer mehr an (vergleiche Kapitel „2 Demografische Entwicklung (Herr Malek)“). Dies stellt vor allem die Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen. Ein Umdenken im städtischen Planen, Bauen und Betreiben des Verkehrssystems sowie des öffentlichen Raums ist nötig. Dies sollte sich jedoch nicht nur auf die Innenstädte, sondern auf alle Stadtteile beziehen.²⁵⁸

Das Aufsuchen öffentlicher Einrichtungen ist eine alltägliche Angelegenheit. Hierzu zählen beispielsweise Behördengänge, der Besuch von Bildungseinrichtungen, Wahllokalen, kulturellen und medizinischen Einrichtungen, Kirchen, Einkaufsstätten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Gaststätten und Veranstaltungsorten.²⁵⁷

Stufen oder Treppen in oder vor öffentlichen Gebäuden behindern die Bewegungsfreiheit mobilitätseingeschränkter Menschen in hohem Maße und erschweren den Weg oder Zugang. Demnach sollte gerade bei der Gestaltung und Ausstattung öffentlicher Gebäude darauf geachtet werden, dass diese barrierearm sind und so jeder Bürgerin und jedem Bürger, unabhängig von Alter oder körperlicher Verfassung, der Zugang möglich ist.

Aber auch weitere Möglichkeiten wie gut lesbare Informations- und Wegleitsysteme und das kontrastreiche Hervorheben von Stufen, Treppen und Hindernissen können älteren sehbehinderten Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich besser zurechtzufinden und tragen dazu bei, öffentliche Einrichtungen seniorengerechter zu gestalten.²⁵⁷

Auch außerhalb von öffentlichen Gebäuden sollte den älteren Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme am öffentlichen Leben problemlos ermöglicht werden. Die entsprechende Umgestaltung von Gehwegen, Parks und Grünanlagen sollte hier ebenso Priorität haben wie barrierefreie und saubere öffentliche Toiletten oder Ruhebänke im Stadtgebiet. Dies lässt eine Stadt seniorenfreundlicher werden. Für detailliertere Aus-

²⁵⁸ <http://www.gesundheitberlin.de/download/Arndt-Mobilitaetsbarrieren-Kongressbeitrag2005.pdf>, Stand 01.12.2009

fürungen zum Thema „Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes“ wird auf Kapitel „4.4.2 Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)“ verwiesen.

Städtebauliches Wohnumfeld

Durch das Behindertengleichstellungsgesetz des Landes NRW (BGG NRW) vom 16. Dezember 2003 wird die Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr gesetzlich unterstützt. Hierbei spielt besonders der §4 BGG NRW eine wichtige Rolle.

Das Gesetz definiert Barrierefreiheit als

„Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe möglich sein. (...) Zu den gestalteten Lebensbereichen gehören insbesondere bauliche und sonstige Anlagen, die Verkehrsinfrastruktur, Beförderungsmittel im Personennahverkehr, (...) sowie Kommunikationseinrichtungen.“²⁵⁹

§5 I BGG NRW spricht vor allem die kommunalen Körperschaften wie folgt an:

„Zur Herstellung der Barrierefreiheit sollen, soweit nicht besondere gesetzliche Vorschriften entgegen stehen, Zielvereinbarungen zwischen den nach §13 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) anerkannten Verbänden oder deren nordrhein-westfälischen Landesverbänden einerseits und kommunalen Körperschaften, deren Verbänden und Unternehmen andererseits für ihren jeweiligen sachlichen und räumlichen Organisations- oder Tätigkeitsbereich getroffen werden.“²⁶⁰

²⁵⁹ §4 BGG NRW

²⁶⁰ §5 BGG NRW

Demnach sollte das Ziel einer senioren- und behindertengerechten Stadt sein, diese weitestgehend barrierefrei zu schaffen bzw. umzubauen. Besondere Beachtung verdient hierbei z.B. die Gestaltung von Fußwegen und Straßenüberquerungen. Mobilitätshindernisse in Eingangsbereichen und Treppenhäusern privater und öffentlicher Gebäude sollten vermieden werden. Auch die Versorgung dezentraler Wohngebiete mit Geschäften und Einrichtungen muss bedacht werden.²⁶¹

Für detailliertere Ausführungen zum Thema „Städtebauliches Wohnumfeld“ wird auf Kapitel „4.4.2 Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)“ – Abschnitt „Städtebauliches Wohnumfeld“ verwiesen.

Infrastruktur

Ältere Menschen haben oft nur einen kleinen Bewegungsradius. Diese Tatsache wird allerdings nicht immer berücksichtigt und stellt neue Anforderungen an die Verkehrs- und Stadtplanung der Kommunen.²⁶² Nicht alle Wege im Alltag können unmittelbar zu Fuß zurückgelegt werden. Eine gut funktionierende Infrastruktur ist nötig. Besonders für nicht motorisierte ältere Menschen ist eine gute öffentliche Verkehrsanbindung, die ohne große Mühe erreicht werden kann, wichtig. Öffentliche Beförderungsmittel sollten daher flächendeckend eingesetzt werden. Damit jeder Bürger, ganz gleich, ob er in seiner Mobilität eingeschränkt ist oder nicht, den öffentlichen Nahverkehr nutzen kann, ist es vor allem wichtig, dass dieser barrierefrei gestaltet ist. Für detailliertere Ausführungen zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“ wird auf Kapitel „4.4.2 Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)“ – Abschnitt „Städtebauliches Wohnumfeld, Öffentlicher Raum“ verwiesen.

²⁶¹ vgl. Mette, Inge; Narten, Renate: Selbstbestimmt Wohnen im Alter, S. 191

²⁶² vgl. Kremer-Preiß, Ursula; Stolarz, Holger: Leben und Wohnen im Alter, S. 37

Einkaufsmöglichkeiten

Um alltäglichen Erfordernissen, wie z.B. die Beschaffung von Nahrungsmitteln oder sonstigen Gebrauchsgegenständen, gerecht zu werden, sollten Einkaufsmöglichkeiten zentral liegen bzw. schnell und einfach erreichbar sein. Aber auch das Regeln von Behördenangelegenheiten, wie das Aufsuchen von Banken, Postämtern etc., sollte ohne große Umstände bewältigt werden können. Besonders ältere Menschen sind zunehmend auf Dienstleistungen (Frisör, Hand- und Fußpflege etc.) angewiesen. Auch hier ist ein flächendeckendes Angebot ein wichtiges Kriterium für ein seniorenrecht gestaltetes Wohnumfeld (detailliertere Ausführungen zum Thema „Einkaufsmöglichkeiten“ vergleiche Kapitel „4.4.2 Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)“ – Abschnitt „Städtebauliches Wohnumfeld, Öffentlich zugängliche Gebäude“ Besonderheit „Supermarkt“).

Medizinische Versorgung

Mit zunehmendem Alter häufen sich altersbedingte Krankheiten.²⁶³ Der Bedarf an nahe gelegenen und gut zu erreichenden Ärzten, Fachärzten sowie Apotheken wird größer. Dienstleistungen wie medizinische Fußpflege, Physiotherapeuten etc. sollten möglichst wohnortnah liegen, es sei denn, sie werden mobil angeboten. Auch dies sollte bei einer seniorenrechtlichen Stadtplanung bedacht werden.

Sicherheit

Auch das Thema Sicherheit ist ein Aspekt, der gerade für ältere Menschen in ihrem Wohnumfeld wichtig sein kann. Hierbei sollten „Angsträume“, wie unübersichtliche, nicht einsehbare, dunkle Straßenecken vermieden bzw. abgebaut werden.²⁶² Hilfreich sind eine helle Beleuchtung sowie die konstante Überwachung entsprechender Gebiete.

²⁶³ vgl. Frevel, Bernhard (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel, S. 20

Soziales Wohnumfeld

Durch die bestehenden Richtlinien, Empfehlungen sowie DIN-Vorschriften soll, wie bereits erläutert, ein behindertengerechtes barrierefreies Bauen erzielt werden, welches sich meist auch als „seniorengerechtes Bauen“ definieren lassen kann.²⁶⁴

Doch nicht nur städtebaulich, sondern auch sozial muss das Wohnumfeld den Bedürfnissen der älteren Generation entsprechen. Die Einbindung von Seniorinnen und Senioren in die Gesellschaft ist von großer Wichtigkeit, um Vereinsamung und Ausgrenzung zu vermeiden. Es sollte vor allem darauf geachtet werden, dass keine „Ghettoisierung“ der älteren Generation stattfindet, sondern ein intergeneratives Zusammenleben besteht. Dem Wohnumfeld kommt eine „soziale und kommunikative Bedeutung“²⁶⁵ zu. Aufgrund der Wohnortabhängigkeit vieler älterer Menschen ist es wichtig, ihnen die Teilnahme am sozialen Leben so einfach wie möglich zu machen. Vor allem wohnortnahen sozialen und kulturellen Angeboten wird hierbei eine große Bedeutung beigemessen. Die Seniorenfreundlichkeit des „sozialen“ Raums außerhalb der Wohnung spielt somit eine tragende Rolle.

Soziale Angebote

Um das soziale Wohnumfeld seniorenfreundlich zu gestalten, wäre beispielsweise die Einrichtung eines sozialen Managements möglich, welches entsprechende Dienste bietet, die sich vorrangig an die ältere Bevölkerung richten. Hierzu gehören z.B. Altenbetreuung, Schuldnerberatung, aber auch Beschäftigungsprojekte sowie Nachbarschaftshilfevereine etc.²⁶⁶ Durch wohnortnahe Kontaktmöglichkeiten, Beratungsstellen und Dienstleistungsangebote kann der ältere Mensch seinen Bedarf an sozialem Austausch decken und bleibt weiterhin in die Gesellschaft integriert.²⁶¹ Auch das ehrenamtliche Engagement ist eine Möglichkeit für Seniorinnen und Senioren, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und soziale Kontakte beizubehalten bzw. neue

²⁶⁴ [http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/\\$file/seniorengerechtestadt.pdf](http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/$file/seniorengerechtestadt.pdf), Stand 01.12.2009

²⁶⁵ Mette, Inge; Narten, Renate: Selbstbestimmt Wohnen im Alter, S. 190

²⁶⁶ vgl. Opaschowski, Horst W.: Besser leben-schöner wohnen?, S. 67-68

Kontakte zu knüpfen.²⁶⁷ Sie können selbst aktiv werden und ihre Lebenserfahrung in die ehrenamtliche Arbeit einbringen (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“).

Kulturelle Angebote

Wie bereits erwähnt, wird die Gesellschaftsgruppe der Senioren in den nächsten Jahrzehnten einen immer größeren Anteil der Bevölkerung ausmachen. Daher sollte auch das städtische Kulturangebot stärker an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst und ihre Interessen berücksichtigt werden. Dies bedeutet sowohl spezielle Angebote zu schaffen, deren Zielgruppe auf Seniorinnen und Senioren beschränkt ist, als auch Möglichkeiten aufzuzeigen, an allen sonstigen Kultur- und Freizeitangeboten teilzunehmen. Hierfür ist es wiederum wichtig, dass Veranstaltungsorte und kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Museen etc. über behindertengerechte und barrierefreie Zugänge verfügen.

Kirchliche Angebote

Auch Kirchen oder christliche Vereine und Verbände bieten speziell auf Senioren abgestimmte Freizeitgestaltungsmöglichkeiten an. Seniorentreffs, Begegnungsstätten, Besuchsdienste, aber auch Beratungsangebote durch die Kirchengemeinde bieten älteren Menschen die Möglichkeit, am Gemeindeleben teilzunehmen, sich ggf. in die Gemeindegemeinschaft mit einzubringen und gemeinsam mit anderen Menschen die Freizeit zu verbringen.

²⁶⁷ vgl. Wahl, Hans-Werner: Alte Menschen in ihrer Umwelt, S. 140

4.4.2. Möglichkeiten der Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse von Seniorinnen & Senioren sowie Menschen mit Behinderungen (Frau Köhr)

Städtebauliches Wohnumfeld

Nach §55 Absatz 1 BauO NRW müssen bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, in den dem allgemeinen Besucherverkehr dienenden Teilen von Menschen mit Behinderung, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend genutzt werden können.

Richtlinien für die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Bereiches finden sich dabei insbesondere in den DIN-Normen 18024, Teil 1 und Teil 2, auf die auch im Folgenden Bezug genommen wird.

Öffentlich zugängliche Gebäude

Öffentlich zugängliche Gebäude sind solche, die nicht ausschließlich Wohnzwecken dienen²⁶⁸, sondern von der gesamten Öffentlichkeit besucht werden können. Dazu gehören neben öffentlichen Einrichtungen wie beispielsweise dem Rathaus auch Supermärkte, Arztpraxen oder Banken. Da sie von einer Vielzahl verschiedener Menschen aufgesucht werden, sollten solche Gebäude möglichst so ausgestattet sein, dass ein gefahrloses, hindernisfreies Besuchen möglich ist. Einige Möglichkeiten der Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude für die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen werden im Folgenden exemplarisch behandelt.

Zugang

Barrierefreiheit beginnt bereits an den Zugängen der Gebäude. Sie sollten schwellenfrei gestaltet sein. Das bedeutet, dass, sofern ein ebenerdiger Zugang aufgrund einer etwas erhöhten Lage des Gebäudes nicht möglich sein sollte, der Zugang durch eine Rampe ermöglicht werden sollte, damit auch Rollstuhlfahrer oder Menschen mit einer

²⁶⁸ Barrierefreies Bauen – Spaziergang durch einen barrierefreien Lebensraum, S. 15

Gehbehinderung das Gebäude problemlos betreten können.²⁶⁹ Optimal wäre, zudem den Eingang des Gebäudes zu überdachen, um so einen Schutz vor Regen oder Ähnlichem zu bieten.²⁷⁰

Doch auch bereits vor dem Betreten des Gebäudes können etwa große, beleuchtete Hausnummern oder Gebäudebezeichnungen, wie zum Beispiel „Rathaus“, die auch aus weiterer Entfernung lesbar sind, ein Auffinden der gesuchten Gebäude erleichtern. Auch sollten Klingel und Briefkasten nicht zu hoch angebracht sein, damit diese von Rollstuhlfahrern oder Kindern ohne größere Mühen erreichbar sind. Gemäß der DIN-Norm 18024 Teil 2, bietet sich hierfür eine Höhe von 85cm an. Das Gebäude sollte zudem über einige Behindertenparkplätze verfügen, die in der Nähe des Eingangs liegen.

Eingangsbereich

Für den Eingangsbereich gilt, dass dieser hell und übersichtlich gestaltet sein sollte. Dazu können zum einen eine helle Beleuchtung, zum anderen helle Wand- und Bodenfarben dienen. Lichtschalter sollten dabei für die Besucher der Gebäude leicht auffindbar und erreichbar sein. Wegweiser und Auskunftsschilder sollten ebenfalls übersichtlich gestaltet sein; etwa durch eine große, gut leserliche Schrift und eine leicht verständliche Sprache. Sie sollten außerdem nicht zu hoch angebracht sein, eine Höhe von ca. 1,20m wird von der DIN 18024 Teil 2 empfohlen. Die darauf enthaltenen Informationen sollten auch für blinde oder sehbehinderte Menschen zugänglich sein, so zum Beispiel durch Orientierungspläne in Brailleschrift. Auch Hinweisschilder auf barrierefrei erreichbare WCs, Behindertentoiletten, Aufzüge, Fluchtwege für Rollstuhlfahrer und ähnliches dürfen hier nicht fehlen.

Die Rezeption sollte stufenlos erreichbar sein und ausreichende Bewegungsflächen für Rollstuhlfahrer bieten. Ähnlich wie Briefkasten und Klingel des Gebäudes sollte die Theke gemäß der DIN-Norm 18024 Teil 2 etwa eine Höhe von 85cm haben.

²⁶⁹ <http://www.meldebox.de/umzug/wohnumfeld>, abgerufen am 02.11.2009

²⁷⁰ Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen, S. 11

Wartebereiche sollten über ausreichende Sitzgelegenheiten sowie Plätze für Rollstuhlfahrer verfügen. Der Aufruf von Personen sollte sowohl akustisch als auch optisch erfolgen. Schwellen oder Stufen sollten im Eingangsbereich der Gebäude in erster Linie vermieden werden, mindestens aber kontrastreich gekennzeichnet sein, etwa durch farbliche Abgrenzung von Stufenkanten.²⁷⁰

Treppenhaus

Verfügt ein öffentlich zugängliches Gebäude über mehrere Etagen, bietet es sich an, einen Fahrstuhl, Rampen oder Rolltreppen für gehbehinderte Menschen vorzusehen. Jedoch kann auch die Benutzung von Treppen für die Nutzung durch ältere oder behinderte Menschen erleichtert werden. Dabei sollten Treppenhäuser zunächst gut beleuchtet sein. Hilfreich ist auch, die Stufenkanten – zumindest bei der ersten und letzten Stufe – farblich von den restlichen Stufen abzuheben und rutschfesten Bodenbelag zu verwenden, um das Risiko des Stolperns zu vermindern. An den oberen und unteren Enden der Treppen sollte tastbarer Bodenbelag angebracht werden, um den Anfang bzw. das Ende der Treppe zu markieren. Bei längeren Treppen ist zudem ein Zwischenpodest wünschenswert, damit zwischendurch Pausen eingelegt werden können. Sehr zu empfehlen ist, wenn sich auf diesen Podesten eine Sitzmöglichkeit befindet. Die Breite einer solchen mit Podesten ausgestatteten Treppe sollte mindestens 1,35m betragen.

Auch bietet es sich an, ein farbliches Leitsystem einzuführen, damit ein Zurechtfinden durch Wiedererkennung der Farben erleichtert wird. So könnte zum Beispiel jede Etage oder verschiedene Gebäudeflügel durch einen jeweils andersfarbigen Streifen an der Wand gekennzeichnet sein, der auch durch das Treppenhaus verläuft.

Eine weitere Erleichterung des Treppensteigens könnte durch Handläufe erreicht werden, die an beiden Seiten der Treppen angebracht werden sollten. Auch hier bietet sich nach DIN-Norm eine Höhe von 85cm an. Optimal wäre, noch einen zweiten Handlauf in einer Höhe von etwa 60cm anzubringen, damit auch Kinder oder kleinwüchsige Menschen die Möglichkeit haben, sich festzuhalten. Die Handläufe sollten gemäß der DIN-Norm über einen ausreichenden Wandabstand von etwa 9cm verfügen, damit ein Greifen der Handläufe problemlos möglich ist, ohne dass die Hände die Wand berüh-

ren. Auch sollten die Handläufe von unten befestigt sein, damit man nicht zwischendurch den Handlauf loslassen muss, um der Befestigung auszuweichen.²⁷¹

Türen

Türen sollten eine Breite von mindestens 90cm haben, damit auch Rollstuhlfahrer ausreichenden Platz haben. Türrahmen sollten kontrastreich zur Wand und tastbar sein, damit sie auch von sehbehinderten oder blinden Menschen gefunden werden können. Vorzugsweise sind automatische Türen zu verwenden, die über einen Taster verfügen oder bei Annäherung automatisch öffnen. Dabei sollte auch der Taster kontrastreich gestaltet sein und eine Kennzeichnung der Tür als Automatiktür erfolgen. Das Zeitintervall sollte insbesondere für gehbehinderte Menschen lange genug eingestellt sein. Verwendet man gewöhnliche Türen ohne Automatikbetrieb, ist eine Zuziehstange wünschenswert. Die Tür sowie auch der Türgriff sollten zudem leichtgängig sein, Fußmatten oder Abstreifrostesollten berollbar und gehhilfengerecht sein.²⁷²

Besonderheit „Supermarkt“

Anders als die grundsätzlichen Anforderungen an ein barrierefreies Wohnumfeld sind beispielsweise die Anforderungen von Seniorinnen und Senioren speziell an Supermärkte. Hier geht es nicht allein um schwellenloses Betreten des Supermarktes oder ausreichend viele Behindertenparkplätze in der Nähe des Eingangs, sondern um die seniorenfreundliche Einrichtung der Geschäfte. Seniorinnen und Senioren wünschen sich hier insbesondere das Vorhandensein von Kundentoiletten und Sitzmöglichkeiten, die in vielen Supermärkten fehlen. Eine Umfrage der Verbraucherzentrale Hamburg vom November 2007 ergab zudem, dass viele Seniorinnen und Senioren bemängeln, dass Einkaufswagen schwer zu lenken oder dass Gänge und Kassenbereich zu schmal sind, um dort mit einem Rollator entlang gehen zu können. Auch seien Waren oft zu hoch oder zu niedrig in den Regalen einsortiert, sodass Seniorinnen und Senioren

²⁷¹ Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen, S. 20

²⁷² Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen, S. 16-17

Schwierigkeiten haben, an diese zu gelangen. Häufig seien die Preise nur sehr klein geschrieben, sodass ältere Menschen nicht in der Lage sind, sie zu lesen.²⁷³

Doch nicht nur die Ausstattung der Supermärkte könnte seniorenfreundlicher gestaltet sein, sondern auch die Produkte selber erfüllen oftmals nicht die Erwartungen, die Senioren und Seniorinnen an diese haben. Hier ist insbesondere die Beschriftung der Verpackungen zu nennen. Eine Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1997 zum Thema „Wachstumsmotor Altern“ ergab, dass 46% der Befragten sich ein deutlicher lesbares Haltbarkeitsdatum und 30% der Befragten sich generell eine besser lesbare Schrift auf Verpackungen von Produkten wünschen. 24% der Befragten bemängeln, dass die Packungen zu schwierig zu öffnen seien und 26% wünschen sich darüber hinaus kleinere Packungen.

Den oben genannten und weiteren Faktoren solcher Art kommt im Rahmen der Anpassung öffentlich zugänglicher Gebäude an die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und behinderten Menschen eine immer größere Bedeutung zu. Sie sollten daher bei der Gestaltung des Wohnumfeldes Beachtung finden. So könnten in Supermärkten beispielsweise spezielle Seniorenkassen eingerichtet werden.²⁷⁴

Öffentlicher Raum

Der so genannte „öffentliche Raum“ umfasst Gemeindeflächen, die der Öffentlichkeit frei zugänglich sind. Insbesondere sind hier öffentliche Verkehrsflächen wie Straßen oder Gehwege sowie Parkanlagen zu nennen. Sie alle sollten ohne besondere Erschwernis für jedermann zugänglich und nutzbar sein.

²⁷³ Die oben genannten Aspekte sind nachzulesen im: Bericht zur Befragung „Supermarkt – alles super?“ der Verbraucherzentralen in Kooperation mit der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. im Rahmen der Kampagne „Fit im Alter“ vom November 2007 S. 4, 6

²⁷⁴ 29% der Befragten der Umfrage „Wachstumsmotor Altern“ der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1997 wünschten sich unter anderem eine solche Seniorenkasse

Gehwege

Für Gehwege bietet sich bei optimaler Auslegung der Norm DIN 18024 Teil 1 eine Breite von etwa 2m an, damit nicht nur Fußgänger, sondern auch Rollstuhlfahrer aneinander vorbei gelangen können ohne in Bedrängnis zu kommen. Der Boden sollte darüber hinaus eben und rutschsicher sein, um die Unfallgefahr zu verringern. Aus diesem Grund sollten auch Hindernisse möglichst weitgehend vermieden, mindestens aber deutlich gekennzeichnet werden. Das Anbringen von Hindernissen in Kopfhöhe ist zu vermeiden.

Für Gehwege, die eine Steigung enthalten, bietet sich ebenso wie bei längeren Treppen das Einrichten einer Ruhezone an, in welchen das Aufstellen von Bänken oder anderen Sitzgelegenheiten empfehlenswert ist. Die Sitzgelegenheiten sollten über Rücken-, wünschenswerterweise auch über Armlehnen verfügen.

Überwege für Fußgänger sollten möglichst mit Ampeln versehen werden, welche zusätzlich zu den optischen auch über akustische Signale verfügen. Die Wartezeit für Fußgänger sollte dabei möglichst kurz sein, die Grünphase hingegen ausreichend lange, um auch das sichere Überqueren der Straße für ältere oder mobilitätsbehinderte Menschen zu gewährleisten. Zusätzlich sollte eine ausreichend lange Schutzzeit²⁷⁵ eingeplant werden, welche zwischen dem Rotschalten der Fußgängerampel und Grünschalten der Ampeln für den Fahrverkehr liegt, sodass zum Überqueren der Straße auch dann noch ausreichend Zeit vorhanden ist, wenn die Fußgängerampel schon auf Rot geschaltet ist. Der Anforderungstaster für solche Lichtsignalanlagen sollte sich auf einer Höhe von 85cm befinden.

Bei Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen sollten zusätzlich zu Fußgängerampeln auch optische und ertastbare Stoppllinien vorzufinden sein. Darüber hinaus bietet sich auf solchen viel befahrenen Straßen das Errichten von Querungshilfen, die im mittleren Segment barrierefrei sind an, damit beim Überqueren der Straßen Pausen eingelegt werden können.

²⁷⁵ http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E083BA52-F7000791/bst/xcms_bst_dms_22003_22004_2.pdf, abgerufen am 02.11.2009

Bordsteine an Überwegen sollten grundsätzlich bis zu einer Tiefe von 3cm abgesenkt werden, sodass die Straße möglichst leicht zu betreten oder befahren ist. Außerdem sind Gehwege von Fahrradwegen deutlich abzugrenzen. Sowohl optisch, beispielsweise durch farbliche Gestaltung des Fahrradwegs, als auch ertastbar für blinde Menschen durch entsprechende ertastbare Bodenbeläge.²⁷⁶

Ebenso wichtig wie die Beschaffenheit der Gehwege ist ihre Instandhaltung. Es muss sichergestellt sein, dass die vorhandenen Gehwege regelmäßig von Laub befreit, oder gegen Rutschgefahr bei Frost geschützt werden.

Parks und Grünanlagen

Grünanlagen dienen Menschen zur Entspannung. Damit diese Entspannung auch für Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung eintreten kann, sollten einige Dinge bei der Gestaltung von Parks und Grünanlagen beachtet werden.

Hauptwege sollten beispielsweise gut beleuchtet sein. Sie sollten zudem laut DIN 18024 Teil 1 mindestens 1,5m breit sein, für Nebenwege genügt eine Breite von 90cm. Fällt das Gelände seitlich ab, sollte es etwa durch ein Geländer oder durch Sträucher begrenzt und dadurch gegen Absturz gesichert sein. Grundsätzlich sollte die seitliche Wegbegrenzung jedoch immer tastbar gestaltet sein, etwa durch kleine Kanten. Das Längsgefälle sollte gemäß DIN 18024 Teil 1 bei Hauptwegen maximal 4%, bei Nebenwegen nicht mehr als 6% betragen. Das Quergefälle darf bei Haupt- und Nebenwegen 2% nicht überschreiten. Bei Steigungen von 4 bis 6% sollten nach jeweils 10m Ruheflächen mit Bänken angeordnet werden. Ruhebänke sind jedoch auch wünschenswert, wenn keine starke Steigung vorliegt. Sie sollten nach einer Entfernung von jeweils 100m aufgestellt sein. Empfehlenswert ist es, auch Sitzplätze im Schatten zur Verfügung zu stellen. Ruheplätze könnten darüber hinaus über einen Tisch verfügen und ausreichend Platz für das Aufstellen von Rollstühlen oder Kin-

²⁷⁶ Barrierefreies Bauen – Spaziergang durch einen barrierefreien Lebensraum, S. 36ff.

derwagen bieten. Auch Abfalleimer sollten hier nicht fehlen und deutlich erkennbar sein.²⁷⁷

Öffentlicher Personennahverkehr

Auch der öffentliche Personennahverkehr sollte möglichst weitreichend barrierefrei nutzbar sein. Dies beginnt bereits bei der Ausstattung der Haltestellen. Diese sollten mit ausreichenden Sitzgelegenheiten versehen sein, welche möglichst über Rücken- und Armlehnen verfügen. Warteflächen sollten überdacht sein. Die Gehwege an Haltestellen sollten nach den DIN-Normen mindestens 2,5m breit sein, an stark frequentierten Stellen auch breiter. Der Bordstein sollte eine ausreichende Höhe aufweisen, damit das Ein- und Aussteigen möglichst ebenerdig erfolgen kann, empfehlenswert ist hier auch der Einsatz von Niederflurbussen, welche einseitig absenkbar sind und somit ein barrierefreies Betreten zusätzlich erleichtern. Der Zwischenraum zwischen Bordstein und Verkehrsmittel sollte dabei möglichst gering gehalten werden. Er sollte 5cm nicht überschreiten. Außerdem erleichtern Blindenleitstreifen auf dem Gehweg das Ein- und Aussteigen in und aus öffentlichen Verkehrsmitteln für blinde und sehbehinderte Menschen.

Fahrpläne sollten übersichtlich gestaltet und groß geschrieben sein. Auch sollten sie nicht zu hoch angebracht werden. Eine Höhe von 85cm bis 1m bietet sich hier an. Bei optimaler Auslegung der DIN-Normen sollte sowohl auf der Höhe von 85cm als auch auf der Höhe von 1m ein Fahrplan befestigt sein, sodass sowohl Rollstuhlfahrer als auch Fußgänger Fahrpläne in einer für sie jeweils angemessenen Höhe vorfinden. Die Beleuchtung der Fahrpläne ist ebenfalls wünschenswert. Zusätzlich sollten Fahrgastinformationen für blinde und sehbehinderte Menschen akustisch vermittelt werden, so zum Beispiel etwaige Verspätungen oder Fahrplanänderungen, die mittels Durchsagen bekannt gegeben werden. Fahrkartenautomaten sollten ebenfalls leicht zu verstehen und zu bedienen sein. Die Möglichkeit der vorherigen Platzreservierung in öffentlichen Verkehrsmitteln sollte insbesondere für Seniorinnen und Senioren und gehbehinderte Menschen in Betracht gezogen werden, sodass ihnen die Sicherheit geboten

²⁷⁷ Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen, S. 45

wird, bei der Nutzung von Bus und Bahn nicht stehen zu müssen, sondern einen festen Sitzplatz zu haben.

Nicht nur die Haltestellen, sondern auch die Fahrzeuge selbst sollten barrierefrei nutzbar sein. Dazu dienen zunächst ausreichend breite Türen von etwa 90cm, damit auch der Ein- und Ausstieg für Rollstuhlfahrer möglich ist. Für sie sollte zusätzlich mindestens ein Rollstuhlplatz in Türnähe vorgesehen sein. Auch Unterbringungsmöglichkeiten für Gehhilfen sind sehr zu empfehlen. Es sollten an der Innen- und Außenseite des Verkehrsmittels Taster für die Türöffnung angebracht und deutlich gekennzeichnet werden. Auch Haltestangen oder -griffe, sowie eine gute Beleuchtung im Eingangsbereich des Fahrzeugs sind empfehlenswert. Weitere Festhaltungsmöglichkeiten in dem Fahrzeug sollten in unterschiedlichen Griffhöhen angebracht werden und in ausreichender Anzahl vorhanden sein. Befinden sich Stufen im Fahrzeug, sind diese deutlich und kontrastreich zu kennzeichnen, jedoch sollte das Fahrzeug möglichst stufenlos ausgestattet sein. Das Öffnen und Schließen der Türen, sowie die folgenden Haltestellen sollten durch optische und akustische Signale angezeigt werden. Die Umsteigezeit sollte dabei ausreichend lang sein.

Neben der barrierefreien Nutzbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs ist es auch wichtig, dass Fahrten von und zu Wohnungen, die eine gewisse Entfernung zu den Haltestellen aufweisen durch Zusatzangebote, insbesondere abends, erleichtert werden. Solche Zusatzangebote können ein günstiger Taxiservice, ein Anrufsammeltaxi oder auch Nachtbusse sein.²⁷⁸

Weitere Informationen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs für die Nutzung durch Seniorinnen und Senioren sind dem Kapitel „5.3.8 Verbesserung des ÖPNV“ zu entnehmen.

²⁷⁸ Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen, S. 42,
Barrierefreies Bauen – Spaziergang durch einen barrierefreien Lebensraum, S. 7f,
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E083BA52-F7000791/bst/xcms_bst_dms_22003_22004_2.pdf, abgerufen am 02.11.2009

Soziales Wohnumfeld

Das soziale Wohnumfeld kann beschrieben werden als ein Raum, mit sozialem Bezugssystem. Es umfasst gesellschaftliche Handlungs- und Verhaltensweisen. Zum sozialen Wohnumfeld zählen soziale Netzwerke, soziale Dienste und soziale Kontakte der Menschen untereinander. Zur sozialen Infrastruktur gehören auch Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote durch soziale oder kulturelle Einrichtungen.²⁷⁹

Um das soziale Wohnumfeld seniorengerecht zu gestalten, gibt es verschiedene Ansätze. Wichtig ist es vor allem, ältere Menschen in Entscheidungen einzubinden. Sei es bei politischen, gesellschaftlichen oder sozialräumlichen Angelegenheiten oder etwa bei dem Thema Verkehrssicherheit. Die Beteiligung älterer Menschen kann oftmals neue Perspektiven zu einem Thema eröffnen, wovon die Kommunen nur profitieren können. Doch auch für Seniorinnen und Senioren bietet politische Partizipation eine gute Möglichkeit, sich für ihren Lebensraum einzusetzen und fördert so die Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld. Ebenso wichtig ist jedoch, es nicht bei der Einbindung der Seniorinnen und Senioren in das Geschehen zu belassen, sondern auch andere Bürger, lokale Gewerbetreibende, Vereine, Einrichtungen wie Helferkreise, Kirchen oder ehrenamtliche Organisationen mit einzubeziehen und miteinander zu vernetzen, um dabei deren Potenziale zu aktivieren und nutzbar zu machen.²⁷⁵

Neben der Integration von Seniorinnen und Senioren in kommunale Entscheidungen, kann das soziale Wohnumfeld auch attraktiver gestaltet werden, in dem die Kommunikation der Bewohner, beispielsweise eines Quartiers, untereinander angeregt und gefördert wird, damit in Familien, unter Nachbarn, Bekannten und Freunden, sowie auch Vereinen und anderen Organisationen ein Austausch über die Gestaltung des Wohnumfeldes stattfinden kann.²⁷⁹ Dies kann nicht nur Vorteile bei der Gestaltung des Wohnraumes mit sich bringen, sondern auch das Nachbarschaftsgefühl stärken und die Solidarität untereinander fördern, was den Bewohnern ein Gefühl von Sicherheit geben kann und somit auch die Attraktivität des Wohnumfeldes steigert. Hilfreich ist, zu

²⁷⁹ http://www.bbr.bund.de/nn_22702/BBSR/DEAktuell/Veranstaltungen/Dokumentation/Downloads/Projektwerkstatt_Halle_VortragWillen,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Projektwerkstatt_Halle_VortragWillen.pdf, abgerufen am 02.11.2009

diesem Zweck eine kommunale Stelle einzurichten, die Menschen untereinander und mit ehrenamtlichen Helfern oder Seniorengruppen verbindet und Beteiligungsstrukturen etabliert sowie die Selbstorganisation der Bürger fördert. Eine solche Stelle könnte auch generationenübergreifende Projekte anbieten, um Bewohner stärker in das Gemeindewesen einzubinden. Beispiele für solche Projekte können Aktionen zur Belebung oder Aufwertung des öffentlichen Raumes sein, wie etwa die eigenständige Gestaltung von Pflanzbeeten, die eigenständige Durchführung eines Flohmarktes oder Straßenfestes in einem Quartier oder einer Straße.²⁷⁵

Natürlich sollten neben solchen Projekten auch allgemeine kulturelle Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren angeboten werden.²⁸⁰ Hierunter fallen neben Bildungsangeboten, wie beispielsweise Kursen bei der Volkshochschule, darunter auch Computerkurse, ebenso Freizeit- und Sportangebote, wie Fitnesskurse für Seniorinnen und Senioren oder Angebote, die der Unterhaltung dienen. Hierfür bietet es sich an, städtische Einrichtungen flexibel zu nutzen. Etwa die vormittägliche Nutzung eines Jugendzentrums, welches sonst nur nachmittags geöffnet hätte.²⁷⁹ Auf diese Weise können vorhandene Ressourcen optimal genutzt werden.

Damit sich Menschen in ihrem Wohnumfeld wohl fühlen, spielt das Thema Sicherheit eine große Rolle. Das Sicherheitsgefühl kann zum einen dadurch gesteigert werden, dass die Bewohner, angeregt durch die Kommunen, untereinander Kontakte knüpfen und so eine Solidarität auch zwischen jungen und älteren Menschen entwickeln.²⁸⁰ Zum anderen kann Sicherheit aber auch durch medizinische Angebote in der Nähe des Wohngebietes geboten werden, sodass ältere Menschen nicht mit der Angst leben müssen, dass, wenn sie eines Tages verstärkte medizinische Bedürfnisse entwickeln, oder gar Pflege benötigen, sie gezwungen sind, ihr Wohnumfeld verlassen zu müssen. Zu diesem Zweck ist es ratsam, eine systematische Pflegeberatung aufzubauen, welche etwa durch präventive Hausbesuche und eine gute Pflegeberatung ältere, pflegebedürft-

²⁸⁰ http://www.recklinghausen.de/gkd_apps/bs0/daten/32011983.pdf, abgerufen am 02.11.2009

tige Menschen direkt in ihrem Wohnumfeld unterstützen kann.²⁸¹ Auch hier gilt der Grundsatz ambulant vor stationär.

Ebenso wichtig ist es jedoch, dass stationäre Einrichtungen verstärkt in das öffentliche Leben eingebunden werden. Dies kann insbesondere erreicht werden, indem eine Vernetzung mit Institutionen vor Ort verfolgt wird. Ein Austausch der Generationen könnte beispielsweise durch Besuche von Schulklassen oder Kindergartengruppen ermöglicht werden. Doch auch die Zusammenarbeit mit Bildungs- und Kultureinrichtungen ist für stationäre Einrichtungen zu empfehlen, damit Seniorinnen und Senioren trotz eines Aufenthaltes in einer stationären Einrichtung weiterhin am öffentlichen Leben teilhaben können. Wichtig ist dabei die Einbeziehung von ehrenamtlich Tätigen, welche Dienstleistungen sowohl im Bereich der ambulanten, als auch der stationären Bereiche anbieten können.²⁸¹

Für nähere Informationen zum Thema ehrenamtliches Engagement wird an dieser Stelle auf das Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“ verwiesen.

4.4.3. Wünsche und Bedarf der Seniorinnen und Senioren in der Kreisstadt Bergheim im Hinblick auf ihr Wohnumfeld (Frau Kaminski)

Die in Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ ausführlich dargestellte Bürgerbefragung, die an Bergheimer Bürgerinnen und Bürger ab 45 Jahren gerichtet wurde, beinhaltete u.a. auch Fragen zu den Themenbereichen „städtebauliches sowie soziales Wohnumfeld“ und „Mobilität im Alter“.

Bei der Auswertung zeigt sich, dass sowohl Männer als auch Frauen Wert auf ein angenehmes und bedarfsgerechtes Wohnumfeld im Alter legen. Beispielsweise halten 90% der Befragten (vergleiche Abbildung 38 und Abbildung 39) eine gute Erreichbarkeit von Geschäften, Ärzten und weiteren alltäglichen Einrichtungen für „wichtig bzw. sehr wichtig“.

²⁸¹ <http://www.masgff.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/news/2009/08/malu-dreyer-land-will-pflege-im-wohnumfeld-staerken/>, abgerufen am 02.11.2009

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

39% der männlichen Personen ab 61 Jahren gaben bei der Befragung an, es sein ihnen „sehr wichtig“, dass in ihrem Wohnumfeld ein flächendeckender, gut erreichbarer, öffentlicher Nahverkehr besteht. 41% dieser männlichen Altersgruppe halten dies für „wichtig“. Lediglich 13% beurteilten dies dagegen als „weniger wichtig bzw. unwichtig“ und 7% machten keine Angabe (N=133). Bei Frauen der gleichen Altersgruppe empfinden 48% einen öffentlichen Nahverkehr als „sehr wichtig“ und 33% als „wichtig“. Hier sind es 4%, die „weniger wichtig bzw. unwichtig“ angaben, 15% enthielten sich (N=203).

Demnach spielt der öffentliche Nahverkehr für die Mehrheit der befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger im Alter eine wichtige Rolle.

Bei der Frage, ob die bestehenden Verkehrsverbindungen als ausreichend empfunden werden, zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. 61% der Seniorinnen und Senioren ab 61 Jahre sind mit der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zufrieden (N=338). Die Befragten der jüngeren Altersgruppe (45-60 Jahre) dagegen nicht. Hier empfinden 58% die Verkehrsanbindung als unzureichend (N=207).

Bezogen auf alle Altersgruppen zeigt die nachstehende Tabelle *wie* und in *welchen* Stadtgebieten die Personen auf die Frage „Halten sie die Verkehrsverbindungen für ausreichend?“ geantwortet haben (N=563):

Stadtteil	Anzahl JA-Antworten	Anzahl NEIN-Antworten	keine Angabe
Ahe	6	8	2
Auenheim	2	1	0
Bergheim	65	48	7
Büsdorf	0	6	1
Fliesteden	1	6	1
Glesch	3	2	1

Stadtteil	Anzahl JA-Antworten	Anzahl NEIN-Antworten	keine Angabe
Glessen	14	20	0
Kenten	16	17	4
Niederaußem	27	15	5
Oberaßem	18	10	2
Paffendorf	16	4	2
Quadrath-Ichendorf	49	22	5
Rheidt-Hüchelhoven	3	7	0
Thorr	10	15	2
Zieverich	16	12	1
k. A. des Stadtteils	39	29	23

Tabelle 41: Tabellarische Darstellung der Frage: „Halten sie die Verkehrsverbindungen für ausreichend?“ (alle Altersgruppen nach Stadtteilen)

Hieraus ergibt sich eine „knappe“ Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger aller befragten Altersgruppen von 51% (39% = unzufrieden, 10% = keine Angabe).

Dennoch besteht der Wunsch nach einem verbesserten ÖPNV, was sich in der Auswertung der Frage „Wenn Sie könnten, was würden Sie zuerst verbessern?“ (vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“) widerspiegelt. Dies zeigt, wie hoch die Priorität in diesem Bereich des öffentlichen Lebens liegt.

Wohnlage

In Bezug auf die Wohnlage ziehen sowohl Männer als auch Frauen ab 61 Jahren das Leben in einer ruhigen Gegend dem in einer Großstadt vor. 84% der Männer empfinden es als „wichtig bzw. sehr wichtig“, ihren späteren Wohnsitz in einer ruhigen Wohnlage zu haben. Nur 5% bevorzugen dagegen das Älterwerden in einer Großstadt

(N=133). Frauen dieser Altersgruppe möchten zu 70% in einer ruhigen Wohngegend leben, 4% dagegen in einer Großstadt (N=203).

Doch auch eine zentrale Wohnlage ist für die befragten Seniorinnen und Senioren von wichtiger Bedeutung. 67% der befragten Frauen ab 61 Jahren (N=203) sowie 66% der befragten Männer ab 61 Jahren (N=133) sprachen sich hierfür aus. Außerdem bevorzugen es 60% der Frauen und Männer dieser Altersgruppe (N=338) in ihrem bisherigen Stadtteil zu bleiben.

Demnach besteht bei der Mehrheit der Bergheimer Bürgerinnen und Bürger der Wunsch nach einer ruhigen Wohnumgebung, die aber dennoch so zentral gelegen ist, dass Einkaufsmöglichkeiten und sonstige Einrichtungen ohne große Umstände erreicht werden können.

Soziale Angebote und Freizeitaktivitäten

Gut erreichbare soziale sowie Freizeitangebote sind für Männer und Frauen im Alter von 61-75 Jahren von großer Bedeutung. 25% dieser Altersgruppe sehen die Angebote als „sehr wichtig“ an, 50% als „wichtig“ (N=249). Auch ab einem höheren Alter (75+) ändert sich diese Priorität nur gering (20% – „sehr wichtig“, 39% – „wichtig“) (N=89).

Die Mehrheit der befragten Seniorinnen und Senioren ab 61 Jahre ist mit den vorhandenen sozialen Angeboten der Kreisstadt Bergheim zufrieden (62%) (N=338). Seniorenangebote zum Erhalt körperlicher und geistiger Fitness sowie kulturelle Unternehmungen und Angebote werden von ihnen am häufigsten genutzt (jeweils 31% gaben „immer“ an). Aber auch Seniorentreffs, Theater sowie Angebote im Kultur- und Medienzentrum MEDIO werden von den Bürgerinnen und Bürgern oft in Anspruch genommen.

Zusätzlich wurden von den befragten Personen weitere Wünsche an sozialen Angeboten aufgelistet. Hierzu vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung, Wohnumfeld“.

Die Erreichbarkeit der Freizeitangebote wird bei 41% aller Befragten über 61 Jahre meist durch den eigenen PKW sichergestellt. 28% dieser befragten Altersgruppe ge-

langen zu Fuß zu ihren Freizeitaktivitäten (N=338). Dies zeigt jedoch auch, dass nicht motorisierte, mobilitätseingeschränkte Personen Schwierigkeiten haben könnten, Freizeitangebote in Anspruch zu nehmen.

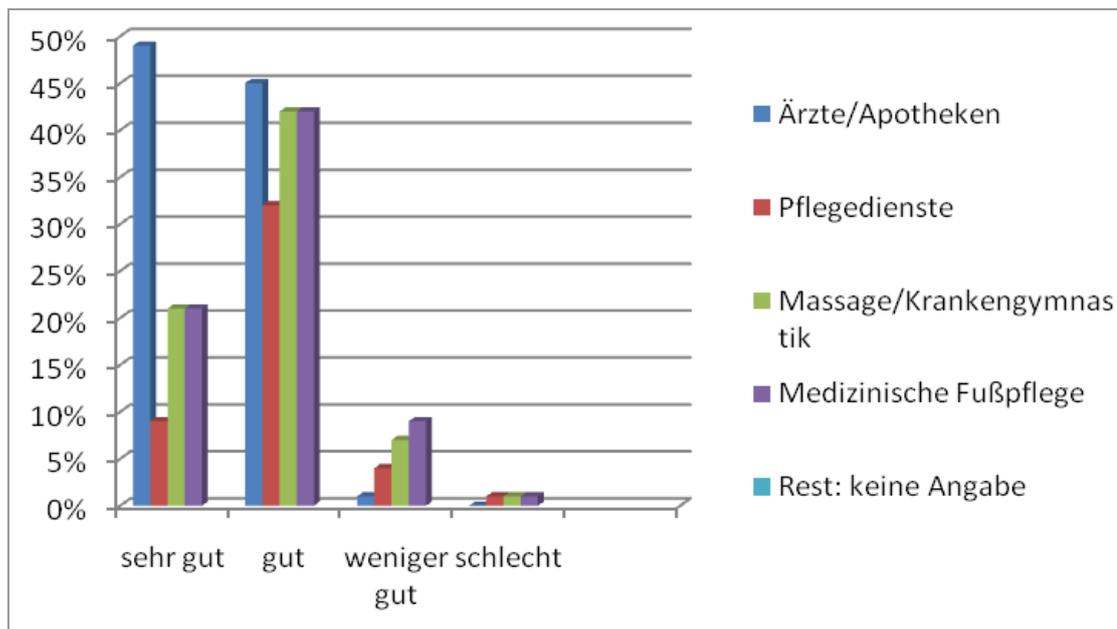
Zufriedenheit und Sicherheit

90% der befragten Seniorinnen und Senioren (ab 61 Jahren) fühlen sich in ihrem Wohnumfeld wohl. Außerdem kann sich die Mehrheit der oben genannten Altersgruppe (88%) vorstellen, weiterhin in ihrem derzeitigen Umfeld zu wohnen und würde einen Umzug nur in Betracht ziehen, wenn dies unbedingt notwendig wäre (62%) (N=338).

Auch das Sicherheitsempfinden ist bei dieser Altersgruppe positiv geprägt. 86% der Bergheimer Bürgerinnen und Bürger ab 61 Jahren fühlen sich in ihrem Wohnumfeld sicher (N=338). Im Rahmen der Bürgerbefragung bestand allerdings auch die Möglichkeit Kritikpunkte anzugeben. Für die Auflistung dieser Punkte vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung, Wohnumfeld“.

Medizinische Versorgung

Die Mehrheit der Befragten ab 61 Jahren empfindet die medizinische bzw. gesundheitliche Ausstattung im Stadtgebiet der Kreisstadt Bergheim durchschnittlich als „gut“. Dies lässt sich auch der nachfolgenden Grafik entnehmen. Erfragt wurde hier die Versorgung mit Ärzten/Apotheken, Pflegediensten, Massagen/Krankengymnastik und medizinischer Fußpflege.



**Abbildung 119: Grafische Auswertung der Frage: „Wie gut ist die Versorgung mit...?“
(ab 61 Jahren)**

Die meisten der befragten Personen ab 61 Jahre suchen ihren Hausarzt zu Fuß auf oder benutzen ihren eigenen PKW (jeweils 42%). Öffentliche Verkehrsmittel werden dagegen nur wenig genutzt. Auch die Besuche der Fachärzte werden meist mit dem eigenen Auto erledigt (57%) (N=338).

Um den Bedarf an Ärzten noch detaillierter feststellen zu können, wurde den Befragten zusätzlich die Möglichkeit geboten, mithilfe eines Freitextes eigene Angaben über fehlende Fachärzte zu machen. Hieraus ergab sich, dass die Verteilung von Fachärzten in den einzelnen Stadtteilen Bergheims größtenteils zufriedenstellend ist. Lediglich in Auenheim wünschen sich 2 der 3 dort Befragten eine bessere Versorgung mit Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Gastroenterologie, Psychologie sowie Urologie. In Fliesteden wurde das Fehlen von ausreichend Augenärzten von 4 der 8 Befragten angegeben. Ebenfalls wünschen sich 4 der 8 Befragten eine bessere rheumatologische Versorgung. Im Stadtteil Kenten wird von 17 der 34 dort befragten Bürgerinnen und Bürger der Bedarf eines Angiologen angemerkt.

Weitere Bedarfe, die von den Befragten angegeben wurden:

- Bergheim: Nuklearmediziner (1x), Orthopäde (3x), Rheumatologe (3x)
- Glessen: Rheumatologe (1x)
- Kenten: Gerontologe (1x), Orthopäde (4x), Rheumatologe (1x)
- Niederaußem: Orthopäde (1x)
- Oberaußem: Rheumatologe (1x)
- Quadrath-Ichendorf: Dermatologe (2x), Schmerztherapeut (1x)
- Rheidt-Hüchelhoven: Rheumatologe (1x)
- Thorr: Proktologe (1x)
- Zieverich: Dermatologe (1x)

Lebensmittelgeschäfte

Lebensmittelgeschäfte erreichen 46% der Befragten ab 61 Jahren mit ihrem eigenen PKW oder zu Fuß (37%) (N=338). Auch das Fahrrad wird von einigen Personen entsprechend genutzt. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht dieses:

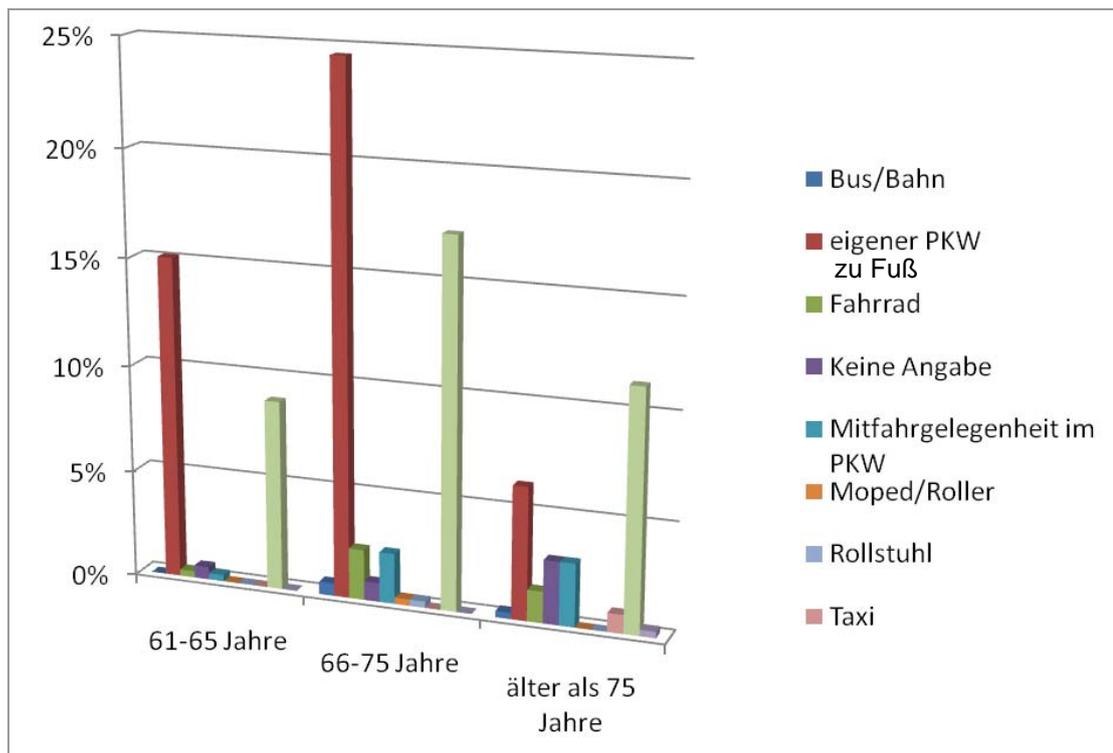


Abbildung 120: Grafische Auswertung der Frage: „Wie gelangen Sie in der Regel zu Lebensmittelgeschäften?“ (ab 61 Jahren)

Auf die bereits unter dem Punkt „Öffentlicher Personennahverkehr“ angesprochene Frage „Wenn Sie könnten, was würden Sie zuerst verbessern?“ antwortete eine knappe Mehrheit der Befragten mit „Einkaufsmöglichkeiten“ (vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung, Verbesserungsvorschläge“). Dies zeigt, dass Umstrukturierungen im Bereich des Wohnumfeldes gewünscht und nötig sind.

4.4.4. Ausstattung des Wohnumfeldes der kreisangehörigen Kommunen

Die Herausforderung einer seniorenrechtlichen Gestaltung des Wohnumfeldes betrifft in erster Linie die Kommunen. Um zu verdeutlichen, inwieweit sich die kreisangehörigen Kommunen bereits der älteren und mobilitätseingeschränkten Bevölkerung angepasst haben, wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Diese ist allerdings nicht als abschließend zu betrachten und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit (vergleiche Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand“).

Stadt Bedburg (Frau Kaminski)

Infrastruktur/ÖPNV

In Bedburg verkehren 4 Buslinien, die sowohl das Stadtgebiet selbst mit den 11 Stadtteilen abdecken, als auch Verkehrsverbindungen zu den Nachbarkommunen Elsdorf und Bergheim herstellen. Allerdings sind die meisten öffentlichen Verkehrsmittel nicht senioren- oder behindertengerecht ausgestattet.

Einkaufsmöglichkeiten

Wie bereits deutlich gemacht wurde, sind gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten für ältere Menschen besonders wichtig. In Bedburg gestaltet sich dies allerdings schwierig, da sich die Tendenz einiger großer Lebensmittelketten abzeichnet, ihre Filialen außerhalb des Stadtkerns anzusiedeln (Aldi, Real etc.). Auch kleinere Lebensmittelgeschäfte sind in den einzelnen Ortsteilen nicht mehr oder nur noch selten zu finden. Die dezentrale Verteilung der Einkaufsmöglichkeiten zeigt, welche wichtige Bedeutung dem öffentlichen Personennahverkehr in Bedburg zukommt.

Medizinische Versorgung

Im ca. 25.000 Einwohner umfassenden Gebiet der Stadt Bedburg sind u.a. 13 Allgemeinmediziner, jeweils 1 Arzt der Augenheilkunde und der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, 2 Ärzte der Frauenheilkunde sowie der Orthopädie und 7 Apotheken angesiedelt.

Soziales Wohnumfeld

In Bedburg bestehen auch speziell auf Seniorinnen und Senioren ausgerichtete soziale Angebote. Beispielsweise verfügen einige der Stadtteile über eigene Seniorenbegegnungsstätten durch die AWO Ortsvereine oder die Caritas. Seniorentreffs, wie der Senioren- und Freizeitkreis Frohsinn e.V. oder der Seniorenclub Lipp/Millendorf bieten sozialen Austausch sowie Freizeitangebote für ältere Menschen an.

Eine Vielzahl der sozialen Freizeitangebote wird sowohl in Bedburg als auch in den weiteren kreisangehörigen Kommunen von ehrenamtlich Engagierten angeboten (vergleiche hierzu Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand“).

Kreisstadt Bergheim (Frau Kaminski)

Barrierefreiheit

In Bezug auf das Wohnumfeld ist die Kreisstadt Bergheim nach eigener Aussage nicht gänzlich barrierefrei. Um dies zu ändern unternimmt die/der Behindertenbeauftragte/-r Stadtbegehungen. Hierbei soll begutachtet werden, welche Punkte verbesserungswürdig sind, wie z.B. die Einrichtung längerer Ampelphasen, Absenkung der Bordsteine etc.

Infrastruktur/ÖPNV

Um die einzelnen Stadtteile Bergheims miteinander und mit nahegelegenen Städten zu verbinden, bieten die Bergheimer Buslinien sowohl Verkehrsverbindungen des stadt-internen Ortsverkehrs als auch Anbindungen zu mehreren angrenzenden Kommunen:

Linie		Strecke
922	Bus	Bergheim Bf – Ahe – Kerpen-Sindorf – Kerpen, Schützenstraße
923	Bus	Stadtverkehr Bergheim
924	Bus	Bergheim-Niederaußem – Rath – Bedburg Bf
939	Bus	Bergheim Bf – Kerpen-Buir – Kerpen-Buir Kirche
940	Bus	Bergheim Bf – Elsdorf Busbf
941	Bus	Elsdorf Busbf – Kerpen-Sindorf – Kerpen-Horrem Bf
960	Bus	Bergheim, Kreishaus – Kerpen-Horrem Bf – Frechen Rathaus – Hürth-Park - Hürth-Hermülheim (Stadtbahn)
961	Bus	Köln-Weiden (Stadtbahn) – Pulheim-Brauweiler – Bergheim-Glessen – Fliesteden – Niederaußem – Bergheim Bf
962	Bus	Köln-Bocklemünd (Stadtbahn) – Widdersdorf – Pulheim-Brauweiler – Dansweiler – Bergheim-Glessen – Frechen-Königsdorf
963	Bus	Köln-Weiden (Stadtbahn) – Frechen-Königsdorf – Bergheim Bf – Elsdorf Busbf (– Titz-Rödingen)
969	Bus	Bergheim Bf – Kenten – Quadrath-Ichendorf Bf

Linie		Strecke
970	Bus	Köln-Bocklemünd (Stadtbahn) – Pulheim – Stommeln – Bergheim-Niederaußem
971	Bus	Bergheim Bf – Oberaßem – Niederaußem – Rommerskirchen Bf
975	Bus	(Grevenbroich Realschule –) Bedburg-Kaster – Bedburg Bf – Bergheim Bf - Kerpen-Horrem
AST 787	AST	Anrufsammeltaxi Bergheim

Tabelle 42: Bergheimer Buslinien und Anrufsammeltaxi

Die Buslinien der REVG sind auf die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Personen abgestimmt. Einige Fahrzeuge bieten daher an vielen Haltestellen einen ebenerdigen Einstieg oder Einstiegshilfen. Neuere Fahrzeuge sind im Inneren außerdem mit einem geräumigen Mittelteil sowie einer visuellen und akustischen Fahrgastinformation ausgestattet.

Einkaufsmöglichkeiten

In der Kreisstadt Bergheim besteht ein Einzelhandelskonzept, welches sich u.a. auf die Sicherung der Außenversorgung in weiter außerhalb gelegenen Stadtteilen bezieht und der Schließung vieler Läden entgegen wirken soll. Versorgungszentren des Stadtgebietes sollen geschaffen und attraktiv gestaltet werden.

Ebenfalls wird der Flächennutzungsplan über die städtebauliche Entwicklung der Kreisstadt neu aufgestellt, bei dem die Bürgerinnen und Bürger (auch Seniorinnen und Senioren) mitentscheiden können, wo Bedarf an weiteren Bauprojekten besteht. In diesem Zusammenhang gibt es Qualitätsstandards, welche festlegen, wie Gebäude beschaffen sein müssen, damit diese seniorengerecht und familienfreundlich sind. Außerdem wurden in den einzelnen Stadtteilen Bürgerforen eingerichtet, die auch entsprechend politisches Gewicht haben.

Erschwerend bei dem Prozess der seniorengerechten Anpassung des Wohnumfeldes ist die Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtgebietes auf die

15 Stadtteile, welche räumlich nicht miteinander verbunden sind. Daher kommt hier dem oben genannten ÖPNV eine wichtige Bedeutung zu.

Medizinische Versorgung

Im Stadtgebiet der Kreisstadt Bergheim stellt sich die medizinische Versorgung laut Angaben der Kassenärztlichen Versorgung Nordrhein und dem Netzwerk Deutscher Apotheker wie folgt dar:

- Ahe: /
- Auenheim: /
- Bergheim-Mitte: 11 Allgemeinmediziner, 6 Augenärzte, 5 Gynäkologen, 1 Gastroenterologe, 1 Kardiologe, 2 Neurologen, 2 Psychotherapeuten, 2 Urologen, 5 Zahnärzte, 3 Dermatologen, 1 Orthopäde, 6 Apotheken
- Büsdorf: /
- Fliesteden: /
- Glesch: 1 Allgemeinmediziner
- Glessen: 1 Allgemeinmediziner, 1 Zahnarzt, 1 Apotheke
- Kenten: 4 Allgemeinmediziner, 6 Zahnärzte, 1 Hals-Nasen-Ohrenarzt
- Niederaußem: 3 Allgemeinmediziner, 1 Gynäkologe, 4 Zahnärzte, 3 Apotheken
- Oberaßem: 2 Allgemeinmediziner, 1 Zahnarzt, 1 Apotheke
- Paffendorf: /
- Quadrath-Ichendorf: 6 Allgemeinmediziner, 2 Hals-Nasen-Ohrenärzte, 2 Psychotherapeuten, 3 Zahnärzte, 1 Orthopäde, 4 Apotheken
- Rheidt-Hüchelhoven: /
- Thorr: /
- Zieverich: /

Außerdem bieten 7 Einrichtungen (z.B. Pflegedienste) Hausnotrufe für das Stadtgebiet Bergheim an.

Soziales Wohnumfeld

Um auch dem Bedürfnis nach Sozialkontakten gerecht zu werden, sind in der Kreisstadt Bergheim speziell an ältere Menschen gerichtete soziale und kulturelle Angebote vorhanden (vergleiche Anlage „8.9.2 Kreisstadt Bergheim (Frau Felkel, Frau Oziemkiewicz)²¹⁰“). Ein gutes Beispiel hierfür ist der Seniorensport, u.a. mit Vereinen wie dem Sportclub Fliesteden von 1931 e.V., der Damengymnastik Glesch, dem TSV Glessen sowie dem SV „Erftstolz“ e.V. Aber auch Seniorenbegegnungstätten, die fast in jedem Stadtteil Bergheims vertreten sind, bieten älteren Menschen die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen. Außerdem ermöglichen 3 Familienbildungsstätten im Stadtgebiet (Anton-Heinen-Haus, Volkshochschule, Marie-Jucharcz-Bildungswerk der AWO) Seniorinnen und Senioren die Teilnahme an Internet-Kursen, Dia-Vorträgen, sportlichen Betätigungen u.v.m. Zusätzlich finden sich im Wegweiser „Mitten im Leben“ der Kreisstadt Bergheim auch weitere soziale Angebote, die speziell auf die Bedürfnisse mobilitätseingeschränkter Menschen abgestimmt sind.

Desweiteren nimmt die Kreisstadt Bergheim an dem Landesprogramm „Aktiv im Alter“ teil, eine Maßnahme, die u.a. die Mitgestaltung des sozialen Wohnumfeldes älterer Menschen fördert (vergleiche Kapitel „4.5.2 Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim, Ist-Zustand in der Kreisstadt Bergheim“).

Stärke-/Schwächeanalyse

Mit Hilfe der Stärke-/Schwächeanalyse sollen einerseits die Bereiche des Wohnumfeldes in der Kreisstadt Bergheim deutlich werden, die seniorengerecht gestaltet sind, andererseits sollen aber auch bestehende Defizite und nötiger Handlungsbedarf aufgezeigt werden. Hierbei werden erfasster Ist-Zustand und durchgeführte Bürgerbefragung abgeglichen. Aufgrund des kleinen Zeitfensters der Projektphase muss die Stärke-/Schwächeanalyse auf das Gebiet der Kreisstadt Bergheim beschränkt werden. Im

Falle der weiteren kreisangehörigen Kommunen erfolgt lediglich eine kurze Darstellung des Ist-Zustandes.

Infrastruktur/ÖPNV

Der öffentliche Personennahverkehr spielt für die Mehrheit der befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger im Alter eine wichtige Rolle, wird allerdings derzeit nur sehr wenig genutzt. Bei der Frage nach ausreichend Verkehrsverbindungen sind lediglich bei einer geringen Mehrheit der Befragten in den Stadtteilen Ahe, Büsdorf, Fliesteden, Glessen, Kenten, Rheidt-Hüchelhoven und Thorr Veränderungen gewünscht. Ansonsten zeigt sich grundsätzlich eine allgemeine Zufriedenheit mit den vorhandenen Strukturen des ÖPNV.

Fraglich ist somit der Grund für die geringe Nutzung. Mögliche Ursache könnte eine umständliche und schlechte Erreichbarkeit von Haltestellen sein. Hier kann mit einer dichteren Verteilung angefahrener Haltestellen entgegengewirkt werden.

Ein weiterer Grund könnte ein mangelndes Sicherheitsgefühl älterer Menschen in Bus und Bahn sein. Um dies zu ändern und das Sicherheitsgefühl zu stärken, könnten z.B. ehrenamtliche Bus- und Bahnbegleiter eingesetzt werden, die den älteren Personen u.a. beim Ein- und Aussteigen behilflich sind.

Einkaufsmöglichkeiten

Wie bereits dargestellt, wünschen sich die befragten Bergheimer Bürgerinnen und Bürger verbesserte Einkaufsmöglichkeiten. Die Entstehung des oben genannten Einzelhandelskonzeptes zeigt, dass diese Problematik der Kreisstadt Bergheim bewusst ist. Es können Gegenmaßnahmen entwickelt werden, bei der durch die genannten Bürgerforen auch die Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt angesprochen werden, an dem Verbesserungsprozess mitzuarbeiten. (vergleiche auch Kapitel „5 Handlungsansätze“ – Abschnitte „5.2.1 Sicherstellung der Nahversorgung – DORV im Dorf“ und „5.3.6 Der Einkaufsclub – Eine Form der Nachbarschaftshilfe“.

Medizinische Versorgung

Eine Gegenüberstellung des Bestands der derzeit in Bergheim angesiedelten Ärzte und der in der Bürgerbefragung geäußerten Wünsche bezüglich der ärztlichen Versorgung

zeigt, dass einige Stadtteile nicht ausreichend versorgt sind. Für die Bewohner der jeweiligen Stadtteile bedeutet dies, einen längeren Anfahrtsweg in Kauf zu nehmen, was gerade für ältere, nicht motorisierte Menschen zum Problem werden kann.

Soziale Angebote und Freizeitaktivitäten

Die Bergheimer Bürgerinnen und Bürger sind größtenteils mit den sozialen und kulturellen Angeboten der Kreisstadt zufrieden. Wie bereits dargestellt, bietet Bergheim in diesem Bereich umfassende Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Lediglich die Erreichbarkeit dieser Angebote könnte verbessert werden, da mobilitätseingeschränkte Seniorinnen und Senioren in Bergheim Schwierigkeiten haben könnten, diese Angebote in Anspruch zu nehmen.

Im Jahr 2009 veröffentlichte die Kreisstadt Bergheim eine Broschüre mit allen sozialen Angeboten des Stadtgebietes im Überblick. „Mitten im Leben“ richtet sich an Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Interessierte.

Auskünfte erteilt:

Kreisstadt Bergheim, Fachstelle Älterwerden

Tel.: (0 22 71) 89-568 (Frau Fuchs) oder

Tel.: (0 22 71) 89-289 (Frau Radecki, Kontakt- und Informationsstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe)

Fundstelle im Netz: www.bergheim.de/fuersorge-und-betreuung.aspx

Stadt Brühl (Frau Kaminski)

Barrierefreiheit

In der Stadt Brühl findet ein stetiger Barriereabbau statt, was sich beispielsweise auch aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Migration am 08.11.2007 erkennen lässt, in der über Themen wie „Behindertengerechtes Rathaus“ oder „Barrierefreie Stadt und Stadtverwaltung“ diskutiert wurde. Beispiele für den barrierefreien Umbau der Stadt sind Bordsteinabsenkungen, der Umbau von Bushaltestellen etc. Desweiteren wird bei Neubauten darauf geachtet, dass diese möglichst barrierefrei gestaltet werden. Auch die Gebausie Brühl (Gesellschaft für Bauen und Woh-

nen GmbH der Stadt Brühl) passt sich der immer älter werdenden Bevölkerung an und hat speziell barrierefreie Wohnungen in Planung.

Infrastruktur/ÖPNV

Der Brühler öffentliche Nahverkehr bietet sowohl Möglichkeiten der ortsinternen Mobilität, als auch Verkehrsverbindungen zu benachbarten Städten und Kommunen:

Stadtbus Brühl

- Linie 702: Brühl-Mitte – Brühl-Heide
- Linie 704: Brühl-West – Brühl-Mitte – Brühl-Vochem
- Linie 706: Brühl-Pingsdorf – Brühl-Badorf – Brühl-Mitte – Brühl-Ost
- Linie 707: Brühl-Nord/Mitte – Brühl-Badorf/Eckdorf

Regionalbuslinien

- Linie 701: Brühl Mitte – Finanzamt – Meschenich – Hürth-Hermülheim
- Linie 985: Brühl – Euskirchener Str. – Weilerswist
- Linie 990: Lechenich – Erftstadt – Brühl Mitte – Wesseling

Zusätzlich verbindet die Stadtbahnlinie 18 Köln und Bonn über Hürth, Brühl und Bornheim. Desweiteren wird Brühl von zwei DB-Linien angefahren, die sowohl eine Verbindung nach Köln und Bonn herstellen, als auch die „Eifelstrecke“ Köln-Euskirchen-Trier befahren.

Einkaufsmöglichkeiten

Die Einkaufsmöglichkeiten der Brühler Innenstadt sind durch kurze Wege einfach und bequem zu Fuß zu erreichen. Anders zeigt sich dagegen die Situation in den weiteren Stadtteilen. Hier werden die Einkaufsmöglichkeiten als verbesserungsfähig eingeschätzt. Durch das entwickelte Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Brühl ist es möglich, Defizite in der Versorgungsstruktur festzustellen, diesen entgegenzuwirken und so gut erreichbare Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen, die speziell für ältere Menschen wichtig sind.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung in der Stadt Brühl umfasst u.a. 20 Allgemeinmediziner, 4 Orthopäden, 3 Ärzte der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, 5 Gynäkologen, 2 Kardiologen, 5 Urologen, 3 Neurologen, 3 Dermatologen sowie 17 Apotheken.

Soziales Wohnumfeld

Die Stadt Brühl bietet ein großes Spektrum an sozialen, kulturellen und Freizeitangeboten. Diese sind sowohl an alle Altersgruppen, als auch speziell an ältere Brühler Bürgerinnen und Bürger gerichtet. Beispiele für diese Seniorenangebote sind die Altenclubs der Rentnervereine oder der Seniorenkreise der Pfarreien sowie der Brühler Turnverein 1879 e.V., Abteilung Fit ab 50, der „speziell auf die Wünsche und Bedürfnisse von Menschen in der zweiten Lebenshälfte abgestimmt ist“.²⁸² Auch im Rahmen des „brühlermarkts“, einem jährlichen Kulturfestival, werden altersgerechte Veranstaltungen, wie z.B. das Seniorentanzfest, angeboten.

Als weitere Freizeitgestaltungsmöglichkeit bietet die Stadt Brühl eine „barrierefreie Tour“ an. Die ca. 3km lange Route wurde insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen entwickelt und führt mit Hilfe eines Plans durch die Brühler Innenstadt, entlang historischer Baudenkmäler, Kirchen und Museen sowie durch den Park von Schloss Augustusburg. Alle Wege sind für Rollstuhlfahrer geeignet und bieten an verschiedenen Punkten die Möglichkeit für kurze Pausen.

²⁸² Broschüre der Stadt Brühl: Soziale Einrichtungen und Altenhilfe – Ein Wegweiser für Brühlerinnen und Brühler, S. 26

Gemeinde Elsdorf (Frau Köhr)

Infrastruktur/Öffentlicher Personennahverkehr

Einige Ortsteile Elsdorfs, wie beispielsweise Angelsdorf, verfügen über Busverbindungen, welche durch weitere Verbindungen zu S-Bahnhöfen in der Umgebung eine Verbindung mit umliegenden Regionen wie Köln oder Aachen ermöglichen. Andere Kommunen des Rhein-Erft-Kreises, wie etwa nach Hürth, sind von Elsdorf aus jedoch nur schwierig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Grundsätzlich ist die Anbindung Elsdorfs an den öffentlichen Personennahverkehr wenig ausgebaut. So finden sich zum Beispiel in Neu-Etzweiler gar keine öffentlichen Verkehrsmittel. In Tollhausen wurde auf Drängen des Ortsvorstehers eine Busverbindung eingerichtet, welche dreimal vor- und nachmittags nach Bedburg verkehrt. Außerdem besteht die Buslinie 963, welche die Verbindung von Köln-Weiden über Elsdorf nach Titz-Rödingen bedient. Eine Busverbindung der einzelnen Ortsteile Elsdorfs untereinander ist jedoch weitgehend vorhanden.

Einkaufsmöglichkeiten

Einkaufsmöglichkeiten in den einzelnen Ortsteilen der Gemeinde Elsdorf gibt es wenige. Oftmals sind nur kleinere Bäckereien oder Kioske vorhanden, in denen auch Lebensmittel für den täglichen Bedarf, jedoch in sehr geringem Sortiment, gekauft werden können. Für größere Einkäufe ist jedoch der Weg in den Ortsteil Elsdorf notwendig, wo sich etwas außerhalb das „Erft-Center“ befindet. Um dieses zu erreichen ist man allerdings in der Regel auf Mobilität angewiesen. Allein vom Seniorenheim in Elsdorf ist das „Erft-Center“ fußläufig erreichbar. Auch der derzeitige Trend geht dahin, Geschäfte zum Stadtrand hin auszulagern.

Soziales Wohnumfeld

Das soziale Wohnumfeld bietet auch für Seniorinnen und Senioren in Elsdorf Begegnungsmöglichkeiten. So gibt es zum Beispiel in Elsdorf einmal monatlich ein kulturelles Filmangebot, welches sich zwar nicht ausschließlich an Seniorinnen und Senioren richtet, aber gerne von ihnen besucht wird. Auch die Altentreffs in den einzelnen Ortsteilen Elsdorfs dienen als Treffpunkt für Seniorinnen und Senioren. In Berrendorf gibt es hierfür eigens einen Hol- und Bringdienst, der die Seniorinnen und Senioren zu

den Treffen fährt und sie danach auch wieder nach Hause bringt. Darüber hinaus wird auch das Vereinsleben der einzelnen Ortsteile von Seniorinnen und Senioren gut angenommen. Gerade zur Winterzeit werden von und für Seniorinnen und Senioren Weihnachtsmärkte und Adventskaffees organisiert. Einmal jährlich findet in Elsdorf der Seniorentag der katholischen Kirche statt, wo es neben einer Messe auch Kaffee und Kuchen für die Seniorinnen und Senioren gibt. Ansonsten dient beispielsweise der Weiher in Grouven als Erholungsort und Treffpunkt für Ältere. In Niederembt wurde in Kooperation mit dem Alten- und Pflegeheim ein Rundweg durch den Pfarrgarten gestaltet, der durch zahlreiche Ruhebänke auch die Möglichkeit für kurze Pausen bietet.

Stadt Erftstadt (Frau Köhr)

Infrastruktur/Öffentlicher Personennahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr Erftstadts besteht aus einigen Buslinien, die zum einen innerorts verkehren und zum anderen Verbindungen zu umliegenden Städten schaffen, darunter Frechen, für Kerpen die Stadtteile Türnich und Brüggel sowie Zülpich und Brühl, wo sich ein Anschluss an die Stadtbahn befindet. In Liblar befindet sich zusätzlich ein S-Bahnhof, der eine Verbindung in die Kölner Innenstadt schafft.

Einkaufsmöglichkeiten

Einkaufsmöglichkeiten für Lebensmittel sind in den größeren Stadtteilen wie Liblar und Lechenich ausreichend vorhanden. In Liblar findet sich zudem ein etwas größeres Einkaufszentrum mit verschiedenen Geschäften. In Köttingen ist ein Großhandel für den Gastronomiebereich ansässig. Für die kleineren Stadtteile Erftstadts wird laut einer Umfrage hingegen bemängelt, dass zu wenige Einkaufsmöglichkeiten bestehen. In Erftstadt existiert jedoch ein ehrenamtlicher Einkaufslieferungsdienst, welcher für Seniorinnen und Senioren, wenn dies gewünscht ist, Einkäufe zu ihnen nach Hause liefert.

Medizinische Versorgung

Mit Ärzten verschiedener Art sind die einzelnen Stadtteile Erftstadts gut versorgt. Das Angebot reicht von Allgemeinmedizinern über Zahnärzte bis hin zu einigen Spezialis-

ten. In Frauenthal befindet sich überdies ein Krankenhaus mit angeschlossenem Hospiz und Seniorenheim. Das Angebot wird durch verschiedene ambulante Pflegedienste in Erftstadt erweitert.

Soziales Wohnumfeld

Das soziale Wohnumfeld bietet für Seniorinnen und Senioren verschiedene Möglichkeiten der Betätigung. Kirchen in Erftstadt bieten oftmals Seniorenabende an. Die Volkshochschule Erftstadts befindet sich in Liblar. Außerdem bietet beispielsweise der Aktiv Club Erftstadt verschiedene Freizeitangebote für Seniorinnen und Senioren an, darunter zum Beispiel Koch- oder Sportkurse sowie kulturelle Veranstaltungen und andere Freizeitaktivitäten. Weitere Freizeitaktivitäten sind der monatlich erscheinenden Broschüre „erftstadt aktuell“ zu entnehmen. Darüber hinaus wurde im Oktober 2008 das Projekt „Seniorenbegleiterinnen und Seniorenbegleiter“ ins Leben gerufen. Die Seniorenbegleiterinnen und Seniorenbegleiter übernehmen verschiedene alltagsbegleitende Tätigkeiten wie Einkaufen, die Erledigung von Postgängen, Friedhofs- oder Arztbesuchen. Sie schenken den Seniorinnen und Senioren Aufmerksamkeit, besuchen sie Zuhause oder gehen mit ihnen spazieren.

Stadt Frechen (Frau Köhr)

Infrastruktur/Öffentlicher Personennahverkehr

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs verfügt Frechen über eine Straßenbahnlinie mit direkter Verbindung nach Köln. Die Straßenbahnlinie 7 umfasst im Stadtgebiet Frechen vier Stationen, davon drei Stationen im Bereich der Innenstadt, sowie die Endstation der Straßenbahn in Benzelrath, einem etwas außerhalb des Zentrums gelegenen Stadtteil. Außerdem ist vom Bahnhof im Stadtteil Königsdorf ein Anschluss an die S-Bahn-Linie 12 nach Köln und Düren vorhanden. Busverbindungen bestehen vom zentralen Omnibusbahnhof Frechen in der Stadtmitte zur Kreisstadt Bergheim, nach Hürth sowie nach Köln-Weiden. Auch innerhalb Frechens verkehren verschiedene Linienbusse und sichern so die Verbindung der einzelnen Stadtteile untereinander.

Einkaufsmöglichkeiten

Auch die meisten Geschäfte liegen zentral in der Innenstadt Frechens auf der Hauptstraße, über die auch die Straßenbahn verläuft. Dort finden sich neben Lebensmittelläden auch Bekleidungsgeschäfte, Drogeriemärkte, Friseure und Bäcker. Discounter finden sich überwiegend im nahe gelegenen Gewerbegebiet. Bewohner von Wohngebieten, die in einiger Entfernung zur Innenstadt liegen, sind daher zum Einkaufen auf Mobilität angewiesen. Ergänzend zum eigenen Einkaufsgang kann jedoch auf Angebote wie „Essen auf Rädern“ oder verschiedene Menüservices zurückgegriffen werden, die den Bewohnern ihre Mahlzeiten direkt nach Hause liefern.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung wird durch verschiedene, überwiegend im Innenstadtbereich angesiedelte Ärzte gesichert. Auch befinden sich in Frechen ein Krankenhaus sowie ein Hospiz. Ergänzt werden diese Angebote durch zahlreiche Möglichkeiten der ambulanten Pflege, zum Teil mit weiterführenden Dienstleistungen und der Möglichkeit eines Hausnotrufs.

Soziales Wohnumfeld

Im Bereich des sozialen Wohnumfeldes finden sich für Seniorinnen und Senioren in Frechen verschiedene Begegnungsstätten. So zum Beispiel das Mehrgenerationenhaus „Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“, das kreisweit tätig ist, eine Vielzahl an Altenclubs und Altentagesstätten, sowie verschiedene ehrenamtliche Angebote. Darunter fallen zum Beispiel Kochgruppen, Tanzcafés, eine Seniorentheatergruppe, ein Chor, eine Malgruppe oder die Arbeit an der Zeitung „Frechener Seniorenkurier“. Doch auch im Bereich der Erwachsenenbildung oder innerhalb von Sportvereinen finden sich sicherlich Angebote, die von Seniorinnen und Senioren besucht werden können, ohne dass sie sich explizit an diese Zielgruppe richten.

Stadt Hürth (Frau Kaminski)

Barrierefreiheit

Um mobilitätseingeschränkten Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erleichtern, gründete der Behindertenbeirat der Stadt Hürth die Aktion „Auszeichnung für Barrierefreiheit“. Teilnehmer dieser Aktion sind Inhaber öffentlich genutzter Räumlichkeiten, wie z.B. Arztpraxen, Geschäfte, Restaurants, Rechtsanwaltsbüros, Notariate etc. Der Behindertenbeirat der Stadt Hürth bietet an, diese Räumlichkeiten auf bestimmte Kriterien der Barrierefreiheit hin zu überprüfen und entsprechend die „Auszeichnung für Barrierefreiheit“ in Form einer Plakette sowie einer Urkunde zu verleihen.

Einrichtungen, an die diese Auszeichnung bisher vergeben wurde, sind:

- Behinderten Sportverein Hürth e.V.
- Kristall-Apotheke
- Nibelungen-Apotheke
- Praxis Dr. M. Lemke
- Praxis Dr. W. Wittkamp
- Rosen-Apotheke
- UCI Kinowelt

Infrastruktur/ÖPNV

Die Bundesbahn, die Stadtbahnlinie 18 (Köln – Bonn), Linienbusse und Sammeltaxen bieten in Hürth sowohl regionale als auch innerstädtische Verkehrsverbindungen.

Stadtbuslinien

- Linie 711: Hürth-Mitte – Alstädten-Burbach – Gleuel – Berrenrath
- Linie 712: Hürth-Mitte – Hermülheim – Efferen
- Linie 713: Hürth-Mitte – Alt-Hürth – Kendenich – Fischenich
- Linie 714: Hürth-Mitte – Hermülheim – Kalscheuren – Fischenich

- Linie 715: Hürth Mitte – Alt Hürth – Knapsack
- Linie 716: Knapsack – Hürth Mitte – Efferen Friedhof
- Linie 717: Sielsdorf – Gleuel – Berrenrath – Knapsack – Kendenich

Regionalbuslinien

- Linie 701: Hermülheim – Brühl Mitte
- Linie 710: Hürth Mitte – Stotzheim – Sielsdorf – Gleuel – Frechen
- Linie 960: Hermülheim – Hürth Mitte – Gleuel – Frechen – Bergheim
- Linie 978: Berrenrath – Gleuel – Stotzheim – Köln Hbf.
- Linie 979: Hermülheim – Erftstadt – Zülpich

Der Ortsverkehr in Hürth fährt mit behindertengerechten Neoplan-Niederflurbussen, die eine große Fläche für Rollstühle bereit halten. Desweiteren werden die Haltestellen der Stadt Hürth nach und nach niveaugleich angepasst. Für noch nicht ausgebaute Haltestellen verfügen die Neoplan-Niederflur-Stadtbusse über eine ausfahrbare Rampe, um den Höhenunterschied zu überbrücken. Außerdem besitzen die bereits ausgebauten Haltestellen ein Blindenleitsystem.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung in der Stadt Hürth umfasst u.a. 26 Allgemeinmediziner, 2 Augenärzte, 7 Frauenärzte, 1 Arzt der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, 1 Dermatologen, 2 Neurologen, 3 Orthopäden, 1 Urologen sowie 15 Apotheken.

Soziales Wohnumfeld

Die vielen Freizeitangebote im Stadtgebiet Hürth sind sowohl für jüngere als auch für ältere Bürgerinnen und Bürger geeignet. Desweiteren besteht eine Vielzahl von Angeboten, die sich explizit an Seniorinnen und Senioren richten. Verteilt auf die verschiedenen Ortsteile der Stadt gibt es in Hürth 29 Seniorentagesstätten, -clubs, und -begegnungsstätten mit einer großen Auswahl an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten (vergleiche Anlage „8.9.7 Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau West-

phal)²¹⁰). Daneben bieten Träger, wie der Arbeiterwohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz oder die christlichen Kirchen weitere soziale Angebote an.

Auch die Sportvereine im Stadtgebiet bieten speziell an ältere Menschen gerichtete Angebote und Kurse, wie z.B. Aquafitness und -jogging, Behindertensport, Gymnastik, gezielte Angebote wie Herz-Kreislauf-Training und Nordic Walking (vergleiche Anlage „8.9.7 Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)²¹⁰). Im kulturellen und Bildungsbereich stellt das Katholische Bildungswerk, das Marie-Juchacz-Bildungswerk der AWO, die sozialistische Bildungsgemeinschaft und die Volkshochschule ein abwechslungsreiches und auf Senioren abgestimmtes Programm bereit. Außerdem besteht sowohl im Rudi-Tonn-Altenzentrums als auch im Jugendfreizeitheim in Efferen in einem speziell für ältere Menschen eingerichteten Internet-Café die Möglichkeit, das Internet zu nutzen. Um den sozialen Austausch zu stärken und älteren Menschen die Möglichkeit zu geben gemeinsam mit anderen ihre Freizeit zu verbringen, wurde in Hürth außerdem das Netzwerk „Löwenzahn“ gegründet, welches sich vor allem an Seniorinnen und Senioren mit gemeinsamen Interessen richtet und diverse Aktivitäten anbietet. (vergleiche Kapitel „4.6.8 Situation im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Beispiele für Netzwerkarbeit im Rhein-Erft-Kreis“).

Stadt Kerpen (Frau Köhr)

Infrastruktur/Öffentlicher Personennahverkehr

Kerpen verfügt in den Stadtteilen Horrem, Sindorf und Buir jeweils über einen S-Bahnhof mit Anschluss an die Linie S 12 in die Richtungen Köln und Düren. Außerdem verfügen diese Stadtteile durch zahlreiche Buslinien über gute Anbindungen an andere Stadtteile Kerpens und in Nachbargemeinden. Der Bahnhof in Horrem besitzt darüber hinaus Anschluss an den Regionalverkehr. Aus der Mitte Kerpens stellen vier Buslinien eine direkte Verbindung zum Verkehrsknotenpunkt Horrem dar. Von Blatzheim aus fahren zwei Buslinien tagsüber stündlich nach Buir und in die Innenstadt Kerpens. Von den Stadtteilen Balkhausen, Türnich und Brüggen ist jedoch kein direkter Anschluss zu den Bahnhöfen Horrem und Sindorf oder anderen zentralen Punkten im Zentrum Kerpens vorhanden.

Einkaufsmöglichkeiten

In den Stadtteilen Balkhausen, Türnich und Brüggen finden sich derzeit drei Discounter sowie ein Vollsortimentler. Die Ansiedlung eines vierten Discounters und eines weiteren Vollsortimentlers findet gegenwärtig statt. In Buir gibt es zwei Discounter sowie ein Einzelhandelsgeschäft im Ortskern. Horrem verfügt, ebenso wie der Stadtteil Kerpen, über zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten. Die Nahversorgung Mödraths wird durch die Nähe zu Kerpen gesichert, welches mehrfach von Buslinien angefahren wird, die an der Grenze zu Mödrath halten. Ebenso wird Neu-Bottenbroich durch die Nähe zu Horrem versorgt, da es selber kaum über Einzelhandel verfügt. Sindorf besitzt ein kleines Zentrum mit einigen Geschäften. Discounter finden sich hier am Ortsrand.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung ist in den jeweiligen Stadtteilen durch ein Angebot von Allgemeinmediziner, Zahnärzten und diversen Fachärzten abgedeckt. Lediglich in Manheim ist kein Arzt ansässig. Daher werden hier einmal wöchentlich Arztprechstunden im Gemeindehaus angeboten.

Soziales Wohnumfeld

Das soziale Wohnumfeld Kerpens wird überwiegend durch das Netzwerk 55plus abgedeckt, das sich in regelmäßigen Treffen mit verschiedenen aktuellen Themen beschäftigt. Insgesamt besitzt Kerpen 25 Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren, darunter Begegnungsstätten der Arbeiterwohlfahrt und Seniorenclubs in den einzelnen Stadtteilen. In Kerpen sind darüber hinaus viele Sportangebote, die speziell auf Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind, vorhanden. Des Weiteren bietet der Seniorenkreis Blatzheim einen Mittagstisch, Seniorenkreise, Gymnastik sowie verschiedene Fahrten an. Tanzcafés gibt es in Türnich und Mödrath. EDV-Kurse für

Ältere sowie einen kostenlosen Buch- oder Hörbuchlieferservice für Seniorinnen, Senioren und Behinderte gibt es im Stadtteil Kerpen. Ein Buseinkaufsfahrdienst zum Discounter am Ortsrand wird donnerstags für Seniorinnen und Senioren in Sindorf angeboten. Außerdem werden auch in Kerpen Kurse der Volkshochschule angeboten, die von Seniorinnen und Senioren besucht werden können und viele Veranstaltungen der Seniorenakademie finden in Horrem statt.

Stadt Pulheim (Frau Köhr)

Infrastruktur/Öffentlicher Personennahverkehr

Pulheim verfügt im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs über diverse Busverbindungen. Sie stellen Verbindungen zu umliegenden Städten wie der Kreisstadt Bergheim, Frechen, Köln-Weiden oder auch Köln-Bocklemünd mit Anschluss zur Stadtbahn dar. Zudem besitzt Pulheim einen Bus, der dem Stadtverkehr dient. Eine Busverbindung nach Frechen Königsdorf ermöglicht die Nutzung des dortigen S-Bahnhofs. Bahnhöfe der Deutschen Bundesbahn (DB) sind in Pulheim und Stommeln vorhanden. Die Bahnhöfe mit Anschluss an den Regionalverkehr stellen die Verbindung von Pulheim nach Köln und Bonn sicher.

Einkaufsmöglichkeiten

Insbesondere im Stadtteil Pulheim findet sich ein reichhaltiges Angebot an Supermärkten. Doch auch in den umliegenden Stadtteilen wie Brauweiler, Stommeln oder Freimersdorf finden sich einige Discounter für den Einkauf von Lebensmitteln. Kleinere Stadtteile, wie Dansweiler oder Sinthern, sind dahingehend jedoch weniger gut versorgt. Hier ist man auf Mobilität angewiesen, um zu den Supermärkten zu gelangen. Ergänzend zum eigenen Einkauf bieten auch Organisationen in Pulheim für Seniorinnen und Senioren verschiedene Menu-Services und „Essen auf Rädern“ an.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Versorgung Pulheims ist durch über 70 in den verschiedenen Stadtteilen Pulheims ansässige Ärzte verschiedener Fachrichtungen gesichert. Ergänzt wird dieses Angebot zusätzlich durch verschiedene ambulante Pflegedienste und Hausnotrufe in der Stadt.

Soziales Wohnumfeld

Im Bereich des sozialen Wohnumfeldes gibt es für Seniorinnen und Senioren vielfältige Möglichkeiten der Betätigung. Insbesondere ist hier das Projekt „FUKS – Forschen, Unterrichten, Kennenlernen und Staunen“ zu nennen. Hier unterrichten Schülerinnen und Schüler ältere Menschen ab dem 50. Lebensjahr. Ansprechpartner für dieses Projekt ist Frau Vollmer von der Stadtverwaltung Pulheim. Sie ist telefonisch

unter Tel.: (0 22 38) 8 08-186 zu erreichen. Darüber hinaus gibt es weitere Vereine und Seniorenbegegnungsstätten in der Stadt. Pulheim bietet neben einer Volkshochschule noch weitere kulturelle Veranstaltungen, die gerne auch von Seniorinnen und Senioren besucht werden können. Ebenso veröffentlicht die Stadt Pulheim eine Broschüre mit Touren, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad durch Pulheim unternommen werden können. Beispielsweise zur Abtei in Brauweiler, zum Vogelbiotop in Sinnersdorf oder zum Pulheimer See, wo man Segeln, Surfen oder Spazieren kann. Auch das alljährliche Stadtfest ist sicherlich ein Ereignis, das bei Seniorinnen und Senioren in Pulheim Anklang findet.

Stadt Wesseling (Frau Kaminski)

Infrastruktur/ÖPNV

Die Regionalbuslinie 990 stellt eine Verkehrsverbindung zwischen Erftstadt und Wesseling über Brühl her. Hier besteht außerdem Anbindung an das Regionalbusnetz Erftkreis. Die Stadtbuslinie 721 bietet die Möglichkeit der stadtinternen Personenbeförderung und verbindet die Stadtteile Wesseling, Keldenich und Urfeld.

Außerdem verfügt Wesseling über 4 Haltestellen der Stadtbahnlinie 16, die die Strecke zwischen Köln und Bonn-Bad Godesberg befährt.

Einkaufsmöglichkeiten

Die Versorgungsstruktur mit Einkaufsmöglichkeiten ist in den einzelnen Wesselinger Stadtteilen unterschiedlich. Wesseling-Mitte sowie der Stadtteil Keldenich verfügen über mehrere und somit auch gut verteilte Lebensmittelgeschäfte. In den Stadtteilen Urfeld und Berzdorf dagegen sind meist nur 1-2 Lebensmittelgeschäfte angesiedelt.

Medizinische Versorgung

Laut „Zahlenspiegel 2009“ der Stadt Wesseling sind im Stadtgebiet 14 Arztpraxen, darunter Allgemeinmediziner/Praktische Ärzte sowie 40 Fachärzte angesiedelt. Desweiteren sind 6 Apotheken in Wesseling-Mitte, 1 Apotheke in Urfeld und 1 Apotheke in Berzdorf vorhanden.

Soziales Wohnumfeld

Die Stadt Wesseling bietet zahlreiche soziale und kulturelle Angebote und Veranstaltungen an, von denen viele speziell auf ältere Menschen abgestimmt sind. Beispielsweise bestehen in Wesseling 13 Altenclubs und -begegnungsstätten sowie 1 Seniorenwerkstatt. Desweiteren finden regelmäßig Tanztees statt. Dies sind Tanzveranstaltungen im städtischen Rheinforum, die vor allem von Seniorinnen und Senioren in Anspruch genommen werden. Außerdem bietet die Stadt von ihr organisierte Seniorenschifffahrten (auch kombinierte Bus- und Schiffstouren) an, die immer auf große Nachfrage bei den älteren Wesselingener Bürgerinnen und Bürgern treffen.

4.4.5. Seniorenfreundliche Städte (Frau Köhr)

Osnabrück

Die niedersächsische Stadt Osnabrück ist wie die Kreisstadt Bergheim (vergleiche Kapitel „4.5.2 Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim, Ist-Zustand in der Kreisstadt Bergheim“) Teilnehmerin des Modellprojekts „Aktiv im Alter“ des Bundes. Sie verfügt insbesondere im Bereich des sozialen Wohnumfeldes über ein weitreichendes Angebot für Seniorinnen und Senioren, das im Folgenden kurz vorgestellt wird.

Das Hilfesystem der Stadt Osnabrück umfasst neben der klassischen Wohnberatungsstelle, welche Beratungen zur Verbesserung der Wohnqualität durch qualifiziertes Personal anbietet, unter anderem einen ehrenamtlichen Besuchsdienst, der seit Sommer 1994 allein lebende ältere Personen in ihren Wohnungen besucht, um eventueller Vereinsamung vorzubeugen oder diese einzuschränken. Es handelt sich hierbei um ein Gemeinschaftsprojekt zwischen dem Seniorenbeauftragten der Stadt Osnabrück und der Volkshochschule.

Auch freiwillige Nachbarschaftshilfe wird in Osnabrück über die so genannte Freiwilligen-Agentur Osnabrück angeboten. Hier können sich Nachbarn gegenseitig unterstützen.

Sehr hilfreich im Haushalt älterer Menschen ist sicherlich der eigens für Seniorinnen und Senioren eingerichtete und ebenfalls ehrenamtlich tätige Handwerksdienst. Dieser übernimmt lediglich kleinste Reparaturen im Haushalt und steht deshalb nicht in Konkurrenz zu ansässigen Handwerksbetrieben. Solche Reparaturen können das Auswechseln von Glühbirnen, die Erhöhung von Betten oder Sitzmöbeln, oder etwa das Anbringen von Haltegriffen, Handläufen oder Rampen zur Erleichterung des täglichen Lebens sein.

Kommunale Anlaufstellen für Seniorinnen und Senioren sind überdies der Soziale Dienst, die Altenhilfe und der Seniorenbeauftragte. Osnabrück verfügt außerdem über einen Seniorenbeirat und Selbsthilfegruppen sowie eine City- und eine Telefonseelsorge.

Im Bereich der Pflege verfügt die Stadt Osnabrück ebenfalls über ein weit reichendes Angebot von Tages- und Kurzzeitpflege, über ambulante Pflegedienste und Essen auf Rädern bis hin zu klassischen Senioreneinrichtungen. Für Menschen, die weiterhin in ihrem gewohnten Wohnumfeld leben, deren Zustand jedoch oftmals so labil ist, dass schnell ärztliche oder pflegerische Hilfe benötigt wird, wurde der so genannte „Hausnotrufdienst“ eingerichtet. Die Arbeiterwohlfahrt bietet darüber hinaus die Pflegenotaufnahme an. Diese kann dann beansprucht werden, wenn ein pflegender Angehöriger plötzlich ausfällt, etwa aufgrund einer Krankheit oder Überlastung. Auch bei einer akuten Verschlechterung des Gesundheitszustandes des häuslich Gepflegten kann die Pflegenotaufnahme in Anspruch genommen werden und rundet somit das umfassende Pflegeangebot der Stadt Osnabrück ab. Neben weiteren Vereinen und Seniorentreffs, die Anlaufstellen im direkten Wohnumfeld der Seniorinnen und Senioren bieten, stellt die Verwaltung der Stadt Osnabrück auch Broschüren mit umfangreichen Angeboten an seniorengerechten Wohnformen zur Verfügung.²⁸³

²⁸³ Weitere Informationen zu diesem Thema sind auf der Internetseite der Stadt Osnabrück nachzulesen: <http://www.osnabrueck.de>, abgerufen am 02.11.2009

Recklinghausen

Die in Nordrhein-Westfalen gelegene Stadt Recklinghausen hat bereits im Jahre 2002 in Zusammenarbeit mit dem dortigen Seniorenbeirat Leitsätze formuliert, damit Recklinghausen zu einer seniorenfreundlichen Stadt wird.

Formuliert sind verschiedene Vorhaben. So etwa das Bestreben, die Interessen älterer Menschen im Rahmen der Verwaltungsarbeit zu berücksichtigen. Außerdem soll dem Seniorenbeirat, welcher als Bindeglied zwischen den Seniorinnen, Senioren und dem Stadtrat fungiert, die notwendige städtische Unterstützung zukommen. Auch soll das soziale Wohnumfeld der Bürger verbessert werden, indem die Kontaktknüpfung untereinander sowie die Einbindung älterer Menschen in seniorenspezifische Aktivitäten durch die Kommune angeregt wird. Die Stadt Recklinghausen will darüber hinaus die Voraussetzungen schaffen, damit ältere Menschen in ihrem gewünschten Wohnumfeld leben können. Dies soll beispielsweise dadurch geschehen, dass die öffentliche Infrastruktur an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst wird. Auch in pflegerischen und medizinischen Bereichen soll optimale und individuelle Versorgung gewährleistet sein. Im Wohnumfeld der Seniorinnen und Senioren sollen zudem bedürfnisorientierte Freizeitangebote etabliert und Unterstützungsangebote wie Beratungs-, Sozialdienste, Wohn- und Pflegeberatung sichergestellt werden.

Die Umsetzung der Beschlüsse soll unter anderem durch das Referat für Seniorenangelegenheiten erfolgen, das für die Geschäftsführung und die Ausführung, sowie Ausführungskontrolle der Aufträge des Seniorenbeirates zuständig ist und als Ansprechpartner für Seniorenangelegenheiten dient.

Die Stadt Recklinghausen bietet neben dieser Anlaufstelle ebenso eine Wohnberatungsstelle, sowie ein Beratungs- und Infocenter zum Thema Pflege für Seniorinnen und Senioren an. Im Wohnumfeld befindet sich außerdem der Sportverein „Fit ab 50“, der Sportangebote für Menschen ab 50 Jahren anbietet. Auch die Volkshochschule der Stadt Recklinghausen bietet seniorengerechte Kurse an.²⁸⁰

Neben den vorgenannten guten Beispielen könnte die Förderung des ehrenamtlichen Engagements für die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises von positiver Bedeutung

sein. Ausführliche Informationen zum Thema „Ehrenamtliches Engagement“ sind im folgenden Kapitel nachzulesen.

4.5. Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)

4.5.1. Einleitung

„Jeder Mensch hat Fähigkeiten und Kenntnisse, mit denen er für andere eine unschätzbare Hilfe sein kann. Wer sich freiwillig für die Allgemeinheit engagiert, erhält dafür Dank und Bestätigung. Er gibt der Gesellschaft ein menschliches Gesicht. Und er stützt unser Gemeinwesen dort, wo der Staat die alleinige Verantwortung nicht tragen kann,“²⁸⁴

erklärt die ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, im Rahmen der Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2006. Dies gilt auch heute noch.

Eine einheitliche Begrifflichkeit, von dem was die damalige Bundesfamilienministerin beschreibt, lässt sich in der Literatur nicht finden. Dieses Kapitel beschäftigt sich mit dem „ehrenamtlichen Engagement“ und beginnt zunächst mit einer Definition sowie dem Wandel des „Ehrenamtes“. Wer sind die Engagierten und wie kommt es zum Engagement? Um Antworten auf diese Fragen geben zu können, werden im Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker), 4.5.1 Einleitung“ – Abschnitt „Motive und Erwartungen“ die Motive dargestellt. Anschließend wird unter der Überschrift „Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis“ der Ist-Zustand aller zehn Kommunen näher beleuchtet. Dies ist erforderlich, um entsprechende Handlungsempfehlungen geben – aber auch um gegebenenfalls spätere Vernetzungsstrukturen aufbauen – zu können. Darüber hinaus wird an Hand der Auswertung der Bürgerbefragung in der Kreisstadt Bergheim das Potenzial an ehrenamtlichem Engagement der

²⁸⁴ <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=84238.html>, abgerufen am 18.11.2009

Bürgerinnen und Bürger herausgearbeitet und im Rahmen einer Stärke-/Schwächeanalyse dargestellt. Wie letztlich dieses Potenzial gefördert und auch gewonnen werden kann und sollte, beschreibt der Kapitel „4.5.3 Ziele und Maßnahmen“. Bevor das Kapitel ehrenamtliches Engagement mit dem Thema „Zusammenwirken von hauptamtlichem Personal und ehrenamtlichem Engagement“ abschließt, werden noch einige praktische Erfahrungen anderer Kommunen sowie Modellprojekte vorgestellt.

Definiton

Seit dem Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ aus dem Jahr 2002 ist der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ geprägt worden. Hierbei handelt es sich um eine sehr weite Begrifflichkeit, die ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches, gemeinwohlorientiertes und freiwilliges Engagement sowie Selbsthilfe und Bürger- und Freiwilligenarbeit gleichermaßen einschließt.²⁸⁵ Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ hat sich in ihrem Bericht ausführlich mit der Auslegung des Begriffs beschäftigt. Bürgerschaftliches Engagement charakterisiert sich danach als

- a) freiwillig,
- b) nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet,
- c) gemeinwohlorientiert,
- d) öffentlich bzw. im öffentlichen Raum stattfindend und wird
- e) in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt.

Das Engagement qualifiziert sich als spezifisch „bürgerschaftlich“, wenn die Personen in ihrer Eigenschaft als Bürgerinnen und Bürger handeln und ihre Motivation durch

²⁸⁵ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 32

„Mitverantwortung für andere und Sensibilität für Anforderungen des Gemeinwesens gekennzeichnet“ ist.²⁸⁶

Welche Begrifflichkeit wird jedoch von den Engagierten selbst bevorzugt? Dieser Frage nahm sich der Freiwilligensurvey an und ermittelte folgendes Ergebnis:

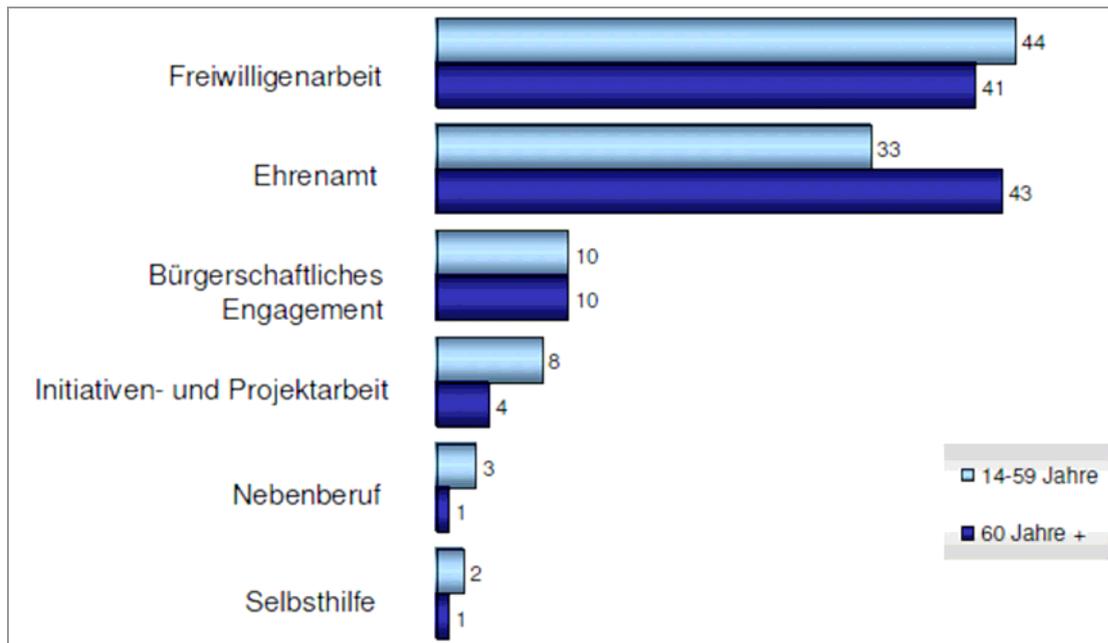


Abbildung 121: Selbstverständnis der freiwilligen Tätigkeiten (2004) – Angaben in %²⁸⁷

Die Abbildung zeigt, dass die meisten Engagierten ihre freiwilligen Tätigkeiten als Freiwilligenarbeit verstehen. Bei den älteren Menschen ab 60 Jahren steht jedoch der traditionelle Begriff des „Ehrenamtes“ an erster Stelle. Auf diesem Ergebnis basierend, wird zur Bezeichnung der ehrenamtlichen, freiwilligen oder bürgerschaftlichen Tätigkeit in diesem Kapitel der Oberbegriff „ehrenamtliches Engagement“ verwendet.

²⁸⁶ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 38, 70

²⁸⁷ Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004

Ehrenamt im Wandel der Zeit – Ausgangssituation und Herausforderung

Das klassische Ehrenamt ist im 19. Jahrhundert entstanden und war mit einem hohen gesellschaftlichen Ansehen verbunden. Durch die von Amts wegen zugewiesenen öffentlich-rechtlichen Ehrenämter wurden einflussreiche Bürger an den Obrigkeitsstaat gebunden. Heutzutage hat die Tätigkeit in der Regel nichts mehr mit Ehre zu tun und bezieht sich schon lange nicht mehr nur auf das „Amt“. Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde das Ehrenamt hauptsächlich in Wohlfahrtsverbänden und anderen etablierten Einrichtungen ausgeübt. Heute findet freiwilliges Engagement unter anderem in Sportvereinen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen statt.²⁸⁸ Dabei sind dem Engagement keine Grenzen gesetzt. Weitere Bereiche sind Ökologie, Kultur, Schule, Kindergarten, Gesundheit, Geschlechterpolitik sowie der soziale Nahbereich. Hinter Letzterem verbirgt sich die sogenannte Nachbarschaftshilfe. Dem fünften Bericht zur Lage der älteren Generation der Bundesrepublik Deutschland ist zu entnehmen, dass das ehrenamtliche Engagement keinesfalls die traditionellen Organisationsformen ablöst. In den höheren Altersgruppen wird insbesondere das „klassische“ Ehrenamt gegenüber den neuen Formen vorgezogen.²⁸⁹

Die demografische Alterung und die strukturellen Veränderungen unserer Gesellschaft stellen eine besondere Herausforderung dar. Zum einen der zunehmende Betreuungsbedarf durch die zu erwartende Zunahme der Pflegebedürftigen sowie durch die Abnahme der Potenziale helfender Angehöriger und die fehlenden Personalressourcen, bei ausschließlich professioneller Betreuung. Zum anderen steht die Gesellschaft vor dem Problem „leerer öffentlicher Kassen“ durch die massive Inanspruchnahme der Rentenkassen und Pflegeversicherungen, bedingt durch die Verlängerung der Lebenszeit. Weitere Ausführungen zum demografischen Wandel und die daraus resultierenden Herausforderungen sind in Kapitel „2 Demografische Entwicklung (Herr Malek)“ dargestellt. Eine zunehmende Lebenserwartung hat ebenso dazu geführt, dass die Lebensphase „Alter“ erheblich länger geworden ist. Dieser bedeutungsvolle Lebensabschnitt birgt sehr viel Potenzial, hinsichtlich einer aktiven Gestaltung sowohl für den

²⁸⁸ vgl. Daneke, Sigrid: Freiwilligenarbeit in der Altenhilfe, S. 4, 6

²⁸⁹ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland S. 342

Einzelnen als auch für die Gesellschaft und gewachsener Teilhabemöglichkeiten.²⁹⁰ Mit dem sogenannten Strukturwandel des Alters hat die Bedeutung des Engagements im Alter stark zugenommen. Die Aufgabe der Politik und insbesondere der Kommunen ist es, die vorhandenen Potenziale älterer Menschen zu erkennen, aufzuzeigen, zu erhalten und auszubauen aber auch Barrieren abzubauen, damit die Potenziale besser wahrgenommen werden und genutzt werden können.²⁹¹

Motive und Erwartungen

Nach Angabe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind insgesamt 23 Millionen Menschen in Deutschland freiwillig aktiv. Davon zählen 4 Millionen zu der Altersgruppe zwischen 60 und 70 Jahren. Weitere sechs Millionen bekunden Interesse, sich ehrenamtlich engagieren zu wollen.²⁹² Daraus könnte man schließen, dass es offensichtlich an Anreizen fehlt und immer noch zu wenig Öffentlichkeitsarbeit betrieben wird. Freiwilliges Engagement müsste auf kommunaler Ebene mehr thematisiert werden, so dass die Menschen diese Materie verstärkt wahrnehmen und auch Denkanstöße erhalten, um das eigene Engagement zu realisieren.

Insbesondere Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen stellen ein wichtiges Potenzial dar. Zudem haben Studien belegt, dass das freiwillige Engagement der über 50-jährigen in dem Zeitraum von 1985 bis 2005 von rund 19% auf 30% gestiegen ist.²⁹³ Der starke Anstieg bei den älteren Menschen lässt sich als Spiegelbild der zunehmenden Alterung deuten. Allerdings stellt sich hier die Frage, welche Motive bei der Übernahme eines „Ehrenamtes“ eine Rolle spielen.

In der Literatur wird oft von einem Wandel der Motive berichtet. Bedingt durch den Wertewandel, der seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts zu umfassenden Verhaltens- und Einstellungsänderungen geführt hat, haben sich auch die Motive – von Pflicht- zu Selbstentfaltungswerten – verändert. Die Wünsche nach persönlicher Be-

²⁹⁰ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 101

²⁹¹ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 27

²⁹² vgl. BMFSFJ: Alter schafft Neues, S. 94

riedigung und Selbstentfaltung haben eine größere Bedeutung als Ehre und Ansehen.²⁹⁴ Dieser Trend lässt sich belegen durch die folgende Repräsentativerhebung zu „Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement“, kurz Freiwilligen-survey genannt.

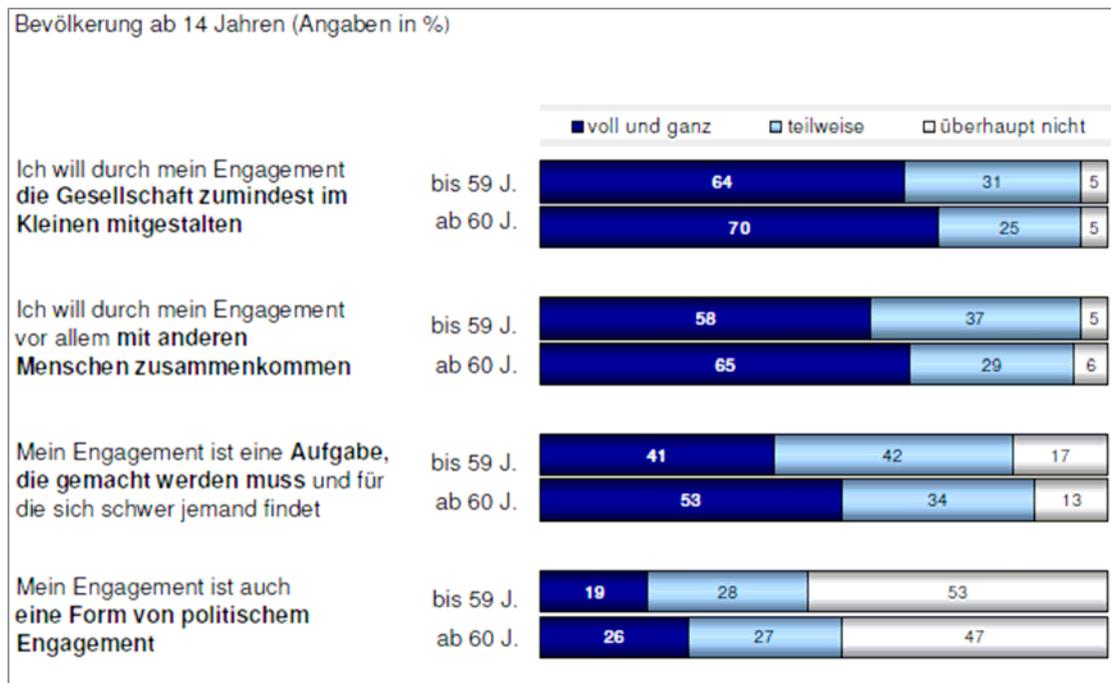


Abbildung 122: Motive für das freiwillige Engagement in 2 Altersgruppen (2004)²⁸⁷

Das Hauptmotiv älterer Menschen ehrenamtliches Engagement auszuüben besteht darin, dass sie dadurch die Gesellschaft mit gestalten möchten.²⁹⁵ Das zeigt, wie sehr sie aktiv am Leben teilhaben und beteiligt werden möchten. An zweiter Stelle ist der Kontakt zu anderen Menschen ein wichtiges Anliegen. Erwähnenswert ist jedoch, dass immer noch 53% der Engagierten über 60 Jahre das Ehrenamt als Pflicht ansehen. Bei ihnen ist eher eine Erwartungshaltung zum Gemeinwohl zu erkennen als das bei den Jüngeren der Fall ist.

²⁹³ vgl. BMFSFJ: Zukunft gestalten – sozialen Zusammenhalt sichern, S. 12

²⁹⁴ vgl. Daneke, Sigrid: Freiwilligenarbeit in der Altenhilfe, S. 6

²⁹⁵ vgl. Freiwilligen-survey 2004, S. 329

Abschließend ist festzuhalten, dass es sich bei Gemeinwohlorientierung und Selbstentfaltung nicht um widersprechende und konkurrierende Werte handelt, sondern dass diese vielmehr ein gemeinsames „Motivbündel“ für Engagement bilden.²⁹⁶

4.5.2. Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis

Ist-Zustand in den kreisangehörigen Kommunen

Das ehrenamtliche Engagement spielt eine immer größere Rolle, denn ohne den vielfältigen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern wären die Kommunen um viele Angebote und Hilfeleistungen ärmer. Der Ist-Zustand dient dazu, das ehrenamtliche Engagement in den kreisangehörigen Kommunen aufzuzeigen. Die Recherche hat jedoch ergeben, dass verschiedenste Träger und Institutionen ein enormes und breit gefächertes Angebot an ehrenamtlicher Tätigkeit in den einzelnen Kommunen anbieten. Aufgrund der großen Vielfalt ist es nicht möglich, jedes ehrenamtliche Engagement in dieser Arbeit aufzulisten und darzustellen. Ganz bewusst wird auf zu detaillierte Angaben verzichtet und überwiegend besondere Projekte hinsichtlich des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen sowie bestehende senioren- und engagementgerechte Strukturen in den Kommunen hervorgehoben. Die kommunalen Handlungsspielräume sowie die Aktivierung, Unterstützung und Förderung von ehrenamtlichem Engagement seitens der Kommunen bilden den Schwerpunkt des Ist-Zustandes.²⁹⁷

Jede Kommune verfügt über Seniorenbegegnungsstätten, die überwiegend durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer geführt werden. Hierzu zählen Altenclubs, Altagsstätten, Seniorenkreise, Rentnervereine und Seniorentreffs. Im Vordergrund stehen Geselligkeit, Kommunikation, Knüpfung neuer Kontakte, aktive Freizeitgestaltung – von Bildung bis hin zum Tanz, Spiel und Sport. Diese Begegnungsstätten beugen der Isolierung und Vereinsamung älterer Menschen vor und können dazu bei-

²⁹⁶ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 51

²⁹⁷ Für die Vollständigkeit der Angaben kann keine Gewähr übernommen werden.

tragen, verlorene Beziehungen im Familien-, Freundes- und Kollegenkreis zu ersetzen.

Bedburg

- Die Stadt Bedburg hat insgesamt sieben Seniorenbegegnungsstätten.
- Ehrenamtliches Engagement in Bedburg ist beispielsweise zu finden bei verschiedenen Vereinen vor Ort, bei der Anfang 2009 eröffneten Bedburger Tafel, beim Deutschen Roten Kreuz sowie bei verschiedenen Wohlfahrtsverbänden.

Bergheim

Der Ist-Zustand der Kreisstadt Bergheim wird im nachfolgenden Kapitel bei der Stärke-/Schwächeanalyse dargestellt.

Brühl

- Brühl hat zurzeit zwei Altentagesstätte der AWO und 11 Altenclubs.
- Es existiert ein vielfältiges Angebot an Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, sozialen Einrichtungen und Freizeitangeboten.
- Die Stadt Brühl veranstaltet jährlich den „Agenda-Markt der Möglichkeiten“. Die ehrenamtlich Aktiven in der Lokalen Agenda Brühl stellen sich mit ihren Projekten und ihrem Engagement vor, informieren interessierte Bürgerinnen und Bürger und werben neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.
- Die Stadt lobt jedes zweite Jahr einen „Agenda-Preis“ aus, mit dem die Stadt Brühl in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Nachhaltigkeit in den Bereichen „Eine Welt und Gerechtigkeit“, Soziales, Ökonomie und Umweltschutz stärken will. Mit der Auszeichnung sollen freiwillig erbrachte beispielhafte Leistungen in der Stadt Brühl gewürdigt, der Öffentlichkeit vorgestellt und bekannt gemacht werden.

Elsdorf

- In fast allen Stadtteilen werden Altenclubs bzw. Seniorentreffs angeboten.
- In Elsdorf sind Seniorenvereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände aktiv bei der Seniorenarbeit. Darüber hinaus hat der AWO-Ortsverein eine Tafel ins Leben gerufen.
- Zur Unterstützung und Förderung ehrenamtlichen Engagements hat die Gemeinde Elsdorf eine Kontaktstelle für ehrenamtliche Tätigkeiten eingerichtet. Zuständig ist Herr Fischer, Tel.: (0 22 74) 7 09-330 (Stand Dezember 2009)
- Ein Seniorenbeirat soll eingerichtet werden. Dazu liegt bereits ein Ratsbeschluss vor.

Erftstadt

- Verschiedene Seniorenbegegnungsstätten sind vorhanden.
- Seit einem Jahr gibt es in Erftstadt das Projekt der Seniorenbegleitung „Gemeinsam statt einsam“. Von den im letzten Jahr ausgebildeten 14 Seniorenbegleiterinnen und Seniorenbegleitern arbeiten zehn weiterhin intensiv in der Seniorenbetreuung. Sie absolvierten eine Fortbildung zum ehrenamtlichen Seniorenbegleiter der Stadt Erftstadt in Kooperation mit der VHS Erftstadt. Sie schenken Aufmerksamkeit, begleiten bei Einkäufen und Spaziergängen und stehen als Gesprächspartner zur Verfügung.
- Der Fachdienst Migration und Integration der Stadt Erftstadt möchten durch das Projekt „Ehrenamtliche Bildungsbetreuer für Zuwandererfamilien“ die Bildungschancen von Kindern und Familien mit Migrationsgeschichte verbessern. In Zusammenarbeit mit der VHS Erftstadt werden kostenlose Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote angeboten.
- Um ehrenamtliches Engagement zu würdigen und dafür Dankeschön zu sagen, lädt der Bürgermeister der Stadt Erftstadt jedes Jahr im Monat Dezember zum sogenannten Dankeschönabend mit Rahmenprogramm ein.

- Der Seniorenbeirat der Stadt Erftstadt vertritt die Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in Erftstadt und berät Rat und Verwaltung im Bereich der Seniorenarbeit. Die Mitglieder des Seniorenbeirats sind in fast allen Stadtteilen Erftstadts vertreten und stehen als Ansprechpartner für die Probleme von Senioren im jeweiligen Stadtteil zur Verfügung. Unter dem Thema „Alter als Chance nutzen“ gibt der Seniorenbeirat Empfehlungen zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation. Im letzten Jahr wurde ein Seniorenleitbild für die Stadt erarbeitet.

Frechen

- Es gibt 16 Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren, verteilt in allen Stadtteilen.
- Das Mehrgenerationenhaus „Oase“ Frechen Rhein-Erft-Kreis wurde im Juni 2008 eingeweiht und beruht auf einer rein ehrenamtlichen Initiative. Es bietet eine Vielzahl an neuen Projekten. Gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung, aber auch bezahlbare, professionelle Hilfen sind das Angebot. Hier finden Menschen Unterstützung, wie beispielsweise bei Behördengängen sowie bei Garten- und Hausarbeiten. Ein freiwilliger „Allrounder-Service“ übernimmt die Arbeiten für Seniorinnen und Senioren oder auch für Familien, die im Alltag Hilfe benötigen. Der Trägerverein „Mehrgenerationenhaus Oase e.V.“ betreibt die Einrichtung auf der Basis freiwilligen Engagements.
- In Frechen existieren zahlreiche Angebote durch ehrenamtliches Engagement, von Computerkursen, Seniorentanz, Seniorentheatergruppe bis hin zu einer Redaktionsgruppe „Frechener Seniorenkurier“ und der Frechener Tafel.

Hürth

- Insgesamt 29 Seniorentagesstätten, -clubs und -begegnungsstätten sind verteilt auf die Ortsteile, teilweise mit Mittagstisch.
- Auf der Internetseite der Stadt Hürth wurde ein virtuelles Forum geschaffen, in dem ehrenamtlich tätige Menschen Möglichkeiten finden, ihre individuellen Fä-

higkeiten auszubreiten. Diese Ehrenamtboerse ist ein wichtiges Element für Bürgernähe und mehr Mitmenschlichkeit.²⁹⁸

- Neben den zahlreichen ehrenamtlichen Angeboten, darunter auch eine Tafel, existiert das Netzwerk „Löwenzahn e.V.“. Es handelt sich um ein Netzwerk von Hürthern für Hürther in der „dritten Lebensphase“ mit vielfältigen Angeboten. Dieses von der Hürth-Agenda-21 unterstützte Projekt ist inzwischen ein eigener Verein.
- Im Dezember 2008 wurde die Bürgerstiftung Hürth gegründet.
- Der Seniorenbeirat der Stadt Hürth vertritt die Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger.

Kerpen

- Kerpen hat 25 Seniorenbegegnungsstätten – teilweise mit Seniorenmittagstisch – verteilt auf das Stadtgebiet, in denen ca. 180 Personen ehrenamtlich tätig sind.
- Das Kerpener Netzwerk 55 Plus ist im März 2008 gegründet worden und bedeutet bürgerschaftliches Engagement für eine seniorengerechte Zukunft. Hier treffen sich interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahren. Zu den Angeboten der Gruppen zählen Geselligkeit, Köln erkunden, Kreativität, Kunst & Kultur, Netzwerkfrühstück, Neue Medien, Sport/Aktivitäten, Wohnwelten fürs Alter, ÖPNV, Gärtnern und eine Laienspielgruppe. Weitere Informationen zum Kerpener Netzwerk 55 Plus sind in Kapitel „4.6 Netzwerke (Frau Ommerborn)“ dargestellt.
- Neben den zahlreichen ehrenamtlichen Angeboten von Vereinen, Kirche und Wohlfahrtsverbänden wird ein monatlicher Buch- und Hörbuchlieferservice kostenlos für Senioren und Behinderte angeboten sowie ein wöchentlicher Buseinkaufsfahrdienst für Senioren in Sindorf zum Discounter am Ortsrand.

²⁹⁸ <http://www.huerth.de/familiesoZIALES/ehrenamtboerse/index.php> abgerufen am 20.11.2009

- Der Seniorenbeirat der Stadt Kerpen organisiert verschiedenste Veranstaltungen für die Seniorinnen und Senioren der Stadt.

Pulheim

- In der Stadt Pulheim existieren 19 Seniorenbegegnungsstätten.
- Auch in Pulheim ist das Angebot ehrenamtlicher Tätigkeiten groß. Beispielsweise initiierte die katholische Kirchengemeinde in Stommeln das Projekt „Eine Stunde Zeit schenken“. Ein geschultes Team besucht auf Wunsch alleinlebende Seniorinnen und Senioren, um gemeinsam mit ihnen die Zeit zu verbringen, damit die Zeit eine Stunde lang kurzweilig gestaltet wird.
- Die Wissens- und Hobbybörse für Jung und Alt der Stadt Pulheim ist eine unabhängige Einrichtung, die Menschen mit gleichen Interessen oder Hobbys zusammenbringen möchte.
- Die Stadt Pulheim ehrt die ehrenamtlich Engagierten im Rahmen eines Empfangs. Durch Überreichung einer Ehrenurkunde und eines Geschenks wird den Engagierten für ihren Einsatz gedankt.
- Der Seniorenbeirat in Pulheim setzt sich für die Interessen der Mitbürgerinnen und Mitbürger ein.

Wesseling

- In Wesseling finden in dreizehn Seniorenbegegnungsstätten – verteilt über das ganze Stadtgebiet – regelmäßige Treffen statt, teilweise mit Mittagstisch.
- Es gibt eine Vielfalt an ehrenamtlichem Engagement. Angebote erfolgen von Wohlfahrtsverbänden, den Kirchengemeinden, dem Deutschen Roten Kreuz und den zahlreichen Vereinen. Dabei werden Projekte initiiert wie z.B. von der Wesselingener Tafel das Projekt „die rollende Tafel Wesseling“ oder von der Kolpingfamilie das Projekt „Ausbildungspatenschaften“.
- Durch die von der Stadt organisierten, regelmäßig stattfindenden Treffen des Seniorennetzwerkes werden auch die ehrenamtlich Engagierten eingebunden. Diese

Treffen verfolgen das Ziel einer Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote vor Ort und des gegenseitigen Austauschs.

- Zwei neue städtisch initiierte Projekte befinden sich noch in der Planungsphase. Das Projekt „Helfende Hände Wesseling“ verfolgt das Ziel, Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten mit Senioren, die Unterstützung bedürfen, zusammen zu bringen. Das zweite Projekt befasst sich mit dem „Aufbau eines niedrigschwelligen Angebotes“.
- Der Seniorenbeirat der Stadt Wesseling setzt sich für die Belange der älteren Bürgerinnen und Bürger ein.
- Die Bürgerstiftung Wesseling wurde im Jahr 2004 gegründet. Ziel ist es, das Engagement der Bürger zu fördern und zu stärken. Die Bürgerstiftung Wesseling ehrt mit dem „Leistungsoskar“ Menschen für ihren Verdienst an der Gesellschaft. Weitere Aktionen sind z.B. Patenschaften mit Senioren, „Alt trifft Jung“.
- Wesseling hat einen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten. Seine Aufgabe ist die Wahrnehmung der Belange behinderter Menschen. Als Ansprechpartner für behinderte Bürger soll er Änderungswünsche, Anliegen und Beschwerden von Wesselingern Bürgerinnen und Bürgern prüfen und gegebenenfalls in die zuständigen Fachausschüsse und in den Rat hineinragen.

Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim

Bei der Stärke-/Schwächeanalyse werden die aus der Umfrage gewonnen Erkenntnisse dem Ist-Zustand der Kreisstadt Bergheim gegenübergestellt. Hierbei werden die ungenutzten Potenziale und Ressourcen sowie die vorhandenen Schwächen herausgearbeitet, mit dem Ziel, diese künftig ausgleichen zu können. Umfassende Auswertungsergebnisse der Bürgerbefragung sowie zur methodischen Basis sind Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ zu entnehmen.

Die nachfolgenden Auswertungen schaffen Einblicke in die Struktur und Potenziale des ehrenamtlichen Engagements in der Kreisstadt Bergheim. Ehrenamtliches Engagement ist auch in der Kreisstadt eine wichtige Ressource zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen. Wie bereits der Freiwilligensurvey 2004 zeigt, stellen

insbesondere die älteren Menschen einen zunehmenden Teil ihres Zeitbudgets zur Verfügung, um aktiv die Gesellschaft mit zu gestalten.²⁹⁹

Ist-Zustand in der Kreisstadt Bergheim

In Bergheim gibt es für die Seniorinnen und Senioren 25 Begegnungsstätten der sogenannten Offenen Altenarbeit in unterschiedlichen Trägerschaften.

Durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement, sei es im Sport- und Freizeitbereich, im kulturellen und karitativen Bereich sowie im Bereich der Kirchen, der Jugendarbeit, der Brauchtumpflege, oder im Bereich der Nachbarschaftshilfe, wird das Bild der Kreisstadt Bergheim in ganz besonderer Weise geprägt und das Leben in der Stadt bereichert. Beispielsweise ist aus der vergangenen Seniorstaffel – ein von der Stadt gefördertes Programm – ein Besuchs- und Begleitedienst hervorgegangen, der zusätzlich zur Demenzentlastung für Angehörige von Demenzerkrankten zu Hause qualifiziert wurde. Oder die zahlreichen „Grünpaten“ in der Stadt, die sich engagieren, um ein attraktives Stadtbild zu erhalten sowie ehrenamtliche Abfallberater, Spielplatzpaten und viele weitere ehrenamtliche Helfer.

Förderung und Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement

Zur Unterstützung und Förderung ehrenamtlichen Engagements hat die Kreisstadt Bergheim die Kontaktstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe eingerichtet. Dabei hilft sie den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, eine sinnvolle Tätigkeit für ihre Freizeit bzw. ein individuell passendes Angebot zu finden.

In der Woche vom 02. bis 11. Oktober 2009 hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die bundesweite Aktionswoche „Engagement macht Stark“ ausgerufen. Die Kreisstadt Bergheim hat sich daran mit einigen Aktionen beteiligt und über verschiedene Projekte informiert. Sie fördert ehrenamtliches Engagement, indem sie Fördergelder für engagierte Bürgerinnen und Bürger bereit stellt, die selbst die

²⁹⁹ vgl. Freiwilligensurvey 2004, S. 44

Initiative ergreifen und mit Gleichgesinnten ein entsprechendes Projekt im Rahmen der Offenen Altenarbeit entwickeln.

Im Juni 2009 wurde in der Kreisstadt Bergheim die Ehrenamtskarte eingeführt. Diese dient als Dank, Anerkennung und Würdigung des besonderen freiwilligen Engagements. Inhaber der Ehrenamtskarte haben die Möglichkeit, viele Vergünstigungen in Bergheim und allen teilnehmenden Kreisen und Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Würdigung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements im sozialen, kulturellen und kirchlichen Leben sowie im Umweltschutz und in den Sportvereinen erfolgt jährlich durch öffentliche Ehrung im Rahmen einer Ehrenamtsveranstaltung.

Verschiedene Projekte

Das Netzwerk Bergheim Süd-West „Gemeinsam gegen Einsam“ bietet eine Fülle von Möglichkeiten, die Freizeit sinnvoll mit regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen zu gestalten (vergleiche Kapitel „4.6 Netzwerke (Frau Ommerborn)“).

Nach Durchführung der Zukunftskonferenzen, vor Ort im Rahmen des Prozesses Lokale Agenda 21, gründeten engagierte Bürgerinnen und Bürger auf Initiative der Stadtverwaltung in allen Bergheimer Stadtteilen sogenannte Stadtteilforen, die Projekte für ihren Stadtteil entwickeln und durchführen. Zu den Foren ist jeder interessierte Einwohner willkommen. Hier kann man sich informieren, eigene Vorschläge und Ideen einbringen aber auch Partner finden, mit denen gemeinsam Ideen entwickelt und Projekte durchgeführt werden können.

Bereits sieben Jahre gibt es die Schulbusbegleitung in Bergheim. Insgesamt 15 ehrenamtliche Schulbusbegleiter setzen sich für eine ruhige und konfliktfreie Fahrt mit dem Bus ein. Sie schlichten Streit, helfen den Jüngsten und achten auf die Einhaltung einfachster Regeln. Das Projekt startete im Jahre 2002 und wird seitdem von der Kreisstadt Bergheim gemeinsam mit den Kooperationspartnern, REVG (Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft) und dem Kommissariat Vorbeugung der Polizei des Rhein-Erft-Kreises betreut.

Die Qualifizierung zur seniorTrainerin und zum seniorTrainer – ein Bundesmodellprogramm, das neue Aktivitätsmöglichkeiten für Ältere bietet – wird in Zusammenarbeit mit der AWO Rhein-Erft & Euskirchen e.V. und dem Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e.V. durchgeführt (vergleiche Kapitel „4.5.4 Praktische Erfahrungen – Modellprojekte“). Die zweite Qualifizierungsstaffel (voraussichtlich im Frühjahr 2011) richtet sich in besonderer Weise an Menschen mit Migrationsgeschichte.

Die Stadtverwaltung bietet in Kooperation mit dem Anton-Heinen-Haus eine Ausbildung als Sprach- und Kulturmittler für interessierte Personen mit Migrationsgeschichte an. In der Ausbildung werden die Teilnehmer von zwei Diplomübersetzern in den Bereichen Recht, Geschichte, Kommunikation, Politik, Landeskunde und Übersetzungstechniken ausgebildet. Aufgrund ihrer Sprach- und Kulturressourcen bauen die Sprach- und Kulturmittler Brücken zwischen ihren Landsleuten und den Einrichtungen der Stadt. Sie ermöglichen Menschen eine gelungene Kommunikation und tragen zum Abbau sprachlicher und kultureller Barrieren bei. Das „Laiendolmetschen“ findet in alltäglichen Situationen statt. Gerade für ältere Menschen mit Migrationsgeschichte soll dieses Angebot eine Hilfe sein.

Die Kreisstadt Bergheim nimmt an dem Bundesprogramm „Aktiv im Alter“ teil. Damit sollen die Bedingungen für das Engagement älterer Menschen weiter verbessert werden. Das Programm unterstützt Kommunen darin, Strukturen auf – oder auszubauen, um eine stärkere Beteiligung älterer Menschen zu ermöglichen und es hilft dabei, Diskussionsprozesse anzuregen, Ideen zu entwickeln und Projekte in den Kommunen umzusetzen. In diesem Rahmen hat zum Beispiel der Fachtag „Wohnen im Alter“ stattgefunden. Außerdem wird der inhaltliche Schwerpunkt des Ehrenamtstages 2009 zum Thema „nachberufliche Phase – freiwilliges Engagement“ in den Projektrahmen gestellt.

Bergheim gehört zu den vier Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die am vom Land initiierten Forschungsprojekt „Partizipation im Alter“ teilnehmen. In Workshops wurden Themenschwerpunkte erarbeitet. Mit der Aktion „Intergeneratives Wohnen“ sollen zum Beispiel die engagierten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam die Idee des

Zusammenwohnens von Jung und Alt in der Kreisstadt Bergheim weiter entwickeln. Mehrere Workshops haben bereits stattgefunden.

Ausgewählte Auswertungsergebnisse der Bürgerbefragung

Insgesamt haben sich 566 Bergheimer Bürgerinnen und Bürger im Alter ab 45 Jahren an der Umfrage beteiligt. Zur Auswertung sind 563 Fragebogen zugelassen worden. Auf diesen Ausgangsdaten basieren die nachfolgend präsentierten Ergebnisse.

Ehrenamtliches Engagement nach Geschlecht und Alter

Auf die Frage „Engagieren Sie sich ehrenamtlich?“ antworten 178 Probanden mit „ja“. Dies entspricht einer Quote von rund 32% (N=563).

Auffallend ist die Übereinstimmung in der Kreisstadt Bergheim mit dem Freiwilligen-survey 2004 bei der Erkenntnis, dass Männer in höherem Maß ehrenamtlich engagiert sind als Frauen. Als Basis für die prozentuale Berechnung dient die Anzahl der weiblichen sowie der männlichen Probanden, die sich an der Umfrage für das Gebiet Bergheim beteiligt haben. Von insgesamt 563 Probanden sind 233 Personen männlich und 315 Personen weiblich. 15 von insgesamt 563 Personen haben zu ihrem Geschlecht keine Angabe gemacht. Nach Auswertung der Fragebogen betätigen sich 85 Männer und 92 Frauen ehrenamtlich. Bei einer weiteren ehrenamtlich engagierten Person liegt keine Angabe zum Geschlecht vor. Daraus ergibt sich eine Quote der ehrenamtlich engagierten Männer von rund 36% (N=233) sowie der ehrenamtlich engagierten Frauen von rund 29% (N=315). Veranschaulicht wird dieser Unterschied an Hand des folgenden Diagramms:

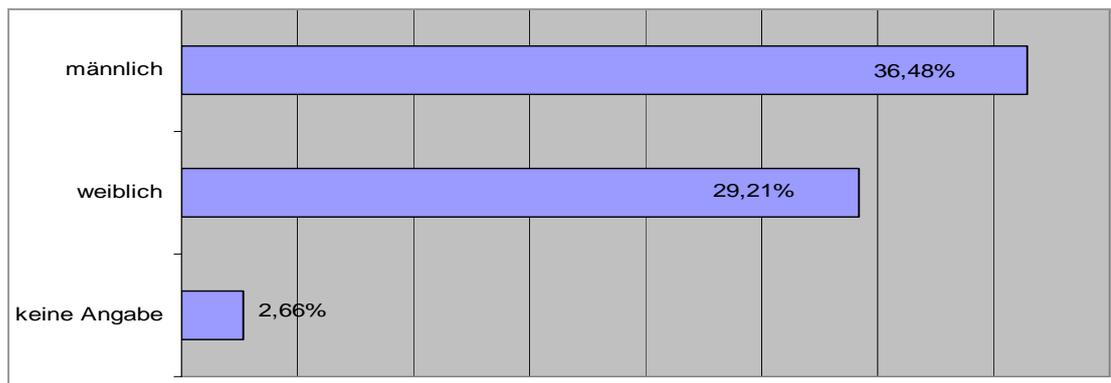


Abbildung 123: Ehrenamtliches Engagement von Männern und Frauen in der Kreisstadt Bergheim

Dieser Befund zeigt, dass Frauen weniger häufig ehrenamtlich engagiert sind als Männer. Dies spiegelt sich auch bei den Daten auf Bundes- und Landesebene wider:

Ehrenamtliches Engagement unabhängig vom Alter	Deutschland³⁰⁰	Nordrhein-Westfalen³⁰¹	Kreisstadt Bergheim
Männer	39%	38%	36%
Frauen	32%	33%	29%

Tabelle 43: Ehrenamtliches Engagement von Männern und Frauen im Vergleich

Um ehrenamtliches Engagement nach verschiedenen Altersklassen auf Bundes- und Landesebene vergleichen zu können, ist zunächst eine gleiche Ausgangsbasis zu schaffen. Ausgangsbasis soll in diesem Fall das Alter sein. Der Freiwilligensurvey 2004 verzeichnet bei den freiwillig Engagierten im Alter zwischen 46-65 Jahren bundesweit eine Quote von 40% und landesweit für Nordrhein-Westfalen eine Quote von 38%. Der Anteil der ehrenamtlich Engagierten im Alter zwischen 45-65 Jahre in der Kreisstadt Bergheim, insgesamt sind das 102 Bürgerinnen und Bürger, beträgt 35%

³⁰⁰ vgl. Freiwilligensurvey 2004, S. 264

³⁰¹ <http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/freiwilligensurvey20041.pdf>, abgerufen am 20.11.2009, S. 12

(N=292). Im Vergleich hierzu ist das ehrenamtliche Engagement bei der ältesten Gruppe der über 66-jährigen geringer. Auf Bundesebene sind 26% der über 66-jährigen ehrenamtlich tätig; auf Landesebene sind es 28%. In der Kreisstadt Bergheim betätigen sich von 253 Personen der Altersklasse „älter als 66 Jahre“ insgesamt 75 Personen ehrenamtlich. Dies entspricht einer Quote von rund 30%. Die nachfolgende Tabelle stellt die Daten nochmals gegenüber:

Ehrenamtliches Engagement	Deutschland³⁰²	Nordrhein-Westfalen³⁰¹	Kreisstadt Bergheim
46-65 Jahre (Bergheim 45-65 Jahre)	40%	38%	35%
über 66 Jahre	26%	28%	30%

Tabelle 44: Ehrenamtliches Engagement verschiedener Altersklassen im Vergleich

Ehrenamtliches Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte

Handlungsbedarf besteht eindeutig bei der Einbeziehung von Personen mit Migrationsgeschichte. Dies zeigt folgendes Ergebnis: Wie bereits zuvor festgestellt, sind von allen Befragten im Stadtgebiet Bergheim 178 Personen ehrenamtlich tätig; dies entspricht einer Quote von rund 32% (N=563). Der Anteil der Personen, die sich ehrenamtlich engagieren und eine Migrationsgeschichte haben, dies sind insgesamt fünf Personen, beträgt jedoch nur 0,89% (N=563). In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass von insgesamt 1000 verschickten Fragebögen im Rahmen des Quoten- auswahlverfahrens 10% Personen mit Migrationsgeschichte berücksichtigt wurden. Hiervon haben allerdings nur 16 Personen mit Migrationsgeschichte die Gelegenheit genutzt. Weitere 41 Personen haben keine Angaben darüber gemacht, ob Migrationsgeschichte besteht.

³⁰² vgl. Freiwilligensurvey 2004, S. 64

Ehrenamtliches Engagement nach Bereichen

Bei der Frage, in welchen Bereichen sich die Engagierten ehrenamtlich betätigen, ist eine Vielzahl unterschiedlicher Angaben genannt worden. Diese Angaben sind in Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ dargestellt.

Ehrenamtliches Engagement nach Einkommen

Auch Strukturmerkmale wie Einkommen oder Bildung sind Größen, die zeigen, ob Personen sich ehrenamtlich engagieren oder nicht.

„Hohes Bildungsniveau, hohes Einkommen und gute persönliche wirtschaftliche Lage, hohe Kirchenbindung, ein großer Freundes- und Bekanntenkreis, erhöhte Haushaltsgröße gehen in Einzelanalysen mit erhöhtem freiwilligem Engagement einher, eingeschränkter auch Wohnsitz in den alten Ländern, Erwerbstätigkeit und Männlichkeit.“³⁰³

Der Fünfte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland schreibt von der sozialen Ungleichheit im freiwilligen Engagement. Danach verteilt sich das freiwillige Engagement nicht gleichmäßig über alle sozialen Gruppen.³⁰⁴

Die Angaben der Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim spiegeln ein ähnliches Ergebnis wieder. Bei den Personen mit einem höheren monatlichen Nettohaushaltseinkommen ist auch ein größeres ehrenamtliches Engagement zu verzeichnen. Von allen Befragten zählen 139 Bürgerinnen und Bürger zu der Einkommenskategorie „über 2500 Euro“. Davon gaben 50 Personen an, ehrenamtlich tätig zu sein. Dies entspricht einer Quote von rund 36% (N=139). Bei 63 Personen mit einem monatlichen Einkommen von unter 1000 Euro ist der ehrenamtliche Einsatz von 13 Personen, also mit 21% (N=63), deutlich geringer. Die höchste Engagementquote mit insgesamt 39% (N=97) ist bei der Einkommenskategorie 2001-2500 Euro festgestellt worden. Zu die-

³⁰³ Freiwilligensurvey 2004, S. 88

³⁰⁴ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 364

ser Einkommensklasse zählen 97 Personen der Befragten, wovon sich 38 Personen ehrenamtlich betätigen.

Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement

Ehrenamtliches Engagement gewinnt in heutiger Zeit immer mehr an Bedeutung. Daher ist es wichtig, die bereits ehrenamtlich Engagierten zu unterstützen aber auch weitere Personen zu gewinnen. Die Auswertung des Fragebogens ergibt, dass sich insgesamt 106 Personen gerne ehrenamtlich engagieren würden. Diese Engagementpotenziale und -reserven in der Kreisstadt Bergheim entsprechen einer Quote von 19% (N=563) und somit exakt dem Ergebnis des Freiwilligensurvey 2004 auf Bundesebene. Diese 19% nicht freiwillig engagierter Menschen, die zu einem ehrenamtlichen Engagement bereit sind, werden als „externes Engagementpotenzial“ bezeichnet.³⁰⁵

Engagementbereitschaft nach Geschlecht und Alter

Von 315 weiblichen Befragten können sich 56 Frauen vorstellen, ehrenamtlich tätig zu sein. Dies entspricht einer Quote von rund 18% (N=315). Von 233 männlichen Befragten ist der Anteil mit 50 Personen, also rund 21% (N=233), etwas höher. Wie schon bei der Ausführung einer ehrenamtlichen Tätigkeit kann auch bei der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement eine höhere Männerquote festgestellt werden.

Das größte Engagementpotenzial bildet die Altersgruppe der 61- bis 65-jährigen mit rund 28%, dicht gefolgt von der Gruppe der 45- bis 60-jährigen mit 27%. Von allen Befragten im Alter zwischen 66 und 75 Jahre verringert sich der Anteil erheblich um 14 Prozentpunkte auf 13%. In der Altersklasse „älter als 75 Jahre“ verringert sich die Quote erneut deutlich und beträgt nur noch 4%. Besonders im höheren Alter stehen der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement oft gesundheitliche und körperliche Barrieren entgegen. In der nachfolgenden Tabelle sind die Daten nochmals gegenübergestellt.

³⁰⁵ vgl. Freiwilligensurvey 2004, S. 323

Alter	Anzahl der Personen				Anzahl in %
	Engagement- bereitschaft	keine Angabe	keine Engagement- bereitschaft	Personen Gesamt =N	
45-60 Jahre	56	53	98	207	27%
61-65 Jahre	24	23	38	85	28%
66-75 Jahre	21	49	94	164	13%
älter als 75	4	20	65	89	4%
keine Angabe	1	14	3	18	6%
Gesamt	106	159	298	563	

Tabelle 45: Engagementbereitschaft in den verschiedenen Altersklassen

Engagementbereitschaft nach gewünschten Bereichen

Auch die Frage nach den Bereichen, in denen sich die Interessierten gerne ehrenamtlich engagieren würden, liefert eine Vielzahl unterschiedlicher Antworten. Die Auswertungen hierzu werden näher in Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ erläutert.

Analyse

An Hand des Ist-Zustandes in der Kreisstadt Bergheim ist ersichtlich, dass durch die Einrichtung der Kontaktstelle „Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen“ und der Fachstelle „Älter werden in Bergheim“, durch die Gründung der Stadtteilforen sowie des Sozial-Netzwerkes „Gemeinsam gegen Einsam“, durch die Qualifizierung eines Senior-Kompetenzteams und durch die zahlreichen und innovativen Projekte schon viel umgesetzt worden ist, um die vorhandenen Ressourcen an Engagementpotenzial in Bergheim zu nutzen und die Partizipation älterer Menschen auszubauen. Darüber hinaus zeigt sich die Kreisstadt Bergheim sehr aktiv bei der Förderung und Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement sowie bei der Betätigung der Öffentlichkeitsarbeit.

Die vorliegenden Ergebnisse hinsichtlich der Auswertung der Bürgerbefragung zur Engagementthematik machen deutlich, dass gegenwärtig noch Verbesserungen möglich sind und Handlungsbedarf in einigen Bereichen besteht. Dies unterstreicht auch das Ergebnis, welches bei ehrenamtlichem Engagement von Personen mit Migrationsgeschichte erzielt wurde. Die Quote von 0,89% ist auffallend gering. Hier sind Politik und Verwaltung gefordert, Wege zu finden und Möglichkeiten zu schaffen, interessierte Menschen und ihre bisher nicht genutzten Potenziale besser mit einzubinden.

Ferner hat die Auswertung ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger mit höherem Nettohaushaltseinkommen größeres ehrenamtliches Engagement aufweisen, als die Bürgerinnen und Bürger mit geringem Nettohaushaltseinkommen. Auch hier gilt es, sozial Schwächere als Ressource zu begreifen und diese durch gezielte Maßnahmen zu gewinnen. Wie z.B. durch bessere Zugangsmöglichkeiten zum Engagement sowie *„durch Ansätze, die es verstehen, den betreffenden Gruppen mehr individuelles und kollektives Selbstbewusstsein zurückzugeben.“*³⁰⁶

Es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, inwieweit Betriebe und Unternehmen in der Kreisstadt Bergheim in die Engagementthematik mit einbezogen werden. Es wird als wichtig erachtet, dass Förderung und Gewinnung von ehrenamtlichem Engagement als Aufgabe der Organisationsentwicklung, und zwar nicht nur für Verbände, Vereine und Verwaltungen angesehen wird, sondern auch von Unternehmen und Betrieben.³⁰⁷ Durch Gespräche und dem Aufzeigen von Vorteilen könnte die Kreisstadt Bergheim versuchen, diese Bereiche für die Förderung und Gewinnung von ehrenamtlichen Engagement ein Stück weit zu öffnen. Weitere Vorschläge sind in Kapitel „4.5.3 Ziele und Maßnahmen“ – Abschnitt „Gewinnung neuer Potenziale“ dargestellt.

³⁰⁶ Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 49

³⁰⁷ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 34

4.5.3. Ziele und Maßnahmen

Insbesondere aufgrund der schlechten finanziellen Haushaltslage könnten öffentliche Einrichtungen in vielen Kommunen bereits heute nicht mehr in vollem Umfang erhalten werden, wenn es das bedeutsame Engagement der vornehmlich älteren Freiwilligen nicht gäbe. Es ist das ehrenamtliche Engagement, das dazu beiträgt, dass diese Institutionen von Bürgern für Bürger betrieben werden. Ein Einsatz für die gesamte Gesellschaft, die dadurch gestärkt und belebt wird. Obwohl es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt, sollte jede Kommune daher bemüht sein, das Potenzial älterer Menschen, das in jeder Kommune mehr oder weniger stark ausgeprägt vorhanden ist, zu entdecken und zu aktivieren. Auf diesem Wege können durch einzelne Engagierte, Bürgerinitiativen oder Vereine, Angebote erhalten werden. Darüber hinaus können vorhandene Angebote weiter ausgebaut oder gar neu geschaffen werden und den Menschen vor Ort zugute kommen, wodurch allgemein die Lebensqualität jedes Einzelnen erhalten bzw. verbessert wird. Nicht nur Kommunen können Nutzen aus der ehrenamtlichen Tätigkeit ziehen und eine lebenswerte, attraktive und vielfältige Gestaltung erfahren. Es handelt sich vielmehr um ein „Geben und Nehmen“. Ehrenamtliches Engagement ermöglicht jedem Engagierten, neue Kontakte zu knüpfen und sich im Alter weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, mit zu entscheiden sowie neue Fähigkeiten zu erwerben.

„Die neuen Freiwilligen stellen mithin ganz andere, weitreichende Anforderungen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.“³⁰⁸

Förderung ehrenamtlichen Engagements

Opaschowski sieht die Entwicklung in Deutschland geprägt vom Anspruchsprinzip hin zum Leistungsprinzip.³⁰⁹ Der Bürger ist nicht nur noch als Kunde anzusehen, sondern immer mehr als Akteur. Förderung von Engagement bedeutet, dass sich die Kommunen auf diesen Wandel einlassen. Dies erfordert ein Umdenken für Politik und Ver-

³⁰⁸ Bürsch, Michael: Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung, S. 10

³⁰⁹ vgl. Opaschowski, Horst: Besser leben – schöner wohnen?, S. 130

waltung. Sie müssen insbesondere dazu bereit sein, „Macht“ abzugeben, um die Engagierten zu beteiligen. Dies ist auch einer der Gründe, die der Engagementförderung und einer lebendigen Bürgerkommune entgegenstehen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, um verantwortungsvolle und aktive Mitgestaltung zuzulassen und voranzutreiben. Damit wäre der erste große Schritt zur Engagementförderung getan. Im weiteren Verlauf ist es erforderlich, öffentliche Bedienstete insbesondere im Umgang mit Engagierten zu schulen.³¹⁰

Förderung bedeutet auch, den Engagierten bei der Umsetzung konkreter Ideen behilflich zu sein und sie zu unterstützen. Bei Projekt- oder Gruppenarbeiten fehlt es oft an Ausstattung und Räumlichkeiten. Auch hier könnte die Verwaltung zur Förderung des Engagements beitragen.

Die wichtigste Maßnahme zur Engagementförderung ist die umfassende Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit. Dabei muss eine allgemeine Anerkennungskultur geschaffen werden, geprägt von Partizipation, Beratung, Weiterbildung und öffentlicher Würdigung.³¹¹

Wenn ehrenamtliches Engagement anerkannt und wertgeschätzt wird, so kann dies dazu führen, dass begonnenes Engagement eher aufrechterhalten wird. Die Enquete-Kommission beschreibt die Anerkennung wie folgt:

„Anerkennung ist – unabhängig von der konkreten Art und Weise, wie anerkannt wird – immer auch ein symbolischer Akt, der in öffentlicher Sichtbarkeit gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung ausdrückt.“³¹²

Man unterscheidet zwischen materiellen und immateriellen Formen der Anerkennung, wobei die immateriellen Formen, insbesondere für die älteren Menschen, eine größere Bedeutung haben. Dazu zählen Verleihungen und Ehrungen, Danksagungen in der Öffentlichkeit und Presse sowie aufrichtige Wertschätzung durch kleinere Aufmerk-

³¹⁰ vgl. Bürsch, Michael: Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung, S.13, 15

³¹¹ vgl. Bürsch, Michael: Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung, S. 20

³¹² Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 127

samkeiten.³¹³ Aber auch durch geldwerte Anerkennungsformen kann das Engagement belohnt werden.

„Wer sich für gemeinnützige Arbeiten engagiert, will sich nicht ausgenutzt oder ausgebeutet fühlen. Bürgerschaftliches Engagement muss durch geldwerte Vorteile und nicht durch Geldzahlungen honoriert werden“³¹⁴

Als Beispiel hierfür dient die Einführung der Ehrenamtskarte, mit der viele Vergünstigungen in den Kommunen angeboten werden. Seit Juni 2009 wird diese bereits erfolgreich in der Kreisstadt Bergheim eingesetzt.

Die Enquete Kommission sieht die Qualifizierung von Engagierten als besondere Form der Anerkennung. Die Qualifizierung soll den engagierten Menschen verdeutlichen, dass ihre Arbeit durchaus ernst genommen wird. Durch Anleitung, Einarbeitung und Begleitung der Freiwilligen sowie durch Fort- und Weiterbildungsangebote wird erreicht, dass die individuellen Kompetenzen erweitert werden.

Entscheidend bei der Förderung von ehrenamtlichem Engagement ist die Bildung von Netzwerken.³¹⁵ Ergänzend zu den Ansprechpartnern und Angeboten vor Ort müssen Internetportale aufgebaut und gepflegt werden, um Interessierten und Engagierten die Möglichkeit zu bieten, sich über Engagementangebote zu informieren und auszutauschen. Insbesondere für die lokale Ebene, in der Engagement vornehmlich ausgeübt wird, sollte die Vernetzung erfolgen. Ausführlich beleuchtet wird das Thema Netzwerke in Kapitel „4.6 Netzwerke (Frau Ommerborn)“.

Auch wenn sich diese Projektarbeit auf die älteren Menschen bezieht soll nicht unerwähnt bleiben, dass Engagementförderung eine „lebenslaufübergreifende“ Aufgabe ist, die nicht nur an eine spezielle Gruppe gerichtet sein darf. Um eine Erhöhung der Engagementquoten zu erreichen, müssen bereits in jungen Jahren Erfahrungen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements gesammelt werden.³¹⁶ Die Kommune ist daher

³¹³ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 344

³¹⁴ Opaschowski, Horst: Besser leben – schöner wohnen?, S. 171

³¹⁵ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 132

³¹⁶ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 381

gefordert, sich sowie weitere kommunale Einrichtungen, wie z.B. die Schulen, hierfür zu öffnen.

Gewinnung neuer Potenziale

Die Studie des Freiwilligensurvey 2004 hat ergeben, dass die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Das Potenzial an ehrenamtlichem Engagement von Seiten der Senioren ist noch nicht voll ausgeschöpft. Das so genannte „externe Engagementpotenzial“, also nicht freiwillig engagierte Menschen, die jedoch an gemeinnütziger Arbeit interessiert sind, beträgt bei den Älteren im Alter ab 60 Jahren auf Bundesebene 19%.³¹⁷ Das gleiche Ergebnis wurde auch bei der Umfrage in der Kreisstadt Bergheim festgestellt. Dieses Potenzial gilt es nun, in den Kommunen zu gewinnen. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt ehrenamtliches Engagement mehr Öffentlichkeit. Freiwilliges Engagement, das zum Mitmachen einladen will, erfordert Vorbilder, die man sehen und anfassen kann, bedarf klarer Information und Orientierung, wo und wie Interessierte konkret aktiv werden können.

*„Über Engagement muss mehr gesprochen, Vorbilder und gute Beispiele müssen gezeigt und stärker wertgeschätzt werden. Menschen, die sich engagieren wollen, finden nicht immer geeignete Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir es schaffen, jedem Menschen, der sich einbringen will, ein ansprechendes und passendes Angebot zu machen“,*³¹⁸ so die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen.

Möglichkeiten gibt es viele: Durch bessere Information und Beratung über Gelegenheiten zum ehrenamtlichen Engagement, Berichterstattungen in der Lokalzeitung, aber auch Seminare für bevorstehende Pensionäre in den Verwaltungen selbst sind denkbar. Dadurch würde ein Einblick in die Möglichkeiten für ein nachberufliches Engagement geboten.

³¹⁷ vgl. Freiwilligensurvey 2004, S. 323

³¹⁸ <http://www.initiative-zivilengagement.de/die-initiative/die-bausteine/die-engagementpolitik/news/artikel/37/engagementpolitik-wirksam-gestalten.html>, abgerufen am 25.11.2009

Ziel muss es sein, für jede Bürgerin und jeden Bürger verständliche, attraktive und leicht zugängliche Wege zum Engagement zu schaffen. Dies gelingt am besten mit gezielten, konzentrierten Aktionen, die deutlich aufzeigen, wie vielschichtig bürgerschaftliches Engagement sein kann. Themen und Organisationen, die in der breiten Öffentlichkeit kaum sichtbar sind, werden plötzlich wahrgenommen. Auch Aktionswochen oder -tage sind sehr hilfreich, dieses Thema der breiten Öffentlichkeit näher zu bringen.³¹⁹

Die denkbar einfachste Möglichkeit ist wohl das aktive Ansprechen von potentiellen Zielgruppen. Im Rahmen der Projektarbeit wollen die Studierenden diese Gelegenheit nutzen. Die Auswertungen des Fragebogens haben ergeben, dass Potenzial von engagementbereiten Personen auch in der Kreisstadt Bergheim vorhanden ist. In der Lokalpresse wurde dieser Personenkreis gezielt angesprochen und gebeten, sich zeitnah zu melden. Diejenigen, die sich zunächst anonym informieren möchten, hatten dazu Gelegenheit anlässlich des Ehrenamtstages der Kreisstadt Bergheim am 09. Dezember 2009. Ziel ist, potentielle „Ehrenamtler“ persönlich kennenzulernen und im Rahmen von Kleingruppen oder Einzelgesprächen deren Ideen, Wünsche und Vorstellungen zu erfahren. Entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen könnte versucht werden, sie gezielt einzusetzen. Aufgrund des kurzen Zeitfensters werden erste Ergebnisse gegebenenfalls im Rahmen der Projektpräsentation bekannt gegeben.

4.5.4. Praktische Erfahrungen – Modellprojekte

Wie bereits dargelegt, setzt eine wachsende Zahl der älteren Bevölkerung ihre Erfahrung und Kompetenz in den unterschiedlichsten Bereichen für das Gemeinwohl ein und trägt damit auf kommunaler Ebene zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort bei. Darüber hinaus besteht noch enormes Potenzial an agilen älteren Menschen, die dazu bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ehrenamtliches Engagement und dessen Förderung lebt von Vorbildern. Daher werden im Folgenden einige gute Bei-

³¹⁹ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 386

spiele vorgestellt, die bereits praktiziert werden und zur Nachahmung animieren sollen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sieht die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement gleichermaßen als Chance und Aufgabe für die Kommunen und entwickelte das Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“. Da viele freiwillige Aufgaben der Kommunen nicht mehr geleistet werden können, unterstützt dieses Modellprojekt dabei, Angebote wie z.B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Alten- und Jugendtreffs mit Hilfe von ehrenamtlichem Engagement zu erhalten.

Förderverein „Freunde der Bücherei Isernhagen N.B.“

In der Stadt Isernhagen sollte eine zweite Gemeindebücherei geschlossen werden. Diesem Beschluss konnte durch die Gründung eines Fördervereins entgegengewirkt werden. Der Verein erhielt Sachmittel, finanzielle Unterstützung sowie die unentgeltliche Überlassung der Räumlichkeiten von der Kommune. Dadurch erzielte die Kommune finanzielle und personelle Einsparungen und für die Bürgerinnen und Bürger bedeutete dies die Aufrechterhaltung des Angebotes.

Hallenbad Isernhagen

Anlässlich drohender Schließung ist eine Betreibergesellschaft mit Abschluss eines entsprechenden Gesellschaftsvertrags sowie eines Pachtvertrages gegründet worden. Durch Sponsoring von Vereinen und Wirtschaft sowie finanzieller Unterstützung der Kommune konnte der Erhalt des Hallenbades erreicht werden. Fünf Jahre Vorbereitungszeit waren erforderlich, bevor die Kommune finanzielle und personelle Einsparungen erzielen konnte und die Bürgerinnen und Bürger von einem erweiterten Angebot profitierten.

Bürgerhaus und Festhalle Elsdorf

Ähnlich profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Elsdorf. Das Bürgerhaus in Oberembt wird von den Mitgliedern der Karnevalsgesellschaft „Kluet und Rekelieser“ und das Bürgerhaus in Elsdorf-Heppendorf von der Interessengemeinschaft „IG Bürgerhaus Heppendorf“ betrieben. Seit dem 01. Januar 2007 ist für die

Betreuung der Festhalle in Elsdorf, die für zahlreiche Veranstaltungen genutzt wird, die Karnevalsgesellschaft „Fidelio“ verantwortlich. Größtenteils handelt es sich bei den ehrenamtlich engagierten Vereinsmitgliedern um ältere Menschen.

Freiwilligen Agentur Ahlen e.V. (FWA)

Die FWA wird von rund 100 ehrenamtlich engagierten Personen geführt. Ihre Aufgabe ist es, Freiwillige zu beraten und zu vermitteln. Darüber hinaus informiert sie über das bestehende Freizeitangebot vor Ort und bietet einen Computerreparaturservice im Rahmen einer Computerwerkstatt an. Daneben existiert ein Projekt, bei dem Schulungen – meist in Verbindung mit einem Treffpunkt für ältere Menschen – angeboten werden. Unterstützt wurde das Modellprojekt durch das Land NRW, durch Sachspenden von Firmen sowie in finanzieller Hinsicht durch die Sparkasse.

Seniorenachmittag in Reipoltskirchen

(Ortsteil der Verbandsgemeinde Wolfenstein, Rheinland-Pfalz)

Dieses Beispiel zeigt, dass auch in kleinen Kommunen ehrenamtliches Engagement ausgeübt und zu einer Bereicherung führen kann. Viermal jährlich wird der Seniorennachmittag von vier ehrenamtlich Tätigen organisiert. Die Zutaten werden gesponsert und die Seniorinnen und Senioren backen. Auch im Rhein-Erft-Kreis werden – häufig von den Frauengemeinschaften und Wohlfahrtsverbänden – Seniorennachmittage angeboten.

Initiative „Bürger für Bürger“, Biberach

Bei der Gründung dieser Initiative wirkte der Oberbürgermeister mit und übernahm die Schirmherrschaft. Die kleineren Hilfsangebote sollen eine Erleichterung im Alltagsleben, insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger darstellen. Dazu zählen kleinere Reparaturen, Beratung in Steuer-, Versicherungs- und Rentenfragen, Hilfe im Umgang mit dem Computer sowie Begleitdienste. Daneben unterstützt die Initiative Veranstaltungen und kommunale Einrichtungen und informiert mit Hilfe einer Datenbank über Einrichtungen und Aktivitäten für Seniorinnen und Senioren. An der Planung war auch die Verwaltung beteiligt, mit der Absprachen getroffen und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen worden sind.

Schulbusbegleitung, Gütersloh

Dieses Projekt wirkt aggressivem Verhalten und Vandalismus in Schulbussen entgegen. Ehrenamtlich engagierte Seniorinnen und Senioren werden dabei von der Stadt finanziell, personell und fachlich unterstützt. Voraussetzung ist die Schulung der Engagierten, die darüber hinaus mit kostenlosen Fahrscheinen motiviert werden.³²⁰ Dieses Projekt wird bereits seit sieben Jahren erfolgreich in der Kreisstadt Bergheim umgesetzt.

Eine Reihe weiterer Modellprojekte sind vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufen worden, um ehrenamtliches Engagement zu stärken. Aufgrund der Vielfalt können nur einige Initiativen kurz dargestellt werden:

Initiative „Alter schafft Neues“

Mit dieser Initiative möchte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Engagement älterer Menschen in unserer Gesellschaft stärken. Im Mittelpunkt der Initiative stehen u.a. zwei Programme:

Programm „Aktiv im Alter“

Dieses Programm soll dabei helfen, dass sich ältere Menschen einfacher in die Gesellschaft – auch als Mitgestalter – in den Kommunen einbringen können. Daneben werden Kommunen bei der Förderung einer stärkeren Partizipation älterer Menschen unterstützt. Im Oktober 2008 sind die ersten 50 Kommunen, im Juni 2009 weitere 100 Kommunen mit konkreten Projekten gestartet. Die Kreisstadt Bergheim nimmt an diesem Programm teil (vergleiche Kapitel „4.5.2 Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim, Ist-Zustand in der Kreisstadt Bergheim“).

Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“

Das Programm startete am 01. Januar 2009 und ist auf drei Jahre ausgelegt. Unter dem Leitmotiv „Engagement schlägt Brücken“ ist das neue, mit 22,5 Millionen Euro aus-

³²⁰ vgl. BMFSFJ: „Selbstorganisation älterer Menschen“, S. 12 ff.

gestattete Bundesprogramm an alle Altersgruppen gerichtet, insbesondere jedoch an ältere Menschen, die sich engagieren möchten.³²¹

Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI)

Das Modellprogramm diente der Förderung des Engagements älterer Menschen, bei der Verantwortungsrollen für ältere Menschen geschaffen worden sind. Als „senior-Trainer“ und „seniorTrainerinnen“ beraten und begleiten die engagierten und geschulten Seniorinnen und Senioren Freiwilligeneinrichtungen, Vereine und Verbände, unterstützen den Aufbau eigener Projekte und betreiben Öffentlichkeitsarbeit. „SeniorTrainerinnen“ und „seniorTrainer“ bilden sogenannte „Kompetenzteams“ und arbeiten mit relevanten Personen aus Politik, Verwaltung und verschiedenen Organisationen zusammen. Das Modellprogramm hat 2002 begonnen und endete im Jahre 2006, wird jedoch weitergeführt von den Bundesländern oder durch Eigeninitiative einzelner Kommunen.³²² Dieses Programm ist bei der Kreisstadt Bergheim bereits erfolgreich durchgeführt worden. Weitere Informationen sind im Ist-Zustand der Kreisstadt Bergheim in Kapitel „4.5.2 Ehrenamtliches Engagement im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Stärke-/Schwächeanalyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim, Ist-Zustand in der Kreisstadt Bergheim“ aufgeführt.

4.5.5. Zusammenwirken von hauptamtlichem Personal und ehrenamtlichem Engagement

Aufgrund des demografischen Wandels wird das bürgerschaftliche Engagement von Älteren für Ältere, insbesondere im Bereich der sozialen und pflegerischen Versorgung älterer Menschen, an Bedeutung gewinnen. Dabei wird das Zusammenwirken von Familie, professioneller und ehrenamtlicher Unterstützung bzw. Pflege immer relevanter. Mehr Qualität in der sozialen Arbeit durch die Einbindung von Freiwilligen

³²¹ <http://www.alter-schafft-neues.de/>, abgerufen am 28.11.2009

³²² vgl. BMFSFJ: Erfahrungswissen für Initiativen

lässt sich nicht ohne zusätzliche Ressourcen für ihre professionelle Begleitung verwirklichen.³²³

Auch die Auswertung der im Rahmen der Projektarbeit durchgeführten Experteninterviews bestätigt diese Erkenntnis. Der Interviewpartner der Arbeiterwohlfahrt des Kreisverbands Rhein-Erft beispielsweise sieht ehrenamtliches Engagement als *„sehr wichtig und immer wichtiger werdend“* an. Er bekräftigt, dass entscheidend ist, die ehrenamtlich Engagierten dort einzusetzen, wo man ihnen Raum zur freien Entfaltung lässt. Sie seien oft Bindeglied zur Außenwelt und böten ein Forum, mit aktuellen Themen sowie Neuigkeiten aus der Prominentenwelt, Nachbarschaft, Politik und Verwaltung. Sie dienten auch als Freundesersatz, der oftmals eine hauptamtliche Person nicht sein kann. Die Auswertung der Experteninterviews hat aber auch ergeben, dass das Thema *„ehrenamtliches Engagement“* von der kritischen Seite beleuchtet werden muss. So sind sich die Befragten des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Rhein-Erft e.V., und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Rhein-Erft-Kreis, einig, dass ausschließlich ehrenamtliches Engagement nicht der richtige Weg sei. Unerlässlich sei die professionelle Führung, welche durchaus von ehrenamtlich engagierten Personen begleitet werden kann.³²⁴

Konflikte entstehen dadurch, dass bei hauptamtlich Tätigen nicht selten erhebliche Vorbehalte gegenüber der Zusammenarbeit mit Engagierten existieren. Diese resultieren aus Angst um ihren Arbeitsplatz sowie aus der Sorge heraus, dass soziale Arbeit annähernd entprofessionalisiert werden könnte.³²⁵

Abgesehen von der Problematik des sozialen Bereichs, findet ein Zusammenwirken von ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlich Tätigen in vielen anderen Bereichen und Institutionen statt, wie zum Beispiel in Freiwilligenzentren, Seniorenbüros oder auf kommunaler Verwaltungsebene. Die beiden Personaltypen ehrenamtliche und hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterscheiden sich in ihren jewei-

³²³ vgl. Hering, Sabine: Bürgerschaftlichkeit und Professionalität, S. 21

³²⁴ Die Experteninterviews sind als Anlage der Projektarbeit beigefügt.

³²⁵ vgl. Bürsch, Michael: Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung, S. 209

gen Motiven und Arbeitsverhältnissen. Auch hierbei handelt es sich nicht immer um eine erfolgreiche Zusammenarbeit, da häufig Konflikte auftreten. Für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Ausübung der Tätigkeiten ihr Beruf mit festen Arbeitszeiten und geregelten Abläufen. Die ehrenamtlich Engagierten stellen ihre Arbeitskraft während ihrer Freizeit zur Verfügung und wollen möglichst flexibel bleiben. Die Zusammenarbeit kann aus zwei Perspektiven betrachtet und bewertet werden. Die konfliktreichere Perspektive ist die, in der beide – ehrenamtlich Engagierte und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – als gleichartig angesehen werden, die sich gegenseitig ersetzen können. Die zweite Form aus Sicht der Verschiedenartigkeit bedeutet die gegenseitige Ergänzung.³²⁶

Die Enquete-Kommission rät bei dieser Thematik zu einer „innerorganisatorischen Öffnung“, bei der die Zugehörigkeit des bürgerschaftlichen Engagements zur jeweiligen Organisation als Ziel definiert und eine kooperative Zusammenarbeit von den Engagierten und Hauptamtlichen gefördert wird.³²⁷

Die Aufgaben der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reichen von der Betreuung der ehrenamtlich Engagierten bis hin zur Sicherung der Finanzierung und Qualifizierung sowie Anregung neuer Projekte. Darüber hinaus gilt es, die Ehrenamtlichen weiterhin zu motivieren und die Kooperation und Vernetzung von Unternehmen, Verbänden und Organisationen voranzutreiben. Um Konflikte zu vermeiden, ist es daher ratsam, dass die Aufgabengebiete klar definiert und durch genaue Absprachen geregelt sind.³²⁸

Um eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Engagierten und Hauptamtlichen zu erzielen, wird eine effektive sowie nachhaltige Qualifizierungsstrategie vorausgesetzt. Kooperation bedeutet, dass die Engagierten in die vorhandenen Abläufe mit einbezogen werden und genug Raum bleibt für selbstgestalterische Beteiligung. Dazu ist jedoch eine klare Aufteilung der Kompetenzen erforderlich. Die hauptamtlichen Mitar-

³²⁶ vgl. Beher, Liebig, Rauschenbach: Strukturwandel des Ehrenamts S. 61

³²⁷ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 8

³²⁸ vgl. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 386

beiterinnen und Mitarbeiter tragen hauptsächlich dazu bei, dass diese Voraussetzungen geschaffen werden. Auf hauptamtliches Personal kann nicht verzichtet werden, da ihre Arbeit Stabilität gewährleistet, insbesondere auch im Hinblick auf regelmäßige und feste Öffnungszeiten. Dabei erfordert es auch besonderes Geschick der Hauptamtlichen, so dass sich die Ehrenamtlichen als Partner und nicht als Befehlsempfänger fühlen.³²⁹ Die meisten ehrenamtlich Tätigen sind in Vereinen, Organisationen und/oder Projekten aktiv. Eine weitere Herausforderung für alle öffentlichen und gesellschaftlichen Akteure stellt die Netzwerkbildung und Netzwerkarbeit dar. Mit dem Themenfeld „Netzwerke“ befasst sich das nun folgende Kapitel ausführlich.

4.6. Netzwerke (Frau Ommerborn)

4.6.1. Einleitung

Netzwerke stellen eine neue Form der Arbeitskultur dar³³⁰, die es beispielsweise der Kommune ermöglicht, flexibel auf die Herausforderungen und Problematiken des demografischen Wandels (vergleiche Kapitel „2.2 Entwicklung (Bevölkerung, Altersstruktur, Lebenserwartung)“) zu reagieren. Neben Netzwerken im wirtschaftlichen Bereich spielt Netzwerkarbeit im sozialen Bereich eine immer größere Rolle. Insbesondere im Bereich „Wohnen im Alter“ stellen Netzwerke eine mittlerweile unverzichtbare Arbeitsform dar. Es ist längst nicht mehr allein die Aufgabe der Verwaltung, altersgerechte und bezahlbare Wohnunterkünfte einzurichten und für deren Unterhaltung zu sorgen. Sowohl die Kommune, als auch private Unternehmen, Wohnungsbau-gesellschaften, Architekten, das Bankwesen, das Handwerk, Verbraucherschutzorgani-sationen, Seniorenselbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbände sind bei der Anpassung der Wohnsituation älterer Menschen an deren Bedürfnisse und bei der Umsetzung neuer Ideen in diesem Bereich gefragt. Hier gilt es, Synergien der unterschiedlichen Akteure zu nutzen. Generationengerechte Wohnformen sowie dementsprechende

³²⁹ vgl. Enquete-Kommission: Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, S. 80, 146, 348

³³⁰ vgl. Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 17

Dienstleistungs- und Beratungsangebote werden vor Ort benötigt und stellen die Thematik dar, der sich die Netzwerkarbeit annehmen muss.

Die in den meisten Kommunen vorhandenen Wohn- und Infrastrukturen sind den Anforderungen des demografischen Wandels nicht gewachsen. Die steigende Zahl an stationären Pflegeplätzen würde die Kommunen vor ein großes finanzielles Problem stellen, da sie trotz bestehender Pflegeversicherung den größten Anteil der Kosten dieser Pflegeplätze übernehmen müssten. Ein Gegensteuern in diesem Bereich würde also nicht nur den betroffenen Senioren einen Vorteil verschaffen, auch die Kassen der Kommunen würden entlastet bzw. nicht weiter belastet werden. Ein solches Entgegenwirken stellt zum Beispiel die Verlängerung der häuslichen Versorgung dar. Auch dieser Punkt hat Vorteile sowohl für die kommunalen Kassen, als auch für die Seniorinnen und Senioren, die meist nur ungern ihre vertraute Umgebung verlassen, um in eine für ihre Bedürfnisse geeignete Wohnform umzuziehen.³³¹ Kommunen und Kostenträger sind daher zunehmend an vernetzten Dienstleistungen interessiert, um die Aufgabe der Daseinsvorsorge besser bewältigen, Leistungen kosteneffizienter anbieten zu können und Doppelstrukturen zu vermeiden. Diese entstehen dadurch, dass die verschiedenen Kommunen und Kostenträger ihre Aktivitäten nur selten oder gar nicht miteinander koordinieren oder aufeinander abstimmen.³³² Es geht also nicht nur um die Steuerung und die Entwicklung eines bedarfsgerechten Wohnangebots durch die Kommune, sondern vielmehr um die Optimierung der Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure vor Ort. Da bei der Gestaltung eines altersgerechten Wohnangebots viele Akteure beteiligt sind, diese aber vielfach nicht zusammenwirken, kommt es nicht selten zu den oben bereits erwähnten Doppelstrukturen und zu Fehlplanungen. Aufgabe der Kommunen sollte es sein, solche Fehlplanungen zu verhindern, indem sie die Akteure zusammenbringt und deren Zusammenarbeit moderierend unterstützt. Vor allem sollte die Kommune selber auch mit den verschiedenen Akteuren zusammenarbeiten und keine übergeordnete Position einnehmen. Vernetztes Denken und Handeln ist erforderlich.

³³¹ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Wohnen im Alter, S. 4

³³² vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier -Lebensräume zum Älter werden, S. 11

4.6.2. Definition

Der Begriff „Netzwerke“ umfasst ein sehr breites Spektrum, wodurch es nahezu unmöglich ist, diesen unter eine einzige Definition zu fassen. Vielmehr ist es notwendig, sich die in der Fachliteratur allgemein anerkannten Definitionen anzuschauen und die Gemeinsamkeiten herauszufiltern.

„Ein Netzwerk wird definiert als komplex gegenseitige, eher kooperative denn wettbewerbliche und relative stabile Beziehung zwischen rechtlich selbstständigen, wirtschaftlich zumeist unabhängigen Organisationen und/oder Individuen. Generelles Ziel der Beziehungen im Netzwerk ist es, durch eine Abstimmung der komplementären Fähigkeiten der am Netzwerk Beteiligten Synergieeffekte zu erreichen, die den Nutzen aller Beteiligten mehren.“³³⁰

„Netzwerke werden als akteursbezogene Beziehungsgeflechte verstanden, die kooperations- und projektübergreifend höchst unterschiedlich ausfallende Potenziale bereitstellen. Es handelt sich um lose gekoppelte Bindungen zwischen Akteuren, die in unterschiedlichen Handlungsbezügen – Wirtschaft, Politik, Verwaltung – und gegenseitigen Abhängigkeiten zueinander stehen. Sie sind organisatorisch offen. Es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Einzelnen. Es gibt keine förmlich hierarchische Gliederung. Der Institutionalisierungsgrad ist gering.“³³³

„Ein Netzwerk ist definiert als komplex-reziproke, eher kooperative denn kompetitive und relativ stabile Beziehungen zwischen rechtlich selbstständigen, wirtschaftlich jedoch zumeist unabhängigen Unternehmungen.“

„Diese Definition kann dahingehend erweitert werden, dass es sich nicht nur um Beziehungen von Unternehmungen sondern auch um solche von Organisationen beliebiger Art und auch Einzelpersonen handelt.“³³⁴

³³³ Baitsch, Christof; Müller, Bernhard: Moderation in regionalen Netzwerken, S. ii

³³⁴ <http://www.netzwerk-kompetenz.de/download/beschreibungsmerkmale.pdf>, S. 1, abgerufen am 02.12.2009

Nach einer weiteren Definition ist ein Netzwerk *„das Zusammenwirken von Organisationen und/oder Individuen, die rechtlich und prinzipiell auch wirtschaftlich voneinander unabhängig sind. Durch den Zusammenschluss werden die Voraussetzungen für ein kollektiv organisiertes Problemlösen geschaffen.“*³³⁵

Netzwerke sind demnach ein Zusammenschluss von unabhängigen Personen, Unternehmen oder Organisationen, die in einem kooperativen Verhältnis zueinander stehen. Zur Verfolgung eines gemeinsamen Ziels werden Erfahrungen und Informationen ausgetauscht und eingesetzt.

4.6.3. Modeerscheinung oder zeitgemäße Kooperation

Die Netzwerkarbeit ist inzwischen eine weit verbreitete Arbeitsform in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Unternehmen bilden im Rahmen eines Netzwerks virtuelle Unternehmen oder Projektnetzwerke, Akteure einer Region schließen sich zu regionalen Entwicklungsnetzwerken zusammen, innerhalb von Branchen gibt es Karriere-Netzwerke und Konsumenten richten Tauschnetzwerke oder Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen ein.³³⁶ Netzwerke stellen eine neue Form des Kooperierens dar und sind eine Antwort auf die durch den demografischen Wandel entstehenden strukturellen Probleme, denen sich unsere Gesellschaft mehr und mehr stellen muss.

*„Seit einigen Jahren sind die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit zu interkommunaler Zusammenarbeit verstärkt in das allgemeine Bewusstsein gerückt [...]. Regionale Kooperationen gelten inzwischen als moderne Strategien zur Bewältigung komplexer, in überkommenen Verwaltungsgrenzen und -strukturen nicht mehr allein zu lösender Aufgaben und Probleme.“*³³⁷

Durch die Bildung von Netzwerken können Organisationen, die sich zunehmend schwierigen Situationen, wie der Wirtschaftskrise oder dem demografischen Wandel

³³⁵ <http://www.netzwerk-kompetenz.de/download/kapitel3.pdf>, S. 26, abgerufen am 02.12.2009

³³⁶ vgl. Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 15

³³⁷ Quelle: Hellmer, Friedhelm; Friese, Christian; Krollos, Heike; Krumbein, Wolfgang: Mythos Netzwerke, S. 179

ausgesetzt sehen, den gestiegenen Flexibilitätsanforderungen gerecht werden. Netzwerke ermöglichen durch das Aufeinandertreffen von verschiedenstem Expertenwissen Flexibilität mit Spezialisierung zu vereinbaren.³³⁸ Netzwerke sind somit keine Modeerscheinung sondern eine folgerichtige Antwort auf allgemeine Trends. Die immer größer werdende Komplexität, beziehungsweise das immer größer werdende Waren- und Dienstleistungsangebot, sowie der Innovationsdruck durch Abwanderungen, die Verödung von Landstrichen, welche strukturell der wirtschaftlichen Globalisierung nichts mehr zu bieten haben, sind unter anderem Gründe für die Beteiligung an einem solchen Netzwerk.³³⁹ Die privaten und öffentlichen Akteure müssen gemeinsam eine Strategie entwickeln, wie sie ihre Region für ältere Menschen attraktiv und zukunftsorientiert gestalten können.

4.6.4. Bedeutung und Ziel eines Netzwerks

Die Bedeutung der Vernetzung unterschiedlicher Institutionen wird in Zukunft immer größer. Ein Grund hierfür ist die immer größere Differenzierung sowohl bei den Angeboten als auch bei der Nachfrage im Bereich von Waren und Dienstleistungen. Den einzelnen Institutionen fällt es auch aufgrund ihrer Spezialisierung immer schwerer, die unterschiedlichen Bedarfe ihrer Nachfragegruppe allein zu befriedigen.³⁴⁰

Eine Vernetzung unter den Kommunen und Kostenträgern könnte zu einer verbesserten Position am Markt, zur gemeinsamen Organisation von Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung sowie zu einer besseren Qualität der Arbeit durch mehr Information und somit auch zu einem besseren Überblick für den Bürger führen. Ziel ist also die Schaffung eines starken Netzwerkes, mit an die Lebenslage der Zielgruppe angepassten Angeboten und einer hohen Kundenorientierung.

³³⁸ <http://www.netzwerk-kompetenz.de/download/kapitel3.pdf> , S. 29, abgerufen am 02.12.2009

³³⁹ vgl. Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 18

³⁴⁰ vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älter werden, S. 10

Gründe für die Beteiligung/Nutzung von Netzwerken

„Ein Netzwerk lebt von dem Nutzen, den es stiftet.“³⁴¹

Gründe für die Beteiligung an einem Netzwerk lassen sich nicht immer sofort erkennen. Vielmehr müssen die Beteiligten genau abwägen welche Vor- und Nachteile eine solche Beteiligung für sie haben könnte.

Ein Netzwerk dient zunächst der Zusammenfügung von unterschiedlichem Fachwissen in vernetzten Strukturen und führt zu einer nützlichen Kompetenzbündelung, welche sowohl für die Kunden als auch für den Anbieter Vorteile bietet.³⁴² Dadurch, dass der Anbieter auf das Fachwissen und die Angebote seiner Netzwerkpartner zurückgreifen kann, steht dem Kunden ein größeres Angebot an Informationen und Dienstleistungen zur Verfügung. Die Arbeit wird auch dadurch erleichtert, dass man bei Fragen, welche nicht im eigenen Wirkungskreis liegen, den jeweiligen Ansprechpartner kennt und daher seine eigene Kundschaft qualifizierter betreuen und beraten kann.³⁴³ Zudem ermöglicht der Austausch über Erfahrungen, Informationen und Wissen den Beteiligten, über ihren eigenen Horizont hinaus zu blicken.³⁴² Die neuen Wohnformen, der Ausbau ambulanter Hilfestrukturen sowie die Entwicklung zahlreicher Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen haben dazu beigetragen, dass sich die Angebote auch im Bereich der Altenhilfe immer weiter ausdifferenzieren. Da es selbst für professionell Tätige schwierig ist, einen Überblick über andere Angebote in ihrem Tätigkeitsbereich zu erlangen, kann eine institutionelle Vernetzung der Organisationen untereinander helfen, eine bessere Orientierung zu gewinnen, Angebote aufeinander abzustimmen und diese so für den Kunden zugänglicher zu machen.³⁴⁰

Durch Netzwerke kann auch das bürgerschaftliche Engagement besser in die Lösungen neuer Herausforderungen der Kommune eingebunden werden. Initiativ- und Selbsthilfegruppen, Vereine aber auch engagierte Einzelpersonen können durch ge-

³⁴¹ Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 22

³⁴² vgl. Baitsch, Christof; Müller, Bernhard: Moderation in regionalen Netzwerken, S. 11

³⁴³ vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älter werden, S. 23

bündelte Kräfte ihre Aufgaben besser bewältigen. Aber nicht nur diese Gruppen oder Einzelpersonen profitieren von dieser Vernetzung, sondern auch die professionellen Dienstleister. Für sie entsteht z.B. eine bessere Verbindung zu ihrer Kundschaft. Zudem ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil einer institutionellen Vernetzung, dass eine größere Chance besteht, gegenüber politischen Gremien Gehör zu finden und eventuelle Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.³⁴⁴

4.6.5. Strukturmerkmale von Netzwerken

Netzwerke zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass die Mitglieder die gleichen Grundüberzeugungen und Leitbilder teilen. Jedes Mitglied trägt dieses Leitbild aus eigener Motivation, aber nicht alle Mitglieder haben dieselbe Motivation. Sie unterscheiden sich in ihrer Sichtweise auf die Materie und darin, welchen Nutzen sie in ihrer Mitgliedschaft sehen. Außerdem stehen sie bei der Umsetzung dieser Leitbilder vor unterschiedlichen Problemen, dessen Lösung verschiedenartige Herangehensweisen fordert. Lösungen erfolgen häufig erst durch den sogenannten „Blick über den Teller- rand“, die Zusammenarbeit aller Mitglieder unterstützt den Prozess der Lösungsfindung, wodurch die Netzwerkarbeit für die Mitglieder zum Teil einen enormen Nutzen haben kann und so mehr und mehr an Bedeutung gewinnt.

Netzwerke vereinen also Akteure aus unterschiedlichen Bereichen und ersetzen die meist starre Beziehungsstruktur innerhalb von Organisationen oder Institutionen, denen die Mitglieder ebenfalls angehören. Netzwerke haben zudem eine sehr flexible Organisationsstruktur, in der es oftmals kein strenges Über- und Unterordnungsverhältnis gibt, welchem sich die Mitglieder zu unterstellen haben. Die Netzwerkstruktur bringt ein meist ausgewogenes Verhältnis aller Mitglieder hervor, wobei es keine strenge Hierarchie gibt. Selbstverständlich herrschen in einem Netzwerk keine anarchischen Verhältnisse, bei denen jeder handeln und sprechen kann wann es ihm beliebt. Ein bestimmtes Maß an Organisation sollte auch in Netzwerken vorhanden sein.

³⁴⁴ vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älter werden, S. 12

Eine klare Aufgaben- und Verantwortungszuweisung ist auch hier unerlässlich, um Verbindlichkeiten entstehen zu lassen und Fehler zu vermeiden. Die Netzwerkstruktur ist jedoch eher eine Struktur, die auf Dialog setzt und in der ein Mitglied die Funktion eines Moderators übernimmt. Möglich ist auch, dass jemand, der kein direktes Mitglied des Netzwerkes ist, also ein externer, unabhängiger, „professioneller Moderator“ diese Aufgabe übernimmt. Der Moderator, sei er nun netzwerkintern oder -extern, muss über Methodenwissen verfügen und sollte zwischen Inhalts- und Beziehungsebene vermitteln können. Ein Nebeneffekt dieser Struktur ist, dass sich keiner durch eine niedrigere Position benachteiligt fühlt, wodurch die Netzwerkarbeit ein Stück weit gesichert wird. Es entsteht eine Art Machtausgleich, wonach die Machtquellen von Anfang an offen gelegt und ausbalanciert werden. Die Stärkeren müssen sich zurücknehmen damit die Schwächeren integriert werden können und damit die vorhandene Macht konstruktiv eingesetzt werden kann. Diese flexible Organisationsstruktur macht es außerdem möglich, auf sich rasch verändernde Umstände und auf die immer wieder neuen Herausforderungen, welche der Demografische Wandel mit sich bringt, zu reagieren.

Die Rollen der beteiligten Akteure in einem Netzwerk zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Spagat zwischen der Netzwerkrolle und der Institutionsrolle machen müssen. Die Institutionsrolle ist die Stellung der Mitglieder in dem Unternehmen oder der Institution, welche sie vertreten. Mit der Mitgliedschaft in einem Netzwerk entsteht nun für die Mitglieder eine Art Verpflichtung dieses Netzwerk auch nach außen, also auch in ihrem Unternehmen, zu vertreten. Oftmals entsteht hier ein Interessenkonflikt, der nach dem Motto „Man beißt nicht die Hand, die einen füttert“ zu Ungunsten des Netzwerkes, bzw. der Netzwerkarbeit ausgehen könnte. Um aber Netzwerkarbeit funktionieren lassen zu können, müssen die Mitglieder einen geeigneten Weg finden, dass die Lösung des Interessenskonfliktes sowohl zum Wohle der Netzwerkarbeit als auch zur Zufriedenheit der Institution führt. Einzelinteressen müssen sich den gemeinsamen Zielen unterordnen. Hierbei ist ein gewisses Maß an Disziplin, Konsequenz aber auch Kompromissbereitschaft der einzelnen Mitglieder gefragt. Die Arbeit innerhalb eines solchen Netzwerkes kann nur zur Zufriedenheit aller Netzwerkmitglieder führen, wenn unter ihnen eine sogenannte Netzwerkkultur besteht. Die Mitglieder müssen in ihrer

Tätigkeit auch die Verbindlichkeit der Arbeit sehen und einander vertrauen können, so dass sie auch vertrauliche Daten innerhalb des Netzwerkes preisgeben, ohne fürchten zu müssen, dass andere Mitglieder diese Informationen so nutzen oder einsetzen, dass dies dem Informationsgeber einen materiellen oder immateriellen Schaden zufügt. Die Informationen dürfen nur zur Erreichung des gemeinsamen Ziels genutzt werden, nicht für Vorteile eines konkurrierenden Unternehmens. Die Mitglieder müssen ständig untereinander kommunizieren sowie kooperieren. Zur Förderung des Informationsflusses und der Kommunikation sind regelmäßige Treffen unter professioneller Leitung unverzichtbarer Bestandteil der Netzwerkarbeit.

Wie auch Unternehmen und Institutionen stehen den Netzwerken bestimmte Ressourcen zur Verfügung. Diese stellen z.B. die Mitgliederkompetenzen, die Sach- und Finanzmittel sowie die angebotenen Dienstleistungen des Netzwerks dar. Zu Beginn einer jeden Netzwerkarbeit ist eine Ressourcenklärung, eine Art Bestandsaufnahme der vorhandenen und zur Verfügung stehenden Einsatzmittel durchzuführen. Es ist festzuhalten, woher diese Ressourcen stammen und wie sie verarbeitet bzw. eingesetzt werden können. Ein weiterer Schritt ist die Anpassung der Aufgaben an die vorhandenen Ressourcen, da auch Netzwerke nicht über ihre Möglichkeiten arbeiten und Dienstleistungen anbieten können. Zur Netzwerkgröße kann man festhalten, dass, je höher die Zahl der Mitglieder eines Netzwerkes ist, desto schwieriger wird es, einen gemeinsamen Nenner zu finden und desto schneller sinkt die Motivation der Mitglieder des Netzwerks sich konstruktiv im Netzwerk einzubringen. Andererseits sollten die Netzwerke auch nicht zu klein sein, um ausreichend und gewinnbringend für die Netzwerkarbeit von der Erfahrung und dem Wissen der Mitglieder profitieren zu können. Unter Beachtung der Handlungsfähigkeit sollte die Zahl der Mitglieder etwa zwischen 7 und 12 liegen.³⁴⁵

³⁴⁵ vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älter werden, S. 13ff.

4.6.6. Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit

Der Erfolg eines Netzwerkes steht und fällt damit, ob alle Partner ein klares gemeinsames Verständnis davon haben, was das Netzwerk ihnen bzw. den Kunden nutzen soll. Das Netzwerk basiert also auf einem gemeinsamen Ziel. Bei der Netzwerkarbeit werden u.a. Vereinbarungen getroffen, Informationen ausgetauscht und Projekte geplant sowie durchgeführt. Dies stellt sich oft schwierig dar, weil der Wettbewerb unter den Netzwerkpartnern nicht ausgeschlossen ist. Die Netzwerkpartner müssen dazu bereit sein, kooperativ und nicht konkurrierend miteinander umzugehen. Sehr wichtig ist hierbei, dass Informationen und Wissen ausgetauscht werden. Dies kann anhand einer Informationsplattform geschehen, auf der Wissen abgelegt und abgefragt werden kann. Ein solcher Austausch kann aber auch durch die regelmäßigen Treffen der Mitglieder des Netzwerks gewährleistet werden. Dadurch, dass Angebote aufeinander abgestimmt werden, werden Konkurrenzen abgebaut.³⁴⁶

Die Netzwerkpartner sollten in Bezug auf die Einflussmöglichkeiten gleichgestellt sein, damit eine Gemeinschaft entstehen kann. Besonders schwierig ist für die Netzwerkmitglieder jedoch meist die Preisgabe erfolgskritischer Informationen, da der Austritt in Netzwerken jederzeit problemlos möglich ist und es immer unsicher bleibt, wie die Netzwerkpartner mit den bereitgestellten Informationen umgehen bzw. wie sie sich diese zunutze machen. Zudem beruhen die Beziehungen in einem Netzwerk auf Austauschverhältnissen. Die Investition in das Netzwerk und der Nutzensgewinn aus dem Netzwerk müssen mittel- und langfristig ausgeglichen sein. Jedes Mitglied muss erkennen, dass es durch die Zusammenarbeit im Netzwerk profitiert. Ist dies nicht für jedes Mitglied erkennbar, besteht die Gefahr, dass die Mitglieder nicht mehr bereit sind, ihre Zeit und Arbeit weiterhin in das Netzwerk zu investieren.

Durch Transparenz und Fairness sowie dem freundlichen und achtsamen Umgang miteinander soll ein „Wir-Gefühl“ entstehen, welches für die Zusammenarbeit im Netzwerk unerlässlich ist. Ein Netzwerk kann nur auf Vertrauen aufgebaut werden, da die

³⁴⁶ vgl. Bertelsmann Stiftung, Netzwerk soziales neu gestalten: Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älter werden, S. 24

Mitglieder erst einmal eine Vorleistung erbringen müssen, bevor der ungewisse Erfolg eintreten kann. Netzwerke bedürfen früher oder später einer Organisationsstruktur, da es hier auf eine zielgenaue Koordination vieler Partner ankommt. Auch bei der Netzwerkarbeit sollte zielgruppenorientiertes Marketing betrieben werden, damit das Netzwerk bekannt und genutzt wird, sein Ziel erreichen kann und so eventuell auch Bürger aktiv in der Erreichung des Ziel mit eingebunden werden können. Zudem müssen die interorganisatorischen Beziehungen konstant sein, sodass eine erfolgreiche, längerfristige Netzwerkbeziehung bestehen kann.³⁴⁷ Um eine „lange Lebensdauer“ der Netzwerke zu sichern ist eine regelmäßige Überprüfung der Funktionsfähigkeit notwendig. Auch müssen die vorhandenen Ressourcen regelmäßig überprüft werden, um diese auch voll ausschöpfen zu können, bzw. nicht zu überschreiten. In einem erfolgreichen Netzwerk muss es eine klare Verantwortungs- und Aufgabenverteilung geben, damit alle Netzwerkmitglieder sich in die Arbeit eingebunden fühlen und jeder genau weiß was seine Aufgabe ist, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Von Zeit zu Zeit ist die Aufgabenverteilung zu überprüfen und evtl. anders zu gestalten damit im Projekt auf Dauer zielführend gearbeitet werden kann. Die Aufgabenverteilung sowie das Ziel können sich also verändern und somit flexibel an neue Herausforderungen anpassen. Jeder Netzwerkpartner muss in der Lage sein, aus eigener Kraft einen Teil zur Zielerreichung beizutragen.³⁴⁸

4.6.7. Netzwerktypen

Es gibt viele Kriterien, anhand derer man Netzwerke unterscheiden kann. So kann man Netzwerke nach dem Prozess, dem Inhalt und der Funktion, aber auch nach Netzwerkzielen oder beteiligten Akteuren klassifizieren. In dieser Arbeit richtet sich die Unterscheidung von Netzwerken nach der gesellschaftlichen Orientierung desselben. Man unterscheidet hier zwischen marktorientierten, gemeinwohlorientierten und intermediären Netzwerken. Diesen drei Netzwerktypen können wiederum verschiedene Arten von Netzwerken zugeordnet werden.

³⁴⁷ vgl. Baitsch, Christof; Müller, Bernhard: Moderation in regionalen Netzwerken, S. 20

³⁴⁸ vgl. Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 41ff.

Das Ziel eines marktorientierten Netzwerkes ist die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der unterschiedlichen Organisationen am jeweiligen Markt. Hierzu kann die Bündelung von Fachwissen, die Erlangung von Systemkompetenz, Zeitvorteile, Kostensenkungspotentiale oder eine Verbesserung des Marktzugangs beitragen. Die Akteure in diesem Netzwerk können Profit- aber auch Non-Profit Organisationen sein. Ziel ist es folglich, bezahlte Tätigkeiten zu generieren, zu erhalten oder Gewinne zu erwirtschaften.

Gemeinwohlorientierte Netzwerke hingegen sollen einer Gruppe, einer Gemeinschaft oder einer Region einen Nutzen bieten. Dies ist nicht unmittelbar mit wirtschaftlichen Interessen im Sinne einer Veräußerung von Produkten oder Dienstleistungen verbunden. Hierzu gehören z.B. Selbstorganisationen wie Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen oder Tauschbörsen.

Da diese vorgenannten Netzwerkarten für die Vernetzung von Beratungs-, Freizeitangeboten sowie für die Vernetzung der sonstigen Akteure, welche sich mit den Belangen von Seniorinnen und Senioren beschäftigen, eine eher untergeordnete Rolle spielen, wird an dieser Stelle nicht näher auf markt- und gemeinwohlorientierte Netzwerke eingegangen.

Eine größere Rolle könnten in diesem Bereich die intermediären Netzwerke spielen. Intermediär bedeutet „dazwischenliegend“. Bei dieser Netzwerkform bilden also die beteiligten Organisationen eine Schnittstelle zwischen Strukturentwicklung und Marktwirtschaft. Hierzu gehören z.B. auch die regionalen Akteursnetzwerke. Die Akteure entwickeln gemeinschaftliche Strategien für die Einbringung von Innovationen und Modernisierungen am Markt und setzen diese um. Die Ziele eines solchen Netzwerkes gehen über die Einzelinteressen der beteiligten Organisationen hinaus und sind von gemeinnützigem Charakter. Das Engagement münzt nicht direkt oder kurzfristig in Gewinn oder bezahlte Arbeit, langfristig kann es jedoch solche Effekte haben. Eine Untergruppe der intermediären Netzwerke sind die Regionalentwicklungsnetzwerke. Diese Netzwerke widmen sich der Erarbeitung zielgerichteter wirtschaftlicher und/oder politischer Strategien für die Entwicklung einer Region, beziehungsweise die Durchführung gesellschaftlicher Modernisierungen und gegebenenfalls auch deren

Umsetzung. Unter die intermediären Netzwerke fallen auch die Beratungsnetzwerke, welche sich mit der Wissensverarbeitung und dem Informations- und Erfahrungsaustausch beschäftigen. Ein solches Netzwerk kann wichtige Impulse zur Verbesserung oder Weiterentwicklung einer Einrichtung oder Dienstleistung geben. Dies gilt auch für den Lern- und Qualifizierungsverbund, welcher ein Zusammenschluss von Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen ist, die das Ziel haben, gemeinsam komplexe Zusammenhänge zu durchdringen.

Wie bereits aus den Erläuterungen der einzelnen Netzwerke zu erkennen ist, lässt es sich nicht immer klar abgrenzen um welches Netzwerk es sich genau handelt. Oft verschwimmen die Netzwerktypen untereinander.³⁴⁹

4.6.8. Situation im Rhein-Erft-Kreis

Beispiele für Netzwerkarbeit im Rhein-Erft-Kreis

Auch im Rhein-Erft Kreis gibt es bereits unterschiedlichste Netzwerke, die sich mit dem Thema „älter werden im Rhein-Erft Kreis“ oder dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigen. An dieser Stelle kann leider nicht auf jedes Netzwerk detailliert eingegangen werden, da dies den Rahmen der Projektarbeit sprengen würde. Daher werden hier nur ein Teil der im Rhein-Erft Kreis bestehenden Netzwerke behandelt.

Im Jahr 2002 wurde in Bergheim zum Beispiel das Projekt „Bergheim Süd-West“ ins Leben gerufen und es entstand hierfür ein eigenes Stadtteilbüro. Das Team des Stadtteilbüros engagiert sich, gemeinsam mit dem Rat und der Verwaltung dafür, dass das Viertel Bergheim Süd-West langfristig wieder zu einem attraktiven Wohn- und Lebensraum wird. Das Stadtteilbüro ist Zentrum für ein bürgerschaftliches Miteinander in allen oder zumindest vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Bürgerinnen und Bürger treffen sich um zu musizieren, spielen, tanzen, philosophieren, plaudern, kochen, basteln, essen, malen und um miteinander und voneinander zu lernen. Der Großteil dieser Aktivitäten wird ehrenamtlich organisiert und entstammt einfach der

³⁴⁹ vgl. Teller, Matthias; Longmuß, Jörg: Netzwerkmoderation, S. 60ff.

Lust, „etwas zu unternehmen“.³⁵⁰ Zudem verfügt das gegründete Netzwerk über einen Budgetbeirat. Bürger sowie Vertreter von am Ort tätigen Trägern sozialer Belange entscheiden so darüber, wie das Stadtteilbudget künftig eingesetzt werden soll.³⁵¹ Die Aufgabe des Stadtteilbüros mit seinen hauptamtlichen und einer Vielzahl von ehrenamtlichen Beschäftigten, liegt darin, die Interessen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern zu sammeln und in konkrete Projekte und Angebote umzusetzen. Eines dieser konkreten Projekte ist beispielsweise das Projekt „Gemeinsam gegen Einsam“. Im Rahmen dieses Projektes sind unterschiedliche Angebote für Seniorinnen und Senioren entstanden. Das Angebot umfasst z.B. gemeinsames und gesundes Frühstück, Stuhlgymnastik, einen Gesprächskreis, offenes Singen, Aktionsnachmittage, aber auch Sonderveranstaltungen wie das Tanzcafé und eine Weihnachtsfeier stehen auf dem Programm.³⁵²

Ein weiteres Beispiel ist das bereits in Kapitel „4.1.5 Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)“ – Abschnitt „Allgemeine Ausführungen“ erwähnte Mehrgenerationenhaus „Oase“ in Frechen mit einem gemütlichen Treffpunkt für Jung und Alt unter einem Dach. Gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung, aber auch regelmäßige Treffen für Demenzkranke und deren Angehörige, umfasst das Angebot. Der Trägerverein „Mehrgenerationenhaus Oase e.V.“ betreibt die Einrichtung auf der Basis freiwilligen Engagements. So hat sich das Mehrgenerationenhaus als treibende Kraft des bürgerschaftlichen Engagements etabliert. Das Mehrgenerationenhaus gibt Raum für gemeinsame Aktivitäten, bietet Angebote zur Kinderbetreuung und zur Betreuung älterer Menschen und schafft so ein neues nachbarschaftliches Miteinander. Das Angebot ist darauf ausgerichtet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und haushaltsnahe Dienstleistungen zu entwickeln und umzusetzen.

³⁵⁰ http://www.bergheim-sued-west.de/fileadmin/Benutzerdaten/Downloads/Plaene_und_Konzepte/Fortschreibung_Handlungskonzept_2005.pdf, S. 7, abgerufen am 02.12.2009
http://www.bergheim-sued-west.de/fileadmin/Benutzerdaten/Downloads/Plaene_und_Konzepte/Fortschreibung_Handlungskonzept_2008-Medium.pdf, S. 13ff.

³⁵¹ http://www.bergheim-sued-west.de/fileadmin/Benutzerdaten/Downloads/Plaene_und_Konzepte/Fortschreibung_Handlungskonzept_2008-Medium.pdf, S. 44ff., abgerufen am 02.12.2009

³⁵² <http://www.gemeinsam-gegen-einsam.de/netzwerk-bergheim.htm>, abgerufen am 02.12.2009

Mehrgenerationenhäuser bieten außerdem praktische Hilfe bei den Fragen rund um Pflege und Betreuung demenzkranker Personen. Betroffene und Angehörige finden hier Unterstützung. Parallele Angebote für Kinder und Eltern helfen Familien, insbesondere aber auch Alleinerziehenden, bei der Bewältigung der täglichen Herausforderungen. Rand- und Notzeitenbetreuung sind für Mehrgenerationenhäuser charakteristisch. Ein weiterer zentraler Bestandteil der Mehrgenerationenhäuser ist das Essensangebot, welches nicht nur alle Generationen an einen Tisch bringt, sondern auch berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden die Organisation des Alltags erleichtert oder älteren Menschen die Möglichkeit gibt, Kontakte zu knüpfen und zu pflegen. Die heutige Großelterngeneration kann ihre Lebenserfahrung, das Wissen und Können aus vielen Berufsjahren oder den kompetenten Umgang mit Kindern und Enkeln hier einbringen und mit ihrem Können und ihren Fähigkeiten aktiv am Leben teilnehmen. Das Angebot des Mehrgenerationshauses „Oase“ in Frechen umfasst unter anderem das Café „Oase“ als offene Begegnungsmöglichkeit bei Kaffee und Kuchen mit Kinderbetreuung. Außerdem bietet das Mehrgenerationenhaus einen Mittagstisch für Senioren, Kinder und Eltern aus dem Ausbildungsrestaurant Magnolia. In der Kreativwerkstatt wird den Bürgerinnen und Bürgern z.B. Basteln, Handarbeiten oder eine Vorlesestunde mit Kindern und Senioren angeboten. Zudem gibt es die Gruppe „Das Leben erzählen“ für und von Jung und Alt. Hier kann Musik gehört, Fotos gezeigt, Filme geguckt oder in Erinnerungen geschwelgt werden. Es werden viele weitere Veranstaltungen für alle Generationen angeboten. Die speziellen Angebote für Seniorinnen und Senioren umfassen zum Beispiel die Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen, einen Internetzugang sowie Hilfe bei der Nutzung und es gibt einen Initiativkreis für das Mehrgenerationenwohnen. Aber auch Nachbarschaftshilfe bei Behördengängen, sowie Einkaufs- und Besuchsdienste gehören zum Angebot. Die ehrenamtlich Tätigen beraten und helfen den Seniorinnen und Senioren in problematischen Alltagssituationen. Außerdem ist das Mehrgenerationenhaus mit sozialen Diensten vernetzt und es gibt eine Info-Börse, digital und am schwarzen Brett. Durch die gute Kooperation und Vernetzung mit der lokalen Wirtschaft schaffen es die bundesweit über 500 Mehrgenerationenhäuser, sich lokal zu verankern und vielfach unentbehr-

lich zu machen. Das Motto des Mehrgenerationenhauses „Oase“ lautet: „Keiner kann alles, aber gemeinsam schaffen wir vieles!“³⁵³

In Hürth ist das Netzwerk Löwenzahn e.V. entstanden. Dieses Netzwerk für ältere Menschen ist eingebunden in die lokale Agenda 21 der Stadt Hürth. Es ist ein Netzwerk von Hürthern für Hürther in der sogenannten „dritten Lebensphase“. Das Netzwerk ist in einem Haus der Matthäus-Kirchengemeinde untergebracht, welches ihm unter der Bedingung eigenständiger Sanierung durch das Netzwerk zwanzig Jahre mietfrei zur Verfügung gestellt wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Haus faktisch unbewohnbar und der Garten verwildert. „Löwenzahn“ will Menschen vernetzen, die über alle Generationsgrenzen hinweg gemeinsame Interessen verwirklichen wollen. Vielfältige Aktivitäten werden gemeinsam unternommen oder geplant: Frühstückstreffen, Spaziergänge mit gemeinsamem Mittagessen, Wandern, Gedächtnistrainings, Frottagedruck, Töpfern, Steinbemalen, Gesprächskreise Englisch und Russisch, gemeinsame Konzert- und Theaterbesuche, eine Theatergruppe sowie die Aktion „Senior/-innen helfen Grundschulern beim Lesen lernen“. Dieses von der Hürth-Agenda 21 unterstützte Projekt ist inzwischen ein eigener Verein. Ziel des Vereins ist es, älteren Menschen im Vorruhestand oder im Ruhestand die Möglichkeit zu bieten, sich mit anderen zu Unterhaltungen und unterschiedlichster Betätigung zusammen zu finden. Ein Initiativkreis trifft sich in regelmäßigen Abständen, um Vorschläge zur Verbesserung bestehender Projekte und neuer Ideen vorzubringen. Aus diesen Ideen entwickelten sich die Aktivitäten des Netzwerkes. Zweck des Vereins ist es, aktive Menschen im „dritten Alter“ – auch Nichtmitgliedern – in ihren persönlichen Gestaltungsbemühungen zu beraten und zu unterstützen. Dazu gehört die Vermittlung von Kontakten, Förderung von Eigeninitiativen, das Angebot von Bildungsveranstaltungen – vor allem auch im Bereich der modernen Medien – die Vermittlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten, gegenseitige Hilfe und Anleitung zur Selbsthilfe, die Förderung des Miteinanders der Generationen, die Förderung des Gemeinschaftslebens, das Erfassen von Interessengebieten, die Bildung von Interessengruppen und die Organisation von

³⁵³ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01_Mehrgenerationenh_C3_A4user/04_H_C3_A4userinformationen/Frechen/Haus__1343.html, abgerufen am 02.12.2009

kulturellen, sozialen und sportlichen Gruppenaktivitäten. Bei den Angeboten handelt es sich in aller Regel um Angebote, die die Netzwerkmitglieder gemäß ihrer Fähigkeiten und Interessen, sowie nach den Wünschen aus dem Kreis der Netzwerknutzer organisieren. Derzeit finden im Netzwerkhaus Computerkurse, Handarbeitskreis, Initiativkreis, Internetcafé, Karten stempeln, Literaturkreis, Museumsbesuche, Nähkurs, Rommé und Doppelkopf, Skat-Runden, das Samstags-Café, ein Singkreis, Spaziergänge, Spiele und das Erzählcafé, Vorträge und Wandern statt. Die Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt.³⁵⁴

Der Verein „ALTERnatives Wohnen Erftstadt e.V.“ hat sich die Förderung der Alten- und Behindertenhilfe und die Unterstützung hilfe- und pflegebedürftiger Personen zur Aufgabe gemacht. Er leistet integrative, generationsübergreifende Gemeinwesenarbeit durch Entwicklung besonderer Wohnformen im Alter, sowie durch Förderung bestehender und entstehender Selbsthilfegruppen. Die genannten Aufgaben werden insbesondere durch andere Wohnformen zum Zwecke der Gemeinschaftsförderung im Alter, durch Initiierung, Unterstützung und Beratung von Bewohnern und Hausgemeinschaften verwirklicht. Weiterhin umfasst der Aufgabenbereich die Hilfe bei der Beschaffung von Wohnraum, vor allem in Hausgemeinschaften und anderen gemeinschaftsorientierten Wohnformen für ältere Menschen. Auch die Einrichtung und Erhaltung von Gemeinschafts- und Beratungseinrichtungen als Bildungs- und Begegnungsstätte für ältere Menschen, trägt zur Umsetzung der Aufgabe des Vereins „ALTERnatives Wohnen Erftstadt e.V.“ bei. Der Verein initiiert und fördert die Entwicklung der innovativen Wohnmodelle (Wohn- oder Hausgemeinschaften), da durch diese Modelle die Wohnwünsche älterer Menschen, wie zum Beispiel der Erhalt der Selbstbestimmung und Individualität, die Geselligkeit, die Freizeitgestaltung, die soziale Bindung und die Sicherheit im Alltag sowie die Hilfe im Bedarfsfall und die Wahlfreiheit der Dienstleistungen befriedigt werden können. Die Umsetzung der vom Verein bevorzugten innovativen Wohnmodelle soll in konkreten Projekten in Erftstadt erfolgen. Für aktive und engagierte Menschen, die sich vorstellen können in einer

³⁵⁴ <http://netzwerk-loewenzahn.de/>, abgerufen am 02.12.2009

Hausgemeinschaft zusammen zu wohnen und zu leben, ist die Kontaktaufnahme zum Verein „ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ zu empfehlen.³⁵⁵

Das „Kerpener Netzwerk 55plus“ ist Anlaufstelle für ältere Menschen ab dem 55. Lebensjahr, die etwas tun wollen, aber es nicht gern allein tun möchten. Durch vielfältige Formen des bürgerschaftlichen Engagements wird ihnen die Möglichkeit geboten, soziale Vorsorge für sich selbst zu betreiben. Das „Kerpener Netzwerk 55plus“ bringt Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils zusammen und lädt ein, eigene Bedürfnisse und Wünsche, die oft lange Zeit zurückgestellt werden mussten, neu zu entdecken und mit Gleichgesinnten zu verwirklichen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Kerpener Netzwerkes 55plus“ tauschen ihre Ideen und Wünsche u.a. jeden ersten Donnerstag im Monat in der Cafeteria im Rathaus Kerpen aus und geben dort aktuelle Termine weiter. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben hier die Möglichkeit – nach vorheriger Anmeldung – als Gast am Netzwerktreffen teilzunehmen. Auch das Netzwerkfrühstück in der Cafeteria des Rathauses bietet eine weitere Möglichkeit in das Netzwerk hinein zu schnuppern und beim gemeinsamen Frühstück Informationen auszutauschen. Die Fortbildungs- und Freizeitangebote für ältere Menschen in Kerpen sollen durch dieses Netzwerk miteinander verbunden werden. Zahlreiche Angebote im Rahmen des Kerpener Netzwerkes 55plus sind bereits vorhanden. Es haben sich bereits mehrere Gruppen gebildet, wie zum Beispiel die Gruppen „Köln erkunden“, in der die nahegelegene Großstadt Köln mit ihren kulturellen Anziehungspunkten besucht wird, oder die Gruppe „Kreativität“ in der sogenannten Patchworkarbeiten durchgeführt werden. In der Gruppe „Neue Medien“ können Senioren und Seniorinnen Computerkurse absolvieren. Hier helfen sich die Mitglieder gegenseitig etwa beim Versenden digitaler Fotos oder beim Schutz vor Computerviren. Weiter gibt es noch die Gruppen „Kunst & Kultur“, „Geselligkeit“, „ÖPNV“, „Laienspiel“, „Sport“, „Wohnwelten Alter“, „Begleitung“ und die Gruppe „Gärtner“. Wichtig bei diesen Gruppen ist die Eigeninitiative der Senioren, ohne die diese Gruppen nicht bestehen können. Das von der Stadt geförderte Netzwerk soll

³⁵⁵ vgl. Infoblatt „ALTERnatives Wohnen Erftstadt e.V.“

Menschen, die älter als 55 Jahre sind, dabei helfen, sich zusammenzufinden und gemeinsam ihren Interessen nachzugehen.³⁵⁶

Die im November 2007 eingerichtete „Fachstelle für Senioren“ der Stadt Wesseling organisiert und moderiert regelmäßige Treffen des „Seniorennetzwerkes Wesseling“. Ziel ist eine seniorenfreundliche Stadt, in der ausreichend Hilfs- und Unterstützungsangebote bereitstehen und in der sich Ältere aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Netzwerketeiligte sind alle, die im Bereich der Seniorenarbeit tätig sind. Also alle Vertreter des Pflege- und Beratungsbereiches, der Kirchengemeinden, der Vereine und Seniorengruppen sowie insbesondere viele ehrenamtlich Tätige. Das Fundament der Netzwerkarbeit bilden eine differenzierte Sozialraumanalyse unter Berücksichtigung der weiteren demografischen Entwicklung sowie die Bestandsaufnahme der Angebote vor Ort und der Aufbau persönlicher Kontakte. Die von der „Fachstelle für Senioren“ ausgerichteten Netzwerktreffen für eine bessere Vernetzung im Seniorenbereich wurden zahlreich besucht. Zwischen den Treffen ermöglichen Rundmails der Fachstelle mit aktuellen Mitteilungen den erforderlichen Kontakt und Austausch aller im Seniorenbereich Tätigen. Hier wird die Kommune in Form der „Fachstelle für Senioren“ als Moderator, wie unter Kapitel „4.6.5 Strukturmerkmale von Netzwerken“ beschrieben, tätig.³⁵⁷

Auch die Seniorenberatung der Stadt Frechen ist ein kostenloser und trägerübergreifender Anlaufpunkt. Die Seniorenberatung der Stadt Frechen ist eine Koordinierungsstelle für zahlreiche Aktivitäten, eine Anlaufstelle, um Menschen mit gleichen Interessen zusammen zu führen. Sie berät über ambulante Hilfen, in Fragen zu Pflege und Heimunterbringung, fördert das Engagement und sammelt Informationen über Möglichkeiten der kulturellen und sportlichen Betätigung. Sie ist also eine Brücke zwischen Vereinen, Verbänden, Ämtern und Initiativen.³⁵⁸

³⁵⁶ <http://www.kerpen-55plus.de/>

³⁵⁷ http://www.wesseling.de/verwaltung/bereiche_a_z/Seniorenbeauftragte.php

³⁵⁸ vgl. Infoblatt: Stadt Frechen – Seniorenberatung

Darüber hinaus bieten die weiteren kommunalen Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren oder Seniorenbeiräte ein vernetztes Beratungs- und Informationsangebot. Weitere Netzwerke im Rhein-Erft-Kreis sind zum Beispiel das „Projekt zur Ausführung von Umbauten“, der Verein „Neue Wohnformen im Alter e.V.“, die Arbeitsgemeinschaft „Träger der Altenarbeit“ Brühl sowie die Arbeitsgemeinschaft nach §4 Landesbetreuungsgesetz NRW für das gesamte Kreisgebiet. An Letzterer nehmen die drei Betreuungsstellen, sowie die Betreuungsvereine und Gerichte des Rhein-Erft-Kreises teil.

Viele dieser Vernetzungen, sowie die anderen sozialen Vernetzungen, die im Rhein-Erft-Kreis bestehen, haben unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zum Ziel. Wie sich an den vorgenannten Beispielen zeigt, ist dies oft eng mit bürgerschaftlichem Engagement verbunden. Die Übergänge sind hier fließend und eine klare Zuordnung ist häufig nicht möglich. Ohne dieses Engagement wären viele dieser Angebote nicht möglich (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“. Durch die Angebote der Netzwerke sollen vorhandene Kontakte stabilisiert, neue begründet und damit der im Alter häufig zunehmenden Vereinsamung entgegengewirkt werden. Aber auch die Betreuung und Versorgung der Seniorinnen und Senioren soll gewährleistet sein. Das Handlungsfeld wird zum einen durch Angebote aus dem Bereich der Begegnung und Kommunikation geprägt, andererseits ist aber auch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Öffentlichen Personennahverkehr, eine wichtige Voraussetzung für Kommunikation. Viele Kommunen haben eigene Angebote entwickelt, um die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu fördern. Von Seniorenbüros über Seniorenberatungsstellen bis zu diversen Formen von Seniorentreffs und -clubs in den Städten und Gemeinden hat sich hier eine breite Palette unterschiedlicher Angebote entwickelt und weitere sind geplant.

Die Aktivitäten der Kommunen im Rhein-Erft-Kreis in diesem Bereich werden immer weiter zunehmen. Es gibt schon jetzt sehr viele Vernetzungen, auf die an dieser Stelle jedoch nicht in voller Gänze eingegangen werden kann, da dies den Rahmen der Projektarbeit überschreiten würde.

Zielführende Netzwerkünsche für den Rhein-Erft-Kreis

Aus einzelnen der geführten Experteninterviews (vergleiche Anlage „8.8 Experteninterviews“) kann entnommen werden, dass im Rhein-Erft-Kreis durchaus Interesse an der Bildung von Netzwerken besteht. So gab z.B. Herr Uwe Möcker, Geschäftsführer und Heimleiter, Alten- und Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes an, er könne sich die Zusammenarbeit mit Bauträgern, Architekten sowie Versorgungsanbietern, Investoren und Vereinen gut vorstellen. In dem „Projekt zur Ausführung von Umbauten“ arbeitet Herr Möcker bereits ehrenamtlich mit der Erftland Wohnungsbaugesellschaft mbH zusammen. Frau Fielitz von der FDP Bergheim sagte, dass in manchen Kommunen die Seniorenbeiträge die Aufgabe der Netzwerke übernommen hätten, aber auch sie hält die Verbindung zwischen der Trägerebene, den Wohnungsbauunternehmen und den Vereinen und Organisationen für sehr wichtig. Wünschenswert wären ihrer Meinung nach auch eine einheitliche Anlaufstelle für die Vergabe der Fördergelder, sowie ein einheitlicher Ansprechpartner für den Bürger. Eine Vernetzung zwischen Wohnungs- und Bauwirtschaft und der Kommunen hält auch Frau Hülsewig von der CDU für wichtig, um Erfahrungen austauschen zu können. Die Vertreter des Vereins „ALTERnatives Wohnen e.V.“, Herr Binder und Herr Berkel, erachten den Austausch zwischen Wohnungs- und Bauwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Kommunen für wichtig, um auch auf die Erfahrungen anderer zurückgreifen und aufbauen zu können. Herr Rolf Keimer von der DPWV – Kreisgruppe Rhein-Erft Kreis hält Netzwerke, die dem umfassenden Informationsaustausch der Instanzen dienen für sehr sinnvoll, damit „das Rad nicht wieder neu erfunden werden muss“. An diesen Netzwerken sollten seiner Meinung nach Vereine, Organisationen, Wohlfahrtsverbände, Wohnungsbaugesellschaft, Lieferservice, Pflegedienste sowie die Politik beteiligt werden, um dadurch auch die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. Herr Renner als Vorsitzender der Senioren Union Pulheim erachtet z.B. Wohnraumberatung, sowie eine Beratungsstelle vor Ort für eine wichtige Drehschreibe für Informationen. Auch Herr Jütte, Bündnis 90/Die Grünen, hält die Einrichtung von Netzwerken für sinnvoll, da man in solchen Netzwerken voneinander lernen könne. Die Initiative solle seiner Meinung nach von der Verwaltung und dem Rat kommen, wie es im Bereich Kinder- und Jugendschutz bereits geschehen sei. Seitens Frau Wilbertz, SPD Bergheim, werden Netzwerke als „das A und O“ im sozialen Be-

reich bezeichnet, ohne sie könne man nichts zufriedenstellend bewältigen. Ein Interviewpartner äußerte, dass ein Netzwerk zwischen dem Rhein-Erft Kreis, den kreisangehörigen Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden, den Wohnungsunternehmen, dem Land NRW und, wenn es sich um ein Projekt im Betreuungsbereich handelt, den Trägern z.B. sehr wichtig sei. Zudem sei seiner Meinung nach zielführend, wenn diesem Netzwerk Personen mit Entscheidungsbefugnis angehören. Unausweichlich und notwendig sei die Vernetzung auch nach Aussage von Frau Vosen, Mitarbeiterin des Rhein-Erft-Kreises, Amt für Familien, Senioren und Soziales, Abteilung 50/3 Seniorenarbeit, Unterhaltssicherung und Familienangelegenheiten, Sachgebiet 50/32. Sie äußerte, dass Netzwerke (Beratungsnetzwerke) in allen Bereichen, aber vor allem im sozialen Bereich, besonders wichtig seien. Frau Wolf aus dem Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales, Abteilung Freiwilliges Engagement und Sozialplanung der Kreisstadt Bergheim hält Netzwerke für zielführend, da man allein die Herausforderung, die das Thema „Wohnen im Alter“ mit sich bringt, nicht bewältigen könne. Ausschlaggebend für den Erfolg sei nicht das einzelne Netzwerk, nicht das einzelne Unternehmen, sondern auch die Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Unterstützung. Aber ein lebendiges Gemeinwesen könne nur entstehen, wenn alle Netzwerke ineinander greifen.

Festzuhalten ist, dass die Experten sich einig darüber sind, dass eine bessere Vernetzung im Rhein-Erft-Kreis stattfinden muss, um die Herausforderung des demografischen Wandels bestmöglich bewältigen zu können.

Die Auswertung der Bürgerbefragung (Mehrfachnennungen waren möglich) zeigt, dass Senioren nicht ausreichend über das für sie wichtige Thema „Wohnen im Alter“ informiert werden. So gaben 45% der befragten Bergheimer Seniorinnen und Senioren bei der Fragebogenaktion an, dass sie Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ nur schlecht oder gar nicht erreichen. Über 56% der Befragten gaben an, Informationen aus Zeitungen zu bekommen, über 54% erhalten Informationen zu diesem Thema aus dem Fernsehen und über 49% gaben an, sich bei Bekannten, Freunden oder Verwandten zu informieren. Dagegen gaben nur ungefähr 7% der Befragten an, die Beratungs- und Informationsangebote der Kommune zu nutzen (vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“ Allgemeine

Fragen zum Thema „Wohnen im Alter“). Hieraus lässt sich erkennen, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema eine große Rolle spielt. Es wird angeregt, von kommunaler Seite, die Öffentlichkeitsarbeit weiter voran zu treiben und auszubauen. Kommunale Beratungs- und Informationsangebote sollten weiter vernetzt und mehr in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Best practice Beispiele

Es gibt viele unterschiedliche Arten von Netzwerken, die sich in der Praxis auf unterschiedliche Art und Weise bereits als erfolgreich und zielführend erwiesen haben.

So kann auch die Verbesserung der internen Kooperationsbeziehungen das Wohnen im Alter in einer Stadt deutlich vereinfachen. Als Beispiel hat die Stadt Remscheid um die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Sozialplanung, Bauen und Stadtentwicklung zu verbessern, Planungskonferenzen der unterschiedlichen Ämter eingerichtet, in denen ein fachlicher Austausch erfolgen kann. Die Bau- und Sozialplanung kann nun gemeinsam als Gesamtaufgabe zielführender wahrgenommen werden. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, als Zusammenschluss der öffentlichen und freien Träger der sozialen Arbeit, bietet hierzu entsprechende Fach- und Schulungsveranstaltungen an.³⁵⁹

In Bielefeld wurde das sogenannte „Bielefelder Modell“ entwickelt. Das Bielefelder Modell, welches bereits im Kapitel „4.1.3 Bielefelder Modell“ näher erläutert wurde, bildet ein weiteres Best practice Beispiel für eine gut funktionierende Vernetzung unterschiedlicher Akteure.

Das Wohnprojekt Olga (Oldies leben gemeinsam aktiv) in Nürnberg ist ein Projekt, das auf Eigeninitiative basiert. Hier haben sich ausschließlich Seniorinnen zusammengefunden, die so lange wie möglich selbstbestimmt und selbstverantwortlich, jede in ihrer eigenen Wohnung, leben wollen, gemeinschaftlich und nicht allein, aber dennoch frei bei größtmöglicher Autonomie. Sie wollen sich gegenseitig unterstützen und hel-

³⁵⁹ vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Wohnen im Alter, S. 33, abgerufen am 02.12.2009

fen. Zu diesem Zweck hat die Gruppe gemeinsam einen Pflegekurs besucht. Die Hilfe soll nur wenn nötig von außen kommen. Sie stellen eine Alternative zum betreuten Wohnen und dem Altenheim dar und sind nicht ausschließlich auf „den Staat“ oder „die Familie“ angewiesen. Durch gegenseitige Anregungen und gemeinsame Unternehmungen wollen die Mitglieder solange wie möglich am aktiven gesellschaftlichen Leben teilhaben. Es gibt jede Woche ein Olga-Treffen, bei dem alle aktuellen Fragen besprochen und gegebenenfalls auch Unternehmungen geplant und durchgeführt werden. Außerdem entscheidet die Gruppe selbst, wer in selbige aufgenommen wird und wer wo wohnt.³⁶⁰

In dem Projekt Netzwerk Handwerk im Raum Mannheim geht es um die Bildung eines Informationsnetzwerkes zum Thema Handwerk und Wohnen, welches sich aus dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Handwerkskammer Mannheim, der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft, dem Fachverband Schreinerhandwerk Baden-Württemberg und Wüstenrot Haus- und Städtebau zusammensetzt. In diesem Projekt sollen bereits junge Handwerkerinnen und Handwerker und Studierende an die Wünsche und Bedürfnisse älterer Menschen herangeführt werden. Geplant ist in diesem Rahmen die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle für die Anpassung von Eigenheimen. Ein Informationszentrum zum Thema Wohnen und Handwerk in Finsterwalde ist ebenso vorgesehen wie die Entwicklung von Lösungen zur Gestaltung von Einrichtungsgegenständen nach dem Prinzip „Design for all“ (Schreinerhandwerk Stuttgart). So wird das Handwerk bundesweit für den Aufgabenbereich „Wohnen im Alter“ sensibilisiert, qualifiziert und zudem mit anderen Akteurinnen und Akteuren, zum Beispiel mit der Wohnraumberatung Finsterwalde, vernetzt. Im Rahmen dieses Projektes bietet die Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald die Mobile Wohnraumberatung an.³⁶¹

Die Vernetzung von Angeboten in Betreuungsstützpunkten ist der Inhalt des Projektes „Wohnwinkel“ der Region Hannover. An diesem Projekt ist die Stadt Garbsen, Stadt Burgwedel, Stadt Hannover, Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH

³⁶⁰ <http://www.wohnprojekt-olga.de/idee.htm>, abgerufen am 02.12.2009

³⁶¹ <http://www.modellprogramm-wohnen.de/6-Netz-Handwerk.19.0.html>, abgerufen am 02.12.2009

(GBH), Niedersächsische Fachstelle für Wohnberatung sowie das Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. beteiligt. Es geht darum, in der Region Hannover, beispielhaft für den ländlichen Raum ein tragfähiges Hilfenetz für Alt und Jung aufzubauen. Im Mittelpunkt stehen hier die Einrichtung einer Anlaufstelle, die aufsuchende Beratung pflegebedürftiger Menschen sowie die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Im Rahmen von Fall- und Netzwerkmanagement werden Wohnen, Pflege, niedrigschwelligen Hilfen und spezielle Angebote für Demenzkranke und deren Angehörige miteinander verknüpft und Pflegestützpunkte errichtet.³⁶²

Ein weiteres erfolgreiches Quartiersnetzwerk ist auch das „Mehrgenerationenhaus Miteinander Leben und Wohnen“ der CBT – Caritas Betriebsführung – und Trägergesellschaft mbH in Wipperfürth. Im April 2003 wurde das CBT-Mehrgenerationenwohnhaus aufgrund eines von der CBT und der Katholische Arbeitnehmerbewegung St. Nikolaus entwickelten Konzepts einer generationenübergreifenden Wohnanlage für Menschen in unterschiedlichen Lebens- und Soziallagen am Rande des Stadtkerns von Wipperfürth eröffnet. In zwei modernen, komplett barrierefreien Häusern leben die Bewohner selbstständig in ihren Wohnungen. Die Idee ist, sich bei Bedarf gegenseitig im Alltag zu helfen und zu unterstützen, z.B. bei der Erledigung von Einkäufen, Fahrdienste anzubieten und in Anspruch zu nehmen, die Begleitung zum Arzt zu gewährleisten, Unterstützung bei der Kinderbetreuung anbieten, Blumenpflege im Urlaub zu übernehmen und vielem mehr. So unterstützen sich die Nachbarn gegenseitig und ermöglichen einander ein eigenständiges Leben. Bereits in der Bauphase des Hauses fanden sich die künftigen Mieterinnen und Mieter zu einer Projektgruppe zusammen, um das spätere Miteinander zu erproben. Die Projektgruppe wurde von einer Sozialarbeiterin moderiert und die Mieterinnen und Mieter entwickelten bereits hier Ideen und Pläne für das spätere gemeinsame Zusammenleben.

Das heutige Gemeinschaftsleben ist geprägt von gegenseitiger Unterstützung und Hilfe, Geben und Nehmen, Nähe und Distanz. Gemeinschaftliche Aktivitäten, Koch- und Spieleabende, Ausflüge und Bildungsveranstaltungen fördern die Entwicklung der Ge-

³⁶² http://www.hannover.de/de/gesundheit_soziales/senioren/wohnen_im_alter/wohnwinkel/, abgerufen am 02.12.2009

meinschaft. Ein wesentliches Element dieses Projektes ist der Einsatz einer pädagogischen Projektbegleitung, welche nicht nur projektintern sondern auch zu andern Einrichtungen im Ort Netzwerkbeziehungen herstellt. So wirkt hierbei auch der Projektbeirat mit, welcher die Funktion des Hauses in der Öffentlichkeit verankern und die Kooperation mit der Kommune fördern soll. Dieser setzt sich aus dem Geschäftsführer der CBT, der pädagogischen Projektleitung, zwei Mietervertretern, vier Mitgliedern der „Katholischen Arbeitnehmerbewegung St. Nikolaus“, Pfarrer der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, Kindergartenleiterin und dem Leiter des Sozialamtes der Stadt zusammen. Die CBT unterstützt das Zusammenleben in der Hausgemeinschaft durch eine verantwortliche Ansprechpartnerin, die Aktivitäten bündelt, Konflikte moderiert und durch Beratung und Vermittlung eine selbstständige Lebensführung fördert.³⁶³

Alle diese Netzwerke basieren auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, um einen Nutzen für die Gesellschaft zu spenden. Insbesondere werden hier die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren in einer meist schwierigen Lebensphase berücksichtigt. Die Einrichtung solcher Netzwerke hat jedoch nicht nur einen Nutzen für Seniorinnen und Senioren, sondern auch für junge Familien oder Alleinerziehende, die ohne eine etwaige Unterstützung der Älteren, wie in einigen der vorgenannten Beispiele dargestellt, einen wesentlich schwierigeren Stand in der Gesellschaft hätten.

Nachdem die themenspezifischen Ausarbeitungen aus Sicht der Projektgruppe umfassend bearbeitet wurden, schließen sich im nächsten Kapitel „Allgemeine Handlungsansätze für öffentliche und gesellschaftliche Akteure“ an. Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim runden das Bild ab.

³⁶³ http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_22231_22232_2.pdf, abgerufen am 02.12.2009



Notizen:

A series of horizontal dotted lines provided for taking notes.

5. Handlungsansätze

5.1. Einleitung (Frau Skupch)

Im folgenden Abschnitt wurden von den Studierenden verschiedene Handlungsansätze zusammengetragen, mit denen man den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen kann. Einige der aufgeführten Ideen sind in anderen Kreisen und Kommunen bereits erprobt, einige sind Verbesserungsvorschläge zu bereits bestehenden Initiativen, andere sind einfach nur Ideen, die im Rahmen der Projektarbeit entstanden sind. Hinter jedem Ansatz verbirgt sich ein Vorschlag wie man einem oder mehreren Problemen, die durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur entstehen, entgegenwirken kann.

Da die Durchführungsphase des Projektes nur einen eng gefassten Zeitrahmen von ca. 2 Monaten umfasst, bestand Einvernehmen, die Handlungsansätze im Wesentlichen auf die Kreisstadt Bergheim zu fokussieren. Grundsätzlich können alle in diesem Kapitel beschriebenen Handlungsansätze jedoch bei Bedarf ebenfalls auf die übrigen kreisangehörigen Kommunen übertragen werden.

Die Handlungsansätze erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt immer Dinge, die man verbessern kann, andere Herangehensweisen an Problemstellungen und andere Denkrichtungen als die hier aufgeführten.

5.2. Allgemeine Handlungsansätze für öffentliche Stellen

5.2.1. Sicherstellung der Nahversorgung – DORV im Dorf

Der Spiegel stellt dar, was wirtschaftliche Realität ist. Für einen typischen Discounter oder Supermarkt lohnt sich die Neueröffnung einer Filiale erst dann, wenn das Unternehmen davon ausgehen kann, mindestens 8000 Kunden in seinem Einzugsgebiet zu

haben.³⁶⁴ Je größer das Sortiment eines Ladens ist, umso mehr potentielle Abnehmer sind nötig, um profitabel zu sein. Tatsache ist jedoch, dass im Rhein-Erft-Kreis die wenigsten Stadtteile über 8000 Einwohner oder mehr verfügen. Man kann von einem Unternehmen, das wirtschaftlich arbeiten muss, um nicht Insolvenz anmelden zu müssen, nicht erwarten, dass es aus purem Altruismus ein Geschäft führt, welches beinahe schon zwangsläufig Verluste machen wird. Deshalb sind in einigen Ortsteilen die Einkaufsmöglichkeiten bereits teilweise abgewandert bis gar nicht vorhanden. Gleichzeitig besteht aber auf der anderen Seite die zwingende Notwendigkeit, den Bewohnern dieser kleineren Ortsteile eine Möglichkeit zu geben, die Einkäufe für ihren täglichen Bedarf zu erledigen. Gerade für die Älteren wird das häufig zu einem Problem, da bei ihnen in vielen Fällen Mobilitätseinschränkungen vorliegen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es mittlerweile ein Projekt, das genau darauf abzielt, die Nahversorgung in kleineren Ortsteilen und Gemeinden sicherzustellen. Dieses Konzept nennt sich DORV – Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung.³⁶⁵ Das Projekt macht es sich zur Aufgabe, die Frage zu beantworten, wie man nachhaltig die Grundversorgung in einem Dorf erhalten kann. Die Antwort, die dieses Projekt anbietet, fußt auf einem Drei-Säulen-Modell und schlägt den Aufbau eines Zentrums vor, in dem Lebensmittel des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und bürgernahe soziale Bereiche miteinander gekoppelt werden sollen. Geplant ist die Realisierung solcher DORV-Zentren derzeit in Inden-Schophoven, Jülich-Koslar und Rhede-Krechting. Das einzige bereits in Betrieb genommene Zentrum befindet sich in Jülich-Barmen. Die Versorgung mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs wird hier abgedeckt durch Partnerschaften mit Erzeugern aus der Region und einem Großhandelsbetrieb für Lebensmittel. Das stärkt einerseits die lokalen Anbieter und wirkt hier einer Abwanderung entgegen, andererseits wird das Sortiment durch die Partnerschaft mit dem Großhändler stabil gehalten. Außerdem werden Zeitungen und Zeitschriften, Schreibwaren und Zigaretten in einem Umfang angeboten, wie es sonst in einem Kiosk üblich wäre. Einmal in der Woche findet in den Räumen des DORV-Zentrums eine allgemeine So-

³⁶⁴ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,657696,00.html>, abgerufen am 18.11.2009

³⁶⁵ http://www.regiomanagement.de/dorvcms/front_content.php abgerufen am 19.11.2009

zialberatung durch einen Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt statt und zweimal wöchentlich ist ein Finanzberater von der Sparkasse im Haus. Ein Geldautomat ist ebenfalls fest installiert und 24 Stunden täglich verfügbar. Um den Bewohnern des Dorfes unnötige Wege zu ersparen, sind außerdem zahlreiche Formulare der Stadt- sowie Kreisverwaltung hinterlegt und es besteht die Möglichkeit, diese durch das DORV-Zentrum an die Verwaltungen weiterleiten zu lassen, sofern dies zulässig und ein persönliches Erscheinen nicht vonnöten ist. Zusätzlich ist es möglich, Zeitungsanzeigen aufzugeben. Auch die ärztliche Versorgung wird teilweise im DORV-Zentrum abgedeckt. Es beherbergt eine allgemeinmedizinische sowie eine zahnmedizinische Praxis. Von den Bürgern von Jülich-Barmen wurde zudem eine Firma gegründet, an der sie selbst die Anteilseigner sind. Aufgabe dieser Firma ist der Aufbau und Betrieb eines Nachbarschaftshilfe- und Kommunikationszentrums.

Der angeführte Aufbau ist rein beispielhaft, die Struktur des DORV-Zentrums sollte sich an den Erfordernissen und Bedürfnissen der Bewohner des jeweiligen Dorfes orientieren. Mancherorts wäre es sinnvoll, eine Post-Filiale mit einzubinden oder je nach Bevölkerungsstruktur einzelne Bürgerinnen und Bürger anzuregen, während der Öffnungszeiten als Übersetzer während der Beratungsgespräche zu fungieren.

Das breitgefächerte Angebot macht Fahrten in andere Ortschaften in vielen Bereichen hinfällig. Dadurch sinkt auch das Geschäftsrisiko für das DORV-Zentrum, da Einkäufe nicht zusammen mit anderen Besorgungen außerorts erledigt werden.

Bei diesem Konzept sollten auch weitere Vorteile bedacht werden. Eine gute und vor allem erreichbare Einkaufsmöglichkeit macht auch ein Wohngebiet attraktiver, was wiederum der Abwanderung der jüngeren Bewohner entgegenwirkt und gleichzeitig den Älteren länger die Chance gibt, in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben, da sie weniger abhängig von öffentlichen Verkehrsmitteln oder der Mitnahme in andere Ortsteile durch Familie, Freunde und Bekannte sind, wodurch wiederum länger ein selbstständiges Leben gewährleistet wird.

5.2.2. Ehrenamtliches Beratungsnetzwerk mit Unterstützung durch Kreis und Kommunen

Um den Beratungs- und Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger zu decken, wird angeregt, ein ehrenamtliches Beratungsnetzwerk einzurichten. In jedem Stadt- bzw. Ortsteil der Kommunen sollte mindestens ein kompetenter Ansprechpartner vor Ort vorhanden sein, wenn es um Fragen im Bereich alternative Wohnformen, Pflege, öffentliche Hilfen und Freizeitgestaltung für Senioren geht. Somit würde man den Senioren und ihren Angehörigen die Sicherheit geben, eine gut zu erreichende Kontaktperson zu haben, mit der dringende Fragen unter vier Augen erörtert werden. Um kompetente Beratung zu gewährleisten, müssten die Berater geschult und regelmäßig über Neuerungen informiert werden. Idealerweise sollten die Schulungen durch den Rhein-Erft-Kreis erfolgen, um eine finanzielle Überbelastung der Kommunen zu vermeiden und in jedem Ortsteil den gleichen Standard zu sichern. Alternativ könnten derartige Schulungsmaßnahmen auch von den jeweiligen Kommunen in eigener Zuständigkeit übernommen werden. Die regelmäßige Information über die speziellen Angebote in den einzelnen Kommunen kann dann über die Stadtverwaltungen und die gemeinnützigen Verbände erfolgen. Selbstverständlich kann ein solcher ehrenamtlicher Berater nicht für jeden Einzelfall die entsprechenden Informationen bereithalten, sondern dient mehr als erste Anlaufstelle zur allgemeinen Orientierung und soll gleichzeitig auch vermittelnde Funktion zu den zuständigen Stellen übernehmen.

5.2.3. Anpassung der Gebührenordnung für Ärzte und des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM)

Für Senioren, deren soziales Umfeld sich mit der Zeit verkleinert hat, weil Freunde, Familie oder Partner verstorben oder in eine andere Stadt gezogen sind, wird der Hausarzt häufig zu einem wichtigen Ansprechpartner über die eigentlichen medizinischen Probleme hinaus. Durch das oftmals über Jahre hin gewachsene Vertrauensverhältnis ist der Besuch beim eigenen Arzt für viele mehr, als nur die Inanspruchnahme einer Dienstleistung. Kurze Gespräche über die Familie und das allgemeine Befinden aus nicht medizinischer Sicht sind alltäglich und im Kontext einer allgemeinärztlichen

Untersuchung auch durchaus sinnvoll. Es wird dadurch eine entspannte Atmosphäre geschaffen, die u.a. Abtastungen und Funktionstests erleichtert und die beiläufig mitgeteilten Informationen sind unter Umständen der Anamnese und Diagnostik dienlich. Wenn die anderen Kontakte weniger werden, häufen sich die Arztbesuche meist, in vielen Fällen ist das als ein Gegensteuern gegen die beginnende Vereinsamung zu verstehen. Da vereinsamte Menschen im Allgemeinen stärker krankheitsgefährdet sind, kann durch ein gezieltes Einsetzen von Hilfsangeboten eine Heimpflegebedürftigkeit verhindert oder zumindest hinausgezögert werden, die Kontakte zu entsprechenden Stellen kommen häufig erst durch den Hausarzt zustande.³⁶⁶ Jedoch kann der Arzt dieses Problem nur dann erkennen, wenn die vermehrten Besuche auffällig werden oder die Beratungsgespräche entsprechende Hinweise geben. Auch um pathologische Erkrankungen von psychosomatischen Leiden zu unterscheiden und rechtzeitig die nötigen Schritte einleiten zu können, um den Übergang von einer einmaligen Störung zu einer chronischen Beschwerde zu verhindern oder erste Anzeichen von Depressionen, Demenz und anderen Erkrankungen zu erkennen, ist ein eingehendes Beratungsgespräch vonnöten.

Ärztliche Dienstleistungen werden bei Privatpatienten über die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) abgerechnet, bei Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen greift der Einheitliche Bewertungsmaßstab.

In der GOÄ sind die verschiedenen Leistungen in einem Gebührenverzeichnis mit Punkten hinterlegt, gemäß §5 GOÄ müssen diese Punkte zur Berechnung des einfachen Gebührensatzes mit 0,0582873 Euro multipliziert werden. Der Gebührenrahmen liegt zwischen dem einfachen und 3,5fachen des Gebührensatzes, wobei im Regelfall eine Abrechnung bis zum 2,3fachen Gebührensatz ohne besondere Umstände möglich ist, während eine höhere Abrechnung ausführlich begründet werden muss. Die Festlegung der Gebühren innerhalb des Gebührenrahmens liegt im Ermessen des Arztes.³⁶⁷ Die Abrechnung erfolgt nicht direkt mit den Krankenkassen sondern über den Patienten-

³⁶⁶ <http://www.forum-seniorenarbeit.de/index.phtml?La=1&sNavID=1759.165&mNavID=1759.165&object=tx%7C373.2284.1&sub=0>, abgerufen am 07.12.2009

³⁶⁷ <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000005.html>, abgerufen am 07.12.2009

ten. Dieser tritt selbst mit seiner Krankenversicherung in Kontakt, um sich den entsprechenden Betrag erstatten zu lassen.

Auch im EBM sind die ärztlichen Leistungen in einem Katalog mit Punkten versehen hinterlegt. Es handelt sich jedoch nicht um ein Gebührenverzeichnis wie bei der GOÄ, sondern um einen Honorarverteilungsmaßstab. Einmal pro Quartal, Ende März, Ende Juni, Ende September und Ende Dezember, übermitteln die Ärzte und Ärztinnen an den Kassenärztlichen Verbund (KV) die Identifikationsdaten ihrer gesetzlich krankenversicherten Patienten sowie die zu den erfolgten Leistungen gehörenden Nummern aus dem Leistungskatalog. Auf Basis dieser Gesamtpunktzahl, die sich pro Quartal ergibt, erfolgt die Berechnung des Punktwertes, mit dem die Punkte multipliziert werden. Die Berechnung erfolgt regional und auf Fachgruppen heruntergebrochen. Der Punktwert liegt momentan zwischen 2 und 5,11 Cent. Der Arzt erhält dann zumindest theoretisch für jede durchgeführte Behandlung einen Betrag in Höhe von Punkten aus der Tabelle multipliziert mit dem aktuellen Punktwert. Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wurden zum 01. Januar 2009 die Regelleistungsvolumina (RLV) eingeführt. Bis zur Obergrenze des RLV können Ärzte fest mit einem fixen Punktwert in Höhe von 3,5 Cent abrechnen. Alle darüber hinausgehenden Leistungen werden nur noch mit dem sogenannten Abstufungstarif vergütet, der bei ca. 0,3 Cent liegt. Jedoch unterliegen nicht alle ärztlichen Leistungen dem RLV z.B. die Strahlentherapie für Krebskranke wird nicht auf das für einen einzelnen Patienten zur Verfügung stehende Volumen angerechnet. Diese Therapie ist jedoch auch durch das Gesamtbudget der KV beschränkt. Die Höhe des RLV wird durch die KV anhand von Patientenzahlen, den Patientenzahlen der spezifischen Praxis und fachgruppenspezifischen Fallwerten in einem komplizierten Verfahren ermittelt. Die KV Nordrhein gab für das Jahr 2009 RLV bekannt, die zwischen 11 und 110 Euro lagen. Zudem ist auch die Patientenanzahl einer Praxis nicht nach oben offen, die RLV der „überschüssigen“ Patienten werden begrenzt, wenn eine Praxis eine für die Fachgruppe überdurchschnittlich hohe Fallzahl aufweist. Die RLV für chronisch kranke Menschen sind höher angesetzt und es erfolgt eine altersgruppenspezifische Unterscheidung. Das RLV für einen Patienten ab dem Alter von 60 Jahren liegt bei 1020 Punkten. d.h. dem Arzt

stehen aufgrund der festen Verrechnung mit einem Punktwert von 3,5 Cent 35,70 Euro pro Quartal zur Verfügung.

Die Zusammensetzung die Patientenstämme eines Allgemeinmediziners in städtischen und ländlichen Gebieten unterscheiden sich jedoch stark. Tendenziell überaltern ländliche Gebiete eher, u.a. da sie weniger attraktiv für junge Familien sind. Während in den Städten meist ein ausgewogenes Verhältnis besteht zwischen den verschiedenen Altersgruppen und somit auch verschiedenste Leistungen angefordert werden, nimmt die Häufigkeit von reinen Beratungsgesprächen in ländlichen Gebieten mit höherem Altersdurchschnitt zu. Helmut Hansen und Carsten Dedy schrieben dazu im Positionspapier „Herausforderungen ländlicher Räume“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes:

„Die Haus- und Facharztversorgung ist bei derzeitiger Abrechnung von Leistungen auf eine gewisse Dichte angewiesen. Wird diese nicht erreicht, nehmen Aufwendungen (vor allem Fahrzeiten) zu und es steigt der Anteil von Leistungen, die nur geringe Abrechnungsbeträge erlauben (Beratung, allgemeinmedizinische Leistungen). Dieses Praxisprofil, das besonders in ländlichen Räumen anzutreffen ist, ist nicht rentabel für die Ärzte[...].“³⁶⁸

Sie schlagen vor, die Zahlung medizinischer Leistungen orientiert am Regionstypus anzupassen. Dafür müssten die einzelnen Gebiete kategorisiert werden oder die Patientenkarteen der Arztpraxen analysiert werden. Je nach Zusammensetzung des Gebietes bzw. der Patientenkartei der Praxis könnten dann die Punktzahlen einzelner Katalogpositionen angehoben werden, der Punktwert selbst könnte angehoben werden, oder der Gebührenrahmen erweitert werden. Eine solche pauschale Hochstufung eines Gebietes könnte mitunter jedoch viel Konfliktpotential bieten, da das Verhältnis von Altersgruppen und die Bevölkerungsdichte nur Indizien und keine Beweise für die Dauer von Untersuchungen und Beratungsgesprächen, Häufigkeit von Hausbesuchen

³⁶⁸ http://www.dstgb.de/homepage/positionspapiere/herausforderungen_fuer_den_laendlichen_raum/herausforderungen_laendlicher_raeume.pdf S. 6, abgerufen am 07.12.2009

und generellen Wegezeiten sind. Die Berechnung würde somit nicht individuell für einen Patienten erfolgen, sondern wäre pauschal höher.

Multimorbidität, also das Vorhandensein von mehreren verschiedenen Erkrankungen, tritt vermehrt bei älteren Menschen auf,³⁶⁹ was den reinen Zeitaufwand der Beratungsgespräche erhöht, da mehr als ein Problem erörtert werden muss. Nach GOÄ darf eine eingehende, das gewöhnliche Maß übersteigende Beratung, Bedingung hierfür ist, dass diese Beratung mehr als 10 Minuten dauert, nur mit einem einfachen Gebührensatz von 8,74 Euro angerechnet werden. Das heißt die Höchstgrenze für den Regelfall liegt bei 20,10 Euro und in Sonderfällen, die eine zusätzliche ausführliche Begründung durch den Arzt erforderlich machen, um durch die Krankenkasse erstattet zu werden, bei 30,59 Euro.³⁷⁰ Im Rahmen des EBM fällt das RLV ab dem ersten Kontakt pro Quartal an, die Vergütung des Arztes erhöht sich nur noch um den Abstaffelungstarif sobald das RLV ausgeschöpft ist.

Die Berechnung ist also größtenteils unabhängig vom tatsächlichen Zeitaufwand. Zwar gibt es in der GOÄ unter Ziffer 56 die Möglichkeit, eine sogenannte Verweildauer mit 10,49 Euro je angebrochene halbe Stunde anzurechnen, jedoch erfüllt eine Beratung nicht die Tatbestandsvoraussetzungen, um diese Ziffer anwenden zu können. Bei den meisten der Beratungsvarianten, wie z.B. dem Hausbesuch oder der Gesundheitsuntersuchung zur Früherkennung von Krankheiten einschließlich Beratung, sind keine zeitlichen Taktungen vorgesehen. Im Hinblick auf die Versorgung eines gesetzlich Krankenversicherten ist die Vergütung über das RLV hinaus generell recht gering. Der Arzt muss also während der Beratung darauf achten, dass er bestimmte Zeiten nicht überschreitet, da sonst die Ausgaben für Praxismiete und -betrieb, Ausstattung und Personal eventuell die Einnahmen übersteigen. Es wäre also sinnvoll, die GOÄ dahingehend zu ändern, dass auch die die Abrechnung von allgemeinen Beratungen ähnlich der eingehenden humangenetischen Beratung,³⁷¹ halbstündig getaktet werden. Im Falle des EBM sind sinnvolle Veränderungen schwerer zu erfassen. Das gesamte

³⁶⁹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Multimorbidit%C3%A4t> abgerufen am 07.12.2009

³⁷⁰ <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000019.html#5> abgerufen am 07.12.2009

³⁷¹ <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000021.html> Ziffer 21 abgerufen am 07.12.2009

Abrechnungssystem ist extrem kompliziert. Teilweise schließen Arztpraxen wegen diesem Abrechnungssystem am Quartalsende für einen oder zwei Tage, um die Abrechnung durchzuführen. Hier besteht Handlungsbedarf für den Bewertungsausschuss. Zum einen ist dringend eine Vereinfachung des EBM notwendig, zum anderen sollte das System der RLV neu überdacht werden.

Solange die Abrechnungsmöglichkeiten für Ärzte nicht dahingehend geändert werden, dass auch Arztpraxen in ländlichen Gebieten rentabel sind, wird sich an dem derzeitigen Trend der Abwanderung von Allgemeinmedizinerinnen bzw. der fehlenden Nachfolge für Allgemeinärzte, die in Ruhestand gehen, nichts ändern. Die medizinische Nahversorgung ist dadurch gefährdet, was nicht nur Senioren betrifft, sondern auch gleichzeitig die Infrastruktur eines Gebietes und somit die Attraktivität für den Zuzug von Familien senkt.

5.2.4. Nutzung des Altbestands

Um den Wohnbedarf einer alternden Gesellschaft zu decken, ist es nicht zwangsläufig erforderlich, neue Wohnhäuser und Betreuungseinrichtungen zu bauen. Der bereits vorhandene Altbestand gibt Kommunen und privaten Investoren die Möglichkeit, seniorengerechten Wohnraum anzubieten. Das Spektrum der Erfordernisse an einen solchen Wohnraum reicht von barrierearm bis behindertengerecht. Im Gegensatz zur Wohnraumanpassung (vergleiche Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“), bei der die Wohnung an die Bedürfnisse des derzeitigen Bewohners angepasst wird, kann durch die Nutzung des Altbestands strategisch Wohnraum auf der jeweils vorher festgelegten Stufe angeboten werden und kann auch in Gebäuden geschaffen werden, die ursprünglich nicht für Wohnzwecke gedacht waren. Der Um- und Ausbau von leerstehenden Industrie- und Gewerbebauten, nicht mehr genutzten Kirchen, Gemeindehäusern und Klöstern, ehemaligen Bürogebäuden, nicht mehr benötigten Verwaltungs- und Sonderbauten, geschlossenen Schulen, nicht mehr zu vermietenden Ladenlokalen und Geschäftshäusern, ländlichen Anwesen und Kasernengebäuden kann unter Umständen lohnenswert sein. Vor der Umnutzung des Altbestands steht immer die Frage, ob diese als wirtschaftlich sinnvoll zu erachten ist. Entscheidende Faktoren sind dabei der Be-

darf in der Region, die Lage, der Zustand der Bausubstanz und die Frage, ob man sich in diesem Gebäude zu Hause fühlen kann – also ob eine Umnutzung insofern sinnvoll wäre, dass potentielle Mieter diese Einheiten auch beziehen wollen.³⁷² Die Umgestaltung des Altbestands bietet sich u.a. an, um statt neuer Seniorenheime dezentrale Wohngruppen ins Leben zu rufen³⁷³ oder aber durch Umbauten den laut Marktanalyse der Kreissparkasse Köln benötigten Wohnraum für die Generation 55+ zu bieten.³⁷⁴ Auch viele denkmalgeschützte Gebäude lassen sich durch die Veränderung des Innenraums zumindest barrierearm gestalten und bieten damit sowohl einen bedarfsgerechten Wohnraum als auch eine ins Stadtbild einer Altstadt passende Fassade.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Nutzung denkmalgeschützten Altbestands ist das Projekt Hederpark. Hier wurde in Salzkotten in der Nähe von Paderborn eine ehemalige Rektoratsschule zu einem durchweg barrierefreien Mietshaus mit 30 Wohneinheiten umgebaut, wobei sich der kleinere Anteil der Wohneinheiten in einem zusätzlichen Anbau befindet. Der rollstuhlfreundliche Zugang zu sämtlichen Wohnungen in dem dreigeschossigen Fachwerkhaus wird durch einen Aufzug gewährleistet, der sich im Verbindungsstück zwischen Neu- und Altbau befindet. Zusätzlich wurde auch die Möglichkeit genutzt, Gemeinschaftsflächen einzurichten.³⁷⁵

Erläuterungen zur Förderung für die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sind in dieser Projektarbeit im Kapitel „4.3.4 Finanzielle Förderung barrierefreien Wohnraumes (Frau Günther)“ zu finden.

³⁷² vgl. Broschüre „Umnutzung von alten Gebäuden zu Wohnzwecken – Neue Nutzungskonzepte zur Quartiersentwicklung“

³⁷³ <http://www.bak.de/site/ItemID=495/mid=837/846/default.aspx>, abgerufen am 28.10.2009

³⁷⁴ https://www.ksk-koeln.de/Aktuelle_Entwicklung_des_Immobilienmarktes_in_der_Region_Koeln__Dr._Stracke.pdf S. 7, abgerufen am 28.10.2009

³⁷⁵ vgl. Broschüre „Neue Wohnprojekte für ältere Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen – Beispiele und Wege zur Umsetzung“ S. 44ff.

5.2.5. Bewegungsparcour für Seniorinnen und Senioren (Frau Felkel)

Es ist der bestehende Wunsch nach selbstbestimmtem Leben im Alter, der zur Entwicklung alternativer Wohnformen führt. Dabei müssen verschiedene Akteure, wie z.B. die Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Wohnbaugenossenschaften und Architekten an der Planung und Verwirklichung der Projekte beteiligt werden. Doch die Schaffung neuer, seniorengerechter Wohnräumlichkeiten und -konzepte, ist nur eine Voraussetzung für die Erfüllung dieses Wunsches. Ein ebenso wichtiger Punkt ist die körperliche Fitness, denn mit dieser ist mehr Aktivität, Gesundheit, Selbstständigkeit und somit mehr Lebensqualität im Alter verbunden. Für die körperliche Fitness ist jeder Bürger selbst verantwortlich. Die Kommunen können jedoch ihre älteren Bürgerinnen und Bürger bei der Erhaltung ihrer Fitness unterstützen und vielleicht sogar zu mehr Bewegung animieren, indem sie Bewegungsparcours anbieten.

Unter einem Bewegungsparcour für Seniorinnen und Senioren ist eine Außenanlage mit verschiedenen altersgerechten Fitnessgeräten zu verstehen. Die Geräte dienen u.a. dem Training von Bein-, Rücken- und Schultermuskulatur, aber auch Gleichgewichts- und Beweglichkeitsübungen können durchgeführt werden. Sie „orientieren sich an der Konstitution und den Bewegungsabläufen von Senioren.“³⁷⁶

Das Vorbild für die Bewegungsparcours liegt in China, wo z.B. in Parks und auf Plätzen Übungsgeräte stehen, „die Passanten dazu einladen sollen, [...] möglichst sanfte Bewegungsabläufe zu absolvieren [...]“.³⁷⁷ Aufgrund dieser sanften, fließenden Bewegungen, ist Sportbekleidung nicht notwendig, so dass die Bürgerinnen und Bürger jederzeit und ohne Aufwand von den Geräten Gebrauch machen können.

Mittlerweile existieren bereits neunzehn solcher Bewegungsparcours auch in Deutschland. Vier davon befinden sich in Nordrhein-Westfalen.³⁷⁸ Weitere sind in Planung. So soll z.B. im Kölner Grüngürtel ein Mehrgenerationenplatz entstehen, auf dem neben

³⁷⁶ <http://www.dillingen-saar.de/index.php?id=123>, abgerufen am 22.11.2009

³⁷⁷ <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1256136970730.shtml>, abgerufen am 22.11.2009

³⁷⁸ <http://www.zukunft-finden.de/0,28,58,63,0,0.html>, abgerufen am 21.11.2009

einem Kinderspielplatz vier Übungsstationen für Seniorinnen und Senioren auf einer 150m² großen Fläche aufgestellt werden sollen.³⁷⁹ Auf diese Weise wird nicht nur Raum für körperliche Betätigung, sondern auch ein Begegnungsort für Jung und Alt geschaffen.

Ein Bewegungsparcour ist aber durchaus nicht nur auf die Benutzung durch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger beschränkt. Auch Jüngere sollten das Angebot wahrnehmen. In der Stadt Dillingen hat man bereits positiv beobachten können, dass sich nur wenige Tage nach der Eröffnung des Bewegungsparcours Menschen aller Altersklassen an den Übungsgeräten probiert haben.³⁸⁰

Wie eine Übung an den Parcourgeräten richtig ausgeführt wird, ist auf kleinen Tafeln beschrieben. Als Hilfestellung, und weil Training in einer Gruppe geselliger ist, könnten auch Übungsstunden mit Sportvereinen organisiert werden.³⁷⁹

Mit genügend Sitzgelegenheiten und weiteren Unterhaltungseinrichtungen, wie z.B. Schachtafeln und Tischtennisplatten in direkter Nähe, kann ein Bewegungsparcour zum sozialen Treffpunkt werden, welcher zur gemeinsamen Bewegung, Erholung und Spaß einlädt, und somit zur Gesundheit und Lebensqualität beiträgt.

³⁷⁹ <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1256136970730.shtml>, abgerufen am 22.11.2009

³⁸⁰ <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/dillingen/Neuer-Bewegungsparcour-fuer-Stadtpark;art2809,3061395>, abgerufen am 22.11.2009

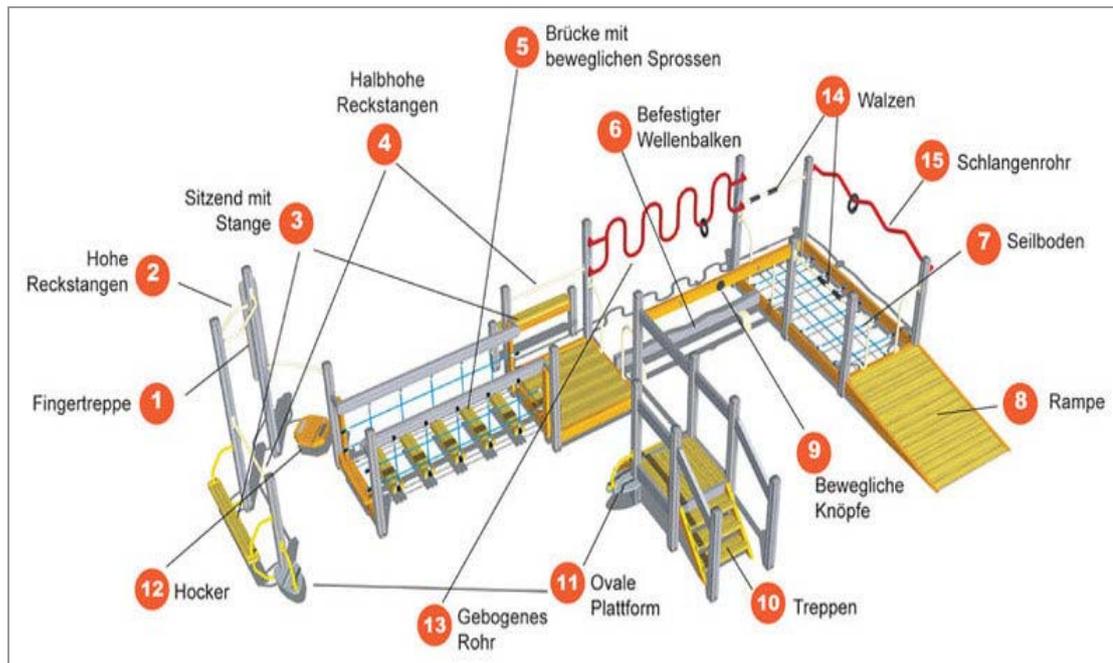


Abbildung 124: Beispielhafter Bewegungsparcour aus Hemer

5.2.6. Kontaktstelle für alternative Wohnformen

Mit dem demografischen Wandel steigt der Anteil der älteren Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an. Doch nicht nur die Anzahl der Seniorinnen und Senioren in unserer Gesellschaft unterliegt einer Veränderung. Auch das Bild von gebrechlichen „Alten“, die sich nach Ruhe sehnen, sich zurückziehen und den jungen Menschen die „Bühne“ überlassen, hat sich gewandelt. Geistige und körperliche Fitness, aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Selbstständigkeit auch im Alter gehören zu den Wünschen und Zielen, die von vielen Menschen verfolgt werden. Diese Wünsche und Bedürfnisse führten zur Entwicklung neuer, altersgerechter Wohnformen, wie z.B. dem Bielefelder Modell, den Pflegewohngemeinschaften oder dem Mehrgenerationenwohnen (vergleiche Kapitel „4.1 Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte“). Doch obwohl sich neue Wohnmodelle in den Köpfen vieler Menschen bereits durchgesetzt haben und einige Projekte mittlerweile erfolgreich realisiert wurden, ist noch ein langer Weg zu bestreiten, um die steigende Nachfrage nach Alternativen zu Alten- und Pflegeheimen zu decken. Die Schaffung einer Kontaktstelle für alternative Wohnformen könnte dabei helfen, neue Wohnmodelle zu fördern.

Die Kontaktstelle sollte Ansprechpartner für alle an alternativen Wohnformen interessierten Personen oder Institutionen sein. So sollte sie z.B. interessierte Bürgerinnen und Bürger sowohl über die Konzepte der neuen Wohnformen und bestehende oder geplante Projekte informieren, als auch Kontakte zu entsprechenden Personen bzw. Institutionen vermitteln können. Weiterhin sollte sie z.B. mit Architekten, Grundstückseigentümern, Investoren, Wohninitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Bauämtern und Wohnberatungsstellen in Kontakt stehen, um ihre informative Leistung zu steigern und eine eventuelle Zusammenarbeit der Parteien zu ermöglichen. Ein wichtiger Teil der Arbeit einer Kontaktstelle für alternative Wohnformen könnte also Aufbau und Pflege eines Netzwerkes (vergleiche Kapitel „4.6 Netzwerke (Frau Ommerborn)“) sein, welches die Realisierung und Weiterentwicklung alternativer Wohnformen unterstützt. Auch Öffentlichkeitsarbeit gehört zu den Aufgaben einer Kontaktstelle für alternative Wohnformen. Berichte über verschiedene Wohnprojekte sowie über Arbeit und Erfolge der Kontaktstelle sollen informieren, zur Auseinandersetzung mit eigenen Wohnwünschen anregen und vielleicht sogar zum freiwilligen Engagement (vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“) animieren.

Wie eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes „Kontaktstelle alternative Wohnformen“ beispielsweise aussehen kann, zeigt die im Jahre 2006 ins Leben gerufene Kontaktstelle für neue Wohnformen der Stadt Aachen. Bei diesem Projekt wurde zunächst „ein kommunales Netzwerk aus Mitarbeiter/-innen verschiedener Fachbereiche aufgebaut.“³⁸¹ Neben einer Projektleitung und einer Projektleitungsgruppe wurde eine Hauptarbeitsgruppe gebildet, welcher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fachbereiche Wohnen und Immobilienmanagement, dem Sozial- und Planungsamt und dem Bündnis für Familien angehören. Diese Gruppe arbeitete mit der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Aachen und einem Architekturbüro zusammen. Die Kontaktstelle errichtete eine interne Datenbank „zur Aufnahme von Wohninteressierten, Anbietern und Objekten zur Vermittlung und Zusammenführung möglicher Partner-

³⁸¹ <http://www.frauen nrw.de/docs/handbuch/Aachen-in-Handbuch-Demografischer-Wandel.pdf>, abgerufen am 03.12.2009

schaften neuer Wohnprojekte.³⁸² Außerdem wurde eine Infotheke für Bürgerinnen und Bürger, Investoren, Wohlfahrtsverbände, Politik und weitere Interessierte aufgebaut. Kurz vor dem einjährigen Bestehen der Aachener Kontaktstelle für neue Wohnformen teilte Hildegard Barner, vom Fachbereich Wohnen der Stadt Aachen, in einem Rundbrief des Regionalbüros Rheinland und Westfalen mit, dass „bereits viele Kontakte geknüpft, Tipps gegeben, gelotst und auch schon das eine oder andere Tandem gebildet (wurde) hin zu einer gemeinsamen Wohnform.“³⁸³

Die Aachener Kontaktstelle für neue Wohnformen wurde beim Fachbereich „Wohnen“ angesiedelt. Für den Rhein-Erft-Kreis könnte eine Kontaktstelle beispielsweise bei der Kreisverwaltung angesiedelt werden. Auch das Mehrgenerationenhaus „Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“ (vergleiche Kapitel „5.2.7 Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“) käme alternativ hierfür in Frage. Es könnten aber auch mehrere solcher Kontaktstellen innerhalb des Rhein-Erft-Kreises eingerichtet werden. Bei dieser Variante bestünde die Möglichkeit, die Sozial- oder Wohnungsämter der jeweiligen Kommunen als Anlaufstellen zu nutzen.

5.2.7. Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis

Im Jahr 2006 fiel der Startschuss für ein Aktionsprogramm der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit dem Ziel, in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Mehrgenerationenhaus zu errichten. Mehrgenerationenhäuser sind Orte, an denen sich Jung und Alt begegnen, voneinander lernen und sich unterstützen, oder einfach nur beim „Kaffeeklatsch“ ihre Zeit aktiv miteinander verbringen können. „Wo familiäre Netzwerke zur Ausnahme werden, sollen Mehrgenerationenhäuser die gegenseitige Unterstützung von Jung und Alt neu beleben.“³⁸⁴ Zu dem vielseitigen Angebotsspektrum der Mehrgenerationenhäuser gehören u.a. generationenübergrei-

³⁸² <http://www.frauenrhw.de/docs/handbuch/Aachen-in-Handbuch-Demografischer-Wandel.pdf>, abgerufen am 03.12.2009

³⁸³ http://www.aachen.de/DE/Stadt_buerger/wohnen/wohnen_neue_wohnformen/dokumente/rundbrief_052007.pdf, abgerufen am 03.12.2009

³⁸⁴ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/emags/ebalance/047/t4-erste-mehrgenerationenhaeuser-gestartet.html>, abgerufen am 01.12.09

fende Freizeitgestaltungsangebote, wie z.B. gemeinsames Kochen oder Spielen, Beratungs- und Betreuungsangebote, sowie die Vermittlung haushaltsnaher Dienstleistungen, wie z.B. kleinere Reparaturen, Einkaufsdienste oder Begleitung bei Behörden-gängen. Außerdem bietet jedes Mehrgenerationenhaus einen offenen Tagestreff z.B. in Form eines Bistros oder Cafés an, an dem Menschen aller Altersgruppen „Gespräche führen, Kontakte knüpfen und Beratung suchen“³⁸⁵ können. Charakteristisch für Mehrgenerationenhäuser ist die enge Zusammenarbeit von Festangestellten und ehrenamtlich Tätigen. Sie arbeiten auf gleicher Augenhöhe zusammen, denn ohne die freiwillig Engagierten „könnten viele Angebote vom Malkurs bis zur flexiblen Kinderbetreuung gar nicht bestehen.“³⁸⁶ Derzeit sind bundesweit ca. 16.000 Menschen ehrenamtlich in Mehrgenerationenhäusern tätig. Außerdem streben Mehrgenerationenhäuser Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft an, um „mehr Leistung, mehr Leben und eine starke Gemeinschaft vor Ort“³⁸⁷ zu ermöglichen.

Die Bundesregierung fördert im Rahmen einer Anschubfinanzierung bundesweit 500 Mehrgenerationenhäuser für die Dauer von fünf Jahren jeweils in Höhe von 40.000 Euro jährlich für Personal- und Sachkosten. Eines dieser Häuser bietet seit Juni 2008 auch im Rhein-Erft-Kreis seine Dienste an. Das Mehrgenerationenhaus „Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“ befindet sich in der Stadt Frechen. Es wird vom Trägerverein „Mehrgenerationenhaus Oase e.V.“ auf der Basis freiwilligen Engagements betrieben.³⁸⁸ Auch hier ist das generationenübergreifende Angebot bunt und vielseitig, insbesondere sollen jedoch Familien, sowie alleinerziehende Elternteile Unterstützung

³⁸⁵ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/02__Das_20Aktionsprogramm/01__Was_ist_das_Aktion_sprogramm/04__offener_Treff/00__offener_Treff.html, abgerufen am 01.12.2009

³⁸⁶ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/Freiwilliges_20Engagement.html, abgerufen am 01.12.2009

³⁸⁷ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/05__Kooperationen_20mit_20der_20Wirtschaft.html, abgerufen am 01.12.2009

³⁸⁸ http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/04__H_C3_A4userinformationen/Frechen/About__1343.html, abgerufen am 01.12.2009

finden. Deshalb wird in der „Oase“ auf Angebote zur Hilfe im Haushalt, Kinderbetreuung aber auch Weiterbildung oder Bewerbungshilfe besonderer Wert gelegt.

Wegen der zentralen Lage des Mehrgenerationenhauses „Oase“ innerhalb des Rhein-Erft-Kreises würde es sich jedoch anbieten, dort zusätzlich zum bestehenden Angebot Dienstleistungen anzusiedeln, die kreisweit in Anspruch genommen werden können. Dies könnten z.B. eine Wohnberatungsstelle (vergleiche Kapitel „5.2.10 Wohnberatung“), eine Kontaktstelle für alternative Wohnformen (vergleiche Kapitel „5.2.6 Kontaktstelle für alternative Wohnformen“) oder ehrenamtliche Initiativen wie z.B. der Reparaturdienst „Senioren helfen Senioren“ (vergleiche Kapitel „5.3.2 Kompetenzen des Alters nutzen“) sein. Auf diese Weise könnten sowohl für die Dienstleister, als auch für diejenigen, die eine Dienstleistung in Anspruch nehmen möchten, längere Anfahrten vermieden und Kraftstoffkosten gespart werden. Außerdem könnte z.B. ein Termin in der Wohnberatungsstelle mit einem Besuch der Cafestube der „Oase“ verbunden, und somit notwendige Erledigungen mit attraktiver Freizeitgestaltung kombiniert werden. Sind Seniorinnen und Senioren in der Mobilität eingeschränkt, so könnten die Mitarbeiter der Wohnberatungsstelle diese auch in ihrem Zuhause besuchen.

5.2.8. Multifunktionshäuser

Eine der zahlreichen Herausforderungen, mit denen Kommunen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels konfrontiert werden, ist die Sicherstellung der Nahversorgung in ländlichen Regionen mit einer geringen Besiedlungsdichte, da eben in solchen Regionen eine „zunehmende Zentralisierung von Dienstleistungen [...] zu verzeichnen“ ist.³⁸⁹ Diese Tatsache birgt die Gefahr, dass ein großer Teil der dort lebenden Bevölkerung sich aufgrund von Mobilitätsverlust nicht mehr selbstständig versorgen kann. Eine Möglichkeit dieser Herausforderung zu begegnen ist die Schaffung von Multifunktionshäusern.

³⁸⁹ http://www.region-schafft-zukunft.de/nn_253310/DE/ProjekteStettinerHaff/FormenWohnenZusammenleben/MultipleHaeuser/projekt01.html, abgerufen am 20.11.2009

Wie die Bezeichnung bereits erahnen lässt, handelt es sich bei Multifunktionshäusern um Gebäude mit Nutzungsflexibilität. Dabei können und sollen Angebote aus unterschiedlichen Bereichen unter einem Dach gebündelt werden. Je nach Bedarf können soziale und kulturelle Angebote, sowie Versorgung und Dienstleistung in einem Multifunktionshaus zur Verfügung gestellt werden. So könnte sich dort z.B. eine Bäckerei und eine Poststelle befinden, eine Bibliothek und ein PC-Raum, in dem eventuell PC-Kurse für Seniorinnen und Senioren stattfinden könnten, Schülerhilfe oder Seelsorgeangebote, eine Arztpraxis, Bankräume, eine Wohnberatungsstelle u.v.m. Um möglichst viele Nutzungsmöglichkeiten zu schaffen, und damit unterschiedliche Personengruppen und deren Interessen bei den Angeboten zu berücksichtigen, könnten die gleichen Räume zu unterschiedlichen Uhrzeiten für unterschiedliche Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise könnte es auch immer wieder zu geselligen Begegnungen verschiedener Charaktere und Altersgruppen kommen.

Anders als das Mehrgenerationenhaus „Oase“ (vergleiche Kapitel „5.2.7 Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“) in der kreisangehörigen Stadt Frechen, welches eine ähnliche Nutzungsstruktur aufweist, sollen Multifunktionshäuser jedoch keine Leistungen auf Kreisebene erbringen, sondern eine wohnortnahe Versorgung sichern und bestehende Angebote einzelner Kommunen stärken.

Um herauszufinden, was sich konkret hinter den Mauern eines Multifunktionshauses befinden soll, sollten die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung finden. So geschehen ist es z.B. in der Gemeinde Tremsbüttel (Schleswig-Holstein) im Januar 2009 im Rahmen eines Beteiligungsabends.³⁹⁰ Ebenfalls möglich wäre die Durchführung einer Bedarfsanalyse.

Optimal platziert wäre das Multifunktionshaus in der Ortsmitte. In unmittelbarer Nähe sollte sich eine Bushaltestelle befinden, damit Seniorinnen und Senioren das Gebäude bequem erreichen können.

³⁹⁰ http://cms.prima-support.de/uploads/ausgaben/bm/2009_04/bm_12.pdf, abgerufen am 20.11.2009

Ein Projekt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das im November 2008 begonnen hat, zeigt jedoch, dass auch alte, leerstehende Häuser als Multifunktionshäuser genutzt werden können, und somit einem verödemten Ort wieder neues Leben einhauchen können. Während des Projekts „Installieren multipler Häuser als gemeinschaftlicher Stützpunkt von Dienstleistung und Nachbarschaft in ländlichen Regionen in der vom demografischen Wandel besonders betroffenen Modellregion „Stettiner Haff“ „sollen leerstehende öffentliche Gebäude wie Schulen oder Bahnhöfe zu Multifunktionshäusern umgebaut werden.“³⁸⁹

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Realisierung von Multifunktionshäusern viele Vorteile hat. Das Haus kann nicht nur für wohnortnahe Versorgung und Dienstleistungserbringung sorgen, sondern auch einen sozialen Treffpunkt schaffen, an dem Jung und Alt miteinander kommunizieren und voneinander lernen können.

Außerdem kann, falls die Möglichkeit besteht, ungenutzter Altbestand sinnvoll eingesetzt werden und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger steigern bzw. sichern.

5.2.9. Schaffung und Erweiterung von Bildungsangeboten

Die Gesellschaft befindet sich im Wandel. Im Jahre 2035 wird jeder dritte Mensch in Deutschland das 60ste Lebensjahr bereits überschritten haben.³⁹¹ Auch eine weiter steigende Lebenserwartung ist zu verzeichnen, beeinflusst etwa durch moderne Medizin, bewusste Ernährung und Sport. Das hat zur Folge, dass sich die Lebensphase „Alter“ verlängert, und somit die steigende Anzahl der Seniorinnen und Senioren weiter erhöht. Diese Entwicklung bewirkt einen in Zukunft stark wachsenden gesellschaftlichen Einfluss der älteren Generation, der sich z.B. bei politischen Wahlen auswirken wird. Dies ist einer der Gründe, warum Bildung im Alter eine zunehmend wichtige Rolle spielt. Sie informiert, so dass auch Seniorinnen und Senioren über aktuelle Themen in verschiedenen Bereichen mitreden und ihre Umwelt aktiv mitgestalten können.

³⁹¹ http://www.g-a-r.de/uploads/media/GAR-Praesentation_01.pdf, abgerufen am 20.11.2009

Sie stärkt Kompetenzen, Handlungsfähigkeit, und somit auch das Selbstvertrauen älterer Menschen, die sich häufig mit dem Gefühl zurückziehen, den schnell eintretenden Veränderungen der heutigen Gesellschaft nicht gewachsen zu sein. Diese Kompetenzen, gepaart mit dem Erfahrungswissen der Seniorinnen und Senioren, bilden wertvolle Ressourcen, von denen die Gesellschaft profitieren sollte. So könnten ältere Menschen ihr Wissen und ihre Fähigkeiten z.B. im freiwilligen Engagement, vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“, einsetzen. Doch nicht nur für die Gesellschaft kann Bildung im Alter gewinnbringend sein. Auch für die bildungswilligen Seniorinnen und Senioren kann sie aufgrund vieler Vorteile eine Bereicherung darstellen. Eine Bildungseinrichtung stellt einen Ort der Begegnung und des Austausches dar und hilft somit, soziale Kontakte zu knüpfen und Isolation im Alter zu vermeiden. Außerdem kann Bildung Menschen, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, neue Perspektiven und Gestaltungsspielräume aufzeigen, und gleichzeitig einen eventuellen Rollenverlust ausgleichen.³⁹² Des Weiteren kann sie eine Form von Selbstverwirklichung für Diejenigen sein, die erst im Alter die Zeit finden oder die Möglichkeit dazu haben, Lehrveranstaltungen zu besuchen, die ihrem individuellen Interesse entsprechen. Nicht zu vergessen ist der gesundheitliche Nutzen, denn das Lernen wirkt dem Gehirnaltern entgegen.³⁹³ Abschließend ist anzumerken, dass Bildung die Unabhängigkeit stärkt und damit zur Lebensqualität im Alter beiträgt.

Die Nachfrage bezüglich Bildungsangeboten für Seniorinnen und Senioren ist gegeben.³⁹⁴ Seniorentanz und Gedächtnistraining, die u.a. „Standardangebote im Bereich der Seniorenarbeit“³⁹⁵ sind, reichen jedoch nicht mehr aus. Um angemessen auf den demografischen Wandel zu reagieren und das Potenzial der „Generation 55 plus“ optimal zu entfalten, ist es notwendig, unter Einbeziehung neuer Konzepte, eine anspruchsvolle und altersgerechte Wissensvermittlung in möglichst vielen Bereichen zur Verfügung zu stellen.

³⁹² <http://www.weiterbildungsserver.de/intern/graues20s115yki520v3.pdf>, abgerufen am 20.11.2009

³⁹³ <http://www.efos-europa.eu/downloads/diplomarbeitlernenimalter.pdf>, abgerufen am 20.11.2009

³⁹⁴ <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?id=51368>, abgerufen am 20.11.2009

³⁹⁵ Rhein-Erft-Kreis, Weniger Älter Bunter – Der Rhein-Erft-Kreis i. demographischen Wandel, S. 75

Ein Beispiel für die erfolgreiche Umsetzung dieses Handlungsansatzes ist die „Generationen Akademie Rheinland“ (GAR). Zu ihren Mitgliedern bzw. Partnern gehören der Rhein-Erft-Kreis, das Berufsförderungswerk der Bauindustrie NRW e.V., das gewi-Institut (Institut für Gesundheitswirtschaft), die Medienschule Rhein-Erft, der KreisSportBund Rhein-Erft, die Praeha Akademie, die Rhein-Erft Akademie, die Fachschule für Fremdsprachen, das Christliche Jugenddorf CJD, Vipendo – Akademie für Gesundheitsberufe, die Hochschule Fresenius und die Deutsche Sporthochschule Köln. Weitere Mitglieder bzw. Partner sind durchaus erwünscht. Durch dieses Netzwerk entsteht ein breites Feld an Bildungsangeboten für Seniorinnen und Senioren, welches auf einer gemeinsamen Plattform gebündelt aufgezeigt wird. Neben Themenbereichen wie Bildung, Gesundheit, Bewegung und Kultur, die in Form von Schulungen, Seminaren, Studiengängen oder Aus- und Weiterbildungen vermittelt werden, bietet die Generationen Akademie Rheinland eine neuartige Qualifizierungsform zum „Generationenmanager“ einer bestimmten Fachrichtung an. Dabei handelt es sich um einen Zertifikatslehrgang, der „auf Wunsch der Teilnehmer im sogenannten „Weiterbildungsmaster“ einer Hochschule münden“³⁹⁶ kann. Die Lehrmethoden und -inhalte der GAR setzen an dem Erfahrungswissen der Teilnehmer an. Außerdem besteht die Möglichkeit, Gelerntes in E-Learning-Modulen zu vertiefen. Außer den Bildungsangeboten bietet die Generationen Akademie Rheinland noch Beratung in Rechts- und Versicherungsfragen, Teilnahme an Forschungs- und Transferprojekten, sowie die Vermittlung von Willigen in soziale Tätigkeiten an.³⁹¹

Die GAR beschränkt sich jedoch nicht nur auf Arbeit mit Seniorinnen und Senioren. Ihre Leistungen sind auch für Menschen, die sich auf ihre zweite Lebenshälfte vorbereiten möchten und grundsätzlich für Menschen aller Altersklassen, die aktiv an der Gesellschaft teilnehmen möchten, vorgesehen. Dadurch schafft sie eine „Plattform für Dialog und Kooperation zwischen den Generationen.“³⁹¹

Neben der Bündelung bestehender Bildungsangebote auf einem zielgruppengerechten Online-Portal, ist es Ziel der GAR, in Zusammenarbeit mit Hochschulen neue Bil-

³⁹⁶ http://www.g-a-r.de/uploads/media/SonntagsPost_31-10-2009.pdf, abgerufen am 20.11.2009

dungsangebote zu entwickeln. Außerdem soll im Rahmen dieses Projektes zukünftig ein „Transfer in bzw. (eine) Kooperation mit benachbarten Kreisen und Städten der Metropolregion Rheinland“³⁹¹ stattfinden.

5.2.10. Wohnberatung

Selbstständig und selbstbestimmt wohnen bis ins hohe Alter, das ist der Wunsch vieler Menschen. Aber wie ist das zu schaffen, wenn der Körper irgendwann anfängt beim Bücken zu streiken oder das Steigen in die eigene Badewanne zum riskanten Balanceakt wird? „Kann ich trotzdem in meinen eigenen „vier Wänden“ bleiben oder sollte ich eine Wohngemeinschaft mit anderen Senioren in Betracht ziehen?“ „Wie finanziere ich notwendige Umbaumaßnahmen?“ „Welche Alternativmöglichkeiten bieten sich mir überhaupt?“ Fragen dieser Art zu beantworten gehört zum Aufgabenbereich der Wohnberatungsstellen.

Die ersten Wohnberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen entstanden Ende der 80er Jahre. Sie wurden über die Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert. Im Jahre 1992 startete ein Landesmodellprojekt „zur weiteren Erprobung der Wohnungsanpassung,“³⁹⁷ in welches sechs Wohnberatungsstellen im Erftkreis, im Kreis Lippe sowie in den Städten Dortmund, Düsseldorf, Herford und Mönchengladbach eingebunden waren. Sie wurden anteilig vom Sozialministerium und von den betroffenen Kreisen bzw. Städten gefördert. Mittlerweile gibt es 41 Wohnberatungsstellen, die zu je einem Drittel vom Sozialministerium, von den betroffenen Kreisen bzw. Städten und von Pflegekassen finanziert werden. Für die Ratsuchenden ist die Wohnberatung kostenfrei.³⁹⁸ Aber auch außerhalb des Landesmodellprojektes sind zahlreiche Wohnberatungsstellen entstanden. Zu ihren Trägern gehören z.B. Kommunen, Kreise, Wohlfahrtsverbände, Vereine und die Wohnungswirtschaft. Um „die Kooperation und die gegenseitige Hilfe der Beratungsstellen zu verbessern und eine politische Interessenvertretung aufzubauen“³⁹⁷ wurde im Jahre 1999 die „Landesarbeitsge-

³⁹⁷ http://www.rehacare.de/cipp/md_rehacare/custom/pub/show,fair,rehacare2009/lang,1/oid,21854/xa_nr,2169298/~Web-ProdDatashet/prod_datashet, abgerufen am 24.11.2009

³⁹⁸ <http://www.wohnberatungsstellen.de>, abgerufen am 24.11.2009

meinschaft Wohnberatung NRW“ ins Leben gerufen, die sich u.a. dafür einsetzte, dass NRW flächendeckend in jedem Kreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt mindestens eine Wohnberatungsstelle vorweisen kann, notfalls im Rahmen selbstständiger Erwerbstätigkeit.

Außer der Unterstützung in allen Fragen des Wohnens, gehört die individuelle Beratung „über Möglichkeiten und Formen des barrierefreien Wohnens und der Wohnungsanpassung“³⁹⁹ zu den Tätigkeiten eines Wohnberaters. In diesem Zusammenhang wird auch über alternative Wohnformen informiert. Weiterhin werden die im Einzelfall passenden Maßnahmen, wie z.B. die Anschaffung von Alltagshilfen und technischen Hilfsmitteln, Ausstattungsänderungen, bauliche Änderungen oder auch ein Umzug geplant und begleitet.

Alle an der entsprechenden Maßnahme beteiligten Akteure werden von der Wohnberatungsstelle aus koordiniert. Außerdem informiert sie über Finanzierungsmöglichkeiten und übernimmt, falls erforderlich, viele bürokratische Aufgaben, wie z.B. Antragsstellungen bei der Pflegekasse oder die Beauftragung von Handwerkern und Architekten. Außerdem kontrollieren Wohnberater nach Abschluss der Arbeiten deren Qualität, prüfen die Rechnungen u.v.m.

Das breite Aufgabengebiet stellt hohe Anforderungen an die Wohnberater. So sollten sie u.a. im Sozialrecht, Handwerk, Pflege und der Gestaltung und Finanzierung barrierefreier Wohnräume zumindest über Grundkenntnisse verfügen. Auch organisatorische Fähigkeiten und Einfühlungsvermögen sind für qualitativ hochwertige Beratung wichtig.⁴⁰⁰ Aus diesem Grund wurde für die Wohnberater im Landesmodellprojekt ab dem Jahre 1995 eine obligatorische berufsbegleitende Qualifizierung eingerichtet. Grundlagenschulungen und eine regelmäßige Fortbildung der Wohnberater sollten jedoch in allen Wohnberatungsstellen, ob ehrenamtlich oder professionell betrieben, von den Trägern gewährleistet werden.

³⁹⁹ <http://nullbarriere.de/wohnberatungsziele.htm>, abgerufen am 24.11.2009

⁴⁰⁰ <http://nullbarriere.de/wohnberatung-ehrenamtlich.htm>, abgerufen am 24.11.2009

Zur Zeit gibt es in Nordrhein-Westfalen 100 Beratungsangebote.³⁹⁷ Auch wenn es dadurch das Bundesland mit dem größten Angebot darstellt, wird am Beispiel des Rhein-Erft-Kreises deutlich, dass die Schaffung neuer Wohnberatungsstellen das Leben der Seniorinnen und Senioren sowie deren Angehöriger erleichtern würde. Für das Gebiet des Rhein-Erft-Kreises existiert momentan nur eine Wohnberatungsstelle, die im Südkreis in der kreisangehörigen Stadt Erftstadt ansässig ist. Eine telefonische Erstberatung wird kostenlos angeboten. Weitere Leistungen werden pro Stunde abgerechnet. Bei Hausbesuchen werden außerdem die Fahrtkosten berechnet. Viele Seniorinnen und Senioren sind jedoch nicht mehr mobil und möchten bzw. können gleichzeitig keine lange Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf sich nehmen. So sind Kundinnen und Kunden, die in Kommunen des Nordkreises (Bedburg, Elsdorf, Bergheim, Pulheim) leben deutlich benachteiligt, da sie neben höheren Kosten auch einen enormen Zeitaufwand (z.B. für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln) in Kauf nehmen müssen. Um steigende Kosten und anstrengende Fahrten zu vermeiden, könnte die ortsnahe und flächendeckende Einrichtung von Wohnberatungsstellen langfristig ein Ziel sein. Innerhalb der Städte sollten sich diese zentral befinden und auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein. Fraglich ist jedoch, ob die Einrichtung von Wohnberatungsstellen in jeder kreisangehörigen Kommune aufgrund leerer öffentlicher Kassen sinnvoll ist. Aus diesem Grunde wird angeregt, flächendeckend für das Kreisgebiet eine Wohnberatungsstelle einzurichten, deren Leistungen unentgeltlich oder gegen Zahlung eines geringen Kostenbeitrages in Anspruch genommen werden können. Beispielsweise könnte die Wohnberatungsstelle bei der Kreisverwaltung, genauer beim Amt für Wohnungswesen oder beim Amt für Familien, Senioren und Soziales angesiedelt werden. Auch die Verbraucherzentrale oder das Mehrgenerationenhaus „Oase“ (vergleiche Kapitel „5.2.7 Mehrgenerationenhaus Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“) kämen dafür in Frage.

Die Beratungsstelle könnte mit professionellen Kräften oder ehrenamtlich betrieben werden. Bei ehrenamtlich fungierenden Wohnberatungsstellen ist zu beachten, dass die Berater ihre aus dem Berufs- oder Privatleben erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten positiv einsetzen können. Oft sind sie selbst schon aus dem Berufsleben ausgeschieden und können sich dadurch genügend Zeit für die Ratsuchenden nehmen. Au-

Berdem entfallen für die jeweiligen Träger die Personalkosten. Ausreichendes Grundlagenwissen und regelmäßige Weiterbildung sind jedoch unbedingte Voraussetzung für ehrenamtlich tätige Wohnberater. Vorteilhaft ist eine Kombination aus ehrenamtlichen Wohnberatern mit einem hauptamtlichen Ansprechpartner, denn durch die gegenseitige Unterstützung wird eine Verbesserung der Wohnberatungsqualität erreicht. Vor allem für die ehrenamtlichen Mitarbeiter könnte ein hauptamtlicher Ansprechpartner „eine erhebliche Entlastung in fachlichen und administrativen Fragen“⁴⁰¹ bedeuten.

Grundsätzlich sollte die Wohnberatung als ein Teil der Grundversorgung angesehen und kostenfrei angeboten werden. Die Finanzierung der Wohnberatungsstellen im Landesmodellprojekt sollte dabei als Vorbild dienen. Weitere Finanzierer, wie z.B. die Krankenkassen und die Wohnungswirtschaft, könnten eine kostenfreie Wohnberatung absichern.³⁹⁸

Die Wohnberatungsstelle sollte auch verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben, denn ein Beratungsbedarf ist zwar gegeben, aber die meisten älteren oder behinderten Menschen „nehmen nicht von sich aus ohne weiteres Kontakt zu Beratungsstellen auf oder fordern Hilfe ein.“⁴⁰¹ Die Bevölkerung sollte verstärkt über Arbeit und Erfolge der Wohnberatungsstelle informiert werden, damit Nutzung und Nutzen der Wohnberatung gesteigert wird.

Schließlich sollte noch die Vernetzung der bestehenden und zukünftig entstehenden Wohnberatungsstellen miteinander, sowie mit anderen Anbietern der Alten- und Behindertenhilfe angestrebt werden, denn durch gegenseitigen Austausch und Informationsfluss kann das Angebot der Wohnberatungsstellen weiterentwickelt und verbessert werden.

⁴⁰¹ <http://nullbarriere.de/wohnberatung-ehrenamtlich.htm>, abgerufen am 24.11.2009

5.3. Allgemeine Handlungsansätze für gesellschaftliche Akteure

5.3.1. Ehrenamtpunkte sammeln und bei Bedarf einsetzen

Das ehrenamtliche Engagement, vergleiche Kapitel „4.5 Ehrenamtliches Engagement (Frau Mischker)“, ist für die heutige Gesellschaft von großer Bedeutung. Hierdurch ist es Bürgerinnen und Bürgern möglich, selbst Verantwortung zu übernehmen und das Leben in der Kommune aktiv mitzugestalten. Durch ihren freiwilligen Einsatz in den unterschiedlichsten Bereichen ergänzen sie das vorhandene Angebot, steigern gleichzeitig die Attraktivität einer Kommune und ersparen ihr Kosten. Man kann sagen, dass „ohne [...] freiwillige Arbeit [...] viele kulturelle und öffentliche Angebote nicht zu realisieren“⁴⁰² wären. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird besonders das ehrenamtliche Engagement im sozialen Bereich immer wichtiger, denn mit einer wachsenden Anzahl älterer Menschen geht eine größere Anzahl von Menschen einher, die auf Hilfe von Außen angewiesen sind, oder aber durch den Kontakt zu Ehrenamtlern in ein soziales Netz eingebunden bleiben, so dass die Lebensqualität nicht durch Isolation und Einsamkeit verringert wird.

Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement ist jedoch nicht selbstverständlich. Um sie aufrecht zu erhalten und weiter zu steigern, bedarf das Ehrenamt Anerkennung und Anreize. Eine solche Anreizmöglichkeit könnte für die Kreisstadt Bergheim und alle weiteren kreisangehörigen Kommunen das Punktesystem sein, welches bereits beim Aachener Nachbarschaftsring „Öcher Frönnde“ und der Initiative „Main-Ehrenamt“ der Caritas-Sozialstation St. Johannes e.V. in Verbindung mit dem Schülerprojekt „Begegnung der Generationen“ des Hermann-Staudinger-Gymnasiums in Erlenbach erfolgreich praktiziert wird.

Das Konzept ist einfach. Für die Zeit, die ein freiwilliger Helfer oder eine freiwillige Helferin in sein oder ihr Ehrenamt investiert, werden ihm bzw. ihr Punkte auf ein Punktekonto gutgeschrieben. Im Falle der „Main-Ehrenamt“-Initiative sind es pro

⁴⁰² <http://www.hilfe-hd.de/ehrenamt.htm>, abgerufen am 19.11.2009

Stunde zwei Punkte, pro angefangener halber Stunde ein Punkt.⁴⁰³ Die Punktevergabe richtet sich nur nach dem zeitlichen Aufwand. Die Art der Tätigkeit ist nicht von Bedeutung. Die angesparten Punkte können bei Bedarf für die eigene Bedürftigkeit verwendet, an andere Hilfebedürftige verschenkt oder für Angebote wie z.B. VHS-Kurse „ausgegeben“ werden.⁴⁰⁴ Ist bisher kein Punktekonto „angespart“ worden, kann die ehrenamtliche Tätigkeit dennoch in Anspruch genommen werden. In diesen Fällen ist die Inanspruchnahme der Ehrenamtlichen mit einem geringen Stundensatz zu vergüten.

In der Kreisstadt Bergheim könnte das Ehrenamtpunktesystem beispielsweise auf den im Jahre 2001 von der Stadt ins Leben gerufenen „Besuchs- und Begleitdienst“ angewendet werden, bei welchem freiwillige Helferinnen und Helfer hilfebedürftige Menschen unterstützen, indem sie z.B. Kranke pflegen, Einkäufe und Behördengänge erledigen bzw. begleiten oder auch „nur“ Gesellschaft leisten, wenn sich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger einsam fühlen.⁴⁰⁵

Das Punktesystem ermöglicht einen zwischenmenschlichen Austausch von Geben und Nehmen, fördert den sozialen Zusammenhalt und macht das ehrenamtliche Engagement für Unentschlossene attraktiver.

5.3.2. Kompetenzen des Alters nutzen

Der demografische Wandel stellt Bund, Länder und Kommunen vor viele Herausforderungen. Durch den stetig wachsenden Anteil der älteren Bevölkerung müssen Veränderungen bzw. Anpassungen in verschiedenen Bereichen, wie z.B. dem Wohnungsbau, der Infrastruktur oder Beratung vorgenommen werden, um ein seniorenrechtliches Leben zu ermöglichen. Es stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit dadurch bestimmte Sozialleistungen des Staates in Zukunft beeinträchtigt werden. Dies sind u.a.

⁴⁰³ http://dr-fahn.de/fw/2009-02_main_ehrenamt/Main-Ehrenamt%20Konzept.pdf, abgerufen am 19.11.2009

⁴⁰⁴ <http://www.freiewaehlermil.de/MainEALogo.doc>, abgerufen am 19.11.2009

⁴⁰⁵ <http://www.senioren-bm.de/BuBD.htm>, abgerufen am 07.12.2009

die Gründe dafür, dass der demografische Wandel mit negativen Assoziationen belastet ist. Es sollte jedoch nicht unberücksichtigt gelassen werden, dass Seniorinnen und Senioren oft über Erfahrung, Wissen und Fähigkeiten verfügen, die für unsere Gesellschaft sehr wertvoll sind. Daher stellt es eine große Bereicherung für das Gemeinwohl dar, wenn sich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger durch ehrenamtliches Engagement aktiv an der Gesellschaftsbildung beteiligen.

Es existieren bereits zahlreiche Initiativen, in denen Senioren Leistungen ehrenamtlich zur Verfügung stellen.⁴⁰⁶ Eine davon ist der Reparaturdienst „Senioren helfen Senioren“ in Aachen. Der Reparaturdienst besteht aus 12 „handwerklich begabten“⁴⁰⁷ Mitgliedern, die bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Sie bieten ihre Hilfe bei „Kleinstreparaturen, wie z.B. dem Auswechseln einer Glühbirne, dem Entlüften einer Heizung oder dem Auf- und Abbauen von Möbeln“⁴⁰⁸ an, so dass keine Konkurrenz zu professionellen Handwerksunternehmen besteht. Die Mitglieder betreiben den Reparaturdienst in Eigenregie. Eine weitere Initiative in Aachen nennt sich „Senioren helfen Studenten“. Dabei beraten berufserfahrene Seniorinnen und Senioren, viele aus akademischen Berufen kommend, die Studenten der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen „hinsichtlich einer realitätsbezogenen Zukunftsorientierung (und) unterstützen (diese) aktiv bei der Verwirklichung ihres Berufsziels“.⁴⁰⁹ Als abschließendes Beispiel soll hier ein „Zusammenschluss von Experten und Führungskräften, die aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind“⁴¹⁰ dienen. „Alt hilft Jung NRW e.V.“ unterstützt ehrenamtlich kleinere Unternehmen und stellt sein Wissen und seine Erfahrung für Existenzgründungen zur Verfügung.

Allein durch die dargestellten Beispiele wird deutlich, dass das ehrenamtliche Engagement der Seniorinnen und Senioren für alle Generationen und die unterschiedlich-

⁴⁰⁶ <http://www.senioren-initiativen.de>, abgerufen am 20.11.2009

⁴⁰⁷ <http://www.seniorenhelfensenioren.de/index.html>, abgerufen am 20.11.2009

⁴⁰⁸ <http://www.senioren-initiativen.de/index.php?pageid=9&submenuid=15&id=1>, abgerufen am 20.11.2009

⁴⁰⁹ <http://www.senioren-initiativen.de/index.php?pageid=9&submenuid=15&id=93>, abgerufen am 20.11.2009

⁴¹⁰ <http://www.althilftjung-nrw.de/>, abgerufen am 20.11.2009

ten Bereiche einen Gewinn bedeutet. Aber auch die Ehrenamtler selbst profitieren von ihrem freiwilligen Einsatz, denn auf diese Weise gestalten sie aktiv ihre Umwelt mit und behalten auch nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben das Gefühl gebraucht zu werden. Außerdem bewirkt die Möglichkeit jemandem helfen zu können eine Stärkung des Selbstbewusstseins der Senioren, die sich häufig aus dem Gefühl heraus, mit der heutigen hektischen Zeit nicht mehr zurechtzukommen, zurückziehen. Ebenfalls wichtig sind die sozialen Kontakte, die durch die ehrenamtliche Tätigkeit geknüpft werden. Dadurch wird Isolation im Alter vermieden. Erwähnenswert ist hierbei auch, dass „neben dem körperlichen Wohlbefinden [...] der soziale Aspekt ganz entscheidend zum Erhalt der geistigen Fitness“⁴¹¹ beiträgt.

Um von den Ressourcen der älteren Generation optimal profitieren zu können und gleichzeitig die Lebensqualität der Seniorinnen und Senioren zu erhöhen, wäre es empfehlenswert, ihr ehrenamtliches Engagement zu fördern und zu unterstützen (vergleiche Kapitel „5.3.5 Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement“).

5.3.3. Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität

Viele Menschen interessieren sich für alternative Wohnformen, da diese die Möglichkeiten bieten, auch im Alter selbstbestimmt zu leben und in eine Gemeinschaft eingebunden zu sein. Zu den Wohnformen mit der stärksten Nachfrage gehört u.a. das „Mehrgenerationenwohnen“ (vergleiche Kapitel „4.1 Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen und Wohnkonzepte“). Im Rahmen einer Umfrage zum Thema „Wohnen im Alter“, die in der Vorlaufphase des Projektes „Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels – Schwerpunkt: Wohnen im Alter“ in der Kreisstadt Bergheim durchgeführt wurde, gaben 21,85% der Befragten an, dass sie sich jetzt oder in Zukunft vorstellen könnten, das Mehrgenerationenwohnen zu nutzen. Eine Möglichkeit auf diese Nachfrage zu reagieren, ist der Neubau von Gebäuden zum Zwecke des Mehrgenerationenwohnens. Doch auch bereits bestehende Wohngebäude sollten als wertvolle Ressource bei der Planung von

⁴¹¹ http://www.brain-fit.com/html/geistig_fit_im_alter.html, abgerufen am 20.11.2009

Maßnahmen zur Verbesserung der Quartiersentwicklung nicht unberücksichtigt bleiben. So könnten z.B. Einfamilienhäuser entsprechender Größe, die von einer älteren Person oder einem Ehepaar bewohnt werden, auf eine Weise umgebaut werden, die das Mehrgenerationenwohnen ermöglicht. Dadurch könnten die Bewohner des Hauses weiterhin in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben und gleichzeitig die Vorteile des Mehrgenerationenwohnens nutzen. Die Einfamilienhäuser müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllen, damit der Umbau ohne großen Aufwand verlaufen kann. Damit dies in Zukunft häufig der Fall ist, sollte bereits bei der Grundrissplanung von Einfamilienhäusern darauf geachtet werden, diese so zu gestalten, dass bei Bedarf eine Spaltung in mehrere Wohneinheiten und die Schaffung von Gemeinschaftsräumen möglich ist. Um dies zu erreichen, müssen beispielsweise die notwendigen Anschlüsse und Leitungen für Küche und sanitäre Einrichtungen an mehreren Stellen des Hauses gelegt werden. Im Innenraum des Hauses dürfen nicht zu viele tragende Wände eingebaut werden, damit die Räume bei Bedarf neu eingeteilt werden können. Auch Barrierefreiheit (vergleiche Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“) sollte im ganzen Haus gewährleistet werden. Vorausschauendes Bauen der Einfamilienhäuser erspart späteren Arbeitsaufwand und allzu hohe Kosten.

Seit April 2009 wird im Rahmen des Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“ die Anpassung bestehenden Wohnraums (vergleiche Kapitel „4.3 Wohnraumanpassung“) aus Haushaltsmitteln des Bundes gefördert, „damit insbesondere ältere Menschen möglichst lange unabhängig und selbstbestimmt in ihren vertrauten Wohnungen leben können.“⁴¹² Gefördert wird der Umbau von Wohngebäuden zur Beseitigung von Barrieren, aber auch die Schaffung von Gemeinschaftsräumen.

5.3.4. Ein Internetportal für den Rhein-Erft-Kreis (Frau Skupch)

In Kursen und Begegnungszentren werden Seniorinnen und Senioren Kenntnisse im Umgang mit Computer und Internet vermittelt. Immer mehr Senioren und Seniorinnen

⁴¹² http://www.bmvbs.de/Stadtentwicklung_-Wohnen-,1500.1065525/Selbstbestimmtes-Wohnen-im-Alt.htm, abgerufen am 15.12.2009

bewegen sich im Netz. Gleichzeitig ist es selbst für erfahrene Internetnutzer teilweise recht schwer, brauchbare Seiten zu Themen wie Pflege, alternative Wohnformen, Wohnraumanpassung usw. gebündelt zu finden. Die Informationen sind breit gestreut im Netz, einiges entspricht nicht der Realität, da es von fehlerhaften Quellen stammt und selten zu finden sind Aussagen von direkt betroffenen Personen.

Ein Internetportal einzurichten, dessen primäre Zielgruppe die Senioren sind, wird als sinnvoll eingestuft. Realisiert werden sollte dies durch eine Gruppe von Privatpersonen, vorzugsweise aktive Ältere. Das Grundprinzip des Portals wäre, dass sich Betroffene untereinander informieren und unterstützen. Die virtuellen Gesprächspartner befänden sich dann auf der gleichen Ebene. Allerdings sollte sich das Portal nicht nur auf Seniorinnen und Senioren beschränken, sondern auch ansprechend sein für deren Angehörige, ehrenamtlich Tätige und diejenigen, die Nachbarschaftshilfe suchen oder anbieten möchten. Im Aufbau sollte sich das Portal aus einem Informations-, einem Diskussions- und einem Kontaktbereich zusammensetzen und generell der Zielgruppe entsprechend barrierefrei gehalten werden.

Auf den Begriff der Barrierefreiheit für das Internet wird in der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz – kurz „Barrierefreie Informationstechnik Verordnung“ – (BITV) eingegangen. In der BITV ist beschrieben, dass *alle* Inhalte für jeden lesbar und bedienbar sein sollen, auch für beispielsweise Sehbehinderte. Darunter verstanden wird u.a., dass Verständlichkeit durch die Verwendung von einfacher Sprache und gute Lesbarkeit gewährleistet sein müssen. Auch für Personen mit verminderter Sehkraft soll alles erkennbar sein, d.h. nicht zu stark gemusterte, einheitliche Hintergründe, eine sich davon gut abhebende Schriftfarbe sowie die Möglichkeit der Schriftgrößenänderung. Voraussetzung für barrierefreie Internetseiten ist, dass diese vollständig durch sogenannte Screenreader auslesbar sein müssen. Screenreader (Bildschirmausleseprogramme) geben Daten akustisch aus oder setzen diese in Braille um und ermöglichen somit Sehbehinderten und Blinden die Arbeit mit der jeweiligen Seite. Um die Auslesbarkeit zu gewährleisten, müssen Menüs textbasiert aufgebaut werden und inhaltlich relevante Grafiken wie Tabellen im Quelltext mit einem erklärenden Alternativtext versehen sein.

Im Informationsbereich könnten Artikel hinterlegt werden, die sich mit verschiedenen für Senioren und ihre Angehörigen relevanten Themen beschäftigen, von Kontaktmöglichkeiten zu Ansprechpartnern, Ankündigungen von Veranstaltungen, Erläuterungen zu ehrenamtlichen Projekten sowie Informationsartikeln zu alternativen Wohnformen, Wohnraumanpassung, Fördermöglichkeiten und politischen Veränderungen wäre hier alles denkbar. Der Aufbau dieses Bereichs in einer Struktur ähnlich eines Blogs wäre dem Zweck am ehesten entsprechend, ist aber nicht zwingend, da hier verschiedenste Möglichkeiten machbar sind. In einem Blog kann nur eine eng begrenzte Anzahl von Personen schreiben, nämlich der Bloginhaber sowie eingeladene Co-Autoren. Veröffentlichte Artikel können zwar kommentiert werden, diese Kommentare werden jedoch auf einer untergeordneten Ebene hinterlegt, wodurch der eigentliche Artikel nicht durch die Kommentierungen überlagert werden kann. Durch die Kennzeichnung von Artikeln mit sogenannten „tags“, also Schlagwörtern, lassen sich gezielt Beiträge zu einzelnen Themen aufrufen. Durch tags ist die Überschneidung von verschiedenen Themenbereichen effektiver zu verlinken, als zum Beispiel bei der Einstellung in einem Forum, in dem jeder Beitrag genau einer Kategorie zugeordnet wird. Als Beispiel könnte ein Artikel mit dem Thema „Informationsveranstaltung im Kreishaus Bergheim zum Thema: Wohnen mit Demenzkranken“ markiert werden mit den tags „Wohnen“, „Veranstaltung“, „Kreishaus Bergheim“, „Demenz“ und „Vortrag“ und wäre unter jedem dieser Stichwörter auffindbar. Zusätzlich sollte eine Volltextsuche in der Struktur verankert sein. Die Betreiber der Portalseite selbst sollten ausschließlich als Verfasser der Artikel tätig werden, diese aber vor Veröffentlichung von jemandem, der zu dem jeweiligen Thema fundierte Kenntnisse hat, überprüfen lassen bzw. die verfassten Artikel mit vorhandenen Informationsangeboten von Städten und Gemeinden oder den Wohlfahrtsverbänden abgleichen. Dadurch würde der Inhalt der Artikel verifiziert werden und die Qualität des Angebots wäre angehoben. Eine andere Struktur, die denkbar wäre, ist zum Beispiel der lexikonartige Aufbau von wikipedia⁴¹³, das eine effektivere Suchfunktion und interne Verlinkungen besitzt, in dem aber das Kommentieren von Beiträgen nicht vorgesehen ist.

⁴¹³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite> abgerufen am 19.11.2009

Das Diskussionsforum könnte dem Austausch von Senioren und Angehörigen untereinander dienen und wäre in verschiedene Themenbereiche untergliedert. Hier hätte jeder angemeldete Nutzer die Möglichkeit, Beiträge zu schreiben, es können Fragen gestellt und Informationen und Erfahrungen ausgetauscht werden. Gleichzeitig kann ein Forum auch als Kontaktplattform der User unter sich genutzt werden. Viele Internetforen entwickeln im Laufe der Zeit eine eigene Dynamik und es kommen Treffen zwischen Einzelpersonen des Forums oder größeren Gruppen zu Stande. Administratoren und Moderatoren übernehmen in solchen Foren vor allem lenkende Funktionen, sie verschieben Beiträge in die passenden Themengebiete wenn nötig, löschen doppelte Beiträge, die durch Verzögerungen in der Internetverbindung vorkommen können und mahnen an, dass die Nutzer bei ihren Beiträgen beim Thema bleiben.

Der Kontaktbereich würde dazu dienen, Nachbarschaftshilfe über die direkte Nachbarschaft hinweg zu vermitteln. Ähnlich einem schwarzen Brett könnte Hilfe angefragt und angeboten werden. Hier könnten auch ehrenamtliche Tätigkeiten an Freiwillige vermittelt und von Personen angefragt werden. Die Unterbringung eines solchen Bereichs wäre einerseits im Forum selbst denkbar, ließe sich aber auch mithilfe von Anzeigenstrukturen realisieren, in denen themen- und ortsgebundene Suche möglich sind. Um dem Zweck der Vernetzung zu entsprechen und die Nutzer nicht mit einer Flut von für sie unerheblichen Informationen zu belasten, sollte dieses Portal auf den Rhein-Erft-Kreis beschränkt bleiben.

Entsprechende Software, um die angesprochenen Strukturen zu realisieren ist sowohl kostenpflichtig, wie auch frei im Internet verfügbar. Die Handhabung solcher Baukästen ist relativ leicht zu erlernen für Personen mit etwas mehr Erfahrung im Umgang mit Computern, Programmierkenntnisse sind nicht zwingend erforderlich. Der Aufbau und Betrieb könnte also von Freiwilligen vorgenommen werden. Kosten würden jedoch auf jeden Fall für den entsprechenden Speicherplatz anfallen, entweder durch die Anmietung bei einem gewerblichen Anbieter oder durch Anmietung eines eigenen Webservers. Hinzu kämen die Strom- und Internetkosten sowie die Kosten der Domain, wenn ein solches Projekt auf einem privaten Server hinterlegt wäre. Je nach Frequenzierung kann sich jedoch ein solches Portal finanziell selbst tragen, oder sogar geringwertigen Gewinn abwerfen, durch Werbung, Partnerseiten oder Spenden. Erträ-

ge aus solchen Programmen lassen sich vorab nicht kalkulieren sondern nur schätzen, insbesondere Spenden sind nicht kalkulierbar.

5.3.5. Auszeichnung für ehrenamtliches Engagement

Die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Erft-Kreises, die sich ehrenamtlich im Bereich der Seniorenarbeit engagieren, beeinflussen in großem Ausmaß die Lebensqualität ihrer älteren Mitbürger positiv. Um dieses Engagement zu würdigen und zu fördern, böte es sich an, Menschen, die sich in diesem Bereich besonders hervorgetan haben, auszuzeichnen. Am 05. Dezember ist der Internationale Tag des Ehrenamts. 1985 wurde dieser Gedenk- und Aktionstag mit Wirkung ab 1986 von der UN eingeführt.⁴¹⁴ Anlässlich dieses Datums könnte einmal jährlich eine Veranstaltung zur Würdigung der Ehrenamtlichen im Seniorenbereich auf Kreisebene stattfinden, bei der auch eine Auszeichnung für besondere Verdienste in diesem Bereich vergeben werden kann. Außer der Anerkennung, die den Ehrenamtlichen damit zu teil werden würde, welche die Bereitschaft stärkt, ihr Ehrenamt auch weiterhin auszuführen, wäre die Präsenz in den Medien ein positiver Nebeneffekt. Die Berichterstattung in den lokalen Medien über die Preisverleihung könnte sowohl als Schub für weiteres soziales Engagement dienen, als auch den Menschen stärker ins Bewusstsein rufen, dass sie sich über ihr Alter und die Art, wie sie später einmal leben wollen, Gedanken machen müssen (vergleiche Kapitel „5.5.1 Öffentlichkeitsarbeit verstärken“).

Die Kreisstadt Bergheim veranstaltet bereits einmal jährlich den Tag des freiwilligen Engagements, 2009 fand diese Veranstaltung am 09.12.2009 statt. Hierbei handelt es sich um eine generelle Anerkennung ehrenamtlichen Engagements auf städtischer Ebene.⁴¹⁵

Die Organisation einer Auszeichnung für das gesamte Kreisgebiet wäre beispielsweise über einen Verein machbar. Im Zeitraum von Mitte Oktober bis Mitte November könnten Senioren und ihre Angehörigen, die ehrenamtliche Angebote in Anspruch

⁴¹⁴ http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Tag_des_Ehrenamtes abgerufen am 29.11.2009

⁴¹⁵ <http://www.bergheim.de/service/downloads.aspx?id=2052> abgerufen 11.12.2009

nehmen, Vorschläge für die Auszeichnung einreichen. Für diese Vorschläge müssten vorher Kriterien festgelegt werden, die von den Ehrenamtlichen erfüllt werden müssen. In der Stadt Zwickau wird zum Beispiel vorausgesetzt, dass der Auszuzeichnende seit mindestens 4 Jahren ehrenamtlich im Bereich der Seniorenarbeit tätig ist, Bürger der Stadt Zwickau und selbst 50 Jahre oder älter sein muss, außerdem darf in den letzten 5 Jahren niemand für die selbe ehrenamtliche Tätigkeit die Auszeichnung erhalten haben.⁴¹⁶ In Zwickau handelt es sich jedoch nicht um eine Preisvergabe, sondern um eine Ehrung mit Empfang durch den Bürgermeister. Das Komitee des Vereins würde dann unter den Vorschlägen eine Vorauswahl treffen und diese als Nominierte zur Preisverleihung einladen. Die endgültige Auswahl des Preisträgers könnte durch eine Jury, zusammengesetzt aus Vertretern der zehn Kommunen des Rhein-Erft-Kreises erfolgen. Um der Benachteiligung einzelner Kommunen entgegenzuwirken, wäre es sinnvoll, wenn der Veranstaltungsort jedes Jahr wechselt und mittels eines vorher festgelegten Turnus jede Kommune einmal in zehn Jahren Ort der Verleihung wäre. Die veranstaltende Kommune wäre dann nur dazu verpflichtet, die Festhalle und Technik für Proben und die Veranstaltung zur Verfügung zu stellen.

Das Rahmenprogramm könnte unter Leitung des Veranstaltungsvereins mithilfe von Vereinen des jeweiligen Veranstaltungsorts realisiert werden.

Der Preis müsste durch den zuständigen Verein organisiert werden und könnte aus einer gravierten Medaille und Gutscheinen von Unternehmen, die ihren Sitz oder Filialen im Rhein-Erft-Kreis haben bestehen.

Vorteil einer kreisweiten Ehrung wäre es, dass der Kontakt der ehrenamtlich engagierten Personen über die einzelnen Kommunen hinaus hergestellt würde und hier ein Erfahrungsaustausch stattfände, von dem die verschiedenen Projekte profitieren würden. Zu dem könnten, wenn das Thema ehrenamtliches Engagement auf kreisweiter Ebene behandelt wird, Ehrenamtliche flexibler eingesetzt werden über die Grenzen der Städte und Gemeinden hinaus eingesetzt werden.

⁴¹⁶ <http://www.zwickau.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/2009/03/084.php> abgerufen am 29.11.2009

5.3.6. Der Einkaufsclub – Eine Form der Nachbarschaftshilfe

Bei der Idee „Einkaufsclub“ geht es um organisierte Nachbarschaftshilfe. Das Konzept soll auf gegenseitiger Hilfe bei Bedarf basieren und länger ein möglichst unabhängiges Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen.

Zu einem solchen Club gehören zwei oder mehr Familien mit Kraftfahrzeug und je motorisierter Familie zwei bis vier nicht bzw. nicht mehr Auto fahrende Senioren. Gerade die Einkäufe können für ältere Menschen zur Last werden, wenn es „nicht mehr ganz so geht wie früher“. Grundsätzlich sind geringfügige Einschränkungen in der Mobilität noch kein Grund, umziehen zu müssen, sie können aber zu einem Grund werden, wenn die nächste Einkaufsmöglichkeit in einem anderen Ortsteil liegt und die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel zu wünschen übrig lässt. Das Prinzip eines solchen Clubs ist einfach – die Familien erledigen die Einkäufe für die Senioren zusammen mit ihren eigenen. Dabei erfolgen die Einkäufe teilweise über Einkaufslisten, teilweise fahren die Senioren mit. Die Gegenseitigkeit in diesem Prinzip besteht darin, dass die Senioren abwechselnd z.B. während der Einkaufsfahrten die Kinder der Familien betreuen, auch hin und wieder abends als Babysitter zur Verfügung stehen und während des Urlaubs Pflanzen gießen und Haustiere versorgen. Vorher festgelegte Zeiten für die Einkäufe und Umfang der Gegenleistung durch die Seniorinnen und Senioren machen zum einen den Clubcharakter aus, befreien andererseits davon, sich unwohl zu fühlen, wenn um Unterstützung gebeten wird.

5.3.7. Beratungs- und Krisentelefon für Seniorinnen und Senioren

Seniorinnen und Senioren stellen eine eigenständige gesellschaftliche Gruppe dar, die durch bestimmte Merkmale gekennzeichnet ist. Diese sind u.a. die Verminderung der zeitlichen Beschränkungen durch das Erwerbsleben, ein verändertes Lernverhalten und ein häufigeres Leiden unter Krankheiten, insbesondere Alterskrankheiten. Feste Kriterien oder eine Altersgrenze gibt es jedoch nicht.⁴¹⁷ Die alltäglichen Probleme der Seniorinnen und Senioren unterscheiden sich von denen der Kinder, Jugendlichen und

⁴¹⁷ <http://de.wikipedia.org/wiki/Senioren> abgerufen am 05.12.2009

Erwachsenen. Der Tagesablauf ist nicht mehr festgelegt durch Kindergarten, Schule oder Arbeit, die Kinder der Seniorinnen und Senioren, sofern vorhanden, sind selbst Erwachsene und handeln eigenverantwortlich. In der Psychologie beschäftigt sich die Teildisziplin Gerontopsychologie speziell mit diesem Teilabschnitt der Entwicklung des Menschen.⁴¹⁸ Seniorinnen und Senioren müssen als Gruppe differenziert betrachtet und behandelt werden.

Die Notwendigkeit eines Beratungs- und Krisentelefon speziell für Seniorinnen und Senioren lässt sich auch an folgendem Sachverhalt erkennen.

„Für die Altersverteilung der Suizidziffern findet sich für Deutschland immer noch das sogenannte ungarische Muster, d.h. die Suizidgefährdung nimmt mit dem Alter für Männer und Frauen signifikant zu [...] Aktuell sind 35% der Männer, die sich das Leben nehmen, über 60 Jahre, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt dagegen nur 20%. Bei den Frauen sind 50% der Suizidenten über 60 Jahre, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt dagegen nur 27% [...]. Es ist [...] anzunehmen, dass gerade Suizide alter Menschen aufgrund der häufigen Verwendung eher weicher Suizidmethoden [...] nicht als solche erkannt werden und stattdessen eher der Kategorie der unklaren Todesursachen zugeordnet werden.“⁴¹⁹

Die Vermutung liegt nahe, dass sich dieses Verhältnis auch bei der Inanspruchnahme einer Telefonseelsorge widerspiegelt, jedoch waren laut Anrufstatistik der Telefonseelsorge in Deutschland nur ca. 9,8% der Anruferinnen und Anrufer im Jahr 2008 60 Jahre alt oder älter. Die größte Gruppe der Anrufenden sind die 10- bis 19-jährigen mit 30,6% im Jahr 2008.⁴²⁰ Ursache dafür kann u.a. sein, dass sich das Angebot der Telefonseelsorge zumindest im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vor allem an Jüngere richtet, auch wenn sie offiziell für jeden gedacht ist.

⁴¹⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gerontopsychologie> abgerufen am 05.12.2009

⁴¹⁹ http://www.suizidprophylaxe.de/Ohne%20Java/Infos_Suizidalitaet/epidemiologieohne.htm

⁴²⁰ http://www.telefonseelsorge.de/hintergrund/telefon_2007-2009.htm

„Handeln statt Misshandeln“ von dem Verein Bonner Initiative gegen Gewalt im Alter e.V. bietet ein Notruftelefon für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie deren Angehörige an. Vordergründig beschäftigt sich diese Initiative mit der Problematik der rechtlichen Betreuung, beschränkt sich jedoch nicht darauf. Außer einer seelsorgerischen Dienstleistung wird hier auch fachkundige Beratung angeboten zu Themen wie z.B. Wohnraumanpassung, Vorsorgevollmachten und ambulanter Pflege.⁴²¹

Das Einrichten eines anonymen Beratungs- und Krisentelefon speziell für Seniorinnen und Senioren im Rhein-Erft-Kreis wird als sinnvoll erachtet.

5.3.8. Verbesserung des ÖPNV

Seit dem 01. Januar 1993 ist die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG) die zuständige Verkehrsgesellschaft des Rhein-Erft-Kreises. Alleiniger Gesellschafter ist der Kreis. Der Fahrbetrieb wird durch die Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) realisiert, da die REVG über keinen eigenen Fuhrpark verfügt. Als Teil des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg (VRS) ist die REVG ebenfalls an der Tarifgestaltung beteiligt. Zu den Aufgaben der REVG gehören u.a. die Planung und Durchführung des Buslinienverkehrs im Rhein-Erft-Kreis, die Qualitätsüberwachung im Linienverkehr und die flächendeckende Einführung des Anrufsammeltaxis (AST).⁴²²

Am 20.04.2005 wurden vom Ausschuss für Strukturpolitik und Verkehr des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen (StGB NRW) Thesen zur barrierefreien Mobilität beschlossen. Die Barrierefreiheit im Verkehr betreffe nicht allein solche Menschen mit physischen Behinderungen und verbessere deren Mobilität, sondern sei auch ausschlaggebend für andere mobilitätsbeschränkte Personengruppen wie zum Beispiel Seniorinnen und Senioren, Fahrgäste mit Kinderwagen oder schwerem Gepäck oder Personen, die zeitlich begrenzt in ihrer Mobilität eingeschränkt seien. Die vorgenannten Personengruppen machen laut StGB NRW bereits annähernd ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, weshalb es sich hier nicht um ein Problem einer Minori-

⁴²¹ <http://www.hsm-bonn.de/> abgerufen am 05.12.2009

⁴²² <http://revg.de/entwicklung.html> abgerufen am 10.12.2009

tät handele. Barrierefreiheit beschränke sich zudem nicht nur auf bauliche und technische Aspekte. Statt konkrete Richtlinien auf Bundes oder Landesebene festzulegen, wird das Instrument der Zielvereinbarung gemäß Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) angewendet. Diese Zielvereinbarungen werden zwischen den Kommunen und gesetzlich anerkannten Behindertenverbänden geschlossen. Die enthaltenen Mindeststandards werden ortsspezifisch festgelegt. In den Thesen wird angeregt, das vom Land geführte Zielvereinbarungsregister zu nutzen, um bereits bestehende Lösungsmöglichkeiten auf ihre Anwendbarkeit zu prüfen.⁴²³ Zielvereinbarungen werden gemäß §5 BGG NRW geschlossen. In diesem Paragraphen ist u.a. geregelt, welche Inhalte eine solche Zielvereinbarung umfassen muss.⁴²⁴ Derzeitig gibt es für den Rhein-Erft-Kreis eine solche Zielvereinbarung noch nicht. Entsprechende Verhandlungen fanden parallel zur Erstellung der Projektarbeit statt. In absehbarer Zeit soll laut Auskunft durch die RVK ein mit der bereits für den Oberbergischen Kreis bestehenden Zielvereinbarung vergleichbares Papier für den Rhein-Erft-Kreis unterschrieben werden.

Die Zielvereinbarung für den Oberbergischen Kreis befindet sich im Anhang dieser Projektarbeit unter Kapitel „8.14 Auszüge Zielvereinbarung gem. §5 BGG für den Oberbergischen Kreis (Frau Skupch)“. Für die Unterzeichnung einer entsprechenden Zielvereinbarung für den Rhein-Erft-Kreis werden Ergänzungen zum §2 „Mindeststandards“ angeregt. In den Mindeststandards, speziell den Fuhrpark betreffend ist bereits enthalten, dass bei der Neuanschaffung von Bussen diese mit 15-Zoll Monitoren ausgestattet sein müssen, auf denen sowohl die nächste Haltestelle, als auch der Linienverlauf der nächsten 5 Haltestellen kontrastreich angezeigt wird. Zudem ist vorgesehen, dass die Haltestellen mittels einer automatisierten Ansage rechtzeitig, klar und verständlich den Fahrgästen mitgeteilt werden. Die visuelle und akustische Information über den nächsten Haltepunkt ist insbesondere für Personen wichtig, die in Gehör oder Sehkraft eingeschränkt sind, ist aber auch für jene hilfreich, die nicht all-

⁴²³ <http://www.kommunen-in-nrw.de/mitgliederbereich/download/aktion/download/datei/14637/ident/files.html> abgerufen am 02.12.2009

⁴²⁴ http://www.dbsv.org/fileadmin/dbsvupload/pdf/recht/gleichstellungsgesetz_nrw.pdf abgerufen am 10.12.2009

täglich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Die Angst, den gewollten Haltepunkt wegen mangelnder Ortskenntnis zu verpassen, stellt ein Hindernis dar, den Nahverkehr in Anspruch zu nehmen. Dieses führt dazu, dass sich das Gebiet, welches subjektiv als nah und gut erreichbar eingestuft wird, verkleinert. In den Mindeststandards sollte deshalb zusätzlich verankert werden, dass die im bereits vorhandenen Fuhrpark installierten Anzeigen stets in Betrieb zu halten sind und die nächste Haltestelle immer akustisch angekündigt werden muss. Da in der Zielvereinbarung keinerlei Quoten festgelegt sind, wie viele der Busse im Fuhrpark am Ende des Erfüllungszeitraumes mit der oben genannten audiovisuellen Haltestelleninformation ausgestattet sein müssen, sondern dies nur für Neuanschaffungen gilt, wird es als sinnvoll erachtet, ergänzend eine angemessene Sollstellung zu verankern. Zur genauen Festlegung eines Richtwertes wäre eine Bedarfserhebung im Vorfeld erforderlich. Da es unwahrscheinlich ist, dass während des Erfüllungszeitraums ausreichend Fahrzeuge des Fuhrparks durch Neuanschaffungen ersetzt werden, um die vorgegebene Quote zu erfüllen, wäre die Nachrüstung von Altfahrzeugen hier zielführend.

Unter dem Unterpunkt Kundenservice wurde für den Oberbergischen Kreis festgelegt, dass es grundsätzlich möglich sein sollte, vor Fahrtantritt beim Kundenservice zu erfragen, ob es sich um ein Fahrzeug mit Ausstattungsmerkmalen wie zum Beispiel Niederflurtechnik, Rampen oder audiovisuellen Haltestelleninformationen handelt. Diese Informationen sollten zusätzlich auch auf den Fahrplänen vermerkt sein.

5.4. Konkrete Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim für öffentliche Stellen

5.4.1. Verbesserung der medizinischen Nahversorgung

Im Rahmen der Bürgerbefragung wurde die Frage gestellt: „Welchen notwendigen Facharzt finden Sie nicht in Ihrer erreichbaren Nähe?“. Die Fragestellung (Mehrfachnennungen waren möglich) richtet sich nicht nur auf die Existenz von bestimmten Arztpraxen, sondern auch auf den Bedarf (vergleiche Kapitel „3.2.1 Bürgerbefragung“ – Abschnitt „Auswertung der Bürgerbefragung“). Die häufigste Antwort mit 28,77%

war die Fachrichtung Angiologie, 162 Bürgerinnen und Bürger aus fast allen Stadtteilen Bergheims gaben an, eine Fachärztin oder Facharzt der Angiologie zu benötigen, aber nicht erreichen zu können. Eine entsprechende Praxis gibt es weder in Bergheim noch in einer anderen Kommune des Rhein-Erft-Kreises. Fast genau so häufig mit 26,82%, also 151 Mal, wurde die Endokrinologie angegeben. Auch für diese Fachrichtung gibt es im gesamten Rhein-Erft-Kreis keine Praxis. Ein Onkologe wird ebenfalls von den Bergheimern in ihrem Umfeld vermisst. Beinahe ein Viertel der Befragten gab an, dass sie einen Facharzt für Krebserkrankungen benötigen aber nicht erreichen können. Eine sich verändernde Bevölkerungsstruktur erfordert auch eine Veränderung in der ärztlichen Versorgungsstruktur. Es wird angeregt, eine differenzierte Bedarfsanalyse für die Fachrichtungen Angiologie, Endokrinologie und Onkologie durchzuführen und diese gegebenenfalls anzusiedeln.

Sehr häufig genannt wurden auch die Fachrichtungen Gastroenterologie, Kardiologie und Neurologie. Jedoch sind Kardiologie und Neurologie im Stadtzentrum Bergheims aufzufinden und der nächstgelegene Gastroenterologe befindet sich im Stadtzentrum Frechen. Hier scheint die schlechte Erreichbarkeit vor allem mit der Mobilität und nicht mit der Praxisdichte zusammenzuhängen. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, dass von den 89 Personen, die angaben, dass ein Arzt der Fachrichtung Kardiologie nicht in ihrer erreichbaren Nähe liegt, 51,69% angeben haben, dass sie die Verkehrsanbindungen nicht für ausreichend halten. Von den 75 Personen, die das Fehlen eines Neurologen angeben, bemängeln 56% die Verkehrsanbindungen. Besonders auffällig ist hier der Stadtteil Glessen, jeweils 12 Personen benannten die beiden Fachrichtungen und jeweils 10 von ihnen gaben an, dass die Verkehrsanbindungen nicht ausreichend wären. Die beiden Personen, die hier angaben, dass die Verkehrsanbindung ausreichend sei, machten bei einer anderen Frage die Angabe, ihre Fachärzte mit dem eigenen PKW aufzusuchen.

Die Ansiedlung einzelner Fachärzte stellt somit keine abschließende Lösung des Problems dar. Ein Ausbau und die Verdichtung des ÖPNV (vergleiche Kapitel „5.4.5 Verdichtung des ÖPNV-Netzes“) könnte hier ebenso Abhilfe schaffen, wie die verstärkte Organisation von Fahrdiensten im Stadtgebiet durch Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliches Engagement. Da Facharzttermine im Regelfall mehrere Wochen

vorher bekannt sind, wäre die Organisation der Fahrten im Voraus zeitlich zu bewältigen.

5.4.2. Stärkung des Sicherheitsgefühls

Im Zuge der Bürgerbefragung während der Projektarbeit wurde auch nach dem Sicherheitsgefühl der Bergheimer in ihrem Wohnumfeld gefragt. Auffällig war hier die starke Diskrepanz zwischen den einzelnen Stadtteilen. Während in Büsdorf, Fliesteden, Glesch und Glessen alle Befragten angaben, sich sicher zu fühlen, gaben 44,83% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Zieverich und ein Drittel der Teilnehmer aus Auenheim an, sich nicht sicher zu fühlen. Die Tabelle im Folgenden enthält die entsprechenden Umfrageergebnisse. Zur Verdeutlichung wurde die Auswertung für jede Zeile vorgenommen, die Prozente beziehen sich immer auf den jeweiligen Stadtteil. Antworten von Personen, die ihren Stadtteil nicht angeben haben sind nicht aufgeführt, waren aber Teil der Berechnung des Gesamtergebnisses. Alle Werte, die über dem Gesamtergebnis von 13,32% für Bergheim liegen, wurden durch Fettdruck hervorgehoben.

Frage: 3.7 Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld sicher?				
Stadtteil	Ja	Nein	Keine Angabe	Gesamtergebnis
Ahe	93,75%	6,25%	0,00%	100,00%
Auenheim	66,67%	33,33%	0,00%	100,00%
Bergheim	80,83%	15,00%	4,17%	100,00%
Büsdorf	100,00%	0,00%	0,00%	100,00%
Fliesteden	100,00%	0,00%	0,00%	100,00%
Glesch	100,00%	0,00%	0,00%	100,00%
Glessen	100,00%	0,00%	0,00%	100,00%
Kenten	83,78%	16,22%	0,00%	100,00%
Niederaußem	91,49%	6,38%	2,13%	100,00%

Frage: 3.7 Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld sicher?				
Stadtteil	Ja	Nein	Keine Angabe	Gesamtergebnis
Oberaußem	96,67%	3,33%	0,00%	100,00%
Paffendorf	95,45%	4,55%	0,00%	100,00%
Quadrath-Ichendorf	84,21%	15,79%	0,00%	100,00%
Rheidt-Hüchelhoven	70,00%	30,00%	0,00%	100,00%
Thorr	88,89%	11,11%	0,00%	100,00%
Zieverich	55,17%	44,83%	0,00%	100,00%
Gesamtergebnis	85,26%	13,32%	1,42%	100,00%

Tabelle 46: Tabellarische Auswertung Fragebogen – Sicherheitsgefühl in den Stadtteilen

Die Befragten hatten die Möglichkeit in einem Freitext eine Begründung anzugeben, wenn sie die Frage verneinten. Überwiegend wurde als Begründung, wieso sie sich nicht sicher fühlten, Kriminalität angegeben, einzelne Personen schrieben direkt, dass sie sich mehr Polizeipräsenz, insbesondere nachts wünschen.

Als Reaktion auf die Polizeiliche Kriminalstatistik 2008 für den Rhein-Erft-Kreis, in der in Bergheim je 100.000 Einwohner ca. 10.000 Straftaten angezeigt worden sind, wurde in Bergheim ein Netzwerk gegen Gewalt- und Jugendkriminalität eingerichtet und wegen ansteigender Fallzahlen im Bereich der Geschäftseinbrüche wurde eine Ermittlungskommission eingesetzt. Beides zeigte positive Ergebnisse.⁴²⁵

Um das Sicherheitsgefühl der Bergheimer zu stärken, sollte die Polizei insbesondere in den als problematisch einzustufenden Stadtteilen verstärkt Präsenz zeigen. Zusätzlich wird angeraten, das Angebot an Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen auszuweiten.⁴²⁶

⁴²⁵ <http://www.polizei-nrw.de/rhein-erft-kreis/Zahlen/article/kriminalstatistik.html>, abgerufen am 09.12.2009

⁴²⁶ <http://www.mdr.de/sachsenspiegel/ratgeber/6458180.html>, abgerufen am 11.12.2009

5.4.3. Fit im Alter durch Bewegungsparcour (Frau Felkel)

Die Auswertung des Fragebogens zum Thema „Wohnen im Alter“ ergab, dass sportliche Betätigung für Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim einen hohen Stellenwert hat. So gaben 25,40% an, bereits so oft wie möglich Angebote von Sportvereinen zu nutzen, oder diese zukünftig nutzen zu wollen. 22,02% tun dies manchmal oder beabsichtigen es in Zukunft manchmal zu tun. Auch Seniorenangebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness sind sehr gefragt. In diesem Fall gaben 30,55% der Probanden an, solche Angebote immer bzw. so oft wie möglich zu nutzen oder in Zukunft nutzen zu wollen. Weitere 23,98% der Befragten nutzen Seniorenangebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness nur manchmal, oder beabsichtigen diese in Zukunft manchmal zu nutzen.

In der Kreisstadt Bergheim gibt es genügend Möglichkeiten, in Sportvereinen Seniorensport zu treiben (vergleiche Kapitel „8.9 Erfassung Ist-Zustand, 8.9.2 Kreisstadt Bergheim (Frau Felkel, Frau Oziemkiewicz)^{210c}). Auch das Netzwerk Bergheim Süd-West „Gemeinsam gegen Einsam“ bietet regelmäßig gemeinsame Gymnastik an. Das vorhandene Angebot sollte jedoch durch Bewegungsparcours für Seniorinnen und Senioren ergänzt werden. Wie Sportvereine oder das gemeinsame Training bei „Gemeinsam gegen einsam“ ermöglichen Bewegungsparcours die Knüpfung sozialer Kontakte, jedoch bieten sie außerdem Raum für sportliche Betätigung ohne feste Bindung an einen Verein oder die Einhaltung vorgegebener Uhrzeiten.

5.4.4. Multifunktionshäuser für verschiedene Bergheimer Stadtteile

Multifunktionshäuser sollen verschiedene Angebote unter einem Dach bündeln. Dies können z.B. Versorgung und Dienstleistung, soziale und kulturelle Angebote, sowie Beratungs- und Bildungsangebote sein. Als Standorte für Multifunktionshäuser eignen sich deshalb die Städte bzw. Stadtteile, deren Angebotsvielfalt in mehreren Bereichen Mängel aufweist. In der Kreisstadt Bergheim trifft das vor allem auf den Stadtteil Glessen zu, bei dem drei verschiedene Bereiche betroffen sind. Die Auswertung des Fragebogens zum Thema „Wohnen im Alter“ hat ergeben, dass 35,29% der Befragten aus Glessen mit den vorhandenen sozialen Angeboten unzufrieden sind. Weitere

23,53% haben ihre Versorgung mit Ärzten bzw. Apotheken als weniger gut oder schlecht bewertet. 32,35% würden diese sogar als erstes verändern, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten. Schließlich bemängeln 64,71% der Befragten aus Glessen die Einkaufsmöglichkeiten, indem sie angeben, diese zuerst verbessern zu wollen. Ein in Glessen entstehendes Multifunktionshaus sollte also unbedingt soziale Angebote wie z.B. ein Café, ein Restaurant oder ein Internetcafé beherbergen. Ebenfalls sollten dort Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Versorger, wie z.B. Ärzte und Apotheken, angesiedelt werden. Besonders vor dem Hintergrund der unzureichenden Verkehrsverbindungen (vergleiche Kapitel „5.4.5 Verdichtung des ÖPNV-Netzes“) würde einem Multifunktionshaus im Stadtteil Glessen eine besondere Rolle bei der Sicherstellung der Nahversorgung zukommen.

Weitere Stadtteile, in denen Multifunktionshäuser errichtet werden könnten sind z.B. Ahe, Fliesteden und Paffendorf. Aus der Auswertung des Fragebogens ergeben sich in diesen Fällen jeweils zwei Bereiche, in denen das Angebot von den Befragten als unzufriedenstellend empfunden wird. In Ahe handelt es sich dabei um vorhandene soziale Angebote, die von 50% der dort wohnhaften Probanden negativ bewertet wurden, sowie um die Einkaufsmöglichkeiten, die wiederum von 50% der Befragten aus Ahe zuerst verbessert werden würden, wenn die Möglichkeit dazu bestünde. In Fliesteden sind ebenfalls die sozialen Angebote betroffen. 37,5% der Befragten aus diesem Stadtteil sind mit diesen nicht zufrieden. Aber auch die medizinische Versorgung wurde von 62,5% der Befragten aus Fliesteden als weniger gut oder schlecht bezeichnet. Schließlich könnten in Paffendorf durch die Schaffung eines Multifunktionshauses die vorhandenen sozialen Angebote gestärkt werden, mit denen 31,82% der dort wohnhaften Befragten unzufrieden sind, sowie mehr Einkaufsmöglichkeiten geschaffen werden, da 54,55% der Befragten aus Paffendorf angegeben haben, diese zuerst verbessern zu wollen.

5.4.5. Verdichtung des ÖPNV-Netzes

Viele ältere Menschen sind aufgrund von Mobilitätsverlust auf gut funktionierenden Personennahverkehr angewiesen, um beispielsweise zu ihren Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Freunden oder sozialen Angeboten zu gelangen. Aus diesem Grund wurden Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim im Rahmen der Bürgerbefragung zum Thema „Wohnen im Alter“ befragt, ob sie die Verkehrsanbindungen für ausreichend halten. Das Ergebnis besagt, dass 39,43% der Befragten die Verkehrsanbindungen nicht für ausreichend halten. Das schlechteste Ergebnis erzielt hierbei Büsdorf. 85,71% der dort wohnhaften Probanden gaben an, mit den Verkehrsanbindungen unzufrieden zu sein. Erwähnenswert sind ebenfalls noch Fliesteden mit 75%, Rheidt-Hüchelhoven mit 70% und Glessen mit 58,82% der im jeweiligen Stadtteil wohnhaften Probanden, die die Verkehrsanbindungen für unzureichend halten. Das beste Ergebnis erreicht der Stadtteil Paffendorf. „Nur“ 18,18% der befragten Paffendorfer halten die Verkehrsanbindungen nicht für ausreichend. Insgesamt ist die Bewertung aller Stadtteile der Kreisstadt Bergheim in Bezug auf den öffentlichen Personennahverkehr negativ ausgefallen. Folglich sollte das ÖPNV-Netz in der gesamten Kreisstadt weiter ausgebaut bzw. verdichtet werden.

5.4.6. Seniorenbeirat

Der Anteil der älteren Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft wächst. Auch die Anforderungen an das Leben im Alter haben sich geändert. Diese Tatsachen machen die Auseinandersetzung mit dem Thema „Leben im Alter“ und die Entwicklung neuer Ideen in verschiedenen Bereichen notwendig. Sowohl öffentliche Akteure wie Bund, Länder, Kreise und kreisfreie Städte, als auch gesellschaftliche Akteure wie z.B. Wohlfahrtsverbände, Wohnungsbaugesellschaften, Architekten und Investoren müssen versuchen seniorengerechte und zeitgemäße Konzepte, z.B. bezogen auf Wohnraum, Wohnumfeld, soziale und kulturelle Angebote, Sicherheit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, umzusetzen. Um diese Aufgabe zufriedenstellend erfüllen zu können, müssen Anregungen, Wünsche, Bedürfnisse und Anforderungen der Seniorinnen

und Senioren Berücksichtigung finden. Aus diesem Grund sollte in der Kreisstadt Bergheim ein Seniorenbeirat gegründet werden.

Der Seniorenbeirat sollte die Interessen der älteren Menschen in der Kreisstadt Bergheim vertreten und ihre Anliegen vor politischen Gremien, Verwaltung und weiteren jeweils zuständigen Institutionen zur Sprache bringen. Außerdem sollte er bei „der Planung und Verwirklichung von Angeboten und Hilfen für ältere Menschen mitwirken, kommunale Gremien beraten (und) bei seniorenrelevanten Themen in weiteren Gremien, wie in Arbeitskreisen der Verwaltung, mitarbeiten“.⁴²⁷ Außerdem sollten Mitglieder des Seniorenbeirats in jedem Stadtbezirk als Ansprechpartner für Seniorinnen und Senioren zur Verfügung stehen.

Seniorenbeiräte können unterschiedliche Strukturen aufweisen. So setzt sich beispielsweise der Seniorenbeirat in der Stadt Düsseldorf aus stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern zusammen. Zu den stimmberechtigten Mitgliedern gehören zehn gewählte Mitglieder, jeweils einer pro Stadtbezirk, die in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen von Bürgerinnen und Bürgern ab dem 60sten Lebensjahr gewählt werden, jeweils ein Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen und Vertreter stationärer Einrichtungen. Als beratende Mitglieder unterstützen Vertreter aus dem Ausländerbeirat, den Wohlfahrtsverbänden und der Verwaltung den Seniorenbeirat.⁴²⁸ In der Stadt Hamm dagegen entfällt die Aufteilung in stimmberechtigte und beratende Mitglieder. Es werden jeweils zwei Mitglieder aus jedem Stadtbezirk in den Seniorenbeirat gewählt. Auch in diesem Fall sind Bürgerinnen und Bürger ab dem 60sten Lebensjahr wahlberechtigt. Jeweils zwei weitere Mitglieder werden „von der Arbeitsgemeinschaft der Hammer Wohlfahrtsverbände und von den beiden in Hamm mitgliederstärksten Religionsgemeinschaften in den Seniorenbeirat entsandt“.⁴²⁹

In beiden Städten sind die Seniorenbeiratsmitglieder ehrenamtlich tätig. Sie sind weder religiös noch politisch gebunden.

⁴²⁷ http://www.duesseldorf.de/stadtrecht/5/50/50_401.shtml, abgerufen am 15.12.2009

⁴²⁸ <http://www.duesseldorf.de/seniorenbeirat/wahlordnung/index.shtml>, abgerufen am 15.12.2009

⁴²⁹ http://www.hamm.de/senioren_seniorenbeirat.html, abgerufen am 15.12.2009

5.5. Konkrete Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim für gesellschaftliche Akteure

5.5.1. Öffentlichkeitsarbeit verstärken

Im Rahmen des Projekts „Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels – Schwerpunkt: Wohnen im Alter“ wurden Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim mit Hilfe eines Fragebogens um Auskunft darüber gebeten, welche Bedeutung sie diesem Thema beimessen. Die Auswertung des Fragebogens zeigt eindeutig, dass das Thema „Wohnen im Alter“ für die meisten Befragten einen hohen Stellenwert hat. So gaben 52,75% der Befragten an, das Thema hätte eine hohe Bedeutung für ihre Lebensplanung. 23,80% stuften die Bedeutung für die Lebensplanung sogar als sehr hoch ein. Lediglich 15,28% gaben an, die Bedeutung des Themas sei niedrig. Aufgrund der hohen Relevanz, die das Thema „Wohnen im Alter“ für die Bürgerinnen und Bürger der Kreisstadt Bergheim hat, sollte eine gute Versorgung mit Informationen diesbezüglich gewährleistet werden. Auf die Frage hin, wie gut Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu den Bürgerinnen und Bürgern gelangen, gaben zwar 40,67% der Befragten „gut“ und 7,28% „sehr gut“ an, jedoch entschieden sich 34,46% für die Antwortmöglichkeit „eher schlecht“. Ganze 10,30% gaben an, dass die Informationen „gar nicht“ zu ihnen gelangen würden. Diese Divergenz könnte daraus folgern, dass ein Teil der Befragten bei der Auseinandersetzung mit dem Thema mehr Eigeninitiative ergreift und sich aktiv nach entsprechenden Informationen erkundigt, während der andere Teil eine passive Haltung einnimmt und die Informationen nicht selbstständig sucht, sondern informiert werden möchte. Aus diesem Grund sollte die Öffentlichkeitsarbeit aller Akteure, die sich mit dem Themenbereich „Wohnen im Alter“ beschäftigen und auf diesem Gebiet tätig sind, erweitert werden. Durch verstärkte Medienpräsenz in Fernsehen, Radio, Internet und Zeitung, aber auch Informationsbroschüren und Flyer, die gelegentlich an Haushalte verschickt werden, können Informationen auch diejenigen erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht selbst aktiv werden können oder wollen, und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt, welches jeden Menschen betrifft.

5.5.2. Beratungsangebote in den einzelnen Stadtteilen (Frau Skupch)

34,46% der Bergheimerinnen und Bergheimer gaben an, eher schlecht an Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu gelangen und 10,3%, dass sie diese Informationen überhaupt nicht erhalten. Gleichzeitig stufen aber mehr als drei Viertel der Befragten das Thema als wichtig oder sehr wichtig ein. Die Einrichtung eines Beratungsnetzwerks wie in Kapitel „5.2.2 Ehrenamtliches Beratungsnetzwerk mit Unterstützung durch Kreis und Kommunen“ könnte hier Abhilfe schaffen.

5.6. Realisierung alternativer Wohnformen in Bergheim

Handlungsansätze zur Realisierung alternativer Wohnformen in der Kreisstadt Bergheim sind Kapitel „4.1.12 Denkbare Realisierung in der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)“ zu entnehmen.

5.7. Handlungsansätze für die Kreisstadt Bergheim im Umgang mit Demenz

Handlungsansätze zum Thema „Demenz“ siehe Kapitel „4.2.8 Neue Handlungsansätze im Umgang mit Demenz“.

5.8. Handlungsansätze im Rahmen der Wohnraumanpassung für die Kreisstadt Bergheim

Handlungsansätze zum Thema Wohnraumanpassung vergleiche Kapitel „4.3.5 Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Wohnungsmärkte und kommunale Handlungsweise im Rhein-Erft-Kreis“ – Abschnitt „Anregungen für kommunale Handlungsweisen (Herr Lepperhoff)“.



Notizen:

A series of horizontal dotted lines for taking notes.

6. Fazit

Die demografische Entwicklung macht auch vor den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises nicht halt. Werden die Bevölkerungszahlen und die Altersstruktur der vergangenen Jahre verglichen, so ist bereits jetzt die Erhöhung des Durchschnittsalters in allen kreisangehörigen Kommunen erkennbar. Auch wenn einige Städte im Rhein-Erft-Kreis, z.B. Hürth, Brühl, Frechen, Kerpen und Pulheim derzeit noch aufgrund der guten geografischen Lage im sogenannten „Speckgürtel“ der Region Köln von Zuwanderungsgewinnen partizipieren, weisen Prognosen darauf hin, dass die Bevölkerung im Rhein-Erft-Kreis im Jahr 2025 weniger, älter und bunter sein wird. Unter anderem ist absehbar, dass das Durchschnittsalter weiter steigt.

Die Kommunen sollten das Alter jedoch nicht nur als Last, sondern auch als eine Er rungenschaft und Chance für die Zukunft verstehen, deren Potenziale es zu erkennen und zu nutzen gilt. Dies kann z.B. im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements in den unterschiedlichsten Bereichen, durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. durch berufliche Wiedereingliederung auf Grund des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs, der durch jüngere Arbeitskräfte allein nicht gedeckt werden kann, durch Abbau von Anreizsystemen zur Frühverrentung, durch Fördermaßnahmen für Unternehmen, die ältere Menschen beschäftigen oder Qualifizierungsangebote für ältere Menschen geschehen. Ein Großteil der älteren Menschen verfügt heute über eine finanziell gute Einkommens- und Vermögenssituation und damit über ein erhebliches Konsumpotential. Wenn die regionalen Unternehmen ihre Angebotspalette den Wünschen und dem Bedarf der älteren Generation anpassen, z.B. im Freizeit- und Wellnessbereich, im Touristikgewerbe, im Gesundheitswesen, beim Kulturangebot, im Bereich der technischen Geräte, die die selbstständige Lebensführung unterstützen, können auch die kreisangehörigen Kommunen partizipieren. Zur Förderung solcher Produkte könnte ein Qualitätssiegel für besonders seniorenfreundliche Waren und Dienstleistungen eingeführt werden. Hohe Umsätze bedeutet Gewinnmaximierung für die Unternehmer im Kreisgebiet, was wiederum ein höheres Gewerbesteueraufkommen für die Kommunen zur Folge hat.

Den Kommunen wird empfohlen, das „Miteinander der Generationen“ zu fördern. Investitionen „ins Alter“ z.B. in Ansiedlung alternativer Wohnformen, ins Wohnumfeld, in ehrenamtliches Engagement, in die Netzwerkarbeit und in Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention sind keine Fehlinvestition. Die Umsetzung der Wünsche und Bedürfnisse der älteren Generation kommen gleichermaßen Behinderten und Familien mit Kindern zugute.

Wir sind realistisch genug um zu wissen, dass die meist kostenintensiven Maßnahmen bei leeren öffentlichen Kassen nicht von heute auf morgen umsetzbar sind. Dennoch hoffen wir erleben zu können, dass sich die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises zu „Generationenstädten“ entwickeln werden.

Bergheim, im Dezember 2009

Die Studierenden

7. Quellenverzeichnis (Frau Skupch)

7.1. Bücher

- Artikeleintrag „Demographie“ in: „Der große Brockhaus“, Band 3
Wiesbaden, Brockhaus, 1953
- Baitsch, C.; Müller, B.: Moderation in regionalen Netzwerken
München und Mering, Rainer Hampp Verlag, 2001
- Bauer, J.; Englert, W.; Meier, U.; Morgeneyer, F.; Waldeck, W.:
Entwicklungsländer – Materialien für den Sekundarbereich 2 Geographie
Braunschweig, Schroedel, 2003
- Beher, K.; Liebig, R.; Rauschenbach, T.: Strukturwandel des Ehrenamts –
Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess
Weinheim/München, Juventa Verlag, 2000
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demografiemonitor, Band 1–
Indikatorenkatalog des demografischen Wandels
Gütersloh, 2006
- Bürsch, M.: Mut zur Verantwortung – Mut zur Einmischung,
Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland
Bonn, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, 2008
- Daneke, S.: Freiwilligenarbeit i.d. Altenhilfe: motivieren, organisieren, honorieren
München, Urban & Fischer Verlag, 2003
- Frevel, B. (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel
Wiesbaden, 2004
- Hellmer, F.; Friese, C.; Kollros, H.; Krumbein, W.: Mythos Netzwerke –
Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel
Berlin, Ed. Sigma, 1999

- Hering, S.: Bürgerschaftlichkeit und Professionalität – Wirklichkeit und Zukunftsperspektiven sozialer Arbeit
Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007
- Kurz, A.; Alzheimer-Europe: Handbuch der Betreuung und Pflege von Alzheimer-Patienten
Stuttgart, New York, Georg Thieme Verlag, 2. Auflage
- Mette, I.; Narten, R.: Selbstbestimmt Wohnen im Alter: Modellprogramm des BMFSFJ – Abschlussbericht
Köln, KDA, 2005
- Opaschowski, H.: Besser leben – schöner wohnen? – Leben in der Stadt der Zukunft
Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2005
- Schöffler, M.: Wohnformen im Alter
Lahr, Verlag Ernst Kaufmann, 2006 (1. Auflage)
- Schulte, E.: Mehrgenerationenwohnen – Eine Antwort auf die Herausforderung des demographischen und sozialen Wandels ?
Hamburg, Diplomica Verlag, 2009 (1. Auflage)
- Schwarz, G.: Hilfe für Alzheimer-Patienten – Ein Ratgeber für Kranke und Angehörige
Weyarn, Seehammer Verlag GmbH, 2000
- Teller, M.; Longmuß, J.: Netzwerkmoderation – Netzwerke die zum Erfolg führen
Augsburg, ZIEL Verlag 2007 (1. Auflage)
- Wahl, H.-W.: Alte Menschen in ihrer Umwelt – Beiträge zur ökologischen Gerontologie
Opladen/Wiesbaden, Westdt. Verl., 1999

7.2. Internetquellen

- http://195.227.11.236/Malteser_Krankenhaus_St_Hildegardis/01.Patienten/01.02.Kliniken_Zentren/Altersmedizin/Plakat_Silviahemmet_9-2009.pdf, abgerufen am 10.12.2009
- http://www.aachen.de/DE/Stadt_buerger/wohnen/wohnen_neue_wohnformen/dokumente/rundbrief_052007.pdf, abgerufen am 03.12.2009
- http://www.aachener-stiftung.de/uploads/media/Leitfaden_Wohnen50plus.pdf, abgerufen am 12.11.2009
- <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/artikel.asp?id=51368>, abgerufen am 20.11.2009
- http://www.aknw.de/mitglieder/profilbildung-taetigkeitsfelder/barrierefreies_bauen/index.htm, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.aknr.de>, abgerufen am 04.12.2009
- <http://www.albaretto.de/index.html>, abgerufen am 08.12.2009
- <http://www.althilftjung-nrw.de/>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.alexianer.de/muenster/heidhorn/hausgemeinschaften.php>, abgerufen am 24.11.2009
- <http://www.altenzentrum-nordwalde.de/betreutes-wohnen-senioren-wg-altenpflege-muenster-steinfurt.htm>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.alter-schafft-neues.de/>, abgerufen am 28.11.2009
- http://www.aok.de/rh/rd/media/pflegebroschuere_neu.pdf, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn.htm>, abgerufen am 23.11.2009
- http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bon_lage.htm, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_preise.htm, abgerufen am 21.11.2009

- http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_unser_haus.htm, abgerufen am 19.11.2009
- <http://www.bak.de/site/ItemID=495/mid=837/846/default.aspx>, abgerufen am 28.10.2009
- http://www.bbr.bund.de/nn_22702/BBSR/DEAktuell/Veranstaltungen/Dokumentation/Downloads/Projektwerkstatt_Halle_VortragWillen,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Projektwerkstatt_Halle_VortragWillen.pdf, abgerufen am 02.11.2009
- <http://www.bergheim.de/intergeneratives-wohnen.aspx>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.bergheim.de/service/downloads.aspx?id=2052>, abgerufen 11.12.2009
- http://www.bergheim-sued-west.de/fileadmin/Benutzerdaten/Downloads/Plaene_und_Konzepte/Fortschreibung_Handlungskonzept_2005.pdf, S. 7, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.bergheim-sued-west.de/fileadmin/Benutzerdaten/Downloads/Plaene_und_Konzepte/Fortschreibung_Handlungskonzept_2008-Medium.pdf, S. 13ff., abgerufen am 02.12.2009
- http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_22231_22232_2.pdf, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/AzVWmV.pdf>, abgerufen am 13.11.2009
- http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/Seniorenbroschuere_BGW.pdf, abgerufen am 13.11.2009
- http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/Vertrag_ueber_Funktionsraeume.pdf, abgerufen am 14.11.2009
- <http://www.bgw-bielefeld.de/downloads/VWmV.pdf>, abgerufen am 13.11.2009
- <http://www.bibdemographie.de> abgerufen am 22.11.2009
- <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=110314.html>, abgerufen am 12.11.2009

- <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/gesetze,did=3270.html>, abgerufen am 17.11.2009
- <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=84238.html>, abgerufen am 18.11.2009
- http://www.bmvbs.de/Stadtentwicklung_-Wohnen-,1500.1065525/Selbstbestimmtes-Wohnen-im-Alt.htm, abgerufen am 15.12.2009
- <http://.bund.de>, abgerufen am 22.11.2009
- <http://www.bpb.de>, abgerufen am 24.11.2009
- http://www.brain-fit.com/html/geistig_fit_im_alter.html, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/emags/ebalance/047/t4-erste-mehrgenerationenhaeuser-gestartet.html>, abgerufen am 01.12.09
- http://cms.prima-support.de/uploads/ausgaben/bm/2009_04/bm_12.pdf, abgerufen am 20.11.2009
- http://www.dbsv.org/fileadmin/dbsvupload/pdf/recht/gleichstellungsgesetz_nrw.pdf, abgerufen am 10.12.2009
- http://www.der-pflegekompass.de/lang_de/nn_156096/DE/1__navi/Pflegepartnersuche/formular,templateId=processForm.html#suchergebnisse, abgerufen am 26.11.2009
- <http://www.destatis.de>, abgerufen am 15.11.2009
- <http://www.deutsche-alzheimer.de/index.php?id=26>, abgerufen am 11.11.2009
- <http://www.dillingen-saar.de/index.php?id=123>, abgerufen am 22.11.2009
- http://www.din276.info/index_grundlagen.html, abgerufen am 16.11.2009
- http://dr-fahn.de/fw/2009-02_main_ehrenamt/Main-Ehrenamt%20Konzept.pdf, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.dstgb.de/homepage/positionspapiere/herausforderungen_fuer_den_laendlichen_raum/herausforderungen_laendlicher_raeume.pdf, abgerufen am 07.12.2009
- <http://www.duden.de>, abgerufen am 01.12.2009

- <http://www.duesseldorf.de/seniorenbeirat/wahlordnung/index.shtml>, abgerufen am 15.12.2009
- http://www.duesseldorf.de/stadtrecht/5/50/50_401.shtml, abgerufen am 15.12.2009
- <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000005.html>, abgerufen am 07.12.2009
- <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000019.html#5>, abgerufen am 07.12.2009
- <http://www.e-bis.de/goae/Goae00000021.html>, abgerufen am 07.12.2009
- <http://www.efos-europa.eu/downloads/diplomarbeitlernenimalter.pdf>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/freiwilligensurvey20041.pdf>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.erftkreis.dlrg.de/>, abgerufen am 25.11.2009
- http://erftkreis.pflege.net/pflege_ort/erftkreis_pflege_net/heime_0_17_20/gesamt, abgerufen am 26.11.2009
- http://www.familienratgeber.de/jugendliche_erwachsene/wohnen/behindertengerechte_umgestaltung.php/, abgerufen am 18.11.2009
- <http://www.familienratgeber-nrw.de/index.php?id=813>, abgerufen am 16.11.2009
- http://www.fhoev.nrw.de/index.php?id=192&type=0&jumpurl=uploads%2Fmedia%2Fanlage6-projekt.pdf&juSecure=1&locationData=192%3Att_content%3A345&juHash=4d2c77e385 („Richtlinien zur Durchführung von Projekten“ von der FHöV NRW)
- http://www.focus.de/gesundheit/gesundleben/gehirnleistung-gingko-verbessert-das-denkvermoegen_aid_347281.html, abgerufen am 09.12.2009
- <http://www.forum-demographie.de/Startseite.10.0.html>, abgerufen am 25.11.2009
- <http://www.forum-seniorenarbeit.de/index.phtml?La=1&sNavID=1759.165&mNavID=1759.165&object=tx%7C373.2284.1&sub=0>, abgerufen am 07.12.2009
- http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_890_1.PDF, abgerufen am 30.11.2009

- <http://www.frauenrw.de/docs/handbuch/Aachen-in-Handbuch-Demografischer-Wandel.pdf>, abgerufen 03.12.2009
- <http://www.freiewaehlermil.de/MainEALogo.doc>, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.g-a-r.de/uploads/media/GAR-Praesentation_01.pdf, abgerufen am 20.11.2009
- http://www.g-a-r.de/uploads/media/SonntagsPost_31-10-2009.pdf, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.gemeinsam-gegen-einsam.de/netzwerk-bergheim.htm>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.geroweb.de/altenheim/altenheime.html>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.gesundheitberlin.de/download/Arndt-Mobilitaetsbarrieren-Kongressbeitrag2005.pdf>, abgerufen am 01.12.2009
- <http://www.glessen-2020.de/docs/Ergebnisprotokoll022009.pdf>, abgerufen am 14.12.2009
- http://www.glessen-gazette.de/2009_07_08_ksta.htm, abgerufen am 14.12.2009
- http://www.hamm.de/senioren_seniorenbeirat.html, abgerufen am 15.12.2009
- http://www.hannover.de/de/gesundheit_soziales/senioren/wohnen_im_alter/wohnwinkel/, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.hausbaden-koeln.de/index.php?id=7>, abgerufen am 09.12.2009
- http://www.hawiko24.de/pix/deutsche_lebensbaeume.png, abgerufen am 10.12.2009
- <http://www.hilfe-hd.de/ehrenamt.htm>, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.hronline.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=2, abgerufen am 10.11.2009
- http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&seite=5, abgerufen am 08.12.2009
- <http://www.hsm-bonn.de/>, abgerufen am 05.12.2009
- <http://www.immonet.de/service/pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009

- <http://www.initiative-zivilengagement.de/die-initiative/die-bausteine/die-engagementpolitik/news/artikel/37/engagementpolitik-wirksam-gestalten.html>, abgerufen am 25.11.2009
- <http://www.isg-institut.de/download/WS-LahnDoku.pdf>, abgerufen am 01.12.2009
- <http://www.it.nrw.de>, abgerufen am 10.11.2009
- <http://www.kerpen-55plus.de/>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.kommunen-in-nrw.de/mitgliederbereich/download/aktion/download/datei/14637/ident/files.html>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/wissenspool/11planenUNDbauen/11BaulicheAnforderungen/>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.kreis-coesfeld.de/menschen-und-pflege/Aup/kosten.html>, abgerufen am 16.11.2009
- https://www.ksk-koeln.de/Aktuelle_Entwicklung_des_Immobilienmarktes_in_der_Region_Koeln___Dr._Stracke.pdfx, S. 7, abgerufen am 28.12.2009
- <http://www.kuratorium-betreutes-wohnen.de/index.html>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.kvno.de>, abgerufen am 25.11.2009
- <https://www.landesdatenbank.nrw.de/>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-9394.pdf>, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.lsv-nrw.de/fileadmin/Dokumentenablage/lsv-nrw/Veroeffentlichungen/INFO_AKTUELL/INFO_LSV_AKTUELL_Nr._31__Betreutes_Wohnen.pdf abgerufen am 17.11.2009
- http://www.maerkischer-kreis.de/bauen_planen_wohnen/bauen/Wohn-_und_Teilhabegesetz.pdf, abgerufen am 10.12.2009
- <http://www.machmit-5amtag.de/cms/www.machmit.de/index.php?StoryID=1274>, abgerufen am 09.12.2009

- http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/1_Pflege/wohnen-im-alter/informationen-fuer-planer/planungshinweise/index.php, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.mags.nrw.de/04_Soziales/1_Pflege/wohnen-im-alter/finanzielle-foerderung/index.php, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003/Wohn-_und_Teilhabegesetz_-_die_wichtigsten_Neuerungen.pdf, abgerufen am 17.11.2009
- <http://www.masgff.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/news/2009/08/maludreyer-land-will-pflege-im-wohnumfeld-staerken/>, abgerufen am 02.11.2009
- http://www.mbv.nrw.de/Presse/Pressemitteilungen/Archiv_2009/Kongress_Trendwende_Sozialer_Wohnungsbau-7_9_09/index.php, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.mbv.nrw.de/Presse/Pressemitteilungen/Archiv_2009/Wohnungsbau-15-07-2009/index.php, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/datenUndFakten/index.php>, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.mbv.nrw.de/Wohnen/foerderung/Wohnen_im_Alter/index.php, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.mdr.de/sachsenspiegel/ratgeber/6458180.html>, abgerufen am 11.12.2009
- <http://www.medizinfo.de/pflege/einrichtungen/pflegeheim.shtml>, abgerufen am 16.11.2009
- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/02__Alle_20Generationen_20einbinden.html, abgerufen am 12.11.2009
- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/05__Kooperationen_20mit_20der_20Wirtschaft.html, abgerufen am 01.12.2009
- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/01__Was_20ist_20ein_20Mehrgenerationenhaus_3F/Freiwilliges_20Engagement.html, abgerufen am 01.12.2009

- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/02__Das_20Aktionsprogramm/01__Was_ist_das__Aktionsprogramm/04__offener__Treff/00__offener__Treff.html, abgerufen am 01.12.2009
- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/04__H_C3_A4userinformationen/Frechen/About__1343.html, abgerufen am 01.12.2009
- http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/coremedia/generator/mgh/de/01__Mehrgenerationenh_C3_A4user/04__H_C3_A4userinformationen/Frechen/Haus__1343.html, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.meldebox.de/umzug/wohnumfeld>, abgerufen am 02.11.2009
- <http://www.modellprogramm-wohnen.de/6-Netz-Handwerk.19.0.html>, abgerufen am 02.12.2009
- [http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/\\$file/seniorengerechtestadt.pdf](http://www.moers.de/C125722E0057ACF2/files/seniorengerechtestadt.pdf/$file/seniorengerechtestadt.pdf), angerufen am 01.12.2009
- <http://www.netzwerk-kompetenz.de/download/beschreibungsmerkmale.pdf>, S. 1, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.netzwerk-kompetenz.de/download/kapitel3.pdf>, S. 26 ff., abgerufen am 02.12.2009
- <http://netzwerk-loewenzahn.de/> abgerufen am 02.12.2009
- http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, abgerufen am 18.11.2009
- http://www.nrw-bank.de/de/wohnraumportal/Mietwohnraum_09/Barrierefreiheit/index.html, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.nrw-bank.de/de/wohnraumportal/selbst-genutztes-Wohneigentum/Barrierefreiheit/index.html>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/Wohnheime/Pflegewohnbestand/index.html>, abgerufen am 27.11.2009

- <http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/Wohnheime/Pflegewohnneubau/index.html>, abgerufen am 27.11.2009
- <http://nullbarriere.de/kombinationspflege.htm>, abgerufen am 26.11.2009
- <http://nullbarriere.de/wohnberatung-ehrenamtlich.htm>, abgerufen am 24.11.2009
- <http://nullbarriere.de/wohnberatungsziele.htm>, abgerufen am 24.11.2009
- <http://nullbarriere.de/wohnungsanpassung-massnahmen.htm>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.onmeda.de/krankheiten/alzheimer-diagnose-1474-6.html>, abgerufen am 09.11.2009
- <http://www.osnabrueck.de>, abgerufen am 02.11.2009
- <http://www.pdwb.de/>, abgerufen am 24.11.2009
- <http://www.pflege-deutschland.de/altenheim.html>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.pflege-deutschland.de/pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://pflegen-online.de/nachrichten/aktuelles/erhebliche-versorgungsluecken-bei-altersgerechten-wohnangeboten.htm?nlp=pb20091007>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.polizei-nrw.de/rhein-erft-kreis/Zahlen/article/kriminalstatistik.html>, abgerufen am 09.12.2009
- <http://www.ratgeber.org/126-kosten-pflegeheim.html>, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.recklinghausen.de>, abgerufen am 02.11.2009
- http://www.recklinghausen.de/gkd_apps/bs0/daten/32011983.pdf, abgerufen am 02.11.2009
- http://www.region-schafft-zukunft.de/nn_253310/DE/ProjekteStettinerHaff/FormenWohnenZusammenleben/MultipleHaeuser/projekt01.html, abgerufen am 20.11.2009
- http://www.regiomanagement.de/dorvcms/front_content.php, abgerufen am 19.11.2009
- http://www.rehacare.de/cipp/md_rehacare/custom/pub/show,fair,rehacare2009/lang,1/oid,21854/xa_nr,2169298/~Web-ProdDatashet/prod_datashet, abgerufen am 24.11.2009

- <http://revg.de/entwicklung.html>, abgerufen am 10.12.2009
- <http://www.rhein-erft-kreis.de/Internet/Themen/wirtschaft-und-region/zahlen-daten-fakten/>, abgerufen am 08.12.2009
- <http://www.rhein-sieg-anzeiger.ksta.de/html/artikel/1256136970730.shtml>, abgerufen am 22.11.2009
- <http://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-berichte/dillingen/Neuer-Bewegungsparcour-fuer-Stadtpark;art2809,3061395>, abgerufen am 22.11.2009
- http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/1001.php#2., abgerufen am 08.12.2009
- <http://www.senioren-bm.de/BuBD.htm>, abgerufen am 07.12.2009
- <http://www.senioren-initiativen.de/>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.senioren-initiativen.de/index.php?pageid=9&submenuid=15&id=1>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.senioren-initiativen.de/index.php?pageid=9&submenuid=15&id=93>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.seniorenhelfensenioren.de/index.html>, abgerufen am 20.11.2009
- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/0,1518,657696,00.html>, abgerufen am 18.11.2009
- <http://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf56/konzept-mehrgenerationenwohnen.pdf>, abgerufen am 12.11.2009
- http://www.suizidprophylaxe.de/Ohne%20Java/Infos_Suizidalitaet/epidemiologie_ohne.htm
- <http://www.weiterbildungsserver.de/intern/graues20s115yki520v3.pdf>, abgerufen am 20.11.2009
- http://www.wesseling.de/verwaltung/bereiche_a_z/Seniorenbeauftragte.php, abgerufen am 02.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Alzheimer-Krankheit>, abgerufen am 11.11.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Demenz>, abgerufen am 09.11.2009

- http://de.wikipedia.org/wiki/Einheitlicher_Bewertungsma%C3%9Fstab#Kassen.C3.A4rztliche_Abrechnung, abgerufen am 11.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Gelassenheitsgebet>, abgerufen am 08.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Gerontopsychologie>, abgerufen am 05.12.2009
- http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Tag_des_Ehrenamtes, abgerufen am 29.11.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Mehrgenerationenhaus>, abgerufen am 12.11.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Multimorbidit%C3%A4t>, abgerufen am 07.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Regelleistungsvolumen>, abgerufen 11.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Senioren>, abgerufen am 05.12.2009
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite>, abgerufen am 19.11.2009
- <http://www.wissenschaft-online.de/abo/lexikon/bio/2511>, abgerufen am 10.12.2009
- <http://www.wohnberatungsstellen.de>, abgerufen am 24.11.2009
- <http://www.wohnen.de/Barrierefreies-Wohnen.html/>, abgerufen am 15.11.2009
- <http://www.wohnen.de/Mehrgenerationen.html>, abgerufen am 12.11.2009
- http://www.wohnformplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=20&Itemid=197&limit=1&limitstart=1/, abgerufen am 02.12.2009
- http://www.wohnformplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=195&limit=1&limitstart=1/, abgerufen am 28.11.2009
- http://www.wohnforumplus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=75&Itemid=199, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.wohnprojekt-olga.de/idee.htm>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.wohnquartier4.de>, abgerufen am 04.11.2009, 10.11.2009
- http://www.wohnquartier-4.de/files/dokumentation_halfzeit-tagung_22_9_09.pdf, abgerufen am 12.11.2009, 14.11.2009
- <http://www.wohnquartier-4.de/files/wohnquartier4.pdf>, abgerufen am 04.11.2009, 10.11.2009, 14.11.2009, 17.11.2009

- http://www.wohnquartier-4.de/index.php?article_id=28, abgerufen am 12.11.2009
- http://www.wohnquartier-4.de/index.php?article_id=50: EPD-West – Diakonie will Wohnviertel altengerechter gestalten, Westdeutsche Zeitung – NRW sucht das Wohnquartier der Zukunft, abgerufen am 16.11.2009
- <http://www.wohnraumanpassung.info/>, abgerufen am 02.12.2009
- <http://www.zukunft-finden.de/0,28,58,63,0,0.html>, abgerufen am 21.11.2009
- <http://www.zwickau.de/de/aktuelles/pressemitteilungen/2009/03/084.php>, abgerufen am 29.11.2009

7.3. Broschüren, Magazine & Zeitungen

- Architektenkammer Nordrhein-Westfalen: Barrierefreies Bauen – Spaziergang durch einen barrierefreien Lebensraum, Gesetze, Verordnungen und Fördermöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen, 2008
- Apothekenzeitschrift „Senioren Ratgeber“, Ausgabe 01/2008, S. 66-69
- Apothekenzeitschrift „Senioren Ratgeber“, Ausgabe 09/2009, S. 56-59
- Apothekenzeitschrift Linda Rätsel, Ausgabe 11/2009, S. 6-9
- Bertelsmann Stiftung: Netzwerk soziales neu gestalten – Zukunft Quartier-Lebensräume zum Älter werden – Themenheft 2: Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW): Ratgeber – „Gut versorgt im Alter. Wie finde ich eine geeignete Pflegeeinrichtung“, Stand: 01/2007, S. 15f.
- Brühe, Roland: Der Pflegebrief – Das Online Magazin für die Pflege, 08. Oktober 2009 (Ausgabe 03/2009 – Nr. 110)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland : Bericht der Sachverständigenkommission. Berlin : 2005

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Alter schafft Neues – Initiativen und Informationen für ältere Menschen, Stand November 2008
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Wohnen im Alter – Bewährte Wege-Neue Herausforderungen – Handlungsleitfaden für Kommunen
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Wohnen ohne Barrieren, Erhöhte Wohnqualität für Alle, Berlin, Druck Center Meckenheim, November 2008
- Bundesministerium für Gesundheit, Ref. Öffentlichkeitsarbeit: Ratgeber Pflege-Alles, was Sie zur Pflege wissen müssen, 3. Auflage, Stand Oktober 2008, S. 56ff.
- Bundesministerium für Gesundheit, Ref. Öffentlichkeitsarbeit: Wenn das Gedächtnis nachlässt, Ratgeber – Von der Diagnose bis zur Betreuung. 1. Auflage, Stand Oktober 2008, S. 72-73, 90ff.
- Das moderne Nachrichtenmagazin, Focus Ausgabe 32/2009 vom 03.08.2009, S. 50-60
- Demografieberichte der Städte Bedburg, Kerpen, Bergheim
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode: Bericht der Enquete-Kommission – Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements – Bürgerschaftliches Engagement – auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Berlin, 2002
- Deutsches Grünes Kreuz: Verwirrt, verschoben, abgeschoben. Ein kleiner Ratgeber für Angehörige von Demenz-Patienten, 3. Auflage, 2002, S. 3
- Dr. Becher, B.; Kunstmann, F.; Sobottke, M.; Bank für Sozialwirtschaft: Zukunft Quartier-Lebensräume zum Älterwerden – Neue Wohnformen im Alter – Finanzierungsmöglichkeiten innovativ gestalten, Oelde, 2009
- Erftstadt e.V.: Infoblatt – „ALTERnatives Wohnen“
- Friedrich-Ebert-Stiftung: Umfrage „Wachstumsmotor Altern“, 1997
- Initiative „Altern in Würde“: Verhaltensänderungen im Alter. Misstrauisch, feindselig, aggressiv. 4. Auflage 2005, S. 13ff.

- Kremer-Preiß, U.; Stolarz, H.: Wohnen und Leben im Alter – Anforderungen an die Gestaltung quartiersbezogener Wohnkonzepte
Gütersloh, Kuratorium Deutsche Altershilfe, 2004
- Kremer-Preiß, U.; Stolarz, H.: Wohnen und Leben im Alter –
Neue Wohnkonzepte im Alter und praktische Erfahrung bei der Umsetzung –
eine Bestandsanalyse, Köln, Kuratorium Deutsche Altershilfe, 2003
- Kuratorium Deutsche Altershilfe: Quartiersbezogene kommunale
Altenhilfeplanung – KDA-Eckpunktpapier für eine zukunftsgerechte Gestaltung
der kommunalen Seniorenpolitik
- Kuratorium Deutsche Altershilfe: Wie geht es Ihnen? – Original: Well-Being Pro-
filing, Landesinitiative Demenz-Service NRW, S. 25-26, 27ff.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen – Gemeinschaftli-
ches Wohnen in Nordrhein-Westfalen, Beispiele und Wege zur Umsetzung, Ha-
gen, Druck Thiebes GmbH, 2006 (7. Auflage)
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW: Sicher und bequem zu-
hause wohnen – Wohnberatung für ältere und behinderte Menschen
3. Auflage, Stand August 2008
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW: Demenz-Service 10 –
Wohnungsanpassung bei Demenz, S. 14f., 23
- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Du bist das
Maß aller Dinge! – Bauen. Wohnen. Leben. barrierefrei! Komfort und Sicherheit
für alle., Düsseldorf, dtk, Agentur für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit GmbH
Essen
- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Neues
Wohnen mit Nachbarschaft – Wohnprojekte von Baugruppen, Genossenschaften
und Investoren, Köln, Moeker Merkur Druck GmbH & Co.KG, 2008 (1. Auflage)
- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Wohnen
im Alter – Neue Wohnmodelle in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, 11/2008,
4. überarbeitete Auflage, S. 7-10

- Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Wohnen ohne Barrieren – Komfort für alle: Beispielhafte Lösungen für Neubau und Bestand, Düsseldorf, 2007 (2. Auflage)
- Ministerium für Bauen und Verkehr NRW: Umnutzung von alten Gebäuden zu Wohnzwecken – Neue Nutzungskonzepte zur Quartiersentwicklung, Lüdinghausen, H. Rademann GmbH, 2007 (1. Auflage)
- Möller, Dr. K. P.; Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots in Nordrhein-Westfalen bis 2025 – Wohnungswirtschaftliche Implikationen der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose des Landesamts für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2025
Düsseldorf, 12/2006, S. 42-63
- Niklewski, G.; Nordmann, H.; Riecke-Niklewski, R.: Demenz-Hilfe für Angehörige und Betroffene, in Stiftung Warentest, Verbraucherzentrale NRW
S. 12ff., 41ff., 140ff., 141-169
- Rhein-Erft-Kreis, Weniger Älter Bunter:
Der Rhein-Erft-Kreis im demographischen Wandel
- Seniorenpolitische Leitlinien des Landes NRW bis 2025
- Sozialraumanalyse 2008 der Stadt Frechen
- Stadt Bergheim; Abteilung Fürsorge und Betreuung Beratungsstelle für Behindertenfragen: Bauen für Alle Barrierefrei – Checkliste für barrierefreies Bauen.
Bergheim, Arbeitskreis der BehindertenkoordinatorInnen und Behindertenbeauftragten NRW, Mai 2008 (1. Auflage)
- Stadtverwaltung Bergheim, FB Jugend, Bildung, Soziales: Ratgeber – Mitten im Leben, Stand Juli 2009
- Stadt Bergheim: Bauen für Alle – Checkliste für barrierefreies Bauen
1. Auflage Mai 2008
- Stadt Bergheim: Sozialer Wohnungsbau in Bergheim speziell für Seniorenwohnungen und alternative Wohnformen

- Stadt Brühl: Soziale Einrichtungen und Altenhilfe – Ein Wegweiser für Brühlerinnen und Brühler, 2008
- Stadt Frechen : Infoblatt – Seniorenberatung
- Verbraucherzentralen, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.: Bericht zur Befragung „Supermarkt – alles super?“ November 2007

7.4. Bildquellen

- Abbildung 4, Abbildung 5, Tabelle 2, Abbildung 6, Tabelle 4, Tabelle 5, Abbildung 8, Tabelle 6, Abbildung 11, Abbildung 12, Abbildung 13, Tabelle 9, Tabelle 10, Abbildung 15, Tabelle 11, Abbildung 17, Tabelle 12 und Abbildung 20 – erstellt via <https://www.landesdatenbank.nrw.de/>
- Tabelle 1, Tabelle 3, Abbildung 7, Abbildung 9, Abbildung 10, Tabelle 7, Tabelle 8, Abbildung 14, Abbildung 16, Abbildung 18 und Abbildung 19 – jeweils eigene Darstellung der Bevölkerungsentwicklung in den Kommunen anhand deren an den Rhein-Erft-Kreis übermittelten Angaben
- Abbildung 22 bis Abbildung 78, Abbildung 83, Abbildung 84, Abbildung 87, Abbildung 88, Abbildung 89, Abbildung 91, Abbildung 94, Abbildung 97, Abbildung 98, Abbildung 100, Abbildung 115, Abbildung 116, Abbildung 117, Abbildung 120, Abbildung 122 und Tabelle 15 bis Tabelle 17, , Tabelle 21, Tabelle 23, Tabelle 24, Tabelle 25, Tabelle 26, Tabelle 30, Tabelle 32, Tabelle 33, Tabelle 37, Tabelle 42, Tabelle 43 – eigene Darstellungen anhand der Ergebnisse der Bürgerbefragung (vergleiche Kapitel „3.2 Bürger- und Expertenbefragung“ und „8.6 Fragebogen“)
- Tabelle 18, Abbildung 86 und Abbildung 93 – eigene Darstellung anhand Daten Ist-Erfassungen (vergleiche 8.9 Erfassung Ist-Zustand)
- Tabelle 27, Tabelle 28 und Abbildung 95 – http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_grundrisse.htm, abgerufen am 21.11.2009

- Abbildung 79, Abbildung 99, Abbildung 124 und Tabelle 29, Tabelle 31 – eigene Darstellung
- Tabelle 41 und Abbildung 49 – Freiwilligensurveys 1999 und 2004
- Abbildung 1 – Foto: Frau Dagmar Sachse, Rhein-Erft-Kreis; zur Einbindung in die Projektarbeit zur Verfügung gestellt
- Abbildung 2 – <http://www.hawiko24.de/gesetzlicherente.html>, abgerufen am 10.12.2009
- Abbildung 3 – <http://www.erftkreis.dlrg.de/>, abgerufen am 25.11.2009
- Abbildung 21 – <http://www.it.nrw.de/statistik/img/r311prog4.gif>, abgerufen am 25.11.2009
- Abbildung 80 – entnommen aus WohnBundBeratung NRW GmbH, aus Wohnen im Alter, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein Westfalen (MBV.NRW), 3. überarbeitete Auflage, 12/2006, S. 40
- Abbildung 81 – <http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/service/einkommensgrenzen/index.html>, abgerufen am 19.11.2009
- Abbildung 82 – http://www.nrwbank.de/de/wohnraumportal/Mietwohnraum_09/Neubau/index.html, abgerufen am 19.11.2009
- Abbildung 85 – http://www.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/download/1697/MAGS-NeueWohnprojekte_12_07_kl.pdf, S. 40, abgerufen am 14.11.2009
- Abbildung 92 – Stadtverwaltung Bergheim, Fachbereich Jugend, Bildung und Soziales: Fachbroschüre „Mitten im Leben“, Stand Juli 2009, S. 84
- Abbildung 96 – eigene Darstellung anhand http://www.augustinum-wohnstifte.de/html/bonn_preise.htm, abgerufen am 21.11.2009
- Abbildung 101 – http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/14/Alzheimer%27s_disease_-_MRI.jpg, abgerufen am 14.11.2009
- Abbildung 102 – eigene Darstellung anhand von Bundesministerium für Gesundheit. Broschüre: „Wenn das Gedächtnis nachlässt“, S. 72f.

- Abbildung 103 – eigene Darstellung,
Inhalt: §14 Absatz 1 i.V.m. Absatz 4, Nr. 1-4 SGB XI
- Abbildung 104 – eigene Darstellung anhand von Stadt Bergheim, Ratgeber „Mit-
ten im Leben“, S. 93 und Bundesministerium für Gesundheit, Broschüre – „Wenn
das Gedächtnis nachlässt“, S. 90ff.
- Abbildung 105 – [http://www.bonsai-info.net/baumschule/bilder/
ginkgo-biloba-blatt.jpg](http://www.bonsai-info.net/baumschule/bilder/ginkgo-biloba-blatt.jpg), abgerufen am 08.12.2009
- Abbildung 106 – <http://www.jaun-medical.ch/Bilder/Artischocke.jpg>,
abgerufen am 10.12.2009
- Abbildung 107 –
<http://www.bauemotion.de/medienpool/04444/images/7182519px234.jpg>
- Abbildung 108 – [http://www.sib-saarbruecken.de/images/thumbs/assets/2009_1/
fbd37c6179be918bd39eba1172304993_1231415691_kaiserstr_treppenhaus.jpg](http://www.sib-saarbruecken.de/images/thumbs/assets/2009_1/fbd37c6179be918bd39eba1172304993_1231415691_kaiserstr_treppenhaus.jpg)
- Abbildung 109 –
http://www.bauleitung-dachbau.de/s/cc_images/cache_1155070012.jpg
- Abbildung 110 –
<http://de-koeoek.com/images/barrierefreie-kueche-de-koeoek-3.jpg>
- Abbildung 111 –
http://www.rundt-haustechnik.de/barrierefreies_wohnen/barrierefrei.jpg
- Abbildung 112 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein- Westfalen: Sicher und bequem zu Hause wohnen – Wohnberatung für
ältere und behinderte Menschen
Düsseldorf, Meinke GmbH, 2008, 3. Vorlage, S. 25
- Abbildung 113 und Abbildung 114 – Eduard Pestel Institut für Systemforschung
e. V.: Veränderung der Wohnungsnachfrage und Reaktion des Wohnungsangebots
in Nordrhein-Westfalen bis 2025, S.49f.
- Abbildung 118 – eigene Darstellung in Anlehnung an <http://www.vrsinfo.de/>
- Abbildung 123 – <http://www.hemer.de/startseite/neues/117190100000012254.php>
abgerufen am 22.11.2009

- Tabelle 13 – entnommen von <http://www.vafk-schwaben.de/bilder/geburtenraten.jpg>, abgerufen am 14.12.2009
- Tabelle 19 – http://www.alexianer.de/muenster/heidhorn/hausg_konzept.php, abgerufen am 10.11.2009
- Tabelle 20 – Selbstbestimmtes Wohnen im Alter, Bielefelder Modell, Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH, S. 13
- Tabelle 22 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Neue Wohnprojekte für ältere Menschen: Gemeinschaftliches Wohnen in Nordrhein-Westfalen, Beispiele und Wege zur Umsetzung. Hagen: Druck Thiebes GmbH, 2006, 7. Auflage, S. 32f.
- Tabelle 34 – eigene Darstellung anhand von „Wie geht es Ihnen?“, Broschüre der Landesinitiative Demenz-Service NRW, S. 25-26
- Tabelle 35 – <http://www.bhvd.de/bilder/bron1530.jpg>, abgerufen am 25.11.2009
- Tabelle 36 – eigene Darstellung,
Inhalt: §15, Absatz 1, Nr. 1-3 i.V.m. Absatz 3, Nr. 1-3 SGB XI
- Tabelle 38 – http://www.hr-online.de/website/fernsehen/sendungen/index.jsp?rubrik=39758&key=standard_document_38333979&lugal=1&ibp=0, abgerufen am 10.12.2009
- Tabelle 39 – http://www.wdr.de/themen/gesundheit/2/nuesse/_img/nuss1_400h.jpg, abgerufen am 08.12.2009
- Tabelle 40 – http://www.doliwa-naturfoto.de/Bilder-Galerie/Pflanzen/Blumen_5/Tellerfood/wd_D40155.jpg, abgerufen am 09.12.2009



Notizen:

A series of horizontal dotted lines provided for taking notes.

8. Anlagen

8.1. Zielvereinbarung – Projektauftrag

Auftraggeber:		Datum: 10. März 2009
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln, in Zusammenarbeit mit dem Landrat des Rhein-Erft-Kreises und der Bürgermeisterin der Kreisstadt Bergheim		
Verfasser/-innen:		
Dr. Coerw Krüger, FHöV NRW	Renate Könen, Rhein-Erft-Kreis	Britta Fuchs, Kreisstadt Bergheim
Projektauftrag		
Projektbezeichnung:		
Die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises vor den Herausforderungen des demografischen Wandels Schwerpunkt: Wohnen im Alter		
Projektleitung:		
Dr. Coerw Krüger, Lehrbeauftragter FHöV NRW		
Projektbetreuung Rhein-Erft-Kreis:		
Renate Könen, Koordinierungsstelle Familienangelegenheiten, Rhein-Erft-Kreis		
Ausbildungsleitung:		
Hildegard Jansen, Personalamt, Rhein-Erft-Kreis		
Mit in das Projekt eingebunden:		
Britta Fuchs, Fachstelle „Älterwerden“, Stadt Bergheim Horst Schneider, Mitglied im Planungsausschuss im Rat der Stadt Bergheim, Leiter der Arbeitsgemeinschaft 60+ der SPD Rhein-Erft-Kreis		

Projektmitarbeiter/-innen:

Danika Buzzi, Martina Felkel, Judith Günther, Eva Kaminski, Katharina Köhr, Anika Krings-Leufgen, Dennis Lepperhoff, Thomas Malek, Manuela Mischker, Simone Ommerborn, Magdalena Oziemkiewicz, Ramona Skupch, Christina Ulhaas, Sabine Westphal

Projektauftrag:

Sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung haben zur Folge, dass die Menschen immer älter werden. Diese Entwicklung macht sich ebenfalls im Rhein-Erft-Kreis bemerkbar. Der Bevölkerungstrend erfordert von der Kommunalpolitik, Veränderungen in nahezu allen Lebensbereichen vorzunehmen, um den Herausforderungen des demografischen Wandels, insbesondere auf dem Gebiet der Seniorenpolitik, zu begegnen. Dabei zeichnet sich schon jetzt ein Trend in der kommunalen Altenpolitik ab:

Die ambulante Versorgung vor stationärer Unterbringung älterer Menschen bei Erhalt weitestgehender Eigenständigkeit. Die meisten älteren Menschen haben den Wunsch, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt zu leben, auch wenn sie hilfe- oder pflegebedürftig werden. Aber nicht nur die politischen Entscheidungsträger, auch Stadt- und Sozialplaner, Altenhilfeträger sowie Nachbarschafts- und Selbsthilfeinitiativen, um nur einige Beispiele zu nennen, sind gefordert, auf dem Feld der kommunalen Seniorenpolitik zusammenzuarbeiten.

Die Schaffung neuer Wohnmöglichkeiten, die auch im Fall der Pflegebedürftigkeit Lebensqualität bieten und Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen, stellt ein generelles Ziel kommunaler Altenpolitik dar, dem sich auch der Rhein-Erft-Kreis nicht verschließen möchte. In diesem Projekt geht es darum, eine Grundlage/einen Beitrag zur langfristigen Verwirklichung dieses Ziels zu erarbeiten/zu erbringen. Im Hinblick darauf widmet sich das Projekt folgenden Aufgabenschwerpunkten:

- Ermittlung des Bedarfs an seniorenrechtlichen Wohnmöglichkeiten mittels Seniorenbefragungen und Experteninterviews
- Durchführung einer Stärke-/Schwächeanalyse
- Erarbeitung von Handlungsansätzen

Die Ergebnisse sind in einer Projektarbeit zusammenzufassen und politischen Entscheidungsträgern wie auch der breiteren interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Hintergrund und Ausgangslage des Projektes:

Das Projekt steht im Kontext der laufenden Diskussion um die Folgen und Herausforderungen des demografischen Wandels.

Zu dieser Thematik hat der Rhein-Erft-Kreis 2008 einen Demografiebereich unter dem Titel „Weniger – Älter – Bunter: Der Rhein-Erft-Kreis im demographischen Wandel“ vorgelegt.

Hintergrund und Ausgangslage des Projektes:

Darin enthalten ist umfangreiches Zahlenmaterial bezogen auf das Kreisgebiet und die kreisangehörigen Kommunen. Dieses Material kann genutzt werden und somit die Bearbeitung der Thematik bereichern.

Projektziele/zu erarbeitende Ergebnisse:

Bestandsaufnahme des gesamten Ist-Zustands vorhandener bzw. im Aufbau befindliche Wohnformen mit den jeweiligen Möglichkeiten der Pflege und vorhandenen Vernetzungsstrukturen sowohl auf professioneller Basis als auch auf der Basis privater Initiativen in allen kreisangehörigen Kommunen.

Erfassung künftiger Wohnwünsche älterer Menschen bezogen auf das Stadtgebiet Bergheim im Rahmen einer Befragung von 1.000 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Altersklassen.

Erarbeitung von Handlungsansätzen als Diskussions- und Arbeitsgrundlage für verschiedene Akteure.

Zeitlicher Rahmen (Grobe Meilensteinplanung):

1. Projektvorlaufphase (27. März bis 26. Oktober 2009)

Zu leisten:

- Einarbeitung in die Thematik
- Grundlinien des demografischen Wandels sowie Darstellung der demografischen Ausgangssituation und Zukunftsentwicklung im Rhein-Erft-Kreis auf der Grundlage des Demografieberichts
- Problemfeld „Wohnen im Alter“ zunächst basierend auf den Materialien des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW
- Erfassung der Akteure kommunaler Altenpolitik einschließlich der Netzwerkträger der verschiedenen Versorgungsstrukturen
- Planung und Durchführung der Befragung einschließlich der Experteninterviews
- Vorbereitung und Planung der Bestandsanalyse (Kommunen)
- Weitere Projektplanung

Zeitlicher Rahmen (Grobe Meilensteinplanung):

2. Projektdurchführungshase (27. Oktober 2009 bis 04. Januar 2010)

Zu leisten:

- Durchführung der Bestandsanalyse in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises
- Erstellung von Prognosen
- Zusammenführung und Generierung der Ergebnisse aus den beiden Teilstudien zu Handlungs- und Lösungsansätzen
- Anfertigung der Projektarbeit

3. Projektnachlaufphase (ab 05. Januar 2010)

Zu leisten:

- Probepräsentation und Kolloquium
- Endpräsentation
- Projektrückblick

Betreuung durch den Rhein-Erft-Kreis:

Der Landrat des Rhein-Erft-Kreises stellt Räumlichkeiten, technische und personelle Ressourcen zur Verfügung. Weiterhin wird seitens des Kreises und der Stadt Bergheim umfangreiches Datenmaterial zur Verfügung gestellt.

Prozessorganisation/Berichtswesen:

Im Gegensatz zur Seminararbeit handelt es sich beim Projektstudium um eine Teamleistung. Dennoch ist „die Projektarbeit so zu strukturieren, dass die jeweiligen Einzelleistungen der Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erkennbar und bewertbar sind. Projektorganisation und -steuerung obliegt den Studierenden. Die Studierenden stellen ihre Arbeitsergebnisse bei regelmäßigen Projekttreffen dar. Während der Durchführungsphase erfolgt anlässlich der Projekttreffen mündliche Berichterstattung über den Fortschritt der Arbeit an die Projektbetreuerin. Die Präsentation von Zwischenergebnissen erfolgt am Ende eines Meilensteins nach vorheriger Terminabsprache an die Projektleitung und -betreuung.

Stand 14.05.2009

8.2. Projektstrukturplan

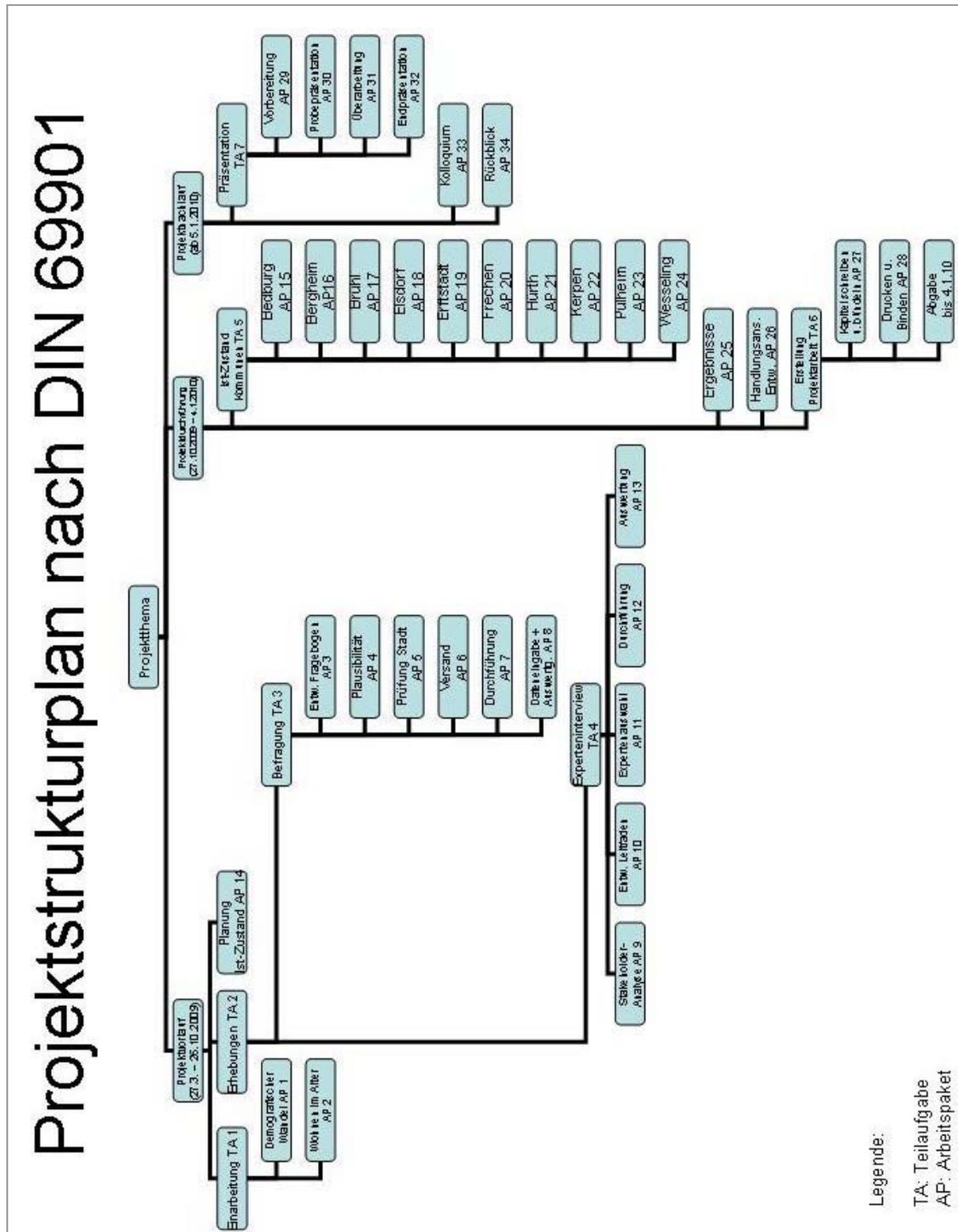


Abbildung 125: Projektstrukturplan nach DIN 69901

8.3. Projektablaufplanung Vorlaufphase (27.03.2009 bis 26.10.2009)

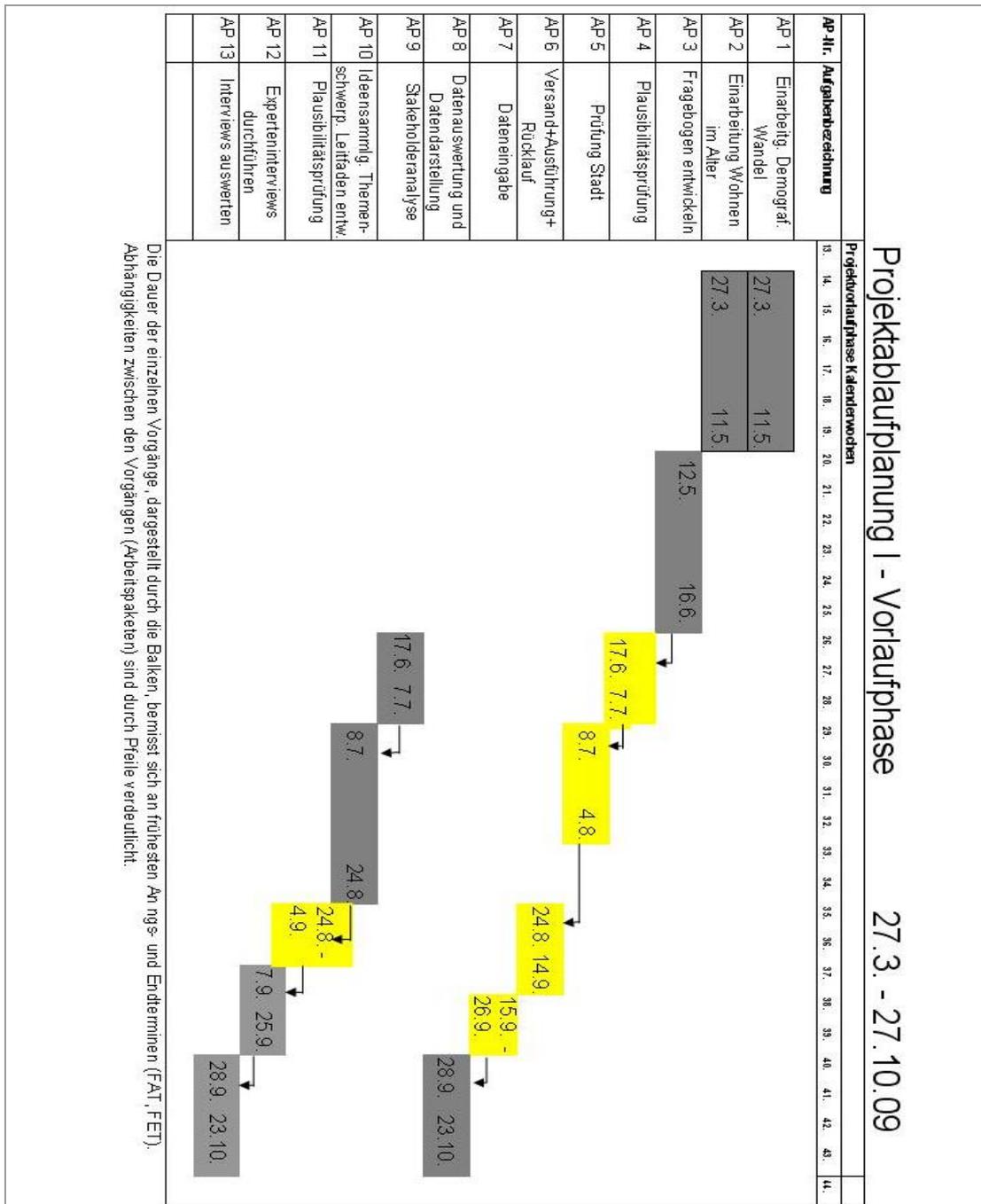


Abbildung 126: Projektablaufplanung Vorlaufphase

8.4. Projektablaufplanung Durchführungsphase (27.10.2009 bis 04.01.2010)

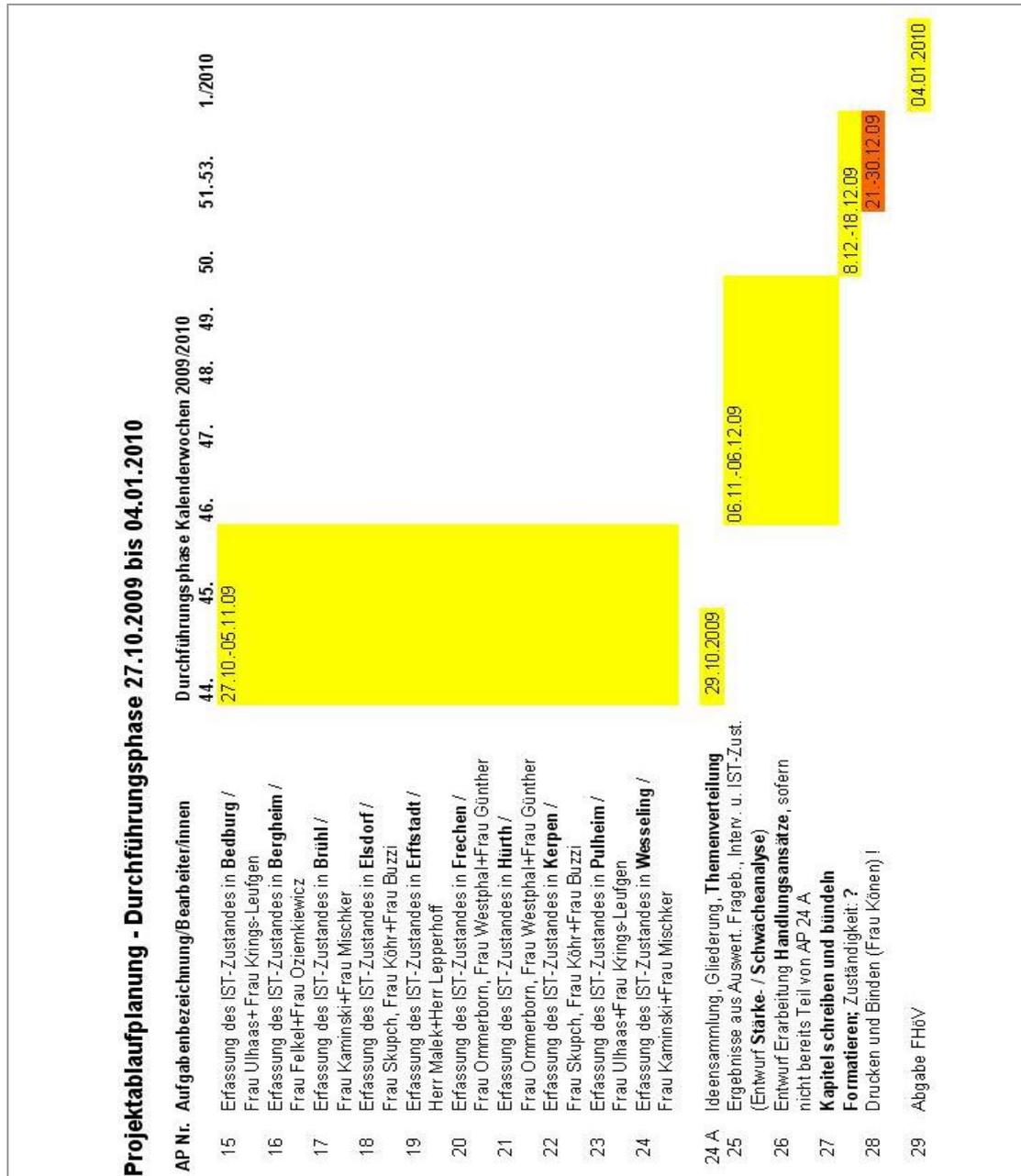


Abbildung 127: Projektablaufplanung Durchführungsphase

8.5. Meilensteinplanung

8.5.1. Zeitplan Bürgerbefragung

12.05.2009	Fragebogenaktion: Ideensammlung, Festlegung der Themenschwerpunkte, Erarbeitung der Fragen in Kleingruppen
16.06.2009	Fragebogen in Abstimmung mit der Stadt Bergheim abschließend erstellt
07.07.2009	Abgabe des Fragebogens für die Benotung
14.07.2009	Überarbeitung des Fragebogens durch die Kreisstadt Bergheim abgeschlossen; Schriftsatz an die Probanden fertigen (Projektbetreuung)
04.08.2009	Plausibilitätsprüfung abgeschlossen; Druck Fragebogen
31.08.2009	Versand der Fragebögen
18.09.2009	Rücklauf der Fragebögen beendet
bis 26.09.2009	Eingabe in die Auswertungssoftware
28.09.-23.10.2009	Auswertung der Ergebnisse
27.10.2009	Beginn der Durchführungsphase

8.5.2. Zeitplan Stakeholderanalyse und Experteninterviews

17.06.2009	Stakeholderanalyse <ul style="list-style-type: none">• Erfassen der Akteure• Interesse• Erwartungshaltung
25.06.2009	Ideensammlung, Themenschwerpunkte, Erarbeitung konkreter Fragen
07.07.2009	Stakeholderanalyse abgeschlossen
04.08.2009	Fragenkatalog abschließend erstellt
19.08.2009	Plausibilitätsprüfung abgeschlossen
28.09.2009	Experteninterviews abgeschlossen
23.10.2009	Interviews ausgewertet

8.6. Fragebogen



Rhein-Erft-Kreis
Amt für Familien, Senioren und Soziales

Ihre Meinung ist uns wichtig
Machen Sie mit!

Sozial Netz
Rhein-Erft

- Fragebogen zum Thema "Wohnen im Alter".
Umfrage des Rhein-Erft-Kreises in Zusammenarbeit mit der FHöV, Abt. Köln, und in Kooperation mit der Kreisstadt Bergheim

• www.rhein-erft-kreis.de

Abbildung 128: Fragebogen

1. Allgemeines

<p>1.1. Haben Sie sich bereits mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>	<p>1.2 Wie bedeutend ist das Thema „Wohnen im Alter“ für Ihre Lebensplanung? <input type="checkbox"/> sehr hoch <input type="checkbox"/> hoch <input type="checkbox"/> niedrig</p>
<p>1.3 Wie und/oder wo informieren Sie sich zum Thema „Wohnen im Alter“? (Mehrfachnennungen möglich) <input type="checkbox"/> Zeitung/Zeitschrift <input type="checkbox"/> Funk/Fernsehen/ Internet <input type="checkbox"/> Seniorentreff <input type="checkbox"/> Beratungsangebote v. Stadt u. Kreis <input type="checkbox"/> Fachbroschüren <input type="checkbox"/> Arztbesuch/Pflegedienst <input type="checkbox"/> Einkauf <input type="checkbox"/> Bekannte, Freunde, Familie <input type="checkbox"/> Seniorenveranstaltungen <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____</p>	<p>1.4 Wie gut gelangen Informationen zum Thema „Wohnen im Alter“ zu Ihnen? <input type="checkbox"/> sehr gut <input type="checkbox"/> gut <input type="checkbox"/> eher schlecht <input type="checkbox"/> gar nicht</p>

2. Wohnsituation

<p>2.1 Wie wohnen Sie heute? (2 Nennungen gewünscht) <input type="checkbox"/> Wohnung <input type="checkbox"/> Haus <input type="checkbox"/> Miete <input type="checkbox"/> Eigentum</p>	<p>2.2 Bitte beschreiben Sie Ihre derzeitige Wohnsituation <input type="checkbox"/> Betreutes Wohnen <input type="checkbox"/> Wohngemeinschaft <input type="checkbox"/> Pflegeheim/Seniorenheim <input type="checkbox"/> ohne Unterstützung oder Pflege <input type="checkbox"/> bei Kindern oder Angehörigen im Haushalt <input type="checkbox"/> mit Unterstützung oder Pflege <input type="checkbox"/> Sonstige: _____</p>										
<p>2.3 Eignet sich Ihre derzeitige Wohnung für ein „Wohnen im Alter“, z.B. im Hinblick auf Barrierefreiheit [s. Erläuterungen]? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> weiß nicht</p>	<p>2.4 Über wie viel Wohnraum verfügen Sie heute? <input type="checkbox"/> unter 45 m² <input type="checkbox"/> 45-60 m² <input type="checkbox"/> 61-80 m² <input type="checkbox"/> 81-120 m² <input type="checkbox"/> über 120 m²</p>										
<p>2.5 Welche Wohnformen [s. Erläuterungen 2.5] könnten Sie sich als ältere Person jetzt oder in Zukunft vorstellen? (Mehrfachnennungen möglich)</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td><input type="checkbox"/> Betreutes Wohnen</td> <td><input type="checkbox"/> Seniorenresidenz</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Wohngemeinschaft</td> <td><input type="checkbox"/> Hausgemeinschaft</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Pflegeheim/Seniorenheim</td> <td><input type="checkbox"/> Mehrgenerationenwohnen</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Private Wohnung mit Pflege</td> <td><input type="checkbox"/> Bei Kindern o. Angehörigen im Haushalt</td> </tr> <tr> <td colspan="2"><input type="checkbox"/> Sonstige: _____</td> </tr> </table>		<input type="checkbox"/> Betreutes Wohnen	<input type="checkbox"/> Seniorenresidenz	<input type="checkbox"/> Wohngemeinschaft	<input type="checkbox"/> Hausgemeinschaft	<input type="checkbox"/> Pflegeheim/Seniorenheim	<input type="checkbox"/> Mehrgenerationenwohnen	<input type="checkbox"/> Private Wohnung mit Pflege	<input type="checkbox"/> Bei Kindern o. Angehörigen im Haushalt	<input type="checkbox"/> Sonstige: _____	
<input type="checkbox"/> Betreutes Wohnen	<input type="checkbox"/> Seniorenresidenz										
<input type="checkbox"/> Wohngemeinschaft	<input type="checkbox"/> Hausgemeinschaft										
<input type="checkbox"/> Pflegeheim/Seniorenheim	<input type="checkbox"/> Mehrgenerationenwohnen										
<input type="checkbox"/> Private Wohnung mit Pflege	<input type="checkbox"/> Bei Kindern o. Angehörigen im Haushalt										
<input type="checkbox"/> Sonstige: _____											

2.6 Was ist Ihnen beim Wohnen im Alter wichtig?				
	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Eigentum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Miete	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Barrierefreiheit (Aufzug/Lift pp.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Garten/Terrasse/Balkon	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gemeinschaftsraum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltsnahe Dienstleistungen [s. Erläuterungen 2.6]	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hausnotruf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haustiere (erlaubt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erreichbare Geschäfte, Ärzte, pp.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Guter öffentlicher Nahverkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gute Nachbarschaftsnetzwerke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kontakt mit anderen Generationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kontakt mit anderen Kulturen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ruhige Wohnlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zentrale Lage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Großstadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Im Stadtteil bleiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erreichbare soziale Angebote und Freizeitangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2.7 Nehmen Sie derzeit Hilfestellungen in Anspruch? (Mehrfachnennungen möglich) <input type="checkbox"/> Gehstock <input type="checkbox"/> Pflegedienst <input type="checkbox"/> Fahrdienst <input type="checkbox"/> Haushaltsnahe Dienstleistungen <input type="checkbox"/> Menseservice/"Essen auf Rädern" <input type="checkbox"/> Hilfe von Nachbarn oder Angehörigen <input type="checkbox"/> Rollator/Rollstuhl <input type="checkbox"/> Einkaufsdienst <input type="checkbox"/> Sonstige: _____ <input type="checkbox"/> NEIN, keine				

3. Wohnumfeld

3.1 Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?			
	immer/so oft wie möglich	nur manchmal	eigentlich nie
Seniorentreff	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kulturelle Unternehmungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Themennachmittage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3.1 Was nutzen Sie oder beabsichtigen Sie eventuell in Zukunft zu nutzen?			
	immer/so oft wie möglich	nur manchmal	eigentlich nie
Spieltreff	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tanzkreis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Singkreis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Theater	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Museum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kirchliche Aktivitäten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildungsangebote	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebote im MEDIO	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Seniorenangebote zum Erhalt der körperlichen und geistigen Fitness	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<p>3.2 Sind Sie mit den vorhandenen sozialen Angeboten zufrieden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>	<p>3.3 Gibt es soziale Angebote, die Sie vermissen? (Mehrfachnennungen möglich)</p> <p>_____</p> <p>_____</p>
<p>3.4 Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld wohl?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Wenn nein, warum nicht?</p> <p>_____</p>	<p>3.5 Können Sie sich vorstellen, im Alter weiter in Ihrem derzeitigen Umfeld zu wohnen?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>
<p>3.6 Käme für Sie ein Umzug in eine andere Umgebung in Betracht?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> nur wenn notwendig</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p>	<p>3.7 Fühlen Sie sich in Ihrem Wohnumfeld sicher?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Wenn nein, warum nicht?</p> <p>_____</p>

4. Mobilität

4.1 Wie gelangen Sie in der Regel zu folgenden Stellen? (bitte höchstens 2 Kreuze pro Zeile)							
	zu Fuß	eigener PKW	Mitfahrgelegenheit im PKW	Bus/Bahn	Taxi	Fahrrad	Sonstige _____
Hausarzt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fachärzte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lebensmittelgeschäfte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freizeitaktivitäten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freunde/Verwandte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4.2 Benötigen Sie bei der Benutzung der Verkehrsmittel fremde Hilfe? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	4.3 Halten Sie die Verkehrsanbindungen für ausreichend? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
--	---

5. Gesundheit

5.1 Leiden Sie an gesundheitlichen Einschränkungen, z.B. ...? (Mehrfachnennungen möglich)				
Chronischen Erkrankungen, die regelmäßige Medikation erfordern?			<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Chronischen Erkrankungen, die regelmäßige Arztbesuche/Klinik-aufenthalte erfordern?			<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Mein anerkannter Grad der Behinderung beträgt: <input style="width: 50px;" type="text"/> %				
5.2 Wurden Sie in eine Pflegestufe eingestuft? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
Falls ja,	0 <input type="checkbox"/>	I <input type="checkbox"/>	II <input type="checkbox"/>	III <input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> in besonderen Härtefällen	<input type="checkbox"/> Keine		<input type="checkbox"/> Keine Angabe	
5.3 Welchen notwendigen Facharzt finden Sie <u>nicht</u> in Ihrer erreichbaren Nähe?				
<input type="checkbox"/> Allgemeinmedizin	<input type="checkbox"/> Gastroenterologie (Magen-Darm-Trakt)			
<input type="checkbox"/> Augenheilkunde	<input type="checkbox"/> Kardiologie (Herz- und Kreislauferkrankungen)			
<input type="checkbox"/> Hals, Nasen, Ohren	<input type="checkbox"/> Neurologie (Erkrankungen des Nervensystems)			
<input type="checkbox"/> Gynäkologie (Frauenheilkunde)	<input type="checkbox"/> Psychologie			
<input type="checkbox"/> Angiologie (Gefäßerkrankungen)	<input type="checkbox"/> Urologie			
<input type="checkbox"/> Endokrinologie (Zusammenspiel der Hormone)	<input type="checkbox"/> Zahnmedizin			
<input type="checkbox"/> Onkologie (Facharzt zur Vorbeugung und Heilung von Krebserkrankungen)	<input type="checkbox"/> Sonstige: _____			
5.4 Haben Sie etwas hiervon an sich selbst in letzter Zeit beobachtet? (Mehrfachnennungen möglich)				
Schlechte Stimmung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	Antriebslosigkeit	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ruhelosigkeit	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	Sinnestäuschungen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Verschlechterter Orientierungssinn	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	Nachlassendes Erinnerungsvermögen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
5.5 Wie gut ist Ihre Versorgung mit ... ?				
	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht
Ärzten/Apotheken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Pflegediensten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Massage/Krankengymnastik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Medizinischer Fußpflege	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige: _____	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Persönliche Angaben

<p>6.1 Ich bin... <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich</p>	<p>6.2 Wie alt sind Sie? <input type="checkbox"/> 45 – 60 Jahre <input type="checkbox"/> 61 – 65 Jahre <input type="checkbox"/> 66 – 75 Jahre <input type="checkbox"/> älter als 75 Jahre</p>
<p>6.3 Ich bin... <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in Partnerschaft lebend <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden/getrennt lebend</p>	<p>6.4 Haben Sie Kinder? <input type="checkbox"/> keine <input type="checkbox"/> 1 <input type="checkbox"/> 2 - 3 <input type="checkbox"/> 4 und mehr</p>
<p>6.5 Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt, Sie selbst eingeschlossen? <input type="text"/></p>	
<p>6.6 Sind Sie oder mindestens ein Elternteil aus dem Ausland eingereist, d.h. besitzen Sie einen Migrationshintergrund? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>	
<p>6.7 In welchem Stadtteil leben Sie? _____</p>	
<p>6.8 Wie hoch ist Ihr aktuelles Nettohaushaltseinkommen monatlich? <input type="checkbox"/> unter 1000 € <input type="checkbox"/> 1000 – 1500 € <input type="checkbox"/> 1501 – 2000 € <input type="checkbox"/> 2001 – 2500 € <input type="checkbox"/> über 2500 €</p>	<p>6.9 Wie hoch sind Ihre derzeitigen Wohnkosten incl. Nebenkosten je Monat? <input type="checkbox"/> unter 350 € <input type="checkbox"/> 351 - 550 € <input type="checkbox"/> 551 – 750 € <input type="checkbox"/> 751 – 1000 € <input type="checkbox"/> 1000–1250 € <input type="checkbox"/> über 1250 €</p>
<p>6.10 Haben Sie einen Wohnberechtigungsschein? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>	
<p>6.11 Engagieren Sie sich ehrenamtlich? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, in welchem Bereich? _____</p>	<p>6.12 Würden Sie sich gerne ehrenamtlich engagieren? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls ja, in welchem Bereich? _____</p>

7. Abschlussfrage

<p>Wenn Sie es könnten, was würden Sie zuerst verbessern? [s. Erläuterungen 7.] (Bitte höchstens 2 Kreuze)</p>	
<p><input type="checkbox"/> Schaffung Wohnraumberatung <input type="checkbox"/> Medizinische Versorgung <input type="checkbox"/> Aufbau Nachbarschaftsnetzwerke <input type="checkbox"/> Öffentlicher Nahverkehr <input type="checkbox"/> Wohnen im Quartier</p>	<p><input type="checkbox"/> Seniorengerechter öffentlicher Raum <input type="checkbox"/> Schaffung von Mehrgenerationenwohnen <input type="checkbox"/> Einkaufsmöglichkeiten <input type="checkbox"/> Freizeitangebote Sonstiges: _____</p>

Sie haben es geschafft ...
Vielen Dank für die freundliche Unterstützung!

Erläuterungen zum Fragebogen

Frage 2.3: Barrierefreiheit gewährleistet Menschen, sich selbst mit Gehhilfe oder Rollstuhl sicher und selbstständig bewegen zu können. Sie sollen nicht durch Barrieren, wie enge Türen, Schwellen, steile Treppen und Bedienelemente, die im Pflegefall erforderlich sind, beeinträchtigt werden.

Frage 2.5: Betreutes Wohnen: Betreute Wohnanlagen bieten barrierefreie, seniorengerechte Wohnungen mit Betreuungsservice. Es werden zwei Verträge abgeschlossen. Ein Miet-/Kaufvertrag für die Wohnung sowie ein bedarfsorientierter Betreuungsvertrag mit Serviceleistungen.

Wohn-/Hausgemeinschaft: Gleichgesinnte mieten oder kaufen Wohnungen/Häuser, helfen sich gegenseitig, behalten aber nach wie vor ihre eigenen Zimmer oder Wohnungen. Der Gemeinschaftsgedanke steht im Vordergrund.

Pflegeheim/Seniorenheim: Bei Pflegeheimen steht die Pflege und Hilfe der Bewohner im Vordergrund, bei Seniorenheimen hauptsächlich das Wohnen unter Betreuung.

Private Wohnung mit Pflege: Bei Verbleib im bisherigen Wohnumfeld kann Hilfe oder Pflege durch einen Pflegedienst, Angehörige oder vertraute Personen übernommen werden.

Seniorenresidenz (Wohnstift): Ein Seniorenwohnsitz für gehobene Ansprüche. Die Bewohner wohnen in einer Wohnung innerhalb einer Wohnanlage mit der Verpflichtung, bestimmte Dienstleistungen (z.B. Mahlzeiten, Wohnungsreinigung) abzunehmen. Sie bietet viele zusätzliche Leistungen an.

Mehrgenerationenwohnen: Mehrere Personen verschiedenen Alters wohnen in einer großen Wohnung/einem Haus, mit mindestens zwei separaten Wohneinheiten. Gemeinschaftsräume wie Bad, Küche, Wohnzimmer, Garten werden je nach Einrichtung und Bedürfnis gemeinsam genutzt. Ziel ist die Erhaltung der Selbstständigkeit sowie die Möglichkeit von gegenseitiger Hilfe und Unterstützung im Alltag.

Fragen 2.6 + 2.7: Haushaltsnahe Dienstleistungen: Darunter fallen alle Dienstleistungen, die Alleinstehenden, Familien und Haushalten den Alltag erleichtern, wie z.B. Reinigung der Wohnung, Pflege von Angehörigen, Gartenpflegearbeiten, kleinere Reparaturen im Haus sowie Umzugsdienstleistungen für Privatpersonen.

Frage 7: Wohnraumberatung umfasst die Klärung technischer Fragen, Informationen zu Finanzierung und Planung bzgl. barrierefreiem Wohnen, Wohnraumanpassung sowie Wohnraumsicherheit.

Ziel ist, die selbstständige Lebens- und Haushaltsführung in der eigenen Wohnung zu erhalten, zu verbessern oder wiederherzustellen.

Wohnen im Quartier: Menschen sollen auch bei steigender Hilfebedürftigkeit in ihrem Wohnumfeld leben können. Seniorengerechte Stadtteile zeichnen sich durch barrierefreie Umgebung, kommunikative und ruhige Orte zum Verweilen, Bäcker und Bushaltestelle um die Ecke, sowie soziale und kulturelle Infrastruktur aus. Selbsthilfe und Hilfe durch Angehörige und Nachbarn gehen hier vor Fremdhilfe durch professionelle Dienstleister.

Öffentlicher Raum sind Flächen, die der Öffentlichkeit frei zugänglich sind und von der Kommune bewirtschaftet und unterhalten werden. Dazu gehören Grünanlagen, Gehwege, Spielplätze, Springbrunnen sowie Fahrbahnen und öffentliche Gebäude.

8.7. Stakeholderanalyse (Frau Kaminski, Frau Mischker, Frau Ommerborn, Frau Westphal)

Macht-/ Interessen-Matrix

Berücksichtigung der Interessen und des Faktors "Macht/Einfluss auf die Umsetzung"

		Interesse	
		gering	groß
Macht/ Einfluss	gering	A minimaler Aufwand	B informieren
	hoch	C zufrieden stellen	D wichtigste Akteure

Tabelle 47: Macht-/Interessen-Matrix (Teil der Stakeholderanalyse)

Zur besseren Lesbarkeit wird die Tabelle der Stakeholderanalyse im Folgenden doppelseitig dargestellt werden.

Stakeholder		Interessen	
Auftraggeber			
Rhein-Erft-Kreis	Der Landrat	Förderung der Zufriedenheit älterer Menschen im Rhein-Erft-Kreis bedarfsgerechte Ausgestaltung künftiger Wohnmöglichkeiten Wohn- und Lebensqualität älterer Menschen verbessern	groß
	Amt für Familien, Senioren und Soziales (Dezernent, Amtsleiter)		
Kreisstadt Bergheim	FB 5 – Jugend, Bildung, Soziales (5.2 Integrierte Stadtteilerneuerung „Soziale Stadt“/ 5.3 Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen)	Förderung der Zufriedenheit hinsichtlich der Wohnwünsche älterer Menschen in der Kreisstadt Bergheim	groß
	FB 6 – Planen, Bauen, Umwelt, Städtische Betriebe	Das Leben im Alter im Stadtgebiet Bergheim attraktiver gestalten, z.B. durch neue Konzepte im Freizeitbereich wie Parkanlagen, Wellness, Innenstadtbelebung, Neuansiedlung von Geschäften im Zentrum	

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projekt- arbeit	hemm- end	unter- stütz- end	
Auftraggeber					
<p>Informationsdefizit entgegen zu wirken, durch entsprechende Beratungsangebote</p> <p>Durch neue Konzepte und Angebote Zuwanderung im REK fördern/ Abwanderung verringern</p>	<p>großer Einfluss, da Entscheidungskompetenz bezüglich Durchführung unterschiedlicher Projekte</p>	hoch		x	D
<p>Zuwanderung in der Kreisstadt Bergheim fördern/ Abwanderung verringern</p>	<p>kann ihre Interessen wiederum gegenüber dem Rhein-Erft-Kreis als überörtlichen Träger geltend machen, hat größere Nähe zur Bevölkerung und somit zu deren Interessen</p>	hoch		x	D

Stakeholder		Interessen	
Projekt			
FHöV NRW		aktuelle Themenvorschläge für weitere Projekte (allgemeine Interesse) Interesse speziell für unser Projekt eher gering	groß
Lenkungsteam			groß
Studierende		gegebenfalls eigene Betroffenheit im privaten Bereich (Großeltern) Anerkennung Erhalt des Projektscheins, gute Benotung	groß
Testprobanden		Plausibilitätsprüfung und eigenes Interesse	gering
Interviewpartner		Interesse an Mitbestimmung und Partizipation, Möglichkeit auf Mißstände aufmerksam zu machen und Vorschläge zu unterbreiten, Kooperationsgedanke	groß
Nutznieser			
Bürger/-innen der Kreisstadt Bergheim		Mitbestimmung und Partizipation (fördert Interesse und Engagement) Selbstständigkeit bis ins hohe Alter, selbstbestimmtes und eigenständiges Wohnen im gewohnten Umfeld; würdiges Altern	groß
Angehörige der älteren Bergheimer Generation		Interesse hinsichtl. künftiger Betreuung/Pflege der eigenen Eltern/Angehörigen Interesse hinsichtlich des eigenen Bedarfs im Alter, gegebenenfalls Interesse an Mitbestimmung und Partizipation	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projekt- arbeit	hemm- end	unter- stütz- end	
Projekt					
repräsentative Resultate	-	gering		x	-
gutes Ergebnis der Pro- jektarbeit	gering	hoch		x	-
gute Zusammenarbeit innerhalb des Teams	gering	hoch		x	-
	-	gering- mittel		x	-
	mittel-hoch	mittel-hoch		x	D
Nutznieser					
	nur mittelbarer Einfluss; Wünsche der Bürger/-innen beeinflussen die Entscheidungen der Verantwortlichen (z.B. Rat) - mittel	hoch		x	B
	-	gering		x	-

Stakeholder		Interessen	
Kreisangehörige Kommunen	Bedburg, Bergheim, Brühl, Elsdorf, Erftstadt, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim, Wesseling	Planungen in der eigenen Kommune voranbringen; Ergebnisse, Erkenntnisse sowie Erfahrungen übernehmen; Inter- und intrakommunaler Austausch wird gestärkt (bessere Lösungs- und Konzeptfindung)	groß
Bürger/-innen der kreisangehörigen Kommunen		informatives Interesse, gegebenenfalls auch um einen Überblick zu erhalten, welche Angebote im REK vorhanden sind; Interesse hinsichtlich des eigenen Bedarfs im Alter	gering
Bausektor			
Wohnungsbau-gesellschaften	Erftland, GWG	Sachgerechte Lösungen für ältere Menschen zu finden/ entwickeln/fördern. Durch demografischen Wandel ist die neue Zielgruppe die Generation 50+. Es gilt auf deren Bedürfnisse einzugehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und neue Kunden zu gewinnen. Imagegewinn; neues Marktsegment Bedarf an barrierefreiem Wohnraum erkennen Grundstein für Investitionen in Wohnformen	groß
Investoren		lohnenswerte Projekte zur Gewinnmaximierung Aufzeigen von Alternativen für neue Wohnformen Bedarf an barrierefreiem Wohnraum erkennen	groß
Architekten		Maximierung des Auftragsvolumens durch optimale Anpassung der Gebäude bzw. Wohnungen an die Bedürfnisse älterer Menschen; Bedarf an barrierefreiem Wohnraum erkennen; Aufzeigen von Alternativen	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projektarbeit	hemmend	unterstützend	
	hoch, da u.a. Planungshoheit	mittel		x	D
	-	gering		x	-

Bausektor

	mittlerer Einfluss, wirken bei Planungen beratend und unterstützend mit	gering		x	B
	großer Einfluss, da Projekte abhängig von Finanzierung	gering		x	D
	mittlerer Einfluss, Vorschläge und Ideen zu Planung und Entwicklung	gering		x	B

Stakeholder		Interessen	
Handwerker		städtebauliche Modernisierungs- und Verbesserungsmaßnahmen bedeuten größeres Auftragsvolumen ; Innovation, Wettbewerbsfähigkeit	groß
private Käufer eines Hauses		Interesse an Fördergeldern von Land und Bund bei barrierefreiem Um-/Neubau Absicherung im Alter, schon jetzt für ein barrierefreies Wohnen (vor-)sorgen	gering
<i>Gesellschaft</i>			
Integrationsbeauftragte		Integration, gegebenenfalls durch neue Wohnformen, die dieses Ziel fördern	groß
Kirchen		Erhaltung der Kirchengemeinde Interesse daran, Abwanderung aus der Kommune und somit auch aus der örtlichen Kirchengemeinde zu vermeiden	groß
Seniorenbeauftragte		möglichst große Auswahl an lokalen Angeboten, um den älteren Menschen in ihrer Umgebung möglichst viel zu bieten/zu ermöglichen oder Kontakte zu anderen Beratungsstellen zu vermitteln Initiierung und Förderung möglichst vieler Ehrenamtlicher und Selbsthilfegruppen Zusammenhalt in der Kommune fördern	groß
Nachbarschafts- und Selbsthilfeinitiativen		gemeinsame Interessen; Netzwerke schaffen; Unterstützungsinstanz der älteren Bürger	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projekt- arbeit	hemm- end	unter- stütz- end	
	geringer Einfluss, da sie lediglich Aufträge ausführen und auf diese angewiesen sind	gering		x	B
	als Auftraggeber haben sie Einfluss auf die Nachfrage, indirekte Investoren	gering		x	A
Gesellschaft					
	gering, da nur beratende Funktion	gering		x	B
	Einfluss – je nach Trägerschaft	gering		x	B
	gering, da nur beratende Funktion	gering		x	B
	gering	gering		x	B

Stakeholder		Interessen	
Ehrenamtler		Interesse, älteren Menschen zu helfen damit sie möglichst selbstständig, eigenbestimmt und zufrieden leben können; Selbst neue Kontakte knüpfen; Gefühl „gebraucht“ zu werden und eine Aufgabe zu haben auch Engagement und Aktivität der älteren Bürger/innen für ein Ehrenamt nutzen	groß
Interessenvertretungen	z.B. Kerpener Netzwerk 55plus	Unterstützungs- und Informationsinstanz	groß
Wohlfahrtsverbände	AWO KV Rhein-Erft, Caritas, DRK, DPWV, Diakonie	Unterstützungs- und Informationsinstanz	groß
Vereine	z.B.: Mehrgenerationenhaus OASE in Frechen (Anlaufstelle/ Dienstleistungshaus) Generationen Akademie Rheinland (Vorstand: Landrat)	Dienstleistungen können angeboten und nachgefragt werden Aktivität der älteren Bürger/-innen nutzen Interesse an Förderung der (privaten) Konzepte durch Zuschüsse (finanzielle Unterstützung)	groß
Politik			
Rat der Kreisstadt Bergheim	Ratsmitglieder der Kreisstadt Bergheim	Interesse am Wohl/Gesundheit der Senioren, zusätzliches sekundäres Interesse daran, die Senioren auch politisch zu überzeugen; Interesse an Wiederwahl Grundsatzangelegenheiten des demografischen Wandels	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projekt- arbeit	hemm- end	unter- stütz- end	
	groß	gering		x	D
	gering, da nur beratende Funktion	gering		x	B
	groß	hoch		x	D
	-	gering		x	B

Politik

Steuernde Funktion, um Kostenflut entgegen zu wirken	groß – können gegebenenfalls beim LVR ihren Einfluss geltend machen Entscheidungen werden auf breitere Erkenntnisbasis gestellt, durch Vorberatung in den Fachausschüssen	mittel		x	D
--	---	--------	--	---	---

Stakeholder		Interessen	
Kreistag des Rhein-Erft-Kreises	Kreistagsmitglieder des Rhein-Erft-Kreises	siehe Rat der Kreisstadt Bergheim	groß
Bürgerausschuss	Mitglieder des Bürgerausschusses im Rat der Kreisstadt Bergheim	Demografie, Alter, Pflegeplanung	groß
Ausschuss für Planung und Umwelt (Bergheim)	Ausschussmitglieder der Kreisstadt Bergheim	Schaffung von Baurecht Verbesserungen des Stadtbildes durch neue Parkanlagen oder optimale Nutzungen von Brachgeländen bzw. leerstehende Gebäude sowie Verbesserung der Angebote	mittel
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und Familie	Ausschussmitglieder des Rhein-Erft-Kreises	kreative Aspekte für das Seniorenkonzept	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projektarbeit	hemmend	unterstützend	
siehe Rat der Kreisstadt Bergheim	mittel - Beschlüsse zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln, z.B. Übernahme der Kosten f. Senioreneinrichtungen	mittel		x	D
alternative Gesichtspunkte, neue Ideen zur Umsetzung	groß – Vorbereitung der Beschlüsse für den Haupt- und Personalausschuss sowie den Rat der Kreisstadt	mittel			D
Auswirkungen des demografischen Wandels entgegen zu wirken	großer Einfluss Vorbereitung der Beschlüsse im Rat; durch optimale Nutzungen sind eventuell finanzielle Entlastungen möglich	mittel		x	C
Erwartung: u.a. alternative Wohnformen für Demenzerkrankte langfristige Senkung der Fallzahlen im stationären Bereich (dadurch auch Kostensenkung)	großer Einfluss direkte Betroffenheit, da Einfluss auf den Kreistag	gering		x	D

Stakeholder		Interessen	
Seniorenbeirat	Hürth, Kerpen, Pulheim, Wesseling	<p>Verbesserung der Lebensbedingungen für ältere Menschen</p> <p>Unterstützung der in der Altenarbeit tätigen Vereine, Wohlfahrtsverbände und Einrichtungen</p> <p>Öffentlichkeitsarbeit um die Belange der Senioren in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken</p>	mittel
Presse		Berichterstattung	groß
Gesundheitssektor			
Ärzte		Ansiedlungsbereitschaft, aufgrund des großen Bedarfs	groß
Krankenkassen		Erhalt der Selbstständigkeit/ Eigenständigkeit und Mobilität älterer Menschen, um die Kosten möglichst gering zu halten; mehr vorbeugende/vorbereitende Maßnahmen/Beratungsangebote	groß
Unternehmen und Dienstleistungsanbieter		aus den steigenden Pflege- und Versorgungsbedürfnisse im Alter ergibt sich eine größere Nachfrage an verschiedensten Dienstleistungen, insbesondere beim Verbleiben der Pflegebedürftigen in der eigenen Wohnung	groß

Erwartungshaltung	Macht/ Einfluss		Faktoren		Macht-/ Interessen Matrix
	auf die Umsetzung	auf die Projekt- arbeit	hemm- end	unter- stütz- end	
	entfällt, da es in Bergheim keinen Seniorenbeirat gibt	gering		x	A
	gering	gering		x	B
Gesundheitssektor					
	gering	gering		x	B
neue Impulse durch das Projekt	-	gering		x	B
	-	gering		x	B

Tabelle 48: Stakeholderanalyse

8.8. Experteninterviews

8.8.1. Frau Fielitz, FDP-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Frau Buzzi)

Interviewpartnerin: Frau Fielitz, FDP Bergheim

Interviewerin: Danica Buzzi

Interviewtermin: 31.08.2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Fielitz beschäftigt sich zum einen als Seniorenbeauftragte und Fraktionsmitglied der FDP mit dem Thema „Wohnen im Alter“, denn nicht nur in überregionaler Politik ist dies ein aktuelles Thema, sondern auch in Bergheim, wo sich seit dem Vorliegen des Gutachtens „Weniger, älter, bunter“ intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt wird.

Zum anderen ist Frau Fielitz Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins Haus und Grund Bergheim e.V., einer Vereinigung von Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümern, die sich auch mit dem behindertengerechten bzw. barrierefreien Umbau von Eigentum beschäftigen.

Zudem ist Frau Fielitz aus familiären Gründen selbst sehr an dem Thema „Wohnen im Alter“ interessiert.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation in Bergheim Priorität?

Antwortwiedergabe:

Eine neue (alternative) Wohnform müsse nicht unbedingt angeboten werden, wobei die Betonung auf NEU liegt. Solange es möglich sei, sollten die Bürger in ihren eigenen vier Wänden wohnen. Gegebenenfalls seien zu gegebener Zeit Umbaumaßnahmen

nötig, da die wenigsten Menschen beim Haus- bzw. Wohnungsbau mit 30-40 Jahren an mögliche Barrieren im Alter denken. Betreutes Wohnen sei grundsätzlich eine gute Alternative, allerdings möge darauf geachtet werden, dass die Eigenständigkeit der Bewohner erhalten bleibt. Für den Notfall solle dann allerdings auf Versorgungsmöglichkeiten zurückgegriffen werden können. Das ST. LAZARUS Haus in Bergheim sei grundsätzlich optimal für ein „Wohnen im Alter“, allerdings sei laut Frau Fielitz der Kostenfaktor eher negativ zu sehen.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Stadtgebiet Bergheim künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Frau Fielitz wünscht sich als Seniorenbeauftragte und Vorsitzende von Haus & Grund Bergheim mehr klassische Mietwohnungen mit Versorgungssicherheit. Die FDP-Fraktion unterstützt die entsprechende Baumaßnahme.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in andern Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für die Kreisstadt Bergheim zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin hält weitere Wohnmodelle auch für die Kreisstadt Bergheim zielführend.

Frage 4.1: Um welche(s) Wohnmodell(e) handelt es sich konkret?

Antwortwiedergabe:

Besonders die Quartiersentwicklung solle voran getrieben werden. Es haben bereits einige Gespräche mit der Stadtverwaltung stattgefunden. Wichtig sei es hierbei insbesondere, die Bürger/-innen zu mobilisieren. Erwartet wird, dass auch die Bürgerinnen und Bürger tätig werden, damit ein Quartier altersgerecht aus- und umgebaut werden

kann. Des Weiteren sei das privat finanzierte „Hausmutter“-Konzept⁴³⁰ eine gute Alternative.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Zuerst sollte versucht werden, private Initiativen und Investoren zu finden, die genügend Eigenkapital einbringen können, bzw. betroffene Bürger/-innen, die über eine angemessene Rente/Pension verfügen. Andernfalls seien Kooperationen mit caritativen Einrichtungen, Kirchen und gegebenenfalls Vereinen eine gute Lösung.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Die Bildung von Netzwerken sei in jedem Fall sinnvoll. Es gibt Kommunen, in denen Seniorenbeiräte diese Aufgabe übernommen haben. Sie sind häufig die gewünschte Anlaufstelle für alle Fragen, die im Zusammenhang mit „Wohnen im Alter“ auftreten und die dann auch die Lösungen anbieten können. In der Kreisstadt Bergheim gibt es keinen Seniorenbeirat.

Frage 5.1: In welchen Bereichen halten Sie die Bildung von Netzwerken für sinnvoll?

Antwortwiedergabe:

Zum einen in den oben genannten Bereichen (Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen), zum anderen wäre es sinnvoll, eine einheitliche Anlaufstelle für mögliche Fördergelder (barrierefreier, behindertengerechter Umbau) einzurichten, da sich hier für den Bürger oft unüberbrückbare Hürden auftun. Die Bürgerfreundlichkeit könne zudem durch einen einheitlichen Ansprechpartner gefördert werden.

⁴³⁰ Es handelt sich bei dem „Hausmutter“-Konzept um eine betreute Wohngruppe älterer Menschen mit Demenz. Der Alltag der Demenzerkrankten wird tagsüber von einem Team aus gerontopsychiatrisch erfahrenen Kräften betreut. (z.B. Villa Mauritz, Münster)

Eine weitere Möglichkeit sei es, dass ein Investor nach den Wünschen der künftigen Bewohner baue (Investorenmodell).

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Frau Fielitz befürwortet den Einsatz freiwilligen Engagements. Die FDP steht für „Eigen vor Staat“. Favorisiert werden soll immer die Eigeninitiative der Bürger/innen.

Frage 6.1: Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Die Situation ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht einschätzbar.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Zum einen möchte die FDP mit ihren Anträgen im Planungsausschuss erreichen, dem speziellen Wohnbedarf im Alter gerecht zu werden, in dem ganze Baugebiete unter dieser Prämisse geplant werden. Zum anderen möchte Frau Fielitz im Arbeitskreis „Wohnen im Quartier“ mitarbeiten. Des Weiteren müsse z.B. die Erftland GmbH etwas für den Wohnungsumbau tun.

Frage 8: Inwiefern können Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Frau Fielitz erhofft sich durch die Projektarbeit, dass ihre Partei noch mehr auf das Thema „Ältere“ eingeht. Zudem wären Handlungsansätze und Ideenfindungen wünschenswert.

Synopse

Nach Meinung der Interviewpartnerin soll bei der Wohnform besondere Priorität auf die Erhaltung der Eigenständigkeit der Bewohner gelegt werden. Das St. Lazarus Haus in Bergheim, mit dem Angebot des betreuten Wohnens mit Versorgungssicherheit neben stationären Pflegeplätzen, bietet dazu grundsätzlich ein gutes Beispiel. Die FDP-Fraktion unterstützt gezielt Baumaßnahmen, damit klassische Mietwohnungen mit Versorgungssicherheit als favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis angeboten werden können. Als weiteres Wohnmodell sollte die Quartiersentwicklung vorangetrieben werden. Das privat finanzierte „Hausmutter“-Konzept ist nach Meinung von Frau Fielitz auch eine gute Alternative neuer Wohnformen.

Für die Umsetzung der favorisierten Wohnformen müssen zum einen private Initiativen und Investoren mit genügend Eigenkapital bzw. Bürger mit ausreichender Rente/Pension gefunden werden, zum anderen bieten sich aber auch Kooperationen mit caritativen Einrichtungen, Kirchen und gegebenenfalls Vereinen an. Als positiven Beitrag möchte die FDP mit ihren Anträgen im Planungsausschuss erreichen, dass ganze Baugebiete unter der Prämisse des speziellen Wohnbedarfs im Alter geplant und umgesetzt werden.

Für die Fraktion steht die Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle; das freiwillige Engagement im Bereich Wohnen/Wohnumfeld sei deshalb definitiv zielführend.

Frau Fielitz erhofft sich durch die Projektarbeit, dass ihre Partei noch mehr auf das Thema „Ältere“ eingeht. Zudem wären Handlungsansätze und Ideenfindungen wünschenswert.

8.8.2. Herr Jütte, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Kreisstadt Bergheim (Frau Köhr)

Interviewpartnerin: Herr Jütte, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Interviewerin: Katharina Köhr

Interviewtermin: 01.09.2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Für die Partei Bündnis 90/Die Grünen ist das Thema Wohnen im Alter noch kein Schwerpunkt des aktuellen politischen Programms.

Die Partei beschäftigt sich zwar im Rat und in Fachausschüssen mit diesem Thema, jedoch liegt noch kein endgültiges Ergebnis vor. Der Fraktionsvorsitzende Herr Jütte weiß jedoch um die zunehmende Bedeutung des Themas in den kommenden Jahren.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation in Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) Priorität?

Antwortwiedergabe:

Zunächst benennt Herr Jütte die Senioren WGs, die er als alternative Wohnform bevorzugt, sofern ein stetes Nachrücken bei Versterben älterer Bewohner gesichert ist, damit ein dauerhaftes Bestehen der WGs gesichert ist.

Die Form des Mehrgenerationenwohnens hält Herr Jütte insoweit für problematisch, als dass dies, wenn es bei Familienmitgliedern schon oftmals nicht gelingt, miteinander unter einem Dach zu leben, bei Fremden Personen erst recht zu Komplikationen führen kann.

Die Form des klassischen Altersheims scheidet für Herrn Jütte kategorisch aus.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Stadtgebiet Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen ergreift derzeit noch keine konkreten Maßnahmen, um das Angebot an alternativen Wohnformen auszubauen. Jedoch ist der Fraktionsvorsitzende Herr Jütte der Meinung, dass für den Ausbau alternativer Wohnformen zunächst private Investoren gefunden werden müssen. Die Kommunen kommen für Herrn Jütte als Bauherren kaum in Betracht, da sie in der Regel nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Sie können jedoch insofern tätig werden, als dass sie Grundstücke oder Objekte anbieten und Menschen zusammenbringen könnten, die Interesse an alternativen Wohnformen haben.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für die Kreisstadt Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Ja. Wenn die Modelle in anderen Kommunen funktionieren, warum dann nicht auch in Bergheim (Rhein-Erft-Kreis)?!

Frage 4.1: Falls ja, welche Modelle?

Antwortwiedergabe:

Zu den verschiedenen Modellen kann Herr Jütte im Einzelnen wenig sagen, er zieht jedoch grundsätzlich jede alternative Wohnform den klassischen Pflegeheimen vor. Er ist der Meinung, dass der Trend von den Altenheimen weg, vermehrt zu altersgerechten Wohnungen geht. Herr Jütte bevorzugt alternative Wohnformen, bei denen die Bewohner so lange wie möglich selbstständig sein können, Hilfe jedoch vor Ort vorhanden sein soll, damit ältere Menschen auch in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können, wenn sich ihr Gesundheitszustand verschlechtert, und sie so Ihr Wohnumfeld nicht aufgeben müssen.

Frage 4.2 Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Den größten Kooperationspartner sieht Herr Jütte in privaten Investoren. Auch benennt er Wohlfahrtsverbände, sowie private Interessenten mit ausreichend Kapital, da alternative Wohnformen, wie beispielsweise Seniorenwohnanlagen sehr kostspielig sein können.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Ja, damit Menschen sich ergänzen und voneinander lernen können.

Frage 5.1: Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

Als wesentlichen Bereich, in dem Netzwerke zum Thema „Wohnen im Alter“ gebildet werden können, nennt Herr Jütte Rat sowie Verwaltung, die initiiierend tätig werden sollen, wie dies bereits beim Kinder- und Jugendschutz geschieht.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz von freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Der Fraktionsvorsitzende Herr Jütte erachtet das Ehrenamt als sehr hilfreich. Er sagt, es sei wichtig, älteren Menschen eine Aufgabe zu geben, gerade wenn es eine so wichtige und notwendige Aufgabe ist. Darüber hinaus sagt er, dass kein Gesellschaftsbereich ohne Ehrenamt auskommt. Jedoch sei Ehrenamt alleine nicht ausreichend. Auch die nötige Professionalität sei erforderlich.

Frage 6.1: Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Als notwendige Strukturen benennt Herr Jütte dabei insbesondere Anregungen durch die Stadt, oder eine Anlaufstelle, die unterstützt, informiert und Menschen, die helfen

wollen, zusammenführt. So eine Stelle, die Auskünfte erteilt und Fragen beantwortet existiert beispielsweise bereits im Rat der Stadt Bergheim.

Außerdem sei es wichtig, dass den ehrenamtlichen Helfern gedankt wird und ihre Hilfe wertgeschätzt wird.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Wie bereits eingangs erwähnt, sind für Bündnis 90/Die Grünen die Themen „Wohnen im Alter“ und „Alternative Wohnformen“ noch nicht Schwerpunkt, da sie eine sehr große Bandbreite an Bereichen beinhalten und somit für eine kleine Fraktion wie Bündnis 90/Die Grünen nicht umfassend bearbeitbar sind. Jedoch werden die Initiativen und Anregungen anderer Fraktionen, die sich intensiver mit diesem Thema befassen können von der Partei unterstützt, da „Wohnen im Alter“ gerade in der Stadt Bergheim ein wichtiges Thema ist. Auch beteiligen sich Bündnis 90/Die Grünen aktiv an Diskussionen und Entscheidungen, um durch Einbringen ihrer Auffassung zu diesem Thema die Entwicklung neuer Wohnformen im positiven Sinne zu beeinflussen.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Von einer Projektarbeit zum Thema „Wohnen im Alter“ kann die Partei nach Angaben von Herrn Jütte profitieren, da auf diesem Wege wichtige Informationen erarbeitet werden können, die hilfreich für Diskussionen auf diesem Themengebiet sind. Außerdem erachtet Herr Jütte es als sehr wichtig, dass die betroffenen Menschen in die Entscheidung, wie sie in Zukunft leben möchten, mit einbezogen werden.

Synopse

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen in Bergheim hat sich das Thema Wohnen im Alter noch nicht zum Schwerpunkt gemacht und daher auch bislang keine konkreten Maßnahmen ergriffen, jedoch unterstützt die Partei Initiativen und Anregungen anderer Fraktionen im Rat, damit ein Fortschritt auf diesem Gebiet erreicht werden kann.

Als alternative Wohnformen werden von Herrn Jütte Senioren WGs und solche Wohnformen favorisiert, bei denen die Selbstständigkeit der Menschen gewahrt bleibt und sie so lange wie möglich in Ihrem gewohnten Umfeld leben können. Hilfe sollte dabei vor Ort zu finden sein.

In der Form des Mehrgenerationenwohnens sieht Herr Jütte nicht nur Vorteile, jedoch seien grundsätzlich alle alternativen Wohnformen der klassischen Form des Altersheims vorzuziehen.

Für die Schaffung alternativer Wohnformen sind laut Herrn Jütte insbesondere private Investoren notwendig, jedoch können auch Kommunen ihren Beitrag leisten, in dem sie Grundstücke oder Objekte anbieten und Menschen zusammenbringen, die Interesse an alternativen Wohnformen haben. Dies können laut Herrn Jütte neben Investoren auch Wohlfahrtsverbände und private Interessenten sein.

Auch die Bildung von Netzwerken sowie der Einsatz von ehrenamtlichem Engagement sei sinnvoll, da Interessierte so voneinander lernen und sich gegenseitig ergänzen können. Jedoch sollte dabei die notwendige Professionalität nicht fehlen, eine Anlaufstelle für engagierte Menschen oder Anregungen durch die Kommunen seien sehr hilfreich.

Von der Projektarbeit erhofft sich die Partei, dass einige wichtige Informationen für Diskussionen auf diesem Themengebiet erarbeitet werden können.

8.8.3. Frau Schreyer, AG 60 plus der SPD Rhein-Erft-Kreis (Frau Günther)

Interviewpartnerin: Frau Schreyer
Arbeitsgemeinschaft (AG) 60plus
der SPD Rhein-Erft-Kreis

Interviewerin: Judith Günther

Interviewtermin: 07. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Schreyer von der AG 60plus beschäftigt sich schon seit ihrem 50. Lebensjahr mit dem Thema „Wohnen im Alter“. Ihre Mutter ist bereits in dem Haus, in dem sie nun wohnt, gealtert, wodurch die Problematik und die Grenzen des Wohnens im Alter deutlich wurden. 1995 begann sie, die untere Etage des Hauses altersgerecht umzugestalten. So veranlasste sie beispielsweise den Umbau zu einer barrierefreien Dusche. Die Befragte sei sich bewusst, dass sie dennoch auf Dauer nicht allein leben könne und die Versorgung durch ihre Kinder nicht in Betracht komme. Aktuell stelle sie Überlegungen an, welche Alternativen sich bieten und sei auf der Suche nach einem(r) geeigneten Mitbewohner/-in, der/die mit ihr eine Wohngemeinschaft bilden könne.

Bauherrenprojekte seien schon immer interessant für sie gewesen, jedoch sprengten diese ihre finanziellen Möglichkeiten. Finanzierbar sei dies nur durch den Verkauf ihres Hauses. Für eine tolle Wohnung in einer solchen Einrichtung eines Bauherrenprojektes, so Frau Schreyer, sei der Erlös aus dem Verkauf des Hauses jedoch schnell aufgebraucht.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Ältere Menschen sollten sich zusammentun mit dem Ziel, nach ihren Wünschen entsprechend altersgemäß zu bauen. Dies setze voraus, dass alte Menschen bereit sind, ihre Mittel einzusetzen und gegebenenfalls Eigentum zu verkaufen. Der Interview-

partnerin ist wichtig so lange wie möglich über sich selbst zu bestimmen. Sie bevorzuge im Alter in einem barrierefreien Wohnraum zu leben, in dem sie auch gepflegt werden kann. So sei der Wohnraum schon für eine eventuell eintretende Pflegebedürftigkeit ausgelegt und der Situation, plötzlich nicht mehr im gewohnten Wohnumfeld leben zu können werde vorgebeugt. Frau Schreyer befürwortet, Häuser grundlegend so zu konzipieren, dass die Möglichkeit besteht separate kleine Wohnungen entstehen zu lassen, die vielseitig nutzbar und umgestaltbar sind. So stelle sie sich beispielsweise vor, dass ein so konzipiertes Einfamilienhaus, später ebenso gesondert im Obergeschoss von Studenten und im barrierefreien Untergeschoss von Senioren bewohnt werden könnte, ohne dass große Umbauten vorgenommen werden müssen. Viele alte Leute hätten großen Wohnraum, der aber nicht dafür ausgelegt sei, von mehreren separat bewohnt zu werden, weil z.B. Anschlüsse fehlen.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Stadtgebiet Bergheim (Rhein-Erft-Kreis) künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Sie habe schon Maßnahmen für sich selbst ergriffen. Die Mitglieder der AG 60plus gingen mit gutem Beispiel voran, was Pläne des Wohnens im Alter betrifft. Als Mitglied der AG 60plus verfolge die Interviewte die Vision, den Umbau aller Erdgeschosswohnungen in altersgerechte Wohnungen voranzutreiben. Hierzu sei ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der AG 60plus, Herrn Schneider, und der Wohnungsbaugesellschaft Erftland von Nöten, da diese u.a. viele Häuser in Bergheim besitze. Bisher sei jedoch keine Kooperation bzw. Beeinflussung in diese Richtung erfolgt, was laut Frau Schreyer auf mangelndem Einfluss beruhe. Sie versuche darüber hinaus Modelle, die sie befürwortet, Menschen näher zu bringen. Auch denke sie über eine Mitgliedschaft im Verein „ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ nach.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis für zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen.

Frage 4.1: Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Ein Projekt in Köln sei ihr bekannt, wo Kinder mit Familien und Alleinstehende gemeinsam wohnen, sog. Genossenschaftswesen. Eine Idee sei es, eine Genossenschaft zu gründen, um bezahlbaren Wohnraum zu realisieren. Frau Schreyer spricht sich für Wohnmodelle aus, in denen eine Wohngemeinschaft in der Form separater Wohnungen und gegenseitiger Hilfe besteht. So könne etwa verhindert werden, dass jemand fällt oder sich in der Wohnung verletzt und niemand es bemerkt. Bei der Frage welches Modell zielführend ist, komme es auf die individuellen Wünsche an. Wichtiges Kriterium für viele sei, neben einer zentralen Lage mit nahegelegenen Einkaufsmöglichkeiten, die Nähe zu Familienangehörigen, Garten und Grünanlagen für Menschen, die sich nicht viel bewegen können, sowie ein gutes Nachbarschaftsverhältnis. Ein weiterer Vorteil, den das Wohnen mehrerer Personen in einem Komplex mit sich bringe, sei die Möglichkeit durch Sammelbestellungen z.B. bei Apotheke und Fahrtkosten zu sparen.

Eine konkrete Idee der Befragten ist die Schaffung eines Bungalowparks in Kreisform mit Innenhof und nur einem Zugang von außen. So und gegebenenfalls durch eine Art Überwachungssystem könne das Wohnmodell dem Sicherheitsbedürfnis der Bewohner/-innen gerecht werden.

Insgesamt würde die AG 60plus mehr Phantasie bezüglich Neubauten begrüßen.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Frau Schreyer weiß aus eigener Erfahrung, dass es nicht einfach ist Kooperationspartner zu finden. Zunächst müssen sich ältere Menschen zu einer Gruppe zusammenfinden, die ähnliche Wünsche und Ziele haben.

Insbesondere für die Finanzierung seien Kooperationspartner unerlässlich, da jeder für sich die finanziellen Mittel nicht aufbringen könne.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Frage 5.1: Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

Die Bildung von Netzwerken zu diesem Thema sei unbedingt notwendig, insbesondere zwischen Wohnungsbaugesellschaften. Hier wirke sich jedoch die Profitorientierung negativ aus. Genossenschaften oder gemeinnützige Werke seien hier erstrebenswerter. Bei Genossenschaften bringe jeder einen bestimmten Betrag ein, wofür ihm im Umkehrschluss ein gewisser Wohnraum zustehe. Die Einrichtung wäre Gemeinschaftseigentum, jedoch verfüge jeder, ähnlich wie beim Mietvertrag, über eigenen Wohnraum. Darüber hinaus sollten, so Frau Schreyer, an einer Kooperation Architekten, Bauingenieure, und Fachleute beteiligt sein, da diese Erfahrungswerte haben, und so wissen was realisierbar ist.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Für zielführend hält die Interviewpartnerin den Einsatz freiwilligen Engagements besonders von Senioren und jungen Leuten im Zusammenspiel. Auch in aktuelle Diskussionen zum Thema sollten alle Altersstufen Ideen einbringen. Ihrer Einschätzung nach gebe es zwar viel ehrenamtliches Engagement in Bergheim, jedoch vorwiegend im alten Wohnumfeld. Die verbreitete Einstellung, die alte Wohnform nicht ändern/aufgeben zu wollen, nach dem Motto: „das Haus haben wir uns aufgebaut, das werden wir nie verlassen!“ (Zitat Frau Schreyer) sei hier hinderlich.

Frage 6.1: Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Frau Schreyer seien keine besonderen Strukturen bekannt, die sich fördernd auswirken würden. Sie selbst sei Betreuerin und politisch aktiv. Zusätzlich arbeite sie ehrenamtlich in einem Kloster in der Eifel. Besonderen Strukturen bedürfe es dafür nicht. Ihrer Ansicht nach könne die AWO Fördermaßnahmen ergreifen.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Indem sie in ihren Kreisen über das Thema spreche und es publik mache, weise sie gezielt auf die Problematik, der sich älter werdende Menschen stellen müssen, hin. Darüber hinaus organisiere sie gelegentlich Fahrten für Senioren/-innen zu verschiedenen Wohnprojekten oder Präsentationen. Lernt sie neue Modelle oder Ideen kennen, bringe sie diese in die AG 60plus ein. Die AG 60plus versuche auch im Rat der Kreisstadt Bergheim Einfluss zu nehmen und Politiker auf sich und die vertretene Thematik aufmerksam zu machen. Als Landesdelegierte sitze Frau Schreyer den Landeskonferenzen bei, in denen das Thema „Wohnen im Alter“ bereits auf der Tagesordnung gewesen sei und so ein Austausch stattgefunden habe. Zum Thema „Neue Wege im Alter“ habe sie als Ersatzdelegierte an der Bundeskonferenz teilgenommen und sich so auch mit neuen Wohnprojekten auseinandergesetzt. Die Interviewte betont, sie sehe ihre Aufgabe darin, dem Thema Wohnen im Alter aktiv zu begegnen. Die meisten Senioren/-innen stellten sich nicht der Problematik, dass sie nicht auf Dauer allein leben können. Sie tue dies und versuche andere mitzureißen.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Frau Schreyer bzw. die AG 60plus erhoffe sich die Entwicklung neuer Konzepte und zukunftsversprechender Initiativen, sodass es mehr Möglichkeiten gibt, von denen älter werdende Menschen profitieren können. Insbesondere seien Investorenmodelle von Nöten, da die Finanzierung aus Eigenmitteln nicht möglich sei. Ziel solle nach Ansicht der Befragten die Entstehung bezahlbaren Wohnraumes sein.

Synopse

Ziel aller Bemühungen im Bereich „Wohnen im Alter“ sei die Entstehung bezahlbaren Wohnraumes. Insbesondere sei die Schaffung zielführender Investorenmodelle von Nöten, um der grundlegenden Problematik der Finanzierung aktiv zu begegnen.

Ebenso sei die Bildung von Netzwerken zu diesem Thema unbedingt notwendig, insbesondere zwischen Wohnungsbaugesellschaften. Deren Profitorientierung wirke sich jedoch negativ aus. Gemeinnützige Werke oder Genossenschaften seien hier erstrebenswerter.

Des Weiteren hält die AG 60plus Bauherrenprojekte grundsätzlich für sinnvoll, jedoch sprengten diese die finanziellen Möglichkeiten vieler älter werdender Menschen. Grundlegende Voraussetzung für die Finanzierung sei die Bereitschaft alter Menschen gegebenenfalls Eigentum zu verkaufen und die eigenen Mittel für die Schaffung barrierefreien Wohnraumes, der für den Fall der Pflegebedürftigkeit ausgelegt ist, einzusetzen. Die Befragte spricht sich für Wohnmodelle aus, in denen eine Wohngemeinschaft in der Form separater Wohnungen und gegenseitiger Hilfe besteht. Ältere Menschen sollten sich mit dem Ziel ihren Wünschen entsprechend altersgemäß zu bauen zusammenschließen, da es bei der Frage welches Modell zielführend ist, auf die individuellen Wünsche bezüglich der maßgeblichen Faktoren ankomme, wie zentrale oder ländliche Lage, Nähe zu Verwandten, Ärzten oder Einkaufsmöglichkeiten. Eine konkrete Idee der Interviewpartnerin ist die Schaffung eines Bungalowparks in Kreisform mit Innenhof und nur einem Zugang von außen, der so dem Sicherheitsbedürfnis der Bewohner gerecht wird. Als Mitglied der AG 60plus verfolge Frau Schreyer die Vision, den Umbau aller Erdgeschosswohnungen in altersgerechte Wohnungen voranzutreiben. Sie befürwortet, Häuser grundlegend so zu konzipieren, dass die Möglichkeit besteht separate kleine Wohnungen entstehen zu lassen, die vielseitig nutzbar und umgestaltbar sind.

Die Befragte erhofft sich als Folge der Projektarbeit die Entwicklung neuer Konzepte und zukunftsversprechender Initiativen, sodass es mehr Möglichkeiten gibt, von denen älter werdende Menschen profitieren können.

8.8.4. Herr Stilz, Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.

(Frau Westphal)

Interviewpartner: Herr Stilz
Caritasverband für den Rhein-Erft Kreis e.V. (Caritasverband)

Interviewerin: Frau Westphal

Interviewtermin: 07. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Aufgrund seines Berufes beschäftigt sich Herr Stilz mit diesem Thema, da er als Fachbereichsleiter beim Caritasverband für die stationäre Altenhilfe zuständig ist. Diese umfasst neben der Vollzeitpflege in Altenpflegeheimen auch Seniorenwohnungen, Tagesstationen, Kurzzeitpflege und alle weiteren Tätigkeiten, die im Bereich von Betreuungseinrichtungen anfallen.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Es gebe verschiedene Möglichkeiten, das „Bielefelder Modell“ beispielsweise sei eine interessante Wohnform. Derzeit werde im stationären Bereich eher Wohnraum für Wohngruppen bevorzugt gebaut. So beabsichtige der Caritasverband noch in diesem Jahr in Pulheim-Brauweiler mit der Bauphase einer weiteren Betreuungseinrichtung zu beginnen. Dieses Bauprojekt wird dann die zehnte Einrichtung dieses Trägers sein. In diesem Zusammenhang präsentiert der Interviewpartner einen aktuellen Flyer des Caritasverbandes mit derzeitigen Einrichtungen. In den Wohngruppen sind Kleingruppen mit einer Gruppenstärke von 10 bis 12 Bewohnern vorgesehen, die meistens, wie gesetzlich gefordert, über Einzelzimmer verfügen. Die Wohngruppen werden mit eigener Küche und Aufenthaltswohnbereich ausgestattet. Versorgungs-Großstationen werden dadurch minimiert.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Der Caritasverband realisiert konkrete Baumaßnahmen, indem das neue Haus in Pulheim-Brauweiler geplant, finanziert und gebaut wird. „Wir reden nicht nur – wir bauen auch“ (Zitat Herr Stilz).

Darüber hinaus bietet der Caritasverband beispielsweise Senior/-innen, die noch selbstbestimmt leben, Versorgungsverträge an. Dies mache jedoch nur Sinn, wenn sich die Seniorenwohnungen in direkter Nähe einer Betreuungseinrichtung befinden, die die Versorgung unmittelbar anbieten kann. Als konkretes Beispiel führt der Interviewte Seniorenwohnungen an, die an die Betreuungseinrichtung neben dem Hauptgebäude des Caritasverbandes in Hürth angeschlossen sind. Die Seniorenwohnungen sind jeweils mit einem Hausnotruf ausgestattet, den die Bewohner/-innen im Bedarfsfall betätigen können. Daraufhin leuchtet in der Pflegestation ein Licht und das Personal reagiert, in dem es in der betreffenden Wohnung anruft oder die Wohnung aufsucht. Eine unmittelbare, direkte Versorgung sei auf diese Weise gewährleistet. Auf diese Weise ist ein längerer selbstbestimmter Aufenthalt der Senior/-innen im gewohnten Lebensumfeld möglich, weshalb Herr Stilz die zuvor angesprochenen Seniorenwohnungen mit Hausnotruf direkt neben Pflegeeinrichtungen unterstützt. Gleiche Versorgungsstrukturen sind auch in Pulheim vorhanden. Dort bestehen bereits Seniorenwohnungen, die unmittelbar an eine Betreuungseinrichtung angeschlossen sind, jedoch habe der Caritasverband auch Seniorenwohnungen, wo dies leider nicht der Fall sei, z.B. in Kerpen. Die dortigen Bewohner/-innen müssen die Sozialstation fernmündlich kontaktieren, damit die Versorgung gewährleistet ist. Diese Konstruktion nehme jedoch mehr Zeit in Anspruch.

Sofern die zuvor beschriebene Versorgungsstruktur (Hausnotruf) gewünscht wird, ist im Gegensatz zum „Bielefelder Modell“ aufgrund eines Versorgungsvertrages mit dem Caritasverband eine monatliche Betreuungspauschale zu zahlen. Nach Aussage von Herrn Stilz entsprechen die angesprochenen Seniorenwohnungen vom Prinzip her dem „Bielefelder Modell“, aber man sei nicht auf Fremdhilfen aus Eigeninitiative aus

dem eigenen Haus angewiesen, sondern könne berechtigt sagen, dass man bei Betätigung des Hausnotrufes Anspruch auf Versorgung hat.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis für zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen.

Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Das „Bielefelder Modell“ sei auf jeden Fall eine Möglichkeit. Nach Auffassung des Interviewpartners bedinge es jedoch „eines glücklichen Händchens“ (Zitat Herr Stilz) in der Auswahl der Partner und der Sicherstellung der Eigen- oder untereinander organisierten Versorgung über den gesamten Zeitraum. Zudem müsse man einen Träger finden, der ohne Versorgungsvertrag so stark sei, dass er auch außerhalb der Einrichtung so viele Leute betreuen kann, dass er die jeweilige Einrichtung oder Station vorhalten könne. Derjenige, der die Station betreibe, müsse sie zudem auch wirtschaftlich betreiben.

Der Interviewpartner erläutert, dass laut Prospekt des „Bielefelder Modells“ ca. fünf Wohnungen für Pflegebedürftige vorzuhalten sind. Zudem bestehen angrenzend Wohnformen, in denen ältere Menschen untergebracht seien, welche zusätzlich zu den Pflegebedürftigen bei Bedarf betreut werden sollen. Da Herr Stilz bekannt ist, wie schwierig es ist, einen 24-Stunden-Rhythmus im Betreuungsbereich aufrecht zu erhalten, vertritt er die Auffassung, dass fünf Wohnungen für einen ökonomischen Betrieb nicht ausreichen. Er weist darauf hin, dass eine examinierte Pflegekraft Personalkosten in Höhe von jährlich 43.000-44.000 Euro verursacht. Rechnet man hoch, wie viele Kräfte für einen 24-Stunden-Dienst nötig sind, während innerhalb dieses 24-Stunden-Dienstes nebenbei gegebenenfalls noch andere ältere Menschen im Bedarfsfall zu betreuen sind, sei dies nicht zu schaffen. Außerdem sei man hier schnell in dem Bereich, ein kleines Heim zu führen. Dies wiederum sei schwierig. Ein positiver Aspekt eines solchen kleinen Heimes sei die Überschaubarkeit, negativ sei jedoch, dass kaum Personal vorhanden sei, welches flexibel einsetzbar ist. In großen Einrichtungen sei das anders, da hier mehr Personal vorhanden sei. Herr Stilz hält das Bielefelder Mo-

dell für ein gutes Modell – wenn es passt. „Schwierig wird es aber, wenn das „untereinander helfen“ nicht mehr gegeben ist“ (Zitat Herr Stilz).

Für sich bevorzugt Herr Stilz, nicht auf Dritte angewiesen zu sein, sondern zu gegebener Zeit einen Pflegedienst mit den notwendigen Dienstleistungen (Service und/oder Pflege) zu beauftragen.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Über die eigenen hinaus seien für den Caritasverband keine Kooperationspartner von Nöten. Der Verband verfüge nicht nur über stationäre Pflegedienste, sondern in jeder Stadt im Rhein-Erft Kreis auch über ambulante Pflegedienste und Sozialarbeiter/-innen, die bei Bedarf die Einrichtungen aufsuchen. Daneben gibt es Mahlzeitendienste und häusliche Pflegedienste, die nicht über die Pflege, sondern privat eingekauft werden und laufen. Nach Aussage von Herrn Stilz ist der Caritasverband in der Lage, in jeder Kommune als Alleinanbieter aufzutreten.

Eine Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften sei nicht finanzierbar. Favorisiere man eine Einrichtung mit einem 24-Stunden-Dienst, so seien jährlich 4,2 bis 4,5 Stellenanteile mit jeweils 43.000/44.000 Euro zu kalkulieren. Nur durch Mieten sei der Neubau einer solchen Einrichtung in Zusammenarbeit mit einer Wohnungsbaugesellschaft nicht finanzierbar. Herr Stilz vertritt die Meinung, eine 24-Stunden-Pflege auf freiwilliger Basis sei nicht realisierbar, da freiwilliges Engagement fehle.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Nach Auskunft des Interviewpartners ist der Caritasverband bereits an einigen Netzwerken beteiligt. In den Betreuungseinrichtungen, in denen die Verweildauer immer geringer wird, sind Netzwerke vorhanden. Mit den Hospizvereinen gibt es flächendeckend im Rhein-Erft-Kreis viele Verbindungen, die Einrichtungen unterstützen.

Laut Herrn Stilz führen die Träger untereinander monatlich oder vierteljährlich eigene Konferenzen und die Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände eigene Versammlungen durch.

Frage 5.1: In welchen Bereichen halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll?

Antwortwiedergabe:

Herr Stilz gibt an, nur für sich auf der Ebene der Betreuungseinrichtungen sprechen zu können. Leider gebe es in diesem Bereich aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks kaum flächen- bzw. trägerübergreifende Treffen und Absprachen. Der Interviewpartner weiß zu berichten, dass im Rhein-Erft-Kreis in den letzten zwei bis drei Jahren 650 neue Pflegeplätze eingerichtet wurden. Diese Anzahl gilt es zunächst zu belegen. Es liegt daher auf der Hand, dass die Seniorenheime miteinander konkurrieren und zu gegebener Zeit sicher ein Belegungsproblem auftreten werde. Auch Geld spielt eine wichtige Rolle, denn jede/-r Beschäftigte beansprucht am Monatsende seinen Lohn, und jede/-r Bewohner/-in einer Betreuungseinrichtung die vereinbarten Versorgungsleistungen.

Innerhalb der katholischen Einrichtungen gebe es einige Netzwerke und ein Miteinander. Mit anderen Einrichtungen habe der Caritasverband grundsätzlich keine Berührungspunkte.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Herr Stilz hält den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend, solange es funktioniert. Hätte man die Möglichkeit wie früher, in einem Mehrgenerationen-Haushalt zu leben, könnte vieles über die Familie geregelt werden. Aber die „Familie“ in der angesprochenen Form gebe es leider nicht mehr. Vielmehr habe man nach alternativen Formen gesucht, wie z.B. Nachbarschaftshilfe. Eine andere Variante sei der Bau von Einrichtungen mit bestehenden Konzepten, in denen man gegenseitig voneinander profitieren könne. „Solange es noch

genügend Leute gibt, die fit genug sind, Anderen zu helfen, funktioniert freiwilliges Engagement.“ (Zitat Herr Stilz)

Frage 6.1: Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Besonders wichtig sei hier die soziale Komponente, die jedem Menschen zu Eigen sein sollte.

In vielen Fällen beeinflussten jedoch zwei Komponenten den Einsatz freiwilligen Engagements. Einerseits müssen die Menschen über genügend Eigenmittel verfügen, um Service- und/oder Pflegedienste zu kaufen. Kann man sich dies nicht leisten, ist die gegenseitige Hilfe ein Mittel. Andererseits müsse der Mensch bereit sein, sich auf andere einzulassen.

Herr Stilz ist der Ansicht, dass Betreuungseinrichtungen den Anspruch haben, betagten Menschen etwas bieten zu müssen. Viele alte Menschen haben im Alter jedoch keine Lust mehr auf Aktivitäten.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Der Caritasverband verschließe sich neuen Wohnformen nicht. Auch in der Betreuung im stationären Bereich gebe es Neuerungen, die teilweise erfolgreich praktiziert werden. Beispielsweise gebe es ein Wohngruppenmodell, in dem über hauswirtschaftliche Versorgungskräfte die Einbeziehung der Bewohner/-innen in den Tagesablauf möglich sei. In der Vergangenheit habe die Pflege stark Überhand genommen und der Tag wurde hiernach ausgerichtet. Der Morgen habe andere Prioritäten als der Nachmittag, die Pflege stehe heute nicht mehr im Vordergrund. Zum Beispiel müsse heute, im Gegensatz zu früheren Konzepten, nicht zu bestimmten Zeiten gebadet werden. Der Mensch und sein Rhythmus seien derzeit im Fokus. Die Normalität des Alltags solle einkehren.

Die Pflege passiere in diesen Wohngruppen so, dass die Caritas sie gut in Touren planen könne. Sie komme nur zu gewissen Zeiten und in Bedarfsfällen. In der übrigen Zeit bestimmt der Alltag das Leben der Bewohner, unabhängig von Fremdbestimmung durch das Pflegepersonal.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Die Auswertung der Interviews und die erarbeiteten Ergebnisse des Projektes seien sicherlich spannend zu lesen.

Synopse

Herr Stilz beschäftigt sich beruflich mit dem Thema, da er als Fachbereichsleiter beim Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis für die stationäre Altenhilfe zuständig ist. Laut Aussage des Befragten verschließt sich der Caritasverband neuen Wohnformen nicht und ergreift konkrete Baumaßnahmen, indem beispielsweise ein neues Haus in Pulheim-Brauweiler geplant, finanziert und gebaut wird. Derzeit werden im stationären Bereich Wohngruppen mit eigener Küche und Aufenthaltsbereich favorisiert. Großstationen, die ausschließlich die Versorgung sicherstellen, werden dadurch minimiert. Über hauswirtschaftliche Versorgungskräfte ist das Einbeziehen in den Tagesablauf der Bewohner/-innen möglich.

Neben stationären Pflegediensten verfügt der Caritasverband auch über ambulante Pflegedienste und Sozialarbeiter/-innen, die in Einrichtungen gehen. Daneben werden Mahlzeitendienste und häusliche Pflegedienste, die nicht über die Pflege, sondern über den privaten Bereich eingekauft werden müssen, angeboten. Der Caritasverband bietet ebenfalls die Möglichkeit des Betreuten Wohnens, sofern sich die Seniorenwohnungen in unmittelbarer Nähe der Betreuungseinrichtung befinden.

Im Gegensatz zum „Bielefelder Modell“ ist mit dem Caritasverband eine vertragliche Vereinbarung zu schließen, die eine monatliche Betreuungspauschale vorsieht.

Der Interviewpartner erwartet interessiert die erarbeiteten Ergebnisse der Projektarbeit und die Auswertung der Experteninterviews.

8.8.5. Herr Keimer, DPWV, Kreisgruppe Rhein-Erft-Kreis (Frau Kaminski)

Interviewpartner: Herr Keimer
DPWV, Kreisgruppe Rhein-Erft-Kreis

Interviewerin: Frau Kaminski

Interviewtermin: 07. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Herr Rolf Keimer (64 Jahre) ist Vorstandsmitglied des DPWV. Er erklärt, dass das Thema „Wohnen im Alter“ sehr interessant sei und er sich aus persönlichen Gründen mit der Materie beschäftigt.

Der Interviewpartner hält es für wichtig, zukunftsorientiert zu denken und sich schon frühzeitig mit einem möglichen/notwendigen Wechsel der Wohnsituation aus Altersgründen auseinanderzusetzen. Hierbei sollte eine eventuelle spätere Pflegebedürftigkeit und die hiermit verbundene Unterstützung durch Dritte bedacht werden.

Er weist darauf hin, bei diesen Überlegungen immer die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen im Blick zu halten, da sich nicht jeder einen „luxuriösen Alterswohnsitz 1. Klasse“ ermöglichen könne. Finanzielle Unterstützung in Form von Zuschüssen o.ä. wäre in diesem Zusammenhang eine notwendige Überlegung.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Bei dieser Frage spricht Herr Keimer das Seniorenwohnheim in Brühl an, in dem, je nach Bedarf des jeweiligen Bewohners, die selbstständige Lebensform beibehalten und durch den dort angebotenen Service unterstützt und ergänzt werden kann.

Als interessante neue „alternative“ Wohnform führt er die Möglichkeit des Mehrgenerationenwohnens an, egal ob im familiären Bereich oder gemeinsam mit „fremden“ Personen. Diese sei lokal noch zu wenig verbreitet.

Der Wunsch nach alternativen Wohnformen sei bei der älteren Generation noch nicht sehr stark ausgeprägt. Viele Seniorinnen und Senioren können sich nur das „klassische Heim“ als Alternative zu ihrem Zuhause vorstellen, wobei die meisten älteren Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld bleiben möchten. Um dies zu ändern sei es sinnvoll, interessierten Menschen einen Einblick in die Ablaufstrukturen neuer Wohnmodelle zu geben. So könnten sich Interessierte ein eigenes Bild von alternativen Wohnformen machen.

Als weiteres Beispiel führt der Befragte den in Lechenich gegründeten Verein „ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ an, bei dem sich Menschen zusammengefunden und gemeinsam nach ihren individuellen Vorstellungen ein Wohnprojekt konzipiert haben. Durch dieses Wohnmodell soll gleichzeitig die Selbstständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner erhalten bleiben, dennoch aber auch der Rahmen bestehen, sich gegenseitig zu unterstützen und den Alltag gemeinsam zu gestalten.

Allerdings sind laut Herrn Keimer die Möglichkeiten zu alternativen Wohnformen durch die jeweiligen finanziellen Voraussetzungen der potentiellen Bewohnerinnen und Bewohner bedingt.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Der Interviewpartner gibt an, grundsätzlich keine bestimmte Wohnform zu favorisieren. Seiner Meinung nach seien die meisten Wohnformen Weiterentwicklungen des klassischen Senioren- oder Pflegeheims. Wichtig sei, die Menschen durch Information auf die verschiedenen Möglichkeiten aufmerksam zu machen. Nach Meinung des Vorstandsmitgliedes des DPWV müsse die Öffentlichkeit für dieses Thema viel stärker sensibilisiert werden, da viele Menschen gar nicht wissen, welche Möglichkeiten für das „Wohnen im Alter“ in ihrer Umgebung bestehen.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Frage 4.1: Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Herr Keimer merkt an, dass er die Frage nicht beantworten möchte, da er die Wohnmodelle selbst bisher nicht gelebt hat. Für ihn komme die Wohnform des „Bielefelder Modells“ allerdings nicht in Betracht. Die Form des Mehrgenerationenwohnens hält er jedoch grundsätzlich für sinnvoll.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Nach Auffassung von Herrn Keimer beginnt der Prozess der Kooperation in der kleinsten Zelle – der Familie bzw. der Partnerschaft. Zunächst müsse dort abgeklärt werden, was der Betroffene wünscht und kann. Der nächste Schritt sei dann das Sammeln von Informationen sowie das Einholen von Angeboten. Hierbei sei wichtig, dass dem Interessierten mögliche Ansprechpartner zur Verfügung stehen, entweder aus dem kirchlichen Bereich, von Vereinen, Verbänden oder der örtlichen Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung etc. Somit stellt für Herrn Keimer die breite Öffentlichkeit den wichtigsten und vorrangigsten Kooperationspartner dar. Erst dann treten weitere, mög-

liche Kooperationspartner wie kreditgebende Geldinstitute oder Architekturbüros in den Blickpunkt.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Frage 5.1: Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

Nach Meinung des Interviewpartners seien Netzwerke, die einem umfassenden Informationsaustausch der Instanzen dienen, eine wichtige Voraussetzung, um der Öffentlichkeit das Thema näher zu bringen. „So muss niemand das Rad zum fünften Mal erfinden“ (Zitat Herr Keimer).

Eine Verbindung von Vereinen, Organisationen, Wohlfahrtsverbänden oder aber auch Wohnungsunternehmen, Liefersevice, Pflegedienste und der Politik ist laut Herrn Keimer dem Ziel der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema unabdingbar dienlich, um so eine Veränderung des bestehenden Meinungsbildes herbeizuführen. Dort, wo Bedarf ist, sollten seiner Meinung nach Netzwerke entstehen.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Frage 6.1: Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Freiwilliges Engagement ist für Herrn Keimer grundsätzlich wichtig. Allerdings sollte dieses Thema „überwiegend professionell verfolgt werden“. Ehrenamtliche Arbeit könne nur begleitend/unterstützend angeboten werden.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

In erster Linie sieht Herr Keimer seinen Beitrag zum Thema darin, dass er als Interviewpartner zur Verfügung steht. Durch die Befragung der Experten sowie der Bürgerinnen und Bürger entstehe ein repräsentatives Ergebnis, das den Bedarf widerspiegelt. Hieraus können Schlüsse gezogen und Veränderungen herbeigeführt werden.

Der DPWV leiste darüber hinaus seinen Beitrag durch Publikation und Verteilung von Informationen, um so die Öffentlichkeit zu sensibilisieren.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Die entstehenden repräsentativen Ergebnisse sieht Herr Keimer als willkommene Bereicherung für die praktische Vereinsarbeit an. Sie könnten beispielsweise Anreize für eine neue oder erweiterte Netzwerkbildung geben oder auch zeigen, wo weiterer Informationsbedarf der Öffentlichkeit besteht.

Synopse

Der Befragte favorisiert Wohnkonzepte, die sowohl die Beibehaltung der Autonomie in einer Wohngemeinschaft als auch ein gemeinsames Leben und gegenseitige Unterstützung ermöglichen. Auch die Form des Mehrgenerationenwohnens empfindet er als ansprechend und überlegenswert.

Um besser auf die Wohnbedürfnisse älterer Menschen eingehen zu können und zusätzliche neue Wohnformen schaffen zu können, müsse die Gesellschaft viel stärker auf das Thema „Wohnen im Alter“ aufmerksam gemacht werden. Hierfür ist wichtig, dass die betroffenen Akteure und Institutionen als Kooperationspartner zusammenarbeiten. Auch der DPWV versucht, durch Öffentlichkeitsarbeit in diesem Bereich die Menschen zu informieren und für das Thema „Wohnen im Alter“ zu sensibilisieren. Eben-

so könnte der Einsatz von unterstützendem ehrenamtlichem Engagement hilfreich sein.

Die Projektarbeit bzw. die Auseinandersetzung mit dem Thema „Wohnen im Alter“ könne daher sowohl für betroffene ältere Menschen als auch für die sich damit beschäftigenden Institutionen hilfreich sein, da auf diese Weise die Bedarfe der Gesellschaft im Bereich „Wohnen im Alter“ publiziert werden und Gegen- bzw. Verbesserungsmaßnahmen ergriffen und Informationsdefizite beseitigt werden können.

8.8.6. Frau Wolf, Kreisstadt Bergheim, Abteilung 5.3 (Frau Krings-Leufgen)

Interviewpartnerin: Frau Wolf, Kreisstadt Bergheim
Fachbereich 5: Jugend, Bildung und Soziales
Abteilung 5.3: Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen

Interviewerin: Anika Krings-Leufgen

Interviewtermin: 09. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Wolf beschäftigt sich in mehrerer Hinsicht mit dem Thema „Wohnen im Alter“. Zum einen leitet sie die Abteilung „Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen“ der Kreisstadt Bergheim. Dieses Aufgabengebiet umfasst u.a. die Leitung der Fachstelle „Älterwerden“, wodurch sie beruflich häufig mit dem Thema „Wohnen im Alter“ in Kontakt kommt. Zum anderen wird Frau Wolf demnächst selbst 60 Jahre alt und ist somit auch privat von dem Thema betroffen. Die Frage, wie sie selbst später einmal leben möchte, gewinnt für sie daher immer mehr an Bedeutung. Des Weiteren wird die Befragte in ihrem unmittelbaren Umfeld mit dem Thema „Wohnen im Alter“ konfrontiert, da ihre Mutter bereits 89 Jahre alt ist.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation in Bergheim Priorität?

Antwortwiedergabe:

Für Frau Wolf haben grundsätzlich die Wohnformen Priorität, die von den Menschen sowohl akzeptiert als auch gewünscht sind. Schließlich sei es wichtig, Wünsche der Betroffenen bei der Planung neuer Wohnformen zu berücksichtigen. Die Interviewpartnerin bringt zum Ausdruck, dass ihrer Meinung nach intergeneratives Wohnen eine zentrale Rolle in der Zukunft spielen wird. Dabei verstehe sie intergeneratives Wohnen nicht als eine Wohnform, bei der alle Generationen gemeinsam in einem Haus wohnen. Stattdessen sollten die Betroffenen so nah beisammen sein, dass sie sich jeder Zeit gut erreichen können, aber doch so weit voneinander entfernt, dass sie sich zurückziehen und ihre Privatsphäre genießen können.

Nach Meinung von Frau Wolf könne es jedoch durchaus sein, dass die Menschen ihre Vorstellungen nicht teilen und für sich ganz andere Wohnformen favorisieren.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Stadtgebiet Bergheim künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Zum einen unterstützt Frau Wolf die Untersuchung zum Thema „Wohnen im Alter“, die die Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung aktuell durchführen. Schließlich sei es ihr ein Anliegen, Fakten und Meinungen einzuholen, um zu erfahren, was den Menschen in der Kreisstadt Bergheim in Bezug auf das Thema „Wohnen im Alter“ wichtig ist, bzw. welche Wohnformen von den Betroffenen gewünscht werden. Des Weiteren sei es ihrem Vorgesetzten zum Teil möglich, Einfluss auf Investoren zu nehmen, die sich in Bergheim ansiedeln möchten. Auf diese Weise sei wahrscheinlich, dass einige von der Kreisstadt Bergheim favorisierte Wohnmodelle umgesetzt werden. Zudem stehe Frau Wolf in engem Kontakt zu den Mitarbeiter/-innen der Stadtplanung, die hilfreiche Vorgaben und Tipps in Bezug auf die Schaffung neuer Wohnformen äußerten.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für die Kreisstadt Bergheim zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Frau Wolf ist überzeugt, dass Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich angelaufen sind, auch für die Kreisstadt Bergheim in Frage kommen: „Man muss in Bergheim das Rad nicht neu erfinden“ (Zitat Frau Wolf). Jedes Modell sollte nach Aussage der Interviewten jedoch dahingehend untersucht werden, ob es für die Kreisstadt Bergheim erfolgsversprechend ist. Dies hänge zunächst davon ab, ob sich Investoren finden, die gewillt sind, die favorisierten Wohnformen anzubieten. Weiterhin sei zu berücksichtigen, welche Wünsche die Menschen in Bergheim tatsächlich haben. Schließlich nütze es nichts, Wohnmodelle zu realisieren, die von den Menschen nicht gefragt sind und für die sich keine Interessenten finden lassen.

Frage 4.1: Welche(s) konkrete(n) Wohnmodell(e) halten Sie in der Kreisstadt Bergheim für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin spricht sich besonders für das intergenerative Wohnen aus und hält dieses Wohnmodell für sehr erfolgsversprechend. Schließlich biete dieses Wohnmodell nicht nur ein intensives Gemeinschaftsgefühl und Beisammensein, sondern auch eigene Freiräume. Neben einer guten gegenseitigen Erreichbarkeit, Gemeinschaftsflächen und Gemeinschaftsräumen, stünden den Bewohner/-innen Rückzugsmöglichkeiten in ihren eigenen vier Wänden zur Verfügung, sodass auch ein Leben nach ihren eigenen Bedürfnissen möglich sei.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Nach Aussagen von Frau Wolf sind für die Umsetzung der neuen Wohnmodelle mehrere Kooperationspartner erforderlich. Schließlich sei es keinem Verband oder Unternehmen möglich, alle Pläne allein zu verwirklichen. Besondere Bedeutung misst Frau Wolf den Investoren zu, die nach Möglichkeit Wohnmodelle in der Kreisstadt Berg-

heim ansiedeln und diese finanzieren können. Weiterhin spielen nach ihrer Aussage die Wohlfahrtsverbände sowohl im investiven als auch im unterstützenden Bereich eine zentrale Rolle. Gerade diese Verbände würden Angebote zur Pflege, Beratung und Unterstützung für Betroffene anbieten.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Frau Wolf hält die Bildung von Netzwerken nicht nur für sinnvoll, sondern für außerordentlich wichtig. Schließlich könne nach ihrer Erfahrung niemand allein die Herausforderung, die das Thema „Wohnen im Alter“ mit sich bringt, bewältigen. Stattdessen sollten sich die Netzwerke gegenseitig unterstützen und vom Wissen bzw. der Erfahrung des jeweils anderen profitieren.

Frage 5.1: In welchen Bereichen halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin macht deutlich, wie wichtig es bei dem Thema „Wohnen im Alter“ ist, „über den Tellerrand hinauszuschauen“ (Zitat Frau Wolf). Ausschlaggebend für den Erfolg sei nicht das einzelne Netzwerk bzw. Unternehmen, das z.B. Wohnungsmöglichkeiten bereitstellt, sondern die ganze Umgebung. An Bedeutung gewinnen nach ihrer Aussage auch immer mehr die Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Unterstützung. Schließlich könne ein lebendiges Gemeinwesen nur entstehen, wenn alle Netzwerke ineinander greifen.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Da Frau Wolf u.a. die Kontaktstelle „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ der Kreisstadt Bergheim leitet, habe sie sich mit dem Thema natürlich schon intensiv auseinandergesetzt. Nach ihrer Meinung ist der Einsatz freiwilligen Engagements außer-

ordentlich wichtig. Schließlich würden Untersuchungen auf Bundesebene belegen, dass Unterstützungsleistungen im Kleinen (auf der untersten Ebene) nicht mehr aus der öffentlichen Hand finanziert werden können und somit freiwilliges Engagement von Nöten ist. Zudem sei es wichtig, nicht alle Hilfeleistungen zu institutionalisieren. Stattdessen sollte die Hilfe zwischen den Menschen wieder zunehmen und es sollten „lebende soziale Orte geschaffen werden“ (Zitat Frau Wolf).

Frage 6.1: Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewte betont, die Kreisstadt Bergheim habe schon viele Strukturen in diesem Bereich geschaffen. Zu nennen seien die Kontaktstelle „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ und die Fachstelle „Älterwerden“, die schon seit geraumer Zeit miteinander kooperieren. Besonders hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang die „Fachstelle für Integration“, da nicht vergessen werden dürfe, dass in Bergheim viele älter werdende Migrantinnen und Migranten leben. Trotzdem sei es wichtig, die in den Stadtteilen zum Teil schon geschaffenen Netzwerke und Strukturen weiter auszubauen, damit sich der gewünschte Erfolg einstellt. Deshalb hoffe Frau Wolf, dass sich auch weiterhin zahlreiche Träger und Vereine anschließen und die Verwaltung auf ihrem Weg unterstützen.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Frau Wolf schildert, dass sie beruflich viel unternimmt, um einen positiven Beitrag zum Thema „Wohnen im Alter“ zu leisten. Wie sie bereits in den zuvor beantworteten Fragen zum Ausdruck brachte, hat sie zahlreiche Bereiche ihrer Abteilung (z.B. die Fachstellen „Älterwerden“, „Freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ oder „Integration“) mit aufgebaut und unterstützt diese immens, da das Thema für sie ein sehr wichtiges Anliegen ist. All dies sind Beiträge, die nach Meinung der Interviewten das Thema „Wohnen im Alter“ künftig fördern.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Für Frau Wolf sei es neben ihrem persönlichen Interesse besonders wichtig, durch die Projektarbeit Erkenntnisse zu erlangen, die ihre Arbeit bezüglich dieses Themenkomplexes fördern. Sie verspreche sich, durch das Projekt zu erfahren, was sich die Menschen in Bergheim wirklich wünschen. Zudem könne sie auf diese Weise überprüfen, ob die Verwaltung bisher in die richtige Richtung gearbeitet hat oder ob die Schwerpunkte ihrer Arbeit verändert werden müssen.

Da Frau Wolf zusätzlich für das Thema Demographie bei der Kreisstadt Bergheim zuständig ist, sei ihr bewusst, wie sich die Stadtteile in Zukunft entwickeln werden bzw. dass die Anzahl der älteren Menschen immer mehr zunimmt. Daher hoffe sie, durch die Projektarbeit Rückschlüsse z.B. im Hinblick auf die gewünschten Wohnformen ziehen zu können.

Des Weiteren erhält die Stadt Informationen, in welchen Bereichen auf städtischer Ebene noch Einfluss genommen bzw. was noch verbessert werden kann und in welchen Bereichen eventuell Kooperationsmöglichkeiten mit dem Rhein-Erft-Kreis bestehen.

Abschließend macht Frau Wolf deutlich, dass das Projekt der Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung für alle älter werdenden Menschen einen wichtigen Beitrag darstellt. Zudem sei ihr wichtig, dass Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere Personen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind und vielleicht nicht dem christlichen Kulturkreis angehören, bei der Bearbeitung dieses Themas nicht aus den Augen verloren werden. Schließlich seien diese Menschen damals nach Deutschland gekommen und hätten jahrelang hier gearbeitet. Gerade für diesen Personenkreis sei es eine nicht zu unterschätzende Herausforderung, Alternativen zum Thema „Wohnen im Alter“ anzubieten.

Synopse

Nach Meinung von Frau Wolf wird besonders intergeneratives Wohnen in Zukunft eine große Rolle spielen. Grundsätzlich haben aber die Wohnformen Priorität, die von den Menschen sowohl akzeptiert als auch gewünscht sind. Durch die Projektarbeit hofft Frau Wolf zu erfahren, was den Bürger/-innen der Kreisstadt Bergheim darüber hinaus in Bezug auf das Thema „Wohnen im Alter“ wichtig ist. Zudem versucht die Stadtverwaltung, Einfluss auf Investoren zu nehmen, um favorisierte Wohnmodelle in Bergheim ansiedeln zu können. Die Interviewte hält darüber hinaus Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits angelaufen sind, für zielführend, unter der Voraussetzung, dass sie für die Kreisstadt erfolgsversprechend sind. Die Umsetzung sei jedoch abhängig von Investoren, den Wünschen der Menschen und weiterer Kooperationspartner, wie beispielsweise den Wohlfahrtsverbänden.

Weiterhin sei die Bildung von Netzwerken außerordentlich wichtig, da niemand allein die Herausforderung dieses Themas bewältigen könne. Darüber hinaus müssen Netzwerke aus allen Bereichen ineinander greifen, um erfolgreich zu sein. Des Weiteren sei der Einsatz von freiwilligem Engagement außerordentlich wichtig.

Neben ihrem persönlichen Interesse möchte Frau Wolf durch die Projektarbeit erfahren, was sich die Menschen im Bergheimer Stadtgebiet wünschen. Darüber hinaus sei wichtig zu erfahren, ob die Verwaltung bisher in die richtige Richtung gearbeitet hat. Die Ergebnisse lassen zudem Rückschlüsse für die Verwaltung zu, welche Bereiche ggf. verbessert werden könnten.

8.8.7. Herr Renner, Senioren-Union Kreisvereinigung Rhein-Erft (Frau Mischker)

Interviewpartner: Herr Siegbert Renner
stv. Kreisvorsitzender der Senioren-Union Kreisvereinigung
Rhein-Erft sowie Vorsitzender der Senioren-Union Pulheim

Interviewerin: Manuela Mischker

Interviewtermin: 10. September 2009

Frage1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Herr Renner ist Vorsitzender der Senioren-Union Pulheim. Er gibt an, dass in den Mitgliederversammlungen der Senioren-Union Pulheim aufgrund des demografischen Wandels die Seniorenpolitik vor Ort eine zentrale Stellung hat. Themen wie:

- Altersarmut – Rente,
- Gesundheit – Pflege,
- Altersdiskriminierung,
- Demenzerkrankung,
- Miteinander Jung und Alt,
- selbstbestimmtes, aktives Leben im Alter und natürlich und
- neue Wohnformen im Alter

werden offen diskutiert. Nicht nur für die Mitglieder der Senioren-Union sei es wichtig, die zunehmende Nachfrage der älteren Menschen nach neuen Wohn- und Pflegeformen, die den Wünschen nach Individualität, Vertrautheit und Überschaubarkeit Rechnung tragen, sehr ernst zu nehmen. Deshalb – so führt er aus – hat er als Vorsitzender an der Seminarreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung „Gesellschaft 60plus“ –

Chancen und Perspektiven einer alternden Gesellschaft – teilgenommen, um sich selbst und damit auch andere zu informieren und zu mobilisieren.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Der Interviewpartner favorisiert Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften, wie sie in mehreren deutschen Städten schon erfolgreich praktiziert werden, z.B. das „Bielefelder Modell“. Wie in Mehrgenerationenwohnhäusern, so Herr Renner, seien auch Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften Orte,

- an denen Jung und Alt die Möglichkeit habt, sich aktiv einzubringen,
- an denen sich die Generationen wieder selbstverständlich begegnen und sich gegenseitig helfen – so wie es vor vielen Jahren in der Großfamilie auch der Fall war –
- an denen die Isolation verschiedener Altersgruppen überwunden wird sowie Toleranz und Verständnis füreinander sich entfalten kann.

Gemäß der Aussage des Interviewten sollen sich Mehrgenerationenwohnhäuser am örtlichen Bedarf und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Generationen orientieren.

Weiterhin fördert er die Pflege und Intensivierung gegenseitiger Nachbarschaftshilfe. Hierzu schildert er folgendes Beispiel: Vor über 37 Jahren baute er in Pulheim-Sinnersdorf und war damals, 1972, in seiner Siedlung einer der jüngsten Bauherren. Viele Feste (Geburtstage, Straßenfeste, Teilnahme als eigene Gruppe am Karnevalszug) wurden im großen Rahmen immer gemeinsam begangen. Heute seien viele Nachbarinnen und Nachbarn 80 Jahre alt und älter. Trotz zunehmender Mobilitätseinschränkungen wollen alle in der eigenen Wohnung und in ihrem vertrauten Wohnumfeld bleiben. Nachbarschaftshilfe ist hier selbstverständlich, wie in einer großen Familie. So ist ein Nachbar, inzwischen schon 85 Jahre alt, extrem gehbehindert. Mit Unterstützung der Nachbarschaft konnte in seinem Haus ein Treppenlift eingebaut werden, so dass die Erreichbarkeit des Schlafzimmers für den gehbehinderten Nach-

barn wieder gewährleistet ist. Herr Renner macht an diesem Beispiel deutlich, wie wichtig es ist, Nachbarschaftshilfe frühzeitig zu unterstützen und zu pflegen, damit sie sich (hoffentlich) im Alter auszahlt.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Hier sei zunächst die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Kommunen und dem Rhein-Erft-Kreis zielführend. Die Erfahrungen anderer Städte/Kommunen und Kreise bei der Verwirklichung neuer Wohnformen seien ebenfalls hilfreich. „Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden“ (Zitat Herr Renner). Die Kooperation von Politikern mit allen Verantwortlichen, d.h. die Vernetzung von kommunaler Administration mit Wohlfahrtsverbänden und Wohnungswirtschaft sei eine grundlegende Voraussetzung für die Verwirklichung.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Frage 4.1 Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Mit der Beantwortung der zweiten Frage hat Herr Renner diese Frage weitgehend beantwortet. Er hält das Projekt „Wohnen für Hilfe“, das in verschiedenen Universitätsstädten, so auch in Köln, bereits erfolgreich praktiziert wird, auch für stadt(Köln)nahe Bereiche des Rhein-Erft-Kreises im Sinne älter werdender Menschen für sinnvoll. Es handelt sich hierbei um Wohnpartnerschaften zwischen Jung und Alt. Studierende bieten Hilfe und Unterstützung im Alltag, Ältere bieten als Gegenleistung Wohnraum an.

Seiner Ansicht nach könne das auch übertragen werden auf junge Familien im Kreisgebiet, die sich in der Aufbauphase ihrer Existenz befinden und somit noch nicht über ein großes Finanzvolumen verfügen. Hier würde sich eine Möglichkeit der gegenseitig-

gen Hilfe und Unterstützung mit der älteren Generation anbieten. Gegenseitiges Vertrauen sei natürlich Voraussetzung. Der Befragte kann sich durchaus vorstellen – sind Furcht und Generationskonflikte zwischen Jung und Alt abgebaut, – dass junge Familien mit älteren Menschen durchaus unter einem Dach zusammen leben und sich gegenseitig im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Daraus könne sich eine echte Freundschaft entwickeln.

Eine weitere Alternative zum klassischen Seniorenheim und zur Einsamkeit im Alter – so Herr Renner – sei eine Wohngemeinschaft für Rentner/-innen ab 65 Jahren. In einem gemeinschaftlichen Wohnprojekt in Göttingen wird das von elf Göttinger Frauen schon praktiziert. Der gemeinsame Wunsch dieser Frauen, die eigene Regie über ihr Leben bis ins hohe Alter zu bewahren und nicht zu vereinsamen, sei wohl überall vorhanden, auch hier im Rhein-Erft-Kreis.

Frage 4.2 Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Nach Auffassung des Interviewpartners ist es notwendig, dass sich „Alt und Jung“ erst einmal finden. Eventuell können Synergien, wie z.B. Wohnungsämter oder Seniorenbeauftragte der Städte, genutzt werden. Zur Zielerreichung sei notwendig, die Kooperationspartner (Alt und Jung) zu Gesprächen zusammenzuführen. Gegenseitiges Kennenlernen sowie die Abgrenzung von Vorlieben und Abneigungen, insbesondere der vielen Kleinigkeiten des Alltags, sei ebenso wichtig wie die Schaffung einer gegenseitigen Vertrauensbasis. Erst wenn von beiden Seiten signalisiert wird – „Zu diesen Menschen habe ich Vertrauen.“ „Ich bin bereit für Hilfe auf Gegenhilfe.“ „Ich bin bereit, kostengünstigen Wohnraum bereit zu stellen. Als Gegenleistung erwarte ich, dass man mir hilft und mich entsprechend unterstützt.“ – ist eine gemeinsame Zukunft sinnvoll. Herr Renner ist überzeugt, dass dieses Konzept auch im Rhein-Erft-Kreis verwirklicht werden könne.

Dem Interviewpartner ist bekannt, dass ältere Menschen ihr Leben bis ins hohe Alter selbst bestimmen wollen. In Göttingen haben sich elf ältere Frauen zusammengeschlossen zu einer Wohngemeinschaft, die sich gegenseitig helfen und sehr glücklich

sind. Sie seien nicht vereinsamt und können ihre Geschicke noch selbst in die Hand nehmen. Auch Männer, vielleicht auch Männer und Frauen, könnten eine Wohngemeinschaft bilden.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Frage 5.1 Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

Herr Renner hält die Bildung von Netzwerken in vielen Bereichen für sinnvoll. Zum Beispiel die Wohnraumberatung für Seniorinnen und Senioren. Notwendig sei, Barrieren im Wohnumfeld durch bautechnische Maßnahmen zu beseitigen. Erforderlich sei, altersgerechte Gestaltungsmöglichkeiten, einschließlich der Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Förderung durch Wohnungsämter und Pflegekassen), vorzustellen. Ziel führend sei, wenn Wohnungsbaugesellschaften durch eine entsprechende Umgestaltung des Wohnungsbestandes der demografischen Entwicklung Rechnung tragen.

Nach Aussage von Herrn Renner sei eine einzurichtende Beratungsstelle vor Ort eine Drehscheibe für wichtige Informationen, wie beispielsweise:

- Informationen und Beratungen von Wohngruppen für Wohngruppen, wobei auf das Wissen und die Erfahrung in den einzelnen Projekten verwiesen wird;
- gegenseitige, direkte Unterstützung;
- Austausch und Sammeln von Informationen über Wohngruppen (Zeitungsartikel, Filme, Radiosendungen) und
- unterstützende oder informative Institutionen und Unternehmen.

Als gutes Beispiel für die Bildung von Netzwerken auf Trägerebene nennt er die Stadt Gelsenkirchen. Hier wurde ein Masterplan zum Thema Überalterung erstellt, der u.a. die Vernetzung von kommunaler Administration mit Wohlfahrtsverbänden und Wohnungswirtschaft fordert. Der Masterplan wirft aber auch die Frage auf, was die Seniorinnen und Senioren für ihre Stadt leisten können. Für Herrn Renner ist dieser Aspekt

ganz wichtig, da sich die meisten Senioren einbringen können und wollen. Der Interviewpartner weist darauf hin, dass Erfahrung und Kompetenz älterer Menschen künftig notwendiger sein werden denn je.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Frage 6.1 Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Herr Renner hält folgende Strukturen für notwendig:

- Gewährleistung der aktiven Teilhabe älterer Menschen am öffentlichen Leben aufgrund guter Infrastruktur für Seniorinnen und Senioren als Voraussetzung für ein langes selbstständiges Leben, Einkaufsmöglichkeiten, sichere und barrierefreie Verkehrswege, Stätten, die Möglichkeiten für Kommunikation und Kontakte bieten wie Freizeit- und Kultureinrichtungen, Parkanlagen und Cafes etc.
- In einer guten Nachbarschaftsstruktur, in der sich verschiedene Generationen, soziale Schichten und Nationalitäten finden, kann dem Bedürfnis älterer Menschen nach sozialer Unterstützung, Sicherheit und Integration Rechnung getragen werden.
- Ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. Kirchen, Vereine, Schulen, Kindergarten etc.).

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Herr Renner gibt an, seit über 25 Jahren Mitglied im Rat der Stadt Pulheim zu sein und in Zukunft dem Rat weitere fünf Jahre anzugehören. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Rates der Stadt Pulheim werde er seinen Einfluss dahingehend geltend machen, dass in Pulheim noch bessere Voraussetzungen für mehr Lebensqualität und das Wohnen im Alter geschaffen werden wie:

- erfahrene, kompetente und qualifizierte sowie kostenlose Beratung durch die Seniorenbeauftragte (Herr Renner hält dies für eine wichtige Aufgabe)
- barrierefreie, fußläufige Verbindung zu allen öffentlichen Gebäuden, falls noch nicht vorhanden
- möglichst Niedrigflurbahnen und Gehsteige zugänglich für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen zu öffentlichen Verkehrsmitteln, falls noch nicht geschehen
- gute Dienstleistungsangebote (z.B. Sicherstellung der medizinischen Versorgung, Sicherstellung der Grundversorgung und Gewährleistung der Teilhabe am kulturellen Leben. Herr Renner hält im Falle mobilitätseingeschränkter Personen die Einführung eines Bürgerbusses für denkbar, angesichts der leeren öffentlichen Kassen jedoch für schwer umsetzbar. Es sei auch hier das Engagement der Einzelnen gefragt.)
- viele Ruhebänke in den Grünanlagen und an zentralen Plätzen der Stadt im Einvernehmen mit den älteren Menschen und dem Seniorenbeirat
- aktive Unterstützung des Seniorenbeirates in Fällen berechtigter Anliegen im Sinne der älteren Generation

Wichtige Aufgabe des Seniorenbeirates sei laut Herrn Renner, die berechtigten Anliegen der älteren Menschen zu vertreten und politisch umzusetzen.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Herr Renner ist überzeugt, durch intensive Auseinandersetzung mit diesem Thema – auch in der Zukunft – von der Projektarbeit profitieren zu können.

Synopse

Als alternative Wohnform im Rhein-Erft-Kreis hat für Herrn Renner die Mehrgenerationen-Wohngemeinschaft Priorität. Hierin sehe er die Möglichkeiten des aktiven Einbringens und der gegenseitigen Hilfe. Als weiteren wichtigen Aspekt nennt er die

Pflege und die Intensivierung der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe. Für die Verwirklichung seien die Erfahrungen anderer Städte sowie die Kooperation von Politikern – im Rahmen der Vernetzung von kommunaler Administration mit Wohlfahrtsverbänden und Wohnungswirtschaft – eine grundlegende Voraussetzung. Als Beispiele für eine Wohngemeinschaft benennt er ein Wohnprojekt in Göttingen für Rentner sowie das Projekt „Wohnen für Hilfe“, bei dem junge Menschen oder auch Familien bei älteren Menschen mit viel Wohnraum (z.B. mit eigenem Haus) einziehen und dafür Hilfe im Alltag leisten.

Herr Renner hält die Bildung von Netzwerken in vielen Bereichen für sinnvoll, z.B. hinsichtlich der Wohnraumberatung für Senioren einschließlich der Finanzierungsmöglichkeiten. Als gutes Beispiel für die Bildung von Netzwerken auf Trägerebene nennt er die Stadt Gelsenkirchen. Ein Masterplan zum Thema Überalterung fordert die Vernetzung von kommunaler Administration mit Wohlfahrtsverbänden und Wohnungswirtschaft und stellt die Frage, was Senioren für ihre Stadt leisten können.

Der Einsatz freiwilligen Engagements sei notwendig. Eine gute Nachbarschaftsstruktur, in der sich verschiedene Generationen, soziale Schichten und Nationalitäten finden, könne dem Bedürfnis älterer Menschen nach sozialer Unterstützung, Sicherheit und Integration Rechnung tragen. Aber auch ehrenamtliche Tätigkeiten durch Kirchen, Vereine, Schulen und Kindergärten seien sehr wichtig.

8.8.8. Herr Schilling, Arbeiterwohlfahrt (Frau Felkel)

Interviewpartner: Herr Schilling, Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Interviewerin: Martina Felkel

Interviewtermin: 11. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling teilt mit, dass er sich beruflich mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt. Die AWO unterhält zurzeit 15 Seniorenheime mit vollstationären Pflegeplätzen und betreutem Wohnen. Vollstationäre Pflege und betreutes Wohnen sind immer in einer Einheit. Zurzeit führe der Interviewpartner die letzten Gespräche mit dem Rhein-Erft-Kreis bezüglich ambulanter Pflegewohngemeinschaften, die konzeptionell bereits fertig sind. Weiterhin führt er aus, dass es sich bei ambulanten Pflegewohngemeinschaften um Wohngemeinschaften handelt, in denen die Menschen selbstbestimmt wohnen. Sie haben ihren eigenen Bereich sowie einen gemeinsamen Küchen- und Wohnbereich. Der Rhein-Erft-Kreis kann jedoch z.B. bestimmen, dass nur Personen mit der Pflegestufe I in solch eine ambulante Pflegewohngemeinschaft einziehen dürfen. Ausgewählte haushaltsnahe Dienstleistungen, wie die Reinigung der Gemeinschaftsfläche, werden erbracht, die Pflege wird jedoch individuell „eingekauft“. Auch ein Tagespflegeprojekt soll „in Betrieb gehen“. Ein weiteres Projekt sind Pflegewohnheimplätze in einer Kleinsteinrichtung mit höchstens 20 Betten. Heute werden bei vollstationären Pflegewohnplätzen Häuser mit 80 bis 122 Betten betrieben, in Zukunft seien eher die kleingliedrigen Einrichtungen, wie 20-Betten-Häuser oder ambulante Pflegewohngemeinschaften vorstellbar. Der Befragte erklärt, künftig vielleicht auch Wohngemeinschaften (WGs) anzubieten ohne speziellen Vertrag. Nach individuellem Bedarf haben die Bewohner/innen zu gegebener Zeit die Möglichkeit, Pflegeleistungen zu buchen.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling erläutert, dass er das „Bielefelder Modell“ auch in Kerpen praktizieren möchte. Dort tritt die AWO zwar nicht als Hauseigentümer auf, sondern arbeitet mit einem Investor zusammen. Künftig sollen Seniorenwohnungen mit integrierter Tagespflege und Pflegewohngemeinschaften angeboten werden. Pflegebewohnerplätze sollen ebenfalls mit integriert werden. Diese Wohnform komme dem „Bielefelder Modell“ sehr nahe. Unterschiedlich sei, dass es sich in Bielefeld um eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft handelt, die die Wohnungen zur Verfügung stellt, während es sich hier um frei finanzierten Wohnraum handele. Herr Schilling führt weiter aus, er halte das „Bielefelder Modell“ für zeitgemäß. Er beabsichtigt, auch mit Wohnungsbaugesellschaften zu kommunizieren, um den Menschen zu ermöglichen, so lange wie möglich allein zu wohnen, wobei nicht unbeachtet bleiben dürfe, dass die Versorgung des Einzelnen unter Umständen teurer werde. In diesem Zusammenhang befürwortet der Befragte, dass der Politik vorschwebe, in hohem Maße ehrenamtliches Engagement einzusetzen. Nach Auffassung des Interviewpartners könne die Versorgung von Behinderten oder Pflegebedürftigen hierauf nicht aufbauen.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling gibt an, dass er für Heim- und Pflegedienstleitung zuständig ist. Er hat keinen Referentenstab, sondern versucht in Zusammenarbeit mit seinem Assistenten ein unter den gegebenen Umständen finanzierbares Wohnmodell zu entwickeln, wobei die Grenzen derzeit sehr eng seien. Ebenfalls sei er mit verschiedenen Institutionen im Gespräch, kooperiert u.a. mit der Gesellschaft für Hauswirtschaftliche Aufgaben (GEHA), die Serviceleistungen erbringt.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Bereits unter Frage 2 teilte Herr Schilling mit, dass das „Bielefelder Modell“ zeitgemäß sei und er es auch in Kerpen praktizieren möchte. Ergänzungen werden nicht vorgenommen.

Frage 4.1: Welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Grundsätzlich sei auf die Gegebenheiten der Region zu achten. Der Rhein-Erft-Kreis sei von den Anforderungsprofilen her sehr unterschiedlich. Herr Schilling berichtet, dass er in einem Fall zwar einen Investor hat, jedoch noch nicht über ein geeignetes Grundstück verfügt. Dieses müsse sich in zentraler Lage befinden, da die „Alten“ von heute, wenn sie erst am Anfang ihrer Pflege- oder Hilfebedürftigkeit stehen, nicht irgendwo „im Grünen sitzen“ möchten, sondern bevorzugen dort zu wohnen, wo z.B. Geschäfte sind, „wo Leben ist“ (Zitat Herr Schilling). Dies ändere sich vielleicht, wenn die Menschen stark pflegebedürftig oder dement werden. In diesem Fall könne das Bedürfnis nach mehr Ruhe aufkommen. Auch für die Angehörigen sei es interessanter, wenn sie mit ihren Verwandten etwas unternehmen können, wie z.B. einen Schaufensterbummel. Es müsse auch für die Angehörigen ansprechender sein, denn die Freizeit sei ein hohes Gut geworden, welches Aktivitäten beinhalten solle. Aus diesem Grunde versuche Herr Schilling, solche Projekte nur zu realisieren, wenn ein geeignetes Grundstück zur Verfügung steht. Er kann sich auch sehr gut Projekte vorstellen, wie sie im Stadtgebiet Frechen bereits vorhanden sind. Hierbei befindet sich die Betreuungseinrichtung im Obergeschoss und unten sind die Geschäfte. Ob ein Seniorenheim einen großen Garten hat, sei nicht so sehr von Bedeutung, wie das Vorhandensein einer guten Infrastruktur.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Die AWO ist kein Bauherr und somit auf Investoren angewiesen, die Immobilien zur Verfügung stellen. Dabei sei zu beachten, dass sich solche Projekte erst in ca. 25 bis 30 Jahren rechnen. Investoren, die solch eine langfristige Betrachtung der Immobilie in Betracht ziehen, seien schwer zu finden. Nach Auffassung des Befragten müsse versucht werden, auf der Verwaltungsebene Projekte schneller zu fördern. Gesetze seien nicht unbedingt auf spezielle Projekte wie z.B. das „Bielefelder Modell“ anwendbar. An der Realisierung der Pflegewohngemeinschaften arbeitet Herr Schilling schon seit über einem Jahr. In dieser Zeit trat u.a. das Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG) in Kraft. Hierbei handelt es sich um ein Landesgesetz, welches das „Handling“ jedoch nicht einfacher macht. Nach Aussage des Befragten sei es sehr kompliziert. So sind z.B. bei dem Projekt „ambulante Pflege/Wohngemeinschaften“ ambulante und stationäre Regelungen vermengt, für die Alzheimergesellschaft in Aachen gilt wieder etwas anderes, und wieder andere Regelungen müssen bei den Pflegewohngemeinschaften angewendet werden. Herr Schilling würde begrüßen, wenn die gesetzlichen Bestimmungen gelockert würden.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling hält die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll. Den Begriff „Netzwerke“ halte er jedoch für schwierig und bevorzuge den Begriff „Kooperationen“, da es sich jeweils um fallbezogene Kooperationen handele.

Frage 5.1: In welchen Bereichen halten Sie die Bildung von Netzwerken für sinnvoll?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling erklärt, dass es verschiedene Projekte gebe, für die unterschiedliche Regelungen gelten. Folglich sei immer wieder fallbezogen zu entscheiden, wie man mit einem Projekt umgehe und welche Gesprächspartner an einem Tisch zusammen-

kommen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die zusätzliche Problematik, dass nicht nur der „Heimbetrieb“ betroffen sei, sondern auch spezielle Voraussetzungen das Bauvorhaben betreffend, da sich z.B. Brandschutzbestimmungen für ein Heim von denen für eine Wohnung unterscheiden.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Hier betont Herr Schilling, dass das ehrenamtliche bzw. freiwillige Engagement sehr wichtig sei und zukünftig immer wichtiger werde. Das bedeute für Träger wie die AWO, darauf zu achten, wo Leute aktiv werden wollen, wo man sie ein Stück weit binden könne, und wo man ihnen trotzdem Raum zur freien Entfaltung lässt. Er fügt hinzu, dass es in Bergheim einen sehr aktiven Hausbesuchs- bzw. Begleitdienst gibt, mit dem die AWO sehr eng zusammenarbeitet, und die Aktion „55 Plus“, die sich sehr engagiert und eine große Bereicherung darstellt. Ehrenamtler/-innen öffnen für die Bewohner/-innen „Türen nach Außen“ (Zitat Herr Schilling) und bieten ein Forum, indem sie sich mit den Bewohner/-innen über verschiedene Themen wie z.B. Neuigkeiten aus der Prominentenwelt, Nachbarschaft, Politik und Verwaltung unterhalten. Der Freundeskreis der Bewohnerinnen und Bewohner sei, oftmals biologisch bedingt, relativ klein geworden. Oftmals hätten sie nur noch die Familie, die manchmal mit gut gemeinter Fürsorge auf den Betroffenen erdrückend wirke. Die Ehrenamtler/-innen seien eine Art Freundesersatz, zu denen die Seniorinnen und Senioren einen freundschaftlichen Bezug hätten, wie sie diesen zu einer hauptamtlichen Person nicht haben können. Auch für die Reflexion der eigenen Arbeit seien Ehrenamtler/-innen wichtig, weil sie aus einem anderen Blickwinkel, ungezwungener, ihre Meinung zu bestimmten Gegebenheiten äußern können.

Frage 6.1: Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Wichtig sei, auf kommunaler Ebene einen Rahmen zu schaffen, der von den Trägern etwas abverlangt und sie dazu bringt, mit zu arbeiten und die Gruppen zu unterstützen.

Das bedeute, Vereinbarungen zu treffen, wie ehrenamtliche Arbeit integriert werden könne. Voraussetzung seien Flexibilität und Offenheit seitens der Träger. Seitens der Kommunen sei eine Plattform geschaffen worden, den gegenseitigen Dialog zu pflegen.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling arbeitet ehrenamtlich in einem Gremium der Erftland mit. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, das sich mit der Ausführung von Umbauten befasst. Wenn man seine Erfahrungen aus seinem Berufsumfeld und seine Vorstellungen als eine Art Netzwerk nutzen möchte, sei der Befragte hierfür offen, da er auf diese Weise auch seine Idee von kleingliedrigen Pflegeeinrichtungen weiterverfolgen könne.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Herr Schilling führt aus, das es wichtig sei, sich über Schnittmengen mit weiteren Akteuren informieren zu können und erhofft sich für seine Arbeit neue Impulse. Derzeit befinde sich alles in einem großen Umbruch, der auch notwendig sei, weil sich die Anforderungen der Senioren geändert haben. Die heute ältere Generation und auch die Hochaltrigen seien anders als vor 10 oder 20 Jahren. Das sei vielleicht auch ein Wahrnehmungsproblem, weil man selbst auch gealtert ist, aber Herr Schilling merke es auch am Feedback. Als Beispiel benennt er das Internet. Die öffentliche Wahrnehmung sei, dass die heutigen Senioren fit sind und alle das Internet nutzen wollen. In Pflegewohngemeinschaften sei dies auch zutreffend. Leben die Menschen jedoch in Betreuungseinrichtungen spiele der persönliche Kontakt eine größere Rolle. Die Lebenssituation eines Menschen sei also entscheidend. „Vor 20 oder 30 Jahren waren 60-jährige „alte Leute“. Heute handelt es sich bei Personen im vergleichbaren Alter überwiegend um Menschen, die körperlich und geistig fit sind“ (Zitat Herr Schilling). In diesem Zusammenhang berichtet der Interviewpartner von einer Frau,

60 Jahre alt, hilfe- und pflegebedürftig, die jedoch keine Lust hat, zusammen mit beispielsweise 89- oder 100-jährigen Menschen, die sich in einer anderen Lebenssituation befinden, in einer Betreuungseinrichtung zu wohnen. Als weiteres Beispiel führt Herr Schilling einen ehemaligen Bewohner, der seinen hundertsten Geburtstag nicht in der Einrichtung feiern wollte, weil dort „nur alte Menschen“ waren, obwohl er der älteste Mann im Hause war. „Wir sind in einer Zeit des Wandels und müssen neue Projekte oder Konzepte ansiedeln vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit“ (Zitat Herr Schilling). „Wir müssen uns zunehmend die Frage stellen, was noch finanzierbar ist, denn danach wird sich auch ein bisschen richten, was wir wollen.“

Synopse

Zurzeit unterhält die AWO 15 Seniorenheime. Darüber hinaus werden ambulante Pflegewohngemeinschaften, in denen die Menschen selbstbestimmt wohnen, favorisiert. Auch ein Tagespflegeprojekt ist geplant. Ein weiteres Projekt stellen Pflegewohnheimplätze in einer Kleinsteinrichtung bis zu 20 Betten dar. Auch Wohngemeinschaften ohne speziellen Vertrag sind für den Interviewpartner denkbar. Der Befragte hält das „Bielefelder Modell“ für zeitgemäß. Die AWO wird künftig Seniorenwohnungen mit integrierter Tagespflege anbieten. Auch der Wunsch vieler Seniorinnen und Senioren, so lange als möglich selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben, wird nach Aussage des Interviewten ebenfalls unterstützt. Für zeitgemäß hält Herr Schilling das „Bielefelder Modell“, das die AWO auch in Kerpen praktizieren möchte, jedoch nicht als Hauseigentümer, sondern mit einem Investor.

Bei der Umsetzung der Wohnmodelle sei zentrale Lage vorrangig in den Fokus zu nehmen. Als Kooperationspartner sind für die AWO Investoren, die Immobilien zur Verfügung stellen, wichtig. Auf der Verwaltungsebene müsse versucht werden, solche Projekte schneller zu fördern. Regelungen für spezielle Wohnmodelle seien zu kompliziert und eine Lockerung sei wünschenswert.

Gerade wegen dieser Problematik sei die Bildung von Netzwerken bzw. Kooperationen sinnvoll. Der Interviewpartner erwartet Informationen hinsichtlich möglicher Schnittmengen mit weiteren Akteuren und erhofft sich für seine Arbeit neue Impulse.

8.8.9. Frau Vosen, Rhein-Erft-Kreis, Sachgebiet 50/32 (Frau Ulhaas)

Interviewpartnerin: Frau Vosen
Rhein-Erft-Kreis, Amt für Familien, Senioren und Soziales
Abteilung 50/3: Seniorenarbeit, Unterhaltssicherung und
Familienangelegenheiten
Sachgebiet 50/32 Aufgaben nach dem Landespflegegesetz

Interviewerin: Christina Ulhaas

Interviewtermin: 14. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen gibt an, dass sie Aufgaben nach dem Landespflegegesetz zu erfüllen hat und aus diesem Grund in Kontakt zu Pflegeberatungsstellen steht, bei denen sich vorwiegend Angehörige von Pflegebedürftigen zum Thema „Wohnen im Alter“ informieren. Des Weiteren sei es im Sinne des Landespflegegesetzes ihre Aufgabe, Strukturen für pflegebedürftige Menschen zu schaffen und daher beschäftigt sie sich mit verschiedenen Projekten, wie derzeit u.a. mit der Gründung einer Wohngemeinschaft für pflegebedürftige Menschen. Darüber hinaus arbeite sie im Rahmen des Bielefelder Modells mit der Stadt Kerpen zusammen.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen betont, dass sie keine spezielle Wohnform bevorzugt, sondern nur eine Mischung aus unterschiedlichen Wohnmöglichkeiten der Zukunft gerecht werde. Da die Menschen selbstbestimmt leben und zwischen unterschiedlichen Möglichkeiten wählen möchten, dürfe nicht nur wie bisher das Pflegeheim als nächste Stufe auf das Leben in der eigenen Wohnung folgen, sondern es müsse dazwischen ganz viele Alternativen geben. Allerdings werde die Einrichtung „Pflegeheim“ nach wie vor unver-

zichtbar bleiben, da es Formen der Pflegebedürftigkeit gibt, die zu Hause nicht mehr gewährleistet werden können. Die Wünsche der Menschen seien vielfältig; manche möchten aus eigenem Antrieb in eine Betreuungseinrichtung, viele bevorzugen, in ihrer eigenen Wohnung alt zu werden, was jedoch zu gegebener Zeit eine entsprechende Wohnraumanpassung zur Folge hat; und andere machten wiederum von der Möglichkeit Gebrauch, in Wohngemeinschaften zu ziehen. Interessant sei auch das Wohnen im Quartier mit Versorgungssicherheit, was im Alter eine ganz wichtige Rolle spiele. Nach ihrem Kenntnisstand wollen viele älter werdende Menschen nicht mehr in ihrem Eigenheim leben, weil es ihnen zu viel Arbeit bereitet. Frau Vosen zieht aus all dem die Schlussfolgerung, dass im Rhein-Erft-Kreis eine ausgewogene Mischung aus unterschiedlichen Wohnformen sichergestellt werden möge.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin erläutert, dass Kontakt zu möglichen Trägern/Investoren aufgenommen wurde, um mit diesen verschiedene Möglichkeiten abzuwägen. Auch müsse für die Umsetzung eines Wohnprojektes ein geeignetes, möglichst zentral gelegenes Grundstück in ausreichender Größe gefunden werden. Zur Zeit arbeite man an verschiedenen Projekten:

Verwaltungsseitig bestehe der Wunsch, dass die Errichtung neuer Betreuungseinrichtungen modernisiert wird, um einer Krankenhausatmosphäre entgegenzuwirken. Außerdem wolle der Rhein-Erft-Kreis alternative Wohnformen schaffen und arbeite daher an einer Wohngemeinschaft für Pflegebedürftige, die jeder Person ein eigenes Zimmer mit eigenem Bad gewährleistet, aber auch Gemeinschaftsräume wie Küche, Wohnzimmer und Esszimmer beinhaltet. Darüber hinaus gebe es ein Pflegebad sowie Haushalts- bzw. Wirtschaftsräume zum Wäschewaschen etc. Dieses Modell erfordere aber ein selbstständiges Mitarbeiten von den betroffenen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen, da entgegen der klassischen Betreuungseinrichtung keine Rundumversorgung garantiert wird. Ein Träger/Investor sei bereits vorhanden. Man müsse u.a. Konzepte prüfen, Verhandlungen über die Betreuungspauschale führen und Verträge

schließen. Frau Vosen merkt in diesem Zusammenhang an, dass Träger aus dem stationären Bereich oft auch eine sehr „stationäre Sicht“ haben und schwer über den „Tellerrand“ auf mögliche Alternativen blicken können. Des Weiteren habe man sich das Ziel gesetzt, eine Wohngemeinschaft nur für Demenzerkrankte zu etablieren. Sie halte auch sehr viel vom „Bielefelder Modell“, da dieses mehrere Komponenten in sich vereint (eigenständiges Leben mit Versorgungssicherheit, aber ohne Betreuungspauschale) und begrüße daher besagte Zusammenarbeit mit der Stadt Kerpen.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen weist darauf hin, dass es zielführend sei, eine gesunde Mischung aus verschiedenen Wohnmodellen anzustreben. Man müsse jedem Wohnungssuchenden die Möglichkeit bieten, zwischen unterschiedlichen Wohnformen zu wählen. Dies sei jedoch nicht gewährleistet, wenn nach dem Wohnen zu Hause ausschließlich der Einzug ins Heim in Frage kommt. Es sei wichtig, den Wünschen der Menschen gerecht zu werden und ihnen Versorgungssicherheit zu bieten (Bielefelder Modell). Dies entspreche sowohl ihrem eigenen Wunsch, alt zu werden, als auch ihrem Wunsch für den Rhein-Erft-Kreis. Frau Vosen sieht zwei wesentliche Vorteile, wenn jemand in der eigenen Häuslichkeit belassen werden kann: Zum einen entspreche dies in der Regel dem Wunsch des Betroffenen, zum anderen hätte der Sozialhilfeträger dadurch einen finanziellen Vorteil.

Frage 4.1: Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Diesbezüglich ist Frau Vosen im Stadtgebiet Bergheim noch nichts Konkretes bekannt, aber sie habe mit der Kreisstadt schon Verhandlungen für eine Demenzwohngruppe aufgenommen sowie über das Bielefelder Modell gesprochen. Die Situation im Rhein-Erft-Kreis ist ihrer Auffassung nach noch entwicklungsbedürftig. Zwar gebe es

in Wesseling eine Seniorenwohngemeinschaft, allerdings beziehe sich diese nicht auf Pflegebedürftige, sodass sie keinen verstärkten Kontakt zu der Gruppe pflege.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Für Frau Vosen gehören im Bereich Pflege in jedem Fall zwei zuverlässige Kooperationspartner zu einem Projekt. Konkret benennt sie einen interessierten Wohnungsbau-träger sowie einen Träger mit Erfahrungen im ambulanten oder stationären Bereich. Unterschiedliche Wohnprojekte erforderten unterschiedliche Kooperationspartner; dadurch erhalte man auch eine gewisse Konkurrenzsituation, die wiederum das Ge-schäft belebe.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen vertritt den Standpunkt, dass Netzwerke sowohl im Bereich Pflege, als auch in allen anderen Bereichen unausweichlich und notwendig sind. Sie sei stets da-für, Dinge auszuprobieren, auch auf die Gefahr hin, dass sie im Nachhinein nicht funk-tionieren. „Es ist wichtig, dass die Welt ein bisschen bunter wird“ (Zitat Frau Vosen).

Frage 5.1: In welchen konkreten Bereichen halten Sie die Bildung von Netzwer-ken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll?

Antwortwiedergabe:

Netzwerkarbeit sei grundsätzlich in allen Bereichen von äußerster Wichtigkeit. Jedoch dürften die Netzwerke nicht zu groß werden, da sie sonst nicht mehr handlungsfähig seien bzw. nicht mehr effektiv arbeiteten. Stattdessen sei es ratsam, mehrere kleine Netzwerke zu bilden und diese wiederum untereinander zu vernetzen. Netzwerke bei-spielsweise zum Thema „Wohnen“ und/oder „Demenz“ sollten demnach zwar mitein-ander kooperieren, aber trotzdem als selbstständige Einheiten bestehen bleiben. Ver-trauen spiele eine große Rolle und erleichtere die Zusammenarbeit. Frau Vosen verweist beispielhaft auf ihren Austausch mit dem Forschungsprojekt EVIDENT der

Technischen Universität (TU) Dortmund, das sich mit der Versorgungssituation von demenzerkrankten Menschen im Rhein-Erft-Kreis beschäftigt.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen hält freiwilliges Engagement für absolut notwendig, um in der heutigen Zeit zurechtzukommen. Notwendig sei, dass viele ihr Verständnis von ehrenamtlichem Engagement erweitern; entgegen der verbreiteten Auffassung, es handele sich hierbei ausschließlich um Vereinsarbeit, zähle sie bereits Kleinigkeiten dazu, die im Stillen ablaufen (z.B. Nachbarschaftsdienste). Heutzutage sei es wichtig, z.B. mit Hilfe des „Bielefelder Modells“, auf alte Strukturen zurückzugreifen und Dinge wieder populär zu machen, die früher ganz selbstverständlich waren, aber im Laufe der Zeit vernachlässigt wurden. Die Tendenz gehe dahin, dass viele nur noch auf sich schauen und sich nicht mehr für das interessieren, was über den „nächsten Gartenzaun“ hinaus geschieht. Sie selbst hat die Erfahrung gemacht, dass der Wille zu ehrenamtlichem Engagement durchaus vorhanden ist und man den Leuten lediglich einen kleinen Anstoß geben muss. Häufig reicht der Hinweis aus, dass vieles, was bereits geleistet wird, wie z.B. kleine Hilfestellungen im Alltag, einer ehrenamtlichen Tätigkeit gleichkommt. Frau Vosen unternimmt zur Zeit den Versuch, das ehrenamtliche Projekt „Fit für 100“ für den Rhein-Erft-Kreis zu gewinnen, das sich zur Aufgabe gemacht hat, Sport mit älteren Menschen (80plus) zu treiben. Ziel des Projektes ist, durch Präventivmaßnahmen Unfälle aufgrund mangelnder Beweglichkeit zu vermeiden. Die Interviewte gibt bekannt, dass eine von ihr betreute ehrenamtliche Schulung zum Thema Demenz kürzlich großes Interesse hervorgerufen hat.

Frage 6.1: Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Man habe festgestellt, dass es eine zuverlässige Person geben muss, die die Rolle des Koordinators übernimmt und als Ansprechpartner/-in zur Verfügung steht. Nur so könne es gelingen, die Netzwerkstrukturen zu fördern. Dies habe sich auch bei dem

Projekt EVIDENT bestätigt. Allerdings müsse sich der Koordinator zunächst eine Vertrauensposition erarbeiten.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen berichtet, dass sie viele verschiedene Aufgaben wahrnimmt. Zu nennen sind Vergütungsverhandlungen mit stationären Einrichtungen, die Arbeit mit Ehrenamtlichen sowie die Kooperation mit ambulanten Pflegediensten und die Durchführung von Qualitätsprüfungen. Des Weiteren rufe sie Projekte ins Leben bzw. schaffe die Voraussetzungen für deren Ansiedlung im Rhein-Erft-Kreis (vergleiche „Fit für 100“) und treffe Absprachen mit möglichen Trägern und Verantwortlichen. Wohnprojekte seien bekanntlich von großer finanzieller Dimension und erforderten im Vergleich zu kleineren Vorhaben zusätzliche Verhandlungen und eine längere Durchführungszeit. Für den Rhein-Erft-Kreis sei wichtig, einen verlässlichen Partner für die Umsetzung von Projekten zu finden. Da die Kreisverwaltung keine Trägerfunktion hat, sieht Frau Vosen ihren Arbeitgeber in einer verbindenden/koordinierenden Position. Aufgabe des Rhein-Erft-Kreises sei zu verfolgen, ob Konzepte planungsgemäß und absprachengetreu umgesetzt werden. Außerdem zahle der Kreis bei Wohnprojekten im Bereich der Pflege die Betreuungspauschale bzw. finanziere diese mit.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Frau Vosen sieht den Ergebnissen der Projektarbeit mit hoher Erwartung entgegen. Sie legt großen Wert auf engen Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern und hat dennoch manchmal die Befürchtung, dass die Behörden zu „weit weg“ sind, um gezielt auf deren Bedarf eingehen zu können. Da es sich hier um ein sehr bevölkerungsorientiertes Projekt handelt, das sich intensiv mit den Wünschen der älteren Menschen auseinandersetzt, wünscht sie sich, dass die Wege und Ziele des Rhein-Erft-Kreises dadurch Bestätigung finden. Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man eine

„Kurskorrektur“ vornehmen. Sie hofft, dass eine solch empirisch belegte Studie sowohl die Politik als auch ihre eigene Arbeit unterstützt. Interessant seien darüber hinaus mögliche Schnittmengen des Projektes der Studierenden mit dem Projekt EVIDENT und betrachtet es somit auch als Teil ihrer Netzwerkarbeit.

Synopse

Seitens der Befragten wird keine spezielle Wohnform für den Rhein-Erft-Kreis bevorzugt, sondern nur eine Mischung aus unterschiedlichen Wohnmöglichkeiten könne der Zukunft gerecht werden, u.a. „Bielefelder Modell“ und Wohnen im Quartier mit Versorgungssicherheit. Es besteht der Wunsch, den Pflegeheimbau zu modernisieren, um einer Krankenhausatmosphäre entgegenzuwirken. Außerdem wolle der Rhein-Erft-Kreis alternative Wohnformen schaffen und arbeite daher an einer Wohngemeinschaft für Pflegebedürftige. Des Weiteren habe man sich vorgenommen, eine Wohngemeinschaft nur für Demenzerkrankte zu etablieren. Insgesamt ist die Situation im Rhein-Erft-Kreis aber noch entwicklungsbedürftig.

Um eine positive Entwicklung im Bereich „Wohnen im Alter“ zu fördern, nimmt sie die unterschiedlichsten Aufgaben wahr, so z.B. Vergütungsverhandlungen mit stationären Einrichtungen, die Arbeit mit Ehrenamtlichen sowie die Kooperation mit ambulanten Pflegediensten und die Durchführung von Qualitätsprüfungen. Den Rhein-Erft-Kreis sieht sie in einer verbindenden/koordinierenden Position, der verfolgt, ob Konzepte planungsgemäß und absprachengetreu umgesetzt werden. Außerdem zahlt der Kreis bei Wohnprojekten im Bereich der Pflege die Betreuungspauschale bzw. finanziert diese mit.

Frau Vosen hat eine hohe Erwartungshaltung an die Ergebnisse der Projektarbeit. Sie wünscht sich, dass die Wege und Ziele des Rhein-Erft-Kreises dadurch Bestätigung finden. Außerdem betrachtet sie die Projektarbeit auch als Teil ihrer Netzwerkarbeit.

8.8.10. Herr Möcker, DRK Bergheim (Frau Oziemkiewicz)

Interviewpartner: Herr Uwe Möcker
Geschäftsführer und Heimleiter
Alten- und Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes, Bergheim

Interviewerin: Magdalena Oziemkiewicz

Interviewtermin: 15. September 2009

Weitere Anwesende: Frau Gabriele Klöther, verantwortliche Pflegefachkraft

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Die Beschäftigung mit dem Thema „Wohnen im Alter“ seitens des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) liegt in der Natur der Sache, da der DRK-Kreisverband zwei Pflegeheime führt sowie „seniorengerechte Appartements“, die ein barrierefreies Wohnen und Sicherheit, dass sich jemand um die älteren Menschen kümmert, gewährleisten.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Notwendig seien Wohngemeinschaftsmodelle mit ambulanter Betreuung und externer Hilfe und mit Gemeinschaftsräumen, damit Senioren am zentralen Leben teilnehmen können; weiterhin Wohngruppenmodelle im stationären Bereich mit 24-Stunden-Betreuung.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Aktuell werden keine Maßnahmen seitens des DRK ergriffen.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

Antwortwiedergabe:

Andere Wohnmodelle werden positiv bewertet. Es sei nicht sicher, ob man wieder zum Mehrgenerationenwohnen komme, da dieses Modell mit hohen Investitionskosten verbunden sei und nur eine bestimmte Bürgerschicht betreffe. Sinnvoll sei, den Familienbereich zu stärken und finanziell zu unterstützen, damit ältere Menschen weiterhin im Familienbund leben und gepflegt werden können.

Frage 4.1: Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Ambulante Hausgemeinschaftsmodelle sowie Mehrgenerationenwohnen, das in breiter Volksschicht realisiert werden könne.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Für die Umsetzung sind das DRK, Bauträger und Architekten erforderlich sowie Versorgungsanbieter (soziale Betreuung, Haushaltsdienstleistungen).

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Das DRK hält es für sehr sinnvoll, da die Realisierung der Zielvorstellung in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bessere Chancen biete.

Frage 5.1: Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

Die Bildung von Netzwerken sei in allen Bereichen sinnvoll. Dazu gehören Architekten, Investoren, Vereine, etc.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

Das DRK hält das freiwillige Engagement nicht für zielführend, da professionelle Versorgungsstrukturen wichtiger seien, um die Wohnmodelle aufrecht zu erhalten. Man müsse das ganze Spektrum der Senioren beachten – von fit bis gebrechlich.

Gebrechliche und demenzkranke Menschen benötigen professionelle Hilfe. Das Ehrenamt in seiner Vielschichtigkeit ist als zusätzliche Unterstützung zu sehen, z.B. in der Freizeitgestaltung.

Frage 6.1: Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Diese Frage erübrigt sich aufgrund der vorangegangenen Antwort.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Das Hausnotrufsystem stelle einen wichtigen Beitrag zum Thema „Wohnen im Alter“ dar, welches zum transportablen/mobilen Notrufsystem weiter entwickelt wird. Weiterhin sei der Kontakt mit Senioren über den PC-Bildschirm ein Zukunftsgedanke, der zu realisieren sei, so dass das Hausnotrufsystem als Dienstleistung anzusehen wäre.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Man könne Netzwerke erschließen, neue Arbeitsfelder für Wohlfahrtsverbände schaffen, Altenhilfe justieren: Angebote entwickeln, die den Bedürfnissen der Senioren gerecht werden sowie Gewinnung neuer Kunden.

Synopse

Als neue bzw. alternative Wohnformen haben für Herrn Möcker Wohngemeinschaftsmodelle mit ambulanter Betreuung, externer Hilfe und Gemeinschaftsräumen Priorität sowie Wohngruppenmodelle im stationären Bereich mit 24-Stunden-Betreuung. Seitens des DRK werden auch andere Wohnmodelle positiv bewertet wie z.B. ambulante Hausgemeinschaftsmodelle. Auch das Mehrgenerationenwohnen sei sinnvoll, damit ältere Menschen weiterhin im Familienbund leben und gepflegt werden können.

Für die Umsetzung der Wohnformen sind Bauträger, Architekten und Versorgungsanbieter als Kooperationspartner notwendig. Weiterhin wird für sinnvoll erachtet, Netzwerke in allen Bereichen (Architekten, Investoren, Vereine, etc.) zu bilden, da die Realisierung der Zielvorstellung in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Trägern bessere Chancen bietet.

Das Deutsche Rote Kreuz könne von der Projektarbeit insoweit profitieren, dass neue Netzwerke erschlossen, neue Arbeitsfelder für Wohlfahrtsverbände erschaffen und Altenhilfe verbessert werden könnte.

8.8.11. Frau Hülsewig, CDU-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Herr Lepperhoff)

Interviewpartnerin: Frau Hülsewig
CDU-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim

Interviewer: Dennis Lepperhoff

Interviewtermin: 23. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Hülsewig erläutert, dass sich in dem Thema „Wohnen im Alter“ auch der Begriff „Demographischer Wandel“ verberge. „Fakt ist, dass wir immer weniger, älter und bunter werden“ (Zitat Frau Hülsewig). Vor diesem Hintergrund ging die CDU-Fraktion Bergheim vor fünf Jahren in Klausur, um u.a. das Thema „Wohnen im Alter“ zu thematisieren. Hier wurde auch der Beschluss gefasst – insbesondere auf Initiative der Senioren Union – zu beantragen, das Thema „Wohnen im Alter“ auch in der Verwaltung anzusiedeln. Inzwischen ist die „Fachstelle Älterwerden“ im Rathaus eingerichtet. Weiterhin habe die Fraktion beantragt, in einem Bergheimer Viertel ein Modellprojekt „Mehrgenerationenwohnen“ zu errichten. Hier sollen ältere Menschen die Möglichkeit haben, mit Jüngeren in einer Wohneinheit zu leben. Dabei sollen gegenseitige Unterstützung im Rahmen von Nachbarschaftshilfe im Vordergrund stehen. Weiterhin sei in den letzten zwei Jahren durch die CDU-Fraktion ein Aufruf gekommen, Barrierefreiheit in allen Stadtteilen umzusetzen. Eigens hierfür habe die Bürgermeisterin eine Beauftragte für Behinderte eingesetzt. Zusammen mit der Polizei sei man dann durch alle Stadtteile gegangen, um beispielsweise Bordsteine abzusenken. Es erschien der Fraktion wichtig, neben dem Wohnraum auch das Wohnumfeld frei zugänglich zu gestalten.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation in Bergheim Priorität?

Antwortwiedergabe:

Frau Hülsewig befürworte, dass eine hilfsbedürftige Person zunächst in der Familie bleiben könne oder z.B. eine Wohngemeinschaft gebildet wird, in der jedes Mitglied Rückzugsmöglichkeiten hat, aber auch die Chance der gegenseitigen Unterstützung bestehe. Sie hält alle vernünftigen Alternativen für denkbar und möchte sich nicht auf eine festlegen. Für wichtig erachte sie, dass die Menschen sich schon früh lösen, wenn sie seniorengerecht wohnen möchten.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit von Ihnen favorisierte Wohnformen im Stadtgebiet Bergheim künftig angeboten werden können?

Antwortwiedergabe:

Es seien bereits Fachstellen in der Verwaltung eingerichtet worden, deren Mitarbeiter/-innen als Ansprechpartner/-innen fungieren und sich mit der Problematik auseinandersetzen. Zu gegebener Zeit werde die Verwaltung dem Bürgerausschuss geeignete Vorschläge unterbreiten.

Frage 4: Halten Sie Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für die Kreisstadt Bergheim zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

4.1. Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Für Frau Hülsewig sei es selbstverständlich, dass es so etwas gäbe.

4.2. Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

An dieser Stelle sei es wichtig, dass Träger wie die Caritas mitwirken. Es sei wünschenswert, private Investoren zu finden, was sich allerdings zurzeit als sehr schwierig erweise. Weiterhin gebe es Finanzmittel seitens des Landes NRW.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

5.1. Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

„Ja, in allen Bereichen“ (Zitat Frau Hülsewig).

Frage 6. Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Antwortwiedergabe:

„Ohne freiwilliges Engagement kommen wir gar nicht aus. Das betrifft insbesondere den sozialen Bereich“ (Zitat Frau Hülsewig). Hierbei sei persönliche Ansprache besonders wichtig. Eine Chance sehe die Interviewte aufgrund der Tatsache, dass die Menschen häufig bis ins hohe Alter geistig und körperlich fit seien. Die jetzige ältere Generation bringe ein großes „Know how“ mit, was ungemein wichtig für die Arbeit mit Bedürftigen sei.

6.1. Welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Um diesen Bereich zu stärken wurde die Ehrenamtskarte eingeführt, um die Arbeit der Freiwilligen auch zu würdigen und anzuerkennen. Es handelt sich um ein Modell des Landes NRW, an dem sich die Kommunen beteiligen und Vergünstigungen anbieten, z.B. Nachlässe bei kulturellen Veranstaltungen. Die Kreisstadt Bergheim wirbt beispielsweise mit Nachlässen auf die Eintrittsgelder im Medio oder in Schwimmbädern.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin leiste einen Beitrag, indem sie sich politisch engagiere. Jede Gruppe brauche jemanden, der sich für sie einsetze.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Frau Hülsewig interessiert sich insbesondere für die Ergebnisse der anderen kreisangehörigen Kommunen. Durch beabsichtigte Vernetzung eröffnen sich Möglichkeiten der gegenseitigen Ergänzung und des voneinander Profitierens.

Synopse

Frau Hülsewig beschäftigt sich auf politischer Ebene mit dem Thema „Wohnen im Alter“ und hat in ihrer Funktion als Ratscherrin an diversen Beschlüssen mitgewirkt, die vor dem Hintergrund des demographischen Wandels gefasst wurden.

Sie hält alle zukunftssträchtigen Wohnformen für denkbar und möchte sich nicht auf eine festlegen. Um die Menschen zu unterstützen und ihnen Hilfestellungen zu geben, wurden Fachstellen in der Verwaltung eingerichtet, deren Mitarbeiter/-innen als Ansprechpartner/-innen fungieren und sich mit der Problematik auseinandersetzen.

Für die Umsetzung möglicher Modelle und Projekte sei es erforderlich, Kooperationspartner zu finden. An dieser Stelle ist es wichtig, dass Träger wie die Caritas mitwirken und private Investoren gefunden werden. Zudem gebe es Finanzmittel seitens des Landes NRW.

Sie spricht des Weiteren an, dass freiwilliges Engagement, insbesondere im sozialen Bereich, unverzichtbar ist. Dies geht nur über persönliche Ansprache. Um die Arbeit der Freiwilligen auch zu würdigen und anzuerkennen wurde die Ehrenamtskarte eingeführt. Mit dieser erhält man unter anderem Nachlässe in öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schwimmbädern.

Einen Beitrag dafür, dass im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt, leistet die Interviewpartnerin, indem sie sich politisch engagiert. Jede Gruppe brauche jemanden, der sich für sie einsetze. Sie interessiert sich besonders für die Ergebnisse in den anderen kreisangehörigen Kommunen. Durch beabsichtigte Vernetzung eröffnen sich Möglichkeiten der gegenseitigen Ergänzung und des voneinander Profitierens.

8.8.12. Frau Wilbertz, SPD-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim (Herr Malek)

Interviewpartnerin: Frau Wilbertz
SPD-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim

Interviewer: Thomas Malek

Interviewtermin: 23. September 2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Frau Wilbertz ist Mitglied der SPD-Fraktion im Rat der Kreisstadt Bergheim und beschäftigt sich laufend mit dem Thema, weil sie zum einen von Senior/-innen darauf angesprochen wird und sich zum anderen anlässlich von Workshops und sonstigen Fachveranstaltungen sachkundig macht, die seitens der Verwaltung zu diesem Thema durchgeführt wurden. Das Thema sei sehr wichtig für sie, weil immer mehr Senior/-innen vereinsamen, z.B. wenn der/die Lebenspartner/-in stirbt.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation in Bergheim Priorität?

Antwortwiedergabe:

Frau Wilbertz favorisiert ein Projekt „Jung und Alt“, aber auch Wohnungen für Einzelpersonen, die möglichst Nahe dem Zentrum angesiedelt sind, weil sie es für wichtig hält, dass eine vernünftige Infrastruktur vorhanden ist.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Stadtgebiet Bergheim künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin ist neu in den Stadtrat gewählt worden und wird versuchen, auf politischer Ebene etwas zu bewirken. Sie wird sich auch weiterhin im ehrenamtlichen Bereich engagieren.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für die Kreisstadt Bergheim zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen?

4.1. Falls ja, welche?

Antwortwiedergabe:

Frau Wilbertz hält diese für sinnvoll, sieht aber Probleme bei der Umsetzung. Sie stellt sich die Frage, wo man so etwas umsetzen und entsprechende Partner/-innen finden kann. Aus Erfahrung weiß sie zu berichten, dass bei den Senior/-innen noch vorwiegend Zurückhaltung herrscht, was dieses Thema betrifft. Sie habe eher von Senior/-innen gehört, die sich vorstellen können, künftig in Wohngemeinschaften zu leben.

4.2. Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Wichtig wäre es nach Meinung von Frau Wilbertz, einen Investor oder eine Genossenschaft zu finden, der/die solche Projekte unterstütze oder auch andere Träger wie beispielsweise AWO, Caritas.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägereben, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewte hält die Bildung von Netzwerken in jedem Fall für sinnvoll. „Netzwerke sind das A und O. Ohne Vernetzungen in allen Bereichen kann man nichts zufriedenstellend bewältigen“ (Zitat Frau Wilbertz).

5.1. Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

In allen, insbesondere aber in sozialen Bereichen, denn ältere Leute sind allein, wenn der Partner stirbt und deshalb auf Unterstützung angewiesen. Häufig stehen folgende Fragen im Raum: Was mache ich? An wen kann ich mich wenden? Wo bekomme ich Informationen und Unterstützung? „An guter Infrastruktur mangelt es häufig im Stadtgebiet Bergheim, insbesondere in den kleineren Stadtteilen“ (Zitat Frau Wilbertz).

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

6.1. Falls ja, welche Strukturen sind hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Frau Wilbertz hält den Einsatz freiwilligen Engagements für wichtig. Als schwierig erweise es sich jedoch, genügend ehrenamtliche Helfer/-innen zu akquirieren. Vielfach favorisierten Ruheständler/-innen den Wunsch zu reisen vor freiwilligem Engagement an hilfebedürftigen Mitbürger/-innen. Dieses Phänomen beobachtet sie insbesondere bei denjenigen Ruheständlern, die das Geld für Reisen haben. Inzwischen seien jedoch vermehrt jüngere Menschen angesprochen worden, die sich vorstellen können, für eine gewisse Zeit Aufgaben zu übernehmen, ohne sich fest binden zu müssen.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Die Interviewpartnerin ist im sozialen Netzwerk aktiv, informiert die Senior/-innen über alternative Wohnmöglichkeiten, unterstützt diese bei jeglichen Fragestellungen und regt an, an Fachveranstaltungen und Workshops teilzunehmen.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Die Auswertungsergebnisse der Befragung werden Aufschluss darüber geben, wie die Menschen künftig überhaupt wohnen möchten. Dies werde auch die Arbeit von Frau Wilbertz unterstützen, da es eines ihrer Anliegen sei, nicht über den Kopf der Menschen zu entscheiden, sondern gemeinsam Lösungen zu finden. Bedauerlich sei, dass viele, gerade diejenigen, denen es noch gut geht, sich gar nicht mit dem Thema beschäftigen wollen und dann plötzlich verzweifelt seien, wenn sie in eine Situation kommen, in der sie auf Hilfe angewiesen sind.

Synopse

Frau Wilbertz beschäftigt sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“, indem sie an Workshops und diversen Fachveranstaltungen teilnimmt und den Dialog mit den Senior/-innen sucht. Für sie hat ein Projekt „Jung und Alt“ Priorität. Wichtig ist ihr auch, dass zentrumsnahe Wohnungen für Einzelpersonen zur Verfügung gestellt werden. Um diese Ziele realisieren zu können, setzt sie sich als Ratsherrin auf politischer Ebene ein und ist zusätzlich auch im ehrenamtlichen Bereich aktiv.

Die Umsetzung weiterer Wohnmodelle stuft sie als problematisch ein und steht dem eher skeptisch entgegen, da es schwierig sei in der heutigen Zeit potentielle Investoren zu finden. Auch seien viele Senior/-innen in diesem Punkt eher zurückhaltend, und könnten sich ihrer Meinung nach eher vorstellen, in Wohngemeinschaften zu leben. Investoren oder Genossenschaften zu finden sei aber zwingend erforderlich, um zukunftssträchtige Modelle realisieren zu können. Hierfür wäre es auch sinnvoll, mit Trägern wie der AWO oder Caritas zusammen zu arbeiten.

Ohne Vernetzungen, insbesondere im sozialen Bereich, seien solch große Projekte nicht zu bewältigen. Dabei ist die Mitwirkung aller Beteiligten erforderlich. Nicht zuletzt der Sektor der ehrenamtlichen Tätigkeit sei hierbei zu erwähnen. Es erweist sich zwar als schwierig, freiwillige Helfer zu akquirieren, jedoch konnten in jüngerer Vergangenheit vermehrt jüngere Menschen gefunden werden, die sich bereit erklären Aufgaben zu übernehmen, ohne sich fest binden zu müssen.

Damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt, nimmt Frau Wilbertz aktiv in sozialen Netzwerken teil. Zudem unterstützt und berät sie die Senior/-innen bei jeglichen Fragestellungen und appelliert an diese, sich aktiv am Thema zu beteiligen, damit nicht zuletzt auch die Wünsche der direkt Betroffenen berücksichtigt werden.

Sie erhofft sich aus den Ergebnissen der Projektarbeit Aufschlüsse über die Wünsche der Menschen und ist begierig zu erfahren, wie deren Wohnform zukünftig aussehen soll.

8.8.13. Herr Binder, Herr Berkel, Verein ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V. (Frau Günther)

Interviewpartner: Herr Binder, Herr Berkel
Verein ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V.

Interviewerin: Judith Günther

Interviewtermin: 28.10.2009

Frage 1: Inwieweit beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Wohnen im Alter“?

Antwortwiedergabe:

Herr Binders Anknüpfungspunkte seien beruflich bedingt. Schon als jüngerer Architekt habe er sich durch die Wahrnehmung von Planungsaufgaben, wie dem Entwurf eines Altenpflegeheimes, mit dem Thema „Wohnen im Alter“ beschäftigt. In diesem Zusammenhang habe er feststellen müssen, dass Investoren profitorientiert handeln. Aus diesem Grunde stellten sich Bauvorhaben oft anders dar, als ursprünglich geplant.

Ein zweiter Berührungspunkt zum Thema sei persönlicher Art. Jeder erlebe durch die eigenen Eltern im Laufe seines Lebens Dinge, die mit dem Älterwerden zusammenhängen. So sei die Frage aufgekommen, wie man selbst gerne wohnen möchte, wenn man älter wird. Auch Herrn Berkels Motivation, sich mit dem Thema auseinander zu setzen, sei durch seine Eltern bedingt. Er wohnt in einem 1902 erbauten Haus mit

64 Stufen zur eigenen Wohnung. Als sich die Frage stellte, wie lange dies noch machbar sei, habe er von dem Projekt ALTERNatives Wohnen gehört. Ebenso wie Herr Binder ist er Gründungsmitglied des Vereins „ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V.“. Derzeit zählt der Verein 40 Mitglieder, darüber hinaus ca.100 Interessenten.

Prägend seien für Herrn Binder zudem zwei Bücher gewesen, die Thema und Hintergründe, die letztlich zur Vereinsgründung geführt haben, in Romanform behandeln, „Die letzte Strophe“ von Christine Brückner sowie „Die schöne Gegenwart“ von Leonie Ossowski.

Frage 2: Welche neue (alternative) Wohnform hat für Sie im Sinne der älter werdenden Generation im Rhein-Erft-Kreis Priorität?

Antwortwiedergabe:

Priorität habe für die Mitglieder und den Vorstand des Vereins eine Wohnform, die in Erftstadt bisher nicht vorhanden sei. Nach Aussage der Interviewpartner verfügt Erftstadt lediglich über zwei Altenpflegeheime sowie wenige Angebote des Betreuten Wohnens, ansonsten bleiben die Menschen im Alter zuhause. In Erftstadt fehlten Seniorenwohnungen mit gehobenem Standard, sogenannte Stifte oder Seniorenresidenzen. Nach Ansicht der Befragten werden Senior/-innen, die über genügend Eigenmittel verfügen, kaum hier in der Gegend in einem Seniorenheim bleiben, sondern nach Brühl, Bonn oder Köln in entsprechend teure Einrichtungen ziehen.

Laut Herrn Binder gebe es zwei überragende Wohnwünsche für ältere Menschen. Zum Einen den Erhalt der Autonomie, zum Anderen das Leben in Verbundenheit, also nicht allein sein zu müssen. Diese beiden Punkte könne man nach Ansicht der Vereinsmitglieder in einer gemeinschaftlichen Wohnform sehr schön zusammenführen. Durch gemeinschaftliches Wohnen im Sinne einer Hausgemeinschaft, d.h. ein Mehrfamilienhaus mit ausgestatteten eigenständigen Wohnungen und eingebundenem, separatem Gemeinschaftsbereich, seien viele Probleme besser zu bewältigen. So gebe es mehr Möglichkeiten und gegenseitige Hilfen, um besser im Alltag zurecht zu kommen. Aus dieser Idee heraus wolle der Verein gemeinschaftliche Wohnformen initiieren und entwickeln. Der Gemeinschaftsaspekt mache die Alternative aus.

Beim Bau eines geeigneten Objektes sei bisher ein Bauvolumen von 12 Wohneinheiten mit entsprechenden Gemeinschaftsräumen geplant. Eine Gästewohnung, die bei Bedarf von einer Betreuungsperson bezogen werden kann, sehe das Bauvorhaben ebenfalls vor. Die Suche nach einem vorhandenen Objekt mit geeigneter Bausubstanz und entsprechender Größe in zentraler Lage, das gegebenenfalls den Erfordernissen der Barrierefreiheit gemäß umgebaut werden kann, gestalte sich sehr schwierig. Der Verein konzentriere sich daher darauf, das beschriebene Wohnprojekt zu entwickeln und letztlich zu bauen.

Frage 3: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit die von Ihnen favorisierte Wohnform im Rhein-Erft-Kreis künftig angeboten werden kann?

Antwortwiedergabe:

Aktuell steht, so Herr Berkel, die Suche eines geeigneten Grundstückes oder gegebenenfalls ein oder zwei geeigneter Häuser, die finanziell im Rahmen liegen, im Vordergrund. Viel Wert wird auf zentrale Lage des Grundstückes bzw. des Hauses gelegt, da die Mobilität im Alter nachlässt.

Rückblickend wurden seitens des Vereins bereits Maßnahmen ergriffen: Als das Thema „Wohnen im Alter“ präsent war, habe man zunächst mit dem Studieren von Literatur begonnen, um auf Modelle hinweisen zu können, die in Ländern, wie beispielsweise den Niederlanden, bereits in der Praxis erprobt waren. Aus der Literaturzusammenstellung habe der Verein eine Zusammenfassung erstellt, wie ein Projekt in Erftstadt aussehen und entstehen könne. Der erstellte Flyer, der die wesentlichen Ansatzpunkte des Vereins enthält, wurde bei diversen Veranstaltungen in Erftstadt verteilt. Aus dem Kreis der Interessierten habe sich 2006 der Verein gegründet.

Regelmäßig finden alle zwei Monate Vereinstreffen statt, die durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. So sei jeder Interessierte herzlich eingeladen. Der Verein verfolge das Bestreben, weiterhin im Bewusstsein der Bevölkerung zu bleiben und neue Interessenten und Mitglieder zu gewinnen. Neben der Suche nach einem geeigneten Grundstück findet anlässlich der Treffen ein reger Erfahrungs- und Informationsaustausch statt, der über den Bereich des Wohnens im Alter hinausgeht, beispielsweise

Themen wie Pflegeversicherung, Patientenverfügung oder „Essen auf Rädern“. Weiterhin werden Programme wie gemeinsames Wandern, Kino- oder Museumsbesuche organisiert, um sich besser kennen zu lernen. Nach Einschätzung der Befragten ist der Verein mittlerweile bekannt, gut verankert in Erftstadt und „auf einem guten Weg“.

Frage 4: Halten Sie weitere Wohnmodelle, die in anderen Regionen bereits erfolgreich laufen, auch für den Rhein-Erft-Kreis für zielführend, z.B. Bielefelder Modell, Mehrgenerationenwohnen.

Frage 4.1: Falls ja, welche(s) Wohnmodell(e)?

Antwortwiedergabe:

Das konkrete Modell, wofür der Verein sich einsetzt, fällt unter den Oberbegriff des gemeinschaftlichen Wohnens. In den Niederlanden gebe es, so Herr Binder, eine weit- aus vielfältigere Landschaft möglicher Modellvorstellungen. Es gebe neben dem „Bielefelder Modell“ noch weitere Abstufungen, vor allem in den Niederlanden, die von dortigen Kommunen oder Wohnungsbaugesellschaften angeregt werden. Dies sei im Rhein-Erft-Kreis nur die Ausnahme, eher verbreitet seien Träger der Wohlfahrt oder Bürgerinitiativen. Der Verein strebe eine breiter gestreute Modellpalette für Erftstadt an. Es möge nicht nur ein Wohnmodell geben, sondern mehrere. Herr Binder verdeutlicht dies an verschiedenen Projekttypen in den Stadtteilen. In Lechenich plane man eine relativ kleine Hausgemeinschaft mit etwa acht Wohnungen, die groß und teuer seien. In Gymnich sei ein ganz anderes Modell möglich mit kleinen, preiswerten Wohnungen, die zum Teil öffentlich gefördert sind. In Liblar wiederum sei ein Vorhaben mit über 30 Wohnungen unterschiedlicher Größe (ein bis vier Zimmer) in Vorbereitung. Mehrere Generationen wohnen in Eigentums- und Mietwohnungen, in öffentlich gefördertem und frei finanziertem Wohnraum. „Wir sind nicht nur auf eine Wohnform fokussiert. Es ist eine gestreute Palette unterschiedlichster Wohnformen, die von den Vereinsmitgliedern für die Flächengemeinde Erftstadt mit ihren Ortsteilen angestrebt wird, je nach Umständen, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen“ (Zitat Herr Binder).

Für schwierig hält Herr Berkel die Verbundenheit älterer Menschen. Die Bereitschaft, gewachsene Strukturen eines Ortsteils zu verlassen, sei verständlicherweise kaum vorhanden.

Frage 4.2: Welche Kooperationspartner sind für die Umsetzung erforderlich?

Antwortwiedergabe:

Für die Umsetzung der Idee werde zunächst ein Grundstück benötigt. Hier sei man auf die Hilfe von Politik und Verwaltung angewiesen, die möglicherweise über geeignete Flächen verfüge. Neben Politik und Verwaltung seien Kirchengemeinden, die zum Teil über Land verfügen, sowie Immobiliengesellschaften und Banken, Investoren und Bauträger potenzielle Kooperationspartner. Darüber hinaus benötige der Verein juristische Beratung für die Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen des späteren Zusammenlebens. Die Wohnungen, so Herr Berkel, seien überwiegend als Eigentumswohnungen, die teilweise zur Vermietung vorgesehen sind, gedacht. In Erftstadt gebe es viele Menschen, unter anderem auch Vereinsmitglieder, die mittlerweile allein in einem großen Haus mit Garten auf einem großen Grundstück leben, da der Ehepartner verstorben ist und Kinder eigenständig wohnen. Dies sei häufig Motivation, sich an den Verein zu wenden. Für diese Fälle sei die Möglichkeit der Finanzierung durch die Bereitschaft, das eigene Haus zu verkaufen und im Gegenzug eine Wohnung im Projekt des Vereins ALTERnatives Wohnen in Erftstadt zu erwerben, gegeben.

Nach Auskunft der Interviewten sei vorgesehen, künftig mit ansässigen Dienstleistungsanbietern, beispielsweise im Pflegebereich, zu kooperieren. Wohne man in einer solchen Hausgemeinschaft, bestehe die Möglichkeit, durch vertragliche Vereinbarungen Pflegedienste oder haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Frage 5: Halten Sie die Bildung von Netzwerken zum Thema „Wohnen im Alter“ für sinnvoll, z.B. Trägerebene, Wohnungsunternehmen, Vereine/Organisationen?

Frage 5.1: Falls ja, in welchen Bereichen?

Antwortwiedergabe:

In diesem Zusammenhand weist Herr Binder auf den Verein „Neue Wohnformen im Alter e.V.“ des Landes NRW hin. Der Verein „ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ sei auch im dortigen Verteiler aufgenommen. Auf diese Weise werden Interessenten aus dem Stadtgebiet Erftstadt, die sich unmittelbar an die überregionale Stelle wenden, automatisch weiter vermittelt. Dies stellt für Herrn Binder schon ein Stück Vernetzung und Vermittlung dar. Der Befragte hält die Entstehung von Netzwerken im Bereich Wohnen im Alter für wichtig. Darüber hinaus sei ein Austausch im Bereich der Wohnungs- und Bauwirtschaft in Zusammenarbeit mit den Kommunen wünschenswert. Netzwerke seien wichtig, um auf Erfahrungen anderer zurückgreifen und aufbauen zu können. Alle, die Projekte zum Thema Wohnen im Alter angehen, seien mit denselben Problemen konfrontiert und gingen einen ähnlichen Weg, sei es die Gruppenbildung zu Beginn und auftretende Konflikte, die Grundstückssuche, die Zusammenarbeit mit den Kommunen, die Suche der passenden Wohnungsbaugesellschaft, die Finanzierung oder juristische Fragen. Erfahrungen, die andere bereits gemacht haben ausschöpfen zu können, sei hier sehr hilfreich. Der Verein „ALTERnatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ sei zudem auf der Internetseite der Stadt Erftstadt zu finden und auch über Suchfunktionen auf Seiten des Landes NRW vernetzt.

Frage 6: Halten Sie den Einsatz freiwilligen Engagements im Bereich Wohnen/Wohnumfeld für zielführend?

Frage 6.1: Falls ja, welche Strukturen sind, hierfür notwendig?

Antwortwiedergabe:

Die Mitglieder sowie der Vorstand des Vereins sind ausschließlich im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements tätig. Auslagen, die der Verein hat, werden aus der Vereinskasse, die bei einem Jahresbeitrag von 20 Euro pro Person eher spärlich gefüllt sei, finanziert. Ohne ehrenamtliches Engagement könne der Verein nicht funktionieren. Er sei in diesem Sinne eine klassische Bürgerinitiative, da zuvor ein Mangel im Bereich der Angebote für Wohnformen im Alter festgestellt worden sei. Der Vorstand des

Vereins vertrete eine breitere Basis und Interessengemeinschaft als eine Einzelperson, was bei Verhandlungen hilfreich sei.

Frage 7: Welchen Beitrag leisten Sie, damit im Bereich „Wohnen im Alter“ eine positive Entwicklung in Gang kommt?

Antwortwiedergabe:

Der Verein sei nicht investiv, er könne aber, wie beschrieben, initiieren, fördern und bei der Projektentwicklung seinen Beitrag leisten.

Frage 8: Inwiefern könnten Sie von der Projektarbeit zu diesem Thema profitieren?

Antwortwiedergabe:

Durch Multiplikatoren und Verbreitung des vom Verein „ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V.“ vertretenen Ansatzes könne man von der Projektarbeit profitieren. Wünschenswert sei, dass die Vereinsinteressen durch Publikation der Projektarbeit unter den Kommunen auf fruchtbaren Boden falle.

Synopse

Laut Herrn Binder, Architekt und Vorsitzender des Vereins, lassen sich zwei überraschende Wohnwünsche älterer Menschen, den Erhalt der Autonomie sowie das Leben in Verbundenheit, in einer gemeinschaftlichen Wohnform sehr gut zusammenführen.

Unter gemeinschaftlichem Wohnen im Sinne einer Hausgemeinschaft versteht der Verein das Wohnen in einem barrierefreien Mehrfamilienhaus mit Eigentums- oder Mietwohnungen, die nach den individuellen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der Beteiligten geplant werden, sowie eingebundenen Gemeinschaftsbereichen.

Die vom Verein vertretene Wohnform gewährleiste die Erfüllung vieler Wohnwünsche, wie den Erhalt der Selbstbestimmung und Individualität, die Möglichkeit zu Kontakt, Geselligkeit, Kommunikation und Freizeitgestaltung, das Vorhandensein sozialer Bindungen und Sicherheit im Alltag sowie Hilfestellung bei Bedarf und

Wahlfreiheit der Dienstleistungen. Der Gemeinschaftsaspekt mache die Alternative des Projektes aus.

Bei der aktuellen Grundstückssuche in zentraler Lage ist der Verein auf Kooperation und Hilfe von Politik und Verwaltung, der Kirchengemeinden, die zum Teil über Land verfügen, sowie der Immobiliengesellschaften und Banken angewiesen.

Weitere Kooperationspartner sind zudem für die Errichtung des Gebäudes oder den Umbau eines geeigneten, bestehenden Gebäudes, für die Finanzierung sowie für juristische Beratung bezüglich der Ausgestaltung der vertraglichen Regelungen des späteren Zusammenlebens und für die Gewährleistung der Pflege durch Verträge mit Pflegediensten oder Anbietern haushaltsnaher Dienstleistungen, notwendig.

Damit im Bereich Wohnen im Alter eine positive Entwicklung in Gang kommt, kann der Verein initiieren, fördern, bei der Projektentwicklung seinen Beitrag leisten und so zu einer vom Verein angestrebten, breiter gestreuten Modellpalette für Erftstadt beitragen.

Wunschgedanke der Interviewpartner ist die Verbreitung der Vereinsinteressen durch Multiplikatoren und Publikation der Projektarbeit.

8.9. Erfassung Ist-Zustand

8.9.1. Stadt Bedburg (Frau Krings-Leugfgen, Frau Ulhaas)²¹⁰

Wohnprojekte in Planung

Eventuell in Planung: eine Art Betreutes Wohnen, bei dem verschiedene Einrichtungen in Anspruch genommen werden können (Wechsel von eigener Wohnung in den Pflegebereich jederzeit möglich).

Essen auf Rädern

- Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V., Sozialstation Bedburg
Augustinerallee 1, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 20 61, Fax: (0 22 72) 66 29
cps-bedburg@rhein-erft.de
- Menü-Service-Joachim Lützenkirchen
Friedrich-Ebert-Straße 15-17, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 90 53 81, Fax: (0 22 72) 90 54 68
info@pflagedienst.com
- Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Rhein-Erft e.V.
Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 60 61 18, Fax: (0 22 71) 60 62 00
drk.menu.service@drk.erftkreis.de, www.drk.-rhein-erft.de
- MW Mobiler Pflegedienst, Maria-Magdalena Preuß
Dieselstraße 1b, 50374 Erftstadt
Tel.: (0 22 35) 69 02 79
menue-service-center@web.de

Beratungsstellen

- Caritas Sozialstation für Bedburg und Elsdorf
Augustinerallee 1, 50181 Bedburg (siehe Essen auf Rädern)

- Pflegeberatung in der Stadt Bedburg
Friedrich-Wilhelm-Straße 43, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 40 25 00, Fax: (0 22 72) 40 28 12
i.teigelkamp@bedburg.de, www.bedburg.de

Ambulante Pflege

- Caritas Sozialstation für Bedburg und Elsdorf
Augustinerallee 1, 50181 Bedburg
- Caritas- Palliative Care Nord, Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Augustinerallee 1, 50181 Bedburg
- Pflegedienst im Erftkreis GmbH, J. Lützenkirchen
Tel.: (0 22 71) 79 80 88
info@pflegedienst.com

Hospiz

- Hospiz Bedburg-Bergheim e.V.
Kirchstraße 1c, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 4 53 03, Fax: (0 22 71) 4 53 03
bergheim@hospiz-erft.de, www.hopiz-erft.de

Niedrigschwellige Angebote

- Seniorenheim Eleonore Weber, Cafékränzchen
Eifelstraße 9, 50126 Bergheim
- Kloster-Residenz Maria-Hilf
- Senioren Service Nicole Weitz
Feldstraße 15, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 8 06 46 71, Fax: (0 22 74) 8 20 44 40
e-mail@nicole-weitz.de, www.seniorenservice-weitz.de

Seniorenbegegnungsstätten

- AWO Ortsverein Bedburg
Winkelheimer Straße 29, 50181 Bedburg
- AWO Ortsverein Kaster/Königshoven
Seifensandstraße 40, 50181 Bedburg
- AWO Ortsverein Pütz
Elmenhof 19, 50181 Bedburg
- AWO Ortsverein Pütz
Am Bergacker 7, 50181 Bedburg
- AWO Ortsverein Rath
Margeritenweg 4, 50181 Bedburg
- AWO Ortsverein Bedburg
Leitweg 1, 50181 Bedburg
- Caritasverband für den Erftkreis e.V.
Feldstraße 1, 50181 Bedburg

Ehrenamtliche Angebote

- Bedburger Tafel, Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer für den Rhein-Erft-Kreis e.V., Malteser Hilfsdienst e.V.
Finkenweg 13, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 90 18 77 (Ansprechpartner: Herr Köllen)
heinz.koellen@web.de
- Behindertenfreundeskreis e.V.
Teutonenstraße 34, 50188 Elsdorf
Tel.: (0 22 74) 61 73
behindertenfreundeskreis@gmx.de

- Deutsches Rotes Kreuz
Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 60 61 37
www.drk-rhein-erft.de
- Caritas, AWO (siehe oben)
- Kleiderkammer
Tel.: (0 22 72) 67 54 (Ansprechpartnerin: Frau Gräschner)

Situation des Einzelhandels

Die Tendenz geht dahin, dass sich große Lebensmittelketten (Real, Aldi usw.) außerhalb des Stadtkerns ansiedeln. Kleinere Lebensmittelgeschäfte sind in den einzelnen Ortsteilen nicht mehr oder nur noch selten zu finden.

Öffentliche Verkehrsmittel

Die meisten öffentlichen Verkehrsmittel sind nicht senioren- oder behindertengerecht ausgestattet.

Wohnformen im Stadtgebiet Bedburg				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Erftflora GmbH Wohn- und Pflegezentrum, Pflegeheim	Matthias-Lammel-Str. 1, 50181 Bedburg Tel.: 02272/4050 oder 02272/405102, reimer@erftflora.de, www.erftlor.de	2 Häuser	Bedburg Erft, direkter Autobahnanschluss, vor der Haustüre Bushaltestelle	Anlehnung an Pflegemodell Monik Krohnwinkel, Pflegeplanung, in die die Maßnahmen vom Pflegeteam schrittlich festgehalten werden, ganzheitliche Pflege, die den sozial religiösen und kulturellen Bedürfnissen der Bewohner entspre
Caritas-Seniorenzentrum Stiftung Hamblock, Seniorenheim	St. Rochus-Str. 11, 50181 Bedburg-Kaster, Tel.: 02272/9390, Fax: 02272/939150, Stiftung-hamblock@caritas-rhein-erft.de	98 Betten	Kaster, ruhig, dennoch zentral gelegen, im Umkreis von 300 Metern Ärzte, Apotheken, Einkaufsmöglichkeiten und Freizeits Wochenmarkt	große Gartenanlage und Terrasse, Erlebnisgarten, individuelle Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner werden respektiert und berücksichtigt
Kloster-Residenz Maria Hilf Senioren- und Pflegeheim	Marienstraße 1, 50181 Bedburg-Kirchherren, Tel.: 02463/99860, Fax: 02463/998699, jansen.p@web.de, ah-kirchherren.de	34 Einbettzimmer, 19 Zweibettzimmer	Kirchherren, Autobahnanschluss in direkter Nähe	Fußpflege, Friseursalon, regelmäßige Fahrten und Ausflüge, Kochen und Backen
Seniorenheim Eleonore Weber GmbH, Seniorenheim	Eifelstraße 9, 50181 Bedburg-Lipp, Tel.: 02272/83439, Fax: 02272/904256, eleonore.weber@ffenet.de, www.seniorenheim-weber.de	4 Zweibettzimmer, 5 Einzelzimmer	Lipp	24-Stunden-Betreuung, hausgemachte Küche, Kooperation mit Ergotherapeuten, Logopäden, Fußpflege, Hausapotheke

Name/Wohnform	Anschluss und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Pro 8 Zentrum für Demenzerkrankte, Pflegeheim	Leitweg 77, 50181 Bedburg-Blerichen, Tel.: 02272/9997814, Fax: 02272/9997818, kstelten@breberen.de www.wernerscheil.de/Rechtsalmnach/Heimrecht/FlyerPro8.pdf	54 Einzelzimmer, 8 Doppelzimmer	Blerichen	Demenz, Alzheimer, und gerontopsychiatrisch Erkrankten wird Lang- und Kurzzeitpflege angeboten, Grundriss in Form einer Acht, um dem Bewegungsdrang der Bewohner gerecht zu werden
Seniorenwohnung	Nachbullenweg, 50181 Bedburg	10 Wohnungen	Broich	kein Aufzug, nicht barrierefrei
Seniorenwohnung	Feldstraße, 50181 Bedburg	30 Wohnungen	Blerichen	nicht barrierefrei

8.9.2. Kreisstadt Bergheim (Frau Felkel, Frau Oziemkiewicz)²¹⁰

Ehrenamtliches Engagement/Netzwerke/soziale und kulturelle Angebote

Ehrenamtliches Engagement

Kontaktstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe der Kreisstadt Bergheim

Tel.: (0 22 71) 8 92 89 (Ansprechpartnerin: Frau Radecki)

christiane.radecki@bergheim.de

Bereiche für ehrenamtliche Tätigkeiten:

- Arbeit mit Kindern, Jugendlichen oder Senioren
- Sport, Kultur, Umweltschutz
- Begleitung von Migranten
- Wohlfahrtsverbände, Kirchen
- Soziales Netzwerk Bergheim Süd-West „Gemeinsam gegen Einsam“
- Besuchs- und Begleitdienst
Entlastung für Angehörige von Demenzerkrankten zuhause
Schützenstraße 10, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 42 45

Netzwerke

- Soziales Netzwerk Bergheim Süd-West „Gemeinsam gegen Einsam“
bietet viele verschiedene Veranstaltungen für die Freizeit an, z.B. Frühstück,
Sport, Unternehmungen etc.
- Besuchs- und Begleitdienst
Entlastung für Angehörige von Demenzerkrankten zuhause
Schützenstraße 10, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 42 45

Ambulante Pflegedienste

Caritas Sozialstation Bergheim
Kirchstraße 1a, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 56 91 19

Häusliche Pflege im Erftkreis AWO gGmbH
Zeissstraße 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 79 96 00

Pflegeteam mit Herz
Carl-Sonnenschein-Straße 42-44, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 83 80 61

Mobiler Kranken- und Seniorenpflegedienst
Sperberstraße 10, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 9 59 57

Pflegedienst Erftengel GmbH
Priamosstraße 4, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 7 66 33

Rhein-Erft-Pflegeteam
Robert-Koch-Straße 4, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 98 67 59

Pflegedienst Aktiv & Mobil
Komödchenstraße 12, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 99 20 86

iCare-Pflegedienst – Häusliche Kinder, Kranken- und Altenpflege
Bergheimer Straße 6, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 5 10 59

Mahlzeitendienste für Bergheim

Deutsches Rotes Kreuz
Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 60 61 18

Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V., Sozialstation Bedburg
Augustinerallee 1, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 20 61

Menü Service Joachim Lützenkirchen
Friedrich-Ebert-Straße 15-17, 50181 Bedburg
Tel.: (0 22 72) 90 53 81

MW Mobiler Pflegedienst
Dieselstraße 1b, 50374 Erftstadt
Tel.: (0 22 35) 69 02 79

Clever & Richter Menueservice
Sternenstraße 11, 50374 Erftstadt
Tel.: (0 22 35) 68 03 88

Soziale und kulturelle Angebote (siehe auch „Demenz“)

Senioren-sport:

Sportclub Fliesteden von 1031 e.V.
Zum Hahnacker 43, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 38) 4 47 37 (Vorsitzender: Herr Uwe Schlichting)
www.scfliesteden.de

Damengymnastik Glesch
Rainer-Trillen-Straße 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 72) 49 76 (Vorsitzende: Frau Roswitha Hopf)

TSV Glessen
Rochusstraße 24, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 38) 4 35 26 (Vorsitzende: Frau Ute König)

SV „Erftstolz“ e.V. Niederaußem

Oberaußemer Straße 55, 50129 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 5 16 76 (Vorsitzender: Herr Dieter Paffrath)

www.sv-erftstolz.de

VfL Oberaußem-Fortuna 1961

Heckenrosenweg 9, 50129 Bergheim

Vorsitzende: Frau Gertrud Kremer

1. FC Quadrath-Ichendorf 1013/21 e.V.

Postfach 3129, 50110 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 9 61 09 (Geschäftsführerin: Frau Gisela Ölscher)

www.1fc-quadrath-ichendorf.de

Demenz

Angebote für Demenzkranke und deren Angehörige

Demenz-Café Nostalgie, Alten- und Pflegeheim des Deutschen Roten Kreuzes

Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 60 60

Demenz-Café, Häusliche Pflege im Erftkreis AWO gGmbH

Zeissstraße 1, 50126 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 6 03 00

Demenz-Café „Am Vogelwäldchen“, im AWO Seniorenheim Kenten

Am Vogelwäldchen 2, 50126 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 46 10 oder Tel.: (0 22 71) 42 45

Besuchs- und Begleitdienst

Entlastung für Angehörige von Demenzerkrankten zuhause

Schützenstraße 10, 50126 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 42 45

Füreinander, Betreuungsangebot für Angehörigengruppe für
Alzheimer Erkrankte im Rhein-Erft-Kreis, Pfarrheim Heiligkreuz
Fischbachstraße 25, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 4 76 50

Gesprächskreis für pflegende Angehörige, Pflegeberatung der Kreisstadt Bergheim
in Kooperation mit Anton-Heinen-Haus
Kirchstraße 1b, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 8 95 25

Café „Zeit“, im AWO-Seniorenheim Quadrath
In Kooperation mit Besuchs- und Begleitdienst
Auf der Helle 38, 50127 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 79 30

Bistro „Augenblick“, im Seniorenheim Haus Sandberg
Sandberg 6, 50129 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 8 37 55 00

pflegeBegleiter im Rhein-Erft-Kreis
Willy-Brandt-Platz 1, 50126 Bergheim
Tel.: (0 22 71) 83-4046

Alltagsbegleiter für Senioren, Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V.
Tel.: (0 22 71) 56 91 19

„Zeit verschenken“
Tel.: (0 22 71) 6 57 66 (Leitung: Frau Hermine Rennecke – Seniortrainerin)

Tipp

Die Broschüre der Kreisstadt Bergheim „Mitten im Leben“ enthält alle Angebote und Hilfen für Seniorinnen und Senioren, für Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Interessierte im Überblick; siehe:

www.bergheim.de/fuersorge-und-betreuung.aspx

Förderrichtlinien

Die Kreisstadt Bergheim selbst fördert nicht. Fördermittel werden nur vom Kreis, zum Teil vom Land in Form von Darlehen bereitgestellt, z.B. für die Wohnraumanpassung. Es gibt einmalige Zuschüsse von Pflegekassen, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

Wohnumfeld

- Die Kreisstadt Bergheim ist nicht barrierefrei.
- Die/der Behindertenbeauftragte/-r unternimmt Stadtbegehungen, um zu begutachten, was verbesserungswürdig ist, z.B. Ampelphasen korrigieren, Bordsteine absenken lassen, etc.
- Einzelhandelskonzept existiert und will Außenversorgung in äußeren Stadtteilen sichern sowie der Schließung vieler Läden entgegen wirken.
- Versorgungszentren wollen geschaffen und attraktiv gemacht werden.
- Ein Flächennutzungsplan wird erstellt, bei dem die Bürger (auch Senioren) mitentscheiden können, wo noch etwas erbaut werden soll.
- Qualitätsstandards bestehen, die festlegen wie gebaut werden soll damit es familienfreundlich und seniorengerecht ist.

Besonderheit

- viele einzelne Stadtteile, die nicht miteinander verbunden sind
- es gibt Bürgerforen in einzelnen Stadtteilen, die ein politisches Gewicht haben

Wohnformen im Stadtgebiet Bergheim				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
St. Lazarus Haus Bergheim/ Betreutes Wohnen/ Alten- u. Pflegeheim	Zeissstr. 2-6, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/6791110 dao@lazarus.de, www.lazarus.de	66 stationäre Pflegeplätze 35 barrierefreie Wohnungen	Bergheim, zentrale Lage	Steuerberatungskanzlei, Café, Friseursalon, breites Kulturangebot, 24-Stunden-Notrufbereitschaft, Begleitungs-, Beratungs- und Vermittlungsdienste, diverse Veranstaltungsangebote, Ausflüge, Hausmeisterservice, ambulanter Pflegedienst
AWO Seniorenzentrum Betreutes Wohnen/ Alten- u. Pflegeheim	Am Vogelwäldchen 2, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/4610, braun@awo-erft.de, www.awo-erft.de	98 Plätze	Bergheim	
AWO Seniorenzentrum Quadrath-Ichendorf/ Betreutes Wohnen/ Alten- u. Pflegeheim	Auf der Helle 38, 50127 Bergheim, Tel: 02271/7930, brenten@awo-erft.de, www.awo-erft.de	122 Plätze	Quadrath-Ichendorf	

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Wohnstätte der Reha-Betriebe für Rehabilitation Erftland gGmbH/ Betreutes Wohnen	Auenheimer Str. 5a, 50129 Bergheim, Tel.: 02271/55556, www.maria-montessori- schule.de/Eltern/Sites/wohnen.htm			sozialpädagogische Unterstützung von Erwachsenen, die aufgrund von geistigen Behinderungen, Lernbehinderungen, Verhaltens- u. Persönlichkeitsstörungen oder psychischen Beeinträchtigungen vorübergehend oder dauerhaft Begleitung bei der sozialen und beruflichen Eingliederung benötigen
Werft e.V./ Betreutes Wohnen	Van-Gils-Str 10c, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/984500, info@werft-ev.de www.werft-ev.de			Leistungsanbieter für das ambulante Betreute Wohnen (BeWo) tätig und unterstützen behinderte Menschen bei ihrer selbstständigen Lebensführung in einer eigenen Wohnung oder WG.
Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ)/Betreutes Wohnen	Fischbachstr. 32, 50127 Bergheim, Tel.: 02271/47650 bewo@spz-bergheim.de www.apk-rhein-erft.de www.spz-bergheim.de			Psychisch Kranken zu ermöglichen, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden und selbstbestimmte Menschen zu werden, die ihr Leben angestrengt gestalten und genießen können.
Wohnverbund Vinzenz von Paul, Jakob-Stark-Haus/ Betreutes Wohnen	Kölner Str. 15, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/44046			

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
DRK Alten- und Pflegeheim Bergheim	Zappelnstr. 25, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/6060, info@drk-rhein-erft.de, www.drk-rhein-erft.de	99 Plätze		
Alten- u. Pflegeheim Stahl'sches Stift	Am alten Flied 38, 50129 Bergheim, Tel.: 02238/4090, stahlschesstift@caritas-rhein-erft.de, www.caritas-rhein-erft.de	79 Plätze	Fliedstein	
Haus Erken/Alten- u. Pflegeheim	Theo-Philippus-Ring 37, 50129 Bergheim, Tel.: 02183/414977, info@altenheim-erken.de, www.altenheim-erken.de	11 Plätze	In ruhig gelegener Wohnsiedlung mit freundlichen Nachbarn und in unmittelbarer Nähe von Freizeit und Kultur.	7 Einzelzimmer und 5 Doppelzimmer zum barrierefreien Wohnen in familiärer Atmosphäre
Haus Sandberg/Alten- u. Pflegeheim	Sandberg 6-12, 50129 BM, Tel.: 02271/8375500, breiderreich@haus-sandberg.de, www.haus-sandberg.de	105 Plätze	Oberaußem	Alle Zimmer sind seniores- und behindertengerecht mit Bad und Möbeln ausgestattet, etc.

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
St. Lazarus Haus Bergheim/ Kurzzeitpflege	Zeissstr. 2-6, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/6791110 dao@lazarus.de, www.lazarus.de	5 Plätze	zentrale Lage	Steuerberatungskanzlei, Café, Friseursalon, breites Kulturangebot, 24-Stunden-Notrufbereitschaft, Begleitungs-, Beratungs- und Vermittlungsdienste, diverse Veranstaltungsangebote, Ausflüge, Hausmeisterservice, ambulanten Pflegedienst
DRK Alten- und Pflegeheim Bergheim/Kurzzeitpflege	Zeppelinstr. 25, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/6060, info@drk-rhein-erft.de, www.drk-rhein-erft.de	2 Plätze	zentrale Lage	
AWO Seniorenzentrum Kenten/ Kurzzeitpflege	Am Vogelwäldchen 2, 50126 Bergheim, Tel.: 02271/4610, braun@awo-erft.de, www.awo-erft.de	2 Plätze		
AWO Seniorenzentrum Quadrath-Ichendorf/ Kurzzeitpflege	Auf der Helle 38, 50127 Bergheim, Tel.: 02271/7930, brenten@awo-erft.de www.awo-erft.de	3 Plätze	Quadrath-Ichendorf	
Haus Erken/ Kurzzeitpflege	Theo-Philippus-Ring 37, 50129 Bergheim, Tel.: 02183/414977, info@altenheim-erken.de, www.altenheim-erken.de	2 Plätze	In ruhiger gelegener Wohnsiedlung, mit freundlichen Nachbarn und in unmittelbarer Nähe von Freizeit und Kultur.	7 Einzelzimmer und 5 Doppelzimmer zum barrierefreien Wohnen in familiärer Atmosphäre

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Alten- u. Pflegeheim Stahlsches StH/ Kurzzeitpflege	Am alten Fließ 38, 50129 Bergheim, Tel.: 02238/4090, stahlschesstH@caritas-rhein-erft.de www.caritas-rhein-erft.de	1 Platz	Fließeden	
Haus Sandberg/ Kurzzeitpflege	Sandberg 6-12, 50129 Bergheim, Tel.: 02271/8375500, brendenreich@haus-sandberg.de, www.haus-sandberg.de		Oberaußern	Alle Zimmer sind senioren- und behindertengerecht mit Bad und Möbel ausgestattet, etc.
Senioren Pension Jagniatkowski & Geray/ Kurzzeitpflege	Im Rauland 65, 50127 Bergheim, Tel.: 02271/92526, nc-senior1@netcologne.de	12 Plätze	Quadrath-Ichendorf	

8.9.3. Stadt Brühl (Frau Kaminski)²¹⁰

Wohnformen

- siehe Tabelle, Zusätzlich alternative Wohnformen im Gespräch
(2007-2009: 83 Nachfragen)

Demografische Entwicklung

Kein Demografiebericht, für weitere Informationen:

www.wegweiser-kommune.de

Ambulante Pflegedienste

Caritas-Sozialstation am Marienhospital Brühl

Mühlenstraße 21, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 94 36 05 (Ansprechpartnerin: Maria Dissen)

Fax: (0 22 32) 94 36 06

sozialstation-bruehl@caritas-rhein-erft.de

Fidelitas Hauskrankenpflege, Angelika Grätz und Helmut Meyer GbR

Alte Bonnstraße 101, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 94 11 60

Tel.: (08 00) 6 00 46 00

Bereitschaft: (01 63) 8 94 11 60

Fax: (0 22 32) 94 11 59

info@fidelitas-hauskrankenpflege.de

Häusliche Krankenpflege Schwester Britta

Mühlenstraße 13-17, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 94 98 88

info@schwester-britta.de

Pflegedienst-Strick

Uhlstraße 82-84, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 9 93 93-0

Fax: (0 22 32) 9 93 93-22

info@pflegedienst-strick.de

Lebenszeit – Ihr Ambulanter Pflegedienst

Kastanienweg 12, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 57 73 88

Seniorenresidenz Brühl, Nitsche gemeinnützige Gesellschaft mbH

Schillerstraße 2-4, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 94 52 44 4 oder Tel.: (0 22 32) 4 40 34

Fax: (0 22 32) 4 80 80

kontakt@residenz-bruehl.de

Senioren-Wohnheim Brühl gGmbH

Kölnstraße 74-84, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 7 00-693 (Pflegedienstleitung: Frau Schäfer)

kontakt@seniorenwohnheim-bruehl.de

Angebote für Demenzerkrankte und deren Angehörige

Alzheimer Selbsthilfegruppe „AUFWIND“, Seniorenwohnheim Brühl

Kölnstraße 74-84, 50321 Brühl

Tel.: (01 63) 3 36 36 90 (Ansprechpartner: Frau Christa Dirks-Isselmann)

info@aufwind-bruehl.de

www.aufwind-bruehl.de

- siehe Liste Unterkünfte

Ehrenamtliches Engagement

- siehe Broschüre: „Soziale Einrichtungen, Altenhilfe in Brühl – ein Wegweiser für Brühlerinnen und Brühler“

- www.bruehl.de/leben/soziales/downloads/broschuere_soziale_einrichtungen_2008.pdf

Viele Angebote auch von der Altentagesstätte AWO:

Altentagesstätte Brühl-Heide der Arbeiterwohlfahrt

Villestraße 57, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 2 39 63

Altentagesstätte der Arbeiterwohlfahrt

Kaiserstraße 38, 50321 Brühl

Tel.: (0 22 32) 4 58 93

Netzwerkbildung

AG „Träger der Altenarbeit“

Mitglieder: Sozialdezernent (Vorsitz), 4 Vertreter des Sozialausschusses

Vertreter von direkt in der Altenarbeit tätigen Verbänden/Vereinen

Treffen: mindestens 2x jährlich, ansonsten nach Bedarf

Soziale und kulturelle Angebote

- siehe Broschüre: „Soziale Einrichtungen, Altenhilfe in Brühl – ein Wegweiser für Brühlerinnen und Brühler“
- siehe Veranstaltungskalender der Stadt Brühl
(z.B. Seniorentanz i.R.d. Brühler Markts)
Tel.: (0 22 32) 79 26 20 (Ansprechpartner: Hr. Druckrey /Kulturamt)
www.bruehl.de/tourismus/eventstart/index.php

Wohnumfeld

- Stetiger Barriereabbau (lt.Niederschriften Ausschusssitzungen)
z.B. Bordsteinabsenkungen, Umbau Bushaltestellen etc.
- Gebausie Brühl → barrierefreie Wohnungen in Planung
Tel.: (0 22 32) 79 43 50 (Ansprechpartner: Hr. Schlerth)

- **Wirtschaftsförderung: Herr Mühlens**
Tel.: (0 22 32) 79 33 82
- **Gute medizinische Versorgung**
- **Verbesserungsfähige Einkaufsmöglichkeiten verschiedener Stadtteile**

Wohnformen im Stadtgebiet Brühl				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Altenzentrum Johannesstift - Alten-/Pflegeheim (Maria Hilf gGmbH)	An der Ziegelei 1-5 50321 Brühl Ansprechp./Heinleitung: Hr. Meyer Tel.: 02232/5780 info@johannesstift-bruehl.de www.johannesstift-bruehl.de	91 Einzelzimmer (EZ)	Brühl - West	auch Demenzpflanzplätze
Pfarrer-Paul-Schiffard-Haus - Alten-/Pflegeheim (Maria Hilf NRW gGmbH)	Königsberger Str. 8 50321 Brühl Tel.: 02232/57980	64 EZ 12 DZ	Brühl - Vöckern	
Senioren Residenz Brühl - Alten-/Pflegeheim	Alte Bornstr. 2 d 50321 Brühl Ansprechp.: Fr. Langen Tel.: 02232/33083 kontakt@stb-info.de www.stb-info.de	46 EZ 29 DZ	Brühl - Pingsdorf	12 Kurzzeitpflanzplätze auch Demenzpflanzplätze
Senioren-Wohnheim Brühl - Haus Wetterstein - Alten-/Pflegeheim	Kölnstraße 74 - 84 50321 Brühl Ansprechp.: Fr. Rogler Tel.: 02232/7000 kontakt@seniorenwohnheim-bruehl.de www.seniorenwohnheim-bruehl.de	37 EZ 22 DZ	Brühl (Innenstadt)	2 Kurzzeitpflanzplätze 15 Tagespflanzplätze auch Demenzpflanzplätze

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Altenwohnungen Johannesstift	An der Ziegelei 1-5 50321 Brühl Ansprechp./Heimleitung: Hr. Meyer Tel.: 02232/5780 info@ohannesstift-bruehl.de www.johannesstift-bruehl.de	72 Altenwohnungen	Brühl - Vochem	
Kurzzeitpflege am Stern -Pflegedienst Signum Strick -	Uhlstr. 82-84 50321 Brühl Tel.: 02232/12986 www.pflegedienst-strick.de	10 Kurzzeitpflegeplätze	Brühl (Innenstadt)	auch Demenzpflegeplätze

8.9.4. Gemeinde Elsdorf (Frau Buzzi, Frau Köhr, Frau Skupch)²¹⁰

Ist-Erfassung in Elsdorf – Angelsdorf

Ehrenamtliches Engagement

Seniorentreff in den Räumen katholischen Kirche, Treffen ist 1x im Monat, organisiert sich selbst, d.h. durch eine Teilnehmerin, finanziert sich selbst, erhält einen kleinen Zuschuss der Caritas.

Vereine

- Schützenverein
- Junggesellenverein
- OldtimerClub
- Kirchenchor
- Karnevalsverein
- Interessengemeinschaft
- Keine speziellen Veranstaltungen für ältere Menschen, sind aber gerne gesehen

Freizeit

- Kino vorhanden, 1x monatlich kulturelles Filmangebot, gerne auch von Älteren besucht
- Festhalle Elsdorf in der Nähe, dort ist etwa jedes Vierteljahr eine Theatervorstellung

Infrastruktur

- etwa 800m von der Seniorenwohnanlage entfernt befindet sich ein Einkaufszentrum mit Norma, Lidl, Plus, Metzgerei und Bäckerei
- ein Gemischtwarenladen ist vorhanden, liegt allerdings etwas außerhalb in Angelsdorf

- Gaststätte mit vielen Livebands (nicht unbedingt für ältere Menschen)
- Kinderspielplatz im Ortskern
- Bürgerbus war angedacht, scheiterte allerdings an der Finanzierung des Fahrzeuges
- Busverbindung ist vorhanden, Hauptfahrzeit ist in den Morgenstunden, Köln bzw. Aachen über die weiteren Verbindungen/S-Bahn, Zug) gut erreichbar
- Busverbindung nach Hürth allerdings eher schlecht
- Bordsteine rund um die Seniorenwohnanlage abgesenkt, Rampen vorhanden
- im Ort nur eine Fußgängerampel
- Ruhebänke an der Seniorenwohnanlage und im Ort vorhanden, kein Problem mit der Finanzierung bei Neuaufstellung/Erstatzaufstellung, Gemeinde Elsdorf übernimmt die Finanzierung

Ist-Erfassung in Elsdorf – Berrendorf

Ehrenamtliches Engagement

„Altentreff“ der Kirche einmal in der Woche mit Kaffee und Spielen, dazu gehört ein Hol- und Bringdienst für Senioren.

Vereine

- Kaninchenzuchtverein
- Gartenbauverein
- Keine Vereine speziell für Senioren

Infrastruktur

- Bedarfsampeln verfügen nicht über Akustiksignalgeber
- Abgesenkte Bordsteine vorhanden
- Wenige Sitzgelegenheiten

- 3 Metzger
- 2 Bäcker, bei denen auch kleinere Lebensmittel gekauft werden können, ansonsten Einkauf in Elsdorf

Ist Erfassung in Elsdorf

Pflegedienste

Pflegedienst Asci & Oparnica GmbH (A&O)

Mittelstraße 5, 50189 Elsdorf

Tel.: (0 22 74) 90 66 01

Fax: (0 22 74) 90 66 05

office@ambulante-pflege-erftkreis.de

www.ambulante-pflege-erftkreis.de

Anke's ambulanter Pflegeservice

Neusser Straße 16a, 50189 Elsdorf-Oberembt

Tel.: (0 22 74) 8 13 94 (Ansprechpartner: Anke Schütz)

Fax: (0 22 74) 93 02 03

anke@ankespflageservice.de

www.ankespflageservice.de

Pflegedienst Erftengel GmbH

Sindorfer Straße 37, 50189 Elsdorf-Heppendorf

Priamosstraße 4, 50127 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 7 66 33 (Ansprechpartner: Matthias Roos)

Fax: (0 22 71) 75 48 32

erftengel@web.de

BM-Pflegeteam

Köln-Aachener-Straße 149, 50189 Elsdorf

Tel.: (0 22 74) 70 40 93

Fax: (0 22 74) 70 48 42

via Kontaktformular auf der Homepage

www.bm-pflegeteam.de

Ehrenamtliches Engagement

- Seniorentreff in den Räumen der katholischen Kirche, alle 14 Tage, wird von den Teilnehmern selbst organisiert; zur Zeit wenige Teilnehmer, aufgrund von Krankheitsausfällen. Ständige Bemühungen neue Teilnehmer zu finden (auch mit Hilfe der Kirche); es besteht eine Verbindung zu einer Lepra-Station in Neu-Guinea, hierfür stricken die Teilnehmer Decken, ansonsten Kaffee-Kuchen
- 1x jährlich Seniorentag der kath. Kirche mit heiliger Messe, Kaffee und Kuchen
- evangelische Kirche in Elsdorf
- „Altenstube“ für Männer und Frauen, treffen sich 1x wöchentlich, Altersdurchschnitt ist über Mitte 70; überwiegend Frauen, Kaffee, Kuchen, Spiele; Finanzierung durch die Kirchengemeinde, Mobilität der Nutzer durch Familienangehörige weitgehend gegeben
- Frauenhilfe e.V. für Frauen zwischen 50-60 Jahren, trifft sich einmal im Monat
- Frauenhilfe e.V. für Frauen ab 70 Jahren, trifft sich alle 14 Tage, der Vorstand der Frauenhilfe organisiert für jedes Treffen ein eigenes Programm, so werden neben Kaffee-Kuchen u.a. Reiseberichte präsentiert, über lebensrelevante Themen (z.B. Abschied) gesprochen oder auch in Kooperation mit der Polizei ein Vortrag über Handtaschendiebstahl gehalten
- der Volkstanzgruppe, Frauen zwischen 65-75 Jahren werden die Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt
- Die „Tafel“ hat eine Ausgabestelle in Elsdorf

Netzwerke

- Caritas Sozialstation, ambulante Pflege für den gesamten Bezirk Elsdorf
- Seniorenbeirat und Anlauf- und Koordinierungsstelle Ehrenamtliches Engagement ist inzwischen eingerichtet. Zuständig ist Herr Fischer von der Gemeinde Elsdorf

Vereine

- Perspektive Erftkreis e.V., berät und vermittelt betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung

Infrastruktur

- alle Geschäfte sind ausgelagert
- Erft-Center außerhalb aber von Seniorenheim fußläufig erreichbar
- es gibt keinen Bürgerbus
- Blindenampeln sind vorhanden
- es existieren zu wenige Bänke im Ortsteil

Wohnen

- Ensemble Pflegezentrum Elsdorf, Senioren- und Pflegeheim auch für Demenzkranke
- Wohnstätte der Lebenshilfe, Behindertenheim, beinhaltet stationäre Pflege und betreutes Wohnen
- Betreutes Wohnen durch Perspektive Erftkreis e.V.

Ist-Erfassung in Elsdorf – Esch

Vereine

- Seniorenverein bietet regelmäßig Treffen an, richtet dieses Jahr wieder eine Weihnachtsfeier aus
- Katholische Frauengemeinschaft (Kfd)

- Kirche ebenfalls aktiv bei Seniorenarbeit
- Dorfverein richtet alle 2 Jahre Dorffest aus, kürzlich gab es ein Senioren und Jugendfest über 2 Tage
- Sportvereine wie z.B. Tischtennisverein

Infrastruktur

- Ein Gemischtwarenladen und ein Getränkela­den sind vorhanden, zum Einkaufen ist man auf Mobilität angewiesen, um zum Erft-Center in Elsdorf zu gelangen – Einkaufsmöglichkeiten also eher schlecht
- bei der Infrastruktur besteht noch Handlungsbedarf, z.B. bei Bordsteinen etc.
- Ampeln für blinde Menschen sind vorhanden

Ist-Erfassung in Elsdorf – Giesendorf

Vereine

- Schützenverein, bietet einmal im Jahr eine Adventsfeier für Giesendorfer ab 60 Jahren an

Netzwerke

- Keine

Infrastruktur

- zwei Restaurants im Ortskern, stark frequentiert von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern
- zwei Bushaltestellen auf der Hauptstraße
- Einkaufsmöglichkeiten im Nachbarort

Wohnen

- Seniorenheim „Haus Hochheim“ hat keine Angebote für „Nicht-Bewohner“

Ist-Erfassung in Elsdorf – Grouven (650 Einwohner)

Netzwerke

Nachbarschaftshilfe ist hier selbstverständlich, gerade im Ortskern helfen sich „Alteingesessene“ gegenseitig

Vereine

- Kegelclubs
- Schützenverein
- Freiwillige Feuerwehr
organisieren zusammen eine Adventsfeier speziell für ältere Einwohner; wird gut angenommen; ältere Einwohner nehmen gerne und aktiv am Vereinsleben teil; Schützenfest und Dorffest im Schützenhaus; Kaffe-Kuchen für ältere Menschen; Einwohner wollen an Veranstaltungen im Ort teilnehmen und nicht in den Nachbardörfern
- Motorradclub organisiert ein jährliches Sommerfest
- Grouven gehört zur Kirchengemeinde Berrendorf, früher gab es dort speziell für Senioren Adventsfeiern und Basar; Senioren aus Grouven wollen allerdings nicht daran teilnehmen, bleiben lieber „unter sich, wo man sich kennt“

Infrastruktur

- keine Geschäfte vorhanden, zum Einkaufen ist man auf Mobilität angewiesen
- öffentlicher Nahverkehr nach Elsdorf gut, regelmäßige Busverbindungen
- Gaststätte im Ort
- Grouvener Weiher – „Grouv“ genannt – Treffpunkt bei schönem Wetter für viele ältere Bewohner, Ruhebänke dort vorhanden, viele Gärten von Privatgrundstücken grenzen daran

Wohnen

- rund 85% der älteren Bewohner leben in eigenen Häusern
- ansonsten in Mietwohnungen

Ist-Erfassung in Elsdorf – Heppendorf

Ehrenamtliches Engagement

- Gemeindezentrum der evangelischen Apostel-Paulus-Kirche, ökumenischer Seniorenclub, jeden Mittwoch, außer den 1. Mittwoch im Monat von 15.00-17.00 Uhr, Kaffee, Kuchen, Spiele für ältere Menschen, von Teilnehmern organisiert, Kostenbeitrag 2,00 Euro
- 1x jährlich werden Ausflüge in die nähere Umgebung organisiert, auf die eingeschränkte Mobilität der Teilnehmer wird dabei Rücksicht genommen
- selbst organisiertes Weihnachts- und Erntedankfest der Teilnehmer des Seniorenclubs
- AWO bietet 1x im Monat offenen „Kaffee-Kuchen-Treff“
- Frauengruppe ebenfalls stark seniorenlastig

Infrastruktur

- Bäckerei im Ort, ansonsten keine Geschäfte, Mobilität ist erforderlich für Einkäufe
- 1x pro Woche kommt ein „Fahrender Händler“ in den Ort
- Sitzgelegenheiten ausreichend vorhanden, Senioren kümmern sich selber darum und melden beispielsweise Beschädigungen dem Ortsvorsteher, der als Anlaufstelle fungiert und dann reagiert

Wohnen

- Seniorenheim Haus Hochheim

- ursprünglich „Senioren pension Roos“, jetzt betreute Wohngemeinschaft, zur Zeit 4 Personen im Haus, maximal können 6 Personen dort wohnen, da ein Doppelzimmer vorhanden ist, welches aber auch als Einzelzimmer genutzt wird; jeder Mieter hat sein eigenes Zimmer; es wird ein regulärer Mietvertrag abgeschlossen, der keine Klauseln enthält; das Haus wird von den Mietern selbst finanziert; Hauswirtschafterin hilft bei Bedarf, ansonsten verpflegen sich die Bewohner weitestgehend selbst; Pflegedienst wird bei Bedarf von den Mietern selbst beauftragt

Ist-Erfassung in Elsdorf – Neu-Etzweiler

Ehrenamtliches Engagement

- katholische Kirche bietet 1x im Monat einen Seniorentreff, welcher durch den Frauenclub organisiert wird; Kaffee-Kuchen-Spiele; viele Teilnehmer sind bereits über 80 Jahre alt

Vereine

- Schützenverein
- Karnevalsverein organisieren viele Veranstaltungen im Ort wie Martinszug oder Sitzungen; im Bürgerhaus der Kirche findet alle 2-3 Monate ein von den Vereinen organisiertes Frühstück statt, welches von älteren Menschen gerne besucht wird

Infrastruktur

- Bistro im Ort vorhanden, gerne sonntags nachmittags von älteren Menschen zum Kaffeetrinken besucht, fraglich ist allerdings, wie lange sich dieses noch im Ort halten kann
- keine Busverbindung im Ort vorhanden
- Einkaufsmöglichkeiten wie Norma und Netto kann man zu Fuß erreichen, dort ist auch eine Bäckerei und eine Metzgerei vorhanden

Ist-Erfassung in Elsdorf – Niederermbt

Vereine

- Karnevalsverein
- Katholische Frauengemeinschaft
- Kirchenverein
- Musikverein
- ältere Einwohner sind zahlreich in den Vereinen vorhanden und werden dort auch gerne gesehen
- jährlich am 1. Adventssonntag findet ein Weihnachtsmarkt in Eigenregie der Vereine statt
- 1x monatlich Kirchenkaffee, organisiert von den Vereinen, die Räumlichkeiten müssen allerdings von der kath. Kirche angemietet werden

Netzwerke

- es wird versucht „Essen auf Rädern“ im Verein in Kooperation mit dem Caritas Alten- und Pflegewohnheim „St. Martinus“ zu organisieren

Infrastruktur

- ein Rundweg ist in Kooperation mit dem Alten- und Pflegeheim „St. Martinus“ entstanden, er führt durch den Pfarrgarten zum Bach, Ruhebänke sind vorhanden, könnten jedoch zahlreicher sein
- Bordsteine sind teilweise abgesenkt

Wohnen

- Caritas Alten- und Pflegeheim „St. Martinus“

Ist-Erfassung in Elsdorf – Oberermbt

Vereine

- Karnevalsverein
- Katholische Frauengemeinschaft (Kfd)
- Schützenverein
- Maigesellschaft
- Fußballverein
- Feuerwehr

Kirche

- 1x monatlich Seniorenkaffee vom Pfarrgemeinderat organisiert

Infrastruktur

- Bordsteine sind teilweise abgesenkt, bei Überwegen, wie z.B. am Kindergarten
- Keine Ampeln vorhanden
- Bänke sind vorhanden, es gab kürzlich Erneuerungen in Kooperation mit der Gemeinde Elsdorf
- Einkaufsmöglichkeiten weiter weg, es gibt einen Kiosk, wo man Brötchen und einige Lebensmittel kaufen kann, ansonsten ist in der näheren Umgebung keine Einkaufsmöglichkeit vorhanden

Ist-Erfassung in Elsdorf – Tollhausen (220 Einwohner)

Vereine

- Reitverein
- Maijugend
- Bürgerverein
- Freiwillige Feuerwehr

Aufgrund der geringen Größe von Tollhausen ist nahezu jeder Einwohner auch Mitglied in den genannten Vereinen; spezielle Veranstaltungen für ältere Menschen sind nicht vorhanden, allerdings sind auch diese Mitglieder in den Vereinen

Infrastruktur

- keine Einkaufsmöglichkeiten vorhanden
- 2km bis zur nächsten Bäckerei
- kleine Kapelle, die maximal 20 Personen fasst
- keine sonstigen öffentlichen Gebäude
- Busverbindung wurde auf drängen des Ortsvorstehers errichtet; Fahrten nach Bedburg, jeweils 3x vor- und nachmittags

Wohnformen im Stadtgebiet Eisdorf				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Caritas Seniorenzentrum St. Martinus (Altenheim)	Hochstr. 1, 50189 Eisdorf-Niedererndt, Telefon: 02274/707-0, Fax: 02274/707119, st.martinus-haus@caritas-rhein-erft.de www.caritas-rhein-erft.de	86 Wohn- und Pflegeplätze, davon 70 Einzelzimmer und 8 Doppelzimmer	Niedererndt/zentral	Stationäre Pflege Kurzzeitpflege Plätze für demenziell erkrankte Personen Aufenthalts- und Fernschräume Cafeteria und Veranstaltungssaal Hauskapelle gepflegte Gartenanlagen ein vielfältiges Veranstaltungsangebot Kiosk im Haus behindertengerecht für Rollstuhlfahrer

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Ensemble Pflegezentrum Elsdorf (Altenheim)	Zum Ostbahnhof 1, 50189 Elsdorf, Telefon: 02274/704780, Fax: 02274/70478999, elsdorf@ensemble-gruppe.de, www.ensemble-gruppe.de	vier Wohngruppen für insgesamt 80 Bewohner in Einzelzimmern	Elsdorf/zentral	Stationäre Pflege in Langzeit- und Kurzzeitpflege Plätze für demenziell erkrankte Personen Wohngruppenraum für jede Wohngruppe mit Therapeküche, drei Wohngruppen verteilt im Erdgeschoss und 1. Etage, vollstationäre Altenpflege eine Wohngruppe für demenziell erkrankte Bewohner mit Therapeküche, Wohnzimmer und kleiner geschützter Dachterrasse in der 2. Etage Bistro und Rezeption im Eingangsbereich Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer

Schwerpunkt: Wohnen im Alter

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Seniorenheim Haus Hochheim GmbH & Co. KG	Eiszweiler Str. 85, 50189 Elsdorf-Giesendorf, Telefon: 02274/938090, Fax: 02274/9380929, info@seniorenheim-hochheim.de, www.seniorenheim-hochheim.de	21 Einzelzimmer, 1 Doppelzimmer	Giesendorf/zentral	stationäre Pflege Kurzeitpflege Plätze für demenziell erkrankte Personen Pflege und Unterstützung Teilnahme am gesellschaftlichen Leben außerhalb der Einrichtung soll erhalten bleiben Zusammenarbeit mit Angehörigen, Freunden, Nachbarn, Ärzten, Heimleitung und Mitarbeitenden Behindertengerecht für Rollstuhlfahrer
Seniorenheim Haus Hochheim GmbH & Co. KG	Eulengasse 23 50189 Elsdorf-Heppendorf Telefon: 02271/76490 Fax: 02271/764929 info@seniorenheim-hochheim.de, http://www.seniorenheim-hochheim.de/framen_Ser.htm	8 Einzelzimmer, davon 1 für Kurzzeitpflege, 7 Doppelzimmer	Heppendorf/zentral	stationäre Pflege Kurzeitpflege Plätze für demenziell erkrankte Personen Pflege und Unterstützung Teilnahme am gesellschaftlichen Leben außerhalb der Einrichtung soll erhalten bleiben Zusammenarbeit mit Angehörigen, Freunden, Nachbarn, Ärzten, Heimleitung und Mitarbeitenden Behindertengerecht für Rollstuhlfahrer

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Ehemals Seniorenresidenz Roos - jetzt betreute Wohngemeinschaft	Sindorfer Straße 37, 50189 Elsdorf- Heppendorf, Telefon: 02271/76633, Fax: 02271/768059	4 Einzelzimmer, 1 Doppelzimmer, welches auch als Einzelzimmer genutzt werden kann	Heppendorf/ Ortsrand	jeder Bewohner hat sein eigenes Zimmer Unterstützung bei der Haushaltsführung durch Hauswirtschaftern Mietvertrag ohne zusätzliche Klauseln selbständige Beauftragung eines privaten Pflegedienstes der Bewohner bei Bedarf
Wohnstätte der Lebenshilfe (Behindertenwohnheim, für Behinderte ab 18 Jahren)	Desdorfer Str. 10, 50189 Elsdorf, Telefon: 02274/930484, Fax: 02274/931671, wohnstätte@lebenshilfe-erftkreis.de, www.lebenshilfe-erftkreis.de	2 Wohngruppen für je 10 Bewohner, Einzelzimmer	Elsdorf/zentral	stationäre Pflege betreutes Wohnen Behindertengerecht für Rollstuhlfahrer

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Perspektive Erftkreis e. V. (Betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung ab 18 Jahren)	Ahornweg 28, 50189 Elsdorf, Telefon: 02274/700073, Fax: 02274/7058091, info@perspektive-rhein-erft-kreis.de, www.perspektive-rhein-erft-kreis.de	2 Wohngemeinschaften mit jeweils ca. 4 Personen (2 Personen über 50 Jahren, sonst jünger)	Elsdorfzentral	Angebot von betreuten Wohnen in Wohngemeinschaften, Beratung und Unterstützung beim Umzug in betreutes Wohnen, Individuelle Betreuung in Bezug auf Lebensführung und Alltagsunterstützung unter Berücksichtigung der Gewohnheiten jedes Einzelnen, Förderung und Stärkung sozialer Beziehungen, Hilfen in der Konflikt- und Krisenbewältigung, Hilfen in den Bereichen Arbeit, Freizeit und Gesundheit, Gewährleistung hoher professioneller Standards durch pädagogische Fachkräfte, Kooperation mit den individuellen Hilfesystemen des Klienten, wie gesetzlichen Betreuern, Angehörigen, Fachberatungsstellen
Seniorenwohnanlage	Frankenstraße, Fröbelstraße, Forststraße, 50189 Elsdorf - Angeldorf		Angeldorfzentral	

8.9.5. Stadt Erftstadt (Herr Lepperhoff, Herr Malek)²¹⁰

In der kreisangehörigen Kommune Erftstadt gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben, auch im hohen Alter, weiter im Familienhaus/in der eigenen Wohnung verbringen möchten. Da diese Bauten meistens nicht barrierefrei/-arm sind, bietet die Stadt Erftstadt auch Beratung in Sache barrierefreies Wohnen an. Dabei kommt ein „Experte“ zu den Betroffenen nach Hause und gibt persönliche Tipps zur Verbesserung der Wohnsituation. Für die Bürgerinnen und Bürger besteht auch die Möglichkeit, das alte Anwesen zu verkaufen und so einen barrierearmen Neuanfang in einer neuen Wohnung zu starten. Diese wurden/werden in verschiedenen Stadtteilen zu verschiedenen Mietpreisen und Flächen von der Stadt angeboten. Erftstadt führte in den letzten Jahren eine Meinungsumfrage, über die Einkaufsmöglichkeiten in den einzelnen Stadtteilen durch. Nach der Auswertung wurde festgestellt, dass die großen Stadtteile, wie Liblar und Lechenich gute/viele Einkaufsmöglichkeiten anbieten, wohingegen die kleineren nicht so gut bewertet wurden. Grund dafür könnte sein, dass es in den kleineren Stadtteilen außer den üblichen „Dorfbäckereien“ wenig Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten gibt.

Auch die Möglichkeit der Infrastruktur bietet wenig Spielraum. Es ist von außerhalb schwer, z.B. mit dem Bus, in die größeren Stadtteile zu gelangen. Die Fahrten sind begrenzt und dauern lange. Die Stadt versucht diesem Problem entgegenzuwirken, indem sie den Seniorinnen und Senioren einen Einkaufslieferungsdienst gegen eine kleine Gebühr anbietet. So erhalten auch die dezentral wohnenden Seniorinnen und Senioren ihre täglichen Lebensmittel und können der lang andauernden Reise ins Zentrum ausweichen. Dieser Einkaufsdienst wird von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt. Insgesamt ist Erftstadt auf das ehrenamtliche Engagement sehr stolz und froh. Nicht nur Helfer für die Pflege, sondern auch für den persönlichen Kontakt mit den älteren Bürgerinnen und Bürger werden benötigt. Daher gehen Ehrenamtler mit den Seniorinnen und Senioren spazieren, spielen Karten, diskutieren miteinander oder unternehmen Ausflüge.

Die Infrastruktur wird auch dem demografischen Wandel angepasst. Mittlerweile werden bei Um- und Neubauten barrierearme und behindertengerechte Maßnahmen berücksichtigt.

Angebote an sozialen, kulturellen und kirchlichen Vereinen finden in Erftstadt ebenfalls Platz. Alle zwei Jahre findet in Erftstadt die städtische Informationsveranstaltung „Tag für Ältere“ statt, die über die Belange und Bedürfnisse der älteren Bürger und Bürgerinnen informiert.

Da man sich in Erftstadt über die Lage der Demografie im Klaren ist und die Bevölkerungszahl in Zukunft möglichst konstant halten möchte, wird die Notwendigkeit gesehen, das Angebot an alternativen Wohnformen auszubauen. Das generationenübergreifende Wohnen bietet eine attraktive Lösung für die Stadt. Dadurch wird ein leichter Einstieg für die jüngeren und unerfahrenen Seniorinnen und Senioren in die neue Lebensweise erhofft. Die erfahreneren Seniorinnen und Senioren unterstützen die „neuen Bewohner“ und geben Tipps an sie weiter, den Alltag sicherer zu gestalten. Außerdem entstehen so persönlichere Kontakte und Freundschaften unterschiedlicher Generationen untereinander, was Erftstadt für absolut dienlich ansieht. Bei dieser Umsetzung ist man als Kommune sicherlich auch auf die Hilfe und finanzielle Unterstützung des privaten Sektors und unterstützenden Verbände und Vereine angewiesen, worauf Erftstadt hofft.

Ambulante Pflegedienste

Ambulante Krankenpflege Haus Selam

Franziskaweg 6, 50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 6 73 04

Caritas Sozialstation Erftstadt

Herriger Straße 23, 50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 6 75 33

Häusliche Krankenpflege Kutz, Nebenstelle Erftstadt

50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 98 55 03

Krankenpflege Blum

Ausleger 13, 50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 69 01 65

MW Mobiler Pflegedienst, Maria-Magdalena Preuß

Dieselstraße 1 b, 50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 7 14 58

Pflegedienst Lebensnah, Bastian Dauvermann

Carl-Schurz-Straße 109-111, 50374 Erftstadt

Tel.: (0 22 35) 6 84 95 91

Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, Joachim Wendtlandt

Bonnerstraße 52, 50374 Erftstadt Lechenich

Tel.: (0 22 35) 95 21 00

Evangelischer Familien- und Krankenpflege Verein Lechenich e.V.

An der Vogelrute 8, 50374 Erftstadt Lechenich

Tel.: (0 22 35) 7 68 63

Häusliche Krankenpflege, Sr. Maria Neuhaus

Tannenweg 43, 50374 Erftstadt-Liblar

Tel.: (0 22 35) 36 88

Wohnformen im Stadtgebiet Erftstadt					
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten	
Seniorenheim Haus Elisabeth GmbH - Seniorenheim	Landstraße 58, 50374 Erftstadt, Tel.: 02235/75158	79 Plätze	Liblar/ zentral		
AWO Heinz- Kühn- Seniorenzentrum - Seniorenheim	Michael-Schiffer-Weg 1, 50374 Erftstadt, Tel.: 02235 95528-0	92 Plätze	Lechenich/ zentral		
MÜNCH-Stift-APZ GmbH - Alten- und Pflegezentrum	Münchweg 3, 50374 Erftstadt, Tel.: 02235/4041	122 Plätze	Liblar/ Frauenthal	Gesundheitsgarten in der Außenanlage, der zum Spazieren gehen einlädt, Cafeteria für Bewohner und Angehörige	
Haus Rotbach - betreutes Wohnen	Hennes-Weisweiler-Weg 1, 50374 Erftstadt, info@hausrotbach.de, Tel.: 02235/9551212	8	Lechenich/ zentral		
Service- Wohnen am Schlosspark - betreutes Wohnen	Am Hahnacker 3, 50374 Erftstadt, Tel.: 02235/42084	23	Liblar/ zentral		
Stella Vitalis GmbH - Seniorenzentrum für Menschen mit Demenz	Seestraße 28, 50374 Erftstadt, info@stellavitalis-erftstadt.de, Tel.: 02235/929440	79 Einzelzimmer	Liblar/ zentral	umfangreiches Freizeit- und Beschäftigungsangebot, regelmäßige Musikveranstaltungen und Feste	

8.9.6. Stadt Frechen (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)²¹⁰

Ambulante/Ehrenamtliche Angebote

Mehrgenerationenhaus Frechen, Rhein-Erft Oase

Zum Kuchental 6, 50226 Frechen

info@mehrgenerationenhaus-frechen.de

Auskünfte: Jochen Naumann/ Ellen Becker

Dienstleistungen: Margot Müthrath

Tel.: (0 22 34) 9 33 99 69 (Nachbarschaftshilfe: Erika Vogts)

- Café Oase (offene Treff- und Begegnungsmöglichkeit)
- Spiel-/Krabbelgruppen
- Vermittlung von anderen Dienstleistungen z.B. Kochen Waschen, Hilfe bei Internetnutzung usw.
- Mittagstisch
- Kreativitätswerkstatt
- „Das Leben erzählen“ für Jung und Alt (Musik, Fotos)

Ort an dem sich die Generationen ungezwungen begegnen, voneinander lernen, Hilfe und Unterstützung erhalten und geben (Initiative des Bundesfamilienministeriums)

Lazarus Hilfswerk Pflegedienste
ambulante Pflege/Dienstleistungen

Franzstraße 7-9, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 1 60 69

frechen.ambulant@lazarus.de

Caritas Sozialstationen, Häusliche Pflegedienste, ambulante Pflege/Hausnotruf

Hauptstraße 124-126, 50226 Frechen,

www.caritas-rhein-erft.de

Dagmar Barthel – Häusliche Krankenpflege

ambulante Pflege/Dienstleistungen/Hausnotruf

Bartmannstraße 69, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 27 20 96

dagmar-barthel@t-online.de

www.hkp-dagmar-barthel.de

Pütz Häusliche Krankenpflege, ambulante Pflege/Dienstleistungen

Alte Straße 47, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 1 26 26

Woidke-Frey, ambulante Pflege/Dienstleistungen

Rudolf Straße 94 a, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 5 88 94

Caritas Sozialstationen, Häusliche Pflegedienste

ambulante Pflege/Dienstleistungen/Hausnotruf/Mahlzeitendienst

Hauptstraße 124-126, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 27 47 76

Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Regionalverband Köln/REK/Leverkusen

Hausnotruf/Menüservice

Frankfurter Straße 666, 51107 Köln

Tel.: (02 21) 89 00 92 58

anfrage@juh-cologne.de

www.juh-cologne.de

apetito zuhaus, Menükurier

www.apetito-zuhaus.de

Deutsches Rotes Kreuz, Frau Edith Frisch, Essen auf Rädern

Tel.: (0 22 71) 60 61 18

edith.frisch@drk-rhein-erft.de

Sozialdienst Katholischer Frauen und Männer für den REK e.V.,

Frechener Tafel (unentgeltliche Lebensmittelabgabe im Kuckental 3 an Bedürftige)

Hasenweide 13, 50226 Frechen

Tel: (0 22 34) 37 94 70

Home Instead Seniorcare GmbH & Co. KG, Betreuung und Gesellschaft zuhause, Hilfen im Haushalt und Begleitung außer Haus, Unterstützung bei der Grundpflege

Bunzlauer Straße 1, 50858 Köln

Tel.: (0 22 34) 91 10 40 (Geschäftsführerin: Martina Dageroth)

koeln-west@homeinstead.de

www.homeinstead.de

Arbeitsgemeinschaft für Selbsthilfegruppen im Rhein-Erft-Kreis

Austausch von persönlichen Erfahrungen, Information über

Behandlungsmöglichkeiten, Unterstützung und Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe

Tel.: (0 22 34) 8 94 65

rahelastro@web.de

Stadt Frechen

Johann-Schmitz-Platz 1-3, 50226 Frechen

Angebote von Ehrenamtlern: Computerkurs, Kochgruppe, Seniorentanz, Malgruppe, Seniorenchor, „Senioren fahren für Senioren“ (heimatkundliche sowie mehrtägige Fahrten), Seniorentanzcafé, Seniorentheatergruppe „Immergrün“, Wassergymnastik, Redaktionsgruppe „Frechener Seniorenkurier“, Einkuvertierungsgruppe, Briefträgergruppe

Tel.: (0 22 34) 50 13 31 (Ansprechpartner: Frau Sobezko
maria.sobezko@stadt.frechen.de

Altentagesstätten

Altentagesstätte der AWO Frechen

Dr.-Tusch-Straße 11 (Musikschule)

Tel.: (0 22 34) 1 68 46, Tagesstätte

Tel.: (0 22 34) 27 17 54 (Ansprechpartner: Herr Gotzens)

Montag bis Donnerstag jeweils von 12.00 bis 17.00 Uhr

Freitag von 12.00 bis 16.00 Uhr, täglich Mittagstisch

Seniorentagesstätte des Lazarus Hilfswerk e.V., Gold Kraemer Haus

Eingang Platz der deutschen Einheit

Tel.: (0 22 34) 1 60 69 (Ansprechpartner: Lazarus Hilfswerk, Frau Jennemann)

täglich ab 12.00 Uhr geöffnet, einschliesslich Mittagstisch

Begegnungsstätte der AWO Habelrath, Begegnungsstätte Habelrath

Tel.: (0 22 34) 3 10 78 (Ansprechpartner: Frau Lechner)

Tel.: (0 22 34) 3 18 00 (Ansprechpartner: Frau Stegmann)

Montag bis Freitag jeweils von 14.00 bis 18.00 Uhr

Altentagesstätte der AWO Grefrath

Matthias-Werner-Straße

Tel.: (0 22 34) 3 84 22 (Ansprechpartner: Frau Meul)

Dienstag und Mittwoch jeweils von 14.00 bis 17.00 Uhr

Altencclubs

Seniorenkreis Evangelische Kirche Frechen, Gemeindesaal

Hauptstraße 209

Tel.: (0 22 34) 5 27 63 (Ansprechpartner: Frau Glaubach)

Montag jeweils von 14.30 bis 16.30 Uhr, Dienstag von 10.00 bis 11.00 Uhr Gymnastik

Altencclub St. Severin, Pfarrsaal St. Severin

Tel.: (0 22 34) 1 59 05 (Ansprechpartner: Frau Oebel)

Tel.: (0 22 34) 5 71 60 (Ansprechpartner: Frau Hoffmann)

Montag jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr

Seniorenclub St. Severin, Pfarrheim St. Severin

Tel.: (0 22 34) 5 79 39 (Ansprechpartner: Frau Doerenkamp)

Tel.: (0 22 34) 65 96 99 (Ansprechpartner: Frau Schaffner)

Mittwoch jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr

Seniorenclub St. Audomar, Pfarrheim St. Audomar

Tel.: (0 22 34) 5 73 65 (Ansprechpartner: Frau Schumacher)

Dienstag jeweils von 14.30 bis 17.30 Uhr

Seniorenclub Heilig Geist Bachem, Pfarr- und Jugendheim Bachem

Tel.: (0 22 34) 5 24 02 (Ansprechpartner: Frau Bötzel)

Montag und Mittwoch jeweils von 15.00 bis 18.00 Uhr

Stephanus-Haus Habbelrath

Lutherstraße 3

Tel.: (0 22 34) 32 77 (Ansprechpartner: Frau Beckmann)

Montag und Dienstag jeweils von 14.00 bis 17.00 Uhr

Marienstube Grefrath, Pfarrheim Grefrath

Philippstraße

Tel.: (0 22 34) 3 82 71 (Ansprechpartner: Frau Richter)

Tel.: (0 22 34) 93 60 06 (Ansprechpartner: Frau Gatzweiler)

Mittwoch ab 14.30 Uhr Handarbeiten

Antoniusstube Habelrath, Pfarrheim Habelrath

Tel.: (0 22 34) 3 12 37 (Ansprechpartner: Frau Köllen)

Tel.: (0 22 34) 3 16 15 (Ansprechpartner: Frau Förster)

Dienstag und Donnerstag im Wechsel jeweils von 15.00 bis 18.00 Uhr

Altenclub St. Sebastianus Königsdorf

Hildeboldsaal der katholischen Pfarrgemeinde

Tel.: (0 22 34) 6 16 46 (Ansprechpartner: Frau Sorger)

Tel.: (0 22 34) 65 71 87 (Ansprechpartner: Frau Litzinger)

Dienstag jeweils von 15.00 bis 17.00 Uhr, Donnerstag ab 14.30 Uhr Gymnastik,

Donnerstag ab 15.30 Uhr 14-tägig Handarbeit

Seniorentreff Christuskirche Königsdorf, evangelisches Gemeindehaus

Pfeilstr.

Tel.: (0 22 34) 6 44 32 (Ansprechpartner: Frau Reinwald)

Tel.: (0 22 34) 6 51 75 (Ansprechpartner: Frau Schlösser – Gymnastik)

Mittwoch jeweils von 15.00 bis 16.30 Uhr, Dienstag ab 10.00 Uhr und Freitag ab

10.00 Uhr Gymnastik, jeden 2. Freitag im Monat, 20.00 Uhr: „Jungsenioren 55plus“

Altenclub St. Maria Königin, Pfarrheim

Kirchweg

Tel.: (0 22 34) 5 56 28 (Ansprechpartner: Frau Trabant)

letzter Donnerstag im Monat ab 15.00 Uhr

Altenclub St. Ulrich Buschbell

Pfarrheim St. Ulrich Buschbell

Tel.: (0 22 34) 5 51 34 (Ansprechpartner: Frau Leistikow)

Donnerstag jeweils von 14.00 bis 18.00 Uhr

Einrichtung und Veranstaltungen für Demenzkranke

Elisa Seniorenstift

Arnikastraße 4, 50226 Frechen

Spezielle Station, stundenweise Betreuung von Demenzerkrankten; „Vergiss mein nicht-Treff“; Unterstützungsangebot bei Demenz in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft

Tel.: (0 22 34) 6 03 80

Hospiz, Café für Demenzerkrankte

Tel.: (0 22 34) 2 28 54 oder Tel.: (0 22 34) 92 27 65

Stadtverwaltung, Demenzwoche im März 2010

Tel: (0 22 34) 5 01-331 (Ansprechpartner: Frau Sobetzko)

Füreinander – Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Psychisch Kranke im Erftkreis e.V.

Ohren, die zuhören, Informationen über die Erkrankung, Informationen über die Behandlung, Erfahrungsaustausch, Ermutigung, Ideen neue Wege zu gehen, Tagesbetreuung

Tel.: (0 22 34) 20 79 69 (Ansprechpartner: Frau Garz)

Anpassung des öffentlichen Raums, Stadtverwaltung Frechen,

Zuständigkeit: Wohnungen

Tel.: (0 22 34) 5 01-375 (Ansprechpartner: Herr Walde)

Stadt Frechen, Behindertenangelegenheiten

Zuständigkeit: Blindenampeln, etc.

Tel.: (0 22 34) 5 01-488 (Ansprechpartner: Frau Mocken)

Netzwerke und Beratungsstellen

Seniorenberatung Stadt Frechen, Zuständigkeit: Beratung
trägerübergreifender Anlaufpunkt (kostenlos), Koordinierungsstelle, Beratung, fördert
Engagement, sammelt Informationen, Brücke zwischen unterschiedlichen
Einrichtungen

Johann-Schmitz-Platz 1-3, 50226 Frechen

Tel.: (0 22 34) 50 13 31 (Ansprechpartner: Frau Sobezko)

maria.sobezko@stadt.frechen.de

Arbeitsgemeinschaft Betreuungsvereine im Rhein-Erft-Kreis

Zusammenarbeit der Betreuungsvereine nach §4 LBtG NRW

Tel.: (0 22 71) 83-0 (Ansprechpartner: Betreuungstelle des Rhein-Erft-Kreises)

Wohnraumgruppe Rathaus

Tel: (0 22 34) 5 01-375 (Ansprechpartner: Herr Walde)

Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren und Wohnen

siehe auch Mehrgenerationenhaus Frechen (bei Wohnformen)

Demografische Entwicklung

Sozialraumanalyse

Tel.: (0 22 34) 5 01-307 (Ansprechpartner: Frau Grother)

Demographiebericht Stadt Frechen der Bertelsmannstiftung

[\[kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?\]\(http://kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?\)](http://www.wegweiser-</p></div><div data-bbox=)

Siedlungsgeographische Raumanalyse

Tel.: (02 21) 2 21-22834 (Ansprechpartner: Herr Drese)

www.frechen.de/s1_Wohnen_Soziales.pdf

Wohnformen im Stadtgebiet Frechen				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Ensemble Stadtresidenz Frechen Alten- und Pflegeheim	Kaistraße 4 50226 Frechen frechen@ensemble-gruppe.de www.ensemble-gruppe.de Tel. 02234 / 2100	56 Einbettzimmer 11 Zweibettzimmer davon 4 eingestreute Kurzeipflgeplätze	Im Herzen der Stadt Frechen, Einkaufs- möglichkeiten, Wochenmarkt, Gaststätten, Cafés	Wohngruppenraum kulturelle Veranstaltungen Gymnastik Ausflüge Feste Vorlesungen Therapieküche Wohnzimmer Restaurant (für jeden offen) Dachterrasse Med. Dienstleister im Haus (oder zu Fuß zu erreichen) Anbindung zu öffentl. Verkehrsmitteln & Tiefgarage professionelle Pflege rund um die Uhr, alle Zimmer mobliert, nach Absprache eigenes Mobiliar Kurzeit- und Verhinderungspflege möglich
Betreutes Wohnen		22 Wohnungen 43 - 94 qm		Mahlzeiten im haus eigenen Restaurant nach Wahl Fest- und Fei ergestaltung Reinigungsdienst Pflege- und Betreuungsdienste

Schwerpunkt: Wohnen im Alter

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Altenzentrum St. Augustinus Alten- und Pflegeheim	Augustinusstr. 10 50226 Frechen Tel.: 02234/963400 www.az-sanktaugustinus.de Herr Martin Krenser	88 Pflegeplätze (Einzel- u. Doppelzimmer) + 19 behindertengerechte Altenwohnungen	Fünf Gehminuten vom Bahnhof Königsdorf	Betreuung/Pflege aller Pflegestufen, frisch zubereitete Mahlzeiten aus eigener Küche, Mahlzeiteinnahme in Cafeteria oder Wohnbereich, Jederzeit Getränke / Zwischenmahlzeiten, eigene Gartenanlage, individuelle Zimmergestaltung durch eigene Möbel, Waschservice, Zimmerreinigung, Zusammenarbeit mit Haus-, Fachärzten, Apotheken, Sanitätshäusern, Vermittlung externer Dienste (Friseur, Fußpflege, Therapeuten), Bargeldservice, kulturelle Angebote (Musik, Literatur, Erlebnisangebote, Freizeitgestaltung), vertrauensvolle Gesprächspartner (vermitteln Kontakt zu Seelsorgern), Gebet, Gottesdienst (Kapelle) Kommunion- & Abendmahlfeier auf den Zimmern möglich, Sterbehilfe durch Ordensschwester
Altenwohnungen			19	nicht betreut

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
<p>St. Katharinen-Stift Frechen Alten- und Pflegeheim</p>	<p>Krankenhausstr. 10-12 50226 Frechen www.st-katharinen-stift.de info@st-katharinen-stift.de Auskünfte: Fr. Eisenbarth Tel. (zentraler Empfang): 02234 / 6880300</p>	<p>72 Pflegeplätze in 6 Hausgemeinschaften mit je 12 Bewohnern aufgeteilt, Zimmer 16 – 24 qm groß (hell)</p>	<p>in unmittelbarer Nähe zum St. Katharinen- Hospital am Rande des Frechener Stadtgebietes, im Stadtteil Buschbell</p>	<p>Bewohnercafé, Aktivierende Grund- und Behandlungspflege im Rahmen der Bezugspflege, Hilfestellung bei der Beschaffung und Versorgung mit Medikamenten, auf Wunsch Hilfestellung bei der Wahl des Haus- oder Facharztes, Vermittlung von logopädischen, physiotherapeutischen Leistungen und fachlich anerkannter Fußpflege, Friseursalon im Haus, abwechslungsreiches und ausgewogenes Speisenangebot: Frühstück, Mittag- und Abendessen, Nachmittagskaffee, Zwischenmahlzeiten und im Bedarfsfall Sonder- und Diätkost, aktive Mitwirkung der Bewohner bei der Erstellung des Speiseplans und der Zubereitung der Mahlzeiten ist besonders erwünscht, Wäscherversorgung, auch die Privatwäsche, sofern pflegeleicht und waschmaschinenfest, Waschmaschine und Trockner in der Hausgemeinschaft sind vorhanden, Bereitstellung von Bettwäsche und Handtüchern, regelmäßige Reinigung der</p>

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Elisa Seniorenstift Alten- und Pflegeheim	Arnikastraße 4 50226 Frechen Tel.: 02234/60380 Frechen@Elisa-Seniorenstift.de http://www.elisa-seniorenstift.de/frechen/index.htm	80 Vollstationäre Pflegeplätze, zwei- bis viergeschossiger Gebäudekomplex	in verkehrsgünstiger Lage, in der Nähe des Erholungsparks "Am Hochzeitswäldchen"	Sauna ambulanter Pflegedienst
Altenwohnungen		78 seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen 36 - 73 qm		

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
<p>Senioren Pflegeheim St. Elisabeth Altenheim</p> <p>Senioren Pflegeheim St. Elisabeth Altenwohnungen</p> <p>Altenwohnung (nicht betreut)</p>	<p>Dechant-Hansen-Allee 16 50226 Frechen Auskünfte: Hr. Timm/ Fr. Gottschalk Tel: 02234 / 966210 http://www.schwevier-altenhilfe.de/besuchen-sie-unsere-standorte/seniorenpflegeheim-st-elisabeth-frechen.html</p>	<p>ein Zuhause für 107 Senioren und Seniorinnen</p>	<p>Frechen-Königsdorf</p>	<p>Essen kochen, Gymnastikgruppen, Bastelnachmittage, Skatrunden, gemeinsame Ausflüge, seelsorgerliche Gespräche, Singstunden, Gottesdienste, Ausrichtung von Geburtstagen, Wäsche waschen, Zimmer reinigen, sozial-kulturelle und die seelsorglich-pastorale Begleitung, Selbstständigkeit fördern bzw. erhalten indem Körperpflege noch überwiegend selbst übernommen wird, Hilfe beim An- und Auskleiden, gemeinsam ausprobieren, ob eine Gehilfe / Gehwagen Gangunsicherheit vermindert, Pflegeleistungen individuell je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit (bei schweren Erkrankung/Bettlägerigkeit), Angehörige und / oder Betreuer werden mit einbezogen, Schwimmen</p>

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Altenwohnheim Haus Baden	Dr. Toll-Strasse 53, 50226 Frechen	10 Senioren-Wohnungen, davon 4 Wohnungen für 2 Personen, 6 Wohnungen für 1 Person	Frechen-Königsdorf	
		13	Frechen Mitte, außerhalb in Waldanlage, auf einem Hügel	
Altenwohnung	Altestraße, Hauptstraße, Ev. Kirche		Frechen City	
Altenwohnung	Dr.-Tusch-Strasse, Gold-Kraemer		Frechen Mitte	
Altenwohnung	Freiheitstring 75		Frechen Mitte	
Altenwohnung	Lutherstraße		Stadtteil Habbelrath	
Altenwohnung	Wilhelm-Leuschner-Straße		Stadtteil Bachern	

8.9.7. Stadt Hürth (Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal)²¹⁰

Ambulante/Ehrenamtliche Angebote

- 3 ambulante Pflegedienste/Sozialstationen der Wohlfahrtsverbände
- 6 private ambulante Pflegedienste
„Ambulante Pflege übernimmt alle notwendigen krankenpflegerischen Maßnahmen; der mobile soziale Dienst bietet Hilfe im Haushalt, bei Besorgungen, Reinigungs- und Reparaturarbeiten etc.“⁴³¹
- 28 Seniorentagesstätten, -clubs, -begegnungsstätten verteilt auf die Ortsteile von Geselligkeit mit Kaffetrinken über Hand-/Bastelarbeiten, Reibekuchenbacken, Spielen, Singen, Vorträgen zu verschiedenen Themen, Gymnastik und Tanz, Gedächtnistraining, Kegeln, Filmvorführungen Gesellschaftsspielen, Andachten und Feiern zu besonderen Anlässen bis hin zu Ausflügen, Grillnachmittagen, Urlaubsreisen und der gemeinsamen Teilnahme an Veranstaltungen⁴³¹
- 44 Seniorensportangebote von Aquafitness und -jogging über Behindertensport, Gymnastik, gezielten Angeboten wie Herz-Kreislauf-Trainig, Nordic Walking, Osteoporosekurse, Power Boxing, Schach, Seniorenschwimmen und Wassergymnastik bis hin zu Sport in der Krebsnachsorge, Tai Chi, Tanzen, jeden dritten Mittwoch im Monat „Tanztee“ in der Cafeteria des Rudi-Tonn-Altenzentrums, Wandern, Wirbelsäulengymnastik und Sporturlaub für Senioren des Bildungswerkes des LandesSportBund NRW e.V.⁴³¹
- 4 Anbieter von Seniorenreisen
Angebot spezieller Ferienangebote und Reiseziele⁴³¹
- 4 Computerangebote
Angebote wie Internetcafé oder Computerkurse⁴³¹

⁴³¹ Nähere Infos im Wegweiser für Senioren der Stadt Hürth

- 6 Anbieter Hausnotruf
Hausnotrufdienste bieten die Möglichkeit bei einer Notsituation in der eigenen Wohnung über Funk sofort Hilfe zu rufen⁴³¹
- 4 Mahlzeitendienste
Möglichkeit sich Mahlzeiten in die eigene Wohnung bringen zu lassen⁴³¹
- 5 Anbieter des stationären Mittagstisches
die Pflegeheime, sowie die Begegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt Berrenrath bieten die Nutzung des angebotenen Mittagstisches an⁴³¹
- „Hürther Tafel e.V.“
Essensausgabe für bedürftige Menschen
Kölnstraße 14, 50354 Hürth
Tel.: (0 22 33) 80 26-1 oder Tel.: (0 22 33) 80 26-12
www.huerther-tafel.de

Einrichtung und Veranstaltungen für Demenzkranke

„Füreinander“:

Die Angehörigen -Gruppe für Alzheimer Erkrankte im Rhein-Erft-Kreis

Alle zwei Monate Informations- und Kommunikationsnachmittag, um Grundkenntnisse über psychiatrische Alterserkrankungen und Therapiemöglichkeiten zu vermitteln und Hilfsangebote für Angehörige aufzuzeigen; Erfahrungsaustausch der pflegenden Angehörigen untereinander und mit Fachkräften

Tel.: (0 22 33) 7 72 71 (Ansprechpartner: Dr. Sibylle Schreckling)

Tel.: (0 22 33) 94 30 31 (Ansprechpartner: Kerstin Wolff-Möhlenbein)

info@schreckling.eu

Monatliches Kontakt- und Tanzcafé für alle Interessierten und Altersstufen

Tel.: (0 22 33) 7 72 71 (Ansprechpartner: Dr. Sibylle Schreckling)

Tel.: (0 22 33) 94 30 31 (Ansprechpartner: Kerstin Wolff-Möhlenbein)

info@schreckling.eu

Freitag von 15.00 bis 17.30 Uhr

Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde Gleuel

Tel.: (0 22 34) 20 79 69 (Ansprechpartner: Frau Elisabeth Garz)

Montag von 9.30 bis 12.00 Uhr

Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen im Appartementhaus des Betreuten Wohnens in Hürth-Hermülheim unter fachärztlicher Begleitung

Tel.: (01 72) 7 71 70 68 (Ansprechpartner: Herr Hans Haensch)

Dienstag von 9.30 bis 12.00 Uhr

Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen im Sozialpsychiatrischen Zentrum

Tel.: (0 22 34) 20 79 69 (Ansprechpartner: Frau Elisabeth Garz)

Mittwoch von 15.00 bis 18.00 Uhr

Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenzerkrankungen im Appartementhaus des Betreuten Wohnens in Hürth-Hermülheim

Tel.: (01 72) 7 71 70 68 (Ansprechpartner: Herr Hans Haensch)

Freitag von 15.00 bis 17.30 Uhr

Anpassung des öffentlichen Raums

Planungsamt der Stadt Hürth, Straßenunterhaltung u.a. Bürgersteigabsenkungen

Tel.: (0 22 34) 53-483 (Ansprechpartner: Herr Duske)

Verkehrsplanung

Tel.: (0 22 34) 53-427 (Ansprechpartner: Frau Behlik-Meier)

Netzwerke und Beratungsstellen

Stadt Hürth, Sozialausschuss

Tel.: (0 22 33) 53-128 (Ansprechpartner: Frau Nowak)

Seniorenbeirat

z.B. Beratung des Rates, der Verwaltung und der Ausschüsse, Mitwirkung bei der Planung und Verwirklichung von Seniorenangeboten

Tel.: (0 22 33) 3 22 99 (Vorsitzender: Peter Weiß)

www.huerth.de/ratpolitik/ausschuesse/seniorenbeirat.php

Behindertenbeirat

Interessenvertretung behinderter und älterer Mitbürger, Beratung des Stadtrates, der Ausschüsse & der Verwaltung in allen Fragen, die die behinderte Bevölkerung betreffen, Vorsitzende: Judith Steffen

www.huerth.de/ratpolitik/ausschuesse/behindertenbeirat.php

Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit

z.B. Ansprechpartner für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, Herausgabe eines Wegweisers für Senioren/innen, Beratung, Information, Unterstützung und Vernetzung der Seniorenarbeit im Stadtgebiet

Tel.: (0 22 33) 53-128 (Ansprechpartner: Frau Nowak)

mnowak@huert.de

Pflegeberatung der Stadt Hürth

trägerunabhängige Beratung bei Fragen oder Problemen zum Thema Pflege

Friedrich-Ebert-Straße 40, 50345 Hürth, Zimmer 66

Tel.: (0 22 33) 5 31 28

Arbeitskreis für psychisch Kranke im Erftkreis e.V. (APK)

Austausch auf fachlicher Ebene zwischen Pflegeberatungsstellen, Amtsärzten, Heimleitungen etc.

Tel.: (0 22 33) 7 48 40 (Vorsitzende: Frau Dr. Schreckling)

Stadtteilgespräche in Zusammenarbeit der Stadt und des Seniorenbeirats
Erarbeitung eines Ergebnisberichtes zur Vorlage im Sozialausschuss
Tel.: (0 22 33) 53-128 (Ansprechpartner: Frau Nowak)

Netzwerk „Löwenzahn e.V.“

Ein Netzwerk von Hürthern für Hürther in der dritten Lebensphase
Möglichkeit sich zu engagieren; derzeit bietet Löwenzahn e.V. Angebote wie ein
Beratungs- und Informationsteam, eine Frühstücksrunde, Spielgruppen, Basteln,
Nähen, Handarbeiten, Freizeitaktivitäten, wie Wandern, Computerkurse, Internetcafé,
Besuche von Konzerten, Theatern, Ausstellungen, einen Literaturkreis, einen
Singkreis, Samstag Café, Spiele- und Erzählcafé, Vorträge; weitere Initiativen, die
Menschen im Vorruhe- oder Ruhestand verwirklichen wollen

Rosellstraße 3, 50345 Hürth

Tel.: (0 22 33) 97 97 77

www.netzwerk-loewenzahn.de

Sonstiges

Seniorenleitbild der Stadt Hürth

Tel.: (0 22 33) 53-128 (Ansprechpartner: Frau Nowak)

Demografiebericht der Bertelsmannstiftung über die Stadt Hürth

[\[kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?\]\(http://kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?\)](http://www.wegweiser-</p></div><div data-bbox=)

Wohnformen im Stadtgebiet Hürth (Stand Nov. 2009)				
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Sebastianusstift Altenzentrum Gievel Seniorenheim Seniorenwohnung	Am Klostergarten 8 - 12, 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 3 96 30 Fax: 0 22 33 / 3 10 80 sebastianusstift@caritas-rhein-erft.de www.caritas-rhein-erft.de	89 vollstationäre Pflegeplätze, größtenteils in Einzelzimmern mit eigener Nadzelle 17 Kurzzeitpflegeplätze 12 Tagespflegeplätze mit Hol- und Bringdienst, an bis zu 5 Tagen in der Woche 5 seniorengerechte Wohnungen	Lage zentral	Kapelle, Kegelbahn (barrierefrei), Fisursalon im Haus
		Seniorenwohnungen: Wohnungen zwar im Eigentum des Sebastianusstiftes, jedoch nicht ausschließlich für Senioren		Möglichkeit eines Betreuungsvertrags oder Nutzung der Angebote des Heimes Voraussetzung für den Bezug ist ein Wohnberechtigungsschein

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
<p>Seniorenzentrum der Caritas „Anna-Haus“ Seniorenheim</p>	<p>Rosellstraße 35, 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 59 80 Fax: 0 22 33 / 59 81 00 anna-haus@caritas-rhein-erft.de www.caritas-rhein-erft.de</p>	<p>181 Bewohner in 57 Einzelzimmern und 62 Doppelzimmern 44 private Seniorenwohnungen vorgelagert, Teilnahme an Mahlzeiten und Veranstaltungenprogramm möglich</p>	<p>gute Anbindung an umliegende Städte durch Nähe von Stadtbahn und Bushaltestelle</p>	<p>eigener Wohnbereich für Demenzerkrankte, der u. a. nach der Belegungsplanung arbeitet Bewegungsbad, Gymnastikraum, Kapelle, Kiosk/Cafeteria, Gartenanlage, Sozialer Dienst des Anna-Hauses organisiert Feiern im Jahreskreis, Schwimmen, Ausflugsfahrten, Gedächtnistraining, Aktuelle Stunde, hauswirtschaftliche und kreative Angebote, Bewegung, Singen, Bibliotheksgruppe, Konzernachmittage eigener Arbeitskreis Hospiz (in Zusammenarbeit mit dem Hürther Hospizverein)</p>
<p>Seniorenzentrum der Caritas „St. Ursula“ Seniorenheim</p>	<p>Friedrich-Ebert-Straße 11, 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 71 70 Fax: 0 22 33 / 71 71 01 st-ursula@caritas-rhein-erft.de www.caritas-rhein-erft.de</p>	<p>128 Plätze in 60 Einzel- und 34 Doppelzimmern</p>	<p>zentral im Hürther Stadtteil Hermülheim, Nähe zum Hürther Einkaufszentrum, Bürgerhaus, Ärzten, Apotheken, gute Verkehrsanbindung</p>	

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebot/e/Besonderheiten
Rudi-Tonn-Altenzentrum der Arbeiterwohlfahrt Seniorenheim	Bonnstraße 67, 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 7 99 20 Fax: 0 22 33 / 79 92 92 rudi-tonn-altenzentrum@awo-mittelrhein.de www.awo-rudi-tonn-altenzentrum.de	118 Seniorinnen und Senioren in • 116 Wohnpflegeplätzen • 2 Kurzzeitpflegeplätzen • 42 Altenwohnungen (zur Miete ohne Betreuung)	zentral, verkehrsberuhigte Zone	Gartenanlage, gerontopsychiatrische-Wohngruppe, auf die speziellen Bedürfnisse von demenziell erkrankten Menschen ausgerichtet, ein "Sinnesgarten"
Kranzmaar-Residenz sog. Servicewohnen	Kranzmaarstraße 25 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 9 46 80	altersgerechte Wohnungen mit dem Angebot des betreuten Wohnens in zwei Gebäudekomplexen 40 altersgerechte barrierefreien Wohnungen 1 Personen-Wohnungen 38 - 50 qm 2 Personen-Wohnungen 51 - 80 qm	Ortskern von Alt-Hürth	Notrufangebot im Hause. Haustierhaltung erlaubt Verpflegung durch Con-Vita Ltd. angeboten Pflegeangebot durch die Sozialstation in der Residenz (Hürther Krankenpflege) im Rahmen der Pflegeversicherung oder Behandlungspflegen nach ärztlicher Verordnung Wahlleistungen: Frühstück-, Mittag- und Abendessen, Zimmerservice, Therapieangebote, Krankengymnastik, Reinigungs- und Wäscheservice, Gestaltung von Familienfesten u. Tiefgaragenstellplätze

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebot/Besonderheiten
Seniorenwohnungen der Anwohner Siedlungsgesellschaft im Ev. Kirchenverband Köln und Region Seniorenwohnung	Kochstraße 20 50354 Hürth Auskünfte: 0221 / 93 12 11 56	öffentlich gefördertes Wohnhaus mit 24 Wohnungen 2-Zimmer-Wohnungen für zwei Personen 52 m ² 1-Zimmer-Wohnungen für eine Person 42 m ²	Stadtteil Effren	barrierearme Wohnungen, Aufzug ist vorhanden, Bäder können den Anforderungen der Barrierefreiheit entsprechend umgebaut werden Voraussetzung für den Bezug ist ein Wohnberechtigungsschein und ein mind. esteralter von 60 Jahren
Seniorenwohnungen an der Burgstraße Burgstraße Seniorenwohnung	Burgstraße 47-51 50354 Hürth	Mehrfamilienhaus mit jeweils 14 Eigentumswohnungen: 3-Zimmer-Wohnung, Wohnfläche ca.: 85,00 m ²	Stadtteil Gleul	Möglichkeit eines Betreuungsvertrages mit dem Sebasit anstift (s. o.) oder Nutzung der Angebote des Heimes Personen aufzug, Tiefgarage, Balkon, hell, Wohnzimmer mit Wohnküche, Fahrrad-Abstellraum, Wascheraum, Kellerraum auf Wunsch voll oder teilweise möbliert Voraussetzung für den Bezug ist ein Wohnberechtigungsschein

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Haus Baden Seniorenwohnung	Nording 1-5 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 7 75 49 www.hausbaden-koeln.de	sozialer Wohnungsbaukomplex mit Kapazitäten für ca. 200 Personen	Stadtteil Herrnhilheim	Einsparung von Heizenergie durch Verbesserung der Dämmung und Heiztechnik, Voraussetzung für den Bezug ist ein Wohlberechtigungschein Wohnanlage wird nicht mehr ausschließlich von Senioren bewohnt, Haus ist nicht barrierefrei (Aufzug vorhanden)

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Seniorenresidenz Burgpark Seniorenwohnung	Bornstraße 24 - 28 50354 Hürth Auskunfte: Hr. Hecker Tel.: 02233 / 64038	25-30 barrierearme Wohnungen: 1,50-Zimmer, Wohnfläche ca.: 43,00 m ² Wohnungstyp: Etagenwohnung Nutzfläche ca.: 8,00 m ²	angenehme ruhig und gleichzeitig zentral gelegen Ärzte, Apotheke sowie Einkaufsmöglichkeiten in (EKZ Hürth-Park) in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar	Barrierefrei, Heizung, Fernwärme, Personenaufzug, Keller, Waschraum incl. Waschmaschinen/Trockner mit Münzeinwurf, Sauna, sonniger Balkon, Küche: Einbauküche (muß übernommen werden), Duschbad, Abstellraum für Lebensmittel etc. Echtholzparkett, behindertengerecht und speziell als Seniorenwohnung ausgestattet Stellplatz für den Pkw direkt vor dem Haus Zur Gemeinschaftseinrichtung der Mieter gehören u.a.: - Fitnessraum mit Geräten, Sauna, Ruheraum und Dusche - Veranstaltungsraum für Feiern etc. mit Küche u Toiletten - Ladestation für elektr. Rollstühle
				Bezug mit Wohnberechtigungsschein nicht möglich kein betreutes Wohnen, aber altersgerechtes Wohnen

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
<p>Seniorenwohnungen der Arbeiterwohlfahrt Seniorenwohnung</p>	<p>Bonnstraße 47 50354 Hürth</p> <p>Informationen erteilt: Verwaltung des Rudi-Tonn-Altenzentrums Bonnstraße 67, 50354 Hürth Tel: 0 22 33 / 7 99 20</p>	<p>42 Wohnungen auf 3 Etagen, Größe der Wohnung: ca. 41 - 57 qm Anzahl der Zimmer: 1 - 2 Zimmer (Balkon, Einbauküche mit Elektroherd/Backofen und Kühlschrank, Flur mit großem Einbauschrank, Bad mit Badewanne, Kellerraum, Waschküche mit Waschmaschinen und Trocknern, Haustiere erlaubt)</p>	<p>zentrale ruhige Lage, in unmittelbarer Nähe des Einkaufszentrums, direkt an kath. und evang. Kirche neben dem Altenzentrum bzw. sind ihm angeschlossen, angrenzender Burgpark, Anbindung Bushaltestelle ca. 150 m</p>	<p>Bewohner können die Angebote des Rudi-Tonn-Altenzentrums, Bonnstraße 67, 50354 Hürth wahrnehmen: Kreatives Gestalten, Musiktherapie, Literaturkreis, Sitzgymnastik, Zeitung lesen/vorlesen, Gedächtnistraining, Geburtstagsfeiern, Gesellschaftsspiele, Einkaufsfahrten, Ausflüge, Kegeln, Tanztée, Näh- und Klönstunde, Dia- und Videovorführungen, Modenschau und Schuhverkauf (2 x jährl.) Bewohnerfreizeit (1 x jährl., 8 Tage), evang. und kath. Gottesdienste Voraussetzung: Mindestalter von 60 Jahre ein Wohnberechtigungsschein "altenberechtigt" Belegung gedacht für ältere Menschen, die noch rüstig sind und ihr Leben möglichst lange unabhängig und selbständig gestalten wollen Mieter des Altenzentrums werden bevorzugt vermittelt</p>

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Seniorenwohnungen an der Rosellstraße Seniorenwohnung	Rosellstraße 33 und 37 50354 Hürth Auskünfte: Frau Bräuer Geschäftsstelle des Caritasverband für den REK Tel: 02233 / 799065	2 Häuser mit 44 alten- und behindertengerechten Eigentumswohnungen, die als Seniorenwohnungen vermietet oder vom Eigentümer selbst bewohnt werden	Stadtteil Effern	Die Bewohner der Wohnungen können mit dem Seniorenzentrum der Caritas „Anna-Haus“ Rosellstraße 35, 50354 Hürth, Tel: 0 22 33 / 59 80 einen Betreuungsvertrag oder individuelle Verträge über Notrufservice, Mahlzeiten etc. abschließen Bezug mit Wohnberechtigungsschein ist nicht möglich Verwaltung der Wohnungen: Caritasverband für den REK e.V.

8.9.8. Stadt Kerpen (Frau Buzzi, Frau Köhr, Frau Skupch)²¹⁰

Bürgermeisterin der Stadt Kerpen ist Frau Marlies Sieburg

Einwohner insgesamt: 64483

Ehrenamtliches Engagement

Allgemein wird in Kerpen der Bereich des ehrenamtlichen Engagements durch das Netzwerk 55plus abgedeckt.

Dieses Netzwerk ist zentral im Ortskern Kerpen angesiedelt, hat dort auch sein Haupttätigkeitsfeld, da es jedoch seit der Gründung im März 2008 immer weiter wächst, ist es mittlerweile in allen Stadtteilen Kerpens aktiv. Zum Netzwerk gehören Gruppen zu den Themen „Gärtnern“, „Geselligkeit“, „Köln erkunden“, „Kreativität“, „Kunst und Kultur“, „Laienspiel“, „Neue Medien“, „ÖPNV“, „Sport“ und „Wohnwelten Alter“. Die Gruppen veranstalten regelmäßige Treffen, zu dem gibt es ca. einmal im Monat ein sogenanntes Netzwerkfrühstück (eine Art Schnupperveranstaltung), ebenfalls ca. monatlich Netzwerktreffen für aktiv Beteiligte und Infoveranstaltungen zu wechselnden Themen.

Kerpen hat 25 Begegnungsstätten für Senioren verteilt auf das Stadtgebiet, in denen ca. 180 Personen ehrenamtlich arbeiten.

Vereine

Die Stadt Kerpen hat insgesamt über 350 Vereine, darunter u.a. Brauchtumspflege, Schützenvereine und andere sportliche Aktivitäten, Kunst- und Kultur, mehrere Chöre, und Vereine, die sich wohltätigen Zwecken widmen. Die Aufzählungen in den einzelnen Stadtteilen sind alles andere als abschließend, es handelt sich hierbei lediglich um die Vereine, die während der Ermittlung des IST-Zustandes explizit genannt wurden, da sie Senioren nicht nur willkommen heißen, sondern ein auf Senioren ausgerichtetes Angebot im Programm haben.

Freizeit

Im Bereich der Erwachsenenbildung ist Kerpen im Zweckverband Volkshochschule Bergheim organisiert. Seit 1992 bietet die Stadt Kerpen in Zusammenarbeit mit der VHS Bergheim, dem Kath. Bildungswerk und dem Marie-Juchacz-Bildungswerk der Arbeiterwohlfahrt die Seniorenakademie an. Im Regelfall finden die Veranstaltungen in Kerpen-Horrem statt, stehen jedoch dem gesamten Stadtgebiet zur Verfügung.

Balkhausen, Türnich, Brüggen

Die 3 Ortsteile liegen direkt aneinander und gehen teilweise ineinander über. Ortsvorsteherin ist Frau Dörte Köhne.

Einwohner

- Balkhausen: 2459
- Türnich: 3391
- Brüggen: 4656
- Gesamt: 10506

Ehrenamtliches Engagement

- Abdeckung teilweise durch Netzwerk 55plus
- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Seniorentreff St. Rochus in Türnich
(Hl. Messe, Kaffee & Kuchen, Dia- oder Filmvortrag durch Referenten)
 - Katholische Frauengemeinschaft St. Josef in Brüggen
(offene Gesprächskreise, teilw. mit Referenten, Meditationen, Erfahrungsaustausch, Handarbeitsangebote)
 - AWO-Begegnungsstätte Brüggen (Geselligkeit, Feste und Feiern, Fahrten)
 - AWO-Begegnungsstätte Türnich/Balkhausen (Geselligkeit, Spiele, Diavorträge, kulturelle Veranstaltungen, Fahrten, Freizeitgestaltung, Feste/Feiern)

Vereine

- Turnverein Alpenglühn 1900 Balkhausen e.V. bietet Sport speziell für Senioren an

Freizeit

- Tanzcafé monatlich in Türnich (Veranstaltung des Seniorenbeirates, Menschen mit Demenz und deren Angehörige sind ausdrücklich eingeladen)
- Seniorengymnastik angeboten durch Evangelische Kirchengemeinde Brüggen
- Fahrten zum Bundes- und Landtag veranstaltet durch die CDU

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Gebiet wird ausschließlich durch 4 Buslinien, Teilstrecke wird jedoch seltener bedient als andere Teilstrecken der Buslinien, zudem kein direkter Anschluss zu Knotenpunkten wie Bahnhof Horrem, Bahnhof Sindorf oder zentralen Punkten wie Rathaus Kerpen oder Amtsgericht
- Medizinische Versorgung (u.a. mehrere Allgemeinmediziner, Zahnärzte und Spezialisten vorhanden)
- Einkaufsmöglichkeiten innerorts vorhanden (3 Discounter und ein Vollsortimenter vorhanden, außerdem findet derzeit die Ansiedlung eines 4. Discounters und eines weiteren Vollsortimentlers statt)

Blatzheim

Blatzheim liegt westlich vom Stadtkern Kerpen. Bergerhausen, Niederbolheim und einige Gehöfte werden zu diesem Stadtteil hinzugerechnet. Ortsvorsteher ist Herr Albert Weingarten.

Einwohner Blatzheim: 3392

Ehrenamtliches Engagement

- Abdeckung teilweise durch Netzwerk 55plus
- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - AWO-Begegnungsstätte Blatzheim (Geselligkeit, Kaffee & Kuchen, Gesellschaftsspiele)
 - Seniorenkreis Blatzheim (Mittagstisch wochentags, Seniorenkreis, Gymnastik, Fahrten)

Vereine

- VDK-Blatzheim (Hilfe und Beratung von Kriegsopfern, Behinderten oder Rentnern)

Freizeit

- Seniorengymnastik angeboten vom Seniorenkreis Caritas Blatzheim

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Gebiet wird ausschließlich von 2 Buslinien bedient, welche tagsüber im Stundentakt nach Buir und Kerpen verkehren
- Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner und Zahnarzt vorhanden, Apotheke St. Kunibert im Ortskern
- Einkaufsmöglichkeiten: Supermarkt und Gemüse Einzelhandel im Ort

Buir

Bei Buir handelt es sich um den westlichsten Stadtteil von Kerpens. Der Ortsvorsteher ist Herr Björn Philippi.

Einwohner Buir: 3981

Ehrenamtliches Engagement

- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Evangelisches Seniorencafé Buir (Andacht, Kaffee & Kuchen, Vorträge, Themenkreise)
 - Seniorentreff St. Michael Buir (Brauchtumpflege, Vorträge, Ausflüge, Kaffee & Kuchen, Einkehrtage)
 - AWO-Begegnungsstätte Buir (Geselligkeit, Kaffee & Kuchen, Kontaktpflege)

Vereine

- Turn- und Sportverein 1989 Buir e.V. bietet Sport speziell für Senioren an
- Gemischter Chor „Spätlese“ für Seniorinnen und Senioren der Stadt Kerpen

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: 1 Bahnhof mit S-Bahnanschluss an die Linie S12 sowie Anschluss an einige Buslinien
- Medizinische Versorgung: 2 Allgemeinmediziner, 1 Zahnarzt, 1 Chirurg, 1 Physiotherapeut, ein Studio für Ernährungsberatung
- Einkaufsmöglichkeiten: 2 Discounter vorhanden (Lage am Ortsausgang) sowie einige Einzelhandelsgeschäfte im Ortskern

Horrem und Götzenkirchen

Ortsvorsteher des Stadtteils Horrem ist Herr Wilfried Adach

Einwohner Horrem: 12096

Ehrenamtliches Engagement

- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Ökumen. Seniorenclub Horrem (Kaffee & Kuchen, Gesellschaftsspiele, Lesen, Singen, Ausflüge)

- Ökumen. Seniorenclub 55 plus (Vorträge, Dichterlesung, gemütliches Zusammensein, Musik)
- AWO-Begegnungsstätte Horrem (Gesellschaftsspiele, Tanznachmittage, Geselligkeit, VHS-Vorträge, Fahrten/Freizeiten)
- Aktiv ab 55 – Götzenkirchen (Geselligkeit, Basteln, Diavorträge, Ausflüge, Wanderungen)

Vereine

- SC Buchenhöhe Horrem 1977 e.V. bietet u.a. Sport speziell für Senioren an
- Schwimmverein Horrem – Sindorf e.V. bietet Sport speziell für Senioren an

Freizeit

- Kurse und Veranstaltungen der Seniorenakademie u.a.:
 - Vorträge zu Themen rund um Demenz, Vorsorgevollmachten und Pflege
 - Diverse Sprach-, Kunst- und Musikkurse speziell für Senioren
 - Literaturlesungen

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Horrem bzw. der S-Bahnhof Horrem ist der Nahverkehrsknotenpunkt von Kerpen, Anbindung an S-Bahn und Regionalverkehr, sowie gute Anbindung zu anderen Stadtteilen Kerpens sowie den Nachbargemeinden durch zahlreiche Buslinien
- Medizinische Versorgung: zahlreich vorhanden (mehrere Allgemeinmediziner, Zahnärzte und andere Spezialisten)
- Einkaufsmöglichkeiten: zahlreich vorhanden

Kerpen (Stadtkern)

Herr Manfred Steinberg ist Ortsvorsteher von Kerpen.

Einwohner Kerpen 14362

Ehrenamtliches Engagement

- Abdeckung durch Netzwerk 55plus (primärer Wirkungskreis des Netzwerks)
- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Ev. Seniorenkreis Kerpen (Diavorträge, Singen, Spiele, Geselligkeit)
 - Seniorenkreis St. Martinus (Kreativ-Angebote, Vorträge, Fahrten, Feiern)
 - Stiftstreff Elisabethverein, Caritas (Mittagstisch, Spiele/Unterhaltung, Handarbeit, Malkurse, Gymnastik, Ausflüge)
 - AWO-Begegnungsstätte (Geselligkeit, Feste & Feiern, Freizeitgestaltung, Ausflüge, Brauchtumspflege)
- Mittagstisch für Senioren im Stiftstreff immer wochentags

Vereine

- Sportangebote in den Bereichen Schwimmen, Tanzen und Gymnastik speziell für Senioren vom SSK Kerpen e.V.

Freizeit

- Seniorengymnastik angeboten vom Elisabethverein (Caritasverband)
- Literaturseminar in der Stadtbücherei Kerpen, Schreibwerkstatt für Erwachsene (Kursveranstaltung, findet halbjährlich statt)
- „Das Buch- oder Hörpaket“ – kostenloser Buch- und Hörbuchlieferservice für Senioren und Behinderte, monatlich
- EDV-Kurse speziell für Ältere im Rathaus (Kursangebot der Seniorenakademie, halbjährlich)

- Diverse Wanderungen (initiiert vom Seniorenbeirat Kerpen)
- Gemischter Chor „Apollo“ einmal wöchentlich

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Anbindung ausschließlich durch 4 Buslinien, direkte Verbindung zum Nahverkehrsknotenpunkt Horrem Bahnhof
- Medizinische Versorgung: Mehrere Allgemeinmediziner, Zahnärzte und Spezialisten vorhanden
- Einkaufsmöglichkeiten: 2 Discounter im Ortskern, Vollsortimentler am Ortsausgang, mehrere Einzelhandelsgeschäfte, zur Zeit befindet sich ein Einkaufszentrum am Ortsausgang im Bau

Mödrath

Die Stadtteile Kerpen und Mödrath sind auf der Karte fast nicht voneinander abzugrenzen. Da die Angebote für Senioren fast vollständig mittig im Stadtteil Kerpen angesiedelt sind, liegen diese teilweise für ganz Mödrath näher als für die äußersten Bereiche von Kerpen. Ortsvorsteher ist Herr Addy Muckes.

Einwohner Mödrath 1206

Ehrenamt

- gute Abdeckung durch Netzwerk 55plus durch Nähe
- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - AWO-Begegnungsstätte (Spielnachmittage, Geselligkeit, Information)
 - Seniorentreff St. Quirinus (derzeitig keine Veranstaltungen)

Vereine

- VfL Mödrath bietet Sport speziell für Senioren an

Freizeit

- Tanzcafé ca. 1-2 Mal im Monat (Veranstaltung des Seniorenbeirates, Menschen mit Demenz und deren Angehörige sind ausdrücklich eingeladen)

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Mödrath selbst hat keinen Nahverkehr, jedoch halten 3 von 4 Buslinien Kerpens mehrfach an der Grenze zu Mödrath
- Medizinische Versorgung: Zentrum für Physiotherapie, Physio-Fitness, Ergotherapie, Logopädie vorhanden, sonstige medizinische Versorgung durch Nähe zum Stadtteil Kerpen

Manheim

Dieser Stadtteil wird bis 2022 komplett umgesiedelt, da zu diesem Zeitpunkt das jetzige Siedlungsgebiet vom Tagebau Hambach beansprucht wird. Ortsvorsteherin ist Frau Lonie Lambertz.

Einwohner Manheim: 1604

Ehrenamt

- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Seniorentreff St. Albanus und Leonhardus Manheim (Hl. Messe, Kaffee & Kuchen, Erzählen, Spiele, Jahresfahrt)

Vereine

- TV Germania Manheim 1887 e.V. hat spezielle Angebote für Senioren im Programm
- Schützenbruderschaft St. Albanus und Leonhardus
- Natur- und Gartenfreunde Manheim 1990 e.V.

Freizeit

- Seniorengymnastik angeboten durch das Kath. Pfarramt St. Albanus und Leonhardus

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Anbindung durch eine Buslinie mit eingeschränkten Fahrtzeiten
- Medizinische Versorgung: kein Arzt ansässig in Mannheim, einmal wöchentlich Arztprechstunden im Gemeindehaus
- Einkaufsmöglichkeiten: ansässiger Einzelhandel und Verkaufswagen, die regelmäßig nach Mannheim fahren

Neu-Bottenbroich

Neubottenbroich grenzt direkt an Horrem, die Bewohner können zusätzlich auf die Angebote des Nachbarstadtteils zugreifen. Ortsvorsteher von Neu-Bottenbroich ist Herr Hermann-Josef Klingele.

Einwohner Neu-Bottenbroich 945

Ehrenamtliches Engagement

- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Seniorenstube Heilig Geist Neubottenbroich (Seniorentreff, Frühstückstreff, Fahrten, Besichtigungen)
- Katholische Frauengemeinschaft (Kfd)

Vereine

- Behinderten-Sportgemeinschaft BSG Neu-Bottenbroich
- TC Schwarz-Weiß Neu-Bottenbroich e.V. (20% der Mitglieder Altersgruppe 60+)

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Neu-Bottenbroich liegt nahe am Zentralen Ortsbahnhof Horrem und somit nah am Hauptnahverkehrsknotenpunkt von Kerpen
- Medizinische Versorgung: Allgemeinmediziner, Zahnarzt, Internist ortsansässig, zusätzlich sind die Ärzte aus Horrem verfügbar
- Einkaufsmöglichkeiten: 1 Metzger, fast kein Einzelhandel, Nahversorgung wird hauptsächlich durch die Nähe zu Horrem sichergestellt

Sindorf

Ortsvorsteherin ist Frau Gabriele Kalthöfer.

Einwohner Sindorf 16363

Ehrenamtliches Engagement

- Begegnungsstätten in diesem Gebiet:
 - Evangelischer Seniorenclub Sindorf (Spiele, Vorlesen, Singen, Vorträge)
 - Seniorenclub St. Maria Königin (Hl. Messe, Kaffee & Kuchen, Feste & Feiern, Vorträge & Referate)
 - AWO-Begegnungsstätte Sindorf (Gesellschaftsspiele, kreativ Gestaltung, Filmvorführungen, Vorträge, Geselligkeit/Kegeln, Fahrten/Freizeiten, Tanzveranstaltungen)
- Buseinkaufsfahrdienst donnerstags für Senioren zum Discounter am Ortsrand
- Katholische Frauengemeinschaft KFD

Vereine

- Schwimmverein Horrem – Sindorf e.V. bietet Sport speziell für Senioren an
- Hospiz Stadt Kerpen e.V. (Informationsveranstaltungen)
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

- Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands e.V. (VdK)
- Katholische Kantorei mit Seniorenchor

Freizeit

- Pfarrbücherei
- Behinderten-Sportgemeinschaft BSG Sindorf

Infrastruktur

- Nahverkehrsanbindung: Sindorf verfügt über einen S-Bahnhof mit Anschluss an die Linie S12, 3 überörtliche Buslinien sowie eine Stadtbuslinie
- Medizinische Versorgung: mehrere Zahnärzte und Allgemeinmediziner
- Einkaufsmöglichkeiten: kleines Zentrum im Ort mit einigen Geschäften (inklusive Bekleidung und Lebensmittel), wenige Geschäfte zentral verteilt, Discounter am Ortsrand

Wohnformen im Stadtgebiet Kerpen					
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten	
AWO Herbert-Wehner-Haus/Pflegeheim	Kirchweg 4, 50169 Kerpen, Ansprechpartnerin Martina Spork-Riensch, Heimleiterin Tel. 02237 / 97 332 - 0, Fax 02237 / 97 332 - 100, http://www.awo-rhein-erft.de	88 Pflegeplätze	Balkhausen/ Brüggen, zentral im Grünen	vollstationär	
Alten- und Pflegeheim St. Josef Haus/Pflegeheim	Bahnstr. 12, 50170 Kerpen, Tel.: 02275 1030, bzw. Caritasverband für den Rhein-Erft-Kreis e.V., Kreisgeschäftsstelle, Raifferscheidstr. 2-4, 50354 Hürth, Tel. 02233 / 79 90 -0, Fax: 02233 / 79 90 -62 - http://www.caritas-rhein-erft.de/	117 Pflegeplätze	Buir, zentral, nah am Ortsbahnhof	vollstationär	
öffentlich geförderte Seniorenwohnungen	Abteilung Wohnungswesen, Jahnplatz 1, 50171 Kerpen, http://www.stadt-kerpen.de , Tel.: 02237/58-0	67 Wohneinheiten	Horrem, zentral verteilt auf Hauptstraße, Alte Post und Wingersberg		
frei finanzierte Seniorenwohnungen	Anbieter unbekannt	47 Einheiten	Horrem, Hauptstraße und Rote-Kreuz-Str.		
öffentlich geförderte Seniorenwohnungen/Gruppenwohnungen	Abteilung Wohnungswesen, Jahnplatz 1, 50171 Kerpen, http://www.stadt-kerpen.de , Tel.: 02237/58-0	53 Einheiten, davon 2 Gruppenwohnungen für je 8 Personen	Horrem, Besselstraße/ Götzenkirchen Ortsrand		

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
DRK - Altepapflegeheim Horrem	Rote-Kreuz-Str. 1, 50169 Kerpen Tel. 02273/90900	71 Pflegeplätze, davon 55 Einzel- und 8 Doppelzimmer	Horrem Ortsrand	Sozialer Dienst bietet u. a. Gymnastik, Gedächtnistraining, Spielrunden, Singen, Basteln Malen, Nachtcafé, Ausflüge und Veranstaltungen zu Feiertagen an
Betreutes Wohnen im Seniorenzentrum Kerpen - Nordring	AWO Johannes-Rau-Seniorenzentrum Kerpen Nordring 40 - 44, 50171 Kerpen, Ansprechpartner Michael Nusch-Bosebeck Tel. 02237/6594 - 0, Fax 02237/6594 - 100, http://www.awo-rhein-erft.de	15 Apartments (12 Einheiten Einzimmerapartments zwischen 46-47 qm, 1 Einheit Einzimmerapartment mit separater Küche ca. 60 qm, 1 Einheit Zweizimmerapartment 56qm, 1 Einheit Zweizimmerapartment 72qm)	Kerpen, zentral nah an Rathaus, Amtsgericht und div. Einkaufsmöglich- keiten	barrierefreies Bad und Party-Küche in jeder Wohnung, bauliche Einbindung in das Seniorenzentrum mit Beratungsangeboten, Restaurant und Café mit großer Terrasse, Auffenthaltstäume mit TV und gemüthlichen Sitzgruppen, psychosoziale Begleitung und Beratung, freie Arztwahl, individuelle Pflege und Betreuung, Friseursalon, Gottesdienste
Pflegeheim im Seniorenzentrum Kerpen - Nordring	AWO Johannes-Rau-Seniorenzentrum Kerpen Nordring 40 - 44, 50171 Kerpen, Ansprechpartner Michael Nusch-Bosebeck Tel. 02237/6594 - 0, Fax 02237/6594 - 100, http://www.awo-rhein-erft.de	80 Pflegeplätze, davon 72 Einzel- und 4 Doppelzimmer	Kerpen, zentral nah an Rathaus, Amtsgericht und div. Einkaufsmöglich- keiten	vollstationär, in den 80 Plätzen sind 2 Plätze für Kurzzeitpflege erhalten, Restaurant und Café mit großer Terrasse, Auffenthaltstäume mit TV und gemüthlichen Sitzgruppen, psychosoziale Begleitung und Beratung, freie Arztwahl, individuelle Pflege und Betreuung, Friseursalon, Gottesdienste

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Seniorenresidenz Filzengraben/ frei finanzierte Seniorenwohnungen	Filzengraben 3, 50171 Kerpen, Kontakt: Bauunternehmung Neesen GmbH, Bachstraße 109, 50171 Kerpen, Tel. 0 22 37 / 9 23 23-0, Fax 0 22 37 / 9 23 23-44, http://neesen.de/	25 Wohnungen unterschiedlicher Größe zwischen 1 und 4 Zimmer	Kerpen, zentral nah an Rathaus, Amtsgericht und div. Einkaufsmöglich- keiten	barrierefreie Wohnungen, Zugang zu fast allen Wohnheiten durch Rampen und Aufzüge barrierefrei
öffentlich geförderte Seniorenwohnungen	Abteilung Wohnungswesen, Jahnplatz 1, 50171 Kerpen, http://www.stadt-kerpen.de , Tel.: 02237/58-0	75 Einheiten	Kerpen zentral, verteilt auf den Nordring 50171 Kerpen	
öffentlich geförderte Seniorenwohnungen/ Gruppenwohnungen	Abteilung Wohnungswesen, Jahnplatz 1, 50171 Kerpen, http://www.stadt-kerpen.de , Tel.: 02237/58-0	62 Wohnheiten, davon 2 Einheiten Gruppenwohnungen für jeweils 7 Personen	Sindorf, Zum Vogelrutherfeld 50170 Kerpen, am Ortsrand	Tagesflagestation mit 10 festen Plätzen im Haus, Läden im Gebäude, barrierefreier Zugang

8.9.9. Stadt Pulheim (Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)²¹⁰

Ambulante Pflege

Caritas-Sozialstation

Johannisstraße 28-30, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 84 10 31

cps-pulheim@caritas-rhein-erft.de

www.caritas-rhein-erft.de

Diakoniestation Pulheim

Hackenbroicher Straße 16, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 5 75 97

dz-pulheim@diakonie-koeln.de

www.diakonie-koeln.de

Aktiv Pflegeservice GmbH (deutsch-russischsprachiger Pflegedienst)

Nordring 56, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 84 21 97

Pflegezentrum West

Venloer Straße 128, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 4 79 98 88

Krankenpflege Vitalis

Langgasse 17, 50259 Pulheim-Brauweiler

Tel.: (0 22 34) 98 44 00

www.krankenpflege-vitalis.com

HKP Aide Dieker

Bernhardstraße 56, 50259 Pulheim-Brauweiler

Tel.: (0 22 34) 96 45 82

Mobiler Senioren- und Krankenpflegedienst

Kattenberg 68, 50259 Pulheim-Stommeln

Tel.: (0 22 38) 1 55 55

www.pflegedienst-zimmer.de

Morgenröte – Das Krankenpflegeteam

Lindlacher Weg 8, 50259 Pulheim-Stommeln

Tel.: (0 22 38) 92 25 77

Pflegedienst Medicus

Hauptstraße 87, 50259 Pulheim-Stommeln

Tel.: (0 22 38) 30 03 87

„Essen auf Rädern“

Deutsches Rotes Kreuz (DRK Pulheim)

Stommelner Straße 145, 50259 Pulheim-Sinnersdorf

Tel.: (0 22 38) 5 03 30

Deutsches Rotes Kreuz (DRK Bergheim), Menüservice – Tiefkühlkost:

Kreisverband Rhein-Erft-Kreis e.V.

Zeppelinstraße 25, 50126 Bergheim

Tel.: (0 22 71) 60 61 18

Caritasverband (Pulheim)

Johannisstraße 28-30, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 84 10 31

Menüservice „apetito zuhaus“ (warm oder tiefgekühlt), Zentrale in Frechen

Tel.: (0 22 34) 20 54 45

www.apetito-zuhaus.de

Johanniter-Unfall-Hilfe

Frankfurter Straße 666, 51107 Köln

Tel.: (02 21) 89 00 92 55

für das Stadtgebiet Pulheim, außer Stommeln und Stommelerbusch

Hausnotruf

Deutsches Rotes Kreuz (DRK Pulheim)

Stommelner Straße 145, 50259 Pulheim-Sinnersdorf

Tel.: (0 22 38) 5 03 30

Caritasverband (Pulheim)

Johannisstraße 28-30, 50259 Pulheim

Tel.: (0 22 38) 84 10 31

Johanniter-Unfall-Hilfe

Frankfurter Straße 666, 51107 Köln

Tel.: (02 21) 89 00 92 58

Malteser- Hilfsdienst

Stollbergstraße 319, 50933 Köln

Tel.: (02 21) 94 97 60 50

Ehrenamtliche Angebote

„Café Atempause“ im evangelischen Gemeindehaus Brauweiler

Friedhofsweg 4, 50259 Pulheim

(ein geschultes Team ermöglicht Menschen mit Demenzerkrankungen einige schöne Stunden außerhalb der heimischen Umgebung und verschafft damit den Angehörigen eine „Atempause“)

Tel.: (0 22 34) 8 36 16 bzw. Tel.: (0 22 34) 96 72 76

„Eine Stunde Zeit schenken“, ein aufsuchendes Angebot der katholischen Kirche
St. Martinus in Stommeln

(ein geschultes Team besucht auf Anfrage bzw. Wunsch alleinlebende Seniorinnen
und Senioren in Stommeln, um gemeinsam mit ihnen zu spielen, vorzulesen u.v.m.,
damit die Zeit eine Stunde lang kurzweilig gestaltet wird)

Tel.: (0 22 38) 1 34 26 bzw. Tel.: (0 22 38) 21 42

Sonstiges

- VHS Rhein-Erft, nähere Informationen über entsprechende Angebote sind erhältlich über die VHS-Geschäftsstelle Brühl, Tel.: (0 22 32) 94 50 70
- FUKS-Projekt (Forschen, Unterrichten, Kennenlernen und Staunen; Schülerinnen und Schüler unterrichten ältere Menschen ab dem 50. Lebensjahr)
- Wissens- und Hobbyböse für Jung und Alt der Stadt Pulheim
- Sportvereine, Tanzgruppen, Seniorenreisen, verschiedene Seniorenbegegnungsstätten⁴³²

Genauere Informationen sind erhältlich bei der Koordinierungsstelle für
Seniorenfragen der Stadt Pulheim, Frau Barbara Vollmer, Tel.: (0 22 38) 80 81 86.

Öffentliche Verkehrsmittel

Die meisten öffentlichen Verkehrsmittel sind nicht alten- oder behindertengerecht ausgestattet.

⁴³² vgl. Stadt Pulheim: Seniorenwegweiser 2008

Wohnformen im Stadtgebiet Pulheim					
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten	
Caritas-Seniorenzentrum (Pflegeheim)	Steinstr. 19, 50259 Pulheim, Tel. 02238/8070, www.caritas-rhein-erft.de , sz.pulheim@caritas-rhein-erft.de	116 vollstationäre Plätze	Pulheim, zentral	spezieller Wohnbereich für Demenzzranke vorhanden, 1 Kurzzeitpflegeplatz	
Seniorenresidenz Christinapark (Pflegeheim)	Venloer Str. 572, 50259 Pulheim, Tel. 02238/9290, www.caritas-rhein-erft.de , christinapark@caritas-rhein-erft.de	38 vollstationäre Plätze	Stommeln	Kurzzeitpflegeplätze nach Absprache	
Seniorenhotel "Villa Freund" (Pflegeheim)	Venloer Str. 160, 50259 Pulheim, Tel. 02238/51041, www.seniorenhotel-pulheim.de , info@seniorenhotel-pulheim.de	23 vollstationäre Plätze	Pulheim	4 eingestrente Kurzzeitpflegeplätze (= Dauerpflegeplätze, die z.Zt nicht belegt sind und abhängig von der Belegungssituation nur vorübergehend an Kurzzeitpflegegäste vergeben werden. Eingestrente Plätze werden zumeist kurzfristig vergeben und können oft nicht langfristig reserviert werden; http://www.caritas-bielefeld.de/hilfe_suchen/CPS/dowmls/ads/Adressen_KZP_VHP.pdf , zugegriffen am 11.12.2009)	
Johanniter-Stift (Pflegeheim)	Exfurter Str. 2, 50259 Pulheim, Tel. 02234/688220, www.johanniter-stift.de , frank.schubert@johanniter-stift.de	80 vollstationäre Plätze	Brauweiler	spezieller Wohnbereich für Demenzzranke vorhanden, 6 eingestrente Kurzzeitpflegeplätze	

Schwerpunkt: Wohnen im Alter

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohnheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Tagespflgecenter "Haus Gisela" (Pflegeheim)	Nording 52, 50259 Pulheim, Tel. 02238/306667, www.tagespflgecenter.de, tagespflgecenter@web.de	14 Tagespflgeplätze	Pulheim	
Seniorenwohnungen	Zur Alten Wassermühle 54, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	10	Pulheim Zentrum	mit Wohnberechtigungsschein (WBS)
Seniorenwohnungen	Steinstr. 38 und 40, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	6 und 4	Pulheim Zentrum	mit WBS
Seniorenwohnungen	Zanderhof, Evertardstr. 2, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	18	Pulheim, ruhig und zentral	mit WBS, alle Wohnungen mit Balkon
Seniorenresidenz Christinapark (Seniorenwohnungen)	Venloer Str. 566, 568, 570, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	4, 4 und 4	Storneln	mit WBS
Seniorenwohnungen	Kölner Str. 37, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	6	Sinnerdorf	mit WBS
Johanner-Stift (Seniorenwohnungen)	Erfurter Str. 4, 50259 Pulheim, Tel. 02234/688220	6	Brauweiler	mit WBS

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Haus Baden (Seniorenwohnungen)	Insterburger Str. 2 und 4, 50259 Pulheim, Vermittlung über das Wohnungsamt: Frau Leonore Schüngel, Tel. 02238/808268	74 und 55	Brauweiler	mit WBS
Haus Baden (Seniorenwohnungen)	Insterburger Str. 2 und 4, 50259 Pulheim, Vermittlung über: Jürgen Speck u. Haus Baden GbR; Herr Rümke, Tel. 0221/7720236		Brauweiler	auch ohne WBS bewohnbar
Johanniter-Stift (Seniorenwohnungen)	Erfurter Str., Tel. 02234/688220	15	Brauweiler	ohne WBS
Seniorenwohnungen	Venloer Str. 105, 50259 Pulheim, Vermittlung über: Volksbank, Tel. 02238/96610		Pulheim	ohne WBS
Seniorenresidenz Christinapark (Seniorenwohnungen)	Venloer Str. 566; 568; 570, 50259 Pulheim, Tel. 0221/7003131 (Verwaltung)	11	Stommeln	ohne WBS
Caritas-Seniorenzentrum (Betreutes Wohnen)	Steinstr. 19, 50259 Pulheim, Tel. 02238/8070	11	Pulheim, zentral	
"Haus Voosen" (Betreutes Wohnen)	Jakobstr. 9, 50259 Pulheim, Vermittlung über: Voosen, Tel. 02234/987072		Pulheim	
Seniorenwohnungen in der Wohnanlage Christinapark (Betreutes Wohnen)	Venloer Str. 566; 568; 570, 50259 Pulheim, Tel. 0221/7003131 (Verwaltung)		Stommeln	
Seniorenwohnungen (Betreutes Wohnen)	Kölner Str. 37, 50259 Pulheim, Auskunft erteilt: Frau Mirbach, Tel. 0163/2882200		Sinnersdorf	Betreutes Wohnen über DRK, Malteser Hilfsdienst

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Bekretes Wohnen im Johanniter-Stift	Erfurter Str. 2-4, 50259 Pulheim, Auskunft erteilt Herr Frank Schubert: Tel. 02234/688220, frank.schubert@johanniter-stift.de	31	Brauweiler	
Seniorenresidenz Stornmeiner Tor	Vendler Str. 154-158, 50259 Pulheim, Wiecki Immobilien- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frau Ute Neuhaus, Tel. 02238/94932013, Ute.Neuhaus@wiecki-Immobilien.de	6 sowie ein Ladenlokal	Pulheim, zentral	barrierefreie Seniorenwohnungen mit Balkon, Garten oder Dachterrasse

8.9.10. Stadt Wesseling (Frau Mischker)²¹⁰

Ambulante Pflege

Caritas Sozialstation Wesseling/Caritas-Palliative Care Süd

Im Dreifaltigkeitskrankenhaus

Bonner Straße 84, 50389 Wesseling

Tel.: (0 22 36) 4 20 38

sozialstation-wesseling@caritas-rhein-erft.de

Häusliche Krankenpflege Dressen GbR

Im Westring 15-25, 50389 Wesseling

Tel.: (0 22 36) 94 74 37

dressen@netcologne.de

Pflege am Rhein GmbH & Co. KG

Bahnhofstraße 37, 50389 Wesseling

Tel.: (0 22 36) 94 94 74

www.pflege-am-rhein.de

Pflegedienst Robert Pohl GmbH

Flach-Fengler-Straße 140, 50389 Wesseling

Tel.: (0 22 36) 37 55 44

info@pflegedienst-pohl.de

Netzwerke

Seniorennetzwerk Wesseling – Tel.: (0 22 36) 7 01-425

Die Treffen des Seniorennetzwerkes Wesseling werden regelmäßig von der Fachstelle für Senioren der Stadt Wesseling, Frau Barbara Brieden, organisiert und moderiert. Zahlreiche Veranstaltungshinweise und Kurzinformationen der Netzwerkteilnehmer zeigten, dass die Treffen für eine bessere Vernetzung im Seniorenbereich aktiv genutzt werden. Zwischen den Treffen ermöglichen Rundmails der Fachstelle für Senioren mit aktuellen Mitteilungen den erforderlichen Kontakt und Austausch aller im Seniorenbereich.

reich Tätigen. Netzwerketeiligte sind alle, die im Bereich der Seniorenarbeit tätig sind (Vertreter des Pflege- und Beratungsbereiches, der Kirchengemeinden, der Vereine und Seniorengruppen), gerade auch die vielen ehrenamtlich Engagierten. Hintergrund bildet eine differenzierte Sozialraumanalyse unter Berücksichtigung der weiteren demographischen Entwicklung. Ebenso wichtig sind die Bestandsaufnahme der bestehenden Angebote vor Ort und der Aufbau persönlicher Kontakte.

Ehrenamt/Projekte in Wesseling

Die Rollende Tafel Wesseling – Tel.: (0 22 36) 4 87 95 –

Ansprechpartner: Angelika Schaefer

Im Juli 2009 startete in Wesseling ein neues Projekt des Betreuten Wohnens der Jugend- und Behindertenhilfe Michaelshoven gGmbH: die „Rollende Tafel Wesseling“. Partner des Betreuten Wohnens ist die KoKoBe Rhein-Erft-Kreis (Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen) und die Wesseling Tafel e.V. Bei diesem neuen Projekt treten Menschen mit Behinderung in der Rolle des ehrenamtlichen Helfers auf und geben an Wochenenden Lebensmittel aus. Geliefert wird bis an die Türschwelle der Bedürftigen, denen es nicht möglich ist die Räume der Tafel am Wesseling Rheinufer zu besuchen. Dies sind in der Regel Senioren, die nicht mobil sind oder Menschen, die aus Scham die Tafel nicht selbst aufsuchen.

Senioren helfen Senioren (dieses Projekt befindet sich noch in der Planung)

Dieses Projekt verfolgt das Ziel, Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren möchten mit Senioren, die Unterstützung bedürfen, zusammen zu bringen.

Projekt „Aufbau eines niedrighwelligen Angebotes“ (Planungsphase)

Voraussetzung ist die Schulung der Ehrenamtler.

Projekt mit Schülern der Albert-Einstein-Realschule (seit 2008)

Dieses Projekt wird unterstützt vom Pflegedienst Dreßen. Die Schülerinnen und Schüler besuchen paarweise Senioren und Seniorinnen in der Tagespflege oder im häuslichen Umfeld. Es wird vorgelesen, gespielt, Spazieren gegangen und vieles mehr.

Projekt „Ausbildungspatenschaften“

Initiiert durch die Kolpingfamilie St. Andreas. Ehrenamtliche „Paten“ unterstützen Schülerinnen und Schüler der Wesselingers Hauptschule bei dem Übergang Schule – Beruf.

Ehrenamtliches Engagement

Träger/ Anschrift	Art/Anschrift des Angebotes	Ansprech- partner	Öffnungszeiten
Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wesseling	Begegnungsstätte Auf dem Sonnenberg 21 Tel.: 4 43 10	Brigitte Sombrowski Corinthstraße 14 50389 Wesseling Tel.: 4 29 47	Montag 13.00-17.30 Uhr Donnerstag 13.00-17.30 Uhr jeden 1. Montag im Monat Spielnachmittag
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverein Wesseling Schützenweg 55 Tel.: 4 25 96	Altentagesstätte Oberwesselingers Stra- ße 33 Tel.: 8 13 24	Gerda Boss Flach-Fengler Straße 91 Tel.: 4 36 39	Montag, 14.00-18.00 Uhr Dienstag, 14.00-18.00 Uhr Donnerstag, 14.00-18.00 Uhr Freitag, 14.00-18.00 Uhr
Ev. Kirchengemein- de, Kreuzkirche Herr Pfarrer Veit Kronenweg 67 Tel.: 4 95 80	Seniorencafe, Seniorenachmittag Frauenhilfe Senioren-Adventsfeier	Volker Koschnik Begegnungszentrum Antoniusstraße 8 50389 Wesseling Tel.: 4 81 60	Donnerstag 15.00-17.00 Uhr Mittwoch 14.30-16.00 Uhr (Alle 14 Tage) 1 x jährl. 15.00-17.30 Uhr
Ev. Kirchengemein- de, Apostelkirche Herr Pfarrer Penczek Tel.: 4 24 26	Seniorencafe Frauenhilfe Frühstückstreff Seniorengeburtstags- feier, Senioren- Adventsfeier	Volker Koschnik Begegnungszentrum Antoniusstraße 8 50389 Wesseling Tel.: 4 39 80	Dienstag 15.00-17.00 Uhr Alle 14 Tage Mittwoch 15.00-16.30 Uhr Mittwoch 8.30 Uhr-10.30 Uhr 1 x mtl. Donnerstag 15.00-17.00 Uhr 1 x jährl. 15.00-17.30 Uhr
Ev. Kirchengemein- de, Dankeskirche	Frauenhilfe, Senioren- geburtstagsfeier, Seni- oren-Adventsfeier	Volker Koschnik Begegnungszentrum Antoniusstraße 8 50389 Wesseling Tel.: 4 39 80	Alle 14 Tage Mittwoch 15.00- 16.30 Uhr 1 x mtl. Donnerstag 15.00-17.00 Uhr 1 x jährl. 15.00-17.30 Uhr
Kath. Kirchengemein- de Schmerzhafte Mutter Hauptstraße 79 Tel.: (0 22 32) 5 17 63	Seniorentreff Hauptstraße 99	Christel Rampe Sternenstraße 36 50389 Wesseling Tel.: (0 22 32) 94 28 36	alle 14 Tage, Donnerstag 14.00-17.00 Uhr

Träger/ Anschrift	Art/Anschrift des Angebotes	Ansprech- partner	Öffnungszeiten
Kath. Kirchengemeinde St. Andreas Eichholzer Straße 66 Tel.: 4 96 07	Altenclub/Seniorentreff Frühstück, Mittagstisch Pfarramt St. Andreas Eichholzer Straße 50	Marga Bornheim Pützstraße 24 50389 Wesseling Tel.: 4 74 24	Dienstag 11.30-13.30 Uhr und 15.00-17.30 Uhr Donnerstag 09.00-10.30 Uhr 1x jährlich 14.30-18.30 Uhr 200 Personen
Kath. Kirchengemeinde St. Germanus Bonner Straße 1a	Bonner Staße 10 50389 Wesseling Tel.: 37 57 70	Elisabeth Fischer An St. Germanus 8 Tel.: 4 38 60	Mittwochs 14-tg. Wechsel 14.00-17.00 Uhr
Kath. Kirchengemeinde St. Josef Friedensweg 25		Gertrud Schwadorf Am Westring 34 50389 Wesseling Tel.: 4 26 12	jeweils 1. Mittwoch im Monat 15.00-17.00 Uhr
Kath. Kirchengemeinde St. Marien Mainstraße 23	Altenclub/ Seniorentreff Bücherei von St. Marien Taunusstraße 1	Pfarrbüro Tel.: 4 94 60	Dienstag 15.00-17.30 Uhr
Kath. Kirchengemeinde St. Thomas Rheinstraße 198 Tel.: 22 08	Altenclub/ Seniorentreff Rheinstraße 200	Angela Reinartz Kirchstraße 23 a 50389 Wesseling Tel.: 56 08	Jeweils 1. Donnerstag im Monat 09.00-12.00Uhr (Messe und Frühstück)
Senioren-gemeinschaft Berzdorf Herr Pulver Allerstraße 11	Altenclub , Haus der Dorf-gemeinschaft Hauptstraße 49	Herr Pulver Allerstr. 11 Tel.: (0 22 32) 52 93 o. (0 22 36) 4 25 35	Dienstag 13.00-18.00 Uhr
Sport für Senioren e.V. Wesseling Postfach 1545 50379 Wesseling	Seniorentreffpunkt im Schwingeler Hof Schwingeler Weg 46	Ute Konda Am Dickopsbach 3 50389 Wesseling Tel.: 4 81 08	Montag 14.00-16.00 Uhr

Seniorenbeirat der Stadt Wesseling

Der Rat der Stadt Wesseling hat am 09.04.2002 beschlossen, einen Seniorenbeirat einzurichten und ihn zunächst wie einen Ausschuss mit 13 Mitgliedern einzusetzen.

Bürgerstiftung

Die Stiftung wurde im Jahr 2004 gegründet. Ziel ist es, das Engagement der Bürger zu fördern und zu stärken. Die Bürgerstiftung Wesseling ehrt mit dem „Leistungsoskar“ Menschen für Ihren Verdienst an der Gesellschaft. Weitere Veranstaltungen: z.B. Patenschaften mit Senioren, „Alt trifft Jung“.

Soziale und kulturelle Angebote

Altenclub Rheinpark, Einrichtung der Stadt Wesseling

Tel.: (0 22 36) 4 34 03 (Ansprechpartner: Herr Helmut Eckhoff)

Montag bis Freitag von 13.00 bis 17.30 Uhr

Tanztee im Rheinforum, Regelmäßige Tanzveranstaltung im städtischen Rheinforum

Tel.: (0 22 36) 70 14 25 (Ansprechpartner: Frau Brieden)

Senienschiffahrt, Tagestouren – auch kombinierte Bus- und Schiffahrt für Senioren, organisiert von der Stadt Wesseling

Ausstellungen im Rathaus, in der städtischen Galerie Schwingeler Hof,

Scheunen-Galerie Schwingeler Hof sowie in der MuseumsWerkstatt Schwingeler Hof

Matinees und Konzerte

Matinees im Kleinen Theater Rheinforum und im Historischen Ratssaal, Eichholzer Schlosskonzerte, Rheinparkkonzerte

Sonstige Veranstaltungen

Kinotag im Rheinforum, Vorlesenachmittag in der Stadtbücherei, Sonderveranstaltungen (Theater, Konzerte, Kabarett, Lesungen) im Rheinforum, Phoenix Theater Wesseling e.V., Theaterring mit organisierten Fahrten zu den Bühnen in Köln und Bonn, VHS-Vorträge im „Haus Sonnenberg“.

Ein Überblick

www.wesseling.de/verwaltung/downloads/Kulturkalender_2009_4.Quartal.pdf

Demenz

Marktcafé, Betreuungsangebot für demenziell erkrankte Menschen,
zur Entlastung pflegender Angehöriger

CBT-Wohnhaus St. Lucia

Pontivystraße 10 , 50389 Wesseling

Freitag von 09.00 bis 12.00 Uhr

Pflegeplätze

In Wesseling werden Pflegeplätze für Menschen mit Demenz angeboten
(siehe unter Wohnformen).

„Niedrigschwellige Angebote“

siehe Ehrenamt/ Projekte

Demografiebericht

Ein aktueller Demografiebericht für Wesseling ist unter folgendem Link zu
entnehmen: [www.wegweiser-
kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?](http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/demographiebericht/Demographiebericht.action?)

Unterteilt nach Stadtteilen im Familienbericht: [www.wesseling.de/
verwaltung/downloads/familienbericht_wesseling.pdf](http://www.wesseling.de/verwaltung/downloads/familienbericht_wesseling.pdf)

Zahlenspiegel Wesseling: [www.wesseling.de/verwaltung/downloads/formulare/
Summa_Summarum_2008.pdf](http://www.wesseling.de/verwaltung/downloads/formulare/Summa_Summarum_2008.pdf)

Wohnumfeld

Siehe Familienbericht Wesseling:

www.wesseling.de/verwaltung/downloads/familienbericht_wesseling.pdf

Wohnformen im Stadtgebiet Wesseling					
Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten	
Wohnen mit Service, Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft (CBT), Wohnhaus St. Lucia	Pontivystraße 10, 50389 Wesseling Tel.: 0 22 36 / 7 05-0 Fax: 0 22 36 / 7 05-2 00 st.lucia@cbt-gmbh.de	55 Wohnungen	Wesseling-Mitte	Haustiere sind erlaubt. 24 Std. Notruf, Beratungsdienste, kulturelle und gesellige Angebote, Telefondienst, Vorrzugsrecht für den Umzug ins Alten- und Pflegeheim.	
Service-Wohnen, Dreifßen – Häusliche u. stationäre Pflege	Wessing 15-25, 50389 Wesseling Tel.: 02236/947437 Fax: 02236/947439 dressen@netcologne.de	20 Wohnungen	Wesseling-Mitte	Dachterrasse von 3000 qm.	
Betreutes Wohnen, Präses-Held-Haus *	Alfterstr. 2, 50389 Wesseling Tel.: 02236/ 8884-0 Fax: 02236/ 8884-999	11 Wohneinheiten	Wesseling-Keldemich	Kooperation mit der Kindertagesstätte Apfelbaum, der direkten Nachbarin der Senioreneinrichtung.	
Mietwohnungen, Kath. Kirchengemeinde St. Germanus	Pfarrbüro 02236/ 42972 Pontivystraße 15, 50389 Wesseling	32 Wohnungen	Wesseling-Mitte	Die Belegung erfolgt nur mit Senioren. Kein Notruf. Haustiere sind nicht erlaubt	
Mietwohnungen, Seniorenresidenz Rheinpark Wesseling	Oberwesseling Straße 33, 50389 Wesseling (DRK, Berghelm-Kenten) Frau Ruchartz Telefon: 0 22 71 / 60 61 01	20 Wohnungen	Wesseling-Mitte	Die Belegung erfolgt nur mit Senioren. Ein Notruf wird angeboten. Haustiere sind erlaubt	

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Mehrgenerationenwohnhaus, Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft (CBT), Wohnhaus St. Lucia	Pontwysstraße 1-3, 50389 Wesseling Tel.: 0 22 36 / 7 05-0 Fax: 0 22 36 / 7 05-2 00 stlucia@cbt-gmbh.de	25 ausschließlich sozial geförderte Mietwohnungen	Wesseling-Mitte	In Kooperation mit einem Investor betreut die CBT seit 2007 in Wesseling das Mehrgenerationenwohnhaus
Wohngemeinschaft, Caritas Betriebsführungs- und Trägergesellschaft (CBT), Wohnhaus St. Lucia	Bonner Straße 55, 50389 Wesseling Tel.: 0 22 36 / 7 05-0 Fax: 0 22 36 / 7 05-2 00 stlucia@cbt-gmbh.de	Zwei Wohngemeinschaften (Es existiert eine dritte Wohngemeinschaft – geführt von der Diakonie Michaelshoven – ausschließlich für behinderte Menschen)	Wesseling-Mitte	Seit 2008 die erste Wohngemeinschaft für ältere Menschen. Individuelle App-araments inklusive Gemeinschaftsbereich und Wohnküche. Eigentümer und Vermieter ist ein Investor. Mitarbeiter des CBT-Wohnhaus St. Lucia übernehmen die Begleitung der Mieter.
Alten- u. Pflegewohnheim, CBT-Wohnhaus St. Lucia	Pontwysstraße 10, 50389 Wesseling Tel.: 0 22 36 / 7 05-0 Fax: 0 22 36 / 7 05-2 00 stlucia@cbt-gmbh.de	60 Einzelzimmer, 24 Doppelzimmer (Plätze insgesamt: 108)	Wesseling-Mitte	Sonstige Plätze: ein Kurzzeitpflegeplatz, 50 Plätze für Menschen mit Demenz
Vollstationäre Pflege, „Seniorentension Haus Gemmi“	Stationäre Krankenpflege Dreyßen GmbH, Westring 15-25, 50389 Wesseling Tel.: 02236/947437 Fax: 02236/947439 dressem@netcoologne.de	6 Einzelzimmer, 6 Doppelzimmer, Plätze insgesamt: 18	Wesseling-Mitte	Auch für Menschen mit Demenz

Name/Wohnform	Anschrift und Kontaktmöglichkeiten	Wohneinheiten	Stadtteil/Lage	Angebote/Besonderheiten
Alten- u. Pflegewohnheim, Präses-Held-Haus *	Alfterstr. 2, 50389 Wesseling Tel.: 02236/ 8884-0 Fax: 02236/ 8884-999	80 Pflegeplätzen in 62 Einzelzimmern und neun Doppelzimmern, Tagespflegeeinrichtung mit 14 Pflegeplätzen	Wesseling-Keldemich	Auch für Menschen mit Demenz, Kooperation mit der Kindertagesstätte Apfelbaum, der direkten Nachbarin der Senioreneinrichtung

* Präses-Held-Haus



Das Modell des neuen Seniorenheims (Quelle: Maier Architekten)

Die Grundsteinlegung erfolgte im September 2009. Fertigstellung: 2010.

8.10. Ansprechpartner/-innen für Seniorenfragen, Behindertenbeauftragte sowie Integrationsbeauftragte im Überblick

8.10.1. Ansprechpartner/-innen für Seniorenfragen im Rhein-Erft-Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen

Institution	Beauftragte/-r	Telefon	Fax	E-Mail
Rhein-Erft-Kreis	Herr Hambücken	(0 22 71) 83-2553	(0 22 71) 83-2342	heinz.hambuecken@ rhein-erft-kreis.de
Stadt Bedburg	Frau Teigelkamp	(0 22 72) 402-0	(022 72) 402-812	i.teigelkamp@ bedburg.de
Stadt Bergheim	Frau Fuchs	(0 22 71) 89-568	(0 22 71) 89 71-568	britta.fuchs@ bergheim.de
Stadt Brühl	Herr Schlerth	(0 22 32) 79-4350	(0 22 32) 79-4580	kschlerth@bruehl.de
Gemeinde Elsdorf	Frau Achatzy	(0 22 74) 709-127	(0 22 74) 709-121	bachatzy@elsdorf.de
Stadt Erftstadt	Frau Berbuir	(0 22 35) 4 09-209	(0 22 35) 4 09-580	helga.berbuir@ erftstadt.de
Stadt Frechen	Frau Mocken	(0 22 34) 5 01-488	(0 22 34) 5 01-440	helke.mocken@ stadt-frechen.de
	Frau Sobetzko	(0 22 34) 5 01-331	(0 22 34) 5 01-440	maria.sobetzko@ stadt-frechen.de
Stadt Hürth	Frau Nowak	(0 22 33) 53-128	(0 22 33) 53-302	mnowak@huerth.de
Stadt Kerpen	Herr Maus	(0 22 37) 58-242	(0 22 37) 58-102	hans.maus@ stadt-kerpen.de
Stadt Pulheim	Frau Vollmer	(0 22 38) 8 08-186	(0 22 38) 8 08-478	barbara.vollmer@ pulheim.de
Stadt Wesseling	Frau Brieden	(0 22 36) 7 01-425	(0 22 36) 7 01-6-425	bbrieden@ wesseling.de

8.10.2. Behindertenbeauftragte und -koordinatoren des Rhein-Erft-Kreises und der kreisangehörigen Kommunen

Institution	Beauftragte/-r	Telefon	Fax	E-Mail
Rhein-Erft-Kreis	Herr Forisch	(0 22 71) 83-2550	(0 22 71) 83-2363	karl-ernst.forisch@ rhein-erft-kreis.de
Stadt Bedburg	Frau Metzma- cher	(0 22 72) 4 02-618	(0 22 72) 4 02-400	a.metzmacher@ bedburg.de
Stadt Bergheim	Frau Wüllner	(0 22 71) 89-570	(0 22 71) 89-71570	edith.wuellner@ bergheim.de
Stadt Brühl	Herr Schlerth	(0 22 32) 79-4350	(0 22 32) 79-4580	kschlerth@bruehl.de
Gemeinde Elsdorf	Herr Schuma- cher	(0 22 74) 7 09-120	(0 22 74) 7 09-121	wschumacher@ elsdorf.de
Stadt Erftstadt	Frau Berbuir	(0 22 35) 4 09-209	(0 22 35) 4 09-580	helga.berbuir@ erftstadt.de
Stadt Frechen	Frau Mocken	(0 22 34) 5 01-488	(0 22 34) 5 01-219	helke.mocken@ stadt-frechen.de wilhelm.walde@ stadt-frechen.de
Stadt Hürth	Frau Nowak	(0 22 33) 53-128	(0 22 33) 53-302	mnowak@huerth.de
Stadt Kerpen	Frau Froning- Ollefs	(0 22 37) 58-215	(0 22 37) 58-102	mfroning-ollefs@ stadt-kerpen.de
Stadt Pulheim	Frau Vollmer	(0 22 38) 8 08-186	(0 22 38) 8 08-478	barbara.vollmer@ pulheim.de
Stadt Wesseling	Herr Albert	(0 22 36) 7 01-427	(0 22 36) 7 01-6427	halbert@ wesseling.de

8.10.3. Integrationsbeauftragte des Rhein-Erft-Kreises und der kreisangehörigen Kommunen

Institution	Beauftragte/-r	Telefon	Fax	E-Mail
Rhein-Erft-Kreis	Herr Forisch	(0 22 71) 83-2550	(0 22 71) 83-2363	karl-ernst.forisch@ rhein-erft-kreis.de
Stadt Bedburg	Frau Teigelkamp	(0 22 72) 4 02-506	(0 22 72) 4 02-812	i.teigelkamp@ bedburg.de
Stadt Bergheim	Frau Neugebauer	(0 22 71) 89-588	(0 22 71) 89-566	karin.neugebauer@ bergheim.de
Stadt Brühl	Frau Rempe	(0 22 32) 79-4340	(0 22 32) 79-4580	premp@bruehl.de
Gemeinde Elsdorf	Herr Schumacher	(0 22 74) 7 09-120	(0 22 74) 35 11	wschumacher@ elsdorf.de
Stadt Erftstadt	Herr Papapostolou	(0 22 35) 69 05 42	(0 22 35) 69 81 35	ilias.papapostolou@ erftstadt.de
	Frau Auert	(0 22 35) 69 91 45	(0 22 35) 69 81 35	sandy.auert@ erftstadt.de
Stadt Frechen	Frau Kral	(0 22 34) 5 01-657	(0 22 34) 5 01-440	monika.kral@ stadt-frechen.de georg.becker@ stadt-frechen.de
Stadt Hürth	Herr Weiß	(0 22 33) 53-318	(0 22 33) 53-302	rweis@huerth.de
Stadt Kerpen	Frau Seiche	(0 22 37) 58-173	(0 22 37) 58-102	aseiche@ stadt-kerpen.de
Stadt Pulheim	Herr Darius	(0 22 38) 8 08-171	(0 22 38) 8 08-478	udo.darius@ pulheim.de
Stadt Wesseling	Frau Billesfeld	(0 22 36) 7 01-263	(0 22 36) 7 01-449	ubillesfeld@ wesseling.de

8.11. Muster-Kooperationsvertrag nebst Anlagen zum Bielefelder Modell (Frau Buzzi)

Vereinbarung

Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH und die vereinbaren die Sicherstellung eines ausreichenden Betreuungsangebotes für die Bewohner/-innen der Seniorenwohnanlage

Ziel ist es, Leistungen im Rahmen eines Betreuungsvertrages nicht pauschal zu gewährleisten und zu vergüten, sondern bedarfsgerecht im Einzelfall zu organisieren und zu vergüten.

In der Seniorenwohnanlage soll nachfolgendes Konzept verwirklicht werden:

- Hilfe und Pflege rund um die Uhr
- regelmäßige Beratungsangebote im Haus
- Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten
- Begegnung von Generationen
- Beratung von Angehörigen und Freunden
- wählbarer Hausnotrufdienst
- Vermittlung von Hauswirtschafts- und Pflegediensten
- multikulturelle Seniorenhilfe
- Förderung der Selbsthilfe und Dienstleistungsvielfalt statt „betreutem Wohnen“.



Die Erläuterung der einzelnen Konzeptionspunkte befindet sich in der Anlage. Die Anlage ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die verpflichtet sich, die Konzeption durch technische und organisatorische Vorkehrung so zu gestalten, dass eine ordnungsgemäße und fachgerechte Konzeptionsdurchführung erfolgen kann.

Die BGW sichert der bei der Umsetzung der Konzeption ihre volle Unterstützung zu.

Die Vereinbarung beginnt am und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die Vereinbarung kann nur aus wichtigem Grund mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden. Bei erheblichen Verstößen gegen die Konzeption besteht für beide Seiten die Möglichkeit der fristlosen Kündigung.

Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Bielefeld, den

.....

Kooperationspartner

.....

Bielefelder Gemeinnützige

Wohnungsgesellschaft mbH

Anlage zur Vereinbarung

Hilfe und Pflege in einer Hausgemeinschaft rund um die Uhr

In der Anlage sind mehrere Wohnungen für Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf vorgesehen. In den angegliederten Gästewohnungen besteht zusätzlich die Möglichkeit, Mietern der BGW, Angehörigen der Mieter der Wohnanlage und Nachbarn aus dem Quartier häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson, Rehabilitationsmaßnahmen und Krisenintervention zu bieten.

Dieses Angebot kann bei begründetem Antrag auch für junge Menschen greifen, wenn diese zum Beispiel an Krebs erkrankt sind oder eine Krisenintervention bei Krankheit oder schwerer Behinderung benötigen.

Auch schwerstpflegebedürftige Menschen (Pflegestufe III oder Härtefallregelung) erhalten ein leistungsstarkes Angebot, das bei Bedarf Tag und Nacht erfolgt.

Die vorgenannten Angebote gelten selbstverständlich auch für die übrigen Wohnungen in der Anlage.

Regelmäßige Beratungsangebote im Haus

In den Büroräumen bieten fachlich geschulte Mitarbeiter regelmäßige Beratung an. Dazu gehören Gesundheitsberatung, Informationen über Hausnotruf, Unterstützung bei Kostenträgern (Pflegekasse, Krankenkasse, Sozialamt usw.).

Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten

Vorrangiges Ziel des Wohnens und des Lebens in der Seniorenwohnanlage ist die Förderung von Selbsthilfefähigkeiten. In dem Gemeinschaftsraum des Hauses sollte ein buntes Programm an Aktivitäten ermöglicht werden. Dies können Hobbygruppen, Kulturgruppen, Wissensbörse, Erzähl-Café, Gesundheitstraining, Fitnessgruppen, Kochgruppen und Mittagstisch im Rahmen aktivierender Pflege sein. Diese Gruppen stehen selbstverständlich auch Freunden, Nachbarn und Angehörigen der Mieter offen; ebenso für die Mieter zur Nutzung bei Familienfeiern.

Begegnung der Generationen

Zur Vermeidung einer Gettoisierung der alten Menschen wird ein reger Austausch mit der Nachbarschaft gefördert. Dies kann im Rahmen von Nachbarschaftsfesten, generationsübergreifendem Kulturprogramm, Ausstellungen junger und alter Künstler und vielem mehr erfolgen.

Beratung von Angehörigen und Freunden

Die überwiegende Zahl der Senioren im Haus ist gesundheitlich fit und aktiv. Bei schwerer Krankheit oder Pflegebedürftigkeit können die Mieter im Haus wohnen bleiben. Durch gezielte Schulung von Angehörigen und Freunden soll die Hilfe durch das nahe Umfeld gestärkt werden. Für pflegende Angehörige oder Besucher stehen im Haus Gästezimmer zur Verfügung, die nach Voranmeldung angemietet werden können.

Wählbarer Hausnotrufdienst

In Bielefeld bieten verschiedene Einrichtungen einen Hausnotrufdienst an. Den Mietern der Seniorenwohnanlage werden auf Wunsch diese Angebote erläutert. Bei Bedarf kann ein Notruf zu dem Pflegedienst vermittelt werden. Es ist über die Beratung im Haus sichergestellt, dass diejenigen Mieter, die einen Hausnotruf wünschen und benötigen, diesen auch erhalten. Bei Bedarf (mindestens Pflegestufe I) übernimmt die Pflegekasse die laufenden Gebühren. Bei fehlender Pflegebedürftigkeit oder fehlender entsprechender Krankheit müssen die Kosten für den Hausnotruf von den Mietern selbst getragen werden.

Vermittlung von Hauswirtschafts- und Pflegediensten

Neben dem im Haus tätigen Pflegedienst, der, ist es den Mietern unbenommen, alle in der Stadt tätigen Hauswirtschafts- und Pflegedienste in Anspruch zu nehmen. Grundsätzlich gilt die Wahlfreiheit der Hauswirtschafts- und Pflegedienste.

Multikulturelle Seniorenhilfe

In der Seniorenwohnanlage werden die besonderen Wünsche und Belange kultureller, religiöser und ethnischer Herkunft der einzelnen Mieter beachtet und gewürdigt.

**Förderung der Selbsthilfe und der Dienstleistungsvielfalt statt
klassischem „betreutem Wohnen“**

Zentrales Anliegen ist es, Leistungen im Rahmen dieser Vereinbarung nicht pauschal zu gewähren und für den tatsächlichen Bedarf vorzuenthalten, sondern sie bedarfsgerecht im Einzelfall zu organisieren und zu vergüten.

Die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH und die vereinbaren einen regelmäßigen Austausch über die Umsetzung dieses Konzeptes. Sinnvolle und notwendige Änderungen des Konzeptes werden gemeinsam veranlasst und umgesetzt.

Bielefeld, den

8.12. Technische Mindestanforderungen für Altersgerechtes Umbauen (155) der KfW (Frau Günther)

Technische Mindestanforderungen für altersgerechtes Umbauen (155) der KfW

Datum: 04/2009 – Bestellnummer: 145 101

Diese technischen Mindestanforderungen gelten für Modernisierungsmaßnahmen zum Altersgerechten Umbauen von Wohnungen im Gebäudebestand. Sie definieren die technischen Mindeststandards, die bei einer Förderung von Sanierungs- oder Umbaumaßnahmen im KfW-Programm Wohnraum Modernisieren – ALTERSGERECHT UMBAUEN – zu erfüllen sind.

Die in dieser Anlage definierten Förderbausteine sind einzeln oder in Kombination mit anderen Bausteinen förderfähig.

Es werden nur vollständige Förderbausteine und keine Einzelmaßnahmen aus Förderbausteinen gefördert, es sei denn, der Förderbaustein besteht aus lediglich einer Einzelmaßnahme oder die Einzelmaßnahme führt mit bereits vorher durchgeführten Einzelmaßnahmen zur Vervollständigung eines oder mehrerer Bausteine. Nur so ist eine hinreichende Gesamtqualität bei der Barrierereduzierung gewährleistet.

Umbaumaßnahmen für Rollstuhlbenutzer, die gemäß den Anforderungen der DIN 18040 (Normentwurf) ausgeführt werden, sind förderfähig.

Mussvorschriften sind zwingend.

Sollvorschriften sind ebenfalls zwingend, es sei denn, die Maßnahmen sind baustrukturell oder technisch nicht möglich oder nur mit unverhältnismäßigem Kostenaufwand umsetzbar.

Empfehlende Vorschriften sind nicht zwingend, aber zur Erreichung einer möglichst weitgehenden Barrierereduzierung sachgerecht und förderfähig.

Außerhalb von Wohnungen

Förderbaustein Äußere Erschließung

Unter „Äußere Erschließung“ sind sämtliche Zugangssysteme von der öffentlichen Verkehrsfläche bis zur Hauseingangstür zu verstehen.

Wege zu Gebäuden sollen mindestens 1,50m breit sein, müssen aber mindestens 1,20m aufweisen. Die äußeren Erschließungssysteme sollen schwellen- und stufenlos sein. Ist dies nicht möglich, so sollen Niveauunterschiede über Rampen (siehe Förderbaustein Rampen) oder Aufzüge (siehe Förderbaustein Aufzugsanlagen) zu überwinden sein. Ausnahmsweise sind Hebebühnen oder Treppenlifte zulässig und förderfähig.

Förderbaustein Stellplätze

Stellplätze für Fahrzeuge sind nur förderfähig, wenn sie in unmittelbarer Nähe des Zugangs geschaffen werden. Diese müssen mindestens 3,50m breit und mindestens 5,00m tief sein. Bei bestehenden Garagenstellplätzen sind automatische Antriebe für Tore förderfähig.

Förderbaustein Gebäudezugang

Gebäudezugänge müssen gut beleuchtet sein. Die Montagehöhe der Türdrücker muss zwischen 85cm und 105cm liegen. Die Tür muss mit geringem Kraftaufwand zu bedienen sein.

Die Durchgangsbreiten dürfen nicht schmaler als 90cm sein.

Die Bewegungsfläche vor Türen muss sich mindestens von der Formel $a+b = 195\text{cm}$ ableiten lassen, wobei a mindestens 25cm breit sein muss. Sind Treppen zum Zugang vorhanden, sollen beidseitig Handläufe vorgesehen werden. Die Nachrüstung mit einem Treppenlift ist förderfähig. Sind im Bereich der Türen Schwellen vorhanden, dürfen diese nicht höher als 2cm sein.

Förderbaustein Gebäudeinterne Erschließung

Die Gebäudeinterne Erschließung umfasst das Wegesystem vom Gebäudezugang bis zur Wohnungseingangstüre.

Ebenen sollen stufen- und schwellenlos zugänglich sein. Niveauunterschiede sollen mit Hilfe von Rampen (siehe Förderbaustein Rampen) oder Aufzügen (siehe Förderbaustein Aufzugsanlagen) überwunden werden können. Ausnahmsweise sind Hebebühnen und Treppenlifte zulässig und förderfähig.

Flure und sonstige horizontale Verkehrsflächen müssen mindestens 1,20m breit sein.

Für Wohnungseingangstüren gelten die Anforderungen für Gebäudezugänge entsprechend.

Förderbaustein Aufzugsanlagen

Werden neue Aufzugsanlagen installiert, so sollen die Kabineninnenmaße mindestens 1,10 x 1,40m betragen. Sie müssen eine Fläche von B x T von mindestens 1,00 x 1,25m aufweisen; in diesem Fall sind Aufzüge mit übereck angeordneten Türen nicht zulässig. Die Aufzugskabinentür soll eine Durchgangsbreite von mindestens 90cm haben. Sie muss mindestens 80cm Durchgangsbreite haben. Vor der Aufzugskabinentür soll ein Bewegungsraum von mindestens 1,50 Tiefe vorhanden sein, er muss jedoch mindestens 1,20 tief sein. Der Aufzug muss mit einer Alarmfunktion ausgerüstet sein.

Aufzugsbedienungstableaus dürfen nicht höher angeordnet sein als 1,20m über Kabinenboden. Horizontale Aufzugsbedienungstableaus in einer Bedienhöhe von 85cm über Kabinenboden sind förderfähig. Sie müssen in diesem Fall mit ausreichend großen Befehlsgebern ausgestattet sein.

Förderbaustein Treppenanlagen

Die Handläufe müssen ohne Unterbrechung über alle Geschosse geführt werden. Beidseitige Handläufe, kontrastierende Stufenmarkierungen und Stufenausleuchtungen sind förderfähig. Bei fehlendem Aufzug ist der Einbau eines Treppenliftes förderfähig.

Förderbaustein Rampen

Vor An- und Austritten von Rampen sollen Bewegungsflächen von mindestens 1,50 x 1,50m vorhanden sein. Die nutzbare Breite von Rampen soll 1,20m betragen. Sie muss mindestens 1,00m betragen.

Rampen sollen höchstens 6%, ausnahmsweise höchstens 8% Neigung haben. Die Entwässerung der Podeste von freiliegenden Rampen muss sichergestellt werden. Rampen über 6m Länge müssen nach jeweils maximal 6m Länge Zwischenpodeste aufweisen, die mindestens 1,50m lang sein müssen.

Es müssen jeweils beidseitig der Rampen Handläufe in 85cm Höhe angeordnet sein, zusätzlich sollen beidseitig Radabweiser von 10cm Höhe vorhanden sein. Die Enden der Handläufe dürfen nicht frei in den Raum ragen.

In Räumen von Wohnungen

In sämtlichen Räumen einer Wohnung muss ausreichend Bewegungsfläche für die Mobilität zur Nutzung sämtlicher Ausstattungen und Einrichtungen oder zur Erreichbarkeit von Bedienelementen vorhanden sein.

8. Förderbaustein Flure innerhalb von Wohnungen

An der Wohnungseingangstüre soll mindestens eine Bewegungsfläche von 1,50 x 1,50m oder 1,40 x 1,70m vorhanden sein. Für die Benutzung der Eingangstür gelten die Anforderungen von Gebäudezugängen entsprechend. Flure sollen eine nutzbare Mindestbreite von 1,20m haben. Sie müssen mindestens 1,00m breit sein. Ist der Flur schmaler als 1,20m, müssen Türen oder Durchgänge, die in den Längswänden angeordnet sind, folgender Formel entsprechen: Flurbreite + Türdurchgangsbreite = mindestens 2,00m. Dabei dürfen die Türen nicht in den Flur zu öffnen sein.

Förderbaustein Wohn- und Schlafräume

Bei Änderung des Wohnungszuschnitts muss ausreichend Bewegungsfläche von mindestens 1,20m Breite und 1,20m Tiefe vorhanden sein. Empfehlenswert und förderfähig ist eine Bewegungsfläche von mindestens 1,50 x 1,50m oder 1,40 x 1,70m. Die Möblierung wird nicht gefördert.

Förderbaustein Küche

Bei Änderung des Wohnungszuschnitts muss die Tiefe der Bewegungsfläche entlang der Küchenmöblierung mindestens 1,20m betragen. Die Möblierung wird nicht gefördert.

Förderbaustein Türen

Bei der Erneuerung von Türen muss die Durchgangsbreite mindestens 80cm betragen. Türdrücker müssen in einer Höhe von 85-105cm montiert sein. Türspione sind förderfähig.

So genannte Raumspartüren sind förderfähig, wenn bei aufgeschlagener Türe eine Durchgangsbreite innerhalb der Flure von mindestens 1,20m erhalten bleibt. Die Nachrüstung mit Schiebetüren ist förderfähig.

Förderbaustein Fenster

In jedem Raum muss mindestens ein Fenster mit einem geringen Kraftaufwand (höchstens 30N und einem Drehmoment von höchstens 5Nm) bedient werden können. Einrichtungen zur Verriegelung der Fenster, sogenannte Fensteroliven, sollen nicht höher als 105cm über dem Fußboden angeordnet sein. Sind diese Anforderungen baustrukturell nicht möglich, muss für mindestens ein Fenster im Raum ein automatisches Öffnungs- und Schließsystem vorgesehen werden.

Förderbaustein Erschließung bestehender Freisitze

Verfügt die Wohnung über einen Freisitz (Terrasse, Loggia oder Balkon), ist die Herstellung einer schwellenlosen Erreichbarkeit förderfähig. Die Ausstattung der vorhandenen Brüstungen mit Durchsichten ab einer Höhe von 60cm über Bodenniveau ist förderfähig.

Förderbaustein Rampen

Die Anforderungen an Rampen wie bei Förderbaustein 7. Rampen (außerhalb von Wohnungen) gelten entsprechend.

Für Sanitärräume

Förderbaustein Bewegungsflächen bzw. Raumgeometrie

Der Sanitärraum soll mindestens 1,80 x 2,20m groß sein, mindestens müssen jedoch die im Folgenden genannten Bewegungsflächen gegeben sein. Vor den einzelnen Sanitärobjekten muss jeweils bezogen auf das Sanitärobjekt mittig eine Bewegungsfläche von mindestens 90cm Breite und 1,20m Tiefe vorhanden sein. Der Abstand zwischen den Sanitärobjekten oder zur seitlichen Wand muss mindestens 25cm betragen.

Die Bewegungsflächen dürfen sich überlagern. Wird ein Sanitärobjekt, beispielsweise ein WC, separat angeordnet, so muss der separate Raum oder Raumbereich mindestens 90cm breit sein. Bei bodengleichen Duschplätzen darf die Nutzfläche die Bewegungsfläche überlagern. Empfehlenswert ist, das WC und den (bodengleichen) Duschplatz nebeneinander anzuordnen.

Die Schaffung von Bein- und Kniefreiraum unter dem Waschtisch ist förderfähig.

Raumtüren müssen nach außen aufschlagen und von außen entriegelbar sein.

Bei jeglicher Veränderung der Wandstellung müssen Vorkehrungen zur späteren Nachrüstung mit Sicherheitssystemen mitberücksichtigt werden. Zur Montage von beweglichen Sicherheitssystemen, beispielsweise Stützklappgriffen, muss am Griffende eine Punktlast von mindestens 1kN berücksichtigt sein.

Förderbaustein Sanitärobjekte

Gefördert werden Waschtische, die mindestens 50cm tief und in der Höhe entsprechend der Bedürfnisse der Nutzer montiert sind. Für Rollstuhlbenutzung ist eine Tiefe von mindestens 55cm empfehlenswert und förderfähig. Bei Montage zur Sitzbedienung ist eine Höhe von 80cm über Bodenniveau empfehlenswert und förderfähig. Der Siphon ist alternativ in Flachaufputzbauweise oder in Unterputzbauweise auszuführen. Es muss ein Kniefreiraum zur Bedienung in Sitzposition vorhanden sein. Dieser muss mindestens 67cm hoch, 30cm tief und 90cm breit sein.

Duschplätze müssen zum angrenzenden Bodenbereich niveaugleich gestaltet werden und dürfen nicht mehr als 2cm abgesenkt sein. Die Beläge müssen mindestens rutschhemmend sein.

Für Rollstuhlbenutzung ist ein WC mit einer Bautiefe von mindestens 70cm förderfähig, sofern eine seitliche Bewegungsfläche von mindestens 90cm Breite und 70cm Tiefe vorhanden ist. Die notwendige Bewegungsfläche vor dem WC bleibt hiervon unberührt. Einrichtungen zur seitlichen Bedienung der WC-Spülung sowie Rückenstützen am WC sind förderfähig. So genannte Dusch-WCs sind förderfähig.

Badewannen sollen mit mobilen Liftersystemen unterfahrbar sein. Die Einstiegshöhe der Badewanne soll maximal 50cm betragen. Badewannensysteme mit seitlichem Türeinstieg sind förderfähig. Bei fehlender Dusche ist es zu empfehlen, Vorkehrungen dafür zu treffen, durch das mögliche Entfernen der Wanne nachträglich einen bodengleichen Duschplatz zu schaffen. Förderfähig sind auch Einhebelmischarmaturen und ein hoher Spiegel für die Benutzung im Stehen und Sitzen.

Förderbaustein Sicherheitssysteme und -vorkehrungen

Die Wandkonstruktionen bzw. Unterkonstruktionen müssen für die Nachrüstung mit Sicherheitssystemen tragfähig sein. Die Herstellung der Tragfähigkeit ist förderfähig.

Sicherheitssysteme wie Stütz- und Haltegriffe, Rundumlaufgriffe, bewegliche Stützklappgriffe usw. zur Nutzung der Sanitärobjekte sind förderfähig. Sicherheitssysteme sind ausschließlich waagrecht und/oder senkrecht zu montieren. Dusch(-klapp)sitze sind förderfähig.

Vorkehrungen in Wänden und Decken zum späteren Einbau und zur flexiblen Anpassung von Halte- und Sicherheitssystemen an unterschiedliche Nutzungshöhen sind förderfähig.

Der Einbau von Notrufsystemen ist förderfähig.

Eine sich von der Umgebung kontrastreich abhebende Ausstattung ist förderfähig.

Sonstiges

Förderbaustein Bedienelemente

Der Einbau von Bedienelementen ist förderfähig, wenn diese visuell kontrastreich, tastbar wahrzunehmen und in ihrer Funktion erkennbar sind. Der Kraftaufwand zur Funktionsauslösung für Schalter und Taster darf 0,5N nicht übersteigen, die Montagehöhe der Bedienelemente muss zwischen 80-110cm liegen und Gerätesteckdosen müssen in mindestens 40cm Höhe über dem Fußboden angeordnet werden. Es sind ausschließlich Kipp- und Tastschalter in der Elektroinstallation zu verwenden. Sensortasten, Touchscreens und berührungslose Bedienelemente sind unzulässig.

Bedienelemente müssen im Abstand von mindestens 25cm von einer Raumecke angeordnet sein.

Förderbaustein Kommunikationsanlagen

Förderfähig sind Gegensprechanlagen mit optischer und akustischer Anzeige. Türen mit elektrischer Türfallenfreigabe (sogenannte Türsummer) sind förderfähig.

Förderbaustein Schriften, Informationen und Beleuchtung

Förderfähig sind Maßnahmen zur ergänzenden Beschriftung beispielsweise mit Brailles- und/oder Reliefschrift oder entsprechend den Bedürfnissen der Nutzer. Maßnahmen zur Beleuchtung und Ausleuchtung spezieller Bereiche sowie Markierungen zur tastbaren Orientierung sind ebenfalls förderfähig.

Förderbaustein Gemeinschaftsräume

Gemeinschaftsräume sind Räume, die den Bewohnern einer Wohnanlage als Kommunikationszonen dienen. Sie stehen nicht der allgemeinen Öffentlichkeit zu Verfügung. Die Schaffung barrierereduzierter Gemeinschaftsräume ist förderfähig. Gemeinschaftsräume müssen stufen- und schwellenlos zugänglich sein. Auf beiden Seiten der Zugangstür muss eine freie Bewegungsfläche von mindestens 1,50m Tiefe vorhanden sein. Zusätzlich gelten die Anforderungen gemäß der Formel für Zugangstüren für Wohngebäude. Gemeinschaftsräumen muss ein Sanitärraum mit mindestens einem WC und einem Waschtisch zugeordnet sein. Dieser muss den oben genannten Anforderungen an Raumgeometrie und Sanitärobjekte genügen. Die Schaffung von geschlechterspezifischen barrierereduzierten Sanitärräumen ist förderfähig. Werden Teeküchen oder Küchen vorgesehen, so ist vor den Kochzeilen eine Bewegungsfläche von mindestens 1,50m Tiefe erforderlich. Die Möblierung ist nicht förderfähig. Hinsichtlich Bedienung der Fenster gelten die Anforderungen für die Bedienung der Fenster innerhalb von Wohnungen entsprechend.⁴³³

⁴³³ http://www.kfw-foerderbank.de/DE_Home/Service/KfW-Formul26/Merkblaetter/Bauen_Wohnen_Energie_sparen/Wohnraum_MODernisieren/Anlage_technische_Mindestanforderungen_fuer_altersgerechtes_Umbauen.jsp

8.13. Konditionenübersicht für Endkreditnehmer für KfW-Förderprogramme (Frau Günther)

Konditionenübersicht für Endkreditnehmer										
in den Förderprogrammen der KfW Mittelstands- und Förderbank (Stand: 09.10.2009)										
- die Festlegung des Zinssatzes erfolgt grundsätzlich bei Zusage durch die KfW -										
Unser Service für Sie: Konditionen-Faxabruf unter +49 69 7431 4214										
Programm Laufzeit / tilgungsfreie Anlaufjahre / Zinsbindung	KP- Nr.	Anmerkung	maximaler Zinssatz EKN % nominal (effektiv ¹⁾)					Aus- zahl- ung %	Bereit- stellungs- provision p.M. % 2)	Zinssätze gültig ab
			Bei Programmen mit risikogerechtem Zinssystem gelten die Preisklassen							
			A	B	C	D	E	F	G	
Finanzierung von wohnwirtschaftlichen Investitionen										
Wohnraum Modernisieren 10/ 2/ 5	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				1,50 (1,51)			100	01.10.2009
Wohnraum Modernisieren 10/ 2/ 10	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				1,90 (1,91)			100	01.10.2009
Wohnraum Modernisieren 20/ 3/ 5	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				1,60 (1,61)			100	01.10.2009
Wohnraum Modernisieren 20/ 3/ 10	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				2,25 (2,27)			100	01.10.2009
Wohnraum Modernisieren 30/ 5/ 5	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				1,65 (1,66)			100	01.10.2009
Wohnraum Modernisieren 30/ 5/ 10	155	Altersgerecht Umbauen ¹⁾ ³⁴⁾				2,50 (2,52)			100	01.10.2009

1) Effektivzinssatz für die Dauer der Zinsbindungsfrist. Soweit in der Darlehenszusage nicht anders angegeben, wurden die ausgewiesenen Effektivzinssätze unter programmspezifischen Annahmen berechnet; sie gelten jeweils für den Fall, dass in dem jeweiligen Kreditprogramm taggenau die maximal möglichen Laufzeitjahre ab dem 30.12. des laufenden Kalenderjahres, die maximal mögliche Anzahl tilgungsfreier Anlaufjahre und der maximal mögliche Zinsbindungszeitraum in Anspruch genommen werden. Diese Daten sind dem Merkblatt des jeweiligen Kreditprogramms zu entnehmen. Von diesen Annahmen abweichende Darlehensbedingungen können im Einzelfall zu einem abweichenden Effektivzinssatz in der Darlehenszusage führen.

2) beginnend zwei Bankarbeitstage und einen Monat (vier Monate in den Programmen Wohneigentum und Wohnraum Modernisieren Standard) nach Zusagedatum für noch nicht ausgezahlte Kreditbeträge.

11) sofern bei Antragseingang bei der KfW ein günstigerer Zinssatz galt als zum Zeitpunkt der Zusage durch die KfW, kommt dieser zur Anwendung.

34) Die Abkündigungsfrist beträgt 12 Monate nach Darlehenszusage. Sie ist bereitstellungsprovisionsfrei. Wird die Abkündigungsfrist danach verlängert, wird mit Beginn des 13. Monats nach Darlehenszusage eine Bereitstellungsprovision von 0,25% pro Monat fällig.

434

8.14. Auszüge Zielvereinbarung gem. §5 BGG für den Oberbergischen Kreis (Frau Skupch)

[...]

§2 Mindeststandards

Als Mindeststandards für die Herstellung bzw. Verbesserung der Barrierefreiheit gelten folgende Maßnahmen:

1. Grundsätzliche Anforderungen

- (1) Die Ausstattung der Busse ist auf Grundlage der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) sowie des Kriterienkatalogs für die Beschaffenheit von Linienomnibussen im
- (2) Rahmen der Förderung entsprechend den Förderrichtlinien des Oberbergischen Kreises zu §11,2 ÖPNVG NRW zu gewährleisten.
- (3) Alle Schilder, Fahrpläne, Aushänge und schriftliche Informationen, die von den beteiligten Verkehrsbetrieben verantwortlich erstellt werden, sind in der Schrift serifenfrei, in Abhängigkeit mit der genutzten Software und dem vorhandenen Platz möglichst groß, klar strukturiert und in der Darstellung kontrastreich¹ zu gestalten.

2. Fuhrpark

- (1) Die neu anzuschaffenden Busse sind grundsätzlich mit Niederflurtechnik auszustatten.
- (2) Die Laufwege in den Bussen sind ebenerdig, die Haltestangen, die Haltewunsch-tasten und Radkästen, sowie Kanten und Stufen sind kontrastreich zu gestalten.
- (3) An den Ausstiegen sind kontrastreich gestaltete (Zwei Sinne Prinzip) Haltestellen-wunschknöpfe mit besonderer Kennzeichnung (Rollstuhlnutzer/-innen, Menschen mit Rollator) anzubringen, (ungefähre Höhe ca. 85cm)
- (4) Sämtliche Busse, die ab dem Jahr 2009 angeschafft werden, verfügen über einen Monitor, der die nächste Haltestelle und den Linienverlauf (5 Haltestellen) anzeigt. Die Monitore haben eine Mindestgröße von 15 Zoll; es ist hierbei auf eine ausrei-

chende Schriftgröße in der Anzeige zu achten. Gelenkbusse werden mit zwei Monitoren ausgestattet. Die Haltestellen sind akustisch anzusagen.

- (5) In das System der visuellen Haltestellenanzeige werden zwei Standardsätze eingefügt, welche es schwerhörigen, spätertaubten Menschen und CI Trägern ermöglicht, bei unvorgesehenen Unterbrechungen der Fahrt Durchsagen des Fahrers auch visuell wahrnehmen zu können. Die zu verwendenden Sätze lauten „Achtung, bitte aussteigen“ und „Bitte das Fahrzeug wechseln“.
- (6) Die akustischen Haltestelleninformationen müssen automatisiert, rechtzeitig, klar und verständlich erfolgen.
- (7) Bei der Erlangung der Marktreife eines Zwei-Sinne-Notruf-Systems wird das Verkehrsunternehmen zum Einsatz dieser Technik unaufgefordert mit den Verbänden behinderter Menschen in Verhandlungen eintreten.

3. Haltestellen

- (1) Der Aushangfahrplan ist in einer Höhe anzubringen, welche von großen Menschen, sowie von RollstuhlfahrerInnen gut einzusehen ist. Als Richtmaß gilt hier eine Höhe von 130cm bis 160cm.
- (2) An zentralen Haltepunkten, welche von mehr als einer Linie angefahren werden, sind die von den Gemeinden angebrachten Schaukästen mit Informationen zu Ticketpreisen, Abfahrtszeiten, Lage der Haltestellen und Liniennetzplan auszustatten.
- (3) Akustische Informationssysteme für blinde und sehbehinderte Menschen sind anzustreben.
- (4) Die Schaukästen sind übersichtlich, einheitlich und grundsätzlich ohne Werbung zu gestalten.
- (5) Das Verkehrsunternehmen wird fortlaufend den Markt im Hinblick auf akustische Systeme beobachten, welche sehbehinderten und blinden Menschen die Identifikation einfahrender Busse ermöglicht, um deren Einführung zu prüfen.

[...]

4. Kundenservice

- (1) Die Telefonhotline ist während der Betriebszeit besetzt. Außerhalb der Betriebszeit, wenn das Telefon nicht mehr besetzt ist, verweist eine Ansage auf die „Schlaue Nummer NRW“.
- (2) Grundsätzlich können über eine Hotline, Fax oder per E-Mail bestimmte Ausstattungsmerkmale (Niederflurfahrzeuge, Rampen) für eine bestimmte Linie und Abfahrtszeit im Vorhinein angefragt werden.

[...]

8.15. Protokolle

8.15.1. Protokoll der Projektstartsitzung vom 27.03.2009 (Herr Dr. Krüger)

Anwesende

- Studierende und Mitarbeiter/-innen des Projekts: Danica Buzzi, Martina Felkel, Judith Günther, Eva Kaminski, Katharina Köhr, Anika Krings-Leufgen, Dennis Lepperhoff, Thomas Malek, Manuela Mischker, Simone Ommerborn, Magdalena Oziemkiewicz, Ramona Skupch, Christina Ulhaas und Sabine Westphal
- Herr Merx (Abteilungsleiter, Rhein-Erft-Kreis)
- Frau Jansen (Ausbildungsleiterin, Rhein-Erft-Kreis)
- Frau Fuchs (Fachstelle „Älterwerden“, Stadt Bergheim)
- Herr Schneider (Seniorenbeirat und Mitglied des Planungsausschusses im Rat der Sdt Bergheim)
- Frau Könen (Projektbetreuerin Fachpraxis, Rhein-Erft-Kreis)
- Dr. Krüger (Projektleiter, FHöV NRW)

Dauer der Sitzung von 14.00 bis 15.15 Uhr

Sitzungsverlauf

Zuerst Vorstellung aller Projektmitarbeiter/-innen und Klärung der gegenseitigen Erwartungshaltung.

Im Anschluss erläuterte Herr Dr. Krüger den Leitfaden und den zeitlichen Rahmen für die Durchführung des Projektes, wie es von der FHöV NRW vorgegeben wird.

Frau Könen gab eine kurze Einführung in das Thema „Demografischer Wandel und Wohnen im Alter – Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Erfassung der Versorgungssituation in allen kreisangehörigen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises sowie in einer Befragung von älteren Bürgerinnen und Bürgern als auch Experten des Stadtgebietes Bergheim.“

Des Weiteren wurde geklärt, in wie weit Projekttreffen vor dem eigentlichen Projektbeginn stattfinden können. Einigkeit bestand darin, dass Raum für mindestens noch zwei Projekttreffen bestehen sollte, die dann rechtzeitig mit der Ausbildungsbehörde der Studierenden abgestimmt werden müssen.

Einstimmig wurde Frau Christina Ulhaas zur Projektsprecherin gewählt.

Insgesamt stand das erste Projekttreffen noch stark unter dem Eindruck der Klausurwoche, welche die Studierenden gerade mal hinter sich gebracht hatten. Daher wurde für die nächste Projektsitzung am 12.5.2009 vereinbart, dass sich alle Projektteilnehmer/-innen vertieft in das Thema einarbeiten und seitens der Projektleitung die bereits vorliegenden inhaltlichen Vorstellungen konkreter unterbreitet werden.

Ende der Sitzung des großen Plenums.

Fortsetzung des Projekttreffens im kleinen Plenum

Anwesend waren: Frau Könen, Frau Jansen (bis ca. 16.00 Uhr),
Frau Fuchs und Herr Dr. Krüger

Vereinbart wurde

- den Umfang der Stichprobe für die Seniorenbefragung noch genauer festzulegen; die Größe schwankt zwischen 800 und 1200 Probanden.
- dass eine Art der Auswertung der Seniorenbefragung, ob mit SPSS oder schlichtweg mittels Excel, noch gefunden werden muss
- dass Herr Dr. Krüger für die nächste Sitzung ein Projektkonzept erstellt und vorlegt und darüber hinaus die Erstellung des ersten Protokolls übernimmt.

Im Übrigen wird auf die inhaltliche Zusammenfassung, die seitens der Projektbetreuerin erstellt wurde, verwiesen.

Ende der Sitzung in kleiner Runde ca. 18.00 Uhr.

gez.

Protokollant: Coerw Krüger

8.15.2. Protokoll der 2. Projektgruppensitzung vom 12.05.2009 (Frau Ulhaas)

Uhrzeit

09.00-12.30 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.7

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Herr Dr. Krüger eröffnete TOP 1 „Organisatorisches“ mit der Vorstellung des Projektstrukturplans. Danach wies Frau Könen die Studierenden auf die Anfertigung von Sitzungsprotokollen sowie einer Projektdokumentation hin und regte an, einen intensiven Informationsaustausch mit allen Beteiligten und Experten zu pflegen. In diesem Zusammenhang bot Frau Skupch an, ein Internetforum für die Projektgruppe einzurichten. In der Durchführungsphase sollen zweimal schriftliche Teilergebnisse abgegeben werden, um den Fortschritt der Arbeit besser steuern zu können. Die Studierenden werden u.a. den Ist-Zustand in den zehn Kommunen des Rhein-Erft-Kreises ermitteln. Frau Könen schlug vor, die Verteilung der Studierenden auf die Kommunen von der jeweiligen Einwohnerzahl und der geographischen Lage abhängig zu machen. Dann erhielten die Studierenden die Möglichkeit, ihre Urlaubsplanungen vorzumerken.

Zu TOP 2 „Auswertungssoftware“ erläuterte Frau Könen, dass folgende Möglichkeiten diskutiert werden, den geplanten Fragebogen auszuwerten: SPSS (Auswertungssoftware) und Excel i.V.m. Pivottabellen. Die TUIV-Abteilung des Rhein-Erft-Kreises, die im Falle auftretender Probleme Unterstützung zugesichert hat, bevorzugt Letzteres. Herr Dr. Krüger bemerkte, dass die Kenntnisse der Studierenden zur Durchführung einer standardisierten schriftlichen Befragung und von Experteninterviews ggf. vertieft bzw. aufgefrischt werden müssten.

Unter TOP 3 „Fragebogenaktion“ entwickelte die Projektgruppe im Rahmen einer Ideensammlung vier Themenfelder, die von dem Fragebogen erfasst werden sollen. In

drei Kleingruppen erarbeiteten die Studierenden daraufhin erste konkrete Fragestellungen zu diesen Themenfeldern. Frau Felkel, Frau Skupch, Frau Krings-Leufgen und Frau Köhr beschäftigten sich mit dem Themenfeld „Derzeitiger gesundheitlicher Zustand/Gesundheitliche Versorgung“, Frau Buzzi, Frau Oziemkiewicz, Frau Ulhaas, Herr Malek und Herr Lepperhoff mit dem Themenfeld „Mobilität/Wohnumfeld/Soziale Angebote“ sowie den persönlichen Angaben und Frau Günther, Frau Ommerborn, Frau Westphal, Frau Mischker und Frau Kaminski mit dem Themenfeld „Alternative Wohnformen/Gegenwärtige Wohnsituation/Künftige Wohnwünsche“. Im Anschluss daran wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt. Letztere Gruppe äußerte den Vorschlag, dem Fragebogen gegebenenfalls kurze Erläuterungen für die ca. 1000 Probanden beizufügen. Die Problematik der Auswertung von offenen Fragen wurde von der Projektgruppe zur Sprache gebracht, aber noch nicht abschließend geklärt. Schließlich einigte sich die Projektgruppe darauf, dass ein Studierender aus jeder Gruppe einen ersten Fragenentwurf an Frau Könen schickt.

Unter TOP 4 „Verschiedenes“ wurde in Absprache mit Frau Fuchs beschlossen, dass Frau Krings-Leufgen, Frau Oziemkiewicz und Frau Ulhaas die Projektgruppe, die bei der Auswahl der Namensvorschläge für das Bergheimer Nachschlagewerk „Pfadfinder“ mitwirkt, am 08.06.2009 in der Jury im Rathaus der Stadt Bergheim repräsentieren. Vorab soll jeder Studierende Frau Ulhaas bis zum 25.05.2009 seine drei Favoriten mitteilen.

Abschließend stellte Frau Könen der Projektgruppe die Broschüre „Sicher und bequem zu Hause wohnen – Wohnberatung für ältere und behinderte Menschen“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW vor, mit der Empfehlung, diese zu bestellen. Frau Könen wird die Studierenden per Mail über die Termine für die nächsten Projekttreffen informieren.

14.05.2009

gez.

Ulhaas

8.15.3. Protokoll der 3. Projektgruppensitzung vom 25.06.2009 (Frau Buzzi)

Uhrzeit

09.00-12.45 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.7

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Landrat Stump eröffnete TOP 1 „Begrüßung durch den Landrat des Rhein-Erft-Kreises und den Beigeordneten der Stadt Bergheim“ mit allgemeinen Worten zum Thema demographischer Wandel und den Folgen für die kreisangehörigen Kommunen. Zur Zeit zeichnet sich im Rhein-Erft-Kreis noch ein Einwohnerzuwachs ab; Konsequenzen des demographischen Wandels werden sich kreisweit voraussichtlich ab 2015 bis 2020 bemerkbar machen. Landrat Stump geht im weiteren Verlauf seines Grußwortes auf die Projektarbeit ein und hebt dabei das besondere Engagement der Studierenden hervor, die bereits in der Vorlaufphase den Fragebogen für die geplante Umfrage entwickelt haben. Anschließend begrüßte der Beigeordnete der Stadt Bergheim, Herr Rössler, die Studierenden. Er teilte u.a. mit, dass die Stelle von Frau Fuchs (Fachstelle „Älterwerden“) speziell wegen der Zukunftsprognosen eingerichtet wurde. Seinen Worten nach gibt es in dem Sinne keine Überalterung der Bevölkerung sondern lediglich zu wenig Kinder.

Landrat Stump ergänzte, dass der Rhein-Erft-Kreis am heutigen Tage über die 1. Generationenakademie entscheiden werde. Dies soll eine „Senioren-Universität“ werden, in welcher es u.a. Angebote in Zusammenarbeit mit der Sporthochschule Köln geben soll, um die Mobilität zu erhalten. Besonders hervor hob er das Ehrenamt; die Gesellschaft ist aufgerufen, sich selbst einzubringen, bevor sie nach Hilfe vom Staat ruft, da es finanziell nicht mehr leistbar sei, mehr für die Gesellschaft zu tun.

Zu TOP 2 „Berichte der Studierenden über den aktuellen Stand der Projektarbeit“ teilte die Projektsprecherin, Frau Ulhaas mit, dass nach Prüfung durch die Stadt Bergheim die Plausibilitätsprüfung (in der Verwaltung, im Bekanntenkreis etc.) erfolge und weiterer Klärungsbedarf hinsichtlich des Datenschutzes (Stadt Bergheim) bestehe. Voraussichtlich am 31.08.09 wird der Fragebogen, inkl. Deckblatt, Erläuterungen und Begleitschreiben an 1.000 per Zufallsgenerator ausgewählte Bergheimer Bürgerinnen und Bürger im Alter von 45 und mehr Jahren versandt. Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit teilte Frau Könen mit, dass in den lokalen Medien über das heutige Projekttreffen berichtet werden soll und kurz vor Versand der Fragebögen die Begrüßung der Studierenden bei Bergheims Bürgermeisterin im Rahmen einer Pressekonferenz vorgesehen sei.

Auf die erwartete Rücklaufquote angesprochen, erläuterte Frau Könen, dass bereits 250 Rückläufe bundesweit als repräsentativ angesehen werden. Durch rücklauffördernde Maßnahmen, wie beispielsweise gezielte Öffentlichkeitsarbeit, sollen die Probanden in Bergheim motiviert werden, sich aktiv an der Umfrage zu beteiligen. Herr Dr. Krüger ergänzte, dass als rücklauffördernde Maßnahme darüber hinaus das Begleitschreiben dient, in dem der Zweck der Befragung dargestellt und die Gewährleistung des Datenschutzes sichergestellt wird.

Zu TOP 3 „Abschlussbesprechung Fragebogen“ bestand bei den Studierenden Einvernehmen, bei Frage 3.1 eine weitere Spalte „nie“ zu ergänzen. Hinsichtlich Frage 2.6 wurde vereinbart, folgende Formulierung zu wählen: „Was ist Ihnen bei einer seniorengerechten Wohnung wichtig?“ Herr Rössler regt an, dass unter Punkt 6 neben dem Nettohaushaltseinkommen zusätzlich die Wohnkosten abgefragt werden. Um eventuell Kompetenzfragen auszuschließen schlug er vor, die Abschlussfrage (7.) allgemeiner zu formulieren. Einvernehmen konnte für folgenden Formulierungsvorschlag erzielt werden: „Wenn Sie es könnten, was würden Sie verbessern?“. Um den Fragebogen einheitlich zu halten, wird bei Frage 3.6 die Option „grundsätzlich nicht“ gestrichen und die Antwortmöglichkeit „ja“ an die oberste Position verschoben. Dem Vorschlag, die persönlichen Angaben an den Anfang zu stellen, wurde nicht entsprochen, da eine solche Maßnahme eventuell abschreckend auf die Befragten wirken könnte. Frage 2.1

soll dahingehend modifiziert werden, dass zunächst die Antwortmöglichkeiten „Wohnung“ bzw. „Haus“ sowie „Miete“ bzw. „Eigentum“ angeboten werden.

Der Fragebogen wird entsprechend geändert bzw. ergänzt.

TOP 4 „Experteninterviews“ und TOP 5 „Stakeholder-Analyse“ wurden zusammengefasst. Herr Dr. Krüger erklärte, dass unter einer „Stakeholder-Analyse“ die Erfassung und Beschreibung des Projektumfeldes zu verstehen sei. Zum einen werden hier die Personen erfasst, die befragt werden sollen (Verbandsvertreter, Politiker etc.), zum anderen soll ermittelt werden, welche Erwartungen Externe (Betroffene) an das Projekt haben.

Zu TOP 4.1 „Welche Experten sollen befragt werden?“ wurde im Anschluss an die Ideensammlung folgendes Ranking erarbeitet:

Einvernehmlich wurde seitens der Studierenden festgehalten, wie wichtig es sei, Vertreter/-innen der 5 im Rhein-Erft-Kreis tätigen Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas, DPWV, Diakonie und DRK) als Interviewpartner/-innen zu gewinnen. Daneben ist vorgesehen, Vertreter/-innen der Wohnungsbaugesellschaft „Erftland“ und der Fraktionen im Rat der Stadt Bergheim zu interviewen. Ebenfalls an erster Stelle stehen Frau Wolf, Stadt Bergheim, Leiterin der Abteilung 5.3 Freiwilliges Engagement und nachhaltige Sozialplanungen und Frau Vosen, Rhein-Erft-Kreis, Amt für Familien, Senioren und Soziales, Bereich Pflege.

Vorgesehen ist, dass jede(r) Studierende mindestens 1 Interview durchführt. Die Studierenden werden die Interviews in Zweiergruppen durchführen. Ein Studierender übernimmt dabei die Technik (Aufnahmegерäte werden vom Rhein-Erft-Kreis gestellt), der andere führt das Interview durch; danach wird gewechselt. Die Interviewpartner werden zu gegebener Zeit schriftlich um ein Gespräch gebeten. Sollten nicht genügend Interviewpartner der vorgenannten Institutionen akquiriert werden können, bzw. Zeit für weitere Interviews zur Verfügung stehen, rücken folgende potenzielle Ansprechpartner nach:

- (1) Der Verein „Alternatives Wohnen in Erftstadt e.V.“, der auch kreisweit tätig ist, und ehrenamtlich tätige Bürger/-innen, wie z.B. Herr Schneider.

Sofern noch weiterer Bedarf an Interviewpartnern besteht, soll zu folgenden Institutionen/Einrichtungen Kontakt aufgenommen werden:

- (2) Kirchen (ev./rk/freikirchlich/muslimisch), AG 60+ (Herr Schneider), Seniorenunion (Frau von Pavel), Bürgerbus (ÖPNV), Fraktionen des Kreistages, Seniorenbeirat (Liste der einzelnen Kommunen würde Herr Schneider zur Verfügung stellen), Stadt-/Gemeindeverwaltungen
- (3) Architekten, KGSt, Deutscher Städtetag, Krankenkassen, Ärzte

Es wurde sich darauf geeinigt, persönlich Betroffene nicht zu interviewen, da die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass dieser Personenkreis bereits im Rahmen der Fragebogenaktion angesprochen wird.

Aufgrund der bereits sehr weit fortgeschrittenen Zeit bestand Einvernehmen zu TOP 4.2 „Welche Fragen sollen an die Experten herangetragen werden?“, dass sich jede(r) Studierende Interviewfragen („Was will ich von meinem Interviewpartner zu dem Projektthema wissen?“) überlegt. Herr Dr. Krüger sagte zu, zeitnah einen kurzen Interviewleitfaden zu entwickeln und diesen Frau Könen mit der Bitte um Weiterleitung an die Studierenden zukommen lassen. Die Fragen sollen der Projektsprecherin, Frau Ulhaas, bis spätestens 07.07.2009 per Mail zugeleitet werden. Frau Ulhaas wird die Fragen sammeln, ordnen und an Frau Könen weiterleiten. Hinsichtlich der Auswertungstauglichkeit bietet es sich an, nach Möglichkeit einen einheitlichen Fragenkatalog zu entwickeln, der im Einzelfall geringfügig modifiziert werden kann.

Zu TOP 6 „Verteilung von Arbeitspaketen“ werden die Studierenden anhand des vorliegenden Projektstrukturplanes die zeitnah zu erledigenden Arbeiten innerhalb der Gruppe aufteilen.

Zu TOP 7 „KAS-Seminar 24. bis 26.07.2009“ teilte Frau Könen mit, dass die Seminarinhalte aufgrund des ursprünglich überwiegend großen Interesses der Studierenden gezielt auf das Projekt zugeschnitten wurden. Um die Teilnahme aller interessierten

Studierenden zu gewährleisten, wurde seitens der KAS Öffentlichkeit für dieses Seminar erst am 19.06.2009 hergestellt. Grundsätzlich ist die Teilnahme an derartigen Veranstaltung freiwillig. In diesem besonderen Fall wäre die zeitnahe Ankündigung, dass anderweitige Gründe die Teilnahme am Seminar nicht möglich machen, zielführend gewesen. Aufgrund des kontraproduktiven Verhaltens eines großen Teils der Studierenden ist die Durchführung des Seminar derzeit fraglich.

Unter TOP 8 „Verschiedenes“ wurde Informationsmaterial von Frau Ulhaas an die Studierenden verteilt. Frau Könen teilte mit, dass Ende August/Anfang September ein Workshop vom Rhein-Erft-Kreis zur Auswertung von Pivottabellen angeboten wird. Nähere Informationen wird Frau Könen den Studierenden zu gegebener Zeit zukommen lassen.

Frau Könen wies darauf hin, dass die Prozessleistung ebenfalls mit in die Benotung einfließt und auch die Studierenden, die nicht beim Rhein-Erft-Kreis beschäftigt sind, gebeten werden, sich aktiver als bisher einzubringen. Allerdings wurde hierzu von Seiten der Studierenden die Zeitproblematik, insbesondere die nicht mögliche Freistellung durch die Einstellungsbehörden in Anbetracht der noch kommenden Wahlen, angemerkt.

26.06.2009

gez.

Buzzi

8.15.4. Protokoll der 4. Projektgruppensitzung vom 29.10.2009 (Frau Felkel)

Uhrzeit

09.00-14.05 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/ KT 1.10

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Zu Beginn der Sitzung wies Frau Fuchs darauf hin, dass in Bergheim eine Projektgruppe zum Thema „Intergeneratives Wohnen“ besteht. Diese Initiative wird unter dem Modellprojekt „Partizipation im Alter“ geführt. Weiterhin teilte Frau Fuchs mit, dass sich die Projektgruppe am 25.11.2009 im Rathaus Bergheim trifft, um das konkrete Ziel der Gruppenarbeit festzulegen, und lud die Studierenden zur Teilnahme an diesem Treffen ein. Anschließend erarbeiteten die Studierenden im Rahmen einer Ideensammlung die nachstehenden Themenbereiche, die bei der schriftlichen Ausarbeitung der Projektarbeit Berücksichtigung finden sollen:

- Demenz
- Demographische Entwicklung
- Vorstellen der Wohnformen
- Wohnraumanpassung
- Verbesserungsvorschläge aufgrund der Auswertung des Fragebogens
- sonstige Versorgungsmöglichkeiten
- Netzwerkbildung
- Förderrichtlinien
- Wohnumfeld/Infrastruktur

- Ehrenamt

Der Ideensammlung folgte nachstehende, geplante chronologische Abhandlung:

- Demographische Entwicklung
- Projektskizze
- Vorstellen der Wohnformen
- Demenz
- Wohnraumanpassung
- Wohnumfeld (Infrastruktur, öffentliche Einrichtungen)
- Ehrenamt und Netzwerkbildung
- Handlungsansätze

Frau Könen erläuterte, dass erwartet wird, den Fragebogen in seiner Gesamtheit auszuwerten. Hierbei sind u.a. graphische Darstellungen sinnvoll. Der Projektarbeit werden der Fragebogen, die Stakeholderanalyse sowie die Experteninterviews in jedem Fall als Anlagen beigelegt. Ob der Ist-Zustand in den Kommunen ebenfalls als Anlage beigelegt wird, oder lediglich im Zuge der Bearbeitung der einzelnen Themenbereiche nach Bedarf erörtert wird, wurde zum jetzigen Zeitpunkt nicht entschieden.

Auf Anfrage erläuterte Frau Könen anschließend, dass bei der Bearbeitung des Themas „Demenz“ die Erkrankung vorgestellt und Möglichkeiten aufgezeigt werden sollen, wie man Demenzkranke besser unterbringen kann als es zurzeit im Rhein-Erft-Kreis möglich ist. Auch pflegende Angehörige müssen hierbei im Fokus bleiben. Unter Hinweis auf den Demographiebericht führte sie weiter aus, dass beim Punkt „Demographische Entwicklung“ nur kurz auf den Rhein-Erft-Kreis, jedoch intensiv auf die einzelnen Kommunen eingegangen werden soll.

Weiterhin ging Frau Könen auf die Anfrage einer Studentin ein, ob es sich bei der Auswertung der Fragebogen um ein repräsentatives Ergebnis handelt. Sie informierte, dass es sich um ein fast repräsentatives Ergebnis handelt, da die erforderlichen Krite-

rien hierfür bei nahezu allen Punkten des Fragebogens erfüllt seien. Sie regte jedoch an, im Rahmen der Projektarbeit den Begriff des „repräsentativen Ergebnisses“ zu meiden, da grundsätzlich jedes Umfrageergebnis angreifbar sei.

Anschließend teilte Frau Könen mit, dass 566 Personen den Fragebogen zurückgeschickt haben. Zur Auswertung zugelassen wurden 563 Fragebogen. Bei der Auswertung entsprechen 563 Personen 100%. Da die Beantwortung der einzelnen Fragen auf freiwilliger Basis erfolgte, werden aus informativen Gründen die Anzahl der Personen, die sich an der Beantwortung der jeweiligen Frage beteiligt haben, angegeben.

Die Verteilung der Themenbereiche übernahmen die Studierenden selbst, nachdem festgelegt wurde, wie viele Personen zur Bearbeitung der einzelnen Themenbereiche erforderlich sind. Anschließend wurde, gegebenenfalls mit Hilfe des Losverfahrens, jedem Projektteilnehmer ein Themengebiet zugewiesen. Das Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

- Demographische Entwicklung – Herr Malek
- Projektskizze und Auswertung Fragebogen – Frau Westphal
- Vorstellung der Wohnformen – Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas
- Demenz – Frau Oziemkiewicz
- Wohnraumanpassung – Frau Günther, Herr Lepperhoff
- Wohnumfeld – Frau Kaminski, Frau Köhr
- Ehrenamt/Netzwerke – Frau Mischker, Frau Ommerborn
- Handlungsansätze – Frau Skupch, Frau Felkel

Während der Verteilung der Themen stellte sich für die Studierenden die Frage, wie das Kapitel „Handlungsansätze“ inhaltlich gefüllt werden soll. Frau Könen erläuterte, dass hier Handlungsansätze vorgestellt werden sollen, wie dem demografischen Wandel in Bezug auf das Thema „Wohnen im Alter“ im Rhein-Erft-Kreis und seinen kreisangehörigen Kommunen sinnvoll begegnet werden kann. Der Kreativität der Bearbeiterinnen seien hier keine Grenzen gesetzt. Unterstützt werden sie durch Hand-

lungsempfehlungen, die sich im Rahmen der Bearbeitung der Einzelthemen ergeben. Frau Skupch bat in diesem Zusammenhang um Information bis spätestens Mitte November 2009.

Abschließend wies Frau Könen darauf hin, dass die Projektarbeit von einem Projektgruppenmitglied zusammengestellt und formatiert werden muss. Diese Arbeiten wird zu gegebener Zeit Frau Skupch übernehmen. Weiterhin wies Frau Könen darauf hin, dass ein Vorwort und je ein Tabellen-, Literatur- sowie Abbildungsverzeichnis zu erstellen sei.

Die Studierenden erarbeiteten gemeinsam eine Liste derjenigen Fragen, die sie im Rahmen der Ist-Zustand-Erfassung bei den einzelnen Kommunen stellen möchten.

Für einen effektiven Informationsaustausch wurde erneut auf das von Frau Skupch eingerichtete Internetforum verwiesen.

01.11.2009

gez.

Felkel

8.15.5. Protokoll der 5. Projektgruppensitzung vom 11.11.2009 (Frau Günther)

Uhrzeit

10.30-14.30 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.4 und KT 1.10

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Frau Könen begrüßt die Anwesenden und eröffnet TOP 1 mit der Vorstellung eines neuen Mitglieds im Lenkungsteam. Frau Manuela Thorenz, neue Ausbildungsleiterin im Personalamt des Rhein-Erft-Kreises, übernimmt die Rolle von Frau Jansen, die sich derzeit in Elternzeit befindet.

Unter TOP 2 „Erfassung des Ist-Zustands“ bestand Klärungsbedarf, in welcher Form die Darstellung des Ist-Zustands in den kreisangehörigen Kommunen erfolgen soll. Ausführlich diskutiert wurde die Erfassung in tabellarischer Form, als Fließtext oder alternativ als gegliederte Aufzählung. Vor dem Hintergrund der entstandenen Zeitverzögerung wurde vereinbart, eine Tabelle zu erarbeiten, die allen Projektteilnehmer/-innen zur Verfügung gestellt wird. Hier sollen die Wohnformen tabellarisch erfasst werden. Einvernehmen bestand, dass es sich hierbei um eine übersichtliche und inhaltlich informative Form der Darstellung handelt. Netzwerke und ehrenamtliches Engagement werden in aufzählender Reihenfolge erfasst. Damit jedes Projektgruppenmitglied auf alle Daten zugreifen kann, werden der Ist-Zustand in den einzelnen Kommunen und die Zusammenfassungen der Experteninterviews in das von Frau Skupch eingerichtete Internetforum, auf das nur der ausgewählte Personenkreis der Projektgruppe und des Lenkungsteams Zugriff haben, zeitnah eingestellt. Einvernehmen besteht, der Projektbetreuerin die Erfassungen des Ist-Zustandes bis spätestens Freitag, 13.11.2009 elektronisch zukommen zu lassen.

Zu TOP 3 „Experteninterviews und Synopsen“ erläutert Frau Könen, dass die Interviewzusammenfassungen teilweise sprachlicher und stilistischer Modifizierungen bedürfen. Sprachlich und stilistisch deutlich besser wurden die Synopsen eingestuft. Herr Dr. Krüger regt an, bei bestehenden Unklarheiten bezüglich Interviewinhalten nachträglich telefonisch Kontakt mit dem Interviewpartner aufzunehmen oder eine allgemeine, unverbindliche Formulierung zu wählen.

Unter TOP 4 „Rechtschreibung“ wurde in Absprache mit Herrn Dr. Krüger die Einhaltung der neuen Rechtschreibregelung für alle beschlossen. Im Falle von zwei möglichen Schreibweisen, sei, so Frau Könen, die laut Duden vorgeschlagene Schreibvariante zu wählen.

TOP 5 „Formatierung“

Um die von Frau Skupch zu gegebener Zeit durchzuführenden Gesamtformatierungsarbeiten zu erleichtern wird von Frau Könen dringend empfohlen, dass Abstimmungen innerhalb der Projektgruppe bezüglich des Formatierens getroffen werden. Einvernehmen besteht, diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt erneut anzusprechen.

Um eine wertungsfreie Darstellung zu erreichen, einigen sich die Studierenden nach kurzer Erörterung, die Zusammenfassungen der Experteninterviews in chronologischer Reihenfolge (Datum der Interviews) im Rahmen der Projektarbeit darzustellen. Sofern Experteninterviews am gleichen Tag durchgeführt wurden, erfolgt die Reihenfolge in alphabetischer Reihenfolge der jeweiligen Interviewpartner/innen.

TOP 6 „Inhaltliche Abstimmung des Entwurfs der ersten Gesamtgliederung“

Nachdem Frau Köhr sich bereit erklärt hat, das Vorwort zu gegebener Zeit zu verfassen, erfolgen auf Anregung des Projektleiters einvernehmlich diverse Änderungen.

Frau Westphal erklärt sich bereit, neben der Projektskizze und der Auswertung der Fragebogen auch die Stärke-/Schwächeanalyse zu übernehmen. Unterstützung wünscht sie sich bei der Auswertung der Experteninterviews.

Bei der Besprechung des Inhalts der Stärke-/Schwäche-Analyse auf der Grundlage der Ist-Erfassung in den Kommunen und der Umfrageergebnisse in der Kreisstadt Berg-

heim entstand eine lebhafte Debatte. Da sich die Bürgerbefragung mittels Fragebogen aufgrund des geringen Zeitfensters in der Projektvorlaufphase ausschließlich auf die Kreisstadt Bergheim reduzierte, einigte sich die Projektgruppe, die Stärke-/Schwäche-Analyse beispielhaft nur für Bergheim zu erarbeiten. Lediglich für das Stadtgebiet Bergheim liegen Basisdaten in Form der Bürgerbefragung mittels Fragebogen, Experteninterviews und die Erfassung des Ist-Zustandes vor.

Einigung konnte ebenfalls dahingehend erzielt werden, das Kapitel „Handlungsansätze“ in „Handlungsansätze für öffentliche Stellen“ und „Handlungsansätze für gesellschaftliche Akteure“ zu gliedern. Es wurde festgehalten, dass die themenspezifisch erarbeiteten Handlungsansätze in den jeweiligen Kapiteln lediglich ohne ausführliche Beschreibung aufgeführt werden und im Rahmen der Teamarbeit die Informationen an die Bearbeiterinnen des Kapitels „Handlungsansätze“, weitergeleitet werden.

Die nachstehend abgebildete Gliederung, die lediglich die Kapitel mit allen Unterpunkten enthält, die im Laufe der Sitzung geändert wurden, ging als Ergebnis der Diskussionen aus der Projektsitzung hervor:

- Deckblatt
- Vorwort
- Inhaltsverzeichnis

1. Projektskizze

(Frau Westphal)

1.1. Hintergrund

1.1.1. Einordnung in den Ausbildungsverlauf

1.1.2. Vorstellung des Projekts

1.2. Ziele/Fragestellungen

1.3. Projektstrukturierung/Meilenstein- und Ablaufplanung

2. Demografische Entwicklung

(Herr Malek)

2.1. Einleitung

2.1.1. Definition und Bedeutung

2.2. Entwicklung (Bevölkerung, Altersstruktur, Lebenserwartung)

2.2.1. Entwicklung im Rhein-Erft-Kreis

2.2.2. Entwicklung in den kreisangehörigen Kommunen (allgemeiner Überblick, Prognosen etc.)

2.2.2.1. Bedburg

2.2.2.2. Bergheim

2.2.2.3. Brühl

2.2.2.4. Elsdorf

2.2.2.5. Erftstadt

2.2.2.6. Frechen

2.2.2.7. Hürth

2.2.2.8. Kerpen

2.2.2.9. Pulheim

2.2.2.10. Wesseling

2.3. Ursachen und Auswirkungen auf den Rhein-Erft-Kreis

2.3.1. Ursachen

2.3.2. Auswirkungen

2.4. Kommunale Seniorenpolitik

2.5. Schlusswort

3. Bürger- und Expertenbefragung

(Frau Westphal)

3.1. Bürgerbefragung

3.1.1. Methodische Basis

3.1.2. Auswertung Bürgerbefragung

3.1.2.1. Persönliche Angaben der Befragten/Angaben zu den Befragten

3.1.2.2. Allgemeine Fragen zum Thema „Wohnen im Alter“

3.1.2.3. Wohnsituation der Befragten

3.1.2.4. Wohnumfeld

3.1.2.5. Mobilität

3.1.2.6. Gesundheit

3.1.2.7. Verbesserungsvorschläge

3.2. Stakeholderanalyse

3.3. Expertenbefragung

3.3.1. Methodische Basis

3.3.2. Auswertung Expertenbefragung

4. Erfassung des IST-Zustandes im Rhein-Erft-Kreis (Frau Westphal)

4.1. Erfassung des Ist-Zustandes in allen kreisangehörigen Kommunen

4.1.1. Bedburg (Frau Krings-Leufgen)

4.1.2. Bergheim (Frau Oziemkiewicz)

4.1.3. Brühl (Frau Kaminski)

4.1.4. Elsdorf (Frau Buzzi)

4.1.5. Erftstadt (Herr Lepperhoff und Herr Malek)

4.1.6. Frechen (Frau Ommerborn, Frau Westphal, Frau Günther)

4.1.7. Hürth (Frau Ommerborn, Frau Westphal, Frau Günther)

4.1.8. Kerpen (Frau Skupch)

4.1.9. Pulheim (Frau Ulhaas)

4.1.10. Wesseling (Frau Mischker)

4.2. Stärke-Schwäche-Analyse am Beispiel der Kreisstadt Bergheim

5. Themenspezifische Ausarbeitungen/Darstellungen

5.1. Vorstellung unterschiedlicher Wohnformen

(Frau Buzzi, Frau Krings-Leufgen, Frau Ulhaas)

5.1.1. Überblick über die verschiedenen Wohnmöglichkeiten im Alter

5.1.1.1. Betreutes Wohnen (Frau Buzzi)

5.1.1.1.1. Definition/Erläuterung

5.1.1.1.2. Allgemeine Ausführungen

5.1.1.1.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien

5.1.1.1.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises

5.1.1.1.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)

5.1.1.2. Bielefelder Modell (Frau Buzzi)

5.1.1.2.1. Definition/Erläuterung

5.1.1.2.2. Allgemeine Ausführungen

5.1.1.2.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien

- 5.1.1.2.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
- 5.1.1.2.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.3. Wohn-/Hausgemeinschaft (Frau Buzzi)
 - 5.1.1.3.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.3.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.3.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.3.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.3.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.4. Pflegeheim/Seniorenheim (Frau Krings-Leufgen)
 - 5.1.1.4.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.4.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.4.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.4.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.4.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.5. Mehrgenerationenwohnen (Frau Krings-Leufgen)
 - 5.1.1.5.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.5.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.5.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.5.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.5.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)

- 5.1.1.6. Wohnen im Quartier (Frau Krings-Leufgen)
 - 5.1.1.6.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.6.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.6.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.6.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.6.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.7. Wohnquartier hoch 4 (Frau Ulhaas)
 - 5.1.1.7.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.7.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.7.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.7.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.7.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.8. Seniorenresidenz (Frau Ulhaas)
 - 5.1.1.8.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.8.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.8.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.8.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.8.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.1.9. Private Wohnung mit Pflege (Frau Ulhaas)
 - Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.9.1. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.9.2. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.9.3. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.9.4. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)

- 5.1.1.10. Bei Kinder oder Angehörigen im Haushalt (Frau Ulhaas)
 - 5.1.1.10.1. Definition/Erläuterung
 - 5.1.1.10.2. Allgemeine Ausführungen
 - 5.1.1.10.3. Finanzierungsmöglichkeiten/Förderrichtlinien
 - 5.1.1.10.4. Hinweise auf „Paradebeispiele“ zu der jeweiligen Wohnform außerhalb des Rhein-Erft-Kreises
 - 5.1.1.10.5. Vor- und Nachteile der jeweiligen Wohnform (allgemein/bezogen auf den Rhein-Erft-Kreis)
- 5.1.2. Verteilung der Wohnformen im Kreisgebiet
 - 5.1.2.1. In welchen Kommunen des Rhein-Erft-Kreises ist die jeweilige Wohnform bereits vorhanden/nicht vorhanden?
 - 5.1.2.2. Auswertung der Frage 2.5 des Fragebogens
- 5.1.3. (Wird die jeweilige Wohnform von den Menschen in der Kreisstadt Bergheim gewünscht)
- 5.1.4. Fazit/Handlungsansätze
- 5.2. Demenz (Frau Oziemkiewicz)
- 5.3. Wohnraumanpassung (Frau Günther und Herr Lepperhoff)
- 5.4. Wohnumfeld (Frau Kaminski und Frau Köhr)
- 5.5. Ehrenamt (Frau Mischker)
- 5.6. Netzwerke (Frau Ommerborn)
- 6. Handlungsansätze (Frau Felkel und Frau Skupch)**
 - 6.1. Einleitung
 - 6.2. Allgemeine Handlungsansätze für öffentliche Stellen
 - 6.2.1. Sicherstellung der Nahversorgung
 - 6.2.2. Verbindung von Wohnen und sozialen Treffpunkten
 - 6.2.3. Multifunktionshäuser (wie z.B. in Schlatkow)
 - 6.2.4. Mehrgenerationenhaus „Oase Frechen/Rhein-Erft-Kreis“
 - 6.2.5. Integration von Dienstleistern
 - 6.2.6. Schaffung einer Wohnraumberatung
 - 6.2.7. Kontaktstelle „Alternative Wohnformen“
 - 6.3. Allgemeine Handlungsansätze für gesellschaftliche Akteure
 - 6.3.1. Ehrenamtliches Beratungsnetzwerk

- 6.3.2. „Senioren helfen Senioren“
- 6.3.3. Nutzung Altbestand
- 6.3.4. Verbesserung des ÖPNV
- 6.3.5. „Einkaufsclub“ (Menschen, die sich wöchentlich zum Einkaufen treffen)
- 6.3.6. Ehrenamtpunktesystem
- 6.3.7. Auszeichnung von Ehrenamtlern
- 6.3.8. Schulungen für Angehörige und Ehrenamtler
- 6.3.9. Ist der Allgemeinmediziner im ländlichen Bereich ein Auslaufmodell?
- 6.4. Konkrete Handlungsansätze für die kreisangehörigen Kommunen
 - 6.4.1. Bedburg
 - 6.4.2. Bergheim
 - 6.4.3. Brühl
 - 6.4.4. Elsdorf
 - 6.4.5. Erftstadt
 - 6.4.6. Frechen
 - 6.4.7. Hürth
 - 6.4.8. Kerpen
 - 6.4.9. Pulheim
 - 6.4.10. Wesseling

7. Fazit

8. Tabellenverzeichnis

9. Abbildungsverzeichnis

10. Literaturverzeichnis

11. Erklärung der Studierenden

12. Anlagen

- 12.1. Zielvereinbarung – Projektauftrag
- 12.2. Fragebogen
- 12.3. Stakeholderanalyse

12.4. Experteninterviews (nach Datum und gegebenenfalls alphabetisch sortiert)

12.5. Erfassung IST-Zustand

12.6. Protokolle

Weiterer Überarbeitungsbedarf soll in der nächsten Projektgruppensitzung, die voraussichtlich am 17.11.2009, 9.00 Uhr, KT 1.7, stattfindet, behandelt werden. Sofern im weiteren Verlauf der Projektdurchführungsphase Änderungen bzw. Ergänzungen hinsichtlich der Gliederung erforderlich werden, werden diese Frau Skupch unverzüglich mitgeteilt.

TOP 7 „Sonstiges“

Frau Westphal erklärt sich bereit, bei Bedarf auch komplexere Auswertungen für die Studierenden zu übernehmen. Es wurde diesbezüglich festgehalten, dass komplexere Auswertungen zunächst selbst erarbeitet und daraufhin im Sinne des Vier-Augen-Prinzips von Frau Westphal überprüft werden, um eventuelle Fehler durch die Methode des Vergleichs aufdecken zu können.

12.11.2009

gez.

Günther

8.15.6. Protokoll der 6. Projektgruppensitzung vom 17.11.2009 (Frau Kaminski)

Uhrzeit

9.00-11.30 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.7

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Frau Könen eröffnete die Projektsitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden. Sie informierte die Studierenden darüber, dass die in der letzten Projektsitzung überarbeitete Gliederung an den Projektleiter Herrn Dr. Krüger übermittelt wurde und wies darauf hin, ihr die schriftlichen Zwischenergebnisse auf elektronischem Wege zukommen zu lassen, falls dies noch nicht geschehen sei.

Hierauf folgte die Klärung noch offener Fragen. Seitens der Studierenden wurde die Problematik des Auswertens „offener Fragen“ bzw. „teiloffener Fragen“ der Bürgerbefragung geäußert. Frau Könen verwies hier auf die Kollegin der Fachstelle „Älterwerden“ der Kreisstadt Bergheim, Frau Fuchs. Desweiteren wurde die Frage diskutiert, an welcher Stelle der Gliederung sich die Darstellung der aus den Experteninterviews ergebenden Erkenntnisse anbieten würde. Hier wurde sowohl der Gliederungspunkt „Stärke-Schwäche-Analyse“ als auch „Handlungsansätze“ als Möglichkeit in Erwägung gezogen.

Um ein gleiches Erscheinungsbild der Gesamtarbeit zu gewährleisten, wurden Vereinbarungen hinsichtlich der Formatierung der Projektarbeit bzw. der Einzelarbeiten getroffen:

Fußnoten werden in Schriftgröße 10 angegeben. Bei sinngemäßer Wiedergabe des Inhalts der Quelle wird die Abkürzung „vergleiche, vgl.“ vorangestellt.

Es wurde sich auf die ausgeschriebene Angabe der weiblichen als auch der männlichen Form bestimmter Begriffe geeinigt (Beispiel: Seniorinnen und Senioren, Bürgerinnen und Bürger, Mieterinnen und Mieter etc.).

Seitenzahlen werden erst im Zuge der Gesamtformatierung vergeben. Da sowohl Vorder- als auch Rückseite bedruckt werden, wird die Seitenzahl auf der Vorderseite rechts und auf der Rückseite links angegeben. Neue Kapitel beginnen immer auf der rechten Seite.

Abbildungen wie Tabellen, Graphiken etc. werden nicht auf die Seitenanzahl der Einzelarbeiten angerechnet. Ob dies auch für eigens erstellte Abbildungen gilt, wird bei Herrn Dr. Krüger bzw. der FHöV erfragt. Die Abbildungen sind mit Quellenangaben (inklusive kurzer Beschreibung des Dargestellten) zu versehen. Grafiken, die auf die Auswertung der Bürgerbefragung zurückzuführen bzw. selbst erstellt worden sind, benötigen keine Quellenangabe. Alle Abbildungen sind zu nummerieren.

Im Inhaltsverzeichnis sollen die Verfasser der einzelnen Kapitel erkennbar sein.

Auch bei eingerückter Überschrift der Unterpunkte soll der Abstand des Seitenrandes zum nachfolgenden Text 2,5cm betragen.

Die in den kreisangehörigen Kommunen erfassten Ist-Zustände sollen, wie bereits vorgesehen, in das Internetforum eingestellt werden. Änderungen vorbehalten.

Anschließend erfolgte die erneute Durchsicht der Gliederung mit Vorschlägen zur Abänderung bzw. Korrektur einzelner Punkte. Die Änderungen werden aufgenommen und zeitnah an alle Mitglieder des Projektteams übermittelt. Hierbei wurde deutlich gemacht, dass Änderungen an der Gliederung nur noch bis zum Termin 08.12.2009 vorgenommen werden können.

Zum Punkt „Handlungsansätze“ wurde die Möglichkeit diskutiert, diese sowohl themenspezifisch vom jeweiligen Bearbeiter stichwortartig zu entwickeln und dann an Frau Skupch und Frau Felkel zu senden oder aber auch auszuformulieren, sodass diese unter Angabe des jeweiligen Verfassers unter dem Gliederungspunkt „Handlungsansätze“ abgedruckt werden.

Desweiteren wies Frau Könen zum Thema „Handlungsansätze“ auf die Generationen Akademie Rhein-Erft (Ansprechpartner: Herr Overmann) hin.

Die Zwischenergebnisse werden an Projektleitung und -betreuung elektronisch übermittelt.

Abschließend fand ein Austausch der Studierenden untereinander statt.

17.11.2009

gez.

Kaminski

8.15.7. Protokoll der 7. Projektgruppensitzung vom 24.11.2009

(Frau Krings-Leufgen)

Uhrzeit

9.30-11.30 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.10

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Frau Könen eröffnete die Projektssitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden und entschuldigte sich für die Verspätung. Sie informierte die Studierenden, dass es bis jetzt noch nicht möglich war, alle schriftlich eingereichten Zwischenergebnisse durchzuschauen, versicherte jedoch, dass dies in den nächsten Tagen geschehen werde. Eine Rückmeldung des Projektleiters bezüglich der Zwischenergebnisse läge bisher nicht vor.

Anschließend gibt Frau Könen einige allgemeine Hinweise zur Projektarbeit. Nach kurzer Aussprache einigen sich die Studierenden, die Anzahl der Absätze zu reduzie-

ren, bei der Rechtsschreibung die Richtlinien des Dudens zu beachten, Links nicht farbig zu gestalten sowie Zitate kursiv darzustellen und einzurücken, es sei denn, sie befinden sich im laufenden Text, dann genüge die kursive Schreibweise.

Hierauf folgte die Klärung noch offener Fragen. Seitens der Studierenden wurde nochmals die Problematik des Auswertens „offener Fragen“ der Fragebogenaktion geäußert. Frau Könen verwies hier auf die zuständige Kollegin der Kreisstadt Bergheim, Frau Fuchs, die sich der Fragen der Studierenden zeitnah widmen werde. Die Projektgruppe einigte sich schließlich darauf, die Antworten der „offenen Fragen“ zu bündeln. In Bezug auf die Auswertung der Ist-Erfassungen wurde entschieden, keine Fußnoten und Quellen anzugeben. Zudem sollen die Ist-Zustände nur kurz aufgelistet und für genauere Informationen auf die Anlage verwiesen werden.

Danach wurde die Verfahrensweise mit Tabellen und anderen Darstellungen erörtert. Einvernehmlich wurde vereinbart, Tabellen, die von Studierenden entworfen wurden, jedoch den Inhalt z.B. von PDF-Dateien wiedergeben, durch die Worte „in Anlehnung an...“ zu kennzeichnen. Die Frage, ob selbst entworfene Tabellen (mit eigenem Text) zum Volumen der Einzelarbeiten zählen, konnte noch nicht abschließend geklärt werden, da sich der Projektleiter zu diesem Thema noch nicht geäußert habe. Umfangreichere Tabellen oder Schaubilder werden im Anhang aufgeführt. Grundrisse von Beispielen bezüglich der Wohnformen können, so einigte sich die Projektgruppe, im Fließtext untergebracht werden.

Anschließend erfolgte eine Änderung der Gliederung. Die Stärke-/Schwächeanalyse wird – genau wie der Gliederungspunkt „Allgemeines“ zu den Experteninterviews – von Frau Westphal übernommen. Die Auswertung der Experteninterviews wird in den jeweiligen Einzelthemen vorgenommen, wodurch der Gliederungspunkt „Auswertung Expertenbefragung“ entfällt. Die Frage, wie die Stärke-/Schwächeanalyse darzustellen ist (Textform/Tabelle), wird noch abschließend geklärt.

Zum Punkt „Handlungsansätze“ äußerte Frau Felkel, dass es schwierig und zu zeitintensiv sei, alle Kommunen des Rhein-Erft-Kreises intensiv zu beleuchten. Zudem seien nicht alle Ist-Erfassungen der Studierenden bis in die einzelnen Stadtteile untergliedert. Aufgrund des kurzen Zeitfensters regte Frau Könen an, die Ausarbeitung der

„Handlungsansätze“ auf die Kreisstadt Bergheim zu beschränken. Das Mehrgenerationenhaus in Frechen und die Generationen Akademie Rheinland sollten jedoch nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Im weiteren Verlauf der Projektsitzung gab Frau Könen bekannt, die Abgabe der zweiten schriftlichen Zwischenergebnisse für den 08.12.2009 vorzusehen. Sie begrüße, einige Arbeiten schon vor diesem Termin zu erhalten, um über ein ausreichendes Zeitfenster für die Durchsicht zu verfügen. Der endgültige Abgabetermin zwecks Gesamtformatierung an Frau Skupch wurde auf den 16.12.2009 datiert (am besten als PDF- Datei und auf CD gebrannt).

Schließlich tauschte sich die Projektgruppe mit Frau Könen über die Präsentation der Projektarbeit aus. Diese soll auf Wunsch der Studierenden zeitnah vor Karneval durchgeführt werden. Obwohl die Präsentation grundsätzlich an einem Stück erfolgen soll, sei dies aufgrund der Gruppenstärke nur schwer realisierbar. Frau Könen schlug deshalb vor, die Projektarbeit an zwei aufeinander folgenden Nachmittagen zu präsentieren. Im Falle der Freistellung seitens der FH sei es jedoch möglich, diese an einem Tag durchzuführen. Anlässlich der Präsentation wird das Lenkungsteam sowie einige Gäste (Ausbildungsleiter/-innen, ausgewählte Mitarbeiter/-innen des Rhein-Erft-Kreises etc.) als Zuhörer anwesend sein. Um einen weiteren Termin zu vermeiden, erfolgt das Kolloquium unmittelbar im Anschluss an jede Einzelpräsentation. Frau Könen verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit der Durchführung einer Probepräsentation ohne Benotung. Voraussichtlich werden Auszüge der Projektarbeit anlässlich einer Sitzung des Sozialausschusses präsentiert. Die Präsentation erfolge unter Verwendung des Programms Power-Point. Die Studierenden haben den Auftrag, eine gemeinschaftliche Folie zu entwerfen oder sich auf eine einheitliche Folie zu einigen.

Abschließend fand ein Austausch zwischen einigen Studierenden und Frau Könen bezüglich der Einzelthemen statt.

26.11.2009

gez.

Krings-Leufgen

8.15.8. Protokoll der 8. Projektgruppensitzung vom 01.12.2009 (Frau Köhr)

Uhrzeit

9.00-10.35 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.10

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Zu Beginn der Sitzung verteilte Frau Könen einen Pressebericht zur Bürgerbefragung (Kölner Stadt-Anzeiger vom 28./29. Dezember 2009).

Danach wurde beraten, wie mit offenen bzw. teiloffenen Fragen zu verfahren ist. Da jedoch nur wenige Projektmitglieder von dieser Problematik betroffen sind, wurde vereinbart, dass sich die interessierten Projektmitglieder nach der Projektsitzung kurz beraten. Frau Skupch, die u.a. das Literaturverzeichnis für die gesamte Projektarbeit erstellt, bat, dass die Projektmitglieder für ihre Einzelthemen jeweils ein eigenes Literaturverzeichnis verfassen und ihr zeitnah übermitteln, damit die Einzelverzeichnisse zu einem Gesamtliteraturverzeichnis zusammengefasst werden können. Bezüglich der Fußnoten einigte sich die Projektgruppe, diese wie folgt darzustellen: „Vergleiche Nachname, Vorname des Autors: Haupttitel des Buches, S. ...“, bei wörtlichen Zitaten entfällt „Vergleiche“. Wird z.B. auf Broschüren Bezug genommen, so kann als Autor beispielsweise auf das Ministerium verwiesen werden. Frau Skupch schlug vor, alternativ den Internetlink anzuführen.

Für Abbildungen wurde festgehalten, dass Pläne oder Fotografien in ihrer Größe nicht verändert werden, Grafiken und Tabellen jedoch die gesamte Seitenbreite füllen sollen. Auch hier übernimmt Frau Skupch im Zuge der Gesamtformatierung noch einige Anpassungsarbeiten, sofern sie erforderlich sein sollten. Abbildungen werden mit laufenden Nummern folgendermaßen beschriftet: „Abbildung 1“ usw. Eventuell kann ein kurzer Text unter den Abbildungen eingefügt werden.

Ein Versuch, alle Themenbereiche der Projektarbeit einheitlich von sechs Gliederungsebenen auf vier Gliederungsebenen zu komprimieren, scheiterte.

Für Querverweise wurde festgehalten, die volle Gliederungsebene des entsprechenden Kapitels/Abschnittes/Unterabschnittes anzugeben, auf die verwiesen werden soll (zum Beispiel: vergleiche Kapitel „4.5.2.1 XXX“). Diese soll zunächst von den Projektmitgliedern in den Einzelarbeiten rot gekennzeichnet werden, damit Frau Skupch, wenn sie die Formatierung vornimmt, auch hier eine letzte Kontrollmöglichkeit hat und gegebenenfalls Änderungen vornehmen kann. Die endgültige Gliederung wird zeitnah erstellt, die u.a. als Maßstab für die Verweise dienen kann.

Zu den Experteninterviews wurde festgehalten, dass jedes Projektgruppenmitglied diese im Einzelfall auswertet und nicht ein Einzelner die gesamte Auswertung übernimmt.

Frau Könen schlug vor, Migranten in der Projektarbeit als „Personen mit Migrationsgeschichte“ zu bezeichnen.

Frau Könen bot darüber hinaus den Informationsaustausch mit einer anderen Projektgruppe an, die das Thema „Staatsanwalt für den Ort“ bearbeitet.

Frau Könen berichtete, dass für die Gruppen, die die Themen „Wohnformen“ und „Wohnumfeld“ behandeln, vom Katasteramt ein Plan des Stadtgebietes Bergheim im Maßstab 1:10.000 zur Verfügung gestellt wird. Für die Präsentation der Projektarbeit wird dieser in digitalisierter Form zur Verfügung stehen.

Über die Gestaltung der sechs Überschriftenebenen wird die Projektgruppe in der kommenden Woche beraten.

Bezüglich der Präsentation der Projektarbeit merkte Frau Könen an, dass es nicht möglich sein wird, von der FH für den Präsentationstermin freigestellt zu werden. Für das Kolloquium gibt es demnach zwei Möglichkeiten. Zum einen besteht die Möglichkeit, das Kolloquium zusammen mit der Präsentation an zwei Nachmittagen im Februar durchzuführen. Die andere Option sei, das Kolloquium im Rahmen eines Projekttreffens bereits im Dezember, unabhängig von der Präsentation, durchzuführen. Da

für das Kolloquium jedoch die Anwesenheit des Projektleiters erforderlich ist, muss zunächst dessen Rückäußerung abgewartet werden. Auch für die Bestimmung eines endgültigen Termins für die Präsentation sowie der Probepäsentation ist zunächst eine Terminabstimmung mit dem Projektleiter notwendig.

Im Anschluss an die Projektsitzung wurden in Einzelgruppen noch weitere Fragen geklärt.

01.12.2009

gez.

Köhr

8.15.9. Protokoll der 9. Projektgruppensitzung vom 08.12.2009 (Herr Lepperhoff)

Uhrzeit

09.00-12.15 Uhr

Ort/Raum

Kreishaus Bergheim/KT 1.7

Anwesende

siehe Anwesenheitsliste

Inhalt

Frau Könen eröffnete die Projektsitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden.

Gegenstand der Diskussion war zuerst der Inhalt der Gesamtgliederung. Notwendig gewordene Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche wurden aufgenommen. Die Projektbetreuerin erklärte sich bereit, die besprochenen Änderungen- bzw. Ergänzungen in die Gesamtgliederung einzuarbeiten und den Studierenden in den nächsten Tagen zukommen zu lassen.

Im Rahmen der Formatierung der Projektarbeit, die von Frau Skupch übernommen wird, entschieden die Studierenden, auf ein Tabellenverzeichnis zu verzichten. Tabel-

len, Grafiken, Bilder etc. werden fortlaufend durchnummeriert, beschriftet und unter dem Oberbegriff „Abbildungen“ im Abbildungsverzeichnis erfasst. Aufgrund des nur kurzen Zeitfensters wurde einvernehmlich entschieden, auf Abkürzungs- bzw. Stichwortverzeichnisse zu verzichten. Das Quellenverzeichnis soll bei der Formatierung alphabetisch nach dem Verfasser geordnet werden.

Zur Erreichung eines möglichst einheitlichen Erscheinungsbildes der schriftlichen Einzelarbeiten wurden Formatierungen diskutiert und mehrheitlich folgende Einigungen erzielt:

- Überschriften und Texte sollen linksbündig formatiert,
- Zitate eingerückt und kursiv geschrieben werden,
- Beschriftung der Abbildungen einheitlich Schriftgröße 10 , „fett“, unterhalb der jeweiligen Abbildungen,
- Manuelle Seitenumbrüche werden erst bei der Gesamtformatierung von Frau Skupch vorgenommen,
- Fußnoten, z.B. Angabe von Links, werden nicht unterstrichen und
- der Vergleich mit Literatur soll mit der Bezeichnung „vgl.“ erfolgen.

Frau Könen wies darauf hin, dass die Einladungen zu den einzelnen Projekttreffen der Projektarbeit nicht als Anlagen beigefügt werden. Sinnvoll sei deshalb, neben den laufenden Nummern zusätzlich die Bezeichnungen der Tagesordnungspunkte in den Protokollen – soweit noch nicht geschehen – aufzuführen. Es wurde vereinbart, falls erforderlich, entsprechende Ergänzungen vorzunehmen. Die geänderten Protokolle sollen zeitnah an Frau Skupch übermittelt werden.

Die Projektbetreuerin informierte, dass die Medien „Kölner Stadt-Anzeiger“ und „Werbepost“ erneut über das Projekt berichtet haben und verteilte Ablichtungen der Berichte an die Studierenden.

Die Projektsprecherin, Frau Ulhaas, gab bekannt, dass die Projektgruppe bei der Erstellung des Deckblattes durch den Rhein-Erft-Kreis unterstützt wurde und legte in

diesem Zusammenhang den Entwurf eines Deckblattes für die Projektarbeit vor. Um Verbesserungsvorschläge oder Zustimmung wurde gebeten. Nach kurzer Erörterung wurden einvernehmlich kleinere Änderungen hinsichtlich Schriftgröße und Farbe sowie Platzierung des Wasserzeichens, bestimmt, die noch berücksichtigt werden sollen. Frau Ulhaas sagte zu, die entsprechenden Arbeiten zu übernehmen.

Nach Rücksprache mit dem Projektleiter, Herrn Dr. Krüger, informierte die Projektbetreuerin die Studierenden hinsichtlich des am 18.12.2009 bevorstehenden Kolloquiums. Erwartet wird, dass die Studierenden ihren Themenbereich kurz vorstellen und anschließend für inhaltliche und methodisch-technische Fragen zur Verfügung stehen. Nach Klärung einiger noch offenen Fragen der Studierenden wurde einstimmig auf die Durchführung des Treffens am 15.12.2009 verzichtet.

Abschließend wurde der organisatorische Ablauf der Präsentation am 09.02.2010 diskutiert. Auf Nachfrage der Studierenden teilt die Betreuerin mit, dass für die Präsentation von allen Studierenden der Projektgruppe einheitliche Entwurfsvorlagen zu verwenden sind. Diskutiert wurden folgende Möglichkeiten:

- Entwurfsvorlage der FHöV NRW,
- Entwurfsvorlage des Rhein-Erft-Kreises oder
- noch zu entwerfendes Design der Projektgruppe.

Da nach eingehender Diskussion keine einvernehmliche Lösung absehbar ist, wird aus der Mitte der Studierenden um Abstimmung gebeten. Darüber hinaus ergeht der Wunsch, die Alternativen nochmals zu überdenken zu dürfen. Die Projektbetreuerin versicherte, zu Vergleichszwecken zeitnah eine Entwurfsvorlage des Rhein-Erft-Kreises an alle Studierenden zu übermitteln. Die Entscheidung, welche Entwurfsvorlage Verwendung findet, wurde vertagt auf den 18.12.2009.

08.12.2009

gez.

Lepperhoff

9. Erklärung der Studierenden

„Die Studierenden der Projektgruppe versichern, dass sie die Projektarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben.“

Die Projektsprecherin bestätigt die Erklärung mit ihrer Unterschrift stellvertretend im Namen der gesamten Projektgruppe.

Bergheim, 30.12.2009 C. Ullrich
Ort, Datum, Unterschrift



Notizen:

A series of horizontal dotted lines for taking notes.

10. Stichwortverzeichnis

24-Stunden Betreuung (Demenz).....	274
24-Stunden-Betreuung.....	140
A	
Aachener Nachbarschaftsring (Handlungsansätze).....	476
Abbau von Barrieren (Wohnungsanpassung).....	286
Abfallberater (Ehrenamt).....	403
Abgesenkter Bordstein	312
Abstellflächen (Wohnungsanpassung).....	298
Abstellkammer (Wohnungsanpassung).....	302
AG 60 plus, Experteninterview	566
AG für Selbsthilfegruppen im REK.....	679
Aggressionen	241
Aggressionen (Demenz)	248
AK Intergeneratives Wohnen.....	224
Akteure	181
Akteursbezogene Beziehungsgeflechte (Netzwerke).....	426
Akteursnetzwerke	435
Aktiv im Alter.....	405
Aktive Mitgestaltung.....	414
Aktives Leben e.V.	182
Alarmsystem (Wohnungsanpassung).....	301
Alexianer	140
Alexianer (Demenz)	276
Alltag (Demenz)	248
Alltagskompetenzen	155

Alt hilft Jung NRW e.V. (Handlungsansätze).....	478
Altbestand (Handlungsansätze).....	459
Altenheim.....	162, 163
Altenhilfe (Netzwerke).....	440
Altenpflegeheim.....	163, 164
Altenwohnheim.....	163
Altenzentrum St. Augustinius.....	119
Alter.....	164
Alternative Wohnmöglichkeiten.....	222
Alternativen.....	222
ALTERNatives Wohnen in Erftstadt e.V. (Netzwerke).....	440
ALTERNatives Wohnen, Experteninterview.....	625
Altersgerecht Umbauen (Wohnungsanpassung).....	319
Altersgerechte Quartiergestaltung.....	211
Altersheim.....	162
Altersstruktur (Wohnprojekt Aachen).....	153
Alzheimer Gesellschaft REK.....	278
Alzheimer-Telefon.....	278
Am Jobberath.....	227
Ambulante Angebote in Frechen.....	677
Ambulante Angebote in Hürth.....	691
Ambulante Hilfen.....	442
Ambulante Pflege.....	130
Ambulante Pflege in Bedburg.....	634
Ambulante Pflege in Bergheim.....	640
Ambulante Pflege in Brühl.....	650
Ambulante Pflege in Erftstadt.....	674
Ambulante Pflege in Pulheim.....	719

Ambulante Pflege in Wesseling	727
Ambulante Pflegedienste.....	204
Ambulante Pflegedienste (Demenz)	259
Amt für Wohnungswesen.....	124
Amt für Wohnungswesen (Wohnungsanpassung)	314
Analyse (Auswertung Ehrenamt)	411
Andere Kostenträger (Wohnungsanpassung).....	313, 327
Anerkennung (Ehrenamt)	414
Anfangsstadium.....	239
Anforderung an den Wohnungsbau.....	282
Angebote (Wohnumfeld).....	348, 363
Angebote für Demenzerkrankte in Brühl	651
Angebote für Demenzerkrankte in Wesseling.....	732
Angebote für Demenzkranke in Bedburg.....	267
Angebote für Demenzkranke in Bergheim.....	267
Angebote für Demenzkranke in Bergheim.....	642
Angebote für Demenzkranke in Brühl	268
Angebote für Demenzkranke in Elsdorf.....	269
Angebote für Demenzkranke in Erftstadt.....	269
Angebote für Demenzkranke in Frechen.....	269
Angebote für Demenzkranke in Hürth	270
Angebote für Demenzkranke in Kerpen.....	270
Angebote für Demenzkranke in Pulheim	271
Angebote für Demenzkranke in Wesseling.....	271
Angebote für Senior/-innen (Netzwerke)	438
Angehörige	168
Ängste.....	241
Ängste (Demenz)	248

Ankleiden (Demenz)	243
Anlaufstelle (Netzwerke)	442
Anpassung der Wohnung	283
Anpassung des öffentlichen Raums in Frechen	683
Anpassung des öffentlichen Raums in Hürth	693
Anpassung von Eigenheimen (Netzwerke)	447
Anpassung von Häusern	223
Anpassung von Wohnungen	223
Anpassungsmaßnahmen	283
Anreiz	228
Anspannung (Demenz)	248
Antrag auf Förderdarlehen (Wohnungsanpassung)	327
Antrag auf Fördermittel	124
Antrag auf Leistungen (Demenz)	260
Antragsberechtigte (Wohnungsanpassung)	325
Antragsgenehmigung	124
AOK	168
AOK Portal	168
Appartement	188
Appetitlosigkeit (Demenz)	244
Arbeitsgemeinschaften	177
Arbeitshöhe (Wohnungsanpassung)	305
Arbeitslosenversicherung für Pflegepersonen (Demenz)	265
Arbeitsunfall (Wohnungsanpassung)	332
Architektur	229
Architektur (Demenz)	251
Ärztliche Betreuung	168
Attraktive Standorte	222

Attraktivität	229
Aufenthaltsräume (Demenz).....	251
Aufgabengebiete (Ehrenamt).....	423
Aufgabenzuweisung (Netzwerke)	431
Aufzug (Wohnungsanpassung)	300
Aufzugstastatur (Wohnungsanpassung).....	301
Aufzugstür (Wohnungsanpassung)	300
Augustinum Bonn.....	191
Augustinum-Gruppe	191
Ausbau (Handlungsansätze).....	459
Auslastung	228
Ausleuchtung (Demenz).....	253
Außenseiterrolle (Demenz).....	248
Auswahl der Farben (Demenz).....	252
Auswahl Pflegepersonal	167
Auswahl Senioren-/Pflegeheim	167
Auswertung Bürgerbefragung (Netzwerke)	445
Auswertungsergebnisse (Ehrenamt).....	406
Ausziehelement (Wohnungsanpassung).....	305
Ausziehen (Demenz)	243
Automatische Stromabschaltung (Wohnungsanpassung)	305
Autonomie	116, 121
AWO, Experteninterview	599
 B	
Bad (Wohnungsanpassung).....	306
Balkon (Wohnungsanpassung).....	303
Balkonbrüstungen (Wohnungsanpassung).....	289

Barrierearmer Umbau (Wohnungsanpassung).....	291
Barrierearmes Bauen	284
Barrierearmut (Wohnungsanpassung).....	290
Barrierefrei gestalten	223
Barrierefrei umgestalten	222
Barrierefreie Parkplätze.....	312
Barrierefreie Umgebung.....	176
Barrierefreie Wohnung.....	223
Barrierefreie Wohnungen.....	188
Barrierefreies Bauen.....	178, 284
Barrierefreies Wohnen	284
Barrierefreies Wohnumfeld.....	223
Barrierefreiheit	165, 210, 282
Barrierefreiheit (Wohnungsanpassung).....	315
Barrierereduzierung (Wohnungsanpassung)	290
Basisversorgung	121
Bau (Wohnprojekt Aachen)	152
Bau einer Mauer	311
Bauen (Wohnungsanpassung).....	292
Bauliche Nachrüstung (Wohnungsanpassung).....	285
Bauliche Prävention (Wohnungsanpassung).....	285
BauO NRW (Wohnungsanpassung).....	287
Bausparmittel (Wohnungsanpassung).....	331
Bauträger	229
Bauvorhaben.....	124
BBE.....	403
Bearbeitungsgebühren.....	190
Bedarfserfassung	181

Bedarfserhebung (Handlungsansätze)	490
bedarfsgerechte Dienstleistungen	121
Bedburg (Ehrenamt)	397
Bedienungselemente (Wohnungsanpassung)	289
Begegnungsmöglichkeit (Netzwerke)	438
Begegnungsräume	148
Beginn des Bauvorhabens	124
Begleitedienst	403
Begleitetes Wohnen	116
Begleitung (Netzwerke)	441
Behandlung der Demenz	238
Behandlungspflege	205
Behindertenbeirat in Hürth	694
Behindertengerechte Wohnung (Wohnungsanpassung)	291
Behindertengerechtigkeit (Wohnungsanpassung)	291
Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz	287
Behindertenhilfe (Netzwerke)	440
Behindertenparkplätze (Wohnumfeld)	352
Behinderung	164
Behördengänge (Netzwerke)	438
Bekleiden (Demenz)	243
Belegungsbindung	123, 316
Beleuchtung/Küche (Wohnungsanpassung)	306
Benutzung von Treppen (Wohnumfeld)	351
Beratung in Erftstadt	673
Beratungsangebote	179
Beratungsbüro	130
Beratungseinrichtungen (Netzwerke)	440

Beratungsgespräch	205
Beratungskosten	143
Beratungsnetz	179
Beratungsnetzwerk (Handlungsansätze)	454
Beratungsnetzwerke	436
Beratungsstellen	143
Beratungsstellen in Bedburg	633
Beratungsstellen in Frechen	684
Beratungsstellen in Hürth	694
Beratungstelefon (Handlungsansätze)	486
Bergheim (Ehrenamt)	397
Bergheimer Fußgängerzone	227
Bergheimer Zentrum	227
Bergheim-Süd-West (Netzwerke)	436
Berliner Modell (Demenz)	274
Berufsgenossenschaft (Wohnungsanpassung)	332
Beschaffenheit der Gehwege (Wohnumfeld)	355
Beschaffung von Wohnraum (Netzwerke)	440
Beschriftung (Wohnumfeld)	353
Besonderheit in Bergheim	644
Besonderheit Supermarkt (Wohnumfeld)	352
Besonderheiten (Wohnprojekt Aachen)	154
Best practice Beispiele (Netzwerke)	446
Bestandsanpassungen (Wohnungsanpassung)	325
Bestandserfassung	181
Bestandsförderprogramm (Wohnungsanpassung)	318
Bestandsförderung (Wohnungsanpassung)	317
Besuchsdienst	403

Besuchsdienst (Netzwerke)	438
Beteiligung der Pflegekasse	166
Beteiligungsstrukturen (Wohnumfeld)	359
Betreutes Wohnen	116, 223, 228
Betreutes Wohnen im Hotelverband	118
Betreutes Wohnen in einer an ein Pflegeheim gekoppelten Wohnanlage.....	118
Betreutes Wohnen in Familien (Demenz)	271
Betreutes Wohnen ohne soziale Dienste	117
Betreutes Wohnen und sozialer Dienst.....	117
Betreuung	163
Betreuung älterer Menschen (Netzwerke).....	437
Betreuungsangebote	116, 227
Betreuungskraft (Demenz).....	259
Betreuungsleistungen	188
Betreuungspauschale	118
Betreuungsvertrag.....	118
Bevölkerungsentwicklung	8
Bewegung (Demenz)	253
Bewegungsdrang (Demenz).....	253
Bewegungsfläche/Balkon (Wohnungsanpassung)	304
Bewegungsfläche/Küche (Wohnungsanpassung)	305
Bewegungsflächen (Wohnungsanpassung)	289
Bewegungsfreiheit/Bad (Wohnungsanpassung).....	307
Bewegungsparcour (Handlungsansätze)	461
Bewilligung der Fördermittel	124
Bewilligungsbehörde (Wohnungsanpassung)	323
Bewohnergenossenschaft	158
Bewohnerschaft	177

Bewohnerverein	150
Bewohnerversammlung.....	139
Bewohnervertretung.....	139
Beziehungsgeflechte (Netzwerke).....	426
Bezug zur Realität	240
Bielefelder Modell.....	128, 223, 226
Bielefelder Modell in Kerpen.....	600
Bildung & Kunst und Kultur.....	215
Bildungsangebote (Handlungsansätze)	469
Bildungsangebote für Senior/-innen (Handlungsansätze).....	471
Biografiearbeit bei Demenz	239
Blitzleuchte (Wohnungsanpassung).....	313
Boden des Balkons (Wohnungsanpassung)	303
Bodenbelag/Bad (Wohnungsanpassung).....	307
Bodengleiche Dusche	288
Bodengleiche Dusche (Wohnungsanpassung)	308
Bodenuntersuchung.....	124
Bordstein	312
Bordsteine (Wohnumfeld).....	355
Brandmeldeanlage (Wohnungsanpassung)	313
Broschüre	643
Brühl (Ehrenamt).....	397
Bü90/Grüne, Experteninterview.....	561
Bundesnetzwerk Bürgersch. Engagement.....	403
Bürgerinteressengemeinschaft	182
Bürgerstiftung in Wesseling.....	731
Bürgerstiftung Wesseling.....	402
BWB (Wohnungsanpassung)	318

C

Café	438
Caritas, Experteninterview	572
Computerkurse (Netzwerke)	441

D

Darlehen	124
Darlehen (Wohnungsanpassung).....	316
Definition.....	234
Dekoration (Demenz)	251
Demenz.....	232
Demenzerkrankte in Augustinum Bonn	193
Demenzkranke (Netzwerke).....	437
Demenzkranke als Gast	273
Demenz-Servicezentrum	278
Demografie	8
Demografie in Erftstadt	674
Demografiebericht für Hürth.....	695
Demografiebericht in Wesseling	732
Demografische Entwicklung in Brühl.....	650
Demografische Entwicklung in Frechen	684
Denktraining (Demenz).....	279
Denkvermögen (Demenz)	242
Depression	242
Depressive Phasen (Demenz)	248
Depressive Verstimmungen	242
Deutsche Alzheimer Gesellschaft.....	278
Deutsches Institut f. Normung e.V.	288

Diagnose Demenz	233
Dienstleistungen	121, 149, 188
Dienstleistungen (Handlungsansätze)	469
Dienstleistungen kreisweit	467
Dienstleistungsangebote	178
Dienstleistungspaket	188
Dienstleitungen	163
DIN 1450 (Wohnungsanpassung)	290
DIN 18041 (Wohnungsanpassung)	290
DIN 32975 (Wohnungsanpassung)	290
DIN-Normen (Wohnungsanpassung)	288
Diskussionsforum (Handlungsansätze)	483
DORV im Dorf (Handlungsansätze)	451
DORV-Zentrum (Handlungsansätze)	452
DPWV, Experteninterview	579
Drehelement (Wohnungsanpassung)	305
DRK Bergheim, Experteninterview	613
Dusche (Wohnungsanpassung)	288, 308
E	
Ebene Bewohnerschaft	211
Ebene Gesamtstadt	211
Ebene Quartier	211
Ebene Stadtteil	211
Eduard Pestel Institut	334
Auszeichnung	479, 484
Ehrenamtl. Engagem. i. Balkh., Türnich & Brüggen	705
Ehrenamtl. Engagem. i. Horrem & Götzenk.	708

Ehrenamtl. Engagem. in Blatzheim.....	707
Ehrenamtl. Engagem. in Buir.....	708
Ehrenamtl. Engagem. in Kerpen.....	710
Ehrenamtl. Engagem. in Manheim.....	712
Ehrenamtl. Engagem. in Mödrath.....	711
Ehrenamtl. Engagem. in Neu-Bottenbr.....	713
Ehrenamtl. Engagem. in Sindorf.....	714
Ehrenamtl. Engagem. in Wesseling.....	728
Ehrenamtliche Angebote in Bedburg.....	635
Ehrenamtliche Angebote in Frechen.....	677
Ehrenamtliche Angebote in Hürth.....	691
Ehrenamtliche Angebote in Pulheim.....	721
Ehrenamtliche Arbeit (Wohnumfeld).....	348
Ehrenamtliches Beratungsnetzwerk.....	454
Ehrenamtliches Engagement (Auswertung).....	406
Ehrenamtliches Engagement (Netzwerke).....	429
Ehrenamtliches Engagement im R-E-K.....	372, 387, 396, 420, 421
Ehrenamtliches Engagement in Angeldorf.....	656
Ehrenamtliches Engagement in Bedburg.....	397
Ehrenamtliches Engagement in Bergheim.....	397, 639
Ehrenamtliches Engagement in Brühl.....	397, 651
Ehrenamtliches Engagement in Elsdorf.....	398, 659
Ehrenamtliches Engagement in Erftstadt.....	398, 673
Ehrenamtliches Engagement in Frechen.....	399
Ehrenamtliches Engagement in Heppendorf.....	663
Ehrenamtliches Engagement in Hürth.....	399
Ehrenamtliches Engagement in Kerpen.....	400
Ehrenamtliches Engagement in Neu-Etzweiler.....	664

Ehrenamtliches Engagement in Pulheim.....	401
Ehrenamtliches Engagement in Wesseling	401
Ehrenamtliches in Berrendorf	657
Ehrenamtpunkte sammeln (Handlungsansätze)	476
Ehrenamtskarte.....	404, 415
Ehrenamtstag.....	417
Ehrung, kreisweit (Handlungsansätze).....	485
Eigenheime (Wohnungsanpassung)	318
Eigeninitiative	177
Eigenleistungen (Wohnungsanpassung)	331
Eigenständigkeit im Alter.....	148
Eigentümerversammlung	153
Eigentumswohnungen	229
Eigentumswohnungen (Wohnungsanpassung)	318
Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität.....	224, 226
Einfamilienhäuser mit Grundrissflexibilität (Handlungsansätze)	224, 226, 229, 479
Einflussmöglichkeiten (Netzwerke).....	433
Eingangsbereich (Wohnumfeld)	350
Eingangsbereich (Wohnungsanpassung).....	293
Eingangstür (Wohnungsanpassung).....	294
Eingeschränkte Alltagskompetenz	204
Eingeschränkte Alltagskompetenz (Demenz)	262
Eingewöhnung.....	168
Eingliederungshilfe (Wohnungsanpassung).....	331
Einkaufsangebote	178
Einkaufsclub (Handlungsansätze).....	486
Einkaufsdienst (Netzwerke)	438
Einkaufslieferungsdienst in Erftstadt	673

Einkaufsmöglichkeiten (Wohnumfeld)	346
Einkaufsmöglichkeiten in Erftstadt	673
Einkaufswagen (Wohnumfeld).....	352
Einkommensgrenzen	122
Einrichtung (Wohnumfeld)	352
Einrichtung für Demenzkranke in Frechen	683
Einschätzung des Wohlbefindens (Demenz).....	246
Einschränkung der Selbstständigkeit.....	236
Einschränkungen	121
Einsparpotenzial	229
Einstieghilfen/Bad (Wohnungsanpassung).....	308
Einzelhandel in Bedburg	636
Einzelprojekte.....	211
Elsdorf (Ehrenamt)	398
EN 81-70 (Wohnungsanpassung).....	290
Engagementförderung	414
Engagementpotenzial	410
Entkleiden (Demenz).....	243
Entscheidungsfindung (Wohnprojekt Aachen)	153
Entwicklg. Neuer Finanzierungsmodelle (Netzwerke)	447
Entwicklungsnetzwerke.....	427
Entwicklungsprojekt.....	224
Erfahrungen (Ehrenamt).....	405, 417
Erfahrungswerte	150
Erfahrungswissen für Initiativen	421
Erfolg (Netzwerke).....	434
Erfolgsbedingung	220
Erfolgsfaktoren (Netzwerke).....	433

Erftkreis-Pflegenetz.....	168
Erftland (Netzwerk).....	604
Erftstadt (Ehrenamt).....	398
Ergonomische Barriere (Wohnungsanpassung).....	286
Erheblich Pflegebedürftige.....	197
Erheblich Pflegebedürftige (Demenz).....	262
Erhöhung des WC's (Wohnungsanpassung).....	307
Erkennungszeichen der Demenz.....	235
Ernährung.....	168
Ernährung (Demenz).....	279
Erregung (Demenz).....	248
Erreichbarkeit.....	227
Ersatzpflege.....	200
Ersterwerb (Wohnungsanpassung).....	318
Erweiterung von Bildungsangeboten.....	469
Erziehungswissen.....	155
Essen (Demenz).....	244
Essen auf Rädern für Bergheim.....	641
Essen auf Rädern in Bedburg.....	633
Essen auf Rädern in Pulheim.....	720
Essen-Altenessen-Süd, (Pilotstandort).....	216
Essensservice.....	121
Essenszeiten.....	168
Experteninterview m. Herrn Binder.....	625
Experteninterview m. Herrn Stilz.....	572
Experteninterview mit Frau Fielitz.....	556
Experteninterview mit Frau Schreyer.....	566
Experteninterview mit Frau Vosen.....	606

Experteninterview mit Frau Wilbertz	621
Experteninterview mit Herrn Jütte	561
Experteninterview mit Herrn Keimer	579
Experteninterview mit Herrn Möcker	613
Experteninterview mit Herrn Renner	591
Experteninterview mit Herrn Schilling	599
Externes Engagementpotenzial	410
F	
Fachlicher Austausch (Netzwerke).....	446
Fachpersonal.....	169
Fachstelle für Senioren (Netzwerke).....	442
Fachunternehmen (Wohnungsanpassung).....	325
Fahrgastinformationen (Wohnumfeld).....	356
Fahrpläne (Wohnumfeld)	356
Fahrradwege (Wohnumfeld)	355
Fahrstuhl.....	141
Fairness (Netzwerke).....	433
Faktor 1.....	213
Faktor 2.....	214
Faktor 3.....	215
Faktor 4.....	216
Familie & Beruf (Netzwerke).....	437
Familienartige Strukturen.....	142
Familienzentrum.....	217
Farben (Demenz)	252
FDP, Experteninterview	556
Fehlleistungen (Demenz)	242

Fehlplanungen (Netzwerke)	425
Fenstergriff (Wohnungsanpassung)	311
Fenstergriffverlängerung (Wohnungsanpassung)	311
Finanzielle Beteiligung der Pflegekasse	166
Finanzielle Förderung (Wohnungsanpassung)	123, 124, 159, 185, 201, 206, 291, 313, 319, 340, 460
Finanzierung (Wohnprojekt Aachen).....	153
Finanzierung von Umbaumaßnahmen (Wohnungsanpassung).....	324
Fit im Kopf (Demenz).....	279
Fitness.....	226
Fitness (Handlungsansätze).....	461
Flächendrainage (Wohnungsanpassung).....	303
Flexible Organisationsstruktur	430
Förderantrag	158
Förderbausteine (Wohnungsanpassung)	325
Förderdarlehen (Wohnungsanpassung).....	316
Förderdarlehen der KfW (Wohnungsanpassung).....	327
Förderfähige Maßnahmen (Wohnungsanpassung).....	320
Förderkonditionen (Wohnungsanpassung)	322
Fördermittel.....	124
Fördermittel Wohnungsanpassung.....	285
Fördermöglichkeiten für Schwerbehinderte (Wohnungsanpassung).....	316
Förderprogramme (Wohnungsanpassung)	326
Förderrichtlinien für Bergheim	644
Förderung	158
Förderung neuer Wohnformen	143
Förderverfahren (Wohnungsanpassung)	323
Fördervoraussetzungen (Wohnungsanpassung).....	320

Formen d. Anerkennung	414
Forschungsprojekt	224
Forschungsprojekt PiA	405
Fortbildungsangebote (Netzwerke)	441
Frechen (Ehrenamt)	399
Freifläche Kennedyst.	228
Freiwilligensurvey	395
Freiwilliges Engagement	394
Freizeit in Angelsdorf	656
Freizeit in Balkhausen, Türnich & Brüggen	706
Freizeit in Blatzheim	707
Freizeit in Horrem & Götzenkirchen	709
Freizeit in Kerpen	710
Freizeit in Manheim	713
Freizeit in Mödrath	712
Freizeit in Sindorf	715
Freizeitaktivitäten	142
Freizeitangebote (Netzwerke)	441
Freizeitangebote (Wohnumfeld)	363
Freizeit-Club	140
Freizeitgestaltung	128, 148
Fremdversorgung	163
Frottagedruck (Netzwerke)	439
Frühstadium der Demenz	236
Frühstückstreffen (Netzwerke)	439
Funktionsräume	120
Fußgängerüberwege (Wohnumfeld)	354
Fußgängerzone	227

Fußläufig erreichbar	227
----------------------------	-----

G

Galgen (Wohnungsanpassung).....	310
Gänge (Wohnumfeld).....	352
Gärtner (Netzwerke).....	441
Gästewohnung.....	194
Gästewohnungen.....	130
Gastfamilien (Demenz).....	271
Gastfreundschaft (Demenz).....	273
Gebäude mit Nutzungsflexibilität (Handlungsansätze).....	468
Gebrauchstauglichkeit (Wohnungsanpassung).....	290
Gebührenpflichtiger Parkraum.....	228
Gedächtnislücken.....	236
Gedächtnisstörungen.....	235
Gedächtnistraining (Demenz).....	279
Gedächtnistraining (Netzwerke).....	439
Gefahrenquellen.....	283
Gegenseitige Hilfe.....	135
Gegensprechanlage (Wohnungsanpassung).....	301
Gehwege (Wohnumfeld).....	354
Gemeindearbeit (Wohnumfeld).....	348
Gemeinsam gegen Einsam.....	404
Gemeinsam gegen Einsam (Netzwerke).....	437
Gemeinschaftsaktivitäten.....	176
Gemeinschaftsaktivitäten (Wohnprojekt Aachen).....	154
Gemeinschaftseinrichtungen.....	120
Gemeinschaftseinrichtungen (Netzwerke).....	440

Gemeinschaftsflächen.....	148
Gemeinschaftsgedanke	135
Gemeinschaftsleben.....	130
Gemeinschaftsorientierte Wohnformen (Netzwerke).....	440
Gemeinschaftsraum	138
Gemeinschaftsräume	135, 148
Gemeinwohlorientierte Netzwerke.....	435
Genehmigung des Antrages.....	124
Generationen Akademie Rheinland (Handlungsansätze).....	471
Generationenmanager (Handlungsansätze).....	471
Generationenstadt	224
Generationenübergreifendes Wohnen in Erftstadt	674
Genossenschaftsanteile.....	158
Genossenschaftsgründungsdarlehen.....	158
Genossenschaftsmitglieder	158
Geselligkeit (Netzwerke).....	441
Gesetz zur Wohnraumförderung	124
Gesetzliche Unfallversicherung (Wohnungsanpassung).....	332
Gesprächskreise (Netzwerke).....	439
Gesprächspartner	169
Gestaltung (Wohnprojekt Aachen).....	153
Gestaltung der Wohnbereiche (Demenz).....	252
Gestaltung des Lebensraumes (Demenz)	249, 276, 282, 313
Gestaltung des Wohnumfeldes	367
Gestaltungsprozess	177
Gestörter Schlafrhythmus.....	240
Gesundheit & Service und Pflege.....	213
Gesundheitliche Ausstattung, Auswertung (Wohnumfeld).....	364

Gesundheitsförderung	223
Gewichtsverlust (Demenz)	244
Gewinnung v. Potenzialen (Ehrenamt)	412, 416
Gewohnheiten (Demenz)	248
Gitterstäbe (Wohnungsanpassung)	310
Gleichaltrige	169
Glessen, an der Dansweiler Straße	229
Glockenform	9
Grenzen erkennen (Demenz)	255
Grünanlagen (Wohnumfeld)	355
Grundangebot	121
Grunderwerb	124
Grundleistungen	118, 188
Grundprinzipien (Wohnen im Quartier)	177
Grundrissflexibilität (Handlungsansätze)	479
Grundsicherung	167
Grundsicherung (Demenz)	260
Grundüberzeugungen (Netzwerke)	430
Grundversorgung	203
Grundversorgung (Handlungsansätze)	452
Grünpaten	403
Gruppendruck	142
Gruppenwohnungen	143
 H	
Haftung	142
Halluzinationen	241
Haltegriffe/Bad (Wohnungsanpassung)	307

Haltehilfen/Bad (Wohnungsanpassung).....	308
Handläufe (Wohnungsanpassung).....	289, 293
Handläufe im Treppenhaus (Wohnungsanpassung).....	298
Handlungsansätze (Demenz).....	238, 271, 499
Härtefall der Pflegestufe III (Demenz).....	263
Härtefälle.....	204
Hauptmieter.....	142
Hauptwege (Wohnumfeld).....	355
Haus Rafael, Köln.....	141
Hausarbeiten.....	140
Hausaufgaben.....	149
Hauseingang (Wohnungsanpassung).....	288
Hausflur (Wohnungsanpassung).....	298
Hausgemeinschaft.....	135, 138
Hausgemeinschaften.....	223
Haushaltsgröße.....	224
Haushaltsnahe Dienstleistungen.....	121
Haushaltsnahe Dienstleistungen (Netzwerke).....	437
Häusliche Pflege.....	178
Häusliche Pflege (Demenz).....	263
Hausmeister-Modell.....	117
Hausnotruf.....	121
Hausnotruf in Pulheim.....	721
Hausnummer (Wohnungsanpassung).....	296
Hauswart.....	139
Hauswirtschaftliche Unterstützung.....	121
Heimaufsicht.....	133, 165
Heimeinrichtung.....	162

Heimformen	163
Heimunterbringung (Netzwerke)	442
Heimvertrag.....	167, 189
HGW	138
Hilfe durch Angehörige.....	176
Hilfe durch Nachbarn	176
Hilfe zum Lebensunterhalt	140
Hilfe zur Pflege	140
Hilfeangebote	116
Hilfebedürftigkeit	176
Hilfeleistungen	149
Hilfemix	180
Hilfenetz.....	180
Hilfsangebote	227
Hilfsangebote (Netzwerke)	442
Hilfsmittel (Demenz).....	250
Hilfsmittel (Wohnungsanpassung).....	328
Hilfsmitteldepot.....	130
Hilfsmittelkatalog (Wohnungsanpassung)	328
Hochbeete.....	311
Höhe des Pflegegeldes	198
Höhenverstellbarer Lattenrost (Wohnungsanpassung)	310
Hören (Demenz).....	246
Horizontale Barriere (Wohnungsanpassung)	286
Hospiz Bedburg-Bergheim.....	634
Hürth (Ehrenamt)	399
Hürth (Seniorenbeirat).....	400
Hygiene	167

I

Idee (Wohnprojekt Aachen)	152
Identifizierung von Sozialräumen	180
Indikatoren für Unwohlsein (Demenz).....	248
Individuelles Profil für Wohlbefinden (Demenz).....	246
Info-Börse (Netzwerke).....	438
Information (Demenz)	259
Informationsbereich (Handlungsansätze).....	482
Informationsplattform (Netzwerke).....	433
Infrastruktur.....	138, 149, 188
Infrastruktur (Wohnumfeld)	345
Infrastruktur in Angelsdorf.....	656
Infrastruktur in Balkhausen, Türnich & Brüggen.....	706
Infrastruktur in Berrendorf	657
Infrastruktur in Blatzheim	707
Infrastruktur in Buir.....	708
Infrastruktur in Elsdorf.....	660
Infrastruktur in Erftstadt.....	673
Infrastruktur in Esch.....	661
Infrastruktur in Giesendorf.....	661
Infrastruktur in Grouven.....	662
Infrastruktur in Heppendorf.....	663
Infrastruktur in Horrem & Götzenkirchen.....	709
Infrastruktur in Kerpen	711
Infrastruktur in Manheim	713
Infrastruktur in Mödrath.....	712
Infrastruktur in Neu-Bottenbr.....	714
Infrastruktur in Neu-Etzweiler	664

Infrastruktur in Niederembt.....	665
Infrastruktur in Oberembt.....	666
Infrastruktur in Sindorf.....	715
Infrastruktur in Tollhausen.....	667
Initiativkreis Mehrgenerationenwohnen (Netzwerke)	438
Initiatoren	150
Innovative Wohnmodelle (Netzwerke)	440
Institution	150
Institutionelle Vernetzung	429
Institutionsrolle (Netzwerke).....	431
Integratives Wohnen	129
Interessenkonflikte	142
Intergeneratives Wohnen.....	405
Intermediäre Netzwerke	435
Internetportal für den REK (Handlungsansätze).....	480
Investitionskosten.....	166
Ist-Zustand in Bedburg.....	633
Ist-Zustand in Bergheim.....	222, 372, 494, 639
Ist-Zustand in Brühl	650
Ist-Zustand in Elsdorf.....	117, 656
Ist-Zustand in Erftstadt.....	673
Ist-Zustand in Frechen.....	677
Ist-Zustand in Hürth	117, 118, 382, 383, 691
Ist-Zustand in Kerpen.....	704
Ist-Zustand in Pulheim	719
Ist-Zustand in Wesseling.....	118, 727

J

Jülich-Barmen	452
---------------------	-----

K

Kassenbereich (Wohnumfeld)	352
Keller (Wohnungsanpassung)	302
Kellertreppe (Wohnungsanpassung)	302
Kerpen (Ehrenamt)	400
Kerpen (Seniorenbeirat)	401
Kerpener Netzwerk 55 Plus	400
Kerpener Netzwerk 55plus (Netzwerke)	441
KfW-Förderprogramme	326
Kinderbetreuung	148
Kinderbetreuung (Netzwerke)	437
Kirche in Oberembt	666
Kirchliche Angebote (Wohnumfeld)	348
Klappsitz (Wohnungsanpassung)	301
Kombifunktion/Bad (Wohnungsanpassung)	308
Komfort	283
Kommunale Seniorenplanung	211
Kommunales Handeln	178
Kommunikation	142, 228
Kommunikation bei Demenz	242
Kompetenzbündelung (Netzwerke)	429
Kompetenzen (Ehrenamt)	423
Kompetenzen des Alters (Handlungsansätze)	467, 477
Konditionenübersicht (Wohnungsanpassung)	326
Kontakt der Generationen	156

Kontaktbereich (Handlungsansätze)	483
Kontakte (Wohnumfeld)	347
Kontakte pflegen (Demenz)	256
Kontaktstelle (Ehrenamt), Elsdorf.....	398
Kontaktstelle für alternative Wohnformen.....	463
Kontaktstelle für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe, BM	403
Kontaktstelle für neue Wohnformen, Aachen.....	464
Konzept WohnQuartier ⁴	209
Konzertbesuche (Netzwerke)	439
Kooperation (Ehrenamt).....	423
Kooperation (Netzwerke).....	427
Kooperationen mit Dienstleistern.....	130
Koordinierungsstelle (Netzwerke)	442
Koordinierungsstelle für Seniorenarbeit in Hürth.....	694
Koordinierungsstelle für Seniorenfragen in Pulheim.....	722
Körperliche Anspannung (Demenz).....	248
Körperliche Einschränkungen	121
Körperliche Fitness (Handlungsansätze).....	461
Körperliches Unwohlsein (Demenz)	248
Körperpflege (Demenz).....	243
Kosten.....	167
Kosten Pflegestufe I	167
Kosten Pflegestufe II.....	167
Kosten Pflegestufe III.....	167
Kostenfrei	189
Kostenträger (Wohnungsanpassung).....	327
Krankenkasse (Wohnungsanpassung).....	328
Krankenversicherung für Pflegepersonen (Demenz)	265

Krankheit	164
Kreativwerkstatt (Netzwerke)	438
Kreisweite Dienstleistungen	467
Kreisweite Ehrung (Handlungsansätze)	485
Krisentelefon (Handlungsansätze).....	486
Kriterien (Netzwerke).....	434
Küche (Wohnungsanpassung)	305
Kulturangebot (Wohnumfeld)	348
Kulturelle Angebote (Wohnumfeld).....	348
Kulturelle Angebote in Bergheim	641
Kulturelle Angebote in Brühl	652
Kulturelle Angebote in Wesseling.....	731
Kulturelle Infrastruktur.....	176
Kulturelle Weiterbildung.....	223
Kulturhaus der Generationen.....	219
Kulturmittler	405
Kulturprogramm	189
Kulturprogramm	218
Kudentoiletten (Wohnumfeld).....	352
Kunst & Kultur (Netzwerke)	441
Kurzzeitpflege	199
L	
Laiendolmetschen.....	405
Laienspiel (Netzwerke)	441
Landesinitiative Demenz-Service NRW	278
Lattenrost (Wohnungsanpassung)	310
Laubengangerschließung (Wohnungsanpassung)	295

Lebensqualität	283
Lebensraum (Demenz)	249
Leichte Demenz.....	236
Leistungen (Demenz)	260
Leistungen bei eingeschränkter Alltagskompetenz (Demenz)	264
Leistungen der Pflegeversicherung (Demenz)	263
Leistungen für Hilfsmittel (Demenz)	264
Leistungsoskar.....	402
Leistungspaket.....	163
Leistungsstandards	187
Leistungsverträge	124
Leitbilder (Netzwerke)	430
Lendenstütze (Wohnungsanpassung).....	312
Lichtgestaltung (Demenz)	253
Lichtschalter (Wohnungsanpassung)	289, 302
Lichtsignal-Anlage (Wohnungsanpassung)	296
Lieferungsverträge	124
 M	
MAGS NRW	143
Mahlzeiten (Demenz).....	244
Mahlzeitendienste für Bergheim	641
Mahlzeitendienste in Bedburg.....	633
Mahlzeitendienste in Pulheim	720
Makro Ebene	211
Marketing (Netzwerke)	434
Marktorientiertes Netzwerk.....	435
Mediator	142

Medio-Tarif	228
MediVital.....	226
Medizinische Behandlung der Demenz.....	238
Medizinische Behandlungspflege.....	205
Medizinische Versorgung (Wohnumfeld).....	346
Medizinische Versorgung, Auswertung (Wohnumfeld)	364
Mehrgenerationenhaus	151
Mehrgenerationenhaus	399, 437
Mehrgenerationenwohnen	135, 143, 148, 185, 223, 228, 437
Mehrkosten.....	189
Meldekopf (Wohnungsanpassung).....	301
Meso-Ebene.....	211
MGH.....	152, 465, 468, 474
MGH Miteinander Leben & Wohnen (Netzwerke).....	448
Mietbindung	123
Mietobergrenzen.....	123
Mietpreisbindung.....	316
Mietvertrag auf Lebenszeit.....	138
Mietwohnungen.....	229
Mietwohnungen (Wohnungsanpassung)	318
Mikro Ebene	211
Millieuthérapie	238
Mindestanforderungen (Wohnungsanpassung).....	325
Mindest-Bewegungsflächen (Wohnungsanpassung).....	289
Mindeststandard (Handlungsansätze).....	489
Mindesttürenbreite (Wohnungsanpassung).....	289
Misstrauen	241
Mitbestimmungsstrukturen.....	210

Mitgestaltung (Ehrenamt)	414
Mitgliederversammlung	153
Mitgliederzahl (Netzwerke)	432
Mitspracherecht	141
Mittagstisch für Senioren, Kinder, Eltern (Netzwerke)	438
Mittelstadium der Demenz	237
Mitten im Leben (Wohnumfeld)	374
Mittlere Demenz	237
Mitwirkende	150
Mitwirkungsstrukturen	210
Mobile Angebote in Frechen	677
Mobile Angebote in Hürth	691
Mobile Pflegedienste in Bedburg	634
Mobile Pflegedienste in Bergheim	640
Mobile Pflegedienste in Brühl	650
Mobile Pflegedienste in Erftstadt	674
Mobile Pflegedienste in Pulheim	719
Mobile Pflegedienste in Wesseling	727
Mobile Wohnraumberatung (Netzwerke)	447
Mobilitätseinschränkungen	224, 282, 284
Mobilitätsverlust	223
Modell	136, 137
Modellprojekte (Ehrenamt)	417
Moderne Strategien (Netzwerke)	427
Modernisieren	222
Modernisieren (Wohnungsanpassung)	324
Müllplatz	312
Müllsammler	312

Multifunktionshäuser.....	224
Multifunktionshäuser (Handlungsansätze).....	468
N	
Nachbarschaft.....	228
Nachbarschaftliche Hilfeleistungen.....	155
Nachbarschaftliche Unterstützung (Netzwerke).....	437
Nachbarschaftshilfe.....	148
Nachbarschaftshilfe (Handlungsansätze).....	486
Nachbarschaftshilfeverein.....	179
Nachbarschaftsring, Aachen (Handlungsansätze).....	476
Nachbarschaftstreffpunkt.....	151
Nachbarschaftszentrum.....	179
Nachrüstung (Wohnungsanpassung).....	285
Nachrüstung von Altfahrzeugen (Handlungsansätze).....	490
Nachtbereitschaftsraum.....	130
Nächtliches Wandern.....	240
Nachtpflege.....	199
Nachttisch (Wohnungsanpassung).....	310
Nahrungsverweigerung (Demenz).....	244
Nahversorgung.....	229
Nahversorgung (Handlungsansätze).....	373, 451
Nebenwege (Wohnumfeld).....	355
Netzwerk.....	400
Netzwerk Bergheim Süd-West.....	404
Netzwerk Handwerk.....	447
Netzwerk Löwenzahn e.V.....	439
Netzwerkarbeit.....	427

Netzwerkarbeit im REK.....	383, 436
Netzwerkbildung in Brühl.....	652
Netzwerke.....	424
Netzwerke in Bergheim.....	639
Netzwerke in Elsdorf.....	660
Netzwerke in Frechen.....	684
Netzwerke in Giesendorf.....	661
Netzwerke in Grouven	662
Netzwerke in Hürth	694
Netzwerke in Niederembt.....	665
Netzwerkerfolg.....	433
Netzwerkfrühstück (Netzwerke)	441
Netzwerkgröße	432
Netzwerkpartner	429
Netzwerkstruktur.....	430
Netzwerktreffen.....	442
Netzwerktypen	434
Neubau (Wohnungsanpassung).....	318
Neubelegung.....	141
Niedrigschwellige Angebote in Bedburg	634
Notrufgegensprechanlage (Wohnungsanpassung)	301
Notrufsystem	188
Notrufsystem (Wohnungsanpassung)	313
NRW.BANK	124
Nützliche Adressen (Demenz)	278
Nutzung des Altbestands (Handlungsansätze).....	315, 459
Nutzungsflexibilität (Handlungsansätze).....	468

O

Öcher Frönnde (Handlungsansätze)	476
Öffentl. zugängl.Gebäude (Wohnumfeld)	349
Öffentliche Einrichtungen (Wohnumfeld)	349
Öffentliche Verkehrsmittel	178
Öffentliche Verkehrsmittel in Bedburg	636
Öffentliche Verkehrsmittel in Pulheim	722
Öffentlicher Personennahverkehr (Wohnumfeld)	356
Öffentlicher Raum (Wohnumfeld)	353
Öffentlichkeitsarbeit (Ehrenamt).....	394
Olga-Treffen (Netzwerke).....	447
Online-Portal GAR (Handlungsansätze)	471
ÖPNV (Handlungsansätze)	488
ÖPNV (Netzwerke)	441
ÖPNV, Auswertung (Wohnumfeld).....	361
Optimales Sitzen (Wohnungsanpassung).....	312
Organisationsstruktur (Netzwerke)	430
Orientierung (Demenz).....	250
Orientierungslosigkeit	240
Orientierungsstörungen	240
Ortsrandflächen	226
Osnabrück (Wohnumfeld).....	387
Osteopathie	226

P

Pädagogische Projektbegleitung (Netzwerke).....	449
Parcourgeräte (Handlungsansätze)	462
Parkplatz.....	227

Parkplätze	312
Parkraum	228
Parks (Wohnumfeld)	355
Parksauna	226
Partizipation	177
Partizipation & Kommunikation	214
Partizipation im Alter	405
Partizipation im Alter in den Kommunen NRW's	224
Passive Pflege.....	171
Passivität (Demenz).....	248
Pensionspreis.....	188
Personennahverkehr (Wohnumfeld)	356
Pflege.....	163, 203
Pflege (Netzwerke).....	442
Pflege in Einrichtungen für Behinderte (Demenz)	264
Pflege.net.....	168
Pflegebad.....	130
Pflegebedarf (Demenz).....	260
Pflegebedürftigkeit	121, 142, 163, 190, 197
Pflegebedürftigkeit (Demenz)	261
Pflegebett (Wohnungsanpassung)	309
Pflegebewohnerplätze	600
Pflegedienst.....	198
Pflegedienste in Bedburg	634
Pflegedienste in Bergheim	640
Pflegedienste in Brühl	650
Pflegedienste in Erftstadt	674
Pflegedienste in Frechen	677

Pflegedienste in Pulheim	719
Pflegedienste in Wesseling	727
Pflegedienstleistungen	121
Pflegedokumentation	168, 205
Pflegeeinrichtungen (Demenz)	251
Pflegegeld	197, 198
Pflegeheim	162
Pflegeheimnavigator	168
Pflegehilfsmittelkatalog (Wohnungsanpassung)	328
Pflegekasse	166
Pflegekasse (Demenz)	260
Pflegekasse (Wohnungsanpassung)	328
Pflegekonzept	167
Pflegekosten	166
Pflegeleistungen	168
Pflegepersonal	169
Pflegeplanung	205
Pflegereform	165
Pflegerische Unterstützung	121
Pflegesachleistungen	203
Pflegeskandale	170
Pflegestufe 0 (Demenz)	262
Pflegestufe I	197
Pflegestufe I (Demenz)	262
Pflegestufe II	198
Pflegestufe II (Demenz)	262
Pflegestufe III	198
Pflegestufe III (Demenz)	262

Pflegeversicherung (Demenz)	260
Pflegeversicherung für Pflegepersonen (Demenz)	265
Pflegevertrag	205
Pflegewohnngeld	167
Pflegewohnngemeinschaften, REK	599
Phänomene bei Demenz	240
Physiotherapie	226
pia-causa Krankenpflege GmbH	140
Pilotstandorte	216
Planen (Wohnungsanpassung)	292
Planung	124
Planung von Pflegeeinrichtungen (Demenz)	251
Planungsgebiete	177
Planungskonferenzen (Netzwerke)	446
Planungskosten	143
Plattformlift (Wohnungsanpassung)	294
Platzzahl	165
Potenzielle Standorte	225
Praktische Erfahrungen (Ehrenamt)	405, 417
Preise (Wohnumfeld)	353
Preise Augustinum Bonn	192
Private Wohnung mit Pflege	166, 183, 199, 203, 209
Privatheit	116
Privatsphäre	121, 169
Probewohnen	168
Probe-Wohnen	194
Probleme der alternden Gesellschaft	11
Produkte (Wohnumfeld)	353

Professionelle Akteure.....	181
Profil für Wohlbefinden (Demenz).....	246
Projekt	131, 219, 401, 447
Projekt Hederpark (Handlungsansätze).....	460
Projektbegleitung (Netzwerke).....	449
Projektbeirat (Netzwerke)	449
Psyche (Demenz)	252
Psychische Barriere (Wohnungsanpassung).....	290
Psychosoziale Therapie bei Demenz.....	238
Pulheim (Ehrenamt).....	401
Pulheim, Seniorenbeirat	401
Pyramidenform.....	9
Q	
Qualifizierung (Ehrenamt).....	415
Qualifizierung Wohnberater (Handlungsansätze)	473
Qualitätssiegel Betreutes Wohnen in NRW	119
Qualitätsverbesserung (Wohnungsanpassung).....	318
Quartiergestaltung	211
Quartiermanagement	210
Quartiersentwicklung	211, 223, 229
Quartiersentwicklung (Handlungsansätze).....	480
Quartiersgestaltung.....	223
Quartierskonferenz	177, 181
Quartiersnetzwerk.....	448
Querschnittsaufgaben	107

R

Rahmenbedingungen.....	224
Rampe (Wohnungsanpassung).....	293
Rastlosigkeit.....	240
Rat (Demenz).....	259
Raumdekorationen (Demenz).....	250
Räumliche Barriere (Wohnungsanpassung).....	286
Realisierung.....	221, 499
Realisierung alternativer Wohnmöglichkeiten.....	224
Realisierung neuer Wohnformen	227
Recklinghausen (Wohnumfeld).....	389
Reduzierung von Barrieren (Wohnungsanpassung).....	290
Regionale Entwicklungsnetzwerke	427
Regionale Kooperation (Netzwerke).....	427
Regionalentwicklungsnetzwerke.....	435
Rehabilitative Pflege	171
Rehaträger (Wohnungsanpassung).....	330
Remscheid-Hohenhagen, (Pilotstandort)	218
Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen (Demenz)	264
Reparaturdienst (Handlungsansätze).....	478
Repräsentativerhebung (Ehrenamt).....	395
Residenzvertrag.....	189
Ressourcen (Netzwerke)	432
Ressourcen der älteren Generation (Handlungsansätze).....	479
Rhein-Erft-Kreis Pflegenetz.....	168
Rhein-Erft-Kreis, Experteninterview	606
Riechen (Demenz).....	245
Rollstuhlgerechtes Wohnen (Wohnungsanpassung).....	289

Rückzug (Demenz)	248
Rufbereitschaft	121
Ruhelosigkeit	240
Ruhezeiten	168
Rutschhemmender Bodenbelag (Wohnungsanpassung)	307
 S	
Sauberkeit	167
Schaffung von Bildungsangeboten	469
Schiebetür (Wohnungsanpassung)	303
Schlaflosigkeit	240
Schlafstörungen	240
Schlaf-Wach-Rhythmus	240
Schlafzimmer (Wohnungsanpassung)	309
Schmecken (Demenz)	245
Schmerzen (Demenz)	248
Schriftgröße (Wohnungsanpassung)	301
Schulbusbegleitung	404
Schwellenloses Betreten (Wohnumfeld)	352
Schwerbehinderte (Wohnungsanpassung)	316
Schwere Demenz	237
Schwere Pflegebedürftigkeit	121
Schwerpflegebedürftige	198
Schwerpflegebedürftige (Demenz)	262
Schwerstpflegebedürftige	198
Schwerstpflegebedürftige (Demenz)	262
Schwierigkeiten beim Be- und Entkleiden (Demenz)	243
Sehen (Demenz)	246

Seitliche Gitterstäbe (Wohnungsanpassung).....	310
Selbstbestimmung (Netzwerke)	440
Selbstgestalterische Beteiligung.....	423
Selbsthilfe.....	176
Selbsthilfegruppen (Netzwerke).....	440
Selbsthilfegruppen im REK	679
Selbsthilfe-Netzwerke	156
Selbstorganisation der Bürger (Wohnumfeld)	359
Selbstständiges Wohnen.....	121
Selbstständigkeit.....	116
Senior/-innen helfen Grundschulern (Netzwerke)	439
Senioren helfen Senioren (Handlungsansätze).....	478
Senioren helfen Studenten (Handlungsansätze).....	478
Seniorenarbeit in Hürth	694
Seniorenbegegnungsstätten (Ehrenamt).....	396
Seniorenbegegnungsstätten in Bedburg	635
Seniorenbeirat (Handlungsansätze).....	497
Seniorenbeirat der Stadt Hürth.....	400
Seniorenbeirat der Stadt Kerpen	401
Seniorenbeirat der Stadt Pulheim.....	401
Seniorenbeirat der Stadt Wesseling.....	402
Seniorenbeirat in Hürth	694
Seniorenbeirat in Wesseling.....	730
Seniorenberatung (Netzwerke).....	442
Seniorenfragen in Pulheim	722
Seniorenfreundliche Einrichtung (Wohnumfeld).....	352
Seniorenfreundliches Osnabrück.....	387
Seniorenfreundliches Recklinghausen	389

Seniorenrechte Stadtteilentwicklung	211
Seniorenheim	162, 163
Seniorenkassen (Wohnumfeld)	353
Seniorenleitbild für Hürth.....	695
Seniorennetzwerk Wesseling.....	442
Seniorenresidenz	187
Senioren-Union, Experteninterview	591
Seniorenwohnheim, Brühl.....	175
seniorTrainer	405
Sensorische Barriere (Wohnungsanpassung)	286
Servicestellen der Rehaträger (Wohnungsanpassung)	330
Servicestützpunkt	130, 226
Service-Wohnen	116
Sichere Treppe (Wohnungsanpassung)	298
Sicherheit.....	283
Sicherheit (Demenz)	252
Sicherheit (Wohnumfeld)	346, 359
Sicherheit, Auswertung (Wohnumfeld).....	364
Sicherheitsgefühl (Handlungsansätze)	492
Sicherheitsgefühl (Wohnumfeld)	359
Sicherheitsvorkehrungen (Wohnungsanpassung)	294
Sicherstellung der Nahversorgung (Handlungsansätze).....	373, 451
Sichtbare Signale (Wohnungsanpassung)	296
Sichtkontakt (Wohnungsanpassung)	311
Sinne (Demenz)	245
Sitzmöbel (Wohnungsanpassung)	312
Sitzmöglichkeiten (Wohnumfeld)	352
Sitztiefe (Wohnungsanpassung)	312

Sitzwinkel (Wohnungsanpassung)	312
Software (Handlungsansätze).....	483
Sonderleistungen	189
Sonderwohnformen für Pflegebedürftige.....	178
Sonstiges in Pulheim	722
SOwieDAheim (Demenz)	273
Sozialausschuss in Hürth.....	694
Soziale Angebote (Wohnumfeld).....	347
Soziale Angebote in Bergheim.....	374, 641
Soziale Angebote in Brühl	652
Soziale Angebote in Wesseling.....	731
Soziale Dienste (Netzwerke).....	438
Soziale Infrastruktur	176
Soziale Infrastruktur (Wohnumfeld)	358
Soziale Kontakte	121, 135
Soziale Kontakte (Wohnumfeld).....	347
Soziale Netzwerke.....	179
Soziale Stadt.....	210
Soziale Vorsorge	441
Soziale Wohnraumförderung	122
Sozialer Treffpunkt (Handlungsansätze).....	469
Soziales Wohnumfeld	347, 358
Sozialhilfe (Wohnungsanpassung).....	331
Spätes Stadium	237
Spaziergänge (Netzwerke)	439
SPD-Fraktion, Experteninterview	621
Spezialwohnung (Wohnungsanpassung).....	291
Spezielle Förderungen.....	158

Spiegel (Wohnungsanpassung)	301
Spielplatzpaten	403
Sport (Demenz)	279
Sport (Netzwerke)	441
Sportmöglichkeiten	226
Sprachmittler	405
St. Lazarus, Bergheim	175
Stadien der Demenz.....	236
Städtebauliches Wohnumfeld.....	344
Stadthaus statt Haus, Aachen	152
Stadtplanung.....	345
Stadtteilbüro (Netzwerke)	436
Stadtteilentwicklung.....	211
Stadtteilforen	404
Stadtteilmoderatoren.....	211
Stakeholder	542
Standard-Bewegungsflächen (Wohnungsanpassung)	289
Steigerung des Wohlbefindens (Demenz)	245
Steinbemalen (Netzwerke)	439
Stiftung Wohlfahrtspflege NRW	220
Stimmungsschwankungen	236
Stolperfallen (Demenz).....	252
Stolperschwellen	283
Straßen (Wohnumfeld)	354
Strategien (Netzwerke).....	427
Stress (Demenz).....	256
Stresstest (Demenz)	257
Stromabschaltung (Wohnungsanpassung).....	305

Strukturen, Seniorenbeirat (Handlungsansätze).....	497
Strukturmerkmale (Netzwerke).....	430, 442
Stufen der Pflegebedürftigkeit (Demenz).....	262
Stufenbreite (Wohnungsanpassung).....	298
Stufenkanten (Wohnungsanpassung).....	299
Stufenloser Hauseingang (Wohnungsanpassung).....	288
Stütze über dem Bett (Wohnungsanpassung).....	310
Supermarkt (Wohnumfeld).....	352
Symptome der Demenz.....	240, 253

T

Tag des freiwilligen Engagements (Handlungsansätze).....	484
Tag für Ältere, Erftstadt.....	674
Tagesablauf (Demenz).....	249
Tagesbetreuung.....	193
Tagespflege.....	199
Tagespflege (Demenz).....	263
Tagesplanung (Demenz).....	248
Tagesstruktur (Demenz).....	248
Tagestreffpunkt.....	151
Tasten (Demenz).....	246
Tätigkeiten eines Wohnberaters (Handlungsansätze).....	473
Technische Alltagshilfen (Wohnungsanpassung).....	285
Technische Hilfsmittel (Demenz).....	264
Technische Pflegehilfsmittel (Wohnungsanpassung).....	328
Teilnahmslosigkeit (Demenz).....	248
Teilstationäre Pflege (Demenz).....	263
Terrasse (Wohnungsanpassung).....	303

Theaterbesuche (Netzwerke)	439
Theatergruppe (Netzwerke).....	439
Therapeutische Behandlung der Demenz	238
Tiefergesetzter Fenstergriff (Wohnungsanpassung).....	311
Tipps (Demenz)	279
Tipps (Wohnungsanpassung)	311
Toilettensitzerhöhung (Wohnungsanpassung)	307
Töpfern (Netzwerke)	439
Träger	150
Trägerverein MGH	399
Transparenz (Netzwerke)	433
Trauer (Demenz).....	248
Treffen (Netzwerke)	433
Treffpunkt für Jung & Alt (Netzwerke)	437
Treppenhaus (Wohnumfeld).....	351
Treppenhaus (Wohnungsanpassung).....	298
Treppenlift (Wohnungsanpassung)	300
Treppensteiger (Wohnungsanpassung)	300
Trinken (Demenz)	244
Türbreite (Wohnungsanpassung).....	289
Türen (Wohnumfeld).....	352
Türgriffe (Wohnungsanpassung).....	289
 U	
Überdachter Zugangsbereich (Wohnungsanpassung)	295
Überwege (Wohnumfeld).....	354
Umbau (Handlungsansätze)	459
Umbaumaßnahmen im Bestand (Wohnungsanpassung)	292

Umfrage (Wohnumfeld).....	353
Umgang mit den Kranken	242
Umgang mit Stress (Demenz)	256
Umgestaltung (Wohnungsanpassung).....	291
Umliegende Stadtteile	228
Umnutzung Altbestand (Handlungsansätze).....	459
Umsetzung des WohnQuartiers ⁴	223
Umsetzungsmöglichkeiten	225
Unfallsicher gestalten.....	223
Unruhe.....	240
Unruhe (Demenz).....	248
Unterhaltungseinrichtungen (Handlungsansätze)	462
Unterhaltungsprogramm.....	189
Unterkunft	163
Unterkunftskosten	166
Unterstütztes Wohnen	116
Unterstützung	135
Unterstützung im Alltagsleben.....	128
Unterstützungsangebote (Netzwerke)	442
Unterstützungsleistungen	149, 176
Unterstützungsmaßnahmen	148
Unwohlsein (Demenz).....	248
Unzufriedenheit (Demenz).....	242
Urnenform	9
Ursachen der Demenzerkrankung	234
 V	
Veranstaltungen für alle Generationen (Netzwerke).....	438

Veranstaltungen für Demenzkranke in Frechen	683
Verantwortungszuweisung (Netzwerke)	431
Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit (Wohnungsanpassung)	290
Verbesserung der ÖPNV (Handlungsansätze)	357, 488
Verbesserung der Quartiersentwicklung (Handlungsansätze).....	480
Verbesserung der Wohnquartiere (Wohnungsanpassung)	318
Verbesserung der Wohnsituation in ER	673
Verbesserung Wohnumfeld (Demenz)	264
Verbleib im Wohnumfeld.....	223
Verein ALTERNatives Wohnen, Experteninterview	625
Vereine in Angelsdorf	656
Vereine in Balkhausen, Türnich & Brüggen	706
Vereine in Berrendorf.....	657
Vereine in Blatzheim	707
Vereine in Buir	708
Vereine in Elsdorf	660
Vereine in Esch	660
Vereine in Giesendorf.....	661
Vereine in Grouven	662
Vereine in Horrem & Götzenkirchen	709
Vereine in Kerpen.....	710
Vereine in Manheim	712
Vereine in Mödrath.....	711
Vereine in Neu-Bottenbr.	713
Vereine in Neu-Etzweiler	664
Vereine in Niederembt	665
Vereine in Oberembt	666
Vereine in Sindorf	714

Vereine in Tollhausen	667
Vereinsamung.....	142
Vergesslichkeit.....	240
Vergesslichkeit vorbeugen (Demenz)	279
Vergütungssätze	167, 205
Verhaltensstörungen.....	236
Verkehrsanbindung	178
Verkehrsplanung der Kommunen	345
Verlustgefühl (Demenz).....	248
Vermittlung. von haushaltsnahen Dienstleistungen (Netzwerke).....	438
Vermögensverhältnisse	167
Vernetzung	429
Vernetzung im Seniorenbereich.....	442
Vernetzungsstrukturen	210
Verpackungen (Wohnumfeld).....	353
Verpflegung.....	163
Versorgung durch Dritte.....	164
Versorgungsangebote	177
Versorgungsnetz.....	180
Versorgungssicherheit.....	121, 129
Versorgungssicherheit ohne Betreuungspauschale	130, 227
Versorgungsvertrag	204
Vertikale Barriere (Wohnungsanpassung)	286
Vertrauen (Netzwerke).....	433
Vertrautheit (Demenz).....	250
Verwirrtheit	240
Verwirrtheit (Demenz)	242
Verwirrung	241

Verzweiflung (Demenz)	248
Villa Hittorfstraße, Münster	140
Vollstationäre Pflege	166
Vollstationäre Pflege (Demenz)	264
Vollversorgung	121
Vorleistung (Netzwerke)	434
Vorlieben (Demenz)	248
Vorteile für die Beteiligten	229

W

Wahlfreiheit	227
Wahlleistungen	119, 189
Wahlservice	121
Wahnvorstellungen	241
Wandern	240
Wandern (Netzwerke)	439
Waren (Wohnumfeld)	352
Warnsignale (Demenz)	242
Warnzeichen beachten (Demenz)	255
Wäscheservice	121
Waschtisch/Bad (Wohnungsanpassung)	307
WC/Bad (Wohnungsanpassung)	307
WC-Sitz (Wohnungsanpassung)	307
Wegbegrenzung (Wohnumfeld)	355
Wegeunfall (Wohnungsanpassung)	332
Wesensstörungen	236
Wesseling (Ehrenamt)	401
Wesseling (Seniorenbeirat)	402

Wesseling, (Bürgerstiftung)	402
Wettbewerbsfähigkeit (Netzwerke).....	435
Wiedererkennungswert (Demenz).....	250
Wissensvermittlung (Handlungsansätze)	470
Wohlbefinden (Demenz).....	245
Wohlbefinden-Profil (Demenz).....	246
Wohn- und Teilhabegesetz NRW	133
Wohn-/Hausgemeinschaft	142
Wohn-/Hausgemeinschaft für Demenzerkrankte	140
Wohnalternative	142
Wohnangebot	115
Wohnangebote.....	177
Wohnberater (Handlungsansätze)	473
Wohnberatung	223
Wohnberatungsqualität (Handlungsansätze).....	475
Wohnberatungsstelle (Handlungsansätze)	473
Wohncafé	130, 228
Wohndarlehen	190
Wohneinrichtung.....	162
Wohnen & Wohnumfeld	212
Wohnen bei Angehörigen.....	197
Wohnen bei Kindern	197
Wohnen für Hilfe	161
Wohnen im Quartier.....	176
Wohnen in Elsdorf	660
Wohnen in Giesendorf	661
Wohnen in Grouven	663
Wohnen in Heppendorf.....	663

Wohnen in Niederermbt.....	665
Wohnen mit Service	116
WohnenPlus.....	116
Wohnentgelt	188, 194
Wohnflächenobergrenze.....	143
Wohnformen.....	223
Wohnformen im Alter (Netzwerke)	440
Wohnformen in Brühl.....	650
Wohngemeinschaft	135
Wohngemeinschaften	223
Wohngruppe	143
Wohnheim	163
Wohnkomfort	284
Wohnkonzept.....	115, 138
Wohnlage (Wohnumfeld).....	362
Wohnortnahe Versorgung (Handlungsansätze).....	469
Wohnpark Junkersdorf, Köln	182
Wohnprojekt Aachen.....	152
Wohnprojekt Olga (Netzwerke)	446
Wohnprojekte in Bedburg	633
Wohnquartier.....	115, 177
Wohnraum (Demenz)	249, 276, 282, 313
Wohnraum modernisieren (Wohnungsanpassung).....	324
Wohnraumanpassung	282
Wohnraumförderung	157
Wohnraumförderung (Ziele)	125
Wohnraumförderungsprogramm	122, 159
Wohnstift.....	187

Wohnstiftsvertrag.....	189
Wohnumfeld.....	180, 342
Wohnumfeld in Bedburg.....	368
Wohnumfeld in Bergheim.....	369
Wohnumfeld in Bergheim.....	644
Wohnumfeld in Brühl.....	374
Wohnumfeld in Brühl.....	652
Wohnumfeld in Elsdorf.....	377
Wohnumfeld in Erftstadt.....	378
Wohnumfeld in Frechen.....	379
Wohnumfeld in Hürth.....	381
Wohnumfeld in Kerpen.....	383
Wohnumfeld in Pulheim.....	385
Wohnumfeld in Wesseling.....	386
Wohnumfeld in Wesseling.....	732
Wohnungsanpassung.....	178
Wohnungsbau.....	282
Wohnungsbauförderungsrichtlinien (Wohnungsanpassung).....	318
Wohnungsbauförderungsstelle (Wohnungsanpassung).....	313
Wohnungsbestand (Wohnungsanpassung).....	318
Wohnungsmarktgutachten.....	334
Wohnungspartnerschaft.....	161
Wohnwelten Alter (Netzwerke).....	441
Wohnwünsche.....	223
WTG NRW.....	164
Wut (Demenz).....	248

Z

Zeit für sich (Demenz).....	255
Zentrale Lage.....	149
Zentrumsnähe	138
Ziel der GAR (Handlungsansätze)	471
Ziel des Mehrgenerationenwohnens.....	148
Ziele (Netzwerke).....	433
Ziele der Wohnraumförderung	125
Ziele setzen (Demenz)	255
Zielvereinbarung gem. BGG NRW (Handlungsansätze)	489
Zinsgünstige Darlehen (Wohnungsanpassung)	316
Zufriedenheit, Auswertung (Wohnumfeld).....	364
Zugang (Wohnungsanpassung)	288, 296
Zugänge (Wohnumfeld)	349
Zugangsbereich (Wohnungsanpassung).....	295
Zusammenarbeit (Netzwerke)	430
Zusammenfügungen (Netzwerke)	429
Zusammenhalt	149
Zusammenleben von Jung und Alt.....	148
Zusammenschluss (Netzwerke).....	427
Zusammenwirken (Ehrenamt)	422
Zusatzangebote ÖPNV (Wohnumfeld)	357
Zusatzdarlehen (Wohnungsanpassung).....	316
Zuschüsse	124
Zwischenpodest (Wohnungsanpassung)	294, 298